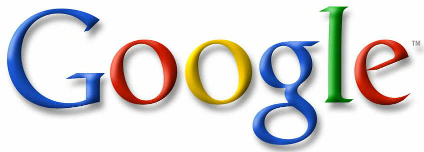




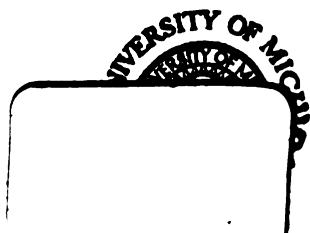

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817










THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817




THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817





THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817




THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817





THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
1817

Quellen und Darstellungen

zur

Geschichte Niedersachsens.

Herausgegeben

vom

Historischen Verein für Niedersachsen.

Band XIII.

Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold

in den Jahren 1848 bis 1850.

Hannover und Leipzig
Hahn'sche Buchhandlung
1903.

Briefwechsel

zwischen

Stüve und Detmold

in den Jahren 1848 bis 1850.

Herausgegeben

von

Gustav Stüve

mit Einleitung von

Georg Kaufmann.

Hannover und Leipzig

Hahn'sche Buchhandlung

1903.

Druck von August Grimpe in Hannover.

Vorwort.

Nach dem Erscheinen der von dem Unterzeichneten verfaßten Biographie Stüves*) ist mehrfach, in öffentlichen Besprechungen wie auch privatim, dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, die kleineren zerstreuten Schriften Stüves durch Wiederabdruck der Vergessenheit entzogen und auch von seinem handschriftlichen Nachlaß noch ein Mehreres der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu sehen.

Es ist daraus Veranlassung genommen, eingehend zu erwägen, ob und in welcher Weise diesen Anregungen in der einen oder der andern Richtung sich werde entsprechen lassen. Schwerwiegende Bedenken erwuchsen dabei aus der Fülle des Stoffes, sowie daraus, daß Stüves gedruckte und ungedruckte Schriften politischen und sozialpolitischen Inhalts, welche hiebei nur in Betracht kommen könnten, Verhältnisse und Fragen behandeln, die heute fern liegen, und es zweifelhaft erschien, ob die darin niedergelegten Anschauungen nach den inzwischen erfolgten Wandlungen noch auf eine allgemeinere Beachtung würden rechnen können.

Nachdem indeß auch der Historische Verein für Niedersachsen dem Gegenstande seine Aufmerksamkeit zugewandt und seine Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, gewann die Ansicht erneute Geltung, daß es sich gerade vom historischen Standpunkte doch wohl rechtfertigen möge, dafür einzutreten, daß wenigstens Einiges von diesem Material ans Licht gezogen oder durch Neudruck zugänglicher gemacht werde.

Hiebei kamen in ersterer Hinsicht zunächst Stüves Briefe in Betracht, bei deren großem Umfang dasjenige, was davon in der Biographie mitzutheilen war, nur in verhältnißmäßig kleinen Fragmenten bestehen konnte. Eine möglichst sorgfältige Auswahl derselben mußte den mit einer solchen bruchstückweisen Verwerthung unvermeidlich verbundenen

*) Johann Carl Bertram Stüve, nach Briefen und persönlichen Erinnerungen, von Gustav Stüve. Zwei Bände. Hannover und Leipzig, Hahnsche Buchhandlung. 1900.

Bedenken einigermaßen zu begegnen suchen. Auf eine vollständige Veröffentlichung der Briefe, wie sie hie und da gewünscht worden ist, muß, wenngleich mit dem Bedauern, daß dadurch eine Fülle von bemerkenswerthen Äußerungen, Betrachtungen und Urtheilen über Persönliches, Politisches und Literarisches der Öffentlichkeit vorenthalten bleibt, aus dem angegebenen Grunde auch weiterhin verzichtet werden.

Die darüber gepflogenen Erörterungen haben jedoch zu dem Entschlusse geführt, aus der gesammten Korrespondenz eine Briefreihe herauszuheben und vollständig zur Veröffentlichung zu bringen, welche sich in einen bestimmten Rahmen fassen läßt, welche durch die Person, an die die Briefe gerichtet sind, durch die Zeit, der sie angehören und durch die Gegenstände, worauf sie sich beziehen, ein besonderes Interesse zu erregen geeignet erscheint, und bei deren Abdruck der günstige Umstand zu Statten kommt, daß mit den Stüveschen Briefen auch die ihnen an Interesse keineswegs nachstehenden Briefe seines Korrespondenten vollständig mitgetheilt werden können.

Der Briefwechsel mit Detmold, über dessen Lebensverhältnisse, politische und literarische Thätigkeit bis zum Beginn der vorliegenden Briefsammlung Frensdorffs Aufsatz in der Allgemeinen Deutschen Biographie hier in Bezug genommen werden kann, nahm seinen Anfang im Jahre 1838, als Jener sich erbot, Stüve in dem begonnenen Kampfe um das Staatsgrundgesetz zu unterstützen, und ihm seinen Geist, sein Wissen und seine gewandte Feder zur Verfügung zu stellen. Es entspann sich daraus, da Stüve verhindert wurde, selbst an den Kammerverhandlungen Theil zu nehmen, und auch nur Osnabrück auf längere Zeit zu verlassen, ein sehr reger brieflicher Verkehr, welcher die Jahre des Verfassungskampfes überdauerte und ein enges politisches Freundschaftsverhältniß zwischen Beiden begründete.

Der im Nachstehenden veröffentlichte Theil dieses Briefwechsels umfaßt die Zeit des Märzministeriums, welche Detmold, als Mitglied der Nationalversammlung, als Reichsminister, als hannoverscher Bevollmächtigter beim Interim, zuletzt als Bundestagsgesandter, in Frankfurt zubrachte, und hat ganz überwiegend die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten während dieser Zeit zum Gegenstande. Auch sonst aber haben die beiderseitigen Briefe fast ausschließlich politischen Inhalt, und dieser mußte, wenn überhaupt, unverkürzt zur Mittheilung gebracht werden. Insbesondere erwies sich eine Auswahl nach dem Gesichtspunkte des größeren oder geringeren Interesses als ganz unthunlich. Es hätte dabei für das Ermessen an jedem objectiven Anhalten gefehlt; der Zusammenhang hätte überall unterbrochen werden müssen und dem

Leser nicht die Sicherheit gewährt werden können, daß ihm nicht etwa Wichtiges vorenthalten werde. Es sind daher nur solche vereinzelt vorkommende und dem Ganzen gegenüber nur verschwindenden Raum einnehmende Stellen unterdrückt, welche sich lediglich auf politisch gleichgültige eigene oder fremde private Angelegenheiten beziehen.

Die vertrauliche Natur dieser Briefe, bei deren Abfassung in der Eile des Moments jeder Gedanke an Veröffentlichung ausgeschlossen war, bringt es mit sich, daß die darin vorkommenden Urtheile der Verfasser über Sachen und Personen, wie sie sich ihnen in den Kämpfen dieser Jahre ergaben, in einer ungenirten und oft drastischen Form Ausdruck finden konnten, deren parlamentarische Zulässigkeit erheblichen Bedenken unterliegt. Nach Ablauf eines so langen Zeitraums wird jedoch auch beim Abdruck in dieser Beziehung eine weitgehende Licenz in Anspruch genommen werden dürfen, welche unbedingt erforderlich ist, um die Briefe nicht ihres Characters und die Urtheile ihrer Pointen zu berauben. Es sind deßhalb, ohne sonstige Veränderung oder Abschwächung des Wortlauts, nur in vereinzelten Fällen Ausdrücke, bei denen dies dennoch geboten und ohne Beeinträchtigung des Sinnes zulässig erschien, gestrichen oder durch Punkte angedeutet.

Da die Publikation einen Leserkreis voraussetzt, dem die Geschichte jener Zeit nicht ganz fremd ist, so konnte in den Anmerkungen von einer ausführlichen Rekapitulation bekannter historischer Vorgänge abgesehen und die Aufgabe darauf beschränkt werden, hie und da sachliche Erläuterungen beizufügen, im Weiteren aber, namentlich auch hinsichtlich der in den Briefen erwähnten Staatsschriften, soweit sie veröffentlicht sind, durch Anführung der betreffenden Quellen und Geschichtswerke die nöthigen Nachweise zu liefern, und daneben über die vorkommenden Personen und ihre zeitweilige Stellung Auskunft zu geben.

Beim Abdruck ist die Schreibweise der Verfasser, unter Berichtigung offenbarer Schreibfehler und Ergänzung von Abkürzungen, wo solche dienlich erschien, beibehalten worden.

Die beiden Anhänge sind hinzugefügt, weil sie mit dem Hauptinhalt des Briefwechsels in engster Beziehung stehen. Der im Anhang I abgedruckte Aufsatz bildet einen Theil der Aufzeichnungen, in welchen Stüve als Minister über seine Politik und Verwaltung sich selbst Rechenschaft gab. Von dem die innere Verwaltung betreffenden Theil derselben sind Auszüge in die Biographie Band II S. 58 ff. aufgenommen. Von dem hier mitgetheilten Abschnitt über die deutsche Politik bemerkt er in einem Briefe an seinen Bruder vom 6. October 1849: „Es ist das vielleicht einmal ein historisches, wenigstens biographisches Denkmal.“

In den entsprechenden Aufzeichnungen für das folgende Jahr ist seine Stellung zu den deutschen Angelegenheiten nicht berührt.

Was über diese letzteren in den Briefen an Detmold bemerkt ist, würde großentheils auch aus den gleichzeitigen Briefen an Frommann, an Stüves Bruder und Andere haben entnommen werden können, wo sich, wenn auch in anderer Anknüpfung und Form, oft in noch schärferer Präzisirung, die gleichen Gedanken wiederfinden. Es hat jedoch hier davon abgesehen werden müssen, auf diese weiteren Quellen zu rekurriren.

Wer sich über Stüves Standpunkt und Ansichten in diesen Fragen völlig unterrichten will, wird neben seinen in den Anmerkungen citirten Staatsschriften und selbständigen Druckschriften auch die journalistischen Erzeugnisse seiner Feder aus diesen Jahren nicht unbeachtet lassen dürfen, mit welchen er in den Leitartikeln der Hannoverschen Zeitung vom Herbst 1848 an den Gang der Ereignisse verfolgte.

Muß auch auf eine Reproduktion dieser zahlreichen Artikel hier verzichtet werden, so hat doch, da ihre Authentizität späterhin vielleicht nicht mit gleicher Sicherheit festzustellen sein möchte, die Gelegenheit nicht unbenutzt bleiben sollen, durch ein zuverlässiges Verzeichniß derselben diejenigen, welche Stüves schriftstellerische Thätigkeit auch nach dieser Richtung zu verfolgen wünschen, dazu in den Stand zu setzen.

Zum Schluß soll nicht unterlassen werden, Herrn Professor Dr. Detmold in Göttingen, welcher die Briefe seines Vaters gütigst zur Verfügung gestellt hat, den verbindlichsten Dank dafür abzustatten. Die Herstellung des Registers ist von Herrn Dr. Wecken in Linden besorgt worden.

Osnabrück, 15. Juli 1903.

G. Stüve.

Einleitung.

1. Allgemeines.

Johann Carl Bertram Stüve und Johann Hermann Detmold, deren Briefwechsel aus der Zeit vom März 1848 bis October 1850 hier vorgelegt wird, waren sehr verschiedene Naturen, aber ihre auf gegenseitige Achtung gegründete politische Freundschaft hat die größten Stürme überdauert, seitdem sie sich im Kampfe für das Staatsgrundgesetz Hannovers zusammengefunden hatten.

Stüves Leben ist uns von seinem Neffen aus vertrautester persönlicher Kenntnis auf Grund des reichen litterarischen Nachlasses und mit vollem Verständnis für die sein Leben erfüllenden Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung geschildert worden, und so, daß dem Leser ein erheblicher Teil des Materials zur eigenen Prüfung mitgeteilt wird. Die Grundlage bildet der Briefwechsel mit dem Jenenser Buchhändler Frommann, mit dem Stüve in seiner Studienzeit enge Freundschaft schloß und mit dem er von 1818—72 in einem fast ununterbrochenen Briefwechsel stand. „Fast täglich schrieben sie an den Briefen, die in einer gewöhnlich vierzehntägigen Folge abgesandt wurden.“ Dazu kommen zahlreiche Briefe an Andere, sowie Reden, Aufsätze und Bücher, in denen Stüve seine Ansichten über Menschen und Meinungen wie über Bücher und Schicksale jeder Art zu klären oder zu verbreiten suchte. Ich wüßte keinen Staatsmann zu nennen, für den eine solche Fülle von Nachrichten und Zeugnissen aus eigenem und aus fremdem Munde vorliegt, und ich habe das Glück gehabt, auch die ungedruckten Briefe und Aufsätze benutzen zu können, und zwar in lebendigem Gedankenaustausch mit dem das ganze Material beherrschenden Biographen und mit seiner jeden Augenblick bereiten Unterstützung.

Das Bild der Biographie wird durch den hier veröffentlichten Briefwechsel nicht verändert, wohl aber im Einzelnen bereichert und verdeutlicht. Das Gleiche gilt von den zahlreichen Aufsätzen Stüves, die noch ungedruckt

oder in selten gewordenen Zeitungen, Kalendern und Flugschriften zerstreut sind. Einige sollen demnächst in einem Sammelbande wieder abgedruckt werden, aber ich hoffe, daß dies auch noch mit andern geschieht. So mit dem Bericht über den hannöverschen Landtag, den Stüve für seine Wähler im Juli 1848 verfaßt hat, und der von einem Freunde im Januar 1849 „auf die Gefahr hin eine Indiscretion zu begehen" veröffentlicht wurde (Frankfurt a. M. bei Krebs-Schmitt). Sodann vielleicht mit der Schrift: Das Bündnis der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai, Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung, die Stüve unter dem Pseudonym A. E. Leipzig bei Brockhaus 1849 erscheinen ließ, und mit der anonymen Schrift: Deutschlands Bedürfnisse, Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputirten, Frommann in Jena 1850. Vor allem ist aber zu wünschen, daß die Montagsartikel Stüves in der Hannoverschen Zeitung 1848—50 von neuem gedruckt werden, deren Verzeichnis diesem Bande beigefügt ist. Diese Artikel sind teilweise ganz hervorragende Arbeiten, die an und für sich verdienen, der Vergessenheit entrissen zu werden — und jene Jahrgänge der Hannoverschen Zeitung sind recht selten zu finden. Sodann geben sie uns ruhigere, sorgfältiger erwogene Urteile Stüves über die Fragen, die er in den Briefen mit einer rücksichtslosen und von der Stimmung des Augenblicks beherrschten Feder behandelt. Sie bilden deshalb eine unentbehrliche Ergänzung des Briefwechsels.

Zu Detmolds Briefen würden seine amtlichen Berichte eine wichtige Ergänzung bringen. Sie sind — soweit ich nach der Probe urteilen kann, die ich nehmen durfte — reichhaltig und anziehend, aber es wird zu prüfen sein, ob nicht aus manchen Berichten Auszüge genügen würden. Die Berichte der kleinstaatlichen Diplomaten aus Frankfurt wurden leicht mit nichtigen Sorgen und Bemühungen bepackt.

Aus den zahlreichen ungedruckten Aufsätzen Stüves möchte ich namentlich auf eine 1850/51 entstandene Denkschrift hinweisen, in der Stüve seine in den Briefen und Schriften immer wiederkehrenden Ansichten über die Notwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung des Beamtenwesens zusammenhängend behandelt. Das Ideal Stüves[1]) scheint mir freilich unerreichbar und mehr nur ein Product der ihm aus Mösers Kreisen und englischen Traditionen überkommenen Anschauungen mit den Erfahrungen über die Beengtheit und Schwäche eines Staatsdienertums, das „in der Sicherheit

[1]) Für die Strömung der Zeit ist es bezeichnend, daß Radowitz, in seinem Wesen und in seinen politischen Zielen von Stüve sonst sehr verschieden, ähnlichen Gedanken nachhing.

und Schnelligkeit des Aufsteigens in der Beamtenhierarchie das Hauptziel seiner Thätigkeit" erblickte. Er hoffte hiermit Beamte zu gewinnen, wie er selbst einer zu sein sich bemühte, aber ein Stüve wird immer eine seltene Erscheinung bleiben.

Doch genug dieser Andeutungen über künftige Publikationen. Der vorliegende Briefwechsel bietet schon eine bedeutende Erweiterung unserer Kenntnis der Zeit, im besonderen der hannoverschen Politik unter dem Ministerium Graf Bennigsen-Stüve, 1848—1850, das auch damals gewöhnlich als das Ministerium Stüve bezeichnet zu werden pflegte. Der Gewinn ist für die einzelnen Fragen verschieden, je nachdem die Biographie Stüves sie schon kürzer oder eingehender behandelt hat, bei der ja die Briefe Stüves an Detmold schon sämmtlich benutzt worden sind und auch ein Teil der Briefe Detmolds. Aber selbst über den Konflict, den Stüve mit den im Januar 1849 gewählten Kammern über die Anerkennung der Grundrechte durchfocht und der in der Biographie besonders eingehend behandelt worden ist, giebt dieser Briefwechsel bemerkenswerthe Bereicherungen. So gewährt der Brief Stüves vom 3. März 1849 (Nr. 95, S. 180 ff.), aus dem die Biographie II, 87 eine der prächtigen Wendungen des tapferen Mannes mitteilt, in seiner Vollständigkeit ein noch reicheres und mehr unmittelbares Bild jenes Kampfes.

Weit über den Gewinn in solchen Einzelheiten hinaus ist es aber zu schätzen, daß wir zwei hervorragende und inmitten der Geschäfte und der maßgebenden Kreise stehende Männer im Wechselgespräch über die Ereignisse dieser gewaltigen Zeit belauschen können. Stüve war einer der bedeutendsten deutschen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, und zugleich ein Mann von einer so tiefen und so reichen Bildung, wie sie sich auch in dieser glänzenden Periode des deutschen Geistesleben selten fand. Goethe, Shakespeare und Dante, Bacon und Machiavelli, Pufendorf und Burke, vor allen aber die großen Griechen und Römer und endlich die Bibel waren ihm alle Zeit gegenwärtig und wurden von ihm das ganze Leben hindurch immer von neuem gelesen und durchdacht. Sie bildeten bald den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen, bald halfen sie ihm die Lösung finden. Und es sind unter den Citaten so bemerkenswerthe aber vergessene Worte wie die feinsinnige Beobachtung aus einer Rede von Burke (East India Bill 1. Dez. 1783), mit der sich Stüve im Dezember 1849 über die preußischen Intriguen tröstete, denen er die verworrene Lage Schuld gab (Nr. 159): Indeed my observation has furnished me with nothing, that is to be found in any habits of life or education which tends wholly to disqualify men for the functions of government, but that by which the power of exercising those functions is very frequently

obtained. I mean a spirit and habits of low cabal and intrigue, which I have never in one instance seen united with a capacity for sound and manly policy. Freilich hat ihn weder dieser Reichtum an Bildung noch die große sittliche Kraft und Strenge gegen sich selbst, noch auch die einfache Religiösität, die ihn erfüllte, schützen können vor unbilligen und bis zur Ungerechtigkeit einseitigen Urteilen. Der Dienst des Staats macht uns zu seinen Knechten. Rücksichtslos verfolgt der Eifer jeden, der dem Staate Verderben zu bereiten scheint. Auch bedürfen die Männer in solchem Kampf oftmals dringend der Erleichterung, die ein schroffes oder auch ein in den niederen Sphären des Empfindens und Geschmacks geformtes und gefärbtes Urteil gewährt. Vielleicht hat der Niederdeutsche dies Bedürfnis noch besonders stark. Stüve hatte es, wie es Luther hatte und unter den Zeitgenossen Bismarck. Das hindert aber nicht, daß Stüve in seiner Sphäre blieb und sich die freie und tiefe Art der Erwägung bewahrte, wenn er sich einmal in solcher Weise Luft machte.

Detmold tritt hinter Stüve erheblich zurück; er war sich dessen bewußt und verehrte ihn stets als den Führer, zu dem er bewundernd und vertrauend aufsah. Aber Detmold war doch ebenfalls ein tüchtiger und in mancher Beziehung hervorragender Mann. Man pflegte bisher — soweit man seiner überhaupt noch gedachte — nur seine Schärfe als Satyriker und die Vielseitigkeit seiner Bildung zu rühmen, und glaubte sein politisches Verdienst damit erschöpfend zu ehren, wenn man rühmte, daß er den Typus des Piepmeyer, des politisirenden Philisters, schuf uud in ihm jene traurige Schar an den Pranger stellte, die mit ihrem anspruchsvollen Geschrei in diesen Tagen unsagbar viel Unheil angerichtet hat. Dieser Briefwechsel lehrt ihn uns eigentlich erst kennen und er zeigt ihn als einen Mann, der sich berufen und verpflichtet fühlte, in solcher Krisis dem Vaterlande seine ganze Kraft zu widmen und der sich schon dadurch über den Durchschnitt der Politiker erhob. Auch neben Stüve behauptete Detmold eine gewisse Selbstständigkeit. In der Aufzeichnung Stüves über das Verhältnis der Märzminister zu König Ernst August [1]) findet sich jedoch eine Bemerkung, welche die Zuverlässigkeit Detmolds dem Freunde gegenüber in Zweifel zu ziehen scheint. Den Anlaß boten die traurigen Zustände in Hessen im Sommer 1850. Der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug suchten die Verfassung zu beseitigen, und da die Landstände im Sommer 1850 nur die indirecten Steuern bewilligten, die directen aber nicht, so verwarf Hassenpflug das ganze Budget und befahl die Erhebung aller Steuern auch ohne landständische Bewilligung. Als ihm zu diesen gesetzwidrigen Maßregeln die

[1]) JCB Stüve II, 438 f.

Beamten wie die Gerichte den Dienst versagten, verhängte Hassenpflug den Kriegszustand über das Land, obschon es sich ganz ruhig verhielt. Und da es sich auch durch solche Willkür nicht zu Ungesetzlichkeiten fortreißen ließ,[1]) so bewog Hassenpflug den Kurfürsten (am 13. Sept. 1850), aus Cassel nach Schloß Wilhelmsbad bei Hanau zu fliehen, um den Schein zu erregen, als sei er in Cassel vom Aufruhr bedroht. Von dort wendete er sich an die sich Bundestag nennende aber nicht rechtlich konstituirte Versammlung in Frankfurt um Bundeshülfe. Hier kannte man die thatsächlichen Verhältnisse in Hessen recht wohl, und im besonderen wußte Detmold, wie Stüve darüber dachte. Noch am 13. September hatte ihm Stüve geschrieben (S. 520): „Wie Hassenpflug auf offenbar widerrechtlicher Basis mit der bloßen Militärgewalt gegen und ohne alle Behörden dort die Sachen in Ordnung bringen will, verstehe ich nicht, und wohl Keiner. Ruhig ist alles, der Widerstand nur im Ungehorsam aller Behörden und .... Gerichte .... Nun hat Hassenpflug sich ja endlich nach Frankfurt gewandt.[2]) Aber was wollen Sie mit diesen Zuständen machen? Die Chausseeeinnehmer nehmen kein Chausseegeld, die Gerichte kein Stempelpapier, die verbotenen Zeitungen werden trotz versiegelter Pressen gedruckt u. s. w. Und was soll der Bund dabei thun? .... Das einzige, was zu thun wäre, bestände in der Absendung von Commissarien; ob die aber etwas ausrichten könnten, das hängt von der Stellung der Dinge dort ab, die mir zu wenig bekannt ist."

Und Detmold antwortete darauf am 19. September in ganz ähnlicher Weise: Hassenpflug sei der „allerschlimmste" Revolutionär. „Wie unverantwortlich leichtsinnig, temere et timide, der sein Spiel getrieben hat, ist kaum zu glauben .... Nun scheint Hassenpflug uns in seinen Bankrott verwickeln zu wollen. Ich hab erklärt: das was man als öffentliche Meinung ausgebe, genire mich nicht im geringsten; aber uns ruiniren, ohne der Hessischen Regierung damit zu nützen, sei Unsinn .... Leider sieht man in Wien die Sache wohl nicht ganz richtig an. Dort ist man, wie ich glaube, sehr gereizt, daß man sich mit dem 12. August das ganze fast schon gewonnenene Spiel verdorben und nichts geerntet hat als die

[1]) Die Reactionäre verhöhnten deshalb diesen passiven Widerstand der Hessen als die „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln". Wer aber etwa aus dem Leben von Theodor Schwedes (Th. Schwedes, Leben und Wirken eines Kurhessischen Staatsmannes von 1788—1812. Nach Briefen und Aufzeichnungen dargestellt von Auguste Schwedes, Wiesbaden 1899) sich eine Vorstellung gebildet hat von den Leiden, die die tüchtigen Männer um ihres Eides willen auf sich nahmen, welche die Führer in diesem Kampfe waren, der wird die wohlfeilen Spötteleien nicht wiederholen.

[2]) Am 17. erfolgte der förmliche Antrag, die Wendung nach Frankfurt schon einige Tage früher.

Ohrfeige vom 25. August.[1]) Daher soll die Sache gegen Preußen benutzt werden — eine ganz hoffnungslose Sache, bei der nur Verlust herauskommen kann. Darum treibt man zum Handeln; zum Glück sieht Graf Thun einigermaßen ein, wie verzweifelt die Sache steht und wird daher mit großer Vorsicht vorangehen. In der Bundesversammlung wird es sich nur um die Frage handeln: sind die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 als „Ausnahmegesetze" im Jahre 1848 mit aufgehoben oder bestehen sie noch? Ich habe Graf Bennigsen gebeten, mir über diese Frage die dortige Ansicht zukommen lassen zu wollen, und ich bitte Sie, liebster Freund, recht dringend, mir darüber recht bald Weisung zukommen lassen zu wollen."

Trotz dieser richtigen Auffassung der Sachlage stimmte Detmold zwei Tage später (am 21. September) dem Beschlusse bei, welcher die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 als noch gültig anerkannte und Hassenpflugs Antrag genehmigte. Detmold hatte die erbetene Instruction nicht abgewartet. Stüve schrieb ihm zwar — offenbar aus Anlaß eines in dieser Sammlung nicht vorhandenen Berichts von Detmold, der in Nr. 254 S. 524 Z. 7 erwähnt wird — am 19. September noch einmal und erklärte bestimmt, daß die Beschlüsse vom 28. Juni 1832 nicht als fortbestehend anerkannt werden dürften. „Das darf nimmermehr geschehen.... Sie sind aufgehoben.... Es muß auf andere Weise für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, als durch die Lüge, daß sie nicht aufgehoben seyen. Dies gehört zu den Dingen, die ich meinestheils nimmermehr aufgeben werde." [2])

Gegen diese Vorwürfe Stüves suchte sich Detmold in dem amtlichen Bericht an das Ministerium und in einem Privatbrief an Stüve vom 23. September (Nr. 256 u. 257) zu verteidigen. Der Beschluß sei unter dem

---

[1]) Die Antwort Preußens vom 25. Aug., die Detmold als eine Ohrfeige bezeichnet, ist S. 523, Anm. 3 nachgewiesen; sie bezog sich zunächst auf eine vom 14. Aug. datirte Aufforderung Österreichs an Preußen, den Bundestag zu erneuern. Diese Aufforderung wurde allen Regierungen gleichzeitig zugeschickt und für Preußen noch durch Erläuterungen verstärkt, welche in einer dem österreichischen Gesandten zu Berlin übersandten Depesche Schwarzenbergs (Deutsche Chronik 1850, II, S. 56 f.) enthalten sind.

Die von Detmold beklagte Depesche Österreichs vom 12. August (Deutsche Chronik 1850, II, 50 f., dazu die Instruction ib. II, 48 f.) bezog sich namentlich auf die zwischen Preußen und Baden geschlossene Militär-Convention, die Verlegung badischer Truppen nach Preußen, die Frage ob diese und andere Maßregeln Preußens dem Bundesrecht entsprächen, und ob das Bundesrecht noch maßgebend sei. Nach Detmolds Ansicht hatte Österreich in jener Depesche ungehörigen Ansprüchen Preußens zu weitgehende Konzessionen angeboten und dadurch Preußen zu seinem dreisten Vorgehen in der Antwort vom 25. August Mut gemacht.

[2]) Dieser Brief wird jedoch in Detmolds Hände erst gelangt sein, nachdem er durch sein Votum den Beschluß vom 21. ermöglicht hatte; denn daß er nach Empfang dieses Schreibens so gestimmt hätte, das können wir ihm nicht zutrauen.

Eindruck einer Erklärung Preußens gefaßt worden: „Preußen werde, wenn der sogenannte Bund die Kurhessische Sache in die Hand nehmen wolle, dies für unstatthaft halten und auf keine Weise dulden.“ Diese Anmaßung habe ihn und einige andere Mitglieder, die der Ansicht waren, die Bundesversammlung solle die hessischen Angelegenheiten noch einstweilen ihrer eigenen Entwicklung überlassen, bewogen, für den Beschluß zu stimmen. „Die Sache lag . . . so, daß die Bundesversammlung nun fast nur noch die Wahl ihrer Todesart hatte, ob sie an dem in Folge der Preußischen Erklärung zu beliebenden Nichtsthun, oder an den in Folge des Österreichschen Drängens zu ergreifenden Maßregeln zu Grunde gehen wolle.“ Einmal ist es nicht richtig, daß die in Frankfurt versammelten Regierungen durch die Erklärung Preußens hätten überrascht werden können; denn diese von Detmold übrigens recht ungenau mitgeteilte Erklärung enthielt außer der bereits wiederholt ausgesprochenen Ansicht, daß Preußen die in Frankfurt tagende Versammlung nicht als rechtliches Organ des Bundes ansehe, — da der Bundestag 1848 (12. Juli) in rechtlich anerkannter Form aufgehoben sei, — nur die Ankündigung: falls sich die frankfurter Versammlung [1]) in die Verhältnisse des Kurstaates einmische, so behalte sich Preußen „jede weitere Entschließung“ vor. Das war doch selbstverständlich. Konnte man in Frankfurt wirklich etwas anderes erwarten? Sodann aber ist zu betonen, daß der Schluß der Detmoldschen Ausführungen nicht viel mehr als eine geistreiche Spielerei ist.

Wenn Detmold oder gar mit ihm noch Andere das Gefühl hatten, daß sie sich durch diesen Beschluß zu Grunde richteten, so konnten sie ja eine Vertagung der Angelegenheit verlangen. Der Mangel einer Instruction, die Notwendigkeit wenigstens, die Antwort auf die Anfrage Detmolds vom 19. September abzuwarten, gab eine so triftige Begründung, daß die Forderung nicht hätte abgeschlagen werden können. Denn irgend welche Gefahr im Verzuge war nicht vorhanden. Auch hatte der Beschluß, der am 21. September gefaßt wurde, nur theoretische, keine unmittelbar practische Bedeutung. [2]) Sachlicher erscheinen die folgenden Erwägungen: Man habe

[1]) In Frankfurt befand sich zwar noch eine Bundes-Kommission, aber sie hatte nur gewisse laufende Geschäfte zu erledigen und hatte keine politischen Befugnisse. Die citirten Acten sind nach dem Abdruck in der Deutschen Chronik für 1850, II. Teil, Berlin, Förstner 1851, benutzt.

[2]) Der Beschluß erkannte das Vorgehen der Regierung als berechtigt an, forderte sie auf, die Ruhe herzustellen und der Bundesregierung von dem Erfolg Anzeige zu machen. Weiter behielt sich die Bundesregierung vor, alle zur Sicherung des gesetzlichen Zustandes nötigen Maßregeln zu treffen. Beantragt war auch: Bayern und Hannover zu ersuchen, die angemessene Truppenzahl bereit zu halten. Dieser praktische Punkt wurde auf Verlangen der Niederlande abgelehnt und durch eine unbestimmtere Fassung ersetzt.

sich für den Beschluß entschieden, „weil man nur auf diese Weise das Wiener Cabinet in seiner Stellung zu den deutschen Dingen befestigen zu können glaubte.“ Die Kleinstaaten hatten eben auch zu Österreich kein Vertrauen, fürchteten vielmehr sogar, daß sich Österreich und Preußen plötzlich über sie hinweg und zu ihrem Schaden verständigen könnten. Die Begründung des Beschlusses ferner durch die Behauptung der Gültigkeit der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 sei unvermeidlich gewesen: denn der Kurhessische Bevollmächtigte habe „alles und jedes Einschreiten der Bundesversammlung, das nicht diesen Ausgangspunkt nähme, ... mit größter Entschiedenheit, abgelehnt. Und über allen Gründen, die für und wider die Gültigkeit jener Beschlüsse vorgebracht seien, habe „die herbe Notwendigkeit (gestanden), die einen Beschluß verlangte, und zwar gerade einen solchen, wie man ihn ungern gab“. Die vielen Worte verhüllen die Schwäche der Gründe nicht, und am wenigsten konnten sie auf Stüve Eindruck machen. Er wußte, daß Detmold die Lage in Hannover kannte, wo das Ministerium Bennigsen-Stüve gegen den steigenden Einfluß der reactionären Hofkreise zu kämpfen hatte. Namentlich erschwerten sie ihm die Reform der Verwaltung, in der Stüve die eigentliche Krönung seiner Arbeit sah. Detmold stand in diesem Kampfe durchaus auf der Seite des Freundes. Eben in dem Briefe vom 19. September schrieb er: „Daß Ihr Ministerium einer ganzen großen Clique, nicht blos in Hannover, noch als revolutionären Ursprungs verhaßt ist, davon kommen mir von Zeit zu Zeit die lächerlichsten Beweise zu.“ Und einige Zeilen vorher: „Was Sie von Ihrer Stellung sagen und dem Schmerzlichen, was sie Ihnen bereitet, so ist mir das wie ein Schwert durch die Seele gegangen.“ So schrieb er an Stüve am 19. September. Trotzdem entschied er am 21. September jenen Beschluß, der Stüve jede Hoffnung nahm. „Lange Zeit hat mich nichts so schwer getroffen“, schrieb ihm deshalb Stüve am 27. September, „als diese Nachricht, ... es war mir wie ein körperlich empfangener Schlag. Und daß Sie zu dieser verderblichen zwecklosen Lüge haben zustimmen können, das schmerzte mich am meisten. Bis dahin hatte ich gehofft, meine hiesige Rolle mit halber Ehre zu Ende spielen zu können. Dieser Schlag raubt mir die letzte Hoffnung. Ich nenne den Schluß eine Lüge. Das ist er. Sehen Sie nur das Register zu den Bundestagsprotokollen s. v. Ausnahmegesetze.... Ich nenne diese Lüge zwecklos. Denn sie hat, wie sie da im Eingange steht, gar keinen andern Zweck, als dem elenden Hassenpflug diese Niederträchtigkeit abzunehmen und sie den sämmtlichen theilnehmenden Regierungen aufzubürden. Es ist das ein so trauriges Beispiel der Sucht, auch das Schlechteste, das eine Regierung gethan, gut zu heißen, daß die Beschlüsse in unserer Sache vom Jahre 1839 dagegen verschwinden.“ Dieser Beschluß ziehe die Bundes-

sache „unwiederbringlich in die schlechtesten Bahnen der Zeit von 1819—48 wieder hinein". „Wie wollen Sie noch Recht handhaben, wenn Sie so der Lüge Hassenpflugs nachgegeben? Wie wollen Sie auf Bundesgericht dringen, wenn Sie damit angefangen, so in den einzelnen Fall — nicht etwa zum Schutz des Besitzes, sondern selbst bundeswidrig, zu Ordnung innerer Verhältnisse einzugreifen? — Wie wollen Sie die Legislatur des Bundes bessern, wenn Sie damit anfangen, für Ihre Versammlung selbst die gesetzgebende Gewalt zu erschleichen, sollte man sagen." Weiter zeigt er dann noch, daß dies Vorgehen, mit dem Detmold Preußen schwächen wollte, Preußens Pläne nur fördern könne.

Mit diesen Worten waren alle Entschuldigungen Detmolds bei Seite geschoben, aber ein Punkt gewann noch eine persönliche Bedeutung. Mit besonderem Nachdruck hatte Detmold versichert, er sei eifrig bemüht gewesen, die Begründung der Bundeshülfe mit der Gültigkeit der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 abzuwenden, und er wiederholte dies in der mündlichen Verhandlung vom 4. October, zu der ihn das Ministerium nach Hannover berief. Stüve sagt dazu in einem späteren Bericht, daß andere Bundestagsgesandte von einem solchen Kampfe Detmolds nichts gehört hätten. „Die Sache blieb unklar und mehrere meiner Kollegen hegten Verdacht." [1]) Wer sich ähnlicher Vorgänge, etwa der widersprechenden Darstellungen erinnert, die durchaus tüchtige und aufrichtige Männer der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. über ihr Verhalten in der Krisis des 18. und 19. März 1848 gegeben haben [2]), der wird sich scheuen, Detmold ohne weiteres der Unwahrhaftigkeit zu verdächtigen. Manches ist dabei zu erwägen. Nach einer längeren Verhandlung — und die Verhandlung am 27. März hatte sieben Stunden gedauert — kann man sich leicht vorstellen, gewisse Gründe wirklich vorgebracht zu haben, die man nur eigentlich gern geltend gemacht hätte. Und umgekehrt wird von den Hörern leicht vergessen, ob gewisse Gründe, die allen auf der Zunge liegen, auch wirklich und ob sie auch von bestimmter Seite vorgetragen wurden. Endlich ist es leider aber auch nicht zu leugnen, daß sonst ehrliche Männer, wenn sie in eine Stellung geführt werden, zu der es ihnen an Kraft gebricht oder

[1]) JCB Stüve II, 438. Die bei Oppermann II, 302 ausgesprochene Vermutung, Detmold habe einem Befehl des Königs Folge geleistet, ist nicht zu erweisen und ganz unwahrscheinlich. Das würde sicher nicht verborgen geblieben sein. Ebenso urteilt der Biograph Stüves in einem Briefe an mich. Das ganze Urteil über den Menschen Detmold und über sein Verhältnis zu Stüve müßte verkehrt werden, wollte man dieser Annahme Raum geben.

[2]) Die Zahl dieser Widersprüche ist kürzlich noch vermehrt worden durch den vom Generalkommando des Garde-Korps in den Preuß. Jahrbüchern, Jahrg. 1903 Band 112 Seite 327 ff. veröffentlichten Aufsatz.

in der sie aus Mangel an genügender Unterstützung wenig durchsetzen können, leicht dahin kommen, ihre Schwäche mit halbwahren oder ganz unwahren Ausreden zu verhüllen. „Man lügt sich so redlich durch!“ sagte einst in solcher Lage ein hoher preußischer Beamter von sonst anerkanntem Ruf.[1]) Welche Erklärung nun aber auch hier für jene Unklarheit zu wählen sein mag: sicher zeigt Detmolds Verhalten, daß er der Stellung in Frankfurt nicht gewachsen war. Zwar zunächst ging er aus diesen Kämpfen äußerlich fast wie ein Sieger hervor. Der König, der mit dem Ausdruck der Schadenfreude über ihren Ärger und Kummer den Ministern gegenüber nicht zurückhielt, zeichnete Detmold aus statt ihn zu rügen und hinderte auch die Ausführung des von dem Ministerium (6. October) gefaßten Beschlusses, durch Detmold in Frankfurt erklären zu lassen, daß Hannover den Beschluß vom 21. September 1850 nicht anerkenne, weil er „auf der irrigen Voraussetzung der fortdauernden Gültigkeit der Beschlüsse von 1832“ beruhe. Auch glaubte Detmold bald darauf in dem Nachdruck, mit dem Österreich die hessische Frage benutze: „um in ihr die ganze Deutsche auszutragen“, einen Beweis dafür zu finden, daß er die Sachlage richtig erkannt und am 21. September den richtigen Entschluß gefaßt habe; aber er fühlte doch selbst, daß Stüves harte Auffassung der Dinge begründet sei. „Ich glaube“, schrieb er am 23. September, „man muß die Hoffnung zu einem auch nur einigermaßen geregelten Zustande zu gelangen, durchaus aufgeben“, „die Hessische Sache zerstört die Keime zu einer Cristallisation auf dem Boden des Rechts, die in der Bundesversammlung lagen, vollständig und so fällt denn alles auseinander; — giebts irgend einen Anstoß, wird Preußen via facti weiter vorschreiten und Österreich das ruhig geschehen lassen.“ Er fühlte ähnlich wie Stüve, daß jener Beschluß ein Mißbrauch der Bundesgewalt zu reactionärer Gewaltthat sei, und Stüves Worte werden ihn im Innersten getroffen haben, zumal an ihnen der Schmerz um die Kränkung des Rechts durch den alten Kampfgenossen noch größeren Anteil hat als die Entrüstung über die Sache selbst. Der reizbare, phantasiebegabte Mann mußte sicher schwer leiden unter der Vorstellung, daß er sich damit in die Hände der Reaction gegeben und sich selbst verdammt habe, ihr auch noch bei mancher anderen Sache als Werkzeug zu dienen. In Hannover sah er ja unmittelbar ihre Kräfte wachsen und das Ministerium Stüve stürzen. Er kannte die Personen und die Verhältnisse genug, um sich nicht darüber zu täuschen, daß das nur der Anfang eines allgemeinen Angriffs sei auf alles das, was ihm und seinem Freunde theuer war. Freilich, bisweilen könnte es scheinen, als sei er von seinen

[1]) Diese klassische Formel ist in Münster i. W. geprägt worden.

freiheitlichen Ideen ganz zurückgekommen. Im Sommer 1850 äußerte er einmal, Deutschland komme nicht eher zu festen Zuständen, ehe nicht „das Ständewesen, diese Nachahmung des Englischen Konstitutionalismus" beseitigt sei, und auch für die Gesammtverfassung Deutschlands hielt er im April 1850 ein Volkshaus für ein Unheil.[1]) Doch steuerte er darum keineswegs zum alten Absolutismus zurück, sondern er war durch die traurigen und erschütternden Erfahrungen mit den Parlamenten der Jahre 1848—50 zu der Überzeugung gekommen, daß diese Form, den Volkswillen zur Geltung zu bringen, für Deutschland ungeeignet sei.[2]) Er suchte nach anderen Formen, hoffte namentlich durch vollständige Emancipation der Gemeinden und durch Ausbildung der Institute der Provinzialvertretungen und der Vertrauensmänner Ersatz zu finden. Er hat das nicht näher entwickelt, bezeichnet es als Träumereien, für die jetzt keine Zeit sei; aber seine Andeutungen genügen, zu erkennen, daß er mit jenen Worten nur einer parlamentsmüden Stimmung Ausdruck gab, für die er ja heute gerade viel Verständnis finden wird. Diese Stimmung erklärt auch, daß er geneigt war, über die hessische Opposition ungünstig zu urteilen. Und über sie äußert er sich gelegentlich allerdings nicht viel anders als ein Reactionär. Allein auch bei Stüve finden sich solche Wendungen. Der politische Kampf bringt das so mit sich. Die hessische Opposition war zwar im Grunde dem Kampfe um das hannoversche Staatsgrundgesetz ähnlich, trug aber manche Züge, die bei Stüve und Detmold Anstoß erregten und bei Detmold auch jene anti-parlamentarische Stimmung auslösten, die Stüve selbst immer bekämpfte.[3]) Bei Detmold kam weiter noch hinzu, daß er in Frankfurt auch mit Elementen zu kämpfen hatte, die politisch der hessischen Opposition nahe standen und daß diese Opposition endlich mehr zu Preußen neigte, während Hassenpflug den Anschluß an Österreich suchte. Diese Beziehungen hatten aber für Detmold damals die größte Bedeutung, und diese kleinstaatlichen Politiker waren gewöhnt, die Schicksale der Nachbarstaaten nach den Interessen ihres „Staats" bezw. ihrer Parteikämpfe zu beurteilen. Dieser Zug der „Realpolitik" war bei ihnen um so stärker ausgebildet, je mehr die kleinen Verhältnisse die privatrechtliche Auffassung politischer Fragen statt wirklicher Staatsgesinnung förderten. Wie sie denn auch sehr geneigt waren, die kleineren Nachbarn unter ihre Autorität zu

---

[1]) Briefe vom 30. April und vom 12. Juni, 1850 Nr. 197 u. 215 S. 397 u. 439.

[2]) Freilich spielte dabei auch die Idee mit, daß ein Volkshaus den unitarischen Gedanken verstärken, in die Bahnen der Verfassung vom 28. März 1849 zurücklenken werde.

[3]) So in Nr. 216 S. 441 und Nr. 226 S. 464.

bringen, während sie leidenschaftlich klagten, so bald Preußen sein Übergewicht geltend machte. Mit alle dem soll natürlich nicht geleugnet werden, daß Detmold im Lauf der Jahre 1848—50 durch manche Anschauungen der Konservativen beeinflußt wurde, an deren Seite er in Frankfurt ein Jahr hindurch die in der Erbkaiserpartei den Kern bildenden Liberalen bekämpfte, und dadurch, daß er in der deutschen Frage zu Österreich hielt, dessen politischer Leiter Fürst Schwarzenberg ein Gegner aller wirklichen Reform im Bunde wie in den Einzelstaaten war. Diese Einflüsse mußten um so unmittelbarer und stärker auf ihn wirken, weil er im Parlament und nachher eine in gewisser Weise hervorragende Stellung einnahm. Zwar hinderte ihn seine schwache Stimme und seine körperliche Beschaffenheit — Detmold war verwachsen — auf der Tribüne als Redner zu glänzen; aber seine Schilderungen der Personen und Verhandlungen, sowie die sonstige Form und der reiche Inhalt seiner Berichte, seine Thätigkeit in der Verfassungskommission, die Art, wie er mit Dahlmann, Gagern und andern der einflußreichsten Mitglieder in vertrauten Verhandlungen stand, daß er z. B. zu den Wenigen gehörte, die in Gagerns Pläne eingeweiht waren, durch einen „kühnen Griff" die Wahl des Reichsverwesers zu entscheiden, endlich die Vorgänge, die zu seiner Berufung in das Reichsministerium führten: diese Thatsachen lassen keinen Zweifel, daß er sich in Frankfurt einen erheblichen Einfluß verschafft hatte. Mochte man sich entrüsten, wenn Detmold über gewichtige Personen und über ernsthafte Dinge, oder, was mehrfach begegnete, nicht zur rechten Stunde eine boshafte Bemerkung gemacht hatte, mochte man ihn dann wie eine Art Clown oder Satyr ansehen: man wußte, daß dieser Witzbold auch scharf denken und klar formuliren konnte.

Man fürchtete ihn nicht blos als Spötter, sondern man hatte ihn aus sachlichen Gründen ungern zum Gegner, weil er die Phrasen der Rhetorik zu zerreißen, den Fehlschluß, die innere Unwahrhaftigkeit, kurz alle die Wunden der Reden bloßzulegen verstand. Und er suchte nichts für sich, er war ein ehrlicher Mann. „Ich habe mich unter tausend Ängsten in die verlorene Sache embarquirt, schreibt er (S. 217) über die Annahme des Ministeriums, aber es ging dem Erzherzog und der ganzen Situation gegenüber durchaus nicht anders." Er ist entschlossen, da er A gesagt, „das ganze Alphabet nöthigenfalls durchzumachen". So kannten ihn seine Freunde, so kannte ihn namentlich Stüve; darum vertraute er ihm auch selbst nach jener Abstimmung vom 21. September 1850. Er wußte, daß es nicht angeht, die Menschen fallen zu lassen, weil sie einmal schwach oder unzuverlässig oder kleinen Eitelkeiten zugänglich gewesen sind. Wer fühlt sich so frei von Fehle, daß er es wagen möchte, den ersten Stein auf-

zuheben — es sei denn während der Kampf es fordert, daß man den Gegner angreife.

Detmold genoß nur kurze Zeit die Freude Träger der zunächst siegreichen Gedanken zu sein und mit dem Strome zu schwimmen. Bald mußte er sich ihm entgegenwerfen, allerlei Wertvolles zu retten suchen, was fortgerissen zu werden drohte, und dabei gerieth er nun weiter in die Gegenströmung als er wollte und wurde Mächten dienstbar, die er eigentlich bekämpfen wollte. Überdies ruhte seine Bedeutung nicht in der Kraft und imponirenden Größe seines Auftretens, sondern in der Schärfe und Feinheit im Kleinen, in der Gewandtheit, der unermüdlichen und, wo er nicht durch die Sorge um Österreich gelähmt war, alle Zeit tapferen Rührigkeit seines Wesens. In den Kommissionssitzungen und in jener privaten Geschäftigkeit, die die Beschlüsse und Verhandlungen vorbereitet und nicht selten entscheidet, hat Detmold einen Einfluß ausgeübt, der von Freund und Feind anerkannt wurde, wenn auch die Außenstehenden nichts davon wußten.

Über den Werth seiner Anträge und Einwendungen ist heute schwer zu urteilen, aber es ist doch bemerkenswerth, daß er bald nach dem Siege der Gegner durch die Kaiserwahl am 28. März 1849, sich wieder aufraffte und, die Zeichen der Schwäche in der Majorität erspähend, mit einem Plane hervortrat den verlorenen Faden wiederzugewinnen. Er schlug vor: „Das Kapitel vom Reichsoberhaupte wird neu berathen, ein Direktorium beschlossen mit Preußen (mit ausgedehnten Befugnissen) an der Spitze, bis Österreich erklärt, beitreten zu wollen, dann jährlich alternirendes Präsidium; die Verfassung wird revidirt von einem dazu einzuberufenden Reichstage (Volks- und Staatenhaus), erst bei Vollendung der Revision tritt die Frage über Eintritt in den Bundesstaat ein, die Wahlen zu dem Reichstage präjudiciren also in keiner Weise.“ (Nr. 105, S. 202.)

Die letzte Bestimmung sollte bewirken, daß Österreich in den Revisions-Reichstag seine Vertreter senden und über die Verfassung mit entscheiden könne, ohne verpflichtet zu sein in den Bundesstaat einzutreten. Das war eine Pfiffigkeit, die doch dem Ernst der Aufgabe kaum angemessen war und jedenfalls den Spott der Gegner herausfordern mußte. Ähnlich war es bei dem Vorschlage, den er im Mai 1850 für die Organisation der Bundesbehörde machte, die an Stelle der auf Grund des Interims vom September 1849 eingesetzten Bundes-Kommission treten sollte. Scheinbar sollte in den Kurien der stimmführende Staat gewählt werden, aber durch die Bestimmung, daß die Wahl im Plenum vorzunehmen sei, wollte Detmold verhindern, daß nicht etwa die norddeutsche Gruppe den Großherzog von Oldenburg, die sächsische Gruppe den Herzog von Coburg ernenne

(Nr. 203, S. 416). Solches Finassiren pflegte Detmold als Hinterlist und Intrigue zu schelten, sobald er es der preußischen Politik nachweisen zu können glaubte, ohne sich dessen bewußt zu werden, daß er damit einem großen Teil der eigenen Politik das Urteil sprach. Denn das Klügeln und Erlistenwollen ist für ihn charakteristisch, wie es denn ja nun einmal das Erbe des Schwachen ist, und dazu gehörten auch die deutschen Mittelstaaten, die doch nur im Vergleich mit den ganz winzigen Territorien nicht als Kleinstaaten bezeichnet werden. Es fehlte ihnen allen, auch Bayern nicht ausgenommen, die nötige Macht, sich selbständig zu behaupten, und Detmold sowohl wie Stüve, mehr aber noch Detmold zeigen sich belastet durch die Traditionen und Bedürfnisse der kleinstaatlichen Politik. Sie gingen keineswegs darin unter, sie hatten lange schon vor 1848 ihre Blicke auf das große Vaterland Deutschland gerichtet, und an der Bewegung der Märztage, an ihrer gewaltigen, die Gedanken und Entschlüsse über die Grenzen der Territorien im Sturme hinwegführenden Bewegung nahmen sie beide lebhaft teil. Auch Detmold war stark von ihr ergriffen. „Was man gestern noch für einen Traum, für einen albernen Scherz gehalten hätte, ist heut die offiziellste Wirklichkeit. Ja, die Morgenröthe, die da angebrochen, muß wohl kräftig sein, denn selbst die Memnonssäule in Frankfurt ertönt in noch unerhörten Weisen.“ Und die schärfsten Worte hat er für die politische Feigheit, die auch in diesen Tagen der Freiheitsschwärmerei in weitern Kreisen der Bürgerschaft offenbar wurde. Ausdrücke wie „miserabelste Hundedemuth“ (S. 6) und „heillose Lumpen“ (S. 2) waren ihm für die Mitglieder des Magistrats, und „unsäglich verächtliches Gesindel“ für die Herren der besten Gesellschaft der Stadt nicht zu hart, die sich auf einmal um ihn bemühten, während sie ihn bisher als mißliebigen Oppositionsmann gemieden hatten. Bei Gelegenheit der Zusammensetzung des liberalen Ministeriums entfährt ihm sogar die geradezu radical klingende Wendung[1]: Die beiden Junker (v. Düring und Graf Bennigsen), „wenngleich ehrliche Männer“ seien ihm nicht recht (S. 21). Gewiß zählte Detmold wie sein Freund Stüve in den Märztagen zu den Maßvollen, aber er wollte eine tiefgreifende Umgestaltung der deutschen, wie der hannoverschen Verhältnisse.

---

[1]) Radical klingt auch noch eine Äußerung aus dem April 1849 S. 202, 10./4. 1849: „Es ist eine Schmach, daß die Nation sich so unfähig erweist, durch die Vertreter ihrer Wahl ihre Angelegenheiten zu ordnen, daß nun doch die Regierungen die Angelegenheit in die Hand nehmen müssen.“ Hier liegt doch der Gedanke vor, daß die Reichsverfassung nur durch die Volksvertreter zu schaffen sei, also die Idee der Volkssouverainetät. Freilich schreibt D. hier im Zorn und geht vielleicht weiter als er eigentlich will.

Es gehört zu den wichtigsten, heute oftmals verdunkelten Thatsachen, daß die Bewegung der Märztage von Männern wie Detmold und Stüve getragen war, daß auch diese Männer mit dem alten Schutt gründlich aufräumen wollten. Sie richteten ihre Blicke auf erreichbare Ziele und kämpften deshalb von Anfang an gegen die Phantasten und Radicalen, wie gegen die durch keine Kenntnis der Sachen und des in ihnen liegenden Zwanges gestörten Schwätzer; aber ihre Forderungen und Hoffnungen griffen darum doch hoch und weit. Detmold wurde allerdings durch den ersten Eindruck der wirr durch einander tobenden Schreier im frankfurter Parlament so angeekelt und so hoffnungslos betrübt, daß er einen Augenblick daran dachte, gleich wieder nach Hause zu eilen; aber bald überwand er diese Schwäche und nahm vollen Anteil an der großartigen Erscheinung dieser deutschen Volksvertretung und an ihrer Arbeit. Noch Ende Juni 1848, — als doch schon viele Blüthen des Völkerfrühlings ohne Frucht gewelkt waren, — schrieb Detmold voll stolzer Hoffnung (S. 53): „Es wäre schon eine Lust, in diesem Menschenmeer umherzuschwimmen, wenn man nicht so oft vor Zorn, ja vor Ekel sich abkehren müßte. Nach alle dem dürfen Sie mir denn auch wohl einmal erlauben, daß ich die Versammlung lobe. Sie hat den schwersten (auch schon um deswillen der schwerste, weil er der erste war) Theil ihrer Aufgabe gelöst, und ich denke, man darf trotz des Ärgers und Verdrusses über manches Detail im Ganzen und Großen wohl zufrieden sein. Schon der einzelne Mensch geht leicht ins Schrankenlose, wenn ihm die Schranken fehlen, wie vielmehr eine Versammlung von 600 Menschen. Und in der ganzen Weltgeschichte hat es keine Versammlung gegeben, die weniger beschränkt gewesen als diese ... Und all diesen Gefahren gegenüber muß anerkannt werden, daß die Versammlung sich mit Mäßigung benommen hat, in einigen Fällen mit wahrhafter Weisheit." Den Höhepunkt seines Einflusses erreicht Detmold nach den Wochen des verzweifelten Kampfes gegen das Erbkaisertum, die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser und die mit beiden Beschlüssen gegebene Ausscheidung Österreichs.

Seine Ernennung zum Reichsminister wurde allerdings — wenn auch nicht ganz so wie die seines Kollegen Grävell — von der überwiegenden Majorität des Parlaments als ein Unsinn oder als ein Hohn behandelt; aber das war Parteiurteil, nicht weniger ungerecht als das bitterböse Urteil, das Detmold einige Wochen später über die Gothaer Versammlung fällte. Detmold war doch der Mann der Situation. Gerade er hat entscheidend mitgewirkt[1]) bei dem Zustandebringen des Ministeriums und er hat das

[1]) Darüber giebt Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks 1848—49, Auskunft aus genauester Kenntnis. Die Briefe Detmolds bieten dazu interessante Ergänzungen. Vgl. Nr. 111. 115 u. 117. Grävell erschien auch nach Detmolds wohl-

kurze, aber den Verhältnissen angemessene Programm des Ministeriums geschrieben. Freilich, politische Thaten waren von dem Ministerium nicht zu vollbringen, nur in dem Kleinkrieg mit den Parteien waren ihm einzelne Erfolge möglich. Aber politische Thaten hat die provisorische Centralgewalt auch unter dem vorigen Ministerium nicht aufzuweisen. Die Kämpfe um den Malmöer Waffenstillstand und die schwache Stellung der Reichsvertreter bei den auswärtigen Regierungen zeigen das zur Genüge. Detmold war sich darüber von vornherein klar. Er übernahm den Posten nur, um den Reichsverweser in seiner Stellung und dadurch diese selbst zu halten (S. 222). Und das ist ihm geglückt. Die Thatsache, daß er sich bereit erklärte, in der Krisis jener Tage das Amt eines Ministers zu übernehmen und daß er das Ministerium zusammenbringen half, hatte wichtige politische Folgen. Der Reichsverweser behielt sein Amt und erschwerte dadurch die preußische Unionspolitik und die Anstrengungen der Kleindeutschen. Mag man das loben oder tadeln: man wird doch immer zweierlei feststellen müssen. Einmal daß die Unionspolitik Preußens auch ohne diese Hemmungen kein Ergebnis gehabt haben würde. Der König selbst hatte nicht den Willen dazu. Sodann, daß die Fortdauer der Reichsgewalt vielen ehrlichen Herzen unter den Gegnern der Kaiserpartei die Hoffnung erhielt, es werde Deutschland doch noch zu einer besseren Verfassung gelangen. Der Sieg der Erbkaiserpartei war unter Umständen erfolgt, die den Gegnern zu den heftigsten Anklagen Anlaß gaben. Detmold nennt es eine „beutelschneiderische Art

---

wollendem Urteil als „eine komische Person", aber er wurde dazu vorzugsweise durch seine Rücksichtslosigkeit. Er hatte den Muth der Meinung, aber er wußte nicht, daß man das nicht bei jeder Gelegenheit geltend machen muß. Man soll ertragen können, daß die Dinge anders gehen und anders angesehen werden, als man selbst glaubt für richtig halten zu müssen. Er hat dem Ministerium nur ganz kurze Zeit angehört, aber in der Krisis des 15.—17. Mai war sein harter Kopf dem Reichsverweser viel werth. Von ihm rührt offenbar auch die vom 24. Mai datirte Antwort auf die preußische Depesche vom 18. Mai 1849, welche den Reichsverweser zum Rücktritt zu drängen suchte. Die Schroffheit der Antwort läßt Grävell als Urheber vermuthen, auch hatte er den Vorsitz des Ministeriums. Wie sehr sich aber Preußen geschlagen fühlte, zeigt die wortreiche Erwiderung vom 28. Mai. Dieser Depeschenwechsel stellte einen zweiten Sieg des Reichsministeriums über die kleindeutsche Partei dar, wenige Tage nachdem es durch sein Zusammentreten den ersten erfochten hatte.

Die angezogenen Acten sind bei Jürgens a. a. O. 576 ff., bei Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht, 2 Bde., 1850/52, G. v. Meyer, Corpus juris confoederationis germanicae 1858 f., teilweise auch in der Deutschen Chronik 1849 zu finden. Freilich steht dort auch die Antwort, welche Grävell im Namen des Ministeriums am 20. Mai auf die Adresse der Stadt Leipzig vom 6. Mai gegeben hat, und welche den Minister Grävell allerdings dem Spotte preiszugeben geeignet ist. Deutsche Chronik 1849, I, S. 219.

und Weise" (S. 195); Stüve spricht von der „Unzucht der Kaiserpartei mit der Linken" (S. 192) und am 25. März 1849 schreibt Detmold über die Kämpfe bei der zweiten Lesung der ersten Paragraphen der Reichsverfassung: „Die Zustände sind hier wahrhaft entsetzlich, grauenvoll und unerträglich, es ist eine Leidenschaft und Erbitterung, die sich in tausend rohen Wuthausbrüchen Luft macht." Wer die Protokolle liest, wird sich leicht überzeugen, daß diese Schilderung übertrieben und einseitig ist, und die Rede, mit der der Präsident Simson (am 28. März 1849) die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen verkündete, ist ein Dokument, das allein schon genügt, die feierliche und würdige Haltung und Stimmung der Versammlung bei diesem Act zu verbürgen: aber um so schroffer nur erscheint die Erbitterung der Gegner, welche einen loseren Bund schließen wollten, um Österreich nicht fahren zu lassen und den Kleinstaaten eine größere Selbständigkeit zu wahren. Daß der Reichsverweser im Mai 1849 sein Amt nicht niederlegte, daß er es bewahrte, bis durch das Interim eine neue Centralgewalt, die Bundes-Kommission, geschaffen war: das hat doch den Raum gewährt für eine weitere Auseinandersetzung der Parteien. Detmold selbst ist freilich durch dieses Amt und die sich daran schließende ähnliche Stellung als Bevollmächtigter Hannovers bei der Bundes-Kommission — 20. December 1849 bis Ende April 1850 — und von da ab bei der Versammlung, die sich für den Bundestag ausgab, völlig in den unfruchtbaren, meist kleinlichen und auch mit kleinlichen Gehässigkeiten geführten Verhandlungen aufgegangen, aus denen kein Heil kommen konnte, weder für das Land noch für die beteiligten Personen.[1]) Schon deshalb nicht, weil die Rechtsverhältnisse unklar waren, oder genauer, weil seit Auflösung des Parlaments im Mai 1849 keine allseitig und dauernd anerkannten Rechtsordnungen vorhanden waren. Die einen sahen in dem Reichsverweser, andere in dem Rumpfparlament und der von ihr eingesetzten Reichsregentschaft die legitime Reichsregierung, aber diese Regentschaft hatte gar keine Bedeutung und die, welche den Reichsverweser anerkannten, hielten doch durchaus nicht für geboten, den Anordnungen seiner Minister Folge zu leisten. Von Preußen namentlich wußte man oft nicht recht zu sagen, ob es den Reichsverweser anerkenne oder nicht. Die Verhandlungen über das Bündnis vom 26. Mai 1849 nahmen auf den Reichsverweser keine Rücksicht. Nicht viel anders verhielt es sich mit

---

[1]) Detmold schreibt am 17. Juni 1849 über sein Treiben: „Ich bedarf der Thätigkeit, zumal ich mich in den letzten Wochen einer fast aufreibenden Vielthuerei (Arbeit ist es nicht, nur ein ungeheuer geschäftiges Müßiggehen) habe hingeben müssen, die eine stille Muße hinterher nicht ertrüge."

Österreich. Am meisten geregelt erscheinen die Reichsverhältnisse in der Zeit des Interim, der am 30. September 1849 zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Übereinkunft zur Bildung einer provisorischen Bundes-Centralgewalt. Diese Übereinkunft wurde von dem Reichsverweser bestätigt, die Einzelregierungen traten nach und nach bei und am 20. Dezember 1849 legte der Erzherzog Johann die ihm am 12. Juli 1848 übertragenen Befugnisse des Bundestags in die Hände der Kommissarien der beiden Staaten Preußen und Österreich und der von ihnen unter Zutritt anderer Staaten gebildeten Bundeskommission nieder.[1]) Ihre Befugnis war bis zum 1. Mai 1850 bemessen. Bis dahin hatte man also wieder eine von allen Regierungen anerkannte, den Bund vertretende Centralgewalt, allein einige Regierungen hatten die Anerkennung nur unter Vorbehalt ausgesprochen und Preußen namentlich behielt den „engeren Bund" bei, den es auf das Bündnis vom 26. Mai 1849 begründet hatte, und gab ihm gerade während der Dauer dieser legitimen Vertretung auf dem Reichstage in Erfurt eine Verfassung. Im Gegensatz dazu schlossen aber Bayern, Württemberg und Sachsen einen Bund zu München 27. Februar 1850, und so wurde denn gerade damals die Gegnerschaft unter den Bundesstaaten organisirt. Es war die Zeit der Zusagen, die zugleich Absagen sein sollten. Alle Ordnungen waren aufgelöst oder in Zweifel gezogen. Einer beschuldigte den andern der Unaufrichtigkeit und der Intrigue. Die Verhältnisse in der Frankfurter Kommission selbst waren über die Maßen kläglich. Detmolds Berichte vom 12. und 14. Januar 1850, die mir das Königl. Staatsarchiv zu Hannover an das hiesige sandte, geben drastische Bilder von der vollendeten Hilflosigkeit der Kommission und ihrer Mitglieder. Die Beamtenstellen waren mit ängstlicher Sorge für die Parität unter Preußen und Österreicher verteilt, und nun stockten die Geschäfte, weil kein Preuße dem Österreicher und kein Österreicher dem Preußen den ersten Besuch und das erste Wort gönnen wollte. Von den Mittelstaaten waren nur Bayern und Hannover vertreten und ihre Kommissare fühlten sich verrathen und verkauft. Detmold hatte überdies nicht einmal einen Schreiber zur Verfügung und mußte fast alles selbst schreiben und spediren. (Vergl. auch S. 336.)

---

[1]) Der Ausdruck ist: Ich „lege die mir übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Ihrer Majestäten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen nieder." Die ihm durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte, namentlich „die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht, und das Recht, die Oberbefehlshaber zu ernennen" — erwähnt der Reichsverweser nicht. Es stand ihm auch offenbar nicht zu, diese ihm von der Nationalversammlung übertragene Gewalt nach seinem Gutdünken weiter zu geben.

Da Preußen das Interim über den 1. Mai hinaus nicht erneuerte, so fehlte von da ab jede legitimirte Bundesgewalt. Österreich wollte die Vertreter einiger Regierungen, welche sich um seinen Vertreter in Frankfurt sammelten, als Erneuerung des Bundestags ansehen, aber Preußen bestritt dieser Versammlung das Recht dazu. In diesen Konflicten ist vom Mai 1849 bis Herbst 1850 Detmold zu immer schrofferem Gegensatze gegen Preußen und die die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung vertretenden Politiker gelangt. Simson, Dahlmann und die anderen Führer der Erbkaiserpartei, mit denen sich Detmold doch wahrlich nicht vergleichen konnte, waren ihm nur noch Piepmeyer und Intriguanten.[1])

Welch ein Gegensatz ist das gegen die Urteile aus dem Frühlinge und Sommer 1848! Von Männern wie Beseler, Dahlmann, Wippermann und anderen Koryphäen spricht er damals mit Achtung und teilweise mit Bewunderung, so namentlich von Beseler, und er stand ihnen und ihren Plänen auch noch innerlich so nah, daß er über den Entwurf der Siebzehn Vertrauensmänner zur Reichsverfassung, der doch in mancher Beziehung stärker unitarisch war als die spätere Reichsverfassung, ruhig urteilen und sich mit dem Gedanken einer Annahme des Entwurfs vertraut machen konnte. (Brief Nr. 24 S. 30.) Auch an dem Gesetz vom 28. Juni 1848, welches der provisorischen Reichsgewalt Befugnisse lieh, gegen die das hannoversche Ministerium die scharfe Erklärung vom 7. Juli 1848 erließ, nahm Detmold nicht so lebhaften Anstoß wie sein Freund Stüve, und noch bei Übernahme des Reichsministeriums betonte er die Geltung dieses Gesetzes, es sollte die Basis seiner Politik sein. „Das Programm des Ministeriums ist das Gesetz vom 28. Juni (1848), auf dessen Boden es sich wie eine Festung zurückziehen wird“ (S. 217). Auf Grund der ausgedehnten Befugnisse, welch dieses Gesetz der provisorischen Centralgewalt lieh, erhob Detmold gegen Preußen die heftigsten Vorwürfe, daß es seine diplomatischen und militärischen Actionen ohne Autorisation des Reichsministeriums vollziehe, der Reichsgewalt die Ehre nicht gönne. Er mußte sich von Stüve erinnern lassen, daß Preußen doch nicht ohne Grund Anstand nehme, seine militärischen Kräfte der Centralgewalt zur Verfügung zu stellen.[2]) Und dabei begegnen Detmold noch zwei andere Inconsequenzen. Er forderte von Preußen, daß es sich diplomatisch und militärisch der Centralgewalt unterordne. Von Österreich forderte er es nicht; vielmehr ertrug er, daß Österreich die Centralgewalt

---

[1]) Vergl. die harten Urteile über den Holsteiner Francke, über Römer, Mathy, welche sich in den Briefen finden, und die Art, wie er über das Verhalten des Prinzen von Preußen berichtet.

[2]) Es lag darin ein starker Widerspruch, daß Detmold die Reichsverfassung als zu unitarisch verwarf, und das Gesetz vom 28. Juni festhielt.

mehr wie ein dienendes Organ ansah und die deutschen Angelegenheiten als Nebensache behandelte — und zwar völlig unter dem Gesichtspunkte der habsburgischen Interessen. Detmold erhebt bei jeder Gelegenheit den Vorwurf gegen Preußen, daß es den Fortbestand der Bundesverfassung und ihrer Gesetze nicht anerkennen wolle, sich gelegentlich aber doch auf sie zurückziehe. Nun war die Politik Friedrich Wilhelms IV. ja schwankend und voll halber Entschlüsse; aber in dem Punkte blieb Preußen doch klarer und offener als Österreich und sein Anhang, daß es den Bundestag und seine Verfassung durch den Beschluß vom 12. Juli 1848 für aufgehoben erklärte. Den Reichsverweser hat Preußen freilich anerkannt und auch zu benutzen gesucht, aber meist so gehandelt, als bestehe keine Centralgewalt. Österreich betonte gern den Fortbestand der Bundesverfassung, richtete aber seine eigene Verfassung so ein, als ob es keine Bundesverfassung gäbe, und Fürst Schwarzenberg scheute sich (Anfang März 1850) nicht auszusprechen, es existire in Deutschland gar kein Rechtszustand [1]) mehr. Weder Detmold noch die Politiker der übrigen Staaten täuschten sich über die Rücksichtslosigkeit Österreichs. Allein man klagte über Österreich, aber man verzieh ihm. Man ertrug auch schroffe Behandlung von Seiten der österreichischen Staatsmänner leichter als von Preußen. Österreich hatte die Tradition der Herrschaft für sich, und dann schien es nicht in der Lage zu sein, die Obergewalt, die man ihm etwa zugestehen würde, mit gleichem Nachdruck zu gebrauchen, wie man es von Preußen fürchtete. Dazu kam noch das Schwanken der preußischen Politik und das Ungeschick und das anmaßende Wesen des preußischen Vertreters von Radowitz in den Unterhandlungen. Über ihn klagte Stüve fast noch mehr wie Detmold. Preußen ist durch und durch unfähig, schreibt er (am 10. Juni 1849) mit Berufung auf ein Urteil des russischen Gesandten, „einen milden, freundlichen Gang in irgend einer Unterhandlung zu befolgen. Die Leute sind einmal wie die Studenten, die aus jedem Blick ein Duell machen zu müssen glauben. Das steckt ihnen allen unter der Haut und damit verderben sie alles. Meister in dieser sublimen Politik ist aber Herr v. Radowitz."

Detmold wurde namentlich durch die Art, wie Preußen in der dänischen Angelegenheit die Autorität der Reichsgewalt bei Seite schob, so leidenschaftlich erregt, daß er jedes Maß verlor. Die Klage über das „brutale" Auftreten Preußens beginnt schon im Mai gleich mit der Übernahme des Ministeriums, aber er erkannte doch an, dem Reichsverweser (und der Sinn ist: auch seinem Ministerium) sei wohl bewußt, „daß die Centralgewalt nur durch die Gnade Preußens existirt" (Nr. 113 S. 222).

---

[1]) Nr. 181 S. 368.

Das scheint er später ganz zu vergessen, und wurde mehr und mehr abhängig von Österreich. An den anderen Kleinstaaten wußte er das zu rügen: „Das Unglück ist, daß man in Bayern und in Würtemberg glaubte, Österreich gefällig sein zu müssen, die allerschlechteste Politik" (S. 513). Aber die „allerschlechteste Politik" trieb er auch, sobald die Hoffnungen und großen nationalen Ziele des Jahres 1848 verflogen waren.

Und Detmold vertrat einen Staat, der in der Machtsphäre Preußens lag, über dessen Finanzlage nach Beseitigung der von 1840 bis 1848 währenden Kassentrennung noch keine Klarheit bestand, dessen Armeeverwaltung durch budgetwidrige Dispositionen während jener Zeit in Schwierigkeiten gerathen war [1]), und der sich daher noch nicht in der Lage befand, seine volle Kraft einzusetzen. Alle diese Mittelstaaten waren sich ihrer Schwäche wohl bewußt. Sie zitterten vor dem Gedanken, daß Österreich und Preußen sich zur Teilung der kleineren Staaten einigen möchten, und überdies vermuthete einer bei dem anderen die Absicht, sich durch fremde Gebiete zu vergrößern. „So wie Würtemberg", schrieb Stüve im Juli 1848 (S. 68), „Baden schlucken möchte, Baiern die Pfalz, vielleicht auch etwas Östliches, so scheint auch in Sachsen eine ganze Fluth von Gelüsten nach Wiedererlangung alter Größe zu brausen."

Ganz besonders erregte das Verhalten Bayerns und seines Ministers v. d. Pfordten den Unwillen von Stüve und Detmold. v. d. Pfordten wird kaum besser beurteilt als die preußischen Staatsmänner. Hannover erstrebte zwar nicht fremde Gebiete, aber einen führenden Einfluß unter den Nordseestaaten und sah sich darin zunächst durch Preußen gehemmt. Alles das mag es erklären, daß Detmold so stark unter den Einfluß Österreichs gerieth und in so schroffen Gegensatz gegen Preußen. Stüve hat ihn wiederholt gewarnt, sich Österreich nicht zu sehr hinzugeben; Stüve sah wie Detmold in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 eine Verirrung, aber er bewahrte sich doch eine ruhigere Auffassung der preußischen Politik. Ebenso ließ er sich auch nicht auf den Detmoldschen Gedanken ein, Baden zu mediatisiren. Gerade dieser Punkt ist recht charakteristisch, wie viel mehr Detmold geneigt war, Stimmungen Raum zu geben, und wie zersetzend die Frankfurter Erlebnisse wirkten. Stüve hat die Kleinstaaten ebenfalls recht abschätzig beurteilt. „Kleine Köter" nennt er sie einmal, und an anderer Stelle entfährt ihm ein noch gröberes Wort. Aber er urteilt so, weil er eine lebendige Vorstellung davon hatte, daß ein macht-

---

[1]) S. Stüves Äußerung S. 514. Vergl. hiezu und zur Begründung der obigen Bemerkung die Darlegungen Lehzens, Hannovers Staatshaushalt I, S. 35 ff. und II, S. 149 ff., auf welche mich Stüves Biograph aufmerksam macht.

loser Staat kein Staat sei. Er war auch klar genug, für Hannover die Konsequenz zu ziehen. Ich möchte nicht behaupten, daß seine Gedanken über die Reform der deutschen Verhältnisse durchführbar gewesen wären; — aber hätte Preußen feste Forderungen und feste Ziele gehabt, so würde er sich auch 1850 damit noch zurecht gefunden haben, während man das von Detmold kaum hoffen kann. „Möchte nur Preußen den Muth haben, von deutlichen und festen Prinzipien ausgehend, eine bestimmte scharfgezeichnete Form der neuen Verfassung hinzustellen. Welche Form das sei, ist viel weniger bedeutend, als daß sie fest und bestimmt sei", schrieb er am Ende Januar 1849 in der Hannoverschen Zeitung, und am 11. Dezember 1848 pries er hier die Kraft, mit der in Preußen das Volk aus der Verwirrung der Revolution den Weg zur Ordnung gefunden habe. „Es ist etwas Grunddeutsches in dieser preußischen Bewegung." Stüve hielt an der mit seiner ganzen politischen Denkweise verwachsenen Überzeugung, daß Preußen der geborene Führer der deutschen Reform sei, selbst noch unter den Schwankungen der preußischen Politik des folgenden Jahres fest. „Man meint, wie es scheint, in Wien, wir seien in solcher Angst preußisch zu werden, daß wir zu allem bereit seien", schrieb er am 29. Januar 1850 in Anlaß der münchener Propositionen. „Ich für meine Person aber bin ganz entschieden darin, viel lieber einer wenn auch nachtheiligen Verbindung mit Preußen (das weiß Gott keine Freude bietet) zu folgen, — weil dann doch dabei eine vernünftige Verfolgung gemeinsamer Landesinteressen möglich ist, — als eine fratzenhafte Verbindung mit ganz Östreich zu genehmigen, bei welcher man eine Halbheit von repräsentativen Formen heranzieht, um damit eine gänzliche Nullität des materiellen Inhalts zu bemänteln." Und am 31. Januar fügt er nach Eingang der bestimmten Erklärungen Österreichs hinzu: „einen stringenteren Beweis für die Richtigkeit des Gagern-Berliner Satzes, daß mit Östreich eine deutsche Verfassung unmöglich sei, habe ich noch nicht gesehen. Ich bin selbst davon überwunden."

Aber daneben hatten doch auch jene Empfindungen und Wünsche Einfluß auf Stüve, die Detmold zuletzt fast haltlos zu Österreich zogen. Stüve mißt wie Detmold Österreich regelmäßig mit milderem Maßstabe als Preußen, und zwar aus dem dringenden Wunsche, Österreich bei Deutschland festzuhalten und vor allem eine Trennung Deutschlands nach der Mainlinie zu verhindern. Er verkennt nicht, daß einer Reform des deutschen Bundes mit Österreich große Hindernisse im Wege stehen, daß namentlich die Form, die sich Österreich durch die Verfassung von Kremsier (4. März 1849) gegeben hatte, die Einfügung in einen deutschen Bundesstaat unmöglich machte; aber er suchte sich zu überreden, daß diese Verfassung nur ein Product momentaner Erbitterung sei, daß sie keine Dauer

haben könne. Daneben zeigt er oft genug, daß Österreich von einer deutschen Reform nichts wissen wollte, und in den Montagsartikeln, die Stüve in jener Zeit für die Hannoversche Zeitung schrieb und die, wie oben erwähnt, eine unentbehrliche Ergänzung des Briefwechsels bilden, kam das gelegentlich zu scharfem Ausdruck. So in dem Artikel vom 18. März 1849. Und in dem Brief vom 24. März (S. 192) heißt es ähnlich: „So lange diese Östreichische Verfassung besteht, ist keine deutsche Verfassung möglich. Sie wird aber zerfallen, und für diesen Fall müssen wir im Stande sein, Östreich aufzunehmen, dürfen also nur ein provisorium machen." In dieser Hoffnung legte er auf die Erwägung Gewicht, daß Österreich eben erfahren habe, daß das deutsche Element das Bindemittel des Staates sei und daß Österreichs Regierung deshalb das deutsche Element im Staate nicht schwächen lassen könne. Er tröstete sich dieser Hoffnung, obschon er doch wissen mußte, daß Schwarzenberg derartige Erwägungen schwerlich anstellte, daß er nicht wie Stüve das Volk als den lebendigen Träger des Staates betrachtete, sondern in dem Staate Österreich nur die Summe der Besitzungen des Hauses Habsburg sah. Stüve hat das wohl auch selbst einmal mit aller Härte ausgesprochen (er nennt Österreich sogar „eine afterpolitische Misgeburt"); aber die Kraft der Tradition und die große Bedeutung der Interessen, welche in dem Zusammenhang Deutschlands mit Österreich gegeben waren, ließen jene Wünsche und Hoffnungen immer neue Kraft gewinnen, zumal die schwankende Politik Preußens die Aussicht zerstörte, unter dieser Führung zu einem befriedigenden Ziele zu gelangen. Im April 1850, also nicht lange nach der eben erwähnten Kritik Österreichs, schrieb er an Detmold (Nr. 194 S. 394): „Diese Preußischen Zustände mit all dieser Servilität auch ihrer besten Leute sind unser einem gänzlich unbegreiflich. Noch unbegreiflicher aber, wie daraus über Nacht ein constitutioneller Staat wachsen soll." Namentlich hat damals der schmähliche Prozeß gegen Waldeck Preußen geschadet. Stüve gab seiner Empörung über diesen Mißbrauch der Staatsgewalt starken Ausdruck.

Es kamen noch manche Einzelheiten hinzu, namentlich der Zorn über die nach Stüves Ansicht verkehrte Entwicklung des Zollvereins, aber im Ganzen wird man sagen, daß Stüve durch das Schwanken der äußeren Politik Preußens und durch die Reaction im Innern 1850/51 mehr und mehr zu der Abneigung gedrängt wurde, die Detmold schon im Jahre 1849 ergriffen hatte. Im September 1851 schrieb Stüve an Frommann: „ehemals hielt ich Preußen für Kern und Stütze Norddeutschlands und jetzt für den Wolf, der es verschlingen will." [1])

---

[1]) JCB Stüve II, 174.

2. Stüve und Detmold in den Märztagen 1848.

In Hannover trug die Bewegung der Märztage zunächst den Charakter einer allgemeinen Spannung, die eine Umwälzung erwartete und zwar als unmittelbar bevorstehend ansah. Diese Spannung war begleitet von einigen tumultuarischen Scenen, aber sie entlud sich nicht in einem Aufstande. Mit diesen Scenen waren weder Detmold noch Stüve einverstanden. Namentlich daran nahmen sie Anstoß, daß jetzt Leute nach Freiheit und Volksrechten schrieen, die in dem Kampfe um das Staatsgrundgesetz feige und stumm gewesen waren. (Detmolds Brief vom 6. März, Nr. 1, S. 2.) Unter dem Gesichtspunkt jenes Kampfes und der dort gemachten Erfahrungen beurteilten sie die Vorgänge.

Sie glaubten vor allem verhüten zu müssen, daß der alte König Ernst August, dessen Tod man in wenigen Tagen erwartete, mit Forderungen bestürmt werde. Er werde doch nur alles abschlagen, und durch dies Nein sich dann auch der Nachfolger gebunden fühlen. Auch in der Formulirung der Forderungen, in der Erwägung der Schritte waren sie beherrscht von den bisherigen Verhältnissen. Aber da erlebten sie, daß alles anders, alles neu geworden war. Eine bisher unbekannte Kraft entsprang aus der Lage der Dinge, vor allem aus der völlig veränderten Stimmung, die Menschen und Verhältnisse erfüllte. Die stürmische Jugend, die halb oder ganz gedankenlose Masse hatte das richtige Gefühl für die Zeit, das sich die klugen Politiker mit alten Erinnerungen verfälschten. Sie erlebten, daß der König, die Regierung und die herrschenden Kreise des Adels und der Beamten vor dem unbedeutenden und gerade in Hannover durch keinerlei nachhaltige Energie gestützten Lärm der Straßenpolitiker ohne Weiteres die Segel strichen und Konzessionen bewilligten, wie sie Stüve und Detmold nicht zu hoffen wagten. Sie entzogen sich denn auch ferner der Bewegung nicht und löften sich dabei sofort von ihrem alten Wunsche, die durch den König gebrochene Verfassung wieder hergestellt zu sehen. Stüve entschloß sich ohne allen Vorbehalt die aufgezwungene Verfassung anzuerkennen und in die Kammer einzutreten, um dem Lande in dieser Unruhe den Segen einer thatsächlich anerkannten Verfassung nicht zu rauben. Und dieser Segen offenbarte sich denn auch. So kleinlich und vielfach thöricht die Verhandlungen der Landstände verliefen, sie bildeten doch den See, in dem sich die wilden Wasser der das Land durchzuckenden Forderungen und Aufregungen etwas beruhigten und klärten.

Örtliche Beschwerden mischten sich mit den allgemeinen überall fast gleichlautend erhobenen Klagen[1]) und Forderungen. Dabei brachten manche Vorkämpfer der politischen Freiheit unter den Handwerkern, namentlich der Stadt Hannover, auch die ganz reactionäre Forderung vor: die maßvolle Freiheit wieder einzuschränken, welche die Gewerbeordnung vom 1. Aug. 1847 — die am 1. Juli 1848 in Kraft treten sollte — gewährte. Allerlei Agitatoren bemächtigten sich dieses Gegenstandes, und gerade diese häßliche Mischung ungeordneter und einander widerstreitender Begehren in denselben Köpfen erzeugte jene Empfindung des Ekels, mit der sich denkende Politiker, wie Stüve, von dem Treiben abzuwenden suchten. Aber das Große und Gesunde in der Bewegung überwog. Schon die unwiderstehliche Kraft imponirte. Von allen Seiten kamen die gleichen Nachrichten, und nun gar aus Wien die Kunde von Metternichs Sturz am 13. März. „Das müssen wir alle gestehen," schrieb Stüve am 18. März, „daß mit Metternich das Schlimmste besiegt ist." Die Fassung der Worte ist zu beachten und die Stelle, an der sie stehen. Stüve schreibt sie mitten unter Nachrichten von der Wandlung der bis dahin so stolzen und herrischen Regierungskreise in Osnabrück. Im Jubel über Metternichs Sturz veranlaßten die Aufgeregten, daß die Stadt am Abend des 18. März illuminirte, und „Alles" war dabei. „Der Landdrost (Lütcken[2]) hat den Schloßcastellan beinahe mit Gewalt, wenigstens Drohung von arretiren, gezwungen, das Schloß auch zu erleuchten. Sie denken sich so eine Wirtschaft nicht. Schwarz-roth-goldene Fahnen, Cocarden, Bänder, wie Sie es verlangen." „Die Infanterie-Caserne wird erleuchtet; der Commandeur wills aus der Regimentscasse thun, allein die Unteroffiziere weigern das, sie wollen es selbst zahlen." Und über die Bauern der Nachbarschaft kam ähnliche Kunde. Das alles geschah am 18. März in Osnabrück, ehe in Hannover und ehe in Berlin wesentliche Veränderungen gemacht waren. Bauern und Bürger, der Adel, die hohen Beamten, die Offiziere und die Unteroffiziere, alle

[1]) Man streitet jetzt viel über den Quellenwerth der Cahiers, in denen die französischen Gemeinden den Etats généraux ihre Beschwerden vorlegten. Die Bewegung von 1848 ist klarer zu erkennen, ihre Analogie kann uns helfen, die Erscheinungen jener älteren Zeit zu würdigen.

[2]) Über diesen Junker bietet Stüve in dem folgenden Briefe vom 20. März (Nr. 8, S. 16) noch Einiges. „Er ist jetzt schmeichelnd gegen die Bürger, wie ich ihn nie möglich gedacht. Man konnte ihm dabei aber etwas aufrücken. Es war lustig, wie er sich der Koncessionen (des Königs an die tumultuarischen Petenten) freute." Am Schlusse wird berichtet, wie Herr v. Schele sich plötzlich seinen Bauern in einem schwebenden Patronatsstreit fügte, und wie die Jagdherrn sich beeilten, den Bauern die Hunde zu bezahlen, die sie ihnen rücksichtslos todtgeschossen hatten. Die Bauern „können nur sagen, was sie haben wollen. Es wird gleich bezahlt."

waren ergriffen von der Bewegung und alle empfanden: Metternich war der Träger des alten Systems, mit seiner Flucht beginnt eine neue Zeit. Die bisher Gedrückten jubelten ihr entgegen, die bisher Privilegirten glaubten dem Strome folgen zu müssen. Sie waren bisher über die Köpfe des Volkes hinweggeschritten, jetzt warfen sie ihr Gewand zu Boden und ließen die Propheten der neuen Zeit darüber hinschreiten.

Und wie in Osnabrück, so in Hannover. „Sie glauben gar nicht," schrieb Detmold am 21. März, „mit welcher lammartigen Resignation die Leute, haute volée und Staatsdiener, den Gedanken hinnehmen, Sie (d. i. Stüve, den bisher Verfehmten) an der Spitze des Ministerii zu sehen, ja wie dieselben bereits für einen so tüchtigen Minister schwärmen und — wie die Ehrlichen sagen — Gott danken, wenn es nicht schlimmer kommt." Detmold und Stüve bewahrten in diesem Völkerstrudel eine kritisch beobachtende Ruhe und fanden auch spottende und harte Worte für manche Erscheinung, aber sie waren ebenfalls ergriffen von dem neuen Leben dieses Frühlings. Stüve äußert sich besorgt „wegen Berlin", das auch in diesen Stunden ihm als der für Norddeutschland entscheidende Punkt erscheint; er warnt: „Gott tröste, wenn nun nachher die Wette ausgetrunken ist, ehe sie gewonnen war." Aber er verschließt sich nicht: „Es sind viele schöne Blüthenknospen, aber: Wieviel Früchte verlangst Du für diese Blüthen? Lesen Sie es in Goethe weiter nach". Mit dieser Wendung (S. 10) schloß er den Brief, und am andern Tage berichtete ihm Detmold von den Bewegungen in der Stadt Hannover am 16—18. März. Es sind Bilder der Unruhe, der Schwäche und der heillosesten Verwirrung. Man hat oft den Eindruck, daß ein einziger energischer Mann an der Regierung alles hätte in den alten Schranken halten mögen, aber das gehört eben zur Charakteristik der Zeit, daß die Herrschenden gelähmt waren in dem Gefühl, das alte System der Gewalt sei schon über die Gebühr mißbraucht und verbraucht; und dies Gefühl war richtig. Wäre die Bewegung in Hannover momentan unterdrückt worden, ihre Wogen wären von außen nur um so stärker wiedergekehrt. Nun fand sich aber kein Widerstand, der König bewilligte den Bürgern, welche am 16. Abends mit einer Petition am Schlosse drängten: 1) Amnestie und Rehabilitation aller politisch Bestraften, 2) sofortige Aufhebung der Censur, 3) Öffentlichkeit der Ständeverhandlungen. Über das Übrige solle mit den Ständen berathen werden. Am andern Morgen — am 17. März — brachte ein Extrablatt der Hannov. Zeitung eine andere, weniger liberale Fassung und ähnlich lautete eine Mitteilung des Königs an den Magistrat. Diese Zweideutigkeit steigerte die Erregung so, daß sie der König durch eine vom 18. März datirte Erklärung beschwichtigen mußte. Er sagte, daß er den Inhalt der ersten Fassung als seine königliche Ent-

schließung anerkenne, „und Ich hätte geglaubt, daß diese Erklärung nicht nöthig sein würde, da jeder Hannoveraner wissen sollte: daß Ich das, was Ich sage, vorher überlege, aber dann auch halte". Detmold nennt diese Worte naiv, ein gröberer Ausdruck wäre noch richtiger gewesen; denn die ganze Stadt wußte ja, daß die beiden Antworten verschieden lauteten. Die Führer der Bewegung aber konnten in diesem Versuche sich zu rechtfertigen die ganze Hülflosigkeit der Regierung erkennen. Für den Character des Königs endlich ist es bezeichnend, daß er so laut auf die Zuverlässigkeit seines Wortes pochte in dem Augenblicke, da er etwas sagte, wovon die Bürger wußten, daß es mit den Thatsachen im Widerspruch stand.

Am 17. März hatte Stüve ein Programm für die von den Ständen vorzunehmenden Reformen entworfen, das an der Spitze den Satz führt: Maßregeln, keine Principien! und das diesem Satze getreu eine Reihe bestimmter Maßregeln zur Umgestaltung der Verwaltung aufzählt. Es ist erfüllt von den Gedanken des gemäßigten, in der Ausbildung der Selbstverwaltung das Heil suchenden Liberalismus, aber es geht überall auf bestimmte Einrichtungen aus. In dieser Ruhe und practischen Sicherheit wird ihm wohl keins der vielen damals entworfenen Programme gleichkommen. Da Stüve schon am 20. März zum Minister berufen wurde, so konnte das Programm in jener Form nicht wohl veröffentlicht werden, aber es bildet ein wichtiges Actenstück für den Mann und die Zeit und eine wertvolle Gabe dieses Briefwechsels.

Es ist ein besonderer Genuß in den Briefen dieser Tage — Nr. 1 ist vom 6. März, Nr. 10 vom 21. März — zu sehen, wie die beiden ihrer Erfahrung sicheren und den lärmenden Pöbel verachtenden Männer auch in den breiteren Strom der Bewegung hineingerissen werden. Und sie verbargen sich nicht, daß es die von ihnen als ungeschickte Politiker Verachteten waren, die den Weg frei machten, indem sie durch ihr — meinetwegen unverständiges und mehr vom Rausch, als von wirklichem Entschluß getragenes — Drohen den König und seinen bisher so stolzen Adel einschüchterten. „Auf die Nachricht, schreibt Detmold am 21. März, daß die Bürgerschaft eine . . Petition um Entlassung des Ministeriums unterzeichnen wolle, erfolgte vorgestern die Entlassung des gesammten Ministeriums; man will Alles gewähren, Alles was gewünscht wird und mehr, nur keine Demonstrationen." Dieser Satz in all seiner Kürze giebt das characteristische Bild der Zeit, und an solchen Zügen sind die Briefe reich, zusammen aber geben sie eine so lebhafte Vorstellung von der Art, wie es in jenen Tagen in Hannover und ähnlich aller Orten herging, wie wenig andere Aufzeichnungen jener Tage.

3. Stüve und die Schleswig-Holsteinsche Frage.

Hannover hat in den Jahren 1848—50 für Schleswig-Holstein amtlich recht wenig gethan. Sein Contingent hat dort unter Preußens Führung tapfer mitgekämpft und die Bevölkerung nahm an der Noth der Nachbarn und an den kriegerischen Thaten seiner Truppen den lebhaftesten Anteil [1]: aber die Regierung ging über das unmittelbar Gebotene nicht hinaus. Will man Träumen nachhängen, so kann man sich vorstellen, daß eine kräftigere Politik Hannovers auf diesem Gebiete viel Elend und viel Schande von Deutschland hätte abwenden mögen. Es scheint wenigstens so, als ob es nur irgend eines Anstoßes bedurft hätte, um auch bei anderen Regierungen größere Energie zu wecken. Und weiter möchte man glauben, daß sich Hannover durch solches Vorgehen überhaupt eine bedeutendere Stellung in Deutschland hätte schaffen und in Folge davon auch der Krisis von 1866 stärkere Elemente des Widerstandes hätte entgegensetzen mögen. Aber freilich stand dem schon die Persönlichkeit des Königs im Wege, der kaum als Deutscher empfand und nach den vielfältigen, meist an Vorgänge des Geschäftsgangs anknüpfenden Urteilen Stüves weder in der deutschen noch in der hannoverschen Politik einen größeren Zug und einen weiteren Blick gezeigt hat. Er verstand zu repräsentiren und zu imponiren, er hatte eine gewisse Klugheit, die aber vielleicht richtiger als Schlauheit zu bezeichnen ist, und er war dem dürftigen Durchschnitt der Diplomaten und der kleinstaatlichen Politiker jener Tage durch seine englischen Traditionen und durch seine Gewöhnung an parlamentarische Debatten überlegen. Diese Gaben haben manchen von der gelegentlichen Gnade des wegen seiner brutalen Rücksichtslosigkeit gefürchteten Königs Geblendeten zu Äußerungen der Bewunderung fortgerissen, aber dazu ist bei ruhiger Betrachtung kein Anlaß, 1848—50 so wenig wie 1837.

Ernst August hat nachgegeben, da die Gewalt sich regte, hat aber den Männern, die auf seinen Ruf in die Bresche traten, keine Treue gehalten, hat auch ihren Wunsch und den tieferen Sinn ihrer Politik kaum recht erkannt. Nachdem die schlimmste Gefahr vorüber schien, die die ehrlichen Namen dieser Minister beschwören sollten, traten die alten Neigungen des Königs wieder hervor, und er hat ihnen durch Launen und durch den Einfluß höfischen Intriguenspiels die Geschäfte erschwert, bis ihre Stellung unhaltbar wurde. Unter solchen Umständen würde sich das Ministerium

[1] Ich erinnere mich noch, wie wir Knaben den Erzählungen von der kecken That eines dieser Krieger lauschten und es fast als etwas Unwürdiges empfanden, daß der Held nun wieder als Knecht einer Weinhandlung am Brunnen zu Münden Flaschen spülte.

Bennigsen-Stüve wohl vergeblich bemüht haben, wenn es den König zu einer energischen, die anderen Staaten mit fortreißenden Politik zu Gunsten Schleswig-Holsteins hätte bestimmen wollen. Dazu war aber auch dies Ministerium an sich wenig geeignet. Seine Kraft lag nicht auf dem Gebiete der äußeren Politik. Es kam hinzu, daß die Schleswig-Holsteinische Frage wie kaum eine andere von den politischen Schwätzern mißbraucht wurde, um sich den Beifall der Massen zu sichern, was eine so ernsthafte Natur wie Stüve abschrecken mußte. Endlich hatte Stüve eine starke Vorstellung von den internationalen Schwierigkeiten, die auf diesem Boden bei jedem Schritte aufgeregt wurden, der über die Grenze des formalen Rechts hinausging. Er fürchtete die Hauptaufgabe der Zeit, die Einigung der im Bunde vertretenen Länder, durch Belastung mit solchen weiteren Zielen zu gefährden. Diese Zurückhaltung Stüves erklärt es, daß dieser Frage in der an einen bestimmten Umfang gebundenen Biographie kein besonderer Abschnitt gewidmet wurde. Um so willkommener sind die Ergänzungen, die der Briefwechsel bringt. Aber auch hier findet sich weniger als man erwartet, und das Wenige ist recht kühl gehalten. Da ist nichts von dem leidenschaftlichen Reden und Klagen, das damals und die folgenden Jahre hindurch bis zum Sturme auf Düppel und zum Wiener Frieden gerade auch in Hannover bei jeder Erwähnung des „verlassenen Bruderstammes" üblich war. Liest man etwa die kurzen Erwähnungen des Malmöer Waffenstillstandes in den Briefen vom 17. und 24. September (Nr. 55 und 59), so könnte man zu der Vermutung neigen, daß Stüve kein volles Verständnis für die nationale Bedeutung der Frage gehabt oder doch der warmen Teilnahme für die Bedrängten entbehrt hätte. Ein seines Scharfsinns froher Kritiker möchte für solche Meinung leicht eine ansehnliche Kette von Beweisstellen zusammenschmieden können, aber die Meinung bliebe darum doch falsch. Das ergiebt sich am kürzesten aus einigen Montagsartikeln der Hannoverschen Zeitung, in den Nummern 166, 172 u. 178 vom 15., 22. und 29. Juli 1850, in denen Stüve unter dem Titel „Schleswig-Holstein und der Deutsche Bund" seine Ansichten ausführlich begründet hat. Sein Urteil ist auch hier kühl bis zur Härte, aber man erkennt, daß es nicht Mangel an Liebe ist, was ihn so sprechen läßt, sondern das Gefühl der Pflicht. Er hielt sich frei von pathetischen Worten, weil er sich nicht wollte vom Gefühl überwältigen lassen, weil er wußte, daß nur die schlichte Erwägung der thatsächlichen Verhältnisse Hoffnung gebe, einen Weg zu finden, der aus diesem Wirrsal herausführen möchte. Seine Teilnahme offenbarte sich in der ernsten Arbeit, die er der Sache widmete, und zwar auch noch 1863, als er der Pflichten des Staatsmannes enthoben war. „Um in der Schleswig-Holsteinischen Sache", schreibt er am

24. Dezember 1863 an Frommann, „nicht vom Winde bewegt zu werden, habe ich mich entschlossen, die zahlreichen gedruckten Aktenstücke, so viel es die Zeit erlaubt, ernstlich zu lesen und will dir meine Ansicht, soweit sie feststeht, darüber mitteilen.“

Die angezogenen Artikel der Hannoverschen Zeitung lasse ich hier ganz folgen, weil sie nur so ihre volle Wirkung haben und zugleich, um zu zeigen, welch wichtige Ergänzung ein Neudruck all jener Artikel zur Kenntnis der Zeit geben würde. Ich bemerke, daß die Hannoversche Zeitung jenes Jahres schon selten geworden ist.

I. Hannoversche Zeitung Nr. 166. Die unglückliche schleswig-holsteinsche Angelegenheit ist durch den berliner Frieden vom 2. Juli und das londoner Protokoll so sehr zum Mittelpuncte des politischen Interesses geworden, daß wir glauben, unsern Lesern werde der Versuch, eine bestimmte, von Leidenschaften und Wünschen nicht eingegebene Ansicht derselben aufzustellen, nicht unwillkommen sein.

Dänemark und die Herzogthümer haben für Deutschland die entschiedenste politische Wichtigkeit. Sobald Deutschland den Versuch macht, seine Nordküste zu derjenigen Entwickelung zu bringen, die ihr gebührt, legt sich Dänemark als Riegel dazwischen. Daher der alte, erbitterte Kampf, den die Hanse immer wieder erneuerte. Daher die Ruhe, seit Deutschland seine Seegeltung aufgab. In der dänischen Monarchie sind aber die Herzogthümer nicht minder seit dem frühsten Mittelalter ein entscheidender Punct gewesen, und bis tief ins achtzehnte Jahrhundert haben die Schicksale des Nordens sich an sie geknüpft. Nun ist in unserer Zeit der Kampf der Nationalitäten hinzugetreten, der überall, wo er entbrannte, sich als einer der Puncte erwiesen hat, an denen die Leidenschaft sich am meisten entzündet. In diesen Kampf der Nationalitäten hat sich das Ringen des Liberalismus gegen die Geschichte, der Demokratie oder der dänischen Büreaukratie gegen den Adel oder den Grundbesitz gemischt (wir wollen nicht vergessen, daß Olshusen mit der s. g. Neuholsteinschen Partei Schleswig den Dänen zu überlassen bereit war, um liberale Verfassungsformen zu erlangen, und daß auch jetzt noch Leute in Holstein so denken.) Dazu ist der Successionsstreit gekommen, und hat sich die Erfahrung wieder bewährt, daß nichts die Leidenschaften gefährlicher aufregt, als Händel dieser Art, in welche sich die Fürsten selbst mischen.

So war schon vor dem Jahre 1848 ein Knäuel von Aufregung und Erbitterung entstanden, in welchem fast unmöglich war, noch das Recht und Unrecht zu erkennen. Die Zeit seit dem März 1848 hat neuen Brennstoff hinzugetragen. Deutschlands Ehre, Preußens Wort ist in die Sachen ge-

mengt, Blut ist geflossen, die Heere haben sich dort gemessen. Selbst die Hoffnungen einer deutschen Flotte knüpfen sich daran. Nun soll Friede sein; einfach Friede, paix pure et simple. — — Was heißt das, was bedeutet es? — In der That der Friedensvertrag selbst lautet einfach genug. Der reine Status quo ante bellum; freundschaftliche Mitwirkung zur Erledigung des Successionsstreits. Das ist gewiß klar. Allein lesen wir das Protokoll, datirt Berlin den 2. Juli, da lautet die Sache schon anders. Dieses Protokoll ist eigentlich der Kern der Sache, nicht der Frieden. Und wenn wir gar die Auslegungen der Deutschen Reform lesen — — was bleibt da von dem pur et simple übrig. Nun hat aber auch Germanicus Binder in London einen Brief an Lord Palmerston geschrieben, worin er diesen warnt vor der Verantwortung, wenn in Folge des londoner Protokolls russische Linienschiffe im kieler Hafen überwintern würden, statt bis Ende Mai in Kronstadt eingefroren zu liegen. Das heißt, es handelt sich auch für Deutschland um die Herrschaft der Ostsee und ihrer Küsten. Zu diesem Wirrsal der Interessen kommen nun die durchkreuzenden Abhülfen. Palmerston's Vorschläge von 1848, Theilung oder Selbständigkeit Schleswigs, mit mehr oder weniger gemeinsamen Instituten, die Präliminarien vom 1. Juli 1849, mit dieser oder jener Deutung, Abtretung der Erbfolge an Oldenburg, mit oder ohne Entschädigung für diesen und jenen. Wie soll man da durchfinden?

Kehren wir zum Frieden zurück! Was hat denn Deutschland mit dem Kriege gewollt? Wollte man etwa Dänemark erobern und sich zum Herrn des Sundes machen? — Oder wollte man Schleswig von ihm abreißen? — Gewiß nicht! — Lesen wir nur die Erklärung, mit welcher Preußen am 13. April 1848 die Leitung der Sache übernahm, und mit der man sich in Frankfurt einverstanden erklärte. Da heißt es: „Der Bundesbeschluß giebt Preußen das Mandat, die Vermittlung des Streites zwischen Dänemark und den Herzogthümern auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins und seiner staatsrechtlichen Vereinigung mit Schleswig zu bewirken, und bezeichnet als Bedingungen dieser Vermittlung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung des Status quo ante. Die Regierung Sr. Majestät des Königs — — — faßt den Inhalt und Umfang des Mandats so auf:

daß ihr danach zunächst die Pflicht obliegt, jeder weitern Veränderung des Status quo zum Nachteil der Herzogthümer entgegenzutreten, und denselben eventuell in so weit wieder herzustellen, daß jene Basis der Vermittlung nicht factisch verloren gehe."

Also der Status quo ante sollte erhalten werden, und was war dieser Status quo? — Das spricht der Bundesbeschluß vom 17. September 1846,

der auf einer Erklärung König Christians 8. beruht und dessen Hauptinhalt die eigene Erklärung des Hrn. v. Pechlin wieder anerkannte, vollständig aus. Da heißt es:

Nachdem Se. Majestät der König von Dänemark ꝛc. geäußert haben, daß es Ihnen niemals in den Sinn gekommen ist, die Selbständigkeit des Herzogthums Holstein, dessen Verfassung und sonstige auf Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen, oder willkürlichen Veränderungen zu unterwerfen, und die Versicherung hinzugefügt haben, daß Allerhöchstdieselben bei Ihren Bestrebungen, die Successions-Verhältnisse des gedachten Herzogthums zu ordnen, nicht Willens sind, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten — — so findet die Bundesversammlung sich in ihrer — Erwartung bestärkt, daß Se. Majestät — die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber die des deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und die gesetzmäßige Landesvertretung Holsteins beachten werden.

Also keine Kränkung der auf Gesetz und Herkommen beruhenden Beziehung Holsteins zu Schleswig, keine Kränkung der agnatischen Rechte des Herzogs von Augustenburg. — Das ist der Status quo ante, der erhalten resp. wieder hergestellt werden sollte. Und wodurch war derselbe verletzt? Das spricht der Bericht der Bundescommission vom 4. April aus. Es ist theils die durch das königliche Rescript vom 24. März ausgesprochene Incorporation Schleswigs in Dänemark, theils die Occupation des Landes durch dänische Truppen, um diesen Beschluß gewaltsam durchzusetzen.

Fragen wir nun weiter, was hiernach geschehen muß, um den Status quo ante wirklich herzustellen, so ist die Antwort leicht. Der König von Dänemark müßte die Verfügungen vom 24. März 1848 mit allen ihren Folgen aufheben, seine militärischen Maßregeln so treffen, wie es die Herstellung und Erhaltung der Ordnung ohne Unterdrückung des Rechts fordern möchte, und dann müßte der Versuch gemacht werden, die beiden streitigen Fragen, die Succession und die Verbindung von Schleswig und Holstein auf rechtliche Weise, d. h. durch Vertrag mit den Betheiligten zu ordnen. Anders als durch Vertrag ordnen kann man sie nicht, und nicht anders als gemeinsam; denn die Successionsfrage würde immer wieder störend einwirken, wenn man etwa die Verfassung ohne sie ordnen wollte. Man darf nie auf Ordnung und Ruhe rechnen, so lange das Thor zur Unordnung so weit aufgethan ist.

Das Alles könnte in dem reinen einfachen Frieden auf den Status quo gefunden werden; allein nun kommt das Protokoll. Die Dänen sollen Schleswig besetzen; kein Wort von Aufhebung des Rescripts von 1848. Die Preußen ziehen aus den Herzogthümern — das ist alles. Und nun

soll der Bund verpflichtet sein, auch in Holstein die Ruhe herzustellen; wo nicht, so mögen es die Dänen selbst thun. Sollen denn nun Artikel 25 bis 28 der wiener Schlußacte angewendet werden? Soll man sich bloß mit der „beruhigenden Anzeige“ des Artikel 27 begnügen? — — O bewahre, die Deutsche Reform weiß Rath. Die Sorge für Schleswig ist einstweilen Holstein anvertrauet. Also wird Holstein wohl von den Artikeln 37 u. f. der wiener Schlußacte eximirt? — Ohne Zweifel gehören diese Artikel zu der „Verfassung“, die nach bekannter Theorie nicht mehr gilt, und Artikel 25 bis 28 zum „Bunde“, der noch gilt. Man sieht, justificiren läßt sich Alles — — wenn man nur die rechten Vordersätze wählt.

Wir können in dieser ganzen Wendung der Sache nichts erkennen, als die Erklärung: Preußen wird die Sache zur Last, es will davon los sein; mögen die Holsteiner und der Bund selbst sehen, wie sie solche ordnen. — Das möchte sein; denn wenn Preußen in seinen eigenen raschen Fortschritten vom April 1848 keinen genügenden Grund findet, die Sache selbst zu ehrenvollem Ende zu führen: so ist niemand berechtigt, ihm anzumuthen, daß es sich allein mit den Sachen des Bundes beladen soll. Allein wo ist der Bund? An wen sollen sich die Dänen, die Holsteiner nun wenden? — —

So führt uns auch diese Sache am Ende wieder auf jene Auflösung der Verfassung Deutschlands, auf jene traurige Theorie zurück, der Bund bestehe noch, aber nicht die Verfassung. Soll denn nun etwa die berliner Union auftreten? oder sollen die Rechte durch „alle Einzelnen“ geschützt werden? Möchte doch der hülflose Zustand, in den diese von Berlin im Jahre 1848 mit so großem Eifer unternommene Sache gerathen ist, nun endlich einmal in Berlin die Ueberzeugung hervorrufen, daß man ablassen müsse von dem Streben, unter dem Gewande schöner Worte von Einheit, Treue, Worthalten u. s. w. an der Auflösung Deutschlands und der bloßen Herrschaft Preußens zu arbeiten. Hat Preußen denn hier bewiesen, daß es diese Herrschaft tragen kann? —

Aus dieser traurigen und schmachvollen Sache ist kein ehrlicher Ausweg möglich, so lange man nicht dem deutschen Bunde wieder Geltung und anerkannte Form geschafft hat. Das ist der einzige Weg. Zwei Deutschländer mag man in Dänemark, in Frankreich, England, Rußland billigen. In Berlin sollte man davon abstehn. —

II. Hannoversche Zeitung, Nr. 172. Als wir im Anfange der vorigen Woche die Grundsätze andeuteten, welche in der unglücklichen schleswig-holsteinischen Sache ganz allein zum Ziele führen können, wenn man nicht

etwa von allen Grundsätzen absehen und lediglich der Gewalt Raum lassen will, hatten wir doch nicht geglaubt, daß selbst in diesem reinen und einfachen Frieden so viel Verwirrung und Unklarheit liege, als sich schon im Laufe dieser Woche entwickelt hat. Die preußische Declaration vom 2. Juli, welche die Zeitungen fast früher als den vollen Wortlaut des Vertrags, wie es scheint, mittheilten, ergiebt in auffallender Weise, wie doppelsinnig hier so Vieles ist; und nachdem die Dänen für gut gefunden haben, dieser Declaration allen Werth abzusprechen, so wird in der That unbegreiflich, wie man preußischer Seits auf einen Vertrag dieser Art habe eingehen können. Dinge, wie die in der Declaration enthaltenen, mußten in der Unterhandlung selbst festgestellt werden. War das unterlassen, war der Vertrag abgeschlossen, ohne über solche eine Convention getroffen zu haben, dann konnte das nachträgliche „Act nehmen" und „repetiren" wenig helfen.

In der That, Preußen wird es dem übrigen Deutschland Dank wissen müssen, wenn es diese Zweideutigkeiten nicht ratificirt; eben so wie auch die unglücklichen Präliminarien vom 10. Juli 1849 von den Wenigsten ratificirt waren. Darin liegt noch die Möglichkeit, auf die Sache zurückzukommen. Denn wenn auch die Dänen dem „pourra reclamer" einen andern Sinn beilegen, als denjenigen, von dem die Declaration „Act nimmt" — so wird doch der Bund in seinem guten Rechte sich dadurch nicht stören lassen, und selbst Rußland wird sich nicht entlegen können, dem Bunde sein Recht ungeschmälert zu lassen.

Preußen befindet sich dem Bunde gegenüber in einer höchst peinlichen Lage. Durch jenen übereilten und unvorsichtigen Frieden Dänemark gegenüber gebunden, durch die geheimen Artikel genöthigt, sich bei der dornigen Successionsverhandlung zu betheiligen, vor dem Angesichte von ganz Deutschland bloßgestellt, muß Preußen dringend wünschen, daß der Bund sich der Sache annehme. Denn für ihn ist allein noch res integra; er allein kann die Gefahr und den Schimpf, der Deutschland bedroht, noch abwenden, wenigstens mildern. Aber er kann dies auch nur, wenn er bald einschreitet; denn die Heere stehen im Felde, es kann in wenig Stunden Unheilbares geschehn. Und wen träfe der Vorwurf? — Die Frankfurter Versammlung könnte jeden Augenblick sich constituiren und einschreiten. Aber Preußen hat sie nur anerkennen wollen, um den Preis des Anerkenntnisses seiner zerfallenden Union; und nun hält Preußen seine Ehre verpfändet, von dieser einmal gegebenen Erklärung nicht zurückzugehn. Wir wollen nicht fragen, ob Preußens Ehre in der schleswig-holsteinschen Sache weniger verpfändet ist; wir wollen uns einfach an die Thatsache halten: Preußen bedarf den Bund auf das dringendste, und Preußen macht sich selbst unmöglich, ihn anzuerkennen. Was ist das? —

Vielleicht wird man einen mezzo termino suchen, etwa eine Plenarversammlung constituiren wollen, bloß für diesen Zweck. — Das wäre denn freilich eine neue Halbheit zu so vielen alten. — Ist das aber möglich? Ist denn Deutschland ein so schlaffes Ding, daß man ihm zu jedem Geschäft eine neue Verfassung geben kann, bald die, bald jene, etwa wie man einen Handschuh umkehrt? Man täusche sich darüber nicht; das wird nicht gehn; so lange man nicht auf festen Grund kommt, versplittert man mit diesen Halbheiten nur eine Zeit, die unschätzbar, die unwiederbringlich ist.

Es steckt in den richtigen Grundsätzen eine unglaubliche Kraft. Sie machen sich immer Bahn, man kann das aufhalten, aber nicht hindern. Hätten das doch die Leute bedacht, die vor zwei Jahren Deutschlands Verfassung leichtsinnig zertrümmern wollten! Damals waren die Schleswig-Holsteiner, namentlich die Professoren, nicht die geringsten Triebfedern in diesem Spiele. Sie glaubten für die Herzogthümer zu sorgen, indem sie dem Rechte Hohn sprachen. Nun büßen die Herzogthümer ihre Schuld. Nicht bloß die Sünden und den Wahnsinn der Könige büßt das Volk, sondern auch den Wahnsinn seiner Führer.

Das ist sehr schmerzlich und beängstigend, daß unter Fehlern und Mißgriffen von Parlamenten und Regierungen nun ein edler deutscher Stamm in solcher Gefahr steht, und fast gar kein Mittel da ist, zu helfen. Der Kampf, zu dem man dort zu schreiten im Begriff steht, ist populair. Mancher liebt die Aufregung, mancher fühlt nur die verletzte Ehre; den meisten, die jetzt darüber lärmen und schreien, ist nicht das Wohl und Wehe der Herzogthümer oder die deutsche Ehre die Hauptsache, sondern der Lärmen, die Gelegenheit, Erbitterung und womöglich Schimpf auf die Regierungen zu werfen, das Volk zu verhetzen und zu mißbrauchen. Wir halten den Kampf für ein großes Uebel, für ganz hoffnungslos. Wir halten es für Wahnsinn, daß die Kriegspartei in Holstein demokratische Schreier wie den vortrefflichen Dr. Lafaurie zu ihren Vertretern wählte und so ihren Willen durchsetzte. Was kann man durch den Kampf gewinnen? Nach Jütland vordringen, um seine Seite und seinen Rücken Preis zu geben? Und kann man das nicht, Schleswig aufzehren? Wie lange will das dauern? Dänemark kann den Krieg mit geringen Streitkräften führen und hinziehen, während die Herzogthümer nothwendig zu rascher Entscheidung kommen müssen. Dänemark hat zu gewinnen; die Herzogthümer können nur Verlust abwehren. Man redet viel von Unterstützung Deutschlands, von Beiträgen u. s. w. Es ist jederzeit eine thörichte Hoffnung gewesen, durch freiwillige Beiträge dauernd große Mittel, und wohl gar die Mittel zu einem Kriege zu schaffen. Gegenwärtig ist diese Hoff-

nung eitler als jemals. Der Lieder- und Dombaufestes-Enthusiasmus hält gegen ernsthafte Leistungen und Entbehrungen nicht aus. Wenns gilt für Deutschland oder Schleswig-Holstein zu singen und Bier oder Champagner zu trinken, wird mancher Geld haben, der es für den bittern, harten Ernst nicht hat.

Nach unserer Ansicht hätten die Herzogthümer besser gethan, nicht den Waffen zu vertrauen, sondern dem Rechte. — Wir geben zu, das wäre ein schweres Anmuthen; mancher würde es Feigheit nennen. Aber das perfer et obdura fordert auch seinen Muth. Dies muthige Dulden möchte namentlich den deutschen Schleswigern nicht zu ersparen gewesen sein. Hätte dann Holstein sich geschützt und zugleich den Schutz des Bundes aufgerufen: so wäre die Sache, wie es uns scheinen will, in ungleich günstigerer Lage. Denn was kann ein Sieg in Schleswig nützen gegen das Unheil, das eine Niederlage brächte! —

Auch ohne Krieg hat Deutschland gegen Dänemark große Mittel in Händen. Würde denn das Königreich die Mittel Holsteins entbehren können? Würde die Herstellung einer unter allen Umständen und für Schiffe von hinreichender Größe gesicherten Canalfahrt nicht auf den Sundzoll mit ungeheuerer Schwere zurückfallen? Liegt nicht in der Successionsfrage eine Gefahr, der Dänemark sich nothwendig entziehen muß? Uns scheint die Belegenheit der Sache der Art zu sein, daß Dänemark ein entschiedenes Uebelwollen Deutschlands mehr zu fürchten hat, als einen Krieg. Die Protection Rußlands würde dagegen nicht schützen; ja es möchte sich dann bald herausstellen, daß diejenigen in Dänemark recht haben, die den engsten Anschluß an Deutschland verlangen, und nichts möchte mehr geeignet sein, diese Politik in Kopenhagen zur Herrschaft zu bringen, als eine solche Politik, die ohne Erregung von Leidenschaften, wie sie der Krieg erzeugt, die wahren Verhältnisse zur Anschauung brächte.

Kein Theil Deutschlands ist bei einer richtigen Stellung Deutschlands und Dänemarks gegen einander so unmittelbar betheiligt, als Preußen, dessen Schiffe nächst denen Englands den Sund in größter Zahl befahren, und dessen Schiffe auch im Hafen von Kopenhagen nächst den englischen die zahlreichsten sind. Aber vergessen wir nicht, wie sehr die dänische Schifffahrt auch von Hamburg abhängt, und daß diese Stadt die Dänen leichter entbehrt, als die Dänen sie.

III. Hannoversche Zeitung Nr. 178. Zu keiner Zeit sind die Menschen geneigter, der Aufregung des Gefühls Gehör zu geben, und zu keiner Zeit ist es dennoch nothwendiger, von kalter Erwägung der Zwecke und Mittel auch kein Haarbreit abzuweichen, als wenn es sich um Krieg handelt, und

vor Allem, wenn einem befreundeten Heere Uebles widerfährt. Da wetteifern Mitgefühl, Muth, Ehrliebe, überhaupt die edelsten Neigungen der menschlichen Herzen zu raschem Handeln zu treiben; aber Mancher redet auch um so lauter, je weniger er geneigt ist, selbst Hand anzulegen oder rechte Opfer zu bringen; Mancher möchte losschlagen, weil ihm der kalte Muth fehlt, den rechten Augenblick abzuwarten und bis dahin etwas zu erdulden; und Mancher schwatzt von Ehre, weil ihm das wahre Ehrgefühl fehlt und er sich einbildet, es komme eben auf eine französirende gloire de la grande nation an. Und wie vieles noch schlimmere Gewürm versteckt sich auch in diesem Grase und diesen Blüthen: Selbstsucht, Rachsucht, Hoffnung auf unlautern Gewinn, auf Beförderung von Zwecken, die mit der eigentlichen Sache nichts gemein haben.

In solchen Augenblicken prüft sichs, ob die Völker für Staatsleben und Freiheit fähig sind. Kennen sie in solchen Augenblicken sich selbst, ihre eigene Kraft und Schwäche; erwägen sie Recht und Unrecht mehr als Vorliebe und Abneigung; sehen sie nicht bloß auf den Augenblick, sondern auf die Folgen: dann wird man ihnen die Fähigkeit zu Freiheit und politischer Geltung nicht absprechen können. Fahren sie aber auf wie die Kinder, verlangen sie Gewaltschritte ohne zu fragen, ob sie oder ihre Freunde Recht haben, dürsten sie nach Krieg und Kriegsruhm, ohne die Lasten, die Opfer, die damit unzertrennlich verbunden sind, zu bedenken, ohne den festen Entschluß, diese Lasten und Opfer längere Zeit hindurch zu tragen: so beweisen sie nur, daß sie der Freiheit nicht fähig sind, sondern der Herrschaft bedürfen. Zum Krieg führen gehört nicht bloß, daß man heftig fortstürmt; man muß auch mit Ruhe und Selbstverläugnung über sich, sein Gut, seine Familie, Brand, Verheerung und Gewaltthat hingehen lassen können, bis die Zeit kommt.

Es ist gut, unter solchen Umständen die Staatsmänner des großen Alterthums zu befragen. Was rettete Griechenland in den Perserkriegen? Daß die Athener den Muth hatten, ihre Stadt Preis zu geben. — Was richtete Athen im peloponnesischen Kriege zu Grunde? Daß der Plan des Perikles, das Gebiet der Plünderung und Verheerung Preis zu geben, von schwächern Männern nicht aufrecht gehalten werden konnte. Der Krieg ist ein gewaltiger Herr, der nach Freiheit und Wohlsein nicht fragt; und siegen kann nur der, der beide nicht achtet; zumal siegen im eignen Lande: denn hier sind die Volksaufregungen und Stürme stets die schlimmsten, und selten wird ein Krieg gut gerathen, der unter solchem Einflusse geführt werden soll. Im Einflusse dieser Stimmungen finden wir auch das Unglück Schleswig-Holsteins. Im Jahre 1848 wollte man Flensburg schützen und lag darnieder bei Bau. Im Jahre 1850 hat man Schleswig schützen

wollen und hat sich, wenn die Schlachtberichte nicht täuschen, abermals in eine Stellung gewagt, die den Kräften nicht angemessen war. Wollte Gott, man hätte — was man nun gezwungen muß — Schleswig aufgegeben, einen Kampf nicht hervorgerufen, bei dem im glücklichsten Falle nichts zu gewinnen war, und dessen übler Ausgang nun nothwendig der dänischen Kriegspartei noch mehr den Sinn heben wird. Wie 1848, so war es jetzt durch die Umstände geboten, an der Eider stehen zu bleiben und den Weg der Verhandlung einzuschlagen; so wie damals wäre jetzt Hoffnung auf Erfolg gewesen, wenn nicht jene Nachgiebigkeit gegen Volksstimmungen und andere Einflüsse die Sache verdorben hätten. Die Schuld dieses Unheils fällt auf jeden, der durch Zureden, durch Sammlungen, deren Resultat doch kaum des Nennens werth ist, dazu geholfen, die Dinge zu verderben und einen über die Kräfte hinaus gehenden Kriegsmuth hervorzurufen.

Es wäre zu bewundern, wenn bei uns in solcher Nähe nicht ähnliche Aufregung entstanden wäre, zumal ja bei dergleichen allgemeinen Dingen der Einzelne gern vergißt, daß am Ende die Sache auf seine Rechnung kommt. Dazu kommt noch, daß bekannte Patrioten aus Hildesheim, Celle u. s. w. diese Gelegenheit gern benutzen, um für ihr Spiel die Karten zu mischen. Ist doch, wie im vorigen Jahre Ungarn, so jetzt Schleswig-Holstein so unglücklich, die Hoffnung der Partei des Umsturzes zu sein; haben doch die Aufruhrstifter von allen Seiten sich dort in die Nähe (aufs Schlachtfeld schwerlich) begeben, und hat die Kriegspartei den unbegreiflichen Fehler begangen, eben dieser Partei im Lande selbst das Heft in die Hände zu geben. — Aber bei uns werden Männer zu beschließen haben, die wissen, daß jeder Monat, wo die jetzige kleine Armee auf dem Kriegsfuße zu erhalten ist, nicht unter 150,000 bis 200,000 ℛ︁ kostet, welche wissen, daß die Monate vom März 1848 bis November 1849 dem Lande über 2,300,000 ℛ︁ gekostet haben, und welche das als sehr wenig erkennen, weil der siebenjährige Krieg außer Steuern und Lieferungen jährlich an fünf Millionen kostete; nicht zu gedenken der Verluste der Einzelnen, des Handels, der Schifffahrt; nicht zu gedenken der unersetzlichen Menschenleben, die der Krieg frißt. Die Zeit der Kriegführungen für englische Subsidien ist vorüber. Jetzt zahlen wir selbst. —

Das sind Opfer, die man muß bringen können, das ist wahr; aber die man auch nur bringen darf, wenn kein anderes Mittel bleibt. Und so weit, wir beharren dabei, so weit sind wir nicht.

Was soll denn aber geschehen? — Wir haben längst darauf hingewiesen, daß die einzige Basis, auf welche man zurückkommen kann, die Erklärung Christians 8. vom 7. September 1846 und der Bundesbeschluß vom 17. September 1846 ist:

daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, die Selbständigkeit des Herzogthums Holstein, dessen Verfassung und sonstige auf Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen oder willkürlichen Beeinträchtigungen zu unterwerfen; und daß er bei seinen Bestrebungen, die Successionsverhältnisse des Herzogthums zu ordnen, nicht Willens sei, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten.

Darüber ist jetzt auch Alles einig, der vernünftige Theil der Herzogthümer, Preußen, die dänische Regierung, die Bundesregierung. Das Decret vom 24. März 1848, der Funken, der den Kampf zum Ausbruche brachte, ist abgethan. Nur die tolle Partei in Kopenhagen und die leidenschaftlichen Männer in den Herzogthümern möchten das verkennen; und die Schwärme von Volksverführern, welche jetzt von allen Seiten auf das unglückliche Land losgelassen werden, möchten versuchen, dem Abbruch zu thun. — Jener Grundsatz also steht fest; aber es kommt darauf an, ihm eine billige Ausführung zu sichern; und das ist Recht und Pflicht des Bundes. Recht, weil ihm die Versicherung gegeben, an ihn die Beschwerde gerichtet war; Pflicht, weil er Holstein in seinem Rechte erhalten muß.

Wahrlich zur höchsten Zeit ist von Oesterreich der Schritt geschehen, um den Bund aus jenem gestaltlosen Nebel, in welchen ihn die berliner Theorie vom fortbestehenden Bunde mit aufgehobener Verfassung gebannt hatte, wieder in fester Gestalt hervortreten zu lassen. Nachdem alle Versuche, Preußen zu einer Einigung zu bringen, welche nicht den verderblichen Dualismus, die Trennung Deutschlands in zwei feindliche Massen, geradezu zur Folge haben müßte, gescheitert sind, nachdem über der Zögerung das edelste Blut in Schleswig vergebens vergossen ist; da war es höchste Pflicht, den letzten Schritt zu thun, und zu einer Verfassung zurückzugreifen, die zwar der Verbesserung überaus bedürftig ist, die aber doch den großen Vorzug hat, daß sie anerkannt wird, daß sie handeln kann. —

Neun volle Stimmen des engern Raths sind jetzt in Frankfurt versammelt; überall, wo Mehrheits-Beschlüsse ausreichen, sind sie beschlußfähig. Werden jetzt von dort schleunig Bundes-Commissarien auf den Kampfplatz gesandt, mit jener Autorität, welche durch ein Bundesheer bald zu schaffen wäre, und mit jenem Gewichte, welche das unparteiische Halten am strengen Rechte überall giebt, so zweifeln wir nicht an dem Erfolge. Annäherung von beiden Seiten ist in den letzten Erklärungen zur Genüge vorhanden. Es fehlt nur das Vertrauen, um den Frieden möglich zu machen. Dieses Vertrauen kann Deutschland gewähren, und Deutschland allein. — Möge man denn eilen, den Schritt zu thun. Es hängt Blut daran. —

Ich füge noch eine Äußerung hinzu aus einem Briefe an Frommann, vom 14. Dez. 1863: „Das Publikum ist sehr allarmirt durch Nachrichten, daß die Holsteinsche Sache, ich weiß nicht, ob vom Bunde oder in Wien und Berlin, schon wieder verrathen sei und daß unsere Exminister Münchhausen und Graf Bennigsen die Stellung als Civilcommissar abgelehnt haben. Ich finde letzteres sehr natürlich und würde mich meinestheils auch dafür bedanken. An wen und an was sollte man sich denn wohl halten können? und daß einmal etwas Rechtes aus der Sache nicht werden kann, ist meine Überzeugung aus den gestern ausgesprochenen Gründen. Die Sache steht so, daß der Knoten nur durchhauen werden kann. Aber wer soll das thun? Wer hat die materielle und die Geisteskraft dazu? Hannover sicher nicht und so ein Bundescommissar, in dessen Hand denn doch die Entscheidung gelegt wäre, muß wenigstens in seinem Fürsten Stütze finden können. Jene beiden Herren werden aber noch mehr von dem dessous de la carte wissen, als unser einer, und das kann nicht hoffnungsreich sein. Unterhandlungen sind doch das letzte Ende der Sache, Unterhandlungen ohne vernünftige Basis, dabei natürlich alles dem Zufall preisgegeben ist."

„Mich wundert, daß die Broschürenlitteratur noch so dürftig ist. Abdrucken alter Aufsätze. Auch Droysen hat da ein kleines Spicilegium gemacht und ergeht sich da in gar hoher Politik. In Gotha oder Koburg läßt man auch alte Redensarten drucken. Es ist alles ein leidenschaftliches Gerede über geschehenes Unrecht und Thorheit; aber den Weg zur Heilung finde ich nirgend angedeutet. Das wäre noch der Mühe werth, wenn den jemand wüßte. Er ist in der That nur darin zu finden, daß irgendwo eine Persönlichkeit auftaucht, die Kraft und Geist hätte, die Sache zu erledigen. Etwa ein Friedrich. Es müßte schon der Herr eines großen Landes sein." (Es folgt dann eine scharfe Kritik des Nationalvereins und seiner Agitation).

Der Mann, den Stüve hier mit prophetischer Stimme forderte, war schon auf seinem Platze; aber Stüve konnte in Preußen und in Preußens Minister Bismarck unmöglich den Retter erkennen. Was er erlebt hatte und gerade mit Preußen erlebt hatte, legte ihm die Binde des Zweifels über das Auge. —

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung. Die Briefe sind so vertraulich, so ganz und gar ohne Rückhalt geschrieben, daß man tiefe Blicke in die Welt der Gedanken und Empfindungen der Freunde thun kann, und das verlockt dann leicht zu dem Versuche, den Beweggründen ihrer Handlungen näher nachzuspüren, als es zulässig und möglich ist. Der Mensch ist ein sehr empfindsamer, und in bewegter Arbeit tausend Einflüssen

offener Apparat, die er vielfach selbst nicht zu sondern und zu erkennen vermag. Die psychologische Zergliederung mag gelegentlich eine reizvolle Beigabe der historischen Darstellung sein, um bei einer bedeutenden Persönlichkeit und bei ihrer Entscheidung in wichtiger Stunde länger zu verweilen, ähnlich wie die niemals den wirklichen Hergang richtig erneuernden Schlachtschilderungen; aber sie wird immer nur Beigabe sein, und selbst in der Biographie wird man sich mit den großen Zügen des Wesens und der Entwickelung begnügen müssen. Die Hauptsache bleibt auch hier, den Menschen im Kampf mit den ihn umgebenden Notwendigkeiten zu zeigen, die Entwickelung der Völkerschicksale, der Einrichtungen und geistigen Strömungen zu schildern, in die ihn sein Schicksal hineinstellte, und die er hemmend oder fördernd gestalten half.

Endlich ist bei der Benutzung dieser Briefe stets im Auge zu behalten, daß so vertrauliche, so unmittelbare Briefe manchen Ausdruck und manches Urteil über Personen und über Vorgänge enthalten, das bei genauerer Erwägung kaum gebraucht worden wäre. Bei Stüve sowohl, wie bei Detmold führte nicht selten der Zorn die Feder, namentlich wenn sich die Radowitz und Gagern oder die Größen des hannöverschen Landtags so ganz anders verhielten, als das Wohl des Vaterlandes zu fordern schien. Stüve selbst warnte deshalb vor der Publication von solchen Briefwechseln, wo man sich nicht scheut ein halbwahres Wort, das der Adressat schon bedingen und beschränken wird, zu schreiben.[1]) Aber bei der Fülle der Briefe wird der ruhige Beurteiler schon die Mittel finden, die nötige Einschränkung oder Ergänzung zu geben, wie wir dies ja auch im täglichen Gespräch zu thun und zu erwarten gewöhnt sind.

Breslau.

G. Kaufmann.

[1]) JCB Stüve I, S. V

Nr. 1. **Hannover, 6. März 1848.**

Ich habe Ihnen, verehrtester Freund, lange nicht[1]) von hier aus berichtet, weil es von hier aus eben nichts zu berichten gab und obendrein die großen Dinge, die seit Neujahr im Süden und Norden geschehen, den Blick von der hiesigen Misere abzogen. Jetzt ist nun zu dem vielen Großen und zum Theil Erfreulichen auch das Gräuliche und Unglaubliche gekommen in Paris und Frankreich, und der Wahnsinn setzt sich da so breit hin, als wäre er der rechte Sohn vom Hause. Bestand kann das Ding nicht haben, und ich fürchte dann das Schlimmste, wovon dann Deutschland sein böses Theil bekommen würde. Vorab aber scheint die Sache uns manches Gute bringen zu wollen, das wir denn wohl hinnehmen werden, ohne auf den Sturm zu schelten, der uns die Früchte von dem Baum in den Schooß geworfen, nach denen wir seit einem Menschenalter mit nicht endender Geduld den Hals gereckt und den Mund aufgesperrt, ohne jedoch die Hand zu bewegen. Goethes Wort, das Sie mir so oft citirt: Die Gaben kommen von oben herab in ihren eignen Gestalten, hat sich auch hier wieder bewährt. Was man gestern noch für einen Traum, für einen albernen Scherz gehalten hätte, ist heute die offiziellste Wirklichkeit. Ja, die Morgenröthe, die da angebrochen, muß wohl kräftig sein, denn selbst die Memnonssäule in Frankfurt ertönt in noch unerhörten Weisen. Ueber 30 Jahre lang hat Deutschland wie Pygmalion zu den Füßen dieser Statue gelegen und um Liebe gefleht, und so oft der gute Pygmalion meinte, es sei Leben darin, und sie umarmen wollte, hat er sich die Nase blutig gestoßen. Jetzt auf einmal steigt sie von ihrem Postamente herab und öffnet lebenswarm ihre Arme. Preßfreiheit! Es ist ordentlich komisch, und ich zumal kann mir's kaum möglich denken; ja ich werde wie das Huhn mit dem Kreuzstriche garnicht schreiben können, als wenn Preßfreiheit bestände, weil ich nun einmal mit der Censur es gelernt habe. Aber die Scherze bei Seite rücken uns nun eine Menge sehr ernster Fragen recht nahe und unmittelbar auf den Hals, vor Allem die: was hier zu Lande geschehen soll, was wir thun sollen? Ich bin der Meinung, daß wir ganz ruhig sitzen bleiben, uns nicht rühren. Der König wird sich nicht zu der allergeringsten Concession verstehen; er wird den Don Quixote des absoluten Princips spielen wollen, und er hat Recht, denn er riskirt nichts dabei; es wird hier Niemand die

---

[1]) Detmolds letzter Brief an Stüve war vom 18. Januar 1848.

Osnabrück, 18. März.

Freund, traf hier zusammen mit anderen …deten, der König habe nachgegeben, Preß… …ngen, Oeffentlichkeit, was weiß ichs. Dazu … Sturz. Nun werden die Menschen ganz …hen war vergebens. Heut Abend ist die …[1]), Knesebeck[2]), alles mit. Der Landdrost …he mit Gewalt, wenigstens Drohung von …loß auch zu erleuchten. Sie denken sich so …rz-roth-goldne Fahnen, Cocarden, Bänder, …tröste, wenn nun nachher die Wette ausge… …war. Dazu ist nun so eben wieder eine Entlassung der Minister (daß Falcke nicht …uch die Junker aus). Da fingen denn die …machen. Denen war die sehr grobe Petition …n es auch dahin, daß ein Theil der Versamm… …en. Im Ganzen aber halte ich diesen Streit …urch diese Menschen sich widerwärtig gemacht …hrer Anhänger gebrochen haben. Auch gestern …g gut verlaufen. So wäre denn der Lärm …n jedenfalls unschädlich.

Ihre Sorgen, namentlich wegen der Gewerbe… …s wird schwer sein, da Böses zu vermeiden.[3]) …che ich von Herzen, daß die Sache sich lege. Noch

…) Regierungsrath.

…freisinnigen Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 1. August …848 in Kraft treten sollten, erregten bei den zünftigen Hand… …ntlich der Stadt Hannover, große Aufregung. Unter den … 16. von der Bürgerschaft beschlossene Adresse forderte, befand …langen nach Zurücknahme der Gewerbeordnung. Detmold hatte …es alsbald überholten Inhalts nicht mitgetheilten Briefe vom … bemerkt: „So weit ist alles gut, und da die Adresse (vgl. …) in mancher Beziehung die beste Antwort auf die kindische Prokla… (a. a. O. S. 16) ist, sogar sehr gut — nun kommt das Schlimme. …auch Zurücknahme der Gewerbeordnung. Ist der König irgend gut …er diese Bitte durch Zusage einer desfallsigen Vorlage an die Stände… …hat er die Residenz auf Leib und Leben gewonnen, ein ungeheurer …ch] entzünden, in jetziger Zeit doppelt erwünscht. — Hoffen wir, …icht fahren läßt. Uebrigens hat gerade diese Bitte die Bürger… …begeistert." Vgl. übrigens J C B Stüve. II. S. 22.

…udententumult in Göttingen vgl. v. Hassel, Geschichte. I. S. 523 ff.

Nr. 1. Hannover, 6. März 1848.

Ich habe Ihnen, verehrtester Freund, lange nicht[1]) von hier aus berichtet, weil es von hier aus eben nichts zu berichten gab und obendrein die großen Dinge, die seit Neujahr im Süden und Norden geschehen, den Blick von der hiesigen Misere abzogen. Jetzt ist nun zu dem vielen Großen und zum Theil Erfreulichen auch das Gräuliche und Unglaubliche gekommen in Paris und Frankreich, und der Wahnsinn setzt sich da so breit hin, als wäre er der rechte Sohn vom Hause. Bestand kann das Ding nicht haben, und ich fürchte dann das Schlimmste, wovon dann Deutschland sein böses Theil bekommen würde. Vorab aber scheint die Sache uns manches Gute bringen zu wollen, das wir denn wohl hinnehmen werden, ohne auf den Sturm zu schelten, der uns die Früchte von dem Baum in den Schooß geworfen, nach denen wir seit einem Menschenalter mit nicht endender Geduld den Hals gereckt und den Mund aufgesperrt, ohne jedoch die Hand zu bewegen. Goethes Wort, das Sie mir so oft citirt: Die Gaben kommen von oben herab in ihren eignen Gestalten, hat sich auch hier wieder bewährt. Was man gestern noch für einen Traum, für einen albernen Scherz gehalten hätte, ist heute die offiziellste Wirklichkeit. Ja, die Morgenröthe, die da angebrochen, muß wohl kräftig sein, denn selbst die Memnonssäule in Frankfurt ertönt in noch unerhörten Weisen. Ueber 30 Jahre lang hat Deutschland wie Pygmalion zu den Füßen dieser Statue gelegen und um Liebe gefleht, und so oft der gute Pygmalion meinte, es sei Leben darin, und sie umarmen wollte, hat er sich die Nase blutig gestoßen. Jetzt auf einmal steigt sie von ihrem Postamente herab und öffnet lebenswarm ihre Arme. Preßfreiheit! Es ist ordentlich komisch, und ich zumal kann mir's kaum möglich denken; ja ich werde wie das Huhn mit dem Kreuzstriche garnicht schreiben können, als wenn Preßfreiheit bestände, weil ich nun einmal mit der Censur es gelernt habe. Aber die Scherze bei Seite rücken uns nun eine Menge sehr ernster Fragen recht nahe und unmittelbar auf den Hals, vor Allem die: was hier zu Lande geschehen soll, was wir thun sollen? Ich bin der Meinung, daß wir ganz ruhig sitzen bleiben, uns nicht rühren. Der König wird sich nicht zu der allergeringsten Concession verstehen; er wird den Don Quixote des absoluten Princips spielen wollen, und er hat Recht, denn er riskirt nichts dabei; es wird hier Niemand die

[1]) Detmolds letzter Brief an Stüve war vom 18. Januar 1848.

Hand rühren. Das Schlimme aber ist, daß sein „Nein" auch den Kronprinzen binden wird, der ohne eigene politische Erfahrung und Grundsätze sich an die des Vaters anklammert und einen noch starreren Eigensinn hat, als dieser selbst. Ganz anders steht die Sache, wenn wir re intacta mit unseren Wünschen dem neuen Herrn gegenüber treten und das Damoklesschwert der Regentschaftsfrage ungelöst über seinem Haupte hängen lassen. Dann wird uns werden, was wir wünschen. Nun aber ist nach meiner Ueberzeugung der Fall, den wir schon länger befürchten, sehr nahe vor der Thür, der Eintritt des Thronwechsels. König Ernst August ist nach Allem, was ich darüber höre, seit zwei Monaten so, daß sein Tod jeden Augenblick zu erwarten steht; möglich, daß dieses Agonisiren — anders ist sein Zustand kaum zu nennen — sich noch einige Monate hinzieht, länger gewiß nicht. Die neuesten Ereignisse haben ihn zwar galvanisirt; er spricht von Marschiren und Schlachten, und hat sich in aller Eile ein Feldbett machen lassen; aber fern kann das Ende nicht mehr sein. Die Sache würde nun in jedem Betracht sich von selbst machen, wenn nicht servorum imitatorium pecus auch bei uns zu Lande die Bewegungen der süddeutschen Staaten nachmachen zu müssen glaubte. Hier in Hannover hat der Hofdestillateur Peters, im Jahre 1839 ein Hauptkerl bei den Loyalitäts-Adressen und derartigen Sauereien, im Bürgervorsteher-Collegio Anträge gestellt wegen Preßfreiheit, Volksbewaffnung und sofortiger Einberufung der Stände (während es Angesichts der oben angedeuteten Eventualitäten sicher in unserem Interesse ist, daß diese Einberufung so lange wie möglich hinausgeschoben werde). Die Bürger-Vorsteher sind auf die Anträge eingegangen, und nun kommt die Sache an den Magistrat. Was der thun wird, kann man nicht wissen. Das sind solch heillose Lumpen, daß ich nicht berechnen kann, was sie thun. Indeß wird hoffentlich die stärkste aller Leidenschaften, die Furcht, die Feigheit, siegen; und sie werden sich mit Preßfreiheit und Volksbewaffnung nicht die Finger verbrennen, um aber doch etwas zu thun, vielleicht um Einberufung der Stände-Versammlung bitten — und das eben fürchte ich am meisten. Anderer Orten werden sicher ähnliche Thorheiten geschehen. Adickes[1]) war vorgestern hier (zu mir kam er nicht) und hat große Demonstrationen von Seiten der Bremischen Marschen in Aussicht gestellt, ganz wie es von ihm, dem Nachdruck von Fr. Lang[2]) nicht anders zu erwarten steht, da auch er die Nothwendigkeit fühlt, sich zu rehabilitiren. Und daß Bodungen[3]) u. dgl. stillsitzen werden, kann ich mir

[1]) Gutsbesitzer zu Heuhausen, Deputirter des Landes Wursten.

[2]) Schatzrath. Ueber die von ihm im Verfassungskampfe 1839 gespielte Rolle vgl. Oppermann, zur Geschichte des Königreichs Hannover. I, S. 189 ff.

[3]) von Bodungen, Bürgermeister von Münden, Mitglied der Kammern von 1832 u. 1833.

auch nicht denken. Frage: Könnten Sie, auf den Alle sehen und horchen, nicht in irgend einer Weise ein Zeichen geben, was zu thun und zu lassen sei? Etwa so, daß Ihnen Bürger aufs Rathhaus kämen mit diesem oder jenem Begehren, und Sie sich darüber aussprächen? Das Faktum würde alsbald in die Zeitungen kommen, und man anderswo sich darnach richten. — Eine zweite Frage: Ich bin überzeugt, die Regierung wird sich unter den jetzigen Umständen glücklich schätzen, wenn Sie in die Cammer eintreten. Wollen Sie nicht, sobald die Einberufung erfolgt (eher wird es kaum nöthig sein), dem wenigstens insoweit entgegenkommen, daß Sie Droops[1]) Resignation und Ihre Wiederwahl zugeben? Ich denke, wenn Sie dann innerhalb der Frist die Annahme der Wahl erklären, wird man auf dem Revers kaum bestehen. — Ich will den Versuch machen, irgendwo noch eine Wahl für mich zu erhalten, wahrscheinlich in Hameln, wo ich erst einmal zuhören will, ob der Gewählte nicht zur Resignation geneigt. Könnte ich dann, wenn dies der Fall und es nöthig sein sollte, auf eine Empfehlung von Ihnen dahin rechnen?

Der Ihrige

D.

Nr. 2. Osnabrück, 9. März.

Ihr langersehnter Brief, lieber Freund, hat mir viel Vergnügen gemacht durch seine köstlichen Einfälle, weniger durch Ihre an sich gewiß richtige, aber unter den Umständen unmögliche, und jetzt ja auch schon vereitelte Ansicht von der Art, wie zu handeln. Man kann in solchen Augenblicken dem Volke die Bewegung nicht mit Cirkel und Richtscheid vorschreiben. Das geht, wie es will und kann, ist ja doch das ganze Treiben irrational. Mich hat diese ganze Wendung der Dinge erschreckt und betrübt. Ich habe einen Tag draußen zubringen müssen, um mich wieder zu sammeln, bin aber doch nicht klar. Was jeder einsehen muß, ist, daß Mittel der Güte und Vernunft bei unserem Herrn nicht anschlagen werden, und andere sind meine Sache nicht. Was sollte man nun thun? Ich habe zuerst geglaubt, mich nun der Stände-Versammlung nicht mehr entziehen zu dürfen, habe eine Vorstellung beim Cabinet eingebracht, und bin, wenn diese zurückgewiesen

---

1) Stadtrichter Dr. Droop war in Osnabrück als Ersatzmann gewählt. Stüve, an erster Stelle gewählt, hatte erklärt, den seit 1841 vorgeschriebenen Revers wegen Anerkennung des Landesverfassungsgesetzes ausstellen zu wollen, wenn man ihn zulassen wolle. Letzteres unterlag nach den früheren Vorgängen begründetem Zweifel. Da der die Erklärung als ungenügend bezeichnende Bescheid sich auch auf Fristversäumniß berief, schien es, als ob die Wahl caducirt werden sollte. Auf eine weitere Eingabe Stüves erfolgte jedoch nun die Zulassung unter dem 15. März.

wird, bereit, mich der Wiederwahl zu unterwerfen und den Revers zu zeichnen. — Was die Petitionen angeht, so hatte ich daran gar nicht gedacht. Indeß, als die Badenschen Nachrichten kamen, war Breusing[1]) mit anderen zusammengetreten und, vernünftig genug einzusehen, daß es mit dem König nichts sei, entschlossen, erst an die Stände zu gehen. Allein nun kam Hannover, und eine Clique von Kaufleuten, jungen Doctoren mit albernen communistischen Redensarten und souverainer Unkenntniß der Verhältnisse, Leute, die bis dahin sich capricirten, nichts von Politik wissen zu wollen, unter ihnen die Führer der Pfaffenparthei, wollten los, um das Volk an sich zu ketten. Dagegen haben die anderen jetzt durchgesetzt, ihre Petition nur an den Magistrat zu bringen, und wir werden sie, um nichts Unheilbares zu thun, nur an den Minister des Innern schicken, in der Hoffnung, daß hier ein Wort zur Zeit vielleicht nicht verlohren sei. Das ist die Sachlage hier. Bodungen will natürlich auch los, hat mir einen albernen Brief geschrieben: Wippermann werde Minister des Innern in Cassel. Die Lüneburger haben sich nach den Zeitungen ebenfalls in Bewegung gesetzt. Sie sehen also, daß Ihr ganz richtiger und mit meiner Ueberzeugung völlig stimmender Rathschlag längst überflügelt ist. Die Resolution Falckes[2]) ist möglichst albern. Die Chikane über die Modalitäten der Preßfreiheit, die nur vom Bunde ausgehen sollen, während alle Staaten solche selbst bestimmen, die Unmöglichkeit der Vertretung am Bunde höchst auf Schrauben gestellt, man wagt weder ja noch nein zu sagen. Solche Halbheit ist nur in Hannover möglich und nur da zu ertragen. Gewiß wird man nun schweigen, und sich damit gänzlich blamiren. Könnte man doch noch sagen: man wolle die letzten Tage eines sterbenden Greises nicht verbittern.

Wahrlich es ist sehr schwer, jetzt eine richtige Stellung zu nehmen. Volle Wahrheit ist unter solchen Umständen das durchaus Nöthige, und wie ist diese bei den Zuständen möglich? Ich meine doch, daß eine baldige Berufung der Stände das Beste ist. Da allein kann man diese Knoten einigermaßen lösen. Das Schwierigste ist die richtige Stellung zur Verfassungsfrage.

Hier ist im Grunde alles sehr ruhig; aber lächerlicher Weise fürchten „die Fremden", wie man hier die Hannoverschen Angestellten nennt. Man soll das Militair consignirt gehabt haben. Unter die Bauern kommt auch

---

[1]) Banquier und Altermann, Mitglied der früheren Kammer, aus dem Verfassungskampfe und der Criminaluntersuchung bekannt, in welcher er von Stüve vertheidigt wurde. Vgl. J C B Stüve. I. S. 310.

[2]) Vgl. Oppermann: Zur Geschichte des Königreichs Hannover. II. S. 11. Es war die vom Cabinetsminister v. Falcke redigirte Antwort des Königs auf die Magistratspetition.

allmälig die Bewegung. Es wird heißen: „Exemtion und Jagdrecht weg." — Daß in Cöln die Communisten sich so ganz unerhört blamirt haben, ist ein rechtes Glück; aber unser Wohl und Wehe kommt von Preußen. Was der König gethan, genügt offenbar nicht; was dann am Rheine geschieht, Gott weiß es.

Böse[1]) wollte eine Zusammenkunft vor dem Landtage. Ich habe gesagt: Zwei Tage vor der Eröffnung in Hannover — daß Sie für Hameln gewählt werden, gebe Gott. Gern werde ich dazu mitwirken, wie ich kann.

Ihr

JCBS.

Nr. 3. Hannover, 10. März.

Ich schreibe Ihnen, theurer Freund, heute nur, um Ihnen mein altes Lied vorzusingen, wie dringend nothwendig es ist, daß Sie zur St.-Vers. kommen.[2]) Sollen wir irgend von dem, was um uns her vorgeht, Früchte erndten, so müssen Sie die Garben binden; mit Ihnen wird es eine starke einige Cammer geben, ohne Sie eine in den tollsten Anträgen zerfahrende, von der das Land mehr Schaden, die Regierung mehr Nutzen haben würde, als wenn die Majorität aus lauter Beamten pp. bestände. Das Alles wissen Sie auch weit besser, als ichs Ihnen sagen könnte. Daß die Regierungsleute längst und von Anfang an, d. h. vor den französ. und deutschen Ereignissen, Ihren Eintritt gewünscht haben, habe ich Ihnen schon früher geschrieben, Sie aber nicht glauben wollen. Nun kann ich Ihnen noch ganz bestimmt folgendes Faktische melden. Auch viele Junker haben früher schon Ihr Kommen gewünscht (selbst Schele[3]), Münchhausen[4]) u. s. w.). Diese haben indeß nur gewünscht, keine bestimmten Schritte gethan. Nun ist in diesen Tagen Graf Platen bei Falcke gewesen und hat mit dem über diesen Gegenstand eine lange und sehr belebte Unterredung gehabt, an deren Schlusse Falcke erklärt hat: er werde, wie er bestimmt versichere, sich Ihrem Eintritt, so unangenehm ihm dieser auch sei, nicht widersetzen, und werde, wenn der König ihn frage, in diesem Sinne sich aussprechen; wie der König über die Sache denke, wisse er nicht, nur daß man auf des Königs Entschließung nicht einwirken könne. Ich bitte Sie, diese Notiz unter uns zu lassen. Komisch ist nur, daß F. Ihr Eintritt unangenehm; nach meiner

---

[1]) Hauptmann Böse in Bederkesa, oppositionelles Mitglied der Kammern von 1839 und 1841, bekannt durch die gegen ihn eingeleiteten Verfolgungen.

[2]) Stüves Brief vom 9. kam erst am 11. in Detmolds Hände.

[3]) Geh. Cabinetsrath. — [4]) Cabinetsrath.

Ueberzeugung ist dies bei diesem Menschen, der vor Allem kindisch, weibisch eitel ist, nur eine reine Schriftsteller-Rancüne, aus dem Jahre 1839, von wegen der Kritik seines B.-T.-Memoires[1]). Ferner ist mir aus seinen Aeußerungen klar geworden, daß F. noch all zu guten Muthes ist, daß er die Bewegungen im übrigen Deutschland nicht für die hiesigen Zustände gefährlich erachtet. Ich hoffe indeß doch, daß ihm die Sache näher komme. Zu verdenken ist ihm sein Vertrauen nicht, nach den letzten Vorgängen hier, zumal er damit in direkte Berührung gekommen ist, und sich überzeugen konnte, wie er nach wie vor der miserabelsten Hundedemuth gegenüberstand. Diese Reformpetitions-Geschichte hier ist über alle Begriffe schuftig. — Das B.-V.-Collegium hatte einen Antrag wegen einer umfassenden, zum Theil kindischen Petition an den Magistrat zu bringen gedacht. Der vom Magistrat besoldete Wortführer wußte dem Antrage Schwierigkeiten entgegenzustellen, so daß man sich mit dem Antrage auf eine gemeinschaftliche Sitzung begnügte, in der die Zeitverhältnisse berathen werden sollten. Der Magistrat war in großer Angst; eine Reformpetition konnte ihn um die Gnade Sr. Majestät bringen; wies er die Sache von der Hand, so konnte sie in schlimme Hände fallen, und dann hatte er sich bei der Bürgerschaft blamirt und verlor doch die Gnade Sr. Majestät. Dachenhausen[2]) soll guten Rath gegeben haben, und da hat man denn die Sache wirklich pfiffig escamotirt. Die gemeinschaftliche Sitzung ward auf den 7. Morgens anberaumt; als das in der Stadt bekannt wurde und unwillkommener Zulauf während der Sitzung zu befürchten war, wurde dieselbe citissime und in aller Stille schon am 6. Abends gehalten, und als das B.-V.-Colleg sich einstellte, legte Magistratus eine schon fertige Petition vor, der die B.-V. sich anzuschließen um so weniger Bedenken trugen, als die darin nicht aufgenommenen Anträge Manches gegen sich hatten, und der Magistrat sie einer besonderen Comission zu überweisen vorschlug. Damit nicht bei der Ueberreichung Zusammenlauf entstehe, brachten Evers[3]) und der B.-Worthalter Meyer die signirte Petition noch gleich nach der Sitzung, Abends 8 Uhr, ins Palais an einen Kammerdiener des Königs oder dgl. Auf den folgenden Nachmittag bestellte der König eine Deputation zu sich. Die 8 Leute fuhren in aller Stille in Kutschen hin, ich glaube vors Hinterhaus, das Weitere kennen Sie. — Ich hatte von Anfang an von allen Schritten abgerathen und den Leuten, die bei mir gewesen, gesagt: Auf demüthige Bitten bewilligt der König nichts, erobern wollt Ihr nichts, also sitzt lieber stille, als ein „Nein“ zu provoziren, das Euch lächerlich macht, den übrigen

[1]) Vgl. J C B Stüve. I. S. 286.

[2]) von Dachenhausen, Landdrost in Hannover.

[3]) Stadtdirektor.

Fürsten ein böses Beispiel giebt, und den Kronprinzen bindet. Die Leute wollten aber nicht glauben, daß der König nach Allem, was in Deutschland vorgegangen, noch Nein sagen werde. Nun die Antwort meine Vorhersage bestätigt, sind meine Actien bedeutend gestiegen, und ich habe für den Augenblick mehr Einfluß, als mir irgend lieb ist, und ich zu benutzen wüßte, zumal nicht das Allergeringste zu machen ist. Wollte man irgend noch etwas unternehmen, so müßte man hier erst den Magistrat beseitigen, d. h. so stellen, daß er entschieden entweder auf die eine oder andere Seite trete; sonst escamotirt der jede Bewegung, indem er sich scheinbar an die Spitze stellt.

Ich habe nach Hameln geschrieben, ob dort eine Resignation des Gewählten möglich. Bekomme ich günstige Antwort, so bitte ich Sie um eine Empfehlung dorthin, die Sie am bequemsten in einem Briefe an den Herrn v. Gülich[1]) geben könnten, dem ich persönlich nicht unbekannt bin, und dessen Empfehlung in Hannover, wo der öffentliche Geist auch in den letzten Jahren sehr schwach geworden, mir sehr nützen würde.

Noch Eins wegen Ihres Hieherkommens zur St. V. Die Leute, welche in der Regierung pp. Ihren Eintritt wünschen, haben nur vor Einem Angst, daß Sie nämlich die Verfassungsangelegenheit wieder rühren. Aus diesem Grunde wird man Ihnen den Revers gewiß nicht erlassen. Ueber diesen Punkt mag ich keine neue Bitte aussprechen, ich kann mir aber kaum denken, daß Sie ohne Reversirung in die Cammer eintreten möchten, in der Sie schon dadurch gegen alle übrigen Mitglieder in eine eigenthümliche Stellung kommen würden. Und am Ende wärs ja auch inconsequent, daß Sie für Ihre Person die Vollziehung des Reverses weigern wollten, die Sie bei Ihren Freunden zugegeben haben, von denen doch gewiß der Eine oder Andere Sie dieserhalb consultirt hatte.

Auch unsaubere Geister regen sich hier; und wie ich überzeugt bin, oder vielmehr positiv weiß, steckt Rumann[2]) dahinter. Der möchte die Hauptbewegung gegen die Gewerbeordnung leiten, die Innungen dagegen hetzen, d. h. Aufzug derselben in corpore und womöglich so eine Bewegung herbeiführen, die nicht Evers, wohl aber ein Anderer dämpfen könnte, der dann als Rettungsengel erschiene, zumal die Zünfte, vor Allem die Schuster u. dgl., sehr an ihm hängen. Dergleichen gar schlimmen Gelüsten zu begegnen, ist jetzt mein Hauptbestreben.

Ihr

Detm.

---

[1]) Stüves Freund G. v. Gülich in Wertheim bei Hameln lebte nicht mehr; mit dessen Bruder und Besitznachfolger hatte Ersterer keine freundschaftlichen Beziehungen.

[2]) Ueber die unrühmliche Beendigung des gegen den Stadtdirector Rumann geführten Criminalprocesses durch Abolition unter Pensionirung Rumanns 1843, vgl. deutsches Staatsarchiv V. S. 315 ff.

Nr. 4. Hannover, 17. März Nachmittags.

Ich weiß nicht, ob die Hannoversche Zeitung schon Berichte bringen wird über die heutigen Vorgänge; deshalb melde ich in Eile Folgendes. Gestern Abend hatte der Magistrat den Bürgern zugesagt, er wolle sich an ihre Spitze stellen bei Ueberreichung der Petition. Gestern Abend spät scheint Dachenhausen noch beim Magistrat und einigen anderen Führern (Hofrath Holscher) thätig gewesen zu sein: der Magistrat weigerte heute Morgen deßhalb seine Theilnahme. Nun gingen die Bürger ohne ihn; der König sei krank, hieß es, half aber nicht, man wollte sich nicht zurückweisen lassen. Der König, wirklich krank und sehr krank, empfing nun, ob eine Deputation oder nur die Petition, im Bette. Antwort solle erfolgen. Man forderte sie gleich und wollte in's Palais. Davon hielt Holscher die nun warm Gewordenen zurück. Nun kam Bescheid, und zwar Bewilligung: 1) Amnestie und Rehabilitation aller politisch Bestraften, 2) sofortige Aufhebung der Censur, 3) Oeffentlichkeit der Stände-Verhandlungen. Ueber das Uebrige solle mit den Ständen verhandelt werden. Die Oeffentlichkeit der Stände-Verhandlungen war, wie ich vermuthet, schon gestern beschlossen; die Aufhebung der Censur würde in 8—14 Tagen doch erfolgt sein. Es ist also im Grunde wenig oder nichts bewilligt worden, dennoch ist die Sache für die Leute auf beiden Seiten von der enormsten Bedeutung; die Bürger fühlen sich gehoben, die Regierungsleute, vor Allem der Adel, sehr deprimirt, wozu denn freilich die Wiener Nachrichten das ihrige beitragen mögen. Der König ist übrigens so krank, daß vielfach geglaubt wird, er könne nur noch wenige Tage leben. Bis gestern hatte er noch die Absicht, die St.-V. in Person zu eröffnen; gestern aber hat er eingesehen, daß es nicht geht. Der Kronprinz ist, wie ich mit Bestimmtheit erfahre, so wahnsinnig verblendet, daß er nicht von der geringsten Concession wissen will, und seinem Vater verdenkt, daß der so weit gegangen. — Man macht hier schon Ministerlisten und zwar thun das ganz vernünftige Leute. Als ich über meine Ansicht gefragt wurde, rieth ich den ersten Besten, nur Jemand, dem demnächst nicht daran liege, die Stelle zu behalten, und als spezielle Liebhaberei Dahlmann als Minister der geistl. und Unterrichts-Angelegenheiten, worin die schönste Sühne für den 20. November 37 liegen würde. — In einem Städtchen irgendwo ist Breusing Ersatzmann; wär's nicht möglich, daß dessen Vordermann resignirte, und Br., wenn auch nur auf 4 Wochen, herkäme. Sie dürfen versichert sein, was Sie vielleicht nicht so glauben, daß eben Br. gegenwärtig in der Cammer Großes nützen könnte. Thun Sie mir den Gefallen und reden Sie mit ihm darüber.

Nach Frankfurt will — — Dr. Matthaei, des alten Lang Schwiegersohn, ein ganz schm .... Patron. Der Ihrige

D.

Nr. 5. Osnabrück, 18. März.

Ihr Brief vom 17., lieber Freund, traf hier zusammen mit anderen Briefen aus Hannover, die meldeten, der König habe nachgegeben, Preßfreiheit, Freiheit der Versammlungen, Oeffentlichkeit, was weiß ichs. Dazu die Nachricht von Metternichs Sturz. Nun werden die Menschen ganz wild, alles kalte Wasser aufgießen war vergebens. Heut Abend ist die ganze Stadt illuminirt, Lütcken[1]), Knesebeck[2]), alles mit. Der Landdrost hat den Schloßcastellan beinahe mit Gewalt, wenigstens Drohung von arretiren, gezwungen, das Schloß auch zu erleuchten. Sie denken sich so eine Wirthschaft nicht. Schwarz-roth-goldne Fahnen, Cocarden, Bänder, wie Sie es verlangen. Gott tröste, wenn nun nachher die Wette ausgetrunken ist, ehe sie gewonnen war. Dazu ist nun so eben wieder eine Petition unterzeichnet wegen Entlassung der Minister (daß Falcke nicht bleiben könne, sprechen nun auch die Junker aus). Da fingen denn die Exaltirten an, Opposition zu machen. Denen war die sehr grobe Petition nicht scharf genug; sie brachten es auch dahin, daß ein Theil der Versammlung weglief, ohne zu zeichnen. Im Ganzen aber halte ich diesen Streit für glücklich, weil eben dadurch diese Menschen sich widerwärtig gemacht und selbst mit einem Theil ihrer Anhänger gebrochen haben. Auch gestern Abend ist die Versammlung gut verlaufen. So wäre denn der Lärm wenigstens als Demonstration jedenfalls unschädlich.

Sonst theile ich alle Ihre Sorgen, namentlich wegen der Gewerbe-Ordnung, recht sehr. Es wird schwer sein, da Böses zu vermeiden.[3]) Wegen Göttingen[4]) wünsche ich von Herzen, daß die Sache sich lege. Noch

---

[1]) Der Landdrost. — [2]) Regierungsrath.

[3]) Die vermeintlich zu freisinnigen Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 1. August 1847, welche am 1. Juli 1848 in Kraft treten sollten, erregten bei den zünftigen Handwerkern der Städte, namentlich der Stadt Hannover, große Aufregung. Unter den 12 Punkten, welche die am 16. von der Bürgerschaft beschlossene Adresse forderte, befand sich deshalb auch das Verlangen nach Zurücknahme der Gewerbeordnung. Detmold hatte in einem hier wegen seines alsbald überholten Inhalts nicht mitgetheilten Briefe vom 17. Vormittags darüber bemerkt: „So weit ist alles gut, und da die Adresse (vgl. Oppermann, II., S. 19) in mancher Beziehung die beste Antwort auf die kindische Proklamation von vorgestern (a. a. O. S. 16) ist, sogar sehr gut — nun kommt das Schlimme. Die Adresse verlangt auch Zurücknahme der Gewerbeordnung. Ist der König irgend gut berathen, so gewährt er diese Bitte durch Zusage einer desfallsigen Vorlage an die Ständeversammlung. Damit hat er die Residenz auf Leib und Leben gewonnen, ein ungeheurer Loyalitätsjubel [wird sich] entzünden, in jetziger Zeit doppelt erwünscht. — Hoffen wir, daß Wisch sein Werk nicht fahren läßt. Uebrigens hat gerade diese Bitte die Bürgerschaft für den Schritt begeistert." Vgl. übrigens J C B Stüve. II. S. 22.

[4]) Ueber den Studententumult in Göttingen vgl. v. Hassel, Geschichte. I. S. 523 ff.

bin ich in Sorgen wegen Berlin. Das müssen wir alle gestehen, daß mit Metternich das Schlimmste besiegt ist. Uebrigens noch eine Thatsache; die Infanterie-Caserne wird erleuchtet; der Commandeur wills aus der Regimentscasse thun; allein die Unteroffiziere weigern das, sie wollen es selbst zahlen.

Eben schreibt mir Buddenberg [1]), der nicht sanguinisch ist, über den trefflichen Geist, der sich auf einmal in den dortigen Bauern rege, mit größter Freude. Es sind viele schöne Blüthenknospen, aber: Wie viel Früchte verlangst du für diese Blüthen? Lesen Sie es in Goethe weiter nach.

Ihr

JCBS.

Nr. 6. Sonntag Morgen, 19. März.

Ueber die hiesigen Vorgänge noch Folgendes. Der König, wirklich krank, wollte die Deputation, welche die Petition (die Adresse der Bürger an den Magistrat) überbringen wollte, nicht empfangen. Als die Massen draußen vor dem Palais aber darauf bestanden, überbrachte sie ihm der Cabinetsrath von Münchhausen, der dann hin- und herlaufend den Vermittler machte. Die Bescheide auf die Bitten waren im Ganzen zweckmäßig, die Zusicherungen über das, was gewährt, wurden ohne Clauseln ertheilt. Darauf zog die Menge ab. Die städtische Polizei hätte man immer durchholen mögen. Erst als Alles zu Ende war, kam in athemlosem Sturmschritt das Militär an; daß für den Abend manches zu besorgen, war klar; es waren daher auch die Vorkehrungen getroffen, im Ganzen sehr vernünftig, diese Entfaltung von Militär, aber mit sehr gemäßigten Ordres, gar keine Polizei. Die Massen zogen erst umher und brachten den Leitern der Bewegung Schütz, Wichelt, Holscher [2]) Vivats. (Letzterem, bei dem ich gerade zum Souper war, wären mit mehr Recht die Fenster eingeworfen; denn anfangs enragirt und zu einem Führer eben von Massen wunderbar trefflich organisirt, war er am 16. Abends und am 17. Morgens von Dachenhausen bearbeitet, hatte geglaubt, auf dem Rathhause, von wo man nach dem Palais gehen wollte, die Demonstration der Massen noch verhindern zu können, und hatte zum Heimgehen ermahnt, natürlich vergeblich. Dachenhausen hatte solches Vertrauen auf ihn, daß, während wir bei Tische, eine eilige Sendung ankam: H. möge kommen, um die Massen, die gegen Falckes Haus anzögen, zu beruhigen.) Nach den Vivats kam es zu anderen Demonstrationen, zuerst gegen Falcke. Vor dessen Hause war eine Masse Militär, die aber nur wegzudrücken suchte, ohne einzuhauen. Falcke wurden sämmtliche Scheiben eingeworfen,

---

[1]) Advokat in Bersenbrück, Stüves politischer Freund. — [2]) Hofrath, Leibchirurgus.

das Eindringen hinderte das Militär. Nun sollte der Gräfin Grote[1]) Gleiches geschehen; da man deren Wohnung nicht wußte, litten mehrere benachbarte Häuser mit, auch das der Frau von Schulte, auf die es sonst nicht gemünzt war, da die eben unter diesen Massen viele Freunde hat. Man fand daher auch am andern Morgen an deren Haus geschrieben: Wir bitten um Entschuldigung. Wisch[2]) (die Gewerbe-Ordnung) und Malortie[3]) wußte man nicht wohnen, und verschob einen Besuch bei diesen ganz gemüthlich auf den folgenden Abend. Inzwischen hatte der Magistrat die beiden Piecen, die Adresse der Bürger an ihn und sein Begleitschreiben, nebst Nachricht über die gewährten Punkte, drucken und Abends durch die Bürger-Corporale vertheilen lassen. Am andern Morgen brachte die Hann. Zeitung in einem Extrablatte die beiden Petitionen nebst Bericht über des Königs Bescheid. Der lautete jetzt ganz anders und hier lag sicher ein Mißverständniß oder Fälschung vor. Daneben kam an den Magistrat die Resolution des Königs, die mit der H. Z. im Wesentlichen übereinstimmte. Nun wäre für den Abend sicher das Schlimmste zu erwarten gewesen, dem man aber durchweg sehr klug begegnete: Errichtung einer Bürgerschutzwache, für die man namentlich auch die jungen Leute, zumal die gefährlichen Polytechniker, zu gewinnen wußte. Das Militär sollte nur auf Requisition der Bürgerwache einschreiten. Daneben aber, und das war die Hauptsache, waren die umfassendsten militärischen Maßregeln getroffen, so z. B. in höchster Eile die vielen 1000 Ketten, welche die Friedrichsstraße, Georgenstraße und Wälle einfassen, entfernt, damit die Cavallerie nicht gehindert werde, u. s. w. Gegen Abend dann noch Absperrung des Calenberger Thors gegen das Eindringen des Lindener Mobs, namentlich der Egestorffschen Arbeiter. So blieb alles ganz ruhig, die Maßregeln werden noch fortdauern und somit auch die Ruhe. Daß Verhandlungen zwischen Magistrat und Cabinet wegen der doppelten Version zugelegt werden, scheint mir unerläßlich. Die Bürgerschaft hat sich auch schon deßhalb an den Magistrat gewandt; ob aber irgend etwas geschehen wird, weiß und glaube ich nicht, zumal der König fortwährend sehr krank, und es das Gefühl verletzt, den vielleicht Sterbenden zu molestiren. Noch bis vorgestern Morgen war der König entschlossen, die Stände in Person zu eröffnen; da aber fühlte er sich zu schwach dazu, und nun thuts Prinz Solms, einst der Held des christlich germanischen Princips, jetzt Radicale. Ihr Programm habe ich erhalten, es ist Alles, was ich wünsche. Um die neue Preßfreiheit gleich zu benutzen, laß ichs drucken, natürlich mit Ausnahme der von Ihnen angemerkten Stellen. So kann man demselben die

[1]) Staatsdame und regelmäßige Gesellschafterin des Königs.

[2]) Minister des Innern. — [3]) Hofmarschall.

nöthige Verbreitung geben; ich schicke Ihnen bis übermorgen Exemplare davon.[1]) Mit meiner Wahl in Celle ist es auch nichts, da Schulz[2]) wohl bereit ist, zu resigniren, nun aber die (früher fehlenden) Deputirten aus Celle im Ueberfluß vorhanden, und namentlich ein Dr. Gerding[3]) sich zum Volkstribun aufwirft. Ich werde also warten, bis es irgendwo eine Vacanz gibt, vielleicht in Hameln, da der dortige Deputirte nur aus Neugier zu kommen scheint, und, wenn die Sachen breiter und langweiliger werden, sicher zurücktritt. Wär' ich aber irgendwo gewählt, würde ich gleich zurücktreten, damit Breusing eintreten könne. B. muß durchaus in die Cammer. Es rühren sich jetzt Elemente und erringen die Herrschaft, auf die nicht Sie direkt, wohl aber mit und durch B. den größten Einfluß üben können, der Ihnen sonst direkt fehlen oder wenigstens zeitweilig entgleiten würde, zumal ja die ganze Staatsdienerschaft Ihnen als ihrem Heilande zujauchzt, und Lütcken noch ganz kürzlich Ihre Zulassung auf das allerdringendste befürwortet hat, eben mit Hinweisung auf die aufgeregte Zeit u. s. w. Mit B. aber werden Sie nicht den geringsten Widerstand finden. Sollen wir Früchte haben, müssen Sie sie einernten, und wie gesagt, in der Aufregung des Moments, die in den nächsten 4 Wochen sicher noch steigen wird, kann Ihnen niemand besser helfen als B. B. kann und wird das Opfer bringen, zumal für einen Bankier es jetzt kein besseres Geschäft giebt, als die Casse und Comptoir zu schließen. Droop mag die Sache in die Hand nehmen und Bening[4]) zur Resignation bewegen.

Ihr

D.

Eben wird folgende Bekanntmachung vertheilt:

An den allgemeinen Magistrat und die Bürgervorsteher Meiner Residenzstadt Hannover. Da dem Vernehmen nach Zweifel darüber entstanden sind, ob der Inhalt Meiner Erwiederung an den allgemeinen Magistrat und die Bürgervorsteher Meiner Residenzstadt vom gestrigen Tage mit der unter dem Abdruck der Petitionen gesetzten Eröffnung des Magistrats vom 17. d. M. genau übereinstimme, so nehme Ich keinen Anstand zu erklären, daß Ich den Inhalt der gedachten Magistrats-

---

[1]) Dies ist anscheinend nicht geschehen und wird deshalb unterblieben sein, weil das von Stüve unter dem 17. März mitgetheilte, von ihm als Ständemitglied und für das Verhalten der Stände aufgestellte Programm — er bemerkt dazu: „vielleicht klingen die Sachen nur zu bescheiden, sind es aber nicht" — nach seiner am 20. März erfolgten Berufung zum Minister in dieser Form keine Bedeutung mehr haben konnte. Da es indeß sachlich Stüves damalige Auffassung wieder giebt, ist es unten mitgetheilt.

[2]) Kaufmann in Celle, Mitglied der früheren Kammer.

[3]) Advokat daselbst.

[4]) Amtmann Bening war für die Bentheimschen Städte gewählt.

Eröffnung als Meine Königliche Entschließung anerkenne, und Ich hätte geglaubt, daß diese Erklärung nicht nöthig sein würde, da jeder Hannoveraner wissen sollte: daß Ich das, was Ich sage, vorher überlege, aber dann auch halte.

Hannover, den 18. März. Ernst August.

Merkwürdige Piece! Ohne Falckes oder andre Contresignatur! Wie naiv, daß man diese Erklärung nicht für nöthig gehalten, da die Königliche Resolution so genau mit dem Berichte der Hann. Z. (dieser wollte man anfangs die Schuld geben) übereinstimmt, also eben so sehr von der Version des Magistrats abweicht. C. R. v. Münchhausen machte gestern Abend bei allen Stationen der Schutzbürger die Runde, und da mag er denn Manches zu hören bekommen haben, was, zumal verstärkt durch die Wiener Nachrichten, die Rückkehr zu der ersten Version veranlaßte.

Nr. 7. Stüves Programm vom 17. März.

Maßregeln, keine Principien!

Die Erfolglosigkeit der Bewegungen des Jahres 1830 muß dem Umstande zugeschrieben werden, daß Ein Stand sich solche aneignete. Das ist in Frankreich der Stand der großen Capitalisten, in Deutschland der mit demselben mehrfach gleichzustellende Staatsdienerstand. Denn die Klagen über eine gefährliche bourgeoisie in Deutschland sind meist lächerlich.

Der Staatsdienerstand hat sich aber überall unfähig gezeigt, die erworbenen Vortheile zum Besten des Volks zu benutzen. Baiern, Würtemberg, Baden, beide Hessen, Sachsen, überall dieselbe Klage. Bei uns hat er in Hochmuth und Schwäche das Land verrathen, und sich selbst zum Diener eines traurigen Junkerthums gemacht. Die Junker haben die Beute gewonnen, die das Staatsdienerthum dem Königthum und dem Volke abzunehmen gewußt hatte.

Wollen wir jetzt bessern, so müssen die Waffen gegen dieses Staatsdienerthum, sowohl Bürger als Adel, gerichtet werden. Der landbesitzende Adel ist nicht der Feind, den das Land zu fürchten hat, wenn auch einige Streitpunkte bleiben (siehe unten); es ist nur der staatsdienernde Adel gefährlich. Nur dieser hat Rückhalt in der Regierung.

Um aber zum Ziele zu gelangen, müssen wir weitergreifende Reformen zwar nicht verschmähen; sie sind notwendig; allein wir müssen uns an praktische Punkte halten. Jene würde man wieder auf künftige Gesetze, Regulative pp. hinausschieben und einstweilen alles beim alten bleiben.

Zum Theil werden jene allgemeinen, weitergreifenden Reformen auch bereits so kräftig betrieben, daß wir nur zu adhäriren brauchen. Nament-

lich in den Bundessachen. Vertretung am B T., Aufhebung der Schlüsse von 1819, 1832, 1834 — freie Presse, die nirgend nöthiger, Vertretung am Bunde, die uns allein mit Deutschland einigen kann.

Durch uns selbst ist zu betreiben: Oeffentlich-mündliches Gerichtsverfahren und Aufhebung des fori privilegiati — der Patrimoniatsgerichte; möglichste Oeffentlichkeit in der Verwaltung — ein besseres Wahlgesetz — ein besseres Reglement.

Das Nothwendige aber bleibt die Umgestaltung der Verwaltung, und hierzu ist erforderlich:

a) erneuerte Stärkung des Ständewesens durch — außer den oben erwähnten Puncten — die Oeffentlichkeit. Es möchte rathsam seyn, sich hier in gar keine Discussionen weiter einzulassen; sondern einfach die Gallerien zu öffnen. Das fait accompli würde durchgreifen.

b) die Regierung muß in den Kammern durch solche Personen vertreten werden, die dem Könige selbst vortragen. Nur dadurch ist richtiger Vortrag möglich, während sonst alles im Actenwesen zu Grunde geht.

c) keine Erlaubniß zum Eintritt in die Stände darf nöthig seyn.

Die Hauptsache ist die Verwaltung und hier

a) der Grundsatz der Verantwortlichkeit und zwar
   1. für die Minister nach § 156 sq. des Staatsgrundgesetzes,
   2. für die übrigen Staatsdiener nach § 161 und 89;

b) die Möglichkeit der gerichtlichen Klage durch bessere Herstellung der §§ 37, 38 und bessere Sicherstellung der Entscheidung des Competenzconflicts;

c) Aufhebung der durchaus unmoralischen Bestimmung, daß ein Staatsdiener wegen Vergehen im Dienst (!) nur mit Erlaubniß seiner Vorgesetzten (also die Minister garnicht) zur Verantwortung vor den Crim.-Richter gebracht werden kann (§ 340 des Cr.-Ges., § 3 des Gesetzes über das Verfahren).

d) Noch nothwendiger beinahe ist es, daß gegen polizeiliche Bestrafung dem Bestraften der Recurs an die Gerichte geöffnet werde. — Die Verordnung vom 17. Januar 1840 (Befolgung der Gesetze pp.) muß weg. Die Polizei ist die eigentliche Angel, um die sich alles dreht, das Palladium des neueren Beamtenthums, dem man durchaus (vom Bundestage ausgehend) die Unabhängigkeit sichern will. Hier muß der Schutz des Richters möglich seyn.

Es muß aber auch hier ferner das Gemeindewesen angegriffen werden. Die Landgemeinden lasse man möglichst ungerührt. Jede Organisation bringt ihnen die Gefahr der Unterjochung näher. Die Städte sind unterjocht, und hier müssen nothwendig

a) die Uebergriffe der neuen Verfassungen bei Wahlbestätigungen,

b) beim Oberaufsichtsrechte auf die Gemeindeverwaltung,

c) rücksichtlich der Polizeiverwaltung

remedirt werden. Die Regierung hat sich hier eigenmächtig in Besitz gesetzt. Es ist eine sehr billige Forderung, daß sie diesen aufgebe, alle Puncte, welche gegen den entschieden ausgesprochenen Willen der Städte eingetreten sind, außer Kraft stelle. Dasselbe gilt von den organisirten Gemeinden im Bremischen, Land Hadeln, pp. —

Vor allem muß auf Beschränkung des Oberaufsichtsrechts Bedacht genommen werden. Das ist auch sehr unnöthig bei gehöriger Oeffentlichkeit.

Allen Gemeinden muß die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder wieder beigelegt, alle Disposition über Gemeindemittel den Aemtern und Behörden aufs entschiedenste entzogen werden.

Vielleicht ist es rathsam, daß wählbare Vorsteher aller amtssässigen Gemeinden zu den Amtsberathungstagen zugezogen werden. Das würde die Leute bilden und den Beamtendünkel modificiren.

Das Landgemeindewesen wird nothwendig auf die Exemtionen führen. Man muß solche aufzuheben suchen, jedoch so, daß

a) der Adel nicht dadurch der Regierung dienstbar gemacht, und

b) nicht die Organisation der Gemeinden den Beamten in die Hände gegeben werde.

Die Jagdbeschwerden werden Remedur erhalten müssen, aber mit Vorsicht, aus dem oben unter a angeführten Grunde.

Die Finanzen sind jetzt die Kraft der Stände, die neue Ausgabenvertheilung die größte Gefahr der Regierung. Hier gehe man ständischerseits ja nicht mit Anträgen vor, sondern erwarte was kommt. Die Kündigung [1]) kann ja ohnehin erst nach bewilligtem Budget geschehen.

Werden diese Waffen gehörig gebraucht — es wird die Aufgabe der Finanzcommission sein, in dieser Beziehung das Cabinet stets in Schach

[1]) Die neben dem Landesverfassungsgesetze getroffene Vereinbarung über die Vertheilung der Ausgaben auf die Königliche und die Landeskasse konnte nach § 140 jenes Gesetzes nach dem 1. Juli 1847 in jeder ordentlichen Diät der Ständeversammlung gekündigt werden.

zu erhalten — so kann man es erleben, daß die Regierung gern das Staatsgrundgesetz wieder gäbe — welches aber in einigen der obigen Punkte nun wohl nach der Erfahrung zu modifiziren wäre.

Alle diese Puncte sind der Art, daß es keiner großen Gesetze und neuen Organisationen bedarf. Man wird Stände auf das hinausschieben wollen. Darauf muß man sich unter keiner Bedingung einlassen. — Man muß diese Puncte gleich von Anfang an zur Sprache bringen, solche kurz formuliren und von der Regierung das Zugeständniß solcher Gesetze verlangen, ehe bewilligt wird. —

Volksbewaffnung wird durch die kriegerischen Aussichten nur zu sehr nothwendig werden.

Nr. 8. Osnabrück, 20. März.

Ihr Schreiben vom 18. [rect. 19.], lieber Freund, trifft hier zusammen mit den Berliner Nachrichten vom 18., die in der Weserzeitung so confus, daß man garnichts davon begreift. Jedenfalls aber ist die Sache auf die schlechteste Weise gewandt, welche möglich, durch das unnütze Blutvergießen. Es ist, als wolle man mit Gewalt die Monarchie unmöglich machen. —

Heute früh brachte Lütcken uns selbst ein Rescript des Ministers des Innern wegen Bürgerbewaffnung aufs Rathhaus, klagte, er erfahre von Hannover nichts. Den neuesten Erlaß über die Concessionen las ich ihm aus Ihrem Briefe vor. Er ist jetzt schmeichelnd gegen die Bürger, wie ich ihn nie möglich gedacht. Man konnte ihm aber dabei etwas aufrücken. Es war aber lustig, wie er sich der Concessionen freute. Das sächsische Programm, das war seine Sache. Indeß wühlen hier auch die Radicalen noch immer fort, und man hat seine liebe Noth mit denen. Cellenser sollen überall herumreisen wollen, um die Leute zu einigen!! Daß Sie nicht erscheinen werden, ist recht schlimm. Die Hamelenser schreiben mir noch wieder, es gehe dort nicht; doch wird vielleicht jetzt ein Rest von Aengstlichkeit besiegt sein, und später geschehen, was sich jetzt noch nicht möglich macht. Breusing erklärt, er könne nicht, und er kann auch nicht. Er kann ja in so gefährlicher Zeit seine Bücher nicht schließen und sagen: ich bekümmere mich um nichts. Da kann der Bankerott darauf sitzen. Einen anderen Disponenten hat er nicht, und wer kann sich jetzt auf Andere verlassen. Noch schlimmer ist, daß Meyer [1]) nicht kommen will. Er meint, Lindemanns Stellung verlange, daß er selbst gehe. Nun haben sie gar den albernen Einfall, ich solle Präsident werden. Wahrhaftig, dazu ginge ich auch nach Hannover, um da als Pagode zu sitzen. Sehen Sie,

[1]) Stüves alter Freund Senator Theodor Meyer in Lüneburg.

so sitzen wir überall fest. Ich schreibe heute nochmals an Meyer, um ihn wenigstens für Frankfurt loszueisen. Denn Matthaei,[1]) daß Gott erbarm! —

Ja, jetzt mag es sich zeigen, wie wenig Menschen wir haben, denen Kopf und Herz auf dem rechten Flecke sitzt. Das Gesindel wird sich mit aller Gewalt vordrängen, und mit Götterweisheit wird man da nicht helfen können.

Nur um eines bitte ich Sie. Es scheint dort ein Getreibe zu sein, wenigstens ist so was hierher geschrieben, ich solle Minister sein. Reden Sie doch um Gottes willen dagegen. Ich tauge nicht dazu, das weiß ich am besten. Ich verstehe es nicht, Andere arbeiten zu lassen, und das ist die nothwendige Kunst. —

Zu dem Trüben noch ein Ergötzliches. Die Schledehauser Bauern bringen auf ihre Weise auch die Sache in Ordnung. Herr v. Schele[2]) hat bisher einen Kirchenprovisor gesetzt, das wollen die Bauern nicht. Nun dankt sein Erwählter ab, um sich von den Bauern wieder wählen zu lassen. Und die Hunde? O die, deren Hunde todtgeschossen sind[3]), können nur sagen, was sie haben wollen. Es wird gleich bezahlt. — Ich bin auch da nicht ohne alle Sorge. Lütcken aber bat — — man möge doch ja suchen, Stadt und Land zusammen zu halten. Wahrlich, diese Umwandlung streift ans Lächerliche.

Ihren Brief vom 17. Nachmittags empfangen.

Ihr
JCBS.

Nr. 9. Montag, 21. März Morgens.

Der gestrige Abend ist ganz ruhig vorübergegangen, wie das nun wohl fortan der Fall sein wird. Nachmittags hat Falcke seine Entlassung erhalten und Hannover verlassen. Es wurde das schon um 6 Uhr Abends dem Stadtdirector Evers offiziell mitgetheilt, um den Bürgern diese erfreuliche Kunde zu eröffnen und die Gemüther zu beruhigen. In der Stadt heißt es bereits allgemein, es sei eine Stafette an Sie, lieber Freund, abgegangen, um Sie an die Spitze des neuen Ministerii zu berufen. Daß dies schon gestern der Fall gewesen, glaube ich nicht, aber in den nächsten Tagen wird es wohl geschehen. Sie glauben gar nicht, mit welcher lammartigen Resignation die Leute, haute volée und Staatsdiener, den Gedanken hinnehmen, Sie an der Spitze des Ministerii zu sehen, ja

[1]) Dr. jur. in Verden, Mitglied der Kammer von 1833.
[2]) Zu Schelenberg. — [3]) Von den Jagdberechtigten.

wie dieselben bereits für einen so tüchtigen Minister schwärmen und — wie die Ehrlichen sagen — Gott danken, wenn es nicht schlimmer kommt. In die Bürgerschaft ist der Gedanke ebenfalls mit solcher Macht eingedrungen, daß der König sich gar nicht widersetzen kann; wahrscheinlich werden heute oder morgen Seitens der Bürgerschaft deßfallsige Schritte geschehen. Es laufen eine Menge Ministerlisten um mit verschiedenen Abweichungen, aber 2 Posten überall gleichlautend besetzt, Sie für das Innere, Dahlmann geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten und Universität; — auch Prott, der bisherige Verweser des Kriegsministerii, ist als solcher auf den meisten Listen beibehalten; für die Justiz haben die Meisten Francke[1]) in Harburg, der sicher besser paßt als Wachsmuth[2]), den andere haben; das Auswärtige scheint am schwierigsten zu besetzen, da finden sich Graf Bennigsen[3]), Lehzen[4]), Bening.[5]) Für die Finanzen haben die Meisten Breusing, einige Lehzen, auf einigen ist auch das Ministerium des Auswärtigen in Dahlmanns Hände gelegt. Es sind das wohl zum Theil Blasen, welche die Bewegung aufwirft, und die im nächsten Augenblick zerplatzen, aber sie zeigen, daß in der Tiefe etwas vorgeht; und Sie an der Spitze des Ministerii sind, wie gesagt, unabweislich. Das Uebrige findet sich dann am leichtesten und besten eben durch Sie. Daß wir hier in der faulen Residenz doch wenigstens in den letzten Tagen um Vieles weitergekommen, geht daraus hervor, daß Rumanns Name sich auf keiner Liste findet. Man fühlt, daß Reinheit des Characters jetzt vor Allem vonnöthen.

Mit Ausnahme der Nachricht in der Hannoverschen Zeitung von gestern Abend fehlen noch alle bestimmten Nachrichten über die gräßlichen Berliner Vorgänge. Angebliche Aussagen von Reisenden sind offenbar übertrieben und widersprechen einander.

Noch einmal wegen Breusings Hierherkommen; er muß kommen; wenn er nur 4 Wochen hier ist, dann mag er resigniren. Ihr

D.

Eben höre ich: es ist ruhig in Berlin, aber 2000 Leichen, 1200 vom Militair, 800 Bürger. Das Militair, nach 2tägigem Kampfe auf den Tod ermüdet, hat 2500 Mann stark die Stadt verlassen; der König ist im Schlosse wie ein Gefangener be- und mißhandelt. Man scheint ihn aber beibehalten zu wollen, zumal andererseits alle Schuld auf den Prinzen von Preußen geschoben wird.

[1]) Stadtrichter. — [2]) Consistorialsecretair in Hannover, früheres Kammermitglied.
[3]) Schatzrath. — [4]) Desgleichen.
[5]) Regierungsrath im Ministerium des Innern.

Nr. 10. Dienstag, 21. März, Mittags.

Ich fahre in meinen Berichten fort, in der freilich kaum wahrscheinlichen Voraussetzung, daß dieses Sie, theurer Freund, noch dort trifft. Die Ruhe ist hier keinen Augenblick wieder gestört worden. Der berüchtigte Dr. Grote[1]) soll Versuche gemacht haben, die Polytechniker aufzuwiegeln, hat aber in schlimmer Weise dafür büßen müssen. Auf die Nachricht, daß die Bürgerschaft eine — von Schütz entworfene — Petition um Entlassung des Ministeriums unterzeichnen wolle, erfolgte vorgestern die Entlassung des gesammten Ministeriums; man will Alles gewähren, Alles was gewünscht wird und mehr, nur keine Demonstrationen. Die Nachrichten aus Berlin haben den König ganz weich gemacht, er weint fortwährend und will Alles, Alles thun. Vorgestern wurde Landdrost von Bülow aus Stade berufen zur Uebernahme eines Portefeuille, gestern aber contremandirt, weil der Ruf nach Ihnen zu laut wurde. An Sie ist gestern gewiß, vielleicht schon vorgestern, eine Stafette abgesandt. Neben Ihnen sollen berufen werden: Justizrath[2]) v. Düring (für die Justiz), Graf Bennigsen (angeblich für die Finanzen), Lehzen und Landdrost v. Dachenhausen. Also noch 3 Junker auf 2 Bürgerliche. Ich ließe mir das noch gefallen, aber Dachenhausen ist unmöglich, rein unmöglich. Er ist wohlwollend, bei der hiesigen Bürgerschaft, die ihre Characterlosigkeit keinen Augenblick verläugnet, sehr beliebt, zumal durch seine Hundedemuth aus der letzten Zeit; aber der Mensch ist der knechtischste Gesell, den es giebt, der sich in dem Verfassungskampf zu aller und jeder Schlechtigkeit brauchen ließ und der auch in den letzten Tagen und Wochen eine widerwärtige Rolle gespielt hat. Die Bürgerschaft hier wird, obgleich Jeder das Unzweckmäßige einer solchen Wahl fühlt, nichts gegen D. unternehmen, eben weil er überall umherläuft und „um der Wunden Jesu Willen“ fleht: jede Demonstration zu unterlassen, der König werde Alles und mehr geben, als man bitte. Das ist wahr — der König ist zu aller und jeder Concession bereit, aber seine Umgebung noch nicht Sie und Sie allein haben nun das Heft in der Hand; ich weiß, daß Sie Alles am besten einrichten werden und will mich hüten, Ihnen Rath zu geben. Aber Dachenhausen dürfen und können Sie nicht neben sich haben. Die Gefahr ist namentlich für die Folge groß. So lange der König lebt, der jetzt ehrlich concediren will, wird Alles gut gehen. Aber demnächst wird der Kronprinz allen gemachten Concessionen

[1]) Früher Herausgeber der Hannoverschen Landes-Blätter, bekannt durch seine Werke über Münzkunde und Genealogie. — [2]) Ober-Appellationsrath.

den Krieg zu machen suchen. Es wird ein Krieg werden zwischen dem Hofe und dem Ministerio — da dürfen in letzterem keine faux frères sitzen; Bennigsen und Düring sind ehrliche Leute, aber Dachenhausen würde zu allem Verrath die Hand bieten. Eine einfache Erklärung von Ihnen — falls Sie sie nicht direkt aussprechen wollen — etwa durch Lehzen wird aber genügen, um gleich D. zu entfernen. Ueberhaupt werden Sie nur zu sagen brauchen, wie und was Sie wünschen, um sofortige Gewährung zu finden. Daß Sie, wenn auch Minister, Ihren Platz in der Cammer einnehmen, finde ich in der Ordnung, ja nothwendig. Die Hannoversche Zeitung von gestern hat noch nicht die Proclamation vom 20.[1]), ebenfalls ohne Contrasignatur erlassen, obgleich das Ministerium ja fortfungirt; Sie werden sie aber sonst wohl schon kennen. Der König will außer der Verantwortlichkeit der Minister bei den Ständen eine Aenderung des L. V. G. beantragen, gegründet auf Wiedervereinignng der Cassen — also direkte Rückkehr zum St. G. G. Mehr als man gebeten hat, auch sicher weniger eine Concession, als Ergreifen des einzigen Rettungsankers vor der Gefahr der neuen Cassen-Auseinandersetzung; daneben macht ja die Preußische Proclamation vom 18., die den Zollanschluß als Bundespflicht hinstellt, eine Cassenvereinigung nothwendig. — Daneben hat die Stadt ihre Polizeiverwaltung zurückerhalten. —

Der Kronprinz hatte sich gegen alle Concessionen ausgesprochen und gesagt: man müsse auf die Hunde schießen. Der König hat das gehört, ihn kommen lassen und furchtbar abgeflegelt.

Es ist gestern in aller Eile der Befehl erfolgt zu sofortiger Mobilmachung des 10. Armee-Corps. Ich vermuthe, daß es wegen Schleswig-Holstein gilt und daß es nicht an den Rhein geht.

Eben empfange ich Ihren Brief vom 20. Ich mußte fast lachen, wie Sie sich gegen den Minister wehren, gerade wie die Fürsten gegen Concessionen. Liebster Freund, auch Sie werden Concessionen machen müssen! Im Ernst: es gilt jetzt das Land zu retten; da werden Sie vor keinem Opfer zurückscheuen; daß es ein solches für Sie ist, weiß ich längst, aber Sie müssen es bringen. — Daß Breusing nicht kommen kann, begreife ich; es ist mir sehr leid, denn er hätte trefflich nützen können. Aber Meyer muß kommen; Sandvoß[2]) ist jetzt nach den Schritten seiner Bürgerschaft gegen ihn ganz unmöglich, ebenso der alte Lang[3]) um seines Sohnes willen. Fr. Lang läuft jetzt bei Juden und Christen, vorzüglich aber bei

[1]) Oppermann, II. S. 39. — [2]) Stadtdirector in Goslar.

[3]) Stadtsyndicus in Verden.

den ersteren umher und zieht alle die Anträge aus der Tasche, die er hat stellen wollen, von denen aber nun die meisten nicht mehr nöthig. Die Nemesis ereilt ihn jetzt, ohne daß Einer von uns an den Judas die Hand zu legen braucht: er wird mit den L. V. G. fallen. Es ist komisch, daß Wisch, der mit der Verfassung von 33 fallen wollte, nun mit der von 40 fällt; es ist nur ein Irrthum in der Jahreszahl.

Ihnen, liebster Freund, kommt der umgewandelte Lütcken lustig und komisch vor! Was könnte ich Ihnen erst von dergleichen erzählen. Ich bin seit 8 bis 9 Jahren hier förmlich geächtet gewesen, meine besten Freunde verlernten mich und kannten mich nicht mehr. Nicht um meiner selbst willen, denn ich hatte anderweit Trost, that mir diese Aechtung leid, aber wie meine Mutter und Schwestern darunter gelitten, das ist mir oft durch die Seele gegangen. Und jetzt! wenn ich auf dem Museo aufstehe, um eine andere Zeitung zu nehmen, stehen Menschen hinter mir, die mich früher nicht kannten, um mir in aller Eile einen Bückling zu machen, Unsäglich verächtliches Gesindel! Ich muß lachen und an meine Randzeichnungen denken, daß ich dem Pack doch darin nicht zu nahe gethan. Eben empfange ich ein Billet mit Notizen über das Ministerium; man soll Dachenhausen aufgegeben und die Departements so bestimmt haben: Ihnen das Innere, Bennigsen das Auswärtige, Lehzen die Finanzen, Düring Justiz und Unterrichts-Angelegenheiten. A la bonne heure! so geht es, obgleich mir die beiden Junker, wenngleich ehrliche Männer, nicht recht sind, Ihnen vielleicht aber, schon um der 1. Cammer willen.

Welcher reiche Segen über Deutschland! Welche Ströme Blutes hat die Freiheit in England und Frankreich gekostet, wie wenig in Deutschland — fast nur dies schändliche unnütze Berliner Nachspiel hat Blutstropfen auf das Kleid der Freiheit gesprengt! Gottlob sollen die Berichte darüber übertrieben sein und — was freilich auch schon zuviel, namentlich weil unnütz — kaum 500 geblieben sein. Am Rhein, wo man auf gestern Mittag die Unabhängigkeits-Erklärung festgesetzt hatte, wenn nicht bis dahin Alles gewährt werde, wird sich nun auch alles zum Frieden und Segen wenden. Der 1. Mai, das Aller-Deutschen-Fest, muß diesmal durch ganz Deutschland gefeiert werden. Seit 1648 datirt die Unfreiheit in Deutschland, das ist dies Jahr ein schönes Jubiläum.

Ihr getreuer
D.

Bis Sie mir über Ihr Hierherkommen schreiben, fahre ich in meinen Berichten fort,

Nr. 11. Hannover, 24. März, Mittags.

Da gestern kein Zug von Lüneburg zurückging, so komme ich erst jetzt eben von dort zurück.[1]) Der Zweck ist nicht erreicht, Lindemann will nicht resigniren, Meyer kann also nicht kommen, wenn Sie ihn nicht etwa für den Klosterfonds in die Cammer schicken, womit ich mehr scherzend als ernsthaft von Lindemann die Resignation zu erwirken suchte. Lindemann habe ich übrigens als einen in jeder Beziehung tüchtigen Mann kennen gelernt, den besten Cammer=Präsidenten, den man finden könnte. Aber er hat keine Antecedentien, keinen Namen wie Meyer, und Empfehlungen und Parole-Ausgabe wird nichts helfen, da die Präsidentenwahl sicher in den Vorberathungen entschieden werden wird, an denen die 70 — 80 Succursal-Deputirten[2]) Theil nehmen werden, welche eine wahnsinnige Idee der Cellenser überall herbeschworen hat; unter diesen, gewählt in den letzten Tagen gerade im Augenblicke der höchsten Aufregung, prävalirt das radicale Element, was solchergestalt sehr bös einwirken wird.

Meyer ist bereit nach Frankfurt zu gehen, wenn Sie es noch wünschen, was Sie ihm dann aber schreiben müssen. Ich habe vorgestern von dem Comité eine deßfalsige Aufforderung bekommen, will aber nicht hin, schon weil ich höre, daß Freudentheil[3]) und dergleichen hingeht.

Der Ihrige
Detmold.

Auf den Bahnhöfen u. s. w. habe ich überall eine Menge Menschen gesprochen, die zum Landtage kommen wollen; unzweifelhaft werden folgende Anträge kommen: Aufhebung aller Privilegien des Adels — Herstellung Einer Cammer — Aufhebung der Provinziallandschaften — Entlassung des Cultus-Ministers Braun[4]) als Mitglieds der vorigen Verwaltung.

Nr. 12. Hannover, 25. März.

— Gestern Abend stellte sich mir bei Tische Herr Stadtrichter Meißner vor, von dem ich u. a. hörte, Rumann und Falcke sollen jetzt miteinander

---

[1]) Stüve hatte am 22. März das Ministerium übernommen und am 23. Detmold mit einem Briefe an Meyer nach Lüneburg gesandt, worin er letzteren nochmals dringend bat, in die Kammer einzutreten, um das Präsidium zu übernehmen. Es bedurfte dazu der Resignation des in Lüneburg an erster Stelle gewählten Oberbürgermeisters Lindemann.

[2]) Die sog. Condeputirten.

[3]) Canzleiprocurator in Stade, liberales Mitglied der Kammer von 1832 u. 1833.

[4]) Braun war Cabinetsrath unter Falcke.

conferiren. Will man dem auch keinen unbedingten Glauben beimessen, so ist es doch an sich auch gar nicht unnatürlich und bei R's Persönlichkeit bedenklich. Ich glaube daher, daß die Notiz Ihnen vielleicht nicht unerheblich scheint.

Ihr
JCBS.

Nr. 13. Hannover, 25. März.

Ihre Frage von gestern Abend, theurer Freund, wegen Uebernahme der Hannoverschen Zeitung habe ich mir überlegt: ich muß sie verneinend beantworten. Wenn auf der einen Seite ich schwerlich dazu tauge, bin auf der andern ich gewiß viel zu gut dazu; jedenfalls käme ich in eine schiefe Stellung und würde nur mich vernutzen, ohne damit irgend Nutzen zu schaffen. In dem ersten Lärm und Sturm wird auch die Presse, zumal die Hannoversche Zeitung, wenig Gehör finden, da wird Alles auf die 2. C. horchen und die Hannoversche Zeitung würde bald in die Lage kommen, gegen diese Opposition machen zu müssen. Bekäme ich jemals Lust, eine Zeitung zu redigiren, was mir sehr zweifelhaft, so werde ich, wenn die Preßfreiheit bestehen bleibt, immer dazu kommen können und immer Gehör finden. Dann könnte ich vielleicht auch eher nützen, wenn einige Ruhe zurückgekehrt und Zustände, Partheien, Ansichten sich erst mehr consolidirt haben, als jetzt, wo meine Ansichten viel zu gemäßigt und — weit überflügelt sind.

Der Ihrige
Detmold.

Für Ihre Notiz von heute Morgen meinen besten Dank: ich glaube vorläufig noch nicht recht daran, obgleich die Sache sehr glaublich ist und in Alles, was ich erwarte, vollkommen passen würde.

Nr. 14. Hannover, 27. März.

Ich habe eben von sonst wohl unterrichteter Seite die Nachricht erhalten: die Erste Cammer werde in Allem nachgeben — ich glaub's aber doch nicht. Könnten Sie nicht durch Graf Bennigsen über die deßfalsige Stimmung Gewisses erfahren, — vielleicht nöthigenfalls Verhandlungen zulegen?

Ich habe Dahlmann die hiesige Situation klar gemacht, namentlich die Gefahr einer Resignation des Königs und habe ihn gebeten (was er zugesagt hat), er möge es sein Erstes in Berlin sein lassen, den König

von Preußen über die Dinge hier zu unterrichten und zu veranlassen, daß er sofort an den König von Hannover schreibe und denselben dringend auffordere, an seinem Posten zu bleiben und keinenfalls zu resigniren.

Ich würde Sie mit diesen Bagatellen nicht belästigen, wenn nicht Buddenberg meinte, Sie müßten Alles erfahren.

Der Ihrige

Detm.

In dem Augenblicke, da ich dies Ihnen schicken will, erhalte ich die ganz unzweifelhafte, Ihnen nun auch wohl schon bekannte Nachricht: daß die bedeutendsten Mitglieder 1. Cammer in einer gestrigen Versammlung die Dinge berathen und beschlossen haben: nicht nur den Schlußparagraphen [1]) aufzugeben, sondern alle und jede Adelsprivilegien fallen zu lassen, sogar die 1. Cammer als Adels-Cammer, — dagegen am Zwei-Cammer-System festzuhalten. Also Alles, was wir nur wünschen können.

Nr. 15. Hannover, 30. März.

Sie haben meinen neulichen Antrag wegen der Hannoverschen Zeitung zurückgewiesen, lieber Freund, und ich will Ihnen Recht geben, daß der Moment kein glücklicher ist, daß eine Kraft sich jetzt eher abnutzen als nützen kann. So sehr ich nun auch wünsche, die Hannoversche Zeitung in bessere Hände zu bringen: so mag es immer besser seyn, noch ein Paar Wochen den bisherigen schleppenden Gang gehen zu lassen, als mit unhaltbaren Dingen aufzutreten.

Allein der Zeitpunkt kommt doch täglich näher, wo etwas geschehen kann und muß. Ein gefährlicher Moment ist wohl schon überstanden, und wenn noch ein Paar Tage hinzukommen, so sind wir vielleicht in der Lage, Entschlüsse fassen zu können. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht andere Absichten haben; sollte dies nicht der Fall seyn, so bitte ich dringend, noch einmal zu erwägen, ob nicht die Wirksamkeit durch die Zeitung eben jetzt Ihrer würdig wäre. Unter dem Kreise der Bekannten weiß ich keinen, der sich so dazu eignete. Friesland [2]) und Lex [3]) können die Sache nicht behalten, und wenn Sie nicht wollen, so werden wir gezwungen, Schritte zu thun, mit denen wir und Sie hinterher unzufrieden sind. Also noch einmal, erwägen Sie, und lassen Sie uns wenigstens über die Sache sprechen.

Ihr

JCBS.

[1]) § 180 des L. V. G., die Formen für Verfassungsänderungen betreffend, wird gemeint sein. — [2]) Ober-Postrath.

[3]) Dr. Lex, vorher Privatdozent in Göttingen, war von der früheren Regierung zur Redaktion berufen.

Nr. 16. Hannover, 1. April.

Ich höre aus guter Quelle, daß die Residenz mit ihrer zweiten Deputirten-Wahl in Verlegenheit sei: der Lederhändler Schütze, der, wie ich hoffte, die Wahl erhalten sollte, hat sich in den letzten Tagen so radical erwiesen, daß die Bürgerschaft nichts von ihm wissen will. Nun werden Rumann und Siemens [1]) als Candidaten genannt: mit diesen beiden wage ich in die Schranken zu treten. Der Magistrat wird mir gewiß seine Stimme geben, um Manches in dieser Art zu repariren. Was mir schadet, ist, daß man mich für exaltirt und radical hält; das kann durch eine Empfehlung von Ihnen beseitigt werden. Ich bitte Sie daher, reden Sie mit Evers in der Cammer über die Sache, fragen ihn, auf wen die zweite Wahl fallen werde, und ist er nicht ganz entschieden für diesen oder jenen, so empfehlen Sie mich. Ich kenne freilich den Magistrat zu gut, als daß mir viel an einer solchen, mir von ihm erwiesenen Ehre liegen könnte, — aber es ist doch meine Vaterstadt. die mich deputirte, und ich käme am sichersten in die Cammer. Die Wahl ist am 6. d. M. Auch Merkel, [2]) der mit Evers sehr befreundet, könnte mit ihm reden: es bedarf eben nur einer Versicherung meiner gemäßigten Ansichten.

Die Radicalen sind ganz unter sich zerfallen und werden wohl in einigen Tagen ihre Reste mit Schimpf und Spott aus den Thoren gebracht sehen. [3]) Das Einzige, was zu besorgen, ist, daß sie einen Versuch machen, die Provinzen aufs neue aufzuregen, und vielleicht in einiger Zeit wiederkommen.

Der Ihrige
Detmold.

Da ich dies abschicken will, kommen Ihre Zeilen. [4]) Glaubt Evers, was Sie von ihm hören werden, daß meine Wahl hier möglich, so ist mir das lieber, weil ich dann auch für die Zukunft hier Chancen hätte; auch wird hier die Wahl früher sein, als in den kleinen Harzstädten. Aber dennoch werde ich mich für alle Eventualitäten dort bewerben und dann die erste entschiedene Wahl annehmen, für die andere den Subsistuten (hier vielleicht Schütze) einrücken lassen. Ich schreibe wohl an einen der Bürgermeister der kleinen Harzstädte??

---

1) Stadtgerichtsassessor. — 2) Schatzrath und Generalsekretär II. Kammer.

3) Die sog. Condeputirten waren vom 27. bis 29. März versammelt gewesen. Vgl. ihre Adresse vom letzteren Tage bei Oppermann II. Beilage IX. Die Kammern waren am 28. eröffnet.

4) Eine Anfrage Stüves vom 1. April, ob er sich um die Deputirtenstelle für die kleinen Harzstädte bewerben wolle; die könne er ihm wohl sichern.

Nr. 17. Hannover, 2. April.

Evers, lieber Freund, erklärte Sie anfangs für unmöglich und wollte Holscher; als ich ihm näher trat, wurde er anders und wollte sich erkundigen, ob Sie möglich seyen. Der Mann ist aber zu schwach, um auf ihn irgend zu bauen.

Ich habe daher heute nach Lauterberg geschrieben. Schaden kann es nicht. Auch an die anderen Orte ist geschrieben. Wir wollen sehen, was glückt.

Die Schwäche der Radicalen liegt vor. Ich wünschte nur, noch einen Punkt vom Herzen zu haben; das ist die Jagd. Da ist Vorurtheil, Vergnügen, Persönlichkeit des Königs so leidig verwirrt, daß ich noch nicht durchsehe. Es kann aber sehr verhetzen. Wegen der Gewerbeordnung wollen Schmidt [1]), Richelmann [2]), Kröncke [3]) sich gern mit den Städten vertragen. Man muß da auf alle Weise entgegenkommen. Mich hat das sehr gefreut.

Ihr
JCBS.

Nr. 18. Hannover, 11. April.

Anlage [4]) mit Dank zurück. Ich wüßte nicht, daß in der Cammer irgend Jemand an Meißner gedacht hätte. Unsere Sachen stehen augenblicklich sehr schlecht. Die unglückliche Emendation der ersten Cammer bei der Adresse [5]) bringt den Bruch sehr nahe. Dazu diese Frankfurter Sachen, wo der Bundesrath auf allen Unsinn und Unmöglichkeiten gehorsam eingeht und die 50ger sich als provisorische Regierung wirklich

---

1) Deputirter für den 1. Lüneburgischen Wahlbezirk, Hofbesitzer.

2) Deputirter für den 4. Lüneburgischen Wahlbezirk, desgleichen.

3) Deputirter für Neuhaus a. d. Oste, desgleichen.

4) Ein den Stadtgerichtsassessor Meißner statt Siemens empfehlender Brief.

5) In dem von einer gemeinschaftlichen Kommission beider Kammern beschlossenen Entwurf einer Adresse auf die Thronrede wurde u. a. gefordert:

„Die Aufhebung der Vertretung des Adels als solchen in der allgemeinen Ständeversammlung, sowie die Aufhebung aller Vorzüge der Geburt für den Adel, unbeschadet der Privatrechte."

Während zweite Kammer den Passus unverändert acceptirte, beschloß erste Kammer, die zweite Hälfte des Satzes dahin zu fassen:

„sowie die Beseitigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militärämter."

Nachdem zweite Kammer dem gegenüber einstimmig ihren Beschluß wiederholt hatte, eine Konferenz aber erfolglos geblieben war, ließ noch am 11. April erste Kammer ihren Beschluß fallen. Vgl. das Nähere bei Oppermann I. S. 46 ff. Der Brief wird am 11. April vor dem Beschlusse geschrieben sein.

betrachten.[1]) Das wird alles brechen. Wir können keine Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht machen und müssen va banque spielen. Wie können wir das nun bei solchem Benehmen des Adels!

Dagegen sind die Bremenser Petitionen[2]), von denen ich doch noch nicht wußte, klein. Es ist eine verzweiflungsvolle Lage.

Ihr
JCBS.

Nr. 19. Hannover, 11. April.

Was Sie mir heute Morgen schreiben, hat mich schon gestern den ganzen Tag und die Nacht gequält. Ich habe in meiner Herzensangst heute Morgen an Rob. Blum geschrieben, den ich bei aller Hinneigung zur Republik doch als tüchtigen und verständigen Menschen kenne, habe ihm unsere (und Preußens) Lage geschildert: wie nach dem Ausschreiben der Bundes-Versammlung, die man doch noch immer als legales Organ betrachten müsse, wenn faktisch die Macht auch in anderen Händen, der Wahlmodus den einzelnen Regierungen überlassen, was das vernünftigste und zweckmäßigste gewesen; — wie nun, nachdem Preußen durch den Landtag habe wählen lassen, der 50ger Ausschuß dagegen protestire. Ich habe von ihm gefordert: Entweder, daß der 50ger Ausschuß den Protest zurücknehme und wie die Bundesversammlung den Wahlmodus den Regierungen überlasse; oder daß die Eröffnung des deutschen Parlaments um 4 Wochen hinausgeschoben werde, da wenigstens 4 Wochen nöthig, um Wahlen zum Parlamente auf dem Grund ganz neuer Principien vornehmen zu können. — Da der 50ger Ausschuß offenbar auf eine provisorische Regierung hinarbeitet, so denke ich, wird er auch ohne meinen Wunsch jene Hinausschiebung beschließen, die ihm ja zu Gute kommt. Und der Zeitgewinn wird, denke ich, auch der Ordnung zu Gute kommen. Daß Sie aber jenes 50ger Protestes ungeachtet die Wahlen durch die Stände-

[1]) Das Vorparlament (Beschluß vom 1. April) verlangte für die Nationalversammlung Urwahlen nach allgemeinem Stimmrechte, mit Freistellung direkter oder indirekter Wahl, während die Bundesversammlung durch Beschluß vom 30. März die Regierungen aufgefordert hatte, Nationalvertreter auf verfassungsmäßige Weise wählen zu lassen. Als nun die Preußische Regierung nach Proposition vom 3. April die Wahl durch den seit 2. April versammelten Vereinigten Landtag ausführen lassen wollte, wurde vom 50ger Ausschuß hiergegen Protest erhoben und auf sein Verlangen von der Bundesversammlung unter Aufhebung ihres Beschlusses vom 30. März am 7. April beschlossen, daß für die Wahlen die Beschlüsse des Vorparlaments maßgebend sein sollten.

[2]) Welche das Ausscheiden v. Dürings und Brauns aus dem Ministerium verlangten. Vgl. J C B Stüve. II. S. 5.

Versammlung vornehmen lassen, ist, meine ich, durchaus nothwendig. Die Junker werden nachgeben, weil sie müssen — und haben durch die muthwillig provocirte und verlorene Schlacht ihre Stellung wesentlich verschlechtert.

Ihr

D.

Nr. 20. Hannover, 14. April.

Ich höre eben, Sie wollen die Vorwahlen zum Parlament am 26. d. M., die Wahlen selbst erst Anfang Mai vornehmen lassen. Ginge es nicht an, den letzten Termin näher an den ersten zu rücken? um 1) Einwirkungen auf die Wahlmänner zu erschweren, 2) um, wenn die Eröffnung des Parlaments nicht prorogirt wird, den Deputirten die Möglichkeit zu geben, zur rechten Zeit da zu sein? Aeußere Hindernisse werden diesem Aneinanderrücken dieser beiden Termine schwerlich entgegenstehen, soweit ich's übersehe, da ja die Wahlmänner höchstens einige Meilen, und gewiß nirgend über eine Tagereise von dem Wahllokal entfernt wohnen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 21. Hannover, 15. April.

Wir werden die Tage nicht füglich ändern können. Das Osterfest ist sehr ungelegen. In der stillen Woche kann man nicht wählen lassen; am 3. Ostertage und Tages darauf ists gefährlich. 4 Tage aber ist in den großen Bezirken zum Ordnen der Sachen — unserer schwachen Communicationen wegen — nicht zu viel. Hätte man alle Leute beisammen, so wäre 1 oder 2 Tage nach dem Vorwahltermine das Beste.

Leider ist die Harzwahl, wie mir gestern erzählt wird, auf einen Condeputirten, Schmidt Angerstein, gefallen. Die Harzer wollen nur durch einen Harzer vertreten seyn. Das ist eben der Geist des Augenblicks. Quid nunc?

Man wünscht so sehr bessere Darstellungen des Zusammenhangs der Verhandlungen, schriftstellerische Einwirkung; der Augenblick wird auch günstiger und dringender zugleich. Aber woher die Kräfte nehmen? Bitte überlegen Sie es nochmals ernstlich.

Hostmann[1]) von Celle war gestern hier voller Angst und Verzweiflung; er scheint den Kopf gänzlich verlohren zu haben. Solche Leute können wohl in stiller Zeit etwas agitiren, aber nicht hinterher handeln.

Ihr

JCBS.

---

1) Banquier.

Nr. 22. Hannover, 15. April.

Vorhin kam Fr. von Reden[1]) zu mir, der in Hameln gewesen war und dort die auch mir schon klar gewordene Ansicht erlangt hatte: daß die Wahlen nach Frankfurt ganz und gar im Sinne der Local-Interessen ausfallen werden. Sie werden sich bei jedem Deputirten, mit dem Sie über den wahrscheinlichen Ausfall der Wahlen in seiner Gegend reden, von der Wahrheit überzeugen können. Das wäre nun ganz und gar verderblich und schädlich. Da hatte Reden die Idee, die er Ihnen in beiliegenden Zeilen vorlegt: daß jeder der 26 Wahldistrikte die volle und ganze hannoversche Wahl vornehmen solle, d. h. alle 26 Deputirte und Stellvertreter wähle. Dann würden hier im Ministerio die Listen und Namen gezählt und die Namen durchgezählt (ein Leichtes, da es nur 26 × 26 oder mit den Substituten 26 × 52 Namen sind). Meiner Ansicht nach ist der Vorschlag sehr zweckmäßig, leicht ausführbar und nach allen Seiten hin zu rechtfertigen, eben weil nur so die Leute gewählt werden, die im ganzen Lande das meiste Vertrauen haben. Dieser Modus kann 1) noch jetzt ausgeführt werden und schließt sich Ihren bisherigen Anordnungen vollkommen an, und vereinigt 2) in sich alle Vortheile der direkten Wahl (das Durchzählen der Stimmen) ohne deren Nachtheile (Bestechung und dergl.) zugleich mit den Vortheilen der indirekten Wahl ohne deren Nachtheile, unter denen die zu große Begünstigung der Lokal- und Provinzial-Interessen immer die schlimmsten. Ich bitte Sie, überlegen Sie sich die Sache. Nur auch bei diesem Procedere hat eine Candidatenliste von Seiten der 2. Kammer Sinn und Nutzen, sonst nur Schaden. Der Ihrige

Detmold.

Nr. 23. Hannover, 6. May.

Sie wünschten neulich Bemerkungen zum Reichsverfassungs-Entwurf.[2])
Ich schicke Ihnen deshalb die meinigen mit Notizen und unsere Besprechungen darüber, die vielleicht Stoff zu weiteren Besprechungen unter uns geben.

Erfreulich ist, daß das Triumvirat[3]) vom Bundestag wirklich beschlossen worden. Möchten nun nur bald 3 bedeutende Männer gewählt seyn. Das könnte noch manches retten. Ihr

JCBS.

---

[1]) Amtsassessor a. D., statistischer Schriftsteller, Mitglied der Nationalversammlung.

[2]) Entwurf der 17 Vertrauensmänner. Die Beilage fehlt.

[3]) Auf Antrag des badischen Bundestagsgesandten Welcker und Referat des hannoverschen Bundestagsgesandten Klosterrath von Wangenheim hatte die Bundesversammlung am 3. Mai beschlossen, den Regierungen die Ernennung von drei weiteren Gesandten vorzuschlagen, welche die Sorge für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands und die

Nr. 24. Frankfurt, 14. May. [1])

Von dieser meiner ersten Mitteilung und wohl auch noch von den nächsten, dürfen Sie, liebster Freund, nichts anderes erwarten, als die Schilderung persönlicher Eindrücke. Es ist hier vorläufig und wohl noch auf 2 bis 3 Wochen hinaus, Alles so trübe, wirr und unklar, daß es toll sein würde, auch nur annähernd ein Urtheil fällen oder Vermuthungen aufstellen zu wollen. Was nun die persönlichen Eindrücke anbetrifft, so wissen Sie, daß ich darauf gefaßt war, eben nicht Erfreuliches zu sehen und zu hören; indessen wurden meine kühnsten Erwartungen in dieser Beziehung in der ersten (nicht beschlußfähigen) Sitzung, der ich beiwohnte (am Freitag), gleich so weit übertroffen, daß ich fest entschlossen war, sofort wieder heimzureisen und mein Mandat zurückzugeben. Ueber Nacht aber kam besserer Rath, freilich unter harten Kämpfen und Schmerzen, und ich bin nun entschlossen, auszuharren. Das will aber viel sagen und begreift große Mühseligkeiten in sich. Noch läuft Alles wüst und wild und gänzlich rathlos durcheinander, und ich habe fast Mühe gehabt, den Leuten begreiflich zu machen, wie — zumal der gut organisirten anarchischen Parthei gegenüber — es hoch nothwendig sei, sich fest zu organisiren, und zwar ohne alle Rücksicht auf die Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen. Das ist nun angebahnt und wird sich gewiß bald consolidiren. Dabei aber habe ich gesehen, daß ich vor allem Andern auf einem Standpunkt mich befand, der zuerst aufgegeben werden mußte. In dieser Beziehung werde ich mich Ihnen kaum verständlich machen, da ich Ihnen unmöglich all die bestimmenden Eindrücke schildern kann. Deshalb vorläufig über unsere Hannoverschen Interessen nur Folgendes. — Der Entwurf der XVII wird sicher im Wesentlichen angenommen werden, eben weil er die Mitte hält, in der die Partheien sich begegnen. Ueber die wichtigsten Fragen, z. B. des Reichsoberhauptes, ist aber selbst eine solche Vermuthung noch unmöglich. Sicher aber ist, daß selbst die Gemäßigtsten entschlossen sind, die Territorialhoheit der Einzelstaaten über Bord zu werfen. Ich stelle die Notiz voran, weil sie wohl für unsere Hannoverschen Dinge am wichtigsten ist. Ein Retten selbst einzelner Attribute, z. B. der Ernennung der Offiziere, wird gar nicht

---

Vermittlung der Regierungen unter einander und mit der konstituirenden Versammlung zu übernehmen hätten. Die Organisation kam jedoch nicht zu Stande, da Preußen und Oesterreich, welche jedes ein Mitglied dieser Exekutivbehörde ernennen sollten, sich inaktiv verhielten, demnächst aber die Nationalversammlung die Schaffung einer Centralgewalt selbst in die Hand nahm, und Gagerns „kühner Griff“ vom 24. Juni ein fait accompli herstellte. Vgl. das Nähere in (von Wangenheim) Aktenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands, Hannover 1848, S. 38 ff.

[1]) D. war inzwischen für den Bezirk Bersenbrück zur Nationalversammlung gewählt.

möglich sein. Daß König Ernst August sich das gefallen lassen werde, ist nicht zu denken, und ich bin überzeugt, er wird einpacken und nach England gehen. Am schlimmsten für uns steht wohl die Zollfrage. Man wird einfach Aufhören der Zollschranken dekretiren, etwa unter Verheißung eines ermäßigten Tarifs, höchstens unter Aufstellung eines derartigen Provisoriums. Aber Alles, was in der Art bleibend oder gar provisorisch beschlossen würde, wird sicher drückend für uns sein. Sollte nun nicht das Beste sein, daß, wie wir ja wohl schon mündlich besprochen, neben dem Parlament eine Zoll=Conferenz zur Vorbereitung dieser Frage eröffnet würde? Ich denke mir, wenn Sie dieserhalb Anträge in Berlin machen und dann gleich einen tüchtigen Comissarius hierher senden, wird man von jener Seite sicher darauf eingehen. Wenn Oesterreich auch gleich zur Beschickung der Conferenz zu bringen wäre, so wäre das das Beste. Aber ohne eine solche Conferenz kommt es sicher zu Beschlüssen, die uns sehr drücken werden.

Die schwierigste und Haupt-Frage für das Ganze bleibt immer die Gouvernements-Frage. Die beste Lösung würde durch das Triumvirat gewesen sein. Aber diese Idee ist, wie Ihnen bekannt sein wird, so durch Ungeschicklichkeit einerseits und bösen Willen andrerseits verhunzt und verhaßt worden, daß sie in dieser Form unmöglich ist. Eine baldige und zweckmäßige Lösung der Frage ist aber das Allernöthigste. Denn wenn die National-Versammlung nicht bereits eine rite constituirte Behörde der Art sich gegenüber findet bei der Eröffnung, so wird sie damit beginnen, ihrerseits eine provisorische Regierung zu ernennen. Darüber habe ich mit Dahlmann wie mit Andern schon vielfältige Unterredungen gehabt. Jeder sieht die Nothwendigkeit ein, aber keiner weiß Rath. Ein neuester Plan geht dahin: vorläufig nicht sowohl eine Regierung, als ein Ministerium zu organisiren, d. h. die Regierungen zur Ernennung eines solchen zu veranlassen. Nun ist es so schwer, allen diesen Dingen nur den Hebel anzusetzen. Wangenheim [1]), der dieselben in der Bundes-Versammlung zur Sprache bringen könnte, hab ich bislang noch immer vergeblich aufgesucht; Dahlmann aber wollte mit Usedom [2]) reden und dem die Sache plausibel machen, die, von Preußischer Seite angegriffen, allerdings mehr Aussicht auf Succeß haben würde. Schlimm ist, daß Colloredo [3]) noch hier ist und in alter

[1]) Klosterrath Freiherr von Wangenheim war am 24. März nach Frankfurt gesandt, um als Vertrauensmann an den Berathungen über die Revision der Bundesverfassung Theil zu nehmen. Nachdem er für den unter dem 10. April abberufenen Herrn von Lenthe zum Bundestagsgesandten ernannt worden, trat für ihn in den Kreis der Vertrauensmänner, den 17er Ausschuß, Prof. Zachariae aus Göttingen ein, welcher den von diesem Ausschuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurf unter dem 30. April vorlegte.

[2]) Seit 15. Mai preußischer Bundestagsgesandter.

[3]) Graf Colloredo, österreichischer Bundes=Präsidialgesandter.

Verknöcherung selbst ohne bösen Willen ungemein hemmt. Da man bei den verschiedenen Höfen die personas gratas, diejenigen, die hier möglich sind, nicht kennen wird, habe ich Dahlmann gebeten, gleich eine reiche Liste (d. h. so reich, wie man sie nur machen kann, obgleich mir Dahlmann sagte, er wüßte nur allenfalls 2 Namen dafür, Gagern und Camphausen[1])) aufzusetzen, die Usedom in die Hand zu stecken, damit diese Liste gleich an die verschiedenen Höfe ginge, und dort unter den verzeichneten Personen gewählt würde. Hat man ein solches Ministerium erst fertig, so kann man dann zu jener zweckmäßigen Idee einer dreieinigen Executiv-Comission zurückkehren. Fehlt aber alle und jede Behörde dieser Art, so kommt es zur Ernennung einer provisorischen Regierung von Seiten des Parlaments, und würde diese etwa durch die gemäßigte Parthei (die höchst wahrscheinlich die Majorität haben wird, selbst wenn man die katholischen Pfaffen zu den Gegnern rechnet) hintertrieben, so ist damit doch nichts gewonnen, denn dann zerfleischen die Partheien aus Mangel eines Objekts sich untereinander.

Mit Dahlmann hab ich auch sein Verhältniß zu uns besprochen und zwar, wie das in jetziger Zeit gar nicht anders geht, durchaus gerade aus, fast ohne Delicatesse. Er hat das größte Interesse für Hannover, und wiederholt versicherte er, daß es ihn sehr schmerze, die neue Entwicklung unsers Landes nicht verfolgen zu können, worüber ich ihm bis in die kleinsten Details berichten mußte. Aber einen Ruf nach Göttingen würde er entschieden ablehnen, da er sich zu tief in die Preußischen Dinge eingelassen. Ich fragte nach den Intentionen seines Briefes an Evers, worauf er mir erklärte, daß er durch die etwas unverständliche Äußerung, die ihm erst beim Schreiben eingefallen, allerdings habe andeuten wollen, seine Absicht sei von der Hannoverschen Regierung zu fordern, daß ihm der abgeschnittene Rechtsweg eröffnet, das wider ihn beobachtete Verfahren förmlich cassirt und ihm sein Gehalt ausgezahlt werde. Er erklärte mir aber zugleich, daß er vorläufig und so lange diese Sache Ihnen irgend eine Verlegenheit bereiten könne, damit warten wolle. Sie wissen nun, woran Sie mit ihm sind. Daneben hat er mir herzliche Grüße an Sie aufgetragen, ebenso wie der Casselaner Wippermann[2]), ein tüchtiger Mensch, der noch ganz empört war über die Dummheit der 50ger in der Hannoverschen Sache[3]), wobei

[1]) Ministerpräsident im preußischen Ministerium vom 29. März bis 25. Juni. Am 30. Juli zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt.

[2]) Regierungsrath, hessischer Vertrauensmann und Mitglied der Nationalversammlung.

[3]) Die Mitte April wieder zusammengetretenen Condeputirten verlangten, die Thätigkeit der jetzigen Ständeversammlung sollte auf den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes zu einer konstituirenden Versammlung beschränkt werden. Mit diesem Verlangen von den Ministern zurückgewiesen, wandten sie sich durch eine Deputation an den 50ger Ausschuß, welcher der hannoverschen Regierung empfahl, die Forderungen der Condeputirten zu berücksichtigen.

er und Schwarzenberg[1]) allein in der Minorität geblieben. Er und andere scheinen gegen Freudentheils Ehrlichkeit sehr eingenommen zu sein und konnten gar nicht begreifen, wie der Mann als Capacität auch nur einen Augenblick sich einen Namen habe erwerben können. Freudentheil schien gar nicht erfreut, als er mich sah, und fragte bloß: Sind Sie auch hier? Siemens, den Sie nun wohl gesprochen haben werden, hat sich hier ganz einen seiner Verdienste angemessenen Namen gemacht. Keiner kann begreifen, wie die Hannoveraner solche Leute zum Vorparlament hätten schicken können.

Sollten noch Hannoversche Deputirte dort anwesend sein, so bitten Sie dieselben, baldmöglichst abreisen zu wollen, und theilen denselben zugleich meine Adresse (Buchstraße Nr. 1) mit, weil in meinem Hause noch etwa 10 Zimmer zu haben sind, auf die ich vorläufig für Hannoveraner Beschlag gelegt habe. In den nächsten Tagen ein Mehreres.

Ihr

Detmold.

Nr. 25. Hannover, 17. May.

Ihr Brief vom 14., lieber Freund, hat mich sehr betrübt. Allerdings dachten wir uns die dortigen Zustände nicht zum besten, und ich habe wohl die Ansicht gegen Sie ausgesprochen, daß dort eine Luft sey, die alles ganz anders darstelle; aber klar sehe ich das Alles erst in Ihrem Briefe. Ich muß nun nur darum dringend bitten, daß Sie sich von den ersten Eindrücken nicht beherrschen lassen und vor allem suchen, die ersten Wochen zu überwinden. Im ersten Augenblick ist eine Versammlung dieser Art aufgeregt. Erst später kommt die Besinnung. Denken Sie an unsere Versammlungen von 1832 und die jetzige. Das habe ich auch Bothmer[2]) gesagt, der jene Gefahren klarer zu erblicken scheint als hier sonst jemand. — Unläugbar hat man für den Anfang dort wieder Putsche im Sinne. Man hat die Republikaner von Osnabrück herzulocken gesucht. Emissäre der Hanauer haben in Göttingen und Celle um Zuzug geworben. Am letzteren Orte hat man Zusage gegeben. Am ersteren ist das Ansinnen gestellt: Jeder Turner solle sich eine Sense anschaffen! — Die Volkssouveränetät, die das Vorparlament und der 50ger Ausschuß in den ersten Wochen nicht zu proclamiren wagte, wird jetzt als ein Axiom aufgestellt, und wer daran

---

[1]) Aus Kassel.

[2]) Justizrath von Bothmer, Abgeordneter zur Nationalversammlung, demnächst hannoverscher Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. Er hatte in den Berathungen über Aufhebung des Staatsgrundgesetzes dem Könige entschiedenen Widerspruch entgegengesetzt, nach dem Staatsstreich den Dienst quittirt und sich in Pommern angekauft.

zweifelt, wer das klare Recht der Fürsten nun nicht gleich aufgiebt, begeht das crime de lèze nation. So spricht sich nun auch wieder die Weserzeitung mit höchster Unverschämtheit aus. Offenbar ermuthigt der Lärm in Berlin wegen der so unklugen Rückberufung des Prinzen von Preußen und der Frankfurter Zustand diese Parthei jetzt aufs Neue. Man sucht Aufregung zu machen, um da im Trüben zu fischen. — Freilich kann man hier unmöglich übersehen, wie die Stimmungen der Abgeordneten, die dort zusammentreffen werden, sein mögen. Aber so viel glaube ich doch annehmen zu können, daß, je mehr ihrer werden, um so weniger zu befürchten ist, und daß namentlich die Schwierigkeit, ein Oberhaupt zu finden, die Wahl zwischen Föderation und Republik in eine günstigere Lage bringt. — Was soll diese Centralgewalt im jetzigen Geiste des Regierens, der durch die Socialideen ja nur noch toller gesteigert wird. Hat es nicht schon bisher das Streben aller Vernünftigen seyn müssen, ist das nicht die Richtung des Volks selbst in den Einzelstaaten, die Centralgewalt auf ihr eigentliches Gebiet: Schutz von Frieden und Recht und die dazu nöthigen Mittel zu beschränken? — Die Centralgewalt führt zur helvétique und zur fortgesetzten Revolution.

Der Gedanke wegen des Zollcongresses ist auch bei uns zur Sprache gekommen und nicht ohne Anklang.

Zum Glück sind wir gestern in der Commission[1]) einig geworden. Mit Gott gehts auch in den Cammern trotz eines albernen Projekts, das Böse und von Garßen[2]) ausgeheckt haben sollen. — Unsere Grundeigenthümer, 27 an der Zahl, sollen durch 150 Höchstbesteuerte gewählt werden, jedoch so, daß alle über 50 Thlr. zahlenden unbedingt wählen; wenn man aber keine 150 haben kann, die 50 Thlr. zahlen, die Zahl sich auf 100 vermindert. So sind wir fast ganz auf den Punkt gekommen, den ich mir vor 14 Tagen als den richtigen dachte.

Die Regierungsfrage ist freilich die Hauptsache und das Zurückschieben des Triumvirats durch Gagern ein leidiger Sieg der Volkssouveränetät. Wie aber durch die Regierungen ein Ministerium ernannt werden soll, das sehe ich wirklich bei der Entfernung und dem Mißtrauen, das hier namentlich gegen Preußen herrscht, kaum ab. In Sachsen wird dies Mißtrauen nach sicheren Zeichen nicht kleiner seyn. Und Arnim[3]) scheint auch kein Vertrauen zu verdienen.

---

1) Wegen Bildung der ersten Kammer.

2) Dr. von Garßen, Deputirter aus dem Fürstenthum Hildesheim.

3) Heinrich von Arnim, seit 29. März preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Anlage bitte ich an Brensing[1]) zu geben, wenn er kommt. So weit ist am Abend geschrieben.

Ich habe heute in der Sitzung auf Frage Explicationen gegeben und erklärt, wir seien entschlossen, uns auf dem Wege des Rechts zu halten und nur durch Vertrag die Einheit zu begründen. Allgemeiner Enthusiasmus, Aufstehen, Bravo. Die Sitzung wurde aufgehoben, weil man sich zu bewegt fühlte.[2]) Das wird uns freilich nicht retten. — Und dazu kommen nun die Pariser Clubs.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 26. Frankfurt, 20. May.

Empfangen Sie den herzlichsten Dank, theurer Freund, für Ihren Brief vom 17. mit der erfreulichen Nachricht, daß die Einigung bei uns angebahnt und daß an dem Zustandekommen kaum zu zweifeln. Je mehr ich verzweifle, daß hier etwas Vernünftiges zu Stande kommt, mit desto größerer Sorge blicke ich auf die Heimath hin, um doch wenigstens dort unsere Errungenschaften unter Dach gebracht zu sehen. Wie die Sachen hier stehen, werden Sie aus Wangenheims und Gagerns Berichten, ja aus den Zeitungen besser wissen, als ich's Ihnen schildern könnte. Daß der Zufall und das Unglück der Bejahrtheit unserm alten Lang die Ehre verschafft hat, das erste deutsche Parlament zu eröffnen, war uns Hannoveranern kaum erfreulich, denn ein Kind hätte es besser machen müssen; und seiner kompleten Unfähigkeit hielt nur seine unerschütterliche Heiterkeit die Wage, mit der er das stundenlange anarchische Brüllen der Partheien, das Hin- und Herzerren der Debatte gewähren ließ. Mit dem Augenblick, daß Gagern den Vorsitz übernahm, kam ein anderer Geist über die ganze Versammlung. Gagerns Erwählung war ein entscheidender Schlag. Die republikanische rectius anarchische Parthei hatte ihren anfänglichen Candidaten R. Blum aufgegeben und Soiron[3]), den Präsidenten der 50ger, vorgeschoben, gegen den wirklich kaum sich Etwas sagen ließ, während gegen Gagern, den jene Parthei tödtlich haßt, Alles in Bewegung gesetzt ward. In dieser Beziehung war eine Berathung über die Präsidentenfrage gestern von 8—10 Uhr vor Eröffnung der Versammlung von allerhöchstem Interesse, namentlich durch Dahlmanns Rede. Das Resultat der Wahl selbst kennen Sie. Soiron erhielt nur 85 Stimmen, und auch diese bilden noch nicht einmal die republikanische Parthei, die sich eigentlich nur auf die 26 reducirt,

[1]) Jetzt Abgeordneter zur Nationalversammlung für Osnabrück.

[2]) Vgl. Oppermann. II. S. 101, JCB Stüve. I. S. 34. — [3]) Von Mannheim.

die R. Blum zum Vice-Präsidenten wählen wollten. Aber so klein an Zahl die Parthei auch ist, ebenso entschieden, so unermüdlich energisch, so jesuitisch in der Wahl der Mittel. Sie wird dadurch zumal denjenigen sehr zahlreichen Mitgliedern der Versammlung gefährlich, die neu in der Sache sind, und diese werden durch die Talente und die Taktik jener oft zu Abstimmungen verführt, die schwer wieder gut zu machen sind. Das ist selbst bei einzelnen Hannoveranern zu beklagen, namentlich bei Grumbrecht [1]), der sein Talent (unterstützt von einem unbezahlbaren Organ) sehr bald abnutzen wird, weil er jeden Augenblick auf die Tribüne eilt und natürlich jenen Leuten alle Augenblicke in die Hände fällt, schon durch seine maßlose Eitelkeit. Mit den beiden Schwärmern Nicol [2]) und Plaß [3]) werden wir auch große Noth haben, und Th. Meyer muß täglich Neckereien von uns anhören, daß er Nicol auf der Seele habe. Fr. Reden will um jeden Preis eine ungeheure Rolle spielen; Hannover verleugnet er gänzlich, was sicher uns nur freuen kann; dafür hatte er aber gleich anfangs uns durch die rein von ihm ersonnene Lüge: die Hannoverschen Deputirten hätten sich verabredet, die Souveränetät der Einzelstaaten aufrecht zu erhalten, denuncirt und zu isoliren versucht. Ist Ihnen die Geschichte nicht zu unbedeutend, so thun Sie mir den Gefallen und lassen gelegentlich über die Geschichte nachsehen, die seiner Dienstentlassung zu Grunde lag, ni fallor in schmutzigen Geldgeschäften —; ich meine nur so, daß man im Nothfall darüber die Akten bekommen kann. Die Art und Weise, wie er über Hannover pp. sich ausspricht, macht es nothwendig, eine solche Waffe wenigstens zu kennen, zumal er sich immer auf seine staatsgrundgesetzliche Opposition als Grund seines Ausscheidens beruft. An diese Stellung der Hannoverschen Deputirten knüpfe ich gleich die Frage über die Zoll-Conferenz. Ich halte dieselbe für nothwendig als bestes Hemmniß gegen übereilte Beschlüsse der National-Versammlung; im Uebrigen erwarte ich nichts oder wenigstens nicht viel davon. Der Bremer Duckwitz ist aber sehr dagegen und will selbst jenen Grund kaum gelten lassen, weil eben jetzt kein Mensch über die Sache instruirt sei. Desto leichter wird das Parlament die Sache übers Knie brechen, und die Braunschweiger, die freilich durch die faktische Aufhebung der Zollgränzen im Harz- und Weser-Distrikt sehr gedrückt sein mögen, werden die Sache in den nächsten Tagen vorbringen. Indeß ist eine Einigung zwischen den Hannoveranern, Bremern, Mecklenburgern, Holsteinern pp. über diese Frage wenigstens angebahnt und so zu hoffen, daß nicht jede Dummheit durchgehen werde, die

[1]) Advokat aus Lüneburg. [2]) Advokat aus Hannover.
[3]) Gymnasiallehrer aus Stade.

beantragt wird. Duckwitz wird in kurzem nach Hannover kommen, und werden Sie dann ausführlich mit ihm über die Sache verhandeln können.

Für die nächsten Tage stehen uns heiße parlamentarische Kämpfe und vermuthlich nicht minder heiße auf der Straße bevor; daß ein großartiger Putsch vorbereitet wird, scheint außer Zweifel. Seitens der radicalen Partei war gestern der Antrag gestellt, der Preußischen Regierung die Eröffnung des konstituirenden Landtages zu untersagen; der Antrag sollte bei Dringlichkeit der Zeit heute berathen werden (hier war's, wo Grumbrecht Dummheiten machte). Das wird ein heißes Zusammentreffen werden, zumal die Sache anscheinend nicht so gefährlich. Zum Glück gelang es, die Sache bis Montag hinauszuschieben, und auch dann wird hoffentlich nur ein sehr abgeschwächter Beschluß zu Stande kommen. Nicht sowohl die Sache an und für sich (obgleich auch diese bei der Rathlosigkeit in Berlin schon gefährlich) als das Princip der Einmischung ist es, was zu fürchten. Denn unmittelbar dahinter — sofern jener Antrag gelingt — wird der Antrag kommen auf Amnestie für politische Vergehen, in specie der Badenser. Gelingt das, so treten sofort Hecker, Struve[1]) pp. in die Nationalversammlung, zu welchem Behufe Vater Itzstein[2]) sich bislang noch nicht über die auf ihn gefallenen Doppelwahlen erklärt hat. Daß diesen Anträgen Straßen-Demonstrationen zur Seite gehen werden, können Sie sich denken, und in dieser Beziehung wird dann auch wohl nichts fehlen. Gestern marschirten hier hessische Truppen durch. Mehrere tausend Proletarier, gräuliche Kerle, zogen neben ihnen in geschlossenen Reihen, sie hatten sie eingeholt und fraternisirten mit einander. Dies Gesindel hat Geld vollauf; woher das kommt, darüber hört man die verschiedenartigsten Vermuthungen; nicht unwahrscheinlich ist es, daß Herzog Carl v. Braunschweig sich zu einigen Spenden hat bewegen lassen. Daß die Badische Regierung die Entfernung des Militairs zugegeben hat, ist unverzeihlich, denn fällt nur irgend ein jener Partei günstiger Beschluß in der National-Versammlung, so gehts dort wieder los. Wie überall gewühlt wird, liegt am Tage, und in dieser Beziehung interessirt mich auch Ihre Notiz wegen der Werbungen in Osnabrück und Göttingen sehr. Bei uns wird's ruhig bleiben, aber Vorsicht ist dennoch gut, zumal Herr Wiechel aus Hannover (jener Partei mit Leib und Seele ergeben, derselbe, der nach Weinhagens[3]) Wiederverhaftung den bösen und schwer unterdrückten Zank in der Bürgergarde

---

1) Führer der badischen Rebellen, welche durch das Gefecht bei Kandern am 20. April durch Bundestruppen unter Führung des hierbei gefallenen Generals Fr. v. Gagern zersprengt wurden. — 2) Advokat von Mannheim.

3) Ueber den von dem Advokaten Weinhagen in Hildesheim angestifteten Aufruhr und seine Verhaftung in der Sitzung der Condeputirten vgl. v. Hassell. I, S. 587 ff.

erregte, weil diese sich zu „Schergendienst“ herabgewürdigt) bereits seit einiger Zeit hier ist und noch bleiben wird; seine Verbindung mit jener Partei ist außer allem Zweifel. Man hatte mich, Gott weiß weshalb, anfangs auch für passend gehalten und auf mich gerechnet: mein Name fand sich daher in bester Gesellschaft neben R. Blum, Leue [1]) u. dergl. m. auf den gedruckten Wahlvorschlägen jener Leute, und A. Ruge [2]) war erstaunt, ja, hielt's für Scherz, als er mich nicht so fand, wie er vorausgesetzt hatte. Daher hab ich denn so ein und Anderes vernommen, was mich über beabsichtigte Putsche außer Zweifel setzt. Wichel sagte mir sehr naiv, daß er seit Wochen überall in Deutschland umhergewesen und mit Ausnahme von Hannover Alles für die Republik gestimmt und reif befunden hätte. Ruge meinte, einen Bürgerkrieg solle man nicht scheuen; das sei ein Principienkrieg und immer besser als ein Krieg der Nationalitäten. — Wie diesen Leuten die Preußischen Dummheiten in die Hände arbeiten, liegt auf der Hand. Dahlmann, den man von Berlin aus sowie auch von Seiten des Prinzen v. Preußen selbst über die Rückkehr befragt hatte, hatte entschieden zur Vorsicht gerathen, d. h. zu warten und dann im Stillen und ohne jenen muthwillig hervorgerufenen Lärm den Prinzen zurückkehren zu lassen. — Wenn Wiechel zurückgekehrt nach Hannover, wär's doch gut, ihn nicht aus dem Auge zu verlieren, wär's auch nur, um Einiges über die Verbindungen der Leute zu erfahren.

Ich lege Ihnen noch als Curiosität den Leueschen Antrag bei, den ich vorgestern schon der Hannoverschen Zeitung geschickt, den Lex aber wohl nicht abzudrucken gewagt hat. Ich habe dorthin gestern und vorgestern geschrieben, beidemale nur Faktisches berichtend und in höchster Eile, weil um 8 Uhr die Post geht, die Sitzungen erst nach 7 Uhr geschlossen wurden und ich weit von der Post ab wohne. Dazu ist die Verbindung mit Hannover so schlecht, daß Sie wahrscheinlich über Köln Alles um einen Tag früher haben.

So sehr mich Ihr Brief erfreut hat, so bitte ich Sie doch, meine Briefe nicht so anzusehen, als ob ich Antwort erwartete; ich weiß, daß Sie Besseres zu thun haben. Aber die Freunde grüßen Sie doch gelegentlich.

Der Ihrige
Detmold.

Nr. 27. Hannover, 26. May.

Lassen Sie mich nur herzlichen Dank sagen für Ihren Brief vom 20., lieber Freund, indem ich Ihnen die Anlage überschicke. Der Leuesche

[1]) Appellationsrath aus Cöln. — [2]) Von Leipzig.

Antrag [1]) hat hier die Menschen beinahe erstarren gemacht, wie denn überhaupt, was man vernimmt, wenig tröstlich klingt. Dieser Mainzer Scandal [2]) — der Ihnen vielleicht etwas ableitet — der Raveauxsche Antrag [3]), gegen den man doch keine ernstliche Opposition zu wagen scheint, und der recht bestimmt ist, gleich von vorn herein die Sache auf falsche Bahn zu leiten und zu verwirren, eine gewisse Duplicität in Gagerns Benehmen, der zu Darmstadt anders spricht als zu Frankfurt [4]), das alles ist unerfreulich. — Daß meine Erklärungen dort Sturm erregen würden, habe ich mir gedacht. Es ist aber besser, die Stellung gleich anfangs auszusprechen, damit jeder weiß, woran sich zu halten.

H. Duckwitz correspondirt hierher wegen seiner Zollpläne, die mir in einige Verwirrung zu führen scheinen, wie denn überhaupt die HH. Bremer sich nicht hübsch benehmen.

Die 2. Cammer hat das 2 Cammersystem nun mit 26/54 Stimmen angenommen. Es ist noch eine Abstimmung übrig. Leider macht aber die 1. Cammer wieder Opposition, gehoben durch die Besserung der Zustände in Berlin und Wien (?). Das Ende ist nicht abzusehen. Am Mittwoch Abend haben wir 1. ein Gesetz wegen Erhöhung der Brennsteuer, 2. wegen Aufhebung der Adligen Bank [5]), 3. wegen Aufhebung des Privilegirten Gerichtsstandes, 4. wegen Aufhebung der Consistorial-Jurisdiction, 5. Verweisung des Recurses in Pol. Strafsachen an die Gerichte. — Die Jagdcommission hat den Entwurf zum Jagdablösungsgesetze vorgelegt. — Ueber die Gewerbeordnung haben wir Stadt und Land in einer Commission völlig

---

1) Der Abgeordnete Leue verbreitete einen Antrag auf eine Reihe von Beschlüssen, durch welche die Nationalversammlung die völlige Souverainetät in Anspruch nehmen, und alle Fürsten für Hochverräther erklären sollte, die sich ihr nicht unbedingt unterwerfen würden.

2) Excesse vom 21. Mai, welche mit meuchlerischen Anfällen auf Soldaten der preußischen Garnison begannen und unter Entwaffnung und Auflösung der Bürgerwehr militärisch unterdrückt wurden.

3) Der Antrag Raveaux's von Cöln: „zu beschließen, daß die für Frankfurt und Berlin zugleich gewählten Mitglieder aus Preußen das Recht hätten, beide Wahlen anzunehmen", führte zu Discussionen, in deren Folge die Versammlung am 27. Mai beschloß, zu erklären, „daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu begründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

4) Gagern übernahm am 19. Mai das provisorische Präsidium der National-Versammlung mit einer Rede, in welcher er u. a. erklärte: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souverainetät der Nation."

5) Des Oberappellationsgerichts.

geeinigt. Sie sehen also, unsere Zeit ist nicht verlohren, und wenn die 1. Cammer uns nicht gar zu große Quersprünge macht, oder Frankfurt uns nicht auseinandertreibt: so ist die wesentlichste Umgestaltung fertig. — Sie sehen aber auch, daß wir Grund haben, uns zusammen zu halten, und daß wir in Wahrheit der Einigung vorarbeiten.

Lassen Sie doch Gervinus wissen, daß die läppische Broschüre, gegen die er sich ereifert, mit der Hann. Regierung auch nicht in dem mindesten Zusammenhange steht, und daß wir lange nicht so weit gehen als Bayern, daß er aber das wirklich vorhandene Lebendige anerkennen und nicht meinen soll, das lasse sich mit Formeln und Worten todschlagen.

Treiben Sie doch Breusing, mir zu antworten. Und nun Gott befohlen. Ich wiederhohle: Mögen nur einige Wochen ohne Entscheidungen hingehen.

Ihr

JCBS.

Heute hat die 1. Cammer unsere Vorschläge wegen der Repräsentation abgelehnt, und Böse, oder Lafrenz, citirt wieder Condeputirte, um das Eincammersystem durchzusetzen in letzter Abstimmung. Wenn doch die Leute sich an das Vernünftige halten könnten. Man muß sie aber gehen lassen.

Nr. 28. Frankfurt, 4. Juni.

Ich sage Ihnen, theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 27.[1]) (die Anlage über Herrn v. R. ist für alle Eventualitäten willkommen, der Mensch hat sich aber selbst schon vollständig ruinirt hier), noch mehr für Ihren Brief an Th. Meyer[2]). Ihre Rede vom 17. hatte uns Alle hier mehr oder weniger unangenehm berührt und ich wollte auch jetzt noch, daß Manches darin anders lautete, weil sie der äußersten Linken eine Waffe gegeben hat, die sie schon mehrfach anzuwenden versuchte, so daß sogar Freudentheil einmal den ungeschickten und unglücklichen Versuch machte, abzuwehren und zu vertheidigen. Indessen bin ich, wenn Ihnen an meiner Zustimmung etwas liegen könnte, namentlich nach Ihren Erklärungen an Th. Meyer darüber, vollkommen einverstanden, wie ich auch schon vor jenem Ihrem Briefe an Meyer das mehr oder minder klar einsah. Am widerwärtigsten berührt mich die Art und Weise, wie die radicale Parthei in unserm Lande jene Ihre Rede vorschiebt als Bollwerk und von derselben aus Opposition macht, woran es ihr ja sonst ganz und gar an Stoff fehlt. Wie derartige Erklärungen

[1]) Vom 27. wird die Nachschrift des vorstehenden Briefs sein.

[2]) Vgl. JCB Stüve. II. S. 36.

(aus dem Bremischen (Peschau?) und Göttingen (Ellissen [1])?) ausgebeutet werden, können Sie sich denken, und in dieser Hinsicht habe ich auch die Crawalle in der Residenz [2]) sehr beklagt. Ich meine, da müßte ein energisches Einschreiten sofort helfen! Uebrigens bin ich fest überzeugt, daß an diesen Crawallen in der Residenz Rumann mehr betheiligt ist als Sie ahnen. Ich weiß nur das Oberflächlichste über den Gang der Dinge dort; aber die ganze Taktik deutet für mich unwiderleglich auf Rumann. — In dieses Capitel gehören auch noch die Schmähartikel, welche in den letzten 8 Tagen die Oberpostamts-Zeitung hier gegen Sie gebracht hat: Der Verfasser ist zweifellos Herr Dr. Wedekind [3]), der Condeputirten-Häuptling, der sich jetzt hier aufhält. Dies Alles läßt mich auf das sehnlichste wünschen, daß Einigung in der Repräsentationsfrage dort recht bald erreicht werde; denn so lange diese offen, ist sie der Punkt, auf den die Wühler ihre Streiche richten. Ueber den Wahnsinn der 1. Cammer, die, um eine Bagatelle zu gewinnen, die höchsten Einsätze macht und das tollste Spiel riskirt, redete ich in den letzten Tagen noch mit Bothmer ausführlich, an dem Sie eine ganz vortreffliche Acquisition gemacht haben. Es ist ein superieurer Mensch, aber von den Eltern und vielleicht auch von dem Schicksal verzogen, gegen alles suivirte, sei es Thätigkeit, Vergnügen, oder was es sei, durchaus ungeberdig, zur Verzweiflung unstät, ja unzuverlässig, aber von einem so eminent scharfen und richtigen Blicke für Menschen und Dinge, daß man ihm Alles zu Gute halten muß. Aber um wieder auf 1. Cammer zu kommen, sollte der König, dem doch die gefahrdrohende Lage der Dinge leicht begreiflich zu machen sein wird, auf die Herren nicht zum Guten wirken können? Daß Lüntzel [4]) sich zweideutig benommen, wurde mir sofort aus den Lobsprüchen der Weser-Zeitung klar, auch als ich ihn das Einzigemal hier sprach und er sich — indeß nur flüchtig — über die dortigen Verhältnisse äußerte; er scheint fast verletzt zu sein, wozu dann die Verbitterung hinzukommt, die sein unglücklicher Zustand mit sich bringt. Er hält sich hier ganz von seinen Landsleuten, wie es scheint, aber auch von Andern fern. Die Landsleute halten sonst ziemlich beisammen; wenigstens sieht man sich von Zeit zu Zeit, mit Ausnahme der beiden Katholiken Zum Sande [5]) und Deymann [6]), die noch keiner von uns gesehen hat. Von Grumbrecht schrieb ich Ihnen wohl schon: Der hat ein für Zeiten wie die jetzige sehr passendes bedeutendes Talent, aber ihm fehlt die Form; er weiß mit seinen Gaben nicht hauszuhalten und nutzt sich ab, ohne zu nützen.

---

[1]) Dr. phil., Bibliothekssekretair. — [2]) Vgl. JCB Stüve. II. S. 22.

[3]) Dr. med. aus Esens.

[4]) Lüntzel, Justizrath, Deputirter für Hildesheim zur 2. Kammer und zur Nationalversammlung. — [5]) Advokat aus Lingen. — [6]) Rath und Assessor aus Meppen.

Von den Dingen hier weiß ich für den Augenblick nichts Besonderes zu schreiben, was Sie nicht schon aus den Zeitungen u. s. w. kennten. Gestern ist ein Ausschuß niedergesetzt wegen Untersuchung der Frage von der exekutiven Gewalt. Hier wird die Linke noch einmal verzweifelte Anstrengungen machen, die National-Versammlung in Conflikt mit den Regierungen zu bringen: ihr Plan geht natürlich auf eine provisorische Regierung hinaus, vor Allem, daß jene Central-Gewalt von der National-Versammlung, und zwar aus ihrem Schooße gewählt werde. Die Wahlen sind im Sinne des linken Centrums und der Majorität ausgefallen, die aber in der letzten Zeit von der Minorität stark kajolirt wurde und ohne Zweifel zu manchem Schlimmen verleitet werden wird. Dadurch kommt es zu einer Scheidung des Centrums von der Rechten, die mir sehr gefährlich zu sein scheint; vielleicht wäre Vermittelung nicht allzu schwer, aber es fehlt an Leuten, die nicht durch ihre Anticedentien Vorurtheile gegen sich haben. Ich könnte hier und da helfen, bin aber körperlich unfähig dazu, namentlich da ich den dummen Streich gemacht, die Wahl zur Verfassungs-Comission anzunehmen, wodurch ich den Tag oft 12 Stunden in Sitzungen zubringen und unglaublich viel ungewaschenes Zeug anhören muß. Indessen hoffe ich aber für den Augenblick, wo es zur Bildung der Centralgewalt kommt, auf ein energisches Zusammenwirken des Bundestags und von Seiten der National=Versammlung Gagerns, der sich offenbar für diese Eventualitäten sehr gerüstet hält. Er erzählte mir von einer bedeutsamen Unterredung über die Stellung des Bundestages zur National-Versammlung, die er am 31. v. M. mit Usedom und Wangenheim gehabt, und über die Ihnen dieser wohl ausführlicher als ich davon weiß berichtet haben wird. Gelingt es der äußersten Linken nicht, bei Gelegenheit der Bildung der Executiv=gewalt irgend Schlimmes zu Stande zu bringen, so wird, wenn ich recht divinire, gleich nach Pfingsten ein kleiner oder großer Putsch kommen, vielleicht zusammentreffend mit Berathung der Amnestie-Frage in der National-Versammlung.

In der Verfassungs-Comission ist mit Berathung der Grundrechte der Anfang gemacht; die Frage von der religiösen Freiheit hat 3 Sitzungen gekostet, jede von 4 bis 5 Stunden; der Versuch der Ultramontanen, das Princip der gänzlichen Unabhängigkeit der Kirche vom Staate ausdrücklich ausgesprochen zu haben, ist fehlgeschlagen. Sowie wir etwas weiter rücken in den Dingen, melde ich Ihnen Specielleres, bitte Sie aber auch, falls Sie noch specielle Wünsche und Ansichten über Einzelnes haben, mir das mittheilen zu wollen. Für die Grundrechte, womit wir angefangen, ist es freilich damit zu spät; vielleicht haben Sie aber für die andern Capitel dergleichen in petto. Ad vocem der Ultramontanen teile ich Ihnen noch

mit, daß es Plan derselben sein soll, bei größeren Erschütterungen, die zu erwarten stehen, die Rheinlande von Preußen loszureißen und als „Erzbisthum Köln" in alter Herrlichkeit wiederherzustellen. Noch eine Bitte: Mittermeyer elendet mich als seinen ehemaligen Zuhörer vielfach: er wünscht alle Aktenstücke, die sich auf die Repräsentationsfrage beziehen, zu erhalten; haben Sie die Güte, etwa Breuern[1]) zu beauftragen, daß er mir dieselben schicke, es eilt in keiner Weise, so daß ich wohl mit der ersten deßfalsigen Vorlage zugleich das erledigende Schreiben der Stände-Versammlung an die Regierung erhalten kann.

Eben, da ich soweit geschrieben, kommt Meyer mit Ihrem Schreiben vom 1. und dem Antrage wegen der Landdrosten-Stelle.[2]) Der Aermste war ganz unglücklich, aber doch gefaßt und entschlossen, das Opfer zu bringen. Vielleicht wird er Ihnen noch zagend und ausweichend antworten; aber er selbst sieht ein, daß er nun, da das Wort einmal ausgesprochen, folgen muß. Und ich halte Ihre Wahl für eine sehr glückliche. Meyer hat, um von seinen übrigen Gaben zu schweigen, ein Großes und Gewaltiges, in jetziger Zeit Seltenstes, die Liebe — und mit der wird er alle Schwierigkeiten besiegen. Daß Bothmer seine schönen Gaben nun vorläufig nicht zum Besten des Vaterlandes verwenden kann, thut mir leid. — Wenn Meyer nach dort kommt, wird er Ihnen ausführlicher über den Stand der Dinge hier berichten können, den er aber in viel zu rosigem Lichte erblickt.

Ihr

D.

Der Brief kam gestern nicht weg, und so will ich noch erwähnen, daß ich gestern Abend die Bremer Blätter und den Hamburger Correspondenten mit den Berichten über Ihre Crawalle gelesen, die meine Vermuthung, daß R. die Hand im Spiele gehabt, durchaus bestätigen. An tiefere Absichten gegen die Stände-Versammlung u. dgl. glaube ich nicht; wäre das der Fall, so hätte Wiechel (von dem ich Ihnen schon schrieb) die Fäden in der Hand. Aber dem ist nicht so, es ist Niemand wie Rumann, der die Sache eingerührt hat. Wer ihm geholfen, kann ich von hieraus natürlich nicht einmal vermuthen, wäre ich dort, so sollte mir's bald klar werden. Ob Gersting? Gersting junior? Wahrscheinlich auch ein Nachtwächter Namens Portier; reden Sie doch mit dem Inspektor Rasch über die Sache, der vielleicht noch Fingerzeige geben kann. Lassen Sie übrigens meine Vermuthung unter uns — sonst werden mir die Fenster eingeworfen — zum Beweise, daß ich Recht gehabt.

---

[1]) Büreauchef der II. Kammer.

[2]) In Hildesheim.

Nr. 29. Hannover, 17. Juni.

Zunächst habe ich Ihnen für Ihren Brief zu danken, lieber Freund. Die hiesigen Dinge sind so ziemlich in Ordnung, alle gestrigen Versammlungen matt ausgefallen, die Ruhe nicht im mindesten gestört; auch Holscher ists mißrathen, sich durch eine Drohung der sämmtlichen Bürger-Offiziere mit Abgehen von dem Flecken rein zu waschen, den der 29.[1]) auf ihn gebracht hat. Die Conferenzen über die Verfassung haben begonnen. Im Grunde ists lächerlich, ob 150 Höchstbesteuerte wählen, ob alle Grundeigenthümer aus denen, die über 60 Thaler zahlen, wählen; die 1. Cammer in ihrer jetzigen Bedeutung ist gebrochen und die letztere von der 1. Cammer adoptirte Form giebt sicher weniger Garantie als die erste, weil sie sich wieder auf eine völlig ungleichartige, also bildungsunfähige Masse stützt. — Ich bin in meine Idee nicht verliebt genug, um hier nicht ziemlich klar zu sehen. Nun schleppt die 1. Cammer sich mit dem Jagdgesetz. Wir sind mit fast allem fertig, wir, d. h. die 2. Cammer, doch ist noch einige Arbeit auch für diese da, so daß Muße zum Verfassungswerke nicht fehlen wird. — Ueber die Verfassung aber, namentlich über die Stellung in Frankfurt, herrscht eine unerhörte Unklarheit. Die unglückliche Volkssouverainetät, von der kein Mensch weiß, was er davon denkt, verdreht nicht blos dort die Köpfe. So wie man sich aber dort gewöhnt, unbestimmte Begriffe mit den Worten zu verbinden und dann hin und her zu schieben, so gewöhnt man sich hier, die Worte in einem bestimmten Sinne zu nehmen, und daraus pro und contra zu argumentiren. Bueren[2]) und sein Anhang nehmen z. B. die Volkssouverainetät im rohesten materialistischen Sinne und wollen sie einführen. Was Wunder, wenn die anderen sie eben so roh nehmen und sich nun dagegen opponiren. So stehen die Sachen hier jetzt so ziemlich und es kann leicht kommen, daß Sie Adressen dort erhalten, die gegen jenes Wort zu Felde ziehen, das ja doch in der That so wenig Wahrheit hat. Es scheint überhaupt die Treiberei der letzten Wochen, ähnlich wie das Condeputirtenthum vor Ostern, einen Rückschlag zu erleiden.

Der Brief hat ein Paar Tage gelegen, und ich kann Ihnen nun melden, daß Meyer angekommen ist. Ueber die äußeren Gefahren der Versammlung hat er mich ziemlich beruhigt, weniger über die inneren; denn der Geist der Constituante, von dem er selbst ergriffen war, und der

[1]) Bei dem Crawall wegen der Gewerbeordnung (S. Anmerkung 2 zu S. 41) erschien die Bürgerwehr, deren Commandeur Holscher war, zu spät, um Ausschreitungen durch Fenstereinschlagen u. s. w. zu verhüten. Vgl. v. Hassell, I. S. 619.

[2]) Stadtsyndikus in Emden, Condeputirter, Mitglied der an den 50ger Ausschuß entsandten Deputation. Vgl. S. 32.

dort in allen Richtungen treibt, muß nothwendig für die Einheit Deutschlands selbst die größten Gefahren bringen. Wenn man durch Aufstellen allgemeiner Principien über Erbrecht (von Herzen danke ich Ihnen, daß Sie hier Uebel abgekehrt), Heimathsrecht, Gewerberecht u. s. w., deren Consequenzen man nicht übersieht, in die Verhältnisse des Volkes eingreift, so wird man sicher in Jahresfrist die Aufregung gegen die Einheit viel größer machen, als jetzt die für dieselbe. Es ist hier jetzt ein Kaufmannscongreß, unter diesen auch C. Gosling[1]); ebenso habe ich bei dem Handwerkercongreß viel Handwerker aus dem Lande gesprochen. Die Menschen haben von der Einheit, die sich nun operiren soll, überall keinen practischen Begriff, keine feste Gestaltung vor Augen, und während sie von einer Seite von Frankfurt Heil erwarten, fürchten sie von der andern Seite die Allgemeinheiten aufs Aeußerste, und möchten sich gegen solche gern wehren und schützen. Die Petition der Handwerker nach Frankfurt, die Zimmermann entworfen, mag davon ein Beleg sein.

In der Hannoverschen Zeitung sind die Bestrebungen unserer Anarchisten, die montagskränzlichen Volksvereine zu verbreiten (die hier übrigens sehr matt aufgenommen), ans Licht gezogen, namentlich alle Leute mit Namen genannt. Nun sollten Sie sehen, wie sie schreien, gerade so wie Mensching[2]) in der Volksversammlung geklagt hat, daß das, was er dort sage, weiter verbreitet werde. Man möchte mit Oeffentlichkeit pp. im Stillen wühlen. Bodungen, dem neulich Mensching mit Dr. Schröder das Ministerium des Innern angeboten, was er aber für jetzt noch abgelehnt, hat gestern bei einer für uns höchst unbequemen Discussion über die Entfernung von Klenze, Leist, Voß und Lütcken[3]) den Ersteren vertheidigt mit dem Satze: dessen Brod ich esse, dessen Lied ich singe! in einer Unverschämtheit, die ihn sogar bei der Linken gänzlich zu Grunde richten muß. Die Gesetze über die kirchlichen Rechte der Gemeinden finden heftigsten Widerspruch bei — der Geistlichkeit, die nun einmal behauptet, dergleichen könne nur von der Synode ausgehen; während man noch 1831 seine Noth hatte, der reinen Weltlichkeit nur irgend etwas zu entziehen. Eine ekelhafte Opposition hatte die Commission gegen den Gesetzentwurf über eine Extrakriegssteuer erhoben. Wir haben heute diese Sachen sämmtlich bei Seite gebracht, und haben sich dabei die Bauern, die Lang mit 1 Monat Grundsteuer ködern wollte, honett gemacht.

---

1) Senator in Osnabrück. — 2) Advokat in Hannover.

3) Klenze, General-Steuerdirector, Leist, Vize-Präsident des Oberappellationsgerichts, von Voß, Cammerdirector, von Lütcken, Landdrost, waren es besonders, auf deren Beseitigung wegen der im Verfassungskampfe der früheren Regierung geleisteten Dienste der Siedenburgsche Antrag abzielte. S. Oppermann, II. S. 98.

Wir sind in einer Spannung wegen der Berliner Unruhen [1]). Freilich Nachahmungslust ist nicht mehr da; allein das große Unglück besteht in der gänzlichen Nichtigkeit der Berliner Regierung, wenn man nicht lieber das Ding Unzuverlässigkeit nennen will. Ebenso falsch wie Arnims Aeußerungen über die Dänische Sache sind die Mittheilungen über die Verhältnisse zu Sachsen, und in Dresden und hier der Unmuth über solche Verdächtigung gleich groß. Man glaubt darin das Gelüsten zu erblicken, während man zu Hause nicht die ersten Pflichten der Regierung erfüllen kann, auch die noch aufrechtstehenden Regierungen der Nachbarstaaten zu untergraben, um im Trüben zu fischen. Nun hat der neueste Krawall auch Arnim pp. gestürzt. Was werden soll, mag Gott wissen, aber solange Preußen so handelt, wie bisher, ist immer das Ärgste zu fürchten. Das Volk dort hat die verrücktesten Ideen, würde allenfalls die Minister selbst wählen wollen; über das veto suspensif ist auch der gemäßigtere Theil im Streite. Die Regierung hat bis jetzt allem Drängen widerstanden, irgend eine Erklärung über die Reichsverfassung abzugeben. Man affichirt hochmonarchische Grundsätze, wie es scheint, will sich aber nicht binden. Den Prinzen Adalbert scheint man zum Großadmiral machen zu wollen, und wenn das in Frankfurt nicht ginge, dazu die Hamburger Conferenz zu mißbrauchen gesucht haben, die aber wohl ihr Gutachten abgeben und auseinander gehen wird. — Ich habe mich lange gegen diese Besorgnisse gewehrt; aber die Beweise werden jetzt zu viel.

Hieran knüpfe ich ein anderes. Neulich war Rose [2]) hier, und das Gespräch führte mit ihm auf die Frage vom Tode des Königs, wo er zur Regentschaft unbedingt den Herzog von Braunschweig empfahl. Bedenken wegen Character und Fähigkeit beseitigte er gänzlich und hob dagegen eine politische Rücksicht hervor, die mir bedeutend schien. Wenn jetzt der Herzog von Braunschweig sterbe, so würde man in Braunschweig eher alles thun, die Republik proclamiren, als sich an Hannover anzuschließen — wie erwünscht, wenn sich durch jenen Weg die Einigung allmälig bewirkte. — Es kommt hier nun sehr darauf an, zu wissen, 1) ob der Character so vertrauenerweckend, wie Rose sagt? — 2) ob der Anfall wirklich zu erwarten. — Man hat mir gesagt, über beides werde Liebe [3]) am besten unterrichtet seyn. Sollten Sie nicht Gelegenheit haben, von Diesem mit Vorsicht etwas zu erfahren. Die Aufklärung dieser Sache wäre ein Dienst für das Land, vielleicht für Deutschland, dem man einen der gefährlichen Zündstoffe der Successionsfälle entzöge.

---

[1]) Der Zeughaussturm am 14. Juni.

[2]) Der 1838 verabschiedete, nach Braunschweig übergesiedelte Geheime Cabinetsrath.

[3]) Legationsrath, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Sachsen.

Was unseren Handwerkskrawall angeht, so kann ich bemerken, daß Portier oder wie der Kerl heißt thätig gewesen. Vielleicht hat er auch die Fenstermusik bei mir dirigirt. — Merkwürdig aber deuten manche Spuren darauf hin, daß Adv. Wagener das Einschlagen bei Bemigsen begonnen. Können Sie das deuten? Interessant ist, daß in der Handwerkerversammlung am 13. der Gedanke auftauchte, Rumann als Abgeordneten der Handwerker nach Frankfurt zu senden, aber ohne Beifall. Stechhan [1]) und Mensching wollten sich dort einführen, wurden aber zurückgewiesen. Stechhan ist verheirathet mit R's ehemaliger Köchin. — Daß Mensching post factum als Bürgergardist mein Haus bewacht und an meinen Schreibtisch gewollt hat, ist auch wohl nicht ohne. Man muß diese Fäden einmal weiter zu verfolgen suchen.

Doch genug für jetzt. Möge doch um Gottes willen die Versammlung in Frankfurt einsehen, daß sie sich an das Nothwendigste halten, sich selbst beschränken muß, wenn sie Gutes will. Daß sie doch um Gottes willen sich hüte, eine Constituante zu werden. Freigesinnt sich selbst beschränkend, Immerfort das Nächste denkend, Nie vom Weg dem geraden weichend, Und zuletzt das Ziel erreichend! sagt der alte Goethe.

Ihr
JCBS.

Die Sitzung ist vorüber. Die 1. Cammer hat wirklich die Conferenzbeschlüsse, nachdem sie „das Princip der 2. Cammer angenommen", wieder abgelehnt, — wozu der elende Abt von Loccum das Seinige beigetragen, um sein persönliches Stimmrecht zu behaupten. Aus Berlin habe ich einen Brief, der höchst traurig lautet. Es ist dort nun alles desorganisirt. Gott bessere! Möchte man nur in Frankfurt sich nicht auch so in die Revolution schleppen lassen. Es ist Gefahr.

Nr. 30. Frankfurt, 22. Juni.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihren Brief vom 17., der mir über die heimischen Zustände große Beruhigung gewährte; das Verfahren der 1. Cammer macht bald nur noch Ekel, nicht einmal mehr Ärger; durch die Art, wie sie endet, zeigt sie eigentlich erst recht, daß sie unwerth war, zu bestehen, daß sie auch nicht der geringsten politischen Idee fähig, sondern immer und nur die miserabelsten Kasten- und Sonder-Interessen hat und versteht.

Hier rollen inzwischen die Würfel über das Geschick Deutschlands: man ist mitten im heftigsten Kampfe über die Bildung der Centralgewalt,

[1]) Tischlermeister, Bürgervorsteher.

die doch sicher das punctum saliens für die zukünftige Gestaltung der Dinge ist. Die Entscheidung wird wohl erst morgen erfolgen, doch glaube ich Ihnen schon heute mit ziemlicher Gewißheit folgendes sagen zu können: der Comissions-Antrag (ich setze voraus, daß Sie denselben wie die andern wichtigsten Anträge aus den Zeitungen oder durch Wangenheim und Gagern kennen — sonst bitte ich, nicht für diesen aber spätere Fälle, um Anzeige, damit ich sofort dergleichen übersenden kann) wird im Wesentlichen angenommen werden; — aber statt eines aus drei Personen bestehenden Bundesdirektorii nur eine Person und zwar eine fürstliche, wohl ohne Zweifel Erzherzog Johann. Ich hätte lieber die Trias gesehen, weil mir die besser die divergirenden Interessen zu vermitteln geschienen hätte, und weil der Übergang zur Monas mir zu schroff erscheint; indessen zieht die Majorität (in qualitativer und quantitativer Hinsicht) jenes Weges, und so muß man sich denn doch freuen, wenn's nur zu Stande kommt, zumal bei einer Trias leicht zu besorgen gewesen wäre, daß der Beschluß angehängt worden wäre: es sollten nur Privatpersonen sein. Noch gestern früh hoffte ich, daß die Trias durchgehen würde, aber in den gestern bis in die tiefe Nacht hindauernden Unterhandlungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß sie die Majorität nicht haben wird. Gagern — der bis gestern früh auch noch für 3 war — wird entscheidend für den Comissions-Antrag reden, aber jetzt mit Einem Bundesdirektor, und Dahlmann, der als Berichterstatter das letzte Wort hat, wird auch dem Einen das Wort reden. So würden wir denn zur Einigung oder wenigstens vorerst zur gemeinschaftlichen Spitze rascher kommen, als man hoffen durfte! es ist aber auch hohe Zeit, denn ich glaube nicht, daß wir noch 2 Monate Frieden behalten; der Kampf wird wohl im Osten und Westen zugleich beginnen; daß in Frankreich eben die Einigung rascher für den Krieg entscheiden wird, scheint mir gewiß. Daneben wühlt die anarchische Parthei in wahrhaft entsetzlicher Weise; hier hat sie kein Terrain, das sieht sie ein; deshalb haben denn auch die demokratischen Vereine beschlossen, den Centralsitz ihrer Thätigkeit nach Berlin zu verlegen. Dort ist leider nur zuviel Aussicht für sie; doch hoffe ich einen Rückschlag von der Schande der Zeughausplünderung und von dem neuen Ministerio, namentlich Schreckenstein[1]), große Energie und Muth, die eigentlich allein schon hinreicht, dem Gegner zu imponiren.

Die fatalen „Grundrechte des deutschen Volkes“, ein Weihnachtsbaum, den man den Massen aufgesetzt hat, und wozu man die Sachen genommen hat, wo man sie gefunden, ohne fremdes Eigenthum im Mindesten zu respectiren, sind jetzt fertig geworden, und ich habe Ihnen gestern Abend

[1]) Frhr. v. Schreckenstein, Kriegsminister seit 18. Juni.

das erste fertige Exemplar sous bande zugehen lassen, das hoffentlich schon in Ihren Händen ist. Wegen der Minoritäts-Vota, die beiliegen, bemerke ich, daß unter das erste mein Name nur aus einer Art Versehen gekommen ist, und daß ich eigentlich nur Nr. 23 unterzeichnet, da ich es für unnötig ansah, meine abweichende Meinung überall auch im Berichte ausdrücklich zu erwähnen, weil ich dieselbe bei der Debatte in der National-Versammlung selbst doch nicht vertheidigen werde (des fatalen Tribünenredens wegen); das eine und andere Schlimme wird wohl noch fortzuschaffen sein, dafür wird aber manches Andere hineinkommen. Namentlich rüsten sich die Ultramontanen mit wahrhaft gewaltiger Macht, um die vollständige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat durchzubringen. Dieser Kampf wird sehr gewaltig werden. Der Bericht über die Grundrechte ist eine eilige Notharbeit von Beseler (von Greifswalde). Von diesem eminenten Menschen möchte ich Ihnen Einiges erzählen; unter allen Mitgliedern der Verfassungs-Commission ist er der Einzige, der mir immer und immer auf's Neue imponirt, durch Scharfsinn, Gelehrsamkeit, Umsicht und politischen Blick. Einiges Professorale, das er noch hat, streift er zusehends ab. Wenn ich Ihnen B. lobe, so geschieht das nicht pro amico, denn B. hat etwas so Kaltes, fast Zurückstoßendes, zumal gegen mich, daß ich nicht das mindeste Verhältniß zu ihm habe: es geschieht, weil ich auf's dringendste B. für Göttingen gewonnen zu sehen wünsche. Albrecht[1]) ist jetzt, nachdem er zu Hause gewesen, mit dem Entschlusse zurückgekehrt, den Ruf nach Göttingen abzulehnen; so hab ich aus seinem Munde, obgleich er wohl's noch nicht abgeschrieben hat. Nun könnten Sie keinen besseren Ersatz finden, als Beseler, der sicher sehr bald zu den Sternen erster Größe zählen wird.[2]) — Wenn ich Ihnen diese Empfehlung einzig und allein um der Sache willen ausgesprochen habe, so möchte ich mir eine andere, die ich schon länger auf dem Herzen habe und nun nur hier an jene anknüpfend auszusprechen wage, auch ein bischen um der Person willen erlauben: das ist die meines Freundes Hanne[3]), von dem ich Ihnen früher schon geschrieben. Sie können ihn in Göttingen als Professor oder anderswo als Pfarrer brauchen; er wird überall sich als tüchtiger und trefflicher Mensch zeigen, den ich gar gern einer widerwärtigen Stellung in Braunschweig entzogen sähe. Halten Sie mir diese Empfehlung zu Gute; sie ist wirklich nicht allein um eines Freundes Willen.

Rose's Idee mit dem Herzog von Braunschweig hat sehr viel Einleuchtendes — aber was wird der König — der alte und der junge — dazu

---

[1]) Aus Leipzig, einer der 1837 abgesetzten Göttinger Professoren.

[2]) Vgl. über Beseler, Rob. v. Mohl, Lebenserinnerungen. II. S. 43.

[3]) Candidat der Theologie.

sagen? Mit Liebe komme ich, da er nicht Mitglied der National-Versammlung ist, nur selten zu reden, doch gestern Abend, wo wir aber bald gestört wurden; was ich von den anderen Braunschweigern, unter denen Jürgens [1]), ein eigenthümlicher Kauz, der einzige bedeutendere ist, erfahre, spricht durchaus nicht gegen jenen Plan. Daß der Herzog, im Grunde kein Freund freiheitlicher Bestrebungen, jetzt ohne arrière-pensée sich hingiebt, darf man ihm hoch anrechnen. Ich will aber noch Weiteres zu erfahren suchen und Ihnen dann sofort melden. Ihr

Detm.

Nr. 31. Frankfurt, 24. Juni.

Ich will Ihnen, theurer Freund, doch melden, daß die Entscheidung wegen der Centralgewalt wahrscheinlich schon heute fällt und zwar ganz vollständig. Gagern hat nämlich die Absicht, am Schlusse — der heute Statt findet, die Abstimmung aber wegen der einzelnen Amendements, namentliche Abstimmung und dergl., würde erst am Montag vor sich gehen können — das Wort zu nehmen, und durch seine Rede die Versammlung dazu hinzureißen, durch Acclamation den Erzherzog Johann zum Reichsverweser zu ernennen. Das Experiment ist gefährlich, und ich habe dagegen gewarnt; indessen ist die Sache einmal beschlossen, so ist der Modus ziemlich gleichgültig, zumal nur die Linke dagegen schreien würde und diese ja fortwährend predigt, daß man sich nicht an die Formen halten dürfe. Denjenigen, die nur $^3/_4$ links sind, muß es auch schmeicheln, daß man der Souveränetät der Versammlung die große Concession macht, daß die Versammlung selbst ohne Vorschlag der Regierungen den Reichsverweser ernennt. — So standen die Beschlüsse gestern Abend spät; sollte heute früh (was unwahrscheinlich) der Plan geändert werden, so kommt die Debatte doch heute jedenfalls zum Schluß und wohl erst am Montag zur Abstimmung, der Comissions-Antrag mit einiger Modifikation, namentlich Einem statt Drei, zur Annahme. Der Ihrige

D.

Nr. 32. Frankfurt, 26. Juni.

Ich will Ihnen, theurer Freund, doch wenigstens einige Auskunft geben, wie die Sachen in dieser Viertelstunde stehen, zumal Sie durch mein letztes (unter Couvert an Friesland für die Hannoversche Zeitung) abgesandtes Schreiben und die Zeitungsberichte in den hiesigen Blättern wohl

---

[1]) Prediger aus Stadtoldendorf. Später Redakteur der Hannov. Zeitung. Verfasser des Werks: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks, 3 Bände 1850—57.

ganz desorientirt sein werden. Die Sache ist fürchterlich verfahren und liegt für den Moment ungemein unglücklich; — ich muß es sagen, obgleich es mich tief schmerzt — Gagern hat fast Alles verdorben. Seine Rede vom Sonnabend werden Sie kennen, die Absicht war, eine Acclamation für die Wahl eines Fürsten herbeizuführen; — ob ihn im entscheidenden Momente der Muth oder nur der das Wort aufgreifende Gehülfe verlassen, ist mir nicht klar — ich hatte Freitag Nacht entschieden gewarnt, fast der Einzige der Wenigen, die um das Experiment wußten. Gagern giebt auch zu, wie er gefehlt hat, damit sind wir aber um nichts weiter. Nun haben sich nämlich — das alte Manöver ganz wie beim Raveauxschen Antrage — die sämmtlichen Anträge der Linken geeinigt, die auch früher nur gestellt waren um nachlassen zu können; die 4 Anträge Zitz—Blum—M. Mohl—Schoder haben sich im Schoder'schen Antrag geeinigt, der dadurch und die Waschlappigkeit der Majorität eine gefährliche Zahl Stimmen gewonnen hat. Daneben aber ist durch eine fernere noch schlimmere Ungeschicklichkeit ein Antrag (Möhrings) zurückgezogen, andere Anträge (Dahlmann u. a.) so modificirt, daß uns nun zum Theil die wichtigsten Anträge für die Fragestellung fehlen und ein Einbringen derselben in die geschlossene Debatte formell beinahe unmöglich ist. (Alles, wie überhaupt das Meiste, was gesündigt wird, eine Folge des Redens von der Tribüne aus, der Unmöglichkeit des Redens vom Platze aus, d. h. einer wirklichen Debatte.) Nun gilt es vorab, das so ungeschickt Verlorene und Weggegebene wieder zu gewinnen, zu diesem Zwecke aber mit einer zerrissenen, schwankenden, desorganisirten Majorität eine sehr bedeutende, trefflich organisirte und diesmal auch numerisch bedeutende Minorität geradezu zu despotisiren, zu zerbrechen, und zwar um widerwärtiger Formfragen willen. Vermuthlich wird das Gezänk in diesen Formfragen die ganze heutige Sitzung füllen und es am Ende gar nicht zur Abstimmung kommen, und das wäre vielleicht das Beste, zumal die Linke in der Gewißheit der Abstimmung auf heute ganz besondere Anstalten für die Gallerien pp. getroffen hat, denen man, wenn es morgen erst zur Abstimmung kommt, besser entgegentreten kann. Kommt aber heute ein irgend passender Moment wieder, so wird Gagern wieder das Wort nehmen und das vollenden, was er vorgestern unbesonnen angefangen und ungeschickter Weise unvollendet gelassen hat, obgleich heute der Moment viel ungünstiger; dafür ist die Abrede genommen und wird wohl Heckscher, seiner Stellung nach der geeignetste, sich für die Acclamation erheben. Ich fühle, daß Ihnen, liebster Freund, dies Alles unklar und verworren erscheinen muß; aber wenn ich nicht ganz ausführlich sein will (und das kann ich schon um der Zeit willen nicht) so muß ich unklar und dunkel bleiben. Das Resultat der Sitzung werden Sie mit der Abendpost durch Wangen-

heim und durch die Zeitungen erfahren, daher ich's wohl nicht melden werde. Hoffentlich aber kann ich, wenn wir heute nicht zur Abstimmung kommen, morgen früh Günstiges melden. Der Hauptkampf wird sich drehen: 1) um die Frage, ob fürstliche Person oder nicht (die Linke will wenigstens neben Erzherzog Johann ihren Blum auf die Wahl bringen) und in Folge von Gagerns unglücklicher Rede ist diese Frage aus den zur Abstimmung kommenden Anträgen weggefallen! 2) Verantwortlichkeit; 3) Zustimmung, auch nur nachträgliche, von Seiten der Regierungen — ebenfalls durch Gagerns Rede verloren; 4) Das Veto. Aber wie gesagt, alle diese Fragen werden heute nur als bloße Form- und Reglementsfragen den Kampf veranlassen.

Ihr

D.

Nr. 33. Frankfurt, 30. Juni.

Um nicht über dem Größeren und Ganzen das Geringere und Einzelne zu vergessen, will ich Ihnen, theurer Freund, doch melden, daß ich in den letzten Tagen mit Liebe und andern Braunschweigern im Sinne Ihrer neulichen Anfrage geredet habe, und daß das, was ich von dieser Seite her über den betreffenden Character erfuhr, den Plan quaest. als durchaus praktisch und ausführbar erscheinen läßt. Ein entschiedenes Festhalten an dem einmal gegebenen Worte wird durchweg gerühmt und mehr braucht man ja kaum. Sie würden mir einen sehr großen Gefallen erzeigen, wenn Sie mir, soweit das angeht, demnächst über die Ausführung des Planes Mittheilungen machen wollten.

Über die hiesigen Dinge wüßte ich für den Augenblick kaum Mittheilungen zu machen, zumal solche, die sich in den engen Raum eines Briefes fassen lassen. Welchen Eindruck unser Th. Meyer mit seiner starken Frankfurter Färbung auf Sie machen werde, war ich sehr neugierig zu hören; ich war mit ihm, soweit das bei ihm möglich, fortwährend im Streit über diese Sachen, — mit seinem Ersatzmann Merkel freilich noch viel mehr, so daß ich diesem förmlich aus dem Wege gehe. Und mit Breusing geht's mir nicht besser Von den Landsleuten ist nur Bothmer und Hugo[1]) mir gleichgesinnt; die andern verdenken mir meine letzten Abstimmungen gar sehr, und Merkel war heute noch kindisch, ja, wie ich ihm selber sagte, beschränkt genug, von solchen Abstimmungen einzelner Hannoveraner ein Odium und damit ungünstige Stellung der Zoll- und ähnlicher Fragen zu erwarten. Diese Thorheiten machen mich aber nicht

[1]) Justizrath aus Göttingen.

irre, um so mehr, da (was komisch ist, was ich nicht ambitionire und was ich gewiß nicht, am wenigsten gegen Sie, aussprechen würde, wenn ich nicht eben jene Merkelsche Warnung erwähnt hätte) ich trotz aller solcher Abstimmungen immer noch nach allen Seiten mehr Vertrauen genieße, als alle andern Hannoveraner, und man mich fast mit Gewalt zu den Vorberathungen in den kleinsten Kreisen heranzieht, wo ich nicht nütze, sondern mich nur ennüyire. Indessen einige Lieblingspläne, z. B. wegen des Census u. s. w., will ich doch durch derartige Verbindungen zu fördern suchen. Es wäre schon eine Lust, in diesem Menschenmeer umherzuschwimmen, wenn man nicht so oft vor Zorn, ja vor Ekel, sich abkehren müßte. Nach all dem dürfen Sie mir denn auch wohl einmal erlauben, daß ich die Versammlung lobe. Sie hat den schwersten (auch schon um deßwillen der schwerste, weil er der erste war) Theil ihrer Aufgabe gelöst, und ich denke, man darf trotz des Ärgers und Verdrusses über manches Detail im Ganzen und Großen wohl zufrieden sein. Schon der einzelne Mensch geht leicht ins Schrankenlose, wenn ihm die Schranken fehlen, wie vielmehr eine Versammlung von 600 Menschen. Und in der ganzen Weltgeschichte hat es keine Versammlung gegeben, die weniger beschränkt gewesen als diese. Die National-Versammlung von 1789 hatte eine damals noch sehr starke Regierung, hatte privilegirte Stände u. s. w. sich gegenüber, war durch Cahiers gebunden — und wie verlor sie sich ins Schrankenlose! Unsere Nat.-Vers. hat nichts sich gegenüber, die Regierungen kraftlos und ohne Autorität, Verlockungen zum Eingriff in die Executive nach allen Seiten hin, gewählt unter den ungünstigsten Einflüssen, in athemloser Eile, wo Verständigung durch die theils geknechtete, theils freche, jedenfalls aber mißbrauchte Presse pp., selbst wenn die Zeit gewesen wäre, ganz unmöglich war, zusammengesetzt aus Leuten der verschiedenartigsten Ansichten nnd Interessen, die Majorität aus gerade soviel Partheien bestehend als Köpfe, die Minorität kompakt aufs Beste organisirt, von vorn herein durch Verständigung und auch ohne diese durch die gemeinsame Lust am Zerstören. Und all diesen Gefahren gegenüber muß anerkannt werden, daß die Versammlung sich mit Mäßigung benommen hat, in einigen Fällen mit wahrhafter Weisheit. (Zu den Gefahren habe ich das verdammte Reden von der Tribüne herab, das fast alle Fehler verschuldet, die begangen werden, noch nicht einmal gerechnet). Forsche ich den letzten Gründen dieser Mäßigung, dieser Weisheit nach, so finde ich sie im Particularismus. Und ich glaube, daß dieser, wie das erste Mal im März d. J., so jetzt zum zweiten Mal Deutschland gerettet hat. Was der Versammlung fast durchgehend fehlt, ist Mangel an politischer Durchbildung, oder, da man dergleichen ja noch nicht fordern darf, auch nur an historischer Vorbildung.

Da ist Alles unklar und verworren; mehr als die französische Revolutionsgeschichte kennen die wenigsten. Und die mehr wissen, sind meist Professoren, und die sind gar gefährlich. Es vergeht keine Sitzung, wo ich nicht Sie vermißte und mir sagen müßte, Sie würden uns Allen unendlich viel Zeit und Mühe ersparen. Damit komme ich noch auf eine Bitte: Lassen Sie mich gelegentlich wissen, wie Ihnen die Grundrechte zusagen; ich denke, bei vielen wird das Leibkneipen nicht ausbleiben, wenn das deutsche Volk dieselben erst genossen haben wird. Ausführlicher aber möchte ich Ihre Ansicht über die Frage der Trennung der Kirche vom Staate haben. Über diese Frage wird ein ganz furchtbarer Kampf entbrennen. Hierzu rüsten sich die Ultramontanen mit einer Macht, die unglaublich ist. Ich möchte gern wissen, wie weit man hier gehen könnte und dürfte, zumal in Beziehung auf Hannover. Der Anfang der Berathung der Grundrechte wird wohl schon am Montag oder Dienstag stattfinden und gleich der Art. I, die Frage von der Freizügigkeit, uns einen harten Stand bereiten.

Über die Verhandlungen der letzten 8 Tage, über die Bildung der Centralgewalt, sage ich nichts mehr: das Kind ist nun glücklich geboren, wenngleich an einigen Gliedmaßen nicht ohne Spuren der Kämpfe und Krämpfe, welche seine Geburt veranlaßt. Was Gagerns unbesonnener (von mir vergeblich abgerathener) Schritt, zumal er nur halb gethan wurde, geschadet, brauch ich Ihnen wohl nicht zu sagen: der Schaden war ein doppelter für uns, weil die Sache und weil Gagern selbst, den wir nicht entbehren, nicht schwächen dürfen, darunter gelitten haben. Die Gimpelhaftigkeit der Majorität, Gagerns Unbesonnenheit, das Zerfallen der Majorität u. s. w. machten zuletzt die Linke so siegessicher, daß mit deshalb sie den Sieg verloren hat. Sie werden auch aus den Andeutungen meiner letzten Briefe, den stenographischen Berichten u. s. w. sich ein ziemlich klares Bild von dem Gange der Dinge haben machen können.

Daß Sie mit 1er Cammer nun glücklich zu Ende gekommen, hat mich von Herzen gefreut, ebenso die Nachricht, daß dort ein Rückschlag eingetreten; (auch anderswo, z. B. in Sachsen, ist das der Fall, in Würtemberg ist er im Werke pp.). Aus der Zeitung ersehe ich, daß dort statt Roese zum Senator Meyer — Gersting — Schütze gewählt worden. Ich möchte Sie bitten (und wäre ich in Hannover, wollte ich Sie überzeugen), daß Sie mit Übergehung der beiden 1mo und 2do loco gewählten den dritten Candidaten Schütze bestätigen möchten. Es wäre sicher ein großer Gewinn nach allen Seiten hin.

Noch bitte ich die Freunde zu grüßen, so namentlich Buddenberg, der mich, wie es irgend geht, bei meinen Wählern entschuldigen mag, daß ich ihnen nicht schreibe. Aber das geht wahrhaftig nicht.

Der Ihrige
Detm.

Nr. 34. Hannover, 2. Juli.

Ihre drei letzten Briefe vom 22., 24., 26., liebster Freund, habe ich dankbar erhalten, aber unbeantwortet gelassen, bis ich das Ende haben würde. Das ist nun da, freilich eine so gänzliche Verwirrung und Grundsatzlosigkeit, daß einem dabei traurig zu Muth werden muß, und am Ende nur der Trost bleibt, daß dergleichen sich nicht halten könne. Der Glaube an die transcendentale Weisheit großer Versammlungen, die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des Einkammersystems, sollte dadurch billig, was jenen angeht, vernichtet, was diese betrifft, gestärkt werden. Mir ist aber bei der endlosen Reihe der Verbesserungen und Anträge recht klar geworden, wie nothwendig große Versammlungen durch äußere Gränzen discipliniert werden müssen. Die alten Democratien gaben nur wenig Rednern das Wort, die übrigen stimmten schweigend. In England disciplinirte das Partheiwesen. Unsere kleinen Landesversammlungen haben sich wohl halten können (freilich mit welcher Klage über Geschwätz). Nachdem aber all dieses Geschwätz in einen großen Topf geworfen und mit Schlechtigkeit gehörig gewürzt ist, können unheilbringende Dinge kommen. Und diese Versammlung hat sich nun vor allen Dingen die traurige Selbstbespiegelung der Volkssouverainetät einimpfen lassen! Dazu hat Gagern mitgewirkt, daß dieses Product der Fünfziger ausgebrütet ist. Das ist das πρῶτον ψεῦδος, daraus alles weitere Unheil nothwendig folgen muß. Und derselbe Gagern macht nun (ganz consequent) den ungeheuren Fehler, nein, er begeht das Verbrechen, die Ordnung durch die Unordnung retten zu wollen! Ist das nicht Jesuitismus? Nicht in Gagerns Gesinnung, aber practisch. Gagern wird noch einmal die Rolle, die er gespielt hat, schwer bereuen; die Geschichte wird zweifeln, ob er schwach oder ein Verräther gewesen. Aber wie nun weiter? Wird, kann Erzherzog Johann eine solche Wahl annehmen? Ganz gewiß nicht! Das glücklichste wäre, wenn er es thäte. Er könnte es nur unter Bedingung der Zustimmung der Fürsten, die erfolgt, und der Erhaltung des Bundestags, dessen Aufhebung, ehe man irgend etwas an die Stelle gesetzt, ein furchtbarer Schwindel ist, der den Reichsverweser selbst zum Knecht oder zum sofortigen unhaltbaren Angriffspunkt macht. Ueber die Thorheit, sich mit der Herstellung eines Staaten-

hauses zu trösten, indem man mit der Auflösung anfängt, hat man fast nur zu lachen. Aber selbst wenn der Erzherzog annähme ohne Bedingung, so wäre das ein Glück, wenn wir bedenken, daß Frankreich schon über den 18. Brumaire hinaus ist.[1]) Allein schwerlich kann er es überhaupt. — Quid tunc? nachdem Gagern so ganz unsinnig und kindisch alles an seinen „großen Wurf" gesetzt, und die Sache weggeworfen um einer Person willen, die er nicht bekommt. Er kann dann ja Robert Blum zum Reichsverweser wählen. Wer weiß, vielleicht ist's wieder ein großer Wurf! Halten Sie den Punkt fest im Auge und zeigen Sie ihn anderen, namentlich auch Gagern, der wohl nachgerade einsehen wird, wohin er sich verrannt hat. Es fehlt ihm an der zähen Ausdauer, die für solche Situationen gewiß noch nothwendiger ist, als die plötzliche Kraft. — Ich hoffe, man wird sich nun an die Volksrechte machen und dabei Gelegenheit haben, von dem Nimbus der Versammlung noch mehr abzustreifen. Was dann aber werden soll, wenn die Franzosen anfangen, ihre mobile Garde über die Gränze zu werfen, während wir sogar den Bundestag weggeben wollen, ohne was anderes zu haben, das mag Gott wissen. Etwa das comité du salut? — Nur die Hoffnung haben wir jetzt, daß Preußen sich endlich aus seiner Unthätigkeit herausreißen, und mit den Nachbarstaaten in Einklang setzen wird. Es wäre viel gewonnen, wenn der Austritt Arnims[2]) uns das brächte, der keinen Begriff davon zu haben schien, wie sehr er die Revolution förderte, indem er sich über Frankfurt nicht klar aussprach, und wohl hoffte, im Trüben zu fischen, — Kaiserthum, Prinz Wilhelm Reichsverweser, Prinz Adalbert Großadmiral u. dgl. Genug davon. — In Göttingen hat Hr. Plathner nun seine Wühlereien auf die Handwerker geworfen, wird aber schwerlich damit durchdringen. Es ist dort seit Kurzem wieder recht aufgeregt, eine Parthei unter den Studenten operirt deutlich für Hecker. Doch scheint die Mehrheit dem abhold. Wir haben die Augen offen. Hier hat Hr. Otto Weber sich blamirt. Dagegen ist Buchdrucker Stegen vom Gericht eingezogen, und aufgegriffene Correspondenzen scheinen zu ergeben, daß er an Wiechels Stelle das Haupt der Parthei zu werden bestimmt ist. — Er war zum Buchdrucker-Congreß in Mainz gewesen und hat nun an Blum, Zitz, Reden wollen schreiben lassen: Man möge doch die Amnestie beschleunigen! Da sieht man, woher diesen Leuten der Muth kommt. Eine zu Frankfurt beschlossene Amnestie soll alles zudecken. Darauf hin läßt man sich schon etwas Einsperrung gefallen. Weiter ists ja nichts. — Auch da wieder die

[1]) Anspielung auf den vom General Cavaignac niedergeschlagenen Pariser Aufstand vom 23.—26. Juni.

[2]) Im Ministerium vom 25. Juni wurde von Auerswald Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Folgen unserer früheren politischen Proceßspielereien, durch die man die Möglichkeit ernster Strafe verlohren. — Gewiß haben Sie sehr recht, dieserhalb auf der Hut zu seyn. — Unsere Sachen treten nun in ein eigenthümliches Stadium. 2. Cammer hat nichts zu thun, und die erste ist unsäglich zurück und schwatzt die Zeit tod. Sie scheinen zu glauben, am Ende der Sitzung werde die 2. Cammer nachgiebiger seyn. Aber auch da ist alles umgekehrt. Unsere Rechte droht uns zu verlassen, und am Ende behalten wir nur die Linke, worin unverkennbar Gefahr liegt. Diese Bauern halten unter Böse's Führung aus, und können nachher, was sie wollen. — Unter der 1. Cammer sind die Geistlichen die fatalsten, der Abt und Cammann [1]) — höchst widrig der Justizrath v. Decken. Heute werden wir noch „verstärkte Conferenz über die Verfassungssache" haben. Es sind im Grunde alles nur noch lumpige Formfragen und Differenzen. Die Jagdsache ist ziemlich fertig. — Am Predigerwahlrecht der Gemeinden zerren sie noch.

Ich schrieb jenes obige gestern früh. Nachher ist die Verfassung ganz fertig geworden bis auf eine lumpige Kleinigkeit, wie sie denn sehr kleinlich sind. — Dann haben wir noch die Nachricht von der Wahl [2]) erhalten. Ich bin neugierig, ob der Frankfurter Enthusiasmus nachklingen wird — es scheint kaum. Wir werden nun immer mehr auf den Raum gedrängt, wo wir das Ende unseres Wirkens zu finden erwarten müssen. Das soi disant Gesetz [3]) ist ein Ding der Unmöglichkeit. Soll es zur Ausführung kommen, so sind die Staaten vernichtet und unsere Mission ist aus. Dann hat man aber auch die Republik fertig; denn wie der Reichsverweser sich halten soll, ohne die Einzelstaaten, lediglich an der Spitze einer Frankfurter Versammlung, die so vom Wirbelwinde gedreht wird, das mögen andere begreifen. — Einige Hoffnung giebt uns nur noch das radikale Manifest, das in seiner Brutalität sehr die Mehrzahl beleidigt, und den Gegensatz hervorruft, der heut zu Tage allein Kraft hat. Ueberhaupt halte ich jede Organisation, jedes positive Hervortreten der anarchischen Parthei für einen Schritt mehr zu deren Grabe. — In Sachsen scheint man dieselben Zustände, die wir hinter uns haben, in weit schlimmerer Art durch zu machen, wie denn dort der Radicalismus vor allem thront. Preußen wird entscheidend sein; die Frage ist, wird Hansemann [4]) wirklich handeln können? — Gott gebe erträgliches. — Was wird aber aus unserer friedlichen Stellung zu Frankreich werden? Le

---

[1]) Konsistorialrath, ernanntes Mitglied der I. Kammer.

[2]) Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser war am 29. Juni erfolgt.

[3]) Das Gesetz vom 28. Juni über die Centralgewalt.

[4]) Finanzminister im Ministerium von Auerswald vom 25. Juni.

premier qui fut roi, fut un soldat heureux. Den soldat heureux haben wir nun schon. Wird, kann er sich halten blos durch den Bürgerkrieg? Wer wird aber in Oesterreich aus den Wahlen hervorgehen?

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 35. Hannover, 6. Juli.

Auf Ihren Brief vom 30. bin ich Ihnen die Antwort schuldig, lieber Freund, um so mehr, als ich schon früher versäumt, Ihnen wegen der „Grundrechte" zu schreiben. Zuerst aber lassen Sie mich Ihnen sagen, daß wir uns nun in einer ernstlichen Crisis befinden. Der Landtag ist so gut wie vorbei. Alles ist erreicht bis auf ein plus von 6000 Thlr. für Gymnasien, und vielleicht die sofortige Durchführung der Predigerwahlen. Jagd, Allodification, freier Bau der Futterkräuter [1]), kurz, die Leute bekommen genug. Für die Kriegführung ist gesorgt, der privil. Gerichtsstand aufgehoben u. s. w. u. s. w. — Aber in unserm Programm steht: Herbeiführung der größeren Einheit Deutschlands pp. auf verfassungsmäßigem Wege. Das Gesetz [2]) verläßt solchen. Wir hofften die Sache wieder darauf hin führen zu können; allein man kann auf die Zusicherungen der Regierungen nicht mehr bauen. Preußen insbesondere stürzt sich köpflings in alles. Das Ministerium bei der jammervollsten Unsicherheit verfolgt doch wieder den Plan, à tout prix das Bestehende in Deutschland aufzulösen, weil die Früchte nach Erzherzog Johanns Tode oder Resignation vermeintlich ihm zufallen müssen, und weil es hofft, die Lieferung der Minister zu erhalten. Wir haben uns überzeugen müssen, daß jene Nr. 1 unseres Programms unmöglich ist, und bieten dem Könige unsere Resignation an. Andere werden besser laviren können, was allein übrig bleibt. Diese anderen werden nur aus der 2. Cammer genommen werden können. Will er uns nicht entlassen, so werden wir bleiben müssen, zunächst aber nur, um unsere Gesetze zu publiciren, und wo möglich die Successionsfrage zu ordnen. Aber unseres Bleibens der Revolution gegenüber ist schwerlich mehr. Es macht mich traurig, so im Augenblicke scheiden zu müssen, wo durch 3monatliche schwere Arbeit dem Lande ein fester Boden wieder gegeben ist. Aber Frankfurt ist und bleibt unsere größte Gefahr — noch mehr freilich die Erbärmlichkeit der Regierungen. Ich sage Ihnen das im

[1]) Schutz derselben gegen Beweidung, in den südlichen Landestheilen. Gesetz vom 15. Juli 1848.

[2]) Das Reichsgesetz vom 28. Juni.

engsten Vertrauen; noch wissen wir nichts bestimmtes vom König, dem erst vorläufig nach 6stündiger Berathung Kunde gegeben ist, damit er sichs überlegen kann. — (Eben kommt Bennigsen und sagt: der König lasse sich auf nichts ein, wolle fort mit dem Kronprinzen. Morgen um 12 Uhr Conseil.)

Nun zur Sache. Der Entwurf der Grundrechte schien mir anfangs minder verderblich, als ich mir das vorher gedacht hatte. Aber näher betrachtet sind sie mir doch höchst bedenklich. Eben diese Specialität, in die man durch das löbliche Streben, nichts unbedachtes zu thun, hineingerathen ist, macht die Sache gefährlich; denn sie greift tief ein in die Gesetzgebungsrechte, die den Staaten rein hätten bleiben sollen; sie verläßt das Gebiet des Föderativen, darauf man sich hätte beschränken sollen, und thut einen gewaltigen Schritt zum Centralstaat. Es ist ein großes Uebel, daß die politischen Menschen unserer Zeit gar kein durchdachtes und durchlebtes Material haben, als das der constitutionellen Monarchie im Einheitlichen Staate. Die Natur des Föderativ-Staats kennt keiner. Wer hat wohl ein Studium Amerikas, Hollands, der Schweiz gemacht? Und doch liegen nur dort unsere Muster. Es ist ganz schief, von Monarchie und Republik zu reden. Hippolytus a Lapide nannte das Reich eine Aristocratie, und daraus ist der Monarchismus der Fürsten erwachsen. Man konnte diesen Monarchism sehr wohl in republikanische Form vereinigen. Die monarchische Form des Bundes, ohne enge Competenz, mit Einkammersystem ist aber so gewiß die republique helvétique. Ich bin aber auch überzeugt, daß diese Grundrechte sehr bald die Reaction des Volks hervorrufen würden. — Eine Critik alles Einzelnen werden Sie nicht erwarten. Ich halte mich hier zunächst daran, daß hier nur regulae juris nach Bacons Begriff zu geben gewesen wären und nicht Gesetze. —

Die Frage über die Stellung von Kirche und Staat ist eine heut zu Tage rettungslos verdorbene. Ehe ich davon rede, lassen Sie mich aber an die fast untrennbare Frage vom Unterricht erinnern. Aus dieser macht Art. 4 eine Klippe; § 17 mag noch gehen, § 18 ist der Tod unserer Schulen, denn das Gewerbe hat bei der Masse unendliches voraus. Man dressirt und täuscht, und mehr wollen die Leute nicht. Da heißt's: gute Nacht, gründliche Bildung. § 19 ist ein Unsinn, er entzieht die Schule der Gemeinde, was ganz unhaltbar. § 20 macht die für den kleinen Handwerker so unentbehrliche zünftige Lehre pp. unmöglich und zerrüttet also den Kern der Gewerbsverfassung. Und so gedankenlos ist man den Gefahren Frankreichs gegenüber auf die Desorganisation der Arbeit eingegangen.

Was nun das Verhältnis der Kirche zum Staat angeht, so hat § 13 u. 14 den Staat von der Religion gänzlich abgelöset. Will man das, so muß man den Ultramontanen freilich alles zugeben. Denn der unchristliche Staat hat kein Schutzrecht, also auch kein Aufsichtsrecht. Ich halte das aber für verderblich. Practisch macht es durch die Trennung von Kirche und Schule (welche letztere Staatsanstalt bleiben soll) jede tiefere Volksbildung unmöglich; denn diese ruht ja nur in der Religion. — In unserer neuen Verfassung hat man gegen § 14 eine Anerkennung des Bekenntnisses durch den Staat vorbehalten, auch die Verbindung von Kirche und Schule reservirt. — Allerdings ist das nicht völlig consequent und widerspricht den Grundrechten. M. E. muß dem Staat immer das Recht bleiben, zu verlangen, daß jeder irgend ein religiöses Bekenntniß abgebe, ferner, daß jedes Kind zu irgend einem religiösen Bekenntniß erzogen werde. Endlich muß er Bekenntnissen, die dem Sittengesetze oder dem Staatsgesetze zuwiderlaufen, die Zulassung versagen können. Giebt man ihm diese Rechte nicht, so führt man ihn bei der materiellen Richtung unserer Zeit, der Unnatur der industriellen Beschäftigungen, dem Ueberarbeiten der unteren Classen nothwendig zur Verthierung, da ja die Schule des grundsätzlich religionslosen Staats hier gar kein Gegenmittel bieten kann. — Ich gestehe, daß ich Zustände dieser Art noch mehr fürchten würde, als den Ultramontanismus, der im ganzen Leben der Gegenwart zu viel Gegengewicht hat.

d. 9.

Die beiden letzten Tage bin ich nicht zum Schreiben gekommen. Der König erklärte am Freitag: Wenn das Ministerium abginge, so wolle er auch fort. Wir sollten sagen, ob er uns Wort gehalten. Das mußten wir eingestehen. So hat er denn uns auch zugestanden, daß wir suchen möchten, so viel als möglich auf dem Wege der Unterhandlung zu retten. Er verlangte aber, eine öffentliche Erklärung abzugeben, die in der Anlage beiliegt. [1]) Sie machte gestern am Schluß der Ständeversammlung großen Eindruck. Bodungen schwatzte und brachte der Centralgewalt ein Hoch aus, das niemand erwiderte. Lang wüthete und drehte sich in seiner Rede herum wie ein Kreisel. Niemand wußte, was er wollte. Lehzen sagte einige Worte. Hantelmann nahm das Hoch auf den Erzherzog Johann auf, das nun gerufen wurde. Nun mußte ich auch ein Hoch auf den König bringen, das mehr Anklang fand. — Nach der Vertagung hat

[1]) Vgl. Oppermann. II. S. 160. JCB Stüve. II. S. 41. Das vom 7. Juli datirte Schreiben, in welchem die Absicht des Königs, eventuell abdanken zu wollen, erklärt wurde, kam am 8. in den Kammern zur Mittheilung.

Bodungen noch das Gesammtministerium leben lassen. So sind wir nun auch in diese Schreierei hineingerathen. Um 1 Uhr haben die Mitglieder der 2. Cammer noch miteinander gegessen, und dann sind die meisten fortgegangen. Es ist die allgemeinste Befriedigung, mit der meines Wissens noch ein Landtag geschlossen ist. So wirds im Lande wirken. — Wir sind nun mit der 1. Cammer über alles fertig geworden. Nur das Gesetz über den Antheil der Gemeinden an den Predigerwahlen ist nicht zu Ende zu bringen gewesen, was auch nicht so Noth war. Hinterher hat es sie gereut, weil sie endlich fühlten, daß es eine Wohlthat für sie war, jetzt so viel als möglich abzumachen. Ihre Patronatsrechte sind nun geliefert.

Wollte Gott, es stünde jetzt nirgend schlimmer. Aber wo wären wir wohl, wenn wir statt dieser „unfähigen" Ständeversammlung eine constituirende berufen hätten!

Daß Sie mit Merkel und Breusing nicht zurecht kommen können, begreife ich wohl. Beide schreiben mir in diesen Tagen auch und klagen über Sie einigermaßen. Bitte, suchen Sie doch das freundliche Verhältniß zu unterhalten. Die Stimmung der Leute ist wirklich jetzt so, daß sie conservativen Ideen zugänglich sind. Geben Sie ihnen dieselben in einer Form, daß sie dieselben verdauen können.

Und nun leben Sie wohl und lassen Sie mich bald mehr hören.

Ihr

JCBS.

Der alte Smidt [1]), der eben von mir geht, macht mich nach einem Briefe von Banks [2]) darauf aufmerksam, daß die diplomatischen Verbindungen Deutschlands von der Erhaltung des Bundestags abhängen, und daß der englische Gesandte deßhalb Frankfurt verlassen hat, um nicht in Verlegenheit deßhalb zu kommen. Hier zeigt sich recht unsere Rohheit und der Schaden, den das Abreißen aller Traditionen den Regierungen bringt. Ueberhaupt: Vides mi fili quantilla sapientia regitur mundus!

Nr. 36. Frankfurt, 11. Juli.

Ihren Brief vom 2., verehrtester Freund, hab ich erhalten. Über den Inhalt ein andermal, da ich heut in dem Trubel der erwarteten Ankunft des Erzherzogs Ihnen nur schreibe, um Ihnen die Anlage mitzutheilen: die Vorschläge der vom Verf.-Ausschuß niedergesetzten Sub-Comission über die Befugnisse der Reichsgewalt. Ich muß mir dieselben aber, da sie nur an die Ausschußmitglieder vertheilt ist und die Berathung schon bald be-

[1]) Bürgermeister Smidt von Bremen. — [2]) Syndikus der Stadt Hamburg.

ginnt, wieder zurückerbitten, wenn Sie Abschrift davon haben nehmen lassen; wollen Sie mir Randbemerkungen hinzufügen, so werde ich diese dankbarlichst aufnehmen und bei der Berathung zur Geltung zu bringen suchen — aber wahrscheinlich ohne großen Succeß. Sie sehen, wie viel weiter diese Vorschläge gehen als der Entwurf der XVII, und wie die schlimme Eventualität, von welcher Ihr Schreiben an die Stände vom 8. spricht, nur allzuwahrscheinlich ist. Dieses Schreiben, das gestern hier ankam, hat großes Aufsehen gemacht — es ist gut, daß zwei Tage dazwischen liegen, ehe es auf die Tribüne gebracht werden kann, und daß bis dahin die Ansichten sich wohl etwas geklärt haben werden. Mich hat es anfangs furchtbar afficirt, jetzt bin ich ruhiger geworden und gönne meinen würdigen Landsleuten die ungeheure Aufregung, in welche sie durch dasselbe versetzt sind, da sie mich wegen meines Voti über die Centralgewalt fast verläugnet und fort und fort gekreuzigt haben; sie wollen heute Abend zusammenkommen, um zu berathen, was etwa von ihnen aus zu thun. Ich will hingehen, um, wenn's möglich, von unüberlegten Erklärungen abzurathen. — Was wird das Land sagen, wenn der Militär-Etat verdoppelt werden soll! [1]) Dem großen Volkstribunen Hantelmann [2]) hatte ich die Klemme gegönnt zwischen seiner deutschen und seiner hannoverschen Stellung.

Ihr

Detmold.

Nr. 37. Hannover, 14. Juli.

Mit bestem Dank remittire ich Ihnen, lieber Freund, die Anlage nebst einigen flüchtigen Bemerkungen. Im Ganzen ist wieder der Eindruck wie bei den Grundrechten. Kleinliches Eingehen in Einzelnheiten, statt Grundzüge festzuhalten. Die Militär-Capitel sind etwas gebessert; auch die Gesetzgebung — aber wenig, und man bekommt immer mehr das Gefühl, welches einen ergreift, wenn man die Constitutionen von 1789, 91, 93, 95, 98, 1801, 1804 nach der Reihe lieset, oder im Dante: [3])

— — — tu fai tanto sottili
I tuoi provvedimenti; che a mezzo Novembre
Non giunge quel che tu di Ottobre fili!

Welches Schwanken wird nun Deutschlands Loos werden, und das alles begonnen mit großer Herrlichkeit und Taumel. — Erzherzog Johann hat

[1]) Am 15. Juli beschloß die Versammlung, die Streitmacht Deutschlands auf 2 % der Bevölkerung bringen zu lassen.

[2]) Advokat in Hannover, Mitglied II. Kammer.

[3]) Purgat. VI, 143.

sich m. E. höchst übereilt in Alles gestürzt, hat Republikanern, Nationalversammlung, Fürsten, kurz jedermann versprochen, was gewünscht wurde. — Wird er es halten können? Wird er den Ruf des ehrlichen Mannes behaupten können?

Preußen handelt auf keinen Fall ohne Nachgedanken, kann das ja nicht.

Diese Herrlichkeit wird fortdauern, bis die Kosten und der Druck kommen. Dann wehe der Einheit. — Man hindere auch nur den dänischen Frieden, dann werden wahrlich die Küsten die Laune nicht behalten. Die Schleswig-Holsteiner sind offenbar unwahr, indem sie das Schleswiger Volk für deutsch ausgeben. Das ist nur die Aristocratie.

Heut ist hier von Hamburg angeregt eine Arbeiter-Versammlung. Da sollen die Zünfte in den Herbergen auf 50 je 2 Deputirte wählen. Diese treten in der Versammlung zusammen. Dann solls nach Frankfurt. Morgen ist die Versammlung der Volksvereine. Hier hat man zu derselben gewählt, und zwar die Herren Karmarsch [1]), Cohen (Honeck) [2]), Schläger. [3]) — Wir werden ja weiter sehen.

Die Anlagen bitte ich an Merkel gelangen zu lassen, der mir geschrieben hatte, und den so wie die übrigen Landsleute ich dringend Ihrer Freundlichkeit empfehle. Sie fühlen sich gedrückt von Ihnen und klagen sehr, daß es ihnen an einem Redner fehle. Dazu, meinen sie, tauge Bening. [4]) Ich glaube aber, der ist viel zu sanguinisch. — Wir haben Wangenheim abberufen. Einen Bevollmächtigten wollen wir noch nicht senden. Wir hören nämlich, Schmerling, der Minister des Innern, beabsichtige eine Rundreise, um sich mit den Regierungen in Verbindung zu setzen. Das wollen wir erwarten. Es wäre das Klügste; aber das ganz unter uns und nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Setzen Sie auf die künftige Reichsverfassung das Motto aus Pestalozzi, Lienhard und Gertrud, im Leben des Vogts Hummel:

Was ihm träumte das sollte Recht sein!

In Würtemberg und Sachsen scheinen die Mediatisirungs- und Vergrößerungspläne recht zu nisten. Bei uns Gottlob nicht.

---

[1]) Direktor der polytechnischen Schule.

[2]) Schriftsteller, Mitredakteur der demokratischen Hannoverschen Morgenzeitung.

[3]) Dr. Schläger, Bürgervorsteher, Redakteur der Vaterlandsblätter.

[4]) Regierungsrath, damals Generalsekretair des Gesammtministeriums.

Nr. 38. Frankfurt, 15. Juli.

Ich würde Ihnen, theuerster Freund, über die unerhörte Schmach des gestrigen Tages lieber noch nicht schreiben, weil mir die Sache noch zu nahe liegt, wenn ich nicht gehört hätte, daß Wachsmuth nach Hannover ginge und ich nun doch das Ein und Andere von den betreffenden Notizen wenigstens gleichzeitig zu Ihnen gelangen lassen wollte.

Ihr Schreiben vom 9. habe ich erhalten, das Rescript vom 7. war hier schon einen Tag früher eingetroffen. Die Hannoverschen Deputirten waren zusammengetreten, was zu thun, da nicht zu verkennen, daß ihre Stellung dadurch unangenehm geworden. Es wurden die albernsten Anträge mit größter Erbitterung gestellt; H. von Reden, der dabei schamlos seine eigenen Griefs gegen Sie, seine vielfachen, nie beantworteten Briefe und dergl. auskramte, und Lüntzel an der Spitze; daß auch Grumbrecht, Freudentheil, Nicol pp. die schärffte Form wollten, ließ sich von denen im Voraus erwarten und nehme ich denen nicht übel, wohl aber, daß Breusing in gleicher Weise verblendet war und noch mehr der hölzerne Wachsmuth, der hier allen Halt verloren zu haben scheint, namentlich da Bothmer, der viel über ihn vermag, der ihn aber seit gestern auch durchaus satt hat, nicht hier war (und gestern erst wieder kam). Nur Merkel war — gegen seine Natur — milder. Um Hugo, mich und einige andere für die Theilnahme an dem beabsichtigten Schritt zu gewinnen, entschied man sich endlich für die letzte, sehr matte und nichtssagende Erklärung.[1]) Ich hatte von Anfang an von jeder Erklärung, von jedem Ergreifen der Initiative abgerathen und auf die Defensive als das Bequemste und Leichteste hingewiesen; die Leute meinten aber, wenn sie eine solche Erklärung abgeben, würde die Sache gar nicht weiter gerührt, jede Discussion vermieden, und waren von dem Irrigen dieser Ansicht nicht abzubringen. Die Theilnahme an dieser matten und milden Erklärung weigerte ich wegen des ersten Satzes, der etwaige Vorbehalte des Schreibens vom 7. für unzulässig und wirkungslos erklärt, weil nach meiner Ansicht das nur entweder der Nat.-Versammlung oder der Hannoverschen Regierung, nicht aber den Hannoverschen Deputirten zukommen könne; den 2. Satz war ich, obgleich er sich von selbst verstand, zu unterschreiben bereit. So blieb ich von der Erklärung fern, mit mir Deymann. — Von der Verhandlung selbst sage ich Ihnen nichts, Sie müssen in den stenographischen Berichten die Verhandlung[2]) selbst lesen, um einen Begriff von der unglaublichen Taktlosigkeit derer zu bekommen, die sich Anhänger der konstitutionellen Monarchie nennen! Wir sind gestern

[1]) Vgl. v. Wangenheim, Aktenstücke, S. 217.

[2]) Ueber die Vorgänge vgl. Oppermann, II., S. 638, v. Hassel, I., S. 639.

der Republik um einen guten Schritt weiter gerückt (beiläufig gesagt war der König von Würtemberg und ein sächsischer Herzog, Gottlob ohne daß man's wußte, in der Versammlung gegenwärtig). Ich hatte das Wort verlangt, ungern, weil ich nicht auf die Tribüne gehöre, und daß ich's nicht erhielt, weil der Schluß gefordert wurde, freut mich jetzt, weil ich zu erbittert war. Um die Sache aber ganz zu verstehen, müssen Sie wissen, daß ein Antrag wegen der Preußischen Erklärung[1]) hinter dem Wesendonckschen[2]) stand, und daß man Seitens der Majorität die Hannoversche Regierung den Bestien gewissermaßen vorwarf, um Zeit für die Preußische Regierung zu gewinnen, namentlich auch wegen des Jacobyschen Antrages[3]) in Berlin. Der Wydenbrugk'sche Antrag[4]), der durchging, ist Gottlob viel milder und unschädlicher, als er gemeint war.

Soviel für heute, und nur für den Fall, daß Wachsmuth, der um die Generalsekretairstelle in 1. Cammer ambirt, die Unverschämtheit haben sollte, sich bei Ihnen sehen zu lassen, nachdem er (in den 3 Versammlungen der Hannoveraner) sich wie geschehen ausgesprochen; ich hörte gestern, er beabsichtige, in Hannover in einer Volksversammlung zu reden.

Sie aber, theurer Freund, bitte ich auf das dringendste und beschwöre Sie, halten Sie auf Ihrem Posten aus. Nun Sie das ungeheure Opfer gebracht haben, lassen Sie auch das Land den Nutzen davon haben.

Ihr

Detmold.

Rumann ist seit 14 Tagen hier; was mich gestern am meisten erbitterte, war, daß ich ihn, der toto die auf Hannover schimpft und dadurch sich hier markirt, auf der Gallerie vermuthete.

Nr. 39. Frankfurt, 20. Juli 1848.

Nach ihrer neulichen Mittheilung, verehrtester Freund, erwarten Sie Schmerling dort. Nun aber trägt er mir auf, Ihnen mitzutheilen, daß er die Absicht jener Rundreise nur in der Voraussetzung gefaßt, daß das Ministerium vollständig besetzt werden würde, und daß er unter den jetzigen

---

1) Vgl. Deutsche Chronik 1848, S. 66.

2) Welcher gegen die Hannoversche Regierung gerichtet war.

3) Nach demselben sollte die preußische konstituirende Versammlung mißbilligen, daß die Frankfurter Versammlung einen unverantwortlichen Reichsverweser ernannt, zugleich aber aussprechen, daß es der preußischen Regierung nicht zugestanden habe, Vorbehalte zu machen, wie in der Erklärung vom 4. Juli geschehen.

4) „Unumwundene" Anerkennung der Centralgewalt von der hannoverschen Regierung zu verlangen.

Umständen in keiner Weise hier abkommen könne. Er war besorgt wegen einer Erklärung von Ihnen auf den Beschluß der Nat.-Versammlung über Ihr Schreiben vom 7. d. M. Ich meine aber, da jenes Schreiben gewissermaßen oder vielmehr eigentlich den Preis bildete, um welchen der König sich der neuen Ordnung oder Unordnung fügte — so braucht man in dieser Beziehung nicht weiter besorgt zu sein, so widerwärtig die Sache auch ist, zumal alle Schreier dort und im Lande sich derselben bemächtigen. Wenn Sie erklären, daß jenes Ihr Schreiben die gewünschte Anerkennung ganz eigentlich enthalte u. s. w., so treffen meine Hoffnungen und Erwartungen zu. Daß die Morgen-Zeitungs-Clique und was daran hängt und gleichgesinnt ist, die Sache ausbeuten werden, läßt sich denken; gut nur, daß der Beschluß wegen der 900000 Mann und mehreres, was sicher die nächsten Tage und Wochen bringen werden, einen Dämpfer auf den Hannoverschen Freiheits-Schwindel setzen werden. Denken Sie sich, Herr Superintendent Crome[1]) hat hierher geschrieben und bohrt mächtig zum Einschreiten der Nat.-Vers. gegen die Hannoversche Regierung, namentlich in Betreff des Zwei-Cammer-Systems.

Im Verf.-Ausschuß gehen seit 8 Tagen die Berathungen über die Befugnisse der Centralgewalt pp. ihren unseligen Gang. Die einflußreichsten Preußischen Deputirten haben schon ganz offen mit einer Lossagung Preußens gedroht, selbst wenn der König von Preußen und das Ministerium sich fügen würde; Hansemann hat an Beckerath[2]) einen ernst abmahnenden Brief geschrieben; aber es ist eben ein Taumel über die Massen gekommen, der sie blind macht. Der Geschichte und der natürlichen Entwickelung wollen sie nichts überlassen, Alles fix und fertig machen, als wenn Morgen der jüngste Tag käme. Und das Berliner Cabinet scheint voller Hintergedanken zuzulauern — wenn es sich nur nicht hinsichtlich des Volkes verrechnet, dem das Preußische Nationalbewußtsein nicht vergebens beigebracht worden.

Ihr

Detmold.

Nr. 40. Hannover, 21. Juli.

Mit dem besten Dank für Ihre letzten Zeilen muß ich Ihnen, lieber Freund, doch melden, wie es hier steht. Für den Augenblick scheint der unitarische Enthusiasmus oben zu seyn; wenigstens haben Schläger und Mensching im Volksverein gestern für eine ziemlich starke Addresse die Mehr-

---

[1]) In Markoldendorf. Er hatte schon 1833 wegen des Zweikammersystems gegen das Staatsgrundgesetz gestimmt.

[2]) Demnächst Reichsfinanzminister.

heit erlangt, gegen Karmarsch und Wachsmuth, der bei mir nicht gewesen, wie es scheint aber von seinem Frankfurter Rausche schon sehr abgekühlt ist. Er hat hier auch anfangs noch die Meinung verbreitet, die alberne Addresse der Hannoveraner sey ein nothwendiges Milderungsmittel gewesen. Faute de mieux lügt nun die Morgenzeitung, Schmerling werde täglich hier erwartet. Man hat gesagt, ich sey nach Berlin u. dgl. mehr. Diese Lügen sollen offenbar nur aufregen. So hat man gestern zu Hildesheim auf dem Schützenfeste (das sonst ziemlich abgelaufen ist, wo man aber Weinhagen und den Erzherzog hochleben lassen) schon gelogen, Schmerling sey da und der König abgereiset. Wenn S. übrigens kommt, so wird es uns genehm seyn, und wir werden gar nicht suchen, ihm die Stellung zu erschweren. Für jetzt hat der König das Gesetz anerkannt, d. h. so lange der Erzherzog Reichsverweser ist. Damit ists genug; über Eventualitäten sich zu erklären, ist keinem Menschen anzusinnen, und ganz unmöglich bei einem so schlecht zusammenhängenden Dinge wie das „Gesetz". Meiner Ansicht nach ist die Haupteventualität, für die der König sich den Rücktritt offen hält, wenn etwa eine persona ingrata (der Namen Gagern fiel einmal vor) zum Reichsverweser ernannt werden sollte.

Es ist der merkwürdigste Unterschied, daß, während im übrigen Deutschland (so auch in Berlin) die ordentlichen Leute vom Reichsverweser Herstellung der Ruhe und Ordnung hoffen, hier die Lumpe und Anarchisten auf denselben ihre Hoffnungen stützen. Sie werden sich darin jedenfalls täuschen, und dann hat das Reich freilich auf ihre Hülfe keine Rechnung mehr zu machen.

Die hiesigen Kaufleute sind über den abrupten Antrag auf einen allgemeinen exclusiven Eingangszoll auf Gewebe und Herabsetzung der Steuer auf Caffe und Reis in Bewegung. Dieser Antrag ist auch ein rechter Beweis der Verworrenheit in den dortigen Köpfen. Wenn die Nationalversammlung wirklich ihr Verfassungswerk zu Ende bringen sollte, so wird am Ende sie sich in derselben Lage befinden, wie die Constituante, die auf den Antrag Malouets eine Menge von ihren Beschlüssen wieder aufhob und modificirte.

Ich bin sehr gespannt auf die Entwicklung der Waffenstillstandssache, (worüber die Berliner Zeitungscorrespondenten uns wieder belügen). — Man glaubt, Preußen könne nicht nachgeben; thue es solches aber und rücke in Jütland ein, was bei Fortsetzung des Krieges garnicht zu vermeiden, da das Leben in Schleswig an den Küsten nicht auszuhalten, so würden 24 m M. Russen und 20 m M. Schweden herüber gehen. Man werde dann einer Macht von 70 m M. bedürfen, und da Preußen dann seine

Ostgränzen nicht entblößen könne, so würden die Süddeutschen verstärken müssen. — Schwerlich wird Preußen sich in diese Lage bringen und scheint deßhalb ernstlich ein besseres Verhältnis zu seinen Nachbarn zu suchen. Dabei ist aber nicht zu läugnen, daß in Berlin der Strom trotz der Abstimmung gegen Jacoby doch ziemlich in deutscher Richtung läuft und die Regierung muß daher gewiß vorsichtig seyn. M. E. hofft man dort auch von der Reichsgewalt Ordnung, weil die Regierung selbst solche nicht zu schaffen vermag.

Ein sehr großes Uebel ist m. E., daß die größeren Staaten durchweg nicht ehrlich sind. So wie Württemberg Baden schlucken möchte, Baiern die Pfalz, vielleicht auch etwas östliches, so scheint in Sachsen eine ganze Fluth von Gelüsten nach Wiedererlangung alter Größe zu brausen. Dafür würde man dann Preußen aus fremdem Eigenthum entschädigen wollen. — Daß man uns in die Massa dividenda zu ziehen denke, habe ich noch nicht gehört, so wie wir auch kein Gelüste dieserhalb besitzen; allein wie verderblich eben diese Unredlichkeit der Regierungen seyn muß, brauche ich nicht zu sagen. Diese sollten sich nur auf den Besitzstand gründen. Da ist ihre einzige Kraft.

Es ist merkwürdig: nach 1650 sind die Regierungen oben auf gekommen, weil sie Deutschheit vertraten; jetzt sind sie nicht in dem Gange, sondern die Völker. Wahrscheinlich kommen diese oben auf. Und doch kommt Deutschland nur zur Kraft, wenn Beide sich einigen.

Was unser Landtag gebracht, habe ich in der Anlage[1]) zusammengestellt. Es wird Sie interessiren. Mir ist fast zu viel erreicht. Die Zusammenstellung hat mich wehmüthig gestimmt.

Nun noch die Bitte: sondern Sie sich nicht zu sehr von unseren übrigen Leuten ab. Sie werden sich doch zweckmäßig ergänzen können. — Sonst reißt Mißtrauen ein, was doch nicht taugt.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wäre von der Anlage nicht etwas für Zeitungen zu verarbeiten? Etwa die Deutsche, damit man doch erfährt, daß von dem alten Hannover kein Stein auf dem Andern, und worin unsere Kraft hier steckt. Ich lege deßhalb 2 Exemplare bei. Breusing habe ich auch eins geschickt.

---

[1]) Ein Flugblatt Stüves: „Die Resultate des Landtags". Abgedruckt im Osnabrücker Volksblatt Nr. 43.

Nr. 41. Frankfurt, 27. Juli.

Entschuldigen Sie, theurer Freund, daß ich Sie in dieser schlimmen Zeit mit einer persönlichen und unangenehmen Angelegenheit behellige. Mir ist eben beiliegendes Schreiben von einigen meiner Wähler aus Essen pp. zugegangen. Der Assessor Wedekind, Bruder des Bruchhäuser[1]), will gar zu gern hierher zu Bruder und Vetter (der Condeputirte W. sitzt hier noch immer); von ihm geht ohne Frage dieses pöbelhafte Schreiben aus. Da es nur von wenigen Leuten unterzeichnet ist, die das Prädicat „Wahlmann" hinzugefügt haben, so muß ich vermuthen, daß von den eigentlichen Wählern nur sehr wenige Antheil daran haben, vermuthlich nur die, welche nicht mir, sondern Wedekind ihre Stimme gaben. Sagen Sie mir Ihren freundschaftlichen Rath, wie ich mich verhalten soll, ob ich das Mandat zurückgeben oder behalten soll. Ich habe, um jenen Punkt wegen der Wähler zu constatiren, an Buddenberg geschrieben; der Brief an diesen kann Sie nicht interessiren, enthält auch nur Bekanntes, aber das Schreiben der Leute müssen Sie lesen.[2]) Zuerst hab ich mich eine Viertelstunde geärgert, weil ich aber die Absicht merkte, wurde ich besser gestimmt. Der Dr. jur. Meyer aus Essen, der mitunterzeichnet ist, ist das Ihr Freund? Schreiben und Brief an Buddenberg lassen Sie wohl dort gütigst zur Post geben und sagen mir dann — ohne allen Rückhalt, ohne Schonung — Ihre Ansicht, was ich thun soll. Gegen Sie brauche ich mich wohl nicht zu vertheidigen.

Eine angenehme Nachricht will ich noch hinzufügen. Über den albernen Entwurf, die Befugnisse der Reichsgewalt betr., hat der Verf.-Ausschuß

---

1) Der Abgeordnete Amtsassessor Wedekind von Bruchhausen.

2) Das Schreiben an Detmold, welches ihm besonders die Nichtbetheiligung an der Erklärung der hannoverschen Abgeordneten vom 12. Juli zum Vorwurf macht, wurde in der Weserzeitung Nr. 1440 vom 29. Juli veröffentlicht. Den Brief an Buddenberg, worin Detmold sich ausführlich über sein Verhalten ausspricht, ließ Ersterer im Osnabrücker Volksblatt Nr. 50 vom 4. August abdrucken. Gegenüber dem ihm zugleich gemachten Vorwurf der „Passivität" bemerkt er, daß er allerdings seines schwachen Organs wegen keine „Reden" halten könne, weist aber auf die anstrengende Thätigkeit im Verfassungsausschusse hin, wovon er u. a. sagt: „Ich habe in diesem Ausschusse nach besten Kräften gewirkt, und, wie ich glaube, im Sinne der großen Mehrheit unseres Landes; so habe ich mich namentlich bei Berathung der Grundrechte im Ausschuß dem unsinnigen Nivelliren widersetzt und Berücksichtigung und Schonung der Eigenthümlichkeiten, Sitten und Institutionen der einzelnen Volksstämme gefordert, welche durch Anträge auf allgemeine Freizügigkeit, Aufhebung aller Majorate und Minorate u. dgl. m. gefährdet waren — und zwar habe ich mich dieser Tendenz zum Nivelliren eben im Interesse der wahren Einheit widersetzt, weil ein solches unnützes und unnöthiges Einschneiden in die Eigenthümlichkeit der einzelnen Stämme nur eine Reaction gegen die Einheit hervorrufen kann."

14 Tage lang berathen, ohne sonderlich weiter zu kommen. Bei den Paragraphen über die Wehrverfassung zogen wir den Reichskriegsminister zu. Der Mann, der nicht allzu bedeutend, aber ehrlich und tüchtig scheint, hörte einige Sitzungen bei all dem Unsinn zu. Gestern Abend nun erklärte er, daß der Entwurf ein Unsinn sei und eben im Interesse der Einheit ein so albernes Centralisiren zu verdammen sei. Nun legte er seinerseits einen Entwurf über diese Angelegenheit vor, der sehr praktisch und vernünftig ist und dem auch Sie dort gewiß mit Vergnügen Ihre Zustimmung geben werden. Viele Mitglieder des Verf.-Ausschusses machten lange Gesichter, aber die Majorität sprach sich sofort für den Antrag im Allgemeinen aus (zur Berathung und Abstimmung ist es noch nicht gekommen). Peucker hat ohne Frage derbe Briefe aus Berlin erhalten, wo man sich endlich zu besinnen und zu ermannen scheint. Den Peuckerschen Entwurf denke ich Ihnen Morgen schicken zu können.

Der Ihrige

D.

Nr. 42. Frankfurt, 28. Juli.

Hierneben, liebster Freund, erhalten Sie den vom Kriegsminister vorgelegten Entwurf über die Wehrverfassung. Danach lautet das Mögliche denn allerdings sehr anders als der frühere Entwurf. Nach langer, unerquicklicher Berathung hat sich der Ausschuß gestern über einen Grundsatz geeinigt, daß nämlich die Verfügung über die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande der Reichsgewalt zustehe — also ohne Unterschied, ob Krieg oder Frieden. Dieser Grundsatz geht zwar weiter als der Entwurf des Kriegsministers, aber ohne allen Zweifel werden die Grundsätze und Bestimmungen, über die man sich heute einigen wird, jenen obersten Grundsatz auf das Maß beschränken, das der Entwurf des Kriegsministers beabsichtigt. Sie brauchen mir diesen Entwurf nicht zurückzuschicken.

Wie mir gestern Abend Gagern sagte, ist von einem Theil meiner Wähler eine Petition bei der Nat.-Vers. gegen mich eingelaufen, und eine Stunde später erfuhr ich, daß dieses den Journalisten bereits seit einigen Tagen bekannt sei, — ein Beweis mehr, daß die Familie Wedekind dahinter steckt, da der Dr. med. W., der ehemalige Condeputirte, sich hier, angeblich als Correspondent für die in Nienburg erscheinende Zeitung, unter die Journalisten hat einzeichnen lassen, vielleicht nur, um einen ständigen Platz zu erhalten. Wahrscheinlich hat auch sein Vetter, Amtsassessor Wedekind, der Bruder dessen, der auf meinen Platz aspirirt, die Petition übergeben. Wahrscheinlich oder vielmehr ohne Zweifel ist diese Petition gleichlautend mit der gestern Ihnen übersandten Adresse, jedenfalls wenigstens

von denselben Leuten ausgehend. Die Adresse war mir unangenehm, weil sie die Entscheidung in meine Hand stellte; die Petition an die Nat.-Vers. kann mir nur sehr gelegen sein, denn die nimmt die Entscheidung mir aus der Hand und giebt sie der Nat.-Vers., und diese — sie mag noch soviel von der Souveränetät des Volkes faseln — wird sich wohl hüten, den Grundsatz anzuerkennen, daß die Wähler den Abgeordneten wegen eines mißliebigen Voti zurückrufen können. Darin werden alle Partheien einig sein, und gelingt es mir: nur, daß die Sache zur Verhandlung gelangt, so werden Ihre Osnabrückschen Landsleute sehen, daß sie sich verrechnet haben.

Den Rausch für deutsche Einheit, der jetzt in Hannover epidemisch ist, begreife ich nicht; er ist so hölzern, so dumm unnatürlich und so offenbar schädlich, daß ich's nicht begreife. Indessen habe ich mir längst den Satz abstrahirt, daß, je unnatürlicher der Rausch, desto natürlicher der Katzenjammer — und so wird der nicht auf sich warten lassen. — Können Sie denn nicht irgendwie, sei's selbst durch Zimmermann [1]), auf die Presse wirken lassen? aber nicht durch Artikel der Hannoverschen Zeitung, sondern der Weser-Zeitung, der Bremer Zeitung, des Hamburger Correspondenten und ähnlicher Blätter. In dem Hamburger Correspondenten habe ich selbst in diesem Sinn vor einigen Tagen geschrieben; leider rauben mir nur die vielen Sitzungen, namentlich die des Ausschusses, alle Zeit. Die Reaction gegen jenen Einheitsrausch à tout prix wird erfolgen, aber es wäre gut, ihn [sie] zu befördern.

Die Linke, die schon längst en deroute ist, ist durch die gestrige Abstimmung in der Polensache [2]), namentlich durch das Schicksal des Nauwerckschen Antrages, eines elenden Kniffes, auf den sie die größte Hoffnung gesetzt hatte, fast ganz desorganisirt und vernichtet; komischer Weise hat sie nur unsern Freund Breusing gewonnen. Daß Frankreich sich die Polen vom Halse schaffen will, ward nicht einmal urgirt, und Schmerling und Peucker, die anfänglich hatten reden wollen, ließen es gut sein, weil sie sahen, wie die Sache stand.

Wahrscheinlich wird Schmerling Ihnen gestern geschrieben haben oder heute schreiben wegen der formellen Anerkennung, da er von der Nat.-Vers. nicht gern gemahnt werden möchte. Ich war gefragt worden: ob ich es für zweckmäßig halte, daß der Reichsverweser seine Rückreise über Hannover nehme und den König besuche? Ich hatte entschieden mit Ja geantwortet

---

1) Archivsekretär. Vgl. über diese Persönlichkeit von Hassel. II. Abth. 1, S. 240.

2) Die Versammlung beschloß, die durch Bundestags-Beschlüsse vom 22. April und 2. Mai erfolgte Aufnahme von Theilen des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund anzuerkennen.

und die Sache war beschlossen; nun höre ich, daß ein anderer Hannoveraner, soviel ich weiß Merkel, auch gefragt worden, und daß der entschieden abgerathen. Nun ist die Sache zweifelhaft, was mir sehr leid. Lassen Sie diese Notiz aber unter uns bleiben. Wenn Sie Wangenheim als Bevollmächtigten herschicken, wie ich höre, empfehlen Sie ihm doch, daß er sich unter Menschen begiebt, um von den Dingen zu hören, und daß er nicht so übersprudelnd schwätzt. Er sitzt immer auf dem Zimmer und erfährt nur, was Usedom und der alte Smidt ihm zutragen, und sprach er Jemanden, so ersäufte er ihn mit Geschwätz, wodurch er hier im schlimmen Sinne bekannt geworden, was mir seiner übrigen trefflichen Eigenschaften wegen leid ist.

Der Ihrige

D.

Nr. 43. Hannover, 29. Juli.

Nehmen Sie es nicht übel, lieber Freund, daß ich Ihnen auf mehrere Briefe die Antwort schuldig geblieben bin. Es war aber nichts entscheidendes zu melden. Für Ihre Mittheilungen bin ich darum nicht weniger dankbar gewesen, namentlich was die Notizen von Hr. v. Schm. angeht. Es werden in diesen Tagen freundliche Schreiben abgehen, jedoch vom Gesammtministerium, nicht von den einzelnen Ministerien, die sich auf solche Correspondenz nicht einlassen können. Sehr unangenehm sind die Schreiben des Kriegsministers gewesen. Was aus dem 6. [1]) wird, weiß ich noch nicht. Der König hat die Sache — die ja von ihm nach unserer Verfassung dependirt — sehr übel aufgenommen, was hauptsächlich Folge der Schreiben war, wiewohl auch die Proklamation so unvorsichtig ist, als habe man absichtlich den Sturm in Preußen, der durch alle alte Provinzen geht — wenn auch nicht einmüthig — hervorrufen wollen. Es scheint allerdings die Sache der Einheit in eine Krisis eingetreten zu seyn; und die Versammlung mag sich zusammennehmen, um durch wahrhafte Leistungen etwas zu gewinnen, damit nicht der Sturm der Meinung gegen sie laufe. Hier scheint der Sturm vorüber. Nachdem in dem „Volksverein“ die Schlägersche Adresse adoptiert war, ist solche nachher ohne Erfolg zu ferneren Unterschriften ausgelegt. Expost hat man nun noch die dort abvotirte mildere Adresse [2]) ausgelegt, doch wie es scheint, auch ohne große Wirkung.

---

[1]) Nach Anordnung des Reichskriegsministers von Peucker vom 16. Juli sollte am Sonntag, den 6. August, von allen deutschen Bundestruppen eine Parade abgehalten und dem Reichsverweser gehuldigt, von diesem Tage an auch die deutschen Farben in Cocarden und Bändern an den Pannieren angelegt werden.

[2]) Die beiden Adressen bei Oppermann, II., S. 126/127.

Die Bürgervorsteher hatten abgelehnt, ein Fest für den Erzherzog anzustellen. Da hat der Volksverein (Hr. Peters) das wieder aufgenommen. Das Ende weiß ich nicht. Ähnlich wirds im Lande seyn.

Was Ihre Sache angeht, so ist die Adresse von mehreren Landkrämern, Bauern und Schulmeistern im Amte Wittlage ausgegangen und steht auch in der Weserzeitung. Daß Wedekind dabei betheiligt, glaube ich kaum. Eher möchte ich den Dr. Meyer in Verdacht haben, der sehr radical geworden seyn soll. Ich erwartete ähnliches, nach Äußerungen aus Osnabrück, wo durch Briefe von Frankfurt und Reisenden-Gespräche die Sache getrieben zu seyn scheint. — An Buddenberg werde ich schreiben. — Gestern hatte ich einen langen Brief von Breusing, der mich denn auch belehrte. Er bleibt sehr an der Oberfläche, wie denn wirklich diese Sachen für die meisten Leute viel zu tief sind; und dennoch wollen die Narren eine Verfassung mit so vieler Spezialität verfassen. Sie sollten sich an wenigem (Volksvertretung, Heerwesen, Bundesgericht) genügen und die weitere Ausbildung der Zukunft überlassen. — Aber man will doch sein Licht leuchten lassen. Leider sehe ich auch aus Br.'s Briefe, wie weit Sie mit diesem und den übrigen auseinander gekommen. Läßt sich das gar nicht bessern? —

Wachsmuth schrieb mir am Dienstag einen recht albernen Brief mit den abgeschmackten Klagen, daß die Regierung sich um sie nicht bekümmere; Passivität kam auch darin vor. Ich dachte, er hätte ein Concept davon behalten, und antwortete ihm daher ganz gehörig.[1]) Nun kam er Mittwochs angelaufen. Da habe ich ihm denn noch Bescheid gesagt. Es kam aber nun richtig heraus, daß er ein Concept hatte; also war auch meine Antwort nöthig gewesen. Schmidt von Fallingbostel hat mich auch besucht, er war schon an der Ruhr etwas herabgestimmt, da dort das Preußenthum bei seinen Verwandten sehr geherrscht hatte.

Es ist mir nichts so widerwärtig, als die an allen Höfen auftauchenden Arrondirungsgelüste. In Baiern scheint man uns wegen der günstigen Lage völlig zu beneiden. Schade nur, daß wir das gar nicht

[1]) In der Antwort (vom 23. Juli) heißt es am Schluß: Ich beklage es auf das tiefste, daß die Versammlung sich auf einen Boden hat verlocken lassen, der ihr ursprünglich nicht angewiesen war, und durch den sie sich die Lösung der schönen Aufgabe, die ihr zu Theil wurde, nach meiner schmerzlichen Ueberzeugung unmöglich gemacht hat. Das ist die ebenso unwahre als verderbliche Theorie der Volkssouverainetät. Diese hat es dahin gebracht, daß die Versammlung schon in diesem Augenblicke die Verfassung Deutschlands in die fehlerhafteste Republik aufgelöset haben würde, wenn nicht den Regierungen noch die traurige Pflicht obläge, gegen eine Strömung zu arbeiten, die nahe daran ist, das Vaterland in den Schlund des Verderbens herabzureißen.

zu würdigen wissen. Diese Arrondirungspläne und der Volkssouverainetätsschwindel halten sich völlig die Waage und sind auch beide gleich gut. Ueber Preußen ist gar nicht klar zu werden. Es scheint, daß der König einmal wieder nicht weiß, was er will. Da sollte doch der T . . . Minister seyn. Unsere Finanzen floriren. Wir haben c. 150000 Thlr. Ueberschuß in der Landeskasse, und Geld über Geld angeboten. Breusing meint aber, daß es wieder Geld gebe, komme blos von der Centralgewalt her. Das ist thöricht. Es liegt ganz anderswo.

Es werden dort Petitionen aus dem Meppenschen wegen Trennung von Kirche und Staat kommen. Die Formulare dazu sind von Frankfurt aus dahin geschickt, und die Pfaffen haben die Sache geleitet.

d. 30.

Der Brief ist gestern liegen geblieben, und nun kann ich Ihnen noch einiges mittheilen. Zuerst herzlichen Dank für den Entwurf des Heerwesens; er scheint mir sehr vernünftig, greift aber tief, da ja auch die Hauptsache, die Reichsfinanzen, dadurch beseitigt wird. Ich bin neugierig, wie man das dort aufnimmt. Dann von Berlin mehreres. Dort ist der Particularismus ganz wüthig, wird von der Reaction mit denselben Mitteln (Maueranschläge pp.) getrieben, wie früher die Radicalen gewirthschaftet. Die constitutionelle Parthei ist dadurch, insbesondere durch das Toben gegen Hannover, gespalten. Mein recht vernünftiger Correspondent meint, wenn die Paulskirche temporisire, werde die Sache in 4—6 Wochen vorübergehen. Setze sie sich aber auf die Hinterfüße, so sei das Schlimmste zu fürchten (er ist Freund der Söhne von Stockmar und Peucker). Ich hoffe das erstere, glaube aber, daß die Zeit des Enthusiasmus auch dann nicht wieder komme. Hier werden Sie mit dem Katzenjammer auch wohl um so mehr Recht haben, als mir dieser ganze gegenwärtige Rausch schon gänzlich forcirt scheint, und sehr viel ruhige Stimmen in andrer Ansicht durchklingen. Für die Zeitungen habe ich auch einiges gearbeitet. Der Hamburger Correspondent nimmts. Die Weser-Zeitung, die neulich einen großen Jubel aufschlug, daß nun endlich die Frankfurter Versammlung den Rechtsboden entschieden verlassen habe und revolutionär geworden sey, thuts nicht. Die Bremer ist noch schlimmer, überhaupt ist der Zustand in Bremen selbst schlecht. — Wir hoffen nun, den König auf den 6. August zu einigen Concessionen zu bewegen. Etwas Nachgeben hierin wird uns gut thun. Was Preußen thut, ist nicht recht klar. Jedenfalls möglichst wenig. Man wird aber von den Reichsministerien sich die Correspondenz mit den einzelnen Ministerien verbitten, wie wir das auch schon implicite gethan. — Ueber die Schleswiger Sache scheint man noch nicht klar zu seyn. Der Herzog

von Braunschweig hat die Deutschheit auch satt gekriegt, ist vorige Woche hier gewesen und hat sich dem Könige zur Disposition gestellt — was uns die Sache erschwert. — Uebrigens ist zu bemerken, daß die furiosen Preußen jetzt verlangen, Deutschland solle in Preußen aufgehen; Hannover, Süddeutschland, alles müssen sie haben; die mildern dagegen wollen das Rheinland allenfalls aufgeben. Es ist eine häßliche Verwirrung; ich frage aber, ist nun der der Feind der Deutschheit, der da warnt und zurückzudrängen sucht? — Aber „Wahnsinn ruft man dem Kalches u. s. w." — Ich habe lange bemerkt — und das ist nicht ohne Bedeutung — daß die Kraft der deutschen Bewegung eigentlich in dem freiheitlichen Streben stecke. Das eine Unbestimmte fand seine Stütze in dem andern. Zeigt sich nun, daß die Freiheit auch noch anderweit zu erlangen ist, und daß das Deutschthum doch nicht unbedingte Freiheit gewährt, so wird die Auffassung sich sehr ändern. Das bejubelte Schwarz-roth-gold — glauben Sie mir — es war die Fahne von Hambach. Daher auch die Verbindung der Paulskirche mit der Volkssouverainetät; und mit dieser wird auch die Kraft dieser Deutschfaselei gebrochen. Sie werden das besser erkennen als ich, weil Sie mitten drin sind. Und nun leben Sie wohl, und halten Sie sich tapfer. Wangenheim als Bevollmächtigten zu senden, ist nicht die Absicht. Aber wen?

Ihr

JCBS.

Nr. 44. Hannover, 5. August.

Ich bin Ihnen nun schon lange den Brief schuldig, lieber Freund, und nehme die Feder nun auch nur, um zu klagen. In welchen Zustand sind wir durch Gagerns kühnen Griff gekommen! — Frieden können wir nicht machen, und Krieg führen? Gewiß, die Kriegsverfassung war das Beste am Bunde, und noch besser war, daß jeder ohne Mißtrauen und Furcht folgte. Jetzt ist nichts als Mißtrauen. Ueberall wittert man Uebergriffe und fährt nun viel weiter als man irgend kann und darf; und die Reichsminister wissen selbst gar nicht, was ihnen zukommt. Da steht jetzt in den Zeitungen eine Rechtfertigung des Peuckerschen Mißgriffs (aus einem Briefe von P., wie ich weiß), das ist der traurigste Beweis von Uebereilung und irriger Auffassung, sowohl der deutschen Zustände als des eigenen Rechts. — Ueberhaupt diese unsägliche und unselige Hast! Was anders hat Gagern zu seinem nimmermehr zu rechtfertigenden Schritte getrieben, als diese Wuth des Fertigmachens, die so oft die Menschen ohne Erfahrung ergreift. Da bildet man sich ein, heute sey der letzte Tag der

Welt, sieht und hört nicht mehr und plumpst so mitten hinein. Hinterher kommen dann die Folgen. Hätte man doch nicht in diesem verfluchten Souverainetätsschwindel die Fürsten böswillig zurückgewiesen, als sie gern nachgaben, und sie so überrumpelt. Hätte man doch nicht so hastig und unüberlegt den Bundestag weggeräumt, der den einen die Schranke, den andern die Garantie ihres Rechts war. Nun diese Spielerei mit Reichsministerien, die nichts zu regieren haben, uud also darauf angewiesen sind, Eingriffe zu machen, um zu thun zu bekommen, und dadurch Uebel ärger zu machen. Und daneben die Versammlung, die sich abmüht, eine Chrestomathie legislativer Albernheiten als Exempelbuch zu Savigny's „Beruf unserer Zeit" zu liefern. Ich wollte, ich könnte Gagern zu jeder Stunde zurufen: Das ist dein Werk! Du! hast das letzte Vertrauen in Deutschland vernichtet. Sieh zu, ob du es wieder schaffen kannst. —

Aber die ganze Weisheit der deutschen Zeitung und Ihrer Versammlung scheint sich nun darauf zu beschränken, Preußen zu födern. Ob das gelingen wird, weiß ich nicht; aber das weiß ich, daß auf diese Weise die Wunde nicht zu heilen ist. Wahrlich, Sie glauben nicht, und ich kann es Ihnen auch nicht sagen — obwohl ich es weiß — welch trauriger Unsinn nach allen Seiten hin in diesem Berlin steckt. Unsere Aufgabe ist es, Maaß zu halten; aber können wir es? Das mag Gott wissen. —

Die Feier des 6. August mit einer Parade und Verlesung der Generalordre haben wir mit vieler Mühe erlangt; aber das Hurrah und die Farben nicht. Hier scheint die beabsichtigte Demonstration der Bürgerwehr nicht recht zu Stande zu kommen. In anderen Städten wirds nicht fehlen. Zu bemerken bitte ich aber, daß die Ultramontanen mit wahrer Wuth sich der Sache bemeistern. Daß diese in Osnabrück gehofft haben, der König solle nach den Schimpfreden der Nationalversammlung weggehen, und dann kämen sie doch unter einen katholischen Herrn — nämlich das Reich. Sie haben gedroht, wer das Fest nicht feiere, dem könne man mit kaltem Blute ein Messer im Leibe umdrehen pp. Das sind wohl Worte; aber sie bezeichnen doch! — Diese und die Radicalen sind die Kraft der Centralgewalt. Zu Hildesheim ähnlich. Weinhagen hat übrigens dort seinen Einfluß sehr eingebüßt. Nur das Gesindel hat ihm Ovationen bereitet, so daß er sich selbst zu schämen scheint, und sich zurückzieht. Eine ganz ekelhafte Geschichte ist die durch Volgers läppische Volksversammlung hervorgerufene Prügelei in Bovenden, und die Wuth der Göttinger gegen Bovender Mägde und Lehrjungen pp. Der jämmerliche Magistrat dort hatte den Pöbel rein Herr werden lassen, uud ich habe Meyer hinsenden

müssen, um Ordnung herzustellen. Gott gebe, daß es ihm gelungen seyn mag. Es ist zu hoffen.[1])

Hier haben heute Harrys u. Co., wie ich höre, agitirt, um Demonstrationen hervorzurufen, gleich denen, davor der Herzog von Braunschweig die Segel gestrichen, der dadurch am besten zeigt, daß auf ihn auch nicht zu zählen ist. Er war seit dem Berliner Umschlage auch enragirt, hatte sich hier wieder angenehm gemacht, und ohne Zweifel hier nichts gebessert.

Aber was soll daraus werden! Wahrlich, Sie müssen dort etwas thun, um das Vertrauen herzustellen, und nicht bloß den Kaiserhoffnungen der Preußen schmeicheln. Damit meine ich, die Versammlung muß das Staatenhaus berufen. Lassen Sie es nach Maaßgabe der Plenarversammlung des Bundes zusammensetzen, das ist eine positive Basis und 68 Menschen sind genug. Dann muß das Nöthige fertig gemacht werden: 1) die Kriegsverfassung; ich bin mit Peuckers Plan wohl zufrieden. Seine eigene Rechtfertigung zeigt aber, daß der Satz unumgänglich ist, daß in innern Händeln das Heer nur einschreiten darf auf Requisition der Civilgewalt. Die Flotte will Preußen nun auch dem Reiche nicht gönnen, sondern selbst haben. — Das ist Thorheit. Mir ist aber der Peuckersche Plan besonders deßhalb lieb, weil die wahnsinnige Idee des Reichssteuerwesens damit wegfällt. 2) Die Repräsentation nach Außen. — Geben Sie den Regierungen zu, daß sie an Verwandten Höfen Botschafter haben können, das genügt. Aber wissen Sie wohl, daß die Französischen Gesandten plötzlich sich an die kleineren Höfe begeben? Sapienti sat! — 3) Das Zollwesen, das ist eine schwere Sache. Wie wirds mit Oesterreich, das nicht einmal sein Geldausfuhrverbot zurücknimmt! — Man wird hier auch nur pedetentim gehen können. 4) Das Reichsgericht. Das muß doch einmal zu Stande. Es wird sehr beruhigen, wenn die Competenz vernünftig bestimmt ist. Dann lassen Sie um Gotteswillen die Grundrechte ruhen, und schicken Sie Ihren volkswirthschaftlichen Ausschuß zu den Eskimos. Ist das zu ertragen, daß man mit großer Wichtigkeit über Abschaffung des Adels, über Embleme des Adlers im Reichswappen, über alberne Devisen deliberirt? Es ist ja rein kindisch, solche Spielerei und Lappalien zu betreiben, wo das höchste auf dem Spiele steht.[2])

---

[1]) Dr. Volger, Privatdozent, hatte eine Volksversammlung nach der Plesse berufen, um ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium beschließen zu lassen. Ueber die dadurch veranlaßten tumultarischen Vorgänge s. Oppermann, II., S. 130. — Th. Meyer war jetzt Landdrost in Hildesheim.

[2]) Vergl. über die von Stüve im obigen Sinne mit Smidt und Duckwitz gepflogenen Verhandlungen JCB Stüve, I., S. 49.

Das Spiel mit dem dänischen Kriege ist vollends frevelhaft. Da schickt man nun eine Musterkarte von Heer hin, um in Schleswig das Land erst recht schwierig zu machen, oder durch Einmarsch in Jütland sich die Russen auf den Hals zu holen, während man um jeden Preis diese Allianz stören sollte. Der König von Preußen ist darüber rasend. Der Krieg wird mit jedem Tage unpopulärer. Aber die Paulskirche regiert und sieht und hört nicht. Gewiß, das Regieren ist leichter als Gesetze machen; auch angenehmer, wenn man so knabenhaft ingenio indulgirt, und ewig an des alten Oxenstierna bittern Spruch erinnert.

Doch was hilfts, sich ereifern! — Das kommt alles daher, daß wir Einheit rufen, ohne Einigkeit, daß wir äußerlich, materiell sind, und verschmähen den Geist. — Was haben wir nicht alles gesucht in dieser Einheit, die Republik, den Socialismus, das Uebergewicht der Pfaffen, die Macht von Preußen u. s. w. Von Eintracht keine Spur; dafür sollte dann das Ding von oben her in Einen Sack gesteckt werden und damit gut.

d. 6.

Eben geht Zachariae von mir. Ich habe mich sehr geärgert über sein sinnloses Geschwätz. Da ist weder Bestimmtheit noch Ehrlichkeit in den Leuten; mit Worten, denen sie bald diesen, bald jenen Begriff unterschieben, mit den Künsten der alten Diplomatie wird operirt; alles was sie thun, verlangt und verdient Vertrauen; alles was andere, Mißtrauen. Das hat er zugegeben, daß man jetzt Preußen mit dem Oberbefehlshaber zu ködern suche und daß es nöthig sey, ein Staatenhaus zu machen. Erfreulicher ist mir eine Deputation aus dem Amt Neuhaus a. d. Oste gewesen, sehr vernünftige Leute aus der, wie sie selbst sagten, radicalsten Gegend, die mir erklärten, sie hätten volles Vertrauen zu uns und bäten dringend, uns nicht irre machen zu lassen. Der Schleswiger Krieg wird dort von Tage zu Tage unpopulärer. — Die Leute begreifen nicht, wovon die Schleswiger befreit werden sollten, wo die Bauernweiber in seidenen Kleidern gehen (sic). Gewiß, diese Versammlung ist ein recht practischer Beweis von der Unmöglichkeit der Democratie. —

Der König hat uns häßlich im Stich gelassen, indem die versprochene Parade nicht gehalten ist; wir haben beschlossen, uns darüber ernstlich zu beschweren. Die innere Stadt ist illuminirt; sonst sind alle Demonstrationen, außer der Bürgerwehr-Parade, vermieden. Da haben Kerle aus dem Volke schreien wollen: Soldaten müssen huldigen! Aber es ist dagegen geschrieen: Geht uns nichts an! Und damit ists gut gewesen. Adieu

Ihr

JCBSt.

Nr. 45. Frankfurt, 6. August.

Ihren Brief vom 30. Juli, theurer Freund, habe ich erhalten und mich gefreut, daß dort sich Alles so gut gestaltet: die kleinen Blasen, die hier und da noch aufgeworfen werden und ohne großes Geräusch platzen, sind eben nur Blasen. Es ist charakteristisch, wie den Schreiern und Wühlern aller Stoff fehlt, daß sie sich mit Gewalt an solche Sachen klammern. Wenn man so in die unterwühlten und tief unglücklichen Verhältnisse der Süddeutschen Staaten hineinsieht, muß man beklagen, daß eben jetzt, wo wir unserer Gesundheit froh werden könnten, unsere Selbstständigkeit in Gefahr ist. Welch ein Zustand wie aus 1001 Nacht: 150,000 Thaler Überschuß nach einem Hungerjahre wie 1847 und einem halben Jahre wie das von 1848! Ich habe das meinen hiesigen Freunden aus Süddeutschland erzählt, die es nicht glauben wollten. — Die „Resultate des Landtages" hat Gervinus längst, mit mehrfach wiederholtem Drängen um Abdruck — aber der Raum fehlt; in der Augsb. Allg. Zeitung ebenso, obgleich mir von dort aus jetzt ein Auszug aus dem Aufsatze zugesagt wird.

Durch die Preußischen Dinge ist hier jetzt eine Wendung eingetreten, die sehr interessant und fast komisch ist. Wenigstens muß sie auf mich diese letztere Wirkung machen, wenn ich die veränderten Stimmungen und Abstimmungen im Verfassungs-Ausschuß betrachte, wo die Strömungen das Umsetzen des Windes natürlich viel schärfer markiren bei Berathung der Befugnisse der Reichsgewalt, als in der Nat.-Versammlung bei den Grundrechten. Man wehrt sich zwar auch und wird ohne Zweifel, wenn der 6. Aug. vorüber, wiederum so trotzig werden, wie man jetzt verzagt ist, aber dem Centralisations-Unsinn scheint doch die Spitze abgebrochen. Wir sind noch immer bei der Wehrverfassung; da ist Radowitz zugezogen, dem der Peuckersche Entwurf noch viel zu weit geht, so daß heute die Majorität am Peuckerschen Entwurf festhält gegen die Ansichten von Radowitz. Ich bin aber überzeugt, daß man am Ende im Wesentlichen doch auf die Ansichten von Radowitz hinauskommen muß, weil die allein innere Begründung haben, die allein auf beiden Beinen stehen, von der Wirklichkeit aus auf das Ideale hinarbeiten, nicht umgekehrt. — Das aber ist auch nicht zu verkennen, daß die ganze Frucht der Wendung, wie solche hauptsächlich von Preußen ausgegangen, allein Preußen zu Gute kommen werde. Ich weiß nicht, ob nicht unser Land, namentlich in Betreff der Zollverhältnisse, hierbei noch schlechter fahren wird, als unter anderen Verhältnissen. Die Wendung, namentlich im Sinne und zu Nutzen Preußens, ist bedeutend, und interessant ist es, wie die Masse in der Versammlung noch keine Ahnung davon hat. Ich glaube, daß der Ort der Unterhandlung für Sie jetzt weit mehr in

Berlin wie in Frankfurt ist. Doch das werden Sie besser wissen als ich es herausfühle. Damit komme ich auf die Frage wegen des Hannöverschen Bevollmächtigten. Wenn Sie mich im Ernst darnach fragen, wen Sie dazu ernennen sollen, so gebe ich Ihnen im besten Ernst zur Antwort, daß Sie nach meiner Überzeugung dazu keinen tauglicheren finden können als Witte.[1]) Witte hat sehr umfassende Kenntnisse, wirkliche politische Einsicht, angenehme, keineswegs prätentiöse Manieren, und ist ja für die Fragen, die uns zunächst berühren, eine Specialität. Wangenheim war, wie ich mich späterhin überzeugte, mehr als ich Ihnen je sagen mochte, unpassend dazu, trotz aller seiner schönen Kenntnisse und sonstigen guten Eigenschaften. Ich bin überzeugt, daß Sie Wittes Ernennung dazu in keiner Weise bereuen werden. — Was die Conferenz wegen der Zollsachen betrifft, so wird hoffentlich das Handels-Ministerium die Sache in die Hand nehmen, dadurch erhält die ganze Verhandlung erst Boden und Stellung, und der alberne volkswirtschaftliche Ausschuß — unter allen Ausschüssen der unglücklichste — kommt aus der Sache heraus.

Prof. Albrecht hat mich ersucht, Ihnen Folgendes mitzutheilen: Es ist ihm bisher nicht möglich gewesen, über den an ihn gelangten Ruf nach Göttingen sich zu entscheiden; würde man jetzt auf Entscheidung bestehen, die er noch immer nicht geben könne, so müsse er bitten, den Ruf als abgelehnt anzusehen. Die Sache ist die: Albrecht hat wohl Lust zu Göttingen, aber die Frau nicht; mit der wird er im September in Kissingen zusammentreffen und da die Sache sich in seinem oder ihrem Sinne entscheiden. Da Sie für Michaelis doch keinen andern Germanisten für Göttingen gewinnen können, so drängt, soweit ich übersehen kann, die Sache nicht, und Sie könnten also dieselbe in betreff Albrechts immer noch einige Zeit offen lassen; er meint, in einigen Wochen bestimmten Bescheid geben zu können. Albrecht mochte dies nicht offiziell schreiben, und so habe ich es übernommen, die Sache durch Sie zu Brauns Kenntniß zu bringen.

Das Ministerium ist nun in der Hauptsache fertig; nur in betreff einiger Unterstaatssekretäre giebts noch Zweifel. Auswärtiges: Fürst Leiningen mit M. v. Gagern (für diplomatische Formen u. dergl.) und R. v. Mohl (für staatsrechtliche Fragen). Inneres: Schmerling mit Bassermann und v. Würth[2]) (dieser ganz unbedeutend). Handel: Duckwitz mit Mevissen (der Preuße Kamptz hatte anfangs angenommen, nun aber doch abgelehnt). Finanzen: Beckerath und als Unterstaatssekretär Mathy (einer

[1]) Finanzrath. Derselbe wurde demnächst Herrn von Bothmer beigeordnet. Vgl. Anmerkung zum Brief vom 22. August.

[2]) Vom obersten Gerichtshof in Wien.

der tüchtigsten in dem ganzen Ministerio). Krieg: Peucker mit Brandt [1]). Justiz: Heckscher und als Unterstaatssekretär wahrscheinlich Widenmann [2]) aus Düsseldorf. — Höchst wahrscheinlich wird — was aber noch unter uns bleiben muß — Heckscher nach Kolding gehen, um den Frieden mit Dänemark zu Stande zu bringen, vielleicht auch zur Notification demnächst nach Petersburg — in gleicher Absicht. Die Überzeugung von der Nothwendigkeit des Friedens dringt doch allmählig auch hier durch, und kommt die Sache in Heckschers Hände, so ist am Abschluß des Friedens nicht zu zweifeln.

Die Parade findet also in Berlin heute nicht Statt? Vielleicht erst in einigen Tagen? Damit es nicht aussieht, als ob man gehorche?

Verhandlung und Beschluß über Abschaffung der Todesstrafe am Freitage ist doch von allem Armseligen, was ich bereits in der Paulskirche erlebt, das Armseligste gewesen: meine Hoffnung und Überzeugung ist, daß die Grundrechte niemals publicirt werden. Breusing und einige andere Landsleute stimmten dabei wieder lustig mit der Linken. Ich fühle ganz, wie vollkommen Recht Sie haben, wenn Sie mich zu besserem Verhältniß mit meinen Landsleuten auffordern; aber ich versichere Sie, es geht nicht, auch schon aus äußeren Gründen; mir fehlt die Zeit, mit ihnen zu verkehren, wozu mir nur die Tischzeit bleiben würde. Dazu haben sie sich aber ein Hotel ausersehen, wo gut gegessen wird, was mir der gleich nach Tisch anfangenden Ausschußsitzungen wegen nicht möglich. Diese Sitzungen dauern bis 8 oft 9 Uhr Abends, und dann gehe ich lieber in eine der Brentanoschen Familien, wo ich gute Gesellschaft finde, als daß ich meine hie und da zerstreuten Landsleute aufsuche. In den Sitzungen aber kann ich nicht mit ihnen verkehren, weil die meisten so ganz anderer Ansicht sind als ich. Ein sehr vernünftiger Mensch, der Ruhe und Besinnung behält, ist Dammers [3]); am albernsten macht sich eigentlich Merkel, sonst ein so trefflicher und gescheidter Mensch. Anfangs Enthusiast für die Einheit um jeden Preis, ist er jetzt seit der Preußischen Wendung so kleinlaut und verzagt geworden, daß es ein Jammer ist; er scheint sich hier in jeder Weise deplacirt zu fühlen. Mit ihm möchte ich noch am liebsten verkehren, wenn das irgend möglich wäre, da er vom ersten Augenblick an (er trat gerade ein bei der Abstimmung über die Centralgewalt, und von dem Augenblick an schieden sich unsere Wege) auf die albernste Weise meine Ansichten und Abstimmungen bekrittelte. Der Einzige, mit dem ich von Lands-

[1]) Generalmajor von Brandt aus Posen, Mitglied der National-Versammlung, wie alle Genannten, außer Fürst Leiningen, v. Peucker und Duckwitz. — [2]) Adv. Anwalt.

[3]) Magistratsassessor aus Nienburg.

leuten verkehre, ist Hugo, ein durch und durch wahrer und trefflicher Mensch, bei anscheinender Schwerfälligkeit doch voll der lebendigsten Theilnahme. Doch übergenug von dergleichen.

Ihr

Detmold.

Nr. 46. Hannover, 7. August.

Ich schreibe heute schon wieder, um Lügenberichten zuvor zu kommen. Gestern war die versprochene Parade nicht geworden, die der Bürgerwehr aber sehr brillant. Dies, der Vorgang in Braunschweig (Bennigsen hatte den Herzog, der von Berlin aus montirt war und hier übel wirkte, auf das dringendste gewarnt, keine Schritte zu thun, wenn er nicht der Volksstimmung völlig gewiß sei) hatte den Wühlern Muth gemacht. Sie hatten schon vorgestern Abend Demonstrationen gemacht, gestern bei der Parade solche noch mehr hervorzurufen gesucht. Bei der Illumination war etwas Unfug gewesen. Hauptsächlich hatten sie nun in der Stadt verbreitet, der König weigere sich, die Verfassung zu unterschreiben! Das geschah, um von Reaction reden zu können. Ein Haupttreiber in diesen Dingen, Herr Dr. Hoyns nämlich, hat, wie mir der treffliche Stubbe jun.[1]) erzählt, auf der List geprahlt: Im Volksverein seyen 2000 Menschen, denen könne er vorreden, was er wolle, sie begriffen davon garnichts; aber so bald er das Wort Reaction nenne, könne er mit ihnen machen was er wolle.

Zachariae war nun hier gestern gebraucht, um die Leute hoch zu machen, hatte sich mit der ihm eigenen „Unbefangenheit" gebrauchen lassen, auf dem Bahnhofe geredet, und das hatte Herrn Hoyns die Gelegenheit gegeben, gegen Reaction zu declamiren, und daß man gegen den König eine Demonstration machen müsse. Man hatte sogleich losgehen wollen, das war verhindert. Nun wurde heute eine Volksversammlung auf den Schützenhof berufen. Nun kamen halb 1 Evers und Wermuth[2]) aufs Ministerium, was zu thun. Ersterer wagte nicht, sich auf die Bürgerwehr zu verlassen, worauf ich bestand; ich rieth aber auch, möglichst viel verständige Leute herauszuschicken. Die Bürgerwehr sollte verhindern, daß kein Menschenzug vors Palais käme. Eine Deputation mit Petition sollte zugelassen werden — die Bürgerwehr zog bereitwilligst auf, 8 Companien. Nun hatten sie erst beschlossen, eine Petition durch Deputation zu schicken, aber permanent zu bleiben und den Bescheid zu erwarten, darnach aber das Weitere zu beschließen. Nachher muß aber den Herren Hoyns, Callin[3]) (Hauptleitern des Volksvereins) und Röse der Muth etwas geschwunden seyn. Sie haben gegen den Widerspruch der herübergekommeuen Cellenser und Hildesheimer am Ende durch-

[1]) Lieutenant, Sohn des Deputirten Stubbe. — [2]) Polizeidirektor. — [3]) Lehrer.

gesetzt, die Petition solle morgen noch ausgelegt werden, damit auch die Mitglieder der ausgerückten 8 Comp. Bürgerwehr sie unterschreiben könnten (es sollen sehr wenig ordentliche Bürger unterschrieben haben), und so ging um halb 8 alles ruhig nach Hause.

Bennigsen war indeß im Palais, um dem König unsere Remonstration vorzulegen. Er hat uns die befriedigendsten Erklärungen von der Welt gegeben, und das Abbestellen der Parade damit entschuldigt, daß ihm gemeldet, der Waterlooplatz sey wegen des vielen Regens unpracticabel, und so habe er, von heftigem Rheumatismus am Kopfe geplagt, ohne des Zwecks der Parade sich zu entsinnen, diese abbestellt.

Vielleicht ist die Sache nach beiden Seiten gut. Denn ich hoffe, die Herren Hoyns und Callin, von denen Stubbe schon sagte, sie hätten, wenn's zum Treffen käme, keinen Muth, haben sich mit der Sache fatal gemacht, da der Bürgerwehr bekanntlich an solchem Ausrücken pp. nichts liegt. Die Umgebungen des Königs haben aber auch eine Lehre bekommen, die ihnen nicht schaden kann.

Was nun weiter aus der Petition, deren Inhalt ich nicht kenne, wird, muß man erwarten. Jedenfalls ist die Sache, die mit so großem Sturm angefangen war, sehr matt zusammengefallen. Ich habe aber bei dieser Gelegenheit Dachenhausens gänzlichen Mangel an allem Muth bewundert.

Soviel von diesem Tage, den ich bedaure, weil er ausgebeutet werden wird, und weil er um nichts und wieder nichts provocirt wurde.

Ihr
JCBS.

Nr. 47. Frankfurt, 9. August.

Vielleicht hat die Anlage, das Werk des Wehrausschusses, einiges Interesse für Sie; Remission bedarf es nicht. — Die Linke hat sich gestern komplet ruinirt und die Versammlung zum Erstenmal Kraft und Consequenz bewiesen, so oft auch der Präsident (Soiron) mit unglaublicher Ungeschicklichkeit umwarf. Zum Erstenmal ließ man die Tribünen räumen, die meist mit badischem Zuzug besetzt waren, Verwandten der Flüchtlinge und dergleichen. Die Linke ging dann auch fort mit der Warnung: „es solle uns gereuen." Draußen versuchte man in aller Eile eine Emeute zu organisiren; die Kirche ward aber von Bürgerwehr und Schutzwache umgeben, und so blieb es bei bloßem Gebrüll und Geheul, das auch nachher beim Ende der Sitzung einige Mitglieder verfolgte. Abends war Alles still, bis vielleicht auf einige Fackel- und Nachtmusiken bei Mitgliedern der Linken. Morgen geht die Linie nach Schleswig und rückt dafür Hessisches und anderes

Militär ein, so daß noch viel weniger an einen Putsch zu denken ist. Und daß die Versammlung Energie genug hatte, sich in keiner Weise irre machen zu lassen (sie konnte freilich auch nicht gut anders!) und ruhig über die Amnestiefrage[1]) abstimmte, wird ihr — hoffentlich! — auch fernerhin einige Consequenz und Energie geben. Auf die Gesichter, welche die Linke bei ihrer rentrée machen wird, bin ich neugierig.

Der Ihrige

D.

Nr. 48. Hannover, 15. August.

Zuerst meinen herzlichen Dank für das Militäropus. Es hat mich, so viel ich dergleichen verstehe, sehr interessirt. Leider bin ich nur nicht im Stande gewesen, daraus zu eruiren, wie stark das bereite Heer seyn soll, was entscheidend ist für die Frage, welche Staaten mediatisirt werden sollen — so nenne ich das Schicksal derer unter 5000 M. Ich denke mir, man wird aus Thüringen und Mecklenburg mit Holstein und Hamburg zwei unter der Reichsgewalt stehende Massen bilden und die übrigen rein unterstopfen wollen. Damit wird aber der Bairisch-Sächsischen Freßbegierde wenig geholfen seyn; und wir bekommen am Ende, was wir nicht begehren. Manche Bestimmungen werden freilich auch noch schwer drücken; allein die Hauptsache, Erhaltung der selbstständigen Heere und Finanzen der größeren Staaten, liegt auch hier zum Grunde.

Hier ist ein etwas confuser Zustand durch die Peuckersche Albernheit hervorgerufen. Denen, die sich in den Kopf gesetzt, die Beschlüsse der Nationalversammlung müßten unbedingt durchgesetzt werden, hat die Sache eine höchst willkommene Gelegenheit gegeben, sich der Massen zu bemächtigen. Ich habe deßhalb die Resolution, die Sie in den Zeitungen gelesen haben werden,[2]) so gefaßt, wie es geschehen konnte, um den Vernünftigen wieder Halt zu geben, hoffe auch, daß das gelungen ist, und wenn ich dies nur hier am Orte erreiche, so kann man ruhig seyn. Offenbar ist aber der Moment für uns bedeutend. In Hildesheim war Weinhagen wieder oben auf, in Celle Gerding, auf Clausthal haben sie Unfug gemacht. In Peine ebenfalls. Man ist wieder wie in den März versetzt. Freilich in weit geringerem Maßstabe, und so werden wir wohl mit Ernst auftreten und der Sache ein Ende machen können. Es ist aber auffallend, wie jetzt auf einmal in Norddeutschland der Unfug sich regt. Die Wirthschaft in Hamburg ist abscheulich. Es ist dies die auflösende Kraft der Centralgewalt, die

[1]) Die stürmischen Debatten am 7. u. 8. betrafen die Amnestirung von Hecker und Consorten, worüber schließlich zur Tagesordnung übergegangen wurde.

[2]) Abgedruckt bei Oppermann. II. 135.

namentlich den Clausthaler Bergleuten im Kopfe stecken soll, indem sie sich einbilden, der König habe jetzt nichts mehr zu sagen. Ob Gagern an diese Folgen seines kühnen Griffs auch gedacht hat?

In Berlin sind die Sachen sehr confus. Nachdem am 3. die Regierung die preußischen Demonstrationen unterdrückt hat, nicht aber die deutschen, ist für sie die Möglichkeit, sich auf das Preußenthum zu stützen, verlohren. Bülow-Cummerow und die Junker, in Furcht vor Hansemanns gleicher Grundsteuer, die ihre bisherigen Exemten Güter schwer drücken, und sie großentheils — bei hohen Schulden und jetzigen schlechten Preisen — ruiniren würde, scheinen nun eine reactionäre Opposition machen zu wollen, und der 24. d. M. ist zur Errichtung eines Condeputirtenthums und 50ger Ausschusses bestimmt. Was daraus werden soll, weiß Gott.

Uebrigens will die preußische Regierung entschieden mit Dännemark schließen; und Wrangel wird, seit Oriola fort, keine deutschen Regungen mehr haben, sondern seinen Vettern Auerswald, Below, Saucken folgen. Das kann in Frankfurt einen großen Sturm geben, welchen zu beschwören man jetzt, wie es scheint, Demonstrationen gegen den Rhein machen möchte. Die Holländer armiren auch ihre Festungen, z. B. Coeverden und Delfzyl, was für Ostfriesland sehr unangenehm werden kann, da das beste Fahrwasser unter den Kanonen von Delfzyl durchgeht. Wir werden am Ende auch Truppen dahin schicken müssen, zum Beweise, daß die See- und Grenzstaaten wirklich ganz andere politische Bedeutung und Interessen haben, als die deutschthümelnden Binnenländer, und sich nicht wohl können simpliciter überstimmen lassen.

Was Ihre Sachen dort angeht, so habe ich den Lärm vom 7. und 8. bedauert. Die Rechte ist offenbar zu weit gegangen und hat am 10. einen Rückschlag erfahren. Wahrscheinlich wird sie im Gefühl ihres Unrechts nun auch der Linken wieder zu viel nachgeben. Gut ist, daß man die Tribüne beschränkt, und daß man sie einmal hat räumen lassen. Im übrigen habe ich von dem Gange der Verhandlung keinen Begriff. Carlyle sagt in seiner hist. of the french Revolution: Constituirende Versammlungen hätten ihre unwiderstehliche Gewalt im Nichtsthun. Das ist ein furchtbares Wort. Gerade dadurch halten sie die leeren, verwirrenden und auflösenden Theorien wach, die für sie arbeiten. Gott gebe, daß wir also etwas thun. Die Centralgewalt ist auch nur in soweit fähig zu handeln, als sie diese Auflösung fördert, und das thut sie, sobald sie sich irgend von den Regierungen unabhängig stellt, wie Peucker es nicht bloß in seiner Parade, sondern namentlich auch beim Aufbieten der Truppen der kleineren Staaten gethan. Davon hat er den Regierungen nichts gesagt, nur an die Commandeurs

geschrieben, z. B. in Weimar; unklug auch in der Hinsicht, als das Mobilmachen der Truppen ohne Geld ja ganz unmöglich, und so nothwendig die Regierung angeht. Gewiß sollte jeder, der es kann, die Herren in dieser Hinsicht warnen.

d. 16.

Haben Sie gehört, daß der Peuckersche Brief an seinen Sohn — den ich vollständig besessen — von diesem seinem Chef Hansemann sub sigillo mitgetheilt und daher evulgirt ist? Hansemann scheint durchaus unehrlich und im Berliner Ministerium macht er durchaus seine eigene Parthei. Was er will, ist niemand klar. Ad vocem Ehrlichkeit. Wissen Sie, daß Gagern durch Blittersdorf[1]) hat Memoires schreiben lassen, um Preußen in die Bahn der Einheit zu locken, daß er diese an den Russischen Residenten Struve gegeben, damit sie durch Russische Hände nach Berlin gebracht und empfohlen würden? Meyendorff[2]) hat es aber gerathen gehalten, die ganze Sache zu evulgiren. — Was soll man dazu denken? Wenn Gagern schon so weit ist, dergleichen diplomatische Tricks zu versuchen, so geht er selbst zu Grunde, oder er richtet Deutschland zu Grunde, oder beides.

Verzeihen Sie, daß ich lauter Unerfreuliches schreibe. Aber meine Stimmung und Auffassung ist trübe. Ich sehe kein Licht; auch das Cölner Fest[3]) drückt mich. Sie wissen, die Pfaffen machten zu ihrem Zauberspruch bei der Wahl den katholischen Kaiser. Die Rolle spielt der Reichsverweser, den der Erzbischof als sein Geschöpf oben auf der Treppe, der Prinz Fr. v. Preußen aber auf dem Flur empfängt. Der König von Preußen wird als Vasall figuriren sollen. Alles in majorem Dei gloriam. In Düsseldorf hats Spektakel gegeben (hier lügen sie, der König sey erschossen). — Die Beiden werden wahrscheinlich in schönen Worten wetteifern, denn Johann verspricht auch Allen Alles. Der König hat hier sehr stark gegessen und getrunken, Witze gemacht und selbst belacht.

Vor 8 Tagen habe ich die alte Rehberg[4]) in Marienwerder mit Gen. Hartmanns besucht. Sie ist etwas mitgenommen durch Unwohlseyn, und da ich nicht allein da war, habe ich auch nicht sonderliche Freude gehabt. Sie fragte nach Ihnen, Ihrem Leben und Verhältnissen; davon konnte ich nun wenig berichten.

Nun noch zweierlei zum Schluß. 1. Peucker hat die Vermehrung der Heere auf 2 % der jetzigen Bevölkerung ausgeschrieben. 2. Hanne ist

---

1) Früher badischer Bundestagsgesandter.

2) Kammerherr Frhr. von Meyendorff, russischer Gesandter in Berlin.

3) Das Dombaufest am 14. und 15. August.

4) Die Wittwe des 1836 verstorbenen Geheimen Cabinetsraths.

vom Consistorio in fide approbirt und wird, wenn das Examen gemacht, seinen Wunsch einer Pfarre erreichen. Das ist mir von Herzen lieb, denn ich schätze ihn. Er würde freilich mehr leisten.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 49. Frankfurt, 22. August.

Ich bin Ihnen, theuerster Freund, Dank und Antwort auf mehrere Briefe schuldig; ich will statt dessen aber heute nur einige Worte wegen des Bothmerschen „kühnen Griffes" bemerken. Ich hätte von Anfang an es lieber gesehen, wenn Sie sich auf gar keine direkte und schriftliche Anerkennung[1]) eingelassen, sondern lediglich den Bevollmächtigten autorisirt hätten, solche, soweit dieselbe nach der im Schreiben vom 7. Juli liegenden Anerkennung noch nöthig sei, mündlich gegen den Minister auszusprechen. Als nun ihr deßfallsiges Schreiben kam und dasselbe im Ministerrath schon heftige Debatten veranlaßte, war mir das sehr leid — und ein heftiger Sturm in der Nat.-Vers. war vorauszusehen, ja wurde schon angekündigt, weil von dem Schreiben etwas laut geworden war. Nicht diesen Sturm fürchtete ich, aber die Rückwirkung auf Hannover, und den Unsinn, der dann dort in den Vereinen wieder sein Haupt erheben würde, zumal Gerding, Hostmann und andere Sendlinge dieser Vereine hier liegen, sogar die Minister mit Zumuthungen wegen Einschreitens und dergl. molestiren und sich hier mit der Linken in Verbindung setzen behuf besserer Organisation. Unter diesen Umständen hat Bothmer nach meiner Überzeugung das Einzige gethan, was gethan werden konnte — ja ich darf sagen, daß ich ihn zu dem Schritte hauptsächlich bewogen habe und dessen Verantwortung übernehme. Daß Bothmer den Schritt gethan, mag Ihnen beweisen, daß Sie mit Bothmers Ernennung den Rechten getroffen haben (den ich Ihnen längst dazu vorgeschlagen hätte, wenn ich hätte glauben können, daß der König, der ihn nicht zum Landdrosten machen wollte, dazu consentirt hätte). Kein Anderer als B. würde den Muth gehabt haben, den Schritt zu thun. B. wird sein Amt anfangs mit großem Eifer versehen; ich fürchte nur,

[1]) Ueber die Stellung der hannoverschen Regierung zur Centralgewalt war eine nähere Erklärung gegeben in dem Schreiben des Gesammtministerii an den Reichsverweser vom 10. August, welches zugleich die Bestellung eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ankündigte. Diese erfolgte unter dem 13. August in der Person des Justizraths von Bothmer. Vgl. von Wangenheim, Aktenstücke S. 220 ff. Der „kühne Griff" war die in etwas weiter Auslegung der ihm ertheilten Instruktion Herrn von Schmerling gegenüber abgegebene Erklärung der „unumwundenen Anerkennung", welche der Beschluß der Versammlung vom 14. Juli verlangt hatte.

dieser Eifer hält nicht lange an, da B. durchaus keiner irgend suivirten Thätigkeit fähig, was seine sonst so trefflichen Eigenschaften paralysirt — wie ja fast immer bei sonstigen guten Eigenschaften irgend eine vorhanden ist, die jene todt macht. — Ich glaube und bin überzeugt, daß Sie B.'s Schritt nicht mißbilligen werden; Sie werden nun vor dem Vereinswesen vorläufig Ruhe haben, namentlich da ja auch das Reichsministerium (wie es am Freitag erklären wird) auf einer weiteren Huldigung, wie solche für den 6. Aug verlangt war, nicht besteht. Was werden dann Ihre Volksvereine anfangen? was dann fordern? Dieser falsche unitarische Enthusiasmus in unserm Lande ist nur eine Form für die elendeste Oppositionsmacherei. — Lassen Sie doch den Dr. Lex in der Hannoverschen Zeitung eine Rubrik anlegen: „Lügen", wo dann ganz einfach die betreffenden Nachrichten der Morgenzeitung mit Angabe der Quelle aufgenommen werden, die einfachste Art der Berichtigung, die aber doch nöthig, weil all die elenden Nachrichten der Morgenzeitung (wie daß Bennigsen sich von Ihrer Sonderpolitik abwende — und daß die Hannoverschen Deputirten auf Merkels Vorschlag resigniren wollten und dergl.), immer da, wo man dergleichen gern hört, Glauben finden und Stachel zurücklassen. — Während des Kölner Festes war ich, weil ich noch gar nicht aus Frankfurt fortgewesen und mich aus dem Menschenlärm wegsehnte, nach Freiburg, Basel, Straßburg, wo ich dann über Französische Zustände manches Interessante hörte, namentlich über die Junitage; wenn nur irgend Jemand die Franzosen von ihrer Republik erlösen wollte! In Heidelberg saß ich mit Rumann beim Frühstück an einem Tische, ich ignorirte ihn, wie er, der seit 6 Wochen hier ist, mir fortwährend aus dem Wege gegangen. Doch redete er mich beim Weggehen flüchtig, aber in alter Weise an; ich muß sagen, er hat seine Zeit hier nicht schlecht angewendet, denn er steht bereits auf dem Standpunkte der alleralleräußersten Linken und beklagte, daß man in Hannover so ungeschickt sei (d. h. die Volksvereine und dergl.) daß es lauter coups manqués seien, die dort zu Tage kämen (29. Mai!), und daß man leider gar keine Handhabe besitze, um die Hunde von Fürsten von ihren Stühlen zu werfen.

Ihre Notiz wegen der Verbindung von Gagern mit Blittersdorf und des letzteren Memoires interessirte mich sehr; ich sehe Blittersdorf oft, und war von Anfang an erstaunt, wie er in leidenschaftlichster Weise Gagerns „kühnen Griff" gegen mich in Schutz nahm — und wie er, wenn vielleicht, wie es oft geschieht, sein Name in der Versammlung geschmäht wurde, renommirend sich beklagte und tröstete: die Versammlung sei ihm den größten Dank schuldig, denn er habe ihr Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, an der sie sonst gescheitert wäre.

Wenn es der Ausschuß-Arbeiten wegen irgend angeht, komme ich in den ersten Tagen Septembers auf 3—4 Tage nach Hannover, um in meinen eigenen Angelegenheiten etwas zu ordnen. Dann mündlich mehr. Jetzt stecken wir in der Paulskirche in der unseligen Kirchenfrage, die mich sehr beängstigt.

Ihr

D.

Nr. 50. Hannover, 26. August.

Recht vielen Dank sage ich Ihnen für Ihre Zeilen von 22., die zumal Bennigsen sehr angenehm gewesen sind. Bothmers Schritt drückte ihn, und da hat Ihr Brief ihn denn sehr getröstet. Allerdings läugne auch ich nicht, daß mich dieser Schritt unangenehm berührt hat. Allein ich sehe wohl ein, daß es rein thöricht gewesen wäre, in dem Zanke zu beharren. Es mußte ein Ende davon sein, um eine Stellung auf dem neuen Boden zu gewinnen, auf dem wir nun einmal stehen. Freilich noch sehr unsicher, wie auf dem Eise. H. v. Schmerling hat nun wieder geschrieben wegen der Wahlen für Schmidt[1]) und Albrecht.[2]) Die waren aber schon geschehen. Für jenen ist gewählt Quintus[3]) und als Substitut Honstedt[4]) (gegen Schläger). Für diesen Hantelmann[5]) und als Substitut Gravenhorst[6]). — Grumbrechts Umtriebe! — Bothmer hat vorgeschlagen, Duckwitz für Schmidt wählen zu lassen. Ich hatte D. in Harburg proponirt, erhielt keine Nachricht und habe nicht daran gedacht, ihn in Fallingbostel zu empfehlen, wo das wohl durchzusetzen gewesen wäre. Es thut mir nun leid, ist aber nun zu spät; denn Qu. darf nicht resigniren wegen Honstedt, den man ja kennt.

Die Stimmung in den Städten ist nicht sonderlich; durch die alberne Huldigungsgeschichte hat man den Wühlern einen Hebel gegeben, den sie gut benutzt haben. Sie werden nun wieder agitiren. Die Göttinger haben bereits auf Publikation des Wahlgesetzes mit „direkten Wahlen" angetragen. Da haben Sie also, was man zunächst verlangen wird. Ich glaube aber nicht, daß man damit irgend populär seyn wird. Es steht der Masse zu fern, bis etwa auf die Besucher der Volksvereine, von denen sehr viele kein Stimmrecht haben, solange man die Handwerksburschen pp. nicht zuzieht.

Nicht ohne Sorge betrachte ich die Forderung der Erhöhung des Militärstandes. Nur im Kriege wird das möglich seyn, wenn man nicht

---

1) Von Fallingbostel. — 2) Von Leipzig. — 3) von Quintus-Icilius, Amtmann.
4) von Honstedt, Landkommissar. — 5) Advokat in Hannover.
6) Gymnasiallehrer.

die Vortheile unbedingt der republikanischen Parthei will zu Gute kommen lassen. Man hat das Volk mit wohlfeiler Verwaltung, Verminderung der stehenden Heere geködert. Nun diese Sache, die bei uns so viel heißt, als persönliche und Grundsteuern $1\frac{1}{2}$ mal. Und dennoch haben wir unsern präsenten Stand nur um $\frac{2}{7}$ etwa zu vermehren, während Würtemberg solchen etwa verdreifachen müßte. Wie ist das möglich! — Ich denke aber, wir brauchen hier nicht die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wie wir es in Ansehung der Volkssouverainetät gethan, und wie ich mir schmeichle, mit einigem Erfolg. —

Der König hat nun das neue Jagdstrafgesetz unterzeichnet. Damit wird nun wohl den Uebeln etwas entgegenzutreten seyn, durch welche namentlich der widerwärtige Liebenburger Aufruhr vom vorigen Sonntag erzeugt ist. Sicher Weinhagensches Fabrikat. Es sollte an diesem Tage große Versammlung auf dem Harz seyn, die aber nicht war. Unmittelbar an Salzgitter liegt Kniestädt, das W. in Besitz hat, und wo er mehrere Tage gewesen sein soll. In Hildesheim corrumpirt man die Soldaten. In Liebenburg hat W. einen Agenten in einem Bauermeister Weinholt, und dieser ist wieder die rechte Hand des Ass. Pfafferott gewesen, um diesen zum ersten Beamten zu machen. Das ganze Hildesheimsche Beamtenwesen ist von Grund aus corrupt.

Ueberhaupt diese Unfähigkeit und Schwäche der Behörden bei äußerster Selbstberäucherung!! Nach ihrer Meinung sind alle neuesten Mißbräuche von uralters so gewesen, und gar nicht anders möglich, und das deduciren sie, und in demselben Athem wird erzählt, wie sie selbst die Dinge eben so eingerichtet.

Auf dem Harz liegt das Uebel auch an der Unfähigkeit der Berghauptmannschaft. In Osnabrück hat Lütcken sich heillos in allerlei Dummheit verwickelt. — Die Gerichte haben überall das Vertrauen zu sich verlohren; und unser Criminalproceß ist auch in der That nur mit Captur des Angeschuldigten durchzuführen. Läßt man die Leute während der Defensionsinstanz los (wie in der Hildesheimer Sache), so haben sie nur das Interesse, die Sache lang zu ziehen.

Ihre Kirchensachen sind höchst unerfreulich, und wahrscheinlich ein Grund neuer Verwirrung. Einstweilen wird das Meiste bleiben, wie es ist. Am Ende aber dürfen wir uns nicht verhehlen, daß auch hier nach allen Seiten hin ein neuer Impuls durchaus noth thut. — Aber hat man bei Ihnen noch gar nicht an das Bundesgericht gedacht? Das wäre wirklich neben dem Staatenhause ein bedeutender Schritt und gäbe allen den „Grundrechten" erst Bedeutung.

Es soll mich freuen, Sie zu sehen! Ich wollte auch gern einmal nach Osnabrück; aber leider macht der König mit seinem Zaudern das fast unmöglich; der Sommer ist mir darüber fast vergangen, und allmälig bin ich unbehaglich. Der König kommt aber doch mehr und mehr zurecht; so hat er nun im Stillen das raschere Avancement der Garde aufgegeben, und auch wegen der Heiratsordre Vernunft walten lassen, wenngleich das noch nicht fertig ist. Gegen eine Deputation vom Harz hat er sich in diesem Sinne mit einer solchen Klugheit benommen, daß er die Leute ganz gewonnen hat. Am Ende haben sie sich die Gnade ausgebeten, den kleinen Erbprinzen zu sehen, obgleich sie mit ganz anderen Zwecken gekommen waren.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Gerding u. Co. sollen eine sehr schlechte Resolution von Frankfurt bekommen haben. Können Sie solche nicht dort erhalten? Sie wird hier wohl nicht publik werden.

Nr. 51. Frankfurt, 28. August.

Ihr Schreiben vom 26. war mir sehr lieb, auch Bothmers wegen, der noch immer ohne Antwort von dort war. — Heute hab ich Ihnen nichts zu melden, als etwa, daß Gerding u. Co. hier weder schriftliche noch mündliche Antwort irgend einer Art erhalten haben, daß aber Schmerling auf jene und andere Petitionen (heute) eine offizielle, natürlich sehr milde, Erwiederung publiciren wird, die wenigstens das Gute haben wird, daß sie das Petitum jener Adressen — den 6. Aug. — wieder in's rechte Licht rückt, da die Hannoverschen Wühler es jetzt nach Peuckers neulichen Erklärungen gar zu gern als auf den 7. Juli bezüglich ausgeben möchten. — Es ist hier jetzt eine kleine Gesellschaft im Entstehen, Radowitz, Schwerin und andere, bis jetzt nur wenige und nur Preußen, die sich's zur Aufgabe stellt, gegen die tollen Centralisationstendenzen, die schlimmsten Feinde der wahren Einheit, den Einzelstaaten und deren Recht möglichste Berücksichtigung zu verschaffen. Die Preußische Regierung hat das Frankfurter-Journal gekauft und diesen Zwecken und Leuten zur Disposition gestellt. Der Zweck und die Leute sind mir recht, und so werde ich mich anschließen, schon weil die andern bloß Preußen sind und man doch in dieser Beziehung jetzt scharf zusehen muß. Die Sache ist aber noch erst im Entstehen und daher geheim. Das führt mich auf die Hannoversche Zeitung und Hannoversche Presse. Ich hoffe und wünsche, daß Krüger

die Sache richtig anfängt [1]); er muß anfangs nicht durch zuviel leitende Artikel erschrecken, wichtig ist der Englische und Französische Artikel, den Lex sehr mittelmäßig und ganz geistlos liefert; daneben Notizen aus dem Lande u. s. w. Das Unglück von Lex ist, daß er kein Komma auf eigene Gefahr zu setzen, den kleinsten Artikel nicht auf eigenes Risico schreiben mag; Alles, erwartet er, sollte ihm zugetragen werden, damit er keine Verantwortung habe. Was Alles neben des Mannes natürlicher Anlage zu dergleichen auf den harten Druck deutet, der in den Jahren 1837 u. f. auf ihn geübt worden; er kann nun nicht mehr allein gehen, es ist das Huhn mit dem Kreidestrich. Gemeinschaftlich mit ihm hätte ich die Sache wohl führen wollen und freute mich eigentlich, nach meiner Rückkehr dieselbe zu übernehmen. Insofern ist es mir leid, daß bereits darüber disponirt ist, ich weiß aber wohl, daß die Zeitung nur zu lange schon in statu quo verblieben war, nicht länger drin verbleiben konnte und daß ich obendrein ja nur unbestimmt mich über die Übernahme geäußert. Komme ich zurück, kann ich sie ja doch benutzen. Jetzt hab ich zur Thätigkeit für dieselbe keine Zeit, die Ausschußsitzungen lassen keine Stunde Muße. Ich werde aber Krüger mancherlei Aktenstücke u. dergl., was dort interessiren kann, ganz frisch zusenden. Vor einigen Tagen schrieb mir Schweiger von Clausthal über einen Plan, den er auch Ihnen vorgelegt, auf den Sie aber nicht eingegangen, wonach er die schlechte Presse durch ein wohlfeiles subvenirtes Blatt ruiniren will. Es ist das alte Mittel, womit Louis Philippe durch die 40 Franken-Presse im J. 1836 zu wirken suchte. Schweigern halte ich nun selbst für einen L . . . , und so ist, auch von dem Gelde abgesehen, die Sache, die er mir dringend ans Herz legte, unausführbar. — Im Verf.-Ausschuß halten wir jetzt an der Flußzoll-Frage. Das Prinzip der Entschädigung ausdrücklich auszusprechen, wird kaum durchzubringen sein; dagegen aber zweifle ich nicht, daß man in so fern schonend verfahren wird, als die Flußzölle nur allmählig aufhören werden, d. h., daß eine nach und nach sich verringernde und endlich ganz cessirende Entschädigung dafür eintritt. Es lastet ein eigenes Odium auf dem Hannoverschen Flußzollwesen, ich habe daher hauptsächlich auf Lauenburg, das man am Ende Dänemark in die Arme treibt, und Mecklenburg hingewiesen, die verhältnismäßig eine so sehr viel größere Einnahme daraus ziehen als Hannover. Das Schreckbild einer Coalition der Nordseestaaten

[1]) Stüve hatte sich entschlossen, vom 1. September an die Leitung der Hann. Zeitung dem Rektor Krüger aus Emden anzuvertrauen, von dem er bemerkt, daß er dort in den politischen Händeln nicht ohne Gewandtheit gearbeitet habe und ein treuer, gebildeter und ernster Mensch sei. Er genügte später doch nicht und wurde dann durch einen Candidaten Adolph Meyer ersetzt, dem weiterhin Jürgens folgte.

unter Englands Protectorat würde hier eine größere Berücksichtigung des Rechtes und der Billigkeit hervorzubringen im Stande sein, als alles Berufen auf wohl erworbene Rechte und Verträge; leider kann man nur solchen Popanz nicht zu direkt avanciren. Wie die kleineren Staaten sowohl im Norden als namentlich im Süden das Militär verdoppeln können und werden, ist mir freilich ein Räthsel; am Ende werden Ihre Volksvereine jetzt auch bei der Reichsgewalt petitioniren, wenn Sie nicht gleich jener Anordnung nachkommen, die doch viel wichtiger ist, als der 6. August. Die Besorgniß, daß diese Sache den Republikanern nützen werde, theile ich nicht; diese Parthei hat wirklich jetzt allen Halt verloren und verliert, was sie noch hat, immer mehr — die Pariser Zustände, die Berliner Bestialitäten, der Sieg der Autorität in Wien, die Siege in Italien und tausend Anderes, namentlich auch der Geldmangel der Leute wirken dahin: Hecker ist vor einigen Tagen von zweien seiner Leute, die Geld von ihm forderten und die er hart anließ, halb todt geprügelt worden.

Soll denn nicht dieser Einfaltspinsel von Grumbrecht mit seinen Wahlumtrieben, die er gern geheimgehalten hätte, einmal beleuchtet werden? Dieser Kerl ist doch gar zu jämmerlich; hier ist er ganz fertig und hat schon in den letzten Monaten nicht mehr gewagt, die Tribüne zu betreten. Ich höre, er arbeitet dort auf Sandvoß' Stelle in Goslar los.

Ihr

Detmold.

Nr. 52. Frankfurt, 31. August.

Ich kam gestern nicht dazu, Ihnen zu melden, daß der Verf.-Ausschuß die Flußzollfrage ganz in dem Sinne entschieden hat, wie ich Ihnen vorgestern geschrieben. Die Flußzölle werden aufgehoben, das Princip einer „billigen Ausgleichung" aber ausgesprochen, sogar in der Verfassung; diese wird in einer in einer kleinen Reihe von Jahren sich immer mehr verringernden und endlich ganz cessirenden Entschädignng bestehen. Daneben aber hat der volkswirthschaftliche Ausschuß, der jetzt ganz toll ist, beschlossen, den Antrag zu einem Gesetze an die Nat.-Vers. zu bringen, wonach die Flußzölle ohne alle Entschädigung aufgehoben werden; der Beschluß ist gestern nur mit 11 gegen 10 Stimmen gefaßt worden. Carl[1]) aus Berlin sagte mir gestern Abend, er werde heute noch dagegen stimmen, um wenigstens ein Minoritätsgutachten von 11 Stimmen gegen 11 Stimmen zu veranlassen. Sonst hoffe ich, daß die N. V., wenn der Antrag kommt, denselben zur Begutachtung pp. an den Verf.-Ausschuß verweisen wird. Wie

---

[1]) Geheimer Kommercienrath.

die Sachen in den Verhandlungen der Comissarien sich gestellt haben, werden Sie besser wissen als ich.

Wenn Sie von einer Zersetzung rectius Verschiebung in der N.-V. etwas hören, so hat das seine Richtigkeit; der Urgrund der Thatsache ist aber kein innerlicher, sondern ein ganz gemeiner Hunger nach guten Stellen. Der Würtemberger Hof, das s. g. linke Centrum, die elendeste aller Partheien in der Versammlung, aber stark organisirt durch den Eifer der Führer und dergl. Mittel, mächtig und einflußreich dadurch, daß sie, ohne sich etwas zu vergeben, mit der äußersten Linken stimmen konnte (vgl. die Abstimmung über die Centralgewalt), ebenso bereit, der Rechten sich anzuschließen, hat diese ihre Stellung bei Besetzung des Reichsministerii auf das allerunverschämteste exploitirt. Nun sie als Parthei zufriedengestellt sein muß mit dem, was sie erhalten, löst sie sich auf, um durch Heranziehen Einiger (von denen die Idee wohl zum Teil ausgeht) und durch Ausstoßen Anderer eine neue Parthei in derselben Stellung (gegen links und rechts) zu bilden, die dann neue Anforderungen stellen kann und befriedigt werden muß. Das ist nach meiner Überzeugung des Pudels Kern. Man mag nur nicht immer die Schande aufdecken, weil man die Leute dann leicht der Linken zutreibt, sonst könnte ich darüber mancherlei Aufschlüsse liefern.

Der Ihrige

D.

Nr. 53. Frankfurt, 8. September.

Ich habe Ihnen, th. Freund, über die Crisis, die man so muthwillig über uns hereingezogen, nicht geschrieben, weil ich wußte, daß Bothmer Ihnen fleißige Mittheilung macht. Ich füge heute nur nachträglich Einiges hinzu. Der Linken, welche fort und fort Conflikte zwischen Frankfurt und den Einzelstaaten anstrebte, ist nun auf einmal ohne ihr Wollen und Zuthun eine treffliche Frucht dieser Art in den Schooß gefallen, nur leider so dick und so hart, daß sie sie nicht beißen kann, weil die Anderen, die so leichtsinnig ihr halfen, die Frucht abzuschütteln, nun erschrocken sind und zum Aufknacken ihre Zähne nicht leihen wollen. Darum auch zweifle ich nicht, daß die Sache bald wieder in das rechte Geleise kommen werde. — Frankreich, Rußland, Schweden wollen, im Falle der Krieg fortgesetzt wird, d. h. die Gränze von Jütland überschritten wird, selbst den Krieg erklären. Preußen will und muß den Waffenstillstand [1]) aufrecht erhalten; das hiesige

[1]) Den Wortlaut des unter dem 26. August unter Schwedens Vermittlung von Preußen für sich und Namens des deutschen Bundes mit Dänemark zu Malmoe auf die Dauer von 7 Monaten geschlossenen Waffenstillstandes s. Deutsche Chronik, 1848, S. 53.

Cabinet konnte daher nichts anders thun, als denselben gleichfalls genehmigen. Eine Verwerfung würde zum Conflikte mit Preußen und zum Bürgerkriege geführt haben, daher mußte das Cabinet aus der Verwerfung eine Cabinetsfrage machen. Durch des sonst so trefflichen, hierin aber durch seine Schleswig-Holsteinschen Sympathien verblendeten Waitz (bei Dahlmann [1]) ist das noch schlimmer) verkehrten Antrag: die militärischen Maßregeln [2]), die zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthig, zu sistiren vor Berathung der Waffenstillstandsfrage selbst, hätte man einen Theil des Waffenstillstandes verworfen, und da man diesen nicht theilweise annehmen, theilweise verwerfen kann, da er nur als Ganzes zu behandeln ist, so mußte das Cabinet konsequenter Weise auch aus dieser Sache eine Cabinetsfrage machen. Nun traten neben der Unkenntniß der Sache, neben der wahnsinnigen Leidenschaftlichkeit Dahlmanns, die ihn ganz verblendet, und neben den bekannten Wünschen der äußersten Linken noch allerhand andere unheimliche Elemente ins Spiel, namentlich die Absicht, das Ministerium zu stürzen, um die Beute zu gewinnen (Würtemberger Hof und einige andere, wie v. Mayern [3]), Möring [4]) u. s. w.). So ist denn der Beschluß [5]) zu Stande gekommen, vor dessen Folgen nun die Meisten, die dazu mitgewirkt, selbst erschrocken sind. Die Lage tritt gleich in der Unmöglichkeit zu Tage, ein neues Ministerium zu bilden. Dahlmann wird (erst lehnte er ab, der Reichsverweser insistirt aber) mit Bildung eines neuen Minist. beauftragt. Natürlich begreift er die Unmöglichkeit, ein solches zu Stande zu bringen, und das erklärt die furchtbare Situation, in der er sich in der gestrigen Sitzung befand. Es war eine wahrhaft erschütternde Execution, die an diesem ja so trefflichen Menschen vollzogen wurde, gleich schrecklich durch die Pietätlosigkeit seiner bisherigen Freunde, wie durch die noch grausamere Freundschaft und Liebkosungen der Linken. Ein neues Ministerium ist nur möglich im Sinne des Beschlusses vom 5., d. h. im Sinne der Verwerfung des Waffenstillstandes, d. i. des Bürgerkriegs. Es ist also nur ein Ministerium der äußersten Linken möglich. Das sehen die Herren jetzt ein, und nun haben sie Katzenjammer. Jedes andere Ministerium (zu dem sonst die Herren v. Hermann [6]), Möring, Mayern, Wurm [7]) u. andere zweideutige

---

[1]) Vergl. über die folgenden Vorgänge Dahlmanns Leben, von Springer, II., S. 280 ff.

[2]) Insbesondere war die Räumung der Herzogthümer von den beiderseitigen Truppen stipulirt.

[3]) Oberst, Abgeordneter von Wien. — [4]) Ingenieurhauptmann, desgleichen.

[5]) Der Beschluß, die militärischen und sonstigen zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen Maßregeln zu sistiren, wurde mit 238 gegen 221 Stimmen gefaßt.

[6]) Ministerialrath, von München. — [7]) Professor, von Hamburg.

Menschen gar große Lust hätten), müßte sofort seinen Ursprung verläugnen. Die Situation wird nach meiner Überzeugung ganz einfach dadurch gelöst werden, daß die Versammlung den Waffenstillstand genehmigt, dadurch ihren Beschluß vom 5. zurücknimmt und sich so selbst ins Gesicht speit, was sie ja reichlich verdient hat. Dann wird — mit oder ohne geringe Modificationen — das alte Ministerium wieder eintreten. — Man trägt sich mit einer Ministerliste (Stockmar Präsident, Stedmann [1]) Inneres, H. Simon [2]) Justiz, v. Mayern Krieg, v. Arnim Auswärtiges, v. Hermann Handel und Finanzen), allein dieselbe ist sicher eine alberne Invention und ohne alle Begründung. Im Verf.-Ausschuß sind die Dinge in der letzten Zeit ziemlich gut gegangen, namentlich z. B. verbleibt die Zollerhebung den Einzelstaaten, obgleich die Einkünfte in eine gemeinschaftliche Casse fließen, von dem das Reich vorab nimmt, das Übrigbleibende repartirt wird, — Matricular-Dotation des Reichs war nicht durchzuführen; da die Armee im Frieden von den Einzelstaaten unterhalten wird, so ist die Sache gegen den früheren Entwurf noch glücklich zu nennen.

Ich bitte Sie dringend, einmal über ein Wahlgesetz nachdenken zu wollen: ich habe nach und nach die meisten Mitglieder des Verf.-Ausschusses für die Idee eines Census gewonnen; allein wie ist ein gleichmäßiges Princip zu finden? etwa nach der Größe des Tagelohns? Die Sache ist mir jetzt durch 5 neu eintretende Mitglieder des Verf.-Ausschusses, von denen 3 sehr stark links sind, sehr bös verrückt, allein ich hoffe dennoch das Beste.

Wenn mich nur meine Wähler in Ruhe ließen! Adv. Meyer in Essen, der hier war und einen Adv. Benthe als heimlichen Condeputirten und Spion gegen mich zurückgelassen hatte, hat behauptet: die anderen Hannoverschen Deputirten hätten ihn beauftragt, meine Abberufung zu betreiben. Da hab ich mir nun müssen 21 Erklärungen ausstellen lassen, daß das nicht wahr, und so geht's in Einem fort, so daß mir nichts übrig bleibt, als Alles über mich ergehen zu lassen und gar keine Notiz davon zu nehmen.

Der Ihrige

D.

Nr. 54. Frankfurt, 13. September.

Wenn Sie, liebster Freund, auch durch Bothmer hinlänglich von den hiesigen Zuständen unterrichtet sind, so will ich doch zur Veranschaulichung des Moments noch Einiges hinzufügen. Es wirbelt hier bunt durcheinander:

[1]) Carl Stedmann, Gutsbesitzer, von Coblenz, wurde demnächst als Reichskommissar nach Schleswig-Holstein entsandt. — [2]) Stadtgerichtsrath, von Breslau.

die Besorgniß der Guten, der Jubel, das Wühlen und die Lügen der Schlechten, der Katzenjammer und das Schwanken der Schwachen. Im Ausschuß, der die Waffenstillstands-Frage zu begutachten hat (der combinirte, internationale und Centralgewalts-Ausschuß, eine unglückliche Idee!) hat sich die Majorität nach langem Schwanken festgestellt. Für den Beschluß am Dienstag d. 5. waren (immer Heckscher abgerechnet, der sich des Votums enthält) 11 gegen 8, nun kamen am Sonnabend hinzu Trützschler[1]) und Wippermann, die verreist gewesen waren, und welche für Verwerfung stimmten; trotzdem stand es am Sonntag umgekehrt, und 11 gegen 10 waren gegen Verwerfung, unsere Mitglieder hatten Angst bekommen, unter andern auch unser unschuldiger Staatsrechts-Gurli Zachariae, und hatten gegen Verwerfung gestimmt; dann kamen am Sonntag Morgen noch die bis dahin abwesenden Arndt[2]) und Claußen (aus Kiel) hinzu und stimmten für Verwerfung, so daß es in endlicher Berathung 12 gegen 11 für Verwerfung stand. Da bei der Masse in der N.-V. der Majoritäts-Antrag des Ausschusses immer großes Gewicht hat, so ist dieser Umstand gefährlich. Dazu kommen nun die durch die übertriebensten Lügen vergrößerten Nachrichten von der Aufregung, welche der Waffenstillstand überall im Volke hervorgebracht. Dies ist der böseste Punkt; denn er bestimmt manche sonst halbwegs vernünftige und lenksame Leute, toll zu stimmen, sich und das Vaterland in die Gefahr zu stürzen: sie wollen ihren Committenten gerecht sein. Ferner kommt hinzu die Zweideutigkeit Bayerns; Graf Bray[3]) ist hier, um Bayern der Centralgewalt zur Disposition zu stellen und zu vermitteln. Es ist das alte zweideutige Benehmen Bayerns, das immer im Trüben fischen will und hier eine treffliche Gelegenheit zu der lang ersehnten Hegemonie findet, wenn Deutschland in 3 Theile, Oesterreich, Norddeutschland und Süddeutschland zerfallen wird. Bray schiebt zwar die Vermittelung voran, allein Sie können sich denken, daß Seitens der Wühler der Hauptaccent darauf gelegt wird, daß Bayern sich zur Disposition stellt. Indessen habe ich trotz all dem guten Muth, und Hoffnung, daß es nicht zum Schlimmsten, d. h. zu einer Verwerfung des Waffenstillstandes kommen werde. — Einmal wirkt der Eindruck, den der Beschluß vom 5. in Paris gemacht hat, hier vortrefflich für all die Narren, die nach Frankreich sehen, als dem Lande des Heils; dann ist von Lord Palmerston gestern Abend ein Courier an L. Cowley[4]) mit einer Depesche angekommen, die Annahme des Waffenstillstandes fordert, aber dabei für den Frieden die nachdrück-

[1]) Appellationsgerichts-Assessor von Trützschler aus Dresden.

[2]) Ernst Moritz Arndt.

[3]) Bayerischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[4]) Gesandter in Frankfurt.

lichste Unterstützung Englands zusagt; der Friede solle aber von der Central- gewalt selbst unterhandelt und geschlossen werden, nicht von Preußen, dessen Verfahren Dänemark am meisten disgustirt habe. Ferner ist der Herzog von Augustenburg hier angekommen und wirkt in gutem Sinne auf die Schleswig-Holsteinschen Deputirten ein, deren viele jetzt nicht für Verwerfung stimmen würden, wenn sie nur nicht gerade für Genehmigung stimmen müßten. Da liegt überhaupt die Hauptschwierigkeit, und ich bin noch nicht gut dafür, daß nicht irgend eine ingeniöse Dummheit erfunden wird, um zwischen Genehmigung und Verwerfung mitten inne zu stehen, freilich unter formaler Zurücknahme des Beschlusses vom 5. Endlich hat der Reichs- verweser all die Oesterreichischen Deputirten, die am 5. mit der Majorität gestimmt hatten, kommen lassen und hat sie zur Ruhe, Besonnenheit u. s. w. ermahnt. Das hat der gute Mann auch bei einigen andern Leuten gethan, und das hat zu einigen sehr komischen Geschichten Anlaß gegeben. Der Reichsverweser war nämlich über den Beschluß vom 5. und die Folgen, wie natürlich, sehr bekümmert; er hatte in seiner einfachen patriarchalischen Weise die Absicht, eine Proclamation an die Nat.-Vers. zu erlassen, worin er sie zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte, und zwar ohne Contrasignatur eines Ministers. Er ist nur mit Mühe von dieser Absicht abgebracht worden, und ihm, weil er denn durchaus etwas dergleichen thun wollte, anheim gegeben, die Hauptleute der Linken pp. zu sich kommen zu lassen. Da haben dann die pp. Venedey, Vogt u. dergl. m. Briefe mit Ein- ladung zum Reichsverweser erhalten. Die haben natürlich geglaubt, sie sollten zu Ministern ernannt werden, und das hat dann die allerlächerlichsten Scenen gegeben. Auf der andern Seite glaubte man hier, weil die Sache bekannt wurde, ebenfalls einen halben Tag ganz ernsthaft an solche Minister. — Nur der saubere H. v. Hermann glaubte nicht daran. Der hat, vielleicht inducirt durch einige Worte in den Blittersdorfschen leitenden Artikeln, in aller Harmlosigkeit einigen Preußischen Notabilitäten Portefeuilles an- geboten; die haben ihm gut heimgeleuchtet. So steht auch das Ministerium Hermann noch ganz in der Luft, bis die Nat.-Vers. über die Waffenstill- standsfrage selbst beschlossen und damit einem neuen — vielleicht auch dem alten — Ministerium Boden gegeben haben wird. — In der ganzen An- gelegenheit ist mir Gagern zweideutiger als je erschienen; ich hatte mehrere Unterredungen mit ihm, wo er sehr gedrückt war, die Gefahr vollkommen einsah, aber das, was ich von ihm haben wollte, doch nicht aussprach. Da hab ich ihn nun gestern förmlich durch einen vertrauten Freund auffordern lassen, in der Sache, bei der die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel stehe, seinerseits das Wort zu nehmen und gegen die Verwerfung des Waffenstillstandes zu reden. Ich habe absichtlich die freundliche Auf-

forderung durch einen Dritten gewählt, was Gagern auch gefühlt hat; nun weiß Einer darum, daß die Aufforderung an ihn ergangen; er hat zugesagt und das ist wichtig. Eine Menge Mitglieder werden aus Furcht vor Impopularität schlecht stimmen; wenn Gagerns Name sie deckt, werden sie vielleicht vernünftig sein. Ich hatte gefürchtet, Gagern werde es nicht wagen, seine Popularität auf's Spiel zu setzen, aber er hat offen und frei zugesagt.

Der Ihrige

Det.

Nr. 55. Hannover, 17. September.

Vier Briefe bin ich Ihnen schuldig, lieber Freund, Briefe, die ich gern gleich erwidert hätte; aber was mich erst abhielt, drückt mich auch noch, die Ungewißheit, ob das Gegenwärtige Sie in Frankfurt trifft. Seit beinahe 14 Tagen sind wir nun in Deutschland in doppelter, wo nicht dreifacher Ministerkrisis, und alles geht seinen gewohnten Gang, niemand fragt darnach, hie und da etwas Krawall, etwas Volksrederei mehr, daran sich niemand kehrt, das ist alles. Ist das Gesundheit oder ists Torpor? Ich möchte glauben, Nationalversammlungen, Ministerkrisen und all dergleichen seyen fremde Elemente, die man an das deutsche Staatsleben angehangen hat, und die man gern von außen möchte ins Fleisch wachsen lassen, wozu denn allerlei künstliche chirurgische Operationen von Volksversammlungen pp. dienen sollen; es kommt auch Unbehaglichkeit, eine Art Wundfieber zu wege, aber vereinigen will sichs noch nicht. Am Ende wird vielleicht die Nation selbst müde, sich so behandeln zu lassen, oder die Ärzte werden es müde, ihre Künste auf solche Weise zu probiren, und dann wirds heißen: es hilft doch nicht. — Und es geht zum Alten. —

Doch diese Betrachtungen werden wohl etwas zu früh seyn, obwohl meines Erachtens die Waffenstillstandssache in dieser Beziehung einen großen Schritt vorwärts gethan hat. Sie mag ausschlagen, wie sie will, es wird ein ernstliches Kopfschütteln über die Frankfurter Versammlung werden. Wollte man jetzt den Waffenstillstand verwerfen, 14 Tage nach dem ersten Beschlusse, in dem Augenblick, wo Holstein fast gänzlich geräumt ist, man würde sich lächerlich machen, der deutschen Ehre zu Ehren und das wäre alles. Kindisch lächerlich! Gewiß ein schöner Anfang für die deutsche Einheit, die in den schlechtesten Zeiten nicht schlechter gewesen ist, trotz Nationalversammlung und Hermanns Reden. Dies ist der Eindruck, den mir diese Dinge zu machen scheinen. Zwar kann ich kein recht sicheres Urtheil fällen, da ich wenig Menschen sehe; allein mein Aufenthalt in Osnabrück, wo ich 8 Tage war, hat mir ganz diesen Eindruck gelassen,

und auf der Reise so wenig als hier ist er verwischt. Das freilich haben die Leute sich aufgeredet, der Waffenstillstand sei eine Schmach; worin aber diese Schmach bestehe, das ist niemand klar. Gegen Preußen soll große Mißstimmung herrschen, allerdings haben sie auch recht große Mißgriffe begangen, der größte die Zulassung Moltkes [1]), aber daß man den Krieg fortführen solle, behauptet doch kein Mensch. Ueberall nur Negative, und auch die ohne alle Energie, trotz Grumbrechts Lüneburger Versammlung.

Das Berliner Elend macht freilich noch weniger Eindruck, wie viel schlimmer es auch seyn mag. Man ist dort einmal Schwanken und Schwäche gewohnt, und die rechte Reactionsfurcht will nicht zum Durchbruche kommen. Die Jagdexcesse sind ohne Folgen geblieben. Nur im Hildesheimschen wühlt Weinhagen mit Westrum [2]), lassen sich silberne Krüge und Pokale von Lumpengesindel schenken, und möchten gern mal, wenn sie es vermöchten. Das Ausschreiben an die Behörden [3]), das ich erlassen, hat eine mir selbst unbegreifliche Wirkung gethan. Man sieht recht, wie wenig Einsicht herrscht, wie wenig Thaten, wie viel Worte vermögen. Das Verfassungsgesetz ist nun auch da. Die Wähler, die sich läppischer Weise auf direkte Wahlen geworfen, welche die Stände ausdrücklich abgelehnt, haben zur Zeit gar keinen rechten Stoff. Sie mäkeln und deuteln nun an jenem Ausschreiben herum, das ist aber doch ein elender Nothbehelf.

Sie fragen mich wegen des Wahlcensus. Das ist freilich ein sehr schlimmes Ding, und die Wahrheit zu gestehen, ich weiß Ihnen kaum irgend ein entscheidendes Auskunftsmittel anzugeben. Der Taglohn — der Maaßstab der Constituante — ist freilich überall passend. Allein es will mir nicht in den Sinn, daß eben hier der rechte Maaßstab zu finden sey. Die Steuer soll jeder nach Kräften zahlen, und wenn meine Kraft 100 Thlr. ist, so thue ich nicht mehr als der, welcher nach seiner Kraft 6 ggr. zahlt. Ich glaube, auf diesem Wege kann man nur zu dem Satze unseres Verfassungsgesetzes kommen, das alle Steuerzahler zuläßt. Vielleicht erweitert man dann einmal die Zahl der capite censi. — Nach meinen Begriffen sollte etwas anderes entscheiden, z. B. Grundbesitz, Gemeindebürgerrecht. Dabei aber kommt einem immer die fatale Kategorie der Staatsdiener aller Art in die Quere, die in der Regel weder das eine noch das andere sind und doch mit gelten wollen. Diese Classe mit ihrem Anhängsel, den studirten Leuten, Schreibern, Ärzten, Literaten, Advokaten

---

[1]) Graf Carl Moltke auf Nütschau, nach Vereinbarung zwischen Preußen und Dänemark Präsident der in Gemäßheit des Waffenstillstands von Malmoe für Schleswig und Holstein interimistisch einzusetzenden gemeinschaftlichen Regierung.

[2]) Advokat in Hildesheim.

[3]) Vom 19. August, abgedruckt bei Oppermann, II., S. 58 der Beilagen.

u. s. w. ist in der That die größte Plage unseres öffentlichen Lebens, und eben diese vornehmen Leute und vornehmen Proletarier machen einem überall die größte Noth. Billig sollte man auf sie keine Rücksicht nehmen, insofern sie nicht den gesunderen Elementen der Gemeinde angehören wollen, und höchstens den der Versetzung unterworfenen Staatsdienern den Gewinn des Gemeindebürgerrechts erleichtern. Damit wäre auch in Süddeutschland, wo man zum Gemeindebürgerrecht überall einen Vermögensnachweis fordert, einigermaßen wenigstens geholfen.

Doch Sie werden das besser wissen. Man macht dort ja auch wohl eine neue Gemeindeordnung, wie man alles machen kann.

Für die Artikel über das Reichsgericht besten Dank. Sie sind das Beste des bisher erschienenen, und § 5. 6. der Hauptfortschritt. Nur sollte man freilich von der volkssouverainen Gesetzgebung auch abstrahiren, wie in Amerika. So lange wir diese Marotte nicht abthun, kommen wir zu nichts. Man muß einen Abschnitt machen in diesem Foederalwesen, sonst gehts in alle Ewigkeit zur une et indivisible oder zum Chaos. —

Eben theilt mir Krüger Ihren Brief mit. Ich werde wegen der Haymschen Berichte sorgen. Aus ihnen habe ich gestern die Hermannsche Rede entnommen, eine wahre Mistpfütze von Unsinn und Großmäuligkeit. Franckes [1]) Antrag ist vernünftig, und seine Rede (nach der Cölner Zeitung) in lobenswerther Gesinnung gehalten. Auch daß Droysen sich begriffen, freut mich; ich kann nun kaum an der Mehrheit für den Waffenstillstand zweifeln. Denn dem bloßen Schlachtroß der gloire zu Liebe gegen die Betheiligten selbst anzurennen, scheint doch unmöglich. — Freilich, daß man den Frieden nicht durch Hrn. von Below [2]) unterhandeln lasse, das ist sehr zu wünschen.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 56. Frankfurt, 19. September.

Ich darf voraussetzen, daß Sie, th. Freund, aus den Zeitungen und aus Bothmers Berichten die hiesigen Vorfälle kennen, den Beschluß vom Sonnabend [3]) (als ich aus der Paulskirche herauswollte, wollte man mich nur durchlassen, wenn ich Heckern ein Hoch brächte, so daß ich eine andere

---

[1]) Regierungspräsident von Schleswig. Von ihm war der am 16. angenommene Antrag. Vgl. Anm. 3.

[2]) Generalmajor von Below. Preußischer Unterhändler des Waffenstillstands.

[3]) An diesem Tage, dem 16., hatte die Versammlung mit 257 gegen 236 Stimmen, unter Verwerfung des Majoritätsantrags der Ausschüsse, beschlossen, dem Waffenstillstand zuzustimmen.

Thür suchen mußte), die Aufläufe, Demolirungen pp. von Sonnabend Nacht, dann die Volksversammlungen [1]) vom Sonntag (wo Zitz [2]), Schlöffel [3]), Simon [4]) u. A. offen zum Blutvergießen aufforderten, so daß die Herren jetzt schwer daran zu thun haben werden, den Zusammenhang zwischen jenen ihren Reden und den heutigen Vorfällen wegzuleugnen). Da offen aufgefordert worden war, die N.-V. zu sprengen (die Linke wollte bleiben, den Reichsverweser gefangen nehmen und dann Deutschland regieren), so hatte der Senat, weil die Bürgerwehr am Sonnabend den Dienst geweigert, in der Sonntag Nacht Truppen aus Mainz pp. kommen lassen und dann die Sorge für die Sicherheit dem Reichsministerio übergeben. Heut früh [5]) also waren Oesterreicher da, und Preußen zogen ein. Thörichterweise ließ man die Oesterreicher, welche die Paulskirche zu Anfang umstellt hatten, sich später zurückziehen; da gab's einen kleinen Versuch eines Sturmes, indessen man wurde der Kerle Herr, ein in der Nähe befindliches Picket Österreicher eilte heran und machte von der Waffe Gebrauch. Inzwischen wurden von dem Augenblicke an Barrikaden an vielen 100 Punkten aufgeworfen, die Läden wurden geschlossen, und Alles hatte Angst. Wir beriethen indeß ruhig Grundrechte u. dergl. m. unter fortwährenden vergeblichen Anläufen der Linken, wozu auch die Adresse der Volksversammlung vom Sonntag gehört, worin die 258 der Majorität für Hochverräther erklärt wurden. Gegen 2 Uhr war die Sitzung aus, und Alles schien sich gut anzulassen, obgleich fortwährend an Barrikaden gearbeitet wurde. Nach Tisch um 3 Uhr besah ich mir die Hauptbarrikaden, überkletterte einige pp. Alles hatte etwas Gemüthliches, selbst der Eifer, mit dem ein Schmied mit seinen Gesellen an der Barrikade arbeitete. Die Stadt war sonst voll unheimlichen Gesindels aus Hanau, Mainz pp. Ich hatte die Hauptbarrikade an der Constablergasse (die von Kurhessen besetzt war) kaum einige Minuten verlassen, als der Kampf begann. Anfangs waren die Preußen schlecht placirt und avancirten sich unvorsichtig, so daß namentlich da, wo ich mich befand, eine Menge fielen. Indeß wurden sie bald vorsichtiger, und so wie der Kampf mehr rationell geführt wurde, kam mit dem System auch der Succeß. Indessen waren die Truppen doch bei dem Ausbleiben der Artillerie in übler Lage. Als diese nahete, kamen die Herren von der

---

[1]) Die große Volksversammlung auf der Pfingstweide am Sonntag beschloß, die Mitglieder der Majorität „für Verräther des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre" zu erklären.

[2]) Advokat, von Mainz. — [3]) Gutsbesitzer, aus Schlesien.

[4]) Advokat, von Trier.

[5]) D. h. Montag den 18. Der Brief scheint noch am 18. geschrieben und am 19. abgeschlossen zu sein.

Linken und boten ihre Vermittlung an. Der Oesterreichische Commandant Nobili war schwach genug, darauf einzugehen. Man verlangte Zurückziehen der Truppen aus der Stadt und versprach dann Abzug der Zuzüge. Während dieser Unterhandlungen zitterte ich; ich drängte mich indessen aufs Kriegsministerium, um die dort angestellten, mir befreundeten Offiziere abzurathen, was aber nicht nöthig war. Während der Waffenruhe, die von 5½ bis 6½ Uhr dauerte, war das Geschütz angerückt. Gegen 7 Uhr begannen die Kanonen zu donnern, und nun war die Sache bald aus. Nur in den ganz engen Gassen, wo die Truppen bei der Nacht sich nicht hineinwagen konnten, hielten sich noch einige Barrikaden, sonst war um 8½ Uhr die ganze Stadt in der Macht der Truppen. Um 9 Uhr wurde der Belagerungszustand und das Kriegsgesetz verkündet. Wunderbar war die Wirkung der Kanonen auf die Barrikaden. Die Hauptbarrikade, die sehr gut vertheidigt wurde, namentlich aus Nachbarhäusern, war nach 6 Schüssen übergeben. Gefangene in Masse, auch Polen, die nie fehlen, wo Barrikaden gemacht werden. Welche Gräuel verübt worden, weiß man noch nicht genau, gefehlt hat es daran nicht. Fürst Lichnowsky und Obrist v. Auerswald (Bruder des Ministers) ritten um 3 Uhr aus dem Allerheiligenthore, um zu sehen, ob von Hanau Zuzug ankomme. Aus den Fenstern wurde auf sie geschossen, beide verwundet, in Keller geschleppt, Auerswald mit Knütteln zu Tode geschlagen, Lichnowsky füsillirt; letzterer lebte gestern Abend spät noch, aber ohne Rettung. Die Sachen sind schauerlich, hoffen wir nur, daß der Moment genutzt werde. Schmerling hat den entschiedensten Willen, und hemmt ihn nicht etwa die Gutmüthigkeit des Reichsverwesers, so führt er es durch. Vielleicht gelingt es gerade von hier aus, wo man Centralgewalt und Nat.-Vers. beisammen hat, durch keine Stände-Versammlung, durch keine Clubs und Volksversammlungen (wegen des Belagerungszustandes) mehr genirt ist, der Schlange den Kopf zu zertreten. Ich hatte gehofft, heute selbst nach Hannover abreisen zu können; aber so lange die Dinge nicht wieder im Geleise sind, gehe ich nicht.

Der Ihrige

Detmold.

(Auf einem lose beiliegenden Zettel mit Bleistift geschrieben:)

Im Augenblick des Postschlusses berichte ich noch: Die Stadt ist ganz und gar in den Händen der Truppen, Sachsenhausen ebenso. Truppen kommen noch in Masse herbei, desgl. Geschütz. Das Reichs-Ministerium ist zum kräftigen Handeln entschieden; heut oder Morgen wird ein entscheidender Schlag gegen das ganze Club-Wesen in Deutschland geführt.

Lichnowsky ist gestern Abend 11 Uhr gestorben; von Jahn[1]) fehlen die Nachrichten, er soll schlimm mißhandelt sein; Heckscher hat sich mit genauer Noth gerettet. Es sind förmliche Proscriptionslisten aufgesetzt gewesen.

Dienstag, 10 Uhr. Ihr

Det.

Nr. 57. Frankfurt, 19. Sept. Dienstag, Abends.

Sie werden, liebster Freund, meinen Brief von heute Morgen erhalten haben. Aus der Sitzung ist wenig hinzuzufügen. Gagern schwach, dem Momente nicht gewachsen, die Majorität wieder zerfahren, die Linke still und einige Leute vorschiebend, welche von der Nothwendigkeit der Versöhnung schwatzen (Raveaux, dem Heckscher eine Gloriole bereitet, die uns schon oft theuer zu stehen gekommen, und Venedey[2]), die gute Mamsell). Die Majorität ließ sich richtig dupiren; indessen wird das hoffentlich morgen gut gemacht werden durch den Antrag auf eine Proclamation, welche den Aufruhr energisch tadelt — und die dann mit namentlicher Abstimmung beschlossen wird. Das Ministerium ist durchaus zu loben und wird mit größter Entschiedenheit vorangehen, — ob aber die Nat.-Verf. Muth und politische Bildung genug haben wird, den Moment, wie er nie da gewesen, nie wieder kommen wird, zu benutzen — das weiß ich nicht, hoffe ich kaum. Doch ist manches von der Criminal-Untersuchung zu erwarten, die sicher Sachen enthüllen wird, die Keiner geahnt hat. Der Coup war seit langem vorbereitet, den Beweis haben wir in Händen, nämlich den großen Friedrich Hecker; der heute Morgen hier glücklich gefaßt ist, nachdem er Deutschland durch seine Reise nach America zu beruhigen versucht hatte. Es ist noch Geheimniß, daß man ihn hat, weil man Gewaltmaßregeln zu seiner Befreiung fürchtet und vorher noch Truppen heranziehen will. Es soll ein Armee-Corps von 20000 Mann mit entsprechendem Geschütz hierher gezogen werden. Das Beste muß, wie gesagt, die Criminal-Untersuchung thun, die uns die Hauptführer der Linken vom Halse schaffen muß. — Für heute ist weiter nichts Neues.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 58. Frankfurt, 22. September.

Ihren Brief vom 17. habe ich empfangen und danke zugleich für Ihre Bemerkungen über den Census; auf das Resultat bin ich inzwischen

[1]) Fr. Jahn aus Freiburg a. Unstrut, der „Turnvater". Vgl. Jahns Leben von Pröhle, S. 268. — [2]) Schriftsteller, aus Cöln.

auch gekommen: Selbständigkeit, Unbescholtenheit und Zahlung irgend einer direkten Steuer (nicht Communal-Abgabe). Da man ja alle bisherigen Steuersysteme umwerfen und die Last hauptsächlich, ja ausschließlich auf die Wohlhabenden legen will, wird man die Besitzlosen von aller Steuerzahlung und damit dem Wahlrecht leicht entbinden. Ich denke, unter dem Belagerungszustand soll Manches leichter durchgesetzt werden, als es ohne denselben der Fall sein würde, namentlich nach der widerwärtigen Wendung, die seit 4—6 Wochen unter den Mitgliedern der N.-V. eingetreten war; es war ein — sehr natürliches — allgemeines Mißbehagen, dem die albernen Menschen durch die Formel zu entkommen suchten: man müsse mehr nach links. Unsere Hannoveraner waren darin mit die schlimmsten und wegen ihrer sonstigen Hölzernheit die widerwärtigsten. Einige der Landsleute, Freudentheil, Plaß, Nicol stimmen fast nur mit der äußersten Linken; Nicol beruft sich gegen mich auf die Ansichten seiner Wähler. Wenn Sie gelegentlich Wermuth[1]) sehen, der von dergleichen Bescheid weiß, wollten Sie nicht so gut sein und einmal fragen: ob die Hamelenser denn wirklich so toll sind? sonst könnten sie N. wenigstens erklären, daß er sich ihretwegen nicht in seinen Abstimmungen geniren möchte.

Neues hier vorläufig nicht viel: Die Stadt gleicht einem Feldlager, allnächtlich Bivouaks; es werden noch fortwährend Truppen herangezogen, um ein Armee-Corps von 25—30,000 Mann hier zu haben. Preußen hat 2 Armee-Corps zur Disposition gestellt. Das Ministerium wird auf das energischste vorangehen, d. h. Schmerling (von dem in dieser Beziehung nicht genug Gutes zu sagen ist), Peucker und Duckwitz. Dagegen hat Mohl[2]) Furcht und Zagniß, um so schlimmer, als gerade in sein Departement jetzt der Schwerpunkt fällt. Heute wird das Verbot der (Blumschen) Reichstags-Zeitung[3]) erfolgen, andere Schläge werden nachfolgen, in 8 Tagen hoffentlich Arrestation der Mitglieder der N.-V., die am 17. in der Volksversammlung zum Mord aufgehetzt haben. Ich fürchte nur, daß die Voruntersuchung bei den Frankfurter Behörden in schlechten Händen ist. — Da es in diesem Augenblicke nur heilsam sein kann, die Centralgewalt zu stärken (zumal viele Einzelregierungen nur erst durch sie wieder Kraft bekommen werden), so bitte ich Sie, zu überlegen, was etwa [von] Ihrerseits an Offerten, Bereitwilligkeits-Erklärungen und dergl. geschehen kann. Die Anarchisten und Wühler in Hannover haben ja so laut und

---

1) Wermuth war früher Bürgermeister in Hameln, wo Nicol gewählt worden.

2) Reichsjustizminister.

3) Dieselbe brachte noch am 19. einen Artikel voll maaßloser Schmähungen gegen die Majorität vom 16.

wiederholt, ihre Unterwerfung unter die Centralgewalt ausgesprochen, daß sie nun auch Ausnahme-Gesetze, Preßgesetz u. dergl. bittere Früchte schlucken müssen, ohne den Mund zu verziehen. Vielleicht könnte die Hannov. Zeitung auf dergleichen leise andeutend vorbereiten. Für das Preßgesetz wollte ich gern für die Einzelregierungen die Facultät retten, einzelnen Blättern nach ihrem Belieben den Postdebit zu entziehen (z. B. Hannover den Bremischen Blättern u. s. w.), allein die Herren im Ministerio finden das zuweitgehend — während ich überzeugt bin, daß sie doch dran müssen über kurz oder lang. — Daß Ihnen der Entwurf des Reichsgerichts gefällt, freut mich besonders, weil derselbe von Soiron entworfen ist, der eines der wenigen scharf verständigen, praktischen und dabei politisch gebildeten Mitglieder ist, aber für seine Stellung leider aller Würde entbehrt, so daß darüber all seine vortrefflichen Eigenschaften verdunkelt und vergessen werden; er ist (wie viele Mitglieder) jetzt auf dem besten Wege, d. h. nach rechts zu. Im Verf.-Ausschuß hatte ich wegen der Besetzung des Reichsgerichtes den Antrag gestellt, dieselbe, namentlich die erste Besetzung, so geschehen zu lassen, daß nur die Einzelregierungen und die Reichsgewalt dabei concurrirten, weder Particular-Stände-Versammlungen noch Nat.-Verf.; die Einzelregierungen sollten ernennen, die Reichsgewalt recusiren können. Mein Antrag fiel durch, man discutirte 4—5 Stunden, verfing sich in solchen Unsinn, daß man zu der Überzeugung gekommen ist, man müsse die deßfallsigen Beschlüsse wieder aufheben und die Sache von Neuem beginnen; da hoffe ich denn, daß jenes Princip angenommen werden wird, zumal Dahlmann mir gestern sagte, daß er, der dasselbe hauptsächlich bekämpfte, nun demselben beipflichte. Ein ähnlicher Kampf wird sich beim Staatenhause entspinnen, wo ich gegen Beseler und Dahlmann, die den Entwurf zu machen haben, das Princip zu verfechten suche: daß die Mitglieder desselben, soweit sie die Einzelstaaten repräsentiren, von den Regierungen derselben ernannt werden, nicht von den Ständekammern der Einzelstaaten; da den Einzelstaaten daran liegen müsse, sich im Staatenhause durch Männer vertreten zu sehen, welche Kenntniß der Verhältnisse des Staates hätten, während die Ständekammern nur „Volksmänner“ schicken würden, wodurch dann ohnehin das konservative Element des Staatenhauses durch demokratischen Beisatz vergiftet würde.

Ich hatte Ihnen geschrieben, daß Hecker verhaftet worden sei; ich erhielt die Mittheilung durch ein Senats-Mitglied, das die Dinge geleitet; ich habe aus ganz besonderer Ursache nicht an der Wahrheit gezweifelt. Im Ministerio leugnet man jetzt das Faktum — was mich irre macht, aber nicht überzeugt. Wenigstens aber will ich dadurch meine neuliche Mittheilung berichtigen.

Ich bin sehr begierig, welche Wirkung die Vorfälle vom 18. in Nord-Deutschland, bei uns wie in Preußen, machen, und können Sie mir in irgend einer Weise darüber etwas mittheilen, so würden Sie mich sehr verbinden, es wird auch von Nutzen sein, daß man hier dergleichen erfährt. — Daß Sie Voß als Cammerdirektor los sind, freut mich sehr; der Mensch war doch nur schlecht und in keiner Weise brauchbar. An Bothmer hätten Sie sicher den trefflichsten Nachfolger, allein ich zweifle, daß der König seine Versöhnlichkeit so weit treibt.

Ihr

Detm.

Nr. 59. Hannover, 24. September.

Ihren Brief vom 24. [rect. 22.], lieber Freund, erhielt ich eine Viertelstunde früher, als einen anderen von Banks, der mir durch 3. Hand von der Eisenbahn gebracht wurde und den Einbruch Struves in Baden meldete. Wir werden wohl schleunigst Truppen offeriren, die zur Noth in 3 Tagen in Mainz seyn können. Was uns hält, ist nur die Sorge des Königs wegen Ausbruchs in Berlin, der nun auf morgen angekündigt ist, während andere glauben, man werde dort nicht den Muth haben, gegen Wrangels Soldaten aufzutreten.

Ihre früheren Briefe vom 19. (3 Stück) sind mir richtig geworden, und sage ich dafür herzlichen Dank. Sie lassen in diesem trüben Pfuhl der Nat.-Vers. noch einigermaßen die leitenden Kräfte entdecken. Ueber die Thaten des 18. lassen Sie mich schweigen, sie sind zu schändlich, der Abgrund der Verderbniß zu tief, die Feigheit auf der anderen Seite zu traurig. Eine Frucht derselben ist bisher noch nicht zu entdecken gewesen. Denn der Entwurf des Gesetzes zum Schutz der Versammlung sowohl als der einer Proclamation scheinen mir eine Halbheit. Die Versammlung liebäugelt noch mit der Revolution, möchte diese am Zwirnsfaden halten, um sie gelegentlich nach Belieben loslassen und wieder anziehen zu können. Dazwischen fallen dann ferner alberne Grundrechtsbeschlüsse, die eben diesen Charakter haben. Eine Kraft, die entschieden auf das Nothwendige wirkte, sieht man nicht, außer etwa in Duckwitzens Antrag, den volkswirthschaftlichen [Ausschuß] zu depossediren. Ob nun der Struvesche Einfall die Sache zu mehrerer Entschiedenheit führe, muß man abwarten.

Auf der anderen Seite fürchte ich auch beinahe, daß Sie, lieber Freund, geneigt sind, sich etwas zu weit führen zu lassen. Mit Verboten und Chikanen von Zeitungen und Beschränkung der Vereinsfreiheit müssen wir sehr vorsichtig seyn. Namentlich in letzterer Beziehung fürchte ich ein französisches Policeiwesen recht sehr, und weiß die Gränze noch nicht zu finden. Ver-

handlungen, bei denen jeder Zutritt hat, können bedenklich seyn; aber noch bedenklicher ist dann auch die Entfernung des Heilmittels der Oeffentlichkeit. Was uns fehlt, sind Gerichte, und vor allem liegt unsere Schwäche in der durch die unitarischen Bestrebungen herbeigeführten Erschütterung der Grundlagen des Staatsrechts. Die revolutionärsten nach dem Crim.-Codex strafbarsten Dinge bleiben straflos, weil die Berufung auf die Centralgewalt das Substrat der Verfassung aufhebt. Andererseits ist aber diese Gewalt selbst ganz ohne rechtlichen Schutz, da der Bundestagsbeschluß von 1836[1]) auf sie nicht paßt. Vid. die Hildesheimer Adressen der Volksvereine. Schaffen Sie eine Strafgewalt wieder durch Festigkeit der Verfassung; dann brauchts jener polizeilichen Plackerei nicht.

Dann möchte ich Sie wegen des Staatenhauses auch bitten, nicht zu streng auf der Wahl blos durch die Regierungen zu beharren. Wir haben das auf den 17er Entwurf zuerst begehrt.[2]) Allein ich bin mehr und mehr davon zurück und zum System des 17. Entwurfs übergegangen. Das Staatenhaus aus bloßen Repräsentanten der Regierungen würde nie genügende Kraft haben; und ich zweifle nach dem Vorgange Amerikas nicht, daß auch die Stände gouvernementale Capacitäten senden werden. Es liegt ihnen das Staatsinteresse nahe genug. Nur machen Sie das Staatenhaus nicht zu stark. Keine Verdoppelung der Stimmen des Pleni, sondern dieses einfach. Es genügen c. 70 Menschen völligst. Ich empfehle bei diesen Zahlen zu bleiben, weil sie einmal bestehen. Eigentlich sollte man, wie in Amerika, jedem Staat gleich viele zuweisen. Das würde aber Anstoß erregen, und alle Zahlendiscussionen sind sinnlos und Willkür so oder so. Könnte man sich nur entschließen, diese Gewalten, Regierung, Volkshaus, Staatenhaus, Gericht taliter qualiter herzustellen, und ihnen die Entwicklung des Restes zu überlassen, das würde weiter führen. Oder beschlösse man, die sämmtlichen Fürsten und Staaten zu sofortiger Beschickung einzuladen, um sich zu einigen, ich glaube, es fehlte Keiner. Denn daß es so nicht bleiben kann, das ist wohl allen klar. Wir könnens noch aushalten und haben eher zu scheuen, mit den mitteldeutschen Regierungen auf eine Linie zu treten; allein wir würden nicht zurückstehen und das Werk der Einigung wahrhaft zu fördern suchen. — Wollen Sie übrigens die Sache anders als durch eine Theilung ordnen, z. B. Vorschlag der Regierung und Genehmigung der Stände, oder umgekehrt, so habe ich wenig

---

[1]) Er brachte unter den Begriff des Hochverraths „jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit und die Verfassung des deutschen Bundes".

[2]) Vgl. Hannoversches Votatum vom 14. Mai. v. Wangenheim, Aktenstücke S. 167. Nach dem 17er Entwurf sollte die Wahl zur Hälfte den Regierungen, zur Hälfte den Ständen zustehen.

dagegen; ja es ist das wohl noch besser, weils Einigung voraussetzt. Das Beste vielleicht, die Theilung zu lassen, und jedem die Zustimmung zu den Wahlen des andern Theils zu geben.

d. 25.

Sie fragen nach der Wirkung der Ereignisse auf die Stimmung. Diese scheint mir eine erschütternde gewesen zu seyn. So etwas hatte man sich bei der politischen Spielerei nicht gedacht und sieht nun erschreckt in den Abgrund. Die Volksvereine können freilich den Weg von dem vorgeschriebenen (sicher von dorther ordonnancirten) Treiben wegen Mißtrauensvoten und Mißbilligung des Waffenstillstands nicht finden, gehen darin — wie Hildesheim — zum äußersten Cynismus, aber der Muth scheint ihnen auch geschwunden. Eine lustige Geschichte ist diese. Der hiesige Volksverein hatte zu seiner Mittwochssitzung, wo eben jene Stoffe verarbeitet werden sollten, die Gallerien übervoll, da hats argen Unfug gegeben, den die Vaterlandsblätter noch lobend referiren. — Allein nun kommt die Angst und H. Schläger hat am Sonnabend schon für nächsten Mittwoch policeilichen Schutz requirirt; man möge doch Soldaten aufstellen lassen u. dgl. Wermuth hat das natürlich verweigert und ihm gesagt, sie behaupteten ja, des Volks mächtig zu seyn; wenn sie das nicht seyen, möchten sie zu Hause bleiben, dann sey alles ruhig. Im übrigen scheint Angst im Volke. Ich bekomme nun anonyma, die die Regierung zu strengem Einschreiten auffordern, wozu aber hier gar kein Grund ist. In Berlin scheint man auf Frankfurt wenig gegeben zu haben.

Ihre Bemerkung, daß man sich dort von dem Gefühl des Ungenügens habe befreien wollen, indem man mehr links drängte, ist von schlagender und characteristischer Bedeutung. Es ist das der ächt revolutionäre Character, und erst wenn man davon los ist, ist wahrhaft zu hoffen, daß man der Revolution entgehe. Wollte Gott, es wäre dahin wirklich gekommen.

Niemand braucht sich weniger um seine Committenten zu geniren als Nicol. Gerade zu Hameln haben die Bürger den Volksvereinsunfug mit Energie unterdrückt. Ich werde aber sorgen.

Die Hildesheimer große Versammlung ist gestern ungewöhnlich ruhig abgelaufen. Außer dem Stadtpöbel sind einige 100 Landleute dagewesen. Beschlüsse die gewöhnlichen: 1. direkte Wahlen, 2. Ermahnung an den Justizrath Lüntzel, besser zu stimmen, 3. der Waffenstillstand oder etwas der Art. — Mich führt das noch auf die Wahlen zurück. Mir scheint hier ungemein viel auf das Princip der indirecten Wahlen anzukommen. Nur damit ist große Ausdehnung des Wahlrechts vereinbar und das Resultat sicher stets ein besseres.

Neues giebts sonst nicht. Merkel hat Desperation empfangen auf 3 Jahre, wozu ich ihm gratulirt habe, da er sie doch nicht entbehren kann.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 60. Frankfurt, 24. September.

Wie die Dinge sich hier compliciren, werden Sie, theurer Freund, bereits aus den Zeitungen pp. wissen. Struve, Heinzen und Wittich (nicht Hecker, der mit diesen gebrochen) sind in der Nacht vom 21. bei Lörrach über den Rhein in den Seekreis eingefallen, an der Spitze von etwa 3000 Mann, meist flüchtige Lombarden und Piemontesen, und ziehen mordend, brennend und plündernd auf Freiburg, Beamte pp. mit sich schleppend; bis Mühlheim sind sie gekommen. Von hieraus sind gestern etwa 5000 Mann hingeschickt, Graf Keller aus Erfurt, Mitglied der N.-V., als Reichs-Commissarius mit ausgedehnten Vollmachten oder vielmehr sehr beschränkten, auf Entfaltung der größten Strenge und Energie lautend. Der Linken ist dieser Einfall in diesem Augenblicke, wie es scheint, sehr unbequem, zumal seine Unterdrückung vorauszusehen; das ist unzweifelhaft, daß der Aufstand vom 18. erst am folgenden Tage losbrechen sollte, und nur losbrach, weil die Aufständischen nicht noch mehr Truppen hereinkommen lassen wollten. Es hat sich bei diesem Aufstande so manches zu Tage gelegt, daß man sich gar nicht erwehren können wird, daraus Nutzen zu ziehen. So hatte sich weder am Sonnabend (den 16.) Abends, noch am Montag Morgen auf den Generalmarsch die hiesige Bürgerwehr irgend eingestellt, nur etwa 25 Mann waren gekommen. Deshalb durfte man die 1200 Mann Truppen, die man hatte, nicht von der Paulskirche entfernen, deshalb mußte man ruhig die Barrikaden bauen lassen, weil man noch zu schwach war, den Kampf aufzunehmen. — Was ich Ihnen wohl schon geschrieben habe von der beklagenswerthen Schlaffheit der N.-V. gegenüber der energischen Entschlossenheit des Ministerii, wie dieses, nicht aber jene, die Bedeutung des Moments begreift, hat sich gestern in jämmerlichster Weise bestätigt. Die Linke hat einen glänzenden Sieg erfochten, was sie sich wahrlich nicht hätte träumen lassen. Es war ein Manifest an die Nation beschlossen, ein lauwarmes Ding, wie immer solche Dinge werden, beschlossen mit großer Majorität; die verschiedenen Fraktionen des Centrums (Mainlust, wozu die Hannoveraner meist sich halten, und Würtemberger Hof) hatten durch Abgesandte erklären lassen, daß sie für das Manifest stimmen würden, welches eine Mißbilligung des Aufstandes vom 18. ausspräche. Gestern Morgen nun, nachdem die Kunde gekommen war vom Einfalle Struve's in den

Seekreis, mochte es vielen bedenklich erscheinen, einen Aufstand zu mißbilligen, der zwar hier verunglückt war, aber 30 Meilen weiter vielleicht siegreich war. Trotz alles Versprechens stimmten nun die meisten Mitglieder jener beiden Fractionen gegen das Manifest, und zwar fiel dasselbe (und das war das einzig Schlimme an der Sache) unmittelbar hinter einer infamen Rede von Vogt. Rechnet man dazu nun noch, daß etwa 70 Mitglieder abwesend sind, die mit dem rechten Centrum stimmen, so läßt sich demnächst leicht erklären, warum Alles schief gegangen. Indeß hat diese Niederlage doch das Gute gehabt, daß man von allen Seiten die drohende Gefahr erkannt hat, die namentlich in diesem Augenblicke auch um deßwillen so bös ist, weil ein sich bildendes Ministerium nicht einmal eine Majorität findet. Der heutige Tag wird nun, da bereits morgen heftige Kämpfe drohen, dazu verwendet werden, die Majorität zu organisiren. Heute Nachmittag wird durch Delegirte der verschiedenen Fraktionen (steinernes Haus, Casino, Mainlust, Würtemberger Hof) bei Gagern darüber berathen; Gagern wird vermuthlich Ende d. M. das Präsidium niederlegen, um die Führung der konservativen Partei zu übernehmen. — Die nächsten Tage werden, wie gesagt, scharfe Kämpfe bringen. Die Linke hatte den gefallenen Insurgenten eine solenne Leichenfeier bereiten wollen; das war eludirt, indem die Polizei dieselben, nicht heimlich, sondern einzeln nach und nach begraben ließ. Nun erließ sie gestern einen Aufruf zu einer nachträglichen Leichenfeier auf heute, der Stuttgarter Zimmermann [1]) werde reden. Das Ministerium ist dieser Demonstration entgegengetreten, hat sie verboten und das (auf den Belagerungszustand gestützte) Verbot durch Truppenaufstellung unterstützt. Natürlich werden dieserhalb morgen die sentimentalsten und frechsten Anträge kommen, denen begegnet werden muß. Anderes kommt hinzu. Die Criminalbehörde hat gegen Blum und Günther [2]) als Redakteure der Reichstags-Zeitnng, die übrigens nicht verboten wird, wegen des Artikels über den Beschluß vom 16. wegen Aufreizung zum Aufruhr pp. eine Untersuchung eingeleitet. Dieselben sind vorgeladen, aber unter Berufung auf ihre Eigenschaft als Abgeordnete nicht erschienen. Die Behörde wird in contumaciam procediren, die Untersuchung wird in wenigen Tagen beendigt sein, und das Urtheil kann leicht auf einige Monate Gefängniß lauten; dann wird man von der Nat-Vers. die Autorisation zur Verhaftung derselben fordern. Ein Aehnliches wird vermuthlich mit Schlöffel, Simon von Trier u. A. wegen der Reden vom 17. auf der Pfingstweide geschehn; Zitz soll bereits flüchtig sein. — Gestern sind alle Orte der Um-

---

[1]) Professor, Mitglied der National-Versammlung.

[2]) Schriftsteller, von Leipzig, desgl.

gegend, Bockenheim, Bornheim pp., woher gerade das meiste Gesindel gekommen, militairisch besetzt, visitirt und entwaffnet; ich höre, daß man eine Menge Verwundeter dort gefunden. Es wird hier unter dem Kommando des Pr. Carl v. Bayern ein Armee-Corps von 50,000 Mann zusammengezogen, ein Gleiches bei Coblenz; bei Mannheim formirt sich in diesem Augenblicke eins von 10,000 Mann, um jeden Augenblick den sicher in kurzem in Würtemberg ausbrechenden Aufstand ersticken zu können.

Unter diesen Umständen werde ich meine Reise nach Hannover, so leid mir's auch thut, vorläufig noch hinausschieben müssen. Merkel hat sich nicht durch die Umstände abhalten lassen und ist gestern fort. Ich bin neugierig, wie Sie sich mit ihm stellen; ich habe hier in Nichts mit ihm einig sein können, und sehe ihn höchstens in der N.-V. Sagen Sie mir doch, welchen Eindruck er Ihnen mitgebracht hat; freilich werden ihm die Dinge, wie sie vom 5. bis 18. Sept. sich gestellt haben, sehr seine früheren Ansichten verschoben haben. Treiben Sie ihn doch zur baldigen Rückreise (aber ohne meiner dabei zu erwähnen); es kann Alles auf eine Stimme ankommen.

Ihr

Detmold.

Nr. 61. Frankfurt, 25. September.

Hieneben erhalten Sie, liebster Freund, 2 Capitel der Verfassung. Das Cap. vom Reich ist neu, das von den Befugnissen der Reichsgewalt ist nur Redaktion des bereits berathenen und beschlossenen, und dürfte im Wesentlichen unverändert in die Paulskirche kommen. — Ich bitte Sie, wenn Sie über Staatenhaus und Reichsoberhaupt Ansichten haben, die irgend Aussicht auf Succeß hier haben könnten, mir solche gelegentlich mittheilen zu wollen. Wie Sie aus dem Cap. von dem Reich sehen, wird man Oesterreich so ziemlich aus Deutschland herausweisen, damit ist denn auch schon im Wesentlichen die Frage vom Oberhaupt zu Gunsten Preußens entschieden. Neues sonst nichts. Im badischen Oberlande ist es bei Stauffen zu einem ordentlichen Treffen [1]) gekommen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 62. Frankfurt, 29. September.

Ihren Brief vom 24. habe ich mit bestem Danke erhalten; daß Ihnen das Verhalten der N.-V. nach dem 18. noch mehr zuwider als vorher, konnte ich mir wohl denken, ich meine Ihnen auch in diesem Sinne geschrieben zu haben. Vielleicht wird Einiges sich in den nächsten Tagen

[1]) Dasselbe beendete die Schilderhebung Struves.

ändern und bessern, wenn auch nicht viel. Namentlich die letzten Sitzungen vom 26. und 28. mit ihren tollhäuslerischen Grundrechtsbeschlüssen geben dazu wenig Hoffnung, und was Grundrechte betrifft, so muß man auch alle Hoffnung aufgeben, mit Ausnahme der einen, daß dieselben nie publicirt werden; — aber ich meine das Verhalten der N.-V. der Linken gegenüber. Wenigstens wird hoffentlich eine Majorität die Verhaftung autorisiren, wenn diese gefordert wird — was freilich Sache des Gerichts, also reichsstädtischen Schlendrians, indessen doch zu erwarten ist. Die gefährlichste und widerwärtigste, unzuverlässigste Fraktion der N.-V. ist der sog. Würtemberger Hof, der sich heute rechts, morgen links wendet, und dessen Ausdruck der L . . . . . Raveaux ist. Schlägt diese Clique sich zur Linken, so ist bei der zahlreichen Desertion der Rechten die Majorität ungewiß, und das macht alles Handeln unsicher und lähmt das Ministerium, das sonst den besten Willen hat. (Nur daß das aus dem Würtemberger Hofe besetzte Justizministerium, Mohl, Widenmann, ebenfalls schwach und schwankend.)

Ich schicke Ihnen zur bessern Orientirung die Zusammenstellung der Beschlüsse des Verf.-Ausschusses hinsichtlich der Befugnisse der Reichsgewalt. Ich denke, daß man in 4—5 Tagen die 3 Capitel in die N.-V. bringen kann (bei den Befugnissen der Reichsgewalt ist gestern noch der alberne Beschluß gefaßt, daß beim Fahneneid der Truppen die Verpflichtung auf das Reich 1mo loco aufzunehmen). Was das Staatenhaus betrifft, so war ich inzwischen schon selbst von meiner Ansicht der ausschließlichen Ernennung durch die Regierungen abgegangen, weil ich einsah, daß einem in solcher Weise zu Stande gekommenen Körper das eigentliche parlamentarische Element, das Wurzeln und Hervorgehen aus den Wahlen, und damit das so nöthige Gegengewicht gegen das Volkshaus fehle. Was Ihre Ansicht über die Zahl der Mitglieder betrifft, so teile ich dieselbe vollkommen; allein es wird schwer gegen die vorherrschende Ansicht anzukämpfen sein, die das Staatenhaus stärker haben will, weil sie dadurch demselben mehr Kraft dem Unterhause gegenüber zu geben glaubt. — Wegen der Wahlen habe ich eine recht dringende Bitte an Sie zu richten. Die Frage der direkten oder indirekten Wahl schwankt hinüber, herüber; Dahlmann (in der Sub-Commission von großem Gewicht, und diese wieder im Verf.-Ausschuß) scheint deshalb dahin zu neigen, diese Frage den Einzelregierungen zu überlassen. Das erscheint mir bei der gegenwärtigen demokratischen Hochfluth bedenklich. Haben Sie nun in diesen Tagen ein Viertelstündchen Zeit, mir Ihre Gedanken über diese Frage mitzutheilen, so zweifle ich nicht, daß dieselben eine gute Statt finden werden. Dahlmanns Gründe für direkte Wahlen (dieselben lieferten mehr allgemeine Berühmtheiten, während bei indirekten die Local-Ambitionen und Local-Capacitäten mehr Chancen hätten) sind

wahrhaft kindisch. Ich zweifle aber nicht, daß ich, zumal von Ihrer Autorität unterstützt, günstig auf ihn einwirken werde.

Der alte Jahn hat ein Blatt publicirt, das ich Ihnen oder Krügern wohl morgen schicken kann, worin er erzählt, daß bei Itzstein[1]) in Hallgarten die ganze Verschwörung gegen die Nat.-Vers. pp. angezettelt und, weil er (durch seine alten Turner-Verbindungen) davon Kunde bekommen, deshalb dem Tode geweiht worden sei.

In Paris stehen die Dinge sehr schlimm. Gelingt es Cavaignac nicht, sich zu halten, so siegt die rothe Republik, wer auch nach ihm ans Ruder kommen würde. So theilt mir Jemand mit, der die Dinge genau kennt.

Merkel ist ja, wie Breusing mir sagt, wenig geneigt, zurückzukommen, weil er „keine Lust habe, sich schlachten zu lassen", was freilich M. weniger zu befürchten hat, als andere. (Sein Name ist nicht auf der Proscriptionsliste, wie überhaupt von Hannoveranern nur Bothmer und ich darauf sich befinden.) Merkel scheint (ich spreche ihn selten oder nie) ungern hier zu sein, es ist nur zu befürchten, daß bei einer Neuwahl der Lüneburgische Einfluß des Hanswursten Grumbrecht uns ein ähnliches Subjekt wie den Herrn Gravenhorst herliefert, über den, wie es scheint, Grumbrecht jetzt selbst erschrocken ist. Merkel, wie eine Menge anderer Hannoveraner, gehörten eben zu denen, die am lautesten jammerten: man müsse weiter links, und die nun wie kleine Kinder erschrocken sind, daß sie in Blut treten. Unser Freund Breusing ist gar ein Narr geworden, indessen doch nur auf eigene Hand, während die andern gern Proselyten machen, um mit ihrer Albernheit nicht allein zu stehen.

Ihr

D.

Nr. 63. Hannover, 2. October.

Ihre letzten Briefe, lieber Freund, haben mich beinahe unglücklich gemacht. Die Entwürfe verdienen meinen besten Dank. Es ist auch manches darin gebessert, aber in der letzten Zusammenstellung liegt eine Unsicherheit, ein Tappen, dabei einem ganz schwach wird. Und nun diese entsetzliche Resignation, Östreich so zu excludiren. Ist das nicht der bitterste Hohn? Man faselt Jahre lang von nationaler Politik, man meint, die jetzige Bewegung solle dieselbe zu reiner Blüthe bringen und — nun macht man eine Verfassung für Deutschland, die etwa $1/6$ der Deutschen, und des edelsten Stammes ausschließt. Ist das Wahnsinn oder Dummheit? Ich begreife es nicht. Damit geschieht wahrlich deutscher Ehre mehr zu nahe, als durch den traurigen Waffenstillstandskram, und wenns von mir abhinge, so sollten

[1]) von Itzstein, Obergerichtsadvokat von Mannheim, Mitglied der Nat.-Versammlung.

alle Zeitungen darüber Zeter schreien, daß es der elenden Versammlung in die tauben Ohren krachen sollte. Das wäre noch was für die Linke! Ich glaube jedenfalls, daß die Nat.-Vers. sich damit den Gnadenstoß geben muß, oder ich verzweifle an Deutschland. — Ich habe es für höchst verderblich gehalten, eine Verfassung zu machen, die uns die möglichst enge Verbindung mit Holland und Belgien unmöglich machen, die die Schweiz für immer isolirt halten mußte; aber von einem solchen Verfahren gegen Östreich habe ich keinen Begriff. — Das ist die ganze Abstumpfung eines monatelangen Harrens. Freilich hat Dahlmann schon im April in dieser Beziehung völligsten Mangel an Uebersicht erwiesen.

Und nun dieser Unsinn von directen Wahlen. Man muß ein 8-zölliges Brett vorm Kopfe haben, oder ein Wühler seyn, um auf den Gedanken zu kommen, bei allgemeinem Stimmrecht directe Wahlen zu haben. Ich kann mir bei einer aristocratischen Verfassung ein solches denken. Aber bei diesen tiefsten Noten der Democratie! Haben denn diese Leute nie einer Wahl beigewohnt? Nie davon gelesen? — Neulich schwatzte ein hiesiger Junker darüber, directe Wahl müsse man haben; dann mit dem Branntweinswagen losgefahren, da könne man was man wolle! Der Mann hatte für gewöhnliche Zeiten unbedingt Recht. Glauben denn nun Ihre Herren, daß die großen Celebritäten etwa am besten dieses Branntweinsspiel zu handhaben wissen werden? Sie würden darin hoffentlich dem ersten Roßkamm oder Viehhändler unterliegen, der sich unbedingt besser darauf versteht. Glauben die Herren ferner, daß noch nicht genug Elemente der Depravation vorhanden seyen, und daß sie uns deshalb das Schlechteste aus England, die Wahlcorruption bringen müssen? Wissen sie nicht, welch ein elender Sumpf der Gemeinheit das Amerikanische Repräsentantenhaus, das auf diese Weise gewählt wird, ist? — Celebritäten!! Kein ehrlicher Mensch kann sich mehr bewerben bei solchen Zuständen. — Die größte Gefahr von Wahlen im blos localen Interesse wäre wohl theoretisch zu besorgen, wenn die Landstände der Einzelstaaten die Wahl hätten. Und nun sehen Sie Amerika. Da geben gerade die Wahlen der Staaten den staatsmännisch sehr hochstehenden Senat. Also noch einmal: allgemeines Wahlrecht und directe Wahl zusammen ist geradezu verderblich. Directe Wahl kann nur als aristocratische Einrichtung und höchstens bei einem δῆμος des Alterthums, der noch ein Volk von Sklaven unter sich hat, bestehen.

Mich haben diese Fragen wie gesagt trübe gestimmt. Nehme ich dazu die letzten unklugen Beschlüsse über die Grundrechte, das ewige Nachtreten der alten Schuhe der Constituante, nehme ich dazu die Feigheit und Schlaffheit der Versammlung im gegenwärtigen Momente, so bleibt mir auf Deutschlands Rettung eine begründete Hoffnung gar nicht über. Man

muß sich unbedingt Gott in die Hände geben und von ihm Rettung erwarten durch Werkzeuge, die wir noch nicht kennen; die jetzt arbeitenden Menschen sind es nicht.

Bei uns wird die Strömung von Tag zu Tag möchte ich sagen, conservativer. Die Menschen haben in den Abgrund gesehen und schaudern zurück. Klarheit ist allerdings noch immer nicht in den Ansichten. Ein bestimmtes positives Ziel läßt sich nicht erkennen; allein das Destructive der Einheitsidee (wie traurig, daß selbst diese nur destructiv hat wirken können) scheint mehr und mehr überwunden zu werden. Nun sollte sich die schaffende Kraft dieser Idee in Frankfurt gestalten. Aber — wir bitten Brod und man bietet uns den Stein schaaler Theorieen. Grundrechte, Trennung Östreichs — — Es wird noch mehr als ein Wehe gerufen werden über die, welche das treiben.

Das einzige Mittel, welches übrig bleibt, scheint mir darin zu bestehen, daß man so rasch als möglich die Verfassungs**formen** durch die wesentlichsten Stücke ergänzt, und dann (unter Vorbehalt weiterer Bildung und Besserung der Formen selbst) zum materiellen Inhalt schreitet. Weiter als bis zum Provisorium kommt man nicht. Die Centralgewalt **muß** sogar nominell provisorisch bleiben. So wie sie jetzt gestellt ist, kann sie nicht bestehen. Dem einseitigen Drängen der Versammlung gegenüber ist sie in beständiger Gefahr, Mißgriffe zu thun, denen man es ansieht, daß sie nur den Zweck haben, der Versammlung Complimente zu machen. Ich zähle dahin das Schreiben wegen Rückberufung der Gesandschaften, das doch am Ende nichts in recessu hat, den Erlaß über die Communication mit den Regierungen, die Anfrage wegen der Unruhen in Cöln pp., die wirklich lächerlich unpassend ist; und so viel anderes. Das alles dient nur, den Grund von Mißtrauen zu entwickeln. Die Regierungen kriechen jetzt in ihrer Schwäche unter; sobald sie die Republikaner nicht mehr fürchten, und die Versammlung — die im Juli und August ihre Kraft hauptsächlich daher geschöpft hat, daß sie von dieser Parthei als Palladium behandelt wurde — sich noch ein weniges mehr decreditirt haben wird, als schon der Fall ist, werden sie anders auftreten. Glaubt man denn, daß Preußen umsonst seine eigene Marine einrichtet und uns zu gleichem zu bewegen sucht? Nimmt man das perfide bairische Verfahren für baare Münze, glaubt man wohl gar, diese baisers de l'amourette würden Werth haben, wenn man die Centralgewalt Preußen zuwirfe. Man muß sich selbst Halt geben, indem man den Staaten Vertrauen giebt. Dazu gehört das Staatenhaus und Reichsgericht. Kann man die durchtreiben, so wird das übrige etwas besonnener gehen (ich sage nicht langsamer) aber es wird möglich werden. Man hat dann doch eine Grundlage. Aber jetzt lassen Sie die Versamm-

lung ohne Resultat, was gar nicht unmöglich, auseinandergehen, was soll dann folgen? Gott weiß es.

Ich erhalte eben einen Brief aus Thüringen. Wenn man dort nur Kraft zeigt, so ist die Republik aus; aber die fehlt. Herr Lafaurie [1]) in Jena hat gemeint, die Soldaten an der Hand zu haben und ist sehr schlecht abgefahren. Man mache es doch wie wir im März und lasse mobile Colonnen überall umherziehen, wo irgend Unruhe oder Furcht ist. Da werden die Schufte bald feig und die ehrlichen Leute muthig werden. Was war das für ein Höllenspectakel in Würtemberg, und die Würtemberger, die wir hier gehabt, entschieden schlecht gestimmt, und was ist nun daraus geworden? — Es hat entschieden an der Regierung gelegen, daß die Sachen schlecht gingen, so wie es in Preußen daran liegt.

Ein großes Uebel ist freilich die Auflösung der Rechtsbegriffe vom Staat, welche durch die Idee der Einheit in die Gerichte gedrungen ist. Lesen Sie unseren Criminalcodex. Von allen Staatsverbrechen ist kaum eines mehr strafbar, sobald die Verbrecher nur so klug sind, die Einheit vorzuspannen. Das lähmt die Regierungen, zwingt sie ihre Maßregeln da zu endigen, wo die rechte Kraft kommen sollte; auch deßhalb ist eine feste Gestalt der Verfassung unerläßlich.

d. 3.

Eben erzählt mir Pertz, daß gestern das Preuß. Ministerium wirklich eine entschiedene Erklärung über die Proclamation des Gr. Brandenburg [2]) abgegeben habe, und nun auch dort der Wendepunct eingetreten sey. Gott gebe, daß es wahr seyn mag. Zeit ists in jeder Hinsicht.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 64. Frankfurt, 2. Oktober.

Wegen der Wahl-Frage will ich Ihnen, liebster Freund, doch mittheilen, daß Gagern gestern Abend einige 20 Mitglieder der N.-V. bei sich versammelt hatte, um die Ansichten über diese Sache auszutauschen. Zu einem Abschluß darüber kam es nicht und sollte und konnte es auch nicht kommen; traurig aber legte sich zu Tage, wie die große Mehrzahl einsah, welche Gefahr hier liege, und wie doch fast Alle vor dem Geschrei

[1]) Sprachmeister Lafaurie und Complicen wurden wegen Verleitung von Soldaten zur Widersetzlichkeit angeklagt, demnächst aber vom Schwurgericht freigesprochen, während die Verführten schwere Strafen erhielten.

[2]) Graf Brandenburg hatte als kommandirender General des 6. Armeecorps in einer Proklamation vom 21. September energisches Einschreiten des Militärs bei Unordnungen angeordnet.

zurückbebten, daß eine Beschränkung des Wahlrechts mit sich führen müsse. Und das im Angesicht der neuesten Ereignisse! Nur Bassermann hält ganz zu mir, man sieht die Gefahr ein; — aber die Beschlüsse des Vorparlaments [1])! Ich wies die ganz zurück, nicht bloß, weil sie vom Vorparlament ausgegangen, sondern auch, weil es sich um die Wahlen zu einer konstituirenden Versammlung gehandelt, wo unbeschränktes Wahlrecht allenfalls berechtigt; demnächst aber werde man zu Versammlungen wählen, welche Steuern zu bewilligen hätten u. dergl. m. Immer die Beschlüsse des Vorparlaments, die in das „Volksbewußtsein“ übergegangen. Man wird sich nun in der Subcomission der Verf.-Ausschusses (Dahlmann, Beseler, Soiron) wohl an das Wort „selbstständig“ in den Beschlüssen des Vorparlaments anklammern und hier zu beschränken suchen. Dann werde ich im Verf.-Ausschuß selbst noch einmal einen entschiedenen Versuch machen, durchzudringen; leider sind dort die Partheien und Abstimmungen durch das Austreten von Bassermann, Andrian pp. und das Eintreten von Rießer, Zell pp. sehr unglücklich verrückt worden. Von indirekten Wahlen wollte man gestern Abend gar nichts wissen; direkte Wahlen in kleinen Distrikten und zu gleicher Zeit.

Neues sonst wenig von hieraus. In Baden pp. hat seit dem Struveschen Einfall die öffentliche Meinung unglaublich umgeschlagen, mehr oder weniger wird das wohl überall der Fall sein. Die Struveschen Papiere, die wohl in der nächsten [Zeit] bereits gedruckt werden, enthalten wenig von Bedeutung, nur etwa ein Brief von Siegel dürfte für Zitz und einige der Sorte fatal sein. Unendlich komisch ist es, daß bei Struve nichts in so stattlichem Stande war, wie die Canzlei, die Aktenfascikel rubricirt pp. wie in einem rechten Aktenstaate, Alles in schönster Ordnung und Vollständigkeit.

Was es sonst Neues giebt, werden Sie wohl schon anderswoher oder wenigstens durch Bothmer wissen, daß zwischen Reedtz [2]), Dönhoff [3]) und Stedmann [4]) ein sehr günstiger Vertrag abgeschlossen worden, wonach die neue provisorische Regierung der Herzogthümer von der jetzigen provisorischen Regierung aus den 9 Leuten gewählt werden soll, die Max Gagern seiner Zeit vorgeschlagen hatte. — Ferner, daß das Verhalten des Ministerii am

[1]) Der Beschluß war dahin gegangen, die directe Wahl als Princip anzuerkennen, den einzelnen Staaten jedoch freizulassen, für diesmal davon abzugehen und nach Bedürfniß zu handeln.

[2]) Kammerherr von Reedtz, Direktor im dänischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Graf Dönhoff, zur Zeit preußischer Minister der auswärt. Angelegenheiten.

[4]) Reichskommissar.

18. Sept. u. f. Tage der Französ. Regierung so imponirt hat, daß diese nicht allein sich zu einer formellen Anerkennung verstanden, sondern auch zum Beschicken durch ständige Gesandte, ja sogar, daß die Centralgewalt an der Mediation in Italien theilnehme. Man darf sich dieser Successe sehr freuen, weil ja eben alle Autorität bisher darniederlag und diese jetzt — wenigstens, was den deutschen Süden betrifft — sich von hieraus kräftigt. — In Berlin wünscht man einen Conflikt, um den Belagerungsstand dekretiren zu können und einige Wühler zu fassen und Blätter zu unterdrücken; wenn man von dort aus nur nicht wieder dumme Streiche macht. Was mich an den Frankfurter und Kölner [1]) Ereignissen am meisten gefreut hat, ist, daß sich das glorreiche Institut der Bürgerwehr in seiner ganzen Misere gezeigt hat; ehe wir über dieses Phantom nicht hinaus sind, kommen wir in Deutschland zu keinen festen Zuständen.

Ihr

Det.

Nr. 65. Frankfurt, 8. Oktober.

Ihren Brief vom 2. d. M. habe ich erhalten. Daß meine Mittheilungen einen trüben Eindruck auf Sie machen würden, konnte ich mir denken: es ist wahrlich zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie die Leute das Einfachste nicht begreifen wollen. Ich habe vor 8 Tagen Dahlmann ein langes P. M. über Wahlrecht und Wahlmodus gemacht und ihm am Schlusse desselben bei der Frage von direkten oder indirekten Wahlen noch gesagt: wenn man irgend zweifeln könne zwischen direkten und indirekten Wahlen, so solle man auf die Gegner sehen, was die forderten, — ob nicht die anarchische Parthei allüberallhin das mot d'ordre ausgegeben habe: direkte Wahlen, nur direkte Wahlen. Die Entscheidung über die Wahlfrage wird uns im Ausschuß wohl schon in dieser Woche kommen; daß ich pro viribus kämpfen werde, dürfen Sie versichert sein. — Ebenso habe ich gegen den § 2 angekämpft, indeß vergebens. Alles, was zu thun war, war ein Minoritätsvotum, durch das die Frage in formaler Beziehung für die Debatte sich vielleicht günstiger stellt. Ich schicke Ihnen den Verf.-Entwurf, wie derselbe eben aus der Druckerei hervorgeht, Sie sind wohl so gütig, denselben Krügern für die Hannov. Zeitung mitzutheilen, da ich für den Augenblick kein zweites Exemplar habe. Neues von hier für den Augenblick nichts, als daß man einen ganz abscheulichen Kampf mit den

[1]) Bei den dortigen Excessen am 25. September hatten die Führer der Bürgerwehr Hilfleistungen derselben bei Verhaftungen abgelehnt, und erklärt, daß sie die Ruhe nicht aufrecht erhalten können.

Gassenbuben von der Linken zu kämpfen hat, in welchem man (da das Ende nothwendig ein Handgemenge sein wird), natürlich den Kürzeren ziehen wird.

Ihr

Det.

Gelegentlich erbitte ich mir, was Sie über einzelne Bestimmungen des Entwurfs mir mitzutheilen haben, damit ich solches für die Discussion benutzen kann, an der ich mich jetzt wohl eher betheiligen werde, als bei den Saugrundrechten.

Nr. 66. Frankfurt, 10. Oktober.

Hierneben erhalten Sie, theuerster Freund, das Kapitel vom Reichstage, wie die Sub-Comission solches eben dem Verf.-Ausschuß vorlegt. Dies Kapitel wird Ihnen sehr wenig genügen.

Vor etwa 8 Tagen sah ich durch Breusings Mittheilung sehr flüchtig und ungenügend ein P. M. ein, welches Sie, ich meine schon im Juni, Ihren Osnabrücker Freunden haben zugehen lassen.[1]) Es ist mir sehr leid, daß Sie mir seiner Zeit dasselbe nicht mitgetheilt haben, es hätte hier nützen können. Nun bitte ich Sie, mir jetzt noch Abschrift davon zukommen zu lassen. In Betreff dieses P. M. erfahre ich nun heute durch Droop, der in diesem Augenblicke hier ist, daß Sie nicht abgeneigt gewesen, dasselbe drucken zu lassen, daß dem aber Ihre Collegen in Hannover entgegengewesen, daß Sie dann Ihren Osnabrücker Freunden es anheim gestellt, ob sie es drucken lassen wollten, und daß diese die Publikation aus Rücksicht für Gagern u. dergl. m. unterlassen. Das ist ja aber einer der größten Gewinne der Zeit, daß man die Wahrheit sagen darf, die volle, ganze Wahrheit! Was Sie z. B. über den „kühnen Griff" darin gesagt haben, habe ich Gagern selbst viel unmotivirter und darum herber gesagt, und er hat es nicht übel genommen. Und hätte er es übel genommen, so war das nur eine neue Schuld. Wollen Sie mir nun, wie ich sehr bitte, das P. M. zukommen lassen, so frage ich zugleich: ob ich dasselbe ganz oder vielleicht Einzelnes (worüber ich mich etwa mit Bothmer besprechen könnte, um den hiesigen Verhältnissen nach Möglichkeit „Rechnung zu tragen") daraus drucken lassen darf, etwa in der Deutschen Zeitung oder in der Allg. Zeitung. Bitte, geben Sie mir darüber Ihre Ansicht, jedenfalls aber bitte ich Sie um Abschrift des P. M. oder um Erlaubniß, mir dasselbe von Osnabrück her besorgen zu lassen.

Neues giebt's hier nichts, als daß die anarchische Parthei hier und in der Umgegend wieder mit einer Energie wühlt, die mit Sicherheit einen baldigen neuen Conflikt erwarten läßt.

Der Ihrige

Detm.

---

[1]) Das demnächst gedruckte „Schreiben Stüves an seine Wähler in Osnabrück".

Nr. 67. Hannover, 12. Oktober.

Meinen besten Dank, lieber Freund, für Ihre Sendungen. Freilich haben dieselben mich nicht erfreut. Der Entwurf hat so entsetzlich viel rohes, unfertiges, neben einem solchen Haufen nutzlosem Detail, daß man gar kein Ende absehen kann. Der Entwurf zur Reichsversammlung nun gar giebt ein solches „Mondkalb des Sansculottismus", um mit Carlyle zu reden, daß einem davor schwindelt.

Dieses universelle Stimmrecht, und daneben diese unerhörte Leichtigkeit, die Gränzen der Centralgewalt zu überspringen, so was ist noch keinem Staate beigefallen. Amerika hat seine Verfassung durch alle Staaten genehmigen lassen, und so stehen auch die Gränzen der Competenz unerschütterlich. Aber die Weisheit der Frankfurter Legislatoren kann den Gedanken nicht ertragen, daß irgend eine Gränze sie hindern sollte, die Welt zu beglücken; und diese Weisheit steht wahrlich nur der Feigheit gleich, mit der sie sich der Pöbelherrschaft unterwirft, um nur nicht von den rothen Lumpen angefeindet zu werden, deren Muth nur so lange dauert, als man ihnen Feigheit gegenüber stellt. —

Hätte man doch noch das Wahlrecht den Hausvätern gegeben. Aber nein, jeder Strolch, jeder Handwerksbursch, jeder Lump, der keinen Groschen Steuer zahlt, hat dasselbe Recht, wie der ansässige Bürger, der Meister, der Bauer. In dem ganzen Matsch auch nicht eine Spur von gesammelter Kraft, nichts als der breiige Chaos der Auflösung einer recht durchgefahrenen Landstraße im November oder Februar. Und diese Sünder bilden sich ein, berufen zu seyn, um Deutschland souverain zu despotisiren. Ich bitte, lesen Sie jetzt einmal Tocqueville: La démocratie en Amerique. Das dient einem wirklich eben jetzt.

Haben Sie Bunsens zweites Sendschreiben [1]) gelesen? Sein Grundgedanke ist richtig. Seine Idee mit den Kreisen nicht übel, obgleich mir alle diese Zahlen gleichgültig sind. Sein Reichsrath hat viel für sich. Seine Preuß. Diplomatie möchte wenig Glück machen nach Hrn. v. Belows Probestück. Ungemein ergötzt mich die feine Wendung, mit der er den Preuß. Landtag nach Hause schicken will. Ich halte seine Gedanken aber zu gut, um in Frankfurt Anklang zu finden. (Die Behandlung der Fürsten und Mediatisirten lobe ich nicht.)

---

[1]) Vom 5. September. Vgl. Bunsens Leben, II., S. 476. Bunsen wollte 12 Reichskreise bilden, davon aus Preußen 4, Oesterreich 3, Bayern und Hessen 2, Württemberg, Sachsen, Hannover mit Anschlüssen je 1. Nach den Kreisen sollten die Mitglieder des Staatenhauses vertheilt werden und jeder Kreis eine Stimme im Reichsrath erhalten.

Was sagen Sie zu diesen Wiener Unthaten [1])? Freilich diese Deutsch-Magyarisch-Italienische Coalition im Sinne der Freiheit gegen die Slavisch-Oestreichischen Herrschaftsgelüste hat etwas natürliches, aber dennoch! — Am 15. erwartet man in Berlin Skandal. [2]) Der Zug der Handwerksburschen, der ächten Barrikaden-Fabrikanten, der vor einem Monat nach Süden ging, geht jetzt nach Norden. Die Centralgewalt sollte allen Policeibehörden aufgeben, die Stromer, die in 4-6 Wochen nicht gearbeitet, streng nach Hause zu schreiben. Das würde Effect machen. Es wird nur eine geringe Zahl Strolche seyn, die auf diese Weise als Barrikadenhelden gebraucht werden, und trennt man diese Stromerbanden, so sind sie ungefährlich. Können Sie das veranlassen?

Das Sendschreiben an meine Wähler schrieb ich im Juli. Braun, dem ichs zu lesen gab, bat mich, es nicht drucken zu lassen, wegen meiner Stellung als Minister. Es war damals die Zeit, wo man die Hannoversche Sonderbündelei gegen mich ausbeutete. Ich schickte Abschrift nach Osnabrück und das Concept an Frommann. Dort waren sie sehr feige damit — was auch Droops großer Fehler. Frommann wollte es Gagern mittheilen. Das wollte ich nicht. Damals war Gagern mit Blittersdorf in Verbindung getreten und operirte mit Rußland in Berlin. Einem solchen wollte ich meine Gedanken nicht Preis geben. Ueberhaupt war mir die Sache zuwider geworden. Jetzt scheint es mir zu alt, um noch des Druckes werth zu seyn. Ich selbst habe es seit 2 Monaten nicht mehr gesehen. Kann ichs wieder in die Hände bekommen, so will ichs Ihnen schicken, habe aber nichts dagegen, wenn etwa Droop es Ihnen schaffen will.

Wir haben hier jetzt ganz gutes Wetter. Die Clubwirthschaft schwächt sich mehr und mehr. Daß ich neulich u. a. eine Vertrauensadresse aus Hoya, von A. Oppermann [3]) mit unterschrieben, erhalten, schrieb ich Ihnen wohl. — Das Leid, was uns drückt, ist nur das Militärwesen. Durch einen übereilten Wechsel der Garnisonen ist alles, was mit dem Militär zusammenhängt, sehr und ohne Noth aufgeregt. Man ist offenbar von der Militärverwaltung übereilt gewesen.

Im übrigen arbeiten wir auf unsere demnächstige Organisation los. Ich denke daran nur mit Sorge, weil mir die Schwierigkeiten sehr groß scheinen, alle Welt thörichte Hoffnungen hat, und ich noch gar nicht klar sehe.

---

[1]) Die Revolte am 6. October, wobei der Kriegsminister Graf Latour ermordet wurde.

[2]) Am 16. fand die erwartete Emeute der Kanalarbeiter mit Barrikadenbau u. s. w. thatsächlich statt.

[3]) Advokat in Nienburg. Verfasser des Werks: Zur Geschichte des Königreichs Hannover.

Die Anlage[1]) bitte ich Bothmer und etwa Dammers, der ja wohl die Hoyaschen Zustände kennen wird, zu communiciren. Ich möchte möglichst Ansichten über diesen Gegenstand einziehen, um darauf weiter zu bauen. — Auch der alte Lang interessirt sich wohl dafür, und ich kann mehr Exemplare schicken.

d. 13.

Die heutige Post bringt nichts Erhebliches. Unsere 5000 Mann sollen nach Thüringen[2]), und nun will leider der König das Gardebataillon nicht marschiren lassen, das noch complet zusammen ist, während leider die übrigen seit 8 Tagen beurlaubt und kaum zu Hause angekommen sind. Ueber Berlin hört man wenig Erfreuliches. Was hat Raveaux in der Cölner Zeitung für eine Tactlosigkeit über die Cölner Bürgerwehr debitirt. Schöne Staatsmänner!

Eben theilt mir Wangenheim einen Brief von Smidt mit. Die Wiener Sachen scheinen dort auch aufzuregen. Ebenso enthält die Deutsche Zeitung Bericht über die Östreicher in Frankfurt. — Es ist eine heillose Verwirrung, weiter kann man nicht sagen. Ihr

JCBS.

Nr. 68. Hannover, 26. October.

Es ist wohl lange, daß ich Ihnen nicht geschrieben habe, lieber Freund; in der That habe ich die Betrachtung der allgemeinen Verhältnisse des Vaterlandes und der wirren Berathungen, in denen diese herumgeworfen werden, mehr und mehr aus dem Auge verlohren. Während in Wien so der Teufel herrschte und in Berlin die jämmerlichste Schwäche nicht herrschte[3]), während die Revolutionaire ihre heimathliche Stätte in Frankfurt aufgeben und sich in Berlin ganz einnisten möchten, und das Reichsministerium von Frankfurt aus durch den Patrouillotismus — um mit Camille Desmoulins zu reden — die Revolution abzuwehren meint, — ist mir die Lust vergangen. Bei uns haben wir Gottlob dieses Patrouillenthum nicht bedurft. Hier ist wirklich das Gegentheil der Revolution, hier ist positiver Sinn, Liebe zur Ordnung herrschend. Mag auch der hiesige Volksverein gestern einmal wieder eine abgeschmackte Addresse

---

[1]) Liegt nicht vor; anscheinend eine Exposé betreffend die Verwaltungsorganisation.

[2]) Auf Ersuchen der Centralgewalt wurde von Hannover eine Brigade nach Altenburg entsandt, um der dort eingerissenen Unordnung zu steuern. v. Hassell, I., S. 656.

[3]) Der Emeute vom 16. folgte am 18. der Terrorisirungsversuch gegen die das Schauspielhaus verlassenden Abgeordneten der Rechten. Unter dem 9. war ein Erlaß ergangen, welcher den an der Insurrektion in der Provinz Posen betheiligt Gewesenen Amnestie gewährte.

über die Wiener Sachen beschlossen haben. Dieses Wesen liegt wirklich in den letzten Zügen und sucht kümmerlich Nahrung aus dergleichen Dingen, die dann Gelegenheit geben, die obligate Feigheit des Philisterpacks durch das Gespenst „Reaction" aufzuschrecken. Da berathen sie nun aber in Frankfurt über diese Verfassung [1]), und so wird einem der Vulkan, auf dem wir stehen, wieder recht vor das Auge gebracht, und das Reichsministerium Schmerling thut denn auch sein möglichstes — um der Linken oder was dem anhängt, Complimente zu machen — die Sache zu verschlimmern. Ich meine das unsinnige Ausschreiben [2]) über die Ausführung der Grundrechte. Welchen vernünftigen Menschen kann es einfallen, die Ausführung eines Gesetzes zu betreiben, ehe es da ist? Und wer hat das Reichsministerium zu einer derartigen Function bestellt? Es hat mit der Verfassung nichts zu thun [3]); warum drängt es sich wohldienerisch hervor? — Außerdem, daß dies eine neue Auflage der Huldigungsparade und ein schöner Beitrag zu der schon ansehnlichen Reihe von Mißgriffen und Dummheiten ist, die man gemacht hat, ist diese Rescribirwuth ein reiner Bruch des Gesetzes, das der Centralgewalt aufgiebt, sich mit den Bevollmächtigten ins Einvernehmen zu setzen — was freilich unbequem. Aber das Schlimmste ist, daß man hier so recht die Revolution provocirt. Allgemeine unbestimmte, dazu noch schlecht ausgedrückte Sätze, wie jene §§ der Grundrechte ohne weitere gesetzliche Bestimmung auszuführen, das ist nur in einer so wilden Revolution möglich, wie sie Frankreich von 1789 bis 1799 verheerte. Ist sie nicht da, so muß sie kommen, wenn man solche Experimente macht. Nun faselt man vom Druck des Volks, dem man abhelfen will. Ist denn unser besitzender Bauernstand der gedrückte? — Dem will man aber mit Gewalt schenken. — Was soll daraus werden? Was der eine Nachbar mit theurem Gelde bezahlt, soll das nun dem andern geschenkt werden? Das wird ein solcher Pfuhl von Neid und Widerwärtigkeit, wie ich ihn nicht denken mag. — Waren doch schon 1833 die Freien nur halb mit der Ablösungsordnung zufrieden, weil sie es den Ablösenden nicht gönnten, billiger zu haben, was sie unbillig theuer bezahlt. — Und nun, was ist aufgehoben? — Diese Frage ist für schlechte Hetzer und Wühler eine unerschöpfliche Fundgrube, und man treibt uns den Bauern in das ganze Elend der Proceßwuth, das ich 1811 bis 1813 gekannt habe, daran der Preußische Bauernstand zu Grunde geht, und das wir durch redliches Halten an dem

1) Die Berathung der National-Versammlung über die Verfassung hatte am 22. begonnen.

2) Vom 22. October. Vgl. Roth und Merck, Quellensammlung, II., S. 126.

3) § 3 des Gesetzes vom 28. Juni schloß die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt aus.

Princip der Entschädigung glücklich vermieden! —. Der Schaden, der geschieht, wenn man die Ehrlichkeit des Volks schwächt, ist nie zu ersetzen: Diese ruinirt man durch solches Aufheben ohne Entschädigung. Ködern für die Revolution mit gestohlenem Gut. — Die Erbärmlichkeit der Abfassung jenes Erlasses hält der Unklugheit seines Inhalts auch völlig die Waage.

Mich macht diese Sache ganz unglücklich; und nun die Verfassung und die Östr. Geschichten. Der erste Nutzen, den man aus diesen Sachen ziehen sollte, wäre die einfache Erkenntniß der klaren Thatsache, daß man jetzt nur eine provisorische Verfassung machen kann. Statt dessen bemüht man sich noch, die Östreichischen Wunden weiter aufzureißen, und Hr. Waitz [1]) wetteifert mit Giskra um die Krone der Unweisheit, der „Macherei". Durch ein Gespräch mit Brons [2]) ist mirs recht klar geworden, wie unglückselig diese politisch ungebildeten Köpfe durch Theorieen beherrscht werden. Dies und jenes Verhältniß paßt nicht in das System, „das uns weislich der Meister gelehrt"! Also weg damit. Krieg mit Holland, ja gänzliches Aufgeben der Maas lieber als ein unsystematisches Verhältniß. — Fragten wir zuerst, was Deutschland bedürfe? so würde man bald einsehen, daß wir nicht entbehren können 1) die Donau, 2) die Rheinmündung, 3) die Herrschaft des Sundes, daß also ein organisches Band mit Östreich, Holland, Dännemark (und womöglich auch Schweden) Bedürfniß ist, daß man die Verfassung so bilden muß, daß sie diesem Bedürfnisse entspricht, ohne sich durch formale und gemachte Begriffe (ICti vero tamquam e vinculis ratiocinantur) abhalten zu lassen.

Leider sagt mir Bothmer, daß man beim Staatenhause wieder unpolitisch und zweckwidrig die Kleinen zu unterdrücken sucht. Man sollte doch von Amerika lernen. Aber die Mediatisirungswuth ist jetzt überall laut. Auch in der Weserzeitung; obwohl Bremen doch auch sein Theil bekommen wird. — Was die Reichsoberhauptsfrage angeht, so operirt Baiern wieder in Berlin, um einen Bund zu wege zu bringen, daß man nur ein Triumvirat oder dergl. wolle. Preußen aber schweigt wieder still.

d. 27.

Ich habe den Brief noch liegen lassen in Erwartung eines entscheidenden Moments. In Wien scheints nun zum Schlagen gekommen zu seyn. Die Stellung der Ungarn und ihre Kraft ist noch zweideutig.

---

[1]) Bei Berathung des § 2 der Verfassung hatte Waitz (von Göttingen) den Zerfall Oesterreichs für nothwendig erklärt und seine deutsche Mission geläugnet; Giskra (von Mähr. Trübau) wollte die unauflösliche Einheit Deutsch-Oesterreichs mit Gewalt durchgesetzt wissen, „und sollten alle Kronen darüber erbleichen und sollten sie selbst zu Boden stürzen."

[2]) Kaufmann, Abgeordneter von Emden.

Dagegen ist der Zustand der Berliner Versammlung mit ihren Mehrheiten von 1 und 2 Stimmen ein wahrhaft grauenvoller. Was kann auf diesem Wege geschehen! Hansemann[1]) operirt und intriguirt, wie ich höre, jetzt in Frankfurt herum. Diese Leute sollten in Berlin Ordnung zu machen suchen; aber nachdem dieselben Preußen verlohren, wollen sie es in Frankfurt wieder gewinnen. Ein ganz falscher Gedanke. Bodelschwingh[2]) ist für Berlin gewählt. Ich glaube, wenn er, Vincke und alle die Notabilitäten Preußens, die sich jetzt umhertreiben, dort ihre Kraft zusammenlegten, so würden sie eine entschiedene Mehrheit gewinnen und etwas schaffen können, während Preußen sich von Anfang an zersplittert und seine besten Kräfte nach Frankfurt gesandt hat. Ich zähle auch das zu dem Glück unseres Landes, daß wir hier concentrirt geblieben sind, womit wir auf die Dauer auch der Einheit Deutschlands den größten Dienst erwiesen haben dürften.

Das, was heut zu Tage nothwendig und noch möglich ist, scheint mir einfach gegeben zu seyn. Wir dürfen nichts von Deutschland, nichts von seinen nothwendigen Bundes- und Schutzgenossen verlieren, nicht uns freiwillig in engere Gränzen concentriren wollen, um von da aus mit größerer Gewalt erobernd das Unentbehrliche wieder zu erringen. — Das liegt im Streben der Nationalität, die nur durch Geisteskraft erobert. — Daraus folgt der Bund. Für die Form dieses Bundes haben wir die zwei Räthe als gegebenes Bedürfnis. Für die Regierung ebenso bestimmt die Dreiheit oder Fünfheit. Die Bunsensche Reichsrathsidee hat manches für sich, nur nicht die dadurch hervorgerufene Spaltung in große und kleine Staaten. Gerechtigkeit ist unerläßlich, und darum dürfen wir auch die kleineren Staaten wider ihren Willen nicht unterordnen; noch weniger ihnen den Antheil am Staatenhause entziehen. Thun wir das, nun, so revolutioniren wir, und das Ende der Revolution kennt keiner; und wer die Revolution beginnt, der muß auf das Ende in Gewaltthätigkeit gefaßt seyn.

Aber die Dinge und die Begriffe haben sich nun in Frankfurt so völlig verwirrt, daß dies alles niemand mehr wird einsehen können oder wollen. Man treibt mich hier, ich soll ein Sendschreiben an meine Wähler, das ich im Juli schrieb, drucken lassen. Vielleicht haben Sie es gesehen. Ich habe keinen Sinn dazu. Da ich es aber seit ca. 3 Monaten nicht gelesen, so kann ich nicht darüber urtheilen. Können Sie es, so bitte ich um Ihre Meinung.

Herzliches Lebewohl Ihr

JCBS.

---

[1]) Das Ministerium Auerswald-Hansemann war am 10. September entlassen und Hansemann am 25. September zum Chef der Preuß. Bank ernannt.

[2]) Bis zum März Minister des Innern.

Nr. 69. Frankfurt, 5. November.

Ich habe Ihnen, theuerster Freund, lange nicht geschrieben, weil kein bestimmter Stoff vorlag und die Dinge hier sich in so widerwärtiger Weise abspannen, daß die Lust verging, dem Drehen des Fadens mehr Beachtung zu schenken, als durchaus nöthig war. — Daß das Ausschreiben des Reichsministerii wegen der Grundrechte auch hier die Verständigeren, zu denen ich mich rechne, auf das fatalste berührt hat, können Sie sich denken. Vincke, ich und andere hatten die Absicht, zu interpelliren wegen der Ungehörigkeit, wir standen aber ab, weil an unsere Interpellation die Linke sicher einen Antrag geknüpft haben würde, für den wir dann mit hätten stimmen müssen, was dann gar leicht einen neuen 5. Septbr. hätte zur Folge haben können. Daher unterließen wir es. Für unser Land, wo es ja zu den bestimmten Vorschriften gehört, daß ein Gesetz mit den Ständen vereinbart werde, wird es überhaupt mit diesen elenden Grundrechten seltsam zu stehen kommen; Sie werden auf lange Jahre damit zu thun haben, diesen Kohl in nur halbwegs brauchbare Gesetze zu übersetzen. Ich lege Ihnen nur notitiae causa die durchberathenen Abschnitte der Grundrechte bei, wie der Verf.-Ausschuß solche erst noch einmal durchberathen und dann der N.-V. wieder vorlegen wird. — Erfreulicher ist nun Folgendes, was ich Ihnen zu melden habe. Aus dem neulich mitgetheilten Abschnitte: Vom Reichstage haben wir sämmtliche, auf die Wahlen bezügliche Paragraphen verworfen und in ein besonderes Wahlgesetz zu verweisen beschlossen. Den Entwurf desselben werde ich Ihnen morgen oder übermorgen überschicken. Da ist es denn glücklich gelungen, die breite Basis etwas zu verlassen. Was den Wahlmodus betrifft, so war man freilich um direkte Wahlen (die Holstein-Schleswiger schwören dafür) nicht wegzukommen und werden auch in der Berathung selbst indirekte schwerlich durchzusetzen sein, weil sich da wieder die Professoren mit der Linken verbünden, — aber dafür ist ein Census durchgesetzt und wird, wie ich hoffe, stehen bleiben, der groß Geschrei machen wird. Nicht wahlberechtigt sind alle Tagelöhner, Wochenlöhner, Soldaten u. s. w. u. s. w., ferner diejenigen, welche in Staaten, wo eine Einkommensteuer besteht, diese nicht zahlen, in denjenigen Staaten aber, wo eine solche Steuer nicht besteht, nicht wenigstens ein reines Einkommen von 300 Gulden besitzen. Ginge es nun noch an, das Wahlgesetz in der Reformirten Kirche zu berathen, die wir morgen beziehen und wo die Gallerie ganz unmächtig sein wird, so ließe sich noch Einiges von der Zukunft hoffen. — Das Einzige, woran ich mich jetzt freue, sind die ruhigen und glücklichen Zustände von Hannover: in jeder Zeitung, die ich in die Hand nehme, finde ich das Lob derselben, nämlich nicht die geringste Nachricht aus Hannover, aber auf dem Courszettel die Hannoverschen

Papiere 5 bis 10 p. C. höher als alle andern. Wenn wir nur nicht in die allgemeine Misere mit hineingezogen werden! — Ihr P. M. an Ihre Wähler vom Juli habe ich jetzt erst erhalten und will den heutigen Morgen dazu anwenden, es durchzulesen, und zwar mit Rücksicht auf einen eventuellen Abdruck. Darüber in den nächsten Tagen ausführlicher. So wenig ich mich scheuen würde, gegen Gagern Alles und Jedes auszusprechen, und so oft ich ihm auch schon dergleichen ausgesprochen, so möchte ich doch nicht in diesem Augenblicke, wo die Linke ihn in den Schmutz zu ziehen sucht, irgend etwas Reelles gegen ihn vorgebracht sehen. Aber das ist nur eine untergeordnete Rücksicht. Meine Ansicht, falls Sie irgend Werth darauf legen, in den nächsten Tagen. Der Ihrige

Det.

Nr. 70. Hannover, 11. November.

In der Anlage sende ich Ihnen, lieber Freund, ein P. M. [1]), welches in vielleicht etwas modificirtem Maaße durch Bothmer an Hr. v. Schmerling gelangen soll. Vielleicht enthält es einiges für Sie brauchbare. — Die Bauern sind wegen der Theilbarkeit besorgt. Im Hildesheimschen hat das unglückliche Rundschreiben schon großen Jagdunfug hervorgebracht, und am Gericht Hardenberg fangen die Leute sogar an, auf Grund desselben die Prästationen zu weigern. So bringt man die Revolution herbei, wo sie nicht war.

Könnten Sie nicht vielleicht durch die hierländischen Deputirten zum Congreß der Landwirthe (leider hat sich Kirchner [2]) eingedrängt) ein Gutachten gegen die Theilbarkeit veranlassen?

Ihre Mittheilung über den Census hat mir große Sorge gemacht. Ich halte allgemeines Stimmrecht mit indirecter Wahl in den Gemeinden für viel sichernder, als Ihren Census mit directer Wahl. Man verliert dabei allen Boden der Gemeinde, macht die Sache wirklich atomistisch, und bei dem nothwendig willkürlichen und unbestimmten, daher vielfach unpractischen der Bestimmung des Census selbst ist 1 gegen 3 zu wetten, daß die Sache in der Versammlung fällt. Ich bitte, erwägen Sie das nochmals.

Ich behalte mir Näheres vor, bis ich Ihren versprochenen weiteren Brief habe. Dies schreibe ich in Eile in der Sitzung.

Der König ist krank gewesen, aber wieder hergestellt.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Denkschrift, den Artikel VII des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks betreffend. Als Manuscript gedruckt, Hannover, Culemann. Die Schrift ist nicht von Stüve selbst verfaßt, enthält aber die Darlegung seiner Gedanken. Art. VII behandelt die Theilbarkeit des Grundeigenthums, Aufhebung der Jagdrechte, der Grundlasten, der Fideikommisse u. s. w. — [2]) Kammer-Kommissair in Oldenstadt.

Nr. 71. Frankfurt, 19. Nov.[1])

Ich habe von Tage zu Tage auf einen ruhigen Moment gehofft, um Ihnen, theuerster Freund, zu schreiben, auf etwas Fertiges, was ich Ihnen melden könnte, auf einen Abschnitt, der einen Rückblick vergönnte; aber von all dem ist nichts gekommen; fertig ist nichts geworden und wird's auch schwerlich werden; an einen Ruhepunkt ist nicht zu denken, da ein Wirrsal dem andern die Hand reicht und man sich fast jeden Abend mit dem Gebete zu Bett legt, daß es am andern Tage nur nicht noch schlimmer werden möge, als es heute war. Nun will ich aber auch nicht länger warten, sondern Ihnen schreiben, wenn auch nur als Lebenszeichen. Indeß ist sogar Bestimmteres zu melden, wenn Sie wollen sogar Erfreuliches. Wir sind nämlich großen Gefahren entgangen, wenigstens für den Augenblick (und das wäre schon an sich viel) vielleicht auf längere Zeit. Es hatte sich in den letzten Wochen unter dem Einflusse der Ereignisse in Wien und Berlin[2]) ein Zustand herangebildet, der dem, welcher im August und September die Versammlung beherrschte, vollkommen ähnlich war. Es war ein Mißbehagen, das immer und immer wiederkehren muß, weil man sich die eigene Stellung nicht klar macht, nicht klar machen will, und das am peinigendsten hervortritt, wenn die äußere Huldigung der Massen gegen die Souveränetät der N.-V. nicht immer gleich bei der Hand ist; da will man dieser Huldigung nachlaufen: man „rückt mehr links", man macht der s. g. öffentlichen Meinung, die nichts ist als Gebell und Gebrüll der schmutzigsten Schufte, getragen von dem feigen Schweigen der Besseren, Concessionen über Concessionen; man giebt von seinen Principien Stück für Stück weg, bis man sich allen Boden unter den Füßen weggezogen hat und inmitten einer Crisis steht, die wenigstens das Heilsame hat, daß sie erkennen läßt, daß wir durch eignen Unverstand zu Grunde gehen. So stand es hier bis zum 18. Sept., und so stand es hier wieder auf- und abwogend seit Mitte Oktober. Ja, die Crisis, die in den letzten Tagen drohete, war viel gefahrvoller wie die im September. Denn der Riß, der jetzt aufzuklaffen drohete, war, wenn ich so sagen darf, ein mehr doktrineller, ein mehr principienmäßiger. Die N.-V. war in Gefahr, sich von der Sache der Ordnung förmlich loszusagen, — eine Gefahr, die sie durch ihren miserabeln

---

[1]) Der Brief findet sich zum Theil abgedruckt in der Hannoverschen Zeitung vom 22. November.

[2]) 31. October Unterwerfung Wiens, 8. November Erschießung R. Blums, 3. Nov. Ministerium Brandenburg-Manteuffel, 7. Verlegung der konstituirenden Versammlung nach Brandenburg, 11. Auflösung der Berliner Bürgerwehr, 12. Berlin in Belagerungszustand u. s. w.

Ausschuß dominiren, natürlich viel zu bedeutend und gefährlich, und darum haben die Herren jetzt die Absicht, bei einer neuen Vacanz 3 Candidaten von der Linken vorzuschlagen, damit ja Niemand hineinkomme, der ihnen mit rechter Entschiedenheit entgegentrete. Jetzt machen Scheller [1]) und ich allein Opposition in diesem Sinne, aber zu schwach, als daß dieselbe mehr vermöchte, als hie und da Übles verhüten.

Sie haben früher meine Ansicht über Ihr P. M. vom Juli d. J. an Ihre Wähler zu haben gewünscht, d. h. namentlich über die Frage, ob Sie dasselbe sollen drucken lassen. Ich habe diese Frage auf das allergründlichste geprüft, ich habe das P. M., das ich durch Droop erhalten, zuletzt noch wiederholt so gelesen, als wenn es schon gedruckt wäre, und kann Sie nur auf das allerdringendste bitten, dasselbe ja drucken zu lassen. Etwaige Bedenken dagegen, welche Ihre Collegen früher gehabt und geäußert haben, stehen jetzt dem Drucke nicht mehr entgegen. Was Sie darin von den kommenden Dingen gesagt haben, hat sich so bewahrheitet, daß eben darin, daß schon Monate zwischen der Abfassung und der Veröffentlichung vergangen, einer der größten Reize und Vorzüge des P. M. liegt. Die Veröffentlichung wird auch, wie ich überzeugt bin, im besten Sinne auf unsere Hannoverschen Wahlen wirken. Die Veröffentlichung, wenn Ihre Collegen dieselbe nicht gewünscht haben, könnte ja, was dieselben jetzt gewiß nicht mehr beanstanden werden, von Osnabrück aus geschehen; ich bitte Sie aber nochmals dringend, lassen Sie sich nicht von ganz vagen Bedenklichkeiten Anderer zurückhalten. Mir hat, ni fallor Droop gesagt, ehe ich die Schrift selbst gelesen: ein Hauptbedenken gegen die Veröffentlichung sei das, was Sie über Gagern darin sagen. Nun ist das ja aber Alles die reine Wahrheit und weiter nichts; ich bin mit Gagern sehr befreundet und ein Angriff auf ihn schmerzt mich, aber so weit geht meine Freundschaft nicht, daß ich die Wahrheit darum nicht gesagt wünschte. Wenn Sie und Ihre Collegen noch einmal die Sache überlegen, bitte ich das Moment der Wirkung auf die Wahlen nicht zu vergessen. Ich fürchte überhaupt, es wird dort wenig für die Wahlen geschehen. Die Wühler werden sich derselben natürlich zu bemächtigen suchen. Hielte gar der schlimme Zustand in Berlin so lange an, daß unsere Wahlen unter dem Drucke und Eindrucke desselben vorgenommen würden, so würde es auch mit dem glücklichen Zustande unsers Landes zu Ende sein. Das ist eine Sorge, die mich vielfach drückt.

Vor einigen Tagen wurde ich hier durch Christiani [2]) überrascht; er ist noch hier, ich sehe ihn aber nur auf der Tribüne der N.-V. Verstand ich ihn recht, so hat er Sie in Hannover gesehen.

---

[1]) Oberlandesgerichts-Präsident von Frankfurt a. d. Oder.

[2]) Aus Lüneburg, bekannt als liberales Mitglied der Kammer von 1832 ff.

Vermuthlich wird man nächstens noch mehr Truppen für den Reichsdienst von Ihnen verlangen, diesmal wahrscheinlich für das südwestliche Deutschland; es gährt überall wieder, und wäre nicht das schlechte Wetter, so hätten wir sicher schon wieder einige Putsche gehabt. Was ich mehr als dergleichen fürchte, ist, zumal seit Blums Hinrichtung, der Meuchelmord, zu dem sich in der demoralisirten Canaille hier im Südwesten Werkzeuge genug finden.

Herzlich ergeben Der Ihrige

Detmold.

Nr. 72. Hannover, 19. November.

Wenn die diplomatischen Berichte nicht täuschen, so scheint die Fluth in Berlin sich zu senken; der dortige Beschluß hat darauf eingewirkt. Er ist an sich eine Halbheit; allein in dieser rasenden blinden Leidenschaft, in dieser Aufregung, von der durch Gülich [1]) Ihnen höchstens noch ein schwacher Abglanz zugekommen seyn wird, da ich ihn hier 24 Stunden gemäßigt und Hannover seinen beruhigenden Einfluß nicht verfehlt hatte, war eine solche Halbheit wohl das Einzige, das Eingang finden konnte. Ich glaube, daß die Aufgabe Frankfurts in dieser Sache durchaus keine andere ist, als zu temperiren, mit allen Mitteln, die dazu dienen können. Zeit gewinnen, vermitteln, wenn auch erfolglos; ist doch auch schon der Zeitgewinn unter solchen Umständen viel werth. — Was wäre auch anderes zu thun? Die gänzlich toll gewordenen Streiter sich selbst zu überlassen? Das würde ein Amerikanisches Messergefecht. Dazwischen donnern? Ja, wenn man Radicalismus und crasses Preußenthum einigen will; gesetzt nämlich, man hätte die Kraft einzureden nicht blos, sondern zu handeln. — Was soll aber anderes geschehen als Zeit gewinnen? Wenn die Berathung zu Brandenburg von diesen 226 Wüthenden gegen höchstens 175 Mildere fortgesetzt wird, was will daraus werden? Und wenn man auflösete, was wollte aus der Crisis bei dieser furchtbaren Aufregung des Fiebers werden? Wenn man einen 18. Brumaire wollte, so mußte man die Sache nicht so angreifen.

So wie die Sache jetzt liegt, thut es mir leid, daß Bassermann sich daran abgenutzt hat; aber es schadet nicht. Man rufe ihn zurück und schicke andere hin, solche, die auch nichts ausrichten, und an denen möglichst wenig verlohren, halte nur die Sache schwebend, bis die Zeit das Beste gethan hat und nach dem Paroxismus die natürliche Erschlaffung eingetreten

[1]) Regierungsreferendar von Gülich, Sohn von Stüves Jugendfreund Gustav von Gülich, war, von Berlin kommend, durch Stüve an Detmold empfohlen worden.

ist. Bis dahin aber lasse man in allen Zeitungen den anticonstitutionellen Unsinn dieser Beschlüsse, den Wahnwitz einer Steuerverweigerung — nicht etwa durch die Versammlung, die zu bewilligen hatte, nach Ablauf einer Finanzperiode, nicht etwa eine solche, gegen die man durch Wahl ans Volk appelliren könnte, sondern einer inamoviblen Versammlung, eine Verweigerung bewilligter Steuern, morgen im Tage durch quemlibet de populo [ans Licht stellen?]. Sind denn nun etwa auch alle Preußen von Gottes und Rechts wegen befugt, zu schmuggeln? Was wird dann aus dem Zollverein. — Gewiß dieser sogenannte letzte Trumpf ist der letzte Unsinn. Aber alles das, welch ein Stoff zu beschwichtigender Unterhandlung!

Sie werden das freilich ohne mich wissen, aber wes das Herz voll ist, davon geht der Mund über. Der Regierung müssen solche Zwischenfälle willkommen seyn, und die Versammlung verliert dadurch Sympathieen. M. E. hätte die Regierung nicht zugleich die Versammlung und die Berliner Bürgerwehr, sondern zuerst nur diese angreifen sollen Sie that dann nur, was ihres Amts, indem sie Ordnung herstellte, und die Versammlung, die die Unordnung hätte schützen wollen, wäre verlohren gewesen. Das ist aber verlohren gegangen, und jetzt sehe ich kein anderes Mittel, als in jenem Wege, die Sache erst wieder aus der rasenden Leidenschaftlichkeit heraus zu ziehen.

Die Deutsche Zeitung scheint mir jetzt ziemlich haltlos umher zu schwanken. Gestern enthielt sie einen Artikel gegen die Zolldenkschrift, der von der allerwillkürlichsten rechtlosesten Gesinnung dictirt schien. Es ist überhaupt Politik der Partheien, die gründlicheren Gegenschriften in den Zeitungen zu belügen, und solche nicht aufkommen zu lassen. So giebt sich die Morgenzeitungsclique alle Mühe, die Wangenheimschen Aktenstücke [1]) zu belügen, und der armselige Wachsmuth hat sich darauf auf eine wahrhaft erbarmenswerthe Weise prostituirt. Das Buch wird aber doch mit Effekt gelesen. Dabei fällt mir ein, ob vielleicht es dienen könnte, wenn unsere Denkschrift über Art. 7 der Grundrechte in irgend einer Zeitung vernünftig besprochen würde. Die Helden der Grundrechte werden natürlich sehr geneigt seyn, sie in ihrer Weise zu commentiren.

Hier ist in den letzten Tagen natürlich die Aufregung von Berlin und Wien aus auch gewachsen, doch glaube ich, daß sie eher sinkt als steigt. Am Donnerstag hat sich der constitutionelle Verein constituirt, ein wunderbarer Mischmasch, der sich nicht halten wird, von Callin, Hoyns, Rumann bis zu Oldekop [2]) u. s. w. Zum Präsidenten hat man gewählt wen? Rumann. Der hat abgelehnt. Darauf ist am Ende Starcke [3]) Präsident ge-

[1]) Vgl. oben S. 30. — [2]) Kammerrath.

[3]) Regierungsrath im Justizministerium.

worden und ich glaube Callin Vicepräsident. Es wirkte gerade die Berliner Sache auch da ein. — In Nörten haben die Leute auf den Grund des Rundschreibens die Zahlung einer Dienstablösungsrente geweigert, indeß legen sie sich zum Ziele.

Die Berliner Zeitung ist heute nicht zur rechten Zeit gekommen; aus den andern sehe ich, daß der unsinnige Antrag des volksw. Ausschusses über die Flüsse[1]) mit 207—200 Stimmen angenommen ist; auch verkündigt die Cölner Zeitung wieder das Sinken des Reichsministeriums, damit könnten denn meine obigen Betrachtungen auch sehr haltlos werden, und würde ohne Zweifel die Sache zu einem offenen Kampfe kommen, dessen Ausgang ich weit entfernt bin, auch nur zu muthmaßen. Wahrscheinlich würde sichs zeigen, daß das Sinken der Aufregung seit dem 18. September doch nur „Patrouillotism" war und keine Heimkehr der Gemüther zum Rechten.

Abends.

Ich habe den Brief noch nicht geschlossen, um erst Abends nach Nachrichten mich umzuhören. Es ist aber nichts. Gestern Abend, und heute früh fehlt der Bahnzug von Berlin. Auch von Leipzig ist derselbe ausgeblieben, dagegen von Magdeburg angekommen. Was das nun zu bedeuten hat, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 73. Frankfurt, 28. November.

Dem beiliegenden Stück der Verf. will ich in Eile nur einige Zeilen beifügen. Die Berliner Wirren sind ja gelöst und zwar ehe Gagern Zeit hatte, kühne Griffe darin zu thun, was mir auch seinethalben lieb, da er mehr als jeder Andere (wegen seiner leicht entzündbaren Natur) dabei sich kompromittirt haben würde. Seine Reise[2]) hat aber auch, wie ich überzeugt bin, von Anfang an einen über jene Wirren hinausgehenden Zweck gehabt, nämlich die Frage vom Reichsoberhaupt. Ohne Zweifel hat man sich in Berlin bisher geweigert, die angebotene Kaiserkrone anzunehmen; man hat nun hier wahrscheinlich gemeint, der König sei dort wieder so tief in den 18. März hineingerathen, daß er jetzt acceptiren müsse, sich wieder aus Preußen nach Deutschland hineinretten, obgleich man jetzt in Berlin mit Schwarzrothgold schwerlich einen Hund hinterm Ofen hervorlocken wird.

[1]) Aufhebung der Flußzölle.

[2]) Er war am 23. in Begleitung Simsons nach Berlin abgereist. Am 27. November trat die Nationalversammlung in Brandenburg zusammen, vertagte sich jedoch wegen Beschlußunfähigkeit. Am gleichen Tage hatte Wrangel etwaige Versammlungen der Abgeordneten in Berlin verboten.

Dabei ist wohl auf Gagerns eminente und bezaubernde Persönlichkeit und des Königs Empfänglichkeit für alles Subjektive und Persönliche gerechnet. Kurz, ich glaube, Gagern soll in Berlin das Capitel der Verfassung: Vom Reichsoberhaupte fertig machen. Im Verfassungsausschuß, wo die Frage in der nächsten Woche zur Erledigung kommen wird (bisher ist sie noch gar nicht berührt worden) sind die Verfechter der Monas in der Majorität, und kommt die Monas aus dem Ausschuß, so ist in der Versammlung selbst an gar keine Remedur zu denken. Umgekehrt eher: siegt im Ausschuß die Trias, so kann sie noch in der N.-V. unterliegen. Da nun die Frage vermuthlich gerade jetzt in Berlin verhandelt wird, so möchte ich anheim geben, dorthin Jemanden zu senden, der ein gewichtiges Wort mitsprechen könnte, vielleicht auch Sachsen pp. zu ähnlichen Schritten aufzufordern. Ich bin fest überzeugt, daß dergleichen in Berlin selbst den größten Anklang finden wird, wo man wahrscheinlich von hieraus in unangenehmer Weise gedrängt wird. Doch Sie werden das Alles durch Bothmer schon wissen und das Nöthige wohl längst eingeleitet haben.

Über den schmachvollen Beschluß wegen der Blumschen Todtenfeier [1]) sage ich nichts; es ist meines Erachtens das Schimpflichste, was je über die N.-V. gekommen; vielleicht ist Einiges noch zu remediren, aber freilich unter bösen Kämpfen.

Herrn von Gülich habe ich gesprochen und will sehen, ob ich ihm nützen kann. Da er aber durch Stockmar empfohlen ist, scheint mir jede weitere Empfehlung überflüssig. Merkwürdig, wie der sonst so klar sehende Mann von den Berliner Phantasmagorien umnebelt war — wie freilich so viele Andere es waren. Die Herren Rodbertus und Schulz waren hier, um Bassermann zu widerlegen u. s. w., haben aber ein so schmachvolles Fiasco gemacht, wie ich es nie erlebt. Nächstens mehr.

Wie stets der Ihrige
D.

Nr. 74. Frankfurt, 5. December.

Sie werden, theuerster Freund, ohne Zweifel bereits von Berlin aus bestimmte Kunde darüber haben, daß meine neulichen Vermuthungen über Gagerns Reise nach Berlin gegründet waren — ohne Zweifel auch, daß er seine Zwecke nicht erreicht hat. Der König hat die offerirte Kaiserkrone auf das allerentschiedenste refüsirt. Das macht aber die Professoren-Parthei, die jetzt Alles umkehren will, nicht irre. Die Sub-Comission des Verf.-

[1]) Beschluß vom 23. November: das Andenken Robert Blums durch eine würdige Todtenfeier zu ehren, und mit den desfallsigen Einleitungen eine Kommission von 5 Mitgliedern zu beauftragen.

Ausschusses hat den Abschnitt vom Reichs-Oberhaupte in den Grundzügen fertig, noch ist nichts davon vorgelegt, alles vielmehr noch tiefes Geheimniß — aber das weiß ich, daß der König von Preußen als erbliches Oberhaupt die Spitze bilden soll. Die Weigerung des Königs, diese Stellung anzunehmen, hat die Herren zwar für den Augenblick etwas irre gemacht, allein sie haben sich wieder recolligirt. Des Königs Weigerung macht nichts — er soll gezwungen werden. Der Abschnitt wird nächstens (wann, ist noch nicht genau zu bestimmen) dem Verf.-Ausschuß vorgelegt werden; hier wirds zwar harte Kämpfe geben, Dahlmann, Beseler, Waitz, Droysen [1]), Soiron pp. für die Einheit mit dem König von Preußen; Welcker [2]), Rotenhan [3]), Lasaulx [4]), Jürgens, ich und einige andere dagegen; aber Jene werden die Majorität haben, das ist außer Frage. In der Nat.-Versammlung selbst ist ebenfalls nicht daran zu zweifeln. In die Fraktion, von welcher noch besonderer Widerstand zu erwarten gewesen wäre, der s. g. Augsburger Hof, ist Beselers Bruder, der Schleswiger [5]) eingetreten, den man alberner Weise, ohne daß er sich auch nur bisher in der N.-V. einmal gezeigt gehabt hätte, zum 2. Vice-Präsidenten gewählt hat und sicher bald zum 1. Präsidenten wählen wird, in kindischer Demonstration gegen Dänemark, mit dem man über den Frieden unterhandelt. An eine Majorität in der N.-V. selbst zweifle ich, wie gesagt nicht für jene Idee der Monas — ebenso wenig aber zweifle ich daran, daß Österreich protestiren wird, und Bayern wahrscheinlich mit; letzteres hat gewiß nicht umsonst seine Armee jetzt in aller Eile auf 90000 Mann gebracht. Am stärksten wird der Wahnsinn dem Könige von Preußen gegenüber zu Tage treten: denn wer soll ihn zwingen, wenn er sich nicht zwingen lassen will, und wie will man das durchführen? — Ich gebe Ihnen von der Geschichte, die ich in dem Augenblick erfahre, sogleich Kunde, damit Sie wenigstens einige Vorkehrungen treffen können; ich meine, Sie müßten die Höfe von Wien oder jetzt Olmütz, Berlin, München, Dresden sofort durch vertraute Leute beschicken und zu gemeinschaftlichem Handeln auffordern, damit man Sie nicht wieder allein lasse, wie im Juni d. J. (In Dresden werden Sie freilich bei Oberländer [6]), dem Freunde Blums, wenig Unterstützung finden.) Kommen gemeinschaftliche Proteste von Oesterreich, Preußen, Bayern pp., so werden die Gegner doch am Ende noch Vernunft annehmen. Die Hauptsache ist, den König von Preußen in seiner Weigerung stärken und erhalten. — Ich

[1]) Professor, von Kiel.

[2]) Geheimerrath, letzter Vertreter Badens in der Bundesversammlung.

[3]) Freiherr von Rotenhan aus Franken. — [4]) Professor, von München.

[5]) Expräsident der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein.

[6]) Minister des Innern und Leiter des Ministeriums.

will heut Abend noch mit Bothmer reden, damit der sich mit dem Bayerischen Bevollmächtigten pp. in Verbindung und Benehmen darüber setze. Sowie ich Näheres höre, melde ich's. — Merkel wird wohl in diesen Tagen, gründlich von seinem Deutschen Enthusiasmus geheilt, bei Ihnen eintreffen. Er ist sehr unzufrieden mit seinem hiesigen Aufenthalt und hat alle Ursach dazu, von seinem ersten albernen Enthusiasmus an, durch die ganze Protestgeschichte der 22 Hannoverschen Deputirten (er ist ja Concipient des albernen Dings) bis zu seinem Ausscheiden aus dem Casino und seiner endlichen Weigerung, in den Verf.-Ausschuß einzutreten, wo er eben in dieser heißen Frage vieles wieder hätte gut machen können, statt daß statt seiner Gülich[1]) von Schleswig eingetreten ist, der ein Werkzeug in Beselers Hand ist.

Das Oesterreichische Programm[2]) ist doch einmal wieder ein staatsmännischer Ton in dem Geheul und Gebrüll der Betrunkenen und Kinder, das in den letzten Monaten Einem die Ohren erfüllt hat.

Von Herzen der Ihrige
Detmold.

Nr. 75. Hannover, 7. December.

Lange Zeit, lieber Freund, sind mir die Dinge nicht so widerwärtig gewesen, als eben jetzt. Nicht um hiesiger Zustände willen. Der Blumscandal ist längst im Sande verlaufen und die Versuche unserer Rothen, im Militär Hetzerei zu erregen — ermöglicht durch eine fehlerhafte Maaßregel Jacobis[3]), die Verlegung der Bataillone aus den alten Quartieren, wodurch man namentlich die Unteroffiziere sehr hart getroffen und verletzt hat — werden wohl nur den Erfolg haben, daß es leichter ist, jetzt fehlerhafte Einrichtungen zu beseitigen. Daß der König etwas kränkelt, ist doch sorgenerregend. Im übrigen sind wir eifrigst beschäftigt mit den Vorbereitungen für den Landtag, der einem diesmal wirklich mit Ende Januar zu früh kommt. Es ist so unsäglich viel zu thun. Die Organisation von Justiz und Verwaltung sollte billig so reiflich durchgearbeitet werden, daß man Zeit wünschen muß. Ich will nun hauptsächlich die Provinzialbehörden auf die Niederländische Basis bringen, d. h. den Provinzialständen einen

[1]) Obergerichtsadvokat.

[2]) Das vom Fürsten Schwarzenberg der Reichsversammlung zu Kremsier vorgelegte Programm vom 27. November. Vgl. Roth u. Merck, Quellensammlung. II. S. 67. Es fand sich darin bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland der Passus: „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

[3]) Oberst, General-Adjutant.

großen Einfluß einräumen. Ebenso den Landleuten bei den Aemtern. Beide Dinge greifen aber so tief, daß ich mich darauf beschränken werde, die Grundzüge von den Ständen genehmigen zu lassen, damit man uns zugesteht, die Sache durch Verordnungen zu organisiren, von denen man, wenn die Praxis es fordert, leichter abkommt. Gesetzlich muß man dergleichen erst feststellen, wenn es wirklich ins Leben getreten ist. Dazu kommt, daß eine Hauptarbeit in der Organisation der Gemeinden besteht. Das sollte durch Bildung von Domizilverbänden geschehen, und dazu steht mir nun wieder die dumme Idee des Reichsgesetzes im Wege. — Wie faselnd ist es doch, über Heimathsrecht zu legisliren (mit R. Reck[1]) zu reden), ohne die Gemeinden zu kennen. Braun arbeitet heftig an den Schulen, Lehzen an den Finanzen; wüßte er auch da nur, wessen man sich in Frankfurt zu versehen hat! Düring plagt sich mit dem Gerichtswesen, hat einige Grundzüge publik gemacht, darüber die Meinungen nun wild durcheinander laufen. Alles das führt aber doch wieder auf die Bahn des Positiven. Die Provinziallandschaften berathen selbst ihre Umgestaltung auf ganz vernünftiger Basis; die Junker scheinen einzusehen, daß sie sich neben die Bauern stellen müssen, wenn sie wieder aufkommen wollen. In Stade haben sie Öffentlichkeit bereits eingeführt, für Lüneburg ist sie beschlossen. Schmoldt von Ritsch[2]) hat deßhalb mit seiner konstituirenden Versammlung gar nicht auftauchen mögen.

Das sind unsere Zustände, bei denen mich nur das drückt, daß ich die Sachen nicht so rasch ausführen kann, als ich wünschte, um mich wieder zurückziehen zu können, das Einzige, wonach ich wahres Verlangen habe. — Aber nun sagen Sie um Gottes Willen, wie stehen denn nun die Dinge draußen. Östreich, Preußen, Pabst, Kirche. Man braucht die Worte nur zu nennen, um die äußerste Confusion anzudeuten. Dazu in Paris am Sonntag die Präsidentenwahl! — Ich kann an die unselige Lage, in die die Wuth der Volkssouverainetät, das Verlassen der positiven Basis Deutschland gegen Östreich gebracht hat, nicht ohne Schmerz denken. In Frankfurt hat man das nicht gefühlt; Gagern selbst scheint trotz seinem Versuch, die Dummheit zu erhellen, nicht gefühlt [zu haben], daß seine Preußische Kaiseridee diesen Riß unheilbar macht. Wird er nun jetzt nach diesen Errungenschaften des 5. December[3]) noch dabei beharren? — Uebrigens war

[1]) Dr. Reck, Assessor des Spruchkollegiums in Göttingen. Vgl. über den Sonderling Bunsens Leben von Nippold. I. S. 48. R. hatte den Ausdruck spottweise in einer geistreichen Schrift über Hypothekenwesen (1836) gebraucht.

[2]) Hofbesitzer im Bremischen.

[3]) Octroyirung der preußischen Verfassung und königliches Patent, welches eine Reihe von Reformgesetzen ankündigte.

schon, ich meine vor dem 21. oder 22. November, diese Octroyirung ziemlich reif, wurde aber noch zurückgehalten. Neben dieser Octroyirung aber stand auch ganz entschieden der Gedanke, in den Deutschen Reichsfragen sich von den übrigen Staaten nicht zu trennen. Speculirte also Gagern wieder auf die Verlegenheit, so war er darin falsch geführt.

Es ist löblich, daß Sie dort die Verfassung fördern. Zwar enthält auch der schließliche Entwurf der Grundrechte Unsinn die Fülle, und ich zweifle nicht, daß dieser auch wird beschlössen werden. Allein wenn man nur aus diesem souverainen Hin- und Herfahren herauskommt, so muß man sich alles gefallen lassen. Der Entwurf des Zollgesetzes bringt die Stadt Hannover in Desperation, die ihre Last durch ein freilich unhaltbares indirectes Steuersystem erleichtern möchte. Das muß man sich jetzt alles gefallen lassen. Kommt Zeit, kommt Rath. — Das neue Preuß. Wahlgesetz ohne Census, aber mit Wahlmännern, kommt aber auch Ihrem Reichswahlgesetze wieder in die Quere. Je mehr Sie dort specialisiren, desto schwerer machen Sie sich alles.

Daß Freudentheil die bétise begangen, für Einkommensteuer zu perroriren, ist um so characteristischer, als Plaß doch sogar hierher geschrieben: In den einzelnen Staaten halte er zwar auf Einkommensteuer, aber in der Reichsverfassung gehe es nicht. Er hat gemeint, im März wären Sie dort wohl fertig — was Gott geben wolle, ich aber nicht hoffe, wenn die Gesetze alle fertig werden sollen. — Aber was wird aus dem Ganzen, wenn Östreich beim Bunde verharrt? Preußen mit den übrigen Staaten unterhandeln will? Wenn die Trias — der einzige praktische Gedanke — von der überweisen Versammlung in ähnlicher Art zurückgestoßen wird, wie Östreich? — Zuweilen hat die Versammlung ihre Schauer von Trunkenheit, auf die dann der Katzenjammer folgt. Vid. Rob. Blum!

d. 8.

Vielen Dank für Ihre Mittheilungen, die ich eben erhalten und sofort an Graf Bennigsen weiter gesandt habe. Sie geben mir den vollständigen Commentar zu den leidenschaftlichen Artikeln der heutigen Deutschen Zeitung, namentlich gegen Closen [1]), sowie zu dem Hin- und Herlügen der Cölner Correspondenten über Gagerns Aufnahme in Potsdam. Wie wird man nun die Octroyirte aufnehmen! Lächerlich ist mir der Beschluß: der Adel ist als Stand abgeschafft. Das heißt mit anderen Worten: dem alten Adel wird der höchste Werth beigelegt. — Denn bleiben thut er ja, und die Regierungen haben kein Mittel, ihn zu paralysiren. — Der Entwurf des Heimathgesetzes hat zwei tiefe Fehler. 1) daß man sich nicht gegen Schufte

[1]) Staatsrath Freiherr von Closen, bayerischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt.

schützen kann, so lange sie nicht wegen gemeiner Verbrechen gestraft sind; 2) daß ein Recht auf Armenunterstützung gegeben ist. Beides ist verderblich. Daß Merkel nicht zu Staatsgeschäften taugt, ist meine Ueberzeugung von lange her. Er wird sich darüber unglücklich fühlen, und das ist der Hauptmangel. Er hätte sich selbst kennen sollen; und die andern hätten ihn auch kennen sollen. Ich muß schließen und zum König. Leben Sie recht wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 76. Frankfurt, 10. Dezember.

Neues hab ich Ihnen, th. Freund, eben nicht zu berichten. Den Entwurf der Sub-Comission sandte ich Ihnen gestern. Den §, der die erbliche Kaiserwürde dem Hause Hohenzollern überträgt, hat man gestrichen nach Gagerns Rückkehr, was unnütz und nur albern ist. Im Übrigen beharrt die Professoren-Parthei bei ihrer Ansicht, den König von Preußen zum erblichen Kaiser zu machen. Da er nicht will, soll er gezwungen werden, nöthigenfalls zur Abdikation: der Prinz von Preußen werde schon wollen. Daß aber der König nicht will und festbleibt, ist namentlich aus Vinckes Rückkehr sicher, und, wie er mir sagt, zum Hierbleiben, ersichtlich; der, so klar und praktisch er sonst ist, will doch in dieser Sache das Unausführbare, den erblichen Kaiser; sein Name in einem neuen Preußischen Ministerium wäre also ein Programm in dieser Richtung gewesen. Als es einige Tage lang hieß, Vincke sei doch Minister geworden, sagte mir Radowitz: „dann hat der König nachgegeben" (denn Vincke giebt nie nach). Daß aber der König festbleibe, ist jetzt wohl mit Sicherheit anzunehmen; denn wie ich weiß, geschehen von München und auch von Wien aus entschiedene Schritte in dieser Richtung, und der König in München, der sehr schwankend, hat von hieraus eine ganze Reihe Briefe vertrauter Freunde erhalten, die alle im gleichen Sinne lauten. Das Alles muß der Professoren-Parthei ebenfalls bekannt sein; aber sie läßt sich nicht beirren, sondern geht grad aus auf den Erbkaiser los. Überleg ich mir, wie die Dinge sich praktisch gestalten werden, so ist nur Eins zu besorgen, daß nämlich die N.-V. ihre Thätigkeit zuletzt noch mit einem enormen Ridicule schließe; Schlimmeres befürchte ich nicht. Die Regierungen haben die N.-V. gewähren lassen und trotz ihrer Insolenz schonend behandelt, so lange und weil die N.-V. eine gute und tüchtige Schutzwehr gegen die Anarchie bildete. Jetzt ist die — bis etwa neue Pariser Crisen neue Erschütterungen bringen — überwunden; denn in Wien und Berlin ist die Ordnung wiederhergestellt, und anderswo macht man höchstens Putsche und Krawalle,

Revolution nur in Wien und Berlin. Man hat die N.-V. also nicht mehr nöthig und wird sie bei erster Gelegenheit hinter den Ofen stellen. Die Gesammtverfassung, die dann vielleicht die Regierungen für Deutschland vereinbaren werden, würde auch sicher weit vernünftiger werden, als die, welche die N.-V. macht. Statt nun diese Stellung der N.-V. richtig zu begreifen und sich vernünftig zu betragen, will man zu guter letzt noch einen recht tollen und albernen Spuk machen, der kaum im März möglich gewesen wäre, jetzt aber kompleter Wahnsinn ist; man wird sich blutige Nasen und einen vielbelachten Tritt in den H..... holen und dann hinter den heimischen Ofen zurückkehren. Dieses Ridicule möchte ich der N.-V., weil ich und einige gute Freunde zu ihr gehören, gern ersparen, aber ich predige bis jetzt tauben Ohren. — In Preußen werden die Sachen, wie ich nicht zweifle, gut gehen; das Volk wird und muß die Vereinbarungs-Versuche, die in 6 Monaten nur bis § 3 gekommen, satt haben und wird sich nicht für die rein formelle Frage über die Genesis der Verfassung erheben und in Bewegung setzen lassen. Man wird etwas Spektakel machen, unter Protest wählen, unter Protest am 26. Febr. in die Kammer eintreten und dann die Verfassung acceptiren. Ich denke, daß die Sache auch namentlich für uns in Hannover glücklich gekommen ist, und daß die Wahlen jetzt ein anderes Resultat liefern werden, als sie bei einer Fortdauer der Wühlerei und Unruhe in Berlin gegeben haben würden.

Der Gedanke an diese unsere Wahlen beschäftigt mich viel, und ich wünsche mich oft nach Hannover, um dabei mitwirken zu können, obgleich mir noch heute Rasch[1]) sagte, mein Name sei jetzt dort so sehr als reaktionär verschrieen, daß mir alle Wirksamkeit fehlen werde. Tempora mutantur, aber wir wahrhaftig nicht mit ihnen. Wenn nur in Ihren konstitutionellen Vereinen dort Leute sind, welche die Sache mit Energie in die Hand nehmen! Darüber möchte ich gern einmal etwas hören. Haben Sie irgendwo Einfluß, so verhelfen Sie mir zu einer Wahl; ich denke, wir werden hier früh genug fertig werden, so daß ich dort noch eintreten kann. Denke ich mir die Elemente der nächsten Cammer-Opposition, die Ihnen gegenüber stehen wird, so wird mir kurios zu Sinn; seltsame Subjekte werden sich da gegen Sie zusammenschaaren — aber nur um bei der allerersten Gelegenheit auseinander zu fallen. Rumann, Gerding von Celle, Ellissen von Göttingen, Fr. Lang, Hantelmann, Detering[2]), Julius Meyer[3]), Harrys[4]), Lafrenz[5]), Bueren u. s. w. u. s. w., wahrhaftig, mich

[1]) Schatzrath, später Stadtdirektor in Hannover.

[2]) Advokat in Osnabrück.

[3]) Hüttenbesitzer zu Beckerode bei Osnabrück, demokratischer Agitator.

[4]) Redakteur der Morgenzeitung. — [5]) Gutsbesitzer in Otterndorf, Condeputirter.

lüstert's, unter diese Leute zu kommen, und ich bitte Sie, mir zu rathen, wie ich's anzufangen habe, da ich von hieraus nicht übersehen kann, wo die Leute ganz oder weniger toll sind. Am liebsten hätte ich eine Wahl in der Residenz selbst — dort ist aber wohl keine Hoffnung? Entschuldigen Sie, daß ich Sie mit dergleichen Personalien und Lappalien behellige.

Noch muß ich Sie mit einer andern Sache behelligen. Braun schrieb mir vor einigen Tagen wegen eines Germanisten für Göttingen: er reflektirte auf Beseler oder Thöl. Da letzterer mir ein wenig zu links, ich auch mit B. und dessen bedeutenden Eigenschaften wohl bekannt, wandte ich mich an ihn, eigentlich im Voraus einer hochmüthigen Ablehnung gewiß: ich wußte, wie hochmüthig er eine Unterstaatssekretärsstelle ausgeschlagen, weil ihm nur ein Ministerposten gebühre. Er nahm die Sache aber besser auf, als ich erwartet, und wünschte nur einige Bedenkzeit, bis die Dinge in Preußen sich übersehen ließen. Das ist nun freilich nur ein Vorwand. Es wird hier von vielen Seiten, und unter der Hand auch von Beseler, auf einen Minister-Wechsel hingearbeitet. Tritt der ein und wirft er ein Portefeuille für B. ab, so wird er den Ruf nach Göttingen ablehnen, sonst wird er ihn wohl annehmen. Hätten Sie wohl die Güte, dieses vorläufig Ihrem Collegen Braun mitzutheilen, nur damit er sieht, daß ich seinen Brief erhalten. Ich werde in den nächsten Tagen bei Beseler sofort anfragen, und ihm ins Gewissen schieben, daß die Sache bald in Ordnung komme. B. würde übrigens ein außerordentlicher Gewinn für Göttingen sein, trotz seines ungeheuren Hochmuths. —

Morgen wird im Verf.-Ausschuß die Berathung über die Oberhauptsfrage beginnen.

Ihr

Detm.

Für Kritiken der Aktenstücke Wangenheims will ich sorgen, namentlich, daß die OPAZ. nun dergleichen bringe, was ihrer Stellung zum Reichs-Ministerio wegen besonders interessant sein würde. Dann noch wo möglich für die Deutsche Zeitung und die Augsb. Allgemeine Zeitung. Können Sie mir dort eine Kritik schreiben lassen, so bin ich gern bereit, sie unterzubringen, da mir wegen der vielen Sitzungen in der N.-V., dem Ausschuß, den Clubbs pp. es an aller Zeit fehlt.

Nr. 77. Hannover, 13. Dezember.

Was ich Ihnen heute mittheilen wollte, lieber Freund, ist besonders zweierlei. Erstlich sage ich herzlichen Dank für den Entwurf der Subcommission über die Reichsgewalt. Derselbe hat mich überrascht durch den Reichsrath. Ich hatte mir nicht möglich gedacht, daß diese Unitarier die

Haltung der Einzelstaaten so sehr verstärken würden, nachdem sie das Staatenhaus so schlecht componirt, daß ich seitdem an die ganze Sache kaum mehr denken mögen. M. E. ist dieser Entwurf den Staaten von Baiern abwärts günstiger als die Trias. Ob dem Reiche selbst, das stelle ich dahin. — Preußen mit 40 Stimmen im Staatenhause und der Eifersucht von 128 anderen, gestützt durch einen Reichsrath, würde gebunden seyn, wenn auch das Volkshaus unitarisch zu ihm hielte. Ferner wird der Reichsrath noch 6—7 maritime Stimmen haben, außer den Großmächten, während die Trias außer diesen wahrscheinlich gar keine hätte. Daß die Bunsensche Idee durch bloßen Beirath abgeschwächt erscheint, achte ich weniger. Die Kraft liegt in der durch das Staatenhaus gestärkten Stellung. [1]) —

Ob nun aber in dem Ganzen nicht mehr Negative steckt, — wie in allen unseren schönen Staatsformen, als positive schöpferische Kraft, das stelle ich dahin. Und Östreich? — Ich habe aber diese Betrachtungen für wichtig genug gehalten, um sie Ihnen sofort mitzutheilen.

Das zweite, was ich Ihnen sagen wollte, bezieht sich auf Preußen. Das Minist. Brandenburg will durch Wahlcommissarien positiv auf die Wahlen einwirken, und man legt ihm dabei den Gedanken unter, der mir bei solchem Wesen gar nicht unwahrscheinlich ist, demnächst durch einen errungenen günstigen Landtag die democratischen Concessionen der Verfassung zurückzuziehen, und, wenn das nicht gelänge, noch einmal Octroyiren zu spielen. — — Man schaudert bei diesem Gedanken. Nehmen Sie dazu die Thätigkeit der Linken, die ungemeine Kraft, die eine solche Thätigkeit gewinnen wird durch unkluge Wahloperationen der Regierung, und mahlen Sie sich die Folge aus. Im günstigen Falle wird daraus ein System Louis Philippe; aber im viel wahrscheinlicheren entgegengesetzten, was dann? — Und Deutschland unter der Leitung einer solchen Regierung und in die Stürme eines solchen Verfahrens mit hineingerissen! Das entscheidet demnach für die Trias um so mehr, als nur diese den Character des provisorii wahren kann, der Östreich allein offen hält.

Gagern hat in Berlin allerdings die Persönlichkeit des Königs überrumpelnd gewinnen wollen, und deßhalb zweimal den Versuch gemacht: am Tage nach seiner Ankunft, wo er zur Tafel geladen war, und am silbernen

[1]) Nach dem Ausschußentwurf sollte das Staatenhaus 176 (nicht, wie im Brief angenommen scheint, 168) Mitglieder haben. Preußen 40, Oesterreich 35, Bayern 16, Hannover 10 u. s. w, die kleinen Fürstenthümer zu Gruppen vereinigt. Im Plenum wurde die Zahl auf 192 erhöhet. — Zum Reichsrath sollte nach dem Ausschußantrage jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ein Mitglied, die 4 freien Städte zusammen ein solches, im Ganzen 19 Mitglieder senden. Der Reichsrath wurde bei der zweiten Berathung im Plenum ganz wieder gestrichen.

Hochzeitstage. Erst nachdem er beidemale abgefahren, hat er sich an die Minister gewandt, die er vorher gar nicht gesprochen. — Die Kirche ist aber jetzt ganz für die neue Preuß. Verfassung. Man scheint dahin operirt zu haben, und alle Zeichen beweisen es. Das macht diese unglückliche Gedankenverwirrung den Leuten noch plausibler, in der sie meinen, nun alles gerade und krumm durchsetzen zu können.

Da kommt Ihr Brief vom 10., und ich füge noch folgendes hinzu:

1) Das Reichsmin. der Justiz hat am 27/11. an Preußen eine wahrhaft unerhört unverschämte, plumpe Aeußerung wegen Publikation der Gesetze erlassen, womit sicher ungeheuer verdorben ist; nach einem neueren Erlasse an Hergenhahn und Simson [1]) scheint es nachgeben zu wollen.

2) Sie werden gesehen haben, daß die Preußische Linke plötzlich submittirt, um Wahlen zu erschnappen und hinterher in legaler Form ihre Agitationen wieder anzufangen, die für den ganz unerwarteten Fall, daß Preußen die obigen wahnsinnigen Pläne durchsetzte, gleich das fertige Werkzeug wäre, um den Boden zu unterwühlen. Auch die Morgenzeitung ist aller Welt zum Wunder seit gestern ministeriell. Was bedeutet das?

3) Von unseren Wahlen habe ich noch keinen Begriff. Wir haben sie leider wegen der traurigen Fahrlässigkeit unserer Behörden noch nicht ausschreiben können. Von den meisten Seiten her höre ich Gutes, fürchte fast zu viele Beamten. Ob die von Ihnen genannten Leute gewählt werden, ist sehr fraglich; aber für Sie halte ich ohne Bewerbung und ohne Gegenwart eine Wahl schwer, obgleich ich, wie gesagt, noch nichts übersehe. Der constitutionelle Verein hier ist lahm; wenn ich irgendwo kann, werde ich Ihren Wunsch nicht vergessen. Hier in H. sind die Sachen auch noch sehr unklar. Rumann hat neulich im const. Verein sich verschiedentlich sehr blos gegeben. Wedemeyer [2]) dagegen scheint dort eine Rolle zu spielen. Der eigentliche Gründer ist Advocat Lüders, den ich nicht kenne, der sich aber anscheinend vor allem Hervortreten scheut, obgleich er Achtung besitzt. Im übrigen haben sich dort auch Leute wie Goedeke, Hoyns, Callin geltend gemacht, während die Staatsdienerschaft, deren dort viel ist, bis auf W. wenig zu erheben scheint. — Im Volksverein dominirt Schläger und auch — — Hoyns und Callin, die in allen Sätteln gerecht sind. Diese halte ich beinahe für unvermeidlich. Wollte Gott, daß das trübe Wasser sich einmal abklärte, was erst möglich, wenn Sie in Frankfurt zu Ende sind. —

---

[1]) Hergenhahn, Präsident des nassauischen Staatsministeriums, und Simson, Tribunalsrath und Professor in Königsberg, waren nach Bassermann als Reichskommissare nach Berlin gesandt.

[2]) Geh. Kriegsrath, Generalsekretair des Kriegsministeriums.

Leider bringt es meine Stellung mit sich, daß ich mich nicht in diese Vereine wagen kann, und noch weniger habe ich Zeit und Laune, in der gewöhnlichen Kneipengeselligkeit Verbindung mit den Leuten zu gewinnen. Daher weiß ich weniger als irgend jemand. So viel ich sehen kann, sind die Zustände wenig werth. Auf das Land werden wir bauen können und müssen.

Damit lassen Sie mich schließen, da mich die Zeit drängt; erfahre ich etwas, so sollen Sie weiter hören. Bis dahin leben Sie wohl und vergessen Sie nicht, mich in dem jetzigen bedeutenden Momente etwas im Laufe zu erhalten.

Ihr

JCBS.

Nr. 78. Frankfurt, 15. Dezember.

Eben empfange ich Ihren Brief von vorgestern und will in Eil nur das Neueste melden, da ich weiß, daß Bothmer Sie au courant hält. Durch den werden Sie die letzten Vorgänge wissen. — Man war über die Ausstoßung Oesterreichs doch beunruhigt, namentlich dem ächt staatsmännischen Programm von Kremsier gegenüber, man verlangte vom Ministerium Unterhandlungen mit Oesterreich. Dazu war das Ministerium nicht berechtigt und wollte diese Autorisation haben; dann sollte Gagern als Präsident des Ministeriums und für das Auswärtige eintreten, zugleich aber die Unterhandlungen mit Oesterreich leiten. Ertheilung der Autorisation war Bedingung des Eintritts Gagerns, zugleich Cabinetsfrage. Daß die Linke eben deshalb die Autorisation weigern werde, war vorherzusehen; auffallender Weise aber hieß es, daß auch eine große Anzahl Mitglieder aus den Centren dieselbe weigern würden. Der Plan war aber nur, Schmerling aus dem Ministerium herauszudrücken, und zwar ging der Plan hauptsächlich von der Schleswig-Holsteinschen Parthei aus. Das Ministerium wollte den Kampf dennoch aufnehmen, zumal die äußerste Rechte (die Parthei Vincke) ihren Beistand zugesagt und zu erwarten war, daß diese viele Preußen nach sich ziehen würde. Nun ließ jene Schleswig-Holsteinsche Parthei im Casino, die eigentlich ministerielle Parthei, zugleich die zahlreichste, alle Minen springen; Beseler (von Greifswalde) voran erklärte sich gegen Schmerling; eine Menge der kurzsichtigen Preußen, die von der Kaiserkrone träumen, schlossen sich ihm an. Man wollte Schmerling hinaushaben, ohne die Verlegenheit einer Minister-Crisis. Der Plan gelang, weil das Ministerium schwach genug war, Schmerling zu bitten: er möge austreten und dadurch das Ministerium von der Impopularität befreien, die an ihm hafte und die in dieser Sache (der Oesterreichischen

Frage) so sehr schaden könne. Schmerling, der einzige staatsmännische Kopf im Ministerium und von der Linken tödtlich gehaßt seit dem 18. Sept., konnte nun nicht bleiben. Jetzt wird Gagern eintreten für das Innere, und für das Äußere wahrscheinlich ein Fremder (ob Stockmar? weiß ich noch nicht). Gagern ist, beiläufig gesagt, ganz und gar in Beselers Händen; gelingt es dem oder seinen Landsleuten, das Casino beisammen zu halten (das aber über die Niederträchtigkeit unerhört en deroute ist), so hat die Schleswig-Holsteinsche Partei die Majorität in der N.-V. Dann wird Oesterreich eben durch die einzuleitenden Verhandlungen hinausgedrückt aus Deutschland und Preußen an die Spitze gestellt, damit es dann den Krieg mit Dänemark, den es procuratorio nomine im Sommer 1848 für das Reich nicht ganz auf Wunsch der Professoren geführt, nun im Jahre 1849 als eine eigene Sache für eigene Rechnung und eigene Ehren besser führen möge; dann hat Deutschland, damit es einig und stark werde, jene Lumpenfetzen von Schleswig für Oesterreich eingetauscht. Inzwischen ist die Sache doch noch nicht ganz fertig. Ich habe die Gefahr sehr früh erkannt und das, was man wollte; manche Freunde, zumal unter den Süddeutschen, verlachten meine Warnungen, nun sind sie erfüllt, und nun will man retten, was zu retten ist. Für's erste wird nun die Süddeutsche Presse, unter Beihülfe eines Theils der Rheinischen, die Sache in obigem Sinne anfassen, daneben aber consolidirt sich der Widerstand auch in der N.-V. selbst. Die Hauptsache aber war für mich der Verf.-Ausschuß. Seit 5 Tagen wird da die Oberhauptsfrage berathen; die Ansichten zerfallen in 4 Gruppen, Erbkaiser, Wahlkaiser, Trias, republikanische Spitze. Gestern kam es zur Abstimmung. Beseler (beiläufig gesagt: heute Morgen erklärte er mir, er könne den Ruf nach Göttingen nicht annehmen, eventualiter wolle er mir Reyscher empfehlen), Beseler und die Erbkaiserlichen wußten einen Abstimmungs-Modus durchzusetzen, der ihnen mehrere Stimmen (Deiters[1]), Gülich, Tellkampf[2]) pp.) für den Erbkaiser sicherte, falls deren principale Ansicht, der Wahlkaiser, durchfiele. Da nun habe ich und mit mir auf mein inständiges Bitten der Bayer Rotenhan die Sache entschieden, indem wir für den Wahlkaiser stimmten und nachher für eine sehr kurze Wahlperiode. Es war ein heftiger, bis tief in die Nacht hin verlängerter Kampf. Vorauszusehen war, daß, wenn der Erbkaiser durchgesetzt war, die Deutsche Zeitung und andere Blätter das in alle Welt hinausposaunt hätten, wo dann der (künstlich verstärkte) Widerhall wieder auf die N.-V. eingewirkt haben würde. Die Erbkaiser-Parthei ist nun vor Zorn ganz außer sich; vermuthlich wird sie einzelne schwache Mitglieder

---

[1]) Professor, von Bonn. — [2]) Desgl., von Breslau.

des Ausschusses herumzubringen suchen, um die Beschlüsse von gestern Abend wieder aufzuheben. Da wird's nun noch recht bittere Kämpfe geben, bei denen ich mir meinen Gleichmuth zu bewahren suchen muß, da die Anfeindung vorzüglich gegen mich geht. Ich melde Ihnen, th. Freund, das ausdrücklich, damit Sie, wenn Sie Anschuldigungen irgend einer Art gegen mich hören, dieselben gleich richtig zu rubriciren und zu würdigen wissen.

Soviel für heute; wollten Sie die Güte haben, die Idee mit Reyschers Berufung Braun mitzutheilen. NB. Mit Thöl habe ich noch nicht gesprochen, werde es aber bei erster Gelegenheit. — Gern käme ich zum Feste nach Hannover, aber ich mag jetzt weniger als je hier vom Platze.

Von Herzen der Ihrige
Detmold.

Nr. 79. Frankfurt, 20. Dezember.

Wir sind hier bei einer Crisis angelangt, die sich wohl erst nach Neujahr vollständig lösen wird, wahrscheinlich oder wenigstens möglicher Weise aber mit einem vollständigen Bankerott der N.-V. endigen kann.

Wie Schmerling aus dem Ministerium herausgedrückt worden, habe ich bereits gemeldet; hauptsächlich war es die eigentlich ministerielle Parthei, das Casino und in diesem Beseler (von Greifswalde), der die Minister zu dem Schritte verleitete, Schmerling zu bitten, daß er austreten möge. Daß dies die Einleitung sein solle, Oesterreich aus Deutschland vollständig herauszutreiben, um Preußen die Kaiserkrone zu übertragen, fühlte man wohl; allein die Schwachen und Halben hatten doch noch eine Art Anhalt, daran nicht zu glauben. Gagern trat in das Ministerium; zwar wußte man, daß er für eine Preußische Kaiserkrone schwärme, aber man erinnerte sich auch, wie er gegen § 2 und 3 gesprochen.[1]) Was mir, der ich seit

[1]) Die §§ 2 und 3 lauteten nach dem in der Sitzung vom 27. Oktober, dem Antrag des Verfassungsausschusses gemäß, gefaßten Beschlusse:

§ 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Reiche vereinigt sein.

§ 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Oberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Gagern hatte am 26. October gegen diese Anträge gesprochen und den Gegenantrag gestellt:

Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte,

diesen Antrag aber am 27. mit Vorbehalt der Wiedereinbringung bei der zweiten Lesung zurückgezogen.

langem den Leuten vergebens von der Schleswig-Holsteinschen Intrigue predige, zuerst auffiel, war der Umstand, daß, während Schmerling Monate lang Minister des Innern gewesen und das Auswärtige nur provisorisch verwaltet [1]), Gagern, der für das Auswärtige viel weniger passend, zum Minister des Auswärtigen mit provisorischer Verwaltung des Innern ernannt wurde; in das Innere sollte, davon bin ich überzeugt, Beseler einrücken. Gagern trat nun mit seinem Programm hervor, das, wie ich glaube, mit Ausnahme des Eingangs von Beseler entworfen ist; er hatte es, wie ich zufällig weiß, dem Ministerrathe Montag Morgen um 8 Uhr vorgelegt und dieser hatte es eine halbe Stunde lang flüchtig berathen. Das Programm [2]) nun ist wieder ein kühner Griff, die Fortsetzung der Berliner Reise. Er, der gegen § 2 und 3 geredet, nimmt nun diese § 2 und 3 als Basis von „diplomatischen" Verhandlungen mit Oesterreich. Was sich Alles gegen, und was sich allenfalls für das Programm sagen läßt, brauche ich Ihnen wohl nicht auseinanderzusetzen. In der N.-V. wirkte es furchtbar zersetzend. Die Preußen und die Unitarier um jeden Preis acceptirten es, von der andern Seite war man erstarrt über den kühnen Griff, und die Linke freute sich der Bundesgenossen, die ihr in solcher Weise zugetrieben wurden. Schon bevor Gagern sein Programm vorlegte, hatte sich eine bedenkliche Zersetzung der Partheien bei der Präsidentenwahl gezeigt. Beim 1. Scrutinio hatte Schmerling 93 Stimmen gehabt, lediglich als eine Art Bezeugung der Theilnahme, und zwar theils von

---

1) Nach dem Austritt Leiningens.

2) S. das Gagernsche Programm vom 18. December bei Roth u. Merck, Quellensammlung, II., S. 74. Unter Bezugnahme auf das Programm von Kremsier, wonach

1) alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen,

2) die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt seien, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden,

stellte es der Hauptsache nach folgende Sätze auf:

Oesterreich werde nach den bis jetzt durch die National-Versammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaats bestimmt worden, als in den zu errichtenden Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein.

Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland werde mittelst einer besonderen Unionsakte zu ordnen, und darin alle .... Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und in gesteigertem Maaße verbinden können, bliebe der nächsten Zukunft vorbehalten.

Die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundespflichten, sei auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.

Die Verfassung des deutschen Bundesstaats könne jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlungen mit Oesterreich sein.

Mitgliedern der bisher ministeriellen Parthei, den aus dem Casino geschiedenen Mitgliedern des Rechten Centrums, theils von den Oesterreichern aus allen Fraktionen. Beim 2. und 3. Scrutinio hatten die ausgeschiedenen Casino-Mitglieder für Simson gestimmt, während die Oesterreicher nun mit der Linken für Kirchgeßner[1]) stimmten. Die ganze Coalition hatte aber, trotzdem daß zum 3. Scrutinium Kranke aus den Betten geholt wurden, nur 223 Stimmen. Als aber nach beendigter Wahl Gagern sein Programm vorgelegt hatte und es nun zur Abstimmung darüber kam, an welchen Ausschuß dasselbe zur Begutachtung gehen sollte, hatte die Coalition konstant 258 Stimmen und damit die Majorität. Der Vorsitzende Beseler ließ sich zuletzt noch auf eine Unvorsichtigkeit ein, die dem neuen Ministerio schon gleich ein Ende hätte machen können. Als alle die verschiedenen Ausschüsse abgelehnt waren, durfte er die Frage: ob ein neuer zu wählen? nicht zur Abstimmung bringen. Ließ die Majorität denselben fallen (was sie nur aus Hunger und Eile unterließ) so hätte Gagern eigentlich gleich zurücktreten müssen. Die Majorität aber beschloß Wahl eines neuen Ausschusses. Der ist dann gestern, Dienstag, gewählt worden, aber in einer solchen Weise, daß damit die Crisis gegeben ist. Unter den 15 Mitgliedern sind nur 2 Preußen, und das ist Venedey und Simon, sonst lauter Oesterreicher oder entschiedene Linke und entschiedene Gegner der Preußischen Kaiserkrone. Das Gagernsche Programm ist damit gerichtet. Die Sache ist in den einzelnen Abtheilungen mit solcher Entschiedenheit behandelt worden, daß auf eine Wirkung etwaiger Gagernscher oder sonstiger Reden gar nicht zu rechnen ist. Der Ausschuß hat sich gleich constituirt und vorläufig beschlossen, mit seinem Gutachten bis nach Neujahr zu warten. Das ist der Stand der Dinge; was nun werden wird, wenn das Ministerium zurücktritt, mag Gott wissen. Gagern hat jedenfalls albern gehandelt: ein so kühnes Spiel spielt man nicht in dem Stadio, worin wir jetzt stehen. Er ist, wie ich nicht zweifle, inducirt worden; seine Autorität, sein Ansehen sollte entscheiden; gelang der kühne Griff, dann war freilich ein gutes Stück der Kaiserkrone für Preußen gewonnen, — aber er wird mißlingen und wie dann? Gagern ist zu beklagen, denn an seinen Namen wird sich dann unverdientes Schlimme anknüpfen, all die Rancüne über den kühnen Griff vom 24. Juni, all der Haß der Linken, all die ungeheure Antipathie gegen Preußen, die doch größer ist, als selbst ich glaubte.

Im Verfassungs-Ausschuß stehen die Dinge noch ungefähr, wie ich in meinem letzten Briefe meldete. Wie ich vermuthete, hat man die am Freitag

[1]) Advokat, von Würzburg.

gefaßten Beschlüsse in einer Sonnabends gehaltenen, ebenso langen als erbitterten Verhandlung wieder aufgehoben. Montag kam es dann zu neuen Beschlüssen, die aber noch negativer ausfielen als die früheren, was wohl von der Preußischen Parthei mit beabsichtigt wurde. Es wurden nämlich alle Vorschläge, alle Systeme, abgelehnt, und zwar alle mit großer Majorität. Wir berathen nun nach den Vorschlägen der Sub-Comission an den Befugnissen und Attributen des Oberhauptes weiter, wie dasselbe aber entstehen und wer es sein soll, ist und bleibt vorläufig unentschieden. Ist denn keine Hoffnung, daß die Regierungen, die sich doch jetzt recolligirt und verständigt haben werden, wenigstens dieses Capitel octroyiren? — Die Deutsche Zeitung erzählt wieder große Lügengeschichten von Hannoverschen Sondergelüsten; die Hannoversche Zeitung könnte hier wohl einmal entgegentreten.

Die Theilbarkeit des Grundeigenthums ist leider wieder angenommen worden. Daß von den Hannoveranern Wedekind, Brons und Breusing dafür stimmten, will ich wenigstens als eine Merkwürdigkeit berichten. Diese unglücklichen Grundrechte werden in diesen Tagen fertig werden und Elend genug veranlassen.

Für Ihren Brief vom 14. [rect. 13.] bin ich Ihnen noch herzlichen Dank schuldig. Die Notizen über Berlin und was man dort wegen der Wahlen beabsichtige, kamen mir nicht ganz unerwartet. Ich wußte, daß Kisker[1]) sich den Entwurf des Reichswahlgesetzes hatte kommen lassen, um die „Selbstständigkeit“ zu interpretiren. Und dergl. mehr. Besonders dankbar bin ich Ihnen für die Bemerkungen über den Reichsrath, die bestens benutzt werden sollen.

An die Wahlen bei Ihnen denke ich mit großer Sorge. Je weniger Gescheutes hier gemacht wird, desto mehr muß man daheim zu retten suchen, was zu retten ist.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 80. Hannover, 23. December.

Herzlichen Dank sage ich Ihnen für Ihre Briefe vom 17. [rect. 15.] und [20.]. Sie haben mir in der trübseligen Zerfallenheit der dortigen Zustände, in die mich zuerst der Bericht über die Präsidentenwahl einen Blick werfen ließ, Licht gegeben. Wahrlich, ich hätte nicht gedacht, daß so schnell dies thörichte Streben nach blos constitutioneller Einheitsform sich richten werde, hatte am wenigsten gedacht, daß schon in der Versammlung selbst das der Fall seyn würde. Wie sehr zeigt es sich nun, daß die

[1]) Im Ministerium von Pfuel Vorstand des Justizministeriums.

dortigen Clubs rein persönliche, auf gar keiner tieferen Basis ruhende Cliquen sind, und daß mit solchen Cliquen nichts zu machen ist, daß sie beim ersten Stoß auseinander fallen. Und in diesem Momente rückt man mit den albernen Grundrechten los, zu denen mir Merkel eben den Commentar giebt, daß sie der Schwachherzigkeit der süddeutschen Liberalen, die selbst nicht Mannes genug sind, ihren 1. Cammern etwas abzuringen, nachhelfen sollen. — Was kann man jetzt davon erwarten? Was von der unsinnigen Drohung, daß die Staaten, die nicht in 6 Monaten damit fertig sind, verdammt seyn sollen, constituirende Versammlungen zu berufen! Jetzt! — —

Ich schreibe aber blos, um Ihnen folgendes mitzutheilen. Vorhin war ein Landsmann von mir aus dem Preuß. Auswärtigen[1]) bei mir, durchaus zuverlässig, von dem habe ich folgendes. Man will in Preußen entschieden das Kaiserthum nicht. Man weiß, daß es das Kleid der Dejanira ist, daß es nur Wahrheit hat in der Zerstückelung Preußens ad modum der Deutschen Zeitung. Der König insbesondere will gar nicht. Er hat eine romantische Liebe für ein Östreichisches Kaiserthum. Graf Brühl, der nach Olmütz gesandt war, ist ohne Resultat zurückgekommen, nicht ablehnend, aber auch nichts bestimmtes. Man scheint dort erst Ungarn beseitigen zu wollen und wird dann vielleicht zu weit rückwärts gehen. Die jetzige Lage in Frankfurt ist in Berlin schon zur Erwägung gekommen und die Frage discutirt: Ob man die Versammlung sich selbst überlassen oder von Seiten der Regierungen die Sache in die Hand nehmen wolle. Entschluß ist noch nicht gefaßt; man scheint aber zur letzten Alternative zu neigen, wird aber auch dort erst mit Östreich, dann mit den übrigen sich zu einigen suchen; wenigstens über eine Form zum Mitreden, und zwar in solcher Weise, daß die Versammlung möglichst bei Ehren bleibe. Aber entschieden wird man das Princip der Vereinbarung aufrecht halten, von dem freilich keine Regierung abgehen kann, und Baiern, Sachsen jetzt weniger abweichen wird, als je.

Was die dänische Sache angeht, so referirte er aus einer Depesche Palmerstons[2]) an Ld. Cowley, die Ld. Westmoreland[3]) ihm vorgelesen: „die früheren 2 Propositionen halte man auch in England nicht mehr für zulässig. Die Theilung nämlich wolle in Schleswig keiner und die Verbindung mit Holstein ohne Eintritt in den Bund sey unausführbar — — wegen § 2 und 3. Also bleibe nichts übrig, als die Unabhängigkeits-Erklärung von Schleswig, wie Dännemark sie offerire“ — das sey jetzt Palmerstons Meinung, der entschieden den Krieg vermeiden wolle, und deßhalb

[1]) Abeken.

[2]) Wegen des Palmerstonschen Programms vom 12. Dezember, vgl. v. Sybel. I. S. 375. — [3]) Gesandter in Berlin.

nun Dännemark nachgebe, weil dieses den Krieg nicht zu scheuen erklärt (das sagt auch Banks). — Aber diese abscheulichen, sinnlosen, aller Geschichte und allen Verhältnissen Deutschlands zum Norden, Holland, Belgien, Östreich widersprechenden § 2. 3!!

Sehen denn die unseligen Professoren noch nicht ein, daß sie etwas rein Unsinniges thaten, indem sie auf einen Plan eigensinnig losarbeiteten, den sie nimmermehr durchführen konnten, sondern nur die äußersten Linken, der, wenn sie ihn durchführten, sie selbst sofort der äußersten Linken in die Klauen lieferte? Diese Girondisten!

Doch genug, damit der Brief zur Post kommt. Leben Sie von Herzen wohl und feiern Sie so viel möglich ein frohes Fest. Mich drücken Ihre Sachen.

Ihr

JCBS.

Sollte [man] nicht die in Verwesung übergegangene Leiche des B. T. mit den Nägeln aus der Erde graben? — Der unvermeidliche Hoyns hat gestern einen Volksverein in der Gartengemeinde bilden wollen, natürlich ipse praeses! Ist aber ganz schlimm durchgefallen. Diese Leute wühlen zu früh für die Wahlen.

Nr. 81. Frankfurt, 24. December.

Obgleich ich Ihnen, theurer Freund, faktisch Neues eben nicht zu melden habe, will ich doch die freie Stunde zu einigen Notizen benutzen. — Über Schmerlings Reise nach Kremsier herrscht ein eigenes Dunkel; daß er im Auftrage des Ministeriums die Reise mache, wird offiziell in Abrede genommen. Als er von mir Abschied nahm, war ich leider nicht allein; indeß ist mir doch soviel verständlich geworden, daß er im Interesse Gagerns und für diesen die Reise mache, um vom Oestreichischen Cabinet eine Duplik auf das Gagernsche Programm zu extrahiren. Fällt diese im Sinne des Gagernschen Programms aus, so hat Niemand mehr das Recht, gegen dieses Programm Einwendungen zu machen; fällt diese Erwiederung gegen jenes Programm Gagerns und dessen Interpretation des Programms von Kremsier vom 27. Nov. aus, hat Gagern also jenes Programm von Kremsier unrichtig aufgefaßt, so kann er auf eine solche authentische Interpretation hin von seinem Programm abgehen. Bis zum 3. Januar soll Schmerling zurückkommen, und dann fangen erst die Sitzungen wieder an. Bemerken Sie den Ton der Deutschen Zeitung; unmittelbar nach der halb verunglückten Präsidenten-Wahl pp. wurde auf Schmerling geschimpft, wie auf den ärgsten Schurken, hinterher lenkt sie wieder ein. Der laue Oesterreichische Ausschuß giebt wenig Hoffnung, obgleich Gagern selbst sich mit

ihm in Verbindung gesetzt, und sonst alles Mögliche versucht wird, die Leute zu einem bequemen Gutachten zu veranlassen; der Antrag, über das Programm zur einfachen Tages-Ordnung überzugehen, ist nur mit Einer Stimme abgelehnt worden. Gagern war in den letzten Wochen so ausschließlich von den tollsten Unitariern umgeben, daß er die jetzige Wendung gar nicht begreifen kann. Als Schmerling vor 14 Tagen beschlossen hatte, einen im Wesentlichen gleichlautenden Antrag [1]) auf Ermächtigung zu Unterhandlungen mit Oesterreich einzubringen und dieserhalb die verschiedenen Fraktionen beschickte, erklärte man sich überall (d. h. in den Fraktionen der Majorität, die etwa 277 Stimmen zählt) einverstanden. Schmerling sollte um diese Ermächtigung nachsuchen; wenn sie ertheilt worden, Gagern eintreten, um die Verhandlungen zu führen. Wie gesagt, die Sache fand nirgend Widerspruch. Das machte die unitarische Parthei blind und dumm; nun brauchten sie nur zuzugreifen, meinten sie. Daher Beselers Antrag im Casino auf Schmerlings Austritt: Gagern, der beste Mann, den man habe, könne durch Schmerlings Impopularität nicht kompromittirt werden; die Majorität sei zweifelhaft, wenn Schmerling bleibe, unzweifelhaft und sehr groß, wenn er austrete. Die Minister, der eigenen und eigentlichen Ministerialparthei ungewiß (die sich bei diesem Anlaß denn gespalten), baten Schmerling, auszutreten, was dieser that, mit ihm Würth und Andrian [2]), welcher letztere zufällig seit 14 Tagen hier war. Gagern übernimmt das Auswärtige, das Innere bleibt offen, damals ohne Zweifel für Beseler bestimmt. Nun tritt die Wendung ein: statt der ungewöhnlich großen Majorität eine Zersetzung der bisherigen sichern, und bei der Wahl zum Ausschuß eine Niederlage, wie sie noch nicht vorgekommen. Natürlich; denn in Schmerlings Händen wäre die Oesterreichische Frage eben nur die Oesterreichische gewesen, in Gagerns Händen, und nachdem man die Oesterreicher aus dem Ministerio herausgedrückt, involvirte sie die Frage vom Reichs-Oberhaupte. Daher wandte sich Alles, was nicht den Erbkaiser will, in dieser Sache gegen Gagern, und Mancher, der ihm sein Programm nicht weiter bestreiten mochte, stimmte bei den Wahlen zum Ausschuß, die ja obendrein geheim vorgenommen wurden, gegen ihn. Statt das zu begreifen, was so einfach und natürlich war, schreit die unitarische Parthei über Coalition und Verrath. Ich kann Sie versichern, daß an eine derartige Coalition nicht im Entferntesten zu denken ist, sofern irgend eine Abrede darunter zu verstehen ist; man hatte eben die Oesterreicher pp. mit Gewalt in die Opposition getrieben. — Neben diesen Dingen laufen die

---

[1]) Den Wortlaut s. bei Jürgens. I. S. 397.

[2]) Freiherr v. Andrian, Vertreter der Centralgewalt in London.

Verhandlungen im Ausschuß über die Oberhauptsfrage her; Sie können sich also die Stimmungen und Verstimmungen denken.

Was die Oberhauptsfrage betrifft, so möchte ich von Herzen gern, daß endlich einmal die Regierungen in irgend einer Weise sich aussprächen; dieses stille Kämpfen hier ist auf die Länge nicht durchzuführen; die unitarische Parthei, so schwach sie auch an Zahl ist, hat natürlich bei der Bestimmtheit ihres Zweckes, bei der Zustimmung der Preußen u. dergl. m. große Vortheile voraus, die sie bedeutender erscheinen lassen, als sie ist. Aber wie gesagt, es ist von Herzen zu wünschen, daß die Regierungen sich einmal aussprechen; die Gemüther sind hier furchtbar erbittert, und kommt die Sache in der Paulskirche zur Verhandlung, so ist zu riskiren, daß die Partheien mit dem Messer an einander gerathen.

Ihr Protest gegen die abgesonderte Publikation der Grundrechte hat hier alle Vernünftigen hoch erfreut; die unitarische Parthei wird denselben aber ohne Zweifel stark für ihre Zwecke ausbeuten. Aus diesem Grunde würde es, meine ich, zweckmäßig sein, dem ganzen Sachverhältniß Ihrerseits die möglichste Publicität zu geben, und Ihre Erklärung vom 17.[1]) in der Hannoverschen Zeitung abdrucken zu lassen, etwa mit den vielleicht noch nöthigen Aufklärungen und Erläuterungen, wohin ich namentlich auch Nachweise darüber zähle, daß alles irgend Gute und Zweckmäßige, was die Grundrechte enthalten, in unserm Lande bereits verfassungsmäßig feststehe, daß aber das Andere, was unsere Verfassung nicht enthalte, nur schädlich sei. Sie begegnen damit auch allen Wühlereien, zu denen die Grundrechte vielleicht benutzt werden. In der N.-V. selbst wird die Sache, denke ich, diesmal sehr leicht vorübergehen: das Protokoll über die gestrige Sitzung des Minist. und der Bevollmächtigten[2]) wird, wie ich nicht zweifle, vom Ministerio als ein Gelungenes veröffentlicht werden; dann wird ein Antrag in der N.-V. erfolgen, Verweisung an den s. g. Biedermannschen Ausschuß — keinesfalls ein extremer Beschluß. — Ist der Hannoversche Protest der unitarischen Parthei vielleicht erwünscht und zu ihren Zwecken brauchbar, so ist dafür die Wendung der Dinge in München ihr desto fataler.

---

[1]) Der Erlaß an den hann. Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, worin im Hinblick auf die Grundrechte der dringende Wunsch ausgesprochen wurde, daß nicht mit theilweiser Publikation der Beschlüsse über das Verfassungswerk vorgeschritten werden möge, findet sich abgedruckt in der Hann. Zeitung vom 5. Jan. 1849.

Ebendaselbst der Erlaß an denselben vom 4. November, worin die Voraussetzungen für die Rechtskraft der Reichsgesetze im Königreich Hannover erörtert wurden. Vgl. auch Roth u. Merck, II., S. 49.

[2]) Die Konferenz, welche Gagern am 23. mit den Bevollmächtigten der Regierungen abhielt, bezog sich auf die am 21. von der Versammlung beschlossene Separatverkündigung der Grundrechte.

Lerchenfeld [1]), ein radikaler Phantast (der im Ernst den Vorschlag gemacht, alle Beamten müßten vom Volke gewählt werden) war dem König längst und von jeher zuwider; derselbe hat aber nicht früher gewagt, sich desselben zu entledigen; höchstens in München selbst könnte es darüber zu einigem, aber gewiß nicht nachhaltigen Spektakel kommen. — Gut, daß dort die Eröffnung der Cammern dicht vor der Thür ist.

Sie bekommen ja die verrückte Bremer Zeitung nach Hannover? Wenn sie nur den wahnsinnigen Ton der letzten Monate beibehält, so wird sie bei den Wahlen weiter nicht schaden, im Übrigen den Nutzen haben, daß sie die Morgenzeitung und dergl. Blätter mehr ruinirt und etwa nach Jahresfrist selbst sterben wird. Sie hatte in den letzten Monaten in Bremen selbst und namentlich in Oldenburg alles Terrain verloren, daher die Uebersiedelung.

Schließlich noch eine Bitte, und zwar an den Minister des Innern. Hier ist eine Versicherungs-Gesellschaft, der Phönix, die für unser Königreich concessionirt zu werden wünscht. Ich habe für die Feiertage die Anfertigung des Gesuches pp. und Betreibung der Sachen übernommen, und zwar für einen Bekannten, dem ich Verpflichtungen schulde und dem ich daher gern gefällig wäre. Hätten Sie nun wohl für einen Freund soviel Nepotismus, daß, wenn die Sache sich sonst empfiehlt (worüber das Gesuch und die Anlagen demnächst das Nähere ergeben werden), Sie günstig resolviren würden? Versteht sich, daß ich um nichts nachsuchen werde, als was Sie sonst auch bewilligen können.

Mit meinen Wünschen für's Fest komme ich zu spät, daher nur herzlichste Wünsche für den Jahreswechsel, der mir diesmal willkommener als je.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 82. Frankfurt, 29. Dezember.

Ich habe Bothmern, der bereits bei Ihnen eingetroffen sein wird, versprochen, jeden Tag Nachricht von hier zu geben; das ist der Grund, weshalb ich schreibe. Zu berichten ist sonst wenig. Im Verf.-Ausschuß steht es schlimmer als je; ich bin gestern Abend und heute Morgen aus der Sitzung weggelaufen, weil ich den Ausbruch von Thätlichkeiten vermuthete. Die Professoren-Parthei hat, während die Meisten verreist sind, all ihre Leute hier behalten oder (wie Max Gagern, Hergenhahn, Deiters pp.)

[1]) Freiherr von Lerchenfeld, bayerischer Minister des Innern, ausgeschieden am 20. December.

auf gestern Abend aus der Heimath, wohin sie zum Fest gereist waren, hercitirt. Da wollte man denn eine Majorität erzwingen, da man 10 gegen 9 Stimmen hatte. Gestern Abend mißlangs gänzlich, weil ich und mehrere andere davonliefen und man sich nun schämte; heute früh hat man wenigstens durchgesetzt, daß in den Entwurf kommt: Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem regierenden deutschen Fürsten übertragen. Wie gestern Abend Welcker mit Dahlmann und Beseler, so kamen heute Morgen Wigand [1]) mit Soiron pp. so furchtbar heftig an einander, daß ich's verlief, denn auf Prügeleien, die ich erwarten durfte und mußte, bin ich nicht eingerichtet. Das ist Alles, was ich zu melden habe, des Schreibens und Lesens gar nicht werth.

Für Ihren Brief vom 23. herzlichsten Dank; die Nachrichten trösten und halten aufrecht. Gebe nur Gott, daß bald etwas von Berlin oder Wien aus laut werde; denn sonst geht's hier schlimm. In München ist ein solches Schwanken und dazu ein solcher Mangel an brauchbaren Menschen, daß von dorther wenig Gescheidtes zu erwarten ist. Über die Kaiserfrage bemerke ich noch folgendes. Der Erbkaiser wird in der Nat.-Vers. die Majorität schwerlich erlangen; ebenso wenig aber auch irgend welche andere Form des Oberhauptes. Die Gefahr liegt aber darin: jene Frage wird eine so furchtbare Spaltung in der Versammlung, so heftige Kämpfe herbeiführen; daß an ein späteres Wirken dieser Versammlung gar nicht zu denken ist. Will man also von dieser Versammlung wirklich irgend Früchte ernten (und das wird der öffentlichen Meinung und selbst dem Auslande gegenüber doch wohl nöthig sein), soll die Versammlung irgend die Verfassung Deutschlands machen, dann muß man ihr jene Frage vom Oberhaupt aus der Hand nehmen. Dieses Moment kann ich gar nicht stark genug betonen; es ist nicht bloß meine, sondern (namentlich seit den letzten Tagen) auch mehrerer Anderer entschiedene Ansicht.

Gestern hatte ich von Buddenberg Brief, der im Ganzen sehr erfreulich lautete und für die Wahlen namentlich der Provinz die besten Hoffnungen gab. Ich glaube, es ist von größter Wichtigkeit, tüchtige Geschäftsleute in beide Cammern zu bringen; dann nimmt man der demokratischen Parthei, falls dieser gelingt, sich einzudrängen, die Leitung der Sache von selbst aus der Hand.

Mit den allerherzlichsten Wünschen zum Jahreswechsel

Der Ihrige

D.

---

[1]) Professor, von Dresden.

Nr. 83. Frankfurt, 1. Januar 1849.

Ich fange das neue Jahr 49, in welchem wir Manches werden ausfressen müssen, was wir oder Andere im Jahre 48 eingebrockt haben, mit einem Briefe an Sie, bester Freund, an; — hauptsächlich um meiner Bothmern gegebenen Zusage willen, denn eigentlich Neues habe ich nicht zu melden. Man schürt hier durch alle und jede, zum Theil unglaubliche, zum Theil kindische Mittel an dem Enthusiasmus für den Erbkaiser. Man hat denn auch hier in Frankfurt eine Atmosphäre in dieser Hinsicht zu erzeugen gewußt, die in manchem Schaafe, deren hier so viele in der N.-V. sind, die nöthige Drehkrankheit schon zur Folge haben wird. Ich glaube sogar, daß von unsern Hannoverschen Hämmeln mehrere daran leiden. Wenigstens höre ich das von anderer Seite als Einwand gegen meine Ansichten, und macht das natürlich meine Stellung, in der ich nun gegen all meine Freunde (Gagern, Vincke, Schwerin u. s. w. u. s. w.) Front machen muß, um soviel widerwärtiger. Die Rotenburger Adresse für den Erbkaiser ist auch wohl von hieraus, von Freudentheil oder Plaß, veranlaßt. Noch schlimmer siehts vielleicht bei den Hannoveranern aus, die zum Landsberg halten, denn dies ist im Ganzen die allerunwürdigste unzurechnungsfähigste Fraktion. Vielleicht könnte Merkel auf diese Leute einmal wirken. Von Bothmer werden Sie gehört haben, wie wir hofften, den Regierungsrath Lodemann[1]) zum Einfluß auf Jene brauchen zu können und wie Bothmer zu seinem Schrecken hören muß, daß auch der schon erbkaiserlich gesinnt. Irgend eine Meinungs-Äußerung im Lande selbst würde vielleicht, zumal in jetziger Zeit, wo hier die Sache bald zu Ende, von Nutzen sein; freilich ist dabei so leicht Ungeschicklichkeit zu besorgen, daß man vielleicht froh sein muß, wenn nur Nichts geschieht. — In Berlin scheint man doch kein ganz ehrliches Spiel in dieser Beziehung zu spielen, sonst würde ich mir die Stellung der besseren Preußen (Vincke, Schwerin pp.) nicht erklären können. Vincke ist in den Weihnachtstagen in aller Stille in Berlin gewesen, ich glaube eher auf Anlaß Gagerns und wegen der Oberhauptsfrage, als zur Bildung eines neuen Ministerii. Denn — was letzteres betrifft — da Vincke der Oktroyirung entgegen war, wird er doch dieselbe nicht vor der Cammer vertreten. Daß er später, wenn die formalen Fragen erledigt, ein Ministerium bilden wird, ist wohl außer Zweifel. — In München noch immer die alte Ungewißheit. Hinsichtlich Lerchenfeld muß ich aber, was ich Ihnen in einem frühern Briefe gemeldet, rectificiren. L. war dem Könige als Verkörperung der Märzerrungenschaften, wohl auch wegen seines barschen Wesens von Anfang an fatal; er hat geglaubt, ihn jetzt abstreifen

[1]) von Lüneburg.

zu können, nachdem L., der wenig façons macht, ihm schon früher oft das Portefeuille quasi vor die Füße geworfen. L. ist sonst ein sehr vernünftiger, sehr gemäßigter Mann, der die Dinge beim rechten Ende anzufassen weiß und namentlich das selfgovernment der Gemeinden im Auge hatte. Lächerlich ist nun, wenn die Deutsche Zeitung u. dergl. in seinem Abgange eine schlimme Wendung für die Deutsche Frage erblicken; eben in dieser Frage hätte jenen Kaiser-Ideen Niemand entschiedener entgegengestanden als Lerchenfeld. Ich habe das zum Theil aus Briefen an einen vertrauten Freund. Der König hat also eine große Dummheit begangen, als er L. entließ, und mag das wohl schon jetzt bereuen, da sich zeigt, daß es ganz am Zeug zu einem Nachfolger gebricht. Überhaupt muß der König eine so traurige Person sein, daß uns von der Seite sicherlich noch viel Unheil bevorsteht. — In Würtemberg wird man nun tüchtig wühlen; die Erbkaiserlichen sehen das natürlich mit Freuden; sie hoffen, der König von W. werde vor allen Dingen nach einer starken Hand trachten, die ihn von der Wühlerei errette, und dazu sei eben keine geschickter, als die des Erbkaisers. Ähnliches hofft man vom Königreich Sachsen und dessen bevorstehendem Landtage; dort soll mehr der Minister v. d. Pfordten als der König selbst der Erbkaiser-Idee entgegen sein. Auch für Hannover hofft man von dem bevorstehenden Landtage solche Verwickelungen, daß die Regierung, um nur die Existenz gegen die Wühler zu behaupten, sich eine durch den Erbkaiser geminderte und verkümmerte werde gefallen lassen. Wie in Betreff Bayerns auf Franken und Schwaben, hofft man hinsichtlich Hannovers auf die Altpreußischen Sympathien in Ostfriesland — auch auf geringe Anhänglichkeit an die Dynastie in Osnabrück, Hildesheim pp. Ich theile Ihnen dies mit, weil ich zufällig in die jenseitigen Karten gesehen habe, und es doch vielleicht gut ist, wenn Sie diese Rechnungen kennen, obgleich Sie sich dieselben auch ohnehin wohl denken können.

In der Oesterreichischen Frage ist noch Alles dunkel und trübe. Im Ausschuß ist zwar die Majorität entschieden gegen das Programm, aber über die einfache Verneinung ist man bis jetzt nicht hinausgekommen; man hofft auch noch von Schmerlings Rückkehr entscheidendere Bestimmung. Die Oberhauptsfrage wird man Seitens der Unitarier nun sehr bald an die N.-V. bringen; mir graut davor, wie ich überhaupt nach einer Lösung und Erlösung seufze. Die Frage ist, wenn man nur ein Mittel findet, die Oesterreichische Frage zu erledigen oder zu beseitigen, bis Mitte Januar entschieden.

Ich habe Ihnen neulich schon wegen eines Gesuches geschrieben, das ich für eine hiesige Assecuranz-Gesellschaft an Sie gebracht habe. Dasselbe ist vor einigen Tagen übergeben und ich möchte Sie, wenn es sich mit den

dortigen Grundsätzen verträgt, dringend bitten, dem Gesuche zu entsprechen. Ich bitte darum, weil ich hauptsächlich von Seiten Breuers, der alle Mittel und Wege dort kennt und keinen scheut, Intriguen gegen die Gewährung besorge.

Wie stets der Ihrige

Detm.

Nr. 84. Frankfurt, 1. Januar.

Meinem Schreiben von heute Morgen füge ich noch folgendes hinzu. Mittags erhielt ich von den andern Hannoveranern eine Einladung zur Berathung von Maßregeln wegen Ihrer Weigerung, die Grundrechte zu publiciren. So widrig mir das in alle Wege war, ging ich doch hin, um wenigstens Kenntniß zu erhalten, was für Dummheiten präparirt werden. Da nun Bothmer fort ist und Hugo nicht erschienen war, stand ich mit meiner Ansicht einer Masse Albernheiten allein gegenüber und wurde natürlich in Allem überstimmt. Es wird also zunächst erfolgen: 1) eine Interpellation an das Reichs-Ministerium: ob die Hannoversche Regierung sich in jener Weise geweigert und was das Ministerium zu thun gedenke? — Sodann aber — und das ist das Böseste — soll commissarisch die Frage einer Ansprache an das Hannoversche Volk in Beziehung auf die bevorstehenden Wahlen geprüft werden. Ich wies nach, daß eben eine Einwirkung auf die Wahlen, damit die Stände-Versammlung aus deutschgesinnten Männern componirt werde, im Widerspruch stehe mit dem Grundsatze, daß keine Vereinbarung nöthig, daß man damit nur im eigenen Fleisch wüthe, weil man mit jeder solchen Ansprache den Demokraten in die Hände arbeite und weil, je demokratischer die Wahlen ausfielen, um so partikularistischer die St.-V. sich gebahren werde. Alles vergebens. Lüntzel, der sich (mit Wachsmuth, Freudentheil, Groß[1]), Wedekind) am feindseligsten aussprach, und von [dem] die Idee der Ansprache herrührt, soll sich Zwei wählen, mit denen er die Frage der Ansprache: ob und wie? begutachten soll. Die erste Frage wird natürlich bejaht und die Ansprache selbst in jedem Falle schädlich sein. Die Interpellation wird wohl erst am 4. oder 5. erfolgen. Sie haben jedenfalls Zeit, sich in aller Weise die Sache zu überlegen: ich erinnere noch einmal an meinen frühern Vorschlag, daß Sie in der Hannoverschen Zeitung mit der Sache offen hervortreten und die materiellen und formalen Bedenken darlegen, zugleich auch zeigen, wie wenig Nutz die Grundrechte für uns sind — was Freudentheil, Ahrens[2]) pp. auf das entschiedenste leugneten, in den Grundrechten vielmehr das Heil der Welt

---

[1]) Amtsassessor von Leer. — [2]) Director des Lyceums in Hannover.

erkennend. Komisch wars, daß Freudentheil u. a. die Gültigkeit der Reichsgesetze doch nur aus der Erbschaft des Bundestages deduciren konnte.

Daß Vincke nicht nach Berlin, sondern nur nach der Wartburg war, in Privathändeln, werden Sie wissen; Schmerling kommt heut Abend zurück.

Der Ihrige

D.

Nr. 85. Frankfurt, 3. Januar.

Ich melde Ihnen, theurer Freund, heute, daß der Oesterreichische Bevollmächtigte Menßhengen dem R.-Ministerio gestern eine Notiz [1]) übergeben hat, worin das Oesterreichische Cabinet gegen die in dem Gagernschen Programm enthaltene Interpretation des Programms von Kremsier vom 27. Nov. protestirt. Gagern soll aber trotzdem entschlossen sein, an seinem Programm festzuhalten und jede Modification desselben zurückzuweisen. — Daneben wird mir aus bester Quelle erzählt, daß der Reichsverweser die Absicht habe, seinerseits Gagern zu entlassen, da ihm dessen Politik nicht convenire. Ich würde das für ein Märchen halten, wenn's mir nicht, wie gesagt, aus bester Quelle gemeldet würde. So muß ich glauben, daß, wenn diese Absicht ausgeführt würde, Gagern selbst diesen Plan an die Hand gegeben hat, um nicht durch die Nat.-Vers. zu fallen. Auf diese Weise würde der Fehler, den seine Freunde durch Herausdrückung Schmerlings und Exponirung Gagerns gemacht haben, einigermaßen wieder gut gemacht. Wie tief Gagern diesen Fehler seiner Freunde selbst beklagt, hat er mir noch vor einigen Tagen mit tiefer Klage erklärt. Vermuthlich würde, wenn es zu einer solchen Entlassung Gagerns käme, Welcker vorläufig an seine Stelle treten; von der wahnsinnigen Idee, Reventlow-Preetz [2]) zum Minister des Innern zu machen, die vor einigen Wochen spukte (eine Demonstration gegen Dänemark und Combination der Schleswigschen Professoren) ist man zurückgekommen. Schmerling ist seit gestern Abend zurückgekommen, ich habe ihn aber noch nicht gesprochen und weiß auch sonst nicht, was er mitgebracht hat.

Wollen die Regierungen auf etwas Praktisches hinaus, so müssen sie die Sache bei einem provisorischen Staatenhaus anfassen, das etwa aus der Hälfte der Mitglieder bestände, die die R.-V. beschlossen hat, und etwa bloß die von der Regierung zu ernennende Hälfte enthielte — eine Art Haus oder Congreß von Regierungs-Bevollmächtigten.

Von unsern Landsleuten und deren Plänen — Interpellation und Ansprache an die Hannoveraner wegen der Wahlen — hab ich noch nichts

---

[1]) Erlaß Schwarzenbergs vom 28. Dezember. Roth u. Merck, II. S. 77.

[2]) Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein.

weiter gehört. Ist die Ansprache nicht gar zu albern, so unterzeichne ich sie mit, was vielleicht das beste Mittel sein würde, den demokratischen Vereinen die in einer solchen Ansprache liegende Waffe aus der Hand zu winden, da ich höre, daß mein Name sehr schlechten Klang hat. — Die Oesterreichische Frage wird wohl am Sonnabend zur Verhandlung kommen. Die beurlaubten Oesterreichischen Deputirten kehren sämmtlich zurück, die meisten sind schon da.

Der Ihrige

Det.

Nr. 86. Hannover, 4. Januar 1849.

Ihre Briefe vom 20., 24., 29., 1. — ich weiß nicht, wann ich zuletzt geantwortet, habe ich erhalten, und die letzteren Bothmer mitgetheilt; auch ist daraus und aus einem Briefe des alten Smidt über Camphausens zweideutige Haltung nach Berlin die nöthige Mittheilung gemacht. Ich glaube eher, daß diese Symptome, die Sie dort betrachten, in der eigenthümlichen Frankfurter als in der Berliner Athmosphäre wurzeln. Ueber das Resultat Ihrer Kommission haben uns die Zeitungen auch belehrt. Es ist lächerlich und fehlt nur Ein Satz darin, nämlich, daß jeder Fürst bei Strafe der Wühlerei verbunden ist, die Kaiserwahl anzunehmen. Denn wer es thut, ist der bekannte Hund mit dem Knochen im Wasser. — Soviel ist klar, und ich sollte denken, auch für die dortigen Schwindelköpfe begreiflich, daß ein vernünftiger Beschluß in dieser Sache nicht eher gefaßt werden kann, als nach Erledigung der Östreichischen Sache, obwohl die dortigen Faselhänse meinen, so lange dürfe man gar nicht warten. Aber in welchen Händen da die Schicksale Deutschlands liegen, davon hat mir vor Kurzem Siemens ein schauderhaftes Exempel geliefert, als ich ihn zufällig bei Lehzen traf.

Wippermann[1]) schrieb mir kürzlich um unsere Ansicht. Ich habe erwiedert, die mittleren Staaten könnten nur warten. Uebrigens sey meine Privatmeinung, die § 2 und 3 müßten als unsinnig weg. Damit falle die Verdrängung Östreichs und mit dieser der Erbkaiser. — Wahlkaiser sey das schlechteste von allem, zumal ad dies vitae. Nun sey mir Präsident oder Directorium gänzlich gleich. Man solle nur thun, was weder Östreich, Preußen noch Baiern feindselig mache; die kleineren Staaten hätten am Reichsrathe, dem verjüngten Bundestage, genug. Die Einheit müsse in der Volksvertretung und im Reichsgericht wurzeln. In der Volksvertretung aber werde nach meiner Ansicht das Staatenhaus sehr bald das unbedingte Uebergewicht behaupten. Das ist auch brevibus mein Glaubensbekenntniß.

[1]) Seit September Vorstand des hessischen Finanzministeriums.

Wegen der Grundrechte fragte er auch; sie hofften dort die Adelsvertretung dadurch los zu werden. Ich habe erwiedert, alles practische hätten wir und wären die Adelsvertretung schon seit Juli los; uns bringe die Geschichte nichts als einige schlechte und schlecht ausgedrückte Theorieen. Ein Corollarium unserer jetzigen Legislation den Grundrechten gegenüber enthält die gestrige Hann. Zeitung.[1])

Hier ist von den Grundrechten gar wenig die Rede. Die Bauern hassen die Theilbarkeit und schätzen es sehr, daß die Regierung sich dagegen gestemmt hat. Die Schullehrer fürchten durch die Unentgeltlichkeit von den Gemeinden abhängiger zu werden. Nur aus Ostfriesland ist eine dumme Volksvereinspetition deßhalb bei uns eingelaufen. Die democratischen Wahlplacate erwähnen Frankfurts mit keiner Silbe; und sind die Herren dort sehr schief gewickelt, wenn sie meinen, in der Wühlerei einen Halt zu finden. Januar ist nicht Juli. Die Wahlaussichten bessern sich nach allen Seiten ungemein, ja so sehr, daß ich fürchte, der ganze Character könne zu conservativ werden und unseren Sachen dann Gefahr von der anderen Seite drohen. Nun wäre mir die Rückkehr nach Osnabrück, Gott weiß es, von Herzen lieb und fast mein einziger Wunsch auf der Welt; aber es ist noch zu früh. Lassen Sie sich doch vom alten Lang die Grundzüge zu meinem Organisationsplan geben.

Vor den hiesigen erbkaiserlichen Gesinnungen fürchten Sie sich nur nicht. Das sind so läppische Volksvereinsfaseleien, die sehr bald zusammensinken werden. Traurige Folgen des gänzlichen Mangels aller wahren politischen Einsicht in Deutschland. Dieser Mangel kann Deutschland sehr theuer zu stehen kommen. Aber in Hannover liegt die Quelle der Uebel nicht. Man hat den Gedanken, mich hier zu wählen. Demonstrationis causa.

Noch eins zur Würdigung der Grundrechte. Neulich war Garssen hier mit einer Deputation aus seiner Gegend. Die erklärten: „sie verlangten die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts gar nicht. Sie wollten es bezahlen!"

Herr Duckwitz hat nun auch Klenze nach Frankfurt berufen; möchte er ihn behalten! Ich habe den Kerl bei der Gelegenheit zum erstenmal wieder gesprochen, mit welchem Ekel, kann ich nicht beschreiben. Leben Sie wohl. Vielleicht wird meine Correspondenz noch schlechter, denn unsere Arbeit wird sich nun sehr häufen; leider kommen uns die Stände zu früh. Möge das Jahr Ihnen Freude bringen.

Ihr

JCBS.

[1]) Hannoversche Zeitung vom 3. Januar. „Die Grundrechte, verglichen mit der Hannoverschen Gesetzgebung."

Von Braun soll ich dringend bitten, doch mit Thöl zu reden. Reyscher kann er dem König nicht wohl vorschlagen. Er würde ihn als den Verfasser des Tübinger Gutachtens[1]) nennen müssen. — Das ist zu bedauern; es gehört auch zu den Schwierigkeiten, die wir ohne unsere Schuld aus der Vorzeit überkommen haben.

Das Gesuch, von dem Sie schreiben, ist eingekommen und wird geprüft. Ich verlange 1. Sicherheit; 2. wegen des traurigen Zustandes des Versicherungswesens im Hildesheimischen, daß die Gesellschaft sich verpflichte, unter gewissen Bedingungen Versicherungen auf Verlangen der Regierung nicht abzulehnen. Diese Bedingung ist in allen neueren Fällen gemacht, und die Noth wird mich zwingen, auch hier daran festzuhalten.

Eben kommt Ihr zweiter Brief. Er macht mir keine Sorge, und ist schon das Nöthige vorgekehrt, damit wir jedenfalls die Ueberraschung vermeiden. Darum nur muthig.

Nr. 87. Frankfurt, 9. Januar.

Ich sage Ihnen, theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 4., dessen Mittheilung über die Wahlaussichten mir Ruhe und Muth gegeben haben; es war das ein Punkt, der mich seit Wochen und Monaten gequält hat; ich kann nun die hiesigen Dinge viel ruhiger und entschiedener angreifen. Meine würdigen Landsleute, 16 an der Zahl, haben nun die Lüntzelsche Ansprache[2]) unterschrieben und wird sie Ihnen wohl bald zukommen. Ich hatte mich gegen Einige derselben über den Mangel an Lebensart und gewöhnlichen Anstand beklagt, den ich darin finden müsse, daß die Ansprache, wie ich gehört, abgefaßt, berathen und unterschrieben sei, ohne daß ich irgend Kunde davon erhalten; da hat mir Lüntzel gestern Abend das unleserliche Concept derselben mit den Unterzeichnungen der 16 (den Schluß machte Piepmeyer[3])-Wachsmuth) zugeschickt, ich habe sie ungelesen zurückgeschickt, da ich Besuch hatte. Ich will hoffen, daß die Dummheit in keiner Art schade. Die Art der Menschen bei jener

[1]) Aus der Zeit des Verfassungskampfes 1839. Thöl, Professor in Rostock, welcher sich als Mitglied einer Kommission zum Entwurf eines Handelsgesetzbuchs in Frankfurt befand, wurde demnächst berufen.

[2]) Oppermann, II. S. 155. Es ist ein Wahlmanifest, worin im Gegensatz zu der Auffassung der hannoverschen Regierung das Vereinbarungsprincip verworfen, und für die Beschlüsse der Nationalversammlung Geltung aus eignem Recht in Anspruch genommen wird.

[3]) Vgl. die illustrirte Satire: Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur constituirenden National-Versammlung zu Frankfurt am Main. Von JHD. (Detmold, Verfasser des Textes) und AS. (Schroeter in Düsseldorf, von dem die Zeichnungen).

Berathung, wie bei der im Juli, hat mich empört: dieser komplete Mangel an Patriotismus, diese Hingebung an den Herrn des Tages. Wenn Morgen die Franzosen kämen, würden die Meisten unter ihnen sofort zu den Franzosen so gegen Deutschland stehen, wie jetzt gegen Hannover zu Deutschland. Anknüpfend an diese albernen Burschen bemerke ich, daß Grumbrecht, der zu Haus gewesen, allenthalben radotirt, im Königreich Hannover sei Alles erbkaiserlich gesinnt und der Strohkopf Tellkampf[1]) versichert ein Gleiches; sogar im Militair, mit Ausnahme etwa der Garde, sei [man] Preußisch gesinnt. Grumbrecht ist längst in den Händen der Unitarier pp., die ihm, glaub ich, auf eine Unterstaatssekretairstelle Hoffnung gegeben und ihn (und durch ihn die andern Hannoveraner) auch gegen Schmerling gebraucht haben. Und daran knüpfend melde ich Ihnen, daß jene Parthei der Erbkaiserlichen, da sie einzusehen scheinen, daß Bayern, Hannover und wohl auch andere Staaten sich durch die Furcht vor Wühlereien nicht in das Erbkaiserthum hineinjagen lassen, nun beschlossen hat, einen unschuldigen Schritt weiter zu gehen und da, wo sie keine Wühlerei findet, um sich darauf stützen zu können, eine solche hervorrufen wird. Wenn binnen Kurzem es wieder hie und da republikanische Erhebungen geben sollte, wissen Sie, wo Sie die Urheber zu suchen haben. Was ich Ihnen da mittheile, ist keine bloße Vermuthung, sondern auf ganz bestimmte Thatsachen gebaute Mittheilung. In Gagerns Erläuterungen zu seinem Programm, die er dem Oesterreichischen Ausschuß hat zugehen lassen[2]), finden Sie in der gesuchten Herbigkeit, mit welcher das Princip der Vereinbarung zurückgewiesen wird, schon die Cajolerie gegen die Linke. Die ganze Idee ist nur zu dumm; — da, wo dergleichen möglich, wie etwa in Baden, Nassau, Hessen, da ist es nicht nöthig, — da, wo es nöthig, wie in Bayern, Hannover pp., da ist es nicht möglich. Nur etwa in Franken ließe sich's ausführen, und darauf scheint man auch zu spekuliren, deshalb hab ich gleich Warnung nach München gegeben. Des Justizministers Mohl kühner Griff mit der Improvisation des Gesetzes über Spielbanken[3]), obgleich anscheinend dahin gehörig, resultirt doch nicht aus jener Intention, sondern ist nur eine Dummheit, die ganz allein ihm gehört. — Zu den Zeitungslügen gegen Hannover gehört ohne Zweifel auch die wegen der in London gegen den Erbkaiser übergebenen Bairisch-Hannoverschen Collektiv-Note: diese Lüge ist aber nicht hier erfunden, obgleich die Nachricht vom Reichsministerio ausgeht; sie ist von London hierher gemeldet, ich vermuthe Berliner Fabrikat. Wenn die Sache, wie ich nicht zweifle, wirklich ganz ungegründet, sollte doch

[1]) Professor in Breslau, mit verwandtschaftlichen Beziehungen in Hannover.

[2]) Schreiben vom 5. Januar. Roth u. Merck, II. S. 79.

[3]) Vgl. R. v. Mohl, Lebenserinnerungen, II. S. 96.

die Hannoversche Zeitung dieselbe einmal einfach als Lüge bezeichnen; etwa die Nachricht wiederholend und die Erklärung daneben oder als Anmerkung darunter.

Klenze's Hiersein wollte ein Freund für sehr gefährlich für die Hannoverschen Interessen erachten. Duckwitz ist zu der Berufung durch den Lübecker Senator Brehmer gebracht, der ganz und gar in Klenze's Händen ist. Consolidiren sich die Zustände des Deutschen Reichs, so geht Klenze im entscheidenden Augenblicke mit Sack und Pack über; um sich gute Reception und Stellung zu sichern, werde er, so meinte der Freund, vorher leicht bei dieser oder jener in die Hannoverschen Interessen tief einschneidenden Frage über Zolltarif, Flußzölle oder dergl. durch ein Achselzucken, Lächeln oder dergl. mehr verderben können, als unsere Commissarien jemals durch die angestrengteste Arbeit wieder gut zu machen im Stande seien. Ich will das wenigstens mitgetheilt haben.

Sie sagen mir, daß in der Folge wegen der Stände u. s. w. unsere Correspondenz sparsamer werden würde. Ich verstehe das vorläufig von Ihren Briefen; so sehr mich die erfreuen und belehren, so rechne ich auf die nicht und werde natürlich, so wie Ihre Arbeiten sich mehren, noch weniger darauf rechnen. Mit meinen Mittheilungen über das, von dem ich glaube, daß es für Sie Interesse habe, fahre ich, bis Sie's ausdrücklich abbestellen, fort.

Thöl hat sich Bedenkfrist erbeten: in den nächsten Tagen aber erhalte ich Bescheid, sagt er nein, so würde ich mir erlauben, Sie auf Phillips, den bekannten Ultramontanen, aufmerksam zu machen, der, seit Lola ihn abgesetzt ohne Stellung, billig zu haben und ein wahrhaft ausgezeichneter Mann ist, auch von klarer politischer Einsicht.[1] Der Ihrige

Detmold.

Nr. 88. Hannover, 10. Januar.

Herzlichen Dank für den Brief vom 3., den ich mit folgendem erwidere. — Von Berlin protestirt man[2]) heftigst über die Ehrlichkeit der dortigen Absichten; aber man will sich erst mit Östreich einigen. Daher das Schwankende in dem Benehmen Camphausens. Vincke, Schwerin haben keine Verbindungen. Der König sei ehrlich pp., auch das gegenwärtige Ministerium.

Nun ist aber gestern Abend Bunsen hier durchgekommen, und hat 2 Stunden bei mir gesessen und geschwatzt nach seiner Weise. Habe ich ihn

---

1) Phillips war auch Mitglied der National-Versammlung.

2) Brief von Abeken an Stüve.

richtig verstanden — denn vieles war in den Wind gesprochen und captatio benevolentiae, so ist Gagerns Programm von ihm und Stockmar soufflirt, aber übel verstanden. Gagern hat sagen sollen, wie es in dem Schreiben vom 5. steht: Östreich kann und soll nicht aus dem Bunde treten; wir halten es; aber wir wollen einen engern Bund im Bunde machen. Statt dessen habe er gesagt: Östreich muß ausscheiden, und wir wollen uns dann wieder mit ihm verbünden. Die Engländer haben die Richtigkeit der Idee gleich gefaßt und Ld. John sie für den ersten politischen Gedanken in Deutschland erklärt. Ueber die schlechte Abfassung habe er und Stockmar Gagern geschrieben und dieser es auch eingesehen. — An diesem politischen Gedanken hält Bunsen fest und will ihn nun in Berlin durchsetzen. Einigung mit den Fürsten, namentlich Baiern, affichirt er auch; aber im Grunde, meint er doch, sey in den Fürsten keine Kraft mehr zum Widerstande; das Volk werde sie zwingen. Einstweilen bietet er, um sie zu befriedigen, votum decisivum im Reichsrath ad modum seines 2. Sendschreibens; und Mediatisirungen; Sündensold. Auch Baiern könne man schon still kriegen, da beim Widerstande seine Flügel, die Pfalz und das altpreußische Ansbach, abfallen würden. Uebrigens tadelte er auch die Professoren und behauptete, Gagern wolle sich von ihnen losmachen. Ferner, Schmerling sey unehrlich (wobei er eingestand, Ld. Palmerston, der das wissen könne von der Post, sage von Metternich: You may depend upon, he governs Austria still —). Er scheint mir in Berlin einen Ministerwechsel zu wünschen, wohl selbst an die Stelle zu wollen; denn er gab keinen andern an. Vincke sey zu kleinlich juristisch, doch nicht staatsmännisch. Radowitz klug, entschieden, aber ohne eigene Ideen und Katholik, also nicht zu trauen (darin hat er ohne Zweifel Recht und ich bitte Sie, das Wort also nie zu vergessen). Daß man die Würzburger Pfaffendeclaration [1]) so wenig beachtet, wunderte ihn sehr; aber sie gehe weit über Rom hinaus und werde nur die Parthei zu Fall bringen, u. dgl. mehr.

Ueber die große Politik gab er folgende Ansicht. Italien sei nicht zu behaupten. Das Volk, wenn auch in sich haltlos, sey ganz fähig, jeden Herrn auf Knechtsweise zur Verzweiflung zu bringen. Der Krieg werde wieder ausbrechen, zumal Östreich auch den Andrianschen Plan (Trennung von Mailand und Eintritt desselben in eine Liga Italiana, zur Noth unter einem Prinzen des Hauses) verwerfe. Dann komme die Türkei, von der Nicolaus 1844 zum großen Schrecken von Peel und Aberdeen gesagt: Il y a deux opinions là-dessus, l'une qu'elle est mourante; c'est

[1]) Denkschrift der in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe vom 14. November. Roth u Merck, II. S. 134.

celle de mon cabinet; l'autre qu'elle est morte et qu'il ne s'agit plus que des funerailles, c'est la mienne. Je ne veux pas de Bizance; mais je ne peux souffrir un empire oriental. England verlange zwar die Türkei nicht. Aber hierüber werde der Krieg ausbrechen, und dann müsse Deutschland eine starke Neutralität behaupten. Östreichs Deutsche Lande mit schützen; aber nicht mehr. Zu dem Ende müsse Preußen an der Spitze stehen. — Darin finde ich einen erweiterten Basler Frieden.

Doch satis superque von diesem diplomatischen Bavarbage. — Sie werden wissen, was daraus zu entnehmen und werden weiter anknüpfen können, um zu erfahren, wie Gagern eigentlich steht. Ob nun Bunsen in Berlin durchdringt; ob er namentlich Minister wird — wer weiß das! Aber ehe dies nicht entschieden ist, wird wohl Gagern die Verhandlungen nicht eben fördern.

Die Wahlmännerwahlen sind nun im Gange. In wenigen Tagen die Bauernwahlen. Es ist viel die Rede davon, mich zu wählen: in Osnabrück — wo starke Bewegung der bekannten 3 Partheien — hier und in dem Landbezirke der Umgegend. Der Adel bewirbt sich viel um die erste Cammer. Ich bin sehr zweifelhaft, ob nicht die Schwierigkeiten für 1849 gerade von der entgegengesetzten Seite kommen als 1848. Daß Windischgrätz in Pesth, wird uns jetzt die Sache schwerlich erleichtern; wohl aber könnte das dadurch geschehen, wenn in Preußen die breite Basis nicht nach vollem Wunsche operirte.

Noch ein paar Dinge. Woher rührte die Nachricht der Ober-Postamts-Zeitung, daß Hannover in London Anzeige über seine Nichtunterwerfung unter die Verfassung gemacht habe? Ist das blos eine Reichsministerial-lüge? — Die Deutsche Zeitung, ihrem jetzigen Character treu, baut schön darauf weiter. —

Ferner, ein Hr. Humann von Paris in Berlin erklärt dort: Es seyen die größten Aussichten auf — Anerkennung Heinrichs V.!!! Freilich nicht ohne Erschütterungen. In Folge der Fortification seyen 100000 überzählige Arbeiter nach Paris gezogen, dort hangen blieben und der Stadt eine Masse von 200000 Köpfen daher zur Last. Das lähme alles. — Die Provinzen machen sich immer mehr von Paris los. — Mir erklärt das die Metternichschen Reactionshoffnungen.

Endlich schreibt Knyphausen [1]) von einer Negotiation zwischen Berlin und Frankfurt, die sehr geheim betrieben werde. — Ich habe das doch melden wollen. Damit herzliches Lebewohl

Ihr
JCBS.

[1]) Hannoverscher Gesandter in Berlin.

Nr. 89. Hannover, 15. Januar.

Unsere Wahlen haben begonnen und wie es scheint, erwünscht. Hier in Hannover freilich fällt alles auseinander. Nie ist mir das Bild der Zerfahrenheit der städtischen Zustände, in Folge der traurigen Schwäche von Evers, des gänzlichen Mangels jeder Persönlichkeit, so schlimm entgegengetreten. Das Resultat wird wohl — da Hantelmann in Einbeck gewählt wird — seyn, daß Rumann und Goedeke[1]) (!!) gewählt werden. In Hildesheim hat Weinhagen die Wahlmänner ganz erobert; in Göttingen soll Ellissen gesiegt haben. In Osnabrück dagegen haben meine Freunde, wie zu erwarten, complet gesiegt; in den kleinen Städten, wo Jul. Meyer gewählt sein wollte, hat er auch nicht Eine Stimme bekommen. Die Hoyaschen Flecken scheinen nicht sonderlich gewählt zu haben. Die Bauernwahl scheint dort gut zu werden. Die Calenberger haben drei tüchtige Landleute gewählt. Zu Arnum hat man Hrn. Gerding, der sich empfohlen, etwas herbe zurückgewiesen, und zu den Grundrechten gemeint: die Höfe müßten zusammenbleiben; und wenn sie einen in die Gemeinde nehmen sollten, müßten sie auch ein Wort mitsprechen. In Neustadt ist Hrn. Mensching ähnliches widerfahren u. s. w. Die rechte Entscheidung kommt erst heute oder morgen.

Dort scheint man ja nun nach c. 4wöchigem Wüthen sich ziemlich wieder auf dem Puncte Östreich und Preußen gegenüber zu befinden, auf dem man Mitte December stand, d. h. in der Luft. Man wüthet gegen Vereinbarung und gesteht Verständigung zu. Wer denkt bei diesem verbiage nicht an Talleyrand mit Legitimität und Nonintervention, an Metternich mit ständisch und repräsentativ pp. Es sind die abgegriffenen Geräthe der alten Diplomaten, mit denen man sich herumplackt.

Die Heldenthaten unserer dortigen Vertreter sind hier gänzlich nichtig. Das matte Ding von Lüntzel[2]) liest man kaum. Es sind hier ganz andere Sachen in Umlauf, die näher treten und tiefer greifen. Die Herren sind wirklich schon veraltet. Piepmeyer-W[edekind] schickt alle Tage Dutzende von Packeten an Frau und liebe Kinder, Vettern, Freunde und Verwandte, um seinen Antheil an den 100000 St. Grundrechten an den Mann zu bringen. — Fritz Reden hat sogar die Grundrechte mit Goldschnitt an die Hildesheimer Bauern geschickt. Am Sonntag soll hier auch ein Grundrechtsdiner seyn. Nichts desto weniger wird das alles täglich matter, und in Wahrheit muß man mehr vor einem Umschlagen zur Rechten als zur Linken besorgt seyn. Mich hat diese Sorge mehrfach gedrückt.

---

1) Der Literarhistoriker. — 2) Vgl. Oppermann, II. S. 155.

Was Sie von Klenze schreiben, habe ich Lehzen mitgetheilt. Witte [1]) hat ähnliche Besorgnisse hieher geschrieben. L. ist aufmerksam, wünscht aber recht dringend über die Sache, wo irgend möglich, ein Urtheil noch von anderer Seite als eben von Witte zu haben. Albrecht [2]) ist viel zu ängstlich und zugeknöpft, um gerade aus zu reden. Daß Kl. zu allem fähig, versteht sich ja von selbst. Könnten Sie nicht über sein Benehmen und seine Stellung auch von einem andern als Witte einmal sich Kenntniß verschaffen? Bestätigen sich W.'s Beobachtungen, so muß man ihn, sobald sein Urlaub abgelaufen, wieder kommen lassen, aber ohne ihm vorher etwas zu zeigen. Wir hätten ihn viel lieber nicht geschickt, wollten nur den Schein der Unwillfährigkeit vermeiden. —

Braun habe ich Mittheilung gemacht, er wartet mit Schmerzen. Zu Phillips scheint er keine Lust zu haben, und in Wahrheit, ich scheue diese Ultramontanen auch in mehr als Einer Hinsicht. — Wiewohl sie in Göttingen wohl nicht sehr gefährlich sein möchten. Im Lingenschen haben unsere Pfaffen es nun wirklich so weit gebracht, daß Militär dahin gelegt ist, um die Protestanten gegen Gefahr, Drohungen, Angst (die hauptsächlichste Waffe) zu sichern. Ihre Notiz über die freundlichen Intentionen zu Frankfurt hat mich veranlaßt, hie und da Vorsicht zu empfehlen. Ich glaube, man irrt sich dort sehr. Uebrigens wird allerdings mit den kleinen Leuten viel gehetzt und gedroht; namentlich auch in Preußen. In der Nähe von Magdeburg wird geflissentlich große Angst vor entsetzlichen Ausbrüchen im Frühjahr zu verbreiten gesucht.

Die Lügen der dortigen Zeitungen sind hier grob zurückgewiesen [3]); die Deutsche habe ich auch etwas aufs Korn genommen. Sie ist bald mit der Weser- oder der Bremer (Norddeutschen Zeitung, von der man hier nichts hört) au niveau, und dürfte hoc tramite nicht sehr lange mehr existiren.

Die heutigen Wahlnachrichten sind ferner gut. Im Bremischen sollen die Radicalen die andern bei den Wahlmannswahlen überlistet haben und dort schlechte Wahlen zu erwarten sein. Lang ist hingewesen und hofft, dort gewählt zu werden. Stubbe ist wieder gewählt. Rumann ist mit 37 St. von 63 gewählt, und Goedeke gegen Schütz mit 32/31. Zu den Städten mit gesicherter schlechter Wahl kommt Emden, wo der S......... Bueren die Mehrzahl der Wahlmänner hat. Die Calenbergischen kleinen Städte haben gut gewählt. — Die hiesigen Wahlen zeigen recht den von Ihnen so oft beklagten faulen Fleck der Zustände; es ist mir

[1]) S. oben, S. 80. — [2]) General-Steuerdirektor.

[3]) Vgl. Hannoversche Zeitung vom 12. Januar.

recht lieb, nicht gewählt zu seyn, da mich das unfehlbar in Verlegenheit brächte.

Auf Sonntag hat Hr. Stegen, der Agent der Republikaner, die Festlichkeit wegen der Grundrechte arrangirt. Es ist das ein Grund zur Aufmerksamkeit mehr.

Leben Sie wohl Ihr

JCBS.

Nr. 90. Frankfurt, 17. Januar.

An Ihren Brief vom 10. mit den diplomatischen Nachrichten, für die ich herzlichst danke, knüpfe ich folgendes an. Was ich hier früher und namentlich nach Empfang Ihres Briefes gehört habe, bestätigt die Mittheilungen im Wesentlichen. Ich habe noch Folgendes in den Kauf bekommen. Hinter Bunsen (wie öfter schon) steht Palmerston selbst (daher die Mittheilung, das P. den Plan gebilligt), der auf das leidenschaftlichste gegen Oesterreich erbittert sei. Hierin sei auch die eigentliche Wurzel des Plans zu suchen. Am herbsten trete diese Erbitterung in der Italienischen Frage auf, wo P. darauf ausgehe, Oesterreich ganz aus Italien zu verdrängen; da nicht anzunehmen, daß das zu Frankreichs Gunsten beabsichtigt werde, so ist wohl anzunehmen, daß Palmerston eine Art Unabhängigkeit Italiens will, unter Schirmherrlichkeit und Ausbeutung von Seiten Englands, ad modum von Portugal. Von der Oberherrlichkeit Preußens über Deutschland werden gleichfalls im Sinne des Freihandels Vortheile für England gefordert und erwartet. Metternich, dessen Leitung der Oesterreichischen Angelegenheiten bei der Feindschaft Schwarzenbergs und Stadions doch nicht ganz zweifellos erscheint, führt nun einen erbitterten Kampf gegen Palmerston, der (es klingt unwahrscheinlich, aber kommt aus guter Quelle) wohl mit Palmerstons Sturz endigen könne. — So ist also Deutschland wiederum der Kampfplatz der Intriguen auswärtiger Mächte. — An Ihre Humannsche Äußerung über die Chancen der Bourbons knüpfe ich ein Wort, daß mir im Jahre 1837 Graf Las Cases in Paris sagte, ein eifriger Bonapartist, noch mehr Louis-Philippist und Todfeind der Bourbons. Ich fragte ihn, ob er es für möglich halte, daß die damals noch häufigen republikanischen Schilderhebungen einmal reüssiren könnten. Er bejahete das, fügte aber hinzu, daß die Republik nur 8 Tage dauern werde. Und dann? fragte ich. „Dann kommen die Bourbons.“ —

Von hiesigen Dingen spreche ich lieber nicht. Es liegt hier alles im hitzigen Fieber, und, was nicht mitraset, wird verketzert und geschmäht. Man hat hier durch die Presse und tausend andere Mittel eine solche Tollhaus-Atmosphäre für den Professoren-Kaiser zu erregen gewußt, daß

es nicht zu verwundern, wenn Alles toll ist. Welche unerhörte Unehrlichkeiten dabei angewendet werden, brauch ich Ihnen wohl nicht zu erzählen. Gagern und die ganze imperialistische Clique treibt die National-Versammlung, welche in der letzten Zeit in puncto ihrer Souveränetät etwas nüchterner zu werden schien, wieder mit Gewalt in den falschen Weg; das Komische ist nun, daß die Linke, die auch den Rausch wohl am vollständigsten ausgetobt hat, am meisten widersteht. Gern und nicht bloß mit halben Worten riefe Gagern die revolutionären Elemente auf: die offizielle O. P. A. Zeitung bringt ab und an Artikel, wie sie früher nur die Blumsche Reichstagszeitung geliefert, und nicht bloß versteckt wird mit dem Aufpflanzen der rothen Fahne gedroht. Hier liegt nun eine große Gefahr, nicht von der linken Seite, sondern — wo Sie dieselbe auch besorgen — von Seiten der Regierungen. Durch dergleichen werden die Regierungen offenbar der Reaction in die Arme getrieben. Dazu kommt noch, daß man kein Wort der Schmähung giftig genug findet für alle solche an die Spitze zu stellende Institutionen, die dem alten Bundestag ähneln (cfr. nur Gagerns Erklärung vom 5. Jan.), als wenn ein Direktorium, das ohne Instruktionen und per majora entschiede, mit Volksvertretung und Reichsgewalt neben sich, irgend dem alten Bundestage ähnlich wäre. Nun wird und muß es ja in irgend einer Weise doch auf ein solches Direktorium hinauskommen, das nun im Voraus durch diese kindischen Phrasen gerichtet und verdammt ist. Also im Voraus Keime gelegt zu einer neuen Revolution.

Im Verfassungs-Ausschusse habe ich mit einigen Freunden pro viribus für indirekte Wahlen gekämpft, die Sache ist aber gestern Abend gegen uns und für direkte Wahlen entschieden; weil in Schleswig-Holstein direkte Wahlen sind und gute Resultate geliefert haben, müssen Preußen, Bayern, Hannover u. s. w. ihr System ändern. Nun haben wir, nicht sowohl um die Gefährlichkeit der direkten Wahlen abzubrechen, als vielmehr um sie geradezu zu vernichten und für die Berathung in der N.-V. die Annahme der indirekten Wahlen zu erleichtern, die Bestimmung in den Entwurf gebracht, daß die Wahl mit absoluter Stimmen-Mehrheit (von den abgegebenen Stimmen) geschehen müsse; wenn das zweimal manquirt, ist bei der 3ten Wahl nur unter den 2 Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen hatten, immer mit absoluter Mehrheit. Wenn nun die Wahldistrikte sehr klein gemacht, etwa (in ländlichen Bezirken) jede Gemeinde in loco wählt, so ist vielleicht, selbst wenn die N.-V. sich nicht für indirekte Wahlen entscheidet, manche Gefahr der direkten Wahlen zu vermeiden. Ich hoffe aber, wie gesagt, noch von der N.-V. Annahme der indirekten Wahlen, namentlich wenn der Erbkaiser abgelehnt wird. Denn, wenn das der Fall, greifen die Preußen auf die Verfassung vom 5. Dec. mit ihren

indirekten Wahlen, während bei Annahme des Erbkaisers die Preußische Repräsentation auffliegen würde. Seit 2 Tagen haben nun die Berathungen über das Oberhaupt begonnen; es werden vor meist leeren Bänken Reden für und wider gehalten.

Die Lüge von einem in London angebrachten Bairisch-Hannoverschen Proteste gegen den Preußischen Kaiser ist von London, und wie mir, aber sub sigillo, anvertraut worden, von Andrian hierher berichtet worden. Ich trat so scharf gegen die Herren auf, daß sie mir — aber nur mir — das vertrauen zu müssen glaubten, sich dahinter versteckend, daß vielleicht der König das für sich gethan. Da hab ich ihnen denn gesagt: wenn der König dergleichen wolle, werde er es gewiß am wenigsten in London thun, wo Palmerston die deutsche Einheit nach der Englischen Elle anfertige. Vielleicht könnte die Hannoversche Zeitung auf die Sache noch einmal in diesem Sinne zurückkommen. [1])

Über einige von Bunsen Ihnen genannte Persönlichkeiten noch Folgendes: Schmerling ist sicher nicht unehrlich, oder richtiger, er war es nicht, — aber seine jetzige Stellung ist eine so schwierige, schiefe, angefeindete, daß ein Schwanken seinerseits wohl zu entschuldigen wäre, zumal er mehr als ein Mensch sein müßte, wenn er nicht den jetzigen niederträchtigen Anfeindungen gegenüber Rancune und Rache empfände. Ihre Warnung vor Radowitz war insoweit unnöthig, als eben Niemand offener als R. selbst erklärt, daß, wenn in irgend einer Frage seine confessionelle Ansicht mit andern Ansichten und Principien in irgend einen Conflikt käme, er diesen confessionellen Rücksichten jede andere nachsetze. An ein Ministerium in Berlin denkt er nicht; schon seit 1840 hat der König, der ihn auf das zärtlichste liebt, fort und fort ihn gequält, in das Ministerium einzutreten; R. sagt aber, das Princip des Preußischen Staats sei der Protestantismus, darum sei und bleibe er dort ein Fremder u. s. w. Ich weiß das nicht bloß von ihm selbst. In der ganzen Nat.-Vers. ist er der Einzige Staatsmann, nach allen Richtungen hin bedeutend. — Vincke ist von Bunsen richtig beurtheilt: außerordentlich talentvoll, aber kleinlich, nicht bloß juristisch, sondern advokatisch, dabei leidenschaftlich u. s. w. Er hat sich mit der von ihm anfangs bekämpften Octroyirung abgefunden und würde, wenn's nicht anders geht, doch am Ende noch vor dem Landtage ein Minist. übernehmen.

Eben kommt mir auch ein von Droop u. A. unterzeichnetes Gesuch des vaterl. Vereins zu Osnabrück wegen Publikation der Grundrechte zu; wie kommt der zu dergleichen Thorheiten?

Ihr
Detmold.

---

[1]) Vgl. Stüves Artikel: „Deutschland und England" in Nro. 20 der Hannoverschen Zeitung vom 22. Januar.

Morgen ist der 18. Jan., der Gründungstag der Preußischen Monarchie. Vermuthlich wird man morgen die Kaiserfrage zur Abstimmung zu bringen suchen. Ich kann mir aber es kaum denken, daß man sich nur über den Modus der Abstimmung einige.

Nr. 91. Hannover, 25. Januar.

Es wird Ihnen von Interesse seyn, lieber Freund, zu erfahren, daß Preußen nun mit einer Erklärung an sämmtliche Regierungen Deutschlands hervorgetreten ist, die gestern Schleinitz[1]) hier übergeben hat.[2]) Es ist 2 Bogen eng lithographirt. Erst lange Beschönigung des seither von Pr. beobachteten Schweigens. Dann Wunsch, mit Östreich zusammenzugehen. — Östreich sey aber berechtigt, seine gesammten Verhältnisse zu ordnen, wenn es gegen Deutschland die Bundespflicht erfülle, ebenso wie Deutschland seine Verhältnisse fester ordnen könne. — Eins könne das andere nicht hindern, das zu thun, wie der Zollverein davon ein Beispiel sey. Wenn nun Östreich sich in die engere Verbindung mit Deutschland nicht einlassen wolle, so könne es auch keine Rechte in dieser erwerben, ohne Pflichten zu haben. — Nun sey die Sache in Frankfurt so weit gediehen, daß man nothwendig die Verständigung mit den Regierungen anbahnen müsse. (Einige Floskeln über Zustimmung und Verständigung.) Preußen fordere daher sämmtliche Regierungen auf, sich durch ihre Bevollmächtigten mit ihm zu einer an die Centralgewalt abzugebenden Erklärung zu einigen. — Endlich erklärt Preußen, zu der Kaiserkrone keine Lust zu haben. (Der König hat mppria hieher geschrieben: die Frankfurter Narrenkrone wolle er nicht. Das aber streng unter uns.) Aus Privatbriefen weiß ich auch, daß man in Berlin Gagerns Unterhandlungsplan für richtig hält — was er auch wohl ist, und glaubt, Östreich wolle die Verhandlungen nur hinziehen, um demnächst die Versammlung zu sprengen, oder sonst unwirksam zu machen. Das sey Schmerlings Aufgabe.

Von Wien berichtet man, daß Aretin von München für Olmütz geschickt sey, und daß Schwarzenberg eine sehr kategorische Note nach Frankfurt habe abgehen lassen.

Von den Grundrechten sagt die Preuß. Erklärung nichts. Das, sowie der Mangel eines festen Plans scheint mir tadelnswerth, sonst kann man m. E. nach den Umständen zufrieden seyn. Denn die Stellung Östreichs ist allerdings eine doppelte, wie das auch schon in Ihren Anträgen ad §§ 2 u. 3 anerkannt war. Die Kaiserkrone ist in der That aber auch

[1]) Freiherr von Schleinitz, preußischer Gesandter in Hannover.

[2]) Die Circularnote vom 23. Januar. Roth u. Merck, II. S. 253. Ueber die Entstehung derselben vgl. Bunsens Leben, II. S. 485 ff. und v. Sybel, I. S. 286 ff.

mit dem Beharren Östreichs im Bunde nicht wohl zu vereinigen. Gebe Gott nun nur, daß die Regierungen sich auf einen vernünftigen Plan einigen. Dann werden die 47 oder 38 Stimmen sich auch noch wohl umkehren, wiewohl die lügenhafte Hetzerei der Erbkaiserzeitungen sehr und schwer zu bedauern. Man wird sich dann aufs Maul schlagen oder wieder alles auf den Kopf stellen müssen — wenn man das kann.

Unsere Wahlen sind ziemlich gut gerathen. Die Wahlen zu 1. C. sind noch nicht fertig. Wenn nur nicht zu viel bloße Bauern gewählt werden, so wäre das Experiment gelungen. Ich halte auch immer dafür, daß mein ursprünglicher Plan von 20 Grundeigenthümern besser war als der von 33, den mir die Cammern aufdrangen. — Schlecht ist gewählt in Göttingen, Hildesheim und Celle, wo die Handwerkerintrigue gesiegt hat, die überall sehr übel wirkte. Hier schämt man sich auch. Rumann hat sich neulich sehr deutsch erklärt. Ich bin neugierig, was er macht.

In Diepholz ist vom Volksverein Unfug erregt; in Loccum von Wilddieben; in Hildesheim in Folge der Grundrechtsfeier. Man hatte dort die Jäger vom 2. Bat. den ganzen Sommer furchtbar gereizt; nun haben sie sich schwer gerächt, so daß einige Leute wohl dabei das Leben lassen werden. Das Bataillon wird weggelegt und wollen wir wohl Herr bleiben. In fine finali wird die Sache den Hildesheimern einen Schrecken einjagen und im Grunde gut wirken, da im Lande die Nothwendigkeit, Ordnung zu halten, einmal wieder hervortritt. In Osnabrück haben sie sehr gut gewählt, dagegen mit den Grundrechten eine alberne Kinderei gemacht, indem sich die Bürgerwehr bei der Feier betheiligt und die eine Seite des constitutionellen Vereins sich auch durch die Demagogen hat ziehen lassen. Diese Vereine als eine gründliche Halbheit haben überall nichts ausgerichtet und nichts genutzt. Es ist der wahre Herr Piepmeyer.

Daß übrigens Piepmeyer-Wachsmuth hier von den Rechtsgelehrten zur 1. C. gewählt ist, werden Sie gehört haben. Der Mann hat sich durchaus lächerlich gemacht. Durchgesetzt haben ihn die auswärtigen Advokaten.

Da sehe ich eben, daß die Erblichkeit verworfen ist, 211/263, und alles andere hinterdrein. Die meisten Chancen hat noch der 6jährige Turnus gehabt, 264/196, was auch noch das Klügste wäre. Mir fällt dabei Dürr[1]) ein, der 1832, als auch einmal alle Compositionen der 1. C. verworfen wurden, sagte: Nu haben wir nix! Was wird aber die Deutsche nun machen? —

Noch sagt mir jemand aus einem Briefe aus Berlin: Man würde den obigen Schritt nicht gethan haben, wenn man von der eigentlichen Lage

---

[1]) Canzleirath, Mitglied der Kammer von 1832.

der Dinge in Frankfurt unterrichtet gewesen wäre. Man sey doch Camphausen gefolgt. — Mag seyn! — Die Erzählung der Deutschen Zeitung, daß man von Olmütz zur Auflösung der Frankfurter Versammlung aufgefordert, glaube ich nicht. Aber ist K. Ludwig wieder auf den Pegasus gestiegen und liefert der D. Z. die schönen Gedichte? Welche Misere!

Ich will aber nicht spotten. Man sollte recht traurig seyn über diese unglückliche Lage der deutschen Dinge. Gebe Gott nur, daß die eingebildeten Macher dort in Frankfurt nun doch einmal erkennten, womit sie es zu thun haben.

Adieu Ihr

JCBS.

Nr. 92. Hannover, ohne Datum (Februar).

Ich muß Ihnen, lieber Freund, doch den Ursprung der Closenschen Weisheit [1]) mittheilen. Der bekannte Türkische General Jochmus [2]) hat resp. am 12. September und 30. November sehr gut Englisch geschriebene Memoires in Frankfurt über die Gestaltung Deutschlands übergeben. Man vermuthet, daß sie aus dem Englischen Ministerio herrühren, dabei sind 2 Tabellen, die das Ding versinnlichen sollen.

Nr. I stellt eine Union von ganz Östreich mit Deutschland dar.

Nr. II ist das Original, das Herr v. Closen ins Deutsche übertragen, aber in der äußeren Form schlecht wieder gegeben zu haben scheint, so daß es fast unverständlich geworden ist. Namentlich ist zu bemerken, daß die Östreichischen Unterstaatssekretaire für beide Theile Östreichs bestimmt sind.

Der Ursprung des Dings ist am Ende das Bedeutendste dabei, zusammengehalten mit Bunsens Inspirationen und mit seiner Erzählung, daß Ld. Palmerston den Gagernschen Plan gleich richtig verstanden, und ihn für eine politische Idee erklärt habe. Jochmus soll mit Ld. Cowley viel zusammengesteckt haben. Ihr

JCBS.

Nr. 93. Hannover, 6. Februar.

Der alte Smidt schreibt mir eben, er würde morgen früh halb 6 von Bremen abreisen und halb 10 hier ankommen, um mich noch vor der

[1]) Es handelte sich um einen von dem bayerischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt Freiherrn von Closen in Olmütz übergebenen Vorschlag für die Konstituirung Deutschlands und Österreichs, welcher Stüve von dem für einige Tage nach Hannover gekommenen Detmold mitgetheilt war.

[2]) Uebernahm später im Reichsministerium vom 16. Mai das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Cammersitzung zu sprechen. Ich muß nun schon um 10 Uhr aufs Ministerium und weiß nicht, wohin ich ihm Nachricht geben könnte, da er nicht schreibt, in welchem Gasthofe er abzutreten denkt. Wenn es Ihnen vielleicht convenirte, ihn auf der Eisenbahn zu erwarten und ihm zu sagen, daß er mich bis 12 Uhr auf dem Ministerium finde, ich auch gern bereit sey, ihn aufzusuchen, wenn er mir nach dem Ministerio Nachricht gebe, wo er sich aufhält, so würde das ihm gewiß sehr angenehm seyn, und ich wäre Ihnen sehr dankbar.

Die Hauptsache, die er von mir hören will und die ich von ihm hören möchte, betrifft die Östreichische Angelegenheit. Er theilt nämlich mit, wie man von Paris melde, Östreich wolle einen großen Europäischen Congreß ad modum des Wiener von 1815 halten. Das mag zunächst sich auf Italien beziehen; allein es liegt derselbe Gedanke des Verschiebens wie in der Deutschen Sache zum Grunde, und vielleicht bringt uns der Östreicher, der heute hier ankommen soll, näheres. — Es ist fatal mit dieser Östreicher Wirthschaft.

Ihr

JCBS.

Nr. 94. Frankfurt, 28. Februar.

Ich habe Ihnen, theurer Freund, lange nicht geschrieben; anfangs nach meiner Rückkehr von dort, hoffte ich von Tage zu Tage auf irgend eine Consolidirung der hiesigen Zustände, nachher schwieg ich, weil mein Blick mehr nach dort als hieher gewendet war, wo inzwischen die Zustände statt consolidirter nur immer verworrener geworden sind und werden. In der That: ich habe die Überzeugung, daß wir hier am Ende sind. Desto schändlicher, daß diese selbstverschuldete Misere hier uns unsere gesunden Zustände dort noch ruinirt. Wir sind hier am Ende, aber ein Bild der Zustände kann ich Ihnen nicht geben; es ist eben das komplete Chaos. Und von allen Seiten arbeitet man daran, das Chaos noch chaotischer zu machen, und man thut das mit Bewußtsein: die Erbkaiserparthei, weil sie weiß, daß sie aller Negation doch am Ende einen positiven Gedanken entgegenzusetzen hat und daher die Negation erst bis zur Unerträglichkeit steigern will; die conservativen Gegner der Erbkaiserpartei, weil sie nach allen Seiten hin auseinanderfahren, und weil, solange das Verhältniß Oesterreichs nicht klar gestellt, sie nichts können als negiren; die Linke endlich, weil sie den Nutzen von all dem Wirrsal zu erlangen denkt und nur erwartet, daß irgend ein Ereigniß die Frucht abschütteln werde. Die beiden Hauptpartheien, jetzt geschieden durch die Oberhauptsfrage, Weidenbusch (Erbkaiserlich) und Mainlust (Bundesstaat mit Oesterreich) sind jede stark genug,

um die andern zu paralysiren und zu neutralisiren, zu schwach, um einen Gedanken durchzusetzen; nun wirbt jede von ihnen um den Zutritt der Linken; die ist, um ihre Gedanken durchzusetzen, ebenfalls zu schwach und wirft sich also nur dahin, wo es die Negation gilt. Die besonneneren Führer der Erbkaiserparthei scheinen einzusehen, daß sie, namentlich Angesichts der Preußischen Note vom 16.[1]), Angesichts des Verhaltens Preußens, der schleunigen Abreise Bunsens aus Berlin, der Ernennung des Grafen Arnim zum Minister des Auswärtigen mit ihrer Idee des Bundes- oder vielmehr Centralstaates nicht durchdringen werden und haben sicher Lust, einzulenken. Aber sie haben Mächte heraufbeschworen, Elemente zu Bundesgenossen aufgerufen, deren sie nicht so plötzlich Herr werden oder sich entledigen können. Eben aus solchen Schichten der Parthei hört man jetzt schon davon reden: daß, wenn § 2 und 3 abgeworfen würden, man ein Gegenparlament nach Bremen oder Cassel berufen müsse. Die Sorge, daß in dem jetzigen Treiben die Nat.-Vers. ganz ruinirt und nachher zu Allem unfähig werde, scheint, freilich auch neben dem Verhalten Preußens, den Anstoß zu den Anwandlungen zum Einlenken gegeben zu haben. Ich hoffe, daß die nächsten Tage, namentlich die bevorstehende Präsidenten-Wahl, in diesem Sinne noch entschiedener und entscheidender wirken werden. — Die Linke läßt, wie gesagt, Alles ruhig an sich kommen: sie erkennt an, daß sie für den Augenblick keine Chancen in Deutschland habe; deßhalb wirft sie alle ihre Energie auf das Wahlgesetz und will dessen 2. Lesung vor allem Andern haben. Hier liegt auch die größte Gefahr; denn die Verblendung auch der Conservativen ist in dieser Beziehung oft unglaublich. Käme es zur 2. Lesung des Wahlgesetzes vor Entscheidung der Hauptfragen, so würde die 2. Lesung sicher im Sinn der 1. Lesung ausfallen, und dann müssen die Regierungen zugreifen, sonst ist die ganze Zukunft verloren.

---

1) Die preuß. Cirkularnote vom 23. Januar hatte durch den darin aufgenommenen Plan eines engeren Bundesstaats innerhalb des bisherigen deutschen Bundes in Wien starke Verstimmung hervorgerufen; dieselbe kam in der Depesche Schwarzenbergs an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt vom 4. Februar (Roth u. Merck, II. S. 262) zum Ausdruck, in welcher gegen den Gedanken eines unitarischen Staats, wie er in dem engeren Bundesstaat des Gagernschen Programms liege, protestirt und erklärt wurde, daß der Kaiser sich einer von einem andern deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt nicht unterordnen werde. Die Note vom 16. Februar an den preußischen Bevollmächtigten (Roth u. Merck, II. S. 292) gab diesem nähere Anweisung wegen der inzwischen mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen gepflogenen Verhandlungen über die Reichsverfassung, erklärte, darin im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats zu finden, behielt jedoch die Erklärung über den Umfang des Bundesstaats und die Oberhauptsfrage vor. Wegen der internen Verhandlungen vgl. v. Sybel, S. 294 ff.

Was von einer Coalition der Oesterreicher mit der Linken geschwätzt wird, ist ganz oder zum größten Theil erlogen und übertrieben; noch ist keine solche Coalition geschlossen, sie wird es aber ohne Zweifel behuf der bevorstehenden Präsidentenwahl, aber vorläufig nur ad hoc. Aber auch ohne solche Coalition wird das Wahlgesetz das Opfer der Parteistellungen. Ich mache Sie ganz beiläufig darauf aufmerksam, wie gerade diejenigen Hannoveraner und Braunschweiger, welche für den Erbkaiser gestimmt, jede Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts abvotirt haben — beides nicht wegen einer unnatürlichen Coalition, sondern aus natürlicher Bornirtheit. Die Linke beharrt in ihrer abwartenden Stellung, selbst den Putschen gegenüber, die sich vorbereiten. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Führer diesmal alle solche Versuche dreist desavouiren können; wenn sie sie nicht hindern, so ist das auch, weil sie der angerufenen Bundesgenossen nicht mehr Herr sind — vielleicht auch, weil sie von den Putschen und den Vorbereitungen dazu sich gute Wirkung auf die Assisenverhandlungen gegen Struve versprechen —, eine Rücksicht, die, wie ich glaube, überhaupt viel Theil an diesen beabsichtigten Putschen hat. Kommt es wirklich dazu, und war nicht die Vorbereitung dazu nur jener Assisen wegen, so wird sich die Sache so gestalten, daß selbst die alleräußerste Linke das Ding desavouiren wird, nämlich nur Mord, Brand und Plünderung, eigentlich ohne allen politischen Zweck. Ich aber meine, trotz sehr detaillirter Anzeigen über die Anstalten, doch nur, daß weiter nichts als jene Einschüchterung beabsichtigt wird. Daß daneben der März-Verein auf einer breiteren Basis operirt, und zwar dahin, die Republik in den Einzelstaaten vorzubereiten — ist eine Sache für sich, und für mich zweifellos. Und hier ist der Punkt, wo wieder die Linke mit den Imperialisten zusammentrifft.

Soviel von den hiesigen unerquicklichen Dingen. Sie können sich denken, mit welcher Sorge meine Blicke jetzt nach dort gerichtet sind.[1]) Mir ist nur das Eine Moment klar und wird mir immer klarer, je länger ich der Situation nachdenke, das ist: das Land kann das jetzige Ministerium nicht entbehren. Von dieser Basis aus operire ich weiter und suche die Mittel zur Erhaltung. Daß ich dabei nicht an Publikation der Grundrechte denke als Mittel zur Erhaltung, versteht sich von selbst; denn das wäre ja nur eine Vernichtung. Und da komme ich immer und immer wieder auf Auflösung der Stände-Versammlung. Ich meine, das Ministerium ist es dem Lande schuldig, ihm selbst die Frage vorzulegen, nicht bloß den Deputirten, die nicht zu solch schlimmer Entscheidung gewählt waren. Die

[1]) Ueber den Konflikt des Ministeriums mit der Kammer wegen der Grundrechte und die dadurch hervorgerufene Ministerkrisis vgl. JCB Stüve, II. S. 73 ff., Oppermann, I. S. 173 ff., v. Hassell, II. S. 25 ff.

demokratische Partei kann gegen die Auflösung nichts haben, es ist ja eine Appellation ans Volk; in 6—8 Wochen aber, wenn die Cammern wieder zusammentreten, ist manche der jetzt so drückenden Fragen bereits gelöst, die Lösung der andern sowohl dem Ministerio als den Cammern leichter. Ich habe schon vor einigen Tagen ausführlich meine Ansicht der Situation an Hausmann[1]) geschrieben, dieselbe Bothmern vorgelegt, der sie gebilligt und in gleichem Sinne an Neubourg[2]) schreiben wollte. Wie hier die Vernünftigen denken, selbst Gagern und die andern Imperialisten, wie sehr sie die Erhaltung des Ministerii wünschen, brauch ich Ihnen kaum zu sagen, und erwähne es nur Angesichts der albernen Adresse an den alten Lang, unter die, Gott weiß in welcher schwachen Stunde, Simson seinen Namen gesetzt hat. Gagern äußerte schon vor etwa 14 Tagen in Beziehung auf die Erhaltung des Hannoverschen Ministerii, daß er die Grundrechte zehnmal Preis gebe. Er meinte das ganz ehrlich — denn er meinte nebenher, Sie hätten ja publiciren können, ohne die Sache zur Wahrheit werden zu lassen. Die Leute sind durch und durch unehrlich, oder vielmehr die Situation ist es, in die sie sich gebracht haben. Gagern fühlt das sicherlich, denn er ist furchtbar gedrückt. Dazu nun die Kündigung des Dänischen Waffenstillstandes und die Schwierigkeit, die Preußen machen wird und muß! Ich sehe keinen Ausweg! — Ich erwarte sehnlichst gute Nachrichten von Hannover, die der Auflösung wäre mir die erfreulichste.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 95. Hannover, 3. März.

Vielen Dank für Ihren Brief, lieber Freund, der doch einmal wieder die dortigen Zustände, so unerbaulich sie auch sind, im Zusammenhange übersehen läßt. Ich will Ihnen darüber gar nichts sagen, da Sie die Dinge jedenfalls besser beurtheilen; aber ein lebendiges Bild von dem dort herrschenden Unsinn hat uns dieser Tage Herr Brons[3]) geliefert, der einmal erklärt hat, wenn Östreich und Preußen sich einigten, so würde die Versammlung sich in einen Convent verwandeln und mit rothem Schwerte kämpfen, und ein andermal sagt, wenn man das Erbkaiserthum nicht wolle, so würden ihrer 211 sich zum Convent machen pp. Das ist ja nur kindisch; diese Gecken haben den Schlüssel zur Höhle des Aeolus so wenig als ich oder Sie, und wenn man sie morgen nach Hause schickte, so würde noch

[1]) Baurath, Vizepräsident I. Kammer.

[2]) Legationsrath, Generalsekretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Kaufmann, englischer V.-Konsul aus Emden, Mitglied der National-Versammlung.

weniger ein Hahn darnach krähen, als nach der Geschichte vom 5. December [1]), wenn nur die Fürsten irgend ein vernünftiges Ding machten. Was mich wahrhaft betrübt, ist aber die Äußerung Gagerns über das System der Lüge, das er uns anmuthen möchte. Neulich rapportirte Klenze sehr ähnliches an Bennigsen; (Bar [2]) schloß daraus, daß Klenze dem Handel in Frankfurt nicht mehr traue); ich glaubte, er lüge, aber nun ists doch so. Da ist freilich alle Hoffnung verlohren, und man muß am Ende auf Staatsstreiche verfallen. Gegen Klenze hätte G. auch gesagt: man irre, wenn man vom Staatenhause Gutes hoffe. Nach der jetzigen Beschaffenheit der Stände werde dieses noch radicaler werden als das Volkshaus u. dgl. mehr. Was soll man dazu sagen? Als ob nicht die nothwendige Sorge für wirkliche Interessen die Stände der Länder schon conservativ machen würde, sobald nur dies verdammte Schwanken von Frankfurt weg ist, und als ob die Regierungen gar nicht zur Bildung des Staatenhauses mitwirkten. — Dazu nun diese infame Zänkerei mit dem Erzherzog [3]), die in der That alles blos stellt. Wenn die Menschen nicht die Republik schon satt hätten, hier wäre die Schule.

Was unsere Sachen hier angeht, so ist es natürlich schwer, auf den Grund im Lande zu sehen. So viel ist aber gewiß, daß diese 14 Tage dem Ansehen der Grundrechte ungemein geschadet haben. Nur in Ostfriesland scheint die Querköpfigkeit, die sich dort von jeher geltend gemacht hat, auch diesen Gegenstand zu fassen; sonst sind die Gemüther wankend geworden. Das Feldgeschrei: das Ministerium und die Grundrechte oder Frankfurt, unter welchem die Cammern gewählt sind, ist nicht allgemein mehr. Demnach scheint mir eine Auflösung zu früh. Ich würde dem König rathen, einmal dem alten Lang ein Programm und Ministerium abzuverlangen. Dann wird sichs erst zeigen, und dann kann von uns aufgelöset werden, um nicht ein Ministerium der äußersten Rechten zu haben.

Die Sache ist abgeschmackt zu Ende gelaufen. Den albernen Konferenzbeschluß werden die Zeitungen wohl bringen. Um ihn zu erklären, müssen

[1]) Vielleicht ist der Beschluß der Nationalversammlung von diesem Tage gemeint, die Centralgewalt aufzufordern, daß sie die Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größeren Staaten da, wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele.

[2]) Oberfinanzrath, Generalsekretair im Finanzministerium.

[3]) Gagern hatte im Namen des Reichsverwesers, aber ohne dessen Instruktion, einigen Regierungen gegenüber Erklärungen abgegeben, welche ein den Empfindungen des Reichsverwesers keineswegs entsprechendes weitgehendes Entgegenkommen gegen den Gedanken der preußischen Spitze bekundeten. Vgl. darüber Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks, III. S. 105 und 645.

Sie nehmen, daß die Leute in 1. C. ebenso wie die in der 2. [illegible], ohne Zusammenhang, Tactik und politischen Tact sind, den der Adel noch hat. In der 2. Cammer hat man ihrer Gewissensspannung auf verächtliche Weise angethan — mehr wie das Frankfurter Ministerium das mit sich bringt. In 1. machten alle. Nun machten Krupp[1] und Sander[2] den Fehler, in der Curiatstimme Bewilligung zu verlangen. Damit waren sie geschlagen. Zwar ging die Curiatstimme auseinander, aber die Gegner wußten nun wie und wo. In der 1. Cammer, wo man nur über die Sache selbst abzustimmen hatte, war der alte Dörries[3] Schuld, daß gar nichts zur Majorität kam, indem er durch einen sehr [illegible] Antrag die Stimmen spaltete. In der neuen Curiatstimme hatte 1. Cammer alles nachgegeben: da nun Lang II mit diesem Antrage auf die ganze Curiatstimme von aus 2. C. extrême gauche. [illegible] hat dagegen gestimmt. Die übrigen haben die Mehrheit angenommen.[4] Da die 2. Cammer ihren Beschluß erhielt, dieses jeden Augenblick wieder zur Sprache kommen muß, so müssen wir natürlich unserer Anträge [illegible], als in der 1. keine Kraft ist, auf die wir uns stützen können. Nun haben Sie aber doch das Übermaß der Mehrheit. Heute ist der [illegible] des Schreibens der Stadt ein Vertrauensvotum für die Minister entgegenbringen wollen. Das hat denn aber doch Lindemann[5] gleich hintertrieben. Nun hat in 1. C. Wyneken[6], in 2. Lang II erst, und lassen die Cammern das herkömmliche Monitum des allgemeinen Zutrauens machen, um uns ihre Anerkennung usw. zu decretiren. Die Wyneken hat von Demokratie an den König oder an uns gewendet, um uns zum Weichen zu bewegen. Kommen sie mir, so werde ich ihnen sagen: Schmeichelei, möge sie vom König oder von Ständen kommen, werde mich nicht von der Bahn des Rechts [illegible]. Ich habe den Eid dem Volke nicht brechen wollen, und werde ihn auch dem Könige nicht brechen!

Seit sich die Dinge nun so möglich gestaltet, hat sich auch der Kronprinz an mich gemacht, bittet, ich möge ihn besuchen, wann und wie ich wolle. Ich bin auch ein Paar mal da gewesen. Der König scheint übrigens guter Dinge zu seyn.

Vielleicht hat es für Sie noch einiges Interesse, daß der Abgang Bülows in Berlin und der Eintritt Arnims eine Concession für Oesterreich hat seyn sollen, da der Streit in der Person des ersteren sich etwas zugespitzt

---

1) Professor, Abgeordneter der Universität Göttingen.

2) Pastor in [illegible], Abgeordneter der Geistlichkeit.

3) Kaufmann in [illegible], Abgeordneter für Handel und Gewerbe.

4) S. den Bericht bei Oppermann, II. S. [illegible]. — 5) Präsident.

6) Canzlei-Procurator, Abgeordneter des Standes der Rechtsgelehrten.

hatte[1]), obwohl die Politik ziemlich dieselbe bleiben mag, wenigstens wird man die Instruction vom 16. Febr. festhalten. Darin aber liegt noch keine Form des Bundesstaats. Für uns ist die Sache insofern unerfreulich, als Bülow persönlich mit Bennigsen und Wangenheim befreundet ist, und darauf allerdings manches beruht hat.

Ich muß Ihnen doch noch melden, daß ich vor 8 Tagen eine Correspondenz mit dem alten Lang geführt habe: er möge mir seine Ministercandidaten nennen, damit ich den König darauf vorbereiten könne. Er antwortet mit allerlei Schmeicheleien für uns: „er habe keine, seine Parthei denke nicht daran, endlich sogar, sie würde sich lächerlich und verächtlich machen, wenn sie daran dächte." — Was sagen Sie zu diesem Unsinn? Ich glaube allerdings auch, daß die Zeit gekommen ist, wo die Regierungen Ernst zeigen müssen, aber wie sorgt man, daß der menschliche Verstand nicht wieder von der andern Seite vom Pferde herunter fällt, wenn man ihm hier hinauf geholfen? — Ich glaube auch, daß uns dieser Moment recht nahe ist, aber er macht mir recht schwere Sorgen nach allen Seiten hin.

d. 5.

Der Brief ist gestern an meinem Geburtstage liegen geblieben. Der König hat sich entschlossen, wenn wir dazu riethen, vom alten Lang ein Programm zu fordern, und wir haben dazu gerathen. Bis jetzt hat die Linke geredet: sie wollen den Fehler nicht machen, eine Regierung zu bilden. So mag sie diese Unfähigkeit offen bekennen. Nach dem, was man mir schreibt, scheint die bessere Stimme im Lande zu gewinnen; aber nach Art unseres Volks langsam. Auch werden die Menschen thatkräftiger. Hier hat sich ein Verein von Bürgern gebildet, der Flugblätter ins Land schickt. Einige, die ich gesehen, sind gut geschrieben. Dagegen wühlen die andern, suchen die Leute zu schrecken u. s. w., namentlich die schwachen Bauerndeputirten der 2. C. — Daß Östreich seine Entschließung in der Oberhauptsfrage (7 mit 9 Stimmen[2]) abgegeben, werden Sie dort schon wissen. Auch wohl, daß Ld. Palmerston den Krieg nicht wieder will aufkommen lassen.

Breusing kann in Kurzem ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten. Freudentheil redet davon, er wolle nun wieder nach Frankfurt,

---

[1]) Unterstaatssekretair Graf v Bülow war seit 6. Dec. 1848 mit interimistischer Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt und hatte die Cirkulardepesche vom 23. Januar gezeichnet.

[2]) Die Instruktion an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, von Schmerling, vom 27. Februar (Roth u. Merck, II. S. 430) enthielt nach Ablehnung der Unterordnung unter eine von einem anderen Fürsten gehandhabte Centralgewalt den positiven Vorschlag eines Directoriums von 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen, von welchen

Sie nehmen, daß die Leute in 1. C. ebenso wie die in der 2. schwach, ohne Zusammenhang, Einsicht und politischen Tact sind, den der Adel doch hat. In der 2. Cammer hat man ihnen Gewissenszwang auf niederträchtige Weise angethan — recht wie das Frankfurter Clubwesen das mit sich bringt. In 1. wackelten alle. Nun machten Briegleb[1]) und Sander[2]) den Fehler, in der Conferenz Vermittlung zu versuchen. Damit waren sie geschlagen. Zwar ging die Conferenz auseinander, aber die Gegner wußten nun wie und wo. In der 1. Cammer, wo man nun über die Sache selbst abzustimmen hatte, war der alte Dörrien[3]) Schuld, daß gar nichts zur Majorität kam, indem er durch einen ächt Piepmeierschen Antrag die Stimmen spaltete. In der neuen Conferenz hatte 1. Cammer alles nachgegeben; da tritt Lang II mit diesem Unsinn auf (die ganze Conferenz war aus 2. C. extrême gauche). Rumann hat dagegen gestimmt. Die übrigen haben die Albernheit angenommen.[4]) Da die 2. Cammer ihrem Princip inhärirt, dieses jeden Augenblick wieder zur Sprache kommen muß, so müssen wir natürlich unserer Resignation um so mehr inhäriren, als in der 1. keine Kraft ist, auf die wir uns stützen können. Nun hören Sie aber doch das Uebermaaß der Albernheit. Heute in der Redaction des Schreibens hat Merkel ein Vertrauensvotum für die Minister einschwärzen wollen. Das hat dann aber doch Lindemann[5]) gleich beseitigt. Nun tritt in 1. C. Wyneken[6]), in 2. Lang II auf, und lassen die Cammern das herkömmliche Manöver des allgemeinen Aufstehens machen, um uns ihre Anerkennung pp. zu decretiren. Ja Wyneken hat von Deputationen an den König oder an uns gesprochen, um uns zum Bleiben zu bewegen. Kommen sie mir, so werde ich ihnen sagen: Schmeichelei, möge sie vom König oder von Ständen kommen, wende mich nicht von der Bahn des Rechts. Ich habe den Eid dem Volke nicht brechen wollen, und werde ihn auch dem Könige nicht brechen!

Seit sich die Dinge nun so mißlich gestaltet, hat sich auch der Kronprinz an mich gemacht, bittet, ich möge ihn besuchen, wann und wie ich wolle. Ich bin auch ein Paar mal da gewesen. Der König scheint übrigens guter Dinge zu seyn.

Vielleicht hat es für Sie noch einiges Interesse, daß der Abgang Bülows in Berlin und der Eintritt Arnims eine Concession für Östreich hat seyn sollen, da der Streit in der Person des erstern sich etwas festgesetzt

---

1) Professor, Abgeordneter der Universität Göttingen.
2) Pastor in Geismar, Abgeordneter der Geistlichkeit.
3) Kaufmann in Nienburg, Abgeordneter für Handel und Gewerbe.
4) S. den Wortlaut bei Oppermann, II. S. 186. — 5) Präsident.
6) Canzley-Procurator, Abgeordneter des Standes der Rechtsgelehrten.

hatte [1]), obwohl die Politik ziemlich dieselbe bleiben mag, wenigstens wird man die Instruction vom 16. Febr. festhalten. Darin aber liegt noch keine Form des Bundesstaats. Für uns ist die Sache insofern unerfreulich, als Bülow persönlich mit Bennigsen und Wangenheim befreundet ist, und darauf allerdings manches beruht hat.

Ich muß Ihnen doch noch melden, daß ich vor 8 Tagen eine Correspondenz mit dem alten Lang geführt habe: er möge mir seine Ministercandidaten nennen, damit ich den König darauf vorbereiten könne. Er antwortet mit allerlei Schmeicheleien für uns: „er habe keine, seine Parthei denke nicht daran, endlich sogar, sie würde sich lächerlich und verächtlich machen, wenn sie daran dächte." — Was sagen Sie zu diesem Unsinn? Ich glaube allerdings auch, daß die Zeit gekommen ist, wo die Regierungen Ernst zeigen müssen, aber wie sorgt man, daß der menschliche Verstand nicht wieder von der andern Seite vom Pferde herunter fällt, wenn man ihm hier hinauf geholfen? — Ich glaube auch, daß uns dieser Moment recht nahe ist, aber er macht mir recht schwere Sorgen nach allen Seiten hin.

d. 5.

Der Brief ist gestern an meinem Geburtstage liegen geblieben. Der König hat sich entschlossen, wenn wir dazu riethen, vom alten Lang ein Programm zu fordern, und wir haben dazu gerathen. Bis jetzt hat die Linke geredet: sie wollen den Fehler nicht machen, eine Regierung zu bilden. So mag sie diese Unfähigkeit offen bekennen. Nach dem, was man mir schreibt, scheint die bessere Stimme im Lande zu gewinnen; aber nach Art unseres Volks langsam. Auch werden die Menschen thatkräftiger. Hier hat sich ein Verein von Bürgern gebildet, der Flugblätter ins Land schickt. Einige, die ich gesehen, sind gut geschrieben. Dagegen wühlen die andern, suchen die Leute zu schrecken u. s. w., namentlich die schwachen Bauerndeputirten der 2. C. — Daß Östreich seine Entschließung in der Oberhauptsfrage (7 mit 9 Stimmen [2])) abgegeben, werden Sie dort schon wissen. Auch wohl, daß Ld. Palmerston den Krieg nicht wieder will aufkommen lassen.

Breusing kann in Kurzem ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten. Freudentheil redet davon, er wolle nun wieder nach Frankfurt,

---

[1]) Unterstaatssekretair Graf v Bülow war seit 6. Dec. 1848 mit interimistischer Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt und hatte die Cirkulardepesche vom 23. Januar gezeichnet.

[2]) Die Instruktion an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, von Schmerling, vom 27. Februar (Roth u. Merck, II. S. 430) enthielt nach Ablehnung der Unterordnung unter eine von einem anderen Fürsten gehandhabte Centralgewalt den positiven Vorschlag eines Direktoriums von 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen, von welchen

hat sich hier die Diäten verbeten, um die höheren Frankfurter fort zu beziehen. Wissen Sie, wie die Geschichte mit Simsons Unterschrift unter der Adresse zusammenhängt? Die Nordd. Zeitung giebt es zu, daß sie unrichtig, ohne Aufklärung darüber.[1]) Man ist hier nachgerade in der Stimmung, alles von der schmutzigen Intriguenmacherei zu fürchten, welche die schlechteste Errungenschaft ist, die wir Frankfurt verdanken.

Doch es mag genug sein. Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Mein ganzes Zimmer duftet von einem großen Veilchenstrauß, den mir die Kronprinzessin vorgestern hat übersenden lassen. Wie komme ich nur zu dergleichen, das mir unbehaglicher ist, als aller Streit mit den Ständen, weil es nicht zu meiner Natur paßt.

Nr. 96. Frankfurt, 9. März.

Ihr Brief vom 5. mit seinem reichen Inhalt hat uns (ich rede zunächst von Bothmer und mir) sehr glücklich gemacht: wir sehen jetzt den Faden, an dem dort die Ereignisse sich abspinnen werden. Ich sähe die Dinge dort gar zu gern in der Nähe, aber daran ist vorläufig nicht zu denken, da hier noch immer keine Lösung nahe und Jeder auf seinem Posten bleiben muß. — Wie es hier steht, habe ich in einigen in den letzten Tagen geschriebenen Artikeln der Hannoverschen Zeitung[2]) angedeutet, die Sie wohl gesehen haben; die Regierungs-Bedenken und Wünsche wegen

---

letzteren Oesterreich und Preußen je 2, Bayern eine führen, und die übrigen nach Kreisen vertheilt werden sollten. Eine nähere Präzision, insbesondere hinsichtlich der letzten 4 Stimmen, enthielt der Vorschlag des österreichischen Bevollmächtigten vom 8. März (ebendaselbst S. 433). In der preußischen Cirkularnote vom 10. März (ebend. S. 436) wurde der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß Oesterreich mit jenen Vorschlägen auch den Weg der Verständigung betreten habe und die Bereitschaft erklärt, dieselben in reifliche Erwägung zu nehmen. Von Herrn v. Manteuffel wurde die Note in der Kammer dahin erläutert, daß sie eine materielle Antwort nicht habe geben wollen. S. von Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers von Manteuffel, I. S. 87.

[1]) Die bereits von Detmold in seinem letzten Briefe (S. 180) erwähnte Adresse der hannoverschen Abgeordneten in Frankfurt vom 20. Februar (Oppermann, II. S. 185), welche in der Veröffentlichung sonderbarer Weise auch die Unterschrift des Präsidenten Simson trug. Letzteres beruhte auf einem Mißverständniß. Man hatte aus Lüntzels Unterschrift unbegreiflicher Weise: „Simson, Präsident" herausgelesen. Vgl. den Brief von Lüntzel an Römer vom 7. März in Doebner, Studien zur Hildesheimischen Geschichte, S. 209.

[2]) Vgl. die mit V bezeichneten Artikel aus Frankfurt vom 1., 2., 4., 7., 8. März in der Hann. Zeitung vom 3.—10. März, ferner vom 14. März in der Zeitung vom 16. März.

der Verfassung, die am Ende einen festen Punkt hätten abgeben können, an dem eine Parteibildung, eine Majorität sich hätte ansetzen können, haben vorläufig zu nichts geholfen, als etwa die Verwirrung zu vermehren. Was der Verfassungs-Ausschuß vorgestern gethan hat, müssen Sie aus der Hannoverschen Zeitung [1]) ersehen, die Sache ist rein unglaublich: die Erblichkeit, die er früher, zu wiederholten Malen, nicht zu beschließen vermocht hat, hat er jetzt Angesichts der Erklärungen von Oesterreich, Preußen, Bayern pp. auf den Wunsch von Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt beschlossen — mit einer Stimme, 13 gegen 11 (eine Stimme Majorität, weil bei Parität die Erblichkeit nicht beschlossen gewesen wäre). Um Ihnen diesen Wahnsinn zu erklären, reicht vielleicht, obgleich der Wahnsinn jetzt kaum der Erklärung bedarf, folgendes hin. Als die Preußische Note vom 16. Febr. [2]), die sich gegen Errichtung eines Kaiserthums ausspricht, hier ankam, verbreitete man über den Inhalt derselben gerade das Gegentheil, es hieß, Preußen sei geneigt u. s. w. u. s. w. Zu gleicher Zeit und mit wahrer Wuth wurde eine Vereinigung aller derer, welche den Bundesstaat wollten, zu einer Parthei betrieben: die s. g. Weidenbusch-Partei. Des Namens wegen traten manche zu, die theils sich leichtsinnig banden, theils gleich nachher zurücktraten. Wer aber zutrat, mußte sich durch Unterschrift verpflichten, für §§ 2 und 3 zu stimmen; es war ein eigenes Buch für die Unterschriften ausgelegt und herangezogen, wer irgend sich heranziehen ließ, auch vieles von der Linken; 210—20 mögen in solcher Weise sich gebunden haben. Erst als das fertig war, trat man mit der Note vom 16. Febr. hervor, die nun die Deutsche Zeitung und die O. P. A. Zeitung in bekannter Weise interpretirten. Indeß die Unterschriften sicherten noch immer keine Majorität, die auch schwerlich vorhanden sein wird, wenns über § 2 und 3 zur Abstimmung kommt. Die Haupthoffnung ist auf Berlin gesetzt. Dort hat Vincke die Sache in die Hand genommen. Er hat mit großem Geschick die Rechte organisirt, die dadurch stärker erscheint, als sie ist, während die Linke, trotzdem, daß sie bei der Präsidentenwahl gut zusammengehalten, aller Organisation, aller positiven Idee entbehrt. Sobald die Rechte eine irgend bedeutende Majorität hat, so daß sie nöthigenfalls — auch um Vinckes herber Leidenschaftlichkeit willen — Etwas zuzusetzen hat, wird die Rechte das Ministerium zu modificiren, Vincke hineinzubringen versuchen. Und dann wird der Landtag — sogar auf den Zutritt der Linken oder eines Theils wird um der Preußischen Nationaleitelkeit willen gerechnet — die Deutsche Frage in die Haud nehmen, den König und event. den Prinzen von Preußen zwingen, die Kaiserkrone zu

[1]) Vgl. den Detmoldschen Artikel vom 8. März.

[2]) Roth u. Merck, II. S. 292.

usurpiren u. s. w. Es ist das Alles Unsinn — aber der Plan ist so; und die Verwirrung wird jedenfalls dadurch ungeheuer werden. Camphausen ist ganz und gar in den Händen der imperialistischen Partei und schwört hier hoch und theuer, der König von Preußen werde die Krone annehmen, wenn sie ihm von hieraus in irgend annehmbarer Weise geboten werde. Sie können auf diese Nachricht hin nachsagen [sic!], zumal dergleichen Äußerungen von Camphausen, die in offenbarem Widerspruch mit den offiziellen Erklärungen stehen, den Wirrwarr nur mehren, den Unsinn nur steigern. Rechnen Sie dazu die unseligen Zustände in Bayern, wo ein characterloser, ewig schwankender König geradezu die Monarchie auf's Spiel setzt durch wahrhaft kindisches Benehmen, während das Volk so gut gesinnt ist wie nur irgend eins; rechnen Sie dazu die Zustände in Oesterreich: so haben Sie den Schlüssel zu dem, worauf die Kaiserpartei ihre Rechnung baut. Sie begreifen aber auch, wie Alles nach Hannover schaut, dem Einzigen Lande schaut („le seul pays ou il y a encore des hommes", wie mir Tallenay[1]) kürzlich sagte, womit er freilich, wenn auch vorzugsweise Sie, doch auch ebenso Falcke, den er persönlich kennt, meinte) — weil dort allein sich noch fester Wille und entschiedener Charakter zeigt. — Was Oesterreich betrifft, so ist in Olmütz, wie ich glaube, wenig Entschiedenes zu hoffen. Die Stellung zu den Magyaren, Slaven, Kroaten ist zu unglücklich. Windischgrätz hätte längst den Krieg vollständig beendigen können, wenn nicht die großen Ungarischen Familien, Esterhazys u. s. w. fortwährend intervenirten, Schonung anempföhlen und darauf aufmerksam machten, wie man die Magyaren nicht vernichten, sondern schonen müsse, um sie gegen das Uebergewicht der Slaven benutzen zu können. Das erklärt das Schwankende in der Kriegsführung in Ungarn, das erklärt auch die Widerwilligkeit von Seiten der Kroaten, die fast schmollende Stellung von Jellachich, der das Spiel einsieht, was man in Olmütz spielt und spielen muß. — Noch will ich hinzufügen, daß die hiesige Kaiserpartei an dem Erbkaiser jetzt noch um so fester hält, um etwas zum Ablassen zu haben; man wird — das weiß ich — sich mit einem Wahlkaiser auf Lebenszeit, ja auf 6 Jahre begnügen. Ich habe auf Anwürfe, die mir dieserhalb gemacht worden, erwidert: das sei mir auch noch zu theuer.

Über Klenze vergaß ich in meinem letzten Briefe zu berichten. Der hat hier mit seiner gewohnten Klugheit die Unhaltbarkeit der hiesigen Dinge wohl erkannt; ich habe mehrfach mit ihm darüber geredet und möchte Sie, wenn Sie's über sich gewinnen können, wohl bitten, sich von Kl. die Dinge schildern zu lassen.

---

[1]) Marquis de Tallenay, französischer Gesandter in Frankfurt.

Daß sich ein Verhältniß zwischen Ihnen und dem Kronprinzlichen Paare bildet, hat mich sehr erfreut. Ihnen wird das vielleicht noch manche unnütze Stunde verursachen, diese oder jene Unannehmlichkeit, später sogar Peinliches — aber der Nutzen für's Land ist unverhältnißmäßig groß.

Herzlich ergeben

Der Ihrige
D.

Nr. 97. Frankfurt, 15. März.

Da Sie, th. Freund, kürzlich von Bothmer Bericht erhalten haben, habe ich nicht geschrieben, weil ich jenen Berichten nichts würde hinzufügen können. Wie die Dinge stehen, wissen Sie daher. — Die N.-V., durch die Oesterreichische Verfassung[1]) hauptsächlich auch in der Beziehung erschreckt, daß es ihr, der N.-V., ebenso gehen könne, wie den konstituirenden Versammlungen in Berlin und Kremsier, die N.-V. also, damit ihr die Verfassung nicht auch oktroyirt werde, will in aller Eile in Einem einzigen Beschlusse dieselbe annehmen, die Verfassung inclus. des Preußischen Erbkaisers, und, damit dieser den Demokraten einigermaßen munde, inclus. des wahnsinnigen Wahlgesetzes, — was sehr schmeichelhaft sein muß für den König von Preußen, zumal der größte Teil der Linken dennoch um diesen Preis nicht will. Bitte aber auch noch ein anderes Zugeständnis gegen die Linke zu bemerken, Nr. 7 des anliegenden Berichts, nämlich, daß die jetzige N.-V. zusammen bleibe bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags. — Die Sache wird ohne Zweifel bereits Morgen zur Berathung kommen, — was der Ausgang sein wird, wage ich nicht voraus zu sagen, ich glaube aber, der wahnsinnige Antrag wird angenommen. Die ganze Idee ist aber nur das schlechte Gelüste eines alten Mannes[2]), bei dem, um mit

---

[1]) Die Verfassung von Kremsier vom 4. März. Mittelst Schreibens an den Bevollmächtigten vom 9. März verlangte sodann Fürst Schwarzenberg den Eintritt des Gesammtstaates in das Deutsche Reich. S. Roth u. Merck, II. S. 437.

[2]) Welcker, welcher in Veranlassung der in Anmerkung 1 berührten Thatsachen von der Direktorialpartei zur Erbkaiserpartei überging und am 12. März die Enblocannahme der Verfassung und Uebertragung der erblichen Kaiserwürde auf den König von Preußen beantragte. Nach heftiger Debatte fiel jedoch der Antrag am 21. März mit 252 gegen 283 Stimmen der Großdeutschen und der Linken, welche diesmal trotz des demokratischen Wahlgesetzes für den Antrag noch nicht zu gewinnen war. In Folge dieser Abstimmung erbaten Gagern und die übrigen Reichsminister noch am selbigen Tage ihre Entlassung. Bekanntlich machten weitere Konzessionen der Erbkaiserpartei an die Linke alsdann eine Coalition beider Parteien möglich, durch welche bei der im Fluge durchgeführten zweiten Lesung der Verfassung wenige Tage nachher eine Majorität von

Shakespeare zu reden, die Begierde die Kraft überlebt hat. — Daß man in Berlin diese Goldpapierkrone refüsiren werde, sehe ich als ausgemacht an; — wie weit es dann die Berliner Cammern treiben werden, ist nicht abzusehen, zumal dort die Linke, wenn sie den Umsturz will, nicht klüger thun kann, als in dieser Sache mit der Rechten zu gehen. Bei Oesterreichs entschiedenem Auftreten sind die Folgen nicht zu verkennen. Jedenfalls wird Oesterreich dafür zu sorgen wissen, daß Bayern, und vielleicht mit ihm Würtemberg, gegen das Preußische Erbkaiserthum renitirt. Hannover ist dabei in der allerübelsten Lage; namentlich werden Sie dem Könige gegenüber einen schlimmen Stand haben, der vermuthlich Deutschland wird verlassen wollen. — Unsere ganze Hoffnung muß nunmehr darauf stehen, daß die Cabinette von Olmütz und Berlin einig sind, und daß man in Berlin Kraft und Entschiedenheit genug besitze, die etwaige Abrede mit Olmütz durchzuführen. — Die Oesterreichische Verfassung hat mich auch sehr erschreckt, hauptsächlich der überstraffen Centralisation wegen, in die auch Ungarn und Italien hineingezogen, wodurch eine friedliche Lösung jener beiden Fragen unmöglich gemacht worden. In Olmütz scheinen sich zwei Tendenzen bekämpft und lange balancirt zu haben, die centralistische (Schwarzenberg?) und die föderative (Bruck?), die Noten lauteten vom Programm von Kremsier an je nach dem augenblicklichen Siege der einen oder andern Partei; — nun hat die centralistische Richtung gesiegt und ihren Sieg durch Oktroyirung der Verfassung vollständig benutzt. — Daß wir schlimmen Dingen entgegengehen, ist nur zu sicher; wäre nur in Hannover jetzt Alles in Ordnung, dann wäre doch im Norden ein fester Punkt. Ich meine aber, wenn Sie jetzt mit dem Versuche Langs I vor die Cammern treten und Erklärungen abgeben und hinterher sofort auflösen, so wäre Manches in der Zwischenzeit zu gewinnen und zu überlegen. Lassen Sie die Cammern zusammen, bis hier der Welckersche Antrag angenommen worden, was vielleicht schon morgen geschehen sein kann, — so klemmt sich die ganze Linke dort an den Preußischen Erbkaiser, lediglich als eine Form der Opposition. Doch Sie werden das ja am besten wissen. — Käme es zum Preußischen Erbkaiserthum, so erwarte ich eine tüchtige Opposition auch noch vom specifischen Preußenthum, das eigentlich am wesentlichsten davon betroffen wird. — Aber Verwirrung, unlösbare, überall!

Der Ihrige

D.

---

267 gegen 263 für den Erbkaiser erreicht, und alsdann am 28. März die Wahl des Königs von Preußen mit 290 Stimmen vollzogen wurde, während die Uebrigen sich enthielten. Vgl. von Sybel, I. S. 300 ff.

Nr. 98. Frankfurt, 15. März.

Meinem Briefe von heute früh füge ich noch Folgendes nach der heutigen Sitzung hinzu. Die Berathung über den Welckerschen Antrag findet erst übermorgen, Sonnabend, Statt. Morgen ist keine Sitzung. Ob am Sonnabend schon abgestimmt werden wird, weiß ich nicht, bezweifle es aber sehr, da die Majorität noch sehr zweifelhaft ist. Die Erbkaiserpartei hat 232 Stimmen sicher, meist durch Unterschrift verpflichtet, das ist aber noch nicht die Majorität. Die eigentliche Linke wird gegen den Antrag stimmen, trotz des Wahlgesetzes! Das ist für mich eine Art Trost, da nun möglicher Weise das demokratische Element sich nicht so sehr des Erbkaisers bemächtigen wird. Dies führt mich auf etwas, was ich heute Morgen zu schreiben vergaß: gerade bei uns in Hannover wird es in Kurzem Demonstrationen für den Erbkaiser geben, natürlich nur Form der Opposition. Sie dürfen daher sogar von den Ständen einer derartigen Äußerung gewärtig sein. Die Sache ist von hier aus betrieben worden, wie es mir scheint hauptsächlich durch Grumbrecht u. a. Schon deshalb, glaube ich, wäre eine Auflösung zweckmäßig; wenn Sie nach 6—8 Wochen die Cammer wieder berufen, steht die Sache sicher so, daß man genau weiß, wie man dran ist, es ist dann ein Aufwaschen. — Vincke und die übrigen Berliner Deputirten sind durch den Telegraphen hieher berufen, meist schon hier, wollen aber bis Montag oder Dienstag wieder fort, weil es doch auch in Berlin an Stimmen fehlt. Gagern wird am Sonnabend die Sitzung eröffnen mit Beantwortung einer Interpellation wegen des Verhaltens von Oesterreich; er wird das mit den schwärzesten Farben schildern, und unter dem Eindruck dieser Erklärungen soll die Berathung beginnen. Wenn Sie in Berlin, wie ich meine, Bekanntschaften im Ministerium des Auswärtigen haben, suchen Sie doch hinter die Verhandlungen zu kommen (falls jenes Departement sie führt), die mit Gagern über die Dänische Sache[1]) Statt gefunden. Er hat von Berlin ein sehr scharfes Rescript bekommen über sein unstaatsmännisches Verhalten in dieser Sache, ja ich habe Grund zu zweifeln, ob Preußen überall auf seine Forderungen hinsichtlich des Krieges mit Dänemark eingegangen ist; ich glaube noch nicht, daß die Preußischen Truppen marschiren werden. Ich habe Bothmern seine deßfallsigen Zweifel mitgetheilt, der hier darüber hie und dort ins Haus hören will; ich denke aber, Sie erfahren in Berlin am sichersten etwas Genaues darüber. Ebenso schlimm ist er mit England angekommen; von Lord Cowley will er dies und das, was er eben gewünscht hat, verstanden haben; Lord Palmerston aber will davon nichts wissen. Letzterer hat jetzt von den Englischen Kron-

[1]) Der Waffenstillstand war dänischer Seits zum 26. März gekündigt.

juristen ein Gutachten gefordert über die angebliche Garantie, die England in dem Vertrage von 1726 [1]) übernommen. Jetzt hat er Schöff Souchay als Reichs-Comissar nach Schleswig geschickt, den er gewählt hat, um nicht bei der Abstimmung über den Erbkaiser eine Stimme zu verlieren.

Daß Hoppenstedt [2]) dort gewählt worden, war mir als Zeichen der antidemokratischen Majorität erfreulich; hoffentlich kommt er noch früh genug, um seine Stimme mit einzuwerfen. Der Ihrige

D.

Nr. 99. Frankfurt, 22. März.

Sie werden, theurer Freund, durch Bothmer und die Zeitungen über die Vorgänge der letzten Tage vollständig unterrichtet sein. Ueber das dessous des cartes hab ich Einiges heute an Krüger für die H. Z. geschickt. [3]) Gagern war wegen des Dänischen Krieges (freilich auch wegen vieler anderer Dinge) in der schlimmsten Situation; eingeklemmt zwischen Preußen, das nicht wollte (Gagern wird vermuthlich die Hauptschuld auf Hannover schieben), und die Professoren, die zum Kriege trieben. Die Kaiserkrone sollte da noch einmal Schleswig retten, die Berliner Cammern allenfalls den Krieg als Zugabe der Krone hinnehmen. Das ist nun mißlungen. Die Scenen gestern sind unglaublich komisch, unglaublich tragisch gewesen. Die Leidenschaften sind auf eine Höhe gestiegen, von der man gar keinen Begriff hat. Daß der Dänische Krieg eine schlimme Rolle bei der Entlassung des Ministerii spiele, war schon daraus klar, wie giftig Beseler gestern gegen Gagern war; denn daß Preußen, das jetzt den Frieden schließen wird, eben nicht viel Rücksicht auf die Professoren nehmen werde, ist klar. Nun scheint man noch einen Haupt-Coup versuchen zu wollen und das ist's, worauf ich Sie vorläufig präveniren wollte. Der Eisenstuck'sche [4]) Antrag, Abstimmung über die einzelnen §§ der Verfassung ohne Discussion, aber unter Zulassung von Anträgen, die von 50 Mitgliedern unterstützt werden, ist angenommen. Diese Abstimmung beginnt Morgen. Nun haben, wie ich so halb und halb herausgehört habe, die Führer den wahnsinnigen Gedanken, noch einmal ein tolles va banque zu spielen. Werden § 1, 2, 3 angenommen, so kommt ein Antrag: die Oester-

[1]) Es wird die Deklaration vom 23. Juli 1720 gemeint sein, durch welche Großbritannien dem Könige Friedrich IV. von Dänemark den Besitz des von ihm während des nordischen Kriegs eroberten und der Krone Dänemark einverleibten Gottorpischen Antheils von Schleswig garantirt hatte.

[2]) Regierungsrath im Ministerium des Innern.

[3]) Vgl. Detmolds Berichte unter der Chiffre V in der Hannoverschen Zeitung vom 23. u. 24. März. — [4]) Kaufmann, von Chemnitz.

reicher sollen aus der Versammlung heraus; werden jene Paragraphen verworfen, bleibt Oesterreich also bei Deutschland, dann sei der Bundesstaat, den und wie ihn Deutschland einmal haben müsse, haben wolle, nicht mehr möglich — dann müsse Alles aus der N.=V. austreten, was jenen Bundesstaat wolle. So ist der Plan der Führer; es fragt sich nur, ob sie für die 2te Alternative genug Leute gewinnen können. Die Sache wird in größter Heimlichkeit heute Abend berathen. Ich hatte etwas davon gemerkt und habe — da ich selbst seit 14 Tagen mich von den eigentlichen Partheiberathungen fern halte — den diversen dabei interessirten Fractionen Kunde zukommen lassen, damit Morgen Alles gerüstet und auf dem Platze sei. Es wird sich schon um § 1 [1]) handeln, den die Erbkaiserlichen weg haben wollen. Gehen die Menschen auf diesen Wahnsinn ein, so wird die Aufregung in Deutschland ungeheuer sein; dann ist es an den Regierungen, die Sache ehrlich in die Hand zu nehmen. Man will hier eine Spaltung in Süd= und Norddeutschland, oder vielmehr Süddeutschland und Preußen, denn Alles Andere soll Preußisch werden. Darum muß man in Berlin am entschiedensten und ehrlichsten sein. So lange Arnim am Ruder des Auswärtigen, ist nichts Schlimmes zu besorgen. Ich habe gerathen, wenn die Leute den Wahnsinn ausführen, hier ruhig die Sache in der Hand zu behalten, ein farbloses Ministerium zu bilden, die Dänische Sache ganz in die Hände Preußens zu legen und dann wo möglich auf Ausführung Ihrer Ideen (provisor. Staatenhaus pp.) hinzuarbeiten. Die Gefahr wäre dann vorläufig nur darin am schlimmsten, daß in dem Rumpfparlamente die Linke die Majorität hätte. Noch hoffe ich, daß einzelne Verständige des Wahnsinns Herr werden, namentlich z. B. Radowitz, der in den letzten Tagen gepiepmeiert und sein ganzes politisches Renommé verloren hat.

Morgen mehr. Der Ihrige

Detmold.

Nr. 100. Hannover, 24. März.

Zuerst muß ich Ihnen für drei Briefe danken, lieber Freund, die bis jetzt unbeantwortet sind; aber trotz der Ferien, die uns die Entfernung der Stände giebt, hat man doch viel zu thun, und ich werde im Briefschreiben faul, wenn ich nicht bestimmte Stoffe habe. Die Vertagung unserer Stände hat das Sonntagsblatt unserer Zeitung vom 18. erläutert. Sie ist eine glückliche Maßregel, die sich bis jetzt durchaus calmirend zeigt. Die Aufregung ist nicht im Lande, nur in einigen verrückten Köpfen, die sich dann

[1]) „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes."

der leidigen Klubs von Handwerksgesellen, Cigarrenmachern und dgl. Arbeitern κατ' ἐξόχην bedienen, um Lärm zu machen. Der trübselige Ausgang des tollen Einfalls von Welcker war auch von mir nicht vorhergesehen. Obgleich ich von der Unzucht der Kaiserparthei mit der Linken allmäligen Ruin der Versammlung vorhersah, in der nun alles gleich schlecht ist, und als gleich schlecht sich prostituirt, so glaubte ich doch an eine Mehrheit für das Ende, und mehrere meiner Collegen hofften das sogar; denn sie sind alle den Kampf müde. Ebenso wenig habe ich den Abgang des Ministeriums vermuthet. Um so bereitwilliger aber erkenne ich Ihre Behauptung an, daß der Schleswigsche Krieg eigentlich der Grund des Abgangs sey. [1])

Freilich ist hier die Sache noch nicht so schlecht wie Sie denken. Die Baiern marschiren, unsere Leute auch. Ob das Gerücht, das der Schwede d'Ohßon [2]) verbreitet hat, richtig sey, daß Bunsen Befehl habe, das Palmerstonsche Protokoll zu zeichnen, weiß ich nicht. Allein, um die Stellung der Reichsminister zu würdigen, muß man nur das Protokoll der Conferenz mit den Bevollmächtigten vom 5. März lesen. Wer da nicht begreift, daß diese sg. Centralgewalt weniger wie gar nichts ist, wem nicht die Augen und das Herz übergehen bei dieser Misere Deutschlands — nun, der mag Reichsminister werden. In quo peccastis in eo puniemini! Gagern mag nun, wenn er irgend noch urtheilt, erkennen, welche Früchte sein kühner Griff getragen hat. Er mag die tolle Vernichtung des Bundestags bereuen.

Ihre Mittheilung über den wüthigen letzten Plan der Kaiserparthei ist mir ebenfalls glaubwürdig. Statt den einzigen Ausweg, der noch wozu führen konnte, Coalition der beiden Rechten auf irgend ein Programm, einzuschlagen, muß eine solche leidenschaftliche Masse natürlich alles auf eine Karte setzen, um Deutschland und sich selbst in die Luft zu sprengen. Allerdings ist jetzt schwer irgend vernünftiges zu thun. Solange diese Östreichische Verfassung besteht, ist keine Deutsche Verfassung möglich. Sie wird aber zerfallen, und für diesen Fall müssen wir im Stande seyn, Östreich aufzunehmen, dürfen also nur ein provisorium machen. Wie das einzurichten seyn wird, das hängt von den Frankfurter Schritten zumeist ab. Nach meiner Ansicht müssen die Regierungen suchen, mit den Ständen darin zusammenzugehen, weil sie ohne solche kein Vertrauen im Volke finden werden. Dann muß man die Verfassung oder wenigstens ein

[1]) Die von Gagern unter dem 22. März nachgesuchte Entlassung kam nach den Vorgängen der folgenden Tage nicht zur Ausführung. Detmolds Ansicht ist weiter ausgeführt in seinem (V) Artikel vom 22. März, Hannov. Zeitung vom 24. März. Das Entlassungsgesuch ist abgedruckt ebendaselbst Nr. 79 vom 29. März. — [2]) Gesandter in Berlin.

Wahlgesetz octroyiren, Preußen aber für den Schleswigschen Krieg allerdings eine Dictatur übertragen, damit diese lausige Geschichte, ein Erbstück des Hrn. v. Arnim, ein Ende bekommt.

Aber was ich Ihnen eigentlich heute zu sagen habe, das ist eine Frage. Mit Krüger gehts nicht mehr bei der Hannoverschen Zeitung, er ist zu tactlos, und je mehr man ihn erinnert, desto dummere Streiche macht er. Er wird also wieder in den Schulstand zurückkehren, und nun, da doch die Dinge dort in Frankfurt zu Ende gehen, möchte ich Sie fragen, ob Sie die Sache übernehmen wollen? Die Sache steht so, daß sie sich m. E. recht gut halten kann und eine gewandte Redaction sie sehr wohl zu heben vermag. Krügern war ein Gehalt von 1000 Thlrn. gesichert. Er hat zwei Gehülfen, die aber auf Kündigung stehen und also nicht im Wege seyn können. — Ich bitte, überlegen Sie die Sache und lassen Sie mich bald Bescheid haben. Der Antritt der Sache wird immer noch um einige Wochen hinausgezogen werden können, und so wenig ich sonst meine, daß die Sachen sich in der Welt sehr rasch bewegen, so möchte ich doch jetzt glauben, daß die Frankfurter Versammlung sehr ihrem Schlusse zueile.

Ich muß schließen, um den Brief zur Post zu bekommen. Also leben Sie wohl und geben Sie mir bald Nachricht.

Ihr

JCBS.

Nr. 101. Frankfurt, 25. März.

Ich darf annehmen, daß Sie, theurer Freund, von den Vorfällen und Abstimmungen von Freitag und Sonnabend genaue Kenntniß haben, durch die Zeitungen, Bothmers Berichte und Gagerns Protokolle. Die Zustände sind hier wahrhaft entsetzlich, grauenvoll und unerträglich: es ist eine Leidenschaft und Erbitterung, die sich in tausend rohen Wuth-Ausbrüchen Luft macht. Am Freitag, beim Schluß der Morgen-Sitzung, als der eine Paragraph[1]) mit Einer Einzigen Stimme gefallen war und man nun hinterher die Abstimmung anfechten wollte wegen des Protestes der 3 Welschtiroler, hat wenig gefehlt, daß es nicht zur Balgerei gekommen wäre; die Sitzung wurde aufgehoben und die Frage sollte in der Nachmittags-Sitzung zur Verhandlung kommen. Für diese hatten sich viele Mitglieder mit Waffen versehen. Daß die Erbkaiser-Parthei aber inzwischen, von der Unhaltbarkeit ihres Antrages und Grundes überzeugt, den Antrag zurück-

[1]) § 2. „Kein Theil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." Vgl. über die Vorgänge in dieser Sitzung Detmolds (V) Bericht in der Hannov. Zeitung vom 26. März.

nahm, werden Sie wissen; so ging der Rest vom Freitag und die beiden Sonnabend-Sitzungen ziemlich ruhig ab. Die Erbkaiserlichen arbeiten und wühlen aber fort und fort und machen unglaubliche Anstrengungen, um noch Stimmen herüber zu ziehen, bei H. Simon und einigen Freunden desselben wird es ihnen auch gelingen. Ihre Hauptstärke besteht nun darin, daß man gegnerischer Seits sich eben nur in der Negative zusammenfindet, ohne jener wahnwitzigen Kaiser-Idee etwas Positives entgegenstellen zu können. Diese Rücksicht, tausend andere Rücksichten, die Sie aus der Lage der Dinge erkennen werden, auch ohne daß ich sie detaillire, Parthei-Erbitterung wenn Sie wollen auch, haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß das Wichtigste sei, den Erbkaiser zu tödten und ein Direktorium zu beschließen. Gelingt das, so werden die Regierungen demnächst mit dem Staatenhause dann schon die Sache in das richtige Geleis bringen können. Kommt der Erbkaiser zu Stande, so giebt's endlose Verwirrung; kommt Nichts zu Stande, so werden die Erbkaiserlichen fort und fort behaupten: das sei Schuld ihrer Gegner. Wird ein Direktorium beschlossen, so wird Preußen aus seiner bisherigen perfiden Stellung herausgetrieben. Für mich ist also jetzt die Oberhauptsfrage die Hauptsache, der ich Alles Andere unterordne. Bothmer, mit dem ich die Dinge täglich und stündlich bespreche, denkt ebenso. In diesem Sinne werden wir von nun an handeln und stimmen, und namentlich bin ich entschlossen, da ich freier stehe als Bothmer, der Rücksichten zu nehmen hat, als Ihr Bevollmächtigter, in dieser Richtung mit aller Entschiedenheit voranzugehen. Ich schreibe Ihnen das, damit Sie in keiner Weise irre an mir werden sollen, selbst wenn Sie ebensowenig wie ich selbst das billigen, was nun einmal für Erreichung jenes Gedankens nothwendig wird. Den Plan in Masse auszutreten hat die Preußische Parthei aufgegeben, eben weil sie doch noch in fine finali der Zerfahrenheit der Gegner gegenüber ihren Plan durchzuführen hofft. Was kommen wird, wenn sie nun in den nächsten Tagen zum dritten und letzten Mal unterliegt, mag ich nicht vorausdenken. Wie die Entscheidung fallen wird, ist noch nicht vorauszusehen, weil sie sicher nur mit der Mehrheit von einigen wenigen Stimmen gefaßt werden wird. Es wird eine böse Woche werden; man darf nicht an den andern Tag denken, weil der heutige so schlimm und der Morgende nicht besser sein wird, es ist ein entsetzliches, Geist und Körper zerstörendes, alle Nerven zerrüttendes Treiben. Nun diese stummen Abstimmungen ohne alle Discussion, wo auch nicht einmal mehr zum Schein Gründe für und wider, sondern lediglich die Stimmen gegen einander kämpfen, diese rasende Hast, mit der an einem Tage 30—40 wichtige Paragraphen votirt werden; denn die Versammlung ist todt und die Todten reiten schnell; diese tödtliche Erbitterung, mit der

sich Leute einander gegenüberstehen, die noch vor 14 Tagen Herzensfreunde waren, — das alles sind Zustände, die man erleben muß, um sie für möglich zu halten, die man aber doch lieber nicht erlebt und die selbst erlebt zu haben nicht frommen wird. [1])

Hoppenstedt und Oberg [2]) sind im Lager der Erbkaiserlichen, und haben gestern und vorgestern mit denen gestimmt. Ob Hoppenstedt auch in der Oberhauptsfrage dort stimmen wird, soll mich sehr wundern. Er hat sich weder vor Bothmer noch vor mir bis jetzt sehen lassen und vermeidet uns selbst in der Sitzung.

Mein armer Freund Jürgens ist von den Erbkaiserlichen, Gagern, Beckerath u. s. w., stark bearbeitet worden; er mag ihnen wohl Hoffnungen gegeben haben, daß er am Mittwoch (21.) sich der Abstimmung enthalten werde. Das hat er nun doch nicht gethan, und da hat Hergenhahn ihn in der Sitzung nicht allein mit den pöbelhaftesten Schimpfworten überhäuft, sondern sogar nach ihm geschlagen. Ich meine Ihnen schon vor Monaten geschrieben zu haben, daß man in der Oberhauptsfrage noch mit Messern an einander kommen werde, — ich habe da nicht zu schwarz gesehen. Ich wollte nur, es wäre erst Alles aus, ganz aus.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 102. Frankfurt, 1. April.

Von den Ereignissen der letzten Tage gebe ich Ihnen, th. Freund, vorläufig noch keine Schilderung, weil der Ekel und der Zorn über die beutelschneiderische Art und Weise, mit der sie herbeigeführt worden, mich noch schwerlich zu objektiver Auffassung der Dinge kommen lassen würden. Darüber also ein ander Mal. Was mich heute an Sie schreiben läßt, das ist die Angst und Sorge um das was kommen wird. Daß der König von Preußen in der ganzen Geschichte, wenn auch vielleich schwankend, doch gewiß ehrlich verfahren ist, bin ich überzeugt. Desto perfider hat eine in Berlin mächtige Parthei gehandelt. Was wird nun geschehen? Der König würde gewiß am liebsten entschieden ablehnen; — aber wird jene Parthei, der die Preußische Nationaleitelkeit (jeder hiesige Preußische Deputirte sah sich schon im Geist als Proconsul in eins der andern 33 Länder geschickt) zur Seite steht, die Vereine, die Cammern u. s. w. dies zugeben? Gewiß

[1]) Vgl. die Schilderung von den Vorgängen dieser Tage in Detmolds (V) Berichten vom 27. und 29. März in der Hannov. Zeitung vom 29. und 31. März. Weiterhin finden sich noch Briefe Detmolds (V) vom 10., 21. und 23. April in der Hannov. Zeitung vom 12., 23. und 26. April. — [2]) Justizrath in Hildesheim.

nicht! Es wird also das Schlimmste kommen, etwas Unentschiedenes, deshalb das Schlimmste, weil man ihm keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzen kann; es wird eine Erklärung kommen: daß der König sich über die ihm überwiesene Würde mit den Regierungen verständigen werde u. s. w., einstweilen aber bis zu dieser Verständigung die Sache in die Hand nehme und den künftigen Reichstag einberufe. An die Regierungen wird dann eine geschrobene, verlogene Note ergehen: diejenigen Regierungen, welche dem in Frankfurt beschlossenen Bundesstaate vorbehältlich der Revision der Verfassung durch den nächsten Reichstag (in dessen Staatenhaus ja auch die Regierungen eintreten) und, vorbehalten die ganz offene Frage des Kaisertitel, zutreten wollen, möchten sich erklären u. s. w. Die Regierungen werden auf die Note antworten, wie sie eben auf ein so unentschiedenes unklares Ding antworten können. Nun kommt aber die Einberufung des nächsten Reichstags. Wer dazu wählen läßt, erkennt an; ja was weit schlimmer, er zieht sich den Strick rettungslos über den Kopf. Denn wenn, wie zu erwarten, Oesterreich den nächsten Reichstag nicht beschickt, so ist Preußen (ganz abgesehen, daß dort die Macht und die Gnaden sind) durch seine Zahl von Deputirten sowohl im Volks- als Staatenhause in der allerentschiedensten Majorität, und das Werk der Ungerechtigkeit, das jetzt wenigstens als ein Werk der Revolution besteht, wird dann legalisirt. Dem entgegenzutreten giebt es zwei Wege. Entweder Oesterreich beschickt ebenfalls den Reichstag. Obgleich durch die vorbehaltene Revision der Verfassung eigentlich noch res integra ist, so bezweifle ich doch, daß Oesterreich das thun wird; ich würde aber, hätte ich Macht und Mittel dazu, entschieden darauf hinzuwirken suchen, daß Oesterreich es thue. Nur dann, nur dadurch ist es möglich, zum Heil zu gelangen. Die Preußische Kaiserwürde stellt sich dann von selbst als Provisorium dar, es ist ein Volks- und ein Staatenhaus, vernünftige Beschlüsse also wenigstens möglich, und dem Reichstage gegenüber steht eine Regierung. Indessen es ist zu bezweifeln, ob Oesterreich diesen nach meiner Ansicht zweckmäßigsten Weg gehen werde. — Oder — und das ist der zweite Flügel meiner Alternative — die anderen mächtigeren Staaten, Bayern, Hannover, Würtemberg, Sachsen weigern sich (wie Oesterreich) dem Bundesstaate, wie er in Frankfurt beschlossen worden, beizutreten. Wird es ihnen aber möglich sein, wenn der Reichstag in Frankfurt zusammentritt, auf welchem Preußen und das kleine Pack vertreten, wird es jenen Regierungen möglich sein, dem unsinnigen Gelüste des Volkes nach Vertretung entgegenzutreten? Ich glaube nicht — namentlich wenn im unitarischen Sinne gehetzt und gearbeitet wird; die Regierungen werden die Wahlen zu der Nationalversammlung ausschreiben müssen, und sind damit verloren. — Am schlimmsten

nun ist unser Land daran. Denn auf Hannover, das darf man nicht verhehlen, ist es vor Allem Andern abgesehen; das muß zu Preußen kommen um jeden Preis. Daß Bayern, daß Würtemberg, ja selbst daß Baden an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, darauf ist man längst gefaßt; aber Hannover soll und muß. Die Stürme, die dadurch nun über uns kommen werden, drücken und beängstigen mich sehr. Die Hannoverschen Piepmeyers, die man durch den Vorwurf des Particularismus und undeutscher Gesinnung zu Vater- und Mutter-Mord bringen kann, werden wie die Gimpel in das Netz hineinrennen. Der König wird seine letzten Augenblicke in Ruhe vollenden wollen, und die Krone niederlegen, was ja die Verwirrung ins Endlose steigern würde. Aber so wird es kommen, zumal die Grundrechte dem Wahnsinn den Weg gebahnt haben. Sie werden mit der jetzigen Cammer dem Preußischen Erbkaiserthum nicht widerstehen können. Denn, das ist wohl zu bedenken, die Demokraten haben zwar gegen das Erbkaiserthum gestimmt, aber sie werden es stützen. Mir hat Vogt gestern ganz offen erkärt: die Linke werde nun mit allen Kräften den Erbkaiser stützen: der sei das sicherste Mittel, die einzelnen Regierungen todt zu machen; seien die todt, werde die Linke mit dem Erbkaiser schon fertig werden. Die demokratischen Vereine bei uns würden also nach Kräften für den Erbkaiser arbeiten. Es fragt sich nun, ob Sie durch Auflösung eine bessere Cammer erlangen würden: ich bin lange aus Hannover fort, habe wenig Beziehungen dorthin und bin daher nicht kompetent, über diese Eventualität irgend urtheilen zu können. Aber ich meine: mit dieser Cammer muß die Geschichte nothwendig zu Grunde gehen; eine schlechtere kann nicht kommen (schon weil auch die Bessergesinnten wegen der Grundrechte Versprechungen gegeben haben, Abstimmungen hinter sich haben, bei denen die Wühler Freudentheil, Lang, Rumann pp. sie fassen können); wohl aber ist es möglich, daß, wenn Sie offen vor das Land hintreten, die Sachlage darstellen, und der König von seinem rein dynastischen Standpunkte aus eine Proclamation in ähnlichem Sinne erläßt, wenn das ganze Land ermahnt wird, die Sache, an der das Heil des Landes hängt, mit Ernst anzufassen, wohl halte ich es dann für möglich, daß Sie eine bessere Cammer erhalten. Und mit einer solchen können Sie nicht bloß Hannover, sondern das ganze Deutschland retten. — Doch Sie, liebster Freund, werden das Alles tausendmal reiflicher erwogen haben, besser übersehen als ich. Mich drückte es nur, meine Sorgen gegen Sie auszusprechen, als könnten Sie mir Trost geben. — Ihre Anfrage wegen Übernahme der Hannoverschen Zeitung würde ich sofort bejahen, wenn nicht eben die Lage der Dinge eine so ungewisse wäre, daß durchaus nicht zu sagen, wie lange Ihr Ministerium noch am Ruder. Daß ich aber keine Lust habe, die Hannoversche

Zeitung etwa unter einem Ministerium Lang-Rumann zu übernehmen, brauche ich wohl nicht zu sagen. Daß es mit Krüger nicht weiter geht, ersehe ich aus einem neulichen Briefe von ihm; der gute Mensch meint, man könnte 1848/49 eine Zeitung redigiren und mit aller Welt in Frieden leben. Überhaupt scheint ihm das feste Verhältniß zu den Dingen zu fehlen, und so werfen sie ihn hierhin und dorthin.

Daß Ihr Regierungsrath Hoppenstedt (wie sein College Lodemann) für den Erbkaiser gestimmt, werden Sie schon wissen. Die Erbkaiserliche Parthei thut sich nicht wenig darauf zu Gute. Grumbrecht und Gravenhorst sind schon vor der Deputation abgereist, um wo möglich im Hannoverschen einigen Jubel- und Kaiser-Enthusiasmus zu Stande zu bringen. Überhaupt wird man auf Hannover vorzugsweise demnächst einzuwirken suchen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 103. Hannover, 4. April.

Wenn Sie diesen Brief erhalten, lieber Freund, werden Sie auch schon die Antwort kennen, die der König von Preußen der Deputation ertheilt hat, so wie die entsetzliche Albernheit Vinckes, nachdem er erst es nicht über sich hat gewinnen konnen, mit der Linken gemeine Sache zu machen, nun hinterher in einer 2. Adresse sich expectoriren zu wollen. In Berlin soll jedoch der Enthusiasmus nicht groß seyn, so wie er es hier auch nicht ist. — Nur die schönen Vereine haben den Spectakel am Sonnabend [1]) gemacht, und es ist Herrn Simson pp. gleich gesagt, sie möchten sich nicht irren, der Bürger betheilige sich dabei eben nicht. — Was ich aber eigentlich schreiben wollte ist, daß die Rede wahrscheinlich in Conferenzen mit Meyendorff und Prokesch [2]) verabredet ist. Nimmt man dazu, daß Radetzky auch wieder zwei Armeecorps zur Disposition stellt, so sollte es mich gar nicht wundern, wenn diese Kaiserwirthschaft unser Deutsches Staatsschiff einmal wieder etwas weiter über die Sandbänke des Absolutismus triebe, als wir uns träumen lassen. Betrachten wir einmal ernstlich die Umstände. Östreich im Bunde mit den Russen, siegend, hat durch die unkluge Verfassung vom 4. März unleugbar sehr dazu beigetragen, die Paulskirche zur äußersten Tollheit zu treiben. — Ich traue dieser Östreichischen Politik allen Machiavellism zu. Ehe sie die Gefahr dulden, das Dominat in Deutschland zu verlieren, oder zu theilen, werden

[1]) Bei der Durchreise der Kaiserdeputation.

[2]) Dem russischen und dem österreichischen Gesandten in Berlin. Vgl. über deren Einwirkung: von Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers von Manteuffel, I. S. 88.

sie eine Theilung von Deutschland selbst versuchen, und mit einem durch Tirol und Vorarlberg heranrückenden Corps ist es nicht schwer, Baiern, Würtemberg, vielleicht auch Baden zu halten; von Böhmen aus Sachsen. Die Constitution vom 4. März wird man dann den vielen Widersprüchen gegen dieselbe preisgeben, und wieder über Provinzen herrschen. Kann Preußen dann seinen Bund zu Stande bringen, so ist das das militärisch schwächste, haltloseste Ding von der Welt. Sollten aber gar, wie der König gestern wissen wollte, die Whigs wieder fallen, und die Peels ohne Peel an die Reihe kommen, so fehlte ihm jede Stütze. Selbst auf Frankreich dürfte nicht zu zählen seyn; denn daß sogar Thiers zum Frieden räth, scheint mir ein Zeichen entschiedenster Unfähigkeit zum Kriege zu seyn. Was dann? Man wird sich zur Ruhe begeben, die Clubs unterfuttern, Herr Piepmeyer geht mehr rechts — so lange es dauert.

Sie sehen, ich betrachte die Sache aus einem etwas anderen Standpunkte als Sie. Die Zeit, wo die Versammlungen dominiren, scheint mir einigermaßen vorüber zu seyn, wenn auch noch immer die Sachen einige Zeit in peinlicher Schwebe bleiben können. Östreich verfolgt noch immer den Gedanken, die Frankfurter Versammlung auseinander zu treiben, wird von der Permanenzerklärung neuen Grund hernehmen.[3]) Wie, wenn Preußen auch zur Auflösung seiner Versammlung schritte, die doch wenig Gutes verspricht? — Es kann darin das einzige Mittel liegen, den Regierungscongreß, den man aus der Rede des Königs von Preußen entnehmen kann, durchzusetzen. Also kommts nur auf die Festigkeit des Entschlusses an.

Das alles sind Möglichkeiten, ich sage nicht, daß sie nahe liegen. Es kann sehr wohl sein, daß noch eine Periode größeren democratischen Unsinns vorhergehen muß. Kann seyn, daß noch ein Streifen Bürgerkrieg dazwischen liegt; obwohl die grandiose Feigheit unserer Democraten eben nicht viel fürchten läßt, wenns zum Schlagen kommt, da die Heere wieder brauchbar sind und durch diesen Feldzug es noch mehr werden. Am Ende wird es dahin kommen. Wollte Gott, daß wir dann den Bundestag mit einiger Vertretung und Reichsgericht aus dem Strudel zu retten vermöchten.

Was uns hier in Hannover angeht, so dürfen wir auf keinen Fall viel wagen. Ja, wäre der König 20 Jahre jünger! Aber der Kronprinz. Da ist Abhängigkeit von Preußen m. E. eine größere Sicherheit im Sturme, als die größte Selbständigkeit. Es gilt nicht zu entscheiden, sondern zu laviren. Wir werden die Vertagung noch verlängern, da wirklich die jetzige Ver-

---

[3]) Das bestätigte in der That schon die Verfügung vom 5. April an den Bevollmächtigten in Frankfurt, unter gleichzeitiger Ernennung des Grafen Rechberg an Stelle v. Schmerlings für diesen Posten, welche die österreichischen Abgeordneten zurückrief. Roth und Merck, II. S. 453.

sammlung nicht schlimm ist und durch die Kaisersache vielleicht besser wird. Die Volksvereine, die allerlei Demonstrationen angekündigt haben, werden wir kurz zusammen halten und sehen was zu retten ist.

Es hat mir sehr leid gethan, daß Sie und Bothmer sich durch die Schustereien der Erbkaiserparthei haben verleiten lassen, ebenfalls mit der Linken zu transigiren. Ich fürchtete das nach Ihrem vorletzten Briefe, wo Sie selbst es zu fühlen schienen, daß Sie durch die Leidenschaft zu weit geführt würden. Man bedient sich der Sache nicht wenig. Es war besser, die Niederlage mit reinen Händen zu befahren, als einen zweifelhaften Sieg mit diesen Mitteln erkaufen, und nun gar noch eine Niederlage! — Ich kann nicht anders, ich muß Ihnen das offen sagen. Mich erbittert nichts mehr, als wenn jetzt Piepmeyer-Hoppenstedt pp. ewig reden, die Perfidien der Östreicher hätten die Affenschande der Erbkaiserparthei nöthig gemacht. Gerade als ob ich stehlen müßte, weil Claus stiehlt. Aber was ich gegen jene sage, das schlägt auch auf uns zurück.

Daß Sie mich mit der Zeitung im Stich lassen, thut mir sehr leid, und ich möchte Sie ernstlich fragen, ob denn nicht jetzt eben die Zeit sey, um zu arbeiten? — Mit Krügers gänzlicher Tactlosigkeit ist gar nicht durch zu kommen. Offen und wahr zu seyn wagt er nicht, und bringt dann Bosheiten anderer Leute, die zehnmal schlimmer sind. Oder giebt Artikel, die unsere Gegner aushecken, und wagt nicht zu geben, was für uns wäre. Er weiß weder zu geben noch zu nehmen. — Ich bitte Sie noch einmal recht sehr, überlegen Sie, ob Sie die Sache nicht eingehen wollen. Zurücktreten müßten Sie natürlich stets können. Noch ists mit den Ministerio Lang-Rumann nicht so weit und ich meine, Sie würden doch auch mitarbeiten, um dasselbe abzuhalten.

Doch es ist höchste Zeit, den Brief zur Post zu schaffen. Also noch einmal bitte ich um Ihre Erklärung. Es liegt jetzt wirklich daran.

Ihr
JCBS.

Nr. 104. Frankfurt, 5. April.

Ich habe Bothmern versprochen zu schreiben, so wie sich hier etwas ereignet; deshalb melde ich heute Unbestimmtes und Ungenaues, das Sie ohne Zweifel von Berlin aus bereits genauer und auch schon früher erfahren haben. Man theilt mir nämlich eben im strengsten Vertrauen (aus guter Quelle) mit: es sei eine telegraphische Depesche aus Berlin angekommen, die Deputation habe dem König erklärt, eine Änderung der Verfassung sei unmöglich; zugleich sei der Beschluß der 2. Cammer auf Vinckes Antrag

gestern in einer Weise ausgefallen, daß dem König nichts anderes übrig geblieben, als zu erklären: er nehme die Krone und die Verfassung für sich und die beitretenden Regierungen so an, wie sie dargeboten. Revision der Verfassung durch den nächsten Reichstag soll von der Deputation in Aussicht gestellt worden sein, Änderung durch die N.-V. für unmöglich erklärt worden sein. — Die Nachricht kommt, wie gesagt, aus guter Quelle, aber ich kann doch nicht recht daran glauben. Sie werden bei Empfang dieses jeden Falls genau wissen, was an der Sache wahr ist. — Läge die Sache wirklich so, dann kann Oesterreich nicht mit wählen lassen zum nächsten Reichstage; ob die einzelnen Regierungen die Kraft haben werden sich zu wehren? ich kanns mir kaum denken; die Bayern behaupten es, in ihrem Lande würde es möglich sein, die Wahlen zu unterlassen. Aber die Erbkaiserlichen rechnen auch gar nicht auf Bayern, nicht auf Würtemberg und Baden: Hannover ist ihr Ziel, das muß Preußisch werden. Sie, th. Freund, werden den Sturm zu bestehen haben. Ich habe Bothmern schon gebeten, Sie darauf aufmerksam zu machen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Herzog und den Prinzen von Cambridge kommen zu lassen, denn die sog. Deutsche Frage wird für uns eine Frage der Dynastie werden. — Oesterreich wird hoffentlich entschieden Einspruch thun —; aber das ist es ja eben, was die Erbkaiserlichen erhoffen und wünschen, Krieg mit Oesterreich.

Der Ihrige

Detmold.

In Heidelberg war ein Congreß der verschiedenen Linken; dort soll beschlossen sein, von den Einzelregierungen durch ihre Cammern Anerkennung der Reichsverfassung zu erzwingen.

Nr. 105. Frankfurt, 10. April.

Ich bin Ihnen, th. Freund, von Herzen dankbar für Ihren Brief vom 5. [rect. 4.], dessen Mittheilungen, namentlich über die möglichen Olmützer Intentionen, für mich von großem Interesse waren. Dieselben erklären mir Manches, was sich auch hier auf der Oberfläche zeigt. Hier stehen die Dinge sonst unendlich trostlos. Die tolle unitarische Parthei hat so gründlich alle Brücken hinter sich abgebrochen, daß ihr jetzt nichts Anderes übrig bleibt, als ein wahnsinniges va banque zu spielen. Die Verfassung incl. des Kaisers ist endgültig beschlossen und besteht, und das Volk muß die Regierungen zwingen, dieselbe anzuerkennen; die Regierungen, so gezwungen, müssen nun ihrerseits den König von Preußen bitten, die Krone anzunehmen. Es läuft, wie mir das schon seit mehreren Wochen klar ist, geradezu auf einen Convent hinaus — nur Schade, daß die

Nation dahinter gar keine Lust zu der schlechten Comödie hat. Man hatte von Seiten jener Parthei die einzelnen kleineren Regierungen so eingeschüchtert durch Mittheilungen über bevorstehende Putsche, ja selbst über beabsichtigten allgemeinen Fürstenmord, daß man dieselben zu der im Voraus ausgesprochenen Unterwerfung unter die Preußische Oberhoheit leicht brachte, zumal Gagern den Großherzog von Hessen und Hergenhahn den Herzog von Nassau stets zum Vorangehen zu bewegen wußten, wo dann Andere leicht folgten. Jetzt aber ist der gefürchtete 18. März vorüber, die kleineren Regierungen haben gesehen, daß die größeren, auf deren baldige Nachfolge man sie vertröstete, nicht gefolgt sind, und jetzt werden sie, wenn es zu Verhandlungen kommt, gewiß keinen Übereifer an den Tag legen, sich zu Preußischen Vasallen zu machen. Die unitarische Parthei aber rechnet darauf, und hat mit der Linken einen Bund geschlossen, wie denn ja auch die in diesen Tagen zu Heidelberg versammelt gewesenen linken Fraktionen einzelner Stände-Versammlungen Anerkennung und Durchführung der Verfassung beschlossen. Die Sache wäre lustig, wenn sie nicht so traurig wäre; denn es ist eine Schmach, daß die Nation sich so unfähig erweist, durch die Vertreter ihrer Wahl ihre Angelegenheiten zu ordnen, daß nun doch die Regierungen die Sache in die Hand nehmen müssen. Je ruhiger, bedachtsamer und vernünftiger, namentlich auch je langsamer die Regierungen vorschreiten, desto eher zappelt sich die Versammlung zu Tode. Das Einzige, was sie erreichen wird, ist, daß alle spätere Opposition die Verfassung vom 28. März 49 auf ihren Fahnen führen wird, alle demnächstige Putsche im Namen der Verfassung von 1849 gemacht werden, wie noch bis ins Jahr 1800 hin die Verfassung von 1793 die Fahne für die Anarchie war. Wenn aber Gagern und seine Parthei sich auf die Linke stützen, wie ich mit Bestimmtheit höre, so kommen sie nicht einmal zu einem ruhigen unehrenvollen Ende, sondern dann giebt es Conflikte, wie ich Gagern schon vor 5 Monaten gesagt habe, daß er auf dem Wege nach Amerika wäre. Große Gefahr ist schon um deßwillen nicht, weil, wenn derartige Conflikte heranziehen, die konservativen Elemente, welche (namentlich aus Preußen) bisher zu Gagern und dem Erbkaiser hielten, dann gleich abfallen werden. Ich hatte folgende Basen vorgeschlagen: das Kapitel vom Reichsoberhaupte wird neu berathen, ein Direktorium beschlossen, mit Preußen (mit ausgedehnten Befugnissen) an der Spitze, bis Oesterreich erklärt, beitreten zu wollen, dann jährlich alternirendes Präsidium; die Verfassung wird revidirt von einem dazu einzuberufenden Reichstage (Volks- und Staatenhaus), erst bei Vollendung der Revision tritt die Frage über Eintritt in den Bundesstaat ein, die Wahlen zu dem Reichstage präjudiciren also in keiner Weise; der Reichstag wird von dem Direktorio innerhalb einer von der Nat.-Vers.

zu bestimmenden Frist einberufen, innerhalb welcher Frist die Regierungen sich über die Vorschläge behuf der Revision vereinigen. Das Wahlgesetz wird von der Nat.-Vers. zum 2ten Male berathen. Ich bin aber mit diesen Vorschlägen, für die ich noch einige Freunde gewonnen hatte, von den Gegnern ausgelacht worden, und wir stehen also wie früher und wollen die Sache an uns kommen lassen. — Was die Concessionen gegen die Linke betrifft, die Sie uns und auch mir zum Vorwurfe machen, so haben dergleichen allerdings stattgefunden, in specie wegen des suspensiven Veto's und des Reichsraths, ich habe nur in Betreff des Letzteren der Linken zu Gefallen gestimmt, weil es keine Principfrage war und ich die Verfassung doch für todtgeboren ansah. Daß wir gesündigt, erkenne und bekenne ich — aber in diesem Wirbelwind und Sturm der Leidenschaften war es unmöglich, sich ganz rein zu halten. Wegen des Wahlgesetzes pp. sind unsererseits keine Concessionen der Linken gemacht worden.

Zum Schluß noch wegen der Hannoverschen Zeitung. Ich schrieb Ihnen, ich würde Ihre Anfrage wegen Übernahme derselben sofort bejahen, wenn ich auf eine Dauer der jetzigen Regierung rechnen könnte, was damals, als ich den Brief schrieb, nicht der Fall war; denn nahm der König von Preußen die Verfassung an, so konnten Sie eine Publikation der Grundrechte nicht hindern. Das ist ja aber jetzt anders; ich hoffe und zweifle nicht, daß Sie noch lange am Ruder bleiben, und daher bejahe ich denn Ihre Frage auch sofort. Sobald hier die Dinge beendigt (eher möchte ich nicht gern fort), stelle ich mich Ihnen ganz und gar zur Disposition. Wenn Krüger fortgeht, ehe wir hier fortgehen, möchte ich Sie bitten, an ein Provisorium zu denken; lange kann's hier nicht mehr dauern, und dann, wie gesagt, komme ich und trete sofort ein.

Der Ihrige

D.

Ich bitte Sie, diese meine demnächstige Übernahme der Redaktion der H. Z. vorläufig noch unter uns zu lassen.

Nr. 106. Hannover, 12. April.

Zum Dank für Ihren eben empfangenen Brief will ich Ihnen sofort, lieber Freund, einige Nachweisungen geben, wie die Dinge stehen. — Die Berliner Note[1]) versteht kein Mensch, nicht einmal die, welche sie gemacht. Daß in 8–14 Tagen nichts zu Stande zu bringen, geben sie zu. Sie haben in momentaner Angst vor den Ständen gehandelt. — Wenn sie irgend einen Gedanken haben, so ist's der engere Bund (S. meinen Art.

[1]) Die Cirkularnote vom 3. April. Roth u. Merck, II. S. 458; v. Poschinger a. a. O., I. S. 91.

in der H. Z. vom 9.). Diesen aber denken sie sich so, daß auch Holland und Belgien eintreten können — also gewiß kein Bundesstaat, gewiß keine gleichen Rechte. Alles hängt hier von den Cammern ab. Man glaubt, das Ministerium werde abgehen (es ist in sich nicht einig, v. d. Heydt und Simons unitarisch), und Camphausen und Vincke eintreten. Das wäre denn ein großes Elend.

Östreich dagegen wartet. Es hofft in 4 Monaten zu Haus fertig zu seyn. Bis dahin reservirt es sich quaevis competentia und kommt nachher, sich seinen Theil wieder auszubitten, den man ihm dann auch wohl nicht versagen wird. Bis dahin also jedenfalls ein traurig schwankender Zustand, wenn nicht Brandenburg sich hält und die Sache ganz nach der andern Seite hin ausschlägt. Unsere Opposition ist gestern hier versammelt gewesen. Sehr heimlich, nur Herr Dr. Althaus von der Norddeutschen ist zugezogen. Dieser ist wegen Beleidigung des Ministerii auf 6 W. vom Stadtgericht condemnirt. Ueberhaupt bessern sich die Gerichte.

Nachdem Frankfurt sich nun einmal doch unfähig erwiesen hat, ist nur zu wünschen, daß es seine Rolle gänzlich ausspiele, und so stark wie möglich. Daß uns die Annahme der Kaiserkrone auch von Frankreich her in die traurigste Lage von der Welt versetzen würde, ist klar. Sehr wohl unterrichtete Leute behaupten, Louis Napoleon würde dann ebenfalls die Krone nehmen, und, um sich zu halten, sofort die Rheingränze fordern. Das wäre denn die Größe und Integrität Deutschlands! Nun, die Professoren werden uns ja schützen.

Leben Sie wohl

Ihr
JCBS.

Unsere Oppositionsdeputirten drängen auf baldigste Berufung der Stände. Wir werden das nicht thun und die Sache ad acta gehen lassen.

Nr. 107. Frankfurt, 17. April.

Besten Dank für Ihren Brief vom 12. mit den Mittheilungen über die Rathlosigkeit in Berlin, die ich mir sonst fast auch hätte denken können. Hier stehen die Dinge elend und jämmerlich. Nat.-Versammlung und die Regierungen haben sich gegenüber gestanden wie der Mohr und Papageno in der Zauberflöte, jeder voll Furcht vor dem andern; nur haben die Regierungen die meiste Furcht und deshalb wird die Nat.-Vers. siegen. Camphausen ist da [1]); aber über seine Instruktionen verlautet nichts — ein

[1]) Zu den auf Einladung durch die Note vom 3. April mit den Vertretern der Regierungen zu führenden Verhandlungen über die Begründung eines Bundesstaats.

Beweis, daß sie nicht so sind, wie die unitarische Parthei hier sie wünscht. Aber was sie noch nicht sind, das werden sie, und ich bin überzeugt, der Telegraph bringt noch in der letzten Stunde ganz andere Instruktionen, als die, welche Camphausen mitbrachte. Wie ich höre, sollen seine Instruktionen und Intentionen dahin gegangen sein, die andern Regierungen zu Einwendungen und Ausstellungen gegen einzelne Punkte: § 1, suspensives Veto, und Wahlgesetz, zu veranlassen. Nun ist er bitter und angenehm zugleich überrascht, lauter Unterwürfigkeits- und Anerkennungs-Erklärungen von 28 bis 30 Regierungen vorzufinden, und nun spielt der Telegraph in einem fort. Ist man in Berlin so wahnsinnig oder so jämmerlich feige, diese Verfassung anzunehmen — dann freilich wird der Abgrund der Revolution Preußen zuerst verschlingen, aber das übrige Deutschland dazu. Wenn ich nun den Blick auf die engere Heimath richte, so erfaßt mich die Trauer und Zorn am grimmigsten; dort ist Alles noch gesund, voll trefflicher Keime, voll der gegründetsten Hoffnungen. Das Alles soll nun auch unter die Füße gestampft werden! Daß Sie allein (d. h. Ministerium und König) den Kampf gegen den Wahnsinn und die Lüge, die momentan Alles beherrschen, nicht führen können, scheint mir ziemlich entschieden — aber können Sie sich unterwerfen, können Sie eben so schwach sein wie die Andern? Leider werden Sie am Ende müssen — aber was wird das Ende sein? Auf Bayern dürfen Sie keinen Augenblick zählen; der König ist vor lauter Rath, den er überall einholt, der rathloseste Mensch von der Welt, weil er der schwächste ist. Bei dem traurigen Stande der Dinge in Ungarn wird er auf Oesterreich nicht rechnen können und sich daher blind unterwerfen. Dann steht die Sache allein in der Hand der ebenso perfiden als dummen Preußischen Politik. — Ich theile Ihnen Obiges über die angebliche Instruktion Camphausens nur mit, damit Sie sich nicht zu sehr auf Zusagen verlassen, die Sie von Berlin etwa erhalten hätten; die letzte Stunde noch würde Änderungen bringen können; sein Sie daher auf Alles gefaßt. — Im Ausschuß sucht man die Sache hinzuziehen, bis sie faktisch erledigt ist, und wird sich vor dummen Streichen gewiß zu hüten suchen. Wie Raveaux erklärte (und das ist sicher wahr) sind aus dem Hannoverschen eine Menge Zustimmungs-Adressen zur Verfassung und Erklärungen, sie mit Gut und Blut schützen zu wollen, an den März-Verein eingegangen, und zwar sowohl von den demokratischen als auch von den konstitutionellen Vereinen.

Der Ihrige

Detmold.

Ich denke mir, Preußen wird, wenn Alle zu der Verfassung ja sagen, erklären: Da alle Regierungen dieselbe genehmigt hätten, so genehmige man dieselbe ebenfalls.

Nr. 108. Hannover, 26. April.

Zuerst meinen Dank, lieber Freund, für den trefflichen, nunmehr sehr vornehm gewordenen Piepmeier, der hoffentlich zu Berlin etwas geworden seyn wird [1]); und dann die Nachricht, daß wir unsere Stände aufgelöset haben. Sie werden die Proclamation in den Zeitungen finden. Der dort angegebene Grund ist der durchschlagende. [2]) Was sollten wir mit ihnen. Sie zusammen kommen lassen, um noch einmal Gelegenheit zu unnützem Lärm und Aufregung zu geben, und dann unter schlimmeren Umständen vertagen? Nachdem es mit der Seelenverschreiberei einmal so weit gegangen war, blieb uns nichts mehr übrig. Freilich nicht ohne Sorge wegen des Befindens des Königs; indeß haben wir diesen gestern im Conseil über Erwarten munter gefunden. Die nächsten Wahlen müssen wir nun noch aussetzen, bis ein fester Punkt gewonnen ist. Es ist gegenwärtig allerdings ein entscheidender Moment. Namentlich bin ich gespannt auf Würtemberg. Wird da die Rothe nicht proclamirt: so ist das ein deutlicher Beweis, daß dieser ganze Lärm weiter nichts ist als ein Popanz, mit dem die Kinder in Frankfurt ins Bett gejagt werden. Dann sind wir eines Resultats gewiß; nämlich, daß Repräsentativ.-Versammlungen auch ihre großen Mängel haben. Ich habe mich völlig überzeugt, daß sie nur möglich sind „innerhalb bestimmt gezogener Gränzen" und verstehe nun erst recht den Macchiavell, Disc. I. 9: Come egli è necessario a esser s o l o a volere ordinare una republica di nuovo, o al tutto fuori delli antichi suoi ordini riformarla. Das habe ich früher nicht begriffen. Ueberhaupt lese ich jetzt diesen Staatsmann mit wahrer Bewunderung seiner Klarheit und Tiefe. .

Was nun weiter in Deutschland werden wird? Gott weiß es. Ich glaube, Ihre Versammlung von Piepmeiern wird, wenn sie sieht, daß das Volk nicht in Waffen den Kaiser ausruft, sich begeben. Ich schließe das aus dem Commissionsantrag und selbst aus den albernen Reden, die Leute wie Welcker halten. Hier wird nun sehr gewühlt. Die Nordd. Zeitung hat bereits gestern die Bürgerwehr aufgefordert, m i t G u t u n d B l u t den Kaiser oder vielmehr die Verfassung als gültiges Gesetz durchzuführen, die Volksvereine werden auch agitiren sollen. Es wird aber nichts heraus-

[1]) Vgl. das letzte Blatt: „Piepmeyer reiset am 1. April nach Berlin, um etwas zu werden."

[2]) Es war der Versuch, während der Vertagung der Stände die Mehrheit der Mitglieder beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselben verpflichten sollte, die Regierung zur Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung und zur Zustimmung zur Wahl des Königs von Preußen zum Deutschen Kaiser zu nöthigen.

kommen. Die Stadt sieht nach nichts weniger aus als nach Revolution. In Celle, sogar in Hildesheim, soll die Stimmung besser seyn; auf dem Lande gewiß. Nur Ostfriesland und Bremen lärmen. Vielleicht auch der Strich am Fuße des Harzes, Osterode bis Lauterberg.

Wichtig wäre es, wenn die Nachricht sich bestätigte, die aus Berlin und London hierher gekommen, daß Dännemark sich zum Ziele legte. Kaiser Nicolaus soll sehr stark — nach Brunnows[1]) Aussage — nach Copenhagen geschrieben haben. Die Armee ist dort sehr gebessert. Bei bester Cameradschaft soll entschieden Stimmung gegen „Preußischwerden" vorhanden seyn. Sogar die Reußen wollen Reußen bleiben. Und da wollten die Professoren Nr. 1—120 oder so etwas machen!! Es sind dort jetzt 70 Bataillons und 30 Batterien, Cavallerie ungerechnet. Für uns wäre Herstellung des Friedens, um der Finanzen willen, das größte Glück.

Aber wie weiter in der Verfassungssache! — Wir[2]) haben den Preußischen engern Bundesstaat gänzlich abgelehnt, uns auf den Inhalt der Collectivnote bezogen und Preußen dringendst ermahnt, wegen der Oberhauptsfrage sich mit Östreich zu einigen, was nach der Erklärung vom 21.[3]) — die wir in dem für uns günstigsten Sinne nehmen — möglich seyn werde. Wenn Würtemberg oben bleibt, so wäre es möglich, daß eine gemeinsame Proposition diesmal nicht von den Kleineren, sondern von den Großen gemacht würde, welche die Nationalversammlung dann anzunehmen oder abzulehnen hätte. — Mir scheint das die einzige Hoffnung zu gewähren, ob es aber dahin komme, weiß ich nicht. Projekte tauchen schon wieder auf. Von Leipzig stellt man mir Eins zu, das aus den kleineren Staaten, neben Preußen und Östreich, einen Bundesstaat machen will, der mit diesen wieder im Bunde stehen soll. Ein alter Gedanke, der mir nicht klar ist. — Auf irgend eine Weise wird man aber die Form gestalten müssen, nur, daß sie wahre Einheit und nicht tollen Schwindel und leere Formeln gebe.

Ihr
JCBS.

[1]) Russischer Gesandter in London.

[2]) Note an den hannoverschen Gesandten in Berlin vom 24. April. Roth u. Merck, II. S. 471.

[3]) Des Grafen Brandenburg in der preuß. zweiten Kammer. Die Regierung bedauere schmerzlich, daß eine Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate in bekannten Verhältnissen für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden habe, und erblicke darin eine Täuschung ihrer eigenen Hoffnungen, könne sich jedoch dadurch nicht abhalten lassen, ihre Bestrebungen auf die Bildung eines engern deutschen Bundesstaats zu richten. Es wird dann auf die früheren vergeblich gebliebenen Bemühungen, die nothwendigen Aenderungen der Verfassung zu erreichen, hingewiesen, die Annahme derselben ohne solche Aenderungen für unthunlich erklärt, und die Absicht ausgesprochen, weiterhin auf solche hinzuwirken. Vgl. Deutsche Chronik, 1849, I. S. 144.

Es scheint doch in der Bürgerwehr die Thorheit zu wuchern. Eben kam ein Kaufmann Eichhorn, den ich sonst nicht kenne, zu mir, um mich dringend zu bitten, wir möchten doch alles anerkennen; ich stände dem ganzen Bürgerthum gegenüber; man halte mich blos für hartnäckig u. s. w. Vielleicht erleben wir also doch etwas. Dagegen sagt mir Siemering, der nachher kam und den ich fragte: die Meinung sey vorherrschend, die Bürgerwehr dürfe sich in Politisches durchaus nicht mischen.

Nr. 109. Frankfurt, 27. April.

Ich habe Ihnen, th. Freund, seit mehreren Tagen nicht geschrieben, da theils die vielen Ausschuß-Sitzungen wenig Zeit ließen, theils auch die Zustände so sind, daß es Überwindung kostet, sie sich noch auf dem Papiere zu vergegenwärtigen. Auch ist des Faktischen im Grunde wenig zu berichten: die Nat.-Vers. sucht die Zeit hinzubringen, damit inzwischen die einzelnen Regierungen gebrochen werden. Es scheint in der That, daß wir uns der kompleten Auflösung alles Bestehenden nicht werden wehren können. Die Regierungen, die doch über ein Jahr Frist gehabt haben, sich zu recolligiren, sind uneiniger, kopfloser als je, und ihre Gegner haben Recht, daß sie einfach die Hände in den Schoß legen, um zu warten; jene graben sich ihr eigenes Grab. Die Republikaner werden nicht allein am Ende Recht behalten, sondern ich glaube auch, daß sie Recht haben, wenn sie sagen, daß die Fürsten unfähig sind. Diese Würtembergische Sauerei hat mich sehr niedergeschlagen. [1]) Niemals stand eine Sache günstiger als diese; mit der allergeringsten Mühe konnte dieser König nicht allein sich, sondern Deutschland retten; nun hat er nicht allein sich, sondern die ganze Sache der Fürsten beschmutzt und ruinirt. Welche vortreffliche Situation: ihm gegenüber nicht bloß die Wühlerei, sondern auch das Ministerium, so daß die ganze konstitutionalistische Lüge von dem Ministerium, gegen das man die Schläge führt, gar nicht aufkommen konnte, sondern die Schläge direkt gegen das Königthum geführt werden mußten, der Kronprinz außer Landes und weit entfernt, so daß, wenn der König festhielt, der Nachfolger ihm das Spiel nicht verderben konnte, sondern — zumal das Land so unterwühlt — gleich Einsetzung einer provisorischen Regierung, vermuthlich Proclamation der Republik, erfolgt sein, die Bestialität sich also aufs

[1]) Der König von Württemberg, welcher unter dem 16. April dem Ministerium Römer und unter dem 21. einer Deputation der II. Kammer gegenüber entschieden erklärt hatte, die Reichsverfassung nicht anerkennen und der preußischen Spitze sich nicht unterwerfen zu wollen, wurde durch die drohende Haltung des Ministeriums und der Kammer bewogen, nachzugeben und der letzteren zu erklären, daß er die Reichsverfassung einschließlich des Capitels über die Oberhauptsfrage und des Wahlgesetzes annehme.

herrlichste offenbart haben würde. Hätte er ruhig festgehalten, wie seine großen Worte es erwarten ließen, und hätte er dann hier dem Reichs-Ministerio angezeigt, daß Aufruhr ausgebrochen, daß er seine Truppen als Reichstruppen nicht gebrauchen wolle, sondern den Schutz der Centralgewalt nachsuche — dann stellte er hier die Gagernsche Parthei gegen die Wand; sie mußte entweder offen mit der Revolution gehen, oder mit ihren Bundesgenossen von der Linken brechen. Das Alles ist nun auf die elendeste, feigste und dummste Weise ruinirt! In Bayern wird sich das Spiel wiederholen, nur daß die Revolution dort noch günstigere Chancen hat, indem sie erst ihre Schläge gegen das Ministerium führen und damit Alles ruiniren kann. Und so geht es denn weiter. So daß wir von der Verfassung und dem Erbkaiser all den Schaden und Nachtheil bereits haben, den sie uns bringen können, ohne den angeblichen oder auch möglichen Vortheil. Denn die Einzelregierungen werden so gründlich zerbrochen, getödtet, vernichtet, wie es durch den kräftigsten übergreifendsten Kaiser geschehen könnte. Der März-Verein hat vorgestern beschlossen, mit der größtmöglichen Kraftentwickelung gegen Bayern aufzutreten; die Mitglieder der Bayrischen Stände-Versammlung werden in diesen Tagen in Nürnberg zusammentreten, um da gleich die Beschlüsse im Voraus fertig zu machen; die Centralgewalt soll nun nach den gestrigen Beschlüssen der Nat.-Vers. Bayern (wie Hannover) zur Einberufung der Cammern auffordern, und dann geht die Comödie los. Gegen Berlin, das in der kopflosesten Perfidie oder perfidesten Kopflosigkeit alles und jedes leitenden Gedankens entbehrt, wird man gar nicht oder zuletzt operiren; characteristisch ist, wie die O. P. A. Z. gestern warnte, man möge die dortige Entwickelung nicht durch voreilige Beschlüsse stören. Dort müßte man jetzt sofort die Cammern zu Haus schicken, vorläufig nur in Vertagung, als Antwort auf den gestrigen Beschluß,[1]) dann, so wie man hier etwas dreister würde (was aber schwerlich der Fall, da die Linke jetzt selbst einsieht, daß sie beim Warten mehr erntet, als mit allen gewaltsamen Maßregeln), die Deputirten abrufen, eine Maßregel, die freilich zu gleicher Zeit auch von den anderen Regierungen ausgesprochen werden müßte. Die Leute gehen ganz gewiß, so große Worte sie auch jetzt führen. Dann aber müßten die Regierungen mit irgend einem positiven Gedanken auftreten. — Der alte Smidt hat mir erzählt, er und Andere hätten Ihnen zugeredet, Sie möchten hierher kommen, was Sie aber natürlich refüsirt. Ich begreife nicht, wie man eine solche Dummheit Ihnen zumuthen mochte; was hätten Sie hier gekonnt oder auch nur ge-

[1]) Daß die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammern ungesetzlich sei, und die Zustimmung nicht ertheilt werde, derselbe daher sofort aufzuheben sei. Die Auflösung erfolgte unter dem 27. April.

[illegible] voilà tout. Weil man [illegible] daß Sie einmal [illegible] Dort [illegible] gemacht [illegible] noch [illegible]

[illegible]

Der Jüngere

[illegible]

Frankfurt, 8. Mai.

[illegible] hier aus [illegible] will ich Ihnen doch [illegible] lassen, [illegible] In quo [illegible] auch in furcht-

[illegible] den Verhandlungen [illegible] Buch und Werk, II. S. 494 [illegible] a. a. O. S. 484) — eingeladen

barster Weise an der Erbkaiser-Partei hinsichtlich ihres Bündnisses mit der Linken bewährt. Es ist kein Affront, keine Insulte denkbar, welche die Linke nicht Tag für Tag der Gagernschen Partei anthat und anthut, indem sie ihr dabei immer vorwirft, daß sie nur durch die Gnade der Linken noch existire, daß die Linke ihr noch viel Schlimmeres anthun könne, und ihr mit Aufkündigung des Bündnisses droht, und indem sie die Unglücklichen fort und fort zu den tollsten Maßregeln fortzureißen sucht. Und die Piepmeyers wehren und wehren sich und kommen doch immer tiefer in die Execution und die Revolution hinein, und hinterher kommt dann die Linke und sagt: Ihr steckt schon im Convente, ihr könnt nicht mehr zurück, ihr müßt vorwärts auf der Bahn! Die Scenen, die in solcher Weise passiren und die ich zum Theil im 30ger Ausschuß [1]) in allernächster Nähe zu betrachten Gelegenheit habe, sind unglaublich furchtbar. So lange es indessen draußen noch ruhig war, suchte die Weidenbusch-Partei die Balance zu halten, oft unter den seltsamsten und lächerlichsten Grimassen. Nun aber draußen in der Pfalz und in Sachsen der Aufruhr entbrannt ist, nun seit 3 Tagen hier die Märzvereine tagen und die Linke zum entschiedenen Handeln antreiben — nun wird die Situation ganz und gar unhaltbar, nun ist sie keine 24 Stunden länger durchzuführen, namentlich seit die Beschlußfähigkeit auf 150 Mitglieder beschränkt ist und 100 Mitglieder eine Sitzung verlangen können. Bisher war die Weidenbusch-Partei froh, wenn sie eine Sitzung hinter sich und bis zum folgenden Tage Ruhe hatte — aber das geht jetzt auch nicht mehr; die Linke verlangt Nachmittags- oder Abend-Sitzungen. Dazu schleicht ein Piepmeyer nach dem andern sich davon, und der Tag ist abzusehen, wo die Linke die Majorität haben wird. Da hat nun heute Rotenhan verlangt, daß die Partei sich darüber entschieden erklären soll, ob sie zur Durchführung der Verfassung lediglich das Mittel der Agitation innerhalb der gesetzlichen Schranken ergreifen wolle, oder ob sie auch zu ungesetzlichen Mitteln zu greifen entschlossen sei, indem eben die gegenwärtige Unentschiedenheit, wie weit man in Betreff jener Mittel gehen wolle, die Situation so peinlich mache. Darüber nun wird man sich einigen und ohne Zweifel sich gegen

1) Dieser Ausschuß war auf Grund einer Vereinbarung der Erbkaiserpartei mit [illegible]sen in der Sitzung vom 12. April niedergesetzt, um die Mittel zur Durchführung [illegible] beschlossenen Verfassung und des Wahlgesetzes zu begutachten. Nach seiner [illegible]ng dominirte in demselben die Linke; doch waren auch Detmold und [illegible] zu Mitgliedern gewählt. Vgl. Jürgens, III. S. 322 ff. Ein von diesem [illegible]tirter Antrag von Wydenbrugks (Geh. Staatsrath von Weimar), welcher [illegible]ung der Reichsverfassung zunächst ohne Preußen bezweckte, war von der [illegible] am 4. Mai angenommen worden.

wollt? Sie hätten sich geärgert und sich ruinirt, voilà tout. Will man Sie einmal irgend wohin haben, so würde ich rathen, daß Sie einmal nach Berlin gehen, und dort mit einer positiven Idee aushelfen. Dort wird jetzt die Sache gemacht, aber sie muß bald, bald, sehr bald gemacht werden, sonst geht Deutschland darüber zu Grunde. Radowitz ist jetzt nach Berlin, um zu rathen; aber du lieber Gott, der hat selbst Rath nöthig. Das ist ein sehr kluger Mann, aber wie unsäglich dumm hat er sich in den letzten Wochen und Monaten benommen! Aus einer Taktlosigkeit und Dummheit in die andere; seit Ende Februar ist er Piepmeyer tout craché, die größte Beleidigung für die Jesuiten, wenn man ihn einen Jesuiten nennt. Kommt R., wie ich hoffe, bald zurück (denn er kann in Berlin nichts nützen, nur schaden, namentlich sich selbst), so wird er wohl über Hannover gehen und wird dann Sie aufsuchen. Sie werden einen Mann an ihm kennen lernen, dem der Ruf in Gutem wie in Bösem Unrecht gethan; ein durchaus braver, ehrlicher Mann von kolossalem Wissen, einem mathematischen Verstande, Alles zersetzend, außerordentlich klar und scharf — aber in der praktischen Anwendung wie ein kleines Kind. Auch Schmerling wird wohl in Kurzem durch Hannover und zu Ihnen kommen; das wahre Gegentheil, oberflächliche Kenntnisse, aber praktisch und gewandt, für den Moment passend wie wenige, aber unangenehm durch die frivole Weise, wie er die Dinge traktirt, obwohl er durch und durch ehrlich ist bei entschiedener Gaunerphysionomie, jetzt krankhaft gereizt, und den vielfachen Schmähungen gegenüber unermüdlich sein eigenes Lob singend.

Gott beschere etwas Kraft und entschiedene Gedanken nach Berlin; nur von dort kann uns Rettung kommen; kommt die aber nicht in den nächsten 14 Tagen, so haben wir binnen Jahresfrist die Republik.

Der Ihrige

Detm.

Nr. 110. Frankfurt, 8. Mai.

Obwohl Sie, th. Freund, jetzt durch den Telegraphen von hier aus rascher Nachricht erhalten können,[1]) als durch mich, will ich Ihnen doch noch einige Notizen über die Situation des Augenblicks zukommen lassen, zumal wir ohne Zweifel bei dem wirklichen Ende angelangt sind. In quo peccastis in eo puniemini — der alte Satz hat sich denn auch in furcht-

[1]) Stüve hatte sich am 3. Mai nach Berlin begeben, um an den Verhandlungen Theil zu nehmen, zu welchen Preußen unter dem 28. April (Roth und Merck, II. S. 494) — gleichzeitig mit definitiver Ablehnung der Kaiserkrone (a. a. O. S. 484) — eingeladen hatte. Vgl. Anhang I.

barster Weise an der Erbkaiser-Partei hinsichtlich ihres Bündnisses mit der Linken bewährt. Es ist kein Affront, keine Insulte denkbar, welche die Linke nicht Tag für Tag der Gagernschen Partei anthat und anthut, indem sie ihr dabei immer vorwirft, daß sie nur durch die Gnade der Linken noch existire, daß die Linke ihr noch viel Schlimmeres anthun könne, und ihr mit Aufkündigung des Bündnisses droht, und indem sie die Unglücklichen fort und fort zu den tollsten Maßregeln fortzureißen sucht. Und die Piepmeyers wehren und wehren sich und kommen doch immer tiefer in die Execution und die Revolution hinein, und hinterher kommt dann die Linke und sagt: Ihr steckt schon im Convente, ihr könnt nicht mehr zurück, ihr müßt vorwärts auf der Bahn! Die Scenen, die in solcher Weise passiren und die ich zum Theil im 30ger Ausschuß [1]) in allernächster Nähe zu betrachten Gelegenheit habe, sind unglaublich furchtbar. So lange es indessen draußen noch ruhig war, suchte die Weidenbusch-Partei die Balance zu halten, oft unter den seltsamsten und lächerlichsten Grimassen. Nun aber draußen in der Pfalz und in Sachsen der Aufruhr entbrannt ist, nun seit 3 Tagen hier die Märzvereine tagen und die Linke zum entschiedenen Handeln antreiben — nun wird die Situation ganz und gar unhaltbar, nun ist sie keine 24 Stunden länger durchzuführen, namentlich seit die Beschlußfähigkeit auf 150 Mitglieder beschränkt ist und 100 Mitglieder eine Sitzung verlangen können. Bisher war die Weidenbusch-Partei froh, wenn sie eine Sitzung hinter sich und bis zum folgenden Tage Ruhe hatte — aber das geht jetzt auch nicht mehr; die Linke verlangt Nachmittags- oder Abend-Sitzungen. Dazu schleicht ein Piepmeyer nach dem andern sich davon, und der Tag ist abzusehen, wo die Linke die Majorität haben wird. Da hat nun heute Rotenhan verlangt, daß die Partei sich darüber entschieden erklären soll, ob sie zur Durchführung der Verfassung lediglich das Mittel der Agitation innerhalb der gesetzlichen Schranken ergreifen wolle, oder ob sie auch zu ungesetzlichen Mitteln zu greifen entschlossen sei, indem eben die gegenwärtige Unentschiedenheit, wie weit man in Betreff jener Mittel gehen wolle, die Situation so peinlich mache. Darüber nun wird man sich einigen und ohne Zweifel sich gegen

---

[1]) Dieser Ausschuß war auf Grund einer Vereinbarung der Erbkaiserpartei mit der Linken in der Sitzung vom 12. April niedergesetzt, um die Mittel zur Durchführung der endgültig beschlossenen Verfassung und des Wahlgesetzes zu begutachten. Nach seiner Zusammensetzung dominirte in demselben die Linke; doch waren auch Detmold und Reichensperger zu Mitgliedern gewählt. Vgl. Jürgens, III. S. 322 ff. Ein von diesem Ausschuß adoptirter Antrag von Wydenbrugks (Geh. Staatsrath von Weimar), welcher die Durchführung der Reichsverfassung zunächst ohne Preußen bezweckte, war von der Versammlung am 4. Mai angenommen worden.

die ungesetzlichen Mittel entscheiden. Gagern, der nun auch das Entsetzliche der Situation begreift, wird ebenfalls mit einem Ministerial-Programm hervortreten, um zu sehen, ob er dafür noch eine Majorität gewinnen könne. Zugleich drängt man von der Linken zu einer endlichen Entscheidung. Vogt und Simon haben den Antrag gestellt, die in der Pfalz und in Sachsen für den Zweck der Durchführung der Verfassung ausgebrochenen Bewegungen Seitens der Nat.-Vers. zu schützen und zu stützen. Um diesen Antrag wird morgen der Kampf entbrennen. Lehnt ihn, wie zu erwarten, die Weidenbusch-Partei ab, dann giebt es hier wahrscheinlich einen neuen 18. September.[1]) Denn die Märzvereine, die noch hier versammelt, treiben zum Handeln, der Moment ist wegen der Bewegungen in der Pfalz pp. günstig und weil Preußen seine Heere zusammenzieht (was nun einmal das demokratische Element nicht vertragen kann), so ist der Moment wohl auf lange hin der letzte günstige. Giebt es einen Krawall, so wird, wie ich nicht zweifle, der Erfolg derselbe wie am 18. Septbr. sein — und damit der Majorität (d. i. der Weidenbusch-Partei) ein Vorwand gegeben sein, aus ihrer bisherigen Bahn einzulenken. Ohne eine solche gewaltsame Erschütterung aber glaube ich nicht, daß die Gagernsche Partei im Wesen nachgeben werde — ein solcher Kampf muß eben erst die Reverse vernichten, durch die man sich gebunden hat. Wessen Gagern aber fähig in seinem Wahnsinn, das sieht man daraus, daß er als Reichs-Commissar in die Pfalz den Herrn Eisenstuck abgesendet hat, einen erklärten Republikaner, einen der Führer der Linken; der hat denn auch gleich zu Neustadt a. d. H. in einer großen Volksversammlung in seiner Eigenschaft als Reichs-Commissarius geredet (nebst Schlöffeln[2]), der dabei ebenfalls anwesend war) und hat seine Rede mit Flüchen gegen die rebellischen Fürsten begonnen.

Betrachte ich mir nun die Situation im Ganzen und Großen, so verkenne ich die ungeheuren Schwierigkeiten ja Unmöglichkeiten nicht, welche einer Einigung über die Verfassung im Wege stehen. Das A und O ist aber immer, daß Preußen mit Oesterreich Hand in Hand gehe — und dann, daß man sich nicht durch Oesterreich und dessen leider nothwendiges Bündniß mit Rußland zu weit in die alten Sauereien hinein drängen lasse. Die Frage, ob man noch mit der Nat.-Vers. den Versuch machen solle und könne? wird wohl durch die hiesigen Ereignisse in den nächsten Tagen faktisch entschieden werden; geschieht das nicht, so wird der Versuch zu machen sein — aber jedenfalls vergeblich; denn jetzt kann die N.-Vers. wirklich nicht mehr ändern, was vor 3—4 Wochen noch anging, obgleich

[1]) Auf Gagerns Wunsch wurde am 9. Mai die Verhandlung über den Antrag vertagt.

[2]) Gutsbesitzer aus Schlesien.

man damals schon erklärte, es ginge nicht. Schlimm, daß man in Berlin sich beeilen muß, will man die N.-V. noch brauchen, während, wenn man dem entsagt, man die Sachen mehr reifen lassen kann. — Eine schwierigste Frage ist auch die: welchen Damm in der Verfassung der Demokratie entgegensetzen? Im Wahlgesetz wird man über die indirekten Wahlen hinaus schwerlich große Beschränkungen machen können, eben weil kein durchgreifendes Princip zu finden; genaue Absteckung der Competenz des Reichstages wird ein Hauptmittel abgeben müssen. Für sehr wichtig halte ich, daß man das Staatenhaus möglichst stärke und kräftige und dieses wenigstens vor demokratischen Elementen möglichst schütze. Dabei ist mir eingefallen, ob es nicht zweckmäßig sei, zu bestimmen, daß die Mitglieder des Staatenhauses keine Diäten erhalten, weder aus der Reichs-Casse noch von den Einzelstaaten aus. Da die Demokratie einen mißverstandenen Haß gegen das Staatenhaus hat, (weil hier die Professoren, um die Einzelstaaten zu vernichten, den Charakter desselben zerstört und eine Art Oberhaus daraus gemacht hatten, das der Demokratie widrig war), so würde diese Bestimmung nicht allzuviel Sturm erregen. Damit aber hielte man das Staatenhaus ziemlich rein von demokratischen Elementen, die sonst etwa durch die Ständekammern hineinkommen könnten; es könnte sich dort eine konservative Majorität bilden und das Staatenhaus dann das Volkshaus balanciren. Doch Sie werden das Alles tausendmal besser übersehen.

Wenn Sie Radowitz dort sehen, bitte ich ihn zu grüßen. Damit Sie seine Stellung zu der hiesigen Verfassung übersehen, bemerke ich Folgendes. Aus reiner Piepmeyerei, weil man auf ihn als einen Ultramontanen, Schwarzgelben u. s. w. furchtbar schimpfte, weil man die Preußen Schurken nannte, die nicht für den Erbkaiser stimmten, hat er gegen besseres Wissen und Gewissen für den Erbkaiser und die ganze Verfassungs-Sauerei gestimmt, hinterher (wie er das pflegt) eine Verwahrung einreichend facto contraria.[1]) Dann hat er sich und Andern weiß zu machen gesucht, daß er so gestimmt habe, weil das unter zwei Übeln das kleinste sei, weil nach der Oesterreichischen Verfassung nichts anders übrig gewesen u. s. w. Und weil er nun einmal Antheil an dem Dinge hat, so läßt seine Eitelkeit nicht zu, daß er es aufgiebt, und daraus entspringt dann sein (wiewohl schwaches) Gelüste, die Verfassung aufrecht zu erhalten. Am Abend vor seiner Abreise[2]) hatte ich mit ihm eine längere Unterredung, wo er mir zugeben

[1]) Die Erklärung von Radowitz und 14 Genossen vom 28. März geht dahin, daß sie die Rechtsbeständigkeit der beschlossenen Verfassung von der Zustimmung der Regierungen abhängig machen. Deutsche Chronik 1849, I. S. 119.

[2]) Dieselbe fand am 23. April Statt.

mußte, daß die Verfassung die allerschlimmste Revolution sei. Und doch, meinte er, müsse sie angenommen werden. Und wie weiter? fragte ich. Darauf antworte er, sagte er, mit dem Cardinal Retz: il y a des moments, ou la prudence même ordonne de nous fier au chapitre des accidens! Sie werden sich überzeugen, daß der Mann alles Andere eher ist als ein Jesuit. — Mich soll wundern, ob Sie Herrn Bassermann [1]) dort kennen lernen: des Mannes Talent ist ebenso weit wie sein politisches Gewissen. Dach was soll ich Ihre theure Zeit mit dergleichen Bagatellen Ihnen noch rauben.

Der Ihrige

Detmold.

Ich schicke den Brief unter Couvert an die dortige Gesandtschaft, die ihn hoffentlich prompt besorgen wird.

Nr. 111. Frankfurt, 17. Mai.

Damit Sie, liebster Freund, nicht auf den Gedanken kommen, ich sei wahnsinnig geworden, theile ich Ihnen Folgendes über die Situation mit. Gagerns Plan geht schon seit längerer Zeit dahin, den Reichsverweser zur Abdikation zu veranlassen; der soll dann die ihm am 12. Juli 48 übertragenen Befugnisse auf den König von Preußen als interimistisches Reichsoberhaupt übertragen; die Nat.-Versammlung hätte dies ratihabirt (denn die Erbkaiserpartei hat in dieser Frage noch die Majorität), und dann hätte die Versammlung sich selbst aufgelöst, oder wäre vom neuen Reichsoberhaupte aufgelöst worden. Um diese Resignation des Reichsoberhauptes zu veranlassen, suchte Gagern Conflikte herbeizuführen; als der Reichsverweser (treu dem von Oesterreich, Preußen pp. ausgesprochenen Wunsche, daß er bleiben möge) immerfort nachgab und alle Conflikte so vermieden wurden (Gagern erklärte in meiner Gegenwart im 30ger Ausschuß, der ihn dazu vorgeladen hatte: daß der Reichsverweser zwar einigemale gezögert habe, irgend etwas zu vollziehen, hinterher sich aber immer gefügt habe, und daß nie eigentliche Conflikte entstanden), als der Reichsverweser also in solcher Weise alle Conflikte vermied, kam Gagern plötzlich mit einem Programm [2]) an, wozu er der Versammlung gegenüber gar nicht die mindeste Veranlassung hatte, und forderte dessen Genehmigung; — die weigerte der Erzherzog natürlich und nun nahm das Ministerium seine Entlassung [3]), dem Reichsverweser täglich den Stuhl vor die Thüre setzend, mit der fort und fort wiederholten Erklärung, nur bis zum andern Morgen die Geschäfte

[1]) Er war als Reichskommissar zur Verhandlung über die Annahme der Reichsverfassung nach Berlin entsandt und dort am 30. April eingetroffen.

[2]) Deutsche Chronik 1849, I. S. 172. — [3]) Den 10. Mai.

fortführen zu wollen. Nun kamen die Anträge[1]) auf Absetzung des Reichsverwesers, Deputationen pp. Dieser erklärte, ein neues Ministerium bilden zu wollen. Aber wie? Die Erbkaiserpartei war ganz und gar in Gagerns Händen, aus dieser hätte es niemand unternommen; aus der Linken nahm der Reichsverweser keins; bei beiden stand auch immer das unerledigte Gagernsche Programm im Wege, Durchführung der Verfassung. Nun suchte der Reichsverweser auf einen Rath ein Ministerium außerhalb der Versammlung: Schöff Souchay, Schöff Harnier, Liebe, Banks, Kirchenpauer[2]) u. s. w. u. s. w. wurden beschickt und lehnten entschieden ab. Die Noth stieg immer höher; weil Gagern aber befürchtete, daß Schmerling oder Heckscher herangezogen würden, oder daß der Erzherzog doch noch auf Blittersdorff oder Hermann greifen würde, die sich täglich anboten, wurde ein neuer Coup versucht, der von Berlin aus geführt werden sollte, aber wahrscheinlich durch Bassermann von hieraus mit montirt worden ist, jedenfalls aber, wenn er auch Berliner Erfindung war, von hieraus bestens in obigem Sinne benutzt werden sollte. Das Berliner Ministerium beschloß Abberufung der Preußischen Deputirten (wie auch der der 4 andern Königreiche), zugleich sollte der Reichsverweser aufgefordert werden, die Nat.-Vers. aufzulösen. Letztere Anweisung sollte durch den Oberst Fischer hierher gebracht werden. Daß dieser uns mit diesem Auftrage kommen würde, war seit mehreren Tagen, sicher seit dem 13. oder 14., hieher telegraphirt worden. Der Erzherzog würde, wie Gagern rechnete, sich dessen weigern, und rath- und hülflos endlich resigniren, natürlich unter Übertragung der Gewalt an den König von Preußen, wofür nöthigenfalls auch die Abgeordneten der 28 unterwürfigen Regierungen gesorgt haben würden. Am 14.[3]) beschloß man in Berlin die Abberufung der Preußischen Deputirten, die der Staatsanzeiger, in der Nacht vom 14./15. gedruckt, am 15. Morgens ni fallor brachte, die am 16. ganz früh schon hier war. Am 16. Morgens traf dann auch Fischer ein. Am 15. nun hielt Gagern eine Rede in der Nat.-Vers., die uns Allen damals wie eine Ausgeburt des Wahnsinns vorkam; er sagte: die Anerkennung der Verfassung von Seiten Preußens sei dicht vor der Thür. Das sagte er am 15. Abends in der Paulskirche, während er schon am 13. oder 14. die telegraphische Nachricht erhalten hatte, Fischer werde die erwähnten Aufträge bringen, und während Bassermann noch in Berlin sitzt und sogar

[1]) Von Schlöffel und Genossen in der Sitzung vom 10. Mai. Vgl. über die Vorgänge in dieser Sitzung und den folgenden Tagen: Deutsche Chronik 1849, I. S. 183 ff. und Jürgens, III. S. 471 ff. — [2]) Senator, Bevollmächtigter Hamburgs.

[3]) Erlaß an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Roth u. Merck, II. S. 523. Die Rückberufung der sächsischen Abgeordneten erfolgte unter dem 19., die der hannoverschen unter dem 23. Mai.

über Sachen, die nicht Reichssachen sind, mit Mathy u. a. durch den Telegraphen correspondirt, also auch gewiß schon die Abberufung der Preußischen Deputirten gemeldet hatte. Daneben erklärte Gagern am 15. Abends in der Paulskirche in sehr gesuchter Veranlassung und in sehr accentuirter Weise: daß der Reichsverweser wiederholt erklärt habe, lieber sterben zu wollen, als irgend etwas gegen die Nat.-Vers. zu unternehmen. Dadurch sollte der Reichsverweser gegen die Wand gestellt und verhindert werden, irgendwie auf die Auflösungs-Anweisung einzugehen. Fischer kam dann am 16. Morgens, zugleich der Staats-Anzeiger mit der Abberufung. Der Reichsverweser (Abends vorher hatten wir auf sein flehentliches Bitten, auf seine Thränen, endlich die Annahme des Ministeriums zugesagt) erklärte dann, nicht auflösen zu wollen und ließ Gagern das Schreiben zustellen, daß Grävell die Bildung des neuen Ministeriums zufalle.[1]) Dieser empfing dieselbe wie ein Wahnsinniger, zitternd und todtenbleich, fast geistesabwesend. Inzwischen und vorher waren aber die Preußischen Deputirten zusammengetreten und hatten — in der Gewißheit, daß sie noch an demselben oder wenigstens am folgenden Tage nach Übertragung der Reichsgewalt an den König von Preußen durch Abdikation des Erzherzogs zu Hause gehen könnten — vorläufig gegen ihre Regierung Front zu machen beschlossen. Das werden Sie durch die Zeitungen kennen. Das Zustandekommen des neuen Ministeriums verdarb nun den ganzen Plan, und daher die furchtbare Wuth, mehr der Gagernschen Partei als der Linken, gegen das neue Ministerium. Was die Personen betrifft, so ist dasselbe nun freilich sehr kläglich bestellt. Der alte Grävell ist ein respektabler und tüchtiger Kerl, aber eine komische Person, dabei aber entschieden, energisch und entschlossen zu Allem; Merck eine Null, aber zu halten; Jochmus ein Aventurier aber entschlossen; das Schlimmste ist der Kriegsminister: Peucker wollte durchaus nicht bleiben, theils weil er sich gegen Gagern gebunden, theils weil er im Geheimniß sein mag; Wittgenstein von Darmstadt, der zu haben ist, hat

[1]) Ueber die Vorgänge bei Bildung des Ministeriums vom 16. Mai vgl. auch Jürgens, III. S. 522 ff. u. S. 709 ff. Dasselbe war wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender: Geh. Justizrath Dr. Grävell aus Frankfurt a. O., zugleich Minister des Innern. Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Gen.-Lieut. Jochmus. Kriegsminister: Fürst August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg (vom 3. Juni an auch Vorsitzender). Finanzminister: Ernst Merck aus Hamburg. Justizminister, zugleich Handelsminister und vom 3. Juni ab Minister des Innern: Detmold. Das Programm dieses Ministeriums (Nichtbetheiligung an der Errichtung des Verfassungswerkes gemäß dem Gesetz vom 28. Juni 1848 — Vermittlung der Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen, unter Niederhaltung aller ungesetzlichen Bewegungen zu Gunsten der Verfassung — Zurückweisung jeder Einmischung in die der Centralgewalt allein zustehende Regierungsgewalt) siehe Hann. Zeitung vom 18. Mai; auch v. Hassell, II. 1. S. 55.

einen bösen Namen; indessen wird man doch auf ihn oder auf Schäfer von Bernstein greifen müssen. Das Programm des Ministeriums ist das Gesetz vom 28. Juni, auf dessen Boden es sich wie in eine Festung zurückziehen wird; darum braucht es auch keine Majorität, wie ja Gagern durch die Analogie eines einheitlichen konstitutionellen Ministerii die ganze Stellung der Centralgewalt gegenüber der Nat.=Vers. verfälscht hat. Der Plan ist, die Sache hier so lange zu halten, bis Sie dort in Berlin fertig sind; einen festen Punkt für den Süden zu halten, der als Demarkationslinie gegen Baden pp. dienen soll. Wäre der Erzherzog gegangen, so wäre hier Alles zusammengebrochen; halten wir's nur 6—8 Tage, so wird es möglich sein, soviel Truppen heranzuziehen, daß der feste Punkt und die Demarkationslinie gewonnen ist. Giebts hier einen Putsch, was möglich, oder ziehen die Badischen Meuterer auf hier, so wird die Stadt und Umgegend in Belagerungszustand erklärt und dieser eisern gehandhabt. Ich habe mich unter tausend Ängsten in die ganz verlorene Sache embarquirt, aber es ging dem Erzherzog und der ganzen Situation gegenüber durchaus nicht anders an, und obgleich ich nun entschlossen bin, da ich A gesagt, das ganze Alphabet nöthigenfalls durchzumachen, so zähle ich doch die Stunden und Tage und werde Gott danken, wenn die Nacht kommt, wenn auch der andere Morgen noch keine Erlösung bringt — etwan wie einer, der Spießruthen läuft, sich freut, daß er die Reihe einmal durch hat.

Von Berlin aus hat man dem Erzherzog selbst von der Seite, wo man's ganz ehrlich meint, die größten Schwierigkeiten bereitet. Vermuthlich hat man (vielleicht Radowitz) so räsonnirt: die Versammlung faßt tolle Beschlüsse, folglich hat die Linke die Majorität, und da Gagern abgegangen, muß das neue Ministerium aus der Majorität gebildet werden.

Können Sie, theuerster Freund, dort nun irgendwie dazu thun, uns hier zu erlösen oder zu erleichtern, so beschwöre ich Sie darum; die Stunden und Minuten lasten wie Blei auf mir. Den Inhalt dieses Briefes können Sie beliebig mittheilen, auch Herrn von Radowitz, wenn Sie Gelegenheit dazu haben, wo ich dann auch herzlich zu grüßen bitte.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 112. Berlin, 21. Mai.

Ich weiß nicht, lieber Freund, auf welchen Ihrer Briefe ich zuletzt geantwortet. Den Empfang derer vom 8., 17. kann ich aber anzeigen, da

ich sie hier habe und Herr v. Bally [1]) mir eine schöne Gelegenheit zum Schreiben bietet. Der letzte Ihrer Briefe, den ich am 19. spät empfing, hat mir große Sorgen gemacht, Sorgen, die nicht geringer werden durch die verworrenen aufgeregten Mittheilungen v. Bally's. Ich fürchte, Sie operiren dort von einem Standpunkte aus, der hier nicht anerkannt wird, und der überhaupt als ein verlorener Posten zu betrachten ist. Doch ehe ich dazu übergehe, lassen Sie mich noch die Bemerkung vorherschicken, daß ich nun 14 Tage mit Radowitz verhandle, daß ich in vielem Ihr Urtheil über ihn nur zu sehr bestätigt finde, daß ich ihn für einen nothwendig unglücklichen Negociateur halte, weil er nur im Stande ist, seine eigenen Ideen zu begreifen und diese mit Anmaaßung durchführt, daß ich sehr zweifelhaft bin über seine unbedingte Ehrlichkeit. Er macht uns gegenüber viel zu sehr den Alarmisten, giebt sich zu viel Mühe, die Sachen etwas im Dunkel zu halten, als daß ich ihm trauen könnte. Unser König hält ihn für den größten Spitzbuben und hat mich mündlich gewarnt, ihm nie anders als schriftlich zu trauen, und schreibt heute, ich solle dem König von Preußen geradezu erklären, ich wolle nicht mit ihm unterhandeln. R. aber scheint sich allerdings mit seinen schaalen Projecten hinter meinem ehrlichen Namen verstecken zu wollen. Im übrigen ist hier die traurigste Schwäche zu Hause. Ich begreife jetzt völlig das Geschrei gegen dieses sehr schwache Ministerium, tadle es aber, weil ich nirgend sehe oder höre, daß jemand ein besseres wüßte. Dieses Volk hier hat keine politischen Gedanken; kommts aber zum Schlagen, so werden sie ihre Fäuste sehr gut und tüchtig gebrauchen; das ist der Grundcharacter.

Nun lassen Sie mich zur Situation zurückkehren. Wir sind hierher gekommen mit ehrlichstem Willen und einem festen Plan, Östreich in Deutschland zu halten; den albernen Plan der Östreichisch-Deutschen Union [2]) haben wir aufs äußerste bekämpft; aber Östreich selbst macht allen Erfolg unmöglich. Herr v. Prokesch, ein schwatzender Strohkopf, predigt über Revolution, über Unmöglichkeit einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung pp., giebt deutlich zu vernehmen, daß man in Wien gar nichts will als den alten Schmutz, zieht sich von den Conferenzen zurück, wo er selbst im ganz schlechten Östreichischen Sinne sehr viel hätte gewinnen und ausrichten können, und giebt dadurch R. nur um so mehr Stoff zu seiner ewigen

[1]) von Bally, Geh. Rath, Abgeordneter von Beuthen, war vom Reichsverweser mit Depeschen nach Berlin gesendet. Ueber seine Mitwirkung bei Bildung des neuen Ministeriums vgl. Jürgens a. a. O.

[2]) Siehe die preußische Denkschrift, die Union des deutschen Bundesstaates mit Oesterreich betreffend, vom 9 Mai, die Instruktion des mit Ueberbringung derselben nach Wien beauftragten Herrn von Canitz vom 10. Mai und die österreichische Erwiderung vom 16. Mai bei Roth u. Merck, II. S. 570 ff. — Vgl. v. Sybel, I. S. 329.

Predigt: Östreich kann nicht zu Deutschland treten nach der Verfassung von Kremsier; es will es auch gar nicht. — Leider ist das unwidersprechlich wahr. In Wien will man von allen deutschen Bedürfnissen gar nichts gewähren, will nur die Revolution bekämpfen, nur den specifisch-katholischen Staat aufrecht erhalten. Die Fluth der Reaction geht dort — im Bunde mit Rußland nach unseren eigenen Nachrichten so hoch, daß man wohl auch die Existenz von Preußen im Fall des Siegs aufopfern möchte, und dazu mitzuwirken haben wir keinen Beruf. Wir müssen gemeinschaftlich dem entgegenwirken, zumal das Preußische Project in Bezug auf die deutschen Staaten, wenn auch auf die Dauer nicht ausreichend (ein Fürstenrath hat die Legislation, Preußen unter 6 Stimmen nur im Fall der Parität den Ausschlag, die Executive ein von Preußen ernanntes Ministerium) doch sehr loyal gedacht ist. Unser Plan war nun freilich, unser Project noch an die Frankfurter Versammlung gelangen zu lassen, und daß das nicht mehr geschehen kann, ist eine große Schwierigkeit; denn wie es möglich seyn soll, den Reichstag anders als rein via facti wieder zu berufen, das ist schwer abzusehen. Aber Preußen hat einmal ohne uns — in meiner Abwesenheit, ich war am 13. u. 14. in Hannover — den Schritt der Abberufung gethan und consequent muß es nun die Aufhebung des Reichstags betreiben. Wenn wirklich Gagerns Idee — was ich sehr bezweifle — dahin gegangen wäre, das zu bewirken, so würde er rebus sic stantibus sich ein Verdienst erworben haben. Denn nachdem der Reichstag möglicher Weise nicht mehr dazu dienen kann, die Bahn zur Legalität zurückzuführen, so ist er nur der Deckmantel der Wühler. — Etwas anders steht allerdings die Frage wegen Erhaltung des Reichsverwesers. Dieser, das verkenne ich nicht, kann vermöge der ihm am 12. Juli übertragenen Rechte des Bundestages irgend eine Brücke bilden; allein dazu ist erforderlich: 1) Entfernung des Reichstags; denn wenn dieser mit seinem ganzen linken Wesen bleibt, so kann der RV. sich nicht halten und Ihr Ministerium kann es auch nicht; — 2) ein fester Entschluß, für Deutschland handeln zu wollen, und Garantie, daß nicht etwa in Östreich, in Gastein, oder wo sonst, eine Umstimmung erfolge. — Der Erzherzog könnte auf diesem Wege sich auch um Östreich das entschiedenste Verdienst erwerben. Er könnte ihm den Zutritt zum Reichstage, der, von Preußen via facti berufen, ihm ganz verschlossen bleibt, offenhalten und sichern. Darin wird die große Schwierigkeit, dem Herrn von Radowitz gegenüber, liegen, ihn zu halten, was nur durch Preußische Truppen geschehen kann. Allein ich will gern dafür arbeiten. Nur wird es schlechterdings nöthig seyn, daß er Garantieen in dieser Hinsicht gebe. Kann das nicht geschehen, so bleibt gar nichts übrig, als der reine Kampf, wozu hier viel Stimmung ist; und für diesen Kampf haben wir nichts zu

thun, als Preußen vorher zu binden, daß es nachher nicht ganz preußisch für den Fall des Siegs auftrete.

Es haben sich die Sachen in Bezug auf den Kampf sehr gebessert; nachdem in Westphalen die Ruhe hergestellt, kann das dortige Corps von 12—15/m über den Rhein gehen und mit den aus den Festungen disponibel zu machenden 10—12/m am Rhein operiren, während allmälig von Osten Nachschub erfolgt, der auf 60/m heransteigen kann. Schlesien ist ruhig, Sachsen durch den Dresdener Schlag sehr betäubt, der ganze Norden beruhigt sich; die Addressen sind Thorheit. Dann wird's in der Pfalz und Baden dem Kampfe mit Republikanern und Franzosen(?) gelten. — Jetzt ist die Frage: Soll der Wühlerei die Stütze in der Versammlung bleiben oder nicht? — So lange diese noch vorhanden, wird hier Mißtrauen gegen den Erzherzog herrschen. Man wird es sich möglich denken, daß er von Östreich inspirirt, sich selbst zum Führer der Wühler machen könnte, und deßhalb wird man ihn weg haben wollen.

Ich kann dem hiesigen Getreibe in diesen Dingen nicht völlig auf den Grund sehen, möchte aber glauben, daß Sie Bassermann und Gagern zuviel Intriguen zutrauen. Der erstere correspondirt von hier viel per Telegraph mit seiner Frau über deren Rückzug u. dgl. Er scheint sich sehr zu fürchten, bittet, wenn die Regierungen einmal ändern wollten, es doch ja auch gleich so zu machen, daß es helfen könne. Ich habe ihn einmal gesprochen; da war er sehr gedrückt, freilich aber auch noch voll ganz thörichter Ansichten. — Herr v. Bally scheint mir ebenfalls viel zu befangen, um hier die Dinge richtig anzugreifen und zu begreifen. Es ist einmal zwischen hier und Frankfurt ein so entschiedener Abschnitt der Stimmung, daß man sich vorkommt, wie in anderer Welt. Vor allem müßte die dänische Sache zu Ende, wozu aber Dännemark bei den Unruhen in Deutschland, dem Auslaufen der Russischen Flotte wohl wenig Eile hat. Hier wird der Unterhändler schon seit 8 Tagen umsonst erwartet. Da in Jütland aller Widerstand verschwunden ist, und viele Schiffe sich vor Kiel pp. zeigen, so sollten mich Landungen im Rücken gar nicht wundern, um uns aufs Neue zu beweisen, daß der Krieg thöricht ist. — Die Holsteiner haben einen sehr vernünftigen Vorschlag gemacht, daß man Unterhandlung zwischen ihnen und den Dänen direct einleiten möge; aber das wird Rußland nicht leiden, das sie wie Insurgenten behandelt und deßhalb nicht zur Unterhandlung kommen lassen will. Daß Gagern das Palmerstonsche Protocoll als Basis der Unterhandlung zugelassen — ein unverzeihlicher Fehler, dessen späteres Verschweigen ihn auch wenig ehrt — macht fast jede Möglichkeit eines gedeihlichen Ausgangs für Deutschland zur Chimäre. — Wangenheim hat hier mehrfach proponirt: man solle die Holsteinischen Ansprüche als

Rechtsfrage behandeln, und als solche zu irgend einer Austrägal-Entscheidung fördern. — Zieht sich darüber die Sache auch nur hin, so ist das schon Gewinn, nachdem sie durch Gagern verdorben ist; interim aliquid fit! — Könnten wir uns unterdeß constituiren und einen Bund mit Dännemark schließen, das wäre allen das Beste. Thun Sie aber ja das Mögliche, um die Erledigung dieser Sache zu fördern! Freilich das elende Gesetz vom 28./6. 48!!

Gott schütze Sie in der schweren Lage, in die Sie eingetreten sind. Möchte Ihnen für dieses Opfer das Bewußtsein werden, etwas zum Guten gewirkt zu haben.

Ihr

JCBS.

Nr. 113. Frankfurt, 23. Mai.

Ich sage Ihnen, th. Freund, den herzlichsten Dank für Ihren durch Bally empfangenen Brief, der mir einen trüben Einblick in die dortigen Zustände eröffnete, die ich mir verwirrt, aber doch nicht ganz so trostlos gedacht hatte, zumal mir der Verfassungs-Entwurf im Wesentlichen wohl zugesagt hatte, freilich mit Ausnahme der Radowitzschen Unions-Akte. Also noch immer der Hader zwischen Wien und Berlin — so soll uns denn keine Thorheit und kein Jammer erspart, keine Erfahrung benutzt werden! — Über die Situation bemerke ich noch Folgendes. Dort in Berlin ist man, wie von jeher, über die hiesigen Zustände so schlecht als möglich unterrichtet gewesen; die Abberufung war der größte Fehler, der begangen werden konnte, ich habe mich darüber, wie überhaupt über die Lage, gegen Fischer ausgesprochen; ohne diese Abberufung würde die Nat.-Vers. wahrscheinlich jetzt schon nicht einmal mehr agonisiren; schon am Dienstag war sie nur 139 stark, nicht mehr beschlußfähig; wenn sie in den nächsten Tagen wieder beschlußfähig wird, so ist daran lediglich das brutale Auftreten Preußens gegen die Centralgewalt stark [schuld?], von welchem die Wühler neuen Succeß hoffen. Diesem ganzen Auftreten Preußens gegen den Reichsverweser liegt wieder ein Calcul von Radowitz zu Grunde, der ganz richtig sein würde, wenn er nicht falsch wäre. Gagern ist abgetreten, räsonnirt er, Gagern, der schon die Mittel der Centralgewalt zur Wühlerei mißbrauchte; die Linke hat die Majorität, folglich wird das Ministerium, das auf Gagern folgt, aus der Linken genommen werden und noch toller wirthschaften, als Gagern. Das muß verhütet werden und darum muß die Centralgewalt fallen. Mit diesem Räsonnement war man in einem falschen Wege, und aus einem solchen kommt Radowitz und überhaupt die Berliner Weisheit nicht so leicht wieder

heraus. Daher procedirt man mit unerhörter Brutalität gegen den Reichsverweser — und will den forthaben. Daß der längst disgustirt, sollte man doch wissen — und doch auch an den Wettstreit zwischen der Sonne und dem Winde denken, wo der letztere dem Wanderer den Mantel mit allem Wüthen nicht zu entreißen vermochte. Wenn Preußen, das mit jedem Tage im Süden unpopulärer wird, die Centralgewalt irgend menagirte, so könnte es dieselbe — mit Ausnahme der Auflösung der Nat.-Verf. — zu allen ihm nützlichen Dingen gebrauchen, weil dem Reichsverweser sehr wohl bewußt, daß die Centralgewalt nur durch die Gnade Preußens existirt. Stellt man sich aber feindselig und so brutal, wie man gethan, gegen den Reichsverweser [1]), so wird derselbe zwar gehen, aber ich glaube, es kann Preußen nicht gleichgültig sein, ob derselbe in gereizter Stimmung zurücktritt oder in geneigter. Und wie nun, wenn er es auf das letzte, auf die halbe oder ganze Gewalt ankommen ließe? Ich will aber nur Eins zu bedenken geben, und das ist der Grund, warum wir auf diesen verlorenen Posten hingetreten sind. Daß der Erzherzog seine Gewalt, wie von Berlin aus gefordert wurde, in die Hände des Königs von Preußen niederlege — daran ist nun und nimmermehr zu denken; er wird sie in die Hände der Bevollmächtigten zurückgeben. Hier aber würden, so lange man in Berlin nicht über diese Frage wenigstens mit den andern Höfen vollständig einig, sofort sich drei Gruppen, drei wenigstens, bilden: einmal Oesterreich, wahrscheinlich mit Bayern, sodann Preußen mit Sachsen und Hannover, endlich drittens die 28 der Reichsverfassung anhängenden Regierungen. Das gäbe dann ein Gezerr um den abgelegten Mantel, ein Gezerr, das nur den Republikanern zu Gute gekommen wäre. Darum, um das zu verhüten, und hauptsächlich um Frankfurt zu halten, das bei des Erzherzogs Fortgang verloren gewesen wäre, nahmen wir das Ministerium an, weil nur dann der Erzherzog blieb. Nun möge man sich in Berlin über diese Frage so einigen, daß, wenn der Erzherzog in die Hände der Bevollmächtigten niederlegt, unter diesen Einigkeit sei. Ohne diese Einigkeit würde bei einer Abdikation des Erzherzogs der Bürgerkrieg in vergrößerter Dimension entbrennen. Besonders, wenn bei des Erzherzogs Fortgehen Frankfurt in die Hände der Rothen gefallen wäre. Die hätten hier sofort eine Contribution von 20 Millionen erhoben und damit Mittel gehabt, den Aufstand, der sofort sich über Kur-

[1]) Auf die bezüglichen Ansinnen der preußischen Regierung erwiderte H. v. Grävell unter dem 24. Mai, daß der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen sei, sein Amt niederzulegen, hinsichtlich des Zeitpunkts aber lediglich das Interesse Deutschlands konsultire und keiner Macht der Erde das Recht zugestehe, ihn von dem ihm anvertrauten Posten zu verdrängen. Roth u. Merck, II. S. 538.

hessen gewälzt hätte, bis in den Norden zu treiben. Jetzt wird die Sache zu halten sein, da Peucker zum Höchst-Commandirenden ernannt ist und Truppen heranzieht. Aber vor 8 bis 10 Tagen stand die Sache gefährlich anders. Die Nat.-Vers. ist, wie gesagt, gar nicht mehr zu fürchten, sie ist todt und wird nur durch die Berliner Gewaltstreiche galvanisirt. Die brutale Note wegen des dänischen Kriegs[1]) ist wieder ein solcher. Uns ist dieselbe ganz recht, sie nimmt uns alle Verantwortung ab. Auf den ersten desfallsigen Wunsch würde die Centralgewalt Preußen unbeschränkteste Vollmacht in dieser Sache gegeben haben, ja, unter den 5 Ministern waren 2 Stimmen dafür, auch jetzt noch hierüber Vollmacht zu geben, um Preußen Dänemark gegenüber zu legitimiren. So aber haben wir uns so gestellt, daß wir ganz frei in der Sache dastehen. Gott gebe nur bald Frieden, meinethalben um jeden Preis; da wir in dem Kriege weder das Recht noch die Macht für uns haben, kann der Frieden kaum ehrenvoll sein, und das Ende des Kriegs mag dann dunkel und trübe sein, wie sein Anfang. Das Schlimmste an dieser Preußischen brutalen Note ist die Wirkung auf die Nation und die Nat.-Versammlung; wahrscheinlich wird es, wenn die N.-V. morgen beschlußfähig, Interpellationen dieserhalb geben. Alles das wäre so leicht zu vermeiden gewesen ohne diese Berliner Überweisheit. — Wenn Sie Fischer sehen, lassen Sie sich von ihm von hiesigen Dingen erzählen; ich denke, er hat eine richtige Anschauung davon gewonnen; Herr v. Kamptz[2]) hat sie aber, glaube ich, nicht.

Ich bitte, Radowitz und Wangenheim zu grüßen und bestelle zugleich Grüße von Bothmer.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 114. Hannover, 10. Juni.

Seit vorgestern bin ich wieder hier, lieber Freund, habe gestern vom König die Ratifikation unsers Vertrags[3]) — trotzdem, daß von öster-

---

[1]) Vom 18. Mai. Roth u. Merck, II. S. 585. Preußen erklärt, die Kriegführung und Unterhandlung selbständig in die Hand nehmen zu wollen, da es die Centralgewalt nicht mehr als legitimirt erkenne.

[2]) Preußischer Gesandter in Hamburg, Vertreter Camphausens als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt.

[3]) Wegen des Bündnisses vom 26. Mai ist zu verweisen auf die vollständige Mittheilung der Aktenstücke in den Anlagen zu dem Schreiben des Gesammtministeriums an die Stände vom 10. Dezember 1849, die deutsche Angelegenheit betreffend (Ständische Aktenstücke 1849—1850, I. S. 573), insbesondere auf das in Anlage VIII daselbst mitgetheilte Promemoria Stüves über den Gang der berliner Verhandlungen. Auch die vollständigen Protokolle des Verwaltungsraths finden sich dort abgedruckt.

reichischer Seite ein ungeheurer Aufwand von Aufhetzerei gemacht war — erhalten, und am 16. wird nun wohl der Verwaltungsrath in Berlin zusammentreten. Da ich aber in dem berliner Trubel so wenig zum Schreiben gekommen bin, so hohle ich jetzt mein Versäumtes nach, um Ihnen meine Ansicht der Dinge, namentlich der Stellung von Preußen, der Centralgewalt Östreich und Preußen gegenüber, darzulegen.

Zuerst muß man hier zur Grundlage nehmen, daß Preußen — wie Hr. v. Meyendorff [1]) sehr richtig bemerkt — durch und durch unfähig ist, einen milden, freundlichen Gang in irgend einer Unterhandlung zu befolgen. Die Leute sind einmal wie die Studenten, die aus jedem Blick ein Duell machen zu müssen glauben. Das steckt ihnen allen unter der Haut und damit verderben sie Alles. Meister in dieser sublimen Politik ist aber Hr. v. Radowitz. Wir haben diesem gegenüber uns heiser und müde gepredigt, man möge doch keinen unnützen Streit machen, aber nichts davon geerntet als hohe Reden. Dagegen giebt er nach, wenn man ihm recht derb auf die Krähenaugen tritt, und das ist denn auch genügend geschehen. Es wird Ihnen hiernach natürlich erscheinen, daß mich nichts weniger wundert, als die Erfahrung, daß in Hrn. v. R. Händen bisher alle Unterhandlungen mißglückt sind; wohl aber werden Sie sich wundern, wie man einen solchen Mann gebrauchen kann, wie man die Idee haben konnte, ihn sogar zum Minister des Auswärtigen zu machen, was er abgelehnt hat, weil er weiß, daß seine Stellung unhaltbar seyn werde. Nämlich Hr. v. R. ist der ganzen altpreußischen Parthei durch und durch verhaßt. Man hält ihn für falsch und rachsüchtig. Man verwirft seine Politik vielleicht mehr um seiner Person als um ihrer selbst willen. R.'s einzige Stütze ist sein Einfluß auf den König. Dieser ist groß und dem Könige wahrhaft gefährlich, da R. durch seine mathematische Consequenz auf falsche Vordersätze gebaut, des K.s richtige aber nie fest gestaltete Ideen dominirt. — Nun sucht R. sich andere Stützen und findet die theils darin, daß er Preußen einen äußern Glanz schaffen möchte, Pacification Deutschlands, Waffenherrschaft zum Besten Deutschlands (NB. auch eine Lieblingsidee des K.). Damit meint er den Preußen zu gefallen. Außerdem kokettirt er mit der Parthei Gagern-Bassermann, wie er sie selbst nennt. Dagegen läßt er die Rheinländer, Baiern, Östreich gänzlich aus der Acht, versäumt die billigsten Rücksichten auf die Katholiken, weshalb sein Amanuensis Blömer [2]), übrigens ein verständiger und angenehmer Mensch, sich wieder-

[1]) Russischer Gesandter in Berlin.

[2]) Landgerichtsrath, Protokollführer bei den Konferenzen, vorher Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt.

hohlt an uns gewandt hat, um hier zu helfen, was wir nach Kräften gethan. — Ich glaube, R. visirt auf den Reichsminister. — Ohne Zweck ist er nicht.

Ich habe so viel von diesem Manne sagen müssen, da auf ihm die Preußische Politik in dieser Sache ruht; denn er beherrscht diese ganz. Brandenburg, durchaus ein Biedermann, traut sich zu wenig, läßt ihn schalten und läßt sich durch ihn von diesen deutschen Dingen gänzlich isoliren; wir haben ihn dringend gewarnt. Aber was soll ich nun von dem zweiten Factor in diesem Exempel, von Östreich sagen! Prokesch ist ein wahrer fat, hält ellenlange Predigten im Kanzeltone über Revolution und Mediatisirung, versteht von der Sache gar nichts, und verläßt die Conferenzen im Moment, wo seine bloße Gegenwart, ohne ein Wort zu sagen, Östreich schützen könnte. Nur soviel ist mir aus ihm und durch ihn klar geworden, daß Östreich keinen andern Plan hat, als alle alte Sünden zu erneuern. Man meint, mit Russischer Hülfe den Bund von 1815 herstellen zu können. Die Verfassung von Kremsier ist ihnen ein leeres Wort, das sie hin und her werfen, wie es ihnen gefällt. Ist doch schon den Ungarn das Studiren zu Göttingen wieder verboten. Nun sollen wir nichts thun, bis es ihnen gefällt, die Sache à sa guise wieder zurecht zu machen. — Darum habe ich gleich das Bundesschiedsgericht ins Leben gerufen, damit wenigstens etwas dasteht, das eine Garantie giebt. — Diese Lage der Dinge ist allen klar, und so ists denn die größte Dummheit auf Preuß. Seite, durch Brutalitäten gegen die Centralgewalt oder gegen Östreich selbst die Schuld eines etwaigen Bruches auf sich zu ziehen, während selbst Blömer, von der Schlechtigkeit der Oesterreichischen Politik überzeugt, nur strebte, es dahin zu bringen, daß dasselbe mit seinen Absichten, das gute zu hindern, rein ans Licht trete und nicht, in bloßer Negative sich haltend, Preußen solche zur Last legen könne.

Der Kampfplatz für die Sache ist nun die Centralgewalt. Unser Bündniß läßt diese ganz unberührt. Rein an den Bund sich haltend, tritt es keiner Form der Bundesregierung in den Weg, giebt dieser ein Mittel, bei geschickter Benutzung sich zu stärken, kann aber solche, wenn sie schwach wäre, auch durch das Requisitionsrecht der Staaten auf Hülfe überflüssig nnd unschädlich machen. — Das mußten wir zu einer Zeit, wo die Stellung noch eine sehr precäre war. Östreich (und Baiern, das eine gar traurige Rolle spielt) sucht nun das Bündniß mit der Centralgewalt zu confundiren, und Radowitz — — geht darauf beständig ein. Sein Hochmuth, sein Plan, den Preußen Glanz zu schaffen, stacheln ihn immerfort, die Centralgewalt ganz beseitigen zu wollen; bei jeder Gelegenheit kommt er darauf zurück; wir haben dann immer wieder die Thorheit dieser Schritte demonstrirt; allein diese Plumpheiten stecken allen Preußen so sehr

im Blute, daß wohl oder übel die Sachen in den Zug hineingerathen, nicht aus böser Absicht, aber secundum naturam sui generis!

Was soll nun aber die Centralgewalt thun zwischen Östreichischer mauvaise volonté und Preußischer Unbehülflichkeit? — Ich kann mir natürlich nicht anmaßen wollen, Ihnen Rath geben zu wollen; aber mir scheint die Sache so zu stehen: 1. Sie dürfen sich nicht zum Werkzeug Östreichischer Reaction machen lassen, was man in Wien offenbar beabsichtigt, ebenso wenig als Sie einer bloßen Brutalität von Berlin zu weichen geneigt sein können. — 2. So lange ein Theil von Deutschland sich weder der Revolution hingegeben, noch dem Preuß.-Sächs.-Hannoverschen Bündniß sich angeschlossen hat, können Sie einen Mittelpunkt bilden, der von großem Nutzen sein kann. — 3. Sollte aber die Stellung sich so ändern, daß nur etwa Baiern und einige wenige andere Staaten übrig blieben, so wird es schwer seyn, sich zu halten. Es würde dann wahrscheinlich alles sich in 3 Theile zerlegen: a) Preußischer Bund, b) Östreichischer Bund, c) Revolutionärer Bund. Wie zwischen diesen Massen die Centralgewalt eine Stellung behaupten könne, sehe ich ebenso wenig, als wie sie im Stande seyn sollte, sich Einer derselben rein anzuschließen. Dann wäre m. v. der Moment da, einen letzten Einigungsversuch zu machen, und wenn der fehlschlüge, mit Ehren aus der Sache zu scheiden. Bis dahin aber glaube ich, daß die Centralgewalt nur die Politik haben könne, alle Bemühungen zur Herstellung der Ordnung zu fördern.

Unser Verfassungsplan (der Hannoversche mit erläuternder Denkschrift) [1] ist gedruckt; ich hoffe, ihn baldigst mittheilen zu können. Ob er noch einen Werth hat, stelle ich dahin. Ich werde noch eine Denkschrift bearbeiten, über den ganzen Zusammenhang unserer Thätigkeit, den Plan derselben, die Bedeutung unseres Bündnisses; das wird, hoffe ich, die gänzliche Mißdeutung desselben beseitigen. [2])

Somit leben Sie wohl und lassen Sie mich etwas von dort hören.
Hrn. Bürgermeister Smidt bitte ich mich gelegentlich zu empfehlen.

Ihr
JCBS.

---

[1]) Der von Stüve zu den berliner Verhandlungen mitgebrachte Entwurf wurde, da dessen Grundgedanken der preußischen Auffassung gegenüber nur unvollkommen hatten zur Geltung gebracht werden können, nach Abschluß der Verhandlungen in einer von Stüve bearbeiteten Denkschrift vom 1. Juni von den hannoverschen Vertretern den preußischen mit dem Vorbehalt überreicht, bei schließlicher Feststellung der Verfassung Deutschlands darauf zurück zu kommen. Vgl. Anlage XVI des Schreibens vom 10. Dec. 1849.

[2]) Aus dieser Denkschrift erwuchs die Broschüre Stüves: Das Bündniß der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849. Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung von A. E. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1849. Vgl. JCB Stüve, II. S. 107.

Nr. 115. Frankfurt, 10. Juni.

Ich weiß nicht, ob diese Zeilen Sie, liebster Freund, noch in Berlin treffen; ich hab's aber drauf wagen wollen, um Ihnen folgende Notiz zukommen zu lassen. — Wie Sie wissen werden, tritt die ganze Erbkaiserliche Parthei, Gagern, Bassermann, Dahlmann u. s. w. am 26. Juni in Gotha zusammen, um ihr Verhalten gegenüber der Berliner Verfassung zu berathen. Es ist dies nur eine Form für die Schwenkung, welche diese Parthei von der Frankfurter Verfassung, die sie mit Gut und Blut aufrecht zu halten gelobt hatte, ab und auf die Berliner Verfassung hin machen will. Insofern könnte man sich nur darüber freuen, denn das Beispiel dieser edeln Piepmeyer wird manche Ständekammer, manchen Volksverein weniger bedenklich gegen die Berliner Verfassung machen. Und insofern freue ich mich auch darüber, denn, so wenig möglich und ausführbar ich die Berliner Verfassung halte, so gilt es jetzt weniger etwas Brauchbares, als nur irgend Einen Punkt zu erhalten, in welchem die Nation sich einigt, irgend Einen Punkt, und wärs der albernste und einfältigste von der Welt (aus diesem Grunde schon sollte Preußen die Centralgewalt hier nicht zu zerstören suchen, sondern zu erhalten, zu brauchen und auszunutzen). Insofern also dürfte man das Gothaer Nachparlament freudig begrüßen — aber des Pudels Kern ist ein schlimmer. Der Schwenkung von der Frankfurter zu der Berliner Verfassung liegt als Absicht die Aenderung der Berliner Verfassung zu Grunde und diese Änderung wird jener Schwenkung zugleich als Bemäntelung dienen. Man wird auf dem nächsten Reichstage die Berliner Verfassung ganz und gar im Sinne der Frankfurter ändern, d. h. ganz im Sinne der Centralisation; das, was die Berliner Verfassung aus der Frankfurter an über-demokratischen Bestimmungen getilgt hat, wie z. B. das suspensive Veto pp., wird man ungeändert lassen — aber sonst die Berliner ganz genau nach der Frankfurter umändern. Von Berlin aus, so hofft man, würden derartige centralistische Aenderungen nicht mißbilligt, vielleicht sogar quam utilissime acceptirt werden, Hannover, Sachsen und die übrigen Staaten aber würden natürlich sich den Aenderungen so wenig wie dann noch der Verfassung überhaupt entziehen können. Wahrscheinlich wird man das ganze Fürsten-Collegium auf solche Weise beseitigen, Reichssteuern einführen, kurz den ganzen Frankfurter Unsinn herstellen. — Ich habe Ihnen diese Notiz zukommen lassen wollen für den freilich kaum denkbaren Fall, daß Sie und Sachsen eine derartige Gefahr nicht vorgesehen hätten. Wär's nicht der Fall und Sie noch in Berlin, so müßten Sie sich eine Zusicherung geben lassen, wie Heinrich Simon sie sich von Heinrich Gagern geben ließ, daß nämlich Preußen derartige Änderungen nicht ratihabiren werde.

Von hiesigen Dingen schreibe ich nichts, weil es für den Augenblick zu weit führen würde. Ich glaube, man hätte in Berlin sehr Vieles und darunter auch die hiesigen Dinge anders angreifen sollen. Das Eine nur will ich erwähnen: hätte man nicht so ungeschickt und täppisch von Berlin aus eingegriffen, so hätten wir die Nat.=Vers. schon 8 bis 10 Tage früher los werden können, — es war Alles so trefflich vorbereitet und ging Alles so Schlag auf Schlag, wie an einem Faden, daß es gar nicht fehlen konnte und auch am Ende nicht gefehlt hat. Jetzt sitzen sie Gottlob in Stuttgart und können zur 2. Sitzung nicht einmal beschlußfähig werden. Wir haben die Würtembergische Regierung aufgefordert, dem Unfuge ein Ende zu machen, womit ich zugleich den perfiden Römer endlich gegen die Wand zu stellen hoffe, so daß er sich endlich einmal entscheide, ob rechts oder links. — In Folge der Berliner Politik ist Frankfurt in diesem Augenblick ganz und gar von Truppen entblößt, mit Ausnahme von 1600 Mann Oesterreicher. Giebts hier einen Putsch und gelingt der, so fliegen die Flammen bis vor die Thore von Hannover. Doch hoffe ich, daß es nicht dazu kommt, da das wüste Gesindel sich nach Baden gezogen hat.

Ihr getreuester

Detmold.

Nr. 116. Hannover, 12. Juni.

Dieses mal komme ich Ihnen mit einer Bitte, lieber Freund; Sie schrieben mir neulich, daß Sie geneigt gewesen seyen, Preußen Vollmacht in der Dänischen Sache zu geben, wenn es statt der unpassenden Mittheilung telegraphischer Depeschen[1]) solche begehrt hätte. Ich habe auf diese Ihre Mittheilung dort wiederholt Bezug genommen, um den Leuten ihre unerhörte Tölpelei recht klar zu machen. Jetzt chicanirt Herr Reedtz an der Vollmacht, und so wird uns von Berlin angeblasen, ob wir nicht im Stande seyen, eine solche Vollmacht zu erwirken. Bennigsen hat mir heute deßhalb geschrieben, und ich möchte Sie dringend bitten, doch das Mögliche zu thun. Die Beendigung dieser gänzlich verdorbenen Sache ist durchaus nöthig, um so mehr als die jetzigen Mißverhältnisse in Deutschland auf die Truppen zurückwirken und unter Baiern, Würtembergern pp. Reibungen verursachen (nach Slichers[2]) Bericht), die nicht ohne die schädlichsten Folgen seyn können. Dazu das Darniederliegen des Verkehrs, die Erhaltung einer Armee, von der gar nichts geschafft werden kann.

So viel ich weiß, hat man in Berlin den ganz richtigen Plan, erst einen Waffenstillstand, und dann durch Hineinziehen der Successions- und

---

[1]) S. v. Hassell, II, 1. S. 63. — [2]) Freiherr von Slicher, Flügel-Adjutant.

Administrationsfrage einen erträglichen Frieden herbeizuführen. Wollte Gott, der erstere wäre nur zu Stande.

Bothmer hat uns wegen der Hannov. Ztg., die auf Sie nun wohl nicht mehr rechnen kann, auf Jürgens als Redacteur aufmerksam gemacht. Was sagen Sie dazu, Sie kennen ihn ja.

Der Bremer Democratencongreß faßt die gewöhnlichen Beschlüsse: Aufrechterhaltung der Reichsverfassung u. s. w. Ich habe hier meine Noth mit der großen Ängstlichkeit gewisser Leute, die noch gar nicht begreifen, daß man einmal mit Kraft auftreten muß. Aber es wird doch gehen. Vor allem müssen wir daran denken, einmal dem Gesetze wieder Ansehen zu verschaffen. Die Verwirrung ist furchtbar fortgeschritten.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 117. Frankfurt, 17. Juni.

Aus Ihrem Schreiben vom 12., welches ich wie das vom 10. mit herzlichem Dank empfangen, will ich, weil zu dem Eingehen in das andere in diesem Augenblicke Zeit und Ruhe fehlt, nur den Einen, mich persönlich berührenden Punkt, wegen der Hannoverschen Zeitung beantworten, zumal die Sache durch ein Schreiben von Bothmer und Witte zur Erledigung drängt. Mein Plan war, wenn die Dinge hier zu Ende, nach Hannover zurückzukehren und die Hannoversche Zeitung zu übernehmen. Ich hätte darin einen angemessenen Wirkungskreis gefunden. Manches, was mich früher drückte, ist jetzt, wenn auch nicht überwunden, doch zurückgedrängt, und ich bedarf der Thätigkeit, zumal ich mich in den letzten Wochen einer fast aufreibenden Vielthuerei (Arbeit ist es nicht, nur ein ungeheuer geschäftiges Müßiggehen) habe hingeben müssen, die eine stille Muße hinterher nicht ertrüge. Glauben Sie aber, mich zu etwas Anderm brauchen zu können (wohin wenigstens Äußerungen von Bothmer zu deuten scheinen), so stehe ich Ihnen auch dafür, überhaupt für Alles, wozu Sie mich brauchbar halten, zur Disposition. Natürlich erst, wenn hier die Sachen zu Ende; denn eher kann ich nicht fort. Mit Jürgens habe ich nun vorläufig noch nicht wegen der Zeitung gesprochen, habe auch Witte gebeten, das einstweilen zu lassen; übrigens zweifle ich keinen Augenblick, daß er sofort auf die Sache eingehen und dann dieselbe sehr gut und besser als ich machen wird.

Ihre Ansichten in Ihrem Briefe vom 10. über die Stellung der Centralgewalt sind mir von sehr großem Troste gewesen; Ihre Ansichten treffen ganz haarscharf die Linie, die wir vom ersten Augenblick an inne-

gehalten haben und ferner innezuhalten gedenken. Ich habe darum auch gegen andere Ansichten festgehalten und durchgesetzt, daß wir die Zulässigkeit des Sonderbündnisses anerkennen. Unsere Stellung würde viel reiner und entschiedener durch eine solche Anerkennung, und zugleich müßte Preußen zwischen jener von ihm behaupteten Bundesmäßigkeit des Sonderbündnisses und der Intention, die Centralgewalt an sich zu reißen, über kurz oder lang in eine ganz schiefe Stellung und tüchtige Klemme gerathen, aus der es, wenn es nicht geradezu revolutioniren will, nur durch eine neue Anerkennung der Centralgewalt sich retten kann. Das Schlimme ist nur, daß die indirekten Mittel, die angewandt werden, den Reichsverweser zu verdrängen, sicherer wirken, als die direkten; mancherlei Avanien, die ihm angethan werden, machen den widerwärtigsten Eindruck, so daß alle Augenblicke die Lust kommt, die Sache niederzulegen. Das erschwert denn uns die Stellung, die ohnehin schwer ist, ungemein, weil wir nie auf den morgenden Tag rechnen können. F. Wittgenstein, sonst ein tüchtiger und vortrefflicher Mensch, ein ganzer Mann, läßt sich dann ebenfalls von dergleichen Avanien, die ihm angethan werden, leicht disgustiren, so daß die Situation überaus peinlich und unangenehm ist. Und doch halte ich das Abreißen dieses Einen dünnen, dünnen Bandes, das noch von ganz Deutschland anerkannt wird (der perfide Bursche Römer soll auch bald anders pfeifen), das allein die deutsche Einheit, wovon im vorigen Jahre mehrfach die Rede war, repräsentirt, für ein solches Unglück, daß ich so lange es nur irgend mit Ehren geht, der Situation Front machen werde. Aber da wir in dem Erzherzoge mit einem alten sehr von Launen beherrschten Herrn zu thun haben, so kann der Faden sehr plötzlich abreißen. Daß man uns von Oesterreichischer Seite brauchen möchte, bezweifle ich nicht; indessen dafür ist gesorgt und der Erzherzog selbst ist dorthin ziemlich unzugänglich, da er auch von dorther verlassen wird und daher Rancune trägt. Eben daß wir uns rein auf den Boden der Preußischen Interpretation des Art. 11[1]) stellten, mag als Beweis dienen, daß wir Oesterreichischen Plänen nicht dienen wollen; Graf Rechberg hat das auch sehr übel genommen, ich habe ihm aber die Gründe entwickelt und mich ihm empfohlen. — Über die Preußische Brutalität begegnen sich unsere Erfahrungen durchaus. Wenn Bayern nicht beitritt, hat Preußen es ganz allein Schuld, denn mit irgend vernünftiger Behandlung würde Bayern zu haben sein. Ein böser Punkt würde höchstens die Bestimmung wegen der Consumtionssteuern sein, eben weil er vom Hannoverschen Leibe gehalten werden müßte. Der wird dann später auch, wenn Bayern nicht zutritt, Baden wieder vom Bündnisse ab-

1) Der Bundesakte.

ziehen. Tritt Bayern nicht zu, so hält Würtemberg sich zu Bayern und zieht wie gesagt das jetzt vom Großherzog für militärische Hülfe verhandelte Baden dann wieder von Norddeutschland ab. Dann ist die vielbesprochene Mainlinie die Gränze.

Über Manches Andere wird Witte Ihnen berichten, da mir für den Augenblick die Zeit fehlt. Von Herzen der Ihrige

Detmold.

Nr. 118. Hannover, 19. Juni.

Wenn Sie, liebster Freund, noch im mindesten Lust haben, sich mit unserer Zeitung zu befassen, so versteht sichs, daß sie Ihnen bleibt, bis sich besseres findet. Das muß aber Ihrer Neigung gemäß seyn, und bestimmt sich also jedenfalls am besten, wenn Sie wieder hier sind und einstweilen die Entwicklung abwarten.

Ich bekomme heute einen Haufen Briefe. Ueberall Aenderung zum Besseren, nur die Piusvereine haben sich gegen den Preußischen Entwurf erklärt. Natürlich! Folge der Österreichisch-Bairischen Sonderstellung. Ich habs Radowitz genug gesagt; aber dem ist nicht zu rathen und zu helfen. Er ist jetzt auch hors de credit, in Folge (wie er sagt) des Zanks mit mir; in Wahrheit aber in Folge eines Streits mit Gen. Rauch[1]) in Gegenwart des Königs, davon er vor Aerger krank geworden. 17 Regierungen haben sich zum Beitritt gemeldet; fehlen noch Cassel, Holstein, Gotha, Altenburg, Dessau?, Reuß?, Hohenzollern, Waldeck, Bückeburg, Hamburg, Liechtenstein und Frankfurt, außer Baiern und Östreich. — Mit Östreich soll der Zank jetzt leider sehr erbittert seyn. Das zeigt schon die Zeitungspolemik über den erbärmlichen Prokesch, von dem Meyendorff — der einzige bedeutende Mann in Berlin — am 5. sagte, er werde sich auf keinen Fall dort halten können. — Baiern hat sich auf alle Weise herumgelogen. Das fällt auch Lerchenfeld[2]) zur Last. Was nun aus des abgründlich eitlen v. d. Pfordten[3]) Reisepolitik wird, mag Gott wissen. Wer ihm am meisten schmeichelt, wird ihn beherrschen; das ist nun aber die Gabe der Berliner nicht.

Die Hamburger fangen wieder ihr unehrliches Treiben gegen die Zolleinigung an, unter dem Vorwande des Zollvereins[4]). Sogar hat Herr Roß[5]) am 17. sich zu diesem Zweck hier in der unsäglich schwachen

[1]) General-Adjutant. — [2]) Graf Lerchenfeld, Bayerischer Gesandter.

[3]) Seit 18. April Bayerischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[4]) Vgl. Verfügung des Grafen Bennigsen an den hannov. Minister-Residenten in Hamburg vom 23. Juni. Anl. XXII des Schreibens vom 10. December.

[5]) Edgar Roß, Deputirter des Vereins für Handelsfreiheit.

Oppositions-Versammlung der Firma Lang, Böse, Rumann introducirt. Breusing war auch da; ich habe ihn gesprochen. Seine gekränkte Eitelkeit hat ihn verbissen gemacht, und dadurch hat er auch in Osnabrück seinen Anhang sehr geschwächt. Die Beschlüsse, die die Menschen gefaßt, die Reden, die sie gehalten haben, sind kindisch.[1])

Bodungen, der sehr reactionär geworden, schreibt mir einen merkwürdigen Brief über Cassel. Auch in Hessen conservative Wahlen; Wippermann ungewiß. Diese Menschen sind zu bedauern, weil sie sich gegen bessere Ueberzeugung in die Anerkennung des Reichsunsinns haben drängen lassen, und nun zu ehrlich sind, um sich davon rein lossagen zu können. Er will mich bereden nach Gotha zu gehen, weil man sich nun vor der Unterordnung unter Preußen und vor Radowitz fürchtet. Ich habe dort freilich nichts verlohren; aber das alles zeigt eine vollständige deroute. Es ist keine Spur von Plan und Haltung.

Ein Brief von Gervinus, den man mir mittheilt, ist nicht weniger merkwürdig. Es ist die schiefste Ansicht der Dinge, die man sich denken kann. Reine Negation und Erbitterung.

Die Dinge sind im Gange sich abzuklären, und darum muß man nicht zu eilig seyn. Auf der andern Seite fürchte ich jetzt nicht weniger, daß man in Berlin ganz zur Wien-Petersburger Fahne umschlagen könne. Das specifische Preußenthum, darin man jetzt unleugbar seine Kraft erkennt, kann dahin führen. Dann wäre unser Verdienst (worauf ich schon früher das meiste Gewicht gelegt hatte), Grundsätze zur Anerkennung gebracht, und das Reichsgericht ins Leben gerufen zu haben.

Leben Sie wohl Ihr

JCBS.

Nr. 119. Hannover, 21. Juni.

Eben, lieber Freund, lese ich Ihre Note an Graf Brandenburg vom 17.[2]) und kann nicht umhin, Ihnen ein Paar Bemerkungen darüber zu machen.

Mit Ihrem Princip (p. m. 5.) „Die Centralgewalt hindert ..... noch nicht ersetzt" und „Die verbündeten Regierungen erkennen ..... räthlich erscheint" bin ich ganz einverstanden; allein einmal bleibt ein

[1]) Vgl. Oppermann, II. S. 232.

[2]) Vgl. Deutsche Chronik, 1849, I. S. 315. Das Princip ist: Die Centralgewalt hindere die verbündeten Regierungen nicht an Handhabung und Erweiterung ihres Bündnisses, wirke vielmehr mit ihnen überall zusammen, wo das Bündniß die Bundesgewalt noch nicht ersetze. Die verbündeten Regierungen erkennen dagegen in der Centralgewalt das einstweilen noch erforderliche Band zwischen den in verschiedener Stellung ver-

Mangel, indem die Handhabe zur Geltendmachung dieses Grundsatzes fehlt, und dann sind in den Argumenten mehrere Puncte, die zur Sache wenig thun, über die aber mit Preußen ein Streit unvermeidlich ist, über den der gute und wichtige Zweck des Ganzen verlohren zu gehen droht. Dahin rechne ich die drei Vorwürfe, die Preußen weiterhin gemacht sind, und worauf die Beschuldigung basirt ist, daß seine Handlungen und Erklärungen nicht im Einklange stehen. Denn 1) die Weigerung, seine militärischen Kräfte der Centralgewalt zu Gebote zu stellen, ist nicht ohne Grund. So lange die Kräfte der Bundesstaaten nicht gleichmäßig herangezogen werden, so lange namentlich Östreich gar nichts thut, beruht hier unendlich vieles auf gutem Willen, und die Centralgewalt ist eigentlich etwas darauf angewiesen, gute Worte zu geben, während man allerdings sich unter Hrn. v. Peuckers régime (erst seit ich in Berlin gewesen, begreife ich, wie die unsägliche Dummheit der Parade vom 6. Aug. möglich war) etwas zu sehr gewöhnt hat, auf gut Preußisch zu commandiren. — 2) Die Bundeshülfe auf bloße Requisition ist immer ein sehr precäres Ding. Vgl. den Beschluß vom 30/10. 1830, auf dem sie beruht. Dazu weiß ich nicht, daß der Grundsatz, nur dem Beitretenden zu helfen, officiell aufgestellt sey. Wir haben ihn bekämpft; ich habe mich beim Könige selbst darüber beschwert, und dieser hat mir zugestanden, es sey gar nicht die Absicht. Nur in Hrn. v. Radowitz eigenem Zeitungsartikel ist er öffentlich ausgesprochen — nicht in der Note. — 3) Was die Dänische Sache angeht, so hat Preußen doch auch einen Grund in der alten Bundesvollmacht. Also ist in allen Stücken Grund zur Controverse, und darauf hätte ich lieber nicht gebaut gesehen.

Was aber die practische Ausführung des obigen richtigen Satzes angeht, so hat Preußen Recht, wenn es sagt: Unterhandlungen und Kriegsoperationen können nicht von zwei Puncten geleitet werden. Man mußte hier eine Form für einheitliche Leitung finden; das war nothwendig, und

harrenden Staaten Deutschlands und gewähren ihr die bundesmäßige Unterstützung überall, wo nicht ihr Auftreten, sondern das der Centralgewolt nothwendig oder räthlich erscheine. — Nach Abschluß des Maibündnisses hatte Preußen wiederholt Versuche gemacht, den Reichsverweser, dessen Mandat mit Auflösung der National-Versammlung hinfällig geworden sei, zur Abdication zu bestimmen (vgl. Schreiben an den preußischen Bevollmächtigten vom 28. Mai, vom Präsidenten des Reichsministeriums beantwortet am 8. Juni, Roth u. Merck, II. S. 539, 544). Die obige Note sollte die Gründe darlegen, weßhalb ein solcher Entschluß zur Zeit nicht für opportun erachtet werde. Es erfolgte darauf zunächst die Antwort des Grafen Brandenburg an den „Großherzoglich Hessischen Generallieutenant" Prinzen zu Sayn-Wittgenstein vom 20. Juni (Deutsche Chronik, S. 324) und sodann unter dem 22. Juni die Abberufung des preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt (a. a. O. S. 328).

ich würde die Ernennung Preußens zum Bundesfeldherrn oder etwas dergleichen vorgeschlagen haben. Dann wäre alles in der Ordnung gewesen. Wir müssen nun sehen, wie wir das Ding auf gute Wege leiten; ich werde Wangenheim auch darüber schreiben. Aber Preußen wird sehr verletzt seyn, und das ist nicht gut.

Die Stimmung scheint fortschreitend zu bessern. Eben geht Mosengel [1]) von mir, der von Cassel kommt und erzählt, er habe sonst ganz enragirte Beamte jetzt gänzlich zahm gefunden; man spreche offen die Ansicht aus, es bleibe nichts übrig als sich dem Bündnisse anzuschließen. Wenn die Sachen am Oberrhein [2]) abgethan sind, so wird sich nach meiner Ueberzeugung alles geben. Sonst treiben die anerkennenden 28 Regierungen jetzt zum Theil wieder eine wahrhaft jammervolle Piepmeierei, die hauptsächlich ihren Sitz in dem Bevollmächtigten-Collegio zu Frankfurt hat. Ce sont les professeurs et les niais qui ont fait le malheur de l'Allemagne! hat neulich ein Franzose gesagt. Niais ist die Uebersetzung von Piepmeier.

Gestern Abend hat Hr. Cohen-Honeck im Volksverein angekündigt, wegen leerer Casse und schlechten Besuchs wolle man die wöchentlichen Zusammenkünfte auf 14tägige reduciren; da manche sich fürchten, der Besuch könne ihnen Nachtheil bringen. — Dazu hat er geklagt, daß Goedeke und Rumann gar nicht mehr in Vereinen und sonst für die gute Sache würben. Der Letztere habe freilich kein Organ und eine schlechte Brust; aber der erstere sey gar nicht zu entschuldigen.

So stehen die Dinge hier. Machen wir nur nicht grobe Fehler, so ist der Sieg unser trotz Hamburg und Edgar Roß.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 120. Frankfurt, 24. Juni.

Ich habe Ihnen, theuerster Freund, für zwei Briefe, vom 19. und 21., zu danken. Lassen Sie mich zuerst aus dem letzteren Ihre Bemerkungen über unser Memorandum hervorheben. Was Sie an dem Memorandum tadeln, ist, namentlich von faktischer Seite, nur allzusehr begründet und hätte jedenfalls vorsichtiger gefaßt, wenn nicht ganz weggelassen werden können. Indessen hat das Berliner Cabinet sich keine dieser Ausstellungen angeeignet, das Memorandum an keiner jener schwachen Parthien angegriffen, sondern, wie Sie aus Brandenburgs Antwort [3]) ersehen, die ich

---

[1]) Oberbaurath. — [2]) Der Aufstand in Baden, Pfalz und Rheinhessen.

[3]) Deutsche Chronik 1849, I. S. 328.

Ihnen hoffentlich noch in Abschrift beilegen kann, den Stier gerade bei den Hörnern gepackt, was denn sehr muthig, aber nicht sehr klug ist. Jetzt auf einmal bestreitet man der Centralgewalt die Berechtigung zur Existenz: weil die National-Versammlung nicht mehr existire. In welchem Lichte erscheint solchem Argument gegenüber das frühere Verlangen: die Centralgewalt solle die Nat.-Versammlung auflösen? und das zwischen dem 16.—25. Mai mehrfach gebrauchte Argument: Preußen könne nicht mehr mit der Central-Gewalt verhandeln, da deren Ministerium der von Preußen nicht mehr anerkannten Nat.-Vers. verantwortlich, also von dieser abhängig sei? Dies Berliner Staatsrecht schwankt wie ein Betrunkener hin und her; die Leute haben offenbar nicht den Muth zu dem, wozu sie die Lust haben, und nun schwanken sie zwischen Gelüste und Vollbringen, verwickeln sich in die größten Widersprüche, fangen sich in ihren eigenen Argumenten und thun das Unrecht halb, weil sie meinen, das sei keine Sünde, während das aber die ganze und rechte Sünde ist. Bemerken Sie nur, wie fein Wittgenstein nur als Hessischer Generallieutenant, nicht als Minister-Präsident bezeichnet ist, und was dergl. Nicht-Anerkennungs-Finessen mehr sind. Ich wiederhole es: Ihre Ausstellungen gegen das Memorandum vom 17. erkenne ich als gegründet an, aber diese Brandenburgsche Note ist doch nichts als die alberne Ausrede eines Menschen, der die Wahrheit zu gestehen nicht den Muth hat. — Unter Ihren Bemerkungen über das Memorandum vom 17. war auch die, daß man Preußen etwa zum Bundesfeldherrn hätte ernennen können; seien Sie versichert, zu einer solchen Maßregel wäre man von hieraus gleich bereit gewesen, aber offeriren konnte man's doch nicht, zumal nach der Art und Weise, wie man von Berlin aus seit Mai gegen den Reichsverweser verfuhr. Was geschehen konnte, ist geschehen. Durch L. Westmoreland [1]) ist vertraulich offerirt worden, daß man dem Prinzen von Preußen sämmtliche Truppen unterordnen wolle, unter der Bedingung, daß die Preußischen gegen Baden operirenden Truppen zu Reichstruppen erklärt würden. Einfach abgelehnt. Worin von hieraus vorzugsweise gefehlt worden, das ist das persönliche Verhalten des Reichsverwesers. Der hat immer gesagt und zwar seit Anfang Mai, ja noch früher: ich will fort, ich reise Morgen. Das ist dann von den Preußischen Agenten immer nach Berlin berichtet, und so hat man denn freilich kaum umhin gekonnt, von dort aus den Reichsverweser wie einen abgegangenen oder jeden Augenblick zum Abgehen bereiten zu behandeln, und hat das dann in sehr täppischer Weise gethan. Das entschuldigt die Berliner einigermaßen, aber doch nicht ganz. — Daß man

[1]) Englischer Gesandter in Berlin.

sich ohne oder mit v. d. Pfordten mit Oesterreich einigen werde, glaube ich nicht, weil man in Berlin wenigstens ebenso unehrlich ist als in Wien. Und diese Einigung zwischen Oesterreich und Preußen ist doch das Ziel, auf das wir lossteuern müssen; nur darin sehe ich die Einheit, deren wir bedürfen. Glauben Sie mir, der ich hier vielen Dingen sehr nahe gekommen bin: ohne die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen ist keine Besiegung der Demokratie zu hoffen. Eine Beruhigung Deutschlands ohne jene Einigung ist ein elendes Flickwerk, ein übergipseter Frieden, der beim ersten Sturm in Stücke fällt. Radowitz hat das auch wohl verstanden oder wenigstens gefühlt, und darum die zum Theil kindischen Zugeständnisse, welche der Entwurf der Demokratie macht. Und möglicher Weise macht man ihr in Gotha noch mehrere. Ich halte die Verfassung — worin ich, was mir sehr leid wäre, vielleicht mit Ihnen in Widerspruch mich befinde — für ganz unausführbar; es ist ein Spielzeug, das man der Nation hinwirft und das auf 4—6 Monate, vielleicht auf 2—3 Jahre, aushält. Dem Grafen Rechberg, mit dem ich gestern eine längere Unterredung hatte, hab ich gerathen: Oesterreich möge die Berliner Verfassung ganz und gar annehmen, hinsichtlich der Oberhauptsfrage unter Aufgeben seiner Bundes-Präsidial-Ansprüche Theilung mit Preußen verlangen, sei's durch Turnus (unter Vorantritt Preußens), sei's durch Bestellung zweier Reichsvorstände, die im Falle einer Nicht-Einigung das Fürsten-Collegium entscheiden lassen müßten, wodurch Bayerns Verlangen nach größeren Rechten für dieses erfüllt würde, — was aber weiterhin nicht viel vorkommen würde, weil die Beiden sich lieber einigen würden, als die Entscheidung aus der Hand geben. Ginge Oesterreich auf solchen Vorschlag ein, so würde die Basis der Unterhandlungen mit Preußen sehr concentrirt, Preußen bös gegen die Wand gestellt und damit eine ehrliche Einigung sehr erleichtert. Der Verfassung wäre damit auch die sofortige Annahme in ganz Deutschland gesichert und damit die Brücke zu festen Zuständen gefunden. Ich habe leider Niemanden, dem ich diese Idee recht eintränken könnte, und den ich dann nach Wien schicken könnte; Graf Rechberg taugt nicht dazu, da er ein Diplomat nach altem Stil und Schnitt ist. Dann könnte man sich schließlich einigen auf Ihren Entwurf, den ich ganz vortrefflich finde; ich bitte Sie, mir wo möglich recht bald noch einige Exemplare davon zukommen zu lassen, da er allgemein interessirt und ich jetzt, da er in Gotha nicht mehr mißbraucht und mißhandelt werden kann, denselben nicht mehr so geheim gehalten sehen möchte wie bisher; warum soll man das Gute verbergen, da das Schlechte sich so breit macht? — Daß Oesterreich übrigens sich nicht leichten Kaufes aus Deutschland herausdrängen läßt, darauf können Sie sich verlassen; sobald es also in Ungarn freie Hand hat, würde es nöthigen-

falls mit gewaffneter Hand sein Theil wiederfordern. Schwarzenberg scheint auch in jüngster Zeit seine Politik in dieser Beziehung etwas geändert zu haben: von den rückständigen Matrikularbeiträgen hat Rechberg vorgestern 50000 fl. einbezahlt, mit dem Versprechen, alle 8 Tage weitere 50 m zu zahlen (die nächsten 50 m sind, meine ich, bereits angewiesen). Dann ist ein Corps von 7200 Mann unter FML. Schwarzenberg zu Bregenz unter die Centralgewalt gestellt, mit der Zusage der Verstärkung, sobald der Friede mit Sardinien abgeschlossen. (Beiläufig erwähne ich, daß FML. Schwarzenberg gleich nach seiner Ankunft in Bregenz von der Stadt Constanz flehentlich gebeten worden ist, 3 bis 4 Bataillons dorthin zu schicken.)

Daß die Stimmung im Norden von Deutschland umschlägt, freut mich sehr, ich habs von dort eigentlich schon lange erwartet, weil die Zustände dort doch noch innerlich gesund sind, während hier Alles durch und durch faul ist. In Baden ist die Sache gestern gründlich beendigt, aber unter diesem P..... von Großherzog und diesem kläglichen neuen Ministerio (drei davon, Stengel [1]), Roggenbach [2]) und Klüber [3]) kenne ich — lauter Piepmeyer, vorzüglich der letztere; Regenauer [4]) und Marschall [5]) sollen gut sein) wird der Tanz aber bald wieder losgehen; es ist eben Alles unterwühlt, Alles gesinnungslos, zum Theil talentvolle, begabte Menschen (cf. Bassermann, Mathy, Soiron u. a.), aber ganz gesinnungslos. Wenn jemals, so war hier eine Mediatisirung indicirt, der Großherzog auch zur Resignation ganz bereit; aber es lag Preußen daran, zu dem Bündnisse den Anfang vom Beitritt zu haben und da hat Herr von Savigny [6]) die Geschichte gemacht; es ist ein Moment, der nicht wiederkommt; die Verhandlungen der provisorischen Regierung in Karlsruhe mit den Franzosen hätten doch wahrlich die Gefahr vollauf zeigen sollen und nicht bloß als Vorwand dienen können. Ich weiß, Sie sind principiell Mediatisirungen abgeneigt; aber hier sollten Sie eine Ausnahme machen, weil dieselbe vorliegt und sollten die Sache in Berlin zur Sprache bringen; es wäre ja auch ohnehin nur ein Sprung zur Legitimität zurück. — Unsre Hannoverschen Piepmeyer wollen also noch durchaus die Frankfurter Verfassung! Die Tölpel die! Hier ist man längst damit fertig, was sich denn in Gotha zeigen wird. Die Gefahr, die mir anfangs von Gotha zu drohen schien, hat sich neuerdings, je mehr die Dinge klarer werden, verringert. Gagern bereut auf's

[1]) Staatsrath Frhr. v. Stengel. — [2]) Frhr. v. Roggenbach, Kriegsminister.

[3]) Staatsminister, Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[4]) Staatsrath, Finanzminister.

[5]) Staatsrath Frhr. Marschall von Bieberstein, Minister des Innern.

[6]) Preußischer Gesandter in Carlsruhe.

tiefste, daß er sein Wort gegeben, hinzukommen; er ist für unbedingte Annahme des Berliner Entwurfs. Am meisten dagegen ist Dahlmann; Der will durchaus vollständige Umformung des Berliner Entwurfs nach dem Frankfurter Unsinn — nur mit Ausnahme des suspensiven Veto. Man wird das, was beide Verfassungen gemeinschaftlich haben, acceptiren, die divergirenden Punkte besprechen, und da wird Dahlmann eben am entschiedensten auf den 28. März hinauswollen. Von der Frankfurter Verfassung selbst ist also gar nicht mehr die Rede. Die Unmöglichkeit des Frankfurter Wahlgesetzes wird man anerkennen, aber das Berliner auch verwerfen und am Ende zu dem vernünftigen Ausweg kommen, daß man das Wahlgesetz jedem einzelnen Staate überläßt, wie im April 1848.

Daß und wie der Badische Aufstand zu Ende gegangen, werden Sie bereits aus den Zeitungen ersehen haben. Hierbei hab ich zum Ersten Mal einen mich überraschenden Beweis der Kriegskunst gesehen. Den Operationsplan hat mir Wittgenstein schon vor 8 Tagen explicirt, und er ist bis in das Kleinste hinein gelungen. Peucker zog in den Odenwald, ging bei Zwingenberg über den Neckar, um die Insurgenten, falls sie geschlagen sich in den Odenwald und nach Würtemberg werfen wollten, zu empfangen; General Gröben stellte sich bei Ladenburg auf, um dort überzugehen, während der Prinz von Preußen in der Pfalz hinzog und bei Germersheim über den Rhein ging, seine Avantgarde vorausschiebend zur Verbindung mit Peucker. Bei Waghäusel (wo schon im vorigen Jahrhundert 3 oder 4 Schlachten geschlagen worden) schlug er die Insurgenten unter Mieroslawski zur selben Zeit, als Gröben bei Ladenburg über den Neckar ging. Mieroslawski nun hat sich mit dem Kern seiner Armee dem Odenwald zugewendet, wo ihn Peucker empfangen wird, während Gröben und der Prinz von Preußen zu- und nachrücken. Hält Peucker sich gut und gelingt es Mieroslawski nicht, dessen Corps zu durchbrechen, so kann nicht Mann noch Maus von den Insurgenten entrinnen. Hier haben diese Dinge natürlich auch einen gewaltigen Umschwung hervorgebracht; kam die Sache nicht so und sobald zu Ende, so war große Gefahr; denn in Marburg, Hanau pp. organisirt man Freischaaren, um den Truppen in den Rücken zu fallen.

Daß der wahre Sitz der Piepmeyerei der 28 verfassungstreuen Regierungen hier in Frankfurt im Collegio der Bevollmächtigten zu finden, haben Sie haarscharf getroffen, und deshalb war's uns eine besondere Freude, den Herren auf ihre kindische Note vom 3.[1]) so zu dienen, wie geschehen.[2])

[1]) Deutsche Chronik 1849, I. S. 275.

[2]) Antwort vom 5. Juni, a. a. O. S. 277.

Es stecken da allerlei nicht bloße Piepmeyerliche, sondern noch schlimmere Elemente, namentlich z. B. in Herrn Francke[1]), einem ganz gemeinen Intriguanten, ja Schlimmere; damit hängt Bassermann u. s. w. zusammen, die Anfeindungen der Deutschen Zeitung u. dergl. m. Bassermann, der in Berlin Hoffnungen erhalten hat, wenn die provisor. Centralgewalt an Preußen übergehe, Reichs-Minister zu werden (seine âme damnée Mathy natürlich mit), betrachtet die gegenwärtigen Minister wie Usurpatoren, die ihm seinen rechtmäßigen Platz vorenthalten. Doch genug und übergenug für heute; können Sie uns in Berlin helfen, so thun Sie gewiß ein gutes Werk.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Detmold.

Nr. 121. Berlin, 1. Juli.

Sie werden sich wundern, lieber Freund, nun wieder einen Brief aus Berlin von mir zu erhalten und zwar Antwort auf den Ihrigen vom 24. Als v. d. Pfordten von Wien hierher ging, wollte der König, ich sollte auch her. Ich habe das verschoben, weil ich keinen Erfolg sah und erst abwarten wollte, bis die Sache hier im Gange; denn in Berlin geht alles langsam. Am Ende mußte ich doch fort und kam hier längst früh genug, war aber für mein Zögern reichlich bezahlt dadurch, daß ich Ihren Brief noch in Hannover erhielt. Hier ist der Zustand nun kopflos miserabel. Statt vorhin 2 (Brandenburg pp. und Radowitz) haben wir nun 3 Behörden für deutsche Politik (Brandenburg, Canitz und wieder Radowitz, der die Unterhandlung mit Pfordten und Prokesch in Händen hat). Nun weiß niemand, wer Koch oder Kellner. Dazu überall die gedanken- und kopflosеste Wirthschaft. Graf Lerchenfeld hatte die hiesige Unterhandlungskunst in ein System gebracht von 3 Stadien: 1. Stadium der Doctrin; da müsse man Radowitz ruhig anhören. 2. Stadium der Drohung; daran müsse man sich nicht kehren. Dann komme man 3. ins Stadium der Unterhandlung. Die Politik der Leute ist einfach so, daß sie überall ihre Einfälle erzwingen wollen — ohne am letzten Ende den Muth oder die Kraft zu haben, Gewalt zu brauchen. Da beleidigen sie alles, wollen die neuen Schwierigkeiten durch neues Gezänk besiegen, kommen wieder in Schwierigkeiten, bis sie festsitzen. Ich habe es mir vorzüglich zur Aufgabe gemacht, in dieser Beziehung hier recht ernstlich und derbe Vernunft zu predigen, und da man nun mit Ihrer Angelegenheit, Gott sey dank, sich überall rein festgefahren hat, so scheint mein Predigen Eingang zu finden. Es ist auch zu lächerlich, daß man der „nicht existirenden“ Centralgewalt die Verwaltung

[1]) Bevollmächtigter für Holstein. Vgl. oben S. 101 Anm. 1.

der Bundesfestungen noch immer überläßt. — Die Dänische Angelegenheit[1]) hängt jetzt buchstäblich daran, und Reedtz giebt sich wirklich die redlichste Mühe von der Welt, diesen Stein des Anstoßes durch Vermittlung von Hannover zu beseitigen. Ich komme unten darauf zurück, da ich heute noch einmal zum Grafen Brandenburg will, um die Sache wo möglich zu arrangiren.

Auch die Östreichisch-Bairische Unterhandlung hängt auf dieser Sandbank. Die ist nun freilich auch in traurigen Händen. Pfordten, der sich in Dresden von dem albernen Oberländer (ein Dresdener characterisirte ihn als „ein 16jähriges Mädchen" — jetzt ist er sehr unglücklich über seine Politik) schleppen ließ, der Blums Todtenfeier mitmachte, der von den loyalen Sachsen am meisten der tollen Wahlgesetze des vorigen Jahres halber, neben Oberländer, angeklagt wird, ist ein eitler Professor, dessen Unterhandlungskunst eben so in großen Worten besteht, wie die anderer Leute, und der in der That sehr oberflächliche Einsicht in die Dinge zeigt. Der soll denn nun die Östreichischen Ansichten ganz kennen, wie mir gestern Prokesch sagt, der sich darauf beschränkte, mich deßhalb lediglich an ihn zu verweisen (!)[2]) und überdies meinte, sie könnten in Östreich ihre Pläne nicht formuliren, weil sie keinen Menschen hätten, der das verstehe. Ich habe ihn an Schmerling verwiesen. — Einstweilen haben sie hier mit den Preußen über Begründnng einer neuen provisorischen Centralgewalt gehandelt, wobei denn letztere wieder eine ganz alberne Wendung in die Sache gebracht, weil sie sich auf völlig falsches und unhaltbares Terrain stellen. Nachdem man darüber zu nichts gekommen, ist eine vertrauliche Besprechung zwischen Radowitz und Pfordten eingeleitet; aber da haben sie Projecte und Gegenprojecte gemacht, und weiter ists auch nicht gekommen. Herr v. d. Pfordten hat in seinem Herzen Mediatisirungsweisheit. Da würde er z. B. Preußen mit Braunschweig pp. abfinden. Geht das nicht, so läßt er Preußen einen norddeutschen Bund machen. Daraus entsteht dann aber „kein Dualismus, sondern eine Dreiheit". Ipsissima verba. — Dann hätten wir also den Kern des Pudels, das große Baiern. — Daß damit wahrscheinlich ein Auseinanderfallen unbedingt gegeben wäre, bedenkt man dann nicht.

So weit schrieb ich früh. Ich habe nachher nichts gründliches erfahren, habe nur Brandenburg und Manteuffel gesprochen. Es scheint Stimmung zum Nachgeben vorhanden zu seyn, wie weit aber, das kann ich noch nicht absehen. Nun aber zu unserer Dänischen Angelegenheit, die

[1]) Vgl. v. Sybel, I. S. 378. — Protokoll vom 10. Juli, Deutsche Chronik 1849, II. S. 21.

[2]) Herr v. d. Pfordten war über Wien gereist, um sich dort zunächst mit dem Fürsten Schwarzenberg zu besprechen. Vgl. v. Hassell, II, 1. S. 81 ff.

ich bereits oben erwähnte. Neulich schon hatte Schleinitz [1]) gegen Knyphausen den Wunsch geäußert, daß wir Preußen die Vollmacht zum Abschlusse mit Dännemark schaffen möchten. Man wollte in Hannover keine officiellen Schritte dieserhalb thun, ohne der Zustimmung der Preuß. Regierung gewiß zu sein. Da hatte nun Brandenburg sich erst geneigt erklärt, nachher wurde es abgelehnt in einem Schreiben, das wörtlich mit dem mir von Ihnen übersandten Actenstücke übereinstimmt (ohne die verbündeten Regierungen mit hinein zu ziehen). Nun ist Reedtz zu Knyphausen gekommen und hat diesem den Wunsch geäußert, daß Hannover doch zu den von Preußen expromittirten Zustimmungen aller einzelnen Regierungen zu dem abzuschließenden Tractat doch jedenfalls auch die Zustimmung der Centralgewalt besorgen möge, da man in Dännemark darauf Gewicht lege. Offenbar war dies von Reedtz, dessen Character allgemein gerühmt wird, ein gut gemeinter Schritt, um das Friedenswerk zu fördern. — Wir können indeß im Voraus schwerlich Zusicherungen über einen Vertrag geben, den wir zur Zeit gar nicht kennen, und so habe ich mir gedacht, daß es zweckmäßig sey, die Sache so zu wenden:

Man ließe von Hannover aus bei der Centralgewalt Mittheilung von jener Lage der Dinge machen und erklärte, wie man Hannoverscher Seits durchaus kein Bedenken dabei finde, in Mitrücksicht auf die schon im vorigen Frühjahre durch den Bundestag an Preußen ertheilten Vollmachten diese Angelegenheit gänzlich dem Ermessen Preußens zu überlassen, wie man aber bei dem großen Interesse, welches diese Sache für Hannover habe, und bei den Gefahren, die bei längerer Fortdauer des Kriegs für Hannover entstehen könnten, den dringenden Wunsch hege, darüber versichert zu seyn, daß die Centralgewalt dieselbe Ansicht hege und ihrerseits geneigt sey, den von Preußen zu treffenden Vereinbarungen keine Hindernisse in den Weg zu legen. Man bitte hierüber um eine Äußerung.

Auf diese Weise würde man, meine ich, Reedtz beruhigen, ohne daß Sie nöthig hätten, sich gegen die Preußen etwas zu vergeben. Diese aber hoffe ich noch zu vernünftigen Maßregeln zu bewegen. Sie erkennen jetzt ihren groben Fehler wohl, aber nun scheut man sich, denselben wieder gut zu machen. Diese kleinlichen Zänkereien verdanken wir aber nicht zum geringsten Theil meinem Landsmann Abeken, einem sehr fähigen Menschen, Theologen, Alterthumskenner, aber — — — ohne alle und jede juristische Bildung und Geschäftserfahrung. Das ist Preußische Art, solche Leute zu gebrauchen, wozu sie nicht nützen.

[1]) Als preußischer Friedensunterhändler.

Leben Sie wohl und schreiben Sie mir nach Hannover; ich denke in 3—4 Tagen wieder dort zu seyn. Lassen Sie aber jedenfalls den Brief an Bennigsen gehen, den ich autorisiren werde, ihn zu öffnen, damit die Sache rascher geht.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 122. Frankfurt, 4. Juli.

Aus Ihrem Briefe vom 1. d. M. nehme ich zuerst heraus, was die Dänische Sache angeht. Sie wissen, liebster Freund, daß ich gewiß Alles, was ich irgend vermag, thun werde, um diesen albernen Professorenkrieg, der so recht symbolisch als Parallele neben der Nat.-Versammlung herläuft, und in welchem wir weder das Recht noch die Macht für uns haben, sobald als irgend möglich beendet zu sehen. Ihre Wünsche werden daher nicht bloß als solche in dieser Sache mich zu Allem treiben, was ich irgend vermag. Ich zweifle aber, ob das, was in der von Ihnen gewünschten Weise von hieraus geschehen kann, dem Zwecke entspricht. Reedtz will doch jedenfalls, wenn er auch hinsichtlich der Stellung der Centralgewalt nachgiebt und abläßt, und sie mehr wie eine der den Krieg mitführenden Mächte als wie das Gesammtorgan derselben behandelt, eine formelle Vollmacht haben. Eine solche aber wird auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Wege nicht gegeben werden können. Wenn der Hannov. Bevollmächtigte hier die von Ihnen bezeichnete Eröffnung, im Wesentlichen dahin gehend, daß Hannover den „dringenden Wunsch hege, darüber versichert zu sein, daß die Centralgewalt derselben Ansicht sei wie Hannover, und ihrerseits geneigt sei den von Preußen zu treffenden Vereinbarungen keine Hindernisse in den Weg zu legen“ — machen wird, so wird Alles, was wir antworten können, das sein: „daß die Centralgewalt nach wie vor bereit sei, Preußen die etwa nöthige Vollmacht, falls solche gewünscht werde, zu ertheilen“. Ein Mehreres können wir nicht geben, aber dies wird Reedtz gewiß nicht genügen. Es ist hier, weiß Gott, trotz aller Preußischen Brutalität keine Spur von Rancune; wenn nur irgendwie die geringste Spur von gutem Willen sich zeigt, so wird man von hieraus in jeder Weise entgegenkommen. Aber eine Vollmacht hinter dem Rücken Preußens zu geben, würde uns in die Gefahr bringen, daß man Preußischer Seits uns sagte: wir brauchen Eure Vollmacht nicht; und daß wir das Odium, welches der Frieden mit Dänemark hervorrufen wird, vollständig theilen, ohne auch nur einmal von Preußen die simple Anerkennung unserer Existenz dafür erhalten zu haben. Diese Dänische Sache drückt mich unsäglich; denn ich fürchte vor Allem das

Eine, daß etwa hinterher nach abgeschlossenem Frieden oder Waffenstillstande, die Ratifikation der Centralgewalt eingeholt würde. Da wäre denn, da der Reichsverweser doch all die ihm angethanen Demüthigungen gewiß nicht vergessen, die Situation allzugünstig, als daß er nicht vielleicht die Ratifikation verweigern würde. Mit einer Vollmacht, namentlich einer ganz generellen, steht es anders. Es ist mir herzlich leid, liebster Freund, Ihren Wünschen nicht besser entgegenkommen zu können — aber bei der Stellung, die Preußen der Centralgewalt aufzwingt, ist es gar nicht anders möglich. Lassen Sie sich in dieser Beziehung nur noch einige neueste Stücke erzählen. Seit 14 Tagen hat die Oesterreichische Regierung der Centralgewalt ein Corps von etwa 10000 Mann, das bei Bregenz unter Fürst Schwarzenberg steht, zur Disposition gestellt. Ich rieth gleich anfangs entschieden, das Corps in Baden einrücken zu lassen, aus politischen und militärischen Gründen, damit Oesterreich faktisch theilnehme an der Pacifikation Süddeutschlands, und um die Insurgenten in der Wiege der Revolution, dem Seekreise, zu fassen, während sie im Unterlande in den Seekreis hineingetrieben wurden. Berechtigt seien wir durch das am 25. Mai von der Badischen Regierung an uns gestellte Hülfsgesuch, dem entsprechend wir die Hülfe gewährt hatten, soweit unsere Mittel reichten, nämlich 15 m Mann unter Peucker; wären unsre Mittel größer gewesen, hätten wir mehr gewährt, was ja nicht ausschlösse, daß wir hinterher noch mehr schickten. Wittgenstein war dagegen und widerstand allem wiederholten Andringen. Nun lauteten die vor 3 Tagen vom Kriegsschauplatz kommenden Nachrichten gar bedenklich, die Hohenzollerner und Nassauer waren geflohen, die Mecklenburger hatten eine Kanone verloren, die Insurgenten schlugen sich trefflich und waren 15 Bataillons stark in geordneter Retraite, nicht en deroute. Nun schien Wittgenstein der Zeitpunkt gekommen, die Oesterreicher einrücken zu lassen, zur Unterstützung von Peucker, der im Schwarzwalde sich festsetzen und dann bei Freiburg debouchiren sollte, eine sehr schwierige Aufgabe. Zu gleicher Zeit hatte Wittgenstein ein an sich ganz indifferentes überaus artiges Schreiben vom Prinzen von Preußen erhalten vom 27. Juni, mit recht gesucht hervorgehobener Titulatur als Präsident des Reichs-Minister-Raths u. s. w., während er früher nur als Hessischer Generallieutenant galt. W. giebt nun dem Fürst Schwarzenberg Ordre über Constanz in Baden einzurücken pp., schickt den Courier aber an den Prinzen v. Preußen, notificirt ihm die Ordre an Schwarzenberg und stellt es seinem Ermessen anheim, ob der Courier an Schwarzenberg abgehen solle. Inzwischen hat der Wind in Berlin wieder umgesetzt und es kommt heute (ohne Zweifel autore Savigny) ein Schreiben an, sackgrob, worin W. wieder nur Hessischer Generallieutenant ist: der König von

16*

Preußen habe kraft eines mit dem Großherzog von Baden geschlossenen Bündnisses diesem Hülfe zugesagt und dazu hinlängliche Truppen geschickt. Wenn er, der Prinz v. Preußen, Oesterreichische Truppen haben wolle, würde er deshalb in Wien anfragen und sie dort sicher erhalten, da beide Höfe im zärtlichen Einvernehmen, — das Ganze unsäglich lächerlich. Sie sollen Abschrift haben, nebst der Antwort Wittgensteins, der sich einfach auf Mittheilung des Badischen Hülfsgesuchs beschränkt.[1]) W. hat nun auch, womit ich nicht ganz einverstanden war, was ich aber nicht hindern mochte, den Reichsgeneral Prittwitz aufgefordert, energisch vorzugehen, damit ein Friede mit Dänemark möglich werde, zugleich aber alle 8 Tage hierher Bericht zu erstatten. Letzteres war die Hauptsache; Prittwitz hat nämlich einen Revers unterschrieben, daß er von keiner andern Regierung als von der Centralgewalt Befehle annehmen wolle u. s. w.

Wenn dieses Sie noch in Berlin trifft, so möchte ich wohl, daß Sie Radowitz als aus einem Briefe von mir eröffneten, daß wir uns unserer Stellung auf das allervollkommste nnd klarste bewußt wären, daß wir, selbst wo wir es könnten, aller Preußischen Brutalität gegenüber der Preußischen Politik nicht die geringsten Hindernisse in den Weg legen würden, daß wir aber weder direkten noch indirekten Angriffen (Deutsche Zeitung, Kölnische Zeitung u. s. w.) irgendwie weichen würden und sicher sein würden, daß Preußen entweder nachgeben oder zu offenbarer Gewalt greifen müsse, wozu ihm der Muth fehle — und wozu jetzt auch der Augenblick nicht mehr da. — Daß der Erzherzog fort,[2]) schwächt zwar auf der einen Seite unsere Stellung, auf der andern Seite aber stärkt es dieselbe, da wir nun nicht mehr mit seinen fortwährenden Gelüsten zur Niederlegung des Amts zu kämpfen haben, und nun Wittgenstein, der auch bisweilen schwankt, jetzt, solange der Erzherzog im Bade, das entschiedenste Festhalten zugesagt und Ehrenmann, wie er durch und durch ist, sicher halten wird. Dazu sind wir den Strohkopf Jochmus[3]) los, so daß die Sachen viel einfacher und leichter gehen — und dazu hab ich noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, noch neue und freilich sehr nöthige Kräfte zu gewinnen, zumal Biegeleben[4]) seit 10—12 Tagen im Bade ist. Hieran knüpfe ich noch gleich eine Bitte. Wie ich höre, kommt Bothmer Morgen oder übermorgen wieder. Dann würde Witte hier frei sein und zurückkehren. Nun bitte ich aber dringend, lassen Sie ihn noch hier. Ich bin gewohnt, Alles mit ihm zu durchsprechen

[1]) S. die Korrespondenz Deutsche Chronik 1849, II. S. 10, 12, 13, und ferner S. 28, 42.

[2]) Er befand sich in den Monaten Juli und August in Gastein.

[3]) Welcher sich in Begleitung des Erzherzogs befand.

[4]) Früher Unterstaatssekretair im Ministerium Gagern.

und finde an ihm die allerbeste Hülfe, die ich zwar auch an Bothmer finden würde, dem aber die Anschauungen der letzten Wochen fehlen. Wittes fernerer Aufenthalt wird auch Hannover reichlich zu Gute kommen, da er darüber aus ist, sich die Marine-Sachen recht zu eigen zu machen, was jetzt, da Jochmus fort ist, mit aller Bequemlichkeit geschehen kann. In diesen Dingen muß Hannover zugreifen, damit es etwas zu seinem Schaden komme. Die Sachen sind in unglaublich schlechten Händen von Anfang an gewesen; Duckwitz verstand nichts davon, hatte nur Bremen im Auge, Kerst[1] verstand noch weniger und ist ein L... durch und durch, und so mit Grazie in infinitum. Sie sollen über Alles das genaue Details haben.

Ein Packet Aktenstücke, die Noten, die zwischen Berlin und Wien gewechselt worden, geht heute an Sie ab. Andere werden folgen, direkt oder durch Witte. Durch diesen werden Sie eine Note erhalten, die von hieraus an Oesterreich gerichtet worden. Zum Verständniß diene, daß nach Einlauf der Brandenburgschen Note vom 20. v. M. Wittgenstein pp. fort wollten, und daß ich darauf vorschlug, erst einmal eine Note an Oesterreich zu erlassen und deren Erfolg abzuwarten. Darauf hin beruhigte er sich, entschloß sich, als der Erzherzog fortging, zum Festhalten, bestand aber, da ich nun die Note fallen lassen wollte, auf Absendung derselben.

Wenn die Herren in Berlin doch bedenken wollten, daß sie jetzt noch mit Ehren einlenken können und aus freien Stücken, — später (einlenken müssen sie) sieht's immer aus, als geschähe es in Folge der Ungarischen Ereignisse.

Ganz der Ihrige

Detmold.

Nr. 123. Hannover, 9. Juli.

Mit bestem Dank für Ihren Brief vom 4. kann ich Ihnen, lieber Freund, heute nichts sonderlich Erfreuliches melden. Ich bin von Berlin weggegangen mit der Ansicht, daß es mir gelungen sey, die Leute dort davon zu überzeugen, daß sie nichts verkehrteres thun könnten, als sich mit der Centralgewalt zu überwerfen, aber auch mit der eigenen Ueberzeugung, daß es völlig unthunlich sey, sie nun noch zu einem Anerkenntnisse zu bewegen. Nicht nur haben sie sich in dieser Beziehung überall compromittirt, sondern es liegt eben auch Östreich und Baiern gar nicht daran, ein solches Anerkenntniß zu erlangen. Für diese ist Frankfurt eben auch nur ein Mittel zu ihrem Zwecke, das man gebraucht, so lange man kann, und

[1] Generalsekretair für die Marine im Handelsministerium.

das man nachher wegwerfen wird. — Ich kann deßhalb Ihre Stellung nur als einen verlohrenen Posten ansehen und halte es für meine Pflicht, Sie zu bitten, sich nicht nutzlos den Intriguen zu opfern, die nun leider die deutsche Sache zu beherrschen anfangen.

Östreich und Baiern wollen eine neue Centralgewalt zu Stande bringen, um Preußen die Stellung zu nehmen, die es nun erhalten hat. Preußen will darauf nur eingehen, wenn man ihm noch mehr einräumt, als es besitzt und meint in seinem „engeren Bundesstaat" „ein Mittel zu haben, Östreich überzutrumpfen. Es ist die elende Politik der halben Köpfe unserer Zeit, die immer meinen, es gebe ein Mittelding zwischen Recht und Unrecht, so wie Schmidt Elends Invalidenhaus zwischen Himmel und Hölle. Dieser Limbus infantium der Diplomatie alter Schule, deren Erbschaft unsere Liberalen auch hier angetreten haben, ist nun das Feld, auf dem wir arbeiten sollen. Ich gestehe, daß mir dazu die Fähigkeit fehlt.

Die Preußen haben die Bairisch-Östreichischen Anträge wegen Bildung einer neuen Centralgewalt an den Verwaltungsrath gelangen lassen. In Potsdam würde man gern darauf eingehen; allein in Berlin ist man klug und will bei dieser Gelegenheit die Östreicher nöthigen, ein Anerkenntniß zu Gunsten des engeren Bundesstaats zu geben; natürlich nicht gerade heraus, sondern so halb erlistet, in der Art, daß man nicht sagt, was man will, aber jedermann es weiß. F. Schwarzenberg, der Hrn. v. d. Pfordten über die Östreichischen Verfassungsintentionen mit Redensarten abgefunden und so nach Berlin geschickt hat (wo Prokesch sich wohl hütete, diese Floskeln selbst zu wiederholen, sondern die Mühe davon Hrn. v. d. Pf. selbst überließ, der dann auch das Gesagte verantworten mochte), der dann gegen Andere sich immerfort auf seinem Standpunkt der Negative behauptet, meint, es sey jetzt die Zeit, Sachsen und Hannover von dem Preuß. Bündniß loszureißen, worin er sehr irrt, und droht, wenn er nur erst die Ungarn unterworfen haben werde. — Allem diesem gegenüber wäre unsere Politik die, völlig ruhig zu beharren; und das könnten wir, wenn Preußen nicht den albernen Streit mit der Centralgewalt angefangen hätte. Ueber diesen Streit aber hatte man auch den König persönlich so eingetrieben, daß darüber mit diesem nicht zu reden war. Was hier nun zu thun, ist schwer zu sagen. Alles Notenwechseln hilft natürlich nichts, sondern macht die Sache nur schlimmer. Gehen lassen kann man die Dinge auch nicht, wenn so heillose Geschichten die Folge sind, wie die Englische Erklärung, daß sie die Deutsche Marine als Piraten behandeln werden, weil sie keinen anerkannten Kriegsherrn habe.

Um diese heillosen Folgen des kühnen Griffes wieder herzustellen (wir haben nun nächstens den Jahrestag der Bassermannschen Zermalmung [1])) ist in fine finali kein anderes Mittel, als dasjenige der Einigung mit Östreich. Als Bedingung dieser Einigung stellt Östreich die Beseitigung des Volkshauses auf, und ich gestehe, nicht ganz ohne Grund, obwohl die Sache damit gar nicht abgethan ist, vielmehr die Schwierigkeiten auch erst wieder anfangen. Nun ist aber einerseits eine Einigung auf dieser Basis zur Zeit noch unmöglich und um so bedenklicher, je größer und je gerechter das Mißtrauen gegen Ö. in allen deutschen Sachen ist, so lange es keinen reinen, abgeschlossenen Plan hergiebt, und sich blos mit „vorschweben" [2]) hilft. — Andererseits ist es sehr bedenklich, lange zu zaudern, da der Sieg in Ungarn nichts bessert, wie selbst General Rauch bemerkte. — Die definitive Einigung schiebt deßhalb jeder gern zurück; Östreich, weil es erst in Ungarn siegen will, Baiern, weil es das Volkshaus durchzuführen sich anheischig gemacht hat, Preußen, weil es immer noch nach seinem engern Bundesstaat visirt. Rußland wird sie vielleicht befördern, aber in welchem Sinn? — Für den Augenblick möchte auch ihm das Provisorium lieber seyn. Wir kommen also nolens volens auf dieses zurück. Nun war unser Plan ganz der von Ihnen im Memorandum vom 17/6. ausgesprochene; den hat Preußen durch einseitige Quersprünge verdorben. Quaeritur, kann man darauf zurückkommen? oder muß man schlechterdings zu einer neuen Einigung schreiten? — Man kann zu dem letzten nicht ja sagen, so lange keine festen Pläne vorliegen. Baiern hat erklärt, diese Sache ganz in die Hände von Östreich und Preußen zu legen. — Ich hätte das nicht gethan, da man nothwendig Competenzbestimmungen machen muß; es ist aber geschehen, und da man die Sache an den Verwaltungsrath gebracht hat, so mag dieser die Competenzbestimmungen vorschlagen.

Kann man sich nicht einigen, so bleibt nichts übrig, als die Provisorische Centralgewalt zu continuiren, und es wäre gewiß für Preußen sehr klug gewesen, sich dieses Auskunftsmittel zu menagiren. Aber wie soll man jetzt den Preußischen Stolz dahin bringen? — Es ist mir schon der Gedanke gekommen, ob Sie vielleicht Preußen den Vorschlag machen könnten, das Schiedsgericht darüber entscheiden zu lassen? Darin könnte man bei einigem guten Willen einen ehrenhaften Rückzug finden. Aber man kann den Gedanken noch nicht ertragen, einer so gänzlich von aller materiellen Macht entblößten, allerdings auch durch ihre Entstehungsweise schwach gestellten moralischen Person nachzugeben.

---

[1]) In der Debatte über das Schreiben des hannoverschen Ministeriums vom 7. Juli 1848. S. oben S. 64. — [2]) Vgl. Depesche vom 4. Februar.

Daß Sie, wie ich aus Ihrer letzten Note an Rechberg sehe, Östreich zur Erklärung drängen, ist wohlgethan. Man muß das jetzt von allen Seiten; aber Erfolg hoffe ich zur Zeit noch nicht. Man zieht es vor, mit Baiern zu hetzen und die Piusvereine zu Hülfe zu nehmen. Die sind jetzt ihre Waffe am Rhein. Geben Sie Acht auf die Preuß. Wahlen.

So viel schrieb ich vor der Sitzung. Dort wurde ein Bericht aus München mitgetheilt, nach welchem Kleinschrod [1]) sich sehr friedlich ausgesprochen und die Vereinigung Baierns mit dem Bündniß in Folge mündlichen Berichts v. d. Pfordtens in Aussicht gestellt hatte. Daraus mag ein anderer klug werden!

Herzliches Lebewohl Ihr

JCBS.

Nr. 124. Frankfurt, 12. Juli.

Ihr Brief vom 9., theurer Freund, hat mich sehr traurig gemacht. Denn ich sehe daraus, wie wenig Grund wir haben, irgend Hoffnungen auf die Zukunft zu bauen. So lange aber nicht Preußen und Oesterreich vollständig geeinigt dastehen, ist keine Aussicht auf irgend ruhige Zustände. Ich habe früherhin Gelegenheit gehabt, einen Blick wenigstens im Allgemeinen in die Pläne der hiesigen Führer der Demokratie zu thun, zu einer Zeit, wo der Antagonismus Oesterreichs und Preußens noch nicht so zu Tage getreten war wie jetzt; schon damals ging die einzige Hoffnung dieser Leute auf ein solches Zerwürfniß, alle andern Faktoren ihrer Rechnung schlugen sie geringer an, als man hätte glauben sollen. Und jetzt, da jenes Zerwürfniß offen vorliegt, jetzt, da die Hoffnungen der Demokraten durch Unterdrückung der Aufstände in Baden und der Pfalz, durch den mißglückten 13. Juni [2]) in Paris wesentlich geknickt sind, jetzt sprechen ihre Blätter es offen aus: Das alles seien Bagatellen, die die Demokratie für den Augenblick an den Boden werfen, nicht aber sie zu tödten vermöchten; dort sei die Hoffnung und die Bedingung ihres Sieges, in dem Zerwürfniß der beiden Großmächte. Und so ist es auch: Preußen wird zuerst von der Demokratie getroffen werden, trotz all der künstlichen Classen-Wahlen und anderer pfiffiger Kniffe. Das ist das Unglück und der Jammer, daß der glückliche Umschlag in der öffentlichen Meinung, der jetzt eingetreten und der halten wird bis zur nächsten Auflösung, daß der in keiner Weise

[1]) Bayerischer Justizminister.

[2]) Eine auf Beseitigung des Präsidenten abzielende, vom General Changarnier rasch unterdrückte Revolte.

benutzt werden kann zur Gewinnung fester Zustände. Und er könnte es so gut, wenn man einig wäre zwischen Berlin und Wien, oder, um das Wort gerade herauszusagen, wenn man in Berlin ehrlich wäre. Denn das ist es. Die Schuld liegt für den Augenblick mehr dort als in Wien. Die Unehrlichkeit ist es, die durch das Preußische Treiben jetzt durch und durch geht. Dieser ganze Verfassungs-Entwurf ist ja nicht ehrlich gemeint (Sie sehen, wie die Extreme sich berühren, wie ich darin mit der Demokratie übereinstimme!). Der Plan war: die Centralgewalt und nur die Centralgewalt. Hieher wollte man, ins Turn-Taxissche Palais der Eschenheimergasse! Dem guten Rechte (12. Juli, heute jährig) des Reichsverwesers fehlte Eins: die Macht. Hätte Preußen jenes Recht überkommen und seine Macht hinzugebracht, so war Alles da, was man wünschen konnte. Dann hätte man von wegen der provisorischen Centralgewalt, als Erbe und Nachfolger des Erzherzogs Johann Deutschland regiert. Die Verfassung war nur ein Lockbild, ein Köder, weshalb man sie auch der Frankfurter Verfassung so ähnlich gemacht hatte, mit ihr sollten die Piepmeyer eingelullt und beruhigt werden; sie wäre gewesen wie die Versprechungen Friedrich Wilhelm III.; ja die Preußische Regierung hätte zu derselben noch ungleich reiner gestanden, als die frühere Regierung zu jenen Versprechungen. Denn diese Verfassung ist unausführbar; und daß sie unausführbar, war nicht die Schuld der Preußischen Regierung, sondern der Frankfurter Nat.-Versammlung, die sie ja eigentlich gemacht. Das Provisorium, das Preußen die Bundesfestungen, die Cassen, die Flotte, kurz Alles in die Hände lieferte, hätte man dann ewig dauern lassen oder vielmehr so lange, bis Oesterreich sich erhoben hätte. In dem Kriege mit Oesterreich (scheuen wir uns nicht, das Wort auszusprechen, die Sache wird uns bald genug über den Hals kommen!) hätte man aber über die Mittel des übrigen Deutschlands von wegen der provisorischen Centralgewalt disponirt. Doch die einzelnen Chancen und Seiten dieses Planes werden Sie besser übersehen als ich. Aber dieser Plan ist nun vereitelt, wie er es werden mußte. Preußen steht jetzt draußen, statt drinnen weich und warm zu sitzen im Vollbesitze; jetzt muß es seine eigenen Argumente (Note vom 28. Mai) bekämpfen, jetzt muß es als einzigen Hebel und Werkzeug jene Verfassung brauchen und ins Leben zu führen suchen, die gar nicht dazu bestimmt war. Wie unmöglich es ist, mit ihr zu operiren, wird sich bald zeigen. — Sie reden vom Volkshause. Dies ist ja der Hauptpunkt der Preußischen Unehrlichkeit. Hundertmal hab ich mit Radowitz diese Sache durchsprochen; anfangs war auch er der entschiedensten Ansicht, ein Volkshaus sei unmöglich, nur durch ständische Ausschüsse könne die Volksvertretung geübt werden; erst seit Mitte März meinte er, man könne nicht

gegen den Strom schwimmen, man müsse den Versuch machen; es werde sich bald abnutzen u. s. w. Das ist Alles eitel Unehrlichkeit. Bringen Sie Ihre Verfassung zum Operiren (eine Sache, deren Möglichkeit ich noch bezweifle), so haben Sie, wie Sie das vor einem Jahre in dem Schreiben an Ihre Wähler ausgesprochen haben, in kurzer Zeit Einheitsstaat und Republik. Da will ich doch lieber gleich das Allerschlimmste, als die Aussicht auf diese ewigen Kämpfe und Krämpfe. Meine Hoffnung und meine Rechnung nun war diese: Da Preußens Plan auf die Centralgewalt vereitelt worden, muß es suchen, sein Bündniß auszudehnen. Dem stand entgegen: 1) die Lust zur Selbständigkeit der einzelnen Regierungen, die im Preuß. Bündniß mehr oder weniger, später sicher ganz und gar untergehen mußte. Diese war früher bei den 28 kleineren Regierungen durch das Clubregiment gebrochen worden und die Regierungen unter den Erbkaiser gezwungen worden. Das war aber die Frankfurter Verfassung und darum rechnete Preußen falsch, wenn es auf das demokratische Element als Bundesgenossen zählte; — im Gegentheil ist dieses 2) ein entschiedener Gegner des Preuß. Bündnisses. Die einzige Unterstützung des Preuß. Bündnisses war vielmehr nur in der Furcht vor der Demokratie zu finden, welche die kleinen Fürsten unter den Preuß. Schutz treiben konnte; aber diese Furcht mußte schwinden, je siegreicher Preußen die Demokratie in Baden bekämpfte. Ich hoffte nun, Ihr Bündniß werde sobald keine neuen Theilnehmer finden, die Gründe zur Theilnahme (Furcht vor der Demokratie) bis dahin immer mehr schwinden und die beiden Cabinette zu Wien und Berlin dann am Ende einsehen, daß Einigung unter ihnen vor Allem Noth, und daß diese Einigung dann auch erfolgt wäre. Diese Rechnung und Hoffnung ist noch nicht erfüllt worden, aber sie kann es noch immer, denn, wie es scheint, ist die Lust zum Beitritt noch gar nicht groß. Tritt Oesterreich dann zugleich kräftig und auf der andern Seite bescheiden auf, dann ließe sich die Sache noch machen. Der rechte Moment ist freilich bereits verpaßt und verdorben dadurch, daß Ihre Berliner Verfassung das Volkshaus enthält. Es war eben wieder eine ächte Berlinerei, unehrlich und dumm zugleich, so daß dann (wie es ja auch geschehen ist) der Spitzbube in seinen eigenen Netzen gefangen wird: man erregt Geschrei, als wollte man eine Million haben und fordert am Ende einen Pfennig; man konnte etwas oktroyiren, was gesund und lebenskräftig gewesen wäre und oktroyirt den Entwurf zu einer Verfassung, die auf der Frankfurter abgeklatscht ist und ein Wahlgesetz, das auch nichts sichert sondern nur erbittert. Um solcher Lumpereien willen hätte man nicht sollen solches Geschrei veranlassen; war aber das Geschrei einmal da, so sollte man sich nicht mit solchen Lumpereien begnügen. — Halten nun aber Bayern und Würtemberg noch fest, und wendet nament-

lich das heillose Unglück vor Fridericia [1]) die Meinung noch einmal entschieden gegen Preußen, so ist, bei sonstiger vorsichtiger Leitung, noch immer einige Aussicht da, daß Alles sich zum Besten wende, d. h. daß Preußen nachgebe und sich mit Oesterreich verständige. Vergleichen Sie — Zeit und Papier zwingen mich hier zu Sprüngen und Lücken — hier nur den Schluß in der sonst so albernen Rede Gagerns in Gotha, wo er sagt, daß ihm ohne Bayern selbst der alte Bund lieber wäre pp.

Doch Alles dieses sind Sachen, die Sie, liebster Freund, tausendmal besser übersehen als ich, und mit deren Besprechung, wie es hätte gemacht werden müssen und wie es nicht gemacht ist, man am Ende in ruhigen Tagen sich die Zeit vertreiben mag. Wir müssen jetzt die Dinge gehen lassen. Daß Sie in Berlin mit den Vernunftpredigten kein Gehör gefunden, kann ich mir wohl erklären; der Zorn auf uns ist zu groß, als daß er die Leute nicht verblenden sollte. Daß allerlei Neues in der Luft, ist mir klar, namentlich das Mouvement in der Englischen Diplomatie deutet dahin; gestern kam hier Lord Ponsonby durch nach Wien, L. Cowley ist vorgestern nach Stuttgart gegangen, Henry L. Bulwer, der seit einiger Zeit sehr unwohl in Homburg verweilte, vorgestern nach Carlsruhe. Haben Sie dort vielleicht Näheres darüber, so theilen Sie mir's mit. Englischer Seits wirken eine Menge seltsamer Faktoren auf unsre Deutschen Zustände ein. Merkwürdig ist, daß, während über das Helgolander Gefecht so unverschämte Englische Noten nach Berlin, Hamburg pp. gegangen sind, wir eben darüber eine ungemein artige und liebenswürdige erhalten haben, die ich wohl noch heute durch Witte mittheile. Vielleicht hat der König über Alles dieses Näheres?

Sie warnen mich wegen Oesterreichischer Intriguen. Ich kann Sie versichern, daß, wenn man nicht etwa unsre ganze hiesige Existenz eine Oesterreichische Intrigue nennen will, sonst von dergleichen nicht im Mindesten die Rede sein kann. Kämen Anwürfe dazu, so seien Sie versichert, daß sie zurückgewiesen würden. Wir müssen uns nur hüten, daß wir den Preußischen Brutalitäten gegenüber nicht zu Preußenfeinden werden. Unsre Note an Rechberg wird natürlich nichts helfen; gegen Berlin werden wir uns natürlich ganz ruhig verhalten und nur Mittheilungen machen, wo sie durchaus nothwendig, eben um das Nothwendige nicht zu unterlassen.

---

[1]) Die Niederlage der schleswig-holsteinischen Armee vor Fridericia am 6. Juli wurde ohne Grund dem Oberkommandirenden der Reichstruppen, von Prittwitz, zur Last gelegt, welcher die Möglichkeit rechtzeitiger Hilfsleistung versäumt habe.

Ich erwähnte Witte in Beziehung auf die Flotte. Ich möchte nicht, daß W. jetzt, wo fast alle Bevollmächtigte fort, auch wegginge, und doch wünschte ich sehr, daß W. einmal nach Hannover ginge, um über jene Angelegenheit mit Ihnen zu reden. Kommt Bothmer nicht bald zurück?

Der Ihrige
Detmold.

Nr. 125. Hannover, 19. Juli.

Ihr Brief vom 12., lieber Freund, ist einige Tage unbeantwortet geblieben, weil mir durch Besuche und Festins die Zeit verdorben ist. Wenn doch die gute Kronprinzessin unsereins mit dergleichen nicht erfreuen wollte! — Aber zur Sache. Sie haben vielleicht aus meinem Montagsartikel [1]) gesehen, daß ich Ihre Ansicht von der Gefahr des Zanks der Democratie gegenüber adoptirt habe, daß ich aber die Stellung zu Östreich und Preußen anders auffasse. Ich meine nämlich, um es mit Einem Worte zu sagen, daß die Dummheit in Berlin, die Unehrlichkeit in Wien größer sey. In Berlin ist großer Mangel an Einsicht in das eigene Interesse, gänzlicher Mangel an Menschen, gänzlicher Mangel an Zusammenhang, indem ein halb Dutzend Menschen und Ansichten durch einander pfuschen, die alle nur darin übereinkommen, daß die Warnung von Leibnitz: La cour de Berlin prend feu sur la moindre chose, qui mérite à peine qu'on en prenne connaissance, ewig auf sie paßt. Das erhält immer das Ansehen der Unehrlichkeit und wirkt ebenso; aber man wird stets irre gehen, wenn man einen tief angelegten Plan dahinter sucht. In Wien dagegen, wo sich alles im Kopfe des Fürsten Schwarzenberg concentrirt (Gott weiß wie!), kann man einen solchen Plan erwarten, und in der That kann nur die absolute Unfähigkeit irgend etwas zu machen (wie Prokesch, den ich für entschieden unehrlich halte, behauptet) oder die absolute Unehrlichkeit das Benehmen Östreichs, nie klar heraus zu gehen, entschuldigen. Was sind das denn für Pläne, wenn man in diesem Winter Preußen Churhessen anbot, und noch jetzt in Wien Herr v. d. Pfordten ausschwatzte: Man könne Preußen mit Mecklenburg, Anhalt und Braunschweig den Mund stopfen, während er selbst sehr deutlich darauf visirt, daß Baden zerrissen und zwischen Baiern und Würtemberg getheilt werden müsse. — Wenn in Berlin ein Plan, wie der, den Sie voraussetzen, seyn sollte, so kann derselbe möglicher Weise in keinem anderen Kopfe seyn, als in dem von Radowitz. Diesen kennen Sie besser als ich. Was mich angeht, so habe ich große Zweifel an seiner Ehrlichkeit. Gewiß ist, daß er ein Principien- und Consequenzenmacher ist, und daß es ihm nie auf die Wahrheit seiner Principien an-

[1]) Hann. Zeitung vom 16. Juli: „Zeitbetrachtungen."

kommt, sondern nur auf die Consequenz seiner Folgerungen; wenigstens argumentirt er so regelmäßig aus falschen oder halbwahren Principien, und ist so geneigt, das Princip oder den Zweck seines Handelns zu wechseln, daß mir das nur erklärlich ist durch die Annahme, daß ihm die Wahrheit seiner Principien gleichgültig sey. In Berlin schreibt man ihm tiefe Rachsucht zu, erzählt, daß er nach seiner vornehmen Heirath sich Ahnenbilder angeschafft u. s. w. Das lasse ich dahin gestellt. Sie schrieben mir, er sey grundehrlich aber unpractisch. Ein andermal haben Sie mir eine Äußerung von ihm mitgetheilt, daß er erst Ultramontan und dann Politiker sey. Wie reimen Sie nun seine entschieden antikatholische Opposition gegen Östreich mit der ultramontanen Gesinnung? Oder wenn er durch seine tolle Union etwa einerseits Östreich rein katholisch halten und andererseits ihm die ganze Politik des Deutschen Bundes der Mitte (das ist am Ende die Union) in die Hände legen wollte, wie ist das mit seiner Stellung zu Preußen zu reimen? — Entschuldigen Sie, daß ich mich so lange bei ihm aufhalte; aber er ist der Mensch, der in Berlin die Dinge in diese Lage gebracht hat, der den Zank mit der Centralgewalt hervorgerufen, den Streit mit Wien vergiftet hat. Er ist es auch, dem wir diesen Abklatsch der Frankfurter Verfassung verdanken, und dem allein die Unehrlichkeit, die darin liegen mag, zur Last fällt. Die Stockpreußen wollten das nicht, sind damit gar nicht zufrieden. Diesen hat er geständig die Suprematie als Köder hingehalten (sein Unionsproject war freilich gescheitert). Die Stockpreußen wollen Preußen bleiben und als solche das große Wort in Deutschland führen, fürchten jede Amalgamirung. — Verwechseln Sie aber nicht die Intriguen Preußischer Subalternen (z. B. der Marineräthe in Frankfurt) mit der Regierung.

Doch genug davon; ich bin nicht zum Apologeten Preußischer Politik besoldet; am wenigsten nach der neuen Unfähigkeit, die sie in der Dänischen Sache begangen, und deren Ende ich noch gar nicht absehe, und aus der ich schlimme Verwicklungen besorge. — Lassen Sie uns lieber sehen, was aus unserem Bündniß werden wird. Dieses Bündniß befaßt jetzt alle größeren Staaten bis auf Östreich, Baiern, Würtemberg, Holstein. Daß die noch fehlenden kleinen folgen, ist ohne Zweifel. Wir haben also Norddeutschland und in Darmstadt NB. den Schlüssel zur Mainlinie. Von Baden rede ich nicht. Darmstadt aber halte ich um so wichtiger, als diese Verbindung auch 1828 den Zollverein erzwungen. Östreich und Süddeutschland können Mainz nicht entbehren. Es muß also auf die Dauer immer zu einem Bunde zurückkehren, insofern man nicht durch einen Krieg Deutschland dauernd zerreißen will, ein Gedanke, der unmöglich ist. Die Unterhandlungen über jenen Punct müssen dem Reichstage, von welchem die Durchführung

Ich erwähnte Witte in Beziehung auf die Flotte. Ich möchte nicht, daß W. jetzt, wo fast alle Bevollmächtigte fort, auch wegginge, und doch wünschte ich sehr, daß W. einmal nach Hannover ginge, um über jene Angelegenheit mit Ihnen zu reden. Kommt Bothmer nicht bald zurück?

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 125. Hannover, 19. Juli.

Ihr Brief vom 12., lieber Freund, ist einige Tage unbeantwortet geblieben, weil mir durch Besuche und Festins die Zeit verdorben ist. Wenn doch die gute Kronprinzessin unsereins mit dergleichen nicht erfreuen wollte! — Aber zur Sache. Sie haben vielleicht aus meinem Montagsartikel [1]) gesehen, daß ich Ihre Ansicht von der Gefahr des Zanks der Democratie gegenüber adoptirt habe, daß ich aber die Stellung zu Östreich und Preußen anders auffasse. Ich meine nämlich, um es mit Einem Worte zu sagen, daß die Dummheit in Berlin, die Unehrlichkeit in Wien größer sey. In Berlin ist großer Mangel an Einsicht in das eigene Interesse, gänzlicher Mangel an Menschen, gänzlicher Mangel an Zusammenhang, indem ein halb Dutzend Menschen und Ansichten durch einander pfuschen, die alle nur darin übereinkommen, daß die Warnung von Leibnitz: La cour de Berlin prend feu sur la moindre chose, qui mérite à peine qu'on en prenne connaissance, ewig auf sie paßt. Das erhält immer das Ansehen der Unehrlichkeit und wirkt ebenso; aber man wird stets irre gehen, wenn man einen tief angelegten Plan dahinter sucht. In Wien dagegen, wo sich alles im Kopfe des Fürsten Schwarzenberg concentrirt (Gott weiß wie!), kann man einen solchen Plan erwarten, und in der That kann nur die absolute Unfähigkeit irgend etwas zu machen (wie Prokesch, den ich für entschieden unehrlich halte, behauptet) oder die absolute Unehrlichkeit das Benehmen Östreichs, nie klar heraus zu gehen, entschuldigen. Was sind das denn für Pläne, wenn man in diesem Winter Preußen Churhessen anbot, und noch jetzt in Wien Herr v. d. Pfordten ausschwatzte: Man könne Preußen mit Mecklenburg, Anhalt und Braunschweig den Mund stopfen, während er selbst sehr deutlich darauf visirt, daß Baden zerrissen und zwischen Baiern und Würtemberg getheilt werden müsse. — Wenn in Berlin ein Plan, wie der, den Sie voraussetzen, seyn sollte, so kann derselbe möglicher Weise in keinem anderen Kopfe seyn, als in dem von Radowitz. Diesen kennen Sie besser als ich. Was mich angeht, so habe ich große Zweifel an seiner Ehrlichkeit. Gewiß ist, daß er ein Principien- und Consequenzenmacher ist, und daß es ihm nie auf die Wahrheit seiner Principien an-

[1]) Hann. Zeitung vom 16. Juli: „Zeitbetrachtungen."

seligkeiten werden mit Sicherheit nur der auflösenden Richtung, also entweder der Republik, oder der Despotie Preußens dienen. Der Hauptkern meiner ganzen Politik ist, daß von jeher der Schwächere dem Stärkern gegenüber kein anderes Mittel gehabt hat, als diesen durch Recht und Treue zu binden. Er kann dann dem Rechte Kraft geben durch Schutz eines anderen Mächtigen; das gebe ich zu, wo es Recht gilt. Eine Politik, wie die von Sardinien seit dem 16. Jahrh. beobachtete, würde ich nicht durchführen können. Ich halte sie auch nur möglich für einen despotisch regierten Staat.

Von den etwaigen Englischen Umtrieben weiß ich nichts, auch schwerlich der König, der bekanntlich kein Freund Palmerstons ist, und seine ganze Hoffnung auf dessen Fall setzt. Er hat aber gar nichts über die jetzige Lage der Dinge geäußert, und ich habe von allen Seiten her nichts vernehmen können, als daß England sich in die Deutschen inneren Verhältnisse durchaus nicht mengen wolle. — Es ist in Frankfurt von Russischen Intentionen gegen Deutschland die Rede. Nach meinem Gespräch mit Rauch und mehreren mit Meyendorff weiß ich nur, daß Rußland dringendst zum Frieden mit Östreich treibt. Ueber die Russische Flotte in der Ostsee erklärte Meyendorff sich in einer Weise, die bloß den Schutz der Neutralität bezielte, und führte eine Reihe ähnlicher Fälle dazu an. Für jetzt fürchte ich eine Einwirkung Europäischer Art nicht. Käme sie, so wird man sich auf das Gebiet des Deutschen Bundes zurückziehen müssen. Damit kann man auch alle Kriegsgelüste Östreichs todschlagen. Denn dieses kann nichts weniger als den Bund herstellen. Darüber nächstens mehr.

Neues ist heute nicht weiter vorgekommen. Nur ein Zeichen der traurigen Auflösung im Reichsministerium der Marine, theils wohl Schuld der Herren Teichert und Jordan. Die Preußische Regierung ist aber loyaler als diese Subjecte. Dann neues Gerede von Frankfurt her über den zu Regensburg zu berufenden Reichstag. Zusammenlügen kann man wohl was, und schwerlich ist jemals grausamer gelogen, als jetzt. Dennoch bessert sich die Stimmung fortwährend. Der Paroxysmus der freien Presse und Volksvereine scheint vorüberzugehen. Das ist der erste Schritt zu Gesundheit.

Herzliches Lebewohl. Ihr

JCBS.

Nr. 126. Frankfurt, 20. Juli.

Da ich weiß, daß Sie, liebster Freund, ein Gourmand sind, schicke ich Ihnen hier ein Kistchen Frankfurter Delikatessen und wünsche, daß Sie sich solche wohlschmecken lassen mögen.[1]) Der Ihrige

Detmold.

---

[1]) Auf dem Briefe findet sich mit Bleistift von Stüves Hand bemerkt: Eine vollständige Sammlung der Bundestags-Protocolle, Folio-Ausgabe, begleitete dies Billet.

der Verfassung abhängt, vorhergehen, und halte ich es für eine völlige Tollheit der radicalen Köpfe, in denen noch das Frankfurter Revolutionsfieber steckt, daß man einen Reichstag berufen könne, der eben kein Reichstag seyn würde. Das werden ja nun auch die Actenstücke vom 26. Mai klar machen. Wir nehmen an, daß der Reichstag möglich ist, wenn Baiern beitritt, und Östreich nicht widerspricht. Setzen wir diesen Fall ohne Modification des Entwurfs, nehmen wir ferner an, der Entwurf gehe nun ohne Weiteres durch, dann hängt viel mehr davon ab, welche Geschäfte der Reichsverwaltung zufallen, als von den Formen der Verfassung. Diese letzteren sind nicht unbedeutend, aber nur insofern, als sie auf die Competenz einwirken. Die Verfassung schränkt nun die Competenz sehr wesentlich ein. Ich gebe zu, daß sie hie und da noch besser zu bestimmen wäre, daß es namentlich rathsam wäre, die von den Professoren ausgeheckte Gesetzbuchsfabrik wegzuschaffen, daß das Bedürfniß der Reichsregierung in großen und kleinen Staaten, in Baiern und z. B. in Lippe-Detmold oder Thüringen ein sehr verschiedenes ist; im Ganzen sind die Gegenstände des Bedürfnisses richtig bezeichnet, und das punctum saliens ist in der That jetzt die Frage, wie weit sich die Oberaufsicht erstrecke? worüber die Denkschrift nachzulesen. Die Entwicklung aller dieser Dinge aber gehört der Zukunft, und es ist ganz unmöglich, dergleichen auf einmal abzuschließen, am wenigsten in einer sg. Verfassungsurkunde, die eigentlich nichts ist und seyn kann als ein Rubrikenverzeichniß (wie ich denn, so wie die Sache liegt, es für den größten Fehler halte, daß man in die Reichsverfassung mehr hat legen wollen), oder eine complete Revolution. Auch die Verfassungsurkunden der Länder sind das nur, und blos einzelne Puncte bedeuten wahrhaft mehr. Dieser Stoff ist aber für einen Brief viel zu reich; darum will ich nur noch die Bemerkung hinzufügen, daß ich nicht glaube, daß es möglich sey, in Bezug auf innere Politik und Verfassungsverhältnisse irgend einen Gang der Entwickelung mit Bestimmtheit als den nothwendigen vorherzusagen; ebenso wie ich die Betrachtungen über die Vergangenheit, was etwa geschehen wäre, wenn dies oder das anders gewesen wäre, für vergeblich halte. Denn in beiden Fällen ist es eben unmöglich, alle eventuellen Factoren zu übersehen. Sie sagen, man hätte etwas lebenskräftiges octroyiren können statt des Entwurfes. Ich frage: Was würden Sie für lebenskräftig gehalten haben (nicht jetzt halten)? und wer hätte dann octroyiren können? Preußen etwa mit oder ohne die Könige, Baiern? Würtemberg? — mit oder ohne Östreich?

Sie setzen Hoffnung auf eine noch mehr sich entwickelnde Meinung gegen Preußen. Ich fürchte sehr, daß solche Hoffnungen auf feindselige Stimmungen in Deutschland uns nirgend zum Guten führen. Diese Feind-

seligkeiten werden mit Sicherheit nur der auflösenden Richtung, also entweder der Republik, oder der Despotie Preußens dienen. Der Hauptkern meiner ganzen Politik ist, daß von jeher der Schwächere dem Stärkern gegenüber kein anderes Mittel gehabt hat, als diesen durch Recht und Treue zu binden. Er kann dann dem Rechte Kraft geben durch Schutz eines anderen Mächtigen; das gebe ich zu, wo es Recht gilt. Eine Politik, wie die von Sardinien seit dem 16. Jahrh. beobachtete, würde ich nicht durchführen können. Ich halte sie auch nur möglich für einen despotisch regierten Staat.

Von den etwaigen Englischen Umtrieben weiß ich nichts, auch schwerlich der König, der bekanntlich kein Freund Palmerstons ist, und seine ganze Hoffnung auf dessen Fall setzt. Er hat aber gar nichts über die jetzige Lage der Dinge geäußert, und ich habe von allen Seiten her nichts vernehmen können, als daß England sich in die Deutschen inneren Verhältnisse durchaus nicht mengen wolle. — Es ist in Frankfurt von Russischen Intentionen gegen Deutschland die Rede. Nach meinem Gespräch mit Rauch und mehreren mit Meyendorff weiß ich nur, daß Rußland dringendst zum Frieden mit Östreich treibt. Ueber die Russische Flotte in der Ostsee erklärte Meyendorff sich in einer Weise, die bloß den Schutz der Neutralität bezielte, und führte eine Reihe ähnlicher Fälle dazu an. Für jetzt fürchte ich eine Einwirkung Europäischer Art nicht. Käme sie, so wird man sich auf das Gebiet des Deutschen Bundes zurückziehen müssen. Damit kann man auch alle Kriegsgelüste Östreichs todschlagen. Denn dieses kann nichts weniger als den Bund herstellen. Darüber nächstens mehr.

Neues ist heute nicht weiter vorgekommen. Nur ein Zeichen der traurigen Auflösung im Reichsministerium der Marine, theils wohl Schuld der Herren Teichert und Jordan. Die Preußische Regierung ist aber loyaler als diese Subjecte. Dann neues Gerede von Frankfurt her über den zu Regensburg zu berufenden Reichstag. Zusammenlügen kann man wohl was, und schwerlich ist jemals grausamer gelogen, als jetzt. Dennoch bessert sich die Stimmung fortwährend. Der Paroxysmus der freien Presse und Volksvereine scheint vorüberzugehen. Das ist der erste Schritt zu Gesundheit.

Herzliches Lebewohl. Ihr

JCBS.

Nr. 126. Frankfurt, 20. Juli.

Da ich weiß, daß Sie, liebster Freund, ein Gourmand sind, schicke ich Ihnen hier ein Kistchen Frankfurter Delikatessen und wünsche, daß Sie sich solche wohlschmecken lassen mögen.[1]) Der Ihrige

Detmold.

---

[1]) Auf dem Briefe findet sich mit Bleistift von Stüves Hand bemerkt: Eine vollständige Sammlung der Bundestags-Protocolle, Folio-Ausgabe, begleitete dies Billet.

Nr. 127. Frankfurt, 2. August.

Zuerst meinen herzlichen Dank dafür, th. Freund, daß Sie meine Bitte wegen Wittes Reise zu Ihnen erfüllt haben; er wird natürlich nicht eher reisen, als bis es wirklich nothwendig; mir lag aber daran, die Sache hier in der Hand zu haben. Ein Theil dessen, was er dort besprechen sollte, ist nun freilich bereits in den letzten Depeschen des Gr. Bennigsen theils erledigt, theils angebahnt worden; — allein theils ist jene Angelegenheit doch durch die Depeschen noch nicht ganz erledigt, theils war sie auch nicht allein Grund meiner Bitte, und so bleibt der Reiseplan vorläufig noch bestehen. — Was mich neben jener Marine-Sache mit zu der Bitte veranlaßte, war — neben Anderem — Folgendes. Die unselige Waffenstillstands-Angelegenheit [1]) wird mancherlei Verwickelungen herbeiführen (namentlich die geheimen Artikel) und diese werden dann vor Allem den souffre douleur, die Central-Gewalt treffen. Diese Gesichtspunkte, noch mehr aber der allgemeine, haben uns zu dem Versuche veranlaßt, unsre Stellung mit Ehren aufgeben zu können, d. h. an eine andre neu zu schaffende provisorische C.-G. überliefern zu können. V. d. Pfordtens Versuche, eine solche zu bilden, sind zwar vor 4 Wochen in Berlin an der Berliner Brutalität gescheitert; allein seitdem muß Preußen sich überzeugt haben, daß theils jener Waffenstillstand, theils aber und noch mehr das konsequente Weitergehen auf dem Wege, den es eingeschlagen hat, doch Verwickelungen herbeiführen müssen, die am Ende nur mit dem Schwerte zu lösen sein möchten, — und ob man dazu von vornherein entschlossen, d. h. wirklich und nicht bloß behuf Drohens entschlossen ist, möchte doch sehr zu bezweifeln sein. Zu jenen Verwickelungen, zu denen ein Weitergehen auf dem eingeschlagenen Wege führt, rechne ich so manche Angelegenheit, wie sie jetzt toto die zur Sprache kommt, z. B. die Bundesfestungen pp. Da ist es nun gar zu lächerlich, wie Preußen, die Central-Gewalt konstant ignorirend, Verhandlungen mit Wien, München pp. zulegt und, namentlich von Wien, fortwährend an die Centralgewalt verwiesen wird. Ich werde suchen, Ihnen einige Noten mitzutheilen, die in dieser Beziehung sehr interessant sind. Preußen wird also den Fehler, den es begangen, gewiß vollauf einsehen; von einem Mächtigen, von einem Starken, von einem Klugen darf man dann aber nicht verlangen, daß er den eingeschlagenen verkehrten Weg zurückgehe, um den rechten Weg einzuschlagen, — sondern man muß ihm eine Brücke bauen, um auf den rechten Weg zu gelangen. Da nun nach v. d. Pfordtens Scheitern weder Oesterreich noch Bayern, noch auch Preußen

[1]) Die Friedenspräliminarien und die Waffenstillstands-Convention vom 10. Juli s. Deutsche Chronik 1849, II. S. 21.

in dieser Sache die Initiative zu neuen Versuchen ergreifen werden, so wollen wir es unternehmen; bei den süddeutschen Regierungen wird man sicher auf unsre Vorschläge eingehen; ist man in Berlin nicht ganz und gar wahnsinnig, so wird man ebenfalls die dargebotene Hand ergreifen. Wir haben in diesen Tagen die Instruktionen ausgearbeitet, unser Sendbote geht heute oder Morgen fort, nach Stuttgart, München, Gastein, Wien, von dort nach Dresden und dann nach Berlin, am letztern Ort wird er natürlich nicht offiziell auftreten. Da uns nun vor Allem daran liegen muß, daß Sie in dieser Frage mit dem vollen Gewicht Ihrer Stimme eintreten und sich nicht etwa vorher von Berlin aus binden lassen, so hätte ich gewünscht, daß dieserhalb Witte, den wir genau instruirt haben würden, zu Ihnen gekommen wäre. Wahrscheinlich wird sich nun Beides, diese und die Marine-Sache mit einander verbinden lassen, d. h. die Instruktion der letztern sich so beschleunigen lassen. Was unsern Plan wegen Bildung einer neuen Centralgewalt am ersten scheitern machen könnte, ist das Zusammentreten der Berliner Cammern. Haben diese sich erst einmal der deutschen Frage bemächtigt und die Regierung auf dem falschen Wege, den sie eingeschlagen hat, festgemacht, dann ist freilich ein Herauskommen sehr schwer. — Ein Näheres, wenn ich Ihnen die Instruktionen schicke, die wir unserm Sendboten mitgeben.

Daß Preußen, um einmal ganz von seiner Stellung zur Centralgewalt abzusehen (denn dies ist eine ganz isolirte, selbständige und unnöthige Dummheit), auf dem Wege, den es eingeschlagen, zum Ziele kommen werde bezweifle ich täglich mehr. Wegen der Ungezogenheiten der Preußischen Lakaien gegen uns bin ich doppelt auf der Hut, mich aller feindseligen Gefühle gegen Preußen zu wahren, und um das zu können, kümmere ich mich sehr wenig um die Fortschritte, welche der Spreebund macht. Allein glänzend sind diese Fortschritte nicht. Das sehe ich an einzelnen schlagenden Symptomen. Sachsen, glaube ich, sitzt sehr lose im Bündniß und fällt bei erster Gelegenheit heraus; in Hessen-Darmstadt hat man den Ministerialrath Eigenbrodt (Gagernianer quand même) desavouirt, aus Berlin abberufen und durch Lepel ersetzt u. s. w. Die elende Politik der elenden Bayrischen Regierung wird durch die Cammern diesmal soutenirt werden; das wird Würtemberg auch fest machen, und wenn dann Oesterreich nur irgend klug ist, so kann Preußen nicht durchdringen. Auf unsre neuliche Note an Oesterreich wegen positiver Verfassungs-Vorschläge hat Schwarzenberg erwidert, daß er in ganz kurzem damit kommen werde. Vermuthlich ständische Ausschüsse, wie sie schon früher vorgeschlagen, also Volksvertretung im Staatenhause. Sie werden das tausendmal besser übersehen als ich (wenngleich ich im Detail Manches gesehen habe, was Sie nicht kennen),

daß ein Volkshaus geraden Weges zum Umsturz führen wird. Darum führe ich das nicht weiter aus. Auf das Volkshaus pocht aber hauptsächlich die Partei Gagern-Bassermann, die eben nur durch die Tribüne Geltung erlangen kann, und denen ihr specielles Vaterland zu klein ist. Um der Ambition dieser Menschen willen soll Deutschland nun zerstört werden. Dieses Volkshaus ist es hauptsächlich, was mir die Berliner Verfassung zuwidermacht.

Nun möchte ich — verzeihen Sie diesen brüsken Uebergang — noch Manches wissen, über das ich noch nicht ganz im Klaren bin. Wie denken Sie sich die Sache, wenn Ihre Stände den Beitritt zur Berliner Verfassung refüsiren? Werden Sie eine Cabinetsfrage daraus machen? Wenn die Stände nun auf die Sache eingehen, das Volkshaus zu Stande kommt und von Hannover beschickt, die Verfassung revidirt und genehmigt wird — bleibt dann Ihr Vorbehalt wegen des Beitritts von Bayern pp. bestehen? Ueber das Alles, so wie über das reiche Thema Ihres letzten Briefes (vom 19.) dachte ich Ihnen ausführlich zu schreiben, aber ich habe immer nicht dazu kommen können, mancherlei die Zeit zersplitternde Geschäfte und in den letzten Tagen Unwohlsein, raubte mir alle Lust zum Briefschreiben. Daher hierüber ein ander Mal.

Ich schickte Ihnen neulich eine Kiste mit Büchern, davon fehlen 2 Bände, die Sie nachgeliefert erhalten werden.

Der Ihrige

Detmold.

In den nächsten Tagen kommt Jürgens durch Hannover; er wird sich erlauben, Sie aufzusuchen, sehen Sie ihn sich einmal auf die Redaktion der H. Z. an, um zwei Sehnen an Ihrem Bogen zu haben. Er hat sehr, sehr Vieles, was mir ganz fehlt, namentlich eine unermüdliche, liebenswürdige Geduld und einen stillen, rastlosen Fleiß.

Nr. 128. Frankfurt, 4. August.

Meinem vorgestrigen Briefe füge ich noch Folgendes hinzu, unsern Plan, die behuf Beschaffung einer neuen Centralgewalt einzuleitenden Verhandlungen betreffend. Wir haben es in Rücksicht auf die schon in meinem letzten Briefe angedeuteten Gründe, die Gefahr nämlich, die für den Plan dadurch entsteht, daß die Sache vorher durch die Preußischen Cammern ruinirt würde, für besser gehalten, daß der mit der Verhandlung betraute Herr von Biegeleben seine Studienreise mit Berlin anfange. Dort kann er nun freilich in keiner Weise offiziell auftreten; er ist mit Canitz bekannt und wird bei dem u. s. w. ins Haus hören. Ich habe ihm gesagt, sich auch

an Wangenheim[1]) zu wenden, bei dem gewiß der beste Wille zur Unterstützung des Plans vorhanden, habe aber absichtlich nicht an W. darüber schreiben wollen. Ich schicke Ihnen hier das P. M., das den Aufträgen Biegelebens als Basis dient, und bitte Sie, nöthigenfalls Ihre Ansichten darüber Wangenheim zukommen zu lassen, obgleich ich nicht glaube, daß die Sache in Berlin sobald in das Stadium kommen werde, wo Wangenheim etwa eingreifen könnte. Ob Biegeleben von Berlin nach Hannover kommt oder nach Wien geht u. s. w., wird wohl davon abhängen, wie die Dinge sich in Berlin machen. B. war Unterstaatssekretair im frühern R.-Ministerio, der Einzige, der in das neue Ministerium mit übertrat, um die dänische Sache, die er früher bearbeitet hatte, auch ferner zu hegen. B. ist ein feiner, sehr sinniger und verständiger Mensch, der Einzige, der im früheren Ministerio (zum Theil auch im jetzigen) von Geschäften und Verhältnissen einen Begriff hatte, mit Gagern sehr verzapft [?] und verzweigt, aber wie ich nicht zweifle (offen spricht B., der sehr boutonnirt ist, es nicht aus) ohne Illusion über die Gagernschen Fantastereien. Wenn in dem P. M. die Auffassung des Spreebundes und des Artikels XI vielleicht nicht ganz und gar mehr so erscheint wie unsre frühere, so ist das eine Folge vielfacher Debatten und Verhandlungen, in denen die frühere, als von Preußen so plump zurückgewiesen, etwas zurücktrat. Das P. M. ist von Biegeleben selbst redigirt (ebenso wie die Denkschrift vom 17. Juni und die Note in der Dänischen Sache).[2]) — Sehen Sie, liebster Freund, nun zu, ob Sie in der Sache wegen Schaffung einer neuen C.-G. irgend helfen können; der Moment, meine ich, wäre günstig, aber es ist der letzte. Mir lag daran, Sie von der Sache vollständig zu unterrichten, ehe man von Berlin aus vielleicht den Versuch machen könnte, Ihre Stimme zu binden. Die Form der neuen C.-G. ist uns natürlich vollkommen gleichgültig, und wir haben nur Vorschläge darüber gemacht des Schlusses wegen.

Mit großem Interesse las ich Ihren Artikel in der Hannoverschen Zeitung[3]) über Süd- und Nord-Deutschland. Mit einem Freunde, Varnbüler aus Würtemberg, der die Verhältnisse, namentlich von Würtemberg, genauer wie andere kennt, habe ich diese Dinge oft besprochen, und das Resultat war immer, daß die frühere ungeheure Zerstückelung in die verschiedenartigsten Territorien und die spätere willkürliche Zusammenwerfung dieser zerstückelten Territorien die Ursache sei, daß dort aller innere Halt

[1]) War in Berlin als Bevollmächtigter Hannovers im Verwaltungsrath des Maibündnisses, in welchem Preußen durch Herrn von Canitz vertreten wurde.

[2]) Das Promemoria liegt nicht vor. Wegen der von Herrn v. Biegeleben nach Berlin überbrachten Vorschläge bezüglich des Interim s. Deutsche Chronik 1849, II. S. 66. Der preußische Gegenvorschlag ebend. S. 89. — [3]) Vom 30. Juli.

und Zusammenhang fehle. Die Territorien in Norddeutschland, wenngleich zum Theil jetzt kleiner als die süddeutschen Staaten, sind doch ihren Hauptbestandtheilen nach von Anfang an zusammen gewesen. Aber man sehe nur eine alte Homannsche Karte des südwestlichen Deutschlands an!

Ich lege Ihnen noch für Ihr Archiv einige Aktenstücke bei, falls Ihnen dergleichen nicht anderweitig zukommt. Der Ihrige

Detmold.

Witte wird wohl gegen Ende der nächsten Woche reisen; wir arbeiten jetzt an dem Contrakt u. dergl.

Nr. 129. Hannover, 5. August.

Für Ihren gestern erhaltenen Brief vom 2. bin ich Ihnen eben so dankbar, lieber Freund, als für die Frankfurter Delicatessen, über die ich freilich halb erschrak, und dann herzlich lachen mußte, als ich die ungeheure Kiste und den Inhalt sah. Wer nur Zeit hätte, sie zu nützen. Es steckt in dem Wust unnützer Worte doch oft ein bedeutender Kern, und mitunter ist auch das bedeutend — oder vielmehr ist es das bedeutendste, daß die wichtigsten Sachen nicht darin zu finden sind. Habe ich doch vergebens eine Silbe vom Badisch-Bairischen Streit 1830 gesucht! und dann der Zollverein! Auch da habe ich fortgefahren, aus unseren Acten sehr interessante Notizen zu sammeln.

Doch zu Ihrem Briefe. Ihr Gedanke, den Versuch der Einigung nochmals zu machen, ist mir sehr willkommen gewesen, wie ihn Witte neulich andeutete, aus mehr als einem Grunde. Was den Erfolg angeht, so hat wahrlich v. d. Pf. die Sache so verkehrt angegriffen und so verdorben, wie es nur irgend möglich. Die Bairische Circularnote vom 12. [1]) und die darauf erfolgte Preuß. Antwort [2]) lassen nichts mehr übrig, als daß man sich nun ins Gesicht speie. V. d. Pf. behauptet, den Aufstand in der Pfalz habe Preußen erregt, das wolle er beweisen. Wer es weiß, daß man damals in Preußen entschlossen war, im Nothfall Trier und Aachen der Revolution zu überlassen, um sich im übrigen Lande jenseits des Rheins halten zu können, bis man die Armee zusammen hatte, der wird das über alles Maaß lächerlich finden. — Aber so leidenschaftlich blind ist dieser Mensch in seiner selbstüberschätzten Weisheit. Die Unterhandlungen hat er kaum angefangen, es war, als läge es ihm nur daran, sie abzubrechen. In der That hat er auch gar keinen Boden. Denn seine Proposition will Östreich auch nicht, so wenig als Preußen, vielleicht noch weniger. Daß die Süddeutsche Politik in die Hände von ein Paar solcher

[1]) Deutsche Chronik 1849, II. S. 26. — [2]) Vom 30. Juli, a. a. O. S. 50.

Schwätzer gekommen ist, wie Prokesch und Pfordten, ist ein großes Elend und hat mehr verdorben als scheinen möchte. Mit Geduld und Ruhe war vieles zu erreichen. — Genug von dieser Verworrenheit; es ist nur Einleitung zu meiner Ansicht, daß Geduld und Ruhe das erste Erforderniß in Berlin sind, mit klarem Verständnisse dessen, was man will. Denn in B. hat man beides nicht. — Namentlich traue ich auch Schleinitz [1]), einem ziemlich liederlichen Diplomaten alter Schule, beides nicht zu. Daß man in Preußen schlagen wolle, glaube ich mein Tage nicht. Kommt man dazu, so ists wie die Jungfer zum Kinde Das ist aber auch möglich.

Sehe ich die Sachen zu Berlin an, so finde ich die Hauptschwierigkeit darin, daß man dort jetzt alles thut, um die Altpreußische Parthei zu halten und zu befriedigen. Dieser aber darf man — wie man glaubt — keine mit Östreich getheilte Gewalt in Deutschland bieten. Sie würde lieber zum Bunde zurückkehren, in der Hoffnung, dort die alte Stellung wieder zu gewinnen, was sehr schwer seyn möchte; aber man glaubt es, und so spricht sich auch die tolle Schleinitzsche Note gegen Baiern aus; diese Tendenz kann sehr wohl im jetzigen Preuß. Landtage Stütze finden. Denn selbst die sg. Deutsche Parthei in Preußen — z. B. Simson, mit dem Lehzen in Carlsbad gewesen, sieht Deutschland schlechterdings nur mit Preußischen Augen an und begreift gar nicht, daß andere Leute in Preußen nicht den Gipfel deutscher Vollkommenheit erblicken.

Diese Richtung ist es nun, welche Preußen treibt, von Östreich vor seinem Beitritt zum Provisorio Garantieen in Bezug auf das definitivum zu verlangen — dabei aber steht man noch immer auf dem dummen Radowitzischen Satze, daß der Preuß. Bundesstaat im Bunde von 1815 bestehen könne. Dieses ist die Preuß. Sünde, während Baiern und Östreich darin sündigen, den Entwurf fortwährend als etwas bestehendes, als einen Bruch der Bundesverträge zu behandeln.

Die schwache Seite des Preuß. Systems liegt allerdings in der gänzlich schiefen Stellung zur Centralgewalt, die sie theils anerkennen, theils ableugnen. Das ist im Grunde albern; und an diesem Hebel wären sie zu fassen. Das ist meine Bemerkung in Berlin gewesen. Sie werden diesen Hebel viel besser in Bewegung setzen können. Rechnen sie aber nicht zu viel a) auf die Erkenntniß von Schwierigkeiten in der Dänischen Sache, noch b) auf die Schwäche des Bündnisses, das sie den Spreebund nennen; allerdings werden Baiern und Württemberg nicht beitreten, und ich weiß noch nicht, welchen Wechsel die Persönlichkeit von Lepel andeuten mag. Eigenbrodt hatte schließlich angefangen meskine Mäkeleien zu machen; es

[1]) Seit 29. Juli Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

kann eben so gut seyn, daß Lepel besser als schlimmer ist. Daß Sachsen so lose sey, glaube ich nicht. Man denkt sich das in Östreich auch falsch. — An den Hessischen Ständen können Sie sehen, wohin das Gewicht in Norddeutschland zieht. Für Süddeutschland ist aber Baden und Hohenzollern ein schlimmer Pfahl im Fleische. Baden aber wird sich nur durch Preußen quasi halten können, da Baiern und Würtemberg ihm viel gefährlicher sind, und viel größere Freßbegierde haben. — Ich glaube aber nicht, daß in Baden irgend jemand Lust zu einer solchen Verzehrung habe. Eine Bairische Parthei giebt es wohl in Deutschland nirgend. — Weisen Sie aber doch Ihren Unterhändler an Wangenheim. Er ist nicht übel instruirt. — Und der Verwaltungsrath hat die Sache mit in Händen.

Daß Östreich einen brauchbaren positiven Vorschlag mache, glaube ich nicht; jedenfalls kommt der nun zu spät. Daß man ständischen Ausschüssen den Titel Volkshaus beilegen werde, glaube ich. Das hatte schon v. d. Pfordten von Wien mitgebracht, und so auch jetzt Münchhausen, der dort gewesen ist und mit Schwarzenberg geredet hat. Ich habe kein Vertrauen zur Durchführung dieses Vorschlages, der unpopulär ist, und der jedenfalls noch einer viel tiefern Durcharbeitung in der Verfassung bedarf, um praktisch zu seyn. Sollen diese Ausschüsse neben einem Fürstencollegium nach dem Preuß. oder nach unserem Plan oder neben einem Bundestag stehen? Oder soll noch ein Oberhaus dazu kommen? Ueberhaupt ist dieser ganze Plan mit einem eng zusammengeschneiderten Östreich und einem möglichst auseinandergesprenkelten Deutschland eine Albernheit; wie denn auch Östreich nicht verkennen darf, daß es in Deutschland gar keine rechte Parthei im Volke hat. — Doch das geht weiter.

Auf Ihre Frage, ob ich aus der Verfassung eine Cabinetsfrage machen würde, kann ich nur antworten, daß in Dingen dieser Art nothwendig die Umstände entscheiden. Ich bin aber von Anfang an und fortlaufend der Meinung, daß man gar den Reichstag nicht berufen kann, ehe nicht Baiern beigetreten und mit Östreich irgend eine Einigung getroffen, womöglich dieses auch beigetreten ist. — Sollte man die Sache abmachen wollen und müssen ohne Baierns Beitritt, so liegt am Tage, daß dann Modificationen nöthig sind und daß diese Modificationen um so mehr vom blos völkerrechtlichen Bunde an sich tragen werden, je weniger Staaten daran Theil nehmen. — Es ist ein Grundfehler der Gagernschen Auffassung, daß man dort meint, wir werden einen Reichstag berufen, ehe die Staaten beigetreten. Das hieße das süddeutsche Revolutionsspiel noch einmal spielen und sähe einer Gagern-Dahlmannschen Politik sehr ähnlich, ist aber gar nicht meine Sache.

Ueberhaupt ist es merkwürdig, wie in Norddeutschland alles mehr und mehr einen geregelten friedlichen Charakter annimmt, während man in Süddeutschland vor Kriegslust brennt und — lärmt. Ich versichere Sie, daß man allem Anschein nach in Berlin gar nicht sonderlich feindselige Gedanken gegen Baiern und Östreich hat. Vielleicht ist hier, wie nach Machiavells Regel in bürgerlichen Unruhen, der angreifende Theil der ruhigere. — Merkwürdig ist mir das Gerede von den geheimen Artikeln des Dänischen Friedens. Schwarzenberg hat davon auch als von Wirklichkeiten gesprochen. Wie konnte dann aber Schleinitz den Artikel des Preuß. Staatsanzeigers[1]) selbst schreiben. — Man lügt viel, namentlich in Wien.

Die Ständeversammlungen haben jetzt eine große Bedeutung; schwerlich werden sie solche fassen. Es sollte mich nicht wundern, wenn da 4—5 verschiedene Ansichten durcheinanderliefen, und ebenso wenig sollte es mich wundern, wenn dieser ganze Wettkampf der Dummheit am Ende noch zu Gunsten der Fürstlichkeit zu Ende ginge.

Fürst Schwarzenberg will Stände-Ausschüsse und Gruppen[2]); letztere um Norddeutschland zu paralysiren, das im Bundestag immer an Stimmenzahl überwiegt. Er darf beides nicht aussprechen, wenn er nicht die letzte Stütze in Deutschland verlieren will. Denn das Volkshaus kann Baiern auch nicht aufgeben. Also überall trostlose Verwirrung.

Genug davon für heute.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Morgen ist der Jahrestag der Peuckerschen Parade!!

Nr. 130. Hannover, 17. August.

Sie haben mir eine große Freude durch die Mittheilung Ihres gestrigen Briefes[3]) gemacht, lieber Freund; so weit fortgerückt habe ich mir die Unterhandlung — über die man sehr tiefes Schweigen zu beobachten scheint, gar nicht gedacht. Die Differenzen von Radowitz und Biegeleben (im Grunde nur die Vermittlung in Verfassungssachen) ist m. E. unerheblich, das ganze vernünftig gedacht, für die Dauer bis 26/5. 50 zulässig, und ein sehr zweckmäßiges Compelle im Hintergrund; wenn nur Östreich nun vernünftig ist. Allerdings kommen auch jetzt noch Preußische Dummheiten vor. So hat Canitz[4]), davon angefangen zu reden, daß man an Be-

[1]) Vom 19. Juli. Der Artikel erläuterte eingehend die Verträge, bei denen Hr. v. Schleinitz preußischer Unterhändler gewesen.

[2]) Ueber das Schwarzenbergsche Gruppenprojekt vgl. v. Sybel, I. S. 271.

[3]) Derselbe liegt nicht vor. — [4]) Welcher den Vorsitz im Verwaltungsrath führte.

rufung des Reichstags denken müsse, „weil das guten Eindruck auf die Stände machen werde“! — Ich denke aber, es soll damit nichts auf sich haben, da Leute von Einfluß doch den Unsinn der Eile zugestanden haben.

Dagegen hat mich der Entwurf zum Marinetractat sehr überrascht und niedergeschlagen. Auf diese Weise ist die Sache nicht zu machen. Wir können 1) die Ostseeflotte nicht mit übernehmen (Witte meinte mit großem Leichtsinn, es sey ja dort nichts als die Gefion, während Duckwitz 27 Kanonenboote und Sa. Material für 432000 Thlr. aufführt, außer den Preußischen Sachen). Wir können noch weniger 2) uns verpflichten, Vorschuß zu leisten. Wir haben dazu gar keine Mittel in Händen und dürfen uns am wenigsten unseren schlecht zahlenden Bundesstaaten gegenüber in die angenehme Lage bringen, daß man uns sagt: Ihr seid verpflichtet auszulegen. Wir können 3) nimmermehr uns verpflichten, „alle in Bezug auf die Marine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen“, — also auch die 380000 [Thlr.] herbeizuschaffen, die Duckwitz aus dem Festungsfonds entnommen. — Wir sollen 4) jederzeit die Sache zurückgeben, uns einer Masse unangenehmer und unnützer Berichtschreiberei und Controle — die uns namentlich jedes Arrangement mit Preußen über die Ostseeflotte unmöglich macht, unterwerfen, und dagegen selbst nie wieder den Kopf aus dieser Schlinge der Vorschußpflicht, die uns den Hals zuschnürt, herausziehen können.[1]) Wir werden 5) durch die precäre Natur des ganzen Verhältnisses völlig außer Stand gesetzt werden, gesunde Pläne zur Entwicklung der Sache — die durchaus nöthig sind, z. B. Häfen — zu entwerfen. — Endlich werden wir 6) durch dieses Verhältniß von Preußen nicht unabhängig, sondern, falls dieses Arrangement über die Centralgewalt zu Stande kommt, erst recht mit Leib und Seele abhängig. — Das geht also nicht, und auf diese Bedingungen werde ich gern auf die Sache verzichten. Es kommt mir vor, als ob H. Merck eben mit großer Vorsicht gesucht habe, sein Ministerium möglichst brillant aus der Affaire zu ziehen. Allein dazu haben wir weder den Beruf noch die Mittel. Es ist Kaufmannspolitik, aber zu dick.

Witte scheint mir wirklich diese Sache gar nicht zu übersehen und von einem sehr engen hannoverschen Gesichtspunkte und seinen alten Rancunen gegen Preußen geleitet zu werden. So meinte er, es sey ein großes Glück,

[1]) Nach dem durch Witte überbrachten Vertragsentwurf, durch welchen das Reichsministerium sich der Verwaltung der deutschen Kriegsflotte zu entledigen wünschte, sollte Hannover die Verwaltung übernehmen und die Kosten der Unterhaltung vorschießen. Der Centralgewalt, nicht auch Hannover, sollte Kündigung dieses Verhältnisses vorbehalten bleiben.

daß der große Canal zur Verbindung der Ost- und Nordsee nun nicht zu Stande komme, während dieser Canal, wenn er wirklich möglich ist, unfehlbar die Kraft Deutschlands zur See verdoppeln würde, wogegen ein solches Hannoversches Interesse gar nicht in Betracht kommen kann. Doch genug von der fatalen Sache. Wir werden morgen im Ministerium darüber zu deliberiren haben; mir hat sie heute den ganzen Tag verdorben.

Daß Baiern und Würtemberger sich nicht trauen, amüsirt mich — um Hr. v. d. Pfordtens willen. Der Hamburger Pöbel hat durch den Spektakel mit den Preußen [1]) gewiß niemand einen größeren Dienst gethan als dem hochedeln Senat, der nichts sehnlicher wünschte, als die Preußen zu bekommen, aber nicht wußte wie?

Höchst amüsant ists, wie jetzt die Zeitungen Gagernscher Farbe auf unsere Frankfurter Helden lospredigen, und die Norddeutsche dagegen an. Es ist doch eine rechte Affenschande um solche Straßenjungen-Politik. — Aber während Lang jun. an seine Wähler das schuftige Zeug schreibt, das Sie in der heutigen Zeitung lesen können, kommt heute der alte Lang zu mir, um mir zu sagen: Er reise in Privatgeschäften nach Holstein, um bei der Wahl [2]) nicht zugegen zu seyn, da er sich nie beworben habe. Er wolle mir aber nur sagen, aufgeben würden sie ihr Princip zwar nicht, es sey aber ihre Ansicht, sich jetzt ganz auf unsere inneren Verhältnisse zu legen, um die zu ordnen; denn da wir wohl nicht nachgeben würden, so sey es thöricht, die Köpfe an der Wand zu zerstoßen, obgleich er, wenn Aussicht auf Erfolg da wäre, wohl einer von denjenigen seyn würde, die ihre Köpfe mit daran setzten! — Ich habe ihm eben nichts darauf erwidert. Aber was ist das für ein Volk!

d. 18.

Wir haben heute nur vorläufig über die Sache gesprochen; aber die Ansicht, daß wir die Vorschußpflicht weder übernehmen können noch dürfen, ist ganz allgemein. Wenn man Erfahrungen gemacht hat, wie wir seit einem Jahre, wenn wir seit März von Baiern nicht lumpige 10000 Thlr. Eisenbahngeld erhalten können, da wird man sich hüten, eine Vorschußpflicht zu übernehmen, zumal unter so unerträglichen Bedingungen. Wangenheim, der hier ist, soll nun mit Witte die Sache nochmals in separato besprechen. Dann beschließen wir. Nach Wangenheims Relation ist gegen den Camp-

---

[1]) Preußische Truppen, welche in Folge des Waffenstillstandes vom 10. Juli aus Schleswig zurückkehrten, wurden in Hamburg von Volksmassen angegriffen. Die hierbei vorgekommenen Excesse veranlaßten eine länger dauernde Besetzung Hamburgs durch preußische Regimenter.

[2]) Die Neuwahlen für die aufgelöste zweite Kammer fanden Ende August Statt.

hausenschen Antrag[1]) das Schwarzweißthum aufgetreten und mit gesunderer Politik als jene Gagernsche Parthei, die Camphausen schlecht vertreten hat.

In diesen Tagen wird das Straferkenntniß in der Weinhagenschen Sache publicirt; ca. 60 Verurtheilungen von 3 M. Arbeitshaus bis zu 8 Jahr Kettenstrafe. Weinhagen 3 Jahr Arbeitshaus. Wir haben Sicherheitsmaßregeln ergriffen. Aus einer dummen Halbheit will aber die Canzlei vor der Rechtskraft nicht zur Captur schreiten.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wangenheim meinte, Preußen würde Baden ganz gern den Östreichern überlassen. — Man wird ein Haar darin gefunden haben.

Nr. 131. Hannover, 24. August.

Ich mag die Post nicht abgehen lassen, ohne Ihnen, theuerster Freund, für Ihre trefflichen Mittheilungen[2]) zu danken. Leider sehe ich aber, daß H. v. Biegeleben auf eine falsche Bahn in Berlin gerathen ist. Statt sich an Leute wie Wangenheim zu halten, hat er sich durch Radowitz von diesen isoliren lassen, hat nur Gothaner gesprochen, und ist so in die traurige Lage gekommen, die seine letzte Depesche zeigt, grade im Momente, wo vor der Sitzung vom 18. die Preuß. Politik am meisten nach Gotha schwenkte, das letzte Wort in Empfang zu nehmen. Mir ist es völlig klar, daß R. mit der ganzen Sache nichts gewollt hat, als seine Union in der „Reichscommission" bilden und freie Hand für seinen engeren Bundesstaat behalten. Das lag schon in der gestern empfangenen Depesche deutlich gezeichnet, die heute empfangene letzte fällt nun mit der Thüre ins Haus, was mir gar nicht unerwartet mehr war. Wäre man in Wien klug, so nähme man an. Hat man erst die Hand wieder dazwischen, so kann man viel besser operiren als in der jetzigen Isolirung, und der Termin vom 26. Mai ist den Preußen sehr ungünstig. Man wird nun allerdings warten müssen, was in Wien geschieht. Halten Sie B. aber nicht bevor, daß er sich hat dupiren lassen. Er ist gleich mit einem fertigen System

[1]) Art. 111 der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 bestimmte, daß, wenn durch die deutsche Verfassung Aenderungen der ersteren nothwendig würden, der König dieselben salva ratificatione des Landtags solle anordnen können. Camphausen beantragte nun in I. Kammer, diesen Artikel auf die Verfassung anzuwenden, welche aus den Berathungen des in Folge des Maibündnisses zusammentretenden Reichstags hervorgehen werde.

[2]) Dieselben scheinen, da ein Brief an Stüve nicht vorliegt, auch nicht bestimmt citirt ist, auf anderem Wege gemacht zu sein.

bei der Hand, recht hübsch diplomatisch-französisch-süddeutsch, und so ist er mit der Nase im Winde in die Grube gelaufen, die der lauernde Radowitz durch den indolenten, planlosen und von Umständen bestimmten, blasirten Schl[einitz] ihm gegraben. Hoffentlich ruinirt R. sich als Commissar in der 2. Cammer, eine Rolle, die zu seinem Naturell wenig paßt.

Was die Marinesache betrifft, so haben wir die Angelegenheit so gefaßt, daß es lediglich darauf ankommt, ein bedeutendes Depositum aus unsicheren in sichere Hände zu bringen. Das wollen wir übernehmen, ob es gleich eine bloße Last ist. Sollte die Sache mehr seyn, so müßten wir in die Lage gesetzt werden, einen Hafen zu bauen. Das ist das punctum saliens, da das nicht geht, so muß man sich begnügen, vor allem aber sich keine Illusionen machen.

Ihr

JCBS.

Nr. 132. Frankfurt, 1. September.

Hieneben, liebster Freund, erhalten Sie fernere Depeschen des Herrn von Biegeleben. Daß man in Berlin statt der diesseits beabsichtigten tüchtigen und lebenskräftigen neuen Centralgewalt nur das Unions-Direktorium vom 26. Mai untergeschoben, mit der Einzigen Aenderung, daß man statt Regensburg Mainz als Residenz vorschlägt, ist klar. Gäbe man dort aber die zuletzt noch verlangte Anerkennnng des engern Bundes auf, so wäre es möglich, daß man in Wien den Vorschlag annähme. Im Sinne Ihres dahin gerichteten Rathes ist auch von hieraus an Fürst Schwarzenberg geschrieben. Der Wunsch, von hier erlöst zu werden, gab zu einer deßfallsigen Auseinandersetzung den bequemsten Vorwand. Ich denke, in den nächsten Tagen kommt ein Bericht Biegelebens aus Wien.

Ihre Broschüre [1]) — denn daß Sie trotz A. E. und Brockhaus der Verfasser, wurde mir schon auf der zweiten Seite klar — hab ich mit dem größten Interesse gelesen. Was Sie sagen, ist Alles wahr und schneidend wahr und treffend, auch die Rechtfertigung des Bundes ganz überzeugend; trotzdem hat mich das Alles nicht bekehrt, weil Alles das zum Volkshause führt und das Volkshaus ist der Umsturz. Ich habe die Paulskirche gesehen und besser gesehen als Andere, und niemals werden spätere Wahlen zum Volkshause so konservativ ausfallen, wie die im April 48 zur Nat.-Versammlung. Die Contrebalancirung durch Staatenhaus und andre Institutionen mag die letzte Gefahr vielleicht um einige Zeit hinausschieben, aber mehr auch nicht. Man wird dann auf Berliner

---

[1]) Das Bündniß der drei Königreiche u. s. w. Vgl. Anmerkung zu Stüves Brief vom 10. Juni, S. 226.

Weise mit Gewaltschritten retten wollen, aber auch das wird höchstens den Kampf verlängern, dessen Resultat gewiß ist. Hier liegt auch für mich der Grund zur Rancune gegen Berlin, wo man von der Verderblichkeit des Volkshauses sicher überzeugt ist und dasselbe nur bietet, um zur Herrschaft zu gelangen. Gebe Gott, daß Oesterreich bald ein vernünftiges positives Wort reden möge! Die Sache ist freilich in den letzten Tagen durch das Gebahren von Radowitz pp.[1]) viel verwickelter geworden, indessen schlimmsten Falls fällt das Ministerium Brandenburg; wird man um den Preis das Volkshaus los, soll mich's freuen.

Daß es mit unsrer Flotten-Angelegenheit nichts wird, ist mir sehr leid; denn die politische Bedeutung, welche Hannover durch die Flotte erhalten müßte, und nur Hannover durch dieselbe erhalten konnte, war für mich die Hauptsache dabei. Die Unterhandlungen dauern zwar noch fort mit Witte oder werden wieder aufgenommen werden, aber ich sehe die Sache doch als aufgegeben an, und müssen wir nun sehen, wie auf andere Weise zu helfen.

Der Erzherzog Johann wird Morgen, spätestens übermorgen hier eintreffen und seine Ankunft wird uns aus einer Position erlösen, wie sie schwieriger und unangenehmer nicht leicht getragen worden ist. Inzwischen haben wir hier noch zu Guter Letzt allerlei Hetzereien mit dem Prinzen von Preußen, der — oder dessen Umgebung, namentlich der Herr von Savigny, denn der macht die Sachen — in einzelnen Dingen sich äußerst kindisch benimmt. Als er neulich zum 1. Male kam, ließ er vorher dem ihm seit langem bekannten F. Wittgenstein sagen: er werde sich freuen, ihn zu sehen. W. wartete ihm auf, der Prinz war von dem in jeder Hinsicht trefflichen und imponirenden W. ganz enchantirt, konnte kaum von ihm lassen, und nachher kam durch des Prinzen Adjutanten eine Notiz an die O. P. A. Z., worin W. nur als Hessischer Generallieutenant aufgeführt war: Der Redakteur weigerte erst die Aufnahme, wenn nicht das Prädikat „Reichs-Minister“ hinzugesetzt würde, als man das jenseits weigerte, nahm er die Notiz doch auf. W. hatte den Hofmarschall gefragt, ob der Prinz auch die andern Minister sehen wolle? worauf der Prinz seinen Adjutanten schickte und das unter höflichster Entschuldigung ablehnte. Nun kommt der Prinz zum 2. Male, läßt dem Fürst W. wiederum (wie das erste Mal durch den Generalintendanten Loos) sagen: er freue sich, ihn zu sehen, worauf W. erwidern läßt: das könne nur zufällig geschehen, denn nach jener Geschichte mit der Zeitung sei es ihm, dem Fürst W., unmöglich,

[1]) Es werden die Reden gemeint sein, mit welchen Graf Bülow und Hr. von Radowitz am 24. u. 25. August den preußischen Kammern die Actenstücke über das Maibündniß vorgelegt hatten. S. dieselben Deutsche Chronik 1849, II. S. 95 ff.

dem Prinzen aufzuwarten. Ferner: Graf Rechberg und Witte melden sich zur Audienz, die aber — wegen Mangels an Zeit — versagt wird; der alte Rothschild meldet sich, wird sofort zu Tisch geladen; da er nicht bei Christen ißt, hat der Kerl die Frechheit, ohne Weiteres statt seiner seinen Neffen zu schicken, der nicht so skrupulös ist und ißt, und der Prinz läßt sich das ruhig gefallen. Ich glaube nicht, daß er noch hier sein wird, wenn der Reichsverweser zurück ist. Der, klug und gewandt wie Wenige, würde sonst den guten Prinzen, der gewiß recht brav und tapfer ist, aber nur auf einige wenige Redensarten gesetzt ist, übel zurichten.

Es ist ein Moment der Ruhe eingetreten, das legt sich überall zu Tage, der herrlich benutzt werden könnte, um die Revolution auf ein ganzes Menschenalter zu binden und in den Abgrund zu werfen, aber ich fürchte, der Moment wird nicht benutzt; benutzt werden aber könnte er nur durch Einigung von Oesterreich und Preußen. Käme es dazu, so wäre, was Sie ja auch in Ihrer Broschüre hervorheben, jetzt das Einfachste, den alten Bundestag wieder zu berufen, um das Deutsche Staatsrecht wieder da aufzunehmen, wo die Nat.=Versammlung es gelassen hat, und dann durch den Bundestag die Mittel zum Definitivum finden zu lassen. Jetzt darf Oesterreich eine solche Maßregel nicht ergreifen oder vorschlagen, denn Preußen würde gleich eine Waffe daraus machen. — Bei Ihren Wahlen hat mich namentlich die Wahl der Residenz [1]) gefreut — denn damit ist Rumann beseitigt und das ist ungeheuer viel; eine Wahl anderswo wird er nirgends erhalten, für den Landtag und wahrscheinlich darüber hinaus ist er also ungefährlich und auf seine Intriguen auf der Gasse angewiesen, wo er sich doch über kurz oder lang festrennen wird.

Der Ihrige

D.

Nr. 133. Frankfurt, 1. September.

Ich bin so frei, Ihnen, verehrtester Freund, in dem Überbringer dieses den Herrn Dr. Mettenius vorzustellen, Ministerialrath im Reichsjustizministerium. Derselbe macht eine Vergnügungsreise, die ihn durch Hannover führt — ich erlaube mir, ihn bei Ihnen zu introduciren, weil er ad latus des Herrn Minister Merck mit Witte über die Flotten-Angelegenheit verhandelt hat, unsere Lage und Intentionen in dieser Sache kennt und es vielleicht Ihnen angenehm und der Sache förderlich sein könnte, mit Dr. Mettenius einmal davon zu reden. Der Ihrige

Detmold.

---

[1]) Statt Rumanns war dort Stüve gewählt.

Nr. 134. Hannover, 6. September.

Außer meinem Danke für Ihre neuliche Sendung bin ich Ihnen, lieber Freund, noch den Bericht über unsere Wahlen schuldig. Sie wissen, daß wir hier gesiegt haben. Rumanns Hauptwaffe war — die Behauptung, das Ministerium wolle das Land an Preußen verkaufen. Als er hier durchgefallen, wollte er nach Springe, um sich dort wählen zu lassen; zu spät. Er soll geschäumt haben vor Wuth. Von Celle hatte Hostmann goldene Berge versprochen. Er hatte schon drei Wochen vorher alles fix und fertig, und ist schmählich durchgefallen. Wollten wir an Ellissen ein mäßiges Geld wenden, er wäre zu haben. In Hildesheim hat die Bürgerschaft doch einen scharfen Kampf gegen Weinhagen gekämpft; in Harburg mißlang die Wahl, weil Hastedt krank war, Gravenhorst und Grumbrecht intriguirten. Letzterer, der sich an 4 Orten beworben, und Richelmann in Winsen auf das schlimmste angegriffen, ist diesem mit 30/60 Stimmen unterlegen, und so überall. Nur das Bremische und Ostfriesland sind toll. Aber während dieses Preußischultradeutsch seyn möchte, ist jenes antipreußisch. Also Confusion überall. Glücklicher Weise habe ich das Programm, darauf Gerding die Leute hat verpflichten wollen. Es ist mit zwei Worten dieses: dem Ministerium so viel als möglich Concessionen abzulocken, und es dann abzuthun; ebenso dumm als heimtückisch. Uebrigens antipreußisch. — Dieser Ton klingt jetzt überall durch. Gestern war Wippermann bei mir. Große Angst vor Preußisch-Österreichischem Uebergewicht. — Mißtrauen gegen Preußen. Und die Piepmeier des Berliner Landtags werden mit ihren Rodomontaden sehr gegen den Sinn der D. Zeitung (die sich mit der Nordd. aufs Blut zankt) diese Stimmung muthmaßlich steigern.

Das führt mich auf unsere Deutschen Angelegenheiten. Von München aus warnt man: Östreich, in seine Kremsierer Constitution verstrickt, werde Preußen Norddeutschland überlassen und Baiern Süddeutschland, darauf vertrauend, daß letzteres doch nicht im Stande sey, Östreichs Hülfe zur Befriedigung von Baden und Würtemberg zu entbehren — das sey schon formulirt. Ist Ihnen davon irgend etwas kundig? — Die Herren in München meinen auch: die Reichsminister suchten nur um ihrer Sinecuren willen den Erzherzog zu halten. Man wolle ihnen aber auch kein Geld mehr zahlen. Daraus ist zweierlei zu lernen: 1) Wer hinter dem Ofen sitzt, sucht den andern auch dahinter. 2) Baiern ist sehr sinnreich, wenns darauf ankommt, seine Schulden nicht zu zahlen. — Wippermann wollte gestern auch von neuen Wiener Gruppenplänen gehört haben, aber weiter wußte er nichts, wie er denn überhaupt merkwürdig ununterrichtet, und in alten Begriffen befangen war, Radowitz und die Potsdamer fromme Parthei (Gerlach) untereinander warf pp.

Daß Sie den 'Α(ληθόφιλος) 'Ε(ιρηναίος) erkennen würden, habe ich nicht bezweifelt. Ihre Sorge wegen des Volkshauses — so wenig mich meine Neigung zu diesem zieht — ist aber doch nicht richtig. Denn 1) was die Wahlen nach den bekannten 3 Klassen bringen, zeigt Berlin, und 2) der Schluß von der Paulskirche ist nicht richtig. Diese bildete sich ein, constituirend zu seyn. Daran ging sie ebenso nothwendig zu Grunde, wie eine jede derartige Versammlung an dieser Klippe scheitern muß. Denn nicht umsonst hat Machiavell gesagt: Come egli é necessario essere solo a volere ordinare una republica di nuovo, o al tutto fuori delli antichi suoi ordini riformarla! — Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob man eine solche Versammlung auf die vermeinte tabula rasa, oder in eine feste begränzte Sphäre setzt. — Uebrigens ist man in Berlin auf dem Wege zum alten Bunde. Wangenheim theilte dieser Tage merkwürdige Äußerungen der Art mit von Leuten, die im Juli noch sehr engerebundesstaatlich waren. Und ich glaube kaum, daß Brandenburg, Manteuffel darum fallen. Vielleicht könnte es aber Gelegenheit geben, v. d. Heydt u. Co. los zu werden.

Die Flottensache steht in Berlin nicht sonderlich; als vom Gelde die Rede gewesen, hat kein Mensch Instruction gehabt. Dachte ichs doch! Mit Herrn Jordan [1]) und Mettenius habe ich darüber gesprochen, ehe ich diese Nachricht hatte. Jordan sah besonders sein Kind mit recht väterlichem Auge an. Indeß ist Duckwitz von Hamburg aus wieder bitter angegriffen; und in so weit mit Recht, als diese ganze Flottentreiberei eine tolle Verschwendung gewesen ist.

Die Gemeinheit, die Sie von dem Benehmen der Umgebung des Pr. v. Pr., namentlich von Savigny, berichten, sieht diesem ganz ähnlich, nach anderem Zeuge, das ich aus eben dieser Stellung von ihm gesehen. Unter diesen ganzen Preuß. Diplomaten vom Handwerk ist diese rouerie und filouterie, wie es scheint, ebenso zum vertrockneten Büreauapparat geworden, wie so manches andere Stück aus ihren inneren Regierungskünsten.

Uebrigens vergessen wir auch nicht, daß, so wie die Furcht vor der Revolution schwindet, die jämmerliche Hof- und Hinterthüren-Intrigue wieder den Kopf hebt. Davon ist hier auch zu sagen. Es ist das freilich alles noch jämmerlich und dreht sich um die Antichambre, aber es ist da.

Nach den heutigen Wiener Nachrichten ist Östreich zu einem Resultate gekommen, welches durch Prokesch in Berlin proponirt werden soll, nachdem Bernstorff [2]) sich zweifelhaft ausgesprochen. — Wir haben nun sogleich nach Berlin geschrieben, daß wir in dem (sehr wenig sagenden) Schiedsrichter-

---

[1]) Admiralitätsrath. — [2]) Preußischer Gesandter in Wien.

amte Sachsen den Vorrang nicht bestreiten. Nach den Münchener Nachrichten ist F. Schwarzenberg von der oberwähnten Trias zunächst zurückgekommen, und will erst mit dem provisorio zufrieden seyn. — Für Würtemberg ist dagegen der coup d'état organisirt. Entlassung der Minister, Zusammenziehung des Heers an der Westgränze. Hülfe durch Baiern und Östreich. Da hat man freilich wohlgethan, unserem Bündniß und Schiedsgericht nicht beizutreten. In Berlin scheint Radowitz etwas zu reculiren, während der König mit Gerlach und vielleicht auch Rauch in Töplitz den Kaiser Franz Joseph und Schwarzenberg spricht. Es ist ohne Zweifel ein ominöser Moment.

Ich wollte Raumers Briefe über Frankfurt und Paris wieder wegschicken. Da sehe ich am Schluß hinein und finde nun wirklich ein bedeutendes pathologisches Interesse in dem Buche. Wie ist auch dieser so kluge Professor in die complete Ideenverwirrung gerathen! Zuweilen ein lucidum intervallum, aber dann obligater Frankfurter Unsinn, mit Preußenthum gewürzt. Das nennt man Deutsch.

Damit mags genug seyn. Leben Sie wohl und lassen Sie mich bald mehr hören.

Ihr

JCVS.

Nr. 135. Frankfurt, 7. September.

Ich schicke Ihnen, theuerster Freund, hieneben Biegelebens neueste Berichte. Wie Sie sehen, hat man in Wien guten Willen, und so ist doch am Ende noch Erfolg zu hoffen, zumal, wenn die gestrige Entrevue der beiden Monarchen in Töplitz — über welche der Prinz von Preußen eine telegraphische Mittheilung empfangen haben will — nachhilft. — Hier ist nun der Erzherzog wieder eingetroffen und zwar so gestärkter Gesundheit und gefestigten Muthes, daß ich ihn kaum wiederkenne, und daß wir in Betreff des letzteren jetzt fast zu zügeln haben. Unsere Situation ist durch diese Rückkehr wesentlich gebessert; die finanziellen Schwierigkeiten werden auch applanirt werden, und so wollen wir denn weiter ausharren bis zur Ablösung. Was in diesem Augenblick drückt, ist, daß Preußen die Stadt Frankfurt zum Beitritt zum Bündniß zu treiben sucht; indessen hoffe ich, daß hier noch Einiges zu retten ist, obgleich des Erzherzogs verspätete Ankunft und die gänzliche Unfähigkeit des bei der Stadt beglaubigten Oesterreichischen Ministers von Menßhengen unendlich geschadet haben. Harnier geht Morgen nach Berlin, ich glaube aber nicht, daß er über den Abschluß unterhandeln wird, sondern nur eben hinhalten. Sollten Sie in dieser Beziehung etwas erfahren, so bitte ich, es mich wissen zu lassen; denn diese

Frage hat eine große Bedeutung für uns, obgleich wir den Erzherzog bestimmt haben, unter keiner Bedingung Frankfurt zu verlassen. Über die Entrevue zwischen dem Erzherzog und dem Prinzen von Preußen wird Ihnen Witte wohl ausführlich berichtet haben. Der Prinz ist in derlei Dingen dem Erzherzog gar nicht gewachsen, und so hat ihn denn dessen Anrede: „Ja mein allergnädigster Herr! was sind das für Verhältnisse! Was würde Ihr seliger Vater sagen, wenn der jetzund aufstände!“ — und weiter: „Schauens, ich bin halt zweierlei Person, Oesterreichischer Erzherzog und Deutscher Reichsverweser. Den Erzherzog hab ich daheim gelassen und bin hier nur der Reichsverweser; die Stellung ist nicht angenehm; ich bin aber als guter Soldat auf meinen Posten zurückgekehrt und werd mich nicht verdrängen lassen“ u. s. w. — sehr dekontenancirt, so daß er am Ende feierlich gegen dergleichen Verdrängungs-Absichten protestirt und betheuert hat, er sei nur gekommen, um dem Erzherzoge seine Hochachtung zu bezeugen. Skandalos war, daß die Preußischen Agenten das Landhaus, welches der Erzherzog miethen wollte, zu höherem Preise dem abspenstig machen und für den Prinzen zu miethen suchten, doch ist es noch glücklich für den Erzherzog gewonnen worden. Uebrigens will ich noch in Betreff des Prinzen und seines hiesigen Aufenthalts bemerken, daß auf eine Anfrage von Prokesch in Berlin Schleinitz demselben erklärt hat, die Notiz, daß das Hauptquartier hierher verlegt werde, sei ganz falsch. F. Wittgenstein, dessen ritterliches Wesen auf den Prinzen von Preußen einen großen Eindruck gemacht hat, so daß dieser durchaus und wiederholt verlangt, W. solle ihn besuchen, hält sich nach der Geschichte mit dem Zeitungsartikel dem Prinzen ganz fern; der Prinz, der ihn durchaus sehen und sprechen wollte, hat sich damit begnügen müssen, daß Lady Cowley den Fürsten in eine Abendparthie lockte, wohin der Prinz unerwartet kam. Ich erzähle Ihnen derlei Bagatellen, weil, wenn auch nicht für Sie, doch vielleicht für den König dergleichen Interesse hat, und weil uns diese Lumpereien jetzt fortwährend beschäftigen. Der Prinz hatte den Erzherzog zu einem Galadiner geladen, was dieser refüsirt, dagegen den Prinzen auf Morgen zu einem diner en famille geladen hat, der denn auch zugesagt hat.

Die Flotten-Angelegenheit betreffend will ich noch melden, daß Merck im Begriff ist, auf die 3 Dampfschiffe in England £ 20000 aufzunehmen, welche die augenblickliche Verlegenheit beseitigen werden. Ihr

D.

Nr. 136. Frankfurt, 9. September.

Hier ist Biegelebens Nr. 13. Wir haben heute anderweitige günstige Nachrichten aus Wien, d. h. daß man dort den ehrlichsten Willen zu einer

Verständigung habe; gebe Gott, daß sie zu Stande komme; ich wünsche das nicht bloß um Deutschlands und Europas, sondern auch um meinetwillen.

Ich lege noch den Brief eines Ministerialsekretairs bei in Betreff der Accessionen zu der Frankfurter Verfassung. Eine Stelle in Ihrer A. E. Broschüre hat mich dazu veranlaßt; als ich in den Akten nichts fand, hab ich dem Sekretair den Auftrag gegeben, nachzusehen und mir darüber Bericht zu erstatten, damit etwas bei den Akten sei oder vielmehr constatirt werde, daß nichts darin sei.

Uns drückt hier jetzt sehr das Bestreben des Prinzen von Preußen und seiner Gehülfen, die Stadt Frankfurt in das Berliner Bündniß hineinzuziehen, weil die Hauptabsicht die ist, den Reichsverweser fort zu chikaniren. Nun ist Harnier nach Berlin geschickt worden; ich glaube nicht, daß er über den Beitritt eigentlich verhandeln wird, möchte aber gar zu gern wissen, wie er sich dort stellt und bitte Sie dringend, Wangenheim zu veranlassen, daß er Ihnen darüber Nachricht gebe, die Sie dann wohl mir zukommen lassen. Der Erzherzog geht in keinem Falle fort, aber ich möchte ihm die Insulten, zu welchen sich jetzt schon und nach dem Anschlusse noch mehr die Preußischen Lakaien berechtigt halten, gar gern erspart sehen.

Wann werden Sie denn Ihren Landtag berufen?

Von Herzen der Ihrige
D.

Nr. 137. Frankfurt, 11. September.

Sie erhalten hieneben Biegelebens 14. Bericht. Für Ihren Brief vom 7. [rect 6.] sage ich Ihnen den herzlichsten Dank. Der reiche Inhalt hat mich nach mehreren Seiten hin orientirt. — Mit den Wahlen kann man sehr zufrieden sein; die Opposition ist diesmal sehr ungefährlich, da ihr jeder positive Gedanke fehlt. Daß Rumann unterlegen, ist gar viel werth; wird der Landtag nicht vor der Zeit aufgelöst, so ist er für immer unschädlich. Es bleibt ihm nun für seine Intriguen, für seine Leidenschaftlichkeit nur die Gasse als Schauplatz; er wird hier sicher noch das Ein und Andre versuchen, sich aber verbrennen, weil der Herbst 49 anders ist als der Mai 48. Ebenso ist es gut, daß Grumbrecht unterlegen, dessen Talente nur durch seine Gesinnungslosigkeit gefährlich werden. Lang wird schon zur rechten Zeit eine neue Wendung machen, Ellissen kenne ich nicht, der ganze Rest ist nur zum Lachen. Uebrigens ist der Moment in mehr als einer Beziehung sehr bedeutend und interessant, und wär ich dort und in der Cammer, so würde ich eine Versöhnung der Partheien versuchen, die,

wie's mir vorkommt, sehr leicht ist und gewiß allen unrechten Gelüsten, sowohl denen von außen, als denen, die nach abgethaner Revolution sich wiedererheben, einen tüchtigen Damm entgegensetzen könnte. Theodor Meyer könnte dazu thun; aber er glaubt immer nur von allen Menschen das allerbeste und wird so leicht ihr dupe.

Was Ihnen von München aus über die Oesterreichischen Pläne in betreff des definitivi gemeldet worden, Dreitheilung Deutschlands, mit der arrière pensée, daß das Bayrische Drittel doch wieder Oesterreich zufallen müßte, ist sicher eine Phantasie; wir wissen hier nicht allein Nichts davon (ich hab noch mit dem Erzherzog und Rechberg darüber geredet); sondern Berichte aus Wien sagen entschieden das Gegentheil. Es ist eben eine Bayrische Phantasie, Bayrisches Gelüsten, das bei einer unglaublichen innern Schwäche, die nur Schuld der elenden Regierung ist, stets etwas naiv Materielles hat; unser langer Jochmus hat mit v. d. Pfordten pp. in München mehrere Unterredungen über Deutsche Dinge gehabt; Jochmus, der sonst wie Fliespapier ist, sehr genau referirt und nie seine Gedanken dem Interlocutor unterschiebt (et pour cause) erzählte mir, wie v. d. Pfordten ihm immer und immer mit der Karte von Deutschland gekommen. Der Gedanke jener Dreitheilung wäre doch auch gar zu dumm, wär's auch nur als Ruin Deutschlands. Oesterreich will eine Rückkehr zum Bunde, ohne aber irgend Reformen auszuschließen; daß Rußland auch dahin arbeitet, bezweifle ich keinen Augenblick, und daß Frankreich den Bundesstaat, wie ihn Preußen will, nicht zugeben wird, hab ich noch kürzlich aus einer Note Tocquevilles [1]) vom 28. August, die mir Tallenay vorlas, ersehen. Dieser Bundesstaat scheitert daran, daß er auf den Verträgen von 15 stehen will und sie doch aufhebt. Komisch ist, daß Radowitz in einem ganz neuesten Briefe an Jürgens, wie mir dieser mittheilt, schon von einem „Bündniß-Staat" spricht, das ist der leise Uebergang vom Bundesstaat zum Staatenbund. Daß Radowitz die Parthie selbst schon halb verloren giebt, ging mir aus seiner waffenrasselnden Rede hervor, das war mehr die Angst vor dem Mißlingen als die trotzige Gewißheit des Gelingens, die aus all dem tönenden Apparat hervorsah. Und was Beckerath und die Andern neuerlichst geredet, ist doch so unsäglich miserabel, kindisch und albern, daß auch da das blasse, angstvolle Mißlingen nur kläglich maskirt erscheint.

Raumers Briefe hab ich nicht ansehen mögen; ich kenne den Menschen selbst und er ist mir wie wenige zum Ekel. — Von seiner politischen Weisheit erwähne ich nur, daß er der unbedingteste Vertheidiger des un-

[1]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten seit 2. Juni.

bedingtesten allgemeinen Wahlrechts ist — in so abgeschmackter, kindischer Weise, daß man in Verzweiflung geräth über Deutschland, wo doch solche Namen wie der seine noch Klang und Autorität haben. Dagegen las ich mit Interesse das Buch von Haym[1]): Die Deutsche Nationalversammlung von den Septemberereignissen bis zur Kaiserwahl. Das ist so recht aus dem innersten Kern der Erbkaiserparthei aus geschrieben, hat deß auch gar kein Hehl, und dabei enthält das Buch, so ausgeputzt die äußere Form auch ist, so viele merkwürdige Geständnisse, daß ich oft laut auflachen muß; dieser kleine Haym ist offenbar mehr dupe als Spitzbube. Was er z. B. über die Weisheit und Intentionen der Absichten und Beschlüsse der Casino-Partei in Betreff der im November 48 zur Verhandlung gekommenen Preußischen Frage sagt, ist zu naiv; ebenso seine Andeutungen über die Intentionen, die der abgesonderten Publikation der Grundrechte zu Grunde gelegen, über die Beseler damals sagte: „Wenn die Regierungen nur erst das Rattengift der Grundrechte im Leibe haben, wird ihnen die Lust zur Vereinbarung schon vergehen." Es ist der ganze halb kindische, halb spitzbübische Hochmuth dieser Parthei; ehe diese Parthei Gagern-Dahlmann pp. nicht ganz gründlich vernichtet ist, dürfen wir in Deutschland auf keine festen Zustände hoffen, das ist die wahre revolutionäre Parthei, gegen die das Treiben von Zitz, Fröbel u. dergl. nur Kinderspiel ist. Und diese Parthei würden Sie im Volkshause immer wieder und zwar vermöge ihrer großen parlamentarischen Talente (eben nur diese haben sie) oben an finden. Was Sie vom Volkshaus in Bezug auf die jetzige Berliner Cammer sagen, die aus der Classenwahl hervorgegangen, so kann ich diesen Schluß nicht zugeben, weil alle Demokraten sich von den Wahlen zurückgezogen hatten. Hätten sie es nicht gethan, wär die Cammer eine ganz andere. Doch über Alles dieses müssen wir uns einmal mündlich verständigen.

Ihr

D.

Nr. 138. Ohne Datum. Notiz von Detmold: acc. 14. Sept. 49.

Dr. Mettenius kommt eben bei mir vor und will so gut seyn, einen Brief mitzunehmen, und da mag ich die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen für Ihre beiden letzten Briefe zu danken. Die Mittheilungen über die Propositionen haben wir gleichzeitig auch über Berlin und Wien erhalten und haben auch bereits die Erklärung über das Schiedsrichteramt in höflicher Form nach Wien gelangen lassen, daß wir keine Bevorzugung von Sachsen und Württemberg verlangten. Ich war Willens, heute nach

[1]) Damals Privatgelehrter in Halle, Abgeordneter zur Nat.-Versammlung.

Osnabrück zu gehen, habe mich aber aufhalten müssen, weil Beust von Dresden herübergekommen, und werde so wohl erst morgen gehen können. Beust ist bei der entrevue in Töplitz gewesen, die auf bloße Freundlichkeiten hinausgelaufen und ihren Werth eben auch nur darin hat, daß sie den Glauben an feindselige Stellung der Regierungen schwächt. Aus den Reden des K. v. Pr. erzählt er, daß dieser gesagt: „Radowitz' Logik dominire ihn, dagegen könne er nicht aufkommen." Sehr wahr und traurig, eben weils nichts als Logik. — Dann hat er gesagt: Den Gang, in dem er einmal sey, müsse er fortgehen; aber wenns zu Conflicten führe, werde er umkehren, also eine Politik halber Maßregeln, versuchen und vor der Gefahr scheuen; Bangemachen! — Schwarzenberg scheint seinerseits Preußen gewähren lassen, aber Zwang nicht dulden zu wollen. Was aus dieser Politik des nebeneinander werden muß, ist wohl klar; aber lange kann sie nicht dauern.

Beust benutzt die Gelegenheit, um sich mit uns zu verständigen, damit Sachsen und Hannover gleichen Strang ziehen, was sehr nothwendig. Ich habe folgende Grundsätze aufgestellt, die er billigt: I. So lange Baiern nicht die Theilnahme am Bündniß auf eine völlig unheilbare Weise zurückgewiesen, ist die Unterhandlung fortzusetzen. II. Müßte diese Theilnahme aufgegeben werden, so tritt die Rechtsfrage ein: ob der Bundesstaat im Bunde ohne Zustimmung sämmtlicher Bundesglieder zu errichten sey. Diese Frage ist jedenfalls vor dem Reichstage zu erledigen. Sie kann ans Schiedsgericht kommen. Die Erledigung schließt jedenfalls die weitere Frage in sich, welches Verhältniß zwischen den Staaten des Bündnisses und den übrigen entstehen soll. III. Wäre sie erledigt und dadurch nicht die Verhältnisse so verändert, daß ganz andere Grundlagen eintreten, so wäre dann das modificirende Verfassungsproject für einen etwaigen nord- und mitteldeutschen Bund aufzustellen. Dafür aber gebe ich folgende Basis: Es darf 1. sich von den rechtlichen Grundlagen des Deutschen Bundes nicht entfernen (das kann Preußen nach eigenen Principien nicht weigern). — 2. Es muß nur den Uebergang zu völliger Einigung oder Wiedervereinigung bilden, d. h. a) für die Gegenstände der alten Bundesthätigkeit die alte Bundesverfassung, also Militärwesen pp., jedoch mit Oeffentlichkeit, Preßfreiheit pp. — b) für sonstige Bedürfnisse (Schiffahrt, Handel, Zoll, Münze, Gesetzgebung u. s. w.) besondere Einigung mit Volksvertretung. c) Vor allem das Gericht.

Das sind die rohen Gedanken. In Sachsen hat man freilich auch noch ein anderes Desiderium und einen anderen Druck. Dort leidet man an schlechten Gesetzen, Grundrechte, Wahlgesetz u. s. w. Möchte diese gern los werden, und die Aristocratie liebäugelt deßhalb nach Preußen wegen des

süßen Octroyirens. Möchte auch gern eine Reichsgesetzgebung, die ihnen geschwind aus der Noth hülfe. Aber das geht schwerlich so schön.

In Würtemberg scheinen die Radicalen sich ja nun zum Preußenthum zu neigen. — Das ist ähnlich wie in Hessen, dessen Vertreter in Berlin, Hr. Pfeiffer, mir gestern einen unauslöschlichen Ekel beigebracht hat. Welch ein dummer Stolz auf ihre verkehrte hessische Beamtenselbstsucht und Zänkerei. Das soll dann Volkssache seyn. Und dabei duldet man ein Blatt wie die Hornisse und sagt: Es existirt für uns nicht!

In Berlin scheint übrigens die Frankfurter Parthei Terrain zu gewinnen, zumal in der 1. Cammer, und Brandenburg und Manteuffel werden, wie es scheint, umgarnt. In der 2. soll die Sache eher besser stehen. — Das Wiener Project hat sowohl Schleinitz als Brandenburg für acceptabel erklärt, nur wegen des Schiedsgerichts sind sie nicht einverstanden und wollen, wie es scheint, lieber alle 15 Bundestagsstimmen entscheiden lassen. — Unverkennbar im Interesse Preußens. — Es fragt sich, obs nicht besser wäre, die Sache offen zu lassen, zumal Sachsen und Würtemberg sehr Anstoß nehmen.

Nach unseren Wiener Berichten ist Schwarzenberg geneigt, an neuen Verhandlungen über das Definitivum Theil zu nehmen und sieht ein, daß er dann einen positiven Gedanken haben muß. Aber allerdings giebts erst nichts wichtigeres als das Provisorium zu erledigen.

Und nun leben Sie wohl; ich fahre morgen auf c. 8 Tage nach Osnabrück. Ich will doch einmal ein wenig aus diesem Zwange.

NB. Der Monat April hat auf unseren Eisenbahnen das vorige Jahr wieder um 45000 [Thlr.] übertroffen. Also in den ersten 4 Monaten fast 150000 plus gegen v. J.

Ihr

JCBS.

Nr. 139. Frankfurt, 27. September.

Sie erhalten hieneben, theuerster Freund, Biegelebens letzten Bericht, aus Wien, der Ihnen aber wohl nichts Neues bringen wird, was Sie nicht schon von Berlin oder von Wien aus kennten. Preußen hält offenbar an dem Unions-Direktorium fest, wird in Allem nachgeben, was unter diese Linie fällt, in allem, was drüber hinausgeht, entschieden festhalten. In diesem Sinne fasse ich die neuen Vorschläge auf und glaube deshalb z. B., daß man wegen des Präsidii Oesterreichs am Ende nachgeben wird, nicht aber wegen der „Kriegsverfassung", am wenigsten wegen der Bevollmächtigten-Frage. In den beiden letzten Punkten aber wird auch Oesterreich gerade am entschiedensten festhalten und kann sie nicht aufgeben, namentlich den letzteren, da Preußen darunter ja seine angebliche Bevoll-

mächtigung für die übrigen Staaten, d. h. seine Reichsvorstandschaft, verstecken will. Wie nun weiter? Das Meiste wird nun davon abhängen, was Hannover und Sachsen der Bayrischen Erklärung[1]) gegenüber thun: treten sie zurück, so wird man in Berlin nachgeben, treten sie nicht zurück, so wird man festzuhalten suchen, bis von Paris oder St. Petersburg aus ein nachdrückliches Wort erschallt. Daß man in Paris in diesem Augenblicke sich ernstlich mit der Deutschen Frage beschäftigt, ist für mich kein Zweifel. Der hiesige Gesandte Tallenay, von allen Franzosen, die ich kenne, am meisten in Deutschen Verhältnissen versirt, ist nach Paris berufen; von einer frühern Depesche Tocquevilles vom 28. Aug. meine ich Ihnen bereits erzählt zu haben. Tocqueville und Falloux[2]) pp. sind zum Glück sehr vernünftige und wohlgesinnte Menschen, sonst möchte eine Revision der von Preußen angetasteten Verträge von 1815 leicht in Frankreich ein sehr populäres Geschrei werden können.

Ich lege Ihnen noch einige Mittheilungen Biegelebens aus Wien bei, die aber auch wohl für Sie nichts Neues enthalten. Die ganze Biegelebensche Verhandlung ist mir durch perfide Indiskretionen darüber in verschiedenen Zeitungen höchst widerwärtig geworden. In Berlin hat die Regierung, um sich der Presse zu bedienen, sich ihr gewissermaßen ganz hingegeben — ähnlich wie mit der Kammer dort, so daß die Presse gleich von vornherein Alles weiß und beschnüffelt und zerreißt. Damit kann wohl ein specieller Zweck erreicht werden, wie das 1840 unter Thiers in Paris probirt wurde und ja auch jetzt in Berlin beabsichtigt wird — aber ein eigentliches Regieren ist dabei nicht möglich. Wenngleich wir nun hier aus guten Gründen mit dem eigentlichen Regieren nichts zu thun haben, so ist mir doch jenes Verhältniß zur Presse so durchaus widerwärtig gewesen, daß ich eher im Gegentheil zu sündigen gestrebt habe. Und nun kommen uns doch solche Geschichten! Ich mag meinen Verdacht nicht überall hin werfen, gewiß aber ist, daß, so nothwendig uns des Erzherzogs Rückkehr auch war, unsere Stellung in vieler Hinsicht dadurch erschwert wird, nicht sowohl direkt durch ihn als durch allerlei Einflüsse — namentlich der Frau von Menßhengen, die bald diesen, bald jenen von unsern Leuten in Wien verdächtigt, um für ihre Protegés Platz zu gewinnen. Das ist nun so gar abschenlich widerwärtig für mich, daß ich oft toll und grob dazwischen fahre und das Uebel dadurch nur mehre.

---

[1]) Bayern hatte unter dem 8. September den Beitritt zum Dreikönigsbündnisse definitiv abgelehnt. Vgl. Deutsche Chronik 1849, II. S. 129, und die Rede des H. v. d. Pfordten vom 21. September, ebendaselbst S. 157.

[2]) Minister des öffentlichen Unterrichts.

Ihren Brief vom 13. habe ich s. Z. durch Mettenius empfangen und bin ich Ihnen namentlich für die mitgetheilten Notizen über die demnächst einzuhaltenden Grundlinien der Hannover-Sächsischen Politik sehr dankbar. Die Sache hat darum gleich Grund und Boden, weil sie von vornherein auf ein Positives zusteuert, was z. B. in München ganz fehlt. In Würtemberg wird man wahrscheinlich Römer noch einstweilen halten, bis man mehr Land in der Deutschen Frage sieht, dann wird man ihn fallen lassen.

Hier muß von Zeit zu Zeit der Prinz von Pr. sich sehen lassen und Propaganda machen für das Bündniß. Daß es dabei an Täppigkeiten hüben und drüben nicht fehlt, läßt sich denken. Als er das vorletzte Mal hier war und vom Erzherzog Abschied nahm, sagte er — wahrscheinlich eine Savignysche Redensart schlecht anbringend: „Wenn man uns zu sehr drängt, müssen wir uns auf die Revolution stützen". Offenbar schlechter gesagt als gemeint. Übrigens ist es auffallend, wie die Antipathien gegen Preußen hier im Südwesten steigen, und das ohne auffallenden Grund. Ich gebe im Grunde auf Sympathien nnd Antipathien der Masse nicht viel, indessen als Symptom tiefer liegender Zustände sind sie doch von Interesse.

Ihr

D.

Nr. 140. Hannover, 28. September.

Die Zeitungen haben so viel auf mein Conto gelogen, daß ich Sie, lieber Freund, wohl wieder orientieren muß. Ich bin am 13. nach Osnabrück gegangen, habe dort bis zum 19. ganz still meine eigenen Angelegenheiten geordnet, was hoch nöthig war, bin darauf über Bremen nach Bremerhafen gefahren, um diesen bedeutenden Punct und namentlich unsere Anlage zu Geestemünde zu sehen und kennen zu lernen. Dazu hatte ich leider viel zu wenig Zeit. Doch habe ich jetzt mehr Begriff vom Wasser. Die Deutsche unglückliche Marine lag mit ihren Dampfbooten langweilig auf der Rheede, sehr kümmerlich gegen den prächtigen Lawrence. So ein Segelschiff mit den thurmhohen Masten (220 Fuß) ist eine große poetische Erscheinung und verhält sich zu jenen Rußkasten etwa wie ein gothischer Dom zu einem englischen Factorey-Gebäude. Um gleich den augenscheinlichen Beweis zu haben, wie thöricht man gehandelt, diese Räderdampfschiffe zu kaufen, lag auch ein Schraubenboot bei Brake. Das ist schon viel zweckmäßiger und kriegstüchtiger. — Doch das Geld ist nun einmal fort und das Philosophiren hilft nichts. — In Bremen hätte ich so unglücklich seyn können, einem großen Fraß beiwohnen zu müssen, wenn mich nicht mein Incognito, das ich bis Bremerhafen durchführte, geschützt hätte.

Als ich hieher zurückkam — ziemlich desorientirt, denn Zeitungen hatte ich keine gelesen, hörte ich, daß der König befohlen habe, Bennigsen solle nach Wien reisen. Dieser hatte sich denn auch entschlossen, über Berlin zu gehen, dort Ziel und Zweck seiner Reise Schleinitz mitzutheilen und zu versuchen, auf Einigung und bestimmte Propositionen für das Definitivum hinzuwirken. Mir ist das lieb. B. sieht so einmal tiefer in diese Schlünde und Abgründe der Nichtigkeit hinein. Er ist von Natur nicht ehrgeizig und activ; die Anregung der Reise ist ihm also wohlthätig, und bei seiner ruhigen und bestimmten Natur wird er auch einen Eindruck machen, dem König gegenüber aber auch ein Relief erhalten. Ich habe ihm meinen Plan entwickelt, wie etwa die Bundesverfassung zu modificiren wäre.[1]) — Freilich wird F. Schwarzenberg wohl auf die höchst alberne und den Großmächten günstige Dreitheilung der von ihm empfohlenen Broschüre: „Oesterreich, Preußen und Westdeutschland im Dreistaatenbund, Leipzig und Wien"[2]) zurückkommen, quod deus avertat. — An eine Reise von mir nach Berlin hat eben so wenig ein Mensch gedacht, als an der von den Zeitungen viel breit getretenen Hannoverschen Note auch nur ein wahres Wort ist.

Die Berliner Piepmeyer im Bundesrath wollen nun mit Gewalt den Reichstag erstürmen. Dagegen hat Radowitz gegen Prokesch erklärt, er gebe seinen ganzen Plan verlohren, weil man in Berlin zu unfähig gewesen, ihn durchzuführen, sich mit Östreich in Streit verwickelt, statt sich zu einigen pp. Abeken schreibt an jemand das confusefte Zeug, woraus nur zu entnehmen, daß man sich in Berlin im Auswärtigen einbildet, man könne mit Wien das Interim abschließen und zugleich den engeren Bundesstaat machen! So kopflos, unehrlich und dumm sind diese Leute. — Sie möchten die Hegemonie Deutschlands wegstipitzen, während sie solche nur mit dem Schwerte gewinnen könnten. — Das Zeug aus den kleinen Staaten aber erregt mir vollkommen den unsäglichsten Ekel. Diese Helden von Hornau[3]) und Gotha machen sich nun hier im Lande lächerlich, indem sie den offiziellen Abdruck von Radowitz' Rede (zu nützlichem Gebrauch?) überall vertheilen lassen. Welche Erbärmlichkeit.

Aus der Marinesache wird jetzt sicher nichts. — Im Verwaltungsrath hat Preußen eine Erklärung abgegeben, wir sollten gleich abschließen, aber nur auf Uebertragung „ohne Kündigung". — Wegen des Geldes sehr

---

[1]) Vgl. die „Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Bundesverfassung". J. C. B. Stüve, II. S. 112 und Anhang I. — [2]) S. 282.

[3]) Von Hornau, Gagerns Besitzthum, war das Rundschreiben des Ausschusses der Gothaer Versammlung vom 17. Juli über die Organisation dieser Partei datirt. S. dasselbe Deutsche Chronik 1849, II. S. 34.

... Bülow sagen mündlich: Wir möchten doch ... Aber wir wollen nicht die Narren seyn, ... zu locken und am Ende stecken zu bleiben. ... meier Leute durch Hrn. Merck völlig die ... verkehrt und planlos, und es ist ... Sache anzunehmen. Die Schiffe ... Adquisition. — Hafen und langsames ... Dienst auf fremden Flotten, das wäre Sache;

... jetzt entsetzlich an uns und wollen uns ... freilich Montgelas [1]) der Mann! — ... von der unsäglichen Schwäche aller dortigen

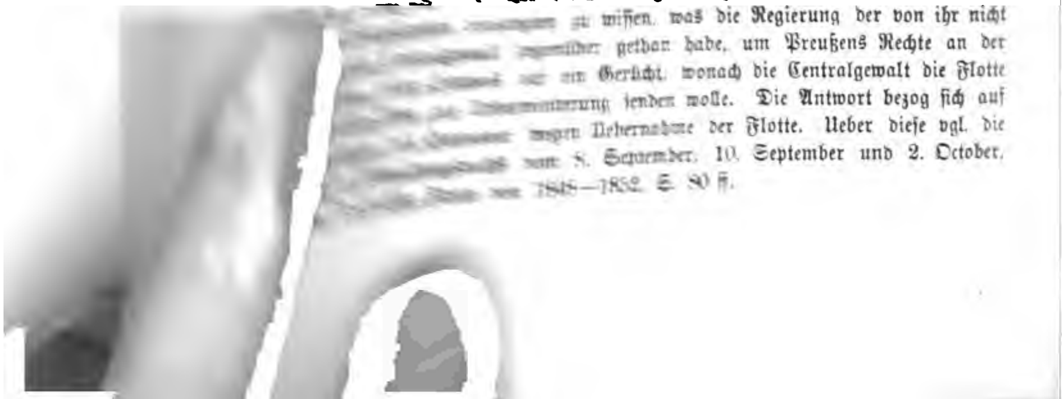
... den wirren Beschlüssen der Cammern über ... der Regierung den Zustand doch für ... hin und her ohne festes Princip und ... Bedürfnisse.

d. 30.

... neueren Mittheilungen, die uns erst recht ... Wien klar gemacht. Die unglückliche ... nun verliebt, ist ein ganz trauriges ... Dr. Schellwitz, eines ganz thörichten ... schon theils im April schickte. In ... nun auf den Reichstag. Preußen ... Wegen der Marine hat Schleinitz ... Interpellation so gut als möglich heraus- ... dazu, wenn man erwartet, der- ... eloquentiae sollen anderen Leuten ... einer so fehlerhaften Regierung zu be-

... werden wir jetzt zu erklären haben: ... den nicht beitretenden Regierungen ... zu wahren seyen; daß deßhalb die

1) ... Geschäftsträger in Hannover.
... zu wissen, was die Regierung der von ihr nicht ... gethan habe, um Preußens Rechte an der ... Gerücht, wonach die Centralgewalt die Flotte ... senden wolle. Die Antwort bezog sich auf ... Uebernahme der Flotte. Ueber diese vgl. die ... vom 8. September, 10. September und 2. October. ... 1848—1852. S. 80 ff.



Abänderung, welche in der Berufung des Reichstags implicite liege, nicht zulässig sey, ohne die Zustimmung der nicht beitretenden, und daß dieses wieder die Nothwendigkeit einer neuen Verhandlung ergebe, bei welcher auch die Vorbehalte von Sachsen und Hannover zu erledigen seyen.

Gebe Gott nun, daß sie in Wien klügere Gedanken haben als Schellwitz. Ich habe Bennigsen ein Project einer bloßen Entwicklung der Bundesverfassung durch 1. bestimmtere Ausdrücke der Volks- und Bundesrechte, 2. Organisation der Bundesregierung und Volksvertretung, 3. Grundsätze für das Rechtsverhältniß der besonderen Einigungen zu näherer Ausführung der Grundsätze zugehen lassen — das wäre immer die beste Basis; aber die Großen wollen vom Bunde los.

Der alte Lang hat, wie man hört, die Brustwassersucht und ist sehr elend. Nachdem er solange Abends Grog getrunken, dürfte ihm der Frankfurter Rheinwein schlecht bekommen seyn. Ich glaube kaum, daß sein Abgang von großer Erheblichkeit ist, wiewohl er mit seiner Ruhe, seinen treffenden Worten und seiner Schlauheit sich ungemein dazu eignete, die Menschen zu führen. Er inspirirte, glaube ich, seinen Sohn auch. Dieser reiset jetzt viel im Bremischen und giebt dort politisch-declamatorische Gast-Vorstellungen. — Haben Sie wohl bemerkt, daß die Norddeutsche Zeitung anfängt, dem Interim, ja sogar der Bundesverfassung das Wort zu reden? Zeichen der Zeit.

Leben Sie wohl Ihr

JCBS.

Nr. 141. Frankfurt, 29. September.

Sie erhalten hieneben Biegelebens 18. Bericht, der aber wohl nichts Neues für Sie hat. Die Frage wegen der Bevollmächtigten als Hülle für die Frage des engeren Bundesstaates wird wohl noch die Hauptschwierigkeit bieten. — Neues giebt's hier sonst gar nichts. Der Reichsverweser hat die größte Lust, eine Reise in den Norden Deutschlands zu machen nach Bremerhaven, um die Flotte zu sehen, die, wie die Zeitungen melden, ja auch wohl von Ihnen besichtigt worden ist. Inzwischen drückt uns die Frage von der Jurisdiktion auf der Flotte, für die bisher gar Nichts geschehen. Schicken wir die Flotte aber für den Winter vielleicht [illegible] die Sache vorher erledigt werden. Ich habe mit Witte über [illegible] d Weise der Erledigung gesprochen, über die er Ihnen wohl [illegible] en wird.

[illegible] ind doch das für elende Zustände in München wie in Berlin! [illegible] eiß nicht, was er will, was er soll und wird am Ende tro[illegible]

weitläuftig
nur absch
uns diese
Mir ver
Luft.
keine F
halte ich
Anziehen
aber so
zum
Knesebe
Person
die
recht
klare

über
Dre
Ma
Sy
Be
sche
sich
gel
gl
ge

Berliner triumphiren und sagen: „Wir haben das eben gewollt, waren aber so ungeheuer pfiffig, etwas Anderes zu fordern, damit keiner denken sollte, was wir eigentlich wollten.“ — So hat der Prinz von Preußen, dem Wittgenstein vor einigen Tagen Biegelebens 18. Depesche schickte (es ist ein zärtliches Verhältniß zwischen beiden, aber sie sehen sich nicht), diesem sagen lassen: wegen des Präsidii könne Preußen nicht nachgeben, wegen der Bevollmächtigten aber habe er, der Prinz, sofort nach Berlin telegraphiren lassen, daß man nachgeben solle; übrigens beschwöre er Wittgenstein, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren. — Dieser Äußerung liegen Mißverständnisse, Unwahrheiten und ohne Zweifel auch schlechte Nachrichten aus Berlin zu Grunde, wo man dann sich wenigstens das Air geben will, als sei das Nachgeben ein ganz freiwilliges gewesen, um aus der Noth eine Tugend zu machen. — Der elende Kerst hat in Berlin gelogen, wir wollten die Flotte ins Mittelmeer schicken, woran niemals gedacht worden, schon wegen der Flagge, die dort nicht anerkannt wird; die großen Schiffe sollen den Winter nach Belgien, die andern müssen auf der Weser oder Elbe unterkommen. Und auf die deßfallsige Interpellation hat der Minister in einer Weise geantwortet, daß ich mich schämen würde, in einer Damengesellschaft so albernes Zeug zu schwätzen. Die Beeidigung der Mannschaft ist ihm suspekt. Das frühere Ministerium hatte die Beeidigung immer hinausgeschoben (trotzdem daß die Mannschaft dadurch im Gefahr kam, als Corsaren behandelt zu werden, wenn sie irgendwo anliefen), weil man auf den „Kaiser“ schwören lassen wollte. Wir haben auf „Reich und Reichsgewalt“ [1]) beeidigen lassen; das paßt also auch auf den Reichsvorstand vom 26. Mai, der aber hoffentlich beim Kaiser bleiben wird; der Strohkopf von Schleinitz nimmt aber ohne Zweifel an, wir hätten auf den Reichsverweser beeidigen lassen.

Hier giebts vielen Aerger durch die Soldatenprügeleien, an denen ja nach den Zeitungen Sie auch dort leiden. Hier sinds aber politische Prügel, das Gagernsche Programm in Schemelbeine übersetzt. Hauptsächlich in der letzten Zeit zwischen Preußen und Bayern. Auf die letzteren ist es gemünzt und die letzten 3 bis 4 Prügeleien waren prämeditirt und von oben herab gut geheißen, vielleicht noch mehr. Man will durchaus die Bayern aus der Stadt haben; nach jeder Prügelei kommt der Bürgermeister mit deßfallsiger Bitte ein, so daß ich jetzt einen deßfallsigen Bescheid lithographiren lassen will. Es ist nun nicht bloß die specielle Rancune gegen Bayern, als ein andrer Grund, der das veranlaßt. Die Bayern liegen in dem „Deutschen Hause“ in Sachsenhausen, einer sehr großen

[1]) Vgl. den folgenden Brief vom 4. October.

aller Majorität Schiffbruch leiden. In Berlin scheint das Ministerium im eigentlichen Sinne an der Majorität gescheitert zu sein. Dieses Ministerium, das sich tüchtig benahm, wenn es in der Minorität war (weil es da thun konnte, was es wollte und eben sollte), hat, nun es die Majorität hat, sich ganz und gar das Ruder aus der Hand winden lassen und wird von der Cammer durch Dick und Dünn geschleift! Dieser Zustand kann nicht dauern; der Bruch wird und muß kommen, weil dieses Verhältniß ein unnatürliches und verkehrtes ist. Ich glaube nur immer, daß das Ministerium darüber fällt, ein Fall, der dann vielleicht die Auflösung der Cammer nach sich ziehen könnte. — Entschuldigen Sie diese Phantasien, die vielleicht sehr bodenlos sind. Wir aber leben hier in kompleter Dunkelheit und Unwissenheit, und da kommt man leicht auf Phantasien. Ich kann Ihnen nicht läugnen, daß wir sehnsüchtig auf das fiat lux warten, was von Ihnen kommen würde; ich denke mir, Sie wollen erst das Votum der Bayrischen Cammer abwarten, ehe Sie sich aussprechen.

Der Ihrige
Detmold.

Nr. 142. Frankfurt, 2. October.

Sie empfangen, th. Freund, hieneben Biegelebens 19. Bericht, der wohl wenig Neues für Sie hat. — Es ist ein erwartungsvoller Moment. Gott gebe nur, daß man in Wien vernünftige Gedanken hat, darauf kommt jetzt wohl Alles an; fänden sich die dort, dann werden Hannover und Sachsen wohl von ihrem Vorbehalt Gebrauch machen und die Berliner Seifenblase platzt. Welch gräuliche Confusion dort herrscht, entnehme ich recht — obgleich man's aus jedem Zeitungsblatte herauslesen kann — aus einem Briefe von Liebe[1]) an Jürgens, den dieser mir schickte. Offenbar weiß dort keiner von dem andern, jeder macht Spektakel, um sich und andern Courage zu machen, und so geht zum Teufel, was vielleicht noch zu retten gewesen wäre. Das schmählichste Schauspiel ist für mich dieses Ministerium, das sich von dieser elenden Cammer — ich kenne die Heroen derselben — durch allen Dreck schleifen läßt. Das ist so verkehrt, so geradezu unsittlich, daß ein Bruch folgen muß, selbst ohne die Conflikte der Deutschen Frage. Ob dem Sturze des Ministerii die Auflösung der Cammer folgen wird? ich glaube nicht; diese wird, um, da die Deutsche Frage jedenfalls verloren, wenigstens den Constitutionalismus zu retten, der bei einer Auflösung sehr gefährdet sein würde, eine Wendung à la Gotha machen und das neue Ministerium unterstützen. Und dann werden die

[1]) Vertreter Braunschweigs im Verwaltungsrath.

Berliner triumphiren und sagen: „Wir haben das eben gewollt, waren aber so ungeheuer pfiffig, etwas Anderes zu fordern, damit keiner denken sollte, was wir eigentlich wollten." — So hat der Prinz von Preußen, dem Wittgenstein vor einigen Tagen Biegelebens 18. Depesche schickte (es ist ein zärtliches Verhältniß zwischen beiden, aber sie sehen sich nicht), diesem sagen lassen: wegen des Präsidii könne Preußen nicht nachgeben, wegen der Bevollmächtigten aber habe er, der Prinz, sofort nach Berlin telegraphiren lassen, daß man nachgeben solle; übrigens beschwöre er Wittgenstein, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren. — Dieser Äußerung liegen Mißverständnisse, Unwahrheiten und ohne Zweifel auch schlechte Nachrichten aus Berlin zu Grunde, wo man dann sich wenigstens das Air geben will, als sei das Nachgeben ein ganz freiwilliges gewesen, um aus der Noth eine Tugend zu machen. — Der elende Kerst hat in Berlin gelogen, wir wollten die Flotte ins Mittelmeer schicken, woran niemals gedacht worden, schon wegen der Flagge, die dort nicht anerkannt wird; die großen Schiffe sollen den Winter nach Belgien, die andern müssen auf der Weser oder Elbe unterkommen. Und auf die deßfallsige Interpellation hat der Minister in einer Weise geantwortet, daß ich mich schämen würde, in einer Damengesellschaft so albernes Zeug zu schwätzen. Die Beeidigung der Mannschaft ist ihm suspekt. Das frühere Ministerium hatte die Beeidigung immer hinausgeschoben (trotzdem daß die Mannschaft dadurch im Gefahr kam, als Corsaren behandelt zu werden, wenn sie irgendwo anliefen), weil man auf den „Kaiser" schwören lassen wollte. Wir haben auf „Reich und Reichsgewalt" [1]) beeidigen lassen; das paßt also auch auf den Reichsvorstand vom 26. Mai, der aber hoffentlich beim Kaiser bleiben wird; der Strohkopf von Schleinitz nimmt aber ohne Zweifel an, wir hätten auf den Reichsverweser beeidigen lassen.

Hier giebts vielen Aerger durch die Soldatenprügeleien, an denen ja nach den Zeitungen Sie auch dort leiden. Hier sinds aber politische Prügel, das Gagernsche Programm in Schemelbeine übersetzt. Hauptsächlich in der letzten Zeit zwischen Preußen und Bayern. Auf die letzteren ist es gemünzt und die letzten 3 bis 4 Prügeleien waren prämeditirt und von oben herab gut geheißen, vielleicht noch mehr. Man will durchaus die Bayern aus der Stadt haben; nach jeder Prügelei kommt der Bürgermeister mit deßfallsiger Bitte ein, so daß ich jetzt einen deßfallsigen Bescheid lithographiren lassen will. Es ist nun nicht bloß die specielle Rancune gegen Bayern, als ein andrer Grund, der das veranlaßt. Die Bayern liegen in dem „Deutschen Hause" in Sachsenhausen, einer sehr großen

---

1) Vgl. den folgenden Brief vom 4. October.

Caserne, die unmittelbar an der Mainbrücke diesen wichtigsten aller Main-Übergänge vollständig dominirt. Auf die zielt man und möchte sie um jeden Preis haben.

Eben da ich schließen will, kommt Ihr Brief vom 30. mit reichem langerwarteten Inhalt, aus dem ich jetzt nur Einzelnes berühren will. Die Anstellungen in der Marine sehen vielleicht schlimmer aus als sie sind; ich war auch stets dagegen (namentlich auch gegen das Bekanntmachen, was in Bayern böses Blut macht) aber Merck und Jochmus versichern, daß noch nicht einmal die dringend nothwendige Anzahl von Leuten angestellt sei. — Auf die elende Broschüre von Schellwitz reist der Verleger Spamer, um die Sache mit Gewalt zu treiben; ich kann mir kaum denken, daß es Schwarzenberg voller Ernst mit der Idee. Es wäre das Allerelendeste. Und Würtemberg z. B. würde er sicher damit Preußen in die Arme treiben. Ein Glück, daß Sie Bennigsen einen positiven und so einleuchtenden Vorschlag mitgegeben! — Wangenheim dringt jetzt mächtig in Witte, er solle hier abschließen, alles wegen der Lüge von Kerst; aber dazu ist es jetzt zu spät, schon weil jetzt wahrscheinlich der Erzherzog Schwierigkeiten machen würde.

Der Ihrige

D.

Nr. 143. Frankfurt, 4. October.

Obwohl Sie, liebster Freund, wohl schon die Nachricht von Berlin haben werden, will ich doch nicht verfehlen, Ihnen zu melden, daß die Convention über das Interim zu Wien am 30. Septbr. von Fürst Schwarzenberg und Graf Bernstorff unter Vorbehalt einer 30tägigen Ratifikationsfrist unterzeichnet worden ist.[1]) Wegen der Bevollmächtigten hat Preußen nachgegeben — ebenso wegen des Präsidii von Oesterreich, doch ist dieses nicht in die eigentliche Convention aufgenommen, sondern in einer Separatakte festgestellt worden. Die Comission wird den Titel „Bundes-Comission" führen; Oesterreich hat es übernommen, die Einwilligung des Erzherzogs-Reichsverwesers dazu einzuholen. — Biegeleben hat uns das erst durch einen kurzen Brief angezeigt, ein officieller Bericht wird morgen erst kommen.

Der Erzherzog will die Flotte sehen; höchst wahrscheinlich wird er am Sonntag früh von hier fortgehen, den Rhein hinunter bis Cöln, Abends gleich mit dem Nachtzuge weiter, am andern Morgen an Hannover vorbei nach Bremen, von da nach Bremerhaven, von da nach Cuxhaven, nach Hamburg, von da nach Hannover. Genau ist noch nichts darüber bestimmt,

[1]) Deutsche Chronik 1849, II. S. 186.

Sie sollen jedenfalls auf das genaueste Nachricht haben, ob er reist und ob und wann er nach Hannover kommt.

In einem vorgestrigen Briefe, wo ich über die Beeidigung der Flottenmannschaft schrieb, hatte ich gesagt, der Eid sei auf Reich und Reichsgewalt abgelegt, ich wollte das corrigiren, ward aber dabei gestört und so blieb's; es muß heißen: Reich und dessen Regierung.

Der Ihrige
D.

Nr. 144. Hannover, 7. October.

Sie haben mir wieder mehr als einmal geschrieben, und so muß ich die Antwort mit Entschuldigungen anfangen; indessen habe ich auch nicht viel zu schreiben. Was die Marinesache angeht, so werden Sie von Witte hören, wie das steht. Es sind Halbheiten, und ich sehe nicht ein, daß damit viel anzufangen ist. — Was dagegen die Deutschen Angelegenheiten überhaupt betrifft, so ist es nur zu wahr, daß Fürst Schwarzenberg auf der Dreiheit beharrt. Er erkennt an, daß seine Verfassung vom 4. März mit der alten Bundesacte nicht bestehen kann. Eben deßhalb weiset er einen Plan wie den Meinigen völlig zurück, hat auf den Grund der Schellwitz-Spamerschen Trinität einen Entwurf ausarbeiten lassen, mit dem er sehr heimlich thut, der aber nach Bennigsens Urtheil völlig nichtig ist, und will diesen per brochure in die Welt schicken. So trübselig stehen die Dinge dort. In Berlin ist die ganze Nichtigkeit aus der Schleinitzschen Antwort [1]) vom 5. zu entnehmen. Man wird aber wahrscheinlich doch ratificiren. Inzwischen ist am 5. Abends im Verwaltungsrath die Debatte [2]) heftig gegangen. Bodelschwingh [3]), von dem Wangenheim schreibt, er sey ganz ohne staatsmännische Einsicht und habe nichts als Camphausensche Ideen, von dem mir so eben Graf Bülow [4]) sagt, vom 18. März falle ihm viel zur Last, denn er habe den Ausmarsch der Truppen und die unselige Proclamation von der Nacht hindern können, dieser scheint sein mögliches gethan zu haben; allein die Debatte ist nicht zu Ende gekommen. Am Dienstag wird

1) Ausweichende Antwort auf eine Interpellation von Beckeraths vom 29. Septbr. über das Interim, welches inzwischen am 30. Septbr. abgeschlossen, aber noch nicht ratificirt war.

2) Ueber den vom nassauischen Bevollmächtigten gestellten Antrag auf Vornahme der Wahlen zum Reichstag, gegen welchen Sachsen und Hannover protestirten. Protokoll der 47. Sitzung. Deutsche Chronik 1849, II. S. 191.

3) Der frühere Minister des Innern, war an Stelle des Hrn. v. Canitz zum Vorsitzenden ernannt.

4) Der frühere Leiter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, jetzt Gesandter in Hannover.

nun das schwere Geschütz meiner staatsrechtlichen Deduktion [1]) ins Feuer kommen; Graf Bülow aber, der gestern hier angekommen, und den ich eben gesprochen, sagt mir: Er betrachte den engeren Bundesstaat als gescheitert. Denn wenn die größern Staaten nicht wollen, so werde Preußen mit Bückeburg und Reuß-Ebersdorf keinen engeren Bundesstaat machen. Es bleibe dann nichts übrig, als auf das Alte zu recurriren, wenn man glaube, einen Bundestag wieder berufen zu können. Nun scheint es mir, als ob er die Ansicht habe, damit zu schrecken, daß dann gar nichts abzuändern seyn werde; dagegen habe ich mit Maaß opponirt. Jedenfalls aber wird nun für Österreich die Krisis unangenehm. Denn wenn Preußen sich geradezu auf den Bund retirirt und F. Schwarzenberg meint, seine Kremsiersche Verfassung könne auch damit nicht bestehen — worin er Recht hat — so wäre consequent das Ende vom Liede, daß Östreich ausscheiden müßte et. s. p. Inzwischen gehen die öffentlichen Dinge nicht consequent und so mag man ruhig seyn. Wenigstens sehe ich für uns jetzt gar keine Rolle und habe das an Wangenheim geschrieben, als auf unserem Rechte zu bestehen, unerschütterlich und unbeweglich, nichts uns nehmen zu lassen, aber auch nichts zu begehren. Das ist am Ende der einzige Weg zum Ziele. Denn es liegt im Rechte eine große Kraft, wenn das Volk nur erst auf diese Bahn zu bringen ist, was wohl nicht so leicht sein mag, als Graf Bülow zu glauben scheint.

In Preußen müssen sie jedenfalls noch sehr viel lernen, um Freiheit und freie Verfassung, um Deutschland und ihre Stellung in demselben zu begreifen. Leute wie Schleinitz, der seinen Posten übersatt ist und gern als Gesandter nach Petersburg möchte, taugen dazu nicht. Alles schwankt dort; niemand hat Glauben an das eigene Treiben; man meint nur, man müsse es forttreiben, so weit es gehe, und dürfe den Cammern gegenüber nicht umkehren. Man verkennt, daß der Entwurf, so wie es nun liegt, nach eigenen Plänen ein bloßes Fragment ist, und weiß die Ergänzung nicht zu finden. So ist denn auch das Ministerium in sich so schwach, daß alles per majora entschieden wird — — unter Verantwortlichkeit!! Das sind die Folgen jenes 30jährigen Stillstehens und Herumzerrens, jener büreaukratischen Abgeschlossenheit. Sie verrennen sich augenscheinlich in eine Theorie, z. B. „einer Volksvertretung gegenüber müsse eine einheitliche Bundesregierung stehen“ — und sitzen auf dem Trocknen, sobald man diesen Haufen Worte (Volksvertretung — einheitlich — Bundesregierung) analysirt.

---

[1]) Gegen die Zulässigkeit der sofortigen Berufung des Reichstags. Protokoll der 49. Sitzung. a. a. O., S. 216.

Ich habe Bülow gesagt: Man dürfe schon deßhalb die Ratification des Vertrages vom 30/9. nicht weigern, weil bei der anscheinenden Unbedeutendheit der Streitpuncte das ein Geständniß sei, daß man den Compaciscenten damit habe täuschen wollen. — Das ist auch wahr!

Doch genug davon. Ihrem Erzherzog wünsche ich zu seiner Reise gutes Wetter. Bei solchem Regenhimmel wie heute ists zwischen den Deichen unerfreulich. Die Aequinoctialstürme sind vorüber, sonst könnte er auch noch eine kleine Bö mitmachen.

Hier machen die Bedientenstubenartikel der Deutschen und Cölner Zeitungen über den kronprinzlichen Hof [1]) wieder eine gewisse Bewegung. Sie sind superlativ erbärmlich, auch keine Persönlichkeit richtig aufgefaßt. Zur Characteristik der Kronprinzessin will ich Ihnen eine Anekdote aus den letzten Wochen erzählen. Ich ging hinaus nach Monbrillant, Abends. Als ich auf dem Flur einen Lakaien nach dem Adjutanten zur Anmeldnng schicke, kommt die Kronprinzessin die Treppe herunter, sieht mich und empfängt mich mit den Worten: „Ich habe meine Mäuschen zu Bett gebracht; wollen Sie den Kronprinzen sehen, so will ich Sie gleich melden.“ So alles in der Freude des Herzens. Ich suchte sie abzuhalten. Es war aber unmöglich. — Das ist gewiß recht liebenswürdig freundlich; aber ich wollte, sie hätte mehr Stolz, Gefühl ihrer Würde; obgleich sie ihre Stellung als Mutter erkennt und den Jungen, der etwas trotzköpfig ist, streng und gut erziehen soll. Davon schreibe ich nun Fräulein v. d. Gabelentz [2]) etwas zu, die in der That eine edle Erscheinung ist, an der ich mich jedesmal freue, wenn ich sie sehe und ein Wort mit ihr wechseln kann. Da hat nun dies Correspondentenpack Fratzen von Pietismus dran geworfen, von denen kein vernünftiger Mensch was weiß, wie denn Niemann [3]) gar kein Verhältniß zum kronprinzlichen Hause hat und selbst sehr fern von solchem Spuk ist. — Ich wollte, es nähme sich jemand die Mühe, einmal die beiden Sudelköche von Zeitungsschmierern recht derb ablaufen zu lassen. Nur geht das von hier aus nicht gut.

Doch nehmen Sie das Sonntagabendsgeschwätz nicht übel. Ich will auch gleich schließen nnd sage Ihnen herzliches Lebewohl.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Die boshaften Artikel, welche Oppermann noch im Jahre 1862 angemessen gefunden hat, wieder abdrucken zu lassen (II. Anhang, S. 126 ff.), zeigen, welch karrikirendem Klatsch über mißliebige Fürstenhöfe selbst angesehene Parteiblätter zu jener Zeit zugänglich waren.

[2]) Hofdame, welche der Kronprinzessin aus Altenburg nach Hannover gefolgt war.

[3]) Konsistorialrath und Schloßprediger.

Nr. 145. Frankfurt, 8. October.

Hieneben, th. Freund, Biegelebens Berichte Nr. 20, 21, 22, 23, die wohl allesammt nichts Neues für Sie enthalten, die ich Ihnen aber schicken will, weil sie doch zum Bilde der Zustände gehören. Die Convention vom 30. v. M. haben wir durch Graf Rechberg erhalten (und wird auch Ihnen von Wien zugegangen sein, daher ich keine Abschrift beilege), der die Zustimmung und eventuell Resignation des Reichsverwesers einholen sollte. Als diese berathen und gegeben wurde, ist mir die schlechte Redaktion der Convention in mancher Beziehung klar geworden, die, wenn die Einigung zwischen beiden Höfen keine wirkliche ist, noch zu mancherlei Zwist Anlaß werden kann. Zugleich aber kamen mir mancherlei Fragen wegen der nun demnächst, wenn man sich in Berlin und Wien über die Comissions-Mitglieder pp. geeinigt, vorzunehmenden Verzichtleistung des Reichsverwesers. Für diese Angelegenheit — die ja eigentlich Zweck und Ziel unsers ganzen Festhaltens hier war — erbitte ich mir Ihren Rath und Ihren Beistand. Der Reichsverweser hat mehr Rechte, als er nach jener Convention in die Hände des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen niederlegen soll; ferner, die Convention enthält ausdrücklich diesen terminus: „in die Hände des Kaisers von Oesterreich und Königs von Preußen". Genügt derselbe Ausdruck bei der demnächstigen Niederlegung, oder soll er in die Hände der Comission niederlegen? Was rathen Sie überhaupt hinsichtlich dieses Aktes? Feierlich (wie der Erzherzog wünscht) oder nicht? er wünscht noch eine Proclamation an die Nation zu erlassen; rathen Sie zu, und haben sie specielle Wünsche für den Inhalt, oder ab? jedenfalls würde er sie erst nach der Entsagung erlassen, also ohne Contrasignatur. Ich bitte Sie, all diese Fragen sich gelegentlich überlegen zu wollen und mir Ihre Ansicht mittheilen zu wollen.

Kerst hat die Berliner schändlich belogen; indessen werden sie jetzt wohl selber dahinter gekommen und mit dem elenden Burschen fertig sein. Es ist ein ganz elendes Subjekt, von Radowitz in die Marine gebracht, der auch den Herrn Jordan da untergebracht hat, der ebensowenig als K. davon versteht. Hätte nur unser Landsmann Marcard etwas mehr Schneide, Einsicht und Umsicht, dann würfen wir Jordan auch über Bord. Auf dieser ganzen Deutschen Marine haftet von vornherein ein Fluch, der bis ins Kleinste geht!

Der Ihrige
D.

Nr. 146. Hannover, 10. Oktober.

Herzlichen Dank sage ich Ihnen, lieber Freund, für die Biegelebenschen Depechen, die zwar in der Sache selbst nichts neues haben, aber um

so interessanteren Aufschluß über die Stellung B.'s zu den Gothanern im Verwaltungsrath geben. Daß er so wenig wie diese Menschen irgend einen festen Boden unter den Füßen hat, ist darin klar gezeichnet. Es scheint den Leuten etwas unerwartet zu sein, daß man sich nicht aus Angst vor Ihnen fortschleifen läßt; allein das ist nicht geschehen, und gestern werden sie die Gründe vollständig bekommen haben, die der kleine Meysenbug [1]) dann widerlegen mag si placet. — Daß Preußen auf die schöne Idee, erst den Reichstag zu berufen und dann unter dem Schutze dieses neuen Revolutionsversuchs zu unterhandeln, eingehen werde, hoffe ich nicht, obwohl man dort grundsatzlos genug dazu ist. Am Montag hat Bodelschwingh den Vertrag mit Wien vorgelegt mit der Erläuterung: „Preußen werde sich in der Bundescommission stets nur als Vertreter des Verwaltungsraths betrachten." — darauf hat Sachsen und Hannover per mere generalia dankbar geantwortet, die anderen große Sorge gehabt; beim Abstimmen aber hat sich nur Lepel (s. v. ein Darmstädter, schreibt Wangenheim), Mosle [2]) und Seebeck [3]) gegen den Antrag erklärt mit dem naiven Motive: Es sey besser, daß die jetzige Confusion fortdauere, um den Leuten den Appetit zum Bundesstaat zu schärfen. Man wird nun gestern wohl ratificirt haben; und fragt sich dann, ob man gestern im Verwaltungsrath auf den von B. gemeldeten Plan eingegangen seyn wird. Meyendorff hat ähnliches augurirt: Man werde beschließen, den Reichstag zu berufen, aber zum Berufen werde es nicht kommen.

Ich fürchte aber, Biegeleben hat mit dazu gewirkt, uns in Wien die Sachen zu verderben, indem er direct oder indirect Schwarzenberg in seiner Idee von der Unhaltbarkeit der kleineren Staaten noch mehr überzeugt hat. Dieser steckt noch immer in seinem 3fachen Bunde; und können Sie die Gedanken, die er hegt, aus dem anliegenden, sehr vertraulich mitgetheilten (leeren und nichtigen) P. M. [4]) ersehen. Es ist, was ich lange gesagt habe; nur Schade, daß die Revolution aus den großen in die kleinen Staaten gekommen ist, und nicht umgekehrt. Dieses Vernichten der Deutschen Fürstenhäuser ist aber m. E. der Todesstoß für die Europäische Monarchie, die sich seit lange nur von daher recrutiren kann. Vernichtet aber werden sie nach solchen Plänen. Es liegt deutlich vor, daß Schw. sehr geneigt ist, Preußen viel nachzugeben für Vortheile, die er erwartet, wahrscheinlich in Bezug auf Sicherung gegen Rußland, auf das man in Wien sehr erbittert ist, da man sagt: Paskiewitsch habe Görgey schon durchschlüpfen

[1]) Legationsrath von Meysenbug, badischer Bevollmächtigter im Verwaltungsrath.

[2]) Oberst, oldenburgischer Bevollmächtigter.

[3]) Staatsrath, Bevollmächtigter der thüringischen Regierungen. — [4]) S. unten.

lassen und nur Haynaus Gewaltmarsch von 11 Tagen ohne Rast habe durch den Sieg von Acs den Krieg zu Ende geführt.

Für uns wird aber die Politik des Beharrens auf unserem Rechte um so klarer gezeichnet, und in dieser Beziehung möchte ich, was Ihre Frage angeht, allerdings wünschen, daß der Reichsverweser eine Erklärung gäbe — wie er sie allein mit Ehren geben kann —, durch die er die ihm anvertraute Macht denen zurückgäbe, von denen er sie erhalten. Die Lüge des ganzen Wesens liegt freilich schon überklar vor. Denn man fußt auf den Bund, während man ihn nicht mehr anerkennen will; aber es ist zu wünschen, daß diese Lüge immer schärfer ans Licht gestellt werde. Offenbar hat man die Zustimmung der Bundesglieder, die Östreich anfangs wollte, die bestimmte Andeutung des Eventuale nach dem 1. Mai 50 aus diesem Grunde heraus escamotirt.

Daß Ld. Palmerston in Paris zum Kriege treibt, werden Sie wissen. Merkwürdig hat Thiers sich hartnäckig widersetzt und zu Ld. Normanby [1]) gesagt: Er und seine Minister betrügen sich wie die Schulkinder, wenn der Schulmeister nicht da sey. Sie sollten mal Sir R. Peel fragen, was der zu ihren Streichen sage. — Er fürchtet aber doch, daß Tocqueville sich schon eingelassen. [2])

Noch fällt mir ein, daß doch der Reichsverweser anständig nicht eher sein Amt niederlegen kann, als er von seinen Mandanten dazu autorisirt ist.

Leben Sie wohl. Ihr
JCBS.

Wir haben hier Hrn. Dirckinck-Holmfeld [3]) zu betrachten, der bei Hannover, Hamburg, Bremen, Oldenburg accreditirt ist, um Freundschaft mit Dänemark zu stiften. Der König scheint keine große Freude daran zu haben, und mir hat Hr. D. entsetzlich ungewaschenes Zeug vorgeschwatzt.

Anlage zum Brief vom 10. October.

Der Weg, den Preußen zu einer Umgestaltung Deutschlands eingeschlagen hat, führt zur Mediatisirung der Deutschen Staaten. Jede ihnen dagegen ertheilte Bürgschaft muß sich als ungenügend erweisen. Ein Bundesstaat, ja selbst ein Staatenbund, an dessen Spitze ein einziger, allen übrigen Mitgliedern an Macht so bedeutend überlegener Bundesgenosse steht, muß diesem letzteren die Herrschaft über die andern sichern.

Dieser Ueberzeugung ist ohne Zweifel der heute wieder so lebhaft und vielseitig sich äußernde Wunsch entsprungen, den alten Bund mit

---

1) Englischer Gesandter in Paris. — 2) S. S. 296, Anmerkung.
3) Kön. dänischer Kammerherr Dirckinck von Holmfeld.

zeitgemäßeren Einrichtungen wieder hergestellt zu sehen, damit Oesterreichs Einfluß die Uebermacht Preußens aufwiege und hierdurch den schwächeren Staaten ein genügender Schutz ihrer Unabhängigkeit gewahrt werde.

Eine solche Wiedergeburt ist jedoch kaum möglich.

Die Ereignisse der letzten 18 Monate haben alle Verhältnisse in Deutschland wesentlich verrückt.

Die kleineren Staaten haben sich als lebensunfähig erwiesen. Wollte man dessenohnerachtet ihre Selbstständigkeit zu fristen suchen, würde ihre Fortdauer nur eine Quelle des Mißvergnügens, ihr Gebiet der Sammelplatz aller Feinde der Ordnung bleiben.

Andererseits ist Preußen durch die Macht der Umstände zu einer Stellung gelangt, welcher es nicht wohl mehr entsagen kann, um in seine frühere Sphäre zurückzutreten.

Vergebens würde man sich daher bemühen, den alten Bund, wenngleich mit verbesserten Institutionen, auf seinen bisherigen Grundlagen wieder herzustellen.

Und gelänge es auch, die großen Schwierigkeiten scheinbar zu überwinden, müßten die Nachtheile eines solchen Werkes bald fühlbar werden.

Die Mängel des alten Bundes würden trotz aller Vervollkommnung in dem neuen wieder aufleben.

Jede Frage, über welche Oesterreich und Preußen sich verständigt hätten, wäre hierdurch als erledigt zu betrachten, wogegen der Mangel dieses Einverständnisses die Ausführung der trefflichsten Maßregeln verhindern würde.

Unter solchen Verhältnissen würden sich die früheren Zustände erneuern. Die allgemeine Bewegung, welche theils in dem Streben nach größerer Einheit, theils in dem billigen Wunsche der verschiedenen Stämme und der noch lebenskräftigen Regierungen, ihren speciellen Interessen Geltung zu verschaffen, ihren Grund hat, würde nicht beschwichtigt werden. Der Kampf, dessen Schauplatz Deutschland seit 18 Monaten ist, würde mit gesteigerter Erbitterung fortdauern, und wohin das am Ende führen müßte, ist nicht zu verkennen.

Es wird sich daher darum handeln, aus dem Bestandenen Neues herauszubilden. [Ohne Unterschrift.]

Nr. 147. Frankfurt, 14. October.

Ich bin Ihnen, th. Freund, den Dank für zwei Briefe, vom 7. und 10., schuldig, deren reichen Inhalt ich freilich mit Nichts zu erwiedern vermag. Ihre Wiener Nachrichten lauten nun freilich sehr trübe und niederschlagend; wenn man dort die wiedergewonnene Situation nur zu einem

so schmählichen Handel benutzen will, dann freilich möchte man es fast bereuen, hier eine oft kaum zu ertragende Stellung durchgeführt zu haben. Indessen glaube ich noch nicht so recht daran; nicht, weil ich die Leute dort nicht dazu fähig hielte, sondern weil doch eine eigene Schwere und Wucht in den Dingen liegt, die mehr Widerstand leisten wird, als man sich wohl denkt. Es wird Alles darauf ankommen, ob in Berlin der Reichstag berufen wird oder nicht; ich denke da wie Meyendorff, man wird höchstens die Wahlen, nicht aber den Reichstag ausschreiben, ja ich glaube kaum an die Ausschreibung der Wahlen, denn die würden doch in Hannover und Sachsen nicht vorgenommen werden. Ihre Politik: das unbewegliche Festhalten am Rechte, ist unter diesen Umständen gewiß die einzig zum Ziele führende. Sie wird auch die Stellung zu den Ständen wesentlich erleichtern. In Beziehung auf diese bemerke ich noch (was ich auch schon vor einigen Tagen Witten mitgetheilt, der's wohl geschrieben haben wird), daß Gagern und Mathy nach Bremen gereist sind zu dem ostensiblen Zwecke einer Schiffstaufe, hauptsächlich aber, um im Sinne von Gotha zu wühlen. Der außerordentlich schlaue Mathy ist Meister darin, Menschen zu bestricken, Gagern ist nur mit, wie ein Bär, den er tanzen läßt, um das Publikum anzulocken. Ich denke mir, daß sie im Bremischen und Lüneburgschen, etwa unter dem Protektorat von Freudentheil, Lang, Grumbrecht und Gravenhorst, Vorstellungen geben werden. Es wird Ihnen nun dort zwar nicht gelingen, Colonien von Gotha anzulegen, indeß ist es immer der Mühe werth, das Auge auf die Beiden zu haben.

Des Interims freue ich mich, weil es uns hier erlöst, und weil es doch einen, wenn auch noch so geringen Punkt giebt, an welchem in dem allgemeinen Chaos etwas festes sich wieder anknüpfen läßt. Sonst freilich — und vielleicht ist das auch ein Vorzug — legt es die Schäden ziemlich klar dar: ein Oesterreich und ein Preußen, kein Deutschland. Auf die Bevollmächtigten-Frage wird nun sehr viel ankommen. Daß Preußen die Absicht hat, die sämmtlichen Mitglieder des Bündnisses vom 26. Mai zu vertreten, ist klar; damit kann es freilich bei der Schiedsrichterfrage in einigen Widerspruch und Verwickelung gerathen, den man am Ende Oesterreichischer Seits leicht herbeiführen kann. Alles wird hier wieder darauf ankommen, wie Hannover und Sachsen sich stellen; schicken die Bevollmächtigte, so werden Kurhessen pp. bald nachfolgen. Weil diese Frage ein gewisses persönliches Interesse für mich hat, bemerke ich Ihnen noch, daß gleich nach Abschluß des Vertrages vom 30. v. M. Graf Rechberg zu mir kam und mir sagte: ich müsse durchaus Bevollmächtigter von Hannover werden. Ich lehnte das ab, vielleicht zu sehr unter Bezugnahme auf meine frühere Stellung, denn er erklärte mir, er werde nach Wien schreiben, daß

man von dort aus in Hannover den Wunsch ausspreche. Ich habe ihn nur mit Mühe davon abbringen können, indem ich ihn darauf aufmerksam machte, daß, wenn je man in Hannover mich dazu ernennen wollte, ein solcher Schritt, der nicht geheim bliebe, mir im Voraus die Stellung ruinire. Er versprach zwar, es zu unterlassen, ich bin dessen aber nicht gewiß. Ihm liegt indessen im Grunde den Teufel wenig an mir, sondern nur daran, daß Hannover einen Bevollmächtigten schicke. Das wird jedoch wieder nur davon abhängen, wie man in Berlin vorangeht. Beiläufig noch die Bemerkung, daß, wenn Oesterreich irgend dazu konsentirte, der Reichsverweser jeden Augenblick bereit sein würde, seinerseits einen Gegen-Reichstag zu berufen, wozu indessen — außer vielleicht Jochmus — keiner von uns die Hände bieten würde, was aber durch anderen jetzt leicht zu findenden Ersatz für uns sogleich unterstützt werden würde. Geht Preußen mit seinem Reichstage voran gegen den wirklichen Willen Oesterreichs, so legt dies der Ausführung des Interims Hindernisse in den Weg, die jetzige provisorische Centralgewalt reconstruirt sich und beruft einen Reichstag, zu welchem man die beiden Hauptmöbel hat: die Paulskirche und den Reichsverweser. Es wäre eben Revolution gegen Revolution. Der Erzherzog, das wiederhole ich, wäre dazu im Stande, zumal er jetzt fast ungern aus seiner Stellung scheidet. Was die von ihm abzugebende Erklärung betrifft, so sollte diese natürlich erst bei der Niederlegung seiner Stelle, diese aber natürlich erst in die Hände der Comission erfolgen. Ich bin nur darüber noch nicht ganz klar, ob jene Erklärung etwa unter der Form einer Proclamation an das Deutsche Volk a) unmittelbar vor seiner Abdikation und unter Contrasignatur der Minister, oder b) unmittelbar hinterher als seine rein persönliche Ansicht erfolgen solle —, oder ob nicht eine andere Form vorzuziehen. Ich bin jetzt fast der letzteren Ansicht, und denke sie in die Form einer im Augenblick der Niederlegung zu Protokoll zu gebenden Erklärung einzukleiden; etwa so, daß, nachdem der Erzherzog erklärt hat, daß er bereit sei, seine Würde in die Hände der Comission niederzulegen, er durch einen der Minister seine Erklärung vorlesen läßt, und hinterher niederlegt. In dieser Erklärung wäre sein Bedauern zu accentuiren, daß er nicht in die Hände der Nation niederlege, aus der er die Würde empfangen, weder wie sie in der Nat.-Versammlung, noch wie sie in der Bundes-Versammlung repräsentirt gewesen, daß er festgehalten, um den Deutschen Bund, dessen einziges Organ Er gewesen, zu retten u. s. w. Ich erlaube mir, Ihnen vielleicht demnächst meinen Gedankengang ausführlicher vorzulegen.

England spielt bei allen den deutschen Wirren die allerwidrigste Rolle oder vielmehr L. Palmerston allein. Ich habe das täglich am hiesigen Gesandten L. Cowley zu beobachten Gelegenheit. Vor einigen Tagen war

er über den Abschluß des Interims und dessen Ratifikation ganz außer sich; sehr komisch war's, wie er mir sagte, Preußen habe, nachdem die Bundes-Akte durch Berufung einer Nat.-Versammlung und Einsetzung eines Reichsverwesers thatsächlich zerrissen, den ungeheuren Fehler gemacht, mit Einem Fuß auf der Bundes-Akte stehen zu bleiben, und dadurch sich seine Bewegung sehr zu erschweren; ich erwiderte ihm, daß es freilich viel leichter beweglich gewesen sein würde, wenn es die Bundes-Akte hinter sich geworfen, erzählte ihm dabei zur Exemplifikation aber, daß ich schon im November v. J. im Verfassungs-Ausschuß der Ansicht gewesen sei, daß der Erbkaiser Preußen die Rheingrenze kosten würde. — Daß Palmerston in Paris irgend zum Ziele kommen werde, glaube ich nicht; man wird vielleicht einige Redensarten für die Pforte vom Stapel laufen lassen, mehr gewiß nicht. Man hat sich mit Oesterreich über Italien viel zu gut vertragen, um der Türkei wegen Händel anzufangen.[1]) Was die Ansichten des französ. Ministerii über die Deutschen Dinge betrifft, so kann man darüber sehr zufrieden sein. Der hiesige Gesandte Tallenay, ein Freund von mir, derjenige französische Diplomat, der die Deutschen Verhältnisse genauer als alle andern Franzosen kennt, hat seit länger als 6 Monaten fort und fort in demselben vernünftigen Sinne berichtet; er ist vor Kurzem nach Paris berufen, um dort noch weitere Auskunft zu geben, kommt in den nächsten Tagen zurück, und schreibt mir vor einigen Tagen im Vertrauen, daß das Ministerium seine Ansichten von den Deutschen Dingen sich ganz und gar angeeignet habe. Die Aussicht auf Vortheil mag nun freilich dergleichen Ansichten sehr schnell ändern, aber die Grundansicht ist doch wenigstens da. Die Geschichte mit der Türkei ist aber namentlich um deßwillen lächerlich, weil Rußland ohne einen Finger zu rühren die Pforte über den Haufen werfen kann. Zieht Rußland seinen Gesandten zurück und läßt die Pforte in dieser Isolirung, so ist innerhalb 2 Monaten die ganze Türkei in voller Insurrektion begriffen. Dann kann England die Schlacht von Navarin rückwärts schlagen, d. h. für die Türken und gegen die Christen.

Doch verzeihen Sie das leere Stroh. Um doch etwas Besseres zu geben, lege ich Ihnen ein interessantes Oesterreichisches Aktenstück bei — auch zur Vervollständigung die letzte Depesche Biegelebens, der sich Ihnen jetzt wohl schon persönlich präsentirt haben wird.

Ihr

D.

---

[1]) Der Sultan weigerte Rußland und Oesterreich gegenüber die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge, und wurde darin von Frankreich und England unterstützt.

Nr. 148. Hannover, 17. October.

Für Ihren Brief, lieber Freund, sage ich Ihnen meinen besten Dank. Gagern und Mathy geben allerdings ihre Gastrollen in Bremen. H. Duckwitz hatte ersteren quasi hier angekündigt und angefragt, ob ich ihn sehen wolle. Ich habe gar nichts dagegen; wenn sie aber Erfolge haben wollen, so müssen sie nach Ostfriesland gehen. Da ist noch was für sie zu thun. Hier scheint eben gar kein Gothaner Enthusiasmus aufkommen zu wollen. Im Lande ist tiefe Ruhe, der hiesige Volksverein pp. fast tod. Die democratischen Handwerksgesellen pp. sind wegen Batthyanyi [1]) zwar sehr in Sorgen, den ja die Zeitungen jetzt als Robert Blum oder resp. Schleswig-Holstein gebrauchen, so lange es vorhält; allein dafür ist hier doch gar kein Sinn, wie es scheint. Wir müssen nun sehen, was unsere Stände bringen. Bleiben diese bei der Politik des Abwartens, so bin ich zufrieden, und ich glaube, sie werden das thun. In der That ist aber kaum etwas Lächerlicheres zu denken, als daß die Zeitungen, die uns im Juli zerreißen wollten, weil wir nicht mit Gotha einig waren, uns nun Inconsequenz vorwerfen, weil wir eben auf dem Standpunkte beharren, auf dem wir stets gestanden.

Daß Wien und Berlin nun ihre neue Centralgewalt installiren, bezweifle ich gar nicht, was aber dabei herauskommt, mag der Himmel wissen, da dieses zusammengeleimte Wesen, bei welchem jeder sich was anderes gedacht hat, wohl Stoff zum Streite, aber schwerlich zur Einigkeit hat. Wären nun die übrigen Regierungen was sie seyn sollten und könnten, so hätte es damit keine Noth; aber diese Feigheit und Jämmerlichkeit ist auch gar zu arg. Man fürchtet sich vor allem, und am Ende vor dem eigenen Schatten. In Preußen ist der Appetit groß, und die Kleinen meinen, gefressen müßten sie doch seyn, entweder von den Mäusen oder von den Katzen, oder endlich vom Haifisch, und da wollen sie es mit dem letzten zuerst versuchen, und meinen, es könne ihnen gelingen, wie weiland Jonas dem Propheten, oder man könne sich im Bauche des Fisches schon häuslich einrichten. — Ich meines Theils sehe je länger je mehr die Doppelbündeleien (Union u. s. w.) für etwas ganz unhaltbares an. Ich weiß für diese drei Stockwerke von Regierungen keine Arbeit; die Projecte von dem Jochmus-Bairischen [2]) bis zu dem — „Biegelebenschen" hin geben auch immer für die beiden Stockwerke, mit denen sie sich beschäftigen, dieselben Objecte an, und für die Landesregierungen, mit denen sie sich beschäftigen, lassen sie nichts übrig; wie das gehen soll, mag ein anderer begreifen. Ich wollte Ihnen

---

[1]) Das über den früheren ungarischen Premierminister Grafen Batthyanyi wegen Hochverraths gefällte kriegsrechtliche Todesurtheil war nach einem vergeblichen Selbstmordversuch am 6. October vollzogen worden. — [2]) S. oben S. 176.

schreiben wegen des Biegelebenschen Operis. Das ist das Unhaltbarste von allen. Erstlich hat sein Deutsch-Östreichischer Bund, als matter Abklatsch der Union, gar keine Klammer, und dann bin ich wahrhaft erstarrt vor Schrecken über die Leichtfertigkeit, mit der er das Deutsch-Östreichische einheitliche Zollsystem acceptirt. Das ist jetzt so eine Idee von Herrn Bruck, der einsieht, daß er die Tabacksregie in Ungarn nicht einführen kann. Aber wenn Biegeleben meint, es sey leicht, einen anderen Divisor als die Kopfzahl herzustellen, wenn er meint, man könne die Leukung der Deutschen Handelssachen so ohne Weiteres nach Wien legen — dann erstaune ich über die Unwissenheit dieser Süddeutschen, die so viel von Flotten faseln, und die Nordsee von Wien aus regieren wollen. Das ist gerade so klug oder so dumm, als die früheren Darmstädter Auswanderungs-Projecte, deren Direction in Darmstadt seyn sollte, und nur so viel ganz gewiß, daß Hamburg und Bremen sich ganz gewiß lieber mit Haut und Haar von Preußen verspeisen, als ihren Handel von Wien aus dirigiren lassen. Diese Süddeutschen scheinen etwas entschieden Unpractisches an sich zu haben. Leider habe ich B. nur sehr wenig und nach Ansicht jenes Projects gar nicht sprechen können. Er thut mit der Sache sehr heimlich. Wenn Sie von ihm etwas darüber vernehmen, so warnen Sie ihn ja. Ueberhaupt scheint er mir auf eigenthümliche Weise zwischen Gotha und Wien in der Luft zu schweben.

Ihre Mittheilungen über die eventuellen Gedanken bei Berufung des Reichstags sind uns von großem Interesse. Ein solcher Gegenreichstag wäre allerdings eine scheußliche Verwirrung, die auch zu gar nichts führen könnte. Erlauben Sie mir aber, noch einmal auf die Formen der Abdication zurückzukommen. Nach dem Vertrage vom 30/9. soll allerdings die Zustimmung aller Staaten eingeholt werden, was mir beim eiligen Schreiben meines letzten Briefs nicht klar war. Nun scheint es, als ob Preußen seine Communication mit dem Verwaltungsrathe als eine hinreichende Zustimmung zu behandeln gemeint sey. Es ist zwar von hier Wangenheim geschrieben, daß man der Ansicht hier nicht seyn könne, und er wird das mittheilen; ich glaube aber, daß dieser Umstand auch für die Beurtheilung der Stellung des Erzherzogs nicht ohne Werth sey. Offenbar will man in Berlin der Sache gern den Schein geben, als ob die ganze Verhandlung lediglich zu denjenigen diplomatischen Verhandlungen gehöre, welche dort Preußen aufgetragen sind. Es liegt aber in des Erzherzogs Hand, das Glaucoma zu zerstören, und damit wird denn das Anerkenntniß des engeren Bundesstaats, das man, wie die Cölner Zeitung zeigt, wirklich erlistet zu haben meint, gründlichst beseitigt. Ueberhaupt geht ja diese ganze traurige Politik auf nichts heraus, als auf Erschleichen und Erlisten. Daß Radowitz

den Plan als verfehlt betrachtet, hat er nicht blos an Prokesch gesagt, sondern auch, wie ich weiß, an Schleinitz geschrieben.

Mir schickte dieser Tage der katholische Theologe Braun [1]) seine Schrift über das Parlament; der nimmt Radowitz auch tüchtig durch, und ich kann mir sehr wohl denken, daß diesem die Reue komme. Aber beim König soll jetzt — — — v. d. Heydt!! gelten. —

Aus gestrigen Berliner Berichten sehe ich, daß der Prinz von Preußen in einer Audienz des Verwaltungsraths sich ziemlich unumwunden für die Bundesstaatsgeschichte ausgesprochen hat. Wenn nicht, so sey Preußen groß genug pp. Der Soldatenspectakel in Frankfurt rühre daher, daß die Democraten die Baiern gehetzt. Diese hingen sich überhaupt an alles, das habe er dem Reichsverweser auch gesagt — u. dgl. Wichtiger ist, daß man beabsichtigt, die Accessionen zum Vertrage vom 30. von Östreich und Preußen gemeinschaftlich einholen zu lassen. Dann fielen meine obigen Bedenken weg.

Ein schauderhafter Zustand ist es in Mecklenburg, wo Lützow (dessen Ministergehalt noch 9000 Thlr. entre nous beträgt) den schwachen Großherzog gegen alle Proteste pp. zur Publication des Verfassungsunsinns gedrängt hat. Die Junker sprechen nun davon, der Großherzog müsse abdiciren. Uebrigens hat noch der Prinz von Preußen sich sehr stark dagegen ausgesprochen, sowie auch der Verwaltungsrath dehortatoria erlassen hatte. Nicht der Drang der Völker, sondern die Schwäche der Regierungen macht die Revolutionen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen geschrieben habe, daß die Schweriner den albernen Plan haben, sich pure unserem Steuervereine [2]) anzuschließen. — Das brächte uns mehr Last als Vortheil; das odium in Kauf; also absit.

Leben Sie recht wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 149. Frankfurt, 21. October.

Ihr Schreiben vom 17., theuerster Freund, enthält wieder eine Masse der interessantesten Notizen. Leider ist von hieraus dergleichen in keiner Weise zu erwiedern. — Was das Interim betrifft, so kann ich's nur aus dem Einen Gesichtspunkte loben, daß es mich aus meiner jetzigen Stellung befreit, im Übrigen finde ich es durch und durch verdammlich. Auf der anderen Seite muß ich mir freilich sagen, daß es am Ende wie all dergleichen nur ein leeres Faß ist, auf das ein hoffnungsreicher Most gefüllt werden kann, aber auch schlechtes Spülicht. Es kommt nur darauf an, den

[1]) Professor in Bonn, Mitglied der Nationalversammlung.

[2]) Umfassend Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und einen Theil von Braunschweig.

Dingen den rechten Inhalt zu geben; und hier stimme ich nun auf das allerentschiedenste überein mit Ihnen in dem Jammer über die Misere der Deutschen Regierungen. Davon ist nun aber gar nicht anzufangen, denn ich wüßte gar nicht zu enden davon; ich habe ja so viele von den Ministern, ja selbst von den regierenden Herren in solcher Nähe gesehen, daß ich mich nur über Eins verwunderte, nämlich, daß es noch nicht schlimmer aussieht in Deutschland. Daraus aber schöpfte ich auch die Hoffnung, daß noch Manches zu retten. — Daß Preußen sein Taschenspielerstückchen mit dem Unionsdirektorium demnächst am Interim fortzusetzen Lust haben werde, bezweifle ich nicht; indessen soll ihm das doch einigermaßen schwer werden, wenn Oesterreich nur irgendwie klug vorgeht. Was wir dazu thun können, den richtigen Gesichtspunkt festzuhalten, durften Sie mir nicht erst sagen; auf Einzelnes komme ich wohl zurück. Der Erzherzog hat in diesem Sinne auch dem Fürsten Schwarzenberg mehrfache Vorschläge gethan, die, wenn Schw. darauf eingeht, dazu helfen sollen, den Schwerpunkt und Mittelpunkt der Deutschen Verhältnisse hieher nach Frankfurt zu legen. Dahin gehört namentlich ein reiches Corps diplomatique; Rußlands Vorgang vermag dazu vieles. Da es nun noch immer heißt, der Prinz von Pr. werde einen Theil des Winters hier residiren, d. h. hier Propaganda machen für Preußen, so hat der Erzherzog auch vorgeschlagen: Oesterreich möge an Preußen die höflichste Anfrage richten, ob man Seitens Preußens vielleicht (neben der Comission) einen Prinzen hieher setzen wolle? Für solchen Fall sei Oesterreich auch gern bereit, einen Erzherzog hieher zu schicken. Daß Preußen Radowitz in die Comission[1]) schicken wird, scheint gewiß, neben ihm wahrscheinlich Uhden[2]). Oesterreichischer Seits scheint FML. Schönhals ausersehen zu sein, wegen des zweiten aber ist wohl noch nichts bestimmt. Nach Allem, was ich über die dortigen Persönlichkeiten weiß, wäre jede andere Wahl als die Werner's[3]) ein Fehler.

Lassen Sie mich jetzt auf eine Sache kommen, die mich sehr drückt und in der Sie mir leicht rathen und helfen können, so unbescheiden es auch ist, Sie den Ueberbeschäftigten darum anzugehen. Es ist das die Abdikation des Erzherzogs. Die ganze Sorge für diese Sache liegt mir ob, und weiß Gott, daß ich in jeder Beziehung für dergleichen der Ungeschickteste bin. Biegeleben ist zwar wieder da, aber ich möchte den nur im höchsten Nothfall an die Sache lassen. — Was den Aktus selbst betrifft, so habe ich

[1]) Die nach der Interimskonvention aus je zwei österreichischen und preußischen Mitgliedern zu bildende Bundes-Central-Kommission. — [2]) Früherer Justizminister.

[3]) Freiherr v. Werner, Unterstaatssekretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Ernannt wurden demnächst von Oesterreich als erstes Mitglied Wirkl. Geh. Rath Freiherr v. Kübeck, als zweites Feldmarschall-Lieutenant v. Schönhals.

eine Art Programm in einem Schreiben an Rechberg aufgestellt, um zu erfahren, ob man in Wien vielleicht besondere Wünsche habe. Ich lege Ihnen Abschrift des Conceptes bei, bemerke aber, daß dasselbe noch so sehr Entwurf ist, daß weder Wittgenstein noch der Erzherzog, noch sonst Jemand davon wissen; Alles, was Sie mir darüber sagen, kann also noch vollauf berücksichtigt werden. Was aber nun die Hauptsache betrifft, die Erklärung des Erzherzogs, so ist es die eben, die mich so quält. Die Worte, die er bei dieser Gelegenheit spricht, werden in ganz Europa gelesen werden, also Aufforderung genug, etwas Würdiges zu geben. Ich lege auch für diese Erklärung ein Concept bei, das, so sauer es mir auch geworden, doch eigentlich von All dem, was ich gern ausgesprochen sähe, nichts enthält. Thun Sie mir den Gefallen, sehen Sie sich das Ding an und machen mir einige Bemerkungen dazu; geniren Sie sich aber durchaus nicht, mir zu sagen, daß ich das Ganze wegwerfen soll. Ich dachte ihn kurz sagen zu lassen: wie er seine Macht von der Nat.-Vers. und der Bundes-Versammlung habe, wie er sie weder an die eine noch an die andre zurückgeben könne; die Befugnisse der einen seien auf ihn übergegangen und das sei für ihn die Verpflichtung gewesen, auszuharren, bis er das Depositum consensu omnium in andre Hände legen könne. (Ist eine Art Kritik der Nat.-Vers. hier am Platze?) Denn der Deutsche Bund bestehe noch, ja es sei allein im Festhalten daran Heil zu finden. Nun wäre etwa der Dualismus zu erwähnen mit Warnungen (wie sie in dem Concept versucht). So ungefähr dachte ich mir's, aber statt dessen habe ich da ein breites Geschwätz, worin das Wenigste von dem steht, was nöthig. Ich bitte dringend, enthalten Sie mir in dieser Sache Ihren guten Rath nicht vor, es ist ja eine Sache, die Sie schon um ihrer selbst willen nahe interessiren muß. Wenn der Erzherzog diese Erklärung verlesen hat, könnte er fragen: ob noch irgend etwas zu erinnern pp. wäre? Dann könnte Bayern und etwa Hannover einen Dank gegen den Erzherzog aussprechen — der dann in die Hände der Comissarien niederlegte, was diese dann acceptirten. Damit finis. Ferner dachte ich mir, daß der Erzherzog durch Separat-Protokoll Wittgenstein den Auftrag gäbe, die Notificatorien an die Behörden pp. zu erlassen.

Was Sie über Biegeleben und dessen Richtung, sein Schweben zwischen Wien und Gotha sagen, ist schneidend richtig und zutreffend. Er ist Wiener, weil er dort lange gelebt, seine Frau von dorther (ni fallor eine Buol) u. s. w., Gothaner als Freund und Anbeter Gagerns. Von seinem Plan eines definitivi wissen wir hier gar nichts; zugleich mit dem, was Sie darüber schrieben, meldete Prokesch an Rechberg davon und bezeichnete es als Gagernsch. B. ist überhaupt ein aparter Mensch, mit dem ich niemals habe in ein Verhältniß kommen können, und den Meisten ist es so ergangen.

Er blieb aus dem Gagernschen Ministerio bei uns (der Einzige) bloß der Schleswigschen Sache wegen, die er früher bearbeitet hatte, und für die er uns nicht traute, worin er freilich in mancher Beziehung Recht haben mochte. Ad vocem dieser glaube ich, daß Preußen die Dänische Sache höchst wahrscheinlich der Bundes-Comission, so wie diese sich konstituirt haben wird, aufhalsen wird; wenigstens denke ich mir's. Kennen Sie Wegeners Schrift: Das Verhältniß des Herzogs von Augustenburg zum Holsteinischen Aufruhre? Es ist das Merkwürdigste, was ich lange gelesen, und zeigt die für unsre Deutsche Angelegenheit so unglücklich wichtige Sache in einem ganz neuen Lichte.

Wenn Sie Gagern sehen könnten, so würde mich das interessiren. Denn wenn man den Mann nicht selbst gesehen hat und kennt, so glaubt man gar nicht, wie unsäglich wenig dazu gehört, um dem deutschen Michel als ein großer Mann zu gelten. Man hat ihn, wie 1809 den Sandwirth Hofer seines schönes Bartes wegen, so wegen seiner schönen Augenbraunen und sonstiger Stattlichkeit zur Fahne gebraucht. Das rechte Gegenstück dazu ist Mathy, der sich immer zu effaciren sucht, klug durch und durch, aber immer auf unrechten Wegen. Als im Mai d. J. Bassermann von Berlin aus, wo er für die Frankfurter Verfassung wirken sollte, übertrat von der Frankfurter Verfassung zu Preußen, und den Leuten hieher schrieb: sie seien Esel, einem idealen Preußen nachzujagen und auf Brandenburg zu schimpfen, sie sollten Brandenburg und Manteuffel auf ihre Fahne schreiben u. s. w., da wollte Gagern erst gar nicht an solchen Wechsel. Da ist Mathy 8 Tage lang ihm nicht von der Seite gewichen, ohne viel mit ihm über jene Sache zu reden. Nach den 8 Tagen hat Gagern gar nicht mehr gewußt, daß er je anderer Meinung gewesen. Ihr

D.

Nr. 150. Hannover, 24. Oktober.

Sie haben mir, lieber Freund, durch die gestrige Mittheilung eine große Freude gemacht; das hier wieder anliegende Concept enthält in der That die Hauptgedanken in so vortrefflicher Zusammenstellung, daß ich daran gar nichts zu meistern weiß und nur wünsche, der Erzherzog möge sich damit einverstanden erklären. Es wird sehr großen Eindruck machen. Daß ich einige Bemerkungen mit Bleistift auf den Rand geschrieben, nehmen Sie nicht als ein Urtheil, daß dies oder jenes nothwendig sey. Weil sie mich dazu aufforderten und ich im Ganzen nichts zu sagen hatte, fiel ich darauf, Versuche zu machen, ob im Einzelnen noch irgend ein Gedanke eingeschoben werden könne. Einmal schien es mir wünschenswerth, einen Ausdruck zu mildern. Auch hätte ich gern den

beiden Großen noch die Lehre gegeben, daß sie vor allem am Rechte halten sollten; allein ich ließ es; dann würde das Ganze zu schulmeisternd. Kurz, meinen vollen Beifall haben Sie. Zu dem Programm habe ich nichts zu sagen. Doch schien mir der Inhalt des Protocolls etwas zu minutiös angegeben, namentlich in Ansehung der Formalien, Präsenten pp. [1])

Welche Wendung die Dinge in Berlin genommen haben [2]), werden Sie aus den Zeitungen gesehen haben. — Daß man aber das Protocoll vom Freitag noch (in Abwesenheit von Wangenheim und Zeschau) hat verdrehen wollen, und daß Bodelschwingh die Proteste und Abschiedsnoten nicht mitgetheilt hat, sondern nur Privatbillets, die denselben beigefügt gewesen, wird Ihnen neu seyn. Zu der Deduction [3]) kann ich nur mit Burke sagen: If intemperately, unwisely, fatally you sophisticate and poison the very source of government by urging subtle deductions and consequences odious to those you will govern: — You will teach them to call that sovereignty itself in question. — Nobody will be urgued into slavery. Es ist dort ein unbegreiflicher Zustand. Im Ministerium dominirt v. d. Heydt oder durch ihn Camphausen — Beckerath. Brandenburg, Manteuffel haben sich selbst, wie es scheint, aufgegeben. Nach Frankfurt zu gehen, haben Alvensleben [4]), Uhden, Eichhorn [5]) abgelehnt. Nun steht die Wahl zwischen Bonin [6]) und Bötticher [7]). In den Cammern sind, ich glaube, 23 alte Minister, die alle wieder Minister werden möchten. Dagegen hat die 1. Cammer an ihrem Beschlusse über

[1]) Das Protokoll vom 20. Dezember über die Amtsniederlegung des Reichsverwesers und dessen Erklärung s. Deutsche Chronik 1849, II. S. 416.

[2]) Nachdem in der 52. Sitzung des Verwaltungsraths vom 29. October auf Preußens Antrag gegen den Widerspruch Sachsens und Hannovers beschlossen worden, die Wahlen zum Reichstage am 15. Januar 1850 ausführen zu lassen, richteten die Bevollmächtigten Sachsens und Hannovers, von Wangenheim und von Zeschau, an den Vorsitzenden unter dem 20. eine Erklärung, in welcher sie gegen den Beschluß, den Reichstag schon jetzt zu berufen, als eine dem Bündniß vom 26. Mai zuwiderlaufende, die Zwecke desselben gefährdende und die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohende Maßregel, wozu es übrigens der Einstimmigkeit bedürfe, protestirten und auf die bei Unterzeichnung des Bündnißvertrages gemachten Vorbehalte hinwiesen, wonach sie für die jetzt eintretende Eventualität, daß es nur zu einem nord- und mitteldeutschen Bunde komme, nicht gebunden sein wollten, a. a. O. S. 281. Sie verließen dann am 21. Berlin, was sie dem Vorsitzenden mittelst gleichlautender Schreiben von diesem Tage anzeigten, a. a. O. S. 283. Die Erklärung wurde in der Sitzung vom 23. vorgelegt.

[3]) Die in der Sitzung vom 17. Oktober übergebene Antwort Preußens auf die hannoversche Deduction (oben S. 288), a. a. O. S. 243.

[4]) Graf von Alvensleben, Staatsminister a. D. — [5]) Desgl.

[6]) Desgl., Ober-Präsident in Magdeburg.

[7]) Ober-Präsident in Königsberg.

Art. 108 [1]) sich gekräftigt und scheint schwarzweiß zu werden. Schwarzweiße approbiren unser Benehmen. Das Centrum der 2. C. soll dagegen bei Mielentz sich über die feindlichen Maßregeln gegen die 1. fast in die Haare gefallen seyn.

Es sind das alles Zustände von so heilloser Verwirrung, daß man wahrlich glauben muß, es stehe dort abermals die Revolution an der Thür. Wenigstens ist noch nicht im mindesten Festes zu bemerken. Das einzige lebenskräftige Element des Staats, das Preußenthum, steht mit all diesen constitutionellen Dingen in Widerspruch, sucht diesen Widerspruch durchzusetzen. So sagt Bismarck-Schönhausen: Das sey das Beste in ihrer Verfassung, daß es gar kein Mittel zwischen beiden Cammern gebe, sich zu einigen. — — Ex ungue. — Wie gesagt, reime man mir diese Zustände und bringe ein gesundes Bild heraus, beweise, daß das ein Staat ist, der Leben verspricht. So giebts denn auch eine Parthei, die deßhalb uns und andere mit sich verkneten möchte, um frisches Blut zu bekommen — und andere, z. B. H. Vollpracht [2]), Mosle, möchten sich recht gern verkneten lassen, um Regierungspräsident, Brigadegeneral pp. zu werden.

Uebrigens wünscht man in Berlin sehr, der neuen Centralgewalt seine gänzlich unhaltbare Schweinerei in der Dänischen und Schweizer Sache aufzuhängen; so war gestern Droysen und nachher Forchhammer bei mir, unsere bona officia implorirend. Ersterer sah nun, wie es schien, den früheren Fehler des Uebermuths ein. Er dauerte mich, elend wie er aussah. Auf Gagerns Bärenfahrt schalt er, daß Männer, von denen Deutschland noch hätte hoffen können, sich so zu Grunde richten. Die Anarchie dort ist scheußlich. Wegeners Buch habe ich gelesen. Es ist allerdings merkwürdig, aber doch boshaft geschrieben, und eben deßhalb wohl nur halb wahr, weil man nur das Schlimmste aufdeckt. Daß Einwirkungen hoher Aristocratie in Revolutionen das allergefährlichste sind, habe ich schon 1837/8 erkennen gelernt, als ich die Zustände der Niederlande 1570 mit unseren verglich. Was wäre dort gewesen ohne Oranien, Brederode u. s. w.

Doch ich muß schließen. Bülow hat Auftrag, gemeinsam mit Kreß [3]) unsere Accession zu begehren. Darüber stirbt Kreß in die Schuhe, weil er die Form nicht finden kann. Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wissen Sie, daß ich durch Sie und Tallenay mit Frankreich unterhandeln lasse? Das lügt nun die Braunschweiger Reichszeitung. Das

[1]) Forterhebung der bestehenden Steuern, bis sie durch Gesetz geändert werden.

[2]) Präsident, Bevollmächtigter von Nassau.

[3]) Frhr. Kreß von Kressenstein, oesterreichischer Gesandter.

Lügen wegen englischer Verbindung muß nachgerade zu absurd scheinen, da doch wohl Coburg und Preußen (projectirte Heirath des Prinzen mit der ältesten Tochter der Königin Victoria) näher stehen.

Nr. 151. Frankfurt, 2. November.

Ich sage Ihnen, theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 24. v. M. und den Rath in Betreff der dem Erzherzog in den Mund zu legenden Erklärung; Ihre Notizen dazu sollen dankbar benutzt werden. Der Erzherzog ist auch durchaus einverstanden, mir selbst aber will das Ganze noch nicht recht gefallen. Indessen wird da ein langes Drehen und Wenden um so weniger helfen, als das Ende denn glücklich immer näher rückt. Bis zum 15. wird hoffentlich Alles erledigt sein, Bayerns Accession und der Ministerwechsel in Würtemberg[1]) fördern auch sehr zum Schluß. Nun muß ich aber Ihnen mit einer neuen und recht dringenden Bitte kommen, und zwar in Betreff der Bentinckschen Sache. Der arme Bentinck hat das Unglück gehabt, daß jedesmal, wenn seine Sache spruchreif war, irgend ein Wechsel eintrat, der ihn wieder auf das hohe Meer des Wartens hinauswarf. So droht es ihm auch jetzt; ich dachte seine Sache natürlich der Bundes-Comission zu überlassen, das macht ihn ganz unglücklich; ehe die sich entschließen würde, sie anzugreifen, würde Zeit vergehen, und wenn sie es endlich thue, werde ein neuer Wechsel eintreten; Alles sehr wahr und begründet. So hab ich's denn angegriffen und mich entschlossen, die Sache zu Ende zu führen. Unsere Competenz kann nicht bestritten werden, und würde sie bestritten, so würde Preußen ohne Zweifel in die komische Lage kommen, dieselbe demnächst etwa gegen Oldenburg oder dergl. zu verfechten. Es fragt sich nur: ist es klug und ist es recht, den Schein auf sich zu ziehn, als habe man die letzte Minute der Existenz benutzt, um die Sache abzumachen, thue ich gut, das ohne Zweifel folgende Spektakel mir auf den Hals zu ziehen? Daß ich es nicht fürchte, daß ich weiter keine Rücksicht drauf nehme, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen, aber leichtsinnig will ich's doch nicht thun und bitte Sie daher dringend, mir als Freund Ihre Ansicht darüber zu sagen — aber wenn ich bitten darf, wo möglich recht bald, wär's auch nur mit einem Worte. Ich bemerke, daß das Erkenntniß mit allen Motiven pp. (eine Arbeit des Dr. Mettenius) fertig ist und daß ich die nächsten Tage benutzen würde, um die Sache beim Erzherzog pp. in Ordnung zu bringen, und daß daher an dem Tage, wo Ihre Antwort eintrifft, der Bescheid, falls Ihre Antwort dafür lautet, unterzeichnet wird. Ich verlange in

[1]) Das Ministerium Römer wurde am 28. October entlassen.

keiner Weise, daß Sie mich und das Reichs-Ministerium dabei und später irgendwie vertreten sollen, nur Ihren Rath als Freund wünsche ich, ob ich die Sache erledigen soll oder nicht. Ich lege Ihnen den Bescheid bei, lediglich notitiae causa und ohne daß ich Ihnen Eingehen auf die materielle Frage zumuthe. In Berlin wünscht man dringend, daß wir die Sache erledigen sollen, indeß kann mich das weder für das Erledigen noch für's Liegenlassen bestimmen. Werden Sie nur über meine Zumuthungen nicht böse und geben Sie mir mit einem Wort Ihre Ansicht.

Witte sagte mir vor einigen Tagen, es sei von dort aus angefragt über das, was hier so gesprochen und geurtheilt werde über das Verhalten und Vorbehalten Hannovers. So hab ich ihn wenigstens verstanden. Die Sache wird natürlich durchaus und allein vom Partei-Standpunkte aus beurtheilt und danach richtet sich dann das Urtheil. Ich habe aber hier auch manches Wort gehört, das durchaus über den Parteistandpunkt hinausging und entschieden günstig lautete für das Verhalten Hannovers. In dieser Beziehung (wie überhaupt in vielfacher Hinsicht) ist mir stets das Urtheil des alten Bürgermeisters von Guaita wichtig und interessant, eines alten 78 jährigen Mannes, der aber sich die volle Frischheit und Thätigkeit der Jugend bewahrt hat und nur die Ruhe und Klarheit des Alters dazu gewonnen hat, unter den politischen Capacitäten der Stadt Frankfurt (und die freien Städte haben immer feine und tüchtige Diplomaten gehabt) unbestritten und anerkannt der Erste; ein ganz anderer Kerl als Polonius Piepmeyer Smidt, der nur noch die äußeren Façons seiner früheren Fähigkeit bewahrt hat, die nun so ohne rechte innerliche Spontaneität fortarbeiten, wie Räder, die ablaufen müssen, und dem die Ereignisse über den Kopf gewachsen sind. Der alte Guaita aber, der früher nichts von Ihnen und von Hannover wenig gewußt hat, schwört jetzt nur bei Ihnen. Der alte Guaita ist aber ein Mann, dem in der Politik nichts verhaßter ist als Hintansetzung der bürgerlichen Ehrlichkeit und Moral, und der darüber das Berliner Wesen tief verdammt. So aber wie der alte Guaita urtheilen alle Männer, auf deren Urtheil ich hier irgend Werth legen kann. Sie mögen kein Lob, darum habe ich Ihnen früher nie dergleichen geschrieben und gehe auch jetzt nicht ins Einzelne. Noch zwei Ihrer Verehrer und Bewunderer nenne ich Ihnen: der eine ist unser Präsident Fürst Wittgenstein, ein ausgezeichneter, trefflicher Mensch, der andere Prinz Emil von Hessen [1]), einer der klügsten Männer, die ich kenne. Vom Erzherzog-Reichsverweser rede ich nicht; denn der stellt innerlich die Klugheit doch über die Ehrlichkeit. Von dem Vorbehalten erzähle ich Ihnen noch folgende

[1]) Oheim des regierenden Großherzogs, oesterreichischer Feldzeugmeister.

Geschichte. Als ich die Denkschrift[1]) erhielt, wollte ich die gleich drucken lassen in der O. P. A. Zeitung; davon hielt mich Witte ab und sagte: Lassen Sie die Leute erst nach Gotha gehen und sich dort ruiniren; wenn sie zurückkommen, lassen Sie drucken. Da er dringend rieth, folgte ich ihm und hielt zurück. Aber unmittelbar nachdem die rettende That von Gotha vollbracht war, erschien die Denkschrift in extenso in der O. P. A. Zeitung. Nun ist hier auf dem Ministerio ein großes Lesezimmer mit Zeitungen, in jener Zeit und noch lange nachher der Sammelplatz für Welcker, Mathy, Bassermann und all jene Gothaer, die damals noch hier der Wendung der Dinge warteten, die sie wieder oben auf bringen sollte. Da hat mir nun Jemand, der dabei war, [erzählt], wie Welcker, Bassermann und Mathy und andere der Art, das eben erschienene Blatt der O. P. A. Z. mit Ihrer Denkschrift in der Hand, über die Dinge sprachen, voll Eifer und Grimm, daß ja nun doch Alles in der Luft stehe, daß nichts, gar nichts erreicht sei und ihr ganzes Mühen umsonst. Welcker hat namentlich gesagt: Das hab ich mir gleich denken können, daß ein Fuchs wie Stüve sich nicht werde fangen lassen. Ich erzähle Ihnen die Schnurre nur, um zu zeigen, daß Witte richtig calculirt hatte, mit Kenntniß der Denkschrift und Vorbehalte wären sie nie nach Gotha gegangen, daß mir's aber doch oft leid war, seinen Rath befolgt zu haben, und endlich, daß Jene die Vorbehalte damals ganz richtig aufgefaßt haben und jetzt nur's anders drehen wollen. Die Deutsche Zeitung hat damals auch immer gepredigt: Die braven Hannoverschen Stände müßten die Regierung von ihren Vorbehalten fortdrängen.

Daß Gagern Sie besucht, hat er meiner Schwester erzählt, die er dort besucht hat; einen Bericht über Ihre Unterredung (aus Mathys Feder ohne Zweifel) las ich aus der Braunschweiger Reichszeitung, gern aber hörte ich von Ihnen über den Eindruck, den er Ihnen gemacht hat.

Der Ihrige
D.

Ich lege Ihnen da noch ein Oesterreichisches Aktenstück bei, das von Interesse ist.

Nr. 152. Hannover, 4. November.

Schon gestern wollte ich Ihnen schreiben, lieber Freund, um Ihnen zu sagen, daß es dem König gerade recht seyn wird, wenn Rechberg veranlaßt, daß Schwarzenberg Ihrentwegen ein Wort an Platen[2]) sagt. Da

[1]) Die Denkschrift vom 1. Juni wird gemeint sein. S. oben S. 226, Anmerkung 1.
[2]) Graf Platen, hannoverscher Gesandter in Wien.

wir in verschiedenen Dingen nicht ganz schwarz-gelb seyn können, so wird er gerade hier gern der Sache diese tournure geben. Ich kam aber darüber weg, weil ich bei dem kranken Arnswaldt[1]) hängen blieb, und nun ist mirs lieb, weil ich Ihnen antworten kann auf Ihren Brief vom 2.

Was hier die Bentincksche Sache angeht, so wissen Sie, daß ich ein Pedant bin und gar nicht urtheilen kann, wenn ich nicht eine Sache ergründet habe. Das wollte ich hier nun versuchen, kann aber meinen geringen Apparat nicht zusammenfinden. So bleibt mir denn nur übrig, mit dem Mönch in der Natürlichen Tochter zu sagen: „Du hast nur allgemeines mir vertraut; ich kann Dir nur das allgemeine rathen!“ Haben Sie die volle Ueberzeugung, daß das Urtheil gerecht ist: so publiciren Sie's in Gottes Namen, und schließen Sie dann Ihre Thätigkeit damit, daß Sie dem ungerecht Behandelten zu seinem Rechte helfen. — Haben Sie das nicht: so lassen Sie's liegen und machen keinen casum pro amico. Mehr brauche ich nicht zu sagen. — Ich bin nicht im Stande, die Frage wegen der Ebenbürtigkeit, die doch wohl cardo rei ist, in jure und in facto zu entscheiden. Ich glaube, daß bei einem Hause wie das Bentincksche sie nach allgemeinen Grundsätzen für die Ehe mit der Gerdes zu entscheiden wäre. Liegen aber besondere Rechtsnormen in medio, so lasse ichs dahin gestellt.

Für Ihre Notizen über die Meinung wegen unserer Sache bin ich sehr dankbar. So wenig ich Lob von Freunden vertragen kann, so empfänglich bin ich doch für das laudari a viro laudato, und in einem Kampfe wie dieser, wo man nicht umhin kann, sich mit Koth bewerfen zu lassen, ists doch nicht ohne. Ich habe meine Darstellung der Sache nun ziemlich fertig; nicht ohne bittre Stöße. Schleinitz hat aber gesagt: Preußen müsse seine Bahn bis auf die äußerste Gränze verfolgen, „wäre sie auch die Gränze des Absurden“.

Dieser Preußische Kohl aber würde mich viel weniger kümmern, wäre da nicht die Östreichische Schweinerei. Da will Schwarzenberg uns immer verleiten, seinen Dreistaatenbund in die Arme zu nehmen, und nun zuletzt gar die ganze Deutsche Verfassungsfrage der Einigung von Östreich und Preußen zu unterwerfen. Aber da werde ich ihm den T.....! Warten hab ich gelernt und werde mich auf keine Weise vom gesetzlichen Rechte wegdrängen oder locken lassen.

Das ist auch der Hauptgegenstand des Gesprächs zwischen mir und Gagern gewesen. Wie so ein Wort das andere gab, sagte er: Baiern werde sich gegen den Reichstag nicht halten können. Ich: Wir kommen da auf einen radicalen Unterschied in der Ansicht; ich wolle in der

---

[1]) Legationsrath von Arnswaldt, Stüves Universitätsfreund.

Deutschen Sache nichts anderes als Recht und Einigung; zwischen diesen und der Gewalt erkenne ich kein Drittes. Er: wollte ein solches Dritte zulassen, worauf ich entgegnete: Ich würde nie die Hand zu irgend einer Art Gewalt bieten, noch solche leiden. Das wollte er auch nicht. Ich sagte: Ich wolle mich anders ausdrücken, ich werde auch nie die Hand zu etwas anderem bieten als zur Einigung! Da erkannte er an, das sey freilich ein großer Gegensatz gegen ihn. — Nun sprachen wir von Preußen, und ich verfocht den Satz, Preußen sey nothwendig, seine Kraft und seine Mängel seyen aber eng verbunden und müßten sich selbst durchkämpfen. Desorganisire man es, um den Sieg eines in ihm nicht reifen Princips zu wege zu bringen, so schade man Deutschland. — Das wollte er natürlich nicht zugeben. Endlich fragte er: Ob wir denn am Vertrage hielten. Ich: Allerdings, so wie wir ihn geschlossen. Er: Was wir denn wollten? Ich: Das hätten wir drucken lassen.[1]) Er: Ob wir das denn nicht aufgegeben hätten? Ich: Wie? Wo? Wann? Mir sey davon nicht das Mindeste bewußt. Ob wir es durchführen könnten, wisse ich freilich nicht. — Damit wurde er vertrieben. Er hat mir aber durchaus nicht den Eindruck eines bedeutenden Mannes gemacht. Weniger als ich, trotz Ihrer Zweifel, glaubte. Denn 1818 imponirte er mir.

Sie werden wissen, daß die letzte Ministercrise in Cassel[2]) allein ihren Grund darin hatte, daß der Minister Schenck dem Kurfürsten vorlog: Die Preußen hätten beantragt, daß auch hessische Truppen nach Hanau gelegt würden. Der Kurfürst erfuhr die Lüge und erklärte nun, keine Lügner zu Ministern haben zu wollen — überzeugte auch endlich den Ausschuß von seinem Rechte, obgleich er in der Mitte auch Dummheiten machte. So mußte Schenck fort. Aber ein conservatives Ministerium, wie er wollte, zu bilden, wagte er nicht, weil er den Preußen nicht trauen konnte. Der Herzog von Meiningen hat dagegen seine Minister entlassen, weil sie nicht alle Schritte wegen der Thüringer Einigung[3]) zurück thun wollten: so toll

---

[1]) Vgl. hierüber die Denkschrift der hannoverschen Regierung vom 1. November, welche dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Mittheilung im Verwaltungsrathe überreicht wurde. Vollständig abgedruckt in der Hann. Zeitung vom 9. November; auszugsweise Deutsche Chronik, II. S. 328. Auch die obigen Gedanken bezüglich Preußens finden sich darin ausgeführt.

[2]) Das aus dem Jahre 1848 stammende Ministerium hatte am 9. August seine Entlassung erbeten und erhalten, trat aber, vom Kurfürsten „nach Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten“ dazu aufgefordert, am 20. August in seine Funktionen wieder ein; dabei wurde jedoch der Minister der ausw. Angelegenheiten Frhr. Schenck v. Schweinsberg ausgeschieden.

[3]) Der von Delegirtenkonferenzen der thüringischen Einzellandtage unternommene Versuch, für die thüringischen Staaten ein gemeinschaftliches Gesetzgebungsorgan für gewisse Rechtsmaterien herzustellen.

sind diese kleinen Köter, deren Haltbarkeit mir allerdings nun auch zweifelhaft erscheint. In Bückeburg ist auch große Krisis. In Dessau sollte das Stück spielen, man hat aber nicht die Courage gehabt. — In Detmold postiren sie den Ständen gegenüber auf Hannoverschen Treubruch und schimpfen auf Östreich und Baiern. (S. Preuß. Staatsztg. vom 31. oder 1.). Wir werden uns Genugthuung erbitten. Können Sie bewirken, daß man von Wien ihnen auch zu Kleide geht? — Man darf das nicht zulassen, daß diese zum Luder entwürdigten Regierungen (denken Sie an Bandel und Althof) andere behandeln als wären Sie frère et cochon!

Mags mit diesem Geschwätz für heute genug seyn. Haben Sie, lieber Freund, die Güte, die obige Notiz wegen Gr. Rechberg zu beachten, und haben Sie Dank für das Actenstück, das uns schon bekannt war. Es ist eine milde Note an Schleinitz von Wien gegangen wegen der Reichstagssache, aber schon vor Empfang der deshalb gefaßten Entschlüsse. Die Franzosen haben in Wien auch schon einhäkeln wollen. Schwarzenberg hat jedoch gesagt, das seyen häusliche Angelegenheiten. Und nun leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 153. Frankfurt, 13. November.

Ich will Ihnen, th. Fr., nur mit einem Worte meinen herzlichsten Dank sagen für Ihren Rath in der Bentinckschen Sache; je fester ich entschlossen war, so zu handeln, wie ich gehandelt habe, Ihr Rath mochte ausfallen wie er wollte, desto erfreulicher war es mir, daß er so haarscharf mit meiner Ansicht zusammenstimmte. Was den Spruch in materieller Hinsicht betrifft, so will ich ihn verantworten; die Unebenbürtigkeit der Ehe mit der Gerdes konnte nach dem Bundestagsbeschlusse von 1848 kaum noch zweifelhaft sein. Komisch fast war's, daß der Erzherzog, der mich immer getrieben hatte, die Sache zu erledigen, plötzlich, als er beim Referat hörte, sie drehe sich um die Ebenbürtigkeit oder Unebenbürtigkeit einer Ehe, Bedenken bekam und Lust hatte, die Sache der Bundes-Comission zu überlassen; es war eben sein eigener Fall, der ihm dabei in den Sinn kam. Indessen gab er nach einigem Sträuben nach, aber hauptsächlich, indem er die uneheliche Geburt accentuirte.

Von Neuigkeiten habe ich Ihnen nichts zu melden. Vielleicht aber interessirt Sie, wärs auch nur in Beziehung auf Ihr Gespräch mit Gagern, Folgendes. Am 20. d. M. findet hier ein Congreß der Gothaschen Partei Statt, wo man über die Stellung der Partei zu den neuesten Thatsachen berathen und beschließen will. Nun ist der Fürst Carl Leiningen, Bruder der K. Victoria, immer eine der bedeutendsten Stützen der Partei gewesen,

mehr noch wegen seiner Beziehungen und Verbindungen mit England (namentlich mit Prinz Albert, dessen intimster Freund er von jeher war, und dem er zu der Ehe mit der Königin verholfen), als seiner sonst auch nicht ganz unbedeutenden Stellung und Persönlichkeit wegen. Nun hat sich derselbe nicht allein seit 8 Tagen an uns gemacht, uns erklärt, daß wir in unserer auf eine enge Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen die allein für den Moment richtige und heilbringende Politik verfolgten, sondern er hat auch den Mitgliedern der Partei ein Memoire zugehen lassen, worin er unter ausführlicher (wiewohl bisweilen unter Rückblick auf die Fehler jener Partei fast komischer) Motivirung darthut, daß für Deutschland und folglich die Gothaer Partei allein darin Heil zu finden sei, daß man auf eine Verständigung und Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen hinarbeite. Wenn die Leute am 20. nicht auf diese Ansichten eingehen, will er — und wie er behauptet auch Gagern — sich von ihnen förmlich lossagen. Da der Partei jeder Vorwand zu einer neuen Schwenkung lieb sein wird, so ist fast nicht daran zu zweifeln, daß jene Ansichten durchdringen, und da jene Partei dadurch, daß sie einen großen Theil der Presse dominirt, noch immer Einfluß besitzt, so wärs möglich, daß sie denselben noch in der letzten Stunde zum Guten benutzte. Man wird sich eben in London wie in Berlin überzeugt haben, daß der Bundesstaat „mit Wenigen" sich zwar als Phrase sehr tönend und trefflich ausnimmt, in der Wirklichkeit aber ein lächerlicher Unsinn ist. Inzwischen war der gute Harnier, sonst ein klarer und tüchtiger Geschäftsmann, aber Piepmeyer, ganz angethan von der Majestät des Bundesstaates vor 8 Tagen von Berlin zurückgekommen; Preußen werde Hannover und Sachsen nicht fahren lassen, werde an das Erfurter Schiedsgericht gehen; und da dessen Ausspruch nicht zweifelhaft sein könne, sei Preußen entschlossen, Hannover und Sachsen mit Waffengewalt zum Halten des Vertrages zu zwingen. Auf nichts weniger liefen seine Berichte hinaus, die indessen nicht einmal beim Frankfurter Senate Glauben gefunden haben.

Vor 8 Tagen war der Prinz von Preußen wieder hier. Da er ein großes tendre für den Fürsten Wittgenstein besitzt, macht er jedesmal Versuche, denselben zu sehen und zu sprechen, Wittgenstein aber ist diesen Versuchen stets ausgewichen. Als er nun neulich hier war, ließ er demselben sagen: Er komme auf längere Zeit nicht wieder, wünsche ihn, den Fürsten, gern zu sehen und ließe ihn bitten, des Morgens im Ueberrock wie ein Camerad zum andern zu kommen. Dem hat sich W. denn nicht entzogen und hat eine Unterredung von 1½ Stunden mit ihm gehabt, worin er dem guten Prinzen denn einmal die Wahrheit vollauf gesagt hat, so daß der gar nicht gewußt hat, wie ihm geschehen und nichts zu erwiedern

vermocht hat. Von der Bundes-Comission (daß die Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen das Werk der Centralgewalt sei, hat der Prinz dankbar anerkannt) ging das Gespräch aus, dann auf Radowitz, gegen den W. sich herbe und derbe aussprach; warum? er habe Preußen in eine revolutionäre Bahn gewiesen. Darüber Erstaunen. — W. hat seinen Ausspruch motivirt und dabei tüchtig immer die Dummheit vorgehalten, sich so zu der Centralgewalt zu stellen; mit derselben habe Preußen seine Zwecke viel leichter erreichen können, Pr. hätte ja alle oder die meisten Ministerstellen besetzen können pp. Darauf hat der Prinz denn freilich nichts erwidern können, da der wahre Grund, daß man den Reichsverweser vertreiben wollte, um die Centralgewalt als res derelicta aufnehmen zu können, nicht gut zu sagen war. Als der Prinz in das Detail über die Schwäche der kleineren deutschen Regierungen einging, hat ihm W. gesagt: Der alte König von Hannover ist der Einzige, der aus dem Jahre 1848 unbesudelt hervorgegangen ist — was der Prinz denn ausdrücklich zugestanden hat.

Der Zusammentritt der Bundes-Comission ist sehr bald zu erwarten: ich hoffe, daß wir in spätestens 8 Tagen erlöst sind. Die Geschichte mit der Gefion [1]) war mir, wenngleich Dummheiten von Seiten Jochmus mir Manches zuwider machten, doch sehr lieb — um den Herren in Berlin à la Mosle den Appetit nach dem Interim zu schärfen; sie sollten uns sobald wie möglich loszuwerden wünschen, und das mag denn auch beigetragen haben, den Zusammentritt der Comission zu beschleunigen.

Mit dem Grafen Rechberg habe ich, wie Sie wünschten, geredet

Doch ich will Ihre jetzt so sehr in Anspruch genommene Zeit Ihnen nicht mit Lappalien rauben. Die Wahl von Ellissen [2]) und die bei dergleichen Gelegenheiten zum Vorschein kommenden 40 Stimmen haben Witten und mir viel Sorge gemacht. Gott gebe Ihnen in dieser widrigen Zeit frischen Muth!

Von ganzem Herzen der Ihrige

D.

---

[1]) Die am 5. April eroberte Fregatte Gefion lag in Eckernförde; da ihrer angeordneten Ueberführung nach Kiel Hindernisse in den Weg gelegt wurden, entstand die Befürchtung, sie solle den Dänen wieder in die Hände gespielt werden. Dies veranlaßte einen Befehl des Reichsministeriums, sie eher in die Luft zu sprengen, als in die Hände irgend einer andern Macht kommen zu lassen.

[2]) Zum Vizepräsidenten II. Kammer nach Eröffnung der Ständeversammlung am 8. November.

Nr. 154 Hannover, 16. November.

Zuerst sage ich Ihnen, liebster Freund, besten Dank für Ihren Brief und die bedeutenden Nachrichten über das dort ebenso wie anscheinend in Berlin eingetretene Wackeln und Schwanken. F. Schwarzenberg hat schon seit längerer Zeit behauptet, Pr. werde wieder einlenken. Er ist in diesen Versicherungen positiver geworden. In Berlin wollte vor guten 8 Tagen Schleinitz wegen der von Manteuffel (einem hartköpfigen, in Staatssachen wenig bewanderten Preußen) heftig vertheidigten Berufung des Reichstags auf den 15. Januar abgehen. Der König brachte das wieder in Ordnung. Jetzt klagt die Weserzeitung, daß man dort schwanke. Die Deutsche Zeitung schimpft wüthend auf mich und giebt in der Sache uns Recht, in Bezug auf die Preuß. Modificationen der Verfassung. Das alles zeigt deutlich, wohin es will. Man hat mit Lärm und Schimpfen, mit dem Gagernschen Mitteldinge zwischen Gewalt und Einigung uns umrennen wollen. Das geht nicht — also hat man sich blamirt. Nur Radowitz prahlt: Wenn er nur erst in Frankfurt sey, wolle er schon in ein Paar Tagen die Östreicher seinem Verfassungsplan zuwenden; dann würden die übrigen sich sicher unterwerfen. Vielleicht hat er den Stein der Weisen, der nach meiner entschiedenen Ansicht in nichts besteht, als Baden und Darmstadt abzutreten, es sey denn, daß Östreich sich doch zu tief gegen uns und Sachsen u. s. w. compromittirt fühlte, um eine solche Falschheit zu begehen. — Sie haben Baiern förmlich um ihre Allianz für den Fall des Bruchs begehrt und Bairischer Seits hat man das zugesagt. — So weit sind wir in der Deutschen Einheit fortgeschritten. Gott bessere es. Was mich angeht, so macht mir das Zeitungswüthen gegen mich viel Spaß. Die Leute haben Grund dazu; denn ich verachte diese Wirthschaft wirklich in einem solchen Grade, daß ihre Rache, die sie mit Schimpfen nehmen, noch immer ganz unzulänglich ist. Sind denn alle Leute so gleichgültig gegen die Zeitungen, oder ist diese Indolenz mir eigenthümlich?

Was unsere Stände angeht, so zählen unsere Gutgesinnten 37, von den übrigen 40 sind nach ihrer Meinung 10 Schwankende. Diese entscheiden dann wie immer hin und her. Es wird daran gearbeitet, sie zu befestigen und gelingt das, so ist die Parthie sicher. In der Deutschen Frage fühlen sich unsere Gegner gar nicht sicher. Sie machen bei Gelegenheit Gerede, wo sie sicher sind, daß es nicht zur Entscheidung kommt, weil sie sehr fürchten, in einer schimpflichen Niederlage sich zu sehen. Wir haben dagegen das Mittel ergriffen, sie reden zu lassen und möglichst wenig gegen sie zu sprechen, damit scheinen sie sich selbst nach ihrer Persönlichkeit am sichersten zu ruiniren. Nun wollen sie keine Addresse machen, und wir verlangen keine. Uns liegt nur daran, zu den Geschäften zu kommen, in

denen sie den Kürzern ziehen werden, und das scheint gut zu gehen. Neulich haben sie eine Zusammenkunft gehabt, da hat Lang wüthend — für die Reichsverfassung perorirt, Dammers für das 3 Königsbündniß. Bueren & Co. hat das für Spreu im Winde erklärt und die Geschäfte angreifen wollen. Lang ist nun in Verzweiflung, weil die Linke Hantelmann, um ihn zum Generalsyndikus (dazu er gar nicht taugt) zu machen, versprochen hat, er solle Schatzrath werden. Nun dreht und windet er sich wie ein Wurm, um der Linken zu schmeicheln und sich die Stimmen der Rechten zu sichern. Er hat nun heute wieder einen dummen Antrag in der Schleswig-Holsteinschen Sache gestellt, um sich ein Relief zu geben. Die 1. Cammer ist gut gesinnt, überhaupt das Ganze mit dem Winter gar nicht zu vergleichen, die Tribünen mäusestill, keine noch so schöne Phrase tönt irgend wieder. Wir haben ganz ungemein gewonnen, und wenn ich auch nicht behaupten will, daß alles schon völlig gesichert ist, so meine ich doch, daß wir entschieden auf gutem Wege sind. Wenn man nur mehr Zeit hätte, um sich zwischen den Leuten zu bewegen.

Ihre Mittheilungen haben übrigens dem König viele Freude gemacht, und das vom alten K. v. H., der sich allein nicht besudelt habe, hat er sich zweimal vorlesen lassen. Er war etwas unwohl in Folge unvorsichtigen Essens und der Jahreszeit, ist aber wieder hergestellt. Wäre er nur jünger! Das ist doch die Hauptgefahr, die uns droht.

Nun leben Sie wohl. Ich muß aufs Ministerium.

Ihr

JCBS.

Nr. 155. Frankfurt, 16. November.

Hieneben, verehrtester Freund, lasse ich Ihnen das Leiningensche P. M. zugehen, wovon ich Ihnen neulich schrieb. Wie ich höre, haben bereits mehrere der bedeutendsten Gothaner, namentlich auch Mathy, sich für den Gedanken desselben ausgesprochen. Die Parthei scheint überhaupt desorganisirt, namentlich in Betreff des Geldpunktes, denn auch die Stellung der Deutschen Zeitung soll am 20sten berathen werden; vermuthlich wird man dieselbe aufgeben.

Wir harren nun der Comission, die hoffentlich sehr bald kommt; es ist Alles in Ordnung, und wünsche ich den Herren, die nach uns die Deutsche Einheit repräsentiren sollen, viel Vergnügen und Geduld. Nassau hat bis jetzt die Accession geweigert; gestern war der Herzog hier, da ist ihm denn von verschiedenen Seiten der Kopf so gewaschen worden, daß die

Accession nun wohl erfolgen wird. — Duckwitz hat ja Verbesserungs-Vorschläge zum Entwurf vom 26. Mai gemacht; sind sie praktisch, oder will er sich nur für ein neues Reichsministerium wieder ins Gedächtniß rufen? Merkwürdig ist es, wie die Zeit sich abmüht in ewigem Produciren-wollen, ohne das Allergeringste zu Stande zu bringen, ewiges Kreisen ohne Gebähren, und dazu werden stets die allerkünstlichsten Organismen intendirt, 3stöckige Regierungen, Organismen, die keinen Schritt gehen können, ohne anzuhaken oder auseinanderzufallen. Und das Einzige, was die Zeit producirt hat, dieses Interim, ist der allerroheste Organismus, ja kaum ein Organismus zu nennen, von der Organisation eines Fausthandschuhes oder eines Polypen. Und das Gesetz vom 28. Juni 48 war um nichts besser, ja noch schlechter. Man sollte meinen, der Zeit fehle alle Produktionskraft.

Mich hat in der letzten Zeit das Schicksal der unglücklichen Flotte viel beschäftigt und die Frage, was daraus werden soll. Ich hebe da folgende Momente hervor: 1. Preußen hat Alles Mögliche gethan, um alle guten Schiffe vor dem Zusammentritt der Comission in seine Hände zu bekommen; das durch Hannover deßfalls gestellte Verlangen ist nur ein Ring in einer ganzen Kette. 2. Bayern hat seine Beiträge geweigert, unter der Hand aber erklärt: es wolle sie sofort zahlen, sowie Oesterreich auch zahle und ihm (Bayern) damit die Garantie gebe, daß die Flotte nicht etwa von Oesterreich an Preußen überlassen werde. 3. Oesterreich hat zwar durchaus keine Erklärung abgegeben, aber während noch vor wenigen Wochen jeder Gulden für die Flotte ihm mühsam abgerungen werden mußte, hat es jetzt, da uns der Prinz von Preußen die bei Rothschild beabsichtigte und fast abgeschlossene Anleihe von £ 25000 verdorben hat, auf das allerbereitwilligste und entgegenkommendste Fonds zur Disposition gestellt, ni fallor *fl.* 300000. Es scheint demnach, daß Oesterreich ein Recht und Antheil an der Flotte beanspruchen wird. Das ist gut, denn sonst würde Preußen sie einfach für die Ostsee vindiciren. Nun denke ich mir, daß man Seitens der Comission wieder auf das Projekt kommen wird, die Flotte an Hannover zu übergeben, das sie dann für Deutschland administrire. Für diesen Fall war nur Eins zu besorgen — daß Preußen s e i n e Ostseeflotte zu den Deutschen in der Nordsee liegenden Schiffen stoßen lassen würde, und die Gefahr war hier die, daß dann die ganze vereinigte Flotte unter den Befehlen des Preußischen Commodore Schröder gestanden haben würde, weil der älter im Dienst ist als Brommy. Was aber ein Preußischer Oberbefehlshaber bedeutet, haben wir an Prittwitz, Peucker pp. in solcher Weise erfahren, daß dagegen nicht Sicherheitsmaßregeln genug getroffen werden können. Eine solche Maßregel haben wir darin zu finden geglaubt, daß Brommy zum Contre-Admiral ernannt werde, und

zwar sollte der Reichsverweser das eben zum Abschiede thun, wodurch die Sache eine besondere Motivirung erhielte. Ich theile Ihnen das mit, damit Sie wissen, warum es geschieht, wenn diese Ernennung erfolgt.

Ihr

D.

Nr. 156. Hannover, 20. November.

Um Ihnen meinen besten Dank für Ihre Mittheilung vom 16. zu sagen, theile ich Ihnen, lieber Freund, mit, daß in Cassel man das Interim nur anerkennen will unter ausdrücklichem Vorbehalt, daß dasselbe die Gründung des Preußischen engeren Bundesstaats nicht ausschließe. — Der Kurfürst will freilich unbedingt anerkennen; allein sein treffliches Ministerium, das jetzt seine Stütze allein in Preußen sieht und findet, ist anderer Meinung. In der dortigen Ständeversammlung sind 20 reine Democraten auf 28 Conservative, d. h. Preußisch-bundesstaatliche. Denn das ist diesen vernagelten Köpfen ja einmal nicht begreiflich, daß Revolution Revolution ist, sie komme von Berlin oder Frankfurt; oder vielmehr sie haben einen geheimen Seelenzug zur Revolution, der sie nicht losläßt. — In Berlin aber ist man nun mit beiden Füßen ins Revolutionmachen hineingesprungen, indem man den quasi Verwaltungsrath hat beschließen lassen, die Wahlen zum Reichstag auf den 31. Januar direct durch den Verwaltungsrath ohne Zuthun der Regierungen auszuschreiben. Diese Tollheiten gehen doch fast zu weit. — So haben denn auch die Leute aus den Berliner Cammern lange Anschreiben an unsere Linke erlassen, die aber dort keine große Sympathie finden. Am Sonntag hat ein Gothaner Conventikel in Magdeburg seyn sollen, ist aber abgesagt. Es ist eine große Agitation in dieser Parthei der halben Revolution; allein so viel ich sehe ohne Erfolg. Es ist die vergiftete Ratte: „Sie thät gar manchen Aengstesprung" u. s. w. — Radowitz scheint mit dem fait accompli des Wahlausschreibens in der Hand seinen siegreichen Einzug in Frankfurt [1]) halten zu wollen.

Hier scheint die Zeit der Defection für die Linke eintreten zu wollen. Manche Zeichen ihrer Auflösung treten hervor und ich fange an, bessere Aussicht zu fassen als bisher. Gothaisch sind aber nur die Professoren in 1. Cammer, Hostmann, Sander, etwa Tellkampf [2]). Dann bei uns

[1]) Als preußisches Mitglied der Bundeskommission. Er wurde darin am 6. April 1850 durch General von Peucker ersetzt. Sein Mitkommissar war Ober-Präsident von Bötticher.

[2]) Direktor der höheren Bürgerschule in Hannover.

Dammers und der alte Dörrien aus Nienburg. Sollte die Sache freilich gefährlich werden, so würden sich wohl noch mehr finden. Im allgemeinen scheuen die Leute, die Deutsche Sache anzurühren.

Doch die Post drängt, also Adieu. Ihr

JCBS.

Nr. 157. Frankfurt, 24. November.

Ich habe Ihnen, th. Freund, für zwei Briefe vom 16. und 21. zu danken, die mir namentlich wegen der Nachrichten über die dortigen Zustände und deren günstige Gestaltung von großem und tröstlichstem Interesse waren. — Wie die Gothaer Parthei namentlich in unserem Lande zu wühlen versucht hat und noch sucht, hatte ich schon aus andern Quellen erfahren, ich hab den Herren aber immer vorausgesagt, daß sie bei uns schlechte Geschäfte machen würden. Von ihrem neulichen Congreß hier ist es stille, Deutschland muß dabei nicht wieder vollständig gerettet sein, sonst würden sie schon lauter gegackert haben. Finanznöthe, namentlich wegen der Deutschen Zeitung, haben sie besonders beschäftigt. Fürst Leiningen aber hat nach einer heftigen Scene komplet mit ihnen gebrochen, Gagern hat ihm vorgeworfen, er habe sein Memoire wie eine Bombe unter sie geworfen, das hätte er nicht thun dürfen; darüber hat dann Leiningen auf das Derbste erwidert, daß er seine Freiheit nie aufgegeben habe u. s. w. Er hat ihnen und namentlich Gagern denn auch gesagt, wer jetzt nicht vorab zur Einigung und Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen wirke, der wirke für den Krieg und wer das thue, sei ein Vaterlandsverräther. So ist man geschieden. Die Parthei verliert in Leiningen nicht nur ein Mitglied von Geld und Ansehen, sondern, was ihr besonders empfindlich ist, die Verbindungen Leiningens mit seinem Oheim Leopold von Belgien und seinem Schwager, dem Prinzen Albert. Wie weit diese, namentlich der letztere, sich in unsere Dinge gemischt haben, ist gar nicht zu sagen, es erscheint geradezu abenteuerlich und unglaublich.[1]) In Wien hat man Abschrift eines P. M. des Pr. Albert aus dem Jahre 1844 oder 45, worin schon die Kaiseridee ausführlich entwickelt und, was das unglaublichste ist, daß jene Familie, ohne Zweifel durch Bunsen dupirt, wozu Stockmar geholfen, die Hoffnung gehabt zu haben scheint, der Kaiser Friedrich Wilhelm von Preußen werde nur ein Übergang sein zum Kaiser Ernst von Sachsen-Coburg. Ich hoffe, das eine oder andere der betreffenden Aktenstücke noch erwerben zu können.

Von neuesten Aktenstücken lege ich einige in Betreff der Schleswigschen Sache bei, die Sie wohl schon kennen. Von L. Cowley erfuhr ich eben,

[1]) Vgl. Dahlmanns Leben von Springer, II. S. 228 ff.

daß der König von Dänemark die Conferenz der Vertrauensmänner angenommen habe. Das seltsamste ist, daß L. Cowley vor einigen Tagen geradezu die Vermittlung der Centralgewalt in dieser Sache in Anspruch genommen hat. Es wäre übrigens ein wahrer Segen Gottes, wenn Deutschland von dieser unseligen Dänischen Sache erlöst würde, in der es weder das Recht noch die Macht auf seiner Seite hat und in der nun leider einmal die Ehre engagirt ist. Am Ende kommt dann der würdige Lang mit seinem Antrage post festum. Auch Reclamation der Rastatter Gefangenen aus Hannover hat man ja in der 2. Cammer geritten; ich wollte nur, es wären auch Russen in Rastatt gefangen und Rußland reclamirte sie; wie würden da unsere Piepmeyer schreien, daß die ja nicht ausgeliefert werden dürften. Ein Wort Ihres Briefes vom 16. ist mir schwer auf die Seele gefallen: wo Sie von den Ständen sprechen und beklagen, daß Sie sich nicht mehr unter den Leuten bewegen könnten. Daß Sie Ihre Zeit dem Zusammensein mit den Leuten nicht opfern können, begreift sich, aber es würde der allergrößte Fehler sein, wenn nicht einige ihrer Beamten, die zugleich Cammermitglieder sind, ihre ganze Zeit dem Zusammensein mit den Abgeordneten aufopferten. Wenn man nicht fort und fort mit diesen Leuten, die fremd am Orte auf einander angewiesen sind, zusammen ist, so verliert man leicht das Gefühl der Klinge, um einen Ausdruck vom Stoßrapier zu brauchen; eine Menge Dinge werden außerhalb der Cammer fertig gemacht, wo dann die Regierung mit den besten Gründen zu kurz kommt. Ich habe dieses Treiben hier in einem so großartigen Maßstabe gesehen, und die Unarten und Schlechtigkeiten der Nat.-Vers. (das Clubb- und Partei-Treiben und was dahin gehört) sind so sehr ein Gegenstand der Nachahmung für unsere Cammern, daß ich nicht dringend genug anrathen kann, einen Theil Ihrer Beamten aus der Cammer stets mit den Leuten zusammen sein zu lassen. Es ist sehr Schade, daß Lindemann keine Präsidial-Diners geben kann, weil das die Partheien sehr einander zu nähern im Stande ist. Sie werden über meine vormärzlichen Ansichten lachen, aber Menschen sind Menschen, und wer sie zu behandeln weiß, der hat sie. — Noch in einem andern Punkte möchte ich Ihnen dringend anrathen, um das obige Gleichniß beizubehalten, das Gefühl der Klinge nicht zu verlieren: das ist Ihr Verhältniß zu den andern Königreichen. Mit Sachsen scheinen Sie sich vollauf verständigt zu haben, mit Bayern aber sicher nur nothdürftig (Ihre Antipathie gegen Pfordten werden Sie überwinden müssen), mit Würtemberg aber gar nicht und dort hat man jetzt zu solcher Verständigung sicher den allerbesten Willen. Wenn die 4 Königreiche zusammengehen, müssen schon daran die Preußischen Pläne scheitern und dabei dürfen Sie versichert sein, daß man in München, namentlich

aber in Stuttgart, auf Niemandes Rath lieber hören würde als auf den Ihrigen. Wenn die 4 Königreiche nur darin einig sind, wie sie in ihrer Politik zusammenhalten (ich meine nur das Formelle), so sind sie unbesiegbar. Eben weil ich besser wie viele Andere es weiß, welchen Werth man in Stuttgart und auch in München auf Ihren Rath legt und wie bedürftig man dort des Rathes ist, habe ich mir erlaubt, Ihnen diese Sache zu empfehlen, was Sie mir nicht als Unbescheidenheit auslegen wollen. Sie müßten tüchtige Leute nach beiden Orten schicken, keine bloße Repräsentanten. Witte, der ja disponibel wird, wenn ich hier eintrete, wäre sehr zu empfehlen.

In Berlin sucht man sich jetzt in der Verlegenheit, in die man durch die Nichtanerkennung der Centralgewalt und die Convention vom 30. Sept. gekommen ist, und die man sich bei der Frage von der Uebertragung (Schwarzenberg scheint überflüssiger Weise unsere Note wegen der Requisite für den Abdikationsakt mitgetheilt zu haben) wohl zum Erstenmal recht konkret vergegenwärtigt hat, durch eine neue Theorie zu helfen: der Centralgewalt hat man die Anerkennung nie versagt, auch den Erzherzog als Träger derselben anerkannt, aber ihre Befugnisse haben bis jetzt geruht, weil sie in Abwesenheit der Nat.-Vers. nicht ausgeübt werden konnten. Aber übertragen soll der Reichsverweser sie jetzt können trotz Abwesenheit der Nat.-Vers. Es ist also nur dem Ministerio des Reichsverwesers die Anerkennung versagt. Die Herren sollen an ihrer Dummheit, der Centralgewalt die Anerkennung versagt zu haben, noch übel zu würgen haben, zumal ja die ganze Theorie damit auf das bon plaisir Preußens zurückgeführt ist, daß dieses am 14. Mai der Nat.-Vers. die Anerkennung versagte.

Doch entschuldigen Sie, daß ich Sie in dieser Zeit mit solchem Geschwätze behellige.

Ihr

D.

Nr. 158. Frankfurt, 27. November.

Sie erhalten die Anlage zur Vervollständigung der letzthin mitgetheilten Aktenstücke. L. Cowley theilte gestern mit, er habe aus Kopenhagen die vertrauliche Mittheilung erhalten: der König wolle in die von der Statthalterschaft erbetene Unterhandlung[1]) treten unter der Bedingung, daß

[1]) Die Statthalterschaft hatte sich unter dem 16. November an den König mit dem Vorschlage gewandt, anstatt der Vermittlung dritter Mächte zur Vorbereitung des Friedens Vertrauensmänner aus dem Königreiche und den Herzogthümern zusammentreten zu lassen. Die Sache zerschlug sich demnächst, da der König unter dem 11. Januar den Vertrauensmännern der Herzogthümer erklären ließ, denselben eine Verhandlung mit Delegirten aus dem Königreich nicht gestatten zu können.

diese den Waffenstillstand und die Landesverwaltung anerkenne. Doch werden Sie das dort genauer und besser wissen als wir hier.

In Berlin schien man — abgesehen von der allerneuesten Wendung, von der wir nur durch die Kölnische Zeitung etwas wissen — sehr unglücklich, daß man sich Baden und Darmstadt aufgeladen (was mit Ihrer Nachricht wegen des Radowitzschen Geheimmittels stimmt); man meint, wenn man sich mit Norddeutschland begnügt hätte, würde Oesterreich eine geneigtere Stellung zu dem engern Bunde annehmen. Stellen sich die Leute bloß so dumm? — Wie Sie wissen, prahlen sie ungeheuer, daß sie nie in die hier gewünschte Art der Abdikation einwilligen würden; jetzt wo sie sich die Sache wohl eher konkret gedacht haben, sagen sie, sie wollten aus Schonung für den Erzherzog nachgeben u. s. w. Was Sie gegen diesen Alles versucht haben, um ihm die Popularität zu rauben, ist unglaublich; in dieser Beziehung und überhaupt zur Characterisirung der Art, wie Preußische Agenten den Anschluß an den engern Bundesstaat betreiben, lege ich ein gestriges Blatt der O. P. A. Z. bei. Das Subjekt heißt v. Zschock aus Braunschweig und erhielt seine Ordres von dem Residenten Balan[1]) hier. Z. ist der Hauptcorrespondent der Braunschweigischen Reichszeitung und namentlich viel von Savigny gebraucht. Durch Prokesch hab ich einzelne Berichte anderer Agenten erhalten, womit ich demnächst Radowitz kitzeln werde, mir seinen Rath erbittend in alter freundschaftlicher Weise über die Art und Weise der Publikation eines Portfolios aus den letzten 8 Monaten mit all dergleichen Piecen. Ihr

D.

Noch Eins! Ich weiß nicht, ob Witte Ihnen schon von den neuesten menées wegen der Flotte Mittheilung gegeben. Ich schrieb Ihnen neulich über Brommys Ernennung zum Contre-Admiral (die erfolgt ist), indem ich davon ausging, daß die Comission demnächst die Flotte einer dritten Macht übertragen werde. Diese Voraussetzung war richtig, nur grollt man mit Hannover und ist entzückt von Oldenburg. Nun soll Oldenburg die Flotte haben. Witte wird Abschrift der betr. Aktenstücke haben oder erhalten. Wenn wir den Zusammentritt der B.-Comission beschleunigen wollten, brauchten wir jetzt nur mit Ihnen die Verhandlungen wegen Übernahme der Flotte wieder anknüpfen, dann würden die Herren gleich kommen.

Nr. 159. Hannover, 2. December.

—[2]) Ihre Schleswig-Holsteinischen Mittheilungen kamen sehr gelegen, um die Discussion des albernen Langschen Antrags in 1. C. zu hemmen.

---

[1]) Legationsrath, Resident bei der Stadt Frankfurt. — [2]) Der hier fortgelassene Eingang des Briefes betrifft eine persönliche Angelegenheit Detmolds.

Der eingeschlagene Weg ist der einzige, der für die Herzogthümer zum Ziele führt. Für Deutschland dürfte dabei leicht verlohren seyn. Denn diese Herstellung kann den Canal wieder in Dänische Gewalt bringen, an dem für Deutschland so viel hängt. Daß man in Berlin von dieser Unterhandlung nichts erwartet, ist begreiflich; aber das Urtheil dieser Herren ist nicht untrüglich. Usedom ist wohl der einzige dort, der die Sache wahrhaft im Geiste des Friedens und der Einigkeit auffassen und führen wird.

Die Gothaner Parthei folgt ganz ihrem Berliner Muster, Hrn. Camphausen pp., alles auf schlechtem Wege zu versuchen, nach der Regel des alten Florentiners: Sanno rarissime volte gli huomini esser al tutto tristi o al tutto buoni. — Jenen Kaisergelüsten habe ich Gelegenheit gehabt, etwas nachzuspüren, und hat mir Gr. Kielmannsegge [1]) solche bestätigt. Dann höre ich noch, daß schon 1841 der Convertit Beckedorf in Hannover gewesen und dort sehr romantisch poetische Faseleien über Kaiserkrone, Reichsschwert u. s. w. u. s. w. vorgetragen. Der Hebel der Coburgschen Idee ist aber ohne Zweifel Stockmar, den Bunsen als seinen Theilhaber an dem schönen Gagernschen Plane angab. Dieser hat bei einer Gelegenheit im Sommer 1848 geradezu seinen andersgesinnten Freunden erklärt: Er könne von dem Kaiser nicht lassen; es sei das sein Traum von Jugend auf. Wir müssen suchen, die Quellen dieser unglücklichen Verirrung vom Wege practischer Politik völlig offen zu legen, um sie verstopfen oder in ein gutes Bett leiten zu können.

Die Preußischen Intriguen sind in allen diesen Sachen ein leidiges Ding. Ich gehe dabei von Burke aus, der in seiner Rede über die East India Bill 1/12. 1783 (Suchen Sie doch Burkes Speeches zu lesen) sagt: Indeed my observation has furnished me with nothing, that is to be found in any habits of life or education, which tends wholly to disqualify men for the functions of government, but that, by which the power of exercising those functions is very frequently obtained. I. mean a spirit and habits of low cabal and intrigue, which I have never in one instance seen united with a capacity for sound and manly policy. — An diesem spirit of low cabal and intrigue gehen die HH. zu Grunde. So in diesem unglaublich schmutzigen Waldeckschen Processe, wo Hr. Ohm offenbar Spion ist. Radowitz ist ganz dieser Art, und es wird ihm unsäglich gut thun, wenn Sie ihn etwas peinigen. Dazu können wir auch noch ein schönes Stück liefern aus der Feder des Hrn. v. Savigny, wo dieser aus dem Haupt-

[1]) Gesandter in London.

ein Zeichen, daß der alte Stamm frisch und neu grünen und neue Zweige treiben soll.

Wir befinden uns hier in einer Crise. Die Gothasche Parthei, die seit dem 30. Septbr. in Berlin bedeutend an Terrain gewonnen hat, will, da sie den Abschluß des Vertrages vom 30. Septbr. nicht hintertreiben konnte, wenigstens die Ausführung möglichst erschweren und verhindern. Darüber lassen Camphausen und Beckerath keinen Zweifel. Der Punkt wegen Gegenwart der Bevollmächtigten beim Abdikations-Akt, auf welchen wir von Hause aus gar kein großes Gewicht gelegt hatten, ist erledigt: man will sie zulassen, aber lediglich als Zuschauer, nicht als active Theilnehmer und nicht zur Unterzeichnung des Protokolls. Das ist gleichgültig Alles und, wie gesagt, von uns nie gefordert worden. Ungleich wichtiger aber ist ein anderer Punkt, der jetzt in den Vordergrund tritt. Oesterreich drängt zur Einsetzung des Interims, Preußen sagt: wir sind bereit, unsere Comissarien nach Frankfurt zu schicken pp., aber der Erzherzog hat am 6. Oct. seine Abdication von der Accession aller Regierungen zum Interim abhängig gemacht; schafft uns die Erklärung, daß er davon zurückgeht, so vollziehen wir den Vertrag vom 30. Sept. Das kam am Sonnabend (30. Nov.) zuerst durch eine telegraphische Depesche aus Wien (über Berlin). Wir haben darauf durch die Note vom 1. Dec. geantwortet, die Sie kennen. Zugleich schrieb der Erzherzog mit demselben Courier an Fürst Schwarzenberg: wenn er durch unsre in der Note entwickelten Gründe überzeugt werde, müsse er uns die nöthigen Mittel zur Weiterführung der Sache zuführen (auf eine solche Zusicherung Seitens des Wiener Cabinets würde auch Bayern sofort zahlen, wie versprochen worden). Der Courier ist am 1. December abgegangen, wird in Anbetracht der schlechten Wege schwerlich vor dem 5. oder 6. in Wien gewesen sein; daher haben wir darauf noch keine Antwort. Das Hauptbedenken ist in meinen Augen immer das, daß das Hinweggehen über die fehlende Accession einzelner Staaten es diesen oder dem hinter denselben stehenden Preußen stets möglich macht, die Competenz der Bundes-Comission in aller und jeder Sache anzufechten u. s. w. Also durchaus keine Aussicht auf einen auch nur einigermaßen gesicherten Zustand. Inzwischen ist nun ein Courier von Wien eingetroffen, vom 29. oder 30. Novemb., dessen Depeschen nur eine Amplification der telegraphischen Depesche vom 28/30. Novbr. enthalten. Graf Rechberg setzte nun aufs Neue Alles in Bewegung, um vom Erzherzog die Erklärung zu erhalten, daß er bereit sei, über die fehlende Accession von Oldenburg pp. hinwegzugehen. Unterstützt wurde er, wie schon bei Empfang der telegraphischen Depesche vom 28. Novbr., durch den sonst so trefflichen Wittgenstein, der seit 14 Tagen ganz und gar in den Händen des unseligen

Blittersdorf's ist (oder war — denn nach der letzten Scene wird er sich hoffentlich loswickeln). Blittersdorf aber ist rerum novarum studiosissimus, immer, immer etwas Anderes, ohne Rast Neues; irgend etwas könnte ihm doch eine Chance bringen, auf die er so lange wartet. Wittgenstein hatte also schon zu der Note vom 1. Decbr. ungern consentirt. Nach Eintreffen des Couriers ging also der Kampf von Neuem los. Indessen blieben wir auch diesmal dem Principe treu und bezogen uns in unserer Antwort an Rechberg lediglich auf unsere Note vom 1. Decbr. Heute ist nun eine telegraphische Depesche aus Berlin von Prokesch gekommen, worin der meldet, daß 24 Stunden nach dem Eintreffen der Erklärung des Erzherzogs (er wolle trotz der fehlenden Accessionen resigniren) die Preußischen Comissarien abreisen würden. Nun gabs einen dritten und sehr heftigen Sturm, allein auch diesmal bliebs bei der Note vom 1. Dec. So lange wir nicht wissen, daß diese in Wien die Ansichten nicht geändert, halten wir fest. Vermuthlich aber wird dieselbe die Ansichten nicht ändern, das Wiener Cabinet vielmehr auf seinem Verlangen, der Erzherzog möge auch ohne die Accession aller Regierungen resigniren, beharren. Dann natürlich, und dieser Thatsache gegenüber, daß uns damit die Mittel versagt sind, die Sachen weiter zu führen, werden wir uns fügen. Danach also kann man die Rechnung vielleicht in folgender Weise stellen: Der Courier von Wien mit dem je veux des Wiener Cabinets trifft hier am 10. ein, am 11. giebt Rechberg die telegraphische Depesche nach Berlin, daß der Erzherzog zur Resignation bereit sei, eodem geht die nach Wien. Die Wiener Comissarien reisen am 12. oder 13. ab und sind am 17. oder 18. hier, dann kann die Übergabe am 19. oder 20. Statt finden. Ich theile Ihnen das Alles so ausführlich mit für den Fall, daß Sie irgendwo, seis in Oldenburg oder in Wien, in gutem Sinne einwirken könnten, denn es wäre mir sehr leid, wenn der Erzherzog am Ende doch unter Aufgebung des unter großen Opfern festgehaltenen Princips abtreten müßte.

Die Art und Weise, wie die Stände die 20 m ₰ für die Flotte bewilligt haben, hat hier verletzt [1]), wenigstens, was die Zeitungen darüber aus der Zeitung für Norddeutschland berichten (der es auch die Hannoversche Z. entnimmt). Bekommen wir, was möglich, in den nächsten Tagen Fonds, so sollen die 20 m sofort zurückgezahlt werden; bedenken denn die Esel in 2. Cammer nicht, daß solche Dinge die Lust geben könnten, mit Oldenburg abzuschließen?

In Paris hat das Gerücht, daß Preußen Hamburg incorporiren wolle, sehr böses Blut gemacht, was Preußen hoffentlich lehren wird, wie

[1]) Der Bewilligung wurde ein Zusatz beigefügt, welcher die Anerkennung der provisorischen Centralgewalt ausschließen sollte.

gefährlich es sei, an die Verträge von 1815 zu rühren. Der Hamburger Senat ist freilich gar zu miserabel. Hier in Frankfurt ist er es weiß Gott auch sehr; der Einzige, der Mark in den Knochen hat, ist der alte 79jährige Guaita, der Bürgermeister Piepmeyer tout craché. Trotzdem hoffe ich, daß der Senat sich ermannen und die von den Montagskränzchen beherrschte Constituante auf den Kopf schlagen werde.[1])

Ihr getreuester
D.

Nr. 161. Frankfurt, 10. December.

Die Anlage hat man mir zur Pflicht gemacht, nach Hannover zu schicken, obwohl dort wie hier schwerlich Jemand Zeit und Lust haben wird, dergleichen jetzt zu lesen.

Die Dinge stehen hier noch auf demselben Flecke wie bei meinem letzten Schreiben. Bis Morgen aber wird ohne Zweifel der Courier von Wien eintreffen, der die Entscheidung bringt. — Besteht das Wiener Cabinet darauf, daß der Reichsverweser trotz der noch fehlenden Accessionen abdicire, so ist mir daraus klar, daß man in Wien zum schlimmsten entschlossen ist, d. h. das Interim trotz der tödtlichen Wunde, die man ihm von vornherein durch Verletzung des Princips beigebracht hat, gegen jeden Versuch dasselbe anzufechten, mit der Gewalt der Thatsachen, der Waffen, aufrecht zu halten, fußend auf das Interim den Bundesstaat zu bekämpfen, die Position im weiteren Bunde wiederzugewinnen, um den engeren unmöglich zu machen. Den Erfurter Reichstag kann Oesterreich nicht dulden! Für Preußen aber sehe ich keinen Weg zurück, denn den Einzigen, den es noch hat, die Sache an das Schiedsgericht bringen und dort eine Entscheidung gegen sich zu erwirken, kann und wird es nicht einschlagen. Dann aber bleibt nichts als die Entscheidung durch das Schwert. In Berlin scheint man in die Verblendung und das Renommiren ebenso hineingekommen zu sein wie im Jahre 1806. Auf Bundesgenossen kann Preußen nirgends rechnen; nicht bei Rußland, denn hier steht das Princip im Wege; nicht bei Frankreich, denn es würde ja vorab die Rheingrenze fordern; nicht bei England, denn das will den Frieden, und will ihn entschiedener als je, — wie denn überhaupt in der Englischen Politik den deutschen Verhältnissen gegenüber eine Wendung eingetreten zu sein scheint. Steht Preußen aber ohne Bundesgenossen, so begreife ich nicht, wie es den Kampf wagen will. Oesterreich stützt sich auf Bayern, das ihm den Süden frei hält und wendet sich mit seiner Hauptmacht aus Böhmen heraus durch Sachsen auf das

[1]) Der Senat verwarf am 31. Dec. den von der constituirenden Versammlung aufgestellten Verfassungsentwurf und ordnete Neuwahlen an.

offene Berlin. Auf Sachsen und Hannover wird der erste Stoß kommen und beide wohl gleich von Preußen besetzt werden. Fragt sich, was für solche Eventualität Hannover vorbereiten könnte, namentlich ob Hülfe suchen in England. — Sie werden mich auslachen, liebster Freund, wegen meiner Kriegs-Phantasien, — aber ich sehe jetzt wahrlich keine andere Lösung mehr. — Was England und Frankreich betrifft, so sind [sie], wie ich mich aus mehreren Depeschen, die ich zu sehen Gelegenheit hatte, [überzeugt habe], durch und durch friedlich gestimmt; Frankreich reducirt sogar in aller Stille seine Armee, und die letzten Depeschen Palmerstons über die Orientalische Frage zeigen, daß derselbe allen Ernstes dort den Frieden will; jene Verwickelung ist auch jetzt als vollständig gelöst zu betrachten. — Daß das Englische Cabinet, wegen der Cesion von Preußen als Schiedsrichter angerufen, gegen Preußen und für Dänemark entschieden hat, während des Waffenstillstandes sei der status quo in jeder Beziehung aufrecht zu erhalten, werden Sie wohl schon wissen.

Ein harter Schlag für Preußen ist die Wendung in Oldenburg.[1]) Der .... Mosle hat die Sache dort heillos verfahren. Eine nochmalige Auflösung des Landtages wird, denke ich, der Großherzog nicht zugeben, denn das Experiment würde doch immer auf seine Kosten gemacht. Wie aber nun weiter? Das konstitutionelle Preußen behauptet, der ständischen Zustimmung bedürfe es nicht und Oldenburg sei gebunden. Aber die Stände werden die Wahlen zum Staatenhause, das Land die zum Volkshause weigern, die Stände alle Kosten, die das Bündniß und der Reichstag doch über kurz oder lang erfordern wird. Der Schlag ist um deßwillen so schlimm, weil Preußen um jeden Preis an die Nordsee mußte und wollte; jetzt hat es nur noch das Eckchen, was Hamburg dort besitzt. Aber wird Hamburg im Bündniß bleiben? Piepmeyer-Banks machte ja schon Schwierigkeiten wegen der Hamburger Stimme im Verwaltungsrathe? Daß Bremen heraus will, schreiben Sie mir; in Hamburg ist die Lust dazu glaub ich noch größer. Der Senat kann nur ohne Truppen nicht fertig werden. Ich habe gerathen, die Entfernung der Preußischen Truppen nöthigenfalls mit Ungestüm zu fordern aber NB. nachdem man sich vorher von Hannover dergleichen habe zusagen lassen. Die Verhandlungen über die Truppen können dann leicht aus dem Bündniß herausführen; wie aber will Bremen das machen? Mosle hat Hannover und Sachsen ja mit Waffengewalt bedroht, so gut wie Schleinitz; wie die Großen sungen, so piepsen die Kleinen. Im Verwaltungsrathe macht man sich einander gewiß ungeheuer viel Courage. — Köstlich ist, wie die Weser-Zeitung und andere Blätter

[1]) Der Landtag verweigerte durch Beschluß vom 8. December seine Zustimmung zum Anschluß an das Maibündniß, worauf das Ministerium seine Entlassung nahm.

auf die Hannoverschen Demokraten zu wirken suchen; in der Zeitung für Norddeutschland las ich in der Nummer vom 6. Dec. (Nr. 338) aus dem Lüneburger Vorwärts einen Artikel, ohne Zweifel von Herrn Rochau[1]), der sich geradezu an die Demokraten wendet und ihnen auf das allerklarste auseinandersetzt, daß, wenn sie die Politik des Hannoverschen Ministerii in der deutschen Frage unterstützten, sie sich für alle Zeiten die Aussicht auf eine neue Revolution verdürben. Der Aufsatz leistet das Unglaubliche in solcher Naivetät, und sollten Sie ihn doch für das nicht-revolutionäre Publikum in der Hannoverschen Zeitung abdrucken lassen.

Doch entschuldigen Sie das leere Geschwätz, zumal dießmal auch die Anlage wohl schwerlich entschädigt.

Ihr
D.

Nr. 162. Frankfurt, 11. December.

Heute Morgen ist der erwartete Courier von Wien eingetroffen; wie ich erwartet hatte, wird insistirt, daß der Erzherzog abdicire trotz der noch fehlenden Accessionen. Als Gründe werden angegeben die Lage der Dinge, die Nothwendigkeit irgend etwas festes zu gewinnen, und dem Bedenken, daß man dem Interim von vornherein die Todeswunde versetze, die Erklärung entgegengesetzt, daß man von Preußen die bündigsten Zusicherungen habe; die Oesterreichischen Comissare sollten am 10. von Wien abreisen, am 16. in Frankfurt eintreffen, ein Gleiches solle hinsichtlich der Preußischen Comissare veranlaßt werden. Für die Flotte ist schließlich noch eine Summe, ni fallor 150000 Gulden, angewiesen worden. Das Schreiben Schwarzenbergs an den Erzherzog denke ich Ihnen schicken zu können. — Die Sachen kommen also noch früher zu Ende, als ich geahnt hatte; kommen die Comissarien am 16. an, so kann am 18. Alles zu Ende sein. Uebrigens scheint es fast, daß die beiden Cabinette viel einiger sind, als man von außen sehen kann; nicht bloß, daß Fürst Schwarzenberg das erklärt, sondern große Egards gegen Preußen lassen mich das vermuthen, so z. B. daß man von der Abdikations-Rede des Erzherzogs, die ich früherhin nach Wien mitgetheilt hatte, und die dort durchaus gebilligt worden war, jetzt abzustehen bittet u. dergl. m. Indessen werde ich um unsertwillen dieselbe festzuhalten suchen. Also entweder sind die Beiden einiger, als es den Schein hat, oder Oesterreich will nur einen festen Boden gewinnen, um dann entschiedener reden zu können. Das werden Sie dort vielleicht schon besser wissen, wir werdens hier wohl erst aus dem Verhalten der Preuß. Comissarien ersehen können.

Der Ihrige
D.

[1]) L. von Rochau, politischer Schriftsteller aus Wolfenbüttel.

Nr. 163. Hannover, 12. December.

Ihr Brief vom 10., liebster Freund, zeigt mir, daß Sie dort, in gespannter Situation und zur Unthätigkeit verdammt, die Dinge sorgloser betrachten als wir, die wir verdammt sind, 4 Stunden täglich das dumme verlogene Gewäsch unserer elenden Demokraten anzuhören, und uns nebenbei um des Decori halber etwas mit ihnen herumzustreiten. So habe ich die erste Besprechung der Städteordnung durchgebracht und die Sache nach meinem Plane in die Commission gezogen. Die Sachen gehen fortwährend besser. — In voriger Woche haben die Democraten es so weit gebracht, daß die Versammlung lachte, wenn sie ihre obligaten Tiraden von Grundrechten pp. vorbrachten. Vorgestern haben wir ihnen nun unsere dickleibige Vorlage in der Deutschen Sache gebracht.[1]) Die haben sie sich gestern vorlesen lassen. Der Eindruck scheint ein guter gewesen zu sein. Gestern Abend ist dann eine linke Versammlung gewesen; da hat wieder ein Programm unterschrieben werden sollen. Allein einigen ists zu viel, anderen zu wenig gewesen, und am Ende hat der alte Lang ihnen tüchtig den Kopf gewaschen über ihr ewiges Gerede von Grundrechten (er hats mit angefangen), womit sie sich nur blamirten, darauf ist die Unterzeichnung ausgesetzt auf morgen. An der Deutschen Vorlage haben sie nichts rechts zu machen gewußt. Wir haben keine Anträge gemacht, überhaupt das Ding ihnen kugelrund und glatt hingerollt, ob sie es aufheben wollen. Sie scheinen gehofft zu haben, uns wegen etwaiger Unehrlichkeit auszufilzen, dazu ist nun auch kein Anlaß. Also stehen die Ochsen so ziemlich am Berge. Also diese Sache stände gut genug, und meine Sorgen gehen nun viel mehr auf das, was hinter der Ständeversammlung kommt, auf die Ausführung, als auf die St.-V.

Was nun aber die Hauptsachen angeht, so sehen wir diese auch minder sorglich an, vielleicht weil uns weniger Zeit bleibt uns damit zu placken. In Berlin zeigt sich doch ein gewisses Schwanken und Wackeln. Im Verwaltungsrath haben sie beschlossen: die Modificationen der Verfassung könnten nicht vom Verwalt.-Rath, sondern nur von den einzelnen Regierungen ausgehen, und finde kein Majoritätsbeschluß darüber Statt. Nun braucht man nur zu beschließen, Baiern aus dem Dinge wegzulassen, so haben wir das Recht zu sagen: Nein! Damit fiele Alles in den Brunnen. Es sey denn daß man wirklich das Ding beschließen wollte, wie es auf dem Papier steht, um uns dadurch zum Beitritt zu nöthigen. Dann hätten wir aber immer noch klares Recht aus den Vorbehalten. — Ich glaube man sucht die Hinterthür. Was will man, nachdem Oldenburg

---

[1]) Vgl. oben S. 223, Anm. 3.

ihnen entgangen, und wenn, was ja möglich scheint, Darmstadt auch entginge. Der Kurfürst zu Cassel wird jeden Kniff versuchen, um loszukommen. Berliner Correspondenten schreiben hieher: Es werde aus der Sache nichts, und das sey unsere Schuld. — Dazu führt Graf Brandenburg sehr friedsame Reden. Das wunderbarste aber ist, daß Fr. W. IV. anher geschrieben hatte (etwa um den 4.): „Unser Verhältniß zu Östreich wird alle Tage fester, klarer und vertrauensvoller. Das wird uns großen Segen bringen". — Worauf denn geantwortet ist s. s.: Er läse wohl die Depeche nicht. — Andere Nachrichten schildern freilich den Herrn als gänzlich verdreht. —

In Wien scheint man nach unseren Nachrichten die Sache ähnlich anzusehen. Man glaubt dort, Preußen werde pliiren, sey es auf Wiener Proteste, oder auf Russische Mahnungen, die allerdings eingelaufen sind. So scheint man wenigstens zum Theil in Berlin zu hoffen, das Interim werde zur Einigung mit Östreich führen; wenigstens hatte Brandenburg in dem Sinne gesprochen; ich denke mir, daß die Erledigung Ihrer Angelegenheit von Wien aus, die uns gestern der Telegraph meldete, auf ähnlichen Hoffnungen beruht.

Ich muß Ihnen darin Recht geben, daß es im Princip richtig wäre, von Oldenburg und Altenburg, den beiden allein noch übrigen, auch die Accession zu verlangen, und die Ehre des Reichsverwesers scheint das zu fordern. Bedenkt man aber, daß Oldenburg jetzt nicht weiß, was es thut, und läßt, und Altenburg sicher mitgeht, so kann ich die Gefahr, die darin liegt, nicht so groß finden. Wir leben einmal in der Zeit der Thatsachen, und namentlich in diesen unseligen Deutschen Dingen sind wir so weit, daß eine handfeste und haltbare Thatsache doch vorgezogen werden muß. Diese kleinen Fürsten, die sich alle Tage dreimal vom Winde umwehen lassen, werden von Wien schon lange als nicht recht mehr existirend betrachtet. Sie sind auch jämmerlich. Wie demüthig hat uns neulich Lippe-Detmold seine Insolenz abgebeten. —

Aber ist die Thatsache des Interim eine handfeste, haltbare und eine fruchtbare? Darauf ist allerdings schwer, eine Antwort zu geben. — In der Wiener Depeche ist seit einiger Zeit viel die Rede von der Idee einer Allemagne méridionale! Was F. Schwarzenberg drunter versteht, weiß ich nicht, begreife es auch nicht. Ob sein Westdeutschland? Ob die Mainlinie? Ich hege fortwährend die Furcht, daß man sich dort zu einer Theilung einigen werde. Dagegen könnten und müßten die Königreiche auftreten. Aber wie?

Es ist unverzeihlich, daß Preußen durch seine Unklugheit Östreich von der Pflicht befreit hat, positive Vorschläge zu machen. Sie hätten das

gar nicht vermeiden können. Aber jetzt sind sie wieder à son aise. Wenn Preußen in der albernen Note vom 21.[1]) behauptet, Rechte und Pflichten des Bundes beständen, aber kein materielles Bundesrecht, so mag man das mit seiner richtigen Hinweisung auf Östreichs Verfassungsbruch durch die Verfassung vom 4. März [erklären?]; so ist Östreichs Geständniß: es würde alles haben gehen lassen, wenn Baiern sich angeschlossen hätte, nicht weniger bedeutend. Die ewige Melodie zur Sache ist: Preußen will wachsen und Östreich wills nicht leiden. Aber quid nunc! Sie sagen: die 4 Könige müssen sich einigen! Das gebe ich zu; aber wie? — Würtemberg, etwa auf dem Standpunct, wo wir im April waren, wenn wir die Stände wieder kommen ließen, wird schwerlich zu dem nothwendigen Grund der Sache: daß die Bundesverfassung gilt, bis sie durch eine andere gültige ersetzt ist, zurückzuführen seyn. Ob Baiern dahin kommen werde, weiß ich nicht, und von Sachsen bezweifle ichs. Das ist und bleibt aber die einzige antirevolutionäre Basis, und die Königreiche haben nichts so sehr zu scheuen, als die Revolution — von Berlin und Wien. Ich zweifle nicht — wenn überhaupt die Sachen gutgehen sollen, daß die Zeit dafür komme; aber jetzt ist sie noch nicht da; und man darf vor allem nicht einen richtigen Gedanken aufs Spiel setzen, indem man ihn vor der Zeit ins Werk setzen will. Also noch etwas Geduld. —

13. December.

Gestern Abend konnte ich nicht schließen, und heute habe ich noch Ihren Brief vom 11. erhalten, der mit dem oben erwähnten übereinstimmt. Aus einer Berliner Depesche von gestern sehe ich, daß Schleinitz Altenburg treiben will, und Oldenburg — sollen wir treiben. Daneben immer noch die Erfurtiaden! Es ist eine verworrene und verlogene Welt, das ist das Beste, was man davon sagen kann. Wahrscheinlich wird man in Wien meinen, man könne mit Radowitz in Frankfurt etwas anfangen. Daß man schon eine Einigung mit Preußen getroffen hätte, ist mir nicht glaublich. Hat doch auch der König von Preußen in Bezug auf die Östreichischen Truppen in Böhmen zum Schutze Sachsens gesagt: Preußen sey die Frau von Sachsen, aber Östreich la maîtresse, welches geistreiche Dictum wohl nicht auf Einigkeit zielt. — Was ich von der Stellung unserer Linken oben gesagt, bestätigt sich heute noch mehr. Gestern haben sie das Programm weiter discutirt. Da sind denn die Linken wieder auf Durchführung der

[1]) Die Note vom 21. November (Deutsche Chronik 1849, II. S. 361) war die Antwort auf eine österreichische Note vom 12. November (a. a. O. S. 340), worin ausgeführt war, daß die Bildung des engeren Bundesstaats mit dem noch geltenden Bundesrecht in Widerspruch trete. In einer weiteren Note vom 28. November protestirte dann Fürst Schwarzenberg formell gegen die Berufung des Reichstags.

Reichsverfassung gekommen, und hat darin gelegen, daß sie zum Besten der Reichsverfassung uns auch wohl preisgeben wollen. Das genügt wohl, um diese Schächer zu characterisiren. Dann haben sie auch eine Verpflichtung auf „Gleichberechtigung" darin versteckt gehabt. —

Im übrigen scheint das Interim den Piepmeiern einige Sorge zu machen. Sie werden aber, denke ich, gerne warten, bis die Sache sich selbst entwickelt.

Das ist, was ich heute zu sagen weiß. Ich schließe den Brief, weil ich noch zu einer Abendsitzung muß. Lassen Sie mich bald hören, wie sich dort die Dinge weiter gestalten.

Ihr
JCBS.

Nr. 164. Frankfurt, 12. December.

Ich wollte Ihnen, liebster Freund, eben nur wegen einer mich persönlich betreffenden Bagatelle schreiben, da kommt mir in dem Augenblicke noch eine wichtige Nachricht zu und zwar telegraphisch — nämlich, daß Oldenburg dem Interim beigetreten. Wir hatten vor einigen Tagen den Herrn von Bally nach Oldenburg geschickt, um dort das Mögliche zu versuchen; denn die Abdikation des Erzherzogs und Uebertragung an die Bundes-Comission ohne die Accession von Oldenburg erschien namentlich mir als das allerbedenklichste und gefährlichste, ganz abgesehen davon, daß Alles, was wir seit 7 Monaten unter sehr großen Anstrengungen durchgemacht hatten, jetzt so dicht am Succeß in den Dreck fiel. Wir haben daher, wie gesagt, versucht, was möglich war; die Marine gab den Vorwand zur Absendung; der Erzherzog Stephan [1]) bekam einen langen Brief des Reichsverwesers: wie Oldenburg glauben könne, die Marine von uns zu erhalten, so lange seine Accession fehle, und in diesem Sinne weiter. Verabredet war mit Bally eine Art Chiffre, und nun giebt er uns heute aus Bremen 2 Uhr eine Depesche, die Accession sei erfolgt; um 3 Uhr hatten wir die Depesche hier in Frankfurt. Mich macht das sehr froh, man kann nun mit Ehren abtreten, die noch fehlenden Gotha und Altenburg wollen nichts sagen, deren Accession wird schon erfolgen; Oldenburg aber war bedenklich. Kreß [2]) hätte dorthin längst mehr thun können, aber von der Ungeschicklichkeit der eigentlichen Diplomaten macht man sich schwerlich eine Idee, wenn man nicht mit ihnen zu thun hat, und K. ist noch einer von den rechten Diplomaten, etwa wie Rechberg hier. Mich bringt das durch Ideen-Verbindung auf etwas, weshalb ich Ihnen schon früher einmal schrieb, nämlich möglichst enge Verbindung zwischen den vier Höfen von München, Stuttgart, Dresden und Hannover. Gerade dem

[1]) Sohn einer Schwägerin des Großherzogs. — [2]) Auch in Oldenburg accreditirt.

Interim gegenüber, das sicher über den 1. Mai[1]) hinaus dauert, ist die engste Verständigung und die genaueste Befolgung einer und derselben Linie nothwendig. Aber das wollen wir noch besprechen, wenn ich nach dort komme. Damit aber bin ich wieder bei der eigentlichen Veranlassung dieses meines Schreibens angelangt.[2])

Eben schickt mir der Erzherzog Abschrift des (langen) Briefes des F. Schwarzenberg vom 7. d. M., worin er als Antwort auf unsere Note vom 2. auf sofortiger Abdikation besteht. Der Brief ist so unglaublich schwach und es ist ein so offenbares Streben darin, die Wahrheit nicht zu sagen, daß ich gegenüber der telegraphischen Depesche von der erfolgten Accession Oldenburgs, die des Briefes Sünden heilt, denselben nicht einmal Ihnen mittheilen mag, sondern bei mir begraben will.

Ihr

D.

Nr. 165. Hannover, 15. December.

Auf Ihren gestern erhaltenen Brief vom 12. habe ich sofort mit Bennigsen Rücksprache genommen. Er meint, der König werde Sie zwar sicher sehen wollen, aber auf der Uniform wegen der Kürze der Zeit nicht bestehen. — Ich kann aber nicht umhin, Ihnen ein Paar Notizen zu geben, die vielleicht irrig sind, die aber für Sie von Interesse seyn können. Nämlich 1. die telegraphische Depesche von Oldenburg scheint mir bedenklich. Die nächste Linie wäre über Bremen, Cuxhaven, Hamburg, Berlin. Das geht nicht in 1 Stunde. Ferner, wir wissen hier zwar wohl, daß in Oldenburg ein neues Ministerium (duce Buttel, womöglich noch miserabler als vorher), aber von der Accession nichts. Daß eine pia fraus obwalte, kann ich doch nicht denken. — Ferner hat man wegen der Weigerung des Erzherzogs, zu abdiciren, Ihnen in Wien gute Dienste geleistet. Sie haben das allein bewirkt und lediglich auf Hannoversche Instigation, wegen der Flotte und Gott weiß. Daraus hat man dann eine Historie gemacht, die dem F. Schwarzenberg in den Kopf geschossen ist, und ihn zu allerlei sehr unzeitigen Reden gegen Graf Platen veranlaßt hat. Ich denke nun, irgend ein Diplomat hat das Urtheil, das Sie über diese sly crafty animals, wie Stein sie nennt, fällen, im voraus rechtfertigen wollen. Vielleicht hat es für Sie ein Interesse, in dieser Hinsicht Maßregeln zu ergreifen.

Wir haben heute in 2. Cammer sehr von Langerweile und von Anhören der niedrigsten Gemeinheit so hämischer Kerle wie Weinhagen, Bueren, Oppermann gelitten, gegen die Gerding und Detering noch honett sind.

[1]) Stipulirter Ablaufstermin des Interim.

[2]) Es folgen einige Bemerkungen über die beabsichtigte Reise. S. den folgenden Brief.

Freilich richtet das Pack sich damit immer mehr selbst zu Grunde, aber es ist doch ekelhaft, dergleichen anhören und ansehen zu müssen. Dagegen ists denn aber auch wieder lustig zu sehen, wie das Volk sich windet und krümmt, um von seinen eigenen Heldenthaten vom vorigen Jahre los zu kommen, z. B. gestern von der Verweigerung, dem Könige die Bestätigung der Präsidenten der Cammern zuzugestehen. Da ist denn das Mittel — daß sie auch ferner lieber 3 als einen wählen wollen! Risum teneatis! Wahrlich, wir haben in den 5 Wochen seit dem 8. November hinreichend Fortschritte gemacht. Wahrscheinlich vertagen wir über 8 Tage etwa bis zum 1. Februar und werden dann, wills Gott, ganz à notre aise seyn — nach dieser Seite hin. Es könnte aber seyn, daß dann großartige Politik aus vormärzlicher Zeit wieder aufkäme; wenigstens wundern sollte mich das gar nicht, und am 22. März sind ja die 2 Jahre, auf die ich gerechnet, vorbei.

Wäre nur in Sachsen auch so viel Festigkeit, von Würtemberg gar nicht zu reden. Einstweilen sehe ich aber gar nicht, wie von einer gemeinschaftlichen Politik die Rede seyn könnte. Die Basis fehlt.

Doch genug des Geredes. Leben Sie wohl. Ich freue mich sehr darauf, Sie im Feste mit Ruhe zu sprechen.[1])

Ihr

JCBS.

Nr. 166. Hannover, 26. December.

Bennigsen sagt mir eben, der König habe Münchhausen zu ihm geschickt, um zu veranlassen, daß Sie wegen der Erlaubniß zur Tragung des Ordens[2]) einkämen. Er wolle Sie dann zugleich mit mir sehen.

Wahrscheinlich wird der König etwas Neckerei treiben. Er spricht gern darüber, daß Sie vor ihm weggelaufen seyen (in Hornemanns Laden) und sagt, die Correspondenz zwischen Ihnen und mir seien Liebesbriefe, die bekomme Niemand zu sehen.

Der alte . . . . . . Hansemann hat einen ganz interessanten Anwurf hieher gemacht, um zu wissen, ob wir geneigt seyen pp., wenn eine vernünftigere Politik in Preußen aufkomme als die von Radowitz. Das unter uns.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Detmold brachte die Weihnachtszeit und einen Theil des Januar in Hannover zu und kehrte dann, zum Legationsrath ernannt, in der Eigenschaft als Bevollmächtigter bei der in Gemäßheit des Interim eingesetzten Bundes-Central-Kommission nach Frankfurt zurück.

[2]) Kommandeurkreuz des oesterreichischen Leopoldordens.

Nr. 167. Hannover, 11. Januar 1850.

Ich beeile mich, Ihnen zu melden, lieber Freund, daß der Windthorstsche Antrag, dessen Durchgehen in 2. C. mit 42/34 Stimmen Ihnen bekannt seyn wird (wobei das Bedeutendste, daß der Gothaner Antrag zurückgenommen wurde, weil Proponent außer seiner Stimme höchstens noch 3 andere zu hoffen wagen konnte), heute auch in 1. C. durchgegangen ist. Die Professoren hatten sich auch hier zum Mittelpunkt einer Gothaner Agitation gemacht. Daran hatte sich der Geck Hostmann, ferner die Ostfriesen, Pastor Sander pp. geschlossen. Endlich coalisirte sich die Linke der 1. Cammer mit dieser Parthei, weil sie für sich gar nichts hoffte und doch gern der Regierung Verlegenheit bereiten und das Wasser trüben wollte. Professor Herrmann stellte zu diesem Ende einen nach Gotha herüber schielenden Antrag. Ich sage herüber schielenden, weil man eigentlich nicht klar darin sehen konnte. Da haben sie denn heute bis 6 Uhr gesessen, endlich Herrmanns Antrag gegen 26 Stimmen abgelehnt, ich glaube mit Majorität von 4 Stimmen, und dann den Windthorstschen mit 37/21 angenommen.[1])

Damit ist nun diese Sache abgethan. Merkwürdig ist, daß Graf Münster für den Herrmannschen Antrag gestimmt hat, auch Schatzrath Bothmer. Es scheint, daß die aristocratische Färbung der neuen Preuß. Verfassungs-Proposition[2]) diese Leute verführt, so wie sie dem Grafen Knyphausen in die Augen gestochen.

Uebrigens welch einen Zustand der Regierung ergeben diese Propositionen. Am 5/12. 48 Octroyirung der Verfassung mit Wahlgesetz auf breitester Basis. 30/5. 49 Wahlgesetz mit 3 Classen. Vom August an 5 Monate Verhandlung mit den Cammern ohne eine Proposition der Regierung. Nun auf einmal als Blitz aus heiterm Himmel diese neugebackene Aristocratie in einer Ständeversammlung ohne Steuerbewilligung. Quae! qualia! quanta! Da fasse einer Vertrauen!

Es thut mir wehe, aber ich sehe darin den Gang zum Verderben; nicht, weil ich das aristocratische Element scheute, sondern, weil ich eine Regierung nicht begreife, die so hin und her fährt. Was haben wir in Berlin nun seit dem 3. Februar 47 erlebt!

Ich muß schließen. Adieu

Ihr

JCBS.

[1]) Die Verhandlungen über das Regierungsschreiben die Deutsche Frage betreffend s. bei Oppermann, II. S. 250 ff., den Antrag von Windthorst, welcher das Verhalten der Regierung billigte, S. 253, denjenigen des Professor Herrmann, welcher als Vertreter der Universität nachträglich in Erste Kammer eingetreten war, S. 259.

[2]) Botschaft vom 7. Januar, anderweite Abänderungen der Verfassung vom 5. December 1848, insbesondere die Zusammensetzung der Ersten Kammer betreffend.

Nr. 168. Frankfurt, 12. Januar.

Ich bin nach einer abscheulichen, Körper und Geist zerrüttenden Reise (über Köln, Koblenz, Ems, Wiesbaden, über die Berge und durch haushohen Schnee), hier gestern angekommen. Wie ich die Sachen gefunden, darüber wollen Sie, theuerster Fr., meinen heutigen Bericht an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einsehen. Man wird dort an der Formlosigkeit Anstoß nehmen, ich meine aber, es ist besser, ich berichte etwas formlos, als daß ich die Sachen nur um 12 Stunden später schicke. Obendrein macht mir der Mangel eines Canzlisten die Erfüllung aller Formen in dieser Beziehung fast unmöglich; der bisherige Schreiber kommt und fragt, ob was zu thun; ist dann der Bericht fertig, nimmt er ihn mit und bringt ihn am Abend mundirt zurück; ich kann dabei natürlich nicht wissen, wer Alles ihn zu lesen bekommt. Daran knüpfe ich die Bitte, mir, wenn's irgend angeht, einen Canzlisten schicken zu wollen. Entschuldigen Sie, th. Fr., daß ich Ihnen mit dieser Bitte komme. Ich werde, wenn's irgend angeht, täglich schreiben, allein mit der Form dürfen Sie's dort, wie gesagt, nicht allzugenau nehmen; ich will dafür in ruhigen Zeiten in bester Form berichten. Jetzt aber halte ich's für wichtig, daß Sie dort genau informirt werden. Die Dinge erscheinen mir sehr ernst, d. h. weil Oesterreich noch immer ruhig liegt, wie die Boa, die sich vollgefressen, und Preußen gewähren läßt. Die Kleineren müssen sich rühren, wenn sie nicht gefressen werden wollen. Noch Eins: lassen Sie mir doch Abschrift der Bayerischen Vorschläge zugehn. Und endlich: Sachsen hat, da Witte fortgeht und der bei der B.-Comission angestellte Villers nicht mehr berichten darf, Niemanden, der ihm von hier Kunde giebt. Wie ich höre, sucht Villers mich, um mich darum zu ersuchen; mir gebrichts dazu an Zeit, ich proponire aber, daß Sie der Sächsischen Regierung Abschrift meiner Berichte, vollständig oder soweit Ihnen das beliebt, zugehen lassen.[1])

Sollte nicht möglich sein, daß der König von Pr., wenn einmal die Pr. Verfassung fertig, in der Deutschen Frage einen andern Weg einschlägt? Er ist dann die Kammern los, — wenigstens würde das ein geeigneter Moment sein, von Wien pp. auf ihn einzuwirken.

Ihr

D.

---

[1]) Detmold berichtet in dem Briefe noch über seine Verlobung mit Fräulein von Guaita, der jüngsten Tochter des Schöffen von Guaita, wozu er Tags zuvor das Jawort der Eltern erhalten.

Nr. 169. Frankfurt, 15. Januar.

Besten Dank, verehrtester Freund, für Ihren Brief vom 12. [rect. 11.]. Wenn auch der Ausgang zu erwarten war, so erfreut doch die Gewißheit, daß es so gekommen und giebt Muth zu weiterem. Hier hatten die Gothaer einen solchen Staub und Spektakel erregt, daß mir Niemand glauben wollte, als ich bei meiner Ankunft die Annahme des Windthorstschen Antrages vorhersagte.

Zweck meines heutigen Schreibens sind zunächst Personalien; Sie müssen verzeihen, daß ich Sie, den Vielgeplagten, damit behellige. Allein Sie sind ja eben Einer von denen, denen nichts Großes zu groß, nichts Kleines zu klein ist, und da können Sie denn höchstens Nein sagen, aber nicht sich beschweren, daß man Ihnen damit kommt. [1])

Meinem gestrigen Berichte (Nr. 2) habe ich wenig hinzuzufügen. Oesterreich und Preußen sind — die Ueberzeugung wird mir immer klarer — noch in keinem einzigen Punkte einig. Das ist ein Fehler von Oesterreich, denn die Einigung, die erfolgen muß, wenn Deutschland nicht zu Grunde gehen soll, wird mit jedem Tage, daß sie hinausgeschoben wird, schwieriger. Ein Moment kommt noch, wo sie leicht ist, das ist der, wenn der König von Pr. nach Vollendung der Verfassung die Kammern los wird. Fällt in Folge der Botschaft vom 7/1. das Ministerium, so ist auch dann die Sache leicht, ja vielleicht damit eo ipso halb vollendet.

Ihr

D.

Nr. 170. Hannover, 17. [?] Januar.

Ihr Brief [2]), lieber Freund, ließ von unseren Deutschen Angelegenheiten eben kein glänzendes Bild fassen. Ich glaubte in jenem Augenblicke einige Hoffnung hegen zu können; aber ich sehe jetzt nur zu sehr, daß alles ganz verworren und nichtig ist. Bei Ihnen erklärt man sich für incompetent. In Wien sagt man: Preußen treibe, dem Interim auch die Verfassungsfrage zuzuweisen und daß Östreich sich ausspreche. Östreich will das nicht, um nicht die Gelegenheit zu geben, depopularisirt zu werden. Und das mit gutem Grunde. Denn nach dem, was ich von der Schwarzenbergschen Erklärung auf die von der Pfordtenschen Propositionen gehört, will man am Östreichischen Einheitsstaat mit solcher Festigkeit halten, daß selbst die Lombardei in das Deutsche Bundesverhältniß aufgenommen werden soll. Was man dann von Bundesregierung und Staatenhaus redet, verstehe ich

---

[1]) Es folgt hier u. a. eine warme Empfehlung Wittes zu einer passenden Verwendung im auswärtigen Dienst. — [2]) Es ist wohl der Bericht (vom 12.) gemeint.

nicht. Man treibt nun die 4 [1]), Vorschläge zu machen und glaubt, diese durch Furcht vor der Preuß. Suprematie genugsam eingeschüchtert, um ihnen kategorisch vorschreiben zu können: Entweder ganz Östreich oder Unterwerfung unter Preußen. Dabei glaube ich nun, das letztere für das bessere Theil halten zu müssen, weil aus dem Ganzen Östreich niemals Heil erwachsen kann. Mit diesen Ansichten kann man sich ein bloß ablehnendes, unthätiges Verhalten in Frankfurt sehr wohl vereinigt denken.

Und nun wieder dieser Preuß. Wirrwarr. Ueber eine solche Inconsequenz sollte man doch wirklich des T...... werden. Die Gedanken haben ja manches für sich (vorausgesetzt, daß man den Fond zu einer Pairie hat, den Fond, der nicht bloß im großen Grundbesitze steckt, sondern auch in einer geistigen Geltung, die eine Gottesgabe ist, welche ein Land seiner Geschichte verdanken kann); aber wer hat je gesehen, daß man solche Gedanken so hinterher ex abrupto in die Verhandlung geworfen hat? Wer hat je Minister eines constitutionellen Staats gesehen, die sich solche bis dahin von ihnen auch nicht einmal angedeutete Gedanken als Exercitium aufgeben lassen? — Und dazu erklärt Hr. v. Manteuffel selbst: Wenn der Reichstag in Erfurt en bloc annehme, so werde er aufgelöset! — Was soll er denn, wenn er nicht annehmen darf, was man ihm vorlegt? Oder will man ihm etwas anderes vorlegen? und was? Weiß man das? — Was für ein Unsinn gehört aber dazu, in einem solchen Augenblicke, wie die Schwaben, oder Ihre Frankfurter, für den Beitritt zum Bündniß zu agitiren! Also zu agitiren für ein Phantom, ein Nichts. Freilich, die politische Einsicht in Deutschland macht das möglich, eben wie sie auch in Oldenburg (nach des bescheidenen, vorsichtigen Lichtenbergs [2]) Aeußerungen) sich in der gänzlichen Unfähigkeit der neugebackenen Staatsmänner, die Verhältnisse aufzufassen, zu manifestiren scheint. Das ist die Weisheit unserer Bureaukraten. — In der That hängt jetzt alles davon ab, wie die Dinge sich in Berlin wenden, und das vermag keine menschliche Weisheit vorher zu bestimmen; das ist es denn auch, was Östreich das Uebergewicht giebt, daß hier wenigstens Consequenz ist, von der man in Berlin jede Spur vermißt. Am Montag war der alte Piepmeier Smidt wieder hier auf der Durchreise nach Berlin — völlig „unwissend, was werden wolle", und voller Angst und Pein. In Hamburg wird man sich heute, bei gänzlicher Apathie der Menschen, wohl von dem Verfassungskram losmachen; schwerlich aber darum fester stehen.

---

1) Die vier Könige.

2) Ministerialreferent.

d. 18.

Heute ist nun bei uns auch die Schiedsgerichtssache erledigt [1]); im gleichen Sinne und ich glaube ganz gut. Ein Versuch, links und rechts zu einigen, mißlang an der Dummheit der Langschen Linken, die diesen sehr unangenehm genirt, so daß er heute mehr noch als sonst übers Gewissen weg sprach. Wir werden nun vertagen bis Ende Februar, um Zeit zu gewinnen. — Von Berlin haben wir Nachricht, daß man sich wohl auf den Camphausenschen Antrag [2]) einigen werde. Also morgen, morgen, nur nicht heute! Es ist ein unsäglich schwaches Regiment. Ihr Bericht giebt denn auch wenig Trost; ich komme aber auf mein Obiges zurück. In Berlin fühlt man sich fest (selbst die Weserzeitung findet, für die kleinen Staaten sey Nichtwählen das einzige Rettungsmittel); und in Wien will man die 4 Könige gebrauchen, um unitarische Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das geht ewig nicht. Die HH., die das angefangen haben, müssen es selbst zu Ende bringen.

Damit mags der Politik genug seyn, für einen Moment, der der Entscheidung wartet, zu welcher wir aber wenig thun können; nur die Notiz noch, daß Hr. Fr. Rohmer mir eine alberne Broschüre geschickt hat, in der er seine politische Brühe — nach welcher Baiern im Grunde die Sache am kleinen Finger leiten könnte — ausgießt. [3]) Diese Süddeutschen denken sichs gar nicht, daß nördlich vom Thüringer Walde Baiern nicht viel mehr gilt als Monomotapa.

Und nun meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Verlobung. Ich habe Sie nicht fragen wollen, weil ich mir dachte, Sie würden selbst davon reden, wenn es Zeit wäre; möge Ihnen das volle Glück eines reinen häuslichen Lebens zu Theil werden und die Zeiten sich so gestalten, daß sie Ihnen den vollen Genuß nicht verkümmern. Damit will ich nicht sagen, daß ich unbedingt Ruhe wünsche; denn ich denke mir auch, daß der Kampf für den häuslichen Heerd ein Glück ist; aber man muß dem Kampfe nicht erliegen. — Erlaubniß haben Sie nicht nöthig, wollen Sie aber privatim S. M. Anzeige machen, so wird er das sehr wohl nehmen. Er hat

---

1) Vgl. Ministerialschreiben vom 15. Dezember 1849, Stänb. Aktenstücke S. 601. Zweite Kammer nahm Anstand, dem Vertrage wegen des provisorisch eingerichteten Bundesschiedsgerichts beizutreten und wies auf die Errichtung eines allgemeinen Deutschen Schiedsgerichts hin. Die Sache blieb unerledigt, da Erste Kammer dem Beschluß nicht beitrat und Konferenzen nicht Statt fanden.

2) Es handelte sich um eine Verstärkung des Steuerbewilligungsrechts, wogegen man die Pairie zugestehen wollte.

3) Bayern und die Reaktion. Für deutsche Freiheit und bayerische Ehre. Ueber Rohmer vgl. Bluntschli, Staatswörterbuch, VIII. S. 643.

mich schon gefragt, wie Sie eben angekommen waren, und war ungehalten, daß ich nichts wußte. Persönlichkeiten sind die starke Seite der großen Herren; genaue Orientirung darüber wird also sehr am Orte seyn.

Doch ich muß schließen, leben Sie wohl und vergessen Sie mich nicht.

Ihr

JCBS.

Nr. 171. Hannover, 29. Januar.

Während die monde theils Jenny Lind singen hört, theils Wangenheims Hochzeit feiert, will ich, lieber Freund, Ihnen meine bösen Träume mittheilen. Die gehen nun nicht die neueste Preuß. Jämmerlichkeit an — Pairs ohne Majorat, Höchstbesteuerte 1. C. ohne Steuersystem [1]), ferner Unwillen Ah. Orts auf Arnim, Manteuffel pp., daß sie das Resultat herbeigeführt, im Glauben, es sey S. M. genehm u. s. w., das mögen die Leute dort selbst fertig machen. Sondern wegen Östreichs. Ich habe sichere Zeichen, daß man die Münchner Pourparlers lediglich eingeleitet hat, um die 4 Könige zu der undankbaren Arbeit zu verführen, die Abschließung eines neuen Bundes mit allen Östr. Provinzen, nichts ausgenommen, auf möglichst schlechten Basen zu bevorworten. Haben sie sich damit erst hinlänglich blamirt, so sind sie zu weiterem reif. Würtemberg ist nun blind auf diese Thorheit eingegangen. Wir werden es nicht thun. Man meint, wie es scheint, in Wien, wir seyen in solcher Angst, Preußisch zu werden, daß wir zu allem bereit seyen. Ich für meine Person aber bin ganz entschieden darin, viel lieber einer, wenn auch nachtheiligen, Verbindung mit Preußen (das weiß Gott keine Freude bietet) zu folgen — weil dann doch dabei eine vernünftige Verfolgung gemeinsamer Landesinteressen möglich ist, — als eine fratzenhafte Verbindung mit ganz Östreich zu genehmigen (ut turpiter atrum etc.), bei welcher man eine Halbheit von repräsentativen Formen heranzieht, um damit eine gänzliche Nullität des materiellen Gehalts zu bemänteln, wo man dem Deutschen Volk eine Täuschung machen will, lediglich um für seine fabelhafte Östreichische Einheit Stütze zu gewinnen und doch zugleich Preußen nicht stärker werden zu lassen. Diese letzte Negative scheint mir der einzige wahre Zielpunkt in diesem traurigen Getriebe zu seyn.

Ich hatte es als möglich gedacht, eine Verbindung mit Ö. einzugehen, die sich lediglich auf Vertheidigung vorerst bezöge, aber eben durch ihre Kraft die Möglichkeit gäbe, die innern Interessen durch besondere Verträge

---

[1]) Vgl. Stüves Artikel in der Hannoverschen Zeitung vom 28. Januar: Pairs und Höchstbesteuerte in Preußen.

mit Preußen in Sicherheit zu fördern. Ich glaube, wir werden wohlthun, diese Hoffnung baldigst aufzugeben. Da jeder Schritt, der nicht zum Ziele führt, immer weiter von demselben abführen muß, so gerathen wir unfehlbar in unauflösliche Verwickelungen, wenn wir den falschen Weg länger verfolgen; und wenn das Land sich einmal an Preußen anschließen muß, so ist schon zu viel nach jener Seite zugegeben.

Sie werden aber, fürchte ich, nicht wissen, wie ich zu diesem Eifer komme; lassen Sie mich also sagen, daß Östreich 1) die Aufnahme aller Provinzen, auch der Lombardei, als conditio sine qua non ansieht, daß es 2) das sg. Volkshaus nur zu 240 Deputirten anerkennen will, also 80 für Östreich, Preußen und Deutschland, wobei natürlich das Gewicht der Kleinen ungemein steigt, daß es 3) ein Staatenhaus gar nicht, oder nur ein solches will, das auf Instruction stimmt, sowie 4) die Competenz als eine „offene Frage" behandelt wird. Natürlich; denn mit Siebenbürgen und Mailand ist nichts möglich als eine Allianz, die unter jenen lästigen Formen zu gar nichts führt. — Nun hat, entre nous, Schwarzenberg hieher geschrieben, Baiern handle ganz mit ihm einverstanden und auf seinen Auftrag, während v. d. Pfordten doch sagt, die Lombardei nicht zu wollen und sich über Würtemberg beklagt, daß es das Spiel verderbe — — —. Ich kann aus alle dem nichts finden, als das Streben Östreichs, die 4 Könige von ihrer Stärke, dem Halten am Bunde von 1815, weg zu drängen. Haben sie sich einmal mit ihm darauf eingelassen, so sind sie ein Spielwerk und weiter nichts.

Nun schickt uns Braunschweig auch den mit Preußen auf 15 Jahre abgeschlossenen Militärvertrag „unbeschadet der Bundes-Kriegsverfassung, soweit diese noch gilt", basirt auf die unklugen 2 % der National-Versammlung u. s. w., kurz die gänzliche Auflösung des 10. Armeecorps. Sie werden das erhalten.

Was aber thun? Ich glaube, man muß Östreich zeigen, daß man nicht so abhängig ist, muß Anerkennung der Bundesverfassung von 1815 ohne Winkelzüge fordern. Aber da wird uns hier die Östreichische Clique viel Noth machen; und ich bin der Meinung, daß wir viel lieber abgehen, als uns in eine verkehrte Politik in dieser Hinsicht einlassen dürfen. Es könnte nützen, wenn Sie von dort in dieser Beziehung Vorsicht zu empfehlen geeignet hielten. Ebenso könnte es nicht schaden, wenn Sie den HH. Östreichern zu verstehen gäben, daß unsere natürlichen Interessen uns viel eher zu Preußen als zu ihnen führen, und daß die Hinneigung zu ihnen nur die Folge der unglücklichen Complicationen revolutionärer Eroberungsgelüste in Berlin ist. — Weiß Gott, es sollte mich freuen, wenn ich mein

Märzministerium an dieser Frage aufzugeben hätte, man wäre dann mit Ehren davon.

Sonst ist hier alles recht wohl, troz scheußlichen Wetters.

Ihr
JCBS.

Nr. 172. Hannover, 31. Januar.

Heute, lieber Freund, kommen uns die effectiven Erklärungen zu, auf deren vorläufige Notiz hin ich Ihnen vorgestern schrieb, und ich muß gestehen, sie übertreffen alle Erwartungen. Das System, das man aufstellt — die Totalität Östreichs mit allen Provinzen, eine Bundesregierung von 7 Gruppen, ein soi disant Volkshaus von 240, d. h. 80 für Deutschland, wovon 20 auf c. 1 Million fallen, kein Staatenhaus, d. h. gänzliche Nullität des Volkshauses, da die Bundesregierung auf Instruction handeln soll und man sicher ein solches Einkammersystem gar nicht denken würde ohne den Hintergedanken, daß es zur Nullität werden solle, — kein Bundesgericht, — die Gegenstände des Bundeswesens im Nebel, — Freiheit für die Gruppen, sich auf nützliche Einrichtungen zu einigen, — das sind die Sachen ohngefähr, will weiter nichts sagen, als, man meint damit dem dummen Deutschen Volke etwas auf die Nase zu binden. Diese Propositionen sollen nun die 4 Höfe nach Wien, Berlin und Frankfurt zugleich schicken, d. h. sie sollen sich erst solenn von dem alten berechtigten Bunde lossagen. Dann kann man hinterher mit ihnen und anderen spielen, wie die Katze mit der Maus — das ganze macht mir den Eindruck, als ob man in Wien die in diesem Augenblicke so tief darnieder liegende Erfurter Agitation à tout prix heben wollte. — Das muß ich gestehen, einen stringenteren Beweis für die Richtigkeit des Gagern-Berliner Satzes, daß mit Ostreich eine Deutsche Verfassung unmöglich sey, habe ich noch nicht gesehen; ich bin selbst davon überwunden. — Und in Dresden ist man so thöricht und so schwach, darauf eingehen zu wollen; man glaubt eben, das gegenwärtige Niederliegen der Preußisch-Radowitzschen Politik mache die Annahme von Maßregeln rathsam, die gar zu nichts führen können, als diese Politik wieder zu heben. Die schwachen Staaten bedürfen nach meinem alten Macchiavell vor allem rascher und fester Entschlüsse, und die fehlen ihnen in der Regel. So scheints auch hier zu gehen. Wir werden uns inzwischen in diese Politik, so schlimm die Lage auch ist, nicht fügen und uns nicht so liederlich zu Grunde richten, indem wir weder Deutschland noch unserem Lande einen Dienst leisten. Prävaliren dann die Einbläsereien von Weibern u. s. w., so werden wir sehr gern weichen; obgleich dies ja auch für das Land kein Vortheil seyn wird.

Ich glaube, daß Sie von dort durch geeignete Mittheilungen noch am besten wirken können, um die HH., wenn es anders möglich ist, über Deutsche Zustände aufzuklären. Dummer und muthwilliger, wie in diesem Augenblick, kann man sein Spiel gar nicht verderben. Die ganze soi disant constitutionelle Presse ist außer sich über die Berliner Dummheiten; die Wahlen zum Erfurter Tage fallen so ungeschickt da hinein. Nun meinen sie in Berlin mit Beschwörungsfarce und Rederei den Unsinn zum Sinn zu machen — neue erbliche Pairie bei unbedingter Theilbarkeit, der hohlste Liberalismus der Constituante von 1789 mit Englischem Conservatismus zusammengeleimt, also, daß diese Erblichkeit höchstens ein Menschenalter dauern könnte. Alles liegt da über und durch einander. Es bedarf wahrlich einer so unerhörten Verkehrtheit wie diese, um so enorme Fehler zu heilen. Das sind die Folgen jenes Phantoms von Staatseinheit, das man nie ins Leben rufen wird, gegen das der Widerstand in wenig Jahren so stark seyn wird, daß man es aufgeben muß. Darum kann und darf man jetzt in Deutschland nichts Definitives machen wollen; man muß warten, muß vor allem sich nicht muthwillig depopularisiren.

Doch genug, damit der Brief zur Post geht.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 173. Frankfurt, 4. Februar.

Ihre Briefe vom 29. und 31. Jan., theuerster Fr., habe ich erhalten; ich brauche Ihnen wohl nicht zu schildern, welchen Eindruck sie auf mich gemacht haben. Sind die Wiener Vorschläge wirklich so, wie Sie solche angeben, so ist die Situation eine verzweifelte. Die Gefahr ist auch nach meiner Ansicht die durch dieselben erfolgende Belebung des Erfurter Phantoms. — Ihren Wünschen entgegenzukommen, habe ich nun in der Eil einen Bericht zusammengestellt, den ich diesmal nicht dem Grafen Bennigsen, sondern Ihnen zugehen lasse. Ich weiß, daß es mir nicht zukommt, in solcher Weise Vorschläge zu machen, Rath zu geben; ich wußte aber eben Ihrem Wunsche gegenüber, daß ich in jenem Sinne berichten möge, keine andere Form zu finden. Sehen Sie sich das Ding an, erscheint es Ihnen unangemessen, so stecken Sie's in den Ofen; glauben Sie, daß Sich's verantworten ließe, so entschuldigen Sie gefälligst beim Grafen Bennigsen, daß ich diesen Bericht nicht an ihn adressirt habe. Kübeck, mit dem ich über die Sache sprach, wußte natürlich von Nichts — wie überhaupt die Unkenntniß dieser Herren in allen und jeden Dingen eine unglaubliche ist. Wie dumm sind diese Oesterreicher z. B. in die Auflösung der Comission

für Ausgleichung der Kriegskosten hineingetappt! Und so in allen Fällen. Wegen der Preußischer Seits projektirten Wegbringung der großen Schiffe aus der Nord- in die Ostsee hab ich mit Kübeck gesprochen, er versprach mir, auf die Sache zu achten, der Oesterreichische Marine-Beamte weiß natürlich von Nichts. — Ich schreibe heute in großer Eile und sehe ferneren Nachrichten von Ihnen mit schmerzlicher Ungeduld entgegen.

Ihr

D.

Nr. 174. Hannover, 8. Februar.

Ihre Zeilen vom 4. nebst Beilage, lieber Freund, erhielt ich gestern, im Begriff, ins Palais zu gehen. Ich schickte beides sofort an Bennigsen, der es dem Kronprinzen mitgetheilt hat, mit bester Wirkung. Ich selbst hatte Gelegenheit, zu bemerken, mit welcher Leidenschaftlichkeit man gegen Preußen eingenommen ist und wie wenig für den Augenblick nöthig seyn möchte, um alles in die entgegengesetzte verkehrte Bahn zu treiben. Schon vor Tafel gabs einige heftige Aeußerungen. Nach Tafel hatte ich Vortrag; da kam die Sache wieder aufs Tapet, und wurde mir die Nothwendigkeit eines festen Princips, und daß man nur zwischen Beiden zu wählen habe, Berlin aber nicht wählen könne, demonstrirt. Ich stellte dagegen mein Princip, daß die Verträge von 1815 unsere einzige Sicherheit seyen und wir uns nie zu Schritten verleiten lassen dürften, die uns dieses Schutzes beraubten. Darüber wurde die Erörterung sehr ruhig und der Abschied freundlich. — Nach den Wiener Nachrichten erklärt man nun geradezu, wenn man nicht in allem nachgeben wolle, so werde Östreich sich „bei dem Bunde gar nicht betheiligen“ — als ob Ö. nicht auch Verpflichtungen hätte. — Ich habe Bennigsen gesagt, die Sache sehe zwar völlig hoffnungslos aus; das sey aber nicht das erste Mal in unserem Geschäftsleben; und er hat mir Recht gegeben; also halten wir fest. Dazu will ich Ihnen einen Spruch des Bacon geben:

Omnis desperatio Deo pro contumelia est! —

Der König hat mir befohlen, Ihnen eine Historie zu schreiben, die ihn erschrecklich aufregt. In Ofen oder Pesth haben sie nämlich chiffrirte Correspondenzen Kossuths gefunden, haben diese entziffert und herausgebracht, daß Szalay, der 1848 in Frankfurt war, dort vielfach mit Radowitz verkehrt und von diesem politisch militärische Rathschläge für Kossuth erhalten und gemeldet hat. Schwarzenberg hat das an Bernstorff gesagt und der K. denn auch an Schwarzenberg geschrieben, er müsse darauf bestehen, daß R. nicht wieder nach Frankfurt komme. Ich kann mir sehr wohl denken, daß damals, wo man sich mit den Magyaren gegen Slavische Tendenzen coaliren

wollte, solche Transactionen stattgefunden haben. Auch vielleicht, daß man in Berlin der Sache nicht ganz fremd geblieben. Es ist interessant für uns, dergleichen zu wissen, aber nicht rathsam, viel Gerede darüber zu machen, damit nicht, wenn [man] auf eine oder andere Weise sich reinigt, es heißt: das seyen Hannoversche Lügen, für die wir dann keinen Beweis haben. Man könnte in Wien uns auch füglich gebrauchen wollen, um solche Indiscretionen nicht selbst zu verantworten.

Dabei fällt mir ein, daß Hr. v. d. Pfordten ausgespürt haben will, seine Proposition an Östreich sey durch Ihre Vermittlung Hrn. v. Blittersdorf zugekommen. Das ist zwar kein Unglück; ich hoffe aber, Sie haben mit einem so zweideutigen Subjecte keine Verbindungen, die Sie compromittiren könnten.

Ueber die Berliner Entwicklung sage ich kein Wort; alles ist darüber zu viel. Die Braunschweiger Militärconvention hat das dortige Officiercorps sehr verletzt. Man hat demselben daher vorgelogen: alle Rechte von Hannover seyen vorbehalten, was offenbar unwahr ist. Es wäre gut, wenn die Convention etwa in der D. P. A. Z. erschiene.[1]) Mecklenburg-Strelitz hat sich von einer ähnlichen Convention zurückgezogen. Ueber die Östreichischen Finanzvorschläge[2]) sind die Hamburger außer sich und möchten sich nun hinter Hannover stecken, während sie so eben an Preußen einen Antrag wegen Aufhebung aller Elbzölle richten (die freilich Östreich auch in Aussicht stellt). Meo voto sind diese Östreicher Zoll- und Finanzvorschläge gar nichts als „das Vorschweben eines großen pp. Deutschlands", wie die berühmte Note vom 4. 2. v. J. es nannte.

Das Schlimmste in all diesem Spiele ist, daß Sachsen, Baiern und Würtemberg ganz bereit scheinen — vielleicht schon um der Schutzzöllnerei willen — sich Östreich in die Arme zu werfen. Wir werden aber so lange wir können festhalten, und wenn wir unterdrückt werden sollen, wenigstens nicht die Hände dazu bieten. Die hiesigen Linksblätter haben sich mit Ministerwechsel getragen. Noch ist davon keine Spur; aber die Menschen werden unruhig, so daß selbst Braun heute früh in der Herzensangst zu mir kam, um zu fragen. — In den Commissionen nehmen die Arbeiten im Ganzen eine sehr erwünschte Wendung.

---

[1]) Sie ist abgedruckt Deutsche Chronik 1849, II. S. 389. Braunschweig schied damit aus dem 10. Armeekorps aus, dem es nach der Bundeskriegsverfassung vom 9. April 1821 angehörte. Nach letzterer durfte kein Bundesstaat, dessen Kontingent ein oder mehrere Armeekorps für sich allein bildete, Kontingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinigen.

[2]) Eine an die Bundes-Central-Kommission gebrachte Denkschrift des oesterreichischen Handelsministeriums (von Bruck) vom 30. December 1849, welche auf eine allseitige Reform des Zollwesens in Deutschland und Oesterreich im Sinne eines rationellen Schutzzollsystems und auf den Abschluß einer Zolleinigung zwischen Beiden abzielte.

Damit haben Sie, lieber Freund, so ziemlich alles, was es hier giebt, und ich füge nur noch die Lächerlichkeit hinzu, daß der Verwaltungsrath ein Schreiben an Wangenheim erlassen hat: Er möge Auskunft über die Negotiationen in München geben. — Sollte man nicht antworten: Der V.-R. möge Auskunft über die Negotiationen zwischen Berlin, Paris und London geben? — Was diese angeht, so hats damit in London gar nichts auf sich, obwohl allerdings die HH. Stockmar und Bunsen diese Treiberei aufs Tapet gebracht haben.

Somit leben Sie wohl. Der K. wollte von mir wissen, wann Ihre Hochzeit sey. Er lobt Ihren französischen Stil [1]) ungemein.

Ihr
JCBS.

Nr. 175. Frankfurt, 12. Februar.

Ich sage Ihnen theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 8. d. M., so wenig Erfreuliches derselbe auch enthält; er hat mich wenigstens dort über die Stellung orientiert und mich beruhigt über mancherlei auch hier umlaufende Gerüchte.

Oesterreich scheint das Experiment machen zu wollen, das Erfurter Feuerwerk nicht auslöschen sondern in sich auspuffen zu lassen. Zerplatzt die Seifenblase solchergestalt in sich selbst, so ist sein Spiel bedeutend leichter; bliebe doch irgend Etwas, worauf Preußen fußend seine Sache weiter treiben wollte, so bleibt O. noch immer das Mittel an das Schwert zu schlagen. Für die 4 Königreiche sehe ich kein Heil, als das unerschütterliche Verharren auf den Verträgen von 1815. Sollte ich sagen, wie ich die Sache für angreifbar hielte, so würde ich freilich schwer die Antwort finden, allein mich dann doch dahin erklären, daß ich es für nöthig hielte 1) die 3 Höfe von München, Dresden, Stuttgart zu beschicken, um sie auf dieselbe Linie zu nöthigen; es möchte dies leichter sein als es scheint, namentlich in München, wo man von O. ebensoviel fürchtet als hofft. 2) Dann wo möglich auf dieser Linie und Basis Abschluß eines formellen Bündnisses in dem Sinne, wie ich das in meinem neulichen Berichte erwähnte und zwar unter offenen Erklärungen den Ständen gegenüber. 3) Dann, um die Lösung in gewissem Sinne zu erleichtern, müßte auf das Wiener Cabinet gewirkt werden — das aber könnten nur Sie und darum müßten Sie das schwere Opfer bringen und nach Wien gehen. Die Sache eilt nach der Art wie die Erfurter Wahlen ausgefallen sind, gar nicht so sehr; man kann jetzt dieses Capitel des Rothen Adler-Ordens, das da in Erfurt ge-

[1]) Es war herkömmlich, daß die Gesandten ihre Immediatberichte an den König in französischer Sprache erstatteten.

halten wird, ruhig ansehen; ein solches (und weiter ist es nichts; dieses ist das einzige Band, das all die Gewählten umschließt) wird die Nation nicht sehr in Aufregung bringen. Mathy hat damals in Hamburg bei dem Gagern-Klapka-Diner ein Wort gesprochen, das sehr wahr und dabei so tief komisch ist, daß man wirklich blasirt sein muß gegen alle Phantasterei und Lächerlichkeit, wie man's in Deutschland ist, um nicht darüber zu lachen; das Wort war: den Reichstag haben wir jetzt, jetzt gilt es das Reich anzuschaffen. — Das wird nun diesem Erfurter Tage meine ich nicht gelingen.

Die Geschichte zwischen Radowitz und Szalay kann man kaum so wichtig nehmen, wenn man damals (Juni, Juli 48) hier den Enthusiasmus für die Magyaren sah, selbst bei Verständigen. Szalay kam damals in alle möglichen Gesellschaften, wo ihm schwer auszuweichen war. Damals mag R. (den übrigens mein alter Schwiegervater schon damals den „Geheimen Kossuth" nannte) den S. auch in dieser Weise getroffen haben; R. mag ihm vordocirt haben und S. hat das berichtet. Daß R. damals tiefere Pläne gegen O. gehegt, glaube ich nicht, zumal nach der Art und Weise, wie er noch im November und im December 48 sich auf das allerleidenschaftlichste in der Oberhauptsfrage gegen Gagern pp. stellte, — ebenso in der Oesterreichischen. Es war eine Gefälligkeit von ihm, daß er im Januar nicht gegen Gagerns Programm stimmte, sondern fortging. Erst im Februar und März erfolgte die Wendung, zunächst und hauptsächlich veranlaßt durch die (Arnimschen) Schmäh-Artikel der D. Zeitung.

Pfordtens Beschwerde darüber, daß Blittersdorf die Bairischen Propositionen durch mich erhalten, ist wieder so eine recht elende diplomatische Kinderei. Kübeck hatte die Propositionen zu erhalten gewünscht (von Wien war ihm Nichts davon zugegangen) und hatte sich, soviel ich weiß, dieserhalb an Xylander [1]) gewandt, Xylander aber hatte auch nichts und erfuhr von München durchaus nichts. Das war Xylandern, der überhaupt in Geschäften sehr widerwärtig und verdrießlich ist, schon sehr unangenehm. Auf einem Diner bei L. Cowley äußerte Kübeck den Wunsch gegen mich, daß ich die Propositionen Blittersdorf mittheilen möchte, damit der für seine Besprechung, der er in seinen Artikeln der Ober-Post-Amts-Zeitung eben jene Münchener Conferenzen unterzog, einen festen Anhaltspunkt haben möchte. Ich nahm gar keinen Anstand es zu thun; denn in Dingen dieser Art ist es thöricht, eine Diskretion zu üben, die keinen Nutzen hat. (Sehen Sie nur, wie schon vor 8 Tagen die Deutsche Zeitung die Oesterreichischen Vorschläge so genau kannte und kritisirte.) Eben war Xylander wiederholt noch von anderer Seite um Mittheilung der Propositionen angegangen, als dieselben in der

---

[1]) Oberst von Xylander, bayerischer Bevollmächtigter bei der Bundes-Central-Kommission.

O.P.A.Z. erschienen; er war soweit gegangen, zu mir zu kommen und mich darum zu ersuchen, als ich ihm sagte: Morgen werden dieselben in der O.P.A.Z. erscheinen. Das hat ihn nun ganz gewaltig verdrossen und in diesem Sinne hat er nach München geschrieben. An solchen kleinen Persönlichkeiten und Nörgeleien ist schon manches Gute gescheitert. Ich habe ihm nachher einmal die Einsicht und Mittheilung des Conferenz-Protokolls vom 17. Jan. angeboten, die er aber ablehnte, als wenn, weil es ihm nicht von München aus mitgetheilt worden, pflichtwidrig wäre, es zu kennen.

Wegen der O.P.A.Z. in betreff der Militär-Convention will ich sehen, was möglich ist und hoffe es durch Dörnberg [1]) machen zu können.

Vor einigen Tagen hatte ich von Kielmansegge aus London Briefe über die Genesis der Tripel-Allianz. K. wies auch auf Oesterreich und nur auf Oesterreich hin. Das ist längst meine Ansicht gewesen, aber die Idee darf nicht zu roh aufgefaßt werden. O. hat Hannover ebenso nöthig als Hannover Oesterreich — aber H. darf sich nicht von O. mißbrauchen und durch den Koth schleppen lassen. Dagegen bin ich jetzt mehr als je der Überzeugung, daß an eine materielle oder ideelle Theilung nie zu denken ist. O. würde auf Alles eher eingehen als darauf. Von der B.-Central-Comission hoffen Sie nur nie etwas. Die Menschen sind zu kläglich. Kübeck und Schönhals pp. wissen von allem Andern eher etwas als von Deutschen Dingen und lassen sich fort und fort von den Preußen betrügen. Ich sprach Rechberg darüber, der ganz unglücklich darüber war und sich (was er sonst nie thut) auf das bitterste darüber ausspricht. Preußen geht jetzt unter Anderm darauf aus, jede Verlängerung des Interims über den 1. Mai hinaus unmöglich zu machen. Doch genug des Geschwätzes; ich bitte Sie dringend, mich von der dortigen Situation auch ferner stets au courant zu halten. [2])

Ihr getreuester

D.

Nr. 176. Hannover, 21. Februar.

Ich habe Ihnen seit einigen Tagen schreiben wollen, lieber Freund, bin aber nicht dazu gekommen, weil wir einmal eine Crisis durchzumachen gehabt haben, die heute, wenigstens für diesmal, mit unserem Siege geendigt hat. Jene absurden Münchener Vorschläge, die man in Stuttgart und Dresden

---

[1]) Freiherr von Dörnberg, Vorstand der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung.

[2]) Der Brief enthält noch die Anzeige von Detmolds am 10. Februar erfolgter Verheirathung, welche er bittet, dem Könige anzeigen zu wollen, der ihm auf die Anzeige von seiner Verlobung sehr freundlich und gnädig geschrieben habe.

aus Angst vor dem Erfurter Tage angenommen, waren vom König so aufgefaßt, als ob es sich darum handle, ob man mit Preußen gegen Östreich oder umgekehrt stehen wolle. Höchst bezeichnend drängte Östreich wüthend auf die Annahme — ohne jedoch selbst sich damit einverstanden zu erklären; namentlich wollte man in Wien octroyiren, Pfordten erst das quasi Volkshaus darüber berathen lassen u. s. w. Nun hatten wir Knesebeck von München kommen lassen, um ihn hier zu instruiren, und dieser, gänzlich voll von seiner prouesse und von Pfordtens Weisheit, setzte Himmel und Erde in Bewegung, um seiner Ansicht Eingang zu verschaffen; die Platensche Clique mag auch geheizt haben. Da ists denn hin und her gegangen. Wir haben jene Vorschläge widerlegt und die Ehre solche zu machen, abgelehnt; das wollte der König nicht, allein nachdem alle Versuche, schiefe Dinge hineinzubringen, gescheitert waren, sind unsere Vorschläge mit einem völlig unverfänglichen Zusatze, nämlich, daß wir mit Östreich und den 3 in Frieden bleiben und pro posse Preußen zu Unterhandlungen auf Veranlassung jener Propositionen stimmen wollen, approbirt.[1]) Zugleich haben wir aber auch von dem Beschlusse des Verwaltungsraths,[2]) den Reichstag auf den 20. März zu berufen, Anlaß genommen, Preußen zu erklären, daß wir diesen geradezu gegen den Art. 4 des Bündnisses vom 26. Mai[3]) anlaufenden Beschluß so betrachten, als ob Preußen sich von diesem losgesagt und mit den übrigen einen besonderen Vertrag geschlossen hätte. Wir hielten uns demnach auch losgelassen und betrachteten die Verträge von 1815 als die Basis des Verhältnisses zu Preußen, würden auch unsere daher rührenden Verpflichtungen treu erfüllen.[4])

Mir scheint überhaupt dieser Gesichtspunkt gefaßt werden zu müssen: Nach den Bundesverträgen sind besondere Allianzen unter den Deutschen Staaten ganz unnöthig, ja vom Uebel; haben auch nicht existirt. Das Bündniß vom 26. Mai hat dies Verhältniß alterirt, weil bei dem Aufruhr und dem unsicheren Zustande Süddeutschlands und der Centralgewalt irgend ein auf alle Fälle sicherer Kern um so mehr gebildet werden mußte,

---

[1]) Die Vereinbarung wurde demnächst ohne Betheiligung Hannovers von Bayern, Sachsen und Württemberg zu München am 27. Februar abgeschlossen, und am 12. März den Cabinetten zu Berlin und Wien mitgetheilt. Deutsche Chronik 1850, I. S. 73, 95. Vgl. JCBStüve II, S. 420 f. — [2]) Vom 13. Februar.

[3]) Art. IV Absatz 3 lautet: Dieselben (die Verbündeten) behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung das Weitere festzusetzen.

[4]) Erlaß an den hannoverschen Gesandten in Berlin vom 21. Februar. Deutsche Chronik 1850 I, S. 60. Vgl. ferner hierüber, so wie über die Gründe der Nichtbetheiligung Hannovers an der münchener Uebereinkunft, die ausführlichen Darlegungen in dem Schreiben an die Stände über den Stand der deutschen Angelegenheit vom 3. April a. a. O. S. 128.

als damals der Krieg mit Frankreich an einem seidenen Faden hing (Juni-Aufstand). Diesen exceptionellen Zustand aber in ein System zu bringen, und Bündniß gegen Bündniß im Bunde zu stellen, ist durchaus ungehörig, für Hannover unnütz, da es vorerst stehen kann, und selbst gefährlich, da solche Bündnisse weiter führen können, und uns dann die Hülfe von Östreich fern bleibt. Hannoveraner haben wohl in Östreich gefochten, Östreicher aber in Hannover (außer dem 30jähr. Krieg) nie. Dies führt mich auf die Frage: ob wohl ein Angriff zu besorgen sey? Ich glaube dies durchaus nicht und traue den Gothanern viel Redensarten, aber wenig Thatkraft zu. Wäre ein Angriff abzuwehren, so würden wir, im Namen der Neutralität zwischen Östreich und Preußen die Stimmen sicher viel mehr für uns haben, als im Namen der Pf.schen Dummheit.

Uebrigens haben die Hansestädte bei dem Berufungsbeschlusse ausdrücklich ad protocollum erklärt, daß sie nur mitgingen, wenn Hannover es auch thue. Nun ist in einer späteren Sitzung von Vollpracht, Liebe und Lepel proponirt, uns in Erfurt[1]) zu verklagen, und beschlossen, dies zu thun, wenn von allen einzelnen Regierungen der Beschluß genehmigt und Vollmacht eingegangen seyn werde — ad calendas graecas. Duckwitz schreibt, sie würden sich bald ganz lossagen, und in der That ist die Sache sehr nahe am Auseinanderfallen. Ich fürchte nur, daß jene Münchener Sache, die von Baiern, Sachsen und Würtemberg abgeschlossen werden wird, um (thöricht) dem Reichstage zu begegnen, denselben noch hebt.

Daß die Aufnahme von Ungarn und der Lombardei eine Unmöglichkeit, davon habe ich mich in letzter Zeit ganz unwiderleglich überzeugt. Wie mir denn auch das Lesen des interessanten Bundestagsberichts über die Reihenfolge (zum Protokoll de 17/2. 17) die volle Ueberzeugung gegeben hat, daß nothwendig von Anfang an über die Vertretung des Bundes im Auslande und über dessen Einwirkung auf alle Händel zwischen den Ländern (Wegesachen pp.) positive Vorschläge gegeben werden müssen. Fakultäten wie die von 1815 werden stets wirkungslos bleiben wegen Östreich und Preußen.

Ihr Bericht über die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen hat uns heute sehr erfreut. Es ist eine sehr interessante Darstellung, über die der König glücklich war. Man hat hier ausgemacht, daß Sie allerdings den jargon d'aujourdhui nicht schreiben, sondern ein classisches Französisch, mit dem man sehr zufrieden ist.

Und nun lassen Sie mich denn auch meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Verheirathung wiederhohlen. Möge Gott Ihnen und Ihrer Frau

[1]) Bei dem Bundesschiedsgericht.

so viel Gutes — zu dem freilich auch das Bittere gehört — geben, als ich Ihnen gönne. Es ist um unser Leben ein gar vergängliches und vorübergehendes Ding; man macht große Anstalten dazu und ist nicht fertig damit, wenn man mit dem Leben selbst fertig ist. So fürchte ich wird es mir gehen. Um so mehr freue ich mich aber auch, wenn ich einen meiner Freunde aus dieser irrigen Bahn, in die mich verschuldetes und vielleicht auch unverschuldetes Schicksal und ein eigenthümlicher Lebensgang gebracht haben, heraus gerettet sehe. Vielleicht erinnern Sie sich der Sorge, die ich früher immer in dieser Beziehung gegen Sie ausgesprochen habe.

Eben lese ich in der Zeitung die Oldenburgische Eröffnungsrede. Die scheinen sich dem hansestädtischen Vorbehalt auch angeschlossen zu haben. Denken Sie, Neubourg hatte in der Hann. Ztg. die Oldenburgischen Regierungsleute in der früheren St. V. namentlich Herrn Mosle etwas gestriegelt. Da sind die Oldenburger sehr satisfait, daß man ihrer doch gedenkt; namentlich der Großherzog hat sich sehr darüber gefreut. Sollte einen solche Naivetät nicht rühren?

Unsere Commissionen arbeiten rüstig; ich bin mit meinen Verwaltungssachen bis jetzt gut gefahren, zweifle auch nicht daran, daß ich meine Prinzipien durchführe. Freilich sind die manchem nicht recht, und der Staatsdienerklüngel fühlt sich unwohl. Aber das sollen sie merken, wenn man Minister hat, die regieren sollen, und selbst in die Ständeversammlungen gehen, so kann man nicht in allem marken und dingen. Aber wie wenig Nachdenken und Klarheit über die Verhältnisse auch bei unseren besten Leuten ist, z. B. Lindemann, das denken Sie sich nicht.

Nie ist mir so klar geworden, welch ein Verbrechen an der Deutschen Nation die begangen haben, die am 26. Juni 1848 den Bundestag vernichteten, als in diesen Tagen. Hätte man ihn gelassen, wie leicht würden sich die Dinge fügen, welch eine unzerreißbare Kette würde er jetzt bilden, wie leicht könnte man noch jetzt Verbesserungen durchführen. Aber die Sucht populär zu sein, in welcher diese politischen Comödianten Revolution spielten und sich von den wirklichen Revolutionärs schrecken ließen, hat Deutschland verdorben. Man sollte das recht laut und unermüdet wiederholen, damit es ihnen in die Ohren gellte. Vielleicht begriffe dann Deutschland die Lehre, daß man nie eine politische Form und wäre sie die schlechteste, zerstören darf, ehe man nicht den Ersatz vollgültig und kräftig ins Leben gerufen. Doch leben Sie wohl. Ich will diesen Brief mit der Mittagspost abgehen lassen. Schreiben Sie mir doch, wieviel Unterschied im Empfang der Briefe ist, wenn sie Abends und Mittags abgehen.

Ihr

JCBS.

Nr. 177. Frankfurt, 21. Februar.

Im Sinne meines letzten Briefes, den Sie, liebster Fr., wohl durch meinen Bruder richtig erhalten haben werden, möchte ich Sie noch auf Eins aufmerksam machen. Unterm 13. Februar ist mir Abschrift einer Verfügung des Kriegs-Ministeriums an das M. der ausw. Ang. vom 9. Febr. zugegangen in Betreff der Besetzung der s. g. großen Reichsbatterie zu Bremerhaven mit der Notiz: „zur geneigten weiteren Verfügung". Ich werde nun von diesen Aktenstücken weiter hier keinen Gebrauch bei der Bundes-Central-Comission machen; denn Brommy's Anordnungen sind offenbar von hieraus oder von Preußen eingegeben (beiläufig gesagt, Br. ist ein rechtlicher Mann, aber in einer difficilen Stellung). Nun aber möchte ich Ihnen dringend rathen, daß Sie, ohne sich weiter mit Brommy oder der B.C. Comission oder sonst jemand zu benehmen, nicht allein jene große Reichsbatterie zu Bremerhaven armiren lassen, sondern auch die Fleche zu Bremerhaven und die Position zu Bremen in Vertheidigungsstand setzen. Die Kosten sind unbedeutend (wonach ich mich ausdrücklich erkundigt habe, weil dieser Punkt dort immer besonders ins Gewicht zu fallen scheint); den Vorwand und Grund giebt immer die Besorgniß wegen Wiederausbruch des Dänischen Krieges. Der Moment kann aber kommen, wo Sie nur durch diese Armirung es verhüten können, daß man die großen Schiffe wegführt. Daß man darauf ausgeht, ist trotz aller Versicherungen von Wien aus außer Frage.

Die Situation wird immer trüber, man dürstet nach einer Lösung, gleichviel welcher. Merkwürdig ist, daß es hier verlautbart, Hannover mache eine Wendung nach Preußen hin, weil die Leute nur ein Gegen oder Für kennen, und meinen, wer nicht unbedingt mit Oesterreich geht, sei für Preußen. Woher das transpirirt, ist mir unerklärlich, zumal Könneritz [1]) oder Xylander, die am ersten davon wissen könnten, nichts davon wissen. Besonders komisch ist Folgendes, was ich Ihnen anvertraue. Wie ich Ihnen wohl schon früher erzählt oder geschrieben, nimmt der König von Würtemberg ein besonderes Interesse an meiner Person. Nun hat er in diesen Tagen einen Mann [2]), den ich auch sonst wohl kannte, hierher geschickt, der kam unter allerlei Vorwänden an mich heran, horchte mich aus pp.; ich sprach mich ganz offen aus, der Mann wollte immer tiefer eingehen, legte mir hier und dort insidiöse Fragen vor, daß ich dann am Ende etwas scharf durchging, worauf er denn anfknöpfte: Graf Degenfeld, der Würtembergische Gesandte in München, habe an den König von W.

---

[1]) Geh. Rath von Könneritz, der sächsische Gesandte.

[2]) Klindworth? Vgl. unten Anhang I.

geschrieben, Hannover mache eine Wendung nach Preußen hin, diese Wendung sei größtentheils oder vorzüglich durch mich veranlaßt, ich aber sei in Radowitzens Stricke gefallen; in Stuttgart schien die Sache dann noch weiter ausgesponnen, mit Englischen Beziehungen in Verbindung gebracht worden [zu] sein u. s. w. und namentlich Allerhöchsten Orts um so übler empfunden, als der König erst kürzlich, vielleicht nicht ohne Einwirkung von Äußerungen von mir, die ihm hinterbracht worden waren, die lange unterbrochenen Beziehungen zu König Ernst August durch ein eigenhändiges Schreiben wieder eröffnet hatte. Nun sollte der Mann ausforschen, was an dem wäre, und war sehr überrascht, wie ich in meinen Äußerungen noch immer den alten Standpunkt festhielt. Als er endlich mit der Wahrheit hervorrückte, da habe ich ihm auseinandergesetzt, wie thöricht es wäre, sich Oesterreich so ganz und gar hinzugeben, sich von ihm schänden zu lassen um nachher alle Fußtritte ruhig einstecken zu müssen u. s. w. Der Mann begriff vollständig, was ich meinte; gebe Gott nur, daß er es in Stuttgart richtig wiederbestellt, d. h. so daß es Wirkung hat. Schriftlich wollte ich natürlich nichts geben, was auch nicht verlangt wurde; ließe sich aber eine Form dafür finden, daß Sie von dort aus durch eine Instruktion, Promemoria oder dergl. nach Stuttgart, München, Dresden vollständige Notiz über Ihren Standpunkt gäben, so würde das nur sehr gut wirken können; denn die Leute müssen einsehen, daß Ihr Standpunkt nicht bloß der korrekteste sondern auch der vortheilhafteste ist. — Daß man in Wien die 4 Könige nur brauchen will, ist für mich unzweifelhaft; aus durchaus zuverlässiger Quelle höre ich, daß F. Schwarzenberg, dem Jemand sagt: Vous tenez donc beaucoup aux quatre couronnes? erwidert habe: Je m'en moque. Das hat er aber nur gesagt, und er kann so etwas nur sagen, weil er die Verhältnisse nicht im Allergeringsten übersieht. Darum komme ich noch einmal auf das zurück, was ich Ihnen neulich schon schrieb: Sie müssen das Opfer bringen und nach Wien gehen. Ich weiß genau, wie weit Sie diese Zumuthung wegwerfen werden, aber ich höre nicht auf, sie Ihnen zu stellen. Machen Sie dort die Stellung Hannovers recht klar, das nicht Oesterreich zum Nachbar hat und daher den Schutz sehr fern hat, dem Oldenburg wie ein Pfahl im Fleische steckt, das eines Tages eine Militär-Convention mit Pr. abschließen kann, worauf Sie 10000 M. Preußen ins Land bekommen pp. Zeigen Sie, daß Hannover all die Vortheile seiner Stellung kennt, die es hat, wenn es auf den Bundesverträgen bleibt und sich nicht wegzerren läßt, expliciren Sie, wie Oesterreichs Stellung zu Deutschland verloren ist, wenn Preußen Hannover bekommt, auf das es deshalb eben vor Allem zielt. Sie allein können das, Sie allein kennen all die einschlagenden Verhältnisse und können auf Alles Rede und Antwort

stehen. A propos der Rechte aus dem Vertrage von 1815 bemerke ich noch Folgendes: Die Holländische Regierung ist fest entschlossen, sich keinerlei Gewalt anthun zu lassen, alles was sie in den Deutschen Dingen thut, davon macht sie den Mächten, welche die Verträge von 1815 unterzeichnet haben, sofort Anzeige; sie scheint entschlossen nöthigenfalls diese anzurufen. Gestern hat nun Scherff [1]) seine Vollmacht hier für Limburg übergeben und nun will ich mich mit ihm in Verbindung setzen. Scherff ist ein sehr kluger, ausgezeichneter Geschäftsmann, an dem ich gewiß 100fach finde, was ich an Könneritz (der ganz unfähig) und Xylander (der immer verdrießlich und unglaublich schwerfällig) vermisse. Ich hielte es für sehr zweckmäßig, wenn Sie Ihre Verbindungen mit dem Haag etwas straffer anzögen. Reinhard [2]) wird in diesen Tagen erwartet, er soll klug und gewandt sein, aber ohne Principien wie sein König; ich bin neugierig, wie er sich nach jener oben erzählten Geschichte zu mir stellen wird.

Welche Dummheiten die Oesterreichischen Comissarien hier toto die begehen, werden Sie aus meiner neulichen Mittheilung über Einführung des Oldenburgischen Strafrechts auf der Flotte ersehen haben. Können Sie sich denken, daß Kübeck hier die Schweizer Frage [3]) treibt, während es klar ist, daß Preußen gerade in dieser Frage die B.-C.-Comission brauchen will und die Flüchtlingsfrage nur vorschiebt, während Neufchatel gemeint ist? Könnten Sie in dieser Beziehung nicht Warnungen nach Wien gelangen lassen, damit die Comission sich nicht in eine Sache embarquire, die weiter führt als es jetzt das Ansehen hat? ich will auch mit Kübeck darüber reden, aber ein Wink nach Wien hat ganz andere Wirkung. Als ich vor einigen Tagen mit K. über die Edition der Protokolle sprach, gerieth er in wahre Verzweiflung und beschwor mich noch, damit zu warten; er wolle dieserhalb erst nach Wien schreiben, käme ich jetzt damit, so müßten sie die ganze Frage vom Verwaltungsrath erörtern, es gäbe Conflikte pp. Ich trat darauf mit Könneritz und Xylander zusammen. Die hätten mich allein schon operiren lassen; als ich ihnen von Kübecks Angst sprach, wollten sie nicht und wollten nun erst die direkten Weisungen ihrer Regierungen abwarten, die sie erwarteten. Kübeck spricht übrigens jetzt offen über die Trostlosigkeit seiner Stellung und des Interims überhaupt. Gestern wurde mir gesagt, es sei schon zwischen O. und Pr. die Verlängerung des Interims angeregt; wissen Sie davon etwas? — Der Prinz von Pr. ist noch immer hier und

---

[1]) Staatsrath von Scherff Niederländischer Gesandter bei der Centralgewalt.

[2]) Geh. Legat.-Rath von Reinhard, der württembergische Bevollmächtigte.

[3]) Es handelte sich um Maßnahmen gegen die Schweiz, um dieselbe zu rascherer Ausführung ihrer Beschlüsse wegen Ausweisung der dort noch weilenden etwa 1800 Flüchtlinge zu nöthigen.

über alle Maßen liebenswürdig gegen alle Welt, des Anschlusses wegen; aber der Senat operirt so klug, daß der Prinz schwerlich sobald zum Ziele kommen wird.

Sagen Sie mir, ob und was ich dazu thun kann, um ein Paar Leuten vom König den Guelfen-Orden zu verschaffen? Der Eine ist unser Hannoverscher Hauptmann Morcard, der schon 25 Jahre dient und über den die Oesterreicher sich wundern, daß er noch nicht dekorirt, zumal hier alle Oesterreichischen und Preußischen Offiziere mit diesem Bettel behangen sind; der Andere ist der Bayrische Ober-Kriegs-Commissär Schultheiß, der bisher Bayrisches Mitglied der Comission für Ausgleichung der Kriegskosten; der Mann war mit in Schleswig und ist unserer Kriegsverwaltung, soweit sie dort war, wohlbekannt. Seien Sie nicht böse, daß ich Sie mit dergl. behellige, ich thu's weiß Gott ungern und will nur Ihren Rath.

Ihr getreuester

D.

Nr. 178. Hannover, 27. Februar.

Lassen Sie mich, lieber Freund, auf Ihren letzten bedeutenden Brief vom 21. antworten. Er kam sehr gelegen. Der König, voller Besorgniß, daß Schwarzenberg unsere Weigerung, auf seine Sachen einzugehen, übel nehmen werde, wollte mit Gewalt Bennigsen nach Wien haben; und es hat sich nicht weigern lassen. Da war mir Ihr Brief eben recht, um ihn Bennigsen noch mitzutheilen. Was dort nun zu thun ist, muß man sehen. Viel schwerlich. Man begreift die Norddeutschen Dinge einmal nicht und ist in eigenen Mißgriffen und schiefer Politik gefangen. Die Unität — — —. Was Sie von Geestemünde schreiben, paßt nicht ganz. Einmal müßte die Geeste erst ausgebaggert werden, um bei Ebbe oder Ostwind auslaufen zu können. Bei Fluth und Westwind Einlaufen, das ging. — Das Baggern hat aber noch Zeit. Dann deckt Fort Wilhelm die Geeste und das Fahrwasser der Weser vollständig. Auch scheint man in Oldenburg nicht so dringend mehr. Die Stände stellen uns ihrer Regierung als Vorbild auf, und die Angriffe der Hannoverschen Zeitung auf Mosles Politik sind sehr gut aufgenommen.

Ihre Nachrichten über Stuttgart sind sehr interessant. — Dort scheint die Democratie noch völlig zu triumphiren, weil die Conservativen auseinanderlaufen. Halten Sie es nicht für gut, einmal dort hinzugehen, um selbst nach Feuer und Licht zu sehen? — Man scheint dort noch sehr schwankende Stellung zu haben. Hr. v. Reinhard ist nicht ohne Fähigkeit, aber ein Schwamm und sehr zudringlich. Man theilte uns in Berlin einen

Verfassungsplan mit, der von ihm herrührte; ich will suchen, Ihnen solchen zu verschaffen. Das wird Anknüpfungspunkte geben.

Ihre Idee wegen der Niederlande hat mich diese Zeit sehr beschäftigt. Wir haben einen Fehler gemacht, aus übel verstandener Sparsamkeit die Mission aufzugeben. Wäre nur die Sache mit Holstein nicht dazwischen, so würde eine Verbindung mit diesen Nachbarn und folgeweise den Hansestädten 4 Bundesstimmen sichern mit einer nicht unerheblichen politischen Macht. Schlössen sich demnächst die 4 Könige an, so wäre das eine Macht von 7 Bundesstimmen mit 15 Mill. hinter sich. Diese hätten schon ein Gewicht, das vielleicht die Stimmen von Mecklenburg, Hessen u. dgl. noch an sich zöge.

Merkwürdig ist, daß man in Berlin anfängt, süß gegen uns zu seyn. Thut das die baldige Entfernung der Stände? Oder fürchtet man den Abfall Hessens? Oder hofft man uns wieder zu gewinnen. Man spricht von der Nothwendigkeit der Einigung mit Östreich und Bülow hat gesagt: Preußen könne nur sein Recht des Kriegs und Friedens nicht aufgeben, auch angedeutet, das lasse sich an Posen knüpfen. Er wird wieder hieher kommen bis zum 20. März, und ich bin sehr neugierig, ihn zu sehen. Daß man aber in Berlin daran denkt, Radowitz an Bodelschwinghs Stelle in den Verwaltungsrath zu bringen, ist mir noch ein ungelöstes Räthsel.

Der Ministerwechsel in Cassel ist mir merkwürdig. Wird man mit Hassenpflug[1]) durchkommen? Ist dieser gleich Baumbach[2]) antipreußisch? — Brutal wird gleich zugefahren; so hat man sofort den ekelhaften Pfeiffer per Telegraph aus dem Verwaltungsrathe abberufen und Dörnberg[3]) beauftragt. Mir ist noch vieles in dieser ganzen Sache dunkel. Dahin gehört auch Jordans[4]) Abberufung vom Schiedsgerichte. Jedenfalls ist der gegenwärtige Moment von großer Erheblichkeit, vielleicht eine Crisis, und wenn diese eine glückliche Wendung nehmen sollte, so würde ich glauben, daß unsere Unnachgiebigkeit nach beiden Seiten dabei auch in Betracht komme. Aus Wien werden immer allerlei kriegerische Redensarten gemeldet; aber ich glaube nicht, daß man das ausführen kann oder will. Kürzlich schien es dagegen, daß der Fürst Schwarzenberg nun wohl in Bezug auf die vorhin himmelweit weggeworfene Vereinbarung mit dem Volkshause eingehen wolle. Bennigsen wird nun wohl klarer in dieser Sache sehen. So viel ist nur zu gewiß, daß die Diplomatie der meisten Staaten, und

1) Seit 23. Februar Ministerpräsident.

2) Desgl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

3) Freiherr von Dörnberg, Geschäftsträger in Berlin.

4) Geheimer Legationsrath Sylvester Jordan, der Liberale von 1831.

namentlich der kleineren, eine ganz unbrauchbare Maschinerie ist. So geht es uns insbesondere, und auch deßhalb ist es für Deutschland unbedingt nothwendig, dieses Wesen umzugestalten.

Morgen sollen nun unsere Stände wieder kommen. Mit den Commissionen bin ich, wenigstens so weit ich dort zu verhandeln habe, zufrieden, und meine Pläne für Stadt- und Landgemeinden kommen von dort wahrscheinlich noch beträchtlich conservativer zurück, als ich sie hingebracht hatte. Das würde ich für ein großes Glück halten; es brächte die Regierung zu den Ständen in rechte Lage. Nur wegen des Staatsdiener-Gesetzes bin ich noch in einiger Sorge. Die Commission war schlecht gewählt und ich habe dort nicht unmittelbar verhandeln können. Ueberhaupt zeigt sich hier und da ein verkehrtes, verstecktes Wesen, namentlich wo der Schatzrath Bothmer Einfluß hat, was in dessen bornirter, argwöhnischer Natur und der Unfähigkeit derer liegt, die neben ihm stehen; theils auch darin, daß die Sachen ihre alten Mängel haben — Militär- und Wasserbauwesen.

Der Aufgang des Eises, die Fluthen und Stürme sind glücklich an uns vorüber gegangen. Kleine Beschädigungen und minder bedenkliche Brüche sind vorgekommen, aber nichts erhebliches, was bei dem durchweichten Zustande der Deiche sehr zu schätzen. Wir werden nun aber allmälig von der Dänischen Geschichte wieder gedrängt. Hier scheint Preußen von seinen unglücklichen Präliminarien vom 10/7. nicht abgehen zu wollen, und Schwarzenberg spricht, als ob er von dem Bundestagsbeschlusse vom September 1846[1]) nicht abgehen wolle und deßhalb den Wiederausbruch

---

1) Nachdem gegen den Ausspruch König Christians VIII. in dem offenen Briefe vom 8. Juli 1846, daß in Schleswig die cognatische Erbfolge des dänischen Königsgesetzes gelte, von den Agnaten und den holsteinischen Ständen beim Bunde Protest eingelegt worden, hatte die Bundesversammlung in dem Beschlusse vom 17. September 1846, im Hinblick auf die bezüglich Holsteins abgegebene Erklärung des Königs, dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß letzterer bei endlicher Feststellung der in dem offenen Briefe besprochenen Verhältnisse die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber des Deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins beachten werde, und dabei die Geltendmachung ihrer verfassungsmäßigen Competenz in vorkommenden Fällen vorbehalten.

Anlaß zum Ausbruch der Feindseligkeiten im Frühjahr 1848 gaben dann bekanntlich die von der dänischen Nationalpartei dem Könige Friedrich VII. abgedrungenen Maßnahmen zur völligen Inkorporirung Schleswigs, welche am 24. März die Bildung einer provisorischen Regierung für beide Herzogthümer, sowie den Brief des Königs von Preußen vom selben Tage an den Herzog von Augustenburg zur Folge hatten, in dem derselbe erklärte, für das Recht der Herzogthümer auf Selbständigkeit, auf Verbundenheit und auf Erbfolge des Mannesstammes eintreten und sie in Betracht des Bundesbeschlusses von 1846 gegen Uebergriffe und Angriffe schützen zu wollen. Die alsbald von Preußen und den Staaten des X. Armeekorps ergriffenen militärischen Maßregeln wurden

der Feindseligkeiten fürchte. Die Dänen haben nun, wie es scheint, große Lust, bloß die Preuß. Ostseehäfen zu blokiren und nicht die Nordsee. Unsere Schiffer aber klagen einstweilen. Können Sie etwas Gründliches über die Sache erfahren, so melden Sie es ja. Die Rhederei ist ja ein bedeutendes Ding und die Kaufleute in Bordeaux pp. bedenken sich, Deutsche Schiffe zu chartern, wegen Furcht vor dem Kriege.

Noch eins, Wangenheim, mit dem ich über Ihren Brief sprach, hat eben kein Vertrauen zu Scherff: ein ehemaliger Detmoldscher Subaltern, der sich durch Intriguen gehoben, schlau, ein weiland Amanuensis von Münch und selbst von Blittersdorf und wie er sich ausdrückt: mit dem O. F. M. v. Hake zu reden, ein Subjekt, der gern klettert.

d. 27.

Daß ich den Brief gestern liegen lassen, schadet ihm nicht. Heute kann ich positiv melden, daß man in Berlin sehr froh ist über unsere Haltung, indem man hofft, nun mit Östreich weiter unterhandeln zu können, zu welchem Ende man einen Courier dorthin gesandt, und daß F. Schwarzenberg die Vereinbarung mit dem Volkshause zugegeben. Aber Preußen will entschieden „den ganzen Kaiserstaat nicht". Weitere Folgerungen will ich einstweilen aus diesen Dingen nicht ziehen.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 179. Frankfurt, 3. März.

Die Schluß-Mittheilungen Ihres Briefes vom 27. Febr., theuerster Fr., haben mich in meiner Absicht bestärkt, daß der Moment der Lösung gekommen ist. Die Wolken, die so lange herangezogen sind und Alles verdecken und verdunkeln, gerathen in Bewegung — hoffentlich, um sich zu

---

durch Beschluß der Bundesversammlung vom 4. April gebilligt, welcher zugleich das Ersuchen an Preußen enthielt, das Vermittlungsgeschäft namens des Bundes auf Basis der unverkürzten Rechte Holsteins namentlich auch auf die staatsrechtliche Verbindung mit Schleswig zu führen.

Nach den Friedenspräliminarien vom 10. Juli 1849 (Deutsche Chronik 1849, II. S. 21) sollte, ohne Präjudiz für die Erbfolge und das Recht dritter Personen, Schleswig unter Aufrechterhaltung seiner politischen Verbindung mit Dänemark eine abgesonderte Verfassung erhalten, ohne mit dem Herzogthume Holstein vereinigt zu sein. Dabei sollten „die nicht politischen Bande materieller Interessen, welche zwischen den Herzogthümern bestanden haben", nach weiterer Verständigung aufrecht erhalten werden. Der gleichzeitig abgeschlossene Waffenstillstand (s. die Konvention a. a. O. S. 22) sollte eine Dauer von 6 Monaten und darüber hinaus von 6 Wochen nach erfolgter Kündigung haben. Ueber die Verhandlungen, welche unter englischer Vermittlung zu diesem Ergebnisse geführt hatten, s. v. Sybel, I. S. 374 ff.

zertheilen. — Die Position, die Hannover jetzt eingenommen hat, wird von allen Vernünftigen nicht allein für die natürlichste, sondern auch (obgleich das ja gewiß identisch) für die klügste erklärt. Selbst die Herren v. Reinhard und Xylander geben dies zu, wenn auch ungern, Reinhard aber doch eher als der allezeit verdrießliche und bleierne Xylander. Namentlich leuchtet den Leuten ein, daß Hannover, nun es sich entschieden vom Mai-Bündniß losgesagt und dabei neutral bleibt, viel leichter die Nordseestaaten vom Mai-Bündniß zu sich hinüberziehen wird, als wenn es in dem Bunde mit Baiern, Würtemberg pp. stände. Dahin, meine ich, müßten Sie auch auf das entschiedenste wirken; so können Sie in Norddeutschland eine bedeutende Gruppe bilden, die demnächst besser zusammenhält als bisher und daher sich nicht wieder einzeln fressen lassen wird. Daß Sie die Holländischen Beziehungen nicht anknüpfen können, ist tief zu beklagen, ich weiß mit noch größerer Bestimmtheit, als ich Ihnen neulich andeutete, daß man im Haag entschlossen ist, sich in keiner Weise von den Verträgen von 1815 verdrängen zu lassen. Geht es denn nicht noch, daß Sie Jemanden dorthin schicken? Den Ständen gegenüber werden die dort so natürlichen Handels- und noch mehr Eisenbahn-Beziehungen die Sache leicht rechtfertigen — und Sie brauchten die Mission ja anfangs nur als eine temporäre und specielle gelten lassen. Aber wen — da Sie auf Witte nicht werden greifen wollen, den ich freilich immer und immer wieder als einen die Situation Verstehenden herhorheben muß; auch kennt er die Zoll- und Handels-Interessen Hannovers, was im Haag nöthiger als anderswo. Was Scherff betrifft, um den gleich bei den Niederlanden abzuhandeln, so ist Wangenheims Schilderung durchaus richtig, S. mir obendrein durch ein Verhältniß zum Prinzen von Pr. nicht ganz recht[1]) — aber Scherff ist klug, in den Geschäften bewandert und kennt die Behandlung der Dinge und des hiesigen Terrains seit langer Zeit; das macht ihn mir schätzbar, da ich manches von diesen zum Theil äußerlichen Dingen erst lernen muß und bisher an Xylander eben kein angenehmes Beispiel hatte. Jetzt ist Könneritz da (seit einigen Tagen freilich nach Brüssel), der die Äußerlichkeiten genau kennt, dafür aber, was die Dinge selbst betrifft, von einer bezaubernden kindlichen Naivetät ist. Reinhard ist nun auch angekommen, so wie Sie ihn mir schilbern und wie er mir auch von andern Seiten geschildert worden. — Reinhard und Xylander theilte ich aus Ihrem Schreiben vom 27. v. M. die Nachricht mit, daß von Berlin ein Courier nach Wien gesendet worden, um das Wiener Cabinet zu neuen Verfassungs-Verhandlungen aufzufordern — und schlug ihnen vor, sie möchten das nach Hause melden und anheim-

[1]) Es folgt eine hier fortgelassene Bemerkung über weibliche Beziehungen.

geben, daß man in Wien gleich eine Mitbetheiligung der Königreiche an den zu eröffnenden Verhandlungen fordern möge, nicht etwa bloß als ein Recht der Königreiche und eine Pflicht Oesterreichs, sondern, weil dann auch andere Staaten des Berliner Bündnisses sich zu betheiligen wünschen würden und so sich von Preußen ablösen würden u. s. w. Daß in Berlin die Sachen sich lösen und umgestalten, zeigt sich auch hier in manchen Dingen — offenbar ist der Moment abgewartet, wo man die Kammern, d. h. die Gothaer Parthei, los war. Radowitz geht, glaube ich, heute von hier fort; er ist sehr gedrückt, was er durch ein bei einem so klugen Manne doppelt albernes aufgeblasenes Auftreten zu verbergen sucht, ab und an aber doch eingesteht. Bodelschwinghs Ausscheiden aus dem Verwaltungs-Rath hatte — dies ist aber nur meine Vermuthung — wohl auch den Zweck, Radowitz Platz zu machen. Dem aber gab man die markante Stellung (eine andere wäre nicht möglich gewesen), um ihn — Alles nur Vermuthung von mir — aus der hiesigen Stellung zu entfernen, wo er, nachdem die Kossuthschen Papiere und seine Verbindung mit Szalay einmal zur Sprache gebracht worden, nicht mit Ehren bleiben konnte. Im Verwaltungsrathe, an der Spitze desselben, hat R. nun eine Stellung, die am Ende ihm mit Ehren gegeben werden konnte; fällt das Bündniß und der Verwaltungsrath, so hat man gegen R. keine so großen Verpflichtungen, ihm ein anderes glänzendes Sort zu bereiten, als wenn er aus seiner hiesigen Stellung unmittelbar ausschiede. Im Verwaltungs-Rathe wird R. nun sofort einen heftigen Kampf mit den dort dominirenden enragirten Gothanern zu bestehen haben, deren tollsten Vollpracht man am Ende nicht ohne Intention durch die Mission in die Herzogthümer entfernt hat. Daß eine Katzbalgerei zwischen Preußen und den Gothanern der ganzen Lösung vorangehen, dieselbe einleiten wird, ist klar, und ich freue mich als eine Privat-Satisfaktion recht auf die Fußtritte, welche diese Herren empfangen werden.

Die Schleswigsche Sache will ich im Auge behalten; bis in den letzten Tagen war nichts Neues hier darin geschehen, obgleich Biegeleben, der sie behandelt, gerade sehr beschäftigt; daß Gortschakoffs [1]) Sendung nur oder wenigstens vorzugsweise diese Angelegenheit bezielt, habe ich berichtet. Wegen der Schweizer Dinge hatte ich Dummheiten von der B.-C.-Comission gefürchtet, weil ich glaubte, Preußen wolle sie brauchen, um Oesterreich in die Sache hineinzuziehen, die ihm nur Neuenburgs wegen wichtig, indessen war diese Besorgniß ungegründet, die Comission ist sehr vorsichtig gewesen

[1]) Fürst Gortschakoff war vor kurzem zum russischen Gesandten beim Bunde ernannt, zugleich in Stuttgart accreditirt.

und will die Schweizer Angelegenheit allein den beiden Cabinetten von Wien und Berlin überlassen. Ich glaube nicht, daß sie zu ernsthaften Verwicklungen mit Frankreich [2]) führt: vielleicht wird man in Paris sie benutzen zu allerlei militärischen Zwecken, die im Grunde aber nur gegen den Socialismus gemeint sind. So lauten bis jetzt meine Nachrichten, die ich für sehr authentisch und gut halte. Überhaupt erscheinen mir die dortigen Dinge für uns nicht sehr furchtbar. Das jetzige Gouvernement ist ein Waffenstillstand zwischen der Anarchie und der Diktatur; giebt es irgend einen Zusammenstoß, wird eine dieser beiden Formen oder Formlosigkeiten siegen. Ist es die Diktatur, so wird sich das übrige Europa jetzt nicht mehr um dynastischer Interessen willen zu dieser feindlich stellen, sondern sie willkommen heißen und stützen, sei ihr Name, welcher er wolle. Siegt die Anarchie, so wird man gegen Frankreich marschiren und das anarchistische dann leicht bändigen. In dieser Ansicht werde ich von den einsichtigsten Franzosen bestärkt.

Schönhals erzählte mir, wie er die Preußischen Comissarien über die Creditforderung des Kriegsministers von 18 Mill. verhöhnt habe: „so lange Ihr Kriegsminister nicht wenigstens 60 Mill. fordert", hat er ihnen gesagt, „fällt es ihm gar nicht ein, Ernst zu machen". — Der Prinz von Preußen war gestern Abend bei meinem Schwager in Gesellschaft; er manövrirte ordentlich, um mich allein zu fassen und fragte mich dann leise nach Neuigkeiten aus Hannover. Ich sagte ihm: König und Minister seien durchaus einig; man habe sich vom Maibündniß losgesagt und von den Münchener Conferenzen zurückgezogen. — Aber Bennigsens Sendung nach Wien? — Halb Höflichkeit, weil man sich von den Wien-Münchener Dingen zurückgezogen, halb zur Aufklärung über Hannovers und Norddeutschlands besondere Interessen. — Will man sich uns wieder nähern? — Dem Bündniß vom 26. Mai gewiß nicht. — Was will man denn? — Einfach auf den Verträgen von 1815 bleiben, bis Oesterreich und Preußen sich geeinigt. — So ging das Gespräch noch in einigen Sätzen fort. Uebrigens geht der Prinz Morgen fort; seine Stellung mag ihm hier trotz aller Fêten (über die wie über Anderes derartiges ich Morgen zu berichten gedenke) doch nicht sehr angenehm gewesen sein. Er scheint die Stellung überhaupt zu nehmen, wie ein Soldat, den man auf einen Posten gestellt hat.

Daß ich Sie mit einer Bagatelle wie die Orden beschäftigt, ist mir leid, aber ich wollte, man thäte in diesen Dingen mehr. Unglaublich ist

[2]) Französischer Seits war, wie verlautete, erklärt worden, daß man im Falle militärischen Einschreitens wegen der Flüchtlingsfrage oder wegen Neuenburg in die Südschweiz einrücken werde.

die Geltung, welche diese Thorheiten plötzlich wieder gewonnen haben. Die hiesigen Juweliere versichern, daß sie nichts anders zu thun hätten, als immer und immer Dekorationen anzufertigen; diese Branche des Geschäfts überflügle alle andern und sei niemals so gut gegangen.

Dem Corvetten-Capitän Bourguignon gab ich einen ausführlichen Brief an Graf Bennigsen mit, weil ich nicht früher über dessen Mission [1]) berichten konnte. Ist der Brief, da der Mann Bennigsen nicht mehr in Hannover getroffen, wohl in die rechten Hände gekommen? Ist er in denen Bourguignons verblieben, so ist das gut: hätten Sie vielleicht die Güte, mich, was Sie darüber gehört haben (ob Bourguignon z. B. sich beim König gemeldet pp.), gelegentlich wissen zu lassen.

Nach Stuttgart einmal zu gehen, habe ich schon lange Lust, jetzt aber ist mir der Moment nicht der geeignetste; wie ist es mit dem Urlaub zu solcher Reise und laß ich mir ihn eventuell geben, oder schreibe ich, wenn ich reise, um ihn mir ex post zu erbitten? Die Reise kann höchstens 4 Tage dauern.

Ihr getreuester
D.

Zu Ihrem Geburtstage die allerherzlichsten Wünsche, so ernst, wie es der Moment nur irgend fordern kann!

Nr. 180. Frankfurt, 5. März.

In Beziehung auf das, was Sie, liebster Fr., mir neulich schrieben über das Wünschenswerthe einer engern Verbindung zwischen Hannover und Holland, will ich Ihnen doch aus einem Gespräche, das ich mit Scherff hatte, Folgendes mittheilen. Die Sache ging aus von Eisenbahn-, Schifffahrts- u. dergl. Fragen, — das gab ihm Anlaß, darauf zu kommen, wie wünschenswerth es sei, daß man sich zu einem liberaleren Handelssystem bekenne — was ja auch im Interesse und Bestreben Hannovers läge. Ich meinte, jetzt sei nicht der Moment, dergleichen anzufassen, sei aber überzeugt, daß man in Hannover eine engere Verbindung mit der Regierung im Haag sowohl in politischer als commercieller und maritimer Rücksicht gern sehen werde; die Verbindung sei aber aus den Rücksichten der Sparsamkeit und des Jahres 1848 abgebrochen und werde sich jetzt schwer wieder anknüpfen lassen. Darauf proponirte mir Scherff: ich möge nach Hannover hin vorschlagen, daß man wenigstens über Frankfurt eine derartige Verbindung wieder anfange; Sie könnten mich ja beauftragen, ihm (Scherff) diese oder jene offiziöse oder offizielle Eröffnung zu machen. Ich

---

[1]) Ermittlung einer Flottenstation an der Nordseeküste betreffend.

nahm das ad referendum und will es denn damit berichten. Sie könnten ja einfach das Haager Cabinet über die Gründe Ihres Verhaltens in der D. Verfassungsfrage unterrichten, im Sinne der Note an Platen vom 24. Febr. erklären, daß Sie an den Verträgen von 1815 festhalten würden u. dgl. m. Da das Haager Cabinet für Limburg und Luxemburg (letzteres ist jetzt dem Interim beigetreten) mit Ihrer jetzigen Stellung haarscharf auf derselben Linie steht, so würde eine solche Mittheilung fast in der Ordnung sein, — einige freundliche Worte in der Depesche machen dann den Rest. Überlegen Sie es sich einmal.

Radowitz ist abgereist, hat dem guten Kübeck so sehr von seinen enthusiastisch-freundschaftlichen Gesinnungen für Oesterreich vorgeschwätzt, daß der darüber einen großen Brief an F. Schwarzenberg geschrieben hat, dessen sofortige Absendung zwar Rechberg verhinderte, der aber doch wahrscheinlich abgehen wird.

Haben Sie wohl Jürgens Buch [1]) gelesen? Können Sie nicht eine Recension desselben in der Hannov. Zeitung veranlassen; es wäre gut.

Ihr

D.

Nr. 181. Hannover, 6. März.

Für Ihren Brief vom 3., lieber Freund, meinen herzlichen Dank; er kam mir sehr gelegen, um die Stimmung zu verbessern, die eben nicht rosig war. Daran waren theils persönliche Verhältnisse Schuld, die mich den Druck meiner hiesigen Lage besonders fühlen ließen, die ja einmal allen meinen Neigungen und meinen gewiß bescheidenen Ansprüchen an das Leben geradezu widerspricht. — Dazu kamen allerlei äußere Anstöße. Namentlich ein Brief von Bennigsen, der natürlich in Wien nichts ausgerichtet hatte und dem F. Schwarzenberg deutlich gesagt hatte: Wenn Hannover sich nicht unterordnen wolle, da könne es auf Östreich in der Noth nicht rechnen. Das kann Hannover nun freilich unter keinen Umständen. Aber dergleichen regt dann doch den König auf und es fiel mir zu, ihm die Sache zu exponiren, wie ich denn neben Ständen und meinem die übrigen an Arbeitsmasse sehr übersteigenden Departement noch eine Art Minister des Auswärtigen in B.'s Abwesenheit spielen muß S. M. nahmen die Sache aber doch von der richtigen Seite. F. Schw. hatte zu Bennigsen wieder die Ansicht geäußert: Es existire in Deutschland gar kein Rechtszustand mehr, während die letzte Östr. Note noch auf das Pfordtensche P. M. provocirte, welches entschieden die Geltung des Bundesrechts anerkannte.

[1]) Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks.

Darauf hat der K. nöthig gefunden, eine officielle Frage über diesen Punct zu stellen; und das halte ich für gut. Man kann nicht gegen alle Verträge pp. angehen und wird sich binden müssen oder schweigen.

Diese Wiener Wirthschaft ist in der That nur unehrlich. Nachdem man uns auf das heftigste gedrängt, dem Münchner Wesen beizutreten, nachdem man sich selbst dafür erklärt — kommt man, wie heute von München gemeldet wird, auf einmal darauf, die Sache solle Östreichisch-Deutscher Bund heißen. Das ist denn doch auch in München zu viel gewesen, und man scheint in Wien davon abgegangen zu seyn. Bennigsen hat man in Wien noch aufgehalten unter dem Vorwande, Gf. Bernstorff [1]) habe Depeschen erhalten, die er zurück zu halten scheine, bis B. abgereiset sey. Wahrscheinlich seyen sie sehr wichtig für Hannover. Da man aus allerlei mehr oder minder concludenten Thatsachen zu beweisen sucht, daß Preußen nur eine Theilung von Deutschland wolle — weil man weiß, daß das hier gefürchtet wird — so fragte ich am Sonntag Gf. Bülow: Ob dergleichen Anträge nach Wien gemacht seyen, worauf er mir mit seiner mir durchaus unverdächtigen Gradheit erwiderte: Es seyen gar keine Anträge von Preußen nach Wien gemacht; wohl aber habe Gf. Bernstorff vor c. 3 Wochen berichtet: Er glaube, Östreich werde sich auch jetzt noch mit der Mainlinie begnügen.

Wir müssen nun in unserm Cours fortsteuern. Wunderbar genug scheinen die Schöpse im Verwaltungsrath immer noch geglaubt zu haben, wir würden doch kommen und sind nun doppelt wüthend. Hrn. Vollpracht, diesen albernen, eingebildeten Dummkopf, kann ich mir völlig auf der Höhe seiner Gothaner Weisheit denken. Die Sache scheint in den Hansestädten in Gang zu kommen. Die Oldenburger Minister sind zu dumm; man muß dort ruhig zu Werke gehen. Ueber Cassel ziehen wir Erkundigungen ein. Von Wien meldet man, auch Darmstadt sei bereit, abzufallen. Wissen Sie davon? — Ich möchte Bennigsen in diesen Dingen etwas thatkräftiger wünschen. Werde aber die Holländische Sache jedenfalls im Auge behalten.

Ueber die Russischen Intentionen in Puncto Schleswigs ist uns eine Note von Gortschakoff mitgetheilt, die in der That sehr stark ist. Er übergiebt seine Vollmacht nicht, ehe nicht Bülow [2]) in Frankfurt angenommen ist. Man kann daraus sehen, wie schwach wir sind und was uns bevorsteht, wenn wir diese Leute in die Deutschen Sachen sehen lassen.

Bourguignon hat mir am Sonntag Ihren Brief an Bennigsen gebracht. Ich habe ihn eine Stunde lang endoctrinirt. Er war den Abend im Palais

[1]) Preußischer Gesandter in Wien.

[2]) Kammerherr von Bülow, dänischer Gesandter für Holstein und Lauenburg.

zu Ball und schien über den brillanten Hof verwundert. Der König war den Abend leider etwas unwohl; er wird ihn also nur kurz gesprochen haben.

Zur Stuttgarter Reise lassen Sie sich einen eventuellen Urlaub ertheilen und gehen dann, wenn es Ihnen paßt.

Somit leben Sie denn wohl. Für Ihren Geburtstagswunsch sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank. Für mich war der Tag peinlich. Meine Schwester, eine 63jährige Frau, die sehr an mir hängt, war hier, und ich konnte nur Augenblicke bei ihr seyn; das gehörte nicht zu den billigen Genüssen. Es fällt einem dabei sehr aufs Herz, wie man doch in diese Dinge gerathen ist — wie die Sau ins Judenhaus.

Ihr
JCBS.

Nr. 182. Hannover, 15. März.

Ein Paar Mittheilungen, lieber Freund, kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Erst leider eine unangenehme, die Sie aber auch ohne meine Schreiberei wissen; nämlich der Abdruck Ihres Berichts vom 4. Februar in der Cölner Zeitung. Woher dieser Verrath? Es ist kaum möglich, daß er von hier komme. Dagegen hat Knesebeck Abschrift jenes Berichts erhalten, um ihn zu belehren; er wird ihn dort seinem Busenfreunde v. d. Pf. nicht vorenthalten haben, und es könnte ein Bairisches Paroli auf Ihre Mittheilung der dortigen Pläne seyn. Bennigsen wollte den Bericht abläugnen. Was denken Sie zu thun?[1])

---

[1]) Es mag über dieses Vorkommniß, das in den nachstehenden Briefen mehrfach erwähnt wird und das damals großes Aufsehen erregte, hier gleich Folgendes bemerkt werden. Nachdem schon am 5. März einige Blätter, u. a. die Weserzeitung „durch Vermittlung eines Gothaer Freundes“, in Stand gesetzt worden, den Wortlaut der Münchener Uebereinkunft, welche durch Schreiben der Gesandten von Bayern, Sachsen und Württemberg in Wien und Berlin vom 12. März den dortigen Kabinetten mitgetheilt wurde, zu veröffentlichen, brachte die Kölnische Zeitung vom 14. März den Bericht vom 4. Februar, in welchem Detmold, wie auch sein Brief von diesem Tage an Stüve ergiebt, die von Letzterem in seinen Briefen vom 29. und 31. Januar hingeworfenen Gedanken aufgenommen und ausgeführt hatte, unter der Ueberschrift: „Detmolds Bericht über die Lage Deutschlands“ an hervorragender Stelle zum Abdruck. Die Redaktion, indem sie vorgab, das Schriftstück aus Hannover erhalten zu haben, begleitete dasselbe in einer Einleitung und einem Schlußwort mit boshaften Bemerkungen über Stüves und Detmolds politisches Verhalten, wobei sie übrigens zu wissen behauptete, daß auch König Ernst August von dieser Politik keineswegs erbaut sei, vielmehr auf alle Pläne Oesterreichs einzugehen wünsche, und Stüve und Detmold nächstens verabschieden werde. Detmold beschränkte sich darauf, als auch die Ober-Postamtszeitung Auszüge aus dem Aktenstücke gebracht hatte, in dieser Zeitung unter dem 20. März zu erklären, daß der Abdruck in der Kölnischen Zeitung dasselbe verfälscht habe, indem ein sehr wesentlicher Passus über die

Angenehmer ist die Lage unserer hiesigen Verhältnisse. Die Agitation gegen den K. hat beständig fortgedauert. Man stachelte ihn zu allerlei unangenehmen Äußerungen gegen uns, auf die ich in einer Soirée beim Kronprinzen am Dienstag noch ziemlich stark zu erwiedern mich gedrungen sah. Es ist die Weise, daß dergleichen nicht in Geschäftsverhandlungen, sondern in Gesellschaft angebracht wird, wo dann übel darauf einzugehen ist. Frau v. Grote [1]) schürte, hatte sogar die alte Gräfin Bennigsen geängstet, worüber der Sohn, wie billig, sehr aufgebracht war. Dazu kam nun unsere Ständeversammlung, in der Lang höchst erbärmlich und Grumbrecht höchst unbesonnen uns anzapfte, worüber ich sie denn so weit in Angst brachte, daß sie sich am Ende gern zurückgezogen hätten, wenn sie sich nicht — eine elende Folge dieses Partheiwesens — einer vor dem andern gescheut hätten. Also ließen sie sich abvotiren. Indeß hat die Sache unter ihnen selbst eine gewisse Angst hervorgebracht, die von anderer Seite noch geschürt ist, so daß es jetzt von uns abzuhängen scheint, wenn wir uns einstimmige Vertrauens-Vota wollen geben lassen. Die Opponirerei in anderen Dingen scheint wesentlich schwächer geworden zu seyn. — Was aber viel angenehmer, ist, daß der König sich nun besonnen zu haben scheint. Man hatte nämlich in Wien auf eine von Bennigsen dort gestellte Anfrage, ob Art. 8 der Münchner Convention eine offene Frage seyn solle [2]) — wie Fürst Schwarzenberg behauptet — zu antworten, machte darüber allerlei Winkelzüge, schickte den „Entwurf" einer Antwortsnote an Kreß, verbot ihm solche mitzutheilen und drängte indeß auf reine Erklärung

---

deutsche Frage weggelassen und an mehreren Stellen der Sinn durch Unterschiebung eines Wortes statt eines anderen geändert worden sei. — Es war dies die „abscheuliche Indiskretion", deren der Herzog von Coburg in seinen Memoiren (I. S. 517) mit dem Bemerken erwähnt, daß er in Folge derselben genöthigt worden sei, seinen Agenten von Elsholtz, „den ausgezeichneten und scharfen Beobachter der dortigen Dinge", der ihn auch in Stand gesetzt, die Verhandlungen der vier Könige und den Abschluß der Konvention bereits zu einer Zeit aufzudecken, wo die Sache noch ein tiefes Geheimniß bleiben sollte, aus seinem diplomatischen Dienst zu entlassen. Letzteres geschah auf Verlangen Hannovers, nachdem der Sachverhalt aufgeklärt war. Ueber diesen enthält ein Brief Stüves an seinen Bruder vom 3. August 1850 das Folgende: „Wir wissen nun auch die Quelle, durch die im Februar die Hannoverschen Aktenstücke über Berlin in die Cölner Zeitung kamen. Der Sachsen-Coburg-Gothaische Geschäftsträger zu München, Hr. v. Elsholtz, ein Affidé des Preußischen Gesandten, hat sie unserem Geschäftsträger in dessen Abwesenheit durch den Schreiber stehlen lassen. Wie gefällt Dir das? Die Beweise sind zur Hand." Vgl. auch den Brief an Detmold vom 5. August. — [1]) Staatsdame Gräfin Grote.

[2]) Es sollten darnach zur Nationalvertretung wählen Oesterreich 100, Preußen 100 und die übrigen Bundesstaaten auch 100, „gleichviel, ob Preußen und Oesterreich mit ihren Gesammtstaaten oder nur mit dem größern Theil derselben dem Bunde beitreten."

ohne Vorbehalt. Das ist denn dem K. — mit Recht — als Perfidie vorgekommen, und er will nun keine andere Erklärung geben, als die am 21/2. concludirte, sich auch bei weiteren Verhandlungen die Hand frei behalten.

Inzwischen knüpfen die Preußen, wie es scheint, bei Kleinem wieder an; namentlich in den Eisenbahnsachen, die sie vorlängst ganz von der Hand gewiesen. Der alte Smidt hat in Bremen mit seiner Staatenhauswahl Fiasco gemacht, und nun kam Duckwitz hieher, um allerlei Unterhandlungen anzuknüpfen, wobei denn den Herren gesagt ist, wenn sie sich bei der Klage am Schiedsgericht [1]) betheiligten (was sie meinten, thun zu können), so werde man ihnen das gedenken. Da mögen sie sich nun darauf besinnen.

Unsere Nachrichten aus Cassel ergaben, daß man sich dort nicht traut, sehr vorsichtig zu Werke gehen, es mit Preußen nicht verderben und Angriffe gegen uns vermeiden möchte. Man beneidet unsere neutrale Stellung. — Dagegen war von Braunschweig her ein Gerücht gedrungen — aber aus schlechter Quelle — der Herzog wolle, oder werde bearbeitet, seine Regierung auf Lebenszeit an Preußen abzutreten, was dann freilich ein sehr schlimmes Ereigniß seyn würde.

So stehen die Dinge allerdings noch ziemlich im Schwanken. Indeß, wenn jene Stimmung anhält, so werden wir wohl mit Ruhe fortarbeiten können. Von Erfurt ist, glaube ich, sehr wenig zu besorgen. Daß dort Gotha und Berlin sich in die Haare fallen werden, wird mehrfach geglaubt, und Bülow erwartet, daß die Sache sich in Mißtönen auflösen werde. Da am Ende die Schwarzweißen die Sache werden benutzen wollen, um die Preuß. Verfassung noch um etwas zu entdemocratisiren, so ist das wahrscheinlich. — Ist das der Fall, dann ist freilich gar keine Noth dabei.

Der Präsident des Bundesschiedsgerichts hat an unsere Schiedsrichter, die ihm den Austritt angezeigt, erwiedert: er betrachte sie fortwährend als Mitglieder des Collegii, welche Albernheit denn in der That der Sache die Krone aufzusetzen geeignet ist.

Ich habe dieser Tage Jürgens Buch durchgelesen. Schade, daß es zu weitschichtig und unübersichtlich ist; Thatsachen, Relation und Betrachtungen vor- und rückwärts durcheinander gearbeitet. Doch giebt das Ganze einen ziemlich guten Ueberblick über die Entwicklung der Kaiseridee, das

---

[1]) Am 8. März war im Verwaltungsrath beschlossen, gegen Hannover wegen seines Rücktritts Klage zu erheben.

Clubsunheil u. s. w. Ich denke, es in diesem Sinne in der Hann. Zeitung selbst anzuzeigen. [1])

In diesen Tagen wird hier großer Spectakel getrieben, um das 60jähr. Militärjubiläum des Königs zu feiern. Würde klüger unterlassen; aber die Weibsleute!

Somit sage ich Ihnen denn Adieu. Schreiben Sie bald.

Ihr

JCWS.

Nr. 183. Frankfurt, 18. März.

Ich würde Ihnen, th. Fr., schon früher geschrieben haben, wenn mich nicht ein Unwohlsein, zu welchem Aerger über die Publikation meines Berichtes vom 4/2. beigetragen haben mag, einige Tage lang stark verstimmt hätten. So nun knüpfe ich an Ihren Brief vom 15., der mir gestern Abend zugekommen, an, und muß Ihnen in Beziehung auf jene widerwärtige Angelegenheit sagen, daß meine Vermuthungen über den Urheber sofort einen ganz ähnlichen Weg genommen haben, wie die Ihrigen; ich würde nicht darauf gekommen sein, wenn ich nicht durch die Sendung des Würtembergschen Agenten um den 18. Februar herum auf jene Spur gewiesen worden wäre. Ich habe Ihnen damals darüber geschrieben. Damals gab der König von W. mir die Wendung in der Hannoverschen Politik Schuld, von der zu jener Zeit in dem größeren Publikum noch nicht das Allergeringste bekannt geworden war. Sind Ihre Vermuthungen richtig, so hat man nicht sowohl ein Paroli auf die Blittersdorfsche Veröffentlichung, die nur den Herrn von Xylander verdrossen, weil der von den Dingen nichts erfahren hatte, biegen wollen, als überall nur der Hannoverschen Politik eins anhängen. Das etwa über den Urheber und dessen Absichten; die Frage was nun zu thun möchte ich einfach dahin beantworten: Gar nichts, — am wenigsten den Bericht ableugnen. Die Sache ist allerdings sehr unangenehm, vorab aber doch nur oder wenigstens hauptsächlich für mich. Indessen ist sie in keiner Weise weder für die Hannoversche Regierung noch für mich kompromittirend. Der Bericht enthält nichts Personelles, nichts eigentlich im schlimmen Sinne Diplomatisches — nur Ansichten und Grundsätze — und zwar solche, die ich — wie ja auch in der Kölnischen Zeitung bezeugt — immer gehegt und offen ausgesprochen habe. Daß Vieles darin gegen den Oesterreichischen, Bayrischen pp. Strich geht, mag sein, desto besser; dann

[1]) S. Stüves Aufsatz „Frankfurt zur Lehre für Erfurt" in Nr. 68 der Hann. Zeitung vom 18. März. Der Artikel enthält eine scharfe summarische Kritik der Frankfurter Vorgänge vom Vorparlament bis zur Kaiserwahl.

sehen die Leute, daß man den Berliner Dingen entgegen sein kann, ohne darum durch dick und dünn des Leopold-Ordens wegen Oesterreichisch zu sein —, und daß man den Schwarzenbergschen Plänen abhold sein kann, ohne darum von Radowitz gewonnen zu sein. Da ich für meine Ansichten und Äußerungen obendrein Niemandem verantwortlich bin als meiner Regierung, so mögen, wenn sie dieser recht sind, sie andern Regierungen und Individuen soviel mißfallen als sie wollen. — Sie sehen, liebster Fr., ich suche der unangenehmen Geschichte die beste Seite abzugewinnen. Die hiesigen Diplomaten sind zum Theil über die Sache sehr erschrocken und danken Gott, daß es ihnen nicht begegnet; das lustigste aber ist, daß, wie Tallenay mir erzählt, Allen die Depesche so imponirt, daß dagegen alle andere Rücksicht zurücktritt — ein Beweis für die Misere der hiesigen Diplomatie. Doch genug und übergenug von dieser unangenehmen Geschichte; ich bitte Sie nur, liebster Fr., mit Gr. Bennigsen in obigem Sinne reden zu wollen, damit nichts geschieht, was den Dreck noch breiter treten könnte.

Von hieraus ist Nichts zu berichten. Ich habe in den letzten 8 Tagen verschiedentliche Gespräche mit den fremden Diplomaten, L. Cowley, Tallenay, Fürst Gortschakoff u. a. gehabt, meist auf den Dänischen Krieg bezüglich; Cowley schien besorgt, Tallenay desgl., Gortschakoff, wenn er nicht aufschnitt, dagegen sehr ruhig und sicher, daß die Sache sich jetzt arrangiren werde. Ich singe den Herrn fort und fort das Lied, daß so lange die Gothasche Parthei noch einen Finger rühren könne, es nicht zum Frieden kommen werde. Das ist auch meine feste Überzeugung, und will Preußen Frieden wie es muß, so muß es sich erst der Gothaner entledigen. Radowitz scheint hier mit Gagern einen Handel gemacht zu haben, wonach die Gothaner, namentlich im Anfang, milde auftreten und patte de velours machen werden; seinerseits scheint er dafür Zusicherungen in Betreff der Schleswigschen Sache gegeben zu haben. Bülow ist übrigens fort oder geht in diesen Tagen, und ebenso kehrt Gortschakoff vorläufig nach Stuttgart zurück. Dort werden die Dinge nun auch bald zur Entscheidung kommen, des Königs Thronrede [1]) ist ein sehr heftiges Zugpflaster und das Erste Symptom des wieder erstarkenden Selbstgefühls der Deutschen Fürsten. Die Rede ist, wie ich höre und gern glaube, vom König selbst verfaßt, der sehr viel Fähigkeit und Scharfblick, aber durchaus keinen sittlichen Standpunkt hat. Er hatte den Würtemberger Staatsanzeiger aus seiner Privat-

[1]) Die am 15. März gehaltene Thronrede des Königs von Württemberg enthielt ein sehr scharfes Urtheil über die preußische Unionspolitik, worauf der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer Note an den württembergischen Gesandten von Hügel in ebenso scharfem Tone antwortete, und den Gesandten in Stuttgart abberief.

man braucht, dann bleibt noch übrig, daß man möglichst sich selbst zu schützen sucht. Und da komme ich wieder auf die alte Geschichte: engeres Aneinanderschließen der Nordseestaaten. Wenn je irgendwo, so ist hier ein solches indicirt, wo alte Gemeinsamkeit des Stammes (Alles was plattdeutsch redet) Gemeinsamkeit der Interessen, die geographische Lage u. s. w. u. s. w. dafür sprechen: Hannover, Holland, Oldenburg, die Hansestädte, Holstein, Lauenburg, vielleicht auch Mecklenburg. Es würde das eine Staatengruppe, die durch ihre Lage, ihre Gränzen, ihren Reichthum u. s. w. ein großes Gewicht in die Wagschaale werfen würde bei der Constituirung Deutschlands. Der Moment aber, meine ich, ist jetzt gekommen, ja vielleicht ist es der letzte —; Preußen wird Alles, Alles anwenden, Hamburg und Bremen, namentlich das Erstere, zu halten, und daß man Oesterreichischer Seits so verblendet war, auf kein Staatenhaus einzugehen, erleichtert Preußen das Spiel wesentlich; man sehe nur wie die Hansestädte in der Additional-Akte [1]) cajolirt werden. Geben Sie Hamburg, das Preußen nur ungern folgt, denn es weiß, was ihm das am Ende kosten wird, die Möglichkeit, durch Anschlüsse an Hannover und seine andern Nachbarn, die mit ihm gleiche Interessen haben, diese kräftig gewahrt und vertreten zu sehen, so wird es sich sicher zu Ihnen wenden. Diese Gruppe muß den ganzen Seeverkehr Deutschlands in der Hand haben. Von Hamburg geht in diesen Tagen (was ich im Vertrauen mitgetheilt erhalten habe und so weiter mittheile) Heckscher nach Wien, nur ganz auf eigene Hand, um Schwarzenberg auf die Hamburgschen rectius Deutschen Interessen aufmerksam zu machen; das wird nichts helfen —; engeres Anschließen kann hier allein retten. Auf welchen Basen — das werden Sie dort am besten übersehen, ich kann mir denken, daß vielleicht einige Gefahr für unser Einkommen-Budget zumal aus den indirekten Steuern entsteht, allein auch das wird sich jenen großen Interessen gegenüber arrangiren lassen. Aber gesäumt dürfte nicht werden. Es sind das Existenzfragen, die in diesem Augenblicke zur Entscheidung kommen und deshalb schwerer wiegen wie alle Organisation. Daß Oldenburg im Bündnisse wackelt, kommt da sehr zu Statten, und kann bestens benutzt werden.

Seien Sie mir nicht böse, liebster Fr., daß ich Sie in Ihrer jetzt so bedrängten Zeit und Stimmung noch mit meinen politischen Phantasien plage, und dazu in meiner ungestümen Weise; allein ich habe allen Grund zu fürchten, daß wir zu solchen Dingen nur noch wenig Zeit übrig haben.

---

[1]) Vgl. den Entwurf derselben, wie er im Verwaltungsrath am 26. Februar angenommen, Deutsche Chronik 1850, I. S. 70.

Gestern ist hier mit seinem ganzen Personal der Herr v. Sydow aus Stuttgart [1]) angekommen, ein alberner Pedant; er hat das komische Unglück gehabt, der Gute, daß er nichts ahnend der Eröffnung der Ständeversammlung beigewohnt hat und nun die ganze Thronrede über den Kopf gegossen erhalten hat. Dabei will ich aber notitiae causa gleich erwähnen, daß Gortschakoff uns hier schon einen Tag vor Eröffnung der Stuttgarter Versammlung auf die Thronrede des Königs als auf ein évènement aufmerksam machte. Es ist kein Zweifel, daß dem Kaiser von Rußland die Berlin-Erfurter Sauerei jetzt zuviel wird. Das fühlen die Preußen auch, und einzelne Äußerungen (die zum Theil auch bereits ihren Weg in die Zeitungen finden) sind in dieser Beziehung charakteristisch.

Wie nun Oesterreich weiter vorangeht, bin ich sehr begierig zu sehen; wenn Preußen entschieden sich weigert, bleibt O. nichts anderes übrig, als die Stimmen des Direktoriums, soviel ihrer zu haben sind, nach Frankfurt zu berufen, provisorisch einzusetzen und weiter zu verfahren. Das ist dann freilich der Bruch — aber dahin wird Pr. es auch eben nicht kommen lassen. Jedenfalls ist durch die Münchener Übereinkunft und Oesterreichs Beitritt des letzteren Stellung in possessorio wesentlich geändert und gebessert; während noch vor wenig Wochen die Prolongation des Interims eine Concession Seitens Preußens war, ist sie jetzt eine Concession Seitens Oesterreichs. Daß man immer und immer wieder auf die Bundes-Akte zurückgedrängt werden wird, bezweifle ich nicht; und das lustige ist, daß jemehr Gesandte Preußen von einzelnen Deutschen Höfen abruft, desto mehr eben für Preußen dieses Zurückgedrängtwerden auf die B.-A. unvermeidlich ist.

Ich bin daher begierig auf Nachrichten aus Hannover; hier zweifelt man keinen Augenblick am Beitritt zum 27. Febr. und Reinhard wollte sogar schon vor einigen Tagen wissen, der Beitritt würde am 22. März erfolgen.

Heute schicke ich Gortschakoffs Instruktion an Bennigsen.

Ganz der Ihrige
D.

Nr. 185. Hannover, 27. März.

Noch bin ich Ihnen die Antwort auf Ihren Brief vom 18. schuldig, lieber Freund, und erhalte nun schon den zweiten vom 25. Also eile ich meine Schuldigkeit zu thun. Zuerst also die unerfreuliche Nachricht, daß seit etwa 8 Tagen der König in Folge der thörichten Strapazen am Jubi-

[1]) Der dorther abberufene preußische Gesandte.

läum, und der Aufregung, in die man ihn versetzt, krank ist. Zwar ist das Uebel gehoben, aber ein bedenkliches Sinken der Kräfte eingetreten. Noch ist keine Gefahr; aber in dieser Jahreszeit und bei diesem Alter ist ja für nichts zu stehen. Die Stimmung über unsere Politik scheint sich gebessert zu haben. Die Oldenburger Sache, die Russische Note an Preußen, die Äußerung Schwarzenbergs in einer Depesche an Prokesch, daß er das Münchener Project selbst für ungenügend und in einigen Punkten für unpassend halte, mag dazu beigetragen haben — es ist in parenth. ein schönes Zeugniß für die Ehrlichkeit der Bestrebungen, uns in die Sache hineinzudrängen. Die Antwortsnoten nach Wien sind Ihnen hoffentlich mitgetheilt. Der K. scheint uns haben mürbe machen zu wollen. Daran ist aber eben nicht wohl zu denken; obwohl es die Geschäfte unangenehm hemmen könnte, da wir Budget und Eisenbahn noch an die Stände zu bringen haben. —

Was sonst die Inneren Verhältnisse angeht, so ist die Junker- und Beamten-Reaction stark im Schwange, natürlich auf jene Dinge gestützt, und durch einige ständische Mißgriffe gefördert z. B. die Beschlüsse der 1. C. über die Jagd. Alles hofft aber auf eine Spaltung unter uns. Haben auch schon an Düring geschrieben, er werde doch nicht so dumm seyn, mit uns abzugehen. Ein Ministerium scheinen sie nicht zu haben, wenn auch Wedel[1]) und Kielmannsegge[2]) sehr bereit wären, in eins einzutreten. Man kann den größten Theil dieser Herren für immer unbrauchbar machen, sobald man die Vortheile, die sie sich verschafft, ans Licht zieht. Lütckens kahler Sand in der Elbe, Voß Wilhelms-Plate in der Weser, Kielmanseggés Pacht des Fickmühlenteichs und allerlei Geldgeschäfte, überhaupt die Art und Weise, wie man sich mit den Ablösungscapitalien geholfen; es ist Schmutz. Im Kronprinzlichen Palais scheint man übrigens mit der Politik dieser Seite (aus Erbitterung über Fr. v. Grote) nicht einverstanden und unser Bleiben sehr zu wünschen, zumal wir entschlossen sind, die Regierungsfähigkeit zu behaupten. —

In den Ständen stehts gut. Es ist nur zu bedauern, daß in der 1. C. das Bauernelement die Junker gänzlich verdrängt hat. Einige wären dort sehr gut. Vielleicht geben die bevorstehenden Wahlen im Hildesheimschen das. Für die Osnabrückschen kleinen Städte kommt Staffhorst[3]). Dort haben jetzt die Conservativen ganz gesiegt. Grumbrecht, der für Hantelmann eingetreten, scheint conservativ werden zu wollen. Röben[4]) ist dagegen

[1]) Graf Wedel, vor 1848 Kultusminister.

[2]) Graf Eduard Kielmannsegge, früher Finanzdirektor, später Finanzminister im Ministerium von 1855. — [3]) Dr. jur. in Iburg, Stüves alter Freund.

[4]) Advokat aus Dornum in Ostfriesland.

ein leeres Subject. Einstweilen habe ich Provinzialverfassung, Landdrostei- und Amtsordnung in 2. C. fertig, ebenso wie die Gerichtsorganisation in 1. — mit einiger Gehaltsreduction. Die Landgemeinden halb. Die Democraten wagten gar nicht mal, ihr allgemeines Stimmrecht zu Markt zu bringen. Das ist aber das Hauptstück in der ganzen Sache. Ich möchte auch wissen, wie Wedel pp. sich dazu stellen wollten. Die Exemtion sind sie ohnehin los. Aber freilich der Kern dieser Clique, die Familie Platen, hat von jeher im Lande wenig. Sie sehen, an Muth fehlt mirs nicht, und ich habe auch noch was zu halten. Doch war mir der 22. kein erfreulicher Tag, und oft denke ich mit wahrer Sehnsucht an den Rückzug und an Osnabrück.

Was nun die große Politik angeht, so ist der Durchbruch in Oldenburg sehr erfreulich, befestigt Bremen und wird cultivirt werden. Die Mittheilung für Scherff liegt leider noch still, eben weil S. M. zu keinem festen Entschlusse haben kommen können.

Die eigentliche Complication wird übrigens jetzt ohne Frage in der Dänischen Sache eintreten. Die Russische Note [1]), die Preußen seine Zweizüngigkeit so scharf vorhält, die Gefahr des allgemeinen Krieges so nahe zeigt, ist hier wahrlich bedeutend, und Ihre Notiz über die Kunde Gortschakoffs von den Würtemberger Heftigkeiten ist dabei nicht außer Augen zu lassen. Preußen dagegen mit der brutalen Note an Hügel, mit der von Bennigsen am Sonnabend verabredeten Lüge über Bülows Abberufung [2]), mit der unwahren Abläugnung jener Russischen Note, mit dem gemeinen Angriffe der Deutschen Reform auf das Münchner Project kann in dieser Stellung unmöglich bleiben. Erfurt wird ihm keinen Trost gewähren, wohl aber Schwierigkeiten machen, und ich zweifle sehr, daß ihm alle dort treu bleiben. Die Additionalacte könnte trotz der bloc-Annahme große Schwierigkeiten erregen. Das Schlimmste aber wäre irgend eine Einmischung in die Dänische Sache, die doch sehr wohl möglich wäre. Hätte der Fürst Schwarzenberg in seinem Hochmuth den kleinen Fürsten gegenüber nicht den

---

[1]) Der Wortlaut der Note an den preußischen Gesandten in St. Petersburg liegt nicht vor. Es verlautete, daß sie dem Zweifel an dem ernstlichen Willen Preußens den Frieden herbeizuführen, Ausdruck gegeben und angedeutet habe, daß man in gewissen Fällen Dänemark Schutz angedeihen lassen werde.

[2]) Der preußische Gesandte Graf Bülow hatte am 7. März mündlich die Anzeige gemacht, daß er die Weisung erhalten habe, seinen Posten in Hannover bis auf Weiteres zu verlassen. Motive dieser Weisung waren dabei nicht angegeben. Eine Cirkulardepesche an die preußischen Gesandtschaften vom 13., welche aber nach Hannover nicht mitgetheilt wurde, gab dann als Grund den Rücktritt Hannovers vom Maibündniß an. Graf Bennigsen theilte auf Interpellation am 23. März in Erster Kammer diesen Sachverhalt mit, unter Hinweis darauf, daß eine förmliche Abberufung des Gesandten nicht erfolgt sei.

ganz unzurechtfertigenden Fehler begangen, das Staatenhaus wegzuwerfen, so würde schon jetzt die Sache viel anders stehen. Der Vortheil, den ihm nach Ihrer scharfen Bemerkung das Münchner Project unzweifelhaft bringt, wäre dann noch unendlich größer. — Aber die Bundesacte auch freilich viel viel näher. Und daß wir dahin müssen, ist mir gar nicht zweifelhaft. — Daß man dort glaubt, wir würden beitreten, macht mich lachen. Da wären wir ja rechte Esel, uns erst wie die Jungfern zu sperren und dann doch — — — Nein so geht das nicht.

Was die Geschichte von den „gestohlenen Briefen" angeht, so ist so viel gewiß, daß die Sachen an Dumont [1]) selbst und zwar von Berlin gekommen sind. Unsere Vermuthungen haften noch immer an München. Wahrscheinlich haben die Preußen sie dort stehlen lassen, da Herr von Knesebeck eben nicht sehr vorsichtig zu seyn scheint. Wir werden aber schon der Sache näher kommen.

Doch ich muß schließen. Leben Sie wohl und feiern Sie ein fröhliches Fest.

Ihr

JCBS.

Nr. 186. Frankfurt, 2. April.

Ihrem Briefe vom 27/3. hatte ich diesmal mit rechter Ungeduld entgegengesehen; hinsichtlich vieler Dinge (Minister-Crisis, Anschluß an die Übereinkunft vom 27/2., die hier allgemein behauptet wurde) hat er mich nun beruhigt, beunruhigt dagegen durch die Nachricht über das Befinden des Königs. Gott gebe, daß die Gefahr für diesmal noch vorübergehe, wenigstens bis unsere Deutschen Verhältnisse einigermaßen wieder geordnet sind und die durch ein solches Ereigniß hervorgerufenen Fragen und Bewegungen eine legale Bahn erhalten, in der sie verlaufen können. — Von hieraus ist nun, wie Sie sich denken können, gar Nichts zu melden; denn Frankfurt ist in diesem Augenblicke der neutralste und den diversen Retorten, worin die Deutschen Dinge gekocht werden, am fernsten liegende Platz. Nur die Eine Notiz will ich doch mittheilen, falls sie Ihnen nicht schon sonst zugekommen, daß die beiden Hessischen Höfe, die sonst in der Regel sehr schlecht miteinander stehen, sich einander genähert haben und sich zu einigen suchen über ihr Verhalten gegen Preußen; von Cassel ist Baumbach nach Darmstadt, von dort Dallwigk [2]) nach Cassel geschickt worden. Fällt Kurhessen noch aus dem engern Bundesstaate heraus, so ist der freilich selbst auf dem Papiere — mit der nicht dazu gehörenden Linie von der Nordsee bis Frankfurt — zu Ende. Vielleicht würde Preußen dadurch einen Rück-

[1]) Eigenthümer der Kölnischen Zeitung.

[2]) Frhr. von Dalwigk, Direktor des Ministeriums des Innern.

zug erhalten, den Oesterreich, weil es die Dinge so weit hat kommen lassen, ihm jetzt verschaffen muß. In Darmstadt ist man sehr entzückt über des Königs Antwort auf die Darmstädter Entschuldigungen wegen der Lepelschen Dummheiten. Noch bemerke ich von dortigen Dingen, daß dem zum Staatenhause designirten Eigenbrodt („meinem Freund" wie Gagern ihn einst in einer Proclamation vom April 48 genannt) vom Großherzog ein Programm über sein Verhalten abgefordert wurde; als darin die en bloc Annahme sich fand, für die E. stimmen wollte, mußte er, „wegen persönlicher Gründe", wie die Deutsche Zeitung sagt, die Wahl ablehnen.

In den letzten Tagen hab ich Kübeck und Schönhals mehrfach gesehen; wie wenig diese Herren von Wien aus erfahren, ist ganz unglaublich. Über die Prolongation des Interims wird, soviel hier versichert wird, noch nicht verhandelt. Es ist das ein Punkt, über den vielleicht Sie gerade, da Sie sich Oesterreich nicht zu eigen gegeben, in Wien anfragen könnten, weil man doch die Einwilligung zur Prolongation haben muß, und den beiden Großen das Recht der Kleineren nicht oft genug ins Gedächtniß rufen kann. Ich hab über die Sache mit Kübeck und Schönhals gesprochen und bin der Ansicht, daß O. absichtlich von dieser Frage schweigt, um sie brennend werden zu lassen; Preußen aber kann sie nach seiner Stellung nicht anregen. Ich rieth Kübeck, wenn seine Ansicht irgend Eingang habe, dringend darauf zu halten, daß das Wiener Cabinet das Plenum einberufe behuf einer Revision der Bundes-Verfassung; diese an die Einzelnen gestellte Aufforderung werde den Kleineren Lust und Muth machen, sich von Preußen loszureißen. Daß Kurhessen, Hamburg und mehrere andere auf die Aufforderung eingehen würden, sei außer Frage. Weigere Preußen und die Mehrzahl seiner Verbündeten darauf einzugehen, so müsse das Wiener Cabinet mit Einberufung des Direktoriums drohen, nöthigenfalls auch vorangehen. Wenn dann gleichzeitig das Interim abliefe, werde Preußen selbst schon auf die Bundes-Verfassung greifen —, schon um des Bundes-Eigenthums willen. K. (der nur leider von den deutschen Dingen nicht die allergeringste Idee hat) hat sich diese Ansicht auch nach und nach angeeignet und erzählte mir noch gestern, daß sie Preußen so ernsthaft erklärt hätten, sie würden ihm an der Flotte nicht die allergeringste Bevorrechtigung einräumen, und daß sie Seitens der Comission alle Anordnungen so sehr in diesem Sinne getroffen, daß er wenigstens die Wichtigkeit des Bundes-Eigenthums für die Frage begriffen hat. Freilich bleibt die Flotte am Ende doch nur ein sehr bequemes Objekt für Concessionen. In dieser Beziehung aber komme ich wieder auf die Nothwendigkeit zurück, daß Sie sich im Nordwesten eng schließen. Schicken Sie doch Witte einmal nach Hamburg pp., um für dergleichen auf den Zahn zu fühlen.

Die Preußischen Zeitungen renommiren jetzt, daß Preußen das „westliche Bündniß“ wie sie sich zart ausdrücken, in Unterhandlung genommen. Daß man Französischerseits an so etwas nicht denkt, weiß ich auf das bestimmteste; Persigny [1]) hat Befehl, sich so neutral wie irgend möglich zu halten.

Daß die ständischen Dinge so gut gehen, macht mich recht glücklich, und Stafshorst's Eintritt ist in dieser Beziehung ein großer Gewinn. Wie kommt aber nur Celle dazu, ein solches Demokraten-Nest zu sein?

Von der Antworts-Note nach Wien hab ich keine Abschrift bekommen, wie überhaupt in letzter Zeit nichts von dergleichen, was mir um deßwillen leid ist, weil es wie eine stille Vorsicht und Vorwurf wegen meiner Depesche vom 4. Febr. aussieht.

Der Ihrige

D.

Nr. 187. Hannover, 4. April.

Die gegenwärtigen Zeilen sollen Ihnen bloß melden, lieber Freund, daß sich die Gesundheit des Königs wieder wesentlich gebessert hat. Nachdem er einige Tage allerdings sehr an Husten und Schleimauswurf gelitten, und dann sehr matt war, ist er seit Ende voriger Woche wieder recht wohl. Ich bin am 1. Osterfeste Abends eine Stunde bei ihm gewesen, habe ihn sehr freundlich und aufgeräumt getroffen. In den Geschäften ist er aber noch grämlich.

Die heutige Hann. Zeitung wird Ihnen genügende Auskunft über die Verhandlungen geben.[2]) Fürst Schwarzenberg hat gesagt, er werde auf unsere letzte Erklärung nicht antworten; tant mieux. — Mosle hat seine Stelle niedergelegt, oder will es. — Soviel für heute.

Ihr

JCBS.

Nr. 188. Frankfurt, 4. April.

Vor einigen Tagen erhielt ich die Notiz, daß in Cassel in der nächsten Zeit bedeutende Entwickelungen bevorständen. Da gewiß nirgend in der Welt mehr wie hier in Frankfurt Lügen u. dgl. ausgeheckt werden, und ich lieber gar nicht berichte, als bloße Gerüchte (weshalb ich Sie denn auch bitte, gelegentlich gegen S. Majestät mein Schweigen entschuldigen zu wollen), so habe ich auf jene Nachricht keinen Werth gelegt. Nun aber ist der Kurfürst mit seiner ganzen Familie angekommen, um 14 Tage hier zu

---

[1]) Gesandter in Berlin.

[2]) Abdruck des Schreibens vom 3. April an die Ständeversammlung, die dermalige Lage der deutschen Verfassungsangelegenheit betreffend. S. oben S. 349, Anmerkung 4.

bleiben, und das sieht denn beinahe aus, als wäre an obiger Notiz etwas, — die ich Ihnen also zukommen lasse, weil es vielleicht Interesse für Sie hat, die Augen im Voraus darauf zu richten. — Aus Darmstadt herüber kracht das Eis ganz vernehmlich und ich denke, das debacle wird dort auch bald erfolgen, Kurhessen wäre freilich wichtiger — denn Darmstadt (wie Baden) ist, wie ich das damals in der Unterredung mit den Prinzen v. Pr. (der auch wieder hier angekommen, vermuthlich um weiter zu gehen, denn ich glaube nicht, daß er Lust hat, seinen Carnevals-Aufenthalt noch einmal zu machen) klar bekommen habe, für die Radowitzischen Pläne nur als Tausch-Object von Werth gewesen. Max Gagern hat (dies unter uns) an Lord Cowley von Erfurt aus einen sehr verzweifelten Brief geschrieben; Max ist viel klarer, als der Bruder (was freilich nicht viel sagen will) und wird dem L. Cowley gewiß nicht in solchem Sinne schreiben, wenn er nicht Grund dazu hat.

Daß wir doch in mancher Beziehung in den 2 Jahren etwas gelernt haben, ist mir klar geworden aus dem Eindrucke der Rede von Radowitz;[1]) fast einstimmig war das Urtheil ein verdammendes, namentlich fand man den schlecht verhehlten Zorn unstatthaft, undiplomatisch. Und daß nun R., der Vertreter der Preuß. Regierung, auf die Könige schilt, die es erst seit Napoleons Fall geworden, geht denn doch wirklich selbst den Preußen zu weit; und irre ich nicht sehr, so hat gerade R. einst, als er mir von seiner Stellung (wie er als Katholik eigentlich ein Fremdling in Preußen sei und bleibe pp.) sprach, noch accentuirt, wie die Römische Curie dem Könige von Preußen den Königstitel erst seit dem letzten Concordat, also jedenfalls viel später, als allen andern Deutschen Königen gebe. R. macht mir schon seit 2 Monaten, jetzt aber mehr wie je, den Eindruck eines Menschen, der an einer Bank von fremden Gelde spielt, er verdoppelt den Satz immer, weil er gewinnen muß oder untergehen, und jetzt hat er den letzten Wurf gewagt, er hat nun nichts mehr einzusetzen und muß gewinnen oder kommt ins Zuchthaus.

Daß der Brief so leer, wollen Sie entschuldigen, vielleicht sogar mir Dank wissen; denn Gerüchte könnte ich noch in Masse melden, die hier, wo die vielen Juden, Diplomaten und eine Unzahl mediatisirter Fürsten zusammenhocken, wie die Flöhe ausgeheckt werden, zumal es hier an einer authentischen letzten Instanz fehlt.

Der Ihrige

D.

---

[1]) Radowitz' Eröffnungsrede im Volkshause zu Erfurt am 25. März. S. Deutsche Chronik 1850, I. S. 118.

Nr. 189. Frankfurt, 11. April.

Herzlichen Dank, verehrtester Fr., für Ihre erfreulichen Nachrichten über des Königs Befinden. — Von hieraus theile ich Ihnen nur Verworrenes mit, theile es Ihnen aber mit, weil Sie die Fäden vielleicht vereinigen können. — Erstlich die Verlängerung des Interims betreffend. Meine Gedanken legte ich neulich schon dem Gr. Bennigsen vor, ich würde eine Verlängerung sehr beklagen. Es wird aber auch nach Allem was ich höre (Sie werden wohl besser unterrichtet sein) nicht verlängert; Preußen zwar scheint zu wollen, Oesterreich aber nicht, und Bayern und Würtemberg noch weniger. Aus Stuttgart weht mir die ganz positive Nachricht zu, es würde nicht verlängert. Ähnliche Nachricht soll ein gestern hier aus Wien eingetroffener Courier überbracht haben; da indessen das Gerücht hinzusetzt: Anstatt der 2 (O. und Pr.) werde ein neues Interim in Form einer Trias (Lerchenfeld für Bayern) eintreten, so muß das freilich unglaublich erscheinen. — Dem mir von dort aus mitgetheilten Berichte Knyphausens vom 4. April, worin er von dem Briefe des Kurfürsten von Hessen an den König von Preußen erzählt, kann ich noch Folgendes hinzufügen. Der Prinz v. Pr. hat Hals über Kopf von Koblenz fortgemußt (wo ihm zu Ehren Eichmann [1]) Abends eine Soiree geben wollte) um beim Kurfürsten hier in Frankfurt und beim Großherzoge in Darmstadt den Abfall der beiden Hessen zu hintertreiben. Hier mit dem Kurfürsten hat er 2 Unterredungen gehabt, wovon er nicht sonderlich erbaut gewesen. Er hat dem Kurfürsten zuletzt geradezu gesagt: Tritt doch aus dem Bündnisse! — Der hat geantwortet: Nein ich habe das Recht zu bleiben. Der Prinz hat übrigens sowohl gegen den Kurfürsten als gegen den Großherzog für den Fall des Abfalls mit Truppenmärschen gedroht, auch erklärt, in solcher Weise werde gegen Hannover procedirt werden. Die Hessen werden nun in folgender Weise operiren — nämlich in Berlin eine Note übergeben lassen, worin sie unter Hinweisung auf die Nothwendigkeit einer Revision der B. A. und die von Oesterreich und den 3 Königreichen gemachten Propositionen eine Vertagung des Erfurter Reichstags fordern, um, bevor man den engeren Bund schließt, die Revision des weiteren vorzunehmen. Sie hoffen, daß die übrigen Verbündeten dieses Verlangen in solcher Weise unterstützen würden, daß Preußen — selbst des Rückzuges aus Erfurt froh — darauf einginge. Das weitere werde dann sich finden. — Ich werde wahrscheinlich hier den Kurfürsten sprechen, obgleich er fast Niemanden sieht und sehr zurückgezogen lebt; sollte das der Fall sein und er mit mir in die Sache eingehen, so werde ich frisch von der Leber wegsprechen; denn

[1]) Ober-Präsident.

ich habe gefunden, daß das zumal den Preußen am wehesten thut. In diesem Sinne ist auch die Rede des Königs v. Würtemberg, so unpassend Manches darin, ein bedeutendes Ereigniß. Es ist darin endlich offen und von einer Tribüne herab, die doch noch höher ist, als die in Erfurt, das Wort gesagt worden, was jeder wußte, keiner zu sagen wagte.

Dem Herrn v. Baumbach hab' ich von Ihrem Circular wegen der Deutschen Frage und Hannovers Stellung dazu gesprochen. Er wünschte sehr heftig Abschrift davon. Die habe ich nicht geben können, versprach aber, darum nach Hannover zu schreiben, damit sie ihm von dort aus nach Cassel (wohin er Morgen früh zurückreist) geschickt werde. Könnten Sie, liebster Freund, das wohl veranlassen? es ist gut, dergleichen Beziehungen zu den Nachbaren recht lebendig zu erhalten. — Daß die Note nach dem Haag abgegangen, hat mich sehr gefreut. Ihr getreuester

D.

Nr. 190. Hannover, 11. April.

Bei dem wundersamen Zustande der Dinge, lieber Freund, werden Sie mir wohl gestatten, einmal den Versuch zu machen, mich wieder zu orientiren, indem ich Ihnen schreibe. — Ich will dabei die Erfurtiaden [1]) als bekannt voraussetzen. Was man gewollt, als man Radowitz sich und Preußen compromittiren ließ, und was man jetzt will, ist wohl kaum zu errathen. Ich knüpfe alles an die Verhandlungen mit Östreich über das Interim. Dieses wollten Baiern und die Beiden andern nicht verlängern, ohne selbst Stimmen zu haben. Nun hat Preußen proponirt ein Interim von 8 Stimmen: Östreich, Preußen, die 4 Könige, die Union jeder 2 Stimmen, — Östreich dagegen den Fürstenrath des Münchner Projects, so daß Östreich und Preußen je 2 Stimmen haben. Hier rächt sich nun der Fehler des Münchner Projects, gar keinen Platz für die Kleinen zu haben.[2]) Man kann ohne diese nichts machen, da sie zustimmen müssen. Sie werden sich aber selbst wahrlich nicht aufopfern, so lange ihnen Preußen irgendwie andere Bedingungen bietet, und darin suche ich den Grund, daß Preußen jetzt die Erfurter wieder cajolirt. Man braucht sie zur Zeit, um Östreich pp.

---

[1]) Es werden damit die anfangs April von den Herren v. Radowitz und v. Carlowitz dem Verfassungsausschusse in Erfurt gegebenen Erklärungen gemeint sein, wonach die Rücksichtnahme auf die noch fortbestehenden Verpflichtungen aus dem Bundesvertrage von 1815 eine Competenzeinschränkung der Reichsgewalt insbesondere in Bezug auf das Recht über Krieg und Frieden erforderlich mache. Vgl. dazu v. Sybel, I. S. 360 f. und v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 161 ff.

[2]) Es sollte ihnen überlassen bleiben, sich den Stimmen der Größeren anzuschließen.

etwas abzubringen, und da müssen sie denn wieder Hoch machen. Hat man sie gebraucht, so erhalten sie „befördernden Fußtritt“, mit Herrn v. Hormayr in seiner Groteschen Sache zu reden.

Nun kommen aber noch einige andere Incidentien in die Sache. Erstlich wird Preußen nunmehr auch durch Lord Palmerston sehr stark angegangen, die Dänische Sache zu Ende zu schaffen; es hat, wie es scheint aus diesem Grunde Bonin[1]) abberufen und Willisen dafür geschickt (?). Damit wirds aber allein nicht gethan seyn. Es muß auch abschließen, und kann es das vor dem 1. Mai nicht, quod vix crediderim, so ist die Vollmacht[2]) abgelaufen, und es muß dann eine neue haben, also eine von allen anerkannte Behörde, die solche giebt — das wird denn schon treiben, wenn man in Wien so klug ist, den 1. Mai ins Land kommen zu lassen. Nun aber ist Sachsen entschlossen, wie es scheint, wenn Preußen zu eigensinnig festhält, auf Berufung des Bundestages anzutragen. Dem würden wir dann wohl beitreten, und müßte sich damit zeigen, ob die Leute noch den Muth hätten, sich selbst zu vertreten, oder ob sie nach dem Ausdrucke der Deutschen Reform[3]) das thatsächlich Bestandene zu officieller Geltung erheben d. h. sich Preußen ganz unterwerfen wollen. — Es kann diese Berufung des Bundestages nur in sofern Bedenken haben, als Preußen dann sein Princip wird durchführen wollen, daß ihm die Führung sämmtlicher Unionsstimmen zustände. Es dürften aber, wenn die Hessen sich losmachen, im glücklichsten Falle die 2. 7. 12. 13. und 15. Stimme, also 5, für Preußen seyn. Die 14. 16. 17. wären gespalten, da Strelitz, Lichtenstein, Bückeburg und Frankfurt ausfallen und stände man dann 5 gegen 9, oder, selbst wenn man jene Stimmen gewönne, 8:5 — Mir scheint unter diesen Umständen in alle Wege das festina lente geboten, in den Hessen aber auf jeden Fall der Schlüssel zum Spiele gelegen zu seyn, selbst wenn Baden ohne Hessen zu halten wäre. Im Plenum ists ebenso. Da würde aber die Sache unerheblich seyn, da keine Mehrheit gilt und bei Kriegsfragen die $^2/_3$ auf andere Weise herbeigeschafft werden müssen.

---

[1]) In einem geheimen Artikel zur Waffenstillstandskonvention vom 10. Juli 1849 hatte sich Preußen verpflichtet den General von Bonin aus dem Oberbefehl der Schleswig-Holsteinschen Armee abzuberufen, falls von Seiten der Herzogthümer während der Dauer des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten wieder erneuert werden. Daß die Voraussetzungen dieser Stipulation eingetreten seien, war preußischer Seits anerkannt, und deßhalb Dänemark das Recht, jederzeit die Abberufung zu verlangen, zugestanden.

[2]) Welche unter dem 7. August 1848 vom Reichsverweser im Namen des Deutschen Bundes an Preußen ertheilt war. Mit Ablauf des Interims würde auch der Rechtsnachfolger des Vollmachtgebers fortgefallen sein.

[3]) Organ des preußischen Ministeriums.

Das sind unsere äußeren Dinge. Im Innern geht es 1) was die Stände anlangt gut. Heute ist mein System der Landgemeinden festgestellt, indem dies Stimmensystem zum 3. Mal beschlossen ist. Damit wäre das allgemeine Stimmrecht beseitigt.[1]) Wir werden nun den Kampf noch in den Städten haben, aber dort, meine ich, auch jedenfalls siegen. Nun wird freilich eine heillose Zeit todgeschwatzt; aber im Ganzen sind wir stark fortgerückt. — Es werden denn aber 2) die Schwierigkeiten von anderer Seite kommen. Daß der König mir neulich selbst einmal gesagt hat, er wisse nicht, ob das ausgeführt werden solle,[2]) habe ich Ihnen, meine ich, geschrieben. Gestern hat Münchhausen einige verdächtige Worte fallen lassen, worüber die Leute 1. C. — und zwar die conservativen — sehr entschlossen scheinen, nicht eher ein Budget zu bewilligen, als bis die Sachen genehmigt und publicirt seyen. Es erhebt sich wieder ein Treiben der Junker für ihre Provinziallandschaften u. s. w. und ist das Ende dieses Spiels noch lange nicht abzusehen. So hat denn jedes Jahr seine eigenen Sorgen. Heute vor 2 Jahren war ich außer mir wegen dieses verfluchten allgemeinen Stimmrechts; und heute kämpfe ich wieder gegen die Junker, die damals sich allem im Gefühl ihrer Schwäche unterwarfen. Der Geist des Beamtenthums kommt ihnen dabei natürlich sehr zu statten. — Es ist auch keine Kleinigkeit um ein solches Staatswesen zum eleganten Durchfuttern aller faulen und dummen Jungen. Ich lasse mir jetzt bei den Meldungen zum Examen den Gang ihrer Studien vorlegen. Hohle Worte, und dahinter Faulheit.

Was den König angeht, so habe ich den seit Ostern nicht gesehen. Er giebt noch keine Abendaudienzen. Vielleicht werde ich ihn Morgen früh sehen. Er ist wohl, aber noch matt, und kann immer noch aus seiner Östreichischen Politik nicht heraus, fällt wenigstens bei jeder Gelegenheit wieder darin zurück. So geschieht es denn, daß während alles, die größten Piepmeier, ja die Gothaner in unseren Ständen, die Ueberzeugung hat, daß unsere Politik die richtige gewesen, während über unsere letzte Mittheilung an die Stände niemand einen Laut hören läßt (gewiß die größte Satisfaction), der König sich darüber unbehaglich fühlt. Das wird auch nicht eher anders, als bis sich wieder die Sache zusammengezogen hat; und so müssen wir es der Geduld anheimstellen. Hier zeigt sich Altersschwäche.

---

[1]) Ueber Stüves Pläne bezüglich des Wahlrechts zur Zweiten Kammer s. JCB. Stüve II. S. 145, 148.

[2]) Es war die im Briefe vom 15. März erwähnte Äußerung auf der Soiree beim Kronprinzen.

Doch Sie werden genug haben, und es ist Zeit zur Post. Achten Sie auf eine kleine Broschüre, die nächstens bei Fr. Frommann in Jena erscheint,[1]) und leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 191. Frankfurt, 16. April.

Ich sage Ihnen, theuerster Fr., meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 12. [rect. 11.], der mich orientirt hat, so daß ich den Wirrwarr einigermaßen einzurangiren verstehe. Erfurt bleibt freilich immer noch ein ziemlich dunkler Punkt. Dort ist, wie mir Reichensperger schreibt, kurz vor der Abstimmung über den Patowschen Antrag[2]) ein Adjutant des Königs von Pr. an Radowitz als Courier angekommen, um Einsprache einzulegen gegen die en bloc-Annahme. Radowitz rieth daher noch einmal ab, scharf die Gefahr betonend. Darauf hat dann Camphausen in seiner gewohnten schlottrigen Weise, aber mit förmlich vor Grimm entstellten Zügen, dergleichen dunkle und unmotivirte Rathschläge zurückgewiesen. Und nun meldet heute der Telegraph: — Das Berliner Ministerium habe die en bloc-Annahme genehmigt. Diese Nachricht, zumal da das Staatenhaus noch nicht Beschluß gefaßt hat, erscheint mir apokryph.

In Beziehung auf das, was Sie mir von den dortigen Junker-Gelüsten berichten, kann ich Ihnen noch erzählen, daß Herr von Baumbach (der mir sehr unbedeutend vorkam, wie ich Ihnen neulich wohl schon schrieb), als ich von den inneren Hessischen Verhältnissen ihm sprach, bemerkte, ihn drücke die Eine Cammer und er ziele vorab auf das Zwei-Cammersystem. Ich stimmte dem völlig bei; nun rückte er aber in einer, ich möchte fast sagen naiven Weise heraus: — ja, das Zeug zu einer 1. Cammer habe er auch, die Ritterschaft sei als Corporation bestehen geblieben und so wolle er denn schon unter Hinzuziehung von Standesherrn pp. eine 1. Cammer machen können. Ich erlaubte mir, da er mir dies erzählte, ihn zu warnen, ein solches Experiment könnte ihn am ersten wieder unter Preußische

---

[1]) Es war die Schrift: Deutschlands Bedürfnisse. Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputirten. Stüve hatte das Manuscript am 30. März an Frommann abgesandt. S. auch Stüves Leitartikel in Nr. 84 der Hann. Zeitung vom 8. April: „Was bleibt möglich".

[2]) Auf en bloc-Annahme der Verfassung, mit Vorbehalt späterer Revision, während preußischer Seits vorherige Revision verlangt wurde, um sie theils mit dem Bundesrecht, theils mit der preußischen Verfassung in Concordanz zu bringen.

Der Antrag wurde am 13. April im Volkshause mit großer Majorität angenommen.

Später erfolgte eine Reihe abändernder Beschlüsse. Die Session wurde am 29. April geschlossen.

Herrschaft zurückführen u. s. w. Dergleichen wäre doch wirklich jetzt gar zu dumm. Aber mittheilen wollte ich Ihnen doch dies Gelüste. — Bezüglich der Union erzählte Baumbach mir noch, daß der Prinz v. Pr. sowohl den Kurfürsten als den Großherzog von Hessen verpflichtet habe, bis zum 24. d. M. bestimmte und bindende Erklärungen über ihre Stellung zur Union abzugeben. Der Kurfürst reist, glaub ich, heute nach Cassel zurück. Können Sie von Hannover aus dort stärken und stützen, so wäre das, glaub ich, sehr gut; der Kurfürst, den ich gestern gesprochen, sprach sich geradezu in diesem Sinne aus. Er schien gedrückt und unklar und schien wenig Hoffnung auf einen baldigen Rücktritt zu haben; vielleicht aber hat er mir nicht Alles sagen wollen, da ich nicht daran zweifle, daß die beiden Hessen bald abfallen. Heute Abend kommt hier der Prinz Emil an, bleibt Morgen hier (wo ich ihn sehen werde) und geht übermorgen nach Darmstadt (daß er dorthin schon hier durchgekommen, wie die O. P. A. Z. meldet, ist eine Preußische Erfindung, die dem Prinzen Emil gern die bevorstehende Anti-Gagernsche Wendung aufbürden möchte). Da werde ich denn suchen, mehr zu hören, obgleich Pr. Emil eigentlich jetzt wenig Verbindungen dort hat.

Im Interim geht es jetzt nahe am Prügeln her. Gestern oder vorgestern, wo die Herren sich ihre elendige Situation in irgend einer Sache recht vergegenwärtigten, kam es zu gegenseitigen Anschuldigungen, so daß Bötticher zuletzt geweint hat. Als der bei der Comission angestellte Oesterr. Min.-Rath v. Nell vor einigen Tagen bei irgend einer Gelegenheit in einem Concepte den Ausdruck gebraucht hatte: Bayern als 3te Deutsche Macht, wurde Bötticher wüthend und verlangte zu wissen, wer die erste sei? Da ist denn das gestrichen worden.

Ihr Russischer Gesandter Dörnberg[1]) ist gestorben. Wollen Sie denn nicht bei Zeiten daran denken, diesen Posten, der gerade in der Deutschen Frage sehr bald von Wichtigkeit werden kann, bald wieder zu besetzen? Ich denke mir, daß der König gern einen Militär dorthin schicken wird; — aber könnten Sie nicht wenigstens interimistisch diese Stelle etwa durch Wangenheim oder sonst einen in der Deutschen Sache kundigen und korrekten Mann besetzen?

Ad vocem Rußland komme ich noch mit einer andern Frage, den beiliegenden Brief betreffend. Derselbe ist von dem Buchhändler Schweiger in Clausthal, einem, soviel ich weiß, eben nicht ganz korrekten Charakter. Im Mai 48 wollte man mich am Harze für Frankfurt wählen. Damals wandte sich dieser Schweiger an mich und forderte mich auf, nach Clausthal

[1]) General-Lieutenant von Dörnberg, hannoverscher Gesandter in St. Petersburg.

zu kommen und ein Glaubensbekenntniß abzulegen. Dazu hatte ich keine Lust und gab das schriftlich — hauptsächlich gegen das allgemeine Stimmrecht gerichtet. Darauf wurde ich nicht gewählt, weil vermuthlich Fr. Reden und H. Schweiger sich verständigten, obgleich ich dem letzteren Unrecht thun kann, da ich nichts Schlimmes von ihm weiß. Dieser Schweiger nun schreibt mir diesen Brief wegen eines aufgefundenen Packets Briefe des verstorbenen Generals v. Bennigsen. Natürlich werde ich mich auf eine solche Geschichte in keiner Weise einlassen, ich theile Ihnen aber den Brief mit, damit Sie mit Bennigsen davon reden, falls dieser ein Interesse an der Sache hat. Daß die Briefe ganz unbedeutenden Inhalts sind, ist mit Sicherheit anzunehmen, denn 1. wird der General Bennigsen seiner Schwester nichts von Wichtigkeit oder Compromittirendes geschrieben haben, 2. überall zu jener Zeit und in Rußland nichts derartiges der Post anvertraut haben; 3. aber ist Schweigers Behauptung, er habe das Packet nicht erbrochen, offenbar unwahr, weil ihn dazu nichts verpflichtete. Jetzt möchte er gern die Katze im Sacke verkaufen; wäre irgend Bedeutendes darin, würde er es schon geltend machen und würde sich dann auch sofort selbst auf die Beine gemacht haben zu Mansouroff[1]) oder Meyendorff. An Mansouroff werde ich den Mann auch weisen. Nur wollte ich vorher Graf Bennigsen von der Sache in Kenntniß setzen und habe dazu, was Sie gütigst entschuldigen wollen, Ihre Vermittelung in Anspruch genommen. Es wäre mir lieb, wenn Sie mir den Schweigerschen Brief bald zurückschicken könnten, damit ich dem Manne antworten kann.

Ihr getreuester
D.

Nr. 192. Hannover, 16. April.

Können Sie es glauben, lieber Freund, daß Neubourg heute einen langen Brief von Duckwitz hatte, worin dieser, der am 4. oder 5. aus Leibeskräften sauve qui peut! schrie, nun im Ernst deducirt: Wenn Preußen sich Erfurt widersetzen wolle, so werde die schwarz-weiße Revolution ausbrechen! — Es ist wirklich wahr, und das alles, weil ein Paar Schwarzweiße zum Bahnhof[2]) übergegangen, nachdem sie sich über Radowitz Eröffnungen geärgert! — Ja, sie hegen schon die ernsteste Hoffnung, daß Hannover im Begriff stehe, sich anzuschließen und sehen in unserer Steuererhöhung die Einleitung, während diese umgekehrt, wenn sie den Zweck erreicht, geradezu die größte Erschwerung des Anschlusses ist, weil wir dann

[1]) Russischer Gesandter in Hannover.

[2]) Nämlich zur Partei der Gothaer, welche ihren Vereinigungspunkt im Bahnhofe hatte und in welcher die Radowitzschen Erklärungen stark verstimmt hatten.

noch größere Erträge hätten, also noch größere Opfer bringen müßten. So kindisch unerfahren sind diese Menschen im politischen Leben, daß sie sich gleich einbilden, eine Majorität irgend einer beliebigen Versammlung regiere die Welt. Es ist vollkommen derselbe Dunst wieder in den Köpfen wie in Frankfurt, aber damals hatte dieser Wirbel noch was für sich, jetzt gar nichts. — Man will jetzt bei uns die ganze Sache ungerührt lassen oder lediglich zu den Acten nehmen. In der Versammlung der Linken hat Lang noch Spectakel machen wollen; aber Kröncke[1]) ist ihm entgegengetreten: „Das Land wolle die Reden nicht mehr, sondern die Reformen!" Sie wissen, wie ängstlich abhängig K. von seinen Oestingern ist, und wie toll und thörlich diese noch im Herbst waren. So ist am Freitag und Sonnabend Lang auch mit allen seinen Mucken in den Verwaltungsvorlagen durchgefallen. Diese sind nun bis auf die Städteordnung in 2. C. fertig. Auch hat der König mir die Eisenbahnsachen genehmigt. Der Antrag auf Vertagung[2]) ist am 15. oder 16. aus Cassel an Hrn. v. Dörnberg gelangt; von Darmstadt schreibt man, daß es auch hier das größte Anliegen ist, die Deutschen Verfassungs-Angelegenheiten einhellig und namentlich in Uebereinstimmung mit der K. Hannoverschen Regierung geordnet zu sehen. Östreich fordert die Regierungen auf, ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Vollmacht zur Unterhandlung über die Centralgewalt zu versehen, „wovon jedoch das Verfassungswerk ausgeschlossen"! — Man will diese Aufforderung erst durch Preußen genehmigen lassen. Es ist auf 11 Stimmen abgesehen (nach dem Project eines Nassauer Zwischenträgers Verskamp oder Vorskamp[3])), je drei für Östreich und Preußen, 1 für Baiern, 1 für Würtemberg und Baden, 1 für beide Hessen, Nassau pp., 1 für Hannover ꝛc. — Und dazu nehmen Sie nun diese Erfurter Träumer; ist das begreiflich?!

Der König will sich übrigens auf den Östr. Plan nicht einlassen; er findet es unbillig, daß die beiden großen Mächte sich die Mehrheit der Stimmen zulegen wollen; hoffentlich wird dieses Selbstgefühl ihn ganz mit derjenigen Politik versöhnen, die ihn in die Lage bringt, solches geltend zu machen. Inzwischen soll man auch in Berlin nicht geneigt sein, darauf einzugehen. Man hat dort der Erfurter Rechten, die bereit gewesen, in Masse abzuziehen, erklärt, das Ministerium ignorire noch die Beschlüsse des Volkshauses; man möge suchen, im Staatenhause möglichst viel im Preuß.

[1]) Gutsbesitzer, Depudirter aus Neuhaus a. Oste.

[2]) Des Erfurter Parlaments zu dem Zwecke, um vor Abschluß der Unionsverfassung über die münchener Vorschläge in Verhandlungen zu treten. Depesche vom 13. April, Deutsche Chronik 1850, I. S. 157.

[3]) Hofrath Forsboom-Brentano. Ueber dessen vermittelnde Thätigkeit vgl. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 199, 230, 235 und den folgenden Brief.

Sinne zu erreichen. Man kann sich wohl noch nicht entschließen, dieses Spielzeug, mit dem man zu schrecken meinte, wegzuwerfen, obwohl es hohe Zeit wäre, mit Cromwell zu sagen: Take away that bauble! Hier lacht man nur noch über die Fratze.

Im übrigen gehen die Dinge hier gut. Junker und Staatsdiener sind zwar giftig, aber scheinen sich zu beruhigen; auch der Lüneburger Landtag, wo man große Dinge im Schilde führte, ist ziemlich still verlaufen und habe ich einen Beschluß herausgebracht, der mir die demnächstige Verhandlung erleichtern soll.

Mittheilungen aus Holland lassen mich hoffen, daß man dort die Pläne, die Wasserverbindung mit uns zu verbessern, ernstlich verfolgt. Mir leuchtet das sehr ein, und gäbe ich viel darum, so einen Canalanschluß an unsere Westbahn zu erlangen. Das gäbe uns ein unbedingtes Uebergewicht über Preußen in dieser Beziehung. Können Sie dort günstig für so etwas stimmen, so thun Sie es. Die Haager Regierung hat auch mitzureden, obwohl die Hauptsache von der Provinz Overyssel ausgeht.

In Oldenburg ist alles toll und verkehrt. Der Großherzog hälts eigentlich mit seinen Ständen, aber läßt seine Minister wirthschaften, und diese, die zugleich in Oldenburg und in Erfurt das Entgegengesetzte erklärt, rennen mit den Köpfen an die Wand und wissen nicht, was sie wollen und sollen. Jetzt fährt Hr. v. Budberg [1]), den Sie kennen, dort in Hofequipage; ob er sie klüger machen wird, muß man sehen. — Die von Ihnen anheimgegebene Mittheilung ist nach Cassel gegangen.

Und nun noch eins. Nehmen Sie sich doch etwas zusammen und schicken Sie S. M. französische Berichte. Sie haben mir so interessante Sachen geschrieben; warum nicht dem alten Herrn, der Ihr Französisch so schön findet? Es ist nicht gut, sich excusiren zu lassen; die großen Herren wollen das nicht.

Daß in Braunschweig Scandal gewesen, werden Sie gelesen haben. Dort ist wirklich alles gänzlich niet- und nagellos und wird wohl endlich der Prügel regieren müssen.

Damit sage ich Ihnen denn für heute Lebewohl.

Ihr

JCBS.

---

1) Baron Budberg, Legationsrath bei der russischen Gesandtschaft in Berlin, früher in Frankfurt.

Nr. 193. Frankfurt, 21. April.

Ihren Brief vom 16/17. mit den Geschichten von der wechselnden Stimmung des Herrn Duckwitz erhielt ich gestern, zugleich mit Ihrer Broschüre, die mir von Jena aus (wohl von Frommann) zugeschickt wurde. Auf diese, an der ich mich wahrhaft erbaut habe, so schmerzlich es auch ist, darin immer und immer nachgewiesen zu sehen, wie wir so gar nicht weit vom Rechten sind und es doch nie und nie erreichen, komme ich wohl zurück; was jene, die Stimmungen des Herrn Duckwitz, betrifft, so meine ich fast, daß Duckwitz mit dergleichen Berichten mehr darauf ausgeht, Stimmungen zu erregen, als daß sie wirklich das Produkt seiner eigenen Stimmungen sind. Ich theile Ihnen dafür hier einen andern Bericht mit aus dem adytum des Verwaltungsraths, Abschrift eines Briefes von Liebe an Jürgens, den letzterer (wie Liebe ihm das wohl mit früheren hieher geschriebenen gestattet hat, mit diesem aber wohl schwerlich gestattet haben würde) mir zur Ansicht hieher geschickt hat, und von dem ich nun für Sie (aber nur für Sie) Abschrift nehmen ließ. Es ist Manches von Interesse darin, namentlich wie die Gothaer in Allem klein beigeben, sogar auf die besondere Unions-Regierung verzichten. Von letzterer Notiz wird wohl zu rechter Zeit Mittheilung nach Darmstadt und Cassel kommen. In Cassel, glaube ich, könnten Sie hie und da sehr fördernd nachhelfen. Daß Baumbach mir unglaublich unbedeutend erschien, habe ich, meine ich, gemeldet; er nimmt aber gern Rath an, und der Kurfürst hat gegen mich geradezu den Wunsch ausgesprochen, über die Deutschen Dinge mit Hannover in ein näheres Verhältniß und Benehmen zu treten. Ich habe über die Audienz, die ich beim Kurfürsten hatte, an den König berichtet, französisch leider, was mich quält, weil man da immer nur sagen kann, was die Sprache will, nie die Sache. Damit, sowie mit einem folgenden Berichte über Mittheilungen, die mir mein besonderer Freund und Gönner, der Prinz Emil (ein wirklich bedeutender Mensch) gemacht hat, bin ich den Befehlen Sr. Maj. wegen öfterer Berichterstattung sehr gern nachgekommen. Der König wird nun meinen, diese Berichte seien nur in Folge seines erneuten Befehls abgestattet; das ist aber nicht der Fall, ich würde beide auch ohne diesen Befehl abgestattet haben; denn nur Mangel an Stoff war Anlaß meines Schweigens. Ich muß nun sehen, wie ich weiterhin Stoff anschaffe, da ich doch nicht alle leeren Gerüchte schreiben mag. Ich erzähle Ihnen das, um nöthigenfalls, wie mein früheres Schweigen, so jetzt jene Berichte gegen S. Maj. zu erklären. — Daß Oesterreich den Vorschlag gemacht zu einem Congresse von Bevollmächtigten zur Unterhandlung über die Central-Gewalt, kommt mir gar wunderbar und abenteuerlich vor. Soll denn etwa, während die unterhandeln, die Comission fortbestehen?

In aller Ewigkeit kommt es zu keinem Resultate, wenn hier ein Congreß über eine Central-Gewalt verhandeln soll und bei jeder Frage nach allen 32 Winden um Instruktion geschrieben werden muß. Hier müssen Mißverständnisse oder dergleichen zu Grunde liegen; ich halte das nicht für möglich. Um so besser haben Sie gethan, zu erklären, daß Sie Oesterreich und Preußen die 3 Stimmen nicht zugestehen. Sie müssen nur von dieser Erklärung Nachricht an die andern Höfe geben; denn darin, daß die Staaten 2. Ranges sich soviel wie möglich auf eine und dieselbe Linie bringen, sich so eng wie möglich ins Einvernehmen setzen, sehe ich die Möglichkeit, daß sie den beiden Großen Widerstand leisten können. Nun noch eine Bitte, aber eine recht dringende. Sie schreiben mir, Oesterreich habe jene Aufforderung erlassen „nach dem Projekte eines Nassauer Zwischenträgers Verskamp oder Vorskamp". Ich verstehe das nicht recht: rührt das ganze Projekt, das F. Schwarzenberg sich dann doch angeeignet hätte, von dem genannten Zwischenträger her — oder was für eine Rolle spielt der sonst dabei? Und nun vor allen Dingen: wie heißt der Mann? Ist es vielleicht ein Nassauischer Hofrath Forsboom? Dies ist ein Verwandter meiner Frau, ein reicher, hier ansässiger Mann, ein N . . . . ohne Gleichen, toll darauf, eine politische Rolle zu spielen, der sich aus diesem Grunde schon im Frühjahr 49 an verschiedene Leute, namentlich an den Erzherzog, nach meinem Eintritte in das R.-Ministerium an mich, darauf (weil ich ihn derb abfahren ließ und vom Erzherzog, der gern fraubasiges Geschwätz hatte, ein Gleiches durchsetzte) an den Prinzen von Preußen machte, — und der jetzt, seit Anfang Januar von hier abwesend, fortwährend zwischen Wien und Berlin hin- und herreiset, ohne daß ich (oder mein Schwager, der Dr. v. Guaita, dessen Schwiegervater Jener ist) irgend herausbringen können, was der Mann dort zu thun hat, während ich doch weiß, daß es ihm — vermuthlich unter Berufung auf den Erzherzog pp. — gelungen ist, an den F. Schwarzenberg zu kommen. Entschuldigen Sie diese lange Auseinandersetzung. Die Erwähnung eines Nassauischen Zwischenträgers Namens Vorskamp brachte mich darauf, daß das der Nassauische Hofrath Forsboom sein könne. Können Sie das nicht sicher erfahren? Ist es wirklich der Hofrath Forsboom, dann — ja dann weiß ich wirklich durchaus nicht, was ich sagen soll; denn das ist wirklich ohne alle Übertreibung gesagt in allen politischen Dingen der größte E . . ., der existirt. Und der sollte ein Projekt für eine Centralgewalt gemacht haben! Nein, es kann nicht sein; aber es verlohnt doch, nachzufragen, weil eben dieser Forsboom zur Verwunderung seiner ganzen Familie in einem fort zwischen Wien und Berlin hin- und herreist und dabei in bedeutungsvollen politischen Anspielungen schreibt. Es ist der Mühe werth,

nachzufragen; wäre es wirklich, so wäre das Wiener Cabinet in den Deutschen Dingen wirklich kindisch geworden.

Daß die Hannoverschen Dinge so gut gehen, ist mir die größte Freude und Beruhigung, der Segen wird sich erst recht offenbaren, wenn die eigentlich politischen Fragen abgeblättert. — Wegen des Canalanschlusses will ich mit Scherff sprechen, der persönlich mir sich, wo und wie er nur kann, gefällig erweiset, also sich gewiß für die Sache interessiren wird, sobald er nur Näheres weiß. Könnten Sie mich, den in all diesen Dingen gründlich Unwissenden, nicht mit Kurzem darüber au courant setzen, damit ich bei Scherff ein Gleiches thue? Scherff wird, so wie in den Deutschen Dingen etwas mehr Grund zu sehen, nach dem Haag gehen, um dort bestimmend einzuwirken; da könnte er dann dort auch für jene Sache etwas thun.

Ihr

D.

Nr. 194. Hannover, 24. April.

Morgen ists ein Jahr, lieber Freund, als wir uns nicht anders mehr zu helfen wußten, als durch Auflösung der grundrechtlichen Cammer; und vorgestern hat die 2. C., die in der Mehrheit aus denselben Personen besteht, sich nicht aus dem Lachen bringen lassen, so lange Bueren mit Emphase die unentgeltliche Aufhebung der Jagd wegen der Grundrechte forderte. Ich bin aber doch nicht zufrieden. Ueber die Besoldungen der Gerichte sind am Sonnabend dumme Schlüsse gefaßt, und gestern über die Ausübung des Jagdrechts ebenfalls. Beides wird rückgängig zu machen sein; aber im gegenwärtigen Augenblick ists schlimm. Der König ist noch fortwährend auf seinem irrigen Wege und hat nun im Sinne, Schele[1]) wider unsern Rath zum Schiedsrichter für Mecklenburg[2]) zu ernennen. Daß wir das nicht zugeben können, brauche ich nicht zu sagen. Aber welcher Mißgriff, in einem Augenblick wie dieser an der eigenen Kraft zu rütteln. — Will er uns los seyn, so kann er es später ja viel sicherer und besser thun. Man möchte glauben, daß die Kraft des Geistes abgenommen habe. — Ihre Mittheilungen sind nun unter diesen Umständen von dem größten Interesse. Erstlich ists sehr gut, daß Sie berichtet. Er will das einmal und Sie müssen es. Mit den auswärtigen Angelegenheiten und dem Militär

1) Geh. Cabinetsrath, der spätere Minister.

2) Über die Beschwerde der Ritterschaft wegen des am 10. November 1849 publicirten Mecklenburg-Schwerinschen Staatsgrundgesetzes, für welche die Bundes-Central-Kommission auf Grund der Patent-Verordnung vom 28. November 1817 und der Bundes-Austrägal-Ordnung die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeordnet hatte.

hat er sich immer noch beschäftigt. Es ist zu wünschen, daß ihm das bleibe; sonst scheinen jetzt wieder allerlei Gelüste aufzutauchen, ein Cabinet zu machen. Sodann sind die Propositionen, deren ich erwähnte, von Östreich allerdings nach Berlin gegangen; aber wie F. Schwarzenberg jetzt sagt, auch eine andere, wonach Östreich und Preußen je 2 Stimmen, also in toto 9, haben sollen. Preußen hat, wie es scheint, ausweichend geantwortet; ohne Zweifel will man dort erst die Erfurter Sache ins Klare bringen. Ich meine, Ihnen geschrieben zu haben, daß Radowitz neulich hinter dem Rücken der Minister mit dem König correspondirt und die zweideutigen Erklärungen erhalten hatte, die Carlowitz im Staatenhause zum Besten gab. Daß man nun in Berlin wieder dilatirendes Verfahren eingeschlagen hat, scheint deutlich zu zeigen, daß man weiter will, und so kann jener letzte Gedanke, den man bisher auch vermuthen mußte, dessen klarer, bis zur wahren Landesverrätherei erhobener Ausdruck mich aber doch fast erschreckt hat, der Ausführung nahe seyn.[1]) Ich möchte glauben, daß Manteuffel darauf hinarbeitet, während Radowitz sich doch nicht ganz zu diesem Bunde „mit Wenigen“ herabstimmen kann. Ob das durchzuführen sey, möchte ich nach einer Russischen Erklärung, daß man schlechterdings keine Mediatisirung dulden werde, kaum glauben. Der Nassauer, von dem die Rede war, ist allerdings Hr. Forsboom; ich hatte den Namen nicht im Gedächtnisse. Sie werden die betreffende Depesche erhalten. Uebrigens hat Bennigsen ihn schon dort getroffen und von Schwarzenberg gehört, er sey ein reicher Mann, der sich eben deßhalb viel um den Frieden bekümmere, reise beständig zwischen Wien und Berlin hin und her, wo Hr. v. Manteuffel ihm allerlei vorlüge. Er ermangele denn auch nicht, ihn mit gleicher Münze zu bedienen. Jene Depesche gab nun aber der Sache doch einen anderen Character. Das bringt mich auf eine Sie persönlich betreffende Angelegenheit. Gr. Platen schreibt nämlich privatim an Bennigsen: Der Fürst Schwarzenberg habe ihm gesagt, man möge Sie doch nicht zum Bevollmächtigten in Frankfurt ernennen, mit allerlei dummem Schnack von Freundschaft pp. Bennigsen war wüthend über diese Unverschämtheit, zumal Witte an Ihrer Stelle empfohlen war. Neubourg bemerkte, er habe Ihnen schon früher angedeutet, wie der König selbst diese stümperhaften Junker auf Sie eifersüchtig gemacht; er habe das in guter Meinung gethan, fürchte aber fast, daß Sie es übel aufgenommen. Verzeihen Sie, daß ich Ihnen diese unangenehmen Klatschereien schreibe. Aber die Wahrheit zu wissen, darauf kommt in diesen Verhältnissen ja alles an. Ohne Zweifel ist jener gestohlene Bericht der Grund des Uebels, und mag man überhaupt

[1]) Vgl. Stüves Artikel: „Die Erfurter Revision“ in Nr. 102 der Hann. Zeitung vom 29. April.

geglaubt haben, für den Orden in Ihrer Person sich einen Schuft wie die alten Bundesgesandten heranzuziehen. Sich so geirrt zu haben, vergiebt man nicht.

Nun aber zu dem Hauptgegenstand des Briefs, den ich schon oben andeutete. Nach Cassel wird von hier vorsichtige Mittheilung ergehen. Dagegen war man zweifelhaft, ob Sie nach Darmstadt solche selbst gelangen lassen würden. Man hat hier kein Mittel, als das der offiziellen Correspondenz. Haben Sie die Güte, mir darüber umgehend zu schreiben. Auch sonst wird die Sache nicht unbenutzt bleiben.

Nun lassen Sie mich noch auf Holland kommen. Sie kennen meine Vorliebe für eine politisch-strategisch-commerzielle Verbindung mit diesem Lande, das ja unsere natürliche Vertheidigungslinie und den einen Ausgangspunkt des westphälischen Verkehrs in sich schließt. Allein aus einer nächstens an Sie gelangenden Depesche werden Sie sehen, daß man darauf ausgeht, Limburg von Deutschland wieder abzulösen. Das geht nicht. Was das Canalproject der Staaten von Overyssel angeht, zu dem jetzt noch ein anderes der Staaten von Drenthe kommt, so muß ich es auf ein andermal verschieben, Ihnen ausführlich darüber zu schreiben. Ich suche die Sache noch aufzuklären, die für mich viele interessante Seiten hat, namentlich wegen der Wohlfeilheit der holländischen Canalbauten.

Ich komme noch einmal auf die Preußisch-Östreichischen Dinge zurück. Der Plan war von mir richtig gemeldet. Congreß aller Deutschen Staaten zu Frankfurt, um das Provisorium zu berathen. Das Interim sollte fortbestehen. Die Königl. Regierungen haben sich gegen das Project der 3 Stimmen von allen Seiten erklärt. Da ist Einigkeit. Auch will man das Interim nicht verlängern. Darauf hatte Schwarzenberg die oben erwähnten milderen Reden gebraucht. — Jetzt, da man uns nöthig hat, um das Präsidium zu sichern u. dergl., zieht man wieder gelindere Saiten auf. Jenes Präsidium aber geben wir zu.

Nun aber kann ich Ihnen die Preußische Erklärung melden. Diese geht dahin: Preußen könne nicht ganz mit Erfurt brechen, werde aber nach vollendeter Revision alle Staaten des Bündnisses um ihren Beitritt zu demselben fragen. Treten dann mehrere zurück, so werde man in Erwägung ziehen, ob die revidirte Verfassung noch den Bedürfnissen einer so limitirten Union entspreche (NB. NB.). In jedem Falle aber werde man alles, was einen unitarischen Character an sich trage, entfernen (???). Der Einladung aller, auch der verbündeten Deutschen Regierungen nach Frankfurt könne Pr. sich nicht widersetzen, da es die Existenz dieser Staaten anerkenne; aber es bestreite denselben den Character einer Plenarversammlung des Bundes, indem es das Stimmenverhältniß nicht mehr

respectiren könne. Es werde aber die Versammlung als einen Congreß der Staaten betrachten und daran Theil nehmen. Solchen aber nur zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt zu berufen, scheine ihm nicht angemessen, sondern nur zur Bildung einer dauernden Verfassung, zu welchem Ende es Vorschläge machen werde. — Es sey bereit, das Interim fortdauern zu lassen und wolle, um den Ansprüchen der Königreiche in etwas zu genügen, demselben alle politischen Functionen nehmen und nur die rein administrativen lassen.

Das ist die Erklärung. Schleinitz hat nun noch geäußert: Pr. sey mit der Revision durchaus zufrieden und werde keine Aenderung vorschlagen, so lange es glauben dürfe, daß alle Verbündete festhalten. Nach dem Ende der Berathung, also in etwa 8 Tagen, werde man die Versammlung vertagen und erst nach eingegangenen Erklärungen wieder einberufen.

Hieraus kann man nun noch immer nehmen, was man will. Der Satz: man wolle den unitarischen Character vermeiden, kann bestimmt seyn, Einsprüche zu entfernen, kann auch ad libitum gemeint seyn. Jedenfalls zeigt sich wieder das Entscheidende in der Stellung der Hessen.

Bülow [1]) hat wegen seines Mecklenburgischen Ministeriums an Bennigsen geschrieben, er habe halb gezwungen, den Befehlen des Königs Folge leistend, annehmen müssen. — Diese Preußischen Zustände, mit all dieser Servilität auch ihrer besten Leute, sind unser einem gänzlich unbegreiflich. Noch unbegreiflicher aber, wie daraus über Nacht ein constitutioneller Staat wachsen soll.

Leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 195. Frankfurt, 26. April.

Ich hab da einige Dinge, über die ich Sie, liebster Fr., wieder inkommodiren muß. Einmal nämlich hat Scherff mich gefragt und eventualiter mich gebeten, mich dieserhalb zu erkundigen: was von Hannover aus den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen auf deren Anzeige, daß sie ihre Souveränetät an Preußen abgetreten, geantwortet worden sei? Dem Niederländischen Cabinet haben jene die Anzeige gemacht (doch wohl auch in Hannover?), nun hat man dort, der Deutschen Dinge

---

[1]) Der bisherige preußische Gesandte in Hannover war vor kurzem zum leitenden Minister in Mecklenburg-Schwerin ernannt.

unkundig, sich wie gewöhnlich mit einer Frage an Scherff gewendet, was zu thun. Der wünscht nun zu wissen, was Sie gethan, um danach seine Antwort nach dem Haag einzurichten. — Ich habe mit Scherff auch vorläufig wegen des Canalanschlusses gesprochen, wovon Sie mir schrieben. Er wird wahrscheinlich, wenn es hier zu einem Bevollmächtigten-Congreß oder überhaupt zu einer neuen Entwicklungsstufe der Deutschen Dinge kommt, nach dem Haag gehen, um dort Rath zu geben und sich Instruktionen zu holen. Für diesen Fall wird er, wie er mir sagt, eine solche Sache, wenn sie irgend dazu angethan, gern betreiben und zu fördern suchen; er wünscht aber für diesen Fall nicht bloß einiger Maßen über die Sache unterrichtet zu sein, sondern auch vor Allem, daß, wenn er dorthin kommt, dieselbe dort schon anhängig sei, damit er nicht die ersten Eröffnungen darüber zu machen habe, was ja auch an und für sich nicht anginge. — Scherff hat mir auch die Note mitgetheilt, die das Haager Cabinet an den Gr. Dobblhoff[1]) auf die Mittheilung und Einladung, der Münchener Convention beizutreten, erlassen hat. Ich habe Einiges darüber in meinem gestrigen Berichte an den König mitgetheilt, da mir bei sonstigem Stoffmangel diese Mittheilung sehr gelegen kam. Da diese französischen Berichte dem König Spaß machen, so schicke ich sie gern, obgleich bei dem Mangel eines bestimmten Stoffes die Sache etwas Peinliches hat, — abgesehen von dem Französischen, das ich vor 12—14 Jahren ganz fertig sprach und schrieb, seitdem aber so verlernt habe, daß ich ohne meine Frau jene Berichte gar nicht würde machen können.

Ein anderer Punkt, über den ich Ihnen zu schreiben habe, ist das Anlehen, das Sie für Ihre Eisenbahnen brauchen werden. Rothschild hat sich nämlich an mich gewendet und wünscht nichts sehnlicher, als demnächst dabei berücksichtigt zu werden; er sagt, die Hannoverschen Juden kämen ihm doch, da wolle er jedenfalls viel lieber direkt mit der Regierung zu thun haben. Ihm scheint nur das Schatz-Collegium als Unterhändler sehr fatal zu sein, da er namentlich über den konfusen Lang klagt, auch über Bothmers Grobheit. Ich will Ihnen das wenigstens melden; kommt es so weit, so können Sie ja immerhin in aller Stille nach den Bedingungen fragen lassen, die er bietet.

Die Deutschen Dinge scheinen ja verwirrter als je, einem Bruche fast nahe. Wird Oesterreich mit der Berufung des Congresses vorangehen? weigert Preußen sich wirklich, denselben zu beschicken? In beiden Hessen scheint das Schwanken fortzudauern, Baumbach schickte mir die Note, um sie in die O.P.A.Z. zu bringen; wahrscheinlich sollen die darin angeregten

[1]) Freiherr von Dobblhoff-Dier, oesterreichischer Gesandter im Haag.

Fragen auf dem Gothaer Fürsten-Congresse[1]) zur Erledigung kommen. Die Preußische Majestät wird da sich in etwas komödiantischer Glorie fühlen, Radowitz will ihr dort ein „Parterre von Großherzögen" vorführen, darum haben auch die Schauspieler in Gotha bleiben müssen. Kommt es dazu, so wird damit Erfurt ganz todt gemacht und die Nichtigkeit dieses parlamentarischen Treibens ganz bloß gelegt. Wissen Sie nicht, ob der Kurfürst von Hessen hingehen wird und wäre nicht in irgend einer Weise von dort aus auf ihn einzuwirken? Der Großherzog von Baden soll förmlich geholt werden. In Darmstadt wird Prinz Emil, der noch dort ist, thun, was sich irgend thun läßt, aber der Großherzog ist ein gar zu schwacher P ..... Und Oldenburg?

Ihr

D.

Nr. 196. Hannover, 29. April.

In der fraglichen Sache, liebster Freund, ist von hier aus bis jetzt gar keine Antwort ertheilt. Von anderen Seiten hat man ein bloßes recepisse gegeben. Das ist auch wohl das Richtige, so lange keine Form für Bundesverhandlungen vorliegt.

Wegen Rothschild will ich mit Lehzen sprechen. Dieser denkt aber zur Zeit ein großes Anlehen nicht zu eröffnen, da Geld im Ueberfluß vorhanden und hier im kleinen sehr wohl für das erste Bedürfniß zu leihen ist. Erst in einigen Jahren werden die großen Bedürfnisse kommen.

Die Confusion der Deutschen Sache ist traurig. Daß Preußen nun die Vertretung der Union beanspruchen soll, werden Sie wissen, so wie daß Östreich auf Grund des Art. 6 der Bundesacte berufen will; auch wohl, daß man sich nun in München und Wien beeifersüchtelt. Gott weiß, was das werden soll. In Oldenburg äußerste Rathlosigkeit.[2]) Nachdem das Ministerium durch seine Unwahrhaftigkeit sich die Stände wieder selbst aufgehetzt, hat es sie nun re infecta vertagt, und damit den Unwillen aufs höchste gesteigert. Der Großherzog sieht ein, daß das nicht geht, kennt

[1]) Der Gedanke eines nach Gotha zu berufenden Fürstenkongresses behufs Beschlußnahme über die Revisionsbeschlüsse des Erfurter Parlaments war vom Herzog von Coburg angeregt. Der Gedanke wurde vom König von Preußen aufgenommen, der Kongreß aber auf den 8. Mai nach Berlin berufen.

[2]) Ueber den Konflikt des oldenburgischen Ministeriums mit den Ständen, welche an die Erfurter Beschlüsse nicht gebunden sein wollten, so lange nicht auch Sachsen und Hannover beigetreten, s. Deutsche Chronik 1850, I. S. 117, 118, 164, 176, 179. Vgl. Hann. Zeitung Nr. 94 v. 19. April. — In Bremen war die Stellung der Bürgerschaft eine ähnliche.

die Gefahr, die ihm droht, fühlt sie und weiß auch nichts zu thun. Dem Bremer Senate hat Duckwitz gerathen, sich mit der Bürgerschaft zu vertragen, obwohl die Weserzeitung noch sehr zürnt.

Nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Nr. 197. Frankfurt, 30. April.

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 24., der endlich über die Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin einiges Licht gab. Hier wußte Niemand etwas; die Mitglieder der B. Comission am allerwenigsten, die daher auch die alleralbernste Rolle spielten. Ihr Brief nun orientirte hinlänglich; freilich zeigt die heute Morgen hier eingetroffene Oesterreichische Note[1]), die die Bevollmächtigten hieher einberuft (dem hiesigen Senate bereits heute Mittag mitgetheilt), daß jene Unterhandlungen zu nichts geführt haben und daß Oesterreich ohne Preußen vorangeht. Es ist endlich ein wichtiger und entscheidender Schritt, tausendmal bedeutender, als die Münchener Convention und all jener Kram. Preußen wird schon kommen, und wenn dann die Dinge einigermaßen geschickt geführt werden, wird sich's schon machen. Fürs Erste nur ein Central-Organ, ein lebensfähiges geschaffen, das ist die Deutsche Verfassung. Das Übrige kristallisirt sich dann von selbst um diesen Mittelpunkt. Preußen wird ohne Zweifel den Congreß beschicken, nnd daneben vielleicht noch Versuche machen, sich mit Oesterreich zu verständigen, um die B. Comission fortbestehen zu lassen. Dann würde es darauf ankommen, jenen beiden Großmächten die alleinige Handhabung der Executive zu entwinden, was indessen auch kaum schwer sein dürfte. Wenn es dagegen zu der wirklichen Revision der Bundes-Verfassung kommen sollte, namentlich zu der Frage: Volkshaus oder nicht? — dann graut mir, denn ich kann mir keine lebensfähige Verfassung mit einem Volkshause denken. Doch das hat Alles noch Zeit.

Scherff hat mich die Antwort lesen lassen, die Sie vom Haager Cabinet bekommen haben; die Intention Limburg loszureißen, schaut allenthalben hervor. Eben darum aber sind Änderungen der Bundes-Gesetze nur mit größter Vorsicht zu machen. Sie haben nun auch dorthin Abschrift der

[1]) Cirkularschreiben vom 26. April. Da die Bildung eines neuen provisorischen Central-Organs unabweisliches Bedürfniß, die Verhandlungen mit Preußen wegen eines gemeinschaftlichen Vorschlags hierüber aber erfolglos geblieben, berief Oesterreich auf Grund der Art. V und VI der Bundesakte eine Plenarversammlung von Bevollmächtigten aller Bundesstaaten auf den 10. Mai, um zunächst ein solches Organ zu bilden, und weiterhin die nothwendige Revision der Bundesverfassung in Erwägung zu nehmen. Deutsche Chronik 1850, I. S. 181.

Note bekommen, die vom Haag aus auf die Einladung, der Münchener Convention beizutreten, gegeben worden ist. In Darmstadt stehen die Sachen sehr gut. Ich habe, nachdem mein heutiger Bericht an S. Maj. schon fertig war, noch Briefe vom Prinzen Emil gehabt (dem ich Ihre Antwort vom 18. auf die Oesterreichische vorläufige Einladung vom 14. mitgetheilt, auch sonst geschrieben hatte, was ich von Ihnen erfahren), und in diesem Briefe schreibt er, daß er Darmstadt sehr beruhigt verlassen, „es sei nicht leicht, aus falsch genommenem Geleise in das richtige wieder einzulenken, besonders, wenn anderer Seits kein Mittel unversucht bleibt, in ersterem beharren zu machen. Indessen, sei die Erkenntniß gewonnen, daß jene Richtung zum Verderben führe, so könne zwar eine gewisse Unsicherheit und Zaghaftigkeit die Schritte begleiten, welche auf den Standpunkt zurückführen, der nie hätte verlassen werden sollen, aber er wird unfehlbar erreicht" u. s. w. u. s. w. Jetzt ist zwar der Prinz v. Pr. hier und wird sicher auch nach Darmstadt gehen, was um so schlimmer, da Prinz Emil heute dort fortgeht, allein ich glaube, daß man trotzdem in Darmstadt fest bleibt. In Baden aber ist die Stimmung Anti-Preußischer als je.

Lassen Sie, liebster Freund, mich nun von persönlichen Angelegenheiten reden. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre deßfalsigen Mittheilungen. Daß ich Neubourg früher für sein wirkliches Freundschaftsstück, das ich keineswegs verkannt oder gar übel empfunden, sondern recht von Herzen erkannt habe, nicht gedankt, ist nur unterblieben, weil ich den Brief an Neubourg überhaupt aufschob, und als ich endlich schrieb, [an] jene Sache vergessen hatte. Ich kann mir, zumal ich die Diplomaten vom Fach täglich mehr kennen lerne, denken, welchen Anstoß es hätte geben müssen, wenn des Königs Wohlgefallen an einem Berichte von mir sich so kundgegeben hätte, und darum mußte ich Neubourg zum aufrichtigsten Danke verpflichtet sein. — Was nun jenes Wiener Verlangen betrifft, so steckt Niemand dahinter als Rechberg, was Sie schon daraus sehen, daß Witte statt meiner in Vorschlag gebracht worden. In Wien weiß aber nur R. von Witte, schätzt ihn — mit Recht — sehr, obgleich vor Allem dessen entschiedenen Preußenhaß, weiß, daß Witte (mit dem er auch, glaub ich, in Correspondenz steht) in diesem Augenblicke nicht verwendet wird. Gegen mich hat Rechberg einen ernsten Groll, weil ich nicht zugab, daß der Erzherzog und das R.-Ministerium sich von Rechberg brauchen ließen. Da er mir mehrmal durch den Erzherzog und selbst durch den sonst durch und durch nobeln Wittgenstein die elendesten Intriguen spielte, so hab ich ihm einige böse Scenen gemacht und einige Male sogar etwas brutal behandelt, was so ein enger, kleinlicher acariatrer Mensch nicht vergißt. So ist der gestohlene Bericht sicher nur der Anlaß gewesen, der Grund ist älter und

geht namentlich auf die Scenen zurück, die ich Rechberg im Mai und Juni 49 machte, als ich die in Vorarlberg stehenden Oesterreicher in Baden einrücken lassen wollte, was er verhinderte, und als nun, nach fürchterlichen grimmigen Briefen von Schwarzenberg dieserhalb, er sie einrücken lassen wollte, als Rastadt bereits über war, und wir riskiren mußten, von dem elenden Badischen Ministerium desavouirt und uns die Anerkennung versagt zu sehen. Diese Geschichte hat er nie vergessen können, denn er fühlte nur zu gut, daß ein großer Theil des Unglücks und des Preußischen Übermuths eben dadurch verschuldet worden, daß er das Einrücken der Oesterreicher in Baden verhindert hatte. Hat denn Platen nicht dem F. Schwarzenberg Gründe gegen mich angeführt? ich möchte sie kennen, um mich, wenns angeht, zu bessern. Rechberg — das gehört noch dazu, um die Wiener Dinge zu kennen — ist Schwarzenbergs Liebling, der es ihm nicht genug zu danken weiß, daß er hier in Frankfurt die Sache im J. 1849 gehalten und Oesterreich damit den Platz in Deutschland erhalten. Rechberg ambitionirt um die Stelle in Constantinopel, die will aber Prokesch auch haben, und über dessen größere Befähigung dazu kann kein Zweifel sein. Nun ist es möglich, daß Rechberg als Oesterreichischer Bevollmächtigter hierher kommt, was gar zu komisch wäre, da er dann in mir wieder einen Hauptstützpunkt suchen würde. Es wäre übrigens ein Unglück, denn er hat so wenig Conciliantes, daß er eine Einigung sehr erschweren würde. Der einzige Oesterreicher, der hierher paßt, ist Werner, durch und durch fähig, kenntnißreich und conciliant, er wird aber von Schwarzenberg vernachlässigt, weil er gegen die Verfassung vom 4. März in den Deutschen Dingen ist, und schmollt nun auch seinerseits. Gar lustig ist, daß Kübeck, ein guter freundlicher Mann, der aber von Deutschen Dingen nichts weiß, gern hier bliebe. Das hat mir der alte Rothschild ganz heimlich, heimlich anvertraut, daß er auf Kübecks Wunsch nach Wien geschrieben habe an seinen Bruder: man möge Kübeck doch hier lassen! Der Zug ist characteristisch für die Wiener Verhältnisse, worin diese Juden immer die erste Rolle gespielt haben, besonders characteristisch aber für Kübeck als heimlichen Finanzminister. Doch entschuldigen Sie das unnütze Geschwätz, mit dem ich ohnehin aufhören muß, weil der Brief fortmuß.

Ihr getreuester
D.

Nr. 198. Frankfurt, 4. Mai.

Ihren Brief vom 29. April mit dem P. M. über den Canal habe ich erhalten und letzteres Scherff mitgetheilt, der gern die Sache fördern wird, wenn er nach dem Haag geht, aber nur verlangt, daß die Sache dann dort bereits eingeleitet. — Von hieraus ist wenig mitzutheilen, nur

hinsichtlich der beiden Hessen pp. bemerke ich, was ich dem König gestern nicht mitgeschrieben, weil ich's den Canzlisten nicht wissen lassen wollte (so treu derselbe sonst auch ist), nämlich, daß in Darmstadt der alte Zustand des schwachen Wollens fortdauert; Prinz Emil hat es den neuesten Ereignissen gegenüber für gerathener gehalten, in dieser Krisis das eben Gewonnene nicht etwaigen terroristischen Einwirkungen der Gegner wieder zu überlassen; deshalb ist er nicht abgereist, sondern bleibt bis übermorgen; dann aber muß er seiner Gesundheit wegen fort. Er schreibt, daß der Großherzog ganz fest entschlossen ist, bei den Frankfurter Verhandlungen sich selbst zu vertreten; das ist entschieden. Unter den 3 für diese Vertretung auf der engern Wahl befindlichen Candidaten habe ich zu Biegeleben gerathen, da der zwar sehr Gagernsch ist, indessen dergleichen Ideen sich schwerlich auf diesem Congresse Geltung werden verschaffen können, B. auch durchaus ehrlich ist, sich also an gegebene Instruktionen halten wird. Die beiden andern Candidaten gefielen mir noch weniger, Hallwachs[1]) ist viel besser in Darmstadt selbst, in diesem Augenblicke viel Preußischer als B., und Drachenfels[2]) ist gar ein alter asthmatischer Nußknacker, auf einige alte verblichene diplomatische Späße und Stückchen gesetzt. Die nächste Verlegenheit bereitete nun der Congreß in Berlin; die Einladung dazu war noch nicht erfolgt, wird aber heute dort erwartet und zwar unter größter Angst sowohl von Jaup[3]) als vom Großherzog selbst. Dennoch ist man bis jetzt entschieden, diese Einladung abzulehnen. Nur war man um Gründe für solche Ablehnung in Verlegenheit und sollte ich nun in aller Eile solche suppeditiren. Nachdenken und Überlegung wären hier nun gar vonnöthen gewesen; aber das war der dortigen Angst und Verlegenheit, die sofort Antwort haben wollte, gar nicht möglich; und da rieth ich denn, die Einladung entschieden abzulehnen unter Hinweisung auf die in Kürze beginnenden Frankfurter Conferenzen, die ohne Zweifel zu einer gedeihlichen Lösung der Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen führen würden, eine Lösung, welche durch des Großherzogs persönliches Erscheinen in Berlin, sofern dort Wichtiges und Bedeutendes verhandelt werden würde, nur erschwert und gehemmt werden könnte, während man Seitens der Großherzogl. Regierung die Ansicht und den Wunsch hege, eine vermittelnde Stellung einzunehmen; die Stellung der Großherzogl. Regierung zu dem Berliner Bündnisse sei eine ganz klar gezeichnete; diese wolle man festhalten, sie könne aber durch Verhandlungen in Berlin leicht verrückt werden, wozu man um so weniger Lust habe, als man sich verpflichtet

1) Geh. Staatsrath, Ministerialvorstand des Äußern.

2) Frhr. v. Drachenfels, hessischer Minister-Resident, 1848 Vertreter der Centralgewalt in Brüssel. — 3) Ministerpräsident.

erachte, dem eigenen Lande gegenüber entschieden den konstitutionellen Standpunkt festzuhalten und neue Verpflichtungen irgend welcher Art nicht einzugehen, ohne die verantwortlichen Minister, — aber auch selbst die Zustimmung dieser vorausgesetzt, die Stellung im und zum Bündniß, die man den Ständen nicht ohne Mühe abgerungen, diesen gegenüber nicht alteriren, sondern intakt halten wolle. — Da nun die Ablehnung der Einladung die Hauptsache, so sind die Gründe gleichgiltig, und je sanftmüthiger sie sich anfühlen, desto eher wird man sich in Darmstadt dazu verstehen, sie sich anzueignen. — Der Kurfürst scheint die Einladung nach Berlin bereits angenommen zu haben oder annehmen zu wollen; allein bei diesem, der sehr verbissen und verbittert darüber, wie man ihn durch Betrügerei seiner Minister eingefangen, der daneben mißtrauisch, eigensinnig und wortkarg ist, hat ein persönliches Erscheinen in Berlin viel weniger Gefahr, als bei dem unsäglich schwachen Großherzoge. Besser wär's freilich, auch der Kurfürst ginge nicht. Sie können von dort aus wohl nicht einwirken? Daß von Darmstadt aus noch einmal geschrieben, und, wenn man's wirklich zur Ablehnung der Einladung bringt, davon Nachricht nach Cassel giebt, ist besorgt. — Der Herzog von Nassau will auch nicht nach Berlin, hat aber keine Courage abzulehnen; er wird aber mitprofitiren von den Mittheilungen nach Darmstadt, und so gelingt's auch wohl, den abzuhalten. Dort ist aber vor Allem ein Ministerwechsel nöthig, denn auf den elenden Winzigerode [1]) paßt tausendmal, was Sie in Ihrem letzten Artikel [2]) von Hoch- und Landes-Verrath gesagt haben. Ich denke auch, daß, ehe 4 Wochen vorbei sind, W. beseitigt ist; in diesen kleinen Ländern ist nur, wie freilich auch in großen — Preußen à la tête — ein fürchterlicher Mangel an Menschen. Ad vocem Ihres letzten Artikels bemerke ich, daß ich von der O. P. A. Z. den Abdruck desselben verlangte, der Preußische H. von Rosenberg [3]), der die Zeitungen surveillirt, namentlich die O. P. A. Z., erfuhr davon, und so ist es troß der Zusage der Redaktion bis jetzt unterblieben. Da diese Zusage aber gegeben war, werde ich nicht ruhen, zumal der Artikel gerade in Nassau, Darmstadt pp. besonders wirken wird.

Daß die Bundes-Comission zu ihrer eigenen ungeheuren Überraschung die Rechtsfrage über die Einverleibung der Hohenzollern hat aufnehmen müssen, werden Sie aus meinem gestrigen Bericht an den König ersehen haben. Die Sache war durch den Ihnen bekannten Dr. Mettenius eingeleitet, der des — sehr unwissenden — Pflugks Faiseur ist. Es ist

[1]) Frhr. von Winzigeroda, Ministerpräsident.

[2]) S. oben, S. 392 Anm. 1.

[3]) Legationssekretair, dem preußischen Bundeskommissar beigegeben.

gut, daß die Sache eingeleitet ist, dem fait accompli ist doch damit entgegengetreten.

Bayern, das für die Marine nichts zahlt, hat kürzlich gegen die Verwendung der Festungsgelder zu andern Zwecken Protest eingelegt; den hat die B.-Comission aber sehr energisch zurückgewiesen. Lustig zu sehen war's, wie in den letzten 14 Tagen Aprils die B.-Comission, weil die Preußen patte de velours machten und die B.-Comission zu erhalten wünschten, alle Geschäfte prompt abthat und auch sonst sich brauchbar und gut erwies. Diesmal zu spät!

Graf Thun[1]) als Oesterreichischer Bevollmächtigter gefällt mir nicht recht; er soll sehr entschieden und kühn sein, von den Deutschen Verhältnissen nicht viel verstehen; ohne Zweifel wird er nun die Pfordtenschen Ideen besonders poussiren. Man erwartet ihn Morgen. Ihr

D.

Sind Sie nicht auch der Meinung, daß Preußen, namentlich wenn am 8. Mai viele Unionsfürsten ausbleiben, Frankfurt ruhig beschicken werde?

Nr. 199. Hannover, 11. Mai.

Wieder habe ich auf zwei Briefe zu antworten; ich hätte es längst thun sollen, wollte aber doch gern Stoff haben, und dann Zeit. Es geht hier ziemlich langweilig zu. Die Jagdsache habe ich in 2. C. nach meinem Sinn so ziemlich zurechtgebracht. Die 1. wird wohl nachgeben, und wäre dann dieser Stein des Anstoßes weg. Aber die Dummheit, das Schwatzen der Menschen, der Zeitverderb, den das Gesindel mit ungewaschenen Reden zu Wege bringt! Man sieht gar nicht, wie auch nur das Nothwendigste fertig werden soll. Gestern und heute haben wir nun Finanzsachen verhandelt. Das ist gar scheußlich, und Grumbrecht hat da ein solches Gewäsch gemacht, daß einem übel wird. Ich studire dazu den Sachsenspiegel in einer Duodezausgabe und erfreue mich daran von Herzen. Freilich sehen die Dinge jetzt gar anders aus als vor Jahren. Am Mittwoch war der Herzog von Genua hier. Da hat der König dann einmal recht mit Pracht imponirt, was ihm bei den Italienern auch gelungen war. Gestern hat er unsern Bischof[2]) von Osnabrück, der ihm ein Schreiben vom Pabst überbrachte, köstlich abgefunden, so daß der gute Herr

[1]) Graf Friedrich Thun-Hohenstein, bisher Gesandter in München, war zum oesterreichischen Bevollmächtigten für die Frankfurter Versammlung ernannt. — [2]) Weihbischof.

auch keine Silbe anbringen konnte. In so was ist er Meister.[1]) Das ist nun unser hiesiges Leben.

Was die großen Sachen angeht (Ihre pikanten Berichte finden verdienten Beifall), so sind uns viele Actenstücke zur Hand gekommen, aus denen ich mir einiges für Sie bemerkt habe. Zuerst die Preuß. Antwort an Östreich vom 22. Mai [rect. 22. April].[2]) Man bedauert, daß Östreich die Verlängerung des Interims nicht wolle. Die Schwierigkeit liege nur in dem Widerstreben einiger Regierungen, herrührend aus dem Gedanken, daß ihre souveräne Stellung dadurch beeinträchtigt würde, daß sie nicht in dem jetzigen politischen Mittelpuncte Deutschlands vertreten seyen. Wie bedenklich aber die Theilnahme dieser Regierungen für Östreich sey, habe man schon früher angedeutet. Man könne ihnen (wenn auch beim Definitivo) doch keinen Antheil am Provisorio gestatten, und das lasse sich erreichen, wenn man das Interim ganz auf den administrativen und executiven Character reducire. Nun kommt die folgende, für Sie interessante Stelle: „Nach dem Berichte Ew. Excellenz und dem demselben beigefügten Schreiben des Hrn. v. Forsboom darf ich annehmen, daß der F. Schwarzenberg damit einverstanden ist, daß, wie auch die Stimmenzahl sonst geordnet werden möge, die Executive bei Östreich und Preußen allein bleibe." Das erleichtere die Fortdauer des Interim und mache um so nothwendiger, daß das Definitivum auch durch Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin geordnet werde. — Die Östreichischen Vorschläge

[1]) Ein Brief an einen andern Adressaten vom 12. schildert den Vorgang wie folgt: „Er [der Weihbischof] hatte schon längst um Audienz angehalten, um dem K. ein Schreiben des Pabstes — wegen des Bisthums — zu übergeben. Der K. hatte ihn anfänglich nicht sehen wollen, dann sich doch entschlossen, ihn kommen zu lassen; als er nun am Mittwoch kam, wollte er ihn nicht sehen, entschloß sich aber doch, ihn am Freitag zur Tafel zu laden. Am Morgen gingen Braun und ich zu ihm, um eine Gegenvisite zu machen. Kein Wort von Geschäften. Wir sagten ihm nur, er möge seinen Brief mitnehmen, weil der K. dergleichen nach der Tafel anzunehmen pflege. Als nun zur Tischzeit der K. herein kommt und seine Runde bei den Gästen macht, steht der B. neben Braun; der K. redet erst mit Braun, und dann: „Guten Tag Herr Bischof, wie gehts. Sie haben ja wohl einen Brief, geben Sie her." Der Bischof sucht geschwind seinen Brief aus der Tasche, der K. nimmt ihn, marschirt damit in sein Zimmer, legt ihn sorgfältig auf den Schreibtisch, kommt wieder und schickt eine katholische Dame zum Bischof, mit einem Witz nach seiner Weise; dann zu Tische. Nach der Tafel gewöhnliche Caffeeunterhaltung. Dann: „Adieu, meine Herren." Nun läßt er Braun in sein Zimmer kommen und fragt: „Was will er denn?" (nämlich der Pabst.) Braun sagt: Es handle sich um Herstellung des Bisthums. Darauf erwidert er: „Oh! wir haben kein Geld!" Das ist die ganze Geschichte. Auch kein Wort hat der Bischof wegen seiner Sache anbringen können und ist gestern wieder abgefahren.

[2]) Vgl. v. Sybel, I. S. 366.

würden nur ein Chaos divergirender Meinungen geben, die am Ende von Ö. und Pr. zu schlichten seyen; warum nicht lieber gleich sich einigen! Nun wird noch einmal das Beibehalten des Interim damit dringend empfohlen, daß man dadurch auch die Frage wegen Anerkennung des engeren Bundesstaats pp. auf eine Weise umgehe, die keinem Theile präjudizirlich sey.

Das Ding ist nun so grundfalsch — das Behaupten des Interim und Verweisen des übrigen auf das Definitivum, der Versuch, die Östreicher mit dem Interim wegen des engern Bundesstaats zu dupiren, daß man es mit Ekel liest, zumal alle diese Kniffe so platt am Tage liegen. Indeß ließ man die Leute in Erfurt fort operiren. Östreich ging auf die Sache nicht ein, berief die Bevollmächtigten als Plenum und stellte das System der Majorität auf.[1]) Das scheint die Lebensgeister wieder sehr aufgeregt zu haben. Man ließ nun die Klagen nach Hannover und Dresden abgehen (ein superlativ miserables Machwerk; wir habens aus Dresden bekommen; reine Dummheit), und nun muß eine weitere Ministerconferenz Statt gefunden haben, wo man die Frage vom Kriege ernstlich aufgeworfen. Da hat Stockhausen[2]) erklärt, Krieg zu unternehmen sey unmöglich, und nun hat man die Antwort vom 3. Mai[3]) an Östreich abgehen lassen, worin man zwar sich von Frankfurt nicht lossagt, aber gegen die Qualität des Plenum und vor allen Dingen gegen die Östreichischen Präsidialrechte protestirt. Diese scheinen Hauptstein des Anstoßes. Unter demselben Datum hat man denn auch von Braunschweig eine wahrhaft unverschämte Note (sowie die Bedienten die Dummheiten der Herren übertreiben) wegen der Militärconvention an Östreich ergehen lassen, worin die Theorie, der Bund bestehe fort, aber ohne Verfassung (??), er sey nicht einmal ein Staatenbund mehr u. dgl., auf das albernste und plumpste übertrieben wird. Es ist mir, als hätte man nur den Bolzen von dort verschießen lassen.

Indeß ist die Östreichische Instruction für Thun am 30. verfertigt. (Von Thun schreibt Knesebeck, den ich freilich nicht für infallibel halte: caractère franc et loyal, marchant directement sur son but sans régarder ni à droite ni à gauche, s'égarant parfois un peu par excès de zèle; mais ne craignant jamais de compromettre sa responsabilité). Darin ist die Theorie des plenum aufgestellt.

---

[1]) Circularschreiben vom 26. April.

[2]) Der Kriegsminister.

[3]) Deutsche Chronik 1850, I. S. 196. Preußen wolle sich über die Betheiligung an der Frankfurter Versammlung zunächst mit seinen Verbündeten benehmen, welche zu einem Fürstentage auf den 8. Mai eingeladen seien.

Aus der folgt, daß alle für die Geschäftsordnung des pleni aufgestellte Regeln völlige Anwendung finden; vor allem über Leitung der Berathung und Stimmenverhältniß — also art. V u. VI der BA. und 57 der WSA. Von unwesentlichen Förmlichkeiten und zu ängstlicher Beobachtung der Geschäftsordnung soll jedoch Abstand genommen werden, um der Beschuldigung vorzubeugen, daß man zu der früheren Einrichtung des Bundesorgans zurückkehren wolle. Dahin wird art. VII der BA. gezählt, man könne Vorbereitung durch einen Ausschuß eintreten lassen. Ein Haupttheil der Instruction betrifft das Verhältniß zu Preußen. Komme Preußen, so unterwerfe es sich auch der Idee der Plenarversammlung. Zögere es, so müsse man etwas warten. Weigere es, so sey Recht und Pflicht, die Verhandlung zu beginnen, über ein provisorisches Organ zu beschließen und zur Ausführung zu schreiten, den Beitritt aber vorzubehalten. Dieses Recht des Mehrheitsbeschlusses wird auf einen Plenarbeschluß de 14/11. 1816 (Meier p. 40) und die vorläufige Geschäftsordnung [gestützt], wo allerdings ein solches Verfahren anerkannt ist. Es ist davon die Rede, daß man das Recht habe, die Weigernden des Bundesbruchs schuldig zu erklären, und wird ausdrücklich gesagt, daß man Preußen mit dem Bunde vom 26/5. 49 — der der Preußische Sonderbund genannt wird — entschieden zurückweisen müsse. — Das ist nun älter als die Preuß. Erklärung vom 3., die aber in der That gar nicht so geharnischt und unionistisch aussieht, wie in den Zeitungsauszügen, und die einen eigenen Commentar dadurch erhält, daß das Resultat der Berliner Conferenz dahin geht (wie es wenigstens der König am 9. dem Fürstencongresse ausgesprochen), daß man die definitive Erklärung über die Union aufschiebt, bis nach der Frankfurter Verhandlung. Es ist mir hiernach klar, daß Preußen kommen wird, daß es gegen die Plenarform protestiren, daß Östreich diesen Protest auf seinen kenntlichen Unwürden beruhen lassen wird, und dann wird man entrer en matière.

Was nun Östreichs Stellung angeht, so ist von Wichtigkeit zu wissen, daß Rußland darauf hingewiesen hat, daß man wohlthue, sich streng an das Bundesrecht zu halten. Darauf hat man die Aufnahme von Ungarn und der Lombardei aufgegeben. Galizien scheint man noch zu behaupten, vielleicht, um damit Preußen die Brücke zur Retirade mit Ostpreußen zu bauen.

Nach allem diesem werden Sie dort eine interessante Entwicklung erleben, um deren Beobachtung ich meiner traurigen 2. Cammer gegenüber Sie fast beneide. Die von Östreich vorzuschlagende Form des Provisorii von 9 Stimmen (Ö. u. Pr. je 2) können wir uns gefallen lassen. Das Definitivum wird nicht so schnell gehen. Preußen wird aber jetzt bei jeder

Construktion im schrecklichsten genitivo stehen. Von jenen 9 Stimmen hat es nur auf seine 2 zu rechnen, und von den alten 17 werden auch 9 entschieden widerwärtig und die zusammengesetzten gänzlich gespalten seyn. Um so mehr wird Preußen auf Einstimmigkeit beharren, die ja beim Definitivo unerläßlich. Eben deßhalb wird das Provisorium dauernd seyn. Baiern will mit allem zufrieden seyn, aber den zwei Großen keine Majorität zugestehen. Von der Volksvertretung ist kaum die Rede; um so mehr werden wir darauf und auf die Organisation des Vereinswesens (ein Gedanke, den auch eine Leipziger Flugschrift „Staatsallmacht, von einem ehrlichen Deutschen“ vertritt) halten müssen. Es wird nicht unsere Stellung seyn, Pläne dieser Art aufzustellen und uns den Ruhm davon anzueignen; aber wenn wir machen können, daß andere den Gedanken haben, so könnten wir zur Entwicklung und Ausbildung mitwirken. Ich glaube, wir stehen dabei am besten nicht in der ersten Linie. Doch das ist erst zu beurtheilen, wenn die Leute dort sind.

Ihre Nachrichten über Wiener Zustände sind unschätzbar, man scheint dort wahrlich schwach zu seyn, übrigens scheint man die Staatseinheit, worauf Preußen sich in der Note vom 3/5. steift, aufzugeben. Ihre Winke wegen Darmstadt haben sich trefflich bestätigt. — Uebrigens tröste Gott diese Fürstlichkeiten! — In Berlin ist am 9. die Haupt-Fürstenconferenz gewesen, wo der König eine lange Rede gehalten, die Union und Erfurter Beschlüsse gepriesen, übrigens gesagt hat, daß jeder frei sey, er keinem etwas nachtragen wolle, der gehe; und am Ende die Erklärung bis nach der Frankfurter Conferenz aufgeschoben. — Darauf hat der Großherzog von Baden die blos complimentirende Antwort gegeben. Damit aber stehts so. Es waren 3 Ansichten: Antiunionistisch (Kurhessen, Mecklenburg-Strelitz), Gothaisch (Koburg und Oldenburg), ni l'un ni l'autre (Mecklenburg-Schwerin u. s. w.). Vor der Hauptscene war Conferenz beim Kurfürsten. Da producirte Koburg eine Antwort, die sich mit Haut und Haar dem T.... verschrieb. Das wollte der Kurfürst nicht; darüber heftiger Zank mit Oldenburg; allein die Mehrheit fiel dem Kurfürsten bei. Hassenpflug mußte eine Antwort schreiben, und Baden wurde beauftragt, sie zu halten, weil der Kurfürst auf den doyen d'âge Oldenburg zu böse war. [1]) Im übrigen läppische Rangstreitigkeiten. Der Herzog von Braunschweig ist bei Tafel nicht gewesen, krank geworden und nach Braunschweig zurück. Das tollste sind diese Oldenburger, die über die Maaßen dumm, durch die verkehrten Schritte gegen ihre Stände sich selbst nun ganz verhetzt haben. Der

[1]) Vgl. über die Vorgänge Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg: Aus meinem Leben, I. S. 558 ff. Die Protokolle der Ministerialkonferenzen vom 10.—14. Mai Deutsche Chronik 1850, I. S. 200.

Großherzog war hier, aber Bennigsen hat weder mit ihm noch mit Eisendecher [1]) irgend was anfangen können. Meyendorff hat dem Erbgroßherzog, der Östreich jedes Verdienst um Deutschland bestritten, gesagt: das Verdienst bleibe ihm, Robert Blum todgeschossen zu haben! worüber jener ganz erschrocken.

d. 12.

Ich hoffte, heute noch etwas hinzufügen zu können; aber es ist mir nichts zugekommen. Leben Sie also wohl. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen der nächsten Wochen ein ernstes Studium des Bundesrechts, namentlich der Gedanken von 1816—1819 nothwendig machen. Quis putarat.

Ihr

JCBS.

Nr. 200. Frankfurt, 15. Mai.

Ich wollte Ihnen, theuerster Freund, gerade schreiben, als Ihr reicher Brief vom 13. [rect. 11. u. 12.] ankommt. Nun knüpfe ich gleich an den an, und zwar zunächst an das mitgetheilte Urtheil Knesebecks über Graf Thun, das ich durchaus bestätigen muß. Graf Thun hat vom ersten Augenblicke an sich zu mir sehr freundschaftlich gestellt, was ich anfangs in Anbetracht der Wiener (ganz allein Rechberg zur Last fallenden) Wünsche gegen mich, etwas abzulehnen suchte, als ich aber des Grafen durch und durch edle Natur erkannte, gern angenommen habe. Er ist des besten Willens, der entschiedensten Energie voll, hat aber leider von Geschäften keine Idee, nicht einmal von der formalen Behandlung. Dies ist überhaupt die schwache Seite der anwesenden Bevollmächtigten; keiner weiß recht von den Dingen. Mit dem Grafen Thun aber habe ich nun die Situation recht durch und durch besprochen und es ist mir gelungen, denselben ganz und gar auf dieselbe Linie mit meinen Ansichten zu bringen. Ich habe ihm nun folgenden Plan vorgelegt, der sich an den möglichen Ausfall des Berliner Fürsten-Congresses knüpft. Daß man dort sich ganz von der Beschickung Frankfurts enthalten werde, ist nicht anzunehmen, ebenso wenig wird man es versuchen, Preußen als alleinigen Repräsentanten der Union agiren zu lassen; vielmehr werden die einzelnen Mitglieder der Union hier erscheinen und nach gemeinsamen Instruktionen agiren. Geschieht das, so kommt hier nichts zu Stande. Preußen wird dann als Comission sich einlassen, aber nur auf Revision der Bundes-Verfassung unter der Bedingung, daß die Bundes-Comission, wenn auch vielleicht in abgeschwächter Form, einstweilen fortbestehe. Dann aber kommt die Revision niemals zu

[1]) Ministerialrath für die auswärtigen Angelegenheiten.

Ende, und die Comission besteht bis zur nächsten Revolution. Kommt nun Preußen und die Seinen und erkennen den Congreß als Bundes-Plenar-Versammlung, also auch Oesterreichs Präsidialrecht an — so ist freilich nichts zu machen und muß man sich dann mit Geduld waffnen und auf Oesterreichs Ehrlichkeit vertrauen, freilich unter sehr ungünstigen Umständen. Dieser Fall ist aber kaum zu erwarten, denn Preußen spricht ja der Versammlung entschieden den Charakter des Pleni und Oesterreich das Präsidialrecht ab. Weil dieses aber die Basis ist, auf welcher Oesterreich operirt, kann es unter keiner Bedingung davon abgehen. (Das ist auch, wie Graf Thun mir sagte, der feste Wille in Wien.) Daraus folgt, daß, wenn die Unions-Glieder ankommen und Eintritt wollen in die Versammlung, ohne sie jedoch als Plenum anzuerkennen, das Präsidium ihnen den Eintritt nicht gestatten kann. Das nun gäbe bitterböse Scenen, die möglichst zu vermeiden sind, — vor denen aber Graf Thun nicht recüliren wird. Um nun zwischen all diesen Klippen durchzuschiffen und den Thatsachen, auf deren Boden Preußen sich stellt, Thatsachen entgegenzustellen, wollen wir versuchen, das Provisorium fertig zu machen ohne Preußen. Erschrecken Sie nicht über einen anscheinend so leichtsinnigen Gedanken. Oesterreich hat erklärt, die Verhandlungen über das neue Centralorgan sollten am 10. Mai beginnen, binnen 14 Tagen zu Ende sein. Wenn Oesterreich diesen Termin, den es sich und den Andern gesetzt hat, innehält und das Organ bis zum 24. Mai beschlossen wird, kann Niemand Oesterreich des Mangels an Loyalität anklagen, — obgleich natürlich Niemand glaubt, daß O., das so lange gezögert und gezaudert, so entschlossen vorangehen werde; ist ja doch die Basis der ganzen Preußischen Politik der Gedanke, daß O. weder den Willen noch die Macht habe, sein, Preußens, Beginnen zu hindern. Wir wollen also, um es kurz zu sagen, wenn der Berliner Fürsten-Congreß nicht eine entschieden vernünftige Wendung in Preußens Politik herbeiführt, das neue Provisorium bis zum 24. fertig machen. Dann wollen wir (oder können wir) das fertig Beschlossene in Oesterreichs Hände legen, damit es dasselbe als Basis zu Unterhandlungen mit Preußen benutze. Dann hat Oesterreich in diesem Beschlusse eines Central-Organs, das es jeden Augenblick einsetzen kann, eine ungleich schärfere Waffe, als Preußen mit seiner so locker zusammenhängenden Union. Beschließen wir das Direktorium am 24., legen wir die Unterhandlungen in Oesterreichs Hände, setzen aber einen Termin etwa von 14 Tagen, so dürfte damit eine vollständige Wendung eingetreten sein; geht O. dann, wie es muß, mit der Einsetzung des Direktoriums voran, so muß Pr. sich fügen — oder das Schwert ziehen. Und daß es das nicht kann — das ist klar und sagt ja, wie Sie mir schrieben, auch Stock-

hausen. — Das ist, etwas konfus dargelegt (denn ich habe Leute im Zimmer), mein Plan. Graf Thun ist (bis gestern Morgen schwankte er noch, am 12. legte ich ihm denselben zuerst vor, seit gestern früh aber ist er mit Leib und Seele darauf eingegangen) fest entschlossen, die Sache so durchzuführen, wir haben sie bis ins Detail hinein besprochen, seine Instruktionen hemmen ihn nicht. Gestern haben wir eine vertrauliche Besprechung mit Reinhard, Xylander, Nostitz [1]) und Baumbach gehabt, die sich ebenfalls dafür erklärt haben. Morgen haben wir eine formelle Sitzung, worin der Charakter der B.-Plenar-Versammlung und des Oesterreichischen Präsidii recht affichirt und accentuirt wird, und wovon wir das Protokoll behuf Aufforderung zur Beschickung des Pleni an die Regierungen versenden wollen. Bis zum 24sten dann sind ohne Zweifel noch Bevollmächtigte von Mecklenburg-Strelitz, vielleicht auch Schwerin, Darmstadt und Nassau da; in Darmstadt ist neues Schwanken, weil die Gagernsche Parthei mit Macht operirt; hoffentlich wird es überwunden, wo nicht, gehen wir doch voran. — Gelingt unser Plan, so ist Oesterreich in einer Weise engagirt, ja man könnte sagen, kompromittirt, daß es die Sache durchfechten muß und wird. Und ein solches Direktorium mit seiner Gruppen-Eintheilung, die in der alten Stammestheilung eine sehr natürliche Berechtigung und Begründung hat, ist Alles was wir brauchen. All die weiteren Gedanken von Vertretung der Nation, Bundes-Gericht u. s. w. u. s. w. lehnen sich einfach daran. Ich hab dem Gr. Thun auch einen Plan vorgelegt über die Organisation der Behörde: 1) Die Militär-Verfassung und B.-Militär-Comission haben sich als zweckmäßig erwiesen, also Herstellung dieser mit bedeutenderen Befugnissen innerhalb ihres Ressorts; — das zeigt auch den Weg für 2) das Marine-Departement. 3) Finanzen —: einfache Cassen-Verwaltung. Bleiben die juridischen, diplomatischen, politischen Fragen. Diese laß ich zusammen (denn wie wären sie z. B. in der Schleswigschen, in der Mecklenburgschen u. a. Fragen zu trennen?), bilde aus den 7 Mitgliedern des Direktoriums eine Comission von 5 Mitgliedern, worin Oesterreich und Preußen vorab und ständig sitzen, aber nur mit einer Stimme jedes, die beiden übrigen als Suppleants oder zu zeitweiser Ergänzung und Wechsel. Diese Comission leitet die Angelegenheiten und läßt sie durch Hülfsarbeiter (wie Mettenius, Biegeleben, wenn die bleiben u. s. w.) bearbeiten. Vielleicht kann man noch einen höchsten Ausschuß von 3 Mitgliedern machen, Oesterreich und Preußen ständig und das 3te Mitglied alle 3 Monat wechselnd, zur eigentlichen Executive u. dergl. Doch das sind Alles noch rohe Gedanken. Wenn wir nur Leute hätten, die etwas

---

1) Geh. Rath Nostitz und Jänkendorf, K. Sächsischer Bevollmächtigter.

von den Dingen wüßten! Wie mir's an positiven Kenntnissen fehlt, empfinde ich zu meiner Verzweiflung täglich; — in diesen Treiben aber ist es unmöglich, etwas nachzuholen, und so muß man denn sehen, wie es geht. Mein Gott! wenn Sie hier wären — wie würden dann die Sachen gehen!

Nun will ich Ihnen aber noch zum Schluß von ganzem Herzen danken, daß Sie mich aufs Neue bevollmächtigt haben, trotz der Rechberg-schen Intriguen. Daß von ihm der Streich ganz allein ausgeht, ist gar keine Frage; Fürst Schwarzenberg weiß vielleicht gar nicht einmal darum. Rechberg theilt jetzt mit Thierry[1]) das Referat in den Deutschen Sachen und hat Frankfurt ausschließlich. F. Schwarzenberg aber hat die Gesandten pp. schon vorher vielfach einfach an Graf Rechberg verwiesen, worüber Werner nicht wenig böse war. R. scheint aber an Graf Platen einen willkommenen Träger für seine griefs gegen mich gefunden zu haben. Das Komische ist, daß F. Schwarzenberg im December 49 mich auf das Ungeheuerste empfohlen hat und nach 5 Monaten einer ganz thätigkeitslosen Amtsführung soll er meine Abberufung betreiben.

Was ist doch dieser Berliner Fürsten-Congreß für eine elende Farce! Dieser tollgewordene Koburger, der alte Großherzog von Oldenburg! Und der gute König von Pr., der vergebens horcht und horcht, ob das morituri te salutant erschalle, was aber nicht kommt, weil die Leute noch Lust zum Leben haben! Doch genug!

Von Herzen der Ihrige
D.

Heut vor einem Jahre übernahm ich das Ministerium!

Nr. 201. Frankfurt, 16. Mai.

Wir haben also, wie Sie, liebster Freund, aus meinem heutigen Berichte sehen werden, heute Sitzung gehabt und die Sache in Angriff genommen. Aber da die Oesterreichische Vorlage so gar keinen Anhaltspunkt giebt, so ist noch Alles zu machen und allen 10 Mitgliedern fehlt es an den nöthigen Kenntnissen. Die Comission soll jetzt Vorschläge machen — wir haben Gedanken ausgetauscht, zu denen ich die Rubriken angab, die mir in dem Augenblicke gegenwärtig waren und wo vielleicht noch Bedeutendes fehlt: Namen (Provisorische Bundes-Central-Behörde? Comission ist zu untergeordnet, weil die Mitglieder nicht Comissare im Sinne des jetzigen Interims sind). Dauer (1. Jan. 1851? Limburg fordert ein bestimmtes Datum, nicht unbestimmte Zeit bis zur Vollendung des Definitivi), Competenz (die des engern Rathes und der B.-Comission? Vollziehung

[1]) Freiherr von Thierry, Hof- und Ministerialrath.

der Bundes-Gesetze — Verwaltung — öffentliche Sicherheit?), Verhältniß zum Plenum, das neben ihr bestehen bleibt. Dann die schwere Frage der Curiat-Stimmen — wie sie zu Stande gebracht werden sollen? soll ohne Weiteres der Mächtigste die Stimme führen? Dann wird's heißen, Hannover wolle Oldenburg — Würtemberg wolle Baden mediatisiren. Wählen? aber dann kann in der Norddeutschen Gruppe Oldenburg, in der Sächsischen Koburg an die Spitze kommen. Verhältniß der Glieder einer Gruppe zu dem stimmführenden Mitgliede — Instruktionen — Mittheilungen pp. Die Instruktionen z. B. könnten alle zu einer Gruppe gehörigen Glieder ihrem Bevollmächtigten zum Plenum ertheilen, und diese verständigen sich hier darüber, wenn sich nicht etwa die Regierungen der Gruppe schon vorher unter einander verständigt. Für jetzt macht die Rücksicht auf die Stellung der Union, zu der all die Kleinen gehören, die jetzt in den Gruppen untergebracht werden, diese Frage schwer, die unter gewöhnlichen Verhältnissen sonst so schwer nicht sein würde. — Endlich Organisation der Behörde und Mechanismus derselben. Hier überraschte uns Graf Thun im Verlaufe der Besprechung durch eine Ansicht — nämlich die, daß eine Behörde von 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen doch wohl zu schwerfällig sein werde, ob's nicht besser sei, die Executive in die Hände von Zweien, natürlich Oesterreich und Preußen, zu legen? so aber, daß die Andern die fortlaufende Controle pp. behielten. Da Thun uns gestern Abend seine Instruktionen mitgetheilt, auch heute, wie früher schon, erklärt hatte, außer dem Blatte mit der Stimmen-Vertheilung habe er keine Vorlage, fragte ich ihn, ob er zu solchem Antrage von Wien aus instruirt sei. Das nahm er entschieden in Abrede, bin ich auch überzeugt; es sind aber die Einflüsterungen von Kübeck, die da gewirkt haben, vielleicht nicht ohne Preußischen Einfluß auf diesen letzteren. Nun aber habe ich diese Idee, die Thun noch obendrein als Köder für Preußen gab, so entschieden und zwar auf das Princip eingehend bekämpft, daß Deutschland eben am Dualismus zu Grunde gegangen pp., daß Thun in der Comission mit seiner Idee gewiß nicht wieder kommen wird. Obendrein würde er ja auch im Plenum nicht damit durchdringen. Aber es ist von Wichtigkeit, auf dergleichen kleine Hervorsprünge zu achten und sofort auf den Kopf zu treten. — Die Sitzung dauerte bis späthin; nun ist Diner bei Schönhals, wo alle Bevollmächtigte sind, und da wird die Comission der 4 (Thun, Nostitz, Reinhard und ich) erst Morgen Mittag zusammentreten. Bis Dienstag oder Mittwoch nach Pfingsten sollen wir fertig sein, — wie das werden wird, mag Gott wissen. Könnte ich Sie, liebster Freund, nur einmal auf eine Stunde sprechen! Haben Sie aber, wenn diese Zeilen bei Ihnen ankommen, ein halbes Stündchen ruhige Zeit, so werfen Sie

mir Einiges von Ideen auf's Papier; dieselben finden diesmal eine sehr gute Statt, d. h. Eingang bei denen, die darüber beschließen sollen. Daß Kübeck diesmal aus Thun sprach, ersah ich auch daraus, daß Thun bei der Frage von der Organisation mit dem Wunsche hervorplatzte, die jetzigen Angestellten möchten belassen werden. Darauf hielt ich mich verpflichtet, zu erwiedern, wie die Sache so stände, daß alle Posten doppelt, und zwar mit Oesterreichern und Preußen besetzt worden seien, unter Ausschuß aller Andern, die zum Theil entlassen wären, zum Theil ausdrücklich (wie Herr v. Villers pp.) als Oesterreicher oder Preußen bezeichnet worden wären, ohne es zu sein, nur damit sie bleiben könnten. Obendrein werde keiner aus der Bundes-Casse, sondern von Oesterreich oder Preußen bezahlt; wer solle nun entlassen werden: die Oesterreicher oder die Preußen? meine Ansicht sei, daß nur die bleiben könnten, die aus der Bundes-Casse besoldet würden (alte Beamte vom Bundestage her), alle übrigen aber, weil sie jetzt angestellt gewesen, entlassen würden, und nachher sich frage, ob man einzelne von ihnen wieder einstellen wolle. Ich erwähne das nur, weil's ebenfalls charakteristisch und man nicht schroff genug allen derartigen Gelüsten entgegentreten kann.

Ihr

D.

Nr. 202. Hannover, 17. Mai.

Ihren Brief vom 15., bester Freund, erhielt ich heute am 17., dem Jahrestage des Beginns jener Berliner Verhandlung, und ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Ihrige glücklicher vor sich gehen möge. Sie sind von den Berliner Berichten unterrichtet; ich brauche davon nicht zu reden. Ob Sie das Preuß. Schreiben an den Gesandten in Copenhagen über die Sendung von Below kennen, weiß ich nicht. Es ist das bis zur Naivetät traurige Bekenntniß, daß man durch die Sünde der Friedenspräliminarien vom 10/7. v. J. in die Lage gekommen, weder rück- noch vorwärts zu wissen. Wegen Schleswig habe man nichts erreichen können, aber wegen Holstein habe man auch nichts erreicht. Man will nun einen s. g einfachen Frieden schließen, d. h. nicht einen einfältigen, sondern einen Frieden, bei dem man alles offen läßt, selbst die Möglichkeit, daß die Herzogthümer sich wieder zu schlagen anfangen. Die Dänen wollen aber nicht in die Falle. Ich habe seit langer Zeit nichts gesehen, was einen so widrigen Eindruck auf mich gemacht hätte. — Daß zwischen Östreich und Rußland Communicationen über die Preuß. Militärverträge, die Rußland reprobirt, stattgefunden, wird von Wien gemeldet. Dagegen wird die neulich von mir gegebene Nachricht, daß man in Wien von der Aufnahme der ganzen

Monarchie in den Bund zurückkomme, zweifelhaft. — In der That ist die ganze Lage der Dinge verkehrt. — Die beiden Hauptpuncte, die Östreich in der Münchner Proposition erreichen wollte, die Aufnahme der ganzen Monarchie, und der Ausschluß der Kleinen, finden in nichts stärkeren Widerstand, als in dem nun aufgestellten Grundsatze der Gültigkeit der Bundesverfassung. Damit kann Preußen beides am Besten beseitigen. Preußen aber, das eben die Rechte der Kleinen für sich ausbeutet, und die Gesammtmonarchie zurückweiset, protestirt gegen die Bundesverfassung, in welcher seine Stärke liegen würde. Denn unter keiner Bedingung haben die Kleinen so viel Gewicht als im Bunde. Der Plan, den Sie andeuten, ist entschieden und kühn; ich bin eine Zeitlang darüber im Zweifel gewesen; allein unter der Voraussetzung, daß die Sache eben auch nur eine Proposition ist, und nur eine Anwendung des Princips vom 26/5. v. J. in anderer Weise, wird dabei wenig zu erinnern seyn. Östreich wird dadurch um so mehr an dem Grundsatz des Bundes befestigt; es wird aber alles darauf ankommen, daß es die Sache ernst und gewissenhaft nehme. Wir können nach unseren Grundsätzen und gerade in Gemäßheit unseres Widerspruchs gegen die Münchner Proposition darauf eingehen, weil wir hier den Boden des Rechts unter den Füßen haben. Die Neunerform haben wir uns bereits gefallen lassen. Nicht zu vergessen ist aber für die Construction der Stimmen, daß Hannover dabei in eine ungünstige Lage kommt. Während Sachsen von 2800 m Seelen 1757, Würtemberg von 3450 m doch 1743 m hat, wird Hannover bei 3830 m Seelen nur 1775 m, also minora haben. Daneben ist Dännemark in der Gruppe kein angenehmer Rival, Braunschweig feindselig, Oldenburg mißtrauisch. Die Ernennung eines Vertreters bleibt also eine precäre Sache und wird es also doppelt nothwendig, auch Bevollmächtigte zuzulassen, und diesen eine nicht zu schlechte Stellung zu geben. Die Modalitäten der Geschäftsführung möchte ich nicht weiter entwickelt sehen, als unumgänglich nothwendig ist. Denn es ist nicht gut, wenn die Sache das Ansehen erhält, als solle das Provisorium ins Definitivum übergehen. — Sehr möchte ich aber wünschen, daß Östreich die Münchner Zusicherungen wegen Vertretung am Bunde und Bundesgericht auch bei dieser Gelegenheit wieder erneuern möchte. Man darf diese Lücke nicht offen lassen, an welche sich gleich das Geschrei über Herstellung des Bundestags anheften würde. Auch hege ich selbst hier kein unmäßiges Vertrauen. Die Zahl derer, die gern alles wieder auf den alten Fuß brächten, ist nur zu groß. Je mehr es gelingt, Ruhe und Sicherheit herzustellen, je mehr die Reformen ins Leben treten, um desto mehr bereut man jene Feigheit, mit der man 1848 von der Bresche lief, und haßt die, die sich damals in die Bresche stellten. Hier sind diese Treibereien von

Tag zu Tage widriger. Zwar sind die Leute sich darüber ziemlich klar, daß sie nicht regieren können, daß es eine Unmöglichkeit ist, unsere Stellen einzunehmen; aber einstweilen geschieht alles — mit Erfolg, um den König gegen uns einzunehmen, und daß ich der Sündenbock bin, können Sie denken. Sehr hübsch hat der Herr kürzlich gegen Düring gesagt: Nur Bennigsen könne noch einmal ein Staatsmann werden, wenn er reise, und Prott, der habe Einsicht (er widerspricht nie). — Nach anderer Seite muß man auch das Auge richten. Die Pariser Zustände scheinen mir nichts weniger als gesichert. Die halben Maßregeln mit dem Wahlrecht reizen, ohne zu helfen; und ich halte eine unglückliche Wendung ebenso möglich, als daß die Regierung endlich einen Krieg vom Zaune bricht, um das Volk los zu werden. Sind wir darauf gerüstet? — Auf beide Fälle?

d. 18.

Der Brief ist liegen blieben, darüber ist Ihr heutiger hinzu gekommen. Nun werden Sie allerdings Instructionen erhalten. Ob diese aber früh genug kommen, ist die Frage. Deßhalb schreibe ich weiter. Die Preuß. Erklärungen im Staatsanzeiger[1]) u. s. w. ergeben recht deutlich, wie wankend jene Sache ist. Es gilt also, sie nicht noch einmal wie durch die Münchner Vorschläge zu befestigen. Das führt mich auf die Frage von der Mehrheit. Ich glaube, da Preußen gern Theil nehmen möchte, aber nicht kann, thut man gut, die Sache nicht auf die Spitze zu stellen, d. h. man beschließt in Frankfurt, läßt aber den Beitritt (das Protocoll) offen, und deutet die Möglichkeit von Modificationen an, wenn die Hauptprincipien anerkannt werden. Als Grundprincip ist nun immer die Geltung des Bundesrechts bis zur Abänderung zu betrachten unter Abweisung aller Deductionen von Gelten des Bundes ohne Verfassung. Preußen hat das in den Verträgen anerkannt. Wie wollen sie davon abkommen? Sie scheuen sich auch sehr, die Verträge anzugreifen; also fest daran gehalten. — Weiter aber dürfen wir nicht vergessen, daß das Plenum ohne engeren Rath gar nicht bundesgesetzlich ist, Art. VII der BA. Das ist die schwache Seite Ihrer Ansicht, und deßhalb müssen Sie vorsichtig seyn; man wird dahinter fassen, um so mehr, als auch die Interpretation der BA. dem engern Rath zusteht, WSA 12. 14. 17. — Ein weiteres Grundprincip aber, das Sie den

---

[1]) Rede des Königs in der Schlußsitzung des Fürstenkongresses, Staatsanzeiger vom 16. Mai. — Eine preußische Note vom nämlichen Tage theilte dem oesterreichischen Gesandten das Resultat der Berathungen mit den Unionsregierungen mit: Theilnahme an der Frankfurter Versammlung, unter Protest gegen den Character derselben als Plenum der früheren Bundesversammlung und die daraus herzuleitenden Präsidialbefugnisse (Deutsche Chronik 1850, I. S. 234).

Preußen entgegen halten müssen, ist die Unmöglichkeit eines Bundesstaats im Bunde. Das wollen sie durchbringen, aber es geht nicht. Es muß ein Haupttheil des künftigen Bundesrechts seyn, die Separatverträge, die wir nie entbehren können, zu ordnen. Aber das geht nur unter Oberaufsicht und Schutz des Bundes. Ein Bund im Bunde, der alle Zwecke des Bundes vereinigt, schließt den Bund aus.

Was die Gruppen angeht, so möchte ich noch wünschen, daß Luxemburg aus der Schwäbischen in die Hessische käme. Diese ist die kleinste und schwächste; Nassau und Luxemburg verwandt. Uns aber liegt daran, zwei Nachbarn darin zu haben. Mosel und Rhein geben doch auch nach Nassau bessere Verbindung als nach Baden. Die inneren Verhältnisse in den Gruppen sind aber eine große Schwierigkeit. Haben die Vertreter nicht eine feste Stellung, so sind sie nichts nütze. Ich bin deßhalb ganz entschieden vielmehr für die alten Stimmen. Was haben denn die 13—17. Stimme je gelten können? Sollen nun demnächst die Königreiche die Stimmen für die Gruppe führen, so sind sie Gegenstand von Argwohn und Intrigue; soll mehrheitliche Wahl oder gar Instruction eintreten, so sind sie nichts. Hannover hat nun nicht blos die Theilnahme von Dännemark, sondern auch die Einverleibung Oldenburgs mit D. zu erwägen. Besser wäre es noch, auf das Erfurt-Berliner System von halben Stimmen mit Bevollmächtigten zu kommen, als auf ein System von Wahl. — Im Provisorio ist freilich das alles nur halb wirksam, aber ein Prototyp; und man wird ein gutes Provisorium nur machen, wenn man das Definitivum überall vor Augen hat. — Die Thunsche Ansicht von der Executive durch 2 ist sehr gefährlich, und Sie haben wohl gethan, ihr entgegen zu treten. Man wird sich mit Preußen allerdings gern à tout prix vertragen. — Wir Kleinen haben ein ganz anderes Interesse als Östreich und Preußen. Diesen ists eben recht, wenn die Gruppen nichts gelten. Uns liegt alles daran, sie zur Bedeutung und inneren Festigkeit zu bringen. Ich würde diese „Landfrieden" für eine Hauptaufgabe späterer Staatskunst halten. Man kann daran vieles knüpfen; die diplomatische und Consularvertretung u. s. w. — Aber das sind ungefangene Fische in dem jetzigen Unionswasser.

Ad vocem Preußen. Gestern, am 17. Mai, fand Wangenheim im Archiv die geheimen Artikel vom 17. Mai 1795, in denen Preußen sich mit Frankreich vereinigt, Hannover en depôt zu nehmen, heute einen Brief des Herzogs von Braunschweig, darnach man 1798 in Berlin (auf den Vorschlag des Prinzen Heinrich) die Idee hatte, England das Cap zu geben, wenn es Hannover an Preußen abtrete. — Berichte des alten Wallmoden stellen ins klarste Licht, daß die Demarcationslinie nichts als eine Perfidie war, die Östreich in unhaltbare Stellung brachte und den Franzosen

überall freie Hand gab. — So ein Archiv ist ein vertractes Ding. Das aber ist gewiß, so bald der Zustand Deutschlands nicht völlig fest nach Innen und Außen geordnet ist, giebts keine Preußische Politik mehr, sondern nur eine rasende Wuth, alles zu verschlingen, ohne die Kraft dazu.

Leben Sie wohl und feiern Sie fröhliche Pfingsten.

Ihr

JCBS.

Ich habe in der Ständeversammlung den Sachsenspiegel wieder gelesen. Da steht II, 1: Swar herren sich mit eyden zusamene sicheren, si en bescheiden daz riche dar buzen, so haben si wider dem riche getan; und in dem alten Landfrieden ist des Kaisers Genehmigung ausdrücklich vorbehalten.

Nr. 203. Frankfurt, 20. Mai.

Ich schicke den Canzlisten Herrn Elster zu Ihnen, liebster Freund, und zu Gr. Bennigsen mit dem Entwurfe zu dem Beschlusse über die neue Centralgewalt, so wie ich mit Herrn von Reinhard darüber einig geworden bin; die beiden andern Mitglieder der Comission, Graf Thun und Nostitz, wissen noch nichts davon, und werden ihn erst heute Nachmittag oder Morgen kennen lernen. Es ist halt Pfuscher-Arbeit und Sie würden was Anderes daraus gemacht haben; aber Sie sind ja leider nicht hier, obgleich hier jetzt wohl nöthiger, als dort. Elster soll mir nun von Graf Bennigsen meine Instruktionen pp. mitbringen, und Sie, liebster Freund, bitte ich, mir Ihre Ansichten, wärs auch nur ganz flüchtig und mit Bleistift, über den Entwurf notiren zu wollen. Elster geht heute Montag Vormittag über Biberich und Köln nach dort, kommt in Hannover Dinstag früh an, Dinstag im Laufe des Tages müssen Sie suchen, ein halbes Stündchen zu derartigen Notizen zu finden. Einiges möchte ich wohl in dem Entwurfe erläutern, aber die Zeit ist eben zu kurz; daß z. B. die Curiatstimmen im Pleno zu Stande gebracht werden, d. h. die Träger derselben von den Mitgliedern einer Gruppe in der Plenar-Versammlung ernannt werden sollen, geschieht, um zu verhüten, daß nicht etwa die Norddeutsche Gruppe den Großherzog von Oldenburg, die Sächsische Gruppe den Herzog von Coburg ernenne; bringt man sie erst auf die Linie der Anerkennung der Plenar-Versammlung, dann hat's damit keine Gefahr. Und so Manches. Das Ganze eben ein Nothwerk, ein Kind der Eile und mangelhafter Kenntniß, oder, wenn Sie am Ende wollen, vollständiger Unkenntniß. Ich hoffe, daß ich noch dazu komme, dem Herrn Elster einen französischen Bericht an den König mitzugeben, um gleich Sr. Maj. den Plan vorzulegen,

was Ihnen dann die Einholung der Allerhöchsten Genehmigung erleichtern würde. Elster soll dann Mittewochen früh wieder abreisen und trifft dann am Donnerstag Nachmittag hier ein, Donnerstag Abend oder Freitag Morgen wollen wir dann die Sache noch einmal vertraulich aber unter Zuziehung aller Mitglieder durchsprechen. Dazu kommen Ihre Notizen also jedenfalls früh genug. — Unser Plan ist, wie ich Ihnen schon neulich schrieb, Nichts zu übereilen, aber die Sachen so vorzubereiten, daß der Beschluß in einer Stunde gefaßt werden kann, wenn uns solches hier nöthig erscheint.

Da Scherff nicht, wie seine Absicht anfänglich war, behuf Instruktions-Einholung nach dem Haag gegangen ist, so hat er auf meine Bitte Ihr P. M. über die Canal-Angelegenheit an das Ministerium der ausw. Angelegenheiten eingeschickt, und hat er darauf eine Antwort bekommen, von der ich Ihnen die Abschrift beifüge. Man hat dort den besten Willen, und wenn Sie einen halbweg geschickten Menschen hinschicken, machen Sie die Sache fertig.

Neues von hier sonst Nichts. Ihr allergetreuester

D.

Nr. 204. Hannover, 21. Mai, Abends.

Eben halb 9 Uhr bringt Herr Elster mir Ihre Briefe. Graf Bennigsen hatte er auch nicht gefunden, und so ist nicht daran zu denken, daß er morgen früh abreisen könne. Ich will daher den Versuch machen, Ihnen einige vorläufige denkbare Winke und Notizen zugehen zu lassen.

Sie werden in diesen Tagen Instructionen erhalten, theils eine bloße farrago, wie Neubourg sie vor und nach zusammengeschrieben, welche Ihnen zu schicken ich angerathen habe, weil doch manches darin ist, was auf ein Bedürfniß aufmerksam macht, oder einen Gedanken anknüpfen läßt. — Es dient das alles aber nur theils 1) für die Verwaltung der Bundescommission, theils 2) für die Bearbeitung der Verfassung im Pleno.

Für das Provisorium aber werden Sie auch Bemerkungen erhalten haben, und zwar erst wegen der Stimmvertheilung. Ich lege großes Gewicht auf die Stellung Luxemburgs. — Dann aber auch wegen des Stimmverhältnisses in der Gruppe. Ich habe mir erlaubt, Ihnen meine Ansicht darüber schon privatim mitzutheilen, und kann nur wiederhohlen: Lieber 1/2 Stimme allein und frei, als eine ganze unter Abhängigkeit von andern. — Wäre aber die Möglichkeit, daß Hannover im Bundesrath gar keine Stimme führte, so müßte ein solches Verhältniß rein zurückgewiesen werden. Ich gestehe, daß mir Ihr Auskunftsmittel hier noch keineswegs genügt. Rechnen können wir jetzt nur auf Strelitz und Bückeburg. Von Holstein

wissen wir nicht; Schwerin ist ungewiß, Oldenburg und Braunschweig toll, Hamburg und Lübeck gefangen; Bremen lügt sich hindurch. — Nähme man ein System doppelter Stimmen an, so käme man auf die Zahl 18, also 1 mehr als der Bundestag. Davon erhielten Preußen, Östreich, Baiern statt bisheriger 3 — 10, die übrigen statt bisher 14 — 8. Von diesen 14 kämen auf die Hannoversche Gruppe unter ungefährer Ausgleichung der Bruchstimmen 5, Würtembergische $3^1/_4$, Hessische 3, Sächsische $2^3/_4$. Der Norden verliert also 3 Stimmen, Stimmen von Seestaaten. Das ist nicht auf die Dauer zu halten.

Doch ich muß schließen, wenn der Brief noch zur Post soll. Also leben Sie wohl und nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Nr. 205. Frankfurt, 22. Mai.

Ich hab Ihnen, theuerster Freund, zunächst für Ihr reiches Schreiben vom 18. zu danken. Eine Menge Ihrer Gedanken hatten wir schon getroffen, wie Sie aus dem inzwischen bei Ihnen eingetroffenen Entwurfe gesehen haben werden; derselbe hätte nur eine Erläuterung nöthig gehabt, die in der ungeheuren Eile, womit Elster expedirt wurde, mir leider nicht beizufügen möglich war. Und obendrein hat diese Eile doch nichts geholfen, da, wie mir Elster eben von Deutz aus schreibt, des Festes wegen (das eine ganz unglaubliche Bewegung auf Eisenbahnen und Flüssen bringt) die Rheinfahrt so langsam ging, daß er statt wie sonst um 7 oder 8 Uhr, nun erst nach Abgang des Nachtzuges in Köln eingetroffen ist. Ich verliere dadurch 24 Stunden, um die es mir sehr leid ist. — Hier hat sich inzwischen nichts Berichtenswerthes ereignet. R.-R. Mathis [1]) ist zum Bevollmächtigten ernannt, vielleicht der größte ...., den es giebt, in der berüchtigten Central-Untersuchungs-Commission der eigentliche Faiseur, d. h. der Fälscher, da ja die Maus, die damals in dem Berichte zur Welt kam, doch nur durch förmliche Fälschung möglich war. Das hat Florencourt [2]) damals von außenher nachgewiesen, es war aber so arg, daß das Bairische Mitglied ausdrücklich gegen die Mathissche Conclusionen protestirte. Nachher hat er nun hier beim Interim eine fernere gute Schule gemacht; in der Mecklenburger Sache hat er erst für die Competenz ein Gutachten gemacht, als nachher der Verwaltungsrath sich einmischte dagegen, was denn den soldatischen Schönhals in solche Empörung versetzte, daß Mathis

[1]) W. Geh. Ober-Reg.-Rath Mathis war den preußischen Bundes-Commissarien beigegeben, und wurde jetzt neben General von Peucker zum Vertreter in der von Oesterreich einberufenen Versammlung ernannt.

[2]) Ueber den Schriftsteller v. Florencourt s. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 77.

Angst bekam. Es ist ein .... schlauer, durchtriebener Geselle, den man voranschickt, weil nichts an ihm gelegen, es ein Kerl ist, der sich herausschmeißen, in den H...... treten läßt, ohne daß irgend viel daran gelegen. — Mich bestärkt diese Ernennung, wie Alles, was ich sonst von Berlin höre (eben weil dort Alles schwankend, muß man zeigen, daß man hier auf ein festes Ziel fest zusteuert, der Kraft fliegen die Kleinen zu, auch gelingt es nur so, Oesterreich zu binden), bestärkt mich in meiner Ansicht, daß wir hier entschieden vorangehen müssen. Reinhard und Xylander sind mit mir ganz einverstanden, die Hauptsache ist Thun, den ich das Fest über nicht zu sehen bekommen habe, und der freilich an Kübeck einen bösen Einflüsterer hat, weil der (wie auch Rechberg) ganz in der kurzsichtigen Politik steckt, daß Oesterreich sich mit Preußen auf Kosten der Kleineren einigen müsse. Ich habe mit Thun darüber eine ausführliche Unterredung gehabt, ihm — auf die Denkschrift von 1822[1]) zurückgehend — nachgewiesen, wie der Dualismus, der erst durch Preußens räuberisches Wachsen entstanden, Alles Unheil in Deutschland verschuldet, wie Preußen das aber mit großer Schlauheit Oesterreich in die Schuhe zu schütten gewußt und es daher gewagt habe, bei der ersten großen Crise den Versuch zu machen, Oesterreich aus Deutschland herauszuschieben. Stelle jetzt Oesterreich Preußen so, daß dieses wiederum Alles hindern könne, und das Oesterreich und dessen Verbündeten Schuld gebe, so werde eine neue Crise, die vielleicht bald eintrete, Preußen sicher an das Ziel seiner Bestrebungen oder wenigstens unsägliches Unheil über Deutschland bringen. O. müsse die Kleineren so stellen, daß die ihm, Oesterreich, seine Stellung in Deutschland, die weder O. noch Deutschland entbehren könne, gegen alle Preußischen Bestrebungen intakt erhielten, damit O. sich inzwischen in und auf sich selbst zurückziehen könne, da es voraussichtlich in nächster Zeit sehr mit sich selbst beschäftigt sein werde. — Graf Thun hat diesem Raisonnement nicht allein zugestimmt, sondern er hat auch, wie ich das gewiß weiß, in diesem Sinne mit einem heute abgehenden Courier nach Wien berichtet. — Alles kommt nun darauf an, daß er den Muth hat, entschieden voranzugehen. Morgen werde ich ihn sprechen und ihn dazu zu stimmen suchen. Läßt man den Preußischen Bevollmächtigten und die der andern Unions-Mitglieder zu, so werden die ohne alle Mühe Alles hindern und die Vergeblichkeit der hiesigen Bestrebungen nur zur Empfehlung und Befestigung der Union benutzen. Weiset man sie wegen Protestes oder dergl. a limine zurück, so wird das einen so ungeheuren Scandal erregen, daß unter dem Eindrucke dieses Scandals

[1]) Die Küpfersche Denkschrift ist gemeint, welche von Kombst in der Schrift: Authentische Aktenstücke 2c., S. 1 ff. veröffentlicht wurde. Vgl. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, III. S. 290.

unmöglich ein Beschluß der Art gefaßt werden kann. Es bleibt somit nichts Anderes übrig, als unter Einhaltung der durch die Circular-Depesche vom 26. April in Aussicht gestellten Frist den Beschluß zu fassen, bevor die Unions-Bevollmächtigten hier eintreffen. — So wenigstens sehe ich die Sache an, ich bin nun begierig, was mir Elster in dieser Beziehung von Hannover mitbringt. — Vor Sonnabend den 25. wird es schwerlich zu einer Sitzung der Plenar-Versammlung kommen; am 24. wird wohl nur eine vertrauliche Besprechung Statt finden. Ich gebe Ihnen vielleicht Morgen, sonst übermorgen weitere Nachricht über den Stand der Dinge, will aber hier gleich das bemerken, daß, wenn am Freitag, oder Sonnabend, oder Montag oder später ein entscheidender Beschluß gefaßt würde, ich Ihnen die Nachricht davon sofort telegraphisch zukommen lassen werde. Und zwar wird Elster an irgend einen Canzlisten der Berliner Gesandtschaft berichten: daß dieser an den Geheimen Registrator Cleeves nach Hannover melde: die Obligation sei aufgefunden worden. Haben Sie also die Güte, Cleeves durch Neubourg dahin instruiren zu lassen, daß er eine an ihn von Berlin einlaufende telegraphische Depesche sofort Ihnen und dem Gr. Bennigsen mittheile. Anders wüßte ich es nicht zu machen, da ich in Berlin Niemanden kenne und an Knyphausen nicht berichten mag, weil das gleich auffiele. Kommt jene Nachricht an, so wissen Sie, daß der entscheidende Beschluß gefaßt ist. — Ich wollte, ich könnt's Ihnen erst melden!

Der Ihrige
D.

Nr. 206. Hannover, 22. Mai.

Ob Sie meine flüchtigen Zeilen von gestern Abend zeitig erhalten, lieber Freund, weiß ich nicht, jedenfalls wird die Instruction, die hier am Sonnabend beschlossen ist, angekommen seyn. Eben so wenig weiß ich, ob dieser Brief und das heutige Rescript Sie noch trifft. Indeß habe ich doch, so weit die Eile des Tags, der mir gerade sehr zerrissen ist, es gestattete, einige Bemerkungen zu Papier gebracht [1]), die mir erheblich scheinen. Kleineres, was Redaction angeht, habe ich absichtlich nicht berührt, das werden Sie selbst finden. Es wäre vielleicht zweckmäßig, eine andere Einrichtung und Vertheilung der Gruppen vorzuschlagen, da die Östreichische sehr wenig Boden hat; allein beim Provisorium mags damit gehen. Man kanns beim Definitivum überlegen; — hier ist die Hauptsache, daß die Stimmführung jedenfalls gesichert wird, damit nicht Preußen durch seine Calanten, die in den einzelnen Gruppen meist majora haben — namentlich bei uns und Sachsen, alles verdirbt.

[1]) Anscheinend in einer Beilage des Briefs, die aber fehlt.

Die Preußen schicken ja Herrn Mathis. Wenn der nicht tiefer denkt, als seine Schrift vom October, so bedaure ichs. Der König von Preußen erkundigt sich bei Knyphausen wieder sehr freundlich nach unserem alten Herrn. So wird man nach diesem eclatanten Fiasco wohl wieder freundlich werden wollen. — Aber wie werden die HH. springen, wenn sie nun das Plenum anerkennen sollen.

Doch die Zeit drängt sehr; leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 207. Frankfurt, 24. Mai.

Ich habe Ihnen, liebster Freund, für Ihre Briefe vom 18., 21. und 22. (welchen letzteren mir der eben eintreffende Elster überbringt) und die Masse schätzbaren Materials zu danken, welches in diesen Ihren Briefen, sowie in den beiden offiziellen Sendungen und Instruktionen für die hiesigen Zwecke enthalten ist. Alles das läßt mich nur beklagen, daß Sie nicht hier sind, sondern Jemand wie ich, der höchstens einen unbestimmten Geruch von den Dingen hat. Ein großer Theil Ihrer Bedenken ist mir nun freilich schon früher gekommen, und hab ich mich vergeblich gequält, Abhülfe zu finden; für das Meiste finde ich die nun auch nicht in Ihren Notizen. — Daß die Hannoversche Gruppe kleiner werden müsse, hab ich auch sehr bald für nöthig erkannt; allein wohin damit? Sie können Lippe-Schaumburg an die Hessische Gruppe abgeben, allein das ist nun gerade eine korrekte Stimme, die man damit verliert, und dazu ist es auch zu klein, um gründlich zu helfen. Mecklenburg pp. aber zur Sächsischen Gruppe würde das Übel, was wir damit aus der Hannoverschen Gruppe entfernen, nur dort, wo es ohnehin auch schlimm aussieht (wo die Herzogthümer pp. dem Königreich ohnehin feindselig sind und nun die Anhalter, Reuß und all die kleinen Köther in die Preußische Wagschale fallen), noch schlimmer machen. Wir haben uns hin und her besonnen. Alle s. g. klugen Auskunftsmittel helfen nichts und würde jeder sehen, daß man damit nur die Pille vergolden will oder auf Schleichwegen das erreichen, was man nicht geradeheraus sagen mag. Deshalb werden wir wahrscheinlich, um die Sache kurz zu machen, von Seiten der Comission vorschlagen, daß in den betreffenden Gruppen die Königreiche die Stimmen führen sollen. Das Geschrei dann über uns! es geht mit Einem hin. Fügt sich Preußen, fügen die Kleinen sich auch. — Preußen aber wird sich nur fügen, wenn wir vorangehen. Überhaupt ist ja nur vom Provisorio die Rede und so sehr ich die Bedeutung desselben für das Definitivum anerkenne, so ist es doch wichtiger, daß bald etwas gemacht wird, als daß es nun bis ins Kleinste ausgetüpfelt

wird; vollkommenes läßt sich für unsere Deutschen Zustände doch nicht machen. Es wird übrigens im Bericht ausdrücklich anerkannt werden, daß die Vertheilung in die einzelnen Gruppen nur für das Provisorium sei und daß die mancherlei Übelstände, die diese Vertheilung haben könne, im Definitivo leichter beseitigt werden könnte. Ähnlich wird's mit Luxemburg gehen. Darüber hab ich nach allen Seiten hin angeknüpft; mit Scherff, der Unterstützung zugesagt hat, aber erst deßhalb schreiben will, und das erst, wenn er unsere Vorlage überschickt. In diesem Sinne thäten Sie nun gut, wenn Sie von dort aus gleich nach dem Haag schrieben und dort Ihre Wünsche exponirten. Scherff meinte, man werde im Haag so ziemlich indifferent über die Frage denken, also einen Wunsch Hannovers gern berücksichtigen; die Verwandtschaft mit Würtemberg werfe im Haag kein Gewicht in die Wagschaale. Wohl aber thut sie das, wie Reinhard mir sagt, in Stuttgart; noch mehr aber der Umstand, daß Baden feindlich und mißtrauisch zu Würtemberg steht, und daß man in Stuttgart daher Luxemburg gern behält als eine Art Gegengewicht. Ich habe dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß Holland nur für das Provisorium auf die eigene Stimmführung verzichtet hat, und daß nach dessen Aufhören eine Forderung Luxemburgs, an der Stimmführung vielleicht alternirend Theil haben zu wollen, nothwendig ein gleiches Verlangen Seitens Badens zur Folge haben müsse. Aber wie gesagt, Reinhard war der Ansicht, daß man in Stuttgart Luxemburg nicht werde aufgeben wollen. Ich will sehen, was sich machen läßt, hab aber wenig Hoffnung und will daher wenigstens im Berichte soviel wie möglich zu retten suchen. Hassenpflug, der für Baumbach kommt, ist noch nicht hier, daher hab ich mit den Hessen über diese Sache noch nicht reden können.

Inzwischen hat man in Berlin — wie ich nicht zweifle, in Folge unseres Beschlusses vom 16. [1]) — von dem .... Mathis abstrahirt und will den General Peucker ernennen; das ändert nun die ganze Sachlage. Peucker hat dies Thun selbst angezeigt. Nun ist ein Vorangehen vor Eintreffen des Preußischen Bevollmächtigten nicht denkbar. Jedenfalls aber wird der Bericht pp. so vorbereitet, daß die Herren darin wenigstens Alles fertig finden. Nach den Zeitungen käme Liebe für Braunschweig und Oldenburg, ein Freund von mir, der vielleicht noch zu retten ist, wobei ich gewiß nichts versäumen will.

Morgen 11 Uhr hat die Comission Sitzung. Thun, mit dem ich gestern noch ausführliche Unterredungen hatte, erschien mir etwas schwankend; vielleicht will er erst noch Ordre von Wien haben, oder Kübeck hat soufflirt.

---

[1]) Die Konstituirung der Plenar-Versammlung.

Jedenfalls will ich Morgen auf Verabredung eines ganz bestimmten Planes auch unter Berücksichtigung der durch Peuckers Designation veränderten Sachlage bringen. Ich schreibe dann Morgen ein Näheres.

Doch genug für heute, zumal ich auch noch dem König einen französischen Bericht schicken muß, der um so mehr drückt, je mehr der Stoff fehlt. Der König hat mir aber gestern geschrieben und verlangt häufigen Bericht.

Ihr

D.

Nr. 208. Frankfurt, 24. [rect. 25.] Mai.

Nach einer tödtlich ermüdenden Comissions-Sitzung von 6 Stunden kann ich Ihnen, liebster Fr., gerade noch vor Postschluß einige Nachrichten zukommen lassen und daher, weil es an Zeit für den Abschreiber fehlt, weder an des Königs Majestät noch an den Grafen Bennigsen offiziell schreiben.

Graf Thun hat heute Morgen einen Courier aus Wien erhalten mit einem für Gr. Thun außerordentlich verbindlichen und anerkennenden Schreiben über den Beschluß vom 16. Mai. F. Schwarzenberg macht dem Grafen darin die größten Complimente und beauftragt ihn, den übrigen Mitgliedern des Fürsten Anerkennung auszusprechen. Dabei wird erklärt, daß das Wiener Cabinet mehr wie je entschlossen sei, auf diesem Wege voranzugehen; es habe seiner Seits für die neue Behörde eine erweiterte Competenz gewünscht, seien aber seine Verbündeten anderer Ansicht, so wolle es sich fügen. — Dieses Schreiben ist uns viel werth, weil es den Grafen Thun festigt. Außerdem ist es ja von höchster Wichtigkeit, Oesterreich auf dem legalen Terrain des Bundesrechts festzuhalten.

Thun theilte uns ferner die Preußische Note vom 16. Mai[1]), Protest gegen Präsidium und Charakter der Plenar-Versammlung mit, wovon ich Abschrift erhalten. Dagegen theilte er uns nur durch Vorlesung die Russische Note vom 18. April mit, worin Rußland auf das entschiedenste die Preußischen Militär-Verträge reprobirt; Abschrift weigerte er, vielleicht erhalte ich solche doch noch. Endlich ein Brief von Prokesch, der ihm schreibt, daß Schleinitz ihm die Ernennung von Peucker und Mathis anzeigt, letzterer werde Ende dieser Woche von Berlin abreisen und bitte er, Schleinitz, daß Graf Thun mit den wichtigeren Arbeiten bis zum Eintreffen des Preußischen Bevollmächtigten warten möge. Peucker wird wohl in der Versammlung erscheinen, Mathis draußen souffliren; alle Beide werden wir nicht zulassen, so wenig wie, daß Peucker den Mathis statt

---

[1]) S. oben S. 414 Anm. 1.

seiner schicke. Für solchen Fall würde nur Substituirung eines andern Mitgliedes des Pleni eintreten können. Wenigstens erklärte Thun, daß er in diesem Sinne entschieden handeln werde. Am Montag Vormittag wird nun die Comission noch einmal zusammentreten, Abends vielleicht schon eine vertrauliche Sitzung der Bevollmächtigten Statt finden, vielleicht Dinstag schon eine formelle, wo der Ausschuß-Bericht und Antrag vorgelegt und zur Instruktions-Einholung verstellt wird. Über diese formelle Behandlung und Taktik werde ich weiter schreiben, sowie Graf Thun (der nun zwischen jenem Briefe von Prokesch und der Bitte von Schleinitz und der ihm durch Schwarzenbergs Zustimmung gegebenen Ermunterung, auf dem Wege zu beharren) über die nächsten Schritte ganz entschieden ist. Viel wird dabei auf das Verhalten der Preußischen Bevollmächtigten, ihre Vollmacht, ihre etwaigen Proteste u. s. w. ankommen. Beharren sie entschieden in den jetzigen Wegen, so gehen wir gewiß ebenso entschieden diesseits voran, worin nach meiner immer noch unerschütterlichen Ansicht allein Heil, d. h. alleinige Aussicht auf ein Nachgeben Preußens zu finden ist.

In das Materielle eingehend, bemerke ich Ihnen nun unter Zugrundelegung der Notaten aus dem Gesammt-Ministerium vom 22. Mai Folgendes: Zu § 3. Verlegung der Residenz des Bundes-Raths jenen Notaten gemäß. Zu § 4. Hier haben wir uns geeinigt, die Bestimmung im Wesentlichen salva redactione so zu fassen: „Die Staaten, welche einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zu ernennen haben, haben sich über die Stimmführung im Schooße der Plenar-Versammlung und unter deren Vermittelung zu verständigen. Im Falle der Nicht-Verständigung werden die Regierungen von Königreich Sachsen, Hannover, Würtemberg und Kurhessen für die betreffende Curie die Stimme [zu] führen." (Der Fall der Nicht-Verständigung liegt ja immer in der Hand dessen, dem die Stimmführung zugedacht ist. Es ist nur eine Phrase, die Niemanden täuschen wird — aber sie erkennt das Recht der Kleineren zur Ernennung des Stimmführenden an und damit ist ja alles gewahrt, was jene verlangen können). Zu § 6. Im Wesentlichen, wie in der Verfügung vom 20. Mai gewünscht worden.

Dagegen haben die Notaten zu § 7 keine Berücksichtigung gefunden. Was die dem Pleno zu ertheilende Interpretations-Befugniß zweifelhafter Bestimmungen der B.-V. betrifft, so hält man nicht für nothwendig, hier etwas darüber zu sagen. (Ist nicht vielleicht der betreffende Passus des hiesigen Vorschlages dort mißverstanden worden?) — Daß aber 3 Stimmen schon hinreichen sollten, eine Angelegenheit aus dem Bundes-Rath ins Plenum zu bringen, hält man für bedenklich, weil es den Geschäftsgang

erschweren könne — wenigstens dahin verschrieen werden könne, als sei damit wieder die Möglichkeit, eine Sache zu verschleppen pp., gegeben.

Ebenso wollte man sich nicht dazu verstehen, in § 8 etwas über die Geschäftsform des Pleni zu sagen, so sehr man auch die Richtigkeit, ja Nothwendigkeit anerkannte. Der Grund ist hauptsächlich, weil wir schon durch unsern Beschluß vom 16. von jener Beschränkung der Deliberations-Befugnisse des Pleni abgewichen. — Über die Marine wird der Bericht sich aussprechen; es war nicht möglich, hier eine Fassung für den Beschluß selbst durchzubringen.

Ihre Einwände gegen § 9 theile ich vollkommen. Dagegen waren von anderer Seite, namentlich in einem Privatbriefe des Königs von Würtemberg, diese Bestimmungen gerade in solcher Weise gebilligt, daß die andern Mitglieder sie nicht aufgeben wollten. Wir haben uns nun dahin geeinigt, daß es dort heißen solle, daß in solchen Fällen eine oder mehrere Regierungen „vorübergehend mit ausgedehnten Special-Vollmachten" versehen werden sollten. — Der Ausdruck „Special-Vollmacht" wird wohl Ihre Besorgniß heben.

Wegen des Präsidii ist noch bestimmt, daß Oesterreich dasselbe im B.-R. führen solle, vorbehältlich einer Verständigung im Bundes-Rathe selbst.

Die Redaktion des Vorschlages ist und bleibt schlecht und ich fürchte sehr, wir werden zu keinem bessern kommen, weil die Arbeit Reinhard und mir allein obliegt und die Zeit sehr drängt. Einzelnes ist geändert, Anderes will ich noch zu beseitigen suchen. Vielleicht schicken Sie mir von dort eine Abschrift, worin Sie gerade in Betreff der Redaktion einige Notizen machen, unter Berücksichtigung der oben angegebenen Änderungen; doch aber nur, wenn Sie gerade Zeit übrig haben, etwa bei einer passenden Rede in der 2. Cammer.

Noch bemerke ich, daß F. Schwarzenberg in seinem Schreiben an Graf Thun aussprach, wie sehr man dort die Beschleunigung — jedoch ohne Übereilung — wünsche und es deshalb gern sehen würde, wenn einzelne Regierungen gegen die Fortdauer der Bundes-Comission Protest erhöben. Der würde in Wien und Berlin zu übergeben sein. Ihrer Seits bedarf's dessen wohl kaum, da Sie nur bis zum 1. Juni prolongirt haben.

In Ihrem Briefe vom 21. erwähnen Sie, wie die Nordseestaaten 3 Stimmen in der neuen Behörde verlieren würden; das ist sehr wahr — aber wie ist zu helfen?

Ihr

D.

Nr. 209. Hannover, 26. Mai.

Ich habe wohl gefürchtet, lieber Freund, daß unsere Mittheilungen Sie nicht befriedigen würden. Die Lage ist ja leider einmal so, daß wenig Gesundes zu erwarten ist. Die Verminderung der Stimmen auf der einen Seite, die Erweiterung der Stimmen der großen auf der andern, machen einmal das Uebel unvermeidlich. Wenn diejenigen, die bisher $^{14}/_{17}$ der Stimmen hatten, sich nun in $^{4}/_{9}$ theilen sollen, so fallen die Antheile dünn aus; man wird sich schicken müssen, so gut es geht, und diesen Lumpen gegenüber ists wohl am besten, unverschämt auftreten. Vernunft trauen sie einem doch nicht zu, sondern riechen in vermeinter Schlauheit überall Hinterlist. Da werden sie am Ende stolz seyn, dem bösen Willen noch etwas abgerungen zu haben. — Freilich hat man ihnen in Berlin das eingebläut: Keine Gruppen! Dagegen haben sie das System der halben Stimmen inventirt. Das ist aber sehr spaßhaft, daß sie entweder die Union oder Stimmrecht nach Köpfen verlangen. Ueberhaupt das Berliner Protokoll,[1]) welch ein Zeug ist das! Blömer hat sich in Naivetät selbst übertroffen. Wenn man so die Abstimmungen liest und wie dann Radowitz ein ganz anderes Conclusum zieht, — wenn Hassenpflug, nachdem sie sich in Dummheit festgeschwatzt, es nicht mehr aushalten kann und ihnen einhilft. Interessant ist mir gewesen, daß Radowitz gegen die Braunschweigsche Treiberei mit Organisation des Militärs geltend gemacht hat, man müsse damit vorsichtig zu Werke gehen. Diese Sache ist einmal völlig zu Nichte geworden. Man mag das auch in Berlin fühlen, da man jetzt wieder gegen uns sehr liebenswürdig ist; und da der König auf die Nachricht von dem Mordanfall[2]) sofort einen Adjutanten nach Berlin geschickt hat, so ist das Verhältniß in den dehors wieder völlig hergestellt, worüber niemand glücklicher ist als der arme Prinz Isenburg[3]), der hier als Geschäftsträger eine sehr schlimme Rolle spielte. Ihre Mittheilungen über Hrn. Mathis sind mir sehr interessant gewesen. Ich las, als ich seine Ernennung erfuhr, seine Schrift vom vorigen Herbst[4]) und schmeckte gleich den ..... durch. Welchen Bericht über die Central-Untersuchung hat er denn geschrieben? Den von 1839 oder den aus den 20ger Jahren? Uebrigens werden Sie aus den Berliner Berichten ersehen haben, daß die Vollmachten wohl nicht vor Mitte der Woche in Frankfurt eintreffen können. Uebrigens werden Sie ja das Berliner Separatprotocoll auch erhalten haben, worin die unionistischen Intentionen liegen; ebenso werden Sie den Wiener Bericht erhalten haben, der Schwarzenbergs Reise nach Warschau ankündigt. In

[1]) Vgl. oben S. 406, Anm. 1. — [2]) Von Sefeloge am 22. Mai.

[3]) Attaché bei der preußischen Gesandtschaft.

[4]) Preußens deutsche Politik und ihre Gegner, Berlin, 1849.

dem beharrlichen Sinne, den Ihr letzter Brief ankündigt, war auch ein früherer Bericht von dort geschrieben; jedenfalls aber ist sehr zu wünschen, daß Sie dort einen bestimmten Entwurf zu einer provisorischen Centralgewalt fertig machen, ehe aliunde, von Warschau oder woher, ein solcher kommt; und ich meine, Preußen und seine Kröppler werden sich am Ende auch schicken; es sieht mir gar nicht aus, als wenn man dort Heldenthaten im Sinn hätte. Aber Hr. v. d. Pfordten ist noch immer sehr reizbar; sehr jaloux auf Wien, zürnend, daß Xylander nicht in die Commission gewählt worden. Thun Sie etwas, um letzteren zu begütigen.

Wir haben heut von dem dummen Groß einen Anfall über die Deutsche Sache zu erleiden gehabt und nachher beim Budget des Auswärtigen von Weinhagen, Gerding, Detering, Bueren, Grumbrecht (der sich immer zwischen 2 Stühle setzt oder stellt). Dergleichen geht fast unbeachtet vorüber; aber in den Gehaltsbewilligungen herrscht ein Geist der Nergelei und der Abgunst, der einem die Sache recht unangenehm macht. Man kommt indeß wohl durch. Fertig werden wir nicht mit sämmtlichen Arbeiten und wollen morgen einen Abkürzungsplan mit den Präsidenten berathen. Es ist ein traurig Ding um diese Cammer. Dagegen machen die Schwurgerichte, wie es scheint, überall guten Eindruck.

Doch das bei Seite und noch einige Anmerkungen zu Ihren beiden Briefen vom 24. und 25. Ich hatte wohl besorgt, daß unsere Instructionen Ihnen nicht genügen würden, und es thut mir hinterher fast leid, manches geschrieben zu haben, da ich recht gut weiß, daß man in solchen Sachen sich die Dinge nicht nach allen Seiten zurecht legen kann, sondern mit dem Erreichbaren zufrieden seyn muß. Das thut mir leid, daß die Fragen wegen der Interpretation der BA. und wegen Verweisung ans Plenum von mir nicht recht deutlich ausgesprochen sind, da darauf ein Gewicht zu legen ist, das gewiß anerkannt sein würde. Die Sache ist diese. Dem Bundesrath wird die Competenz der BV. beigelegt. Zu dieser gehört die Interpretation der BA. Nun weiß jeder, was Interpretation bedeutet, zumal bei einem so schwankenden Dinge wie die BA. Unsere Verfassungen stellen die authentische Interpretation überall der Gesetzgebung gleich. Man kann solche unmöglich, wie das jetzt geschieht, in die Hand von 3 Staaten (Östreich, Preußen, Baiern machen die Majorität) legen; deßhalb ist eine Sicherung erforderlich. — Eben so ists mit der Verweisung ans Plenum. Wenn jene 3 Staaten nicht wollen, so können sie überall die Verweisung ans Plenum hindern. Das ist nun freilich alles minder bedeutend bei einer kurzen Dauer der provisorischen Einrichtung; aber es muß beachtet werden, da es bei einer Verlängerung jedenfalls Bedingung werden müßte. — Das Wesentliche bleibt immer das Stimmrecht, und da

wird freilich am Ende Ihr Auskunftsmittel das Einzige sein, darauf man kommen kann. Ich fürchte mich nur vor allen Dingen vor der Berathung gemeinschaftlicher Instructionen. Diese sind unmöglich. Man kann dem Bevollmächtigten aufgeben, Instructionen der Nebenstimmen auf den Tisch zu legen. Aber Ein Staat muß die Hauptstimme führen. Wir fühlen jetzt in unserem Steuerwesen, was es heißt, an so einen schlaffen schwachen Staat wie Oldenburg gebunden zu seyn.

Ich wollte noch die Redaction der Artikel kritisiren; allein es wird zu spät. Sie sollen solche morgen erhalten. Leben Sie recht wohl und gehen Sie gerade fort; ich denke, es geht.

Geschl. 27. Mai. Ihr

JCBS.

Nr. 210. Frankfurt, 27. Mai.

Meine beiden letzten Briefe von vorgestern und vorvorgestern haben wahrscheinlich ein unrichtiges Datum gehabt, der vorgestrige vom Sonnabend das Datum vom 24. statt 25., was ich erwähne, damit Sie, lieber Freund, nicht in chronologischer Hinsicht irre an uns werden.

Gestern war Graf Thun seiner Frau bis Darmstadt entgegen und brachte sie gestern hieher; da war nun nichts anzufangen. Heute, Montag, waren wir in der Comission zusammen und hatten Xylander zugezogen; da haben wir Thun nun stark zugesetzt zum Vorangehen. Er hat uns dann offen erklärt, daß er am vergangenen Mittewochen, den 22., den Entwurf des Beschlusses, wie er solchen damals von Reinhard und mir erhalten, per Courier nach Wien geschickt habe und nun nicht gut entscheidende Schritte vornehmen könne, bis er von Wien Antwort darüber habe. Diese könne bis Mittewochen oder Donnerstag eintreffen. Sobald sie da sei, wolle er eine Sitzung ansetzen. In dieser wird die Comission Bericht abstatten und ihren Antrag vorlegen — und die Versammlung wird Instruktions-Einholung in kürzester Frist beschließen. Sie sehen: der Beschluß, nach welchem mich's so sehr verlangt, schiebt sich immer weiter hinaus. Kommen die Preußischen und Unions-Bevollmächtigten, so wird man den Charakter der Plenar-Versammlung sowie das Präsidium Oesterreichs auf das allerentschiedenste festhalten. — Sie glauben nicht, welche Versuche jetzt schon von den verschiedensten Seiten gemacht werden, uns diesen Boden unter den Füßen wegzuziehen; man will von anderer Seite selbst auf Übernahme des Präsidii von Seiten Oesterreichs antragen u. s. w. u. s. w., aber die Bevollmächtigten von Oesterreich und den Königreichen sind in der allerentschiedensten Weise entschlossen, hierin um kein Jota nachzugeben. Wollen die Neuankommenden also hier sich nicht beugen,

so bleiben Sie draußen, und es finden dann mit ihnen nur Verhandlungen in Form vertraulicher Besprechungen Statt, durchaus keine eigentliche Sitzung nnd formelle Verhandlung. Thun glaubt (vermuthlich Böttcher-Kübeck'sche Einwirkungen), Preußischer Seits habe man jetzt schon den ehrlichen Willen, sich zu einigen, was ich entschieden bestreite. Möglich, daß das Attentat eine neue Wendung der Berliner Politik veranlaßt; es ist ja dort Alles schwankend. Die D. Reform und andere Berliner Blätter schieben das Attentat den Demokraten zu; dabei darf aber nicht vergessen werden, daß keine Parthei aufgebrachter gegen den König war und ist, als die Gothaische Erbkaiserliche; es war hier schon im März, April und namentlich Mai 1849 ihre ewige Verwünschung gegen den König gerichtet; wenn der Prinz von Pr. den Thron bestiege, zumal mit der Prinzessin, dann würden alle die Träume von Gagern und Gotha hier Wahrheit werden. Ich erinnere mich, daß ich damals in der Paulskirche mit einem höhern Preußischen Beamten, der ebensolches Zeug schwätzte, eine heftige Scene hatte, weil der offen eine Pallast-Revolution predigte. Das haben die Herren jetzt vergessen und schütten den Frevel den Demokraten in die Schuh, während die vielleicht mit demselben Rechte die Anschuldigung zurückgeben könnten. — Aber auf hiesige Dinge zurückzukommen: — würden jene vertraulichen Besprechungen zu einer Einigung führen, dann würde sich die Form leicht finden lassen, wär's auch nur die, daß die Plenar-Versammlung selbst einen Congreß veranlaßte, wo es dann nur auf neue Vollmachten ankäme. Ich aber bin überzeugt, daß für's Erste von Berlin aus nur eine Hinderung zu erwarten ist, nicht aber rechter Wille zur Einigung.

Noch bemerke ich, daß im § 8 des Entwurfes das Präsidium des Bundes-Raths allein Oesterreich zugesprochen wird; die Bestimmung, daß es dem B.-R. unbenommen bleibe, wegen des Präsidii eine anderweitige Verständigung eintreten zu lassen, ist aufgegeben worden.

Pfordten hat seinem Bevollmächtigten ein großes Schreiben wegen der Zulassung Bülows zugehen lassen, nicht gehauen, nicht gestochen: wenn die Verhandlungen, die jetzt angeknüpft, nicht zum Ziele führen sollten, oder gar der Krieg erneuert würde, solle er auf Ausschluß Bülow's antragen, was sich von selbst verstände. Das Ding ist offenbar für die Kammern berechnet. Dem Grafen Thun war das Ding, das ihm Xylander vertraulich mittheilte, sehr fatal. Wir haben uns nun vereinigt, daß Xylander die Sache jedenfalls vorbringen, Graf Thun dann erklären soll: die Einladung zur Beschickung habe erfolgen müssen (motivirt), die Zulassung und Genehmigung der Vollmacht habe die Frage gar nicht präjudicirt, da diese aber sehr verwickelt, trage er auf comissarische Behandlung und Begutachtung

derselben an. Die Comission kann sich dann mit der Bundes-Comission in Vernehmen setzen, die Sache überhaupt so behandeln, daß Alles gewahrt wird und die Ereignisse am Ende entscheiden.

Von Baden kommt als Bevollmächtigter statt Marschalls, der abgelehnt hat, Porbeck[1]), großdeutsch aber schwach. Von Darmstadt noch immer nichts bestimmtes, auch von Cassel aus verlautet nichts. — Thun schreibt nun heute noch überall hin, um zum Herkommen einzuladen.

Gestern war Herr Hofrath Forsboom bei mir; ich hab mich halb todt gelacht über seine Rodomontaden. Wie der Mensch sich überall Zutritt verschafft hat, ist für den, der ihn kennt, rein unbegreiflich. Graf Thun, den er mehrmals besucht und der ihn bei F. Schwarzenberg gesehen, war heute freilich sehr dekontenancirt, als er erfuhr, daß der Gute nichts sei als ein Tabakshändler und der Nassauische Hofrath nur die Provision für ein Geldgeschäft oder einen Güterkauf. Forsboom erzählte mir übrigens ganz naiv, wie er an Schleinitz berichte.

Ihr

D.

Nr. 211. Frankfurt, 4. Juni.

Ich habe Ihnen, theurer Freund, zunächst meinen herzlichsten Dank für Ihre Briefe vom 27. u. 28.[2]) v. M., letzteren mit den Redaktionsbemerkungen, zu sagen. Ich lege Ihnen nun das Projekt bei, wie sich die Comission gestern nach langen und ermüdenden Kämpfen darüber geeinigt hat. Sie werden eine Menge Ihrer Ausstellungen und Bemerkungen berücksichtigt und benutzt finden, Anderes wieder — in zum Theil auffallender Weise — nicht. Sie wissen aber, wie es mit dergleichen Kämpfen geht. Die Sache hat hier noch ihre aparten Dornen, weil vielleicht die Würtembergsche Regierung auf einen Punkt Werth legte, der Ihnen anstößig erschien u. s. w. Die Comission ist aber jetzt einig. Der Gang, den wir uns nun vorgezeichnet haben nnd für den wir möglichste Latitude zu gewinnen suchen mußten, um nicht durch äußere Ereignisse aus der Bahn gedrängt zu werden, ist im Wesentlichen Folgender: Morgen, den 5., ist formelle Sitzung, Vollmacht und Eintritt von Oertzen[3]) für M.-Strelitz; Präsidium zeigt an, der Ausschuß sei mit seinen Arbeiten fertig und werde deshalb in den nächsten Tagen eine Sitzung stattfinden, wo der Ausschuß seinen Bericht abstatten werde. Das der ganze Inhalt, wenn nicht etwa Strauß[4]) eine vortreffliche Denkschrift zu Protokoll liefert, von der Sie

---

[1]) Legationsrath von Porbeck.

[2]) Dieser Brief fehlt. — [3]) Geh. Justizrath von Oertzen.

[4]) Cabinetsrath, Bevollmächtigter von Schaumburg-Lippe.

hoffentlich durch Herrn von Lauer [1]) Abschrift erhalten haben oder sonst durch mich erhalten sollen. Diese Sitzung, worin der Ausschuß seinen Bericht und Entwurf vorlegt, wird Thun anberaumen, sobald er von Wien auf seine Mittheilungen vom 22. Mai Antwort (die er wegen Schwarzenbergs Reise noch nicht erhielt) erhalten haben wird. Spätestens aber soll sie am 12. stattfinden, wahrscheinlich aber noch im Laufe dieser Woche, also bis zum 8. In dieser Sitzung legt der Ausschuß Bericht und Entwurf vor und die Versammlung beschließt Instruktions-Einholung binnen 8—12 Tagen (je nach dem die Frist zwischen der Sitzung vom 5. und der folgenden lang oder kurz war). Da der Ausschuß aber fertig, so werden die jetzt anwesenden Bevollmächtigten bereits Morgen und übermorgen den Entwurf und, wenn die Abschriften bis dahin fertig werden, auch bereits den Bericht des Ausschusses ihren Regierungen einsenden. Wenn die Wiener Antwort günstig ist, d. h. zu raschem Fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn auffordert, so würden wir viel rascher vorangehen, wenn nicht Scherff erklärte, daß er wenigstens 10 Tage haben müsse, um Antwort aus dem Haag zu haben. Inzwischen wird nun wohl Alles davon abhängen, was für Geschäfte der Prinz von Preußen in Warschau [2]) macht; dringt er dort mit seinem dualistischen Projekte nicht durch, so wird Preußen und seine Vasallen sich schon fügen und im Einzelnen zu erobern suchen, was möglich. Die Preußischen Rüstungen, die so säbelrasselnd, sporenklirrend durch die Zeitungen renommiren, werden hier belacht; die Forderung einer Bagatelle von 18. Mill. bewies ja schon, daß es ihnen kein Ernst sei; dazu diese Armee wie eine Douaniers-Linie eparpillirt von Constanz bis Wesel, beim ersten Vordringen aus dem Vorarlberg und dem Auftreten Bairischer und Würtembergscher Truppen aufgerollt und zurückgeworfen bis Koblenz, jetzt zumal nach Auflösung der Sächsischen Cammern ein Einmarsch der Oesterreicher in Sachsen die ganze Frage entscheidend; denn wenn die bei Dresden über die Elbe gehen, was hindert sie, in 8 Tagen in Berlin zu seyn? Kurz, an diese Dinge glaubt Niemand. Dagegen macht man von Berlin aus in andern Dingen offenbar patte de velours und was Sie von neuen Liebenswürdigkeiten gegen Hannover sagen — offenbar um eine Spaltung hervorzubringen in dem Lager der Gegner — kann ich von hieraus bestätigen. Präsident Bötticher, der mich mit Ausnahme einer Soirée im Februar, die ich ablehnte, weil ich mich an dem Tage gerade verheirathete, nie eingeladen, hat mich schon vor 5—6 Tagen auf Morgen, des Königs [3])

---

[1]) Regierungs-Präsident Freiherr von Lauer-Münchhofen.

[2]) Ueber die Zusammenkunft desselben mit dem Kaiser Nicolaus und Fürst Schwarzenberg in Warschau Ende Mai vgl. v. Sybel, I. S. 383 ff.

[3]) Von Hannover.

Geburtstag, zu Tisch geladen; möglich, daß dort des Tages gedacht und des Königs Gesundheit ausgebracht wird, worauf ich dann einfach zu danken mich beschränken werde. Herr v. Otterstedt, der Resident bei der Stadt, dem ich wegen des Attentats einen Besuch gemacht hatte, ohne ihn zu treffen, besuchte mich gestern und war von einer überfließenden Liebenswürdigkeit u. s. w. Da diese Leute nichts umsonst thun, so weiß man immer genau, wenn sie locken und betrügen wollen. Mathis soll gestern Abend angekommen sein, Gewisses hörte ich noch nicht darüber. Sie fragen nach seinem Berichte; es ist dies der der s. g. schwarzen Commission vom J. 1839.

Von Merck hab ich in letzter Zeit mehrfach ausführliche Briefe über die Hamburger unglaublich elenden Zustände gehabt, der Pinsel Banks regiert dort jetzt unbeschränkt; hieher wird Lappenberg geschickt (statt des bessern Kirchenpauers), der nicht sehr Preußisch ist, aber für Aufrechterhaltung der Militär-Convention schwärmen soll. Merck klagt sehr, daß Hannover seinen natürlichen Einfluß auf die Hansestädte, namentlich Hamburg, gar nicht zur Anwendung bringe; der Preußische Einfluß werde und müsse diesem, richtig angewendet und ausgeübt, unterliegen, zumal da des Ministers v. d. Heydt Pläne Preußen selbst schadeten. Die eigentlich handelspolitischen Pläne Hannovers müßten von andern Plänen, z. B. Elbübergang durch Brücken und Eisenbahn, Eisenbahn von Harburg nach Cuxhaven u. dergl. m. unterstützt werden. Könnten Sie dergleichen nicht wenn auch nur zur Besprechung einmal bringen? — Sie werden vermuthlich schon wissen, welcher saubere Plan in Erfurt ausgeheckt worden war, um Oesterreich zum Bankerott zu bringen: die Hamburger Börse sollte erklären, daß sie keine Wechsel auf Wien und Prag mehr nehmen werde, die Berliner und Frankfurten Börsen sollten folgen, und so wäre der Bankerott unvermeidlich gewesen. Da hat Merck sich mit großer Energie und Entrüstung einem solchen Manöver entgegengestemmt und es scheitern machen.

Schöff Harnier fragte mich, ob ich nicht erfahren könne, wie Sie es in Hannover mit den aus der Schweiz ausgewiesenen Nicht-Hannoveranern hielten. Wenn Sie mir darüber gelegentlich etwas sagen können, thun Sie mir einen Gefallen. Und noch Eins — haben Sie die Preußische Denkschrift von 1822 über die von Preußen zu befolgende Politik, und wo ist die zu finden? Die Kombstschen Aktenstücke sind hier in Frankfurt merkwürdigerweise nicht aufzutreiben.

Eben läßt mir Graf Thun sagen, daß die Sitzung nicht Morgen, sondern erst am 6. Statt finden werde.

Ihr getreuester

D.

Nr. 212. Hannover, 7. Juni.

Ihren Brief vom 27. hätte ich längst beantworten sollen, lieber Freund; allein es war kein rechter Stoff. Nun ist der vom 4. hinzugekommen; da darf ich nicht länger säumen. Die meisten Gegenstände, welche der erste berührt, erledigen sich durch den Gang, den die Dinge genommen, von selbst. Was den zweiten angeht, so hat der Entwurf meines Erachtens durch die Ueberarbeitung wesentlich gewonnen; nur den Passus wegen der Bevollmächtigten hätte ich noch gern darin gesehen. Das wird sich aber nicht haben machen lassen. Das Ganze halte ich nun für ein völlig zur Einigung geeignetes Project. Sie werden die Peuckerschen Instructionen jetzt erhalten haben. Ich las gestern Ihren Entwurf und diese Actenstücke zugleich durch und machte mir das Ganze den Eindruck, daß man sich einigen könne; ich konnte im Entwurf ziemlich die Stellen auffinden, wo sich die Erledigung der Preuß. Desiderien anschließen würde. Es ist mit diesen Rodomontaden ein gar eigenes Ding; man sieht immer irgend ein Ohr unter der Löwenhaut heraus, und so hat mir von der Instruction nichts besser gefallen, als die Schlußclausel, die ja eigentlich lautet: Wir verlangen dies; aber es ist nicht das letzte Wort. Ihre Vermuthung, daß man es dort nun mit Gleißnerei versuchen wolle, nachdem es mit der Grobheit nicht geglückt, scheint mir nur zu gegründet. Vorgestern wars hier ganz voll von Preuß. Uniformen. Heute ist Hr. Wrangel hier, hat sich aber, wie es scheint, benommen, wie in einer Preußischen Stadt, und so die Offiziere böse gemacht, indem er beim Exerciren der Garde du Corps sich als Chef der Truppen gebehrdet hat u. dgl. Wir werden weiter sehen. Höchst naiv ist die Deutsche Reform, die nach ihren sublim deutschen Tiraden nun auf einmal die Siegesfahne aufzieht, weil — der Kaiser von Rußland sich für Preußen erklärt habe. — Das Wahre an der Sache scheint zu seyn, daß Meyendorff dem Kaiser einleuchtend gemacht hat, der Dualismus und Zank von Wien und Berlin schade ihm gar nicht; sey ihm auch viel besser, wenn die bekannte Masse von 70 Millionen mit maritimer Bedeutung in der Nordsee, Ostsee und Mittelmeer sich nicht bilde. Nun wird man gesagt haben: schlagen solle man sich nicht; im übrigen aber möge man sich mit Dr... werfen nach Belieben. So soll Meyendorff nicht gegen die Preuß. Militärverträge seyn. Auf diese Weise wird dann die Unterhandlung mit Preußen wohl nicht die leichteste seyn. Wenn aber die Königreiche erklären, das Interim nicht zu wollen pp., so werden sie sich doch accommodiren. Die Straußsche Denkschrift, die ich flüchtig gelesen, ist sehr gut. Die bisher nur sehr einseitig und mangelhaft behandelte Materie ist hier trefflich durchgeführt. — Dabei bemerke ich, daß die Küpfersche Denkschrift de 1822 sich auch im Portfolio und in Welcker:

Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation p. 356 findet. Uebrigens findet sich wieder eine reiche Fundgrube Preußischen Wesens im 2. Theile von Pertz, Leben Steins.

Ihre Wünsche wegen unserer Nachbarn möchte ich allerdings gern berücksichtigt sehen. Allein die Sachen sind doch nicht leicht. Wir können z. B. unser Bedürfniß der Südbahn nicht von den kindisch albernen Einfällen Oldenburgs von Emden über Oldenburg und Osnabrück nach Münster zu bauen, abhängig machen. — Ebenso wenig ist auf Mercks Plan einzugehen, eine Eisenbahn von 18 Meilen durch Marsch, Moor, über Ebbe und Fluth haltende Gewässer nach Cuxhafen zu bauen, um in den paar Wintermonaten den Hamburger Handel besser zu accommodiren. Die Bahn über die Elbe ist vollends ein Problem der schwersten Art, und wenn wir für unsere nothwendigen Verbindungen mit Deutschland c. 34 Mill. Eisenbahnschuld machen, so ists nicht leicht, zum Vergnügen Herrn Mercks noch 10 Mill. circa ohne alle Noth zu verbauen. Eine Chaussee wird hergestellt werden, und so die Möglichkeit, die Waaren von Cuxhafen sicher nach Hamburg zu ziehen.

In Bremen schreibt jetzt Duckwitz lobpreisende Artikel für v. d. Heydts Schutzzollsystem. Ich halte D. für einen ungeraden Intriguanten, auf den nie zu bauen ist, obwohl Witte auf ihn schwört. Wir haben mit den Bremern einige Demelées, da wir uns unmöglich von ihnen alle möglichen Uebervortheilungen können gefallen lassen. Der alte Smidt war am Sonnabend hier, ich traf ihn bei Braun, und habe ihn sehr geneckt, was er mit zarter jungfräulicher Scham aufnahm; da er nach Frankfurt geht, und für seine Seele gern gewußt hätte, was es dort giebt, so schien es uns rathsam, ihm nichts zu sagen. Er hat aber schöne Anecdoten vom Fürstencongreß.

Uebrigens stehen hier die Sachen so, daß wir nächstens mit S. M. zu Erklärungen kommen müssen. Frau v. Grote hat ihn sehr gegen mich aufgehetzt, und er scheint die neue Organisation nicht einführen zu wollen. Unsere lumpigen Stände haben die Zeit vertrödelt; und selbst jetzt noch geschieht das auf eine ganz traurige Weise, obwohl sie Angst haben. Das ist unerfreulich; nächstens mehr davon.

Merkwürdig ist der Fang, den die Polizei hier an einem halb unklugen, sehr verdächtigen Kerl gethan, der von London kommend nach Berlin wollte. Es scheint, die Democraten in London suchen solche halbverrückte Subjecte für ihre Banditenpläne aus. Doch ich muß schließen, also leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 213. Frankfurt, 7. Juni 1850.

Ich beeile mich, Ihnen, liebster Freund, mitzutheilen, was ich heute auch dem König berichte, daß die Bombe geplatzt ist, d. h., daß die Unions-Bevollmächtigten sich präsentirt haben und — zurückgewiesen worden sind. Nach Beendigung der gestrigen Sitzung erschienen erst Peucker und Mathis bei Gr. Thun, kündigten sich als Bevollmächtigte Preußens an, zugleich aber beauftragt, zu protestiren gegen den Character der Versammlung und den Vorsitz Oesterreichs. Thun erklärte: dann werde er sie nicht zulassen. Nun rückte Mathis mit der Preußischen Note vom 16. v. M. heraus; dadurch habe Preußen sich gebunden und könne nun nicht mehr zurück u. s. w. Thun: das sei Preußens Schuld; von Wien aus sei genug und früh genug gewarnt worden u. s. w. Mathis: dann möge doch Thun darüber, wie sie ihrer Seits nach Berlin, seiner Seits nach Wien berichten, damit auch von dort aus entgegengekommen werde pp. Thun: das wolle er wohl thun, könne aber im Voraus die Zusicherung geben, daß von Wien keine andern Instruktionen kommen würden. Darauf empfahlen sich Peucker und Mathis. — Zweiter Auftritt: Liebe und Seebeck lassen sich einige Minuten später melden; auf ein Haar dieselben Erklärungen und Erwiderungen von hüben und drüben. Liebe und Seebeck entfernen sich. — Dritter Auftritt: Unmittelbar hinter jenen beiden kommen Elder[1]) und Lappenberg und wiederholen dieselbe Scene. Schluß. — Soweit wären wir also, und nach meiner Ansicht Gottlob! daß wir soweit sind und daß das Alles so rund und glatt und ohne Discussion und Erörterungen pp. abgelaufen und wir drinnen, sie draußen — das kann man sich gefallen lassen. Oesterreichischer Seits kann man jetzt nicht mehr zurück, und die Sachen sind nunmehr in der Lage, daß es biegen oder brechen muß. Aber brechen wird es nicht und kann es nicht, und darum wird man sich Preußischer Seits biegen. Freilich hat man sich den Rückzug selbst ungemein erschwert. Ich bin neugierig auf den Wiederhall der Geschichte aus Berlin. Man muß sich dort unwöhnlich und gedrückt fühlen, die hiesigen Unions-Deputirten sind es offenbar. Dazu diese Maßregeln in Sachsen[2]), die von unerwarteter eigener Kraft und Muth zeigen, Aufhebung des Ausnahme-Zustandes unter Zurückführung eines solchen regelmäßigen Zustandes, daß es der Ausnahme-Zustände nicht mehr bedarf, — das muß in Berlin sehr

---

[1]) Syndikus von Lübeck.

[2]) Auflösung der nach dem Wahlgesetze von 1848 gewählten Kammern. — Wiederberufung der nach der Verfassung von 1831 gewählten Kammern behufs Vereinbarung eines neuen Wahlgesetzes. — Verordnung über die Presse. — Aufhebung des seit Mai 1849 für Dresden und Umgegend bestehenden Kriegszustandes.

es zu Erklärungen kommen muß, und daß wir gegen eine Hofparthei, namentlich gegen die Grote sehr entschieden werden auftreten müssen. Da nun die Stände nach unsäglich kopflosem Zeitverderb endlich auch der Sache inne geworden sind, und zu Ende eilen, der König mir aber vorige Woche die Ernennung von Beamten außer im Conseil abschlug, so habe ich auf das Conseil gedrungen; statt dessen giebt er mir heute eine schriftliche Erklärung [1]), welche im Grunde ganz in die alte Cabinetswirthschaft hinein zieht. Das geht nicht, und wir müssen eine entschiedene Erklärung fordern, ob er uns behalten, und die Maaßregeln durchführen will, oder nicht. Es ist gut, daß das geschieht, da die Stände noch zur Hand sind. Unangenehm ist nur, daß eine Verwicklung der Militärfinanzen (Wedemeyers Leichtsinn) mit hinzukommt. — Unsere Linken sind damit gar nicht zufrieden, wenn wir etwa wegen solcher Differenzen mit dem Könige abgingen. Sie meinen, wir müßten durch Widerstand gegen die Stände dazu gezwungen werden; dann seyen wir ruinirt, sonst wären wir doch wieder da. Wedel möchte gern gegen mich intriguiren und sucht deßhalb, wie ich weiß, die alte schmutzige Untersuchung von 1839 [2]) wieder hervor, um darüber die Actenstücke zu bekommen. Man hält ihn und Ed. Kielmansegge für dumm genug, den Versuch zu machen. Der letztere ist aber durch seine Anleihen aus dem Domanialfond sehr compromittirt, und wird wohl abgehalten werden. Ich bin neugierig, wer es dann probirt.

Im übrigen steht alles im Lande vortrefflich. Tiefe Ruhe, Ordnung, Erwerb, Hoffnung, tiefer Eindruck der öffentlichen Gerichte. Wollte Gott, es wäre nirgend schlimmer. Also wollen wir Muth haben.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 215. Frankfurt, 12. Juni.

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 8. [rect. 7.], dessen Notizen über Ihr Verhältniß zum König, wovon ja auch die Zeitungen bereits melden, mich mit Sorge erfüllt haben. Ich hoffe zu Gott, daß sich Alles wieder zum Besten wendet und bitte dann, mir Nachricht darüber geben zu wollen. Ihre Stände freilich sind gar zu täppisch; es ist so gar keine Richtung, gar kein fester Zug darin. Man sieht das am Besten an so Einigen, die so rechte Haupt-Piepmeyer sind: diese wissen offenbar noch nicht recht, von welcher Seite der Wind entschieden weht und schwanken deshalb hinüber und herüber. Wenn diese (wie z. B. Richter [3]) u. a.) erst wieder festen

[1]) Vgl. JCB Stüve, II. S. 424. — [2]) Ebendaselbst, I. S. 304.

[3]) Fabrikant, Deputirter von Buxtehude.

Grund gewonnen haben, dann ist die Richtung entschieden. Überhaupt ist dieses Stände-Wesen, diese Nachahmung des Englischen Constitutionalismus eine Unmöglichkeit in Deutschland. Sie werden über diese Ketzerei sehr verwundert sein, aber in diesem Winkel Süddeutschlands kann man sich dieser Überzeugung nicht erwehren. Ehe dieser Unsinn nicht abgethan, kommen wir zu keinen festen Zuständen. Wie ihn tödten? das weiß ich freilich nicht — aber das Hausmittel, keine Diäten zu zahlen, würde schon bedeutend fördern. Was nun an die Stelle setzen, wenn der Unsinn abgethan wäre, das ist freilich schwer zu sagen, allein ich glaube mit vollständiger Emancipation der Gemeinde, wie Sie dieselbe unternehmen, in erster Instanz, Provinzialständen in zweiter Instanz, ließe sich schon vieles machen. Für die dritte ließe sich dann vielleicht das Institut der Vertrauens-Männer weiter entwickeln, die mit einem voto consultativo immer nur ad hunc act. zugezogen würden u. s. w. Doch das sind unnütze Träumereien. — Daß der Entwurf zu dem Bundes-Rath Ihnen jetzt besser zusagt, freut mich von Herzen. Wo aber eine Einigung mit Preußen zu erreichen, sehe ich nicht ab und ich würde es dankbar anerkennen, wenn Sie mir gelegentlich die Punkte bezeichnen wollten, wo Sie eine solche für möglich halten. — Hier stehen die Dinge noch wie bei meinen letzten Nachrichten. Die Unions-Bevollmächtigten sind in Verlegenheit, wissen nicht was thun und haben mit H. v. Radowitz, der erst vorgestern von Baden her hier durchkam, conferirt. Wahrscheinlich kommt von diesem der Rath her, in die Zeitungen setzen zu lassen: die Bevollmächtigten zu dem bevorstehenden Staaten-Congreß wären 1. für Oesterreich Thun, 2. für Preußen Peucker u. s. w. Er will in Berlin erst noch weitere Thatsachen gewinnen, um jedes Nachgeben noch mehr unmöglich zu machen. In Berlin werden aber inzwischen die Warschauer Nachrichten ihm seinen Plan verdorben haben. Ist es aber nicht charakteristisch, wie diese Preußen die Presse beherrschen, daß von der vor 8 Tagen geschehenen Zurückweisung die Zeitungen noch keine Silbe bringen? Könnten Sie nicht zur Feststellung der Sache in die Hannoversche Zeitung die Notiz aus Frankfurt bringen lassen, daß, wie man ganz bestimmt wisse, die Unions-Bevollmächtigten vom Präsidio der B. Pl. Versammlung, weil sie diese und den Vorsitz nicht anerkennten, nicht zugelassen worden seien, und daß daher gar keine Conferenzen Statt fänden, daß sich vielmehr 2 Lager gebildet hätten? Jenseits hofft man auf vertrauliche Besprechungen, und Graf Thun hatte auch anfangs Lust, solche zu veranstalten; geschähe es aber, so würden die Preußen in die Welt hinaustrompeten, wir hätten uns gefügt, vom Charakter der B. Pl. B. und vom Vorsitz Oesterreichs abstrahirt und der Congreß habe seinen Anfang genommen. Wir wollen deshalb ganz stramm halten und ruhig weiter gehen.

Morgen wird die Commission ihre letzte Sitzung wegen des Berichtes halten, übermorgen aber ist eine vertrauliche Besprechung über den Bericht und wird dann Graf Thun gleich die formelle Sitzung anberaumen (die möglicher Weise noch in dieser Woche stattfindet), wo der Ausschuß den Entwurf und Bericht vorlegt und die Instruktions-Einholung beschlossen wird. Darüber werden zum Theil die Instruktionen entscheiden, die Graf Thun heute früh von Wien empfangen hatte, und über die ich hoffentlich Morgen nach der Sitzung des Ausschusses ein Näheres werde berichten können. Thun hat mir einen Brief des F. Schwarzenberg über die Warschauer Entrevue mitgetheilt, der Knyphausens Mittheilungen in aller Weise bestätigt. Der Kaiser hat sich auf das entschiedenste für die Aufrechterhaltung der Verträge, also auch des Bundesvertrages, ausgesprochen; die Details sind ihm nur unverständlich geblieben; kommt es zum Kriege, so will er nicht neutral bleiben.

Hier im Südwesten werden die Dinge sich in den nächsten Tagen viel entschiedener gestalten. In Darmstadt ist der Großherzog jetzt endlich ganz entschieden, sich von der Union loszusagen; Jaup aber, durch Gagernschen Einfluß verstrickt, schwankt. Die Dinge liegen dort nun in der Crisis, die wahrscheinlich, wenn Sie diesen Brief erhalten, sich bereits gelöst hat d. h. durch ein Abtreten Jaups. Möglich daß Dallwigk sein Nachfolger wird. In das Verhältniß der beiden Hessen zu unserer Versammlung ist durch Hassenpflug etwas Unklares gekommen; dieser scheint noch nicht entschieden genug auf dem Standpunkte zu stehen, den die Straußsche Denkschrift (die, was mich freut, Ihnen auch gefallen hat) so gut motivirt. Da nun Hassenpflug in den beiden Hessen der Entschiedenste ist, so hat dessen Schwanken natürlich ein allgemeines Schwanken veranlaßt. Das wird hoffentlich aufhören, wenn Hassenpflug hieher kommt (er wird heute erwartet); lösen sich dabei die Dinge in Darmstadt günstig, so wird die Stellung der beiden Hessen hüben und drüben klar und das ist sehr viel werth. Nassau kann dann gar nicht ausbleiben und Frankfurt folgt gern. Hier hat man sich übrigens mit allzu großer Klugheit sehr festgeritten. Auf die Oesterreichische Note vom 26. April hatte namentlich mein Schwiegervater sofortige Ernennung eines Bevollmächtigten verlangt; die Preußische Partei (im Senate nur klein) war natürlich dagegen, die Majorität aber wollte vorsichtig sein, Frankfurt Neutralität bewahren u. dgl. m. und verschob die Sache; man wollte erst sehen, was die andern thaten. Ich habe dann Harnier genug damals vorausgesagt, was kommen würde; er glaubte aber nicht, daß wir den Unions-Bevollmächtigten gegenüber so entschieden auftreten würden. Hätte die Stadt damals einen Bevollmächtigten ernannt, so schadete das ihrer „Neutralität" nicht weiter und keinenfalls hatte der Schritt etwas

Feindseliges. Jetzt muß sie denselben in unser oder in das gegnerische Lager schicken und verletzt sicher den entgegengesetzten Theil. Vorläufig scheint man sich deshalb gar nicht vertreten lassen zu wollen.

Die Preußischen Rüstungen sind ja eingestellt, wohl in Folge der Warschauer Nachrichten, weil [man] dort selbst Kriegs-Drohungen, und mehr waren ja jene Rüstungen nicht, nicht haben wollte. Dieses ganze Preußische Wesen ist so widerwärtig aus lauter Lug und Trug zusammengesetzt, daß man sich förmlich Gewalt anthun muß, um nicht das Kind mit dem Bade zu verschütten. An Graf Thun habe ich meine Freude; ich hatte ihn vielfach gewarnt, weil ich hier das Terrain nur zu genau kenne, Thun aber hat meine Warnungen wohl für übertrieben gehalten. Jetzt ist er nun ganz wüthend und erklärt, mit den Preußen stets nur in Gegenwart von Zeugen verhandeln zu wollen, die jedes Wort beschwören könnten, was er sagt; mit Mathis aber (so will er gegen Peucker ganz offen und entschieden erklären) will er gar nicht mehr verhandeln.

Der Ihrige

D.

Nr. 216. Hannover, 14. Juni.

Ihr Brief vom 12., lieber Freund, veranlaßt mich, Ihnen sofort ein Paar Notizen mitzutheilen. Zuerst, daß unsere Crisis [1]) vorerst sich zum guten zu wenden scheint. Die niedersächsische Zeitung hat gestern recantirt, S. M. außer dem hier angebogenen Schreiben an die St.-V. allerlei begütigende Erklärungen gegeben. Allein die förmliche Erklärung unserer Seits hat er noch zu beseitigen gewußt, und bei seiner Gewandtheit in solchen Dingen kann man das alles auch etwa als eine bloße Evasion betrachten, weil in der That der jetzige Moment zur Crise sehr schlecht gewählt wäre. Wir werden insistiren und die Bahn rein verlangen, namentlich im Militärwesen, wo unzweifelhaft seit 1837 sehr unreine Sachen stecken, die, weils einmal so weit ist, mit einem Male aufgeräumt werden müssen. Es ist ein harter Schnitt, der hier gemacht werden muß, aber wahrscheinlich ein für die Armee heilsamer. So urtheilen tüchtige Offiziere selbst. Sind auch unsere 20 m Mann keine Armee nach heutigem Stil, so haben sie doch schon einmal das Churfürstenthum auf den Schlachtfeldern Europas repräsentirt, als es sonst verschwunden war. Das ist nicht ohne Bedeutung.

Sie mögen nun auf den Pseudoconstitutionalismus böse sein, wie Sie wollen, so sage ich Ihnen, wir können das ganz und gar nicht entbehren. Es steckt Gottlob als Fortsetzung alter Traditionen in unserem Fleisch und

---

[1]) Ueber das Detail im weiteren Verlauf derselben vgl. die Aufzeichnungen Stüves in JCB. Stüve, II. Anhang II.

Blut so tief, daß ich kein Staatsleben ohne dies Element denken kann. Freilich muß man die Geschäfte nicht auf Lüneburgische Weise treiben, womit Lindemann jetzt die Sachen ruinirt. Auch kann man nicht so vieles mit Ständen fertig machen, wie wir jetzt haben müssen. Aber glauben Sie mir. Das dumme Geschwätz in den Ständen nützt doch viel mehr, als die Weisheit in den Acten. Mündlich einmal mehr davon.

Ihre Sachen nun anlangend, werden Sie wohl schon wissen, daß H. v. d. Pfordten nun nahe daran ist, zu Preußen umzusatteln. Aus welchem Grunde, das mag er selbst wissen. So viel ist aber klar, daß die Lage der Dinge dadurch ziemlich verworren wird. Preußen scheint nun auch über die Aufnahme aller Östr. Länder nachgeben zu wollen. Natürlich, das greift in sein Radowitzisches Unionsprojekt. Es wird Östreich dieses zugeben, wenn Östreich ihm die Protection seiner Union zugiebt. Fragt sich, wie weit man ihm darin nachgeben könne? — Wir für uns müssen stets Braunschweig, Oldenburg, die Städte, Bückeburg freibehalten, können Mecklenburg nicht gutwillig fahren lassen. — Sachsen wird die Ernestinischen Lande festhalten; wir müßten ferner das Mittel haben, den Grenzchicanen in allen Verkehrsbeziehungen entgegen zu wirken.

Doch das alles geht ans Definitivum und es gilt jetzt nur das Interim, und für dieses die Form. Diese Form aber ist das Princip, und leider steckt die Nothwendigkeit der Interims-Bundesverwaltung dazwischen. Preußen will diese fortsetzen, man kann es nicht herausdrängen, man kann es nicht zu einer anderweiten Einigung bringen. Da fällt mir ein, ob es denn nicht thunlich wäre, auch einmal via facti zu procediren. Das Interim, auch das verlängerte, ist abgelaufen. Wie nun, wenn die Regierungen gegen die Fortsetzung der negotiorum gestio protestirten und Östreich erklärte sich damit einverstanden und bereit, die Gesandten aller Staaten zur Mitwirkung nach Standesgebühr zuzulassen? Preußen würde durch den Protest depossedirt, man ließe es als Vertreter der Union nicht gelten, es müßte also in seinem Interesse diese mit eintreten lassen, und man käme einen Schritt weiter in der Herstellung der Verträge, die doch cardo rei sind, und könnte nun die Sache in Ruhe abwarten. Die Gegenwart von Bevollmächtigten in Frankfurt erleichtert die Sache ungemein. Das muß aber rasch geschehen, ehe am 15. Juli die Unionsregierung eintritt [1]).

---

[1]) Nach dem Beschlusse der Maikonferenz war die Funktion der provisorischen Bundesorgane (des Unionsvorstandes und des Fürstenkollegiums) bis dahin limitirt. Die Konstituirung des provisorischen Fürstenkollegiums erfolgte am 12. Juni. Vorsitzender war Radowitz, sein Vertreter Herr von Sydow.

Man meldet uns, daß auch in Wien Neigung sey, mit den Preußen zu transigiren. Natürlich à nos depens. Ich glaube, ein Hauptgrund des Mißbehagens gegen uns besteht darin, daß sich mit jedem Tage mehr zeigt, wie nothwendig es war, im Februar eine selbständige Stellung zu nehmen, und sich weder nach Preußen noch nach Östreich schieben zu lassen. Man hat sich nicht gern geirrt, und die Leute, die man nicht zum Irrthum zwingen konnte, sind ein Vorwurf.

Da sehe ich ja, daß man in Berlin geschwind ein Provisorisches Fürstencollegium constituirt hat. Glück zu!

Wenn unsere unglückliche Budget-Commission nicht so unsäglich weitläuftig wäre, und Lindemann nicht ein eben so unglücklicher Referent (eine wahre Tollheit, ihm das Referat zu übertragen) als Präsident — da er gar keine Geschäfte zu fördern weiß, sondern alles in äußerer Form ersäuft, so ginge es jetzt sehr gut. Ich bin überzeugt, die ganze Linke ist so gesprengt, daß, wenn jetzt die Vertagung einträte, nach 6—7 Monaten keine Spur mehr davon wäre.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 217. Frankfurt, 16. Juni.

Da ich wahrscheinlich Morgen und übermorgen nicht zum Schreiben an Sie, liebster Freund, komme, will ich heute noch Einiges mittheilen um Ihnen die Situation recht klar zu machen. — Hassenpflug ist hier; er hat sich offenbar in Berlin etwas verschwätzt und das genirt ihn, ganz korrekt mit uns auf eine Linie zu kommen. Doch zweifle ich nicht, daß er der morgenden Sitzung beiwohnen wird. Thut er es — worüber Sie Morgen Nachricht erhalten werden — so ist die Stellung der beiden Hessen entschieden und werden dieselben dann schon in den nächsten Tagen durch eine Collektiv-Note sich von der Union lossagen. Dann wird in Darmstadt, wo man an höchster Stelle jetzt ganz entschieden ist und wo namentlich Graf Thun sehr günstig eingewirkt hat, Jaup wohl weichen und ganz gewiß Dallwigk an seine Stelle kommen. Der Herzog von Nassau ist in Verzweiflung und weiß nicht was thun; wenn dann aber nach der Hessen Lossagung die Stadt Frankfurt das Plenum beschickt, wird auch wohl der Herzog Energie finden, um über den Graben zu springen. Dann hat man in Berlin noch einmal, aber zum letzten Male, eine Möglichkeit, mit Ehren von der Sache zu kommen. Der Plan von Radowitz (der unglaublich dekontenancirt gewesen sein soll, da Graf Thun die Unions-Bevollmächtigten zurückwies) ist offenbar, soviel Thatsachen wie möglich zu erobern, wo möglich die Preußische Ehre zu engagiren und dadurch auch die Alt-Preußische

Parthei ins Spiel und in sein Interesse zu ziehen. Die Unions-Leute liegen noch immer hier und hoffen von Tage zu Tage, der Wind werde von Wien her anders wehen. Sie wünschen jetzt vertrauliche Besprechungen d. h. beider Läger gemeinschaftlich. Dazu hatte Graf Thun — durch Strauß veranlaßt — anfangs Lust; ich hab aber so entschieden gewarnt und abgerathen (weil Jene sonst gleich in die Welt hineinposaunen würden, man habe diesseits in Allem nachgegeben pp.), daß Thun jetzt von der Idee abgekommen ist; man wird von jeder Seite Einen oder Zwei oder Drei mit einander verhandeln lassen, wenn die Preußen das wollen, — Alle mit Allen ganz gewiß nicht. Einigen sich Jene Zwei und Zwei über eine Linie, einen Punkt, wo man sich begegnen kann — dann mag man die Form meinethalben fallen lassen — aber daran ist gar nicht zu denken. Gestern kam der Russische Geschäftsträger [1]), Baron Glinka, zu mir, fing von den Dingen an und war — während er sonst von den Dingen gar nichts weiß und kaum sich drum kümmert — ganz à cheval in den Fragen, Alles aber vom Preußischen Standpunkte ansehend, d. h. anscheinend neutral aber nur fragend, warum nicht erst ganz korrekt der Engere Rath berufen sei u. dgl. Die Summa war dann: man müsse nothwendig mit einander verhandeln, Alle mit Allen; komme es dann nicht zur Einigung, sei die Form gewahrt u. dgl. m. Der gute Herr war offenbar abgeschickt, ich drehte ihm seinen Spieß aber herum und sagte ihm: wenn aus jedem Lager Zwei zu Zwei mit einander verhandelten, so präjudicire das nichts, dann seien die Verhandlungen, wenn sie sich nicht einigten, gar nicht abgebrochen, sondern könnten immer aufgenommen werden, wenn die Ereignisse etwa dazu zwängen; hätten aber Alle mit Allen verhandelt und man habe nichts erreicht (er gab zu, daß keine Einigung erfolgen würde), so müsse man förmlich abbrechen und dann erst sei der Riß wirklich da. Das mußte er denn freilich zugeben. Er hatte nur dergleichen Verhandlungen gefordert über die question préalable, über die Art und Weise wie man verhandeln könne. Das Alles zeigt mir, daß den Leuten offenbar daran liegt, die Verhandlungen angefangen zu sehen nur des Scheins wegen; denn daß es zu Nichts kommen werde, giebt mir Jeder zu, den ich von ihnen gesprochen habe, und ich habe in den letzten Tagen vielfach mit Liebe, Elder (schwach und unbedeutend) Smidt und Seebeck verhandelt; letzterer ist fein und gewandt, aber ganz Gagernsch, was Liebe, der viel praktischer, nicht ist. Durchweg kommen sie uns mit der Verfassung von Kremsier, die ich als exceptio de jure tertii zurückweise und obendrein als durch Oesterreichs Rückkehr zum Bundesrechte für uns bedeutungslos geworden erkläre; diese Rückkehr zum

---

[1]) in Darmstadt.

Bundesrechte bezweifeln sie und stellen in Abrede, daß O. sich mit Wiederherstellung des alten Bundestags, des engern Raths, einverstanden erklären könne. Daß F. Schwarzenberg aber in fine finali dafür sich ausgesprochen, meldete ich Ihnen schon, offenbar wohl zumeist in Folge der Warschauer Vorgänge, weil das der palpabelste Beweis wäre, daß man an den Verträgen halten will. Darum glaube ich auch nicht an Platens neueste Nachricht von der Absicht eines Minister-Congresses in Wien, und was Knesebeck von Pfordtens Stimmungen meldet, verstehe ich überall nicht recht; daß dort mit einem Stück von Baden gelockt worden sei, hielte ich für nicht unmöglich. Vor einiger Zeit schrieb mir ein Freund aus der Paulskirche, O.-A.-Rath von Gombart in München, Pfordtens vertrautester Freund, wegen irgend einer gleichgültigen Sache; darin war der Vorwurf „ich sei ein Feind von Bayern" so recht vom Zaun abgebrochen, und um so unverständiger, als er mich von der Paulskirche her genau kannte. Ich achtete der Sache nicht und antwortete nicht; vierzehn Tage später bekam ich einen zweiten Brief, wo jener Vorwurf wiederholt und sehr stark accentuirt wurde. Nun schrieb ich wieder und ausführlich: warum? wie? wann? kam dabei auf die Convention vom 27. Febr. und sprach mich darüber ausführlich aus, auch daß ich dieselbe für ganz unter den Tisch gefallen halte; denn die demnächstige Revision der Bundesverfassung werde keineswegs jene Convention zur Basis nehmen; treffe sie mit derselben auf einer Linie zusammen, so sei das zufällig u. s. w. Der Brief ist vor 8 Tagen fortgegangen und ich bin nun auf die Antwort neugierig. Unter uns gesagt glaube ich, daß Knesebeck da in manchen Dingen befangen und verfangen ist und diese oder jene Sympathie oder Antipathie hat; doch tappe ich darüber im Dunkeln, und würde nur an Ort und Stelle manches eruiren können.

Mit dem alten Smidt hab ich heute Morgen eine Unterredung gehabt. Das ist ein alter Fuchs und zwar ein unehrlicher. Er könne nicht von der Union los, bis ihm was Besseres geboten werde (er wollte wissen, was wir ihm bieten könnten, ich schwieg aber wohlweislich); sonst schwebe er in der Luft. Ich sagte ihm, das sei Alles Thorheit und er möge mir nichts weiß machen wollen; er wisse, daß ich der Union schon abgeneigt gewesen, als Hannover (das ihn hineingesetzt haben sollte) noch drin gewesen, darum wollte ich auch gar keine Vorwände brauchen, sondern ihm als Privatmann sagen, daß Bremen unverantwortlich dumm handle, sich so gegen Hannover zu stellen und soviel auf die Gutmüthigkeit der Hannoverschen Regierung hin zu wagen; wenn Bremen seinen Vortheil, den es auch in Hannover finde, verstehe, müsse es nicht nur selbst sofort zurücktreten, sondern auch, was es könne, den Rücktritt von Oldenburg vermitteln. Die Union werde zerfallen (das gab er zu) da könne Bremen sich noch ein Verdienst

erwerben. Daß man diesseits nicht nachgeben werde, davon werde er sich überzeugt haben u. dgl. m. Da sagte er am Ende: Wir haben uns bis zum 12. Juli gebunden, sind dann aber frei und ich glaube nicht, daß wir länger drin bleiben. — Aber er hat wie gesagt durchweg den Eindruck der Unehrlichkeit auf mich gemacht.

Ihre Crisis dort bekümmert mich tief und wird von allen Befreundeten und Verbündeten tief beklagt. Gebe Gott, daß sich Alles und bald zum Guten löse! Ich bitte nur mir, wenn auch nur mit Einem Worte, gleich Nachricht zu geben.

Ihr

D.

Nr. 218. Frankfurt, 17. Juni.

Ihren Brief vom 14., liebster Fr., empfing ich heute Morgen und will die günstigen Hoffnungen, die er mir über eine Lösung Ihrer Crisis giebt, einstweilen gern acceptiren, aber doch die rechte Ruhe erst wiedergewinnen, wenn die Crisis wirklich vollständig und glücklich gelöst ist. — Ihre Idee wegen Besitz-Ergreifung des Provisorii will ich Morgen mit den andern Herren besprechen; mir leuchtet sie sehr ein, zumal unser Plan, wenn Alles gut und glücklich geht, erst über 5 Wochen (2 für Instruktions-Einholung, 3 dann bis zur Einsetzung des Bundesraths) ins Leben treten könnte.

Mit Hassenpflug hab ich heute Morgen eine mehrstündige Unterredung gehabt. Er hat noch allerlei staatsrechtliche Zweifel, die aber wohl meist davon herrühren, daß er in Berlin sich in einem bestimmten Sinne ausgesprochen hat, welchen er jetzt aufgeben muß. — Was die Executive betrifft, so ist er ganz entschieden für die dualistische Form und will diese allein Oesterreich und Preußen in die Hand gegeben haben, die im Falle eines Streites das Direktorium heranziehen u. s. w. Als besonders für Sie interessant erzähle ich Ihnen aus seinen Mittheilungen, daß in Berlin der Herzog von Braunschweig mit ihm eine Unterredung gewünscht hat und er nun 2 Stunden lang mit ihm die Sachen, die Union pp. durchgesprochen hat. Der Herzog, den Hassenpflug als durchaus einsichtig und klug und die ganze Lage der Dinge sehr wohl übersehend charakterisirt, sei von der ganzen Unions-Wirthschaft tief degustirt gewesen — also gerade was der Erbprinz von Bückeburg berichtet. Wäre es denn gar nicht möglich, ein leidliches Verhältniß dorthin anzubahnen? nicht sowohl um Br. von der Union loszureißen, denn das wird sich am Ende von selbst machen, wenn es geht, als um des ganzen Verhältnisses willen. H. sagte mir, wie der Herzog ihm seine Lage geschildert und wie er nicht anders hätte handeln können u. s. w. Meine Zweifel gegen die günstige Schilderung des Herzogs

hab ich gegen Hassenpflug nicht zurückgehalten; der versicherte mich aber, über des Herzogs Einsicht und Verstand habe er nach jener Unterredung durchaus keinen Zweifel; was seinen Charakter betreffe, so könne er über den freilich nicht urtheilen. — Der Aufnahme von Gesammt-Oesterreich war Hassenpflug nicht abgeneigt. — Daß Kurhessen definitiv aus der Union geschieden, erklärte er ganz offen. In Darmstadt wird das Schwanken nun auch wohl zu Ende sein und Dallwigk Morgen mit uns gehen. Ich höre aus ziemlich guter Quelle, Großherzogthum Hessen habe nun doch noch mit Preußen eine Convention abgeschlossen, nach welcher es der Badischen Cavallerie und Artillerie (die Infanterie soll zu Wasser gehen) den Durchmarsch durch Hessen gestattet.[1]) Ich kann und mags nicht glauben, so gut die Quelle auch sonst ist. Die badischen Soldaten und Offiziere sind wüthend über die bevorstehende Versetzung. Sollte die Annäherung zwischen Preußen und Bayern wirklich vielleicht auf dem Grund der Köderung mit einem Stücke Baden geschehen sein? Dann hätte dieses Hinausziehen der Truppen noch einen besonderen Grund. Ich kanns mir aber nicht denken. — Die Pfordtenschen Wendungen und Stimmungen begreife ich sonst nicht; hier hat sich auch noch nichts davon gezeigt; ehe ich also daran glaube, will ich etwas davon sehen. In Wien ist man bis jetzt noch durchaus auf derselben Linie wie früher, und was von dort kommt, ist in diesem Sinne durchaus korrekt. Eine anfangs etwas anders lautende Stelle des Commissions-Berichtes über die Volksvertretung wollte Schwarzenberg, dem das Mspt. mitgetheilt worden war, nicht passiren lassen; sie ist nun abgeändert, ich weiß aber nicht, ob nicht der telegraphische Noten-Wechsel der (obendrein in Chiffern) deshalb zwischen Wien und Frankfurt eingetreten ist, nicht noch eine neue Formulirung bringt. Jedenfalls zeigt die penible Art, wie man das nimmt, daß es dort Ernst mit diesem Wege ist. Bernstorff scheint wohl gemeldet zu haben, daß man sich auf Separat-Negociationen in Wien nicht mehr einlassen werde; jetzt, heißt es, wolle der König von Preußen dem Kaiser noch einmal privatim schreiben.

Recht widerwärtig stehn die Dinge in Würtemberg. Das Ministerium ist nahezu kindisch; mit diesen Saukerlen machen sie noch Umstände. Jetzt wollen sie erst auflösen, wenn der Staatsgerichtshof auf die erhobene An-

[1]) Nach einem unter dem 25. Mai zwischen Preußen und Baden abgeschlossenen Vertrage sollte ein preußisches Corps von 18000 Mann nach Baden, und umgekehrt das badische Armeecorps in preußische Garnisonen verlegt werden, um letzteres dem Einfluß der revolutionären Elemente des Landes zu entziehen, und die gelockerte Disciplin wieder herzustellen. Wegen des von Oesterreich gegen diese Convention als den Bundesgesetzen widersprechend erhobenen Einspruchs s. die Cirkulardepesche vom 21. Juli, Deutsche Chronik, 1850. II. S. 30.

klage den Minister frei spricht![1]) Und wenn sie dann auflösen, wissen sie nicht, auf welche Weise sie neu wählen lassen sollen. Daß sie oktroyiren müssen, ist ihnen klar und nun sind sie solche .... und wollen so wenig wie möglich oktroyiren, während der Moment nicht bloß das Gegentheil d. h. ein entschiedenes Vorangehen begünstigt, sondern geradezu fordert. Wenn sie nämlich auflösen, können sie wählen lassen entweder a) nach dem Wahlgesetze von 1849, auf dessen Grund die jetzige Landesversammlung berufen ist, oder b) nach der Verfassung von 1819, — oder c) nach dem von ihnen vorgelegten, von der Landesversammlung aber verworfenen und nun zu oktroyirenden Wahlgesetze von 1850. Nun ist aber ganz klar und über allem Zweifel erhaben, daß nach allen 3 Wahlgesetzen die neuen Wahlen die gleich schlechten Resultate liefern werden, d. h. eine Versammlung wie die jetzige, nur in den Fällen b und c mit etwas mehr Chancen für die Parthei Römer. Berufen sie aber nach der Verfassung von 1819, so müssen sie auch die Standesherren und Ritterschaft wieder berufen, die sie doch selbst nicht wollen und auch wirklich nicht berufen können, ohne das Volk, das sonst gar nicht so radikal und demokratisch ist, wie die L.-Versammlung, wirklich zu erbittern; weglassen können sie diese aber nicht, ohne die Grundrechte auf's Neue anzuerkennen, was sie auch nicht wollen. Die bei weitem überwiegende Mehrzahl des Volkes durstet nach einem energischen Schritte der Regierung und dieser (d. h. dem Ministerio) fehlt der Muth und sie werden erst noch eine ganze Reihe vergeblicher Experimente machen, die Alles gefährden, ehe sie zu dem kommen, wozu der jetzige Augenblick so günstig ist. Doch entschuldigen Sie, bester Freund, daß ich Sie, der Sie bis über die Ohren in eigenem ständischen Spektakel stecken, mit noch ungleich trübseligerer, ja gar nicht damit zu vergleichender süddeutscher Misere der Art ennuyire.

Der Ihrige
D.

Nr. 219. **Hannover, 18. Juni.**

Ihr heute erhaltener Brief [vom 16. Juni], lieber Freund, treibt mich doppelt, Ihnen sofort zu schreiben, als ich schon ohnehin dazu entschlossen war. Nachrichten aus Wien und Berlin stimmen überein, daß man in

---

1) Der Verfassungsausschuß hatte, auf Mohls Bericht, am 3. Juni beantragt gegen den Minister des Auswärtigen Frhr. v. Wächter-Spittler wegen der Zustimmung zum Interim und der münchner Konvention und der darin liegenden Verfassungsverletzung Anklage zu erheben. Eine alsbald verfügte dreiwöchige Vertagung hinderte die noch auf dem Standpunkt der frankfurter Reichsverfassung stehende Kammer nicht, am 27. Juni den Antrag mit großer Majorität zum Beschluß zu erheben. Die Klage wurde später vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen.

Berlin jetzt den Plan hat, sich vorab in Wien zu einigen. Schleinitz spricht unverhohlen aus, daß man mit Östreich leichter fertig werden könne als in Frankfurt. Der Pr. Plan ist aber in kurzen Worten dieser: Die Executive wird zwischen Preußen und Östreich getheilt. Dagegen giebt Preußen die Union auf (die ihm ohnehin zur Last ist), und Östreich giebt zu, daß eine neue Union (begreiflich so weit die Preuß. Executive geht) gebildet werde. Dann hätten wir Nord- und Süddeutschland. Man thut sehr heimlich mit der Sache. Die Östreicher behaupten, sie würden nichts thun ohne Zustimmung aller — was zu wünschen. Das ist meine Hauptnachricht, die dienen wird, Sie zu orientieren. Was München angeht, so würden Sie, wenn Sie Pfordten kennten, in dieser Persönlichkeit voll eitlen Geschwätzes den Schlüssel finden. Knesebeck war ganz von ihm überzogen. Beide dünkten sich groß als die Lenker der Weltgeschicke; der erste vergiebt es Östreich nicht (bis man ihm aufs neue schmeichelt), daß man das ihm untergelegte Kuckucksei vom 27/2. jetzt als Windei behandelt.

Die Gedanken von Strauß habe ich mit Interesse gelesen. Schwächen sind: a) der Abschnitt über die Instructionen der 5 (oder richtiger 4) Stimmen. Auf die Dauer geht das nicht ohne Vernichtung dieser Stimmen, man muß der Regierung mehr Kraft geben, oder sie fallen lassen; ferner b) die Composition des Parlaments, dabei die großen Staaten zu schlecht wegzukommen scheinen. Freilich sind Zahlen ihrer Natur nach willkürlich; allein jene beiden werden sich nimmermehr so nach allen Seiten hin binden lassen; — c) die Idee, daß das Parlament von den Landständen Instructionen erhalten solle. Ueberhaupt ist die ganze parlamentarische Parthie ohne Einsicht in das Wesen und Treiben der Versammlungen gearbeitet. Will man gegen dieses Wesen arbeiten, so thue man es geradezu. Die Zeit ist wohl günstig. Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen, beide Hessen, Würtemberg — — welche Beispiele der Verfassungswidrigkeit. So weit sind wir gekommen, fast bis 1680. — Hassenpflug hat allerdings zu Berlin Dinge geredet, die ihn sehr plagen mögen. Offenbar hat aber auch seine Stellung zu den Ständen gewirkt — mit denen er nun ganz gebrochen. Wer wird siegen, der Kürfürst oder die Beamten?

Ihr Russe scheint von den Berlinern gut eingehetzt zu seyn. Ich billige aber sehr Ihren Plan der Einzelverhandlung. Seebeck ist einer der verranntesten Gothaner, Berliner von Geburt und vertrockneter Theorie.

Daß Radowitz Thatsachen und Einfluß bei der Preußischen Parthei suche, ist wohl richtig, bedeutend, daß Gerlach an Rauchs Stelle getreten.

Hier zieht sichs hin. Der König ist nun sehr freundlich; aber wir müssen leider die Spannung fortsetzen wegen der Unordnung im Kriegshaushalt. Goldene Frucht von 1842 sqq., Wedemeyers Leichtsinn und

Servilität aller Soldaten. Wahrlich, ich sehne mich nach dem Ende — — wenigstens der St.-Versammlung.

Die niedersächsische Zeitung ist ein schuftiges Zweckblatt, in welches die Eule Grote [1]) auch wieder ihren Schmutz ergießt.

Die norddeutsche Zeitung hat Goedeke aufgegeben, der in Wolfenbüttel wieder das in neuer Zeit beliebte unfruchtbare Studium der Literargeschichte treibt. Von Harrys weiß ich wenig. Der ...... Cohen steht an der Spitze und ein Dr. Frese, ein Geck, der im März 1848 in Berlin politisch geworden.

Leben Sie wohl, ich muß noch aufs Ministerium.

Ihr
JCBS.

Nr. 220. Frankfurt, 19. Juni.

Ich fahre in meinen Mittheilungen fort; Sie, liebster Freund, werden schon herauszufinden wissen, was darunter zu brauchen ist.

Ihren Vorschlag, die B.-C.-Commission zu depossediren, oder vielmehr in sie einzudringen, habe ich den Collegen mitgetheilt; derselbe hat aber nur bei Scherff und allenfalls bei Graf Thun Beifall gefunden: man komme damit um nichts weiter, ward hauptsächlich erwidert; es gebe eine allgemeine Confusion, indem ja keine Majorität beschließen könne u. dergl. m. Ich schlug vor, die Idee nicht ganz aufzugeben, sondern demnächst, wenn man Seitens der B.-Pl.-Versammlung zur Beschickung auffordere, einen derartigen Antrag als Compelle hinzustellen, was dann nicht ganz von der Hand gewiesen wurde. Man hat hier jetzt die gegründete Hoffnung, daß in allerkürzester Zeit ein debacle eintreten werde, durch das die Union in Trümmer gehen werde, und wodurch dann die Gegner wieder auf den Boden des Bundesrechts gedrängt werden würden. Es ist nämlich mehr als wahrscheinlich, daß, wenn die Hessen einen eklatanten Schritt aus der Union heraus thun, dann Bremen und Lübeck folgen werden, Baden, wenn es irgend kann; Frankfurt wird das Plenum dann auch beschicken; in Nassau wird man dann Kraft zum Minister-Wechsel erlangen, und so würde die Sache flott werden. Was Bremen betrifft, so hat mir Dallwigk darüber vertrauliche Andeutungen gegeben, mehr wollte und könne er nicht sagen; es scheint, daß Smidt in den letzten Tagen mit ihm in diesem Sinne geredet hat. Weniger, daß ich mit dem alten Fuchse sehr derb geredet und ihn gewarnt habe, der Gutmüthigkeit des Hannov. Ministerii

[1]) S. oben S. 19, Anm. 1.

nicht allzusehr zu vertrauen, als vielmehr der Umstand, daß er sich auf dem ihm so lieben Frankfurter Terrain wieder befindet, mag da eingewirkt haben. Ich habe aber aus ferneren vertraulichen Mittheilungen, daß der Herzog von Braunschweig der Union ganz überdrüssig ist, daß er nur noch einige Furcht vor seinen Demokraten hat (cfr. 6. Aug. 48), daß er aber, so wie er nur Lust hat, den ganz in die Union vernarrten und von Radowitz ganz und gar erworbenen Liebe zurückrufen und den Herrn Koch[1]) schicken wird, der sofort ins Plenum eintreten wird. Können Sie denn gar nichts thun, diese Crisis von dort aus zu befördern? Witte hatte ja früher sehr gute Verbindungen dort. — In Baden machte man sich gern los; möglich, daß, wenn Darmstadt zurücktritt, es auch dort dazu kommt, wo Savigny unglaubliche Tyrannei übt. Graf Thun aber geht Morgen nach Darmstadt, um wo möglich dort einen eklatanten Schritt zu veranlassen.

Der Reinhardsche Bericht, den ich gestern überschickte, wird Ihnen sehr mißfallen haben. Das Ganze ist nichts als ein sehr mittelmäßiger Journal-Artikel; früher war er noch phrasenhafter, das ist entfernt worden; aber an wesentliche Besserung war nicht zu denken. Jetzt aber ist er einer erneuten Besprechung unterzogen worden und aus der wird sicher etwas Besseres hervorgehen; sehen Sie daher das gestern Überschickte nur als etwas ganz Vorläufiges an. Ich hätte das gestern schon an Bennigsen schreiben können; aber weil es doch auf Persönlichkeiten hinauslief, mochte ich's nicht. Vergessen hab ich gestern, über Lindes[2]) Eintritt zu schreiben. Linde lag schon längere Zeit hier ad latus des Grafen Thun; um nun seine sehr schönen und gründlichen Kenntnisse, die uns so sehr abgingen, recht zur Hand zu haben, hat Thun es vermittelt, daß er die Vollmacht für Liechtenstein bekommen hat.

Über Hassenpflug schrieb ich wohl schon; es ist das ein in jeder Hinsicht sehr bedeutender Mensch. Für uns ist er gefährlich, weil er zwar ein Gegner der Union, aber dagegen ein sehr arger Preuße ist und deshalb der dualistischen Form im Central-Organ sehr das Wort redet; er hat die Idee, Oesterreich und Preußen sollten jedes 3 Stimmen, also 6 gegen 5 haben; so wandelt er die Wege des Herrn Forsboom, der jetzt wieder in Berlin ist. Wie Sie wissen, hat Hassenpflug die Stände aufgelöst, bevor die Steuern bewilligt sind, die nun nicht erhoben werden können. In tiefstem Vertrauen kann ich Ihnen mittheilen, daß mirabile dictu der Kurfürst ins Mittel treten und bis zu einer Steuer-Bewilligung das

---

[1]) Ministerialrath von Koch.

[2]) Geh. Staatsrath von Linde, als Prozessualist bekannt.

Geld zur Führung des Staatshaushalts hergeben wird. Das wird wenigstens 1½ Monate lang dauern.

Gestern hat Oberst Bennigsen[1]) eine Mittheilung eingeschickt, auf die ich Sie aufmerksam mache. Ich zweifle nicht, daß die Hauptrolle bei dieser Geschichte Herr v. Kübeck gespielt hat, von dessen intimen Verhältniß zu Rothschild ich Ihnen wohl schon früher meldete. Es ist eben sehr characteristisch für die Oesterreichischen Finanzen, die er mit Hülfe der Juden so lange geleitet. Die Sache ist im Januar gemacht; damals war Radowitz auch noch hier. Daß der sich zu schmutzigem Handel hergegeben, glaube ich nicht, obgleich er mit Rothschild auch außerordentlich intim ist. Ich will die Dinge vorläufig unter der Hand zu erforschen suchen.

Geben Sie mir bald gute Nachrichten von dort.

Ihr

D.

Nr. 221. Hannover, 23. Juni.

Ich darf Sie, lieber Freund, doch nicht ohne Nachricht auf Ihre zwei letzten Briefe (16. [17.] u. 19. Juni) lassen, zumal ich Ihnen nun melden kann, wie Schwarzenberg auf die Preußischen Vorschläge geantwortet hat. Nach den Berliner Berichten hat Östreich 1. das Präsidium für alle Plenar-Versammlungen in Anspruch genommen, ohne damit auch das Präsidium in kleineren Commissionen pp. zu verlangen; 2. Eine Erklärung über die Zulässigkeit aller Unionen über Art. 11 der Bundesacte hinaus zu geben, hat es abgelehnt; ein unbeschränktes Bündnißrecht sey unzulässig; 3. In Ansehung der geforderten Gleichstellung von Östreich und Preußen hat es die Entscheidung den übrigen Staaten überlassen, jedoch 4. eine Theilung der Executive oder Übertragung gemeinschaftlicher Executive auf Östreich und Preußen zugelassen, wenn die übrigen damit einverstanden seyen. — Das alles ist nun keineswegs völlig ohne Bedenken. — Ueber Pfordtens Unionsgelüsten hören wir, daß Beust demselben scharf eingeredet und geglaubt hat, ihn einigermaßen rectificirt zu haben, wenigstens scheint Pf. sich darauf beschränkt zu haben, daß man Preußen eine Union mit den kleinen Staaten zulassen müsse, aber ohne Parlament und Gericht, als womit Propaganda zu machen sey.

Aus dem Haag haben wir eine Antwort, die sich sehr für Herstellung des Bundes ausspricht, ohne jedoch eine Gruppirung völlig abzulehnen. Sie sind für ihre Zutheilung zu Hessen und Nassau.

---

[1]) Hannoversches Mitglied der Bundesmilitärkommission.

Die Ihnen bekannte Note an Oldenburg[1]) hat von dort eine Erwiederung gefunden, einen unsäglich albernen Abklatsch alles Bodelschwingh-Gothaer Unsinns. In Bremen[2]) und Hamburg sitzen sie ganz stille. Die Weserzeitung speit Feuer und Flammen — aus Berlin verschrieben, wie es scheint. Wir werden weggejagt, und dann kommen Ministerien, die die Kleinen schlucken wollen. Ferner ist es ganz verrucht, daß Hannover die Städte verführen will, sich von der Union zu trennen und was der Albernheit mehr ist; das alles hat jetzt wenig Effect. Doch möchten die besseren unter unseren Leuten gern wissen, wies denn in Frankfurt steht. Es ist Zeit, daß Sie etwas bekannt werden lassen.

Wir besorgen hier einiger Maaßen, daß sich das aus Berlin[3]) und Leipzig delogirte Preßgeschmeiß hieher werfen werde und haben einstweilen beschlossen, mit schonungsloser Aufdeckung ihrer Treibereien und Ränke gegen sie zu streiten. Dieses Zeug von Unken, Kellereseln pp. scheut das Licht. Was meinen Sie dazu?

Für Ihre Nachrichten von Braunschweig bin ich sehr dankbar. Aehnliches war von anderer Seite her bekannt. Koch, leider nicht integer vitae, soll noch immer das meiste Ansehen beim Herrn haben; der Adj. Bause ist sehr gegen die Preußischen Militär-Verträge, aber wohl nicht einflußreich; wahrscheinlich wird das bekannte Mißtrauen des Herrn ihn von einer auf die andere Seite werfen. Schade, daß von hier jetzt nicht viel geschehen wird, da unsere Stellung zum König in solchen Dingen die Thätigkeit sehr hemmt. Mit dieser ists nun zum Außersten gekommen. Offenbar suchte man nur Zeit zu gewinnen; so haben wir denn heute unsere Resignation unterzeichnet, werden diese Morgen übergeben und dem K. bis Dienstag Zeit lassen. Dann zeigen wir sie auch den Ständen an. Der Grund des Uebels sind die unglücklichen Militärgeschichten, und die Schuld Wedemeyers und Protts ists, daß diese Sache so lange verschoben ist. Jetzt bildet der K. sich ein, wenn nur die Stände weg seyen, könne er auf § [97] des V.-G. hin anleihen. Allein das ist nichts. Wir wollen aber jedenfalls diese schmutzige Sache bei Lebzeiten des K. aufgeräumt haben; denn er kann das viel besser als der Kronprinz.

Uebrigens ist das Budget bewilligt, ich habe aber mit tiefstem Kummer den gänzlichen Mangel alles politischen Gefühls gesehen (von Einsicht nicht

---

1) Die hannoversche Note vom 7. Juni, welche eine Verständigung mit Oldenburg, Hamburg und Bremen bezweckte, s. Deutsche Chronik 1850, I. S. 247, die oldenburgische Erwiderung S. 249.

2) Die bremische Antwort vom 3. Juli s. Deutsche Chronik 1850, II. S. 8.

3) Auch in Preußen war unter dem 5. Juni eine Verordnung wider die revolutionäre Presse ergangen.

zu reden), der unsere Stände beherrscht. Die jammervollste Kleinigkeitskrämerei; die Krone der leeren Anmaßung hat aber Grumbrecht davon getragen, und nun erst habe ich einen Begriff von dieser Paulskirche, wo solche Phrasendreher was gegolten.

Dennoch aber wiederhole ich: Stände sind das unentbehrlichste Stück in unserem Staatswesen; und die Hessische Auskunft, ohne Stände zu regieren, ist furchtbar. Ueberhaupt sind die Dinge dort fast zu schlecht und Hassenpflugs Dualismus-Politik doch nur ein Tragen auf beiden Schultern.

Doch ich muß schließen. Leben Sie wohl. Ich gebe Ihnen Nachricht, so oft irgend etwas Erhebliches geschieht. Aber die Kunst, die Sachen lang zu ziehen, ist sehr groß.

Adieu. Ihr

JCWS.

Die Entdeckung Bennigsens hat mich höchlich interessirt. Kanns einen wnndern, wie die Sachen in Östreich gehen?

Nr. 222. Frankfurt, 25. Juni.

Ich hab Ihnen, liebster Freund, den Empfang zweier Briefe vom 18. u. 23. anzuzeigen, von denen der letztere mir nun die unwillkommene Nachricht von dem Eintritt Ihrer Crisis brachte. Noch hoffe ich, daß die Sache geheilt werde, und deshalb ist es gut, daß Sie den gegenwärtigen Moment ergriffen haben. Ich bin sehr gespannt auf Ihre weiteren Nachrichten.

Hier stehen die Dinge äußerst widerwärtig. Ich dränge und treibe in einem fort; aber bald hapert's hier, bald dort. Die Hauptschuld trägt die Stellung der Hessen, die man gern herüberzöge, was denn auch eigentlich bereits gelungen ist. Aber der Großherzog von Darmstadt ist ein gar zu schwankendes Rohr und so hat's denn lange gedauert. Jaup ist entlassen, das ist gewiß, und aus der Union scheidet man aus, Herr v. Lepel hat bereits sein Abberufungsschreiben zugefertigt erhalten oder erhält es mit Nächstem. Nun ist die Frage, wer an Jaups Stelle treten soll; da ist nur Dallwigk, ein Mann, der sich in einer unsäglich schwierigen Stellung in dem ganz revolutionären Mainz ganz vortrefflich bewährt hat, der in politischer Hinsicht trefflich und entschieden gesinnt und überhaupt der Mann der Situation ist; das Ministerium ist ihm auch bereits mehrfach angeboten; bis jetzt hat er noch abgelehnt; nach seinen Äußerungen gegen mich zweifle ich nicht, daß er am Ende doch annehmen wird; jedenfalls aber ist es widrig, daß er noch zögert und so uns die kostbare Zeit verlieren macht. Hassenpflug ist, was die Frage über die Existenz und Recht-

mäßigkeit der Bundes-Verfassung betrifft, seit er in unsere Atmosphäre getreten ist, durch und durch korrekt. Die zweideutige Stellung im Bündnisse, aber außerhalb der Union, ist aber die Alt-Hessische zweideutige und bei ihm wohl noch zusammenhängend mit seinen Verbindungen mit der Alt-Preußischen Parthei. Ich schrieb Ihnen wohl schon, daß er Oesterreich und Preußen noch eine 3. Stimme, also den beiden 6 gegen die 5 der andern geben will. Könnte man sich um diesen Preis einigen, d. h. mit Preußen, so glaube ich, sollte man das thun, denn sind die beiden einig, so würden sie eine 5te Stimme immer doch herüberziehen, und ihnen 6 Stimmen geben, heißt ja nur anerkennen, daß, wenn die beiden einig sind, sie keine weiteren Künste brauchen sollen, um zu entscheiden. Auch würde mit Wiedergewinnung des Bodens des Bundesrechts eine solche Stimmenvertheilung eine ganz andere Basis haben als damals im April, als Sie unterm 17. April dieselbe so entschieden ablehnten. Die Grundbedingung derselben müßte freilich sein, daß Preußen sich zu dem System der Gruppen verstände — und dieses, das ihm an jedes Glied einen Klotz hängt, der es fesselt, kann und wird es nicht zugeben. So wird man am Ende auf den engeren Rath mit seinen 17 Stimmen zurückkommen müssen! — Daß Oesterreich jetzt den Boden des Bundesrechts verlasse, um irgendwie mit Preußen sich zu einigen, fürchte ich in keiner Weise; das sieht man in Wien zu klar ein, daß ihr ganzer Vortheil eben in diesem Boden liegt, daß, wenn Preußen sich beharrlich weigert, die Frage sofort eine Europäische wird, und daß die durch das Bundesrecht bedingte Stellung Oesterreichs ihm auch gar zu bequem ist, um von Allem loszukommen, was die Verfassung vom 4. März für sie Genirendes hat. In Berlin freilich, wo man sich durch die Note vom 16. Mai den Weg verrannt hat, wird man in Verzweiflung sein und wird am Ende erklären: wollt ihr am Bundesrechte halten, so wollen wir auch das Ganze, d. h. Reconstruirung des engeren Raths. Dem würde Oesterreich und die anderen sich nicht entziehen können.

Scherff hat Weisung, wegen der Gruppen in dem von Ihnen gewünschten Sinne; er (der an ein neues Interim nicht recht glaubt, weil er es nicht wünscht) trägt indessen einiges Bedenken, jetzt schon mit der Sache, die, als ich sie anregte, zurückgewiesen wurde, hervorzurücken, um Würtembergs Stellung Baden gegenüber nicht zu schaden. Gehen wir ernsthaft auf die Sache ein, so wird es aber doch wohl geschehen. In Würtemberg stehen die Dinge gar zu widerwärtig: jetzt ist Reinhard mit seinem Ministerio über Existenz und Berechtigung der V.-Versammlung in Differenz und wird wahrscheinlich nach Stuttgart müssen, um das zu arrangiren. Geht er, so kostet uns das wieder Zeit, was freilich den

Würtemberger Zuständen vielleicht zu Gute kommen würde, da er im Sinne eines entschiedenen, furchtlosen und energischen Vorangehens einwirken würde.

Ihre Klagen über Ihre Stände begreife ich vollständig; diese Kleinigkeitskrämerei, diese Flohjägerei ist ekelhaft; das Tröstliche daran, daß dieser Opposition aller positive Gedanke fehlt, der bei der Regierung ist, vergißt man nur gar zu leicht über den Ekel, den diese Nergelei einflößt.

Wie der König von Bayern dem Grafen Thun gesagt hat, wird Bayern für die Proposition des Interims die Vereinbarung fordern — aber nöthigenfalls nicht darauf bestehen. Immer Variationen des alten Themas: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß. — Pfordtens Neigungen zur Union erscheinen mir nur wie augenblickliche Stimmungen, vielleicht auch Verstimmungen gegen Oesterreich. Was Sie mir als Berliner Nachrichten über die neuesten Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich melden, erscheint mir noch durchaus unklar: Summa scheint die erwünschte zu sein, daß Schwarzenberg nach Frankfurt zeigt, wo die Sachen zu verhandeln seien.

Wenn sich von den Berliner und Leipziger Lumpen der eine oder andere nach Hannover wenden sollte, lassen Sie mich doch die Namen wissen; ich habe hier Mittel, über eine Masse dieses Gesindels Renseignements zu geben.

Doch verzeihen Sie den so leeren Brief! Ihr

D.

Eben höre ich zu meiner großen Freude, daß Liebe von Seiten Lübecks für den pensionirten O.-A.-R. Haack ins O.-A.-Gericht berufen sei. Das wird in Braunschweig die Wendung erleichtern. — Bei der Parade, wo die Oesterreichischen Generale (nicht Truppen) gegenwärtig waren, hat Wrangel ein Lebehoch für den Kaiser von Oesterreich und König von Preußen ausgebracht und zur Einigkeit pp. ermahnt — was ich in meinem heutigen französischen Bericht nicht erwähnt habe, weils mir erst eben erzählt wird. Ich vergleiche eben das, was Sie mir unterm 23. als von Berlin aus berichtete neue Forderungen Preußens melden, mit denen, wovon Platen in seiner Depesche vom 14. berichtet und sehe, daß es ganz dieselben sind. Die neuen Forderungen lauten also anders, — ich glaube aber nicht, daß sie andern Erfolg haben werden.

Nr. 223. Hannover, 27. Juni.

Heute kann ich Ihnen, lieber Freund, zu meiner großen Freude schreiben, daß unsere Sachen besser stehen. Der König hat sich überzeugt,

daß der von uns vorgeschlagene Weg der einzige ist, der eingeschlagen werden kann. Er hat uns heute, wenngleich etwas widerwärtig, über das Militär nachgegeben, uns zur Tafel geladen und befohlen — was uns sehr lieb — daß künftig regelmäßige Conseils seyn sollen. Die ganze Sache ist übrigens merkwürdig geheim geblieben; er selbst hat auch seinen Vertrautesten kein Wort davon gesagt, wir eben so wenig; kein Canzlist pp. hat etwas darüber in die Hände bekommen; so wird die Sache hoffentlich weiter gehen, wenngleich wegen der sonstigen Geschäfte noch Kämpfe übrig bleiben, die auch nicht leicht seyn werden; und ein Stachel wird wohl zurück bleiben. Aber ohne diese Wendung wäre die heilloseste Verwirrung eingetreten; und wenn wir auch nur von einem Tag zum andern leben, wenn wir auch in diesen Militärsachen noch einen Augiasstall mehr zu reinigen bekommen, so mags immer drum seyn.

Eben erhalte ich Ihren Brief vom 26. und danke herzlich dafür. Dieses Hessisch-Würtembergisch-Bairische Bummeln von einer Seite zur anderen ist ein wahrer Jammer. Ich meinestheils glaube jetzt auch am meisten, daß wir wieder zum Bundestag kommen. Die Mehrzahl der Stimmen im Directorio möchte ich aber den Großen in keiner Weise zugestehen. Kommen wir — was doch ganz nothwendig — zur legislativen Versammlung, so werden sie dort unbedingt das Mehr haben. Nun aber Mehrheit in der Executive und Mehrheit in der Legislative, das ruinirt die übrigen sicher. Bei einer bloßen Executive wäre es eher möglich; aber die legislativen Befugnisse sind schwer aus jener Richtung heraus zu bringen, es sey denn durch eine entscheidende Plenarversammlung, etwa nach jetziger Composition, und die wird man schwerlich dulden, wenn man jene Stimmenzahl hat.

Die Differenz zwischen Pfordten und Knesebeck ist köstlich; der erste läugnet nun, nachdem er zuvor uns in Wien verklagen lassen wir neigten uns zu Preußen. Dieses letzte hat eine schöne Note[1]) gemacht, des Inhalts: factisch haben sie uns aus der Union entlassen, aber nicht rechtlich. Radowitz scheint mir wieder oben dran zu seyn.

Unsere Stände sind ganz schwach, beschließen aber doch mitunter Kohl, so z. B. bei der Wahl der Magistrate, auf Antrag von Richter, eine ganz alberne Piepmeierei mit Einer Stimme, die sie auch in der Conferenz aufgeben werden. Wir müssen sie los seyn, und sie müssen fort; aber nun wird immer geschwatzt und geschwatzt. Gott weiß es.

---

[1]) Note vom 22. Juni, Antwort auf eine Mittheilung, wodurch die hannoversche Note an Oldenburg u. s. w. vom 7. Juni in Berlin zur Kenntniß gebracht worden. Deutsche Chronik 1850, I. S. 254.

Heute weiß ich weiter nichts zu schreiben; nächstens mehr; einstweilen leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Es ist hier ein Taubenschlag von Fürsten; ein kleiner Prinz von Rudolstadt hat gesagt: Er sey schon ein Preuße.

Nr. 224. Frankfurt, 1. Juli.

Herzlichsten Dank, theuerster Fr., für Ihren Brief vom 27., der mir die Nachricht brachte, daß dort wieder fester Boden gewonnen. Dazu gratulire ich uns Allen, vorab dem Lande selbst. Ich hoffe auch, daß die Sache, deren Einzelheiten ich freilich nicht kenne, sich bald völlig zuziehen werde, ohne irgend Spuren zu hinterlassen.

Hier stehen die Dinge ziemlich auf dem alten Flecke. Wir werden aber suchen, in den nächsten Tagen voranzugehen, woran uns Reinhards Abwesenheit mehr formell als materiell hindert. In Stuttgart wird und muß es in der allernächsten Zeit zur Lösung kommen, und da wird Reinhard ohne Zweifel im Sinne einer entscheidenden Maßregel einwirken. — Über die Hessischen Dinge bemerke ich Folgendes mit zur Erläuterung meines heutigen diese behandelnden französischen Berichts an den König. Ich erhielt nämlich gestern vom König einen Brief, worin er sich gegen die zweideutige Haltung Hessens aussprach. Ich nahm den Vorwand, bei Hassenpflug zu fragen: ob man dort vielleicht Truppen nöthig zu haben glaube u. dgl. m., was H. verneinte. Nun ging ich auf die Sache selbst ein, ihre zweideutige Stellung, aus der Union ausgeschieden, im Bündniß verharrend. Darauf exponirte mir H.: Anerkennung des Plenums und Aufgabe des Bündnisses seien Correlate; sowie er das Plenum anerkenne, gebe er das Bündniß auf; im Bündniß habe man behuf der innern und äußern Sicherheit einen Ersatz gesucht für das fehlende Organ des Bundes; sobald er die rechtliche Überzeugung gewonnen, daß dieses in der Plenar-Versammlung existire, falle natürlich für ihn das Bündniß weg. Diese Überzeugung werde er erhalten aus der deßfallsigen Deduktion des Commissions-Berichtes. Sobald dieser abgestattet, werde er demselben adhäriren, und dann nach Berlin das Ausscheiden aus dem Bündniß erklären. Ich weiß nicht, ob ich mich über diese Dinge im Französischen verständlich ausgedrückt habe, und würde Sie bitten, falls das nicht der Fall, etwa nöthige Erläuterungen zu geben, da der König nach seinem Briefe auf diese Sache speciellen Werth zu legen scheint. Der Grund der ganzen Geschichte ist wohl der, daß Hassenpflug, nachdem er Anfangs in Berlin sehr heftig gegen

Radowitz aufgetreten, hinterher sich doch hat fangen lassen und sich verschwätzt hat. Davon wollte er loskommen und deshalb hat er auch die staatsrechtliche Deduktion über die Fortdauer der B. Versammlung nach dem 12. Juli 1848, von der er sich überzeugen und von seinen in Berlin geäußerten Ansichten zu den unsrigen bekehren lassen will, selbst redigirt.

Daß Schwerin seine Lossagung von der Union in Strelitz zugesagt hat, werden Sie dort genauer wissen als wir hier.

Daß Meyendorffs Abberufung von Berlin und Ernennung in Wien entschieden ist, werden Sie wissen. Mir ist das sehr lieb, denn so bedeutend und klug M. sonst auch ist, so hat er doch durch seine Manie, zu vermitteln, ungeheuer geschadet, zumal in Berlin, wo man jeden Vermittlungs-Vorschlag, den Meyendorff machte (der da meint, es ließe sich eben Alles vermitteln) immer gleich als eine Concession des Gegners ansah. Daß übrigens in Berlin eine bedeutende Wendung vor der Thür, bezweifle ich nicht; der Zustand ist auch gar nicht zu ertragen; ein verantwortliches Ministerium, das thun muß, was der unverantwortliche H. von Radowitz will; keiner im Herzen an die Sache glaubend und nur heftig agitirend, um die Andern daran glauben zu machen, die Verantwortlichkeit jedes Echecs auf den andern schiebend — das sind Zustände, die selbst in ruhigsten Zeiten unerträglich sein würden, geschweige jetzt. Die Union wird also wohl fallen, Herr von Radowitz mit ihr, wahrscheinlich auch wohl das ganze Ministerium. Herr von Bernstorff wird ihnen wohl jetzt expliciren, daß Oesterreich die Sache ganz ernst nimmt und nicht nachgeben wird, und da wird man schon pliiren. Der nahe 15. Juli macht's auch leicht, der Abfall in Darmstadt dazu. Ich denke mir, man wird seinen hohen Verbündeten, Reuß, Anhalt und wie sie heißen, erklären: Preußen habe sein Wort lösen gewollt, habe Alles gethan, was es gekonnt, sei selbst da noch vorangegangen, als es von seinen Verbündeten verlassen worden; nun aber, da das Wiener Cabinet in der Union einen Bruch der Verträge erblicke, und Preußen nur die Wahl habe zwischen einem Krieg und einem Aufgeben der Union, wolle man die treugebliebenen Verbündeten fragen, was zu thun? Diese werden dann nach Wunsch antworten und man dann die Linie finden, dabei aber erklären: solle das Bundesrecht wiederhergestellt werden, fordere man auch dessen ganze und volle Wiederherstellung. Daher denn Rekonstruktion des engern Rathes. In diesem wird man dann mit Oesterreich die Executive zu erhalten suchen. Ob die Königreiche darauf (d. h. auf die Übertragung der Executive an die beiden) eingehen oder sie weigern? und was dann? Darüber hab ich vorläufig noch keine Vermuthungen; aber jedenfalls ist dann auch Preußen zum Bundes-Recht zurückgekehrt, ein Mittelpunkt gewonnen und eine Form der Entscheidung für

alle Fragen. Einen andern Gang kann ich mir — wenn man Krieg ausschließt — nicht gut denken. Die Gruppen wird Preußen nie zugeben, und doch ist es das einzige Mittel, um Deutschland die Ruhe zu geben. — Was Sie in Ihrem Briefe vom 27. über die Unmöglichkeit sagen, daß den beiden Großen auch für die Legislative die Majorität gegeben werde, erkannte Hassenpflug vollständig an und erklärte: für die Legislative diese auch gar nicht den Beiden haben geben zu wollen.

Daß der Prinz von Preußen die Unmöglichkeit einer Durchführung der Union einzusehen anfange, behauptet Leiningen, der ihn in London gesprochen.

Ihr

D.

Nr. 225. Frankfurt, 6. Juli.

Ich habe Ihnen, th. Fr., seit Montag nicht geschrieben, theils, weil neben den Berichten an den König und Graf Bennigsen nichts mitzutheilen war, theils, weil's ein wenig viel zu thun gab. Die Einberufung oder vielmehr nur Constituirung des engeren Rathes, für die wir in der Commission am Ende konkludirt haben, ist doch erst nach mancherlei Debatten zu Stande gekommen. Ich glaube, daß wir am Ende nicht anders konnten. Preußen und der Union gegenüber wird die Wiedererweckung des engern Rathes, denke ich, durchschlagen; die Spitze der gegenseitigen Räsonnements war immer: Ihr seid nicht beschlußfähig, — Ihr wollt auf das Bundes-Recht zurück, und fangt damit an, es zu verletzen. Ich hoffe, der Comissionsantrag findet die Billigung der Regierungen. Wie wir dann weiter gehen — darüber sind die Ansichten getheilt; die Meisten wünschen neue Niedersetzung eines Ausschusses, um — pro forma — über ein neues Central-Organ zu berathen; daneben würde vielleicht der B. Central-Comission auf eine bestimmte ganz kurze Frist (von 14 Tagen oder 3 Wochen) ihre Vollmacht zur Führung der Geschäfte zu verlängern sein, d. h. von Seiten des engeren Rathes. Das würde Preußen in große Verlegenheiten bringen — ob's eine solche Vollmacht annehmen oder ablehnen soll? Mein Vorschlag ging entschieden dahin, daß der engere Rath sofort auch die gouvernementalen Befugnisse wieder an sich nehmen, also die B. C. Comission depossediren solle. Damit dringe ich aber nicht durch, — weil man namentlich in Würtemberg noch zu sehr das Geschrei über Wiederherstellung des Bundestags fürchten würde. Ich möchte über all diese Dinge gar gern bald einige Worte von Ihnen hören, da ich sonst nur zagend weiter gehe. Den Comissions-Bericht, der Ihnen hoffentlich mehr zusagen wird, als der frühere, werde ich in den nächsten Tagen überschicken; es wird schwerlich

zu verhüten sein, daß nicht gleich in diesem Comissions-Bericht die Befugnisse des wiederherzustellenden engeren Raths auf Schaffung der neuen Central-Gewalt beschränkt werden, ich habe sehr dagegen gestritten, wurde aber überstimmt, hoffe aber doch noch etwas zu retten durch irgend ein Correktiv. Möglich, daß, wenn wir dem demnächstigen Beschlusse einige Publicität geben, Preußen, ehe man sich's versieht, den engeren Rath beschickt, und dann per majora eine Wiederbelebung der B. C. Comission von 3 zu 3 Monat oder derartige kürzere oder längere Fristen versucht; denn Wiederherstellung des engeren Rathes mit einer beschränkten und controlirten Executive für Oesterreich und Preußen ist doch am Ende die Form, auf welche die Dinge sich zuzuspitzen scheinen.

In Würtemberg ist die Crise rasch eingetreten und vorübergegangen. Den Anstoß dazu gab Reinhard, dem das alberne Ministerium den Boden unter den Füßen wegzog; denken Sie sich, daß dasselbe geradezu sich vom Plenum loszusagen beschlossen hatte. Da ging Reinhard nach Stuttgart, und da erfolgte die Entlassung, wie ich darüber an den König berichtet habe. Die neuen Minister waren über die Deutsche Frage mit Reinhard einverstanden, d. h. doch nur mit Zittern und Zagen, — aber in der innern Frage weichen sie von einander ab. Reinhards Plan war, der — jetzt aufgelösten — Landes-Versammlung noch den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen, basirt auf eine Repräsentation der Stände und Gewerbe, etwa wie Ihre Erste Cammer, aber deren Grundgedanken noch weiter entwickelnd. Daneben aber wäre die Versammlung durch irgend eine andere Veranlassung, etwa in der Deutschen Frage, zu brüskiren gewesen, um damit zu ihrer Auflösung zu kommen, dann aber das Wahlgesetz, das ihr vorgelegt gewesen, zu octroyiren und sofort auf dessen Grund einzuberufen. Linden[1]) und die andern Mitglieder waren gegen so entschiedene und entscheidende Schritte und wollten es erst noch einmal mit dem Wahlgesetze vom Juli 1849 „versuchen", NB. indem sie gleichwohl die Basis verletzten, da die Grundbedingung ist, daß die Landes-Versammlung nur „zweimal" solle einberufen werden können und das neue Ministerium schon die 3. Einberufung ausgesprochen hat. (Man will die erste Einberufung nicht gelten lassen, weil gleich nach der Adresse aufgelöst wurde.) Weil Reinhard mit seinen (vom König unterstützten) Ansichten nicht durchdrang, verzichtete er auf das Portefeuille, dies wurde hierauf meinem Freunde Varnbüler offerirt, der aber aus demselben Grunde wie Reinhard refüsirte. Nun ist zwar das ganze Land der Wahlen müde und sehnt sich nach festen Zuständen, so daß möglicher Weise die neue — erst im September zu berufende

[1]) Freiherr von Linden, Minister des Innern seit 1. Juli.

— Landes-Versammlung besser sein wird; keinen Falls aber kann ein Land mit jenem Wahlgesetze bestehen, und so wird man demnächst doch thun müssen, wozu man vorläufig, und so lange die Deutschen Dinge nicht geordnet, nicht den Muth hatte und muß das Wahlgesetz ändern. Das wird aber nur mit einem neuen Ministerio geschehen, wo dann Reinhard wohl mitsammt Varnbüler eintreten. Die Hauptschwierigkeit lag in dem Dilemma: Einberufung nach dem Wahlgesetze von 1849 (und dafür hat sich das Ministerium ja entschieden) oder Einberufung nach der Verfassung von 1819. Entschloß das Ministerium aber sich zu dieser letzteren, so mußte es entweder die Standesherren und Ritterschaft wieder einberufen, oder die Grundrechte auf's neue anerkennen. Die Standesherren und Ritterschaft (deren Berufung auch der König ungern gesehen zu haben schien, weil eben in Würtemberg noch der alte Kampf der Standesherren gegen den stehen gebliebenen Collegen, der jetzt der Herr geworden, noch von beiden Seiten fortdauert) einzuberufen — hatte das Ministerium aber nicht den Muth. Daher denn der selbst die Demokraten überraschende Schritt einer Einberufung nach dem Wahlgesetze von 1849.

Die Angelegenheit des Durchmarsches der Badischen Truppen [1]) hat mir in den letzten Tagen Anlaß zu mannigfachen Verhandlungen mit Kübeck, Schönhals u. s. w. gegeben. Der Großherzog von Baden hat zwar die Übereinkunft mit Preußen unterzeichnet, weigert sich aber, die Ordre zum Ausmarsch zu geben; wie lange er diese Weigerung durchzuführen im Stande ist, fragt sich. Oesterreichischer Seits wird natürlich sehr gewünscht, daß Hannover den Durchmarsch weigern möge; ich wollte irgend einen Punkt über die deßfallsigen Verhandlungen im Schooße der B. C. Comission haben, woran sich eine solche Weigerung irgend anknüpfen ließe; die Herren konnten mir aber keinen solchen geben, die Preußen haben eben Alles scheitern machen. Hannover kann den Durchmarsch eigentlich nicht weigern ohne offenbare Feindseligkeit, deren Vorwurf Sie sich doch nicht aussetzen wollen; obendrein würde nichts dadurch gerettet; denn wenn Hannover den Durchmarsch weigert, so bleiben die Badischen Truppen in der Rheinprovinz oder Westfalen. Hassenpflug sagt mir: wenn Hannover den Durchmarsch weigere, würde Kurhessen seine Erlaubniß zum Durchmarsch sofort zurücknehmen. Nun habe ich Reinhard dringend gebeten (und er hat mir's zugesagt) daß die Würtembergische Regierung, die doch wegen Auflösung des 8. Armee-Corps zunächst bei der Sache interessirt ist, einen Protest gegen die Wegführung der Badischen Truppen erlasse und den (wie allen Höfen) sofort

---

[1]) S. oben S. 447.

nach Hannover notificire. Dann ist Grund genug zur Weigerung des Durchmarsches vorhanden.

Auf das Geschrei, welches der Dänische Frieden veranlassen wird, bin ich nicht neugierig, ich kann's mir denken. Die Preußen bekommen hier jetzt schon herbe Dinge darüber zu hören, die sie ruhig einstecken müssen. Sonst sind die Preußen hier in einem unglaublich gereizten Zustande; ihre Situation ist auch widerwärtig und lächerlich. Herr Mathis vertraute neulich bei Tisch dem Lord Cowley: er, Mathis, befände sich in einer so unangenehmen Lage; denn um in Berlin die Stellung vergessen zu machen, die er früher in der Untersuchungs-Comission eingenommen, müsse er in seinen Ansichten und Äußerungen immer viel weiter gehen, wie die Herren in Berlin. Sie sehen, dies ist ein naiver ...., — und seine Artikel in der O.P.A.Z., namentlich wo er den Dualismus anpreiset, sind wirklich das non plus ultra von Naivetät. A propos der O.P.A.Z. will ich Ihnen bemerken, daß ich dort jetzt Zutritt habe und Leute hier, die in gutem Sinne schreiben können. Wollen Sie mir also von Zeit zu Zeit irgend Faktisches mittheilen, so benutzen wir das als Locomotive und hängen einige Waggons mit Expektorationen gegen die Niedersächsische und andere Richtungen daran.

Ihr getreuester

D.

Nr. 226. Hannover, 8. Juli.

Ihr Brief vom 6., lieber Freund, theilt mir die Nachricht mit, daß die Entwickelung nunmehr auf den Punct gelangt ist, den ich seit einem Jahre beinahe erwartet, und dem ich seit einigen Mpnaten mit Bestimmtheit entgegengesehen habe. Man scheint sich allerdings nur unsicher und zögernd zu entschließen; allein ist nur erst der Muth gefaßt, den Grundsatz anzuerkennen, so wird dieser ohnehin mit genügender Kraft wirken und fortreißen, selbst ohne unser Zuthun. Darin also bin ich gar nicht eilig; um so weniger als Preußen mit so großem Eifer darüber aus ist, sich selbst unmöglich zu machen. Daß es rasch im engeren Rathe seinen Dualismus durchsetze, fürchte ich nicht. Im engeren Rathe ist es am allerschwächsten. Zählen Sie nur die Stimmen. Wir haben aber überall auch nicht zu wünschen, daß dieser Dualismus bleibe, und eben so wenig glaube ich, daß er bleiben kann. Wer wird dem zustimmen? Wer von den größeren wird sich so unterordnen lassen? Baiern doch auf keinen Fall. Es kann in Frankfurt den Schein gewinnen, als ob das möglich sey; allein in den Ländern sieht sich das Ding anders an. Da wird es wirklich anders laufen. Ich möchte Ihnen wohl anheim geben, einmal mit Ihrem Bairischen oder Sächsischen

Collegen diese dualistische Idee zu besprechen, ob diese bei ihren Höfen Sympathie dafür erwarten. Ich fürchte mich davor nicht.

Vielmehr fürchte ich, daß man sich wieder in das alte Unwesen verliere; und da wir unleugbar (neben dem Preußischen Unsinn) das Unsrige dazu beigetragen haben, die Sachen wieder in diese Bahn zu bringen, so, meine ich, haben wir auch die vollste Pflicht, dafür zu sorgen, daß das nicht geschehe. Die Sache muß, das ist meine vollste Ueberzeugung, aus diesem büreaucratisch diplomatischen Unwesen heraus. Anno 1500 wäre das möglich gewesen durch Berufung der Städte, jetzt geht das nicht mehr; die Staaten sind zu fest in sich geschlossen; eben darum müssen wir Stände haben. Repräsentanten aus den Landständen gewählt; die Preußischen Ausschüsse von 1842 und 1847; oder des Grafen Münster allgemeine Stände aus den Provinzialständen hervorgegangen; oder die Niederländischen Generalstaaten. Daß diese Einrichtung im Einheitsstaate nicht hat dauern wollen, lassen Sie sich nicht irren. Sie ist ihrer Natur nach nur bei Föderativstaaten durchzuführen; allein hier wird sie auch wohl allein durchführbar seyn. Ich kann mir denken, daß der Mehrzahl Ihrer Collegen jetzt alles ständische Wesen im Grunde des Herzens verhaßt seyn mag. Die Schwächen desselben sind ja seit 2 Jahren auch für den Blinden zu greifen gewesen. Es ist ein Grundmißgriff, Formen, die nur bei aristocratischer Verfassung möglich sind (die große Freiheit der Rede und des Antrags) auf democratische Verfassung anzuwenden. Allein, abgesehen, daß Ständische Ausschüsse sofort aristocratischer sind, als die sie wählende Versammlung, dies kann die Nothwendigkeit der Sache selbst nicht schwächen; es führt nur darauf, daß man die rechten Formen suchen muß. Ich bin völligst davon überzeugt, daß keine Regierung ohne Stände gelingen kann, daß sie sich sofort in den Büreaucratismus verläuft, der ganz hoffnungslos ist. In den Landständen wäre aber auf diese Weise wieder ein politisches Element zu bilden, dessen sie jetzt gänzlich ermangeln. Mir liegt die Sache, die ich für alle Deutsche Zustände präjudiziell halte, sehr am Herzen; deßhalb entschuldigen Sie diese vielleicht sehr überflüssigen Expectorationen.

d. 9.

Wegen des Badener Truppendurchzugs ist nach Carlsruhe geschrieben: Man möge uns erst sagen, was es mit den Conventionen für eine Bewandtniß habe. Darauf keine Antwort. Protestiren die Glieder des Armeecorps, so stehen wir desto fester. Am Ende ist der Durchmarsch unter Preußischer Fahne wohl nicht füglich zu versagen, aber interim aliquid fit! Man muß das Schlimme nie eher thun, als wenns gar nicht zu vermeiden. —

Die Schleswig-Holsteinsche Geschichte [1]) ist in der That höchst widerwärtig nach allen Seiten hin; denn wenn sich die Holsteiner schlagen und unterliegen? Was dann? Oder wenn sie anfangen und haben keine Mittel? Sie agitiren jetzt, um Hülfsvereine zu bilden; das gehört mit zu den Naivetäten in der Politik, wenn man meint, Krieg mit so kindischen Mitteln führen zu können. Und wie fern liegt das der öffentlichen Stimmung! Die Berliner fühlen diesen Stachel in ihrem Ruhme und schreien im Voraus. Das aber sagen sie natürlich nicht, daß General Hahn geheime Ordre haben soll, Eckernförde nicht zu räumen, bis die Küstenbatterien armirt sind. Also wieder Zweizüngigkeit. Das Motiv zum Abschluß soll die Russische Drohung seyn, entgegengesetzten Falls in Preußen einzurücken. Also Schwäche in Folge der Unionspolitik, die Preußen isolirt hat. — Statt diese aufzugeben, scheinen sie sich ja nun aber daran festzuklammern. Aber wieder erbärmlich lavirend, dilatirend, während Bernstorff in Wien wohl alle Unterhandlung abbrechen wird. Jedoch trösten sich die dortigen Diplomaten damit, Forsboom sey wieder angekommen, der immer als Zwischenträger benutzt werde, wenn keine offiziellen Unterhandlungen Statt finden. Genug von dieser Misere. Wir müssen wieder auf das ganze Bundesrecht und damit Holla!

Mit unseren Ständen gehts zu Ende. Sie sind zu schwach; Alles geht davon; wir können nur das nothwendigste fertig bringen. Dabei aber machen sie sich wieder so philiströs piepmeierig, daß es mich anekelt, ich kann nicht sagen wie sehr. Diese Leute der soi disant Rechten, Francke, Lindemann, stecken immer zwischen Hemd und Rock, kein gerader fester Gedanke. Ich habe darüber in der Eisenbahnsache fürchterlichen Aerger geschluckt.

Mit S. M. laviren wir weiter. Er scheint sich wieder nähern zu wollen, bittet zur Tafel nach den Conseils, ist dann doch gesprächig, wenn auch etwas stachlich. In der Jagdsache hat der Oberjägermeister eine In-

[1]) Am 2. Juli hatte Preußen für sich und im Namen des Deutschen Bundes den „einfachen" Frieden mit Dänemark geschlossen, wodurch der Rechtszustand vor dem Kriege wieder hergestellt, dem Könige von Dänemark aber ausdrücklich vorbehalten wurde, gemäß dem Bundesrechte die Intervention des Deutschen Bundes in Anspruch zu nehmen, um in Holstein seine legitime Autorität wieder herzustellen. Durch ein Separatprotokoll vom gleichen Tage wurden die von Preußen für die Räumung der Herzogthümer einzuhaltenden Fristen bestimmt. Das Protokoll sollte innerhalb 8 Tagen, der Friedensvertrag innerhalb 3 Wochen ratifizirt werden. In einem Geheimartikel verpflichtete sich Preußen, an den Unterhandlungen Theil zu nehmen, zu denen der König von Dänemark die Initiative ergreifen werde, um die Erbfolgeordnung in den unter seinem Scepter vereinigten Staaten zu regeln. Vgl. v. Sybel, I. S. 390 ff. Den Friedensvertrag und die erläuternde preußische Denkschrift über denselben s. Deutsche Chronik 1850, II. S. 1.

trigue hinter meinem Rücken zu spielen gesucht, und den König offenbar über die Lage der Dinge getäuscht, indem er ihn gegen dasjenige einzunehmen suchte, was der Herr Oberjägermeister selbst im vorigen Jahre gebilligt und der König genehmigt hatte. Schele, den der K. um Rath gefragt (ebenfalls hinterrücks) hat eine ganz traurige Arbeit in gleichem Sinne geliefert. Nun gab der K. sie mir. Ich werde sie kritisiren und hoffe dadurch um so eher zum Ziele zu kommen. Das klärt aber die Zustände der letzten Monate auch mit auf. Mühe wirds noch kosten. —

Ich muß zum Schluß des Briefs noch einmal auf die Politik zurückkommen. Je näher der Bundestag tritt, um desto größer die Gefahr, daß die alten Sünden wieder kehren. Wer jene Rückkehr fördert hat daher die Pflicht, auf Abkehr zu denken. Es sind 2 Institutionen dazu nöthig. Vertretung und Bundesgericht. Die Schwierigkeiten beider liegen vor, jetzt vielleicht klarer als sonst. Aber eben deßhalb muß man Zusicherung über beide als Bedingung stellen, so lange man irgend eine Bedingung zu stellen hat. — Bitte denken Sie daran.

Der König, den Peels Tod [1]) neben der Krankheit des Herzogs von Cambridge doch afficirt, hofft auf eine Wiedervereinigung der Tories. In Paris scheint tiefste Ruhe zu seyn. Die Schweiz conservativer als seit 1830 et sic porro. Wäre das nicht Katzenjammer?

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 227. Frankfurt, 9. Juli.

Die Dinge ziehen sich hier noch immer wider alles Erwarten hinaus, doch aber wird bestimmt noch diese Woche die entscheidende Wendung bringen, d. h. die Lesung des Berichtes der auf Formation des engeren Rathes concludirt. Ich hoffe, daß ich Ihnen Übermorgen Abend bereits ein gedrucktes Exemplar abschicken kann. Ich werde erst mit Absendung des Berichtes um Instruktion bitten, wünsche aber dringend, dieselbe sobald als möglich zu erhalten; die Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung haben übrigens bereits erklärt, daß sie an einer Genehmigung des Schrittes Seitens ihrer Regierungen nicht zweifelten. So können wir in 12—14 Tagen wieder ein lebendiges und lebensfähiges Organ haben; die unselige Dänische Sache, die ein anerkanntes Organ sucht, wird dann wohl gleich zu einem selbstständigen Ergreifen der Geschäfte abseiten des engeren Rathes treiben. Meine Ansicht ist, daß der engere Rath sofort den auswärtigen Mächten von seiner Reconstruirung Anzeige macht. Ich denke, einer so vollendeten

[1]) † 2. Juli 1850.

Thatsache gegenüber werden die Radowitzischen Thatsachen nicht Stich halten. Übrigens kommen alle Mitglieder immer mehr auf die gewünschte und nothwendige Linie, ich kann das namentlich in Betreff Reinhards melden. — In Berlin geht man indessen voran, aber doch nur provisorisch, um sich Alles offen zu halten.[1]) Ich habe die feste Überzeugung und eigentlich noch mehr als die, daß man in Berlin auf einen Europäischen Congreß speculirt, wo man dann vor Allem auf die Unterstützung Englands rechnet, selbst Rußland nicht als Gegner zu finden hofft, und dort, wo Oesterreich von den Kleineren ungebunden dasteht, auch von diesem eher Concessionen erwartet. Daß man von Berlin aus auf den Präsidenten L. Bonaparte durch die Großherzogin Stephanie[2]) einzuwirken gesucht und dessen imperialistische Gelüste cajolirt hat, ist mir keinen Augenblick zweifelhaft. Da Persigny Anfangs in dasselbe Horn stieß, so hätte man vielleicht bestimmte Zusagen erhalten, wenn nicht sämmtliche anderen Französischen, in den verschiedenen Deutschen Staaten accreditirten Agenten ganz übereinstimmend im entgegengesetzten Sinne berichtet hätten. Da hat denn die diplomatische Tradition und der bon sens der Departements-Direktoren obgesiegt, und man ist jetzt in Paris keineswegs für die Union gestimmt.

Ich habe heute Morgen Copie einer Depesche von Knyphausen aus Berlin vom 6. Juli erhalten, worin er Sr. Maj. über die letzte Sitzung des Fürsten-Collegs berichtet, am Schluß die Substanz der Hessen-Darmstädtschen Deklaration mittheilend, wonach man dort am Bündniß vom 26. Mai festhalten, vorläufig nur noch keinen Bevollmächtigten ins Fürsten-Colleg schicken, im Ganzen sich aber Alles offen halten will. Da Hassenpflug mir früher über die deßfallsige Note anderes mitgetheilt hatte (wie ich darüber an den König berichtet habe) so hielt ich ihm dies vor. Darauf hat mir H. erklärt: wenn wirklich eine Erklärung von Lepel abgegeben sei im Sinne des Berichtes vom 6. Juli, so habe Lepel dieselbe gefälscht; er, Hassenpflug, habe die deßfallsigen Instruktionen an Lepel selbst eingesehen; und dieselben lauteten ganz entgegengesetzt. H. hat mich ersucht, ihm Abschrift des betreffenden Passus mitzutheilen, um in Darmstadt die Sache festzustellen. Ich werde sie ihm wohl geben, jedoch lediglich als eine Privatmittheilung, die ich von Berlin erhalten.

Daß es in Karlsruhe wackelt, werden Sie wissen. Oberst Krieg von Kriegsfelden[3]), früher ein genauer Freund von Radowitz, ist entschieden gegen den Truppen-Abmarsch. Das Anerbieten des Oesterreichischen Corps in Vorarlberg hat außerordentlich gewirkt. Aber noch ist Alles trübe und

[1]) Verlängerung des Provisoriums der Union um 3 Monate, bis 15. October.

[2]) Großherzogin Wittwe von Baden, geb. Beauharnais.

[3]) Krieg von Hochfelden, Flügeladjutant.

unklar und schwankend in Carlsruhe und ich mag deshalb auch noch nichts Positives darüber berichten.

Dem Herzog von Cambridge soll es sehr schlecht gehen, und man befürchtet das Schlimmste.

Ihr
D.

Nr. 228. Frankfurt, 14. Juli.

Ich war diesmal ganz besonders froh, als ich Ihren Brief vom 9. erhielt, weil ich lange keinen Brief von Ihnen gehabt hatte und bei der bevorstehenden Entwicklung es mir mehr als je Bedürfniß war, mit Ihnen in steter Berührung zu bleiben. Lassen Sie mich Ihnen da all meine Gedanken auskramen, die mich hier förmlich quälen. — Die letzten 8—14 Tage waren sehr unangenehm, es galt die Abschließung des Berichtes, von dem ich gestern ein Exemplar auch Graf Bennigsen geschickt habe. Da standen sich eine Masse verschiedenartiger Ansichten gegenüber, die alle ausgeglichen sein mußten. Das war widrig und mühsam. Manches war nicht auszugleichen und damit wollen Sie die eine oder andere Lücke im Berichte erklären z. B. warum man nicht mit dem von Oesterreich einberufenen Plenum procedirt, sondern auf den engeren Rath concludirt, wo die Ansicht, das Plenum in seiner gegenwärtigen Gestalt sei zu beschließen befähigt und berechtigt, von denen, welche sie vertheidigten, zwar der Reconstruktion des Engern Rathes nachgegeben werden sollte, dabei aber fort behauptet wurde, es wäre auch mit dem Plenum möglich und zwar in der jetzigen Stärke.[1]) So ist denn am Ende die Motivirung ganz weggeblieben. Und so mehreres. Nun war der Bericht endlich abgeschlossen, — und die Sitzung, die schon am Freitag hätte sein können — dem Jahrestag des 12. Jul. 48! — um für den Druck Zeit zu gewinnen, auf den Sonnabend angesetzt. Da kam die Nachricht von dem Wiener Courier, der wohl erst heute Abend oder gar Morgen früh kommt, wo dann im letzteren Falle selbst Morgen früh die Sitzung noch nicht Statt finden wird. Ich habe darüber nun allerlei zum Theil herbe Expektorationen mit Graf Thun gehabt und ihm auch noch gestern erklärt, daß die 2 oder 3 Tage, die wir da verloren, in der Geschichte Deutschlands schwer wiegen würden. Vielleicht ist aber der Zeitverlust gut gewesen, da er die Ungeduld in Allen sehr gesteigert hat. Die Idee, daß der Engere Rath nur zur Schaffung eines neuen Interims zusammentreten sollte, die ich anfänglich ganz allein bekämpfte, wird jetzt nur noch von Thun und Xylander festgehalten, selbst Reinhard hat sie persönlich aufgegeben, und im Comissionsbericht habe ich die deßfallsige Conclusion ziemlich allgemein gehalten durchgesetzt. Ginge es nun mir nach,

[1]) S. unten S. 478, Anm. 1.

so sprängen wir nach Abstattung des Berichts gleich medias in res; probiren will ich es und da die Sitzung eine vertrauliche ist, den Antrag stellen, daß wir uns sofort und auf der Stelle, ohne erst Instruktionen einzuholen, zum Engeren Rath bilden, unter Vorbehalt, neue Vollmachten binnen 14 Tagen herbeizuschaffen. Thun (falls nicht der Courier Ordre zum entschiedenen Vorwärtsgehen bringt), gewiß aber Xylander werden sich entschieden wehren, die anderen sind vielleicht fortzureißen. Wer auch hat uns zu fragen als unsere Regierungen, ob wir instruirt sind oder nicht? Wie seine Regierung aber ungefähr denkt, weiß jetzt schon Jeder von uns. Wird es mir nicht gelingen, diesen Antrag auf sofortige Constituirung als Engerer Rath durchzusetzen, so soll wenigstens die Frist zur Instruktions-Einholung die allerkürzeste werden, vielleicht unter Bestimmung einer längeren für die Einbringung der Vollmachten. Kommt sodann die Frage der Competenz, — ob nur für die Schaffung eines neuen Interims, oder mit der früheren Competenz. Hierin sind wie gesagt die Ansichten besser geworden. Graf Thun will ihn nur ad hoc haben und dann der B. C. Commission neue Vollmachten ertheilen lassen durch den Engeren Rath und zwar nur auf 3—4 Wochen. Dies werde ich, wenn meine Instruktionen nicht für das Gegentheil lauten, bestimmt weigern. Ich will, daß man die B. C. Comission sofort depossedire, d. h. ihr die jetzige Stellung so lange lasse, um von Wien Ordre einzuholen, daß die Oesterreichischen Comissarien die Sachen dem Engeren Rath übergeben. Nun kommt gleich die Schleswig-Holsteinische Sache, die uns sicher über den Hals kommt, wir mögen unsere Competenz nun auf Schaffung eines neuen Interims beschränken oder nicht. Mein Plan ist, daß wir sie sofort in die Hand nehmen. Dänemark oder vielmehr Holstein-Lauenburg, dessen Vertreter ja unter uns sitzt, erkennt uns damit an. Wenn aber Dänemark uns anerkennt, kann England, Frankreich, Rußland uns die Anerkennung nicht weigern, wenn wir die Schleswigsche Sache in die Hand nehmen. Damit schon gewinnen wir mit Einem Schlage wieder die Europäische Stellung. Dem Frieden gegenüber kommen wir freilich in eine unangenehme Lage. Ratificiren kann ihn nur das Plenum und da fehlen uns Stimmen. Daher müssen wir denn wohl weiter zurückgreifen und die bereits mehrfach aufgestellte Ansicht, daß der Krieg gar nicht als Krieg anzusehen, der unter Bundesgenossen nicht möglich, sondern nur als Execution, scharf ins Auge fassen und wo möglich durchführen. Wir helfen damit auch allen Regierungen aus der Klemme, in die sie wegen der Ratifikation gerathen. Ich habe das auch mit großer Entschiedenheit gegen Xylander geltend gemacht, da Herr v. d. Pfordten ja so gern in wohlfeilem Schleswigschen Patriotismus macht und darin sogar der sonst so vernünftige Lerchenfeld sich à la Wallenstein aufführt; aber

ich bin da mit Xylandern um nichts weiter gekommen. Nehmen wir die Sache mit Entschiedenheit in die Hand, erklären Dänemark, England, Frankreich, Rußland gegenüber: die Sache ist eine rein Deutsche, ihr habt nichts darin zu waschen, — schicken wir Comissarien, denen die Dänen sich fügen werden und die Schleswig-Holsteiner sich fügen müssen, so gelingt es uns vielleicht, nicht blos die Regierungen aus der Verlegenheit wegen der Ratifikation zu ziehen, sondern auch das Gemetzel zu verhüten, was in Schleswig vor der Thüre ist und die Sache, die so gräßlich verfahren ist, in einer für Deutschland noch einigermaßen ehrenvollen Weise, d. h. ohne fremde Einmischung, zu Ende zu bringen. Wir würden, was ja auch Preußen will, ganz auf die Bundesbeschlüsse zurückgehen. Da der Krieg niemals in einer Plenar-Sitzung beschlossen ist, wird es uns um so leichter, die Sache nur im Sinne der Execution aufzufassen. Preußen kann nichts dagegen machen, und kommt in die allerschlimmste Lage dadurch. Daß es, wie immer, auch wieder jetzt in dieser Sache doppeltes Spiel spielt, ist mir unzweifelhaft und was Sie mir über die Ordre an General Hahn schreiben, bestätigt mir das: Die Sache soll nicht zu Ende sein, sie soll zu einer Europäischen Verwicklung oder vielmehr nur zu einem Europäischen Congresse Anlaß geben, wo Preußen von der Verwendung Englands das zu erhalten hofft, was es mit Radowitz und Erfurt nicht erlangen konnte.

Ich bin so vielfach gestört, daß ich kaum glaube, ob ich mich durchweg verständlich gemacht habe; mir lag daran, diese zum Theil noch rohen Ideen Ihnen erst einmal vorzulegen. Gelingt es mir, die Collegen fortzureißen, so werde ich keinen Augenblick anstehen, in obigem Sinne voranzugehn und ich denke im Wesentlichen nicht von Ihnen desavouirt zu werden.

Dem König hab ich in den letzten 8 Tagen nicht geschrieben, weil's mir wirklich an Zeit fehlte und obendrein nichts zu berichten war. Schreiben Sie mir doch, wie er die Nachricht vom Tode des Herzogs von Cambridge[1]) aufgenommen; ich hab's für nöthig gehalten, mich bei der Herzogin von Kent wegen einer Audienz zu melden, um ihr das Beileid zu bezeugen und sie wird mich Morgen empfangen. Darüber werde ich dann Sr. Majestät berichten. Nun sollte ich Ihnen, liebster Freund, noch mein Beileid zu dem traurigen Todesfall Ihrer Nichte[2]) ausdrücken — aber Sie werden mir das eben an dieser Stelle, wo ich eben von Condolenz-Audienzen rede, erlassen und überzeugt sein, daß ich darum nicht weniger innigen Antheil nehme.

Der Ihrige

D.

---

[1]) † 8. Juli 1850.

[2]) Einer Schwestertochter Stüves. Er hatte dieses ihn sehr betrübenden Todesfalls in seinem letzten Briefe erwähnt.

Nr. 229. Frankfurt, 16. Juli.

Sie werden aus meinem gestrigen Berichte ersehen haben, liebster Freund, daß ich mit meinen Wünschen und Plänen in keiner Weise reüssirt habe. Graf Thun war meinen raschen und entscheidenden Schritten am schärfsten entgegen, und da war dann freilich nichts zu thun. Jetzt ist der Bericht an die Regierungen gegangen, damit die instruiren sollen; darüber gehen allerwenigstens 14 Tage hin und Gott weiß, wie es dann weiter geht. Indessen wenn ich so die Richtung der Geister betrachte, so bin ich ziemlich beruhigt; das Bewußtsein, daß wir nur auf diesem Wege aus dem Wirrsal herauskommen, macht sich mit solcher Allgewalt geltend, daß es über kurz oder lang sicher zu dem Richtigen kommen wird. Es wäre nur eben des Moments wegen ein rascher Schritt zu wünschen gewesen. Graf Thun, mit dem ich vor der Sitzung meine Ideen besprach, vertraute mir: Graf Bernstorff habe — soviel ich verstand vor seiner Abreise aus Wien am 24. Juni — den F. Schwarzenberg gebeten, wenigstens den 15. Juli als den Endtermin des damaligen Unions-Provisorii abzuwarten, ehe Oesterreichischer Seits ein entscheidender Schritt geschähe. Schwarzenberg habe das zugesagt, und, wenn gleich durch inzwischen beschlossene Verlängerung des Unions-Provisoriums der eigentliche Grund der Bitte und des Versprechens weggefallen sei, so könne man doch Oesterreichischer Seits nicht vor dem 15. irgendwie vorangehen; ginge man hier am 15. (gestern) voran, so würde man von Berlin aus sich beklagen, daß Oesterreich nicht Wort gehalten, sondern vor dem 15. Ordre nach Frankfurt zum Vorangehen gegeben habe. Dies war übrigens für Thun nur ein Nebengrund, der Hauptgrund war: er könne seine Instruktionen nicht überschreiten und wir seien nur zur Schaffung einer neuen Centralgewalt einberufen und legitimirt. Hauptsächlich hatte ich der Dänischen Sache gegenüber ein rasches Vorgehen gewünscht, um die Ratification durch die einzelnen Regierungen zu vermeiden. Das war dem Baron Dirckinck, mit dem ich heute über diese Sache sprach, sehr unangenehm, da er die Ratification ja, wie Sie wissen, auf jede Weise zu befördern und betreiben sucht. Die Sache erscheint mir aber doch principiell und faktisch gar zu wichtig und zu bedenklich, und da fragt es sich, ob nicht ein Ausweg darin zu finden wäre, daß die einzelnen Regierungen erklärten: sie hielten sich nicht berechtigt zu ratificiren; dies komme allein der B. Plenar-Versammlung zu; übrigens werde man seinem Bevollmächtigten in dieser Versammlung Instruktion ertheilen, für Annahme des Friedens Seitens der Bundesbehörde zu stimmen. Materiell wäre damit Dänemark gegenüber die Sache in Ordnung und da sicher in 4—5 Wochen nicht bloß der Engere Rath reconstruirt, sondern durch diesen auch das Plenum (wenigstens $^2/_3$) beisammen sein wird, so ließe sich dann auch die

Sache formell durch Ratifikation im Pleno erledigen, wenn man nicht vorzieht, den Krieg zu ignoriren und die Sache als Execution im Engern Rath zu behandeln. Ich habe mit Dirckinck und mit Bülow die Sache in diesem Sinne ausführlich besprochen, und sie haben mir erklärt, daß Dänemark mit einer solchen Erklärung der einzelnen Regierungen bis dahin, daß ein lebensfähiges Bundes-Organ vorhanden, zufrieden sein würde. Dirckinck wünschte nur, daß, wenn solche Erklärungen kämen, sie an ihn adressirt würden, wozu ja seine Beglaubigung ihn legitimire. Das heißt nun wohl soviel, als er fürchtet in München, Stuttgart, Dresden, wohin er jetzt geht, schlechte Geschäfte zu machen, und würde einen solchen namentlich etwa von der Hannoverschen Regierung beliebten mezzo termine dort gewiß gern als nachahmenswerthes Beispiel hinstellen.

Die Dislocation der Badischen Truppen betreffend, werden Sie wissen, daß dieselbe noch im letzten Augenblicke contremandirt ist, wie und weshalb ist noch unbekannt. Von Stuttgart aus ist nichts zu hoffen, Reinhard hat mir die deßfallsige Antwort des Ministerii auf sein Schreiben vorgelesen, welches letztere er auf meinen Wunsch hatte abgehen lassen. Das Ministerium will keinen Protest erlassen, es mault in dieser Sache in einer albernen Weise. Vor längerer Zeit nämlich, vor etwa 2 Monaten, hatte Reinhard im Auftrage des damaligen Ministerii Anträge bei der B.C.Comission gestellt. Kübeck hatte ihn gebeten, seine Anträge zurückzunehmen, da die B.C.Comission sich mit der Sache ex officio bereits beschäftige und Würtembergische Anträge dieselbe leicht verwirren könnten. Reinhard that das; jener Wunsch Kübecks aber scheint den König (der wahrscheinlich die Sache betrieben hatte) verstimmt zu haben; und daher von Seiten des jetzigen Ministerii unter Berufung auf jene Vorgänge die Weigerung einen Protest zu erlassen.

Sie werden in diesen Tagen von Wien eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen zwischen Schwarzenberg und Bernstorff[1]) erhalten haben, oder noch erhalten; da ich darüber gestern als einer mir bekannten Piece berichtet, könnte es sein, daß ich keine Abschrift erhielte, weil Neubourg vielleicht voraussetzt, ich hätte von Thun Abschrift erhalten. Das ist aber nicht der Fall; ich bitte vielmehr, wenn die Darstellung ankommt, um Abschrift.

Nostitz ist gestern Abend nach Dresden pp. gegangen. Gestern soll auch Lappenberg abgereist sein. Kommt der durch Hannover, wo er viele Bekannte hat, so lernen Sie ihn vielleicht kennen, d. h. einen der größten

[1]) Vgl. die Cirkulardepesche des Fürsten Schwarzenberg an die deutschen Regierungen vom 10. Juli, Deutsche Chronik, 1850, II. S. 16.

Pinsel, die es in politischen Dingen giebt. Der alte .... Smidt ist ja ganz kleinlaut; gestern hat ihn Tallenay, auf den er viel giebt, fürchterlich heruntergemacht wegen der ganz kindisch albernen Politik der Hansestädte.

Ihr getreuester
D.

Nr. 230. Hannover, 18. Juli.

Ihre Briefe vom 14. u. 16., lieber Freund geben den sprechenden Beweis, daß auch bei Ihnen „die Sachen heiß gekocht werden und kalt gegessen." — F. Schwarzenberg will nach meiner Meinung es mit Preußen nicht verderben, sieht vielmehr vollkommen ein, daß für ihn nichts günstiger sein kann, als die Union sich zu Tode zappeln zu lassen, ehe er sich irgend wie unwiderruflich gebunden. Ist die Sache so weit, dann wird ihm Preußen schon kommen müssen. So zieht er die Sache in Unentschiedenheit hin. In Berlin sagt man, es sey Aufschub entscheidender Schritte bis zum 20. versprochen, während man Ihnen nur vom 15. sagte. — Man will den Bund nicht ehrlich; sonst wäre ja jetzt die Gelegenhrit wie nie. — Fragt sich also für uns: soll man entschieden auf die Bundesform drängen? oder sich in Verhandlungen einlassen über dualistische Executive. Ich bin principaliter gegen diese ganz entschieden; es ist damit auf die Dauer nichts zu machen, und die Executive in der Hand der Mächtigeren alles. Ist davon nicht abzukommen, so muß sie eine Beschränkung auf nackte Ausführung der Beschlüsse haben, in der Art, wie der Präsident die Beschlüsse des Collegii ausführt. Das zu ordnen und zu sichern, würde mit Rücksicht auf die „Stärke" ein sehr schweres Ding seyn. Also der Bund. — Da ist hauptsächlich die Piepmeierei zu überwinden. Es wäre aber ohne Zweifel hierzu in der Dänischen Sache eine unvergleichliche Gelegenheit geboten. Wie Östreich solche „formell" an den Bund weiset, so werden wir und Sachsen die ganze Sache dahin ziehen. Dies ist der einzige Weg, mag man nun den Gesichtspunct des Kriegs oder der Execution resp. Vermittlung festhalten. Der letztere ist in jeder Hinsicht der günstigere. Er schließt sich an 1846 und 1848 an; er gehört in den engeren Rath. Auch wäre, glaube ich, jetzt eine Vermittlung möglich.

Damit wäre denn zugleich die Idee, den engeren Rath zu einem bloßen Interim zusammentreten zu lassen, beseitigt. Wir brauchen das gar nicht so dringend, als eine Handlung nach Außen. Ihre Idee in dieser Hinsicht ist ganz richtig; aber freilich eben deßhalb zu gut für die Diplomatie. Nichts desto weniger, meine ich, muß man sich daran halten, sie möglichst vorwärts zu schieben suchen, und unter keinen Umständen davon ablassen.

Was sagen Sie zu den neuen Perfidien oder Dummheiten Preußens, das das Protokoll vom 2. Juli publicirt [1]) vor dem Frieden. Immer dieselben Kniffchen nach allen Seiten hin. Knyphausen, der übrigens jetzt ganz den Kurs der Union hält, berichtet ja, daß Stockhausen, Brandenburg und Manteuffel das definitive Fürstencolleg gewollt, um die Sache rascher zu sprengen, und daß Radowitz das Provisorium durchgesetzt, um eben durch diese Unentschiedenheit den Spuk noch hinzuhalten. Ich gestehe, daß mir eine solche Zähigkeit in gänzlich verlohrenen Dingen nicht vorgekommen ist. Aber Radowitz steckt mit seiner Clique noch ganz in der Revolution. Sie meinen mit schlauen Operationen gegen die Revolution (wie das Wahlgesetz) [2]) noch Sympathien zu erwecken, während die Zeit darüber weit hinaus ist. Man sehe doch nur Sachsen, Hessen pp. Es ist keine Kunst mehr, ohne Stände zu regieren, und die Neue Preußische meint ja, in Preußen sey es auch Zeit dazu.

So erwünscht die Wendung der Dänischen Sache für die Bundesangelegenheiten ist, so widrig in jeder anderen Hinsicht. Dieser Krieg für nichts, ohne Mittel, ohne Einmüthigkeit im Lande, ohne irgend bestimmtes Resultat. Es ist traurig. Ich aber finde nichts alberner, als diesen Hülfsvereinsspectakel, der nur dient, die Leute aufzutreiben ohne Resultat. Heute gestand mir Lang schon ein, wenn er nicht Haus bei Haus collectiren lasse (was unmöglich zu gestatten), so kriege er nichts. Ich hatte ihm das vorher gesagt. Dabei steht mir völlig der Verstand still, wie man diese Sache behandeln soll. Und völlig unsere tölpischen Stände, die in einer und derselben Stunde die Reduction der Armee beschließen und ihre Sympathien für Schleswig bezeugen. Risum teneatis!

Was diese unsere Stände angeht, so sind wir mit dem Nöthigen fertig. Ich habe meine Eisenbahnpläne und Städteordnung im Trocknen. Trotz Lärmens. Sie möchten nun gern zu Haus; aber wir dürfen sie nicht weglassen, weil der König die Jagdsache noch nicht genehmigt hat, und damit uns hinzieht, wozu ein abgespannter Zustand nach dem Tode des Herzogs von Cambridge die Veranlassung giebt. Im übrigen sind Stände todmatt. Die extrême gauche verlaufen; alles geht durch ohne weiteres. Wir aber sehnen uns von tiefstem Herzen nach dem Ende, um zur Ausführung zu kommen.

Was die Badischen Truppen angeht, so war der Oberst Böckh [3]) hier zum Arrangement des Durchmarsches. Da kam telegraphische Depesche von

[1]) Im Staatsanzeiger vom 9. Juli.

[2]) Ein dem Fürstenkollegium vorgelegter Gesetzentwurf, enthaltend Normativbestimmungen für die Landtagswahlberechtigung in den Unionsstaaten, mit dem Zweck starker Einschränkung der demokratischen Wahlgesetze der letzten Jahre. — [3]) Aus Carlsruhe.

Berlin, sie würden anderswo gehen. Wahrscheinlich scheut man sich, uns die geforderte Auskunft über die Verträge zu geben, und zieht nun lieber zurück. Man vermag recht viel, wenn man sein Recht fordert. — Aber wo so elende Zustände sind, wie in Stuttgart, da kann einen nichts wundern; am wenigsten die Revolution.

Das Schwarzenbergsche Exposé ist hier, und werde ich Neubourg avertiren. Die Bremer suchen nun wieder blind zu fahren; der Fuchs Duckwitz sieht einen aber doch zu dumm an. In Oldenburg sind sie wegen des Friedens ganz aufs Maul geschlagen. Ueberhaupt ist gar nicht zu sagen, wie sehr sich Preußen durch diesen Schritt geschadet und aller Consideration beraubt hat. Habeant!

Leben Sie recht wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 231. Frankfurt, 18. Juli.

Ich habe in meinen letzten Briefen vergessen, Ihnen, liebster Freund, von einer vertraulichen Mittheilung Nachricht zu geben, die mir Graf Thun gemacht hat, und die ich doch lieber in Form eines Privatbriefes an Sie zu Ihrer und des Grafen Bennigsen Kenntniß bringe, als unter der Form eines Berichts oder einer Depesche an den König, — wie ich denn dieserhalb ein für allemal beim Grafen Bennigsen mich zu entschuldigen bitte, daß ich Manches Ihnen in Privatbriefen mittheile; so sehr ich dem Canzlisten Elster vertrauen darf, so ist mir's doch lieber, Manches auch ihn nicht wissen zu lassen. Dies beiläufig. — Graf Thun fragte vor einiger Zeit: was man Hannoverscher Seits gegen den Eintritt der Oesterreichischen Gesammt-Monarchie in den Deutschen Bund habe? ich erwiederte darauf im Allgemeinen, worauf er weiter fragte: ob Hannover sich dem Eintritte derselben widersetzen würde? Ich: darauf könnte ich in keiner Weise antworten; nur soviel glaubte ich erwiedern zu können, daß, wenn der Eintritt in nicht bundesverfassungsmäßiger Weise erfolgen sollte, Hannover sich gewiß widersetzen werde; werde das aber Oesterreichischer Seits nicht beabsichtigt, so sei die Sache Gegenstand von Verhandlungen, der Möglichkeit von Modifikationen u. s. w., die eben Alles so weit offen ließen, daß nichts darauf zu erwiedern sei. Darauf erklärte Thun: wenn Oesterreich den Eintritt wünsche, werde es dies Begehren ganz gewiß nur in bundesverfassungsmäßiger Form anbringen und überhaupt das Bundesrecht allein als maßgebend dabei betrachten. Ich erwiederte, daß dann der Wiener Hof bei der großen Berücksichtigung, die alle seine Wünsche in Hannover fänden, auch sicher sein könne, daß man Hannoverscher Seits in dieser Sache Alles thun würde, um zu einer erwünschten Verständigung zu kommen.

Darauf theilte mir Thun ganz vertraulich eine Russische Note mit, ni fallor vom 12. Juni, worin Nesselrode im Namen des Kaisers erklärt: daß dieser, nachdem er die Oesterreichischen Mittheilungen (die ich nicht gesehen habe) genau geprüft, erkläre, daß derselbe gegen den beabsichtigten Eintritt der Oesterreichischen Gesammt-Monarchie in den Deutschen Bund nicht allein nichts habe, sondern gern bereit sein werde, diese Sache in jeder Weise zu fördern.

Gestern war Prinz Emil von Darmstadt aus hier; er theilte mir eine Unterredung mit, die er mit dem Großherzog von Baden gehabt, um diesen zu einiger Energie anzutreiben; allein da sei Alles verloren; der Großherzog habe ihm fast naiv gedankt für die interessanten Gesichtspunkte: das sei theoretisch alles vortrefflich und gewiß sehr angenehm auszuführen, wenn man freie Hand hätte. Prinz Emil wollte zugleich aus einem Briefe von Meyendorff wissen, daß man in Berlin den Plan wenigstens gehabt habe, dem Fürsten-Collegio eine Änderung der ganzen Unions-Verfassung vorzuschlagen, als welche auf mehr Theilnehmer berechnet nun nicht mehr passe; dadurch werde dann entweder die Union in einer Weise beschränkt, daß sie nicht mehr ombrage gebe, oder aber den Theilnehmern Gelegenheit und Anlaß gegeben, sich loszusagen. Vermuthlich war das der Plan des Ministerii, den aber Radowitz bekämpft und dem gegenüber er das neue Provisorium durchgebracht hat. Daß Radowitz mit seinem Einflusse auf den König die Union, die sonst Preußen im Leibe liegt wie ein todtes Kind, allein noch hält, geben alle Ehrlichen zu, die auch früher für die Union schwärmten. — Für Darmstadt kommt ein Herr von Münch[1]) als Bevollmächtigter statt Dallwigks; von Münch höre ich nur das Beste und bin neugierig ihn kennen zu lernen, da er Präsident des O. A. Gerichts und Cassationshofes ist und zugleich (nach dem Tode von Stosch) interimistisch Hofmarschall, also sehr disparate Aemter zu versehen im Stande ist. Daß Dallwigk (der Neffe unserer Geh. Cabinets-Räthin Rehberg) uns verläßt, ist mir leid, da er ebenso fein und verständig als entschieden und energisch ist; als Minister des Innern konnte er freilich nicht gut bleiben.

Gestern hatte ich eine stundenlange sehr merkwürdige Unterredung mit Gen. Peucker über die Deutschen Dinge. Ich machte ihm einen Höflichkeitsbesuch, ließ ihm das auch gleich sagen, nun nahm er mich doch an; wir saßen 10 Minuten beisammen, sprachen von Wetter, Obst u. s. w. Als ich ging und schon an der Thür war, hielt er's nicht mehr aus und brach los über die Deutschen Sachen. Nun standen wir noch eine Stunde zusammen. Er wollte, wir sollten keine Principien reiten; dann sei die Ver-

[1]) Freiherr von Münch-Bellinghausen.

tändigung leicht möglich. Zuerst kam er auf das alte cheval de bataille ɪer Erbkaiserlichen, die Verfassung von Kremsier. Als wir uns hier eine Zeitlang mit den alten Gründen, die mich immer so schrecklich ennuyiren, ɪaß ich ganz zerstreut werde, wenn sie nur vorgebracht werden, herumgetritten hatten, schlug ich ihm vor: wir wollten einmal die Sache ganz konkret ɪnfassen und sehen, ob wir eine Linie finden könnten, wo wir zusammenräfen. Ich schlug nun vor — dabei natürlich jede Consequenz aus meinen Äußerungen im Voraus ablehnend, anknüpfend an die Dinge wie sie liegen, ɪm keinem Theil eigentliche Rückschritte anzumuthen: Das Plenum erklärt ich für inkompetent, vielleicht noch etwas bestimmter, als es der Comissions-Antrag thut, Oesterreich ruft nun mit Preußen gemeinschaftlich den Engern Rath ein als ein Provisorium auf 4 bis 6 Monate zur Findung des defiɪitivi, in diesem Engern Rath mit seinen 17 Stimmen werde während des Provisorii die Executive, die übrigens genau zu präcisiren und beschränken ɪäre, Oesterreich und Preußen übertragen, zwischen denen vollständige Paɪität stattfinde. — Peucker meinte: mit einem solchen aber nur 3 Monate ɪauernden Provisorio werde man in Berlin einverstanden sein; niemals aber önne man zugeben, daß diese 17 Stimmen der alte „Engere Rath" seien, ɪan könne ja sagen: das Provisorium solle nach dem alten Stimmen-Verhältnisse gebildet werden u. s. w, aber die alte Bundes-Versammlung — ɪimmermehr; die werde kein Preußischer Minister vor Preußischen Cammern urchbringen können. Hier standen wir nun sofort an der principiellen Gränze; denn eben die Gültigkeit des alten Bundesrechts sei die Cardinal-Frage. Er gab zu, daß Preußen den Bund und auch noch Reste der lten B. Verfassung anerkenne und erklärte es wieder für Principienreiterei, ɪenn man in der Sache aber nicht im Namen nachgebe. Hier war der Vorwurf nun leicht zurückzugeben, ich sagte ihm ausführlich, wie eben die Frage der Gültigkeit des Bundesrechts, und daß Oesterreich darauf beɪarre, für die Staaten 2. Ranges eine Lebensfrage sei, und daß diese daher ie jetzige Position niemals aufgeben könnten und würden. Als er fort nd fort behauptete, es sei thöricht, Preußen, das sich eben dieser Frage egenüber so bestimmt ausgesprochen, daß es nicht mehr zurückkönne, bloß m des Namens willen zurückzustoßen, ob der alte engere Rath oder ein eugebildeter sei gleichgiltig, schlug ich (um die Unterredung zu beendigen, ie mir peinlich war, da P. als durchaus ehrlicher Mensch bekannt und ich ɪ den 2 Jahren, daß ich ihn kenne, ihn nie unehrlich erfunden, und es inem Militär gegenüber doppelt schwer war, nicht von der mauvaise foi er Preußischen Regierung zu reden) im Scherz vor: daß man auch am Ende darauf eingehen könne; dann müsse Preußen sich aber durch einen beɪonderen Vertrag binden, niemals Gründe oder Einreden zu brauchen, die

nicht im alten Bundesrecht begründet, und niemals daraus Gründe oder Einwendungen herzunehmen, daß der neue engere Rath nicht der alte sei u. s. w. Damit schieden wir. Ich aber habe aus der ganzen Unterredung entnommen, daß wir vorangehen müssen, wie wir am Montag angefangen; das ist das einzige Mittel, um Preußen in unsere Bahnen hineinzuziehen. Aber NB. mit Formation des engern Rathes muß die Depossedirung der B. C. Comission Hand in Hand gehen.

Ich lege Ihnen hier eine Denkschrift bei, die bei Gelegenheit der Comissions-Berathung entstanden ist und den Cab. Rath Strauß zum Verfasser hat, übrigens nur Privatarbeit ist und als solche gelten will. Ich werde nächstens noch einige Exemplare senden. Dann lege ich noch Bemerkungen über die Oesterreichische Denkschrift bei, die vielleicht aus ein oder anderem Gesichtspunkte interessiren.

Der Ihrige

D.

Nr. 232. Frankfurt, 22. Juli.

Herzlichsten Dank, theuerster Freund, für Ihren Brief vom 18., der mir mit der inzwischen eingegangenen Instruktion und Vollmacht die Beruhigung giebt, daß ich mit meinen Ansichten auf dem richtigen Wege war. — Wie Sie aus meinem heutigen Berichte ersehen, wahrscheinlich aber schon durch Mittheilung an und von Kreß wissen, geht Oesterreich denn endlich auch voran [1]). — Diese Dinge lasse ich heute, da der Postschluß drängt und bemerke heute nur Folgendes. In den letzten Tagen besprach ich mit dem [Grafen] Thun zum Öfteren die Dänische Sache, wo er mit mir einverstanden war, daß man von hieraus, sobald man die Gewalt ergriffen, Comissarien in die Herzogthümer schicken müsse. Aber wen? Darüber wollte Thun von mir als dem länger hier Befindlichen Auskunft haben, die ich aber nicht geben konnte. Biegeleben, den man als des Materials vollständig Kundigen wenigstens hätte mitschicken können, wenngleich er ein wenig zu statthalterschaftlich war, ist in Wien. Nun würde Thun demnächst dazu gern einen oder mehrere Hannoveraner ernennen, die ihm als dazu tauglich bezeichnet würden, und ich habe ihm zugesagt, daß ich dieserhalb an Sie schreiben und vertraulich bei Ihnen anfragen wollte, ob Sie uns casu quo einen oder mehrere dazu passende Leute vorschlagen und,

[1]) Nach dem Scheitern der letzten Verständigungsversuche mit Preußen (vgl. v. Sybel, I. S. 401) erklärte Oesterreich in einer Cirkularnote an die deutschen Höfe vom 19. Juli (Deutsche Chronik 1850, II. S. 22) die Absicht, den engeren Rath der Bundesversammlung, ohne dessen Existenz auch die Aktionsfähigkeit des Plenums bundesrechtlich bestritten werden konnte und von Preußen bestritten worden war, sich konstituiren zu lassen.

wenn sie von hieraus ernannt würden, ihnen Urlaub ertheilen wollten? Bloß Hannoveraner zu Comissarien zu wählen, würde ich nicht für zweckmäßig halten, aber Einen Hannoveraner hätte ich gern darunter. Ihre Antwort ist natürlich auch nur eine ganz vertrauliche, daher Sie mir auch vorschreiben können, den demnächst dem Grafen Thun zu nennenden lediglich als von mir vorgeschlagen zu bezeichnen. Ich habe an Witte gedacht, den ich für sehr passend halte, und den man auch gewiß in Wien gern sehen würde. Vielleicht aber wissen Sie Jemanden, der sich bereits mit jener Schleswigschen Sache viel beschäftigt hat. — Mir wird für ganz bestimmt mitgetheilt, daß Nassau die Ratifikation des Friedens verweigert d. h. als für das Plenum gehörig erklärt habe; vielleicht will man sich damit aus der Union herausziehen, wozu man Muth und Gelegenheit sucht. Ich war vertraulich konsultirt worden, ob man Seitens des Kurfürsten Hassenpflug zum Bevollmächtigten für den Engern Rath ernennen solle, oder ob man, da der niederträchtige Proceß [1]) gegen ihn einmal existire, einen Andern schicken solle, da die Sache seinen Collegen vielleicht unangenehm. Ich habe, was ich gleich forderte, vertraulich darüber mit Thun gesprochen, der aber der Ansicht war, daß diese Intrigue in keiner Weise Hassenpflug schaden könne bei uns, daß aber wohl, wenn wir einen andern wünschten, dies in irgend einer Weise Hassenpflugs Stellung untergraben könne. In diesem Sinne hab ich denn auch geantwortet und so wird denn Hassenpflug Vollmacht erhalten.

Ihr getreuester

D.

Nr. 233. Frankfurt, 24. Juli.

Ich darf voraussetzen, th. Fr., daß die Oesterreichische Circular-Depesche vom 19. in Ihren Händen ist, daß Ihnen also bekannt ist, wie das Wiener Cabinet auf unsere Linie tritt. Daß es diese Absicht ernstlich und vollständig habe, dafür geben mir vertrauliche Weisungen des F. Schwarzenberg, von denen mir Graf Thun Mittheilung gemacht hat, den Beweis. Die eine enthält nur allerlei Ansichten über allerlei Fragen, darunter auch über die Idee Hassenpflugs, daß der Engere Rath demnächst der B. C. Comission zur Fortführung der Geschäfte Vollmacht ertheilen solle (H. hat seitdem die Idee selbst aufgegeben); F. Schwarzenberg erklärt dieselbe für unthunlich, auch deshalb, weil er jedem Verdachte, als wolle man Oesterreichischer Seits irgendwie den Dualismus, entgegentreten wolle. Das andere ist eine ganz vertrauliche Weisung an die Comissarien: sobald die B. Versammlung sich konstituirt, sollten die Comissarien die Geschäfte in

[1]) Vgl. v. Sybel I. S. 417.

deren Hände legen, sich also bei Zeiten darauf vorbereiten; über die Form, unter der die Übergabe erfolgen solle, werde eine Weisung aus Wien erfolgen. — Während man so an ein aufrichtiges Vorangehen von Seiten des Wiener Cabinets glauben muß, erfolgt dies in einer so ungeschickten Weise, daß man die ganzen Früchte desselben gefährdet sieht. Diese Circular-Depesche vom 19. ist, wenn nicht noch ein anderes Aktenstück sie ergänzt, ein ungeschicktes Machwerk, ungeschickt angelegt, ungeschickt ausgeführt. Ich habe keine Abschrift (die ich wohl durch Neubourgs Vermittlung erhalte), kenne sie daher nur aus zweimaligem Vorlesen. Danach enthält sie folgende Sätze: 1. Das Plenum soll sich zum Engern Rath bilden; 2. zur Beschickung dieses Engern Rathes fordert Oesterreich 3. die im Pleno vertretenen (also nicht alle) Bundes-Regierungen auf. Damit wird nun zwar die bisherige Stellung und Thätigkeit des Pleni gewahrt und gerettet und diese zur Basis der neuen Entwicklung genommen — dafür aber Preußen in seinen gegenwärtigen falschen Weg gewaltsam zurückgestoßen und festgehalten. Es wird damit zwar Zeit gewonnen, an der freilich in diesem Augenblick und gegenüber der Dänischen Sache fast Alles liegt; — dagegen wird Preußen jeder Ausweg aus seiner jetzigen Politik gewaltsam versperrt und dasselbe zu einem offenen pater peccavi gezwungen, und, da es dazu sich schwer entschließen dürfte, ein eigentlicher Bruch aber kaum noch denkbar ist, zu allerlei schlimmen Sprüngen, die namentlich bei der fortwährend offenen Dänischen Sache leicht schlimme Verwicklungen herbeiführen könnten. Hätte man einfach die B. V. einberufen, so gab man Preußen und dessen Verbündeten noch einmal und die letzte Möglichkeit, umzukehren und zu erklären: am Pleno konnten wir uns nicht betheiligen, denn das durfte nur vom Engern Rath einberufen werden, aber mit der B. V. ist es etwas anderes; à la bonne heure, dazu werden wir kommen. Das Plenum konnte sich schon immer einigermaßen salviren; denn wenn wir (wie ich jetzt vorgeschlagen) hinterher aus der vertraulichen Sitzung vom 15. insofern eine förmliche machen, daß wir ein Protokoll darüber aufnehmen lassen, wie an jenem Tage der Comissions-Bericht abgestattet und beschlossen worden, denselben an die Regierungen zur Instruktions-Einholung pp. zu schicken, so ist damit ein Abschluß unserer Thätigkeit erfolgt, mit dem man um so mehr einverstanden sein kann, weil ja die Convokation der Oesterreichischen Regierung die Sache eben da aufnahm, wo wir sie gelassen. — Dem Ausgangspunkt oder vielmehr der Basis, daß die B. Versammlung in Folge eines Beschlusses des Pleni zusammentrete, steht nun hauptsächlich auch noch die (von mir stets bekämpfte) Theorie entgegen, daß die Plenar-Versammlung nur eine beschränkte und ganz specielle Competenz (Schaffung einer neuen provisorischen Central-Gewalt und Revision der B. Verf.) habe.

Diese Theorie ist bisher in Wien festgehalten (um sich eine Brücke Preußen gegenüber offen zu halten und gegen das Drängen der Staaten 2. Ranges auf volle Wiederbelebung des Bundes-Rechtes); und jetzt hat man sich darin verwickelt und spricht darum auch noch in der Circular-Depesche vom 19. von der Schaffung eines neuen provisorischen Central-Organs. Ich habe den Herren, die hier stets an dieser Theorie von der ad hoc beschränkten Competenz festhielten, oft genug die nothwendigen und schlimmen Folgen vorgestellt, aber vergebens; es kostete schon unendliche Mühe, in dem Comissions-Berichte eine stärkere Accentuirung dieser Beschränkung zu vermeiden und namentlich die Conclusion noch so ziemlich allgemein zu halten, — jetzt sehen sie Alle den Fehler ein und — schieben ihn auf das Wiener Cabinet. Graf Thun versprach, all diese Bedenken zur Kenntniß des Wiener Cabinets bringen zu wollen, noch gestern dorthin zu schreiben, daß sich hier die Ansicht geltend gemacht: Die Einberufung der B. V. müsse 1) durch Einberufung von Seiten Oesterreichs erfolgen, 2) diese Einberufung müsse an alle Bundesgenossen gerichtet werden, und 3) diese Einberufung müsse eine steilrechte, nicht räsonnirende Sommation sein, der Bundespflicht zu genügen und 4) einen Termin enthalten, wo die Sitzungen der B. V. eröffnet werden sollten. Das wird nun zwar einen Zeitverlust (von 2—3 Wochen) veranlassen, der im gegenwärtigen Augenblicke auf's allertiefste zu beklagen sein würde; allein besser Zeitverlust als Rechtsverletzung. Daß das Plenum nicht zur Schaffung oder Wiederbelebung des alten Definitivi berechtigt, ist ja die eigene Theorie des Wiener Cabinets, und mit einer Fiktion, daß dies alte Definitivum nur ein neues Provisorium sein solle, ist die Rechtsverletzung nicht zu hindern — abgesehen von der Schadhaftigkeit und Unzweckmäßigkeit der Constituirung in Folge Plenarbeschlusses in politischer Hinsicht (Preußen gegenüber).

Doch entschuldigen Sie, daß ich Sie mit Klagen behellige, für die, wenn Sie anders gegründet sind, Sie von dortaus doch keine Hülfe schaffen können. — Noch theile ich Ihnen als zu diesen Dingen gehörig Folgendes mit. — Vorgestern kam der Russische Geschäftsträger Glinka zu mir, unter dem Vorwande, von mir das Protokoll vom 12. Juli 48 zu erhalten, auf dessen Wortlaut jetzt Alles ankomme. Ich widerlegte bald seine Preußischen Bedenken. Dann kam er auf den Dänischen Frieden, ob es wahr, daß Hannover die Sache ans Plenum weise u. dgl. Das beklagte er nun auf das entschiedenste; ich wies auf die Nothwendigkeit u. s. w. hin und hob zuletzt noch heraus, daß Rußland dagegen um so weniger etwas haben könne, als Dänemark ja damit zufrieden sei, wie Bülows Verhalten zeige. Wenn er das auch glauben wolle, erwiederte er, so könne er versichern, daß Rußland das in keiner Weise zugestehen könne u. s. w. Nun

ist Glinka ein bornirter Mensch, der aber eben deshalb und als Russischer Diplomat keine so bestimmte Ansicht ausspricht, wenn er nicht eine Anweisung dazu hinter sich hat. Ich habe über diese Unterredung mit Bülow und Thun gesprochen und letzteren gebeten, sich mit seinem großen Gönner Nesselrode, der jetzt in Kissingen ist, in Verbindung zu setzen, um den über die Nothwendigkeit, daß die Dänische Sache nicht von den einzelnen Regierungen, sondern in Frankfurt geregelt werde, zu überzeugen, auch womöglich von Wien aus derartige Mittheilungen nach Petersburg hin zu erwirken. Rußland, von Berlin aus aufgehetzt, könnte in der Weigerung der Einzelstaaten, die Ratifikation zu ertheilen, leicht mauvaise volonté und eine Concession gegen das Gothaner Geschrei erblicken und einen raschen Schritt thun, der neue Complikationen herbeiführte. Von Paris aus drängt man auch auf sofortige Ratifikation durch die Einzelstaaten; dorthin aber ist eine Darstellung des wahren Sachverhaltes hier abgegangen, welche aufklären wird, daß nur, wenn das Plenum oder die B. V. die Sache in die Hand nimmt, auf Pacifikation der Herzogthümer zu hoffen sei u. s. w.

Ihr

D.

Nr. 234. Hannover, 28. Juli.

Das werden Sie wohl nicht denken, lieber Freund, daß wir hier wieder Aufregung spielen. Doch ich höre, der König hat Ihnen selbst geschrieben, und das wird denn Beweis genug seyn. In der That, dieser Schleswig-Holsteinsche Lärm [1]) kommt sehr ungelegen, und so verkehrt es war, bis Schleswig vorzugehen; so verkehrt scheint mir nach den Zeitungsberichten Hr. von Willisen mit seinen 28000 Mann einen Raum von 3 Meilen occupirt zu haben, und mag noch von Glück sagen, daß er, nachdem der linke Flügel fast auf Schleswig zurückgedrückt war, so gut davon gekommen ist. Nach den heutigen Nachrichten sind die Dänen nicht hitzig, sondern verschanzen sich bei Schleswig. Eckernförde ist gestern Nachmittag 3 Uhr noch nicht besetzt gewesen.

Also wäre die Lage für die Intervention des Bundes noch immer so ziemlich günstig, der Schleswig-Holsteinsche Uebermuth etwas gebeugt. Freilich aber die Dänische Kriegsparthei in Vortheil, und an ein friedliches Ministerium Algreen-Ussing sobald nicht zu denken. Nun muß aber gehandelt werden, und das muß von Frankfurt aus geschehen. Es ist zu beklagen, daß die Östreicher den richtigen Gedanken falsch gewendet haben, wahrscheinlich aus Unkenntniß der Deutschen Sachen — wie uns denn der

[1]) Niederlage der Schleswig-Holsteinschen Armee bei Idstädt am 25. Juli.

Erlaß vom 19. sehr übel gefaßt scheint, — oder aus unzeitiger Scheu, vorzugreifen. Ich glaube aber, Sie dürfen sich durch diesen Fehler nicht abhalten lassen, den engeren Rath zu constituiren; Preußen mag dann noch besonders geladen werden. Die Nothwendigkeit der Lage der Dinge in Holstein gegenüber scheint dazu genügenden Grund zu geben, namentlich vom Standpunct des Preußischen Friedens aus.

Der König besteht auf Ratification. Ich habe nichts dagegen unter der gehörigen Reservation wegen der Erklärungen und Beschlüsse vom Sept. 1846, auf deren Boden Preußen ja auch steht. Daß baldigst Commissarien hingehen, ist zu wünschen. Diese müssen den Stützpunkt für die Holsteinische Friedensparthei bilden, die Democraten dort wegschaffen und den Kriegerischen imponiren. — Der König hat gesagt, er habe die Person dazu schon bezeichnet, wenigstens gegen Schwarzenberg. Ist Ihnen solche bekannt? Das gehört zu diesen unglücklichen geheimen Correspondenzen, durch die mancherlei Verwirrung schon entstanden ist. Nun meint aber der K., er müsse gleich Soldaten hinschicken. Das ist als eine Äußerung Schwarzenbergs hieher gekommen, und es könnte sehr wohl sein, daß diese Äußerungen von hier veranlaßt wären, wo man ja nach Vorwänden sucht, die Augmentation zu behalten. — Mir scheint das sehr unnöthig vorerst. Nur wenn die Commissarien ohne Truppen dort keinen Gehorsam fänden, was ich sehr bezweifle, würde ein solches äußerstes zu ergreifen seyn.

Meiner unmaßgeblichen Meinung aber eilt es eben deswegen mit den Commissarien, während wir sehr zu wünschen haben, daß wegen der Truppen calmirend eingewirkt werde. Die Armee hat Sympathie für die Holsteiner, das ist natürlich, und würde nichts bitterer empfinden, als sie unterdrücken zu sollen.

Die heutige Volksversammlung auf dem Schützenhof ist ruhig abgelaufen; sie wollen Petitionen machen. Die Hildesheimer Weinhagen und Gottsleben haben vor das Palais ziehen wollen. Das war aber vorher vermuthet, Vorkehrung getroffen, und so haben die hiesigen die Sache auf jenen unschädlichen Weg gelenkt. Ordentliche Leute haben sich bei der Sache eben nicht betheiligt. Es ist auch keine rechte Aufregung vorhanden. Lustig aber ist, daß der König und die Democraten gerade dasselbe wollen, nämlich die Armee hinschicken. Nur freilich zu ganz entgegengesetzten Zwecken.

Daß die Diplomaten sich hier die Beine ablaufen um die Ratification [1]), werden Sie wissen. Mr. Bligh hat mir vorhin noch davon vorgesprochen.

---

[1]) Preußen hatte sich wegen der Ratifikation seitens des Bundes an die einzelnen Regierungen gewendet. Oesterreich, als europäische Macht einverstanden, hatte geantwortet, als Bundesregierung nicht ratifiziren zu können, weil dies nur dem Bunde als solchem und seinem legitimen Organ zustehe. So auch andere Regierungen.

Auf Preußen fällt doch von dieser Schlappe der Holsteiner ein neuer Schatten. Sie haben offenbar die Sache auf diesen Weg getrieben. — Uebrigens legt man es hier Hrn. v. Wissel [1]) als großen Fehler aus, daß die 12pfünder Batterie im Centro auf der Heerstraße nach Rendsburg keine Munition gehabt. — Fehler sind offenbar passirt.

Leben Sie wohl. Ihr

JWS.

Nr. 235. Frankfurt, 30. Juli.

Meinem heutigen ausführlichen Berichte an Graf Bennigsen habe ich wenig hinzuzufügen, Sie werden daraus sehen, liebster Fr., daß die Entscheidung dicht vor der Thür ist; in den ersten 2 oder 3 Tagen des August's wird die Einsetzung des Engern Raths erfolgen. Daß das von hieraus geschieht, ohne daß vorher noch einmal eine Aufforderung des Präsidial-Hofes an alle Bundes-Genossen ergangen, ist mir nicht ganz recht, indeß wird das Wiener Cabinet seine Gründe dazu haben, die wohl hauptsächlich in Rücksicht auf Zeitgewinn bestehen; auch kann uns ja nur angenehm sein, wenn vorangegangen wird; am Ende ist dann Oesterreich stark genug, um Einreden, die aus bloßen Formfragen hergenommen werden, durch seinen Einfluß und seinen Willen zu beseitigen. — Gern hätte ich Ihre Ansicht und Ihren Rath über die Form, in der wir demnächst die Constituirung der Nation anzeigen; unter meinen Collegen ist die Ansicht herrschend, man solle eine Ansprache an die Nation erlassen. Das ist eine Idee, die ich gar nicht goutire, die mir ganz und gar zuwider ist. Dergleichen Programme finden auch wenig Anklang und bieten viel Stoff zu Anfeindungen und Persiflagen, zumal wir ja die Gothaisch-Preußische und Demokratische Presse gegen uns haben werden. Meine Idee (mit der ich aber noch nicht hervorgetreten bin) ist die, daß wir einfach das Protokoll unserer Constituirung sofort und förmlich als amtlich veröffentlichen, und nun Alles, was wir zu sagen haben, in den Akt selbst legen, der dann mit seiner ganzen Wucht wirken mag; wenn von Seiten aller Regierungen bei diesem bedeutenden Staatsakt einfache, aber gewichtige Erklärungen in Erfüllung der vernünftigen März-Verheißungen gegeben werden, so wird das, denke ich, schwerer wiegen und tiefer in seiner anspruchslosen Form wirken, als eine direkte Ansprache. Ich dachte mir, um das Nächste als Beispiel zu brauchen, etwa in folgender Weise zu erklären: Die Regierung gehe um so

[1]) Hannoverscher Oberstlieutenant, welcher gleich einer Anzahl anderer hannoverscher Offiziere in die Schleswig-Holsteinische Armee übergetreten war, um dort ein Commando zu übernehmen.

bereitwilliger auf die Einsetzung des engern Raths pp. ein, als sie sich bereits früher bei jeder Gelegenheit dahin ausgesprochen, daß allein unter Rückkehr zum Bundes-Recht eine glückliche Regelung der D. Zustände zu hoffen sei; die Regierung acceptire die von Seiten der Kaiserl. Oesterr. Regierung gegebenen feierlichen Zusagen, daß die Wiedereinsetzung des engern Raths keine nackte Rückkehr zum Alten bezwecke; sie werde ihrer Seits mit Freuden zu der nothwendigen Umgestaltung der Bundes-Verfassung mitwirken; wenngleich noch mit keiner besondern Instruktion dieserhalb versehen, glaubte ich die Einsetzung eines Bundesgerichtes und die Einrichtung einer Volksvertretung am Bunde als Zielpunkte bezeichnen zu dürfen, von deren Erstrebung die königl. Regierung nicht ablassen würde. — Die nicht specielle Instruktion gedachte ich zu erwähnen wegen der dummen deßfallsigen Angriffe in der Allgem. Zeitung, die, wie ich mit Bestimmtheit höre, aus der Canzlei der Bairischen Gesandtschaft ausgehen. Jedenfalls möchte ich Sie, liebster Fr., bitten, mir (trotzdem daß die Constituirung schon so nahe ist, daß sie wohl noch eher erfolgt als Antwort von Ihnen da sein kann) wo möglich umgehend Ihre Ansicht über meine deßfallsige Erklärung mittheilen zu wollen; expreß an Graf Bennigsen wollte ich deshalb nicht schreiben. Ist die Constituirung bereits erfolgt, so wird sich doch noch vor Veröffentlichung des Protokolls das Eine oder Andere nachtragen lassen. In der nach Ankunft des erwarteten Couriers Statt findenden vertraulichen Besprechung hoffe ich meine Idee wegen der Art und Weise, wie wir der Nation unsere Einsetzung kund machen, durchzusetzen. — Sind wir einmal eingesetzt, wird dann die Schleswigsche Sache das Nächste sein; darüber erbitte ich mir dann noch ganz speciell Ihre Ansichten und Rathschläge. Die Depossedirung der Comission ist auch ein brennender Punkt; daß die Preußen sich widersetzen (wie jetzt gedroht wird), ist nicht zu besorgen, man wird protestiren und dann abziehen. Welcher Schmutz sich aber bei dieser Comission angesammelt, davon hört man alle Tage mehr. Über die Rothschildschen Procente an den Festungsgeldern schrieb Bennigsen früher schon; jetzt höre ich, daß Rothschild für die Übermachung der monatlich für die Flotte nothwendigen 35000 fl. jedes Mal 1000 fl., also beinahe 3 % erhält. — Daß Holland den Dänischen Frieden unter Wahrung der durch die Bundesgesetze vorgeschriebenen Form zwar ratificirt hat, aber unter der Bedingung, daß die Ratification nur dann gelten solle, wenn alle Bundesglieder ratificirten, werden Sie wissen.

Doch der Postschluß drängt, also genug für heute.

Ihr

D.

Die Preußischen Rüstungen und Drohungen sind doch gar zu komisch. Es beruft seine Bevollmächtigten ab und bildet 4 Armee-Corps, und dabei steigen die Fonds, Handel und Verkehr belebt sich auf's Neue, die Menschen reisen und amüsiren sich wie toll, und Jeder lacht über den Gedanken an Krieg. Hier renommiren sie unter der Hand (um zu schrecken, wie sie meinen), sie wollten sich der Festung Mainz bemächtigen, die Bundes-Versammlung von hier verjagen, und was derlei Unsinn mehr ist. Ich denke, sie werden einfach zu Kreuz kriechen. Nun die Bevollmächtigten abberufen, werden die kleinen Thüringer Köther Ordre bekommen, auf defitive Constituirung der Union zu dringen, Preußen ist dazu bereit, aber das auf Hannover, Sachsen pp. berechnete Stimmen-Verhältniß muß geändert werden; dafür Vorschläge; die nehmen dann Weimar, Schwerin, Baden, Oldenburg pp. übel und scheiden aus, — und dann giebt man das Ding auf. So wenigstens denke ich es mir. — Noch Eins will ich bemerken. Sollte die Constituirung des engern Rathes in der Weise, wie ich erwähnt, erfolgen, so melde ich's sofort durch den Telegraphen und zwar über Berlin, eine einfache Formel, etwa: Das Aktenstück, oder die Obligation ist aufgefunden. Von hieraus wird die [Depesche] an den Legations-Canzlisten Hoppe in Berlin gehen, der durch Elster heute avertirt wird, daß er eine von hieraus an ihn eingehende telegraphische Depesche sofort an Registrator Cleeves nach Hannover telegraphisch zu berichten habe. Daß Cleeves die Mittheilung sofort an Graf Bennigsen gelangen läßt, haben Sie wohl die Güte anzuordnen.

Nr. 236. Hannover, 1. August.

Ein langweiliges Diner nach altem Stil hat mir die Laune verdorben, lieber Freund, und so müssen Sie mit kurzen Bemerkungen von mir vorlieb nehmen. — Gegen die von Ihnen beabsichtigte Form der Eröffnung kann ich nur die Einwendung denken, daß es die 1816 gebrauchte ist, und daß damals die schönen Worte nichts gebracht haben. Freilich warens auch Worte und keine bestimmte Gestaltungen, sondern Nebelbilder. Zu Ihren beiden Stücken, Bundesgericht und Vertretung, wüßte ich nur etwa zuzufügen: volle Ausübung des Vertretungsrechts des Bundes nach Außen (W. S. A. 50) und Geltendmachung des Art. 19 der B. A. Damit ist eigentlich der Kreis ganz ausgemessen. Die Angriffe der Allg. Z., die Sie erwähnen, sind mir nicht bekannt, und so kann ich Ihre Intention rücksichtlich derselben nicht genau beurtheilen. Ich bitte Sie, einmal den verheimlichten Bericht der B. V. wegen der Reihenfolge, 11. Sitzung 1816, durchzulesen; er enthält gute Gesichtspuncte.

Die Schleswig-Holsteinsche Sache hat uns hier fürs erste eigenthümliche Wirkungen gebracht, Aufregung im Palais — ohne genügenden Grund,

— Furcht vor Democraten, engeres Anschließen an die Minister. Bennigsen hat in dieser Woche wenigstens 3 mal, wir übrigen 2 mal diniren müssen. — Davon abgesehen aber drückt mich die Sache. Meine politische Ansicht zeigt der Montagsartikel [1]), der vom König sehr goutirt ist. Allein die Gefühle der Menschen streiten damit. Wie viele Hannoveraner sind bei der Armee, theils geblieben. Die vernünftigsten Leute sind nicht politisch genug, zu sehen, daß der Krieg gar keinen Zweck haben kann, und daß ein Freischaarenzug keine Sache für Staaten ist. Nun sollen wir die Sache in die Hand nehmen. Das ist gut. Aber wie? Commissarien schicken ist richtig; die müssen ein Abkommen vermitteln, dem durch Bundesgarantie und Entscheidung Vertrauen zu schaffen ist; denn feindseliges Mißtrauen ist dort das Hauptübel. Aber wenn sie das nicht können? Wenn Statthalterschaft und Armee sich zur Wehre stellen. Sollen dann Deutsche Truppen den Policeikrieg gegen diese führen? Soll man gar den Dänen das überlassen und ruhig dazu sehen? Das ist kaum möglich. — Und sollen nun die Commissarien — wie der König will — gleich von einer Truppenmacht begleitet seyn? Das hat auch sein pro und contra. Kommt man uns hier nicht von Seiten beider streitenden Theile mit Vernunft entgegen, so ists ein recht übles Stück.

Der König, der anfangs gleich mobil machen wollte, ist nun entschieden, daß der ganze Bund Truppen stellen solle und ruft die Soldaten, zumal der Ernte wegen, nicht ein. Frau von Grote seufzte, sie habe von den Offizieren gehört, die Soldaten würden sich nicht für die Dänen gegen die Holsteiner schlagen. Ich glaube das nicht, habe ihr aber nicht widersprochen, und auf ihre Klage über verderbte Welt gefragt: Ob sie meine, daß man 1815 die Legion hätte brauchen können, sich für die Franzosen gegen die Preußen oder Spanier zu schlagen. In solcher Weise werden die Fragen hier concret. Unruhe wirds nicht geben, das ist ganz gewiß, aber man hat immer schlimmes Spiel, wenn man gute Gefühle von Deutscher Bruderschaft und zweijähriger Kriegscameradschaft kränken muß. Das sind Capitalien, die leichter ausgegeben als gesammelt werden. Also V o r s i c h t, V o r s i c h t!

Welche unsägliche Albernheit Schleinitz über die Form der Ratification an Steinberg [2]) debitirt, werden Sie in dessen Berichten lesen. — Die

---

[1]) In Nr. 178 der Hann. Zeitung vom 29. Juli: Schleswig-Holstein und der Deutsche Bund. Es ist darin ausgeführt, wie man statt des hoffnungslosen Krieges jetzt auf den Bundesbeschluß vom 17. September 1846 zurückkommen müsse.

[2]) Freiherr von Steinberg, Legationssekretair bei der Gesandtschaft in Berlin. Hannover hatte wegen der Ratifikation unter dem 16. Juli ebenfalls ablehnend geantwortet, da dieselbe nach Erlöschen des Interim lediglich der Bundes-Versammlung zustehe.

Wirthschaft der Centralcommission sollte man öffentlich prostituiren. Gott bewahre einen doch vor dem Östreicher Dreck. Im übrigen wünsche ich sehr, daß die Obligation sich finde.

Leben Sie recht wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 237. Frankfurt, 3. August.

Sie werden, liebster Fr., mit Ungeduld auf Nachrichten von hier warten und meine Ungeduld, daß ich Ihnen keine geben kann, ist vielleicht noch größer. Zu aller Verzögerung kommt nun noch, daß der König von Bayern in Darmstadt ist und den Grafen Thun auf heute dorthin entboten hat, so daß die auf heute anberaumte Sitzung nicht Statt findet und wir nun erst Montag einen armseligen Schritt weiter kommen werden. Inzwischen kann ich Ihnen heute eine anderweite Mittheilung machen. Gestern war Hübner[1]) hier, um auf seinen Posten in Paris zurückzukehren. Hübner ist intimster Freund des mir sehr befreundeten Marquis Tallenay. Diesem hat H. nun vertraut, daß 1) das Wiener Cabinet es als die allein gesunde Politik erkannt hat, mit offener Hingebung die Mittelstaaten zu stützen, 2) daß es auf dem jetzt beschrittenen Wege entschieden vorangehen und sich durch Nichts abwendig machen lassen werde, und fest entschlossen sei, zur Durchführung der jetzigen Gedanken Alles daran zu setzen, und 3) daß er, Hübner, die allergemessensten Instruktionen habe, in Paris die sofortige Anerkennung der Bundes-Versammlung zu erwirken. Die Russische Anerkennung werde nicht auf sich warten lassen, — was denn der Ratifikationsfrage gegenüber doch von Interesse ist, zu wissen; Gortschakoff werde wahrscheinlich sofort nach Constituirung des engeren Rathes hieherkommen. In Paris hat man in der Deutschen Frage den besten Willen, d. h. namentlich das Ministerium des Auswärtigen, wo freilich Lahitte[2]) weniges von den Dingen begreift, aber doch in den Büreaus noch vernünftige Traditionen existiren und überdies die sämmtlichen diplomatischen Agenten, Persigny ausgenommen, entschieden gegen die Union sind, worin sie (mit viel praktischerem Sinne als wir Deutschen) die Revolution erkennen. Den Präsidenten hat man (namentlich durch die Großherzogin Stephanie) für die Union gewinnen wollen; allein in diesen Dingen wird die ministerielle Ansicht entscheiden. Nun aber wird bei der Frage von der Anerkennung der B. V. England ohne Zweifel zögern und erklären: das sei nicht die B. V. u. dgl. m. und die Anerkennung weder geben noch weigern. Dann wird

---

1) Oesterreichischer Gesandter in Paris.

2) De la Hitte, Minister des Auswärtigen seit November 1849.

Frankreich vermuthlich gleichfalls zögern und abwarten wollen, was England thut. Da kommt dann der gefährlichste Moment, und zwar der, auf den nach meiner Überzeugung die Radowitzische Politik lange schon hinsteuert — nämlich der, wo Gefahr ist, daß das Ausland sich in die Frage mische. Vermuthlich wird der Englische Gesandte dann in Paris den Vorschlag machen, Conferenzen über die Frage der Anerkennung zu eröffnen. Ich meine, Ihnen schon vor längerer Zeit geschrieben zu haben, daß Radowitz nach meiner Überzeugung auf einen Europäischen Congreß lossteuere und die Englische Hülfe, die er dabei erwartet; ich hatte mancherlei Anzeichen dafür, und in der ersten Rede des Königs von Pr. auf dem Berliner Fürsten-Congresse ist ja auch ziemlich offen darauf hingedeutet. Diese Eventualitäten sind nun hier vielfach erwogen worden, um wenigstens darüber klar zu werden, wo die Gefahr liegt und in welchem Stadio sie eintreten werde. Für jene Gefahr liegt vielleicht die Dänische Sache nicht ungünstig, wenn Dänemark (u. Rußland) mit der Ratifikation durch die B. V. einverstanden sind, wo dann England in Verlegenheit kommt, da doch die Dänische Sache die erste ist, worin die B. V. zu wirken hat. In ganz kurzer Zeit kommt der Präsident L. Napoleon nach Straßburg, wohin dann Tallenay gehen wird, um ihm die Deutsche Sache so eingekocht und quintessenzirt wie möglich vorzusetzen.

Hinsichtlich der demnächstigen Occupationsfrage und des Hannoverschen Militärs war ich durch den Brief Sr. Majestät und die diese Sache betreffende Weisung an Platen Anfangs in großer Verlegenheit, die letzten Weisungen und Instruktionen halfen mir glücklich heraus. Mein Vorschlag, das Badische Militär mit zu verwenden, findet hier vielen Anklang — jedenfalls wird eine deßfallsige Aufforderung die Sache viel klarer und einfacher stellen, das Thüringische Armee-Corps dann als Reserve, — so überall die Union bei den Hörnern gefaßt. Daß der König den Landdrosten Bülow in Stade zum Comissar für die Herzogthümer vorgeschlagen hat, werden Sie wissen.

In den Zeitungen sehe ich, daß Sie nach Osnabrück zu gehen gedenken; lassen Sie mich doch gefälligst wissen, ob auf längere Zeit.

Ihr getreuester
D.

Nr. 238. Hannover, 5. August.

Ihr Brief vom 3., lieber Freund, bestätigt den Mangel an Einsicht und die Dringlichkeit der Lage, den ihr Bericht voraussetzen ließ. Das ist ja die große Schwäche jeder Föderativ-Verfassung, daß sie so langsam und schwankend fortschreitet. Zur Handhabung dieser Zustände gehört eine sehr

scheint die Sache ganz entschieden in die Hand nehmen zu wollen; in dieser Beziehung ist Biegelebens [1]) Acquisition eine sehr glückliche, leider ist nur Brinz [2]) in Kopenhagen ein ganz und gar unbedeutender Mensch. — Zur Vervollständigung meiner vorgestrigen Notizen über Hübners Mission theile ich Ihnen mit, daß ich gestern Gelegenheit hatte, von einem vertrauten Briefe Tallenays an Lahitte Kenntniß zu erhalten; darin meldet Tallenay, daß und was geschehen würde, daß Oesterreich jetzt die Anerkennung der B. V. Seitens Frankreichs pp. nachsuchen würde u. s. w. Die Nothwendigkeit, diese Anerkennung sofort zu geben, ist ganz vortrefflich auseinandergesetzt und namentlich darauf hingewiesen, daß Frankreich sich nicht in diesen Dingen von England ins Schlepptau nehmen lassen solle u. s. w. — Erfolgt die Ratifikation des Dänischen Friedens von hier aus, so wird die Anerkennung auch selbst von Seiten Englands kaum ausbleiben können. Mir erscheint nur noch immer das Wort Frieden und Ratifikation bedenklich wegen der Consequenz, da man doch eigentlich nie zugeben darf, daß unter Bundesgenossen Krieg sein darf, und mir daher das Zurückziehen der Execution lieber wäre. Dänemark wird aber die Ratifikation vorziehen, und nach außen hin würde, wie gesagt, uns diese Form besser stellen. Das Alles ist nun zu erwägen, und da giebts noch böse Nüsse zu knacken.

Nach den Zeitungen hätte Peucker Befehl, eine Depossedirung der B. Commission nicht zuzugeben, — non credo. Nur wegen Mainz zieht man Preußischer Seits Truppen zusammen, ohne daß Oesterreich etwas dagegen beabsichtigt. Wohl aber scheint man in Berlin Absichten auf die Flotte zu haben und ganz gewiß zu diesem Zweck ist gestern Abend Oberstlt. von Wangenheim, der Preußische Referent im Marine-Departement, in tiefster Heimlichkeit nach Berlin abgereist. — Die Unions-Bevollmächtigten sind alle fort, mit Ausnahme des alten Smidt, der noch hier ist und nach Wiesbaden will. Die Köln. Zeitung beschuldigt ihn, er schiele nach Hannover, und ich erhielte keinen Fisch von Hannover geschickt, den Smidt nicht verzehren hülfe, — was indessen sehr ungerecht gegen uns alle beide ist, da er nach einer im Anfange seines Hierseins Statt gehabten recht scharfen Expektoration es vermeidet, mit mir von Unions-Dingen zu reden. Wegen des Fisch-Artikels denke ich ihm aber doch einen halben Häring zu schicken als seinen Theil. — Was sagen Sie denn zu Gagerns Schritt, nach Schleswig zu gehen? Kann man sich etwas kindischeres denken! Die Sache hat doch ihren Nutzen gehabt, wenigstens daß sie zu der Unterredung mit

[1]) Jetzt Sektionsrath im oesterreichischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

[2]) Frhr. von Brinz, oesterreichischer Gesandter beim dänischen Hofe.

Radowitz Anlaß gegeben hat, wovon die Zeitungen, namentlich die Cass. Z. die durch Hayms Verbindung mit Gagern darüber sicher gut unterrichtet ist) erzählen, und die wegen der gränzenlosen Impertinenz von Radowitz sehr characteristisch und den Gothaern sehr gesund ist.[1]) Diese Unterredung hat hier viel mehr Aufsehen gemacht als die Abberufung der Unionsbevollmächtigten. Meinen Brief vom Sonnabend, den ich an Elsters Schwiegervater addressirte, werden Sie erhalten haben. Man hat jetzt allen Grund, wegen Brieferbrechung auf der Hut zu sein.

Ihr

D.

Heute Morgen war Cammerrath von Münchhausen hier, der mir über die dortigen Dinge sehr dankenswerthe Aufklärungen gab: leider war sein Besuch zu kurz. Dergleichen Mittheilungen aus unmittelbarer Anschauung sind doch tausendmal besser als alles Zeitungslesen!

Nr. 240. Hannover, 10. August.

Mein Brief vom 5. wird Ihnen verspätet zugekommen seyn; da Marcards Bedienter, der ihn bringen sollte, Aufenthalt gehabt hat. Heute zeige ich den Ihrigen vom 5. an, der gleichzeitig mit Hrn. v. Münchhausen kam. Daß Sie den letzteren gesprochen und er Ihnen über die hiesigen Zustände referirt hat, ist mir sehr lieb. Vielleicht faßt er sie aber doch zu gut. Seit dem Februar wird es uns nicht verziehen, daß wir damals Recht gehabt und in jeder Beziehung behalten haben Deßhalb sind wir keine Staatsmänner. Dazu kommt nun die unglückliche Militärgeschichte. Daß 200—300 Husaren mehr das Land nicht retten werden, ist wohl klar, ebenso wie das Land nicht zu halten ist ohne Einigkeit zwischen Regierung und Ständen. Ebenso wird jeder ruhig urtheilende wohl die Ansicht theilen, daß eine Armee, über der immer das Schwert des Damocles schwebt, nicht in guter Verfassung ist.

Doch das bei Seite. Der Schritt in Frankfurt ist nun geschehen[2]), und ich freue mich sehr, daß es so weit ist. Inzwischen finden die Darm-

[1]) Nach den Zeitungsberichten hatte Radowitz sich über die Gagernsche Parthei sehr bitter ausgesprochen, ihr Mangel an Gehorsam vorgeworfen und verlangt, daß sie das unbedingteste Vertrauen zur deutschen Gesinnung des Königs und seiner Rathgeber habe und sich jeder selbständigen Meinung und Bethätigung enthalte.

[2]) In der Plenarversammlung vom 7. August war auf Oesterreichs Antrag die Einsetzung des engeren Raths beschlossen, und dem Präsidialhofe die Einberufung desselben anheimgegeben. Vgl. das Protokoll in der Hannov. Zeitung Nr. 198 u. 199. Die Einladung an alle Bundesmitglieder zum 1. September erging unter dem 4. August.

städter Besorgnisse wegen eines Conflicts in Mainz [1]) vielfach Wiederhall, in Berlin sowohl als in Wien. Daß es zum Schlagen kommt, glaube ich nun nicht; wohl aber ist die gespannteste Aufmerksamkeit und Vorsicht nöthig, und ich möchte Sie namentlich besonders bitten, Ihre Verbindung und Ihren großen Scharfblick recht auf diese Dinge zu richten. F. Schwarzenberg scheint jetzt die Dänische Sache ganz fallen lassen zu wollen, spricht davon, daß er den Frieden ratifiziren wolle u. dgl. m. Das deutet auf das Londoner Protokoll und damit die Successionsfrage. — Wenn nun wahrscheinlich ist, daß man aus dem Zank einen Ausweg suchen wird, wenn dieser Ausweg darin bestände, daß man Preußen für Baden Oldenburg überließe (der Hesse [2]) hat ja in Wien davon gesprochen, Oldenburg für Göttingen an Hannover zu vertauschen), hätten wir dann nicht die Zeche bezahlt? — Die Scheidung am Dümmer ist sehr schmal, und die Weser giebt ohnehin per Dampfboot die offene Communication. Was man aber mit Oldenburg alles machen könne, um Hannover zu drücken, das wissen Sie ohne mein Reden. — Nun ist aber das wohl nur die günstigste Wendung der Sache. Die ungünstige wäre ein Ausbruch wirklicher Feindseligkeiten. Das würde freilich alles in Verwirrung bringen, allein auch in dem Falle ist doch noch viel zu retten und zu schirmen, wenn man einigermaßen das Gewitter aufziehen sieht. Das ist der zweite Punkt, der alle Aufmerksamkeit fordert. — Hoffentlich und wahrscheinlich

---

[1]) Die oesterreichische Regierung, welche den preußisch-badischen Vertrag wegen der Truppenverlegung für bundeswidrig erachtete, wollte den Durchzug der badischen Truppen durch Mainz nicht dulden und hatte dem dortigen Vize-Gouverneur entsprechende Anweisung ertheilt. Die preußische Regierung protestirte dagegen und drohte, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Ein weiterer Streitpunkt betraf das Bundeseigenthum. Die betreffenden preußischen Noten vom 4. u. 5. August s. Deutsche Chronik 1850, II. S 43 ff.

[2]) Prinz Friedrich von Hessen, der nachmalige Landgraf, würde als Schwestersohn Christians VII. nach der im Königreich Dänemark gültigen cognatischen Erbfolge hier der nächste Successionsberechtigte gewesen sein. Sollte gemäß dem in den Herzogthümern geltenden Rechte ein Agnat in die Succession des Dänischen Gesammtstaats eintreten, so bedurfte es seines Verzichts. Auf letzteren und die hierfür eventuell zu gewährende Entschädigung durch Vergrößerung Kurhessens, in welchem er ebenfalls Thronerbe war, auf Kosten der Nachbarn dürften sich die hier erwähnten Verhandlungen bezogen haben. Oldenburg konnte dabei als Compensationsobject unter der Voraussetzung in Betracht kommen, daß die damals vom Kaiser Nicolaus betriebene Thronkandidatur des Erbgroßherzogs von Oldenburg in Dänemark zum Ziele führte. Vgl. über letztere Günther Jansen, Großherzog Nicolaus Friedrich Peter von Oldenburg, Oldenburg und Leipzig 1903, S. 14 ff. und Beilage III. Mit der Aufgabe dieser Kandidatur zerfielen jene Pläne, welche über ganz vorläufige Pourparlers nicht hinaus gekommen zu seyn scheinen. Der Prinz verzichtete demnächst zu Gunsten des im Londoner Protokolle bestimmten Thronfolgers.

ist beides blinder Allarm, wie so manches; die Gefahr liegt nur darin, weil eben diese Eventualitäten rein unvernünftig sind; und das Unvernünftige ist heut zu Tage das Wahrscheinliche.

Hier beruhigen die Dinge sich sehr. Nachdem die Junker-Zeitung mehrere Tage aus Leibeskräften auf das Ministerium und namentlich mich Unglücklichen geschimpft hat, zur großen Freude der Weserzeitung, erklärt heute das Blatt auf einmal: Nicht auf das Ministerium, sondern auf das Publicum hätte es eigentlich schelten sollen pp. — Nämlich die Bürger haben Hrn. Jänecke gesagt, wenn das Blatt das Schimpfen auf die Regierung nicht ließe, so wollten sie es nicht mehr halten.

Die Gagernschen Zeitungen scheinen nun auf Radowitz einen Zahn zu haben, halten es ihm vor, daß er unverantwortlicher Minister sei und auguriren Ministerwechsel in Berlin. Die Unfähigkeit der Preußen, die constitutionelle Verantwortlichkeit zu begreifen, rächt sich hier schwer. Was hilft ein Ministerwechsel gegen solche offene übermächtige Winkelrathgeberei?

Wir haben jetzt Haynau [1]) zu betrachten, der aber etwas prahlerisch aufzutreten und damit keinen ganz besonderen Eindruck zu machen scheint. Wie denn das Prahlen ja nicht Sache unserer Soldaten ist. — Begreifen Sie aber, daß Schwarzenberg immer davon redet, die Herstellung des engeren Rathes finde in Cassel Schwierigkeiten? In der That, diese Wiener Expectorationen gehen nach allen Seiten so ins Wilde, daß Vorsicht doppelt Noth thut.

Und nun leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 241. Frankfurt, 13. August.

Ich habe Ihnen, th. Fr., den Empfang Ihrer Briefe vom 5. und 11. [rect. 10.] anzuzeigen. Gestern erhielt ich denn auch durch Marcards Bedienten die Wangenheimsche Sammlung von Aktenstücken und die Offenbarungen über meine gestohlene Depesche. Was jene Sammlung betrifft, so will ich dieselbe lesen, beklage aber jetzt schon, daß dieselbe nicht gedruckt und publici juris geworden ist. Da alle Parteien diese Schleswigsche Sache für ihre Zwecke auszubeuten suchen, kann man gar nicht genug Licht darüber verbreiten. Wenn ich Wangenheim auf seinen Brief antworte, werde ich's ihm recht an Herz legen, über die Rücksichten hinauszugehen und drucken zu lassen. — Was die gestohlene Depesche betrifft, so meine ich, daß Knesebeck sich eine viel größere culpa habe zu Schulden kommen

---

1) Feldzeugmeister Freiherr von Haynau, Oberbefehlshaber in Ungarn.

lassen, als er jetzt eingesteht (und was er eingesteht, ist schon viel). Daher — aus dieser seiner culpa — mochte er denn auch Indicien haben, durch die er den spitzbübischen Schreiber zum Geständniß brachte. Herr v. Elsholtz wird jetzt die Anstiftung ableugnen, vielleicht sogar den ganzen unehrlichen Gebrauch. Wenn v. d. Pfordten übrigens die Abberufung des Elsholtz fordert und erlangt, so ist der bestraft genug, da man nirgends mit ihm hin weiß und er — seiner Frau sonstiger Bekanntschaft wegen — wahrscheinlich trotzdem in München bleiben wird, aber ohne diplomatischen Charakter, was für einen Menschen wie Elsholtz sehr schrecklich ist.

Was nun den Inhalt Ihres Briefes vom 11. betrifft, so zweifle ich zwar schon lange nicht, daß Preußens ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, an's Meer zu gelangen, und daß Oldenburg nur das pis aller für Hannover ist. Allein der Plan, den Sie andeuten (und wie ich ihn verstehe: Prinz Friedrich bekommt für Dänemark, das an den Großherzog von Oldenburg kommt, dessen Land und giebt dieses an Preußen, das ihm dafür Baden giebt), kommt mir doch zu abenteuerlich, ich möchte fast sagen, wie der Einfall einer Dame vor; denn was müßte da Alles erst beseitigt werden: 1) die Dänische Successionsordnung und das Recht der Augustenburger, 2) die Möglichkeit, daß der Kurfürst von Hessen sich noch einmal ebenbürtig vermähle, 3) die ganze Badische Dynastie, 4) die Erbberechtigungen, die nach deren Aufhören ja wohl Bayern auf Baden hat u. s. w. u. s. w. Kurz — ich glaube in keiner Weise, daß eine solche Combination je ernsthaft gemeint war; schon auch, weil man doch jetzt nicht einen so durchgreifenden und offenen Schacher mit Ländern und Unterthanen vornehmen wird. Daß ich aber die Sache im Auge behalten werde, dürfen Sie versichert sein, und will ich auch zu diesem Behufe meine alte Verbindung mit Herrn von Andlau in Freiburg wieder aufnehmen, dem Führer der antipreußischen Partei in Baden. Ich kann mir auch nicht denken, daß Frankreich eine durchgreifende Änderung der Dynastie in Baden zugeben wird. — Was die Dinge im Ganzen und Großen, den Streit selbst, betrifft, für den jener Ländertausch eine Lösung sein sollte, so stehen die Dinge freilich scharf genug einander gegenüber. Preußen aber kann keinen Krieg führen gegen Oesterreich, das ihm durch Sachsen gleich ins Herz käme, gegen Bayern, Würtemberg pp. und ohne alle Verbündeten, nach außenhin nur die zweideutige Freundschaft Englands, das sich aber wohl vor einer förmlichen Allianz hüten wird; obendrein würde dort ein Wechsel des Ministeriums einen Wechsel der ganzen Politik mit sich führen; und daß Palmerston die Todeswunde empfangen hat und sich nur noch die Session durchschleppen wird, scheint doch außer Zweifel. — Was Frankreich betrifft, so liegt ja dort zu Tage, wie wenig man zu Preußen neigt, das Frankreich nichts

zu bieten hat als die Rheingrenze, die dieses aber wohl nicht geben kann und darf, während Oesterreich fortwährend Concessionen machen kann und macht, in Italien, die ihm nichts oder wenig kosten, wie ja die ganze Revolution in Italien nur durch die gegenseitigen Concessionen von Oesterreich und Frankreich besiegt worden ist. Daß der Präsident neben andern Thorheiten (wie z. B. dem Wahnsinn, die Unteroffiziere zu seinen Bankets zuzuziehen) die Ambitionen Preußens begünstigen mag, kann sein, das influirt aber nicht. Kürzlich kam Thiers hier durch, ohne sich hier aufzuhalten, veranlaßte aber den ihn befreundeten Tallenay, ihn bis Heidelberg zu begleiten. Da haben sie denn die Deutschen Dinge besprochen, über die Thiers im Ganzen und Großen vollständig unterrichtet ist und die er durchaus von der rechten, d. h. der antirevolutionären Seite auffaßt. Als Tallenay auf die Neigungen des Präsidenten für Preußen hinwies, erwiederte Thiers ganz verächtlich: c'est tout a fait indifférent ce que voudra le Président; c'est nous qui faisons la politique. Nehmen Sie zu all den und tausend andern Dingen, daß es in Schlesien gährt und zwar in einer keineswegs gleichgiltigen Weise; in den Jahren 48 und 49 haben dort eine Masse halb gewaltsamer Ablösungen zu außerordentlich niedrigem Preise Statt gefunden; die Gutsherren klagen jetzt dieserhalb und die Gerichte erkennen für die Gutsherren gegen die Pflichtigen. — Ich glaube, man wird Preußischer Seits drohen und drohen und, wenn Oesterreich festbleibt, nachgeben, die Bundesversammlung beschicken und die Unionsleute mitbringen und durch die das Eine oder Andere durchsetzen oder zu hindern suchen. Daß Oesterreich festbleibt und sich nicht zu neuen Verhandlungen verlocken lassen wird, glaube ich. Graf Thun hat noch keine neueren Nachrichten von dort; auf die Anzeige von dem, was am 7. hier beschlossen worden, ist erwiedert, daß Alles bereit sei und daß die Einladungen zur Beschickung der B. V. an Alle abgehen würden, sobald man das beizulegende Protokoll hätte. Der Courier, der die Protokolle überbringt, trifft heute in Wien ein. Preußische Demonstrationen werden noch allerlei kommen, wie denn z. B. Prinz Adalbert heute hier eingetroffen ist, um die hier liegende Preußische Artillerie zu inspiciren u. dgl. m. Mainz, die Frankfurter Garnison und die Depossession der B. C. Comission sind allerdings gefährliche Punkte; — allein wenn man keinen Conflikt sucht, so wird er sich am Ende auch hier vermeiden lassen. Schlimmer, vor Allem schlimm ist die Dänische Sache und es ist möglich, daß hieran Alles scheitert. Und bös sind auch in diesem Augenblicke die Dinge in Kurhessen; es kommt mir sehr wahrscheinlich vor, daß Sie sehr bald ersucht werden, die Gränze zu besetzen. Und das sind immer widerwärtige Sachen. Ad vocem Hessen komme ich eben auf das, was Sie von angeblichen

Äußerungen Schwarzenbergs berichten; daß die Einberufung des engern Raths in Cassel Widerstand finde. Hieran ist gewiß Manches mißverstanden, zweierlei aber wahr, 1) daß Hassenpflug seiner Seits (wie denn auch der Kurfürst selbst) sehr sich zu Preußen hingezogen fühlt; Hassenpflug ist eng liirt mit der Alt-Preußischen Parthei; sodann aber auch hatte Hassenpflug sich in Berlin verschwätzt. Um davon loskommen zu können, mußten in unserm Ausschuß-Bericht gewisse Deduktionen aufgenommen werden; an diese knüpfte dann Hassenpflug seine Erklärung an, die er am 7. abgegeben hat. Ich habe über diese Punkte ausführlich unter dem 1. Juli an den König (Französisch) berichtet. Das ist, was an der Sache wahr ist; alles Andere ist wohl von Schwarzenberg oder von Platen mißverstanden.

In folgender Sache möchte ich Ihre gütige Mitwirkung in Anspruch nehmen. Wie Sie wissen, hat M.-Strelitz eine Militär-Convention mit Preußen abgeschlossen, die, weil die Zustimmung der Central-Gewalt vorbehalten worden, nicht eigentlich perfect geworden, aber doch insoweit zur Ausführung gekommen ist, daß ein Preußischer Offizier, Major von Sydow (Bruder des Pinsels, der als Stellvertreter von Radowitz im F.-Collegio präsidirt), das Strelitzische Contingent befehligt. Auf die Nachricht, daß das 10. Armee-Corps wohl von Bundes wegen aufgeboten werden könne, hat dieser Preußische Offizier erklärt: er werde fortgehen. Das setzt die Leute dort, die ihn und die Militär-Convention gern los wären, in Verlegenheit; denn eine so gute Gelegenheit, ihn loszuwerden, bekommen sie nie wieder; sie wissen aber nicht, wie ihn ersetzen, — und so schwebt die Sache unerledigt. Nun hat Oertzen mich ersucht, ganz vertraulich in Hannover anzufragen, ob man dort wohl nöthigenfalls einen Stabs-Offizier abgeben könne, der an Sydows Stelle träte? Oertzen sagt mir, er sei zu dieser Anfrage durchaus nicht autorisirt; er thue sie nur auf eigene Hand, um dann nach Hause zu schreiben, man möge Sydow gehen lassen und in Hannover um Ersatz bitten. Aus diesem Grunde hab ich auch diese Frage weder an S. Maj. direkt noch an den Grafen Bennigsen richten wollen, weil man eben Strelitzischer Seits selbst bei einer Bejahung noch ganz freie Hand behalten will. Ich hoffe, die Frage wird bejaht, damit Strelitz die Convention los werde.

Ihr

D.

Nr. 242. Hannover, 15. August.

Es thut mir leid, lieber Freund, daß ich auf Ihren Brief vom 13. Ihnen unerfreuliches melden muß. In meinem Brief vom 11. [rect. 10.

ɩeutete ich nicht ohne Grund an, daß Münchhausen zu ruhig in Bezug auf ɩiesige Verhältnisse möge gesehen haben. Sie wissen, wie diese Sachen tehen. Der König hält an seiner unglücklichen Cavallerie-Augmentation est. Dadurch ist die Kriegscasse bankrott, und was das sagen will, brauche ch Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Ordnung ist in jeder Beziehung viel nehr werth als 200 Husaren. Prott aber ließ alles gehen. Am 26. Juni ɩersprach der K., bis 1. Januar zu reduciren. Die Stände bewilligten ine höchst nothwendige Vermehrung des Offizier-Pensionsfonds nur unter Bedingung der Reduction. Prott steckte sich, um diese zu erhalten, wieder ɩinter uns, und nun nimmt der K. seine Erklärung vom 26/6. zurück und :rklärt auf wirklich brutale Weise, er wolle von der Reduction nie wieder ɩören.[1]) Nehmen Sie nun dazu, daß Prott gegen den König nachgiebt, ɩaß der K. uns eigentlich gar nicht mehr sieht, daß die letzten Conseils innlose Zänkereien gewesen sind und daß wir nun auch seit 3 Wochen ɩoch nicht einmal ein solches Conseil zu Stande bringen können. Der Kronprinz war übrigens sehr verständig. Nun soll man aber die Organisation ɩurchführen, gegen Beamte pp., soll die Provinziallandschaften reformiren. Geht das? Kann man daran nur denken? — Ich habe mich überzeugt, ɩaß wir gänzlich am Ende sind, daß der König uns los seyn will und ɩaß wir gehen müssen, wenn wir nicht zu Dingen uns brauchen lassen vollen, die wir nicht thun dürfen. Es ist schlimm, daß wir gehen müssen ɩber nicht das Schlimmste. — Der König ist wirklich wie altersschwach, ɩber was man bei solchen Leuten oft findet, daneben in gewissen Dingen ɩeharrlich und schlau. Wir haben also heute dringend um unsere Ent-lassung gebeten und werden sie wahrscheinlich erhalten. — Dann wird der K. vielleicht Prott oder Bülow (zu Stade) mit Bildung eines Ministerii ɩeauftragen, das dann damit anfangen muß, Militärzahlungen ohne ständische Bewilligung zu leisten.

Lassen Sie mich nun über die schlimmen Folgen und Eventualitäten ɩieses Schrittes schweigen und zu Ihrem Briefe gehen. Der Oldenburger Plan liegt nicht ganz so. — Vielmehr meine ich, Preußen würde Baden ganz aufgeben, wenn Prinz Friedrich ihm Oldenburg fürs Eichsfeld, Pader-born, Herzogthum Westphalen, Wetzlar oder was sonst geben wollte. Das ɩlles ist kein altpreußisches Land. Das ist, deucht mich, einfach und aus-führbar. Baden kommt dabei gar nicht weiter in Betracht, als daß es von Preußen in die Clientel von Östreich übergeht. — Das Kriegsgeschrei ist nun wieder vorbei; ich halte es für Farce, zumal Palmerston auf Bunsen zürnt.

---

[1]) Vgl. JCBStüve, II. S. 429.

Aber was sagen Sie dazu, daß die HH. Kübeck und Schönhals am 30. April mit Peucker und Mathis ein Protocoll verfaßt haben, vermöge dessen das Interim die Verwaltung des Bundeseigenthums nicht aus den Händen geben will, bis beide sich gemeinschaftlich darüber eines andern vergleichen. Darauf fußt Schleinitz jetzt und Östreich läßt sich darüber auf Verhandlung ein, hat diese aber nach Frankfurt gewiesen. Das ist gestern, 14., mit Telegraph nach Berlin gemeldet, freilich confus, aber darauf wird die Nachricht der Deutschen Reform fußen, daß man mit Östreich einig sey. Ich traue Wien keineswegs und jenes Protocoll ist doppelter Grund dazu. Man ist erst sehr neuerlich dort auf den Boden des Rechts gerathen, hat zu lange mit Willkür und Gewalt gespielt, als daß man Preußen gegenüber rein seyn könnte. Was die Hassenpflugsche Sache angeht, so meldet man nun von Wien auch, sie sey erledigt, und wird Kübeck als Quelle genannt. Fragen Sie den einmal aus.

Ueber die Stellung von Östreichischen Truppen in Holstein kommt alle Tage eine andere Wetterwendung von Wien; man will auch da nicht.

Was die Strelitzsche Sache angeht, so kann ich rebus sic stantibus nichts sicheres sagen oder thun; aber ich bin überzeugt, daß man in Str. mit völligster Sicherheit auf den K. zählen kann. Und wenn er nur Einen Offizier hätte, er würde ihn hinschicken. Er wird aber auch seine Ehre bei einer solchen Sache wahren. So sagt auch Bennigsen.

Und nun leben Sie wohl. Ehe ich scheide, schreibe ich jedenfalls, und bitte, daß Sie mich auch dann etwas au courant halten wollen.

Von ganzem Herzen

Ihr

JCBS.

Nr. 243. Frankfurt, 15. August.

Kurz vor Postschluß will ich die nachstehenden Nachrichten lieber Ihnen, l. Fr., in dieser Form — oder Formlosigkeit zukommen lassen, als 24 Stunden damit zu warten, um sie mundirt als Bericht abgehen zu lassen. — In Mainz ist wohl, was auch von Berlin und in den Zeitungen gedroht wird, kein Conflikt zu besorgen. General Schack[1]), den man überhaupt als sehr vernünftig und als Gegner der Radowitzschen Politik schildert, soll die Versicherung gegeben haben: wenn noch badische Truppen kämen, würde er, da der Oesterreichische Gouverneur Befehl habe, sie nicht vorbeizulassen, dieselben ausschiffen und zu Land weiter marschiren lassen. Diese Zusicherung sei vertraulich gegeben worden. So theilt mir Graf Thun mit. — Es werden aber höchst wahrscheinlich gar keine Badischen Truppen mehr Mainz passiren, überhaupt Baden verlassen. Oberst Krieg hat hieher geschrieben:

[1]) Generalmajor von Schack, Kommandant von Mainz.

Der Großherzog wünsche nichts mehr als das Plenum zu beschicken und werde sobald er nur eine passende Gelegenheit gefunden, Klübern [1]) über Bord werfen; überhaupt gab er, Krieg, die Versicherung, daß weiter keine Badischen Truppen ausmarschiren würden. Daß man in Karlsruhe ernstlich daran denkt, Klübern loszuwerden, weiß ich mit Sicherheit auch von anderer Seite, weil die Frage vom Ersatz desselben und durch wen, auf das ernstlichste erörtert worden ist.

Wegen Depossession der B. C. Comission hat man hier allerlei verkehrte Ideen. Da ich früher am entschiedensten dahin drängte, so hab ich mehr jenen verkehrten Ideen gegenüber als der Preußischen Drohung wegen, dem Grafen Thun vorgeschlagen, er möge doch in Wien anheimgeben, daß man sobald als möglich von dort aus dem Berliner Cabinet eröffne: Oesterreichischer Seits werde man nach Constituirung des engern Raths die Mitglieder der B. C. Comission zurückziehen, man eröffne dieses frühzeitig genug, um dem Berliner Cabinet Zeit zu geben, den Preußischen Comissarien Verhaltungsbefehle zugehen zu lassen; vielleicht könnte man geradezu außerdem Vorschläge über die weitere Verwaltung des Bundes-Eigenthums machen. Hier meinte man Alles in der Comission durch die Oesterreichischen Comissarien mit den Preußischen verhandeln zu lassen.

Das jetzige Berliner debacle [2]) ist sehr gesund; man kommt endlich aus den Nebeleien und Phrasen heraus, fragt sich und formulirt, was man denn eigentlich will, — was man kann, — was man darf. — Daß Radowitz sich von Schleinitz [3]) ein Zeugniß seines braven Benehmens hat geben lassen, ist doch eigentlich zu komisch.

Ihre neuliche Badische Nachricht kommt mir je länger ich darüber nachdenke immer unglaublicher vor. Ich hab sie — als Gerücht — durch einen Freund einem der Bureauchefs im Pariser Minist. der auswärtigen Angelegenheiten mittheilen lassen, der mancherlei Fäden in der Hand hat; ist etwas daran, d. h. die Sache irgendwie schon zur Sprache gekommen, so weiß man dort darum. Sobald ich Nachricht habe melde ich's. — Auf dem Legitimisten-Congreß in Wiesbaden werden drei Fragen berathen: 1) ob eine Versöhnung der beiden Linien, Bourbon und Orleans, zweck-

[1]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[2]) Ueber die damalige Krisis der preußischen Politik und den verschärften Gegensatz der altpreußischen Partei, insbesondere Manteuffels gegen Radowitz, worüber die Zeitungen in diesen Tagen viel zu berichten hatten, vgl. v. Sybel, I. S. 403 ff. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 232 ff.

[3]) Schreiben an Radowitz vom 9. August, worin er ihn seiner vollen Uebereinstimmung versicherte und dem Bedauern über die gegen ihn gerichtete „ebenso grundlose als gehässige Verdächtigung zahlreicher Organe der öffentlichen Meinung“ Ausdruck gab. v. Poschinger a. a. O. I. S. 252.

mäßig und förderlich sei, 2) ob, wenn man sie wolle, dieselbe jetzt zu erstreben sei, oder man damit warten solle bis Louis Philippe gestorben, 3) ob die legitimistische Parthei in eine Verlängerung der Präsidentur Louis Napoleons willigen solle oder nicht. Die beiden ersten Fragen sind, da der Graf von Paris bei der Kinderlosigkeit des Grafen von Chambord ohnehin der nächste Erbe ist, letzterer aber doch nicht zu Gunsten des ersteren abdiciren wird, selbst wenn man sich aussöhnt, vollständig müßig und überflüssig. Desto bedeutsamer ist die dritte Frage; die legitimistische Parthei hat in derselben ein sehr großes Gewicht in die Wagschale zu werfen und da diese Frage eine Europäische ist, so darf man einigermaßen gespannt darauf sein, was in Wiesbaden darüber beschlossen wird.

Wenn Sie nach Osnabrück gehen, warum wenden Sie nicht einmal 2—3 Tage daran, mehr brauchen Sie nicht, um bis hieher zu kommen? Ich glaub es würde nach allen Seiten hin sehr nützen.

Ihr getreuester
D.

Nr. 244. Hannover, 16. August.

Eben kommt mir Nachricht zu über die Wiener Erklärungen[1]), über welche man in Berlin den Siegesruf angestimmt hat. Was hier die Badener Sache angeht, so kann man damit sich ganz beruhigen; wenigstens so weit hier das Ding zu übersehen, zumal niemand verbunden ist das Schiedsamt zu übernehmen. Anders wegen der Verwaltung des Bundeseigenthums. Hier hätte man entweder die Sache dem Engern Rath lassen und Preußen sagen müssen: Man sey weit entfernt, seinen Bevollmächtigten zu vertreiben, oder man müßte sich überall auf kein Abkommen einlassen. Eine Bundescommission, zu der die Preußen und die Unionsglieder Bevollmächtigte schicken können, ist ein Anerkenntniß der Union. Indeß ist die Sache Ihnen hingeschoben und wird nun dort sehr vorsichtig zu behandeln seyn. Da ist mir eingefallen, ob es vielleicht ein Ausweg wäre, Ihrerseits Preußen und einige andere Unionisten gleich in die Commission zu wählen. Etwa mit der Bevorwortung wenn diese wünschen sollten, daß andere für sie eintreten, so sey dabei nichts zu erinnern. — Sollte nicht auf diese Weise der Pr. Feinheit am Besten die Spitze abgebrochen und die Thür geöffnet seyn. Daß die B. V. Abwesende in die Commission wählt, kann gar nicht im Wege stehen. Gewiß ist das oft schon geschehen.

[1]) Noten vom 12. August. Wegen der badener Truppenangelegenheit Annahme eines Schiedsgerichts; wegen des Bundeseigenthums einstweilige Uebertragung der Verwaltung desselben an einen Ausschuß der Bundesversammlung unter Zuziehung von Vertretern der in der letzteren nicht vertretenen Regierungen. Deutsche Chronik, 1850 II. S. 49.

Unsere Resignation ist übergeben. Der König hat noch nicht resolvirt; ich wollte er machte nur ein Ende, wenigstens werden wir ihn drängen. Das aber sehe ich jetzt völlig ein, daß es ein Fehler von uns gewesen, und ein großer, die Verantwortlichkeit für den Kriegsminister auf uns zu nehmen. Wir hätten ihn sollen sich gänzlich festreiten lassen. Das wäre recht gewesen. Diese Prott-Wedemeyersche Wirthschaft ist der reine Bankerott. Aber um so mehr müssen wir hier ein Ende machen.

Man ist immer zur Unzeit gutmüthig; so wollten wir den schwachen Prott, der die Sache nur halb einsah, nicht drauf sitzen lassen; und dafür führt er uns in die Dinte, und mehr als uns; — hätten wir den richtigen Weg eingeschlagen, so hätte man uns Schlechtigkeit vorgeworfen, nun sind wir blos dumm gewesen. In fine haben uns die Stände genöthigt, den Stier bei den Hörnern zu fassen, was immer so eine Sache ist. Meines Erachtens können wir nicht mehr mit dem K. in ein Verhältniß kommen.

Leben Sie wohl

Ihr

JCBS.

Nr. 245. Frankfurt, 17. August.

Der entscheidende Schritt der Berufung des engeren Raths ist also erfolgt; die 14 Tage, die bis zum 1. Sept. verloren gehen, sind zwar sehr drückend, allein dafür ist doch den Renitenten noch einmal die Möglichkeit der Umkehr gegeben worden. — Ich habe heute nichts mitzutheilen als diese Nachricht. — Graf Thun hat heute die Protokolle der Sitzungen vom 7. und 8. zur Publikation an die Zeitungen gegeben, die dieselben aber vor Montag nicht bringen können. Ich melde das für den Fall Sie dieselben vielleicht der Hannoverschen Zeitung mittheilen wollten, welche dieselben dann recht früh bringen könnte. — Graf Rechberg, der den 17. Juni 49 hier verlebt hat, wo die Preußen den Erzherzog und das Reichs-Ministerium durch Anstiftung eines Putsches aus der Stadt zu treiben suchten (sie hatten gefangene Hanauer Freischärler auf die Hauptwache bringen lassen mit großer Ostentation, die Nachricht wurde nach Hanau gegeben und nun zogen Tausende von Hanauern hierher um jene zu befreien, — wenige Stunden vorher aber zogen plötzlich alle Preußen hier ab und ließen sogar die Thore unbesetzt), — Graf Rechberg also meint, das Manöver würden sie zum 2. Male machen, worin er aber sehr irrt; er meint die Preußen würden nach Einsetzung des engern Rathes ihre Truppen hier wegziehen und hat nun Verhandlungen zulegen lassen, um für solchen Fall Bayrische Truppen nach Frankfurt zu ziehen. Ich melde das für den Fall, daß Sie von deßfallsigen Verhandlungen hören, damit Sie die verstehen.

Als jener Coup vom 17. Juni 49, der wenigstens die Stadt wegen ihrer Hülflosigkeit in das Maibündniß treiben und damit den Erzherzog hier wegtreiben sollte, mißlang und wir nun die Casernen sofort mit andern Truppen besetzten, kamen sie bald nachher zurück und sahen die Dummheit ein; damals konnten sie allerdings wohl auf einen Putsch rechnen, der auch nur schwer verhindert wurde, aber im Jahre 1850 gerathen die Putsche nicht, für die ja auch Oesterreichisches und Bairisches Militär in Masse hinreichend hier ist.

In Betreff der Badischen Truppen war Oesterreich in dem Befehle an den Gouverneur, zu feuern, zu weit gegangen; das Schiedsgericht ist nun ein zweckmäßiges Mittel, zumal die Truppenmärsche cessiren, bis dasselbe gesprochen hat, während es wohl nie dazu kommt, auch nur den Obmann aufzufinden.

Die Preußischen Blätter melden von einer von Oesterreich zur Verwaltung des Bundes-Eigenthums vorgeschlagenen neutralen Comission; es ist das sicher Lüge oder Übertreibung; denn darin werden doch alle selbständigen Staaten einig sein, daß eine solche Verwaltung des B. Eigenthums durch Oesterreich und Preußen allein einer Mediatisirung gleich kommt. Man will in Berlin offenbar nur beruhigen, nachdem man Anfangs mit Säbel und Sporen geklappert hat. Ihr

D.

F. Schwarzenberg hat dem Englischen Geschäftsträger Magenis bereits angezeigt, daß Oesterreich den Bundestag wieder berufe und auf sofortige Anerkennung der auswärtigen Mächte rechne.

Nr. 246. Hannover, 22. August [1]).

Ihr Bericht über das Bundeseigenthum, lieber Fr., nebst den sich daran knüpfenden Maßregeln hat Ah. Applaus in besonderem Maße gefunden, und so werden Sie demgemäß Instruction erhalten, da wir glauben, in einer solchen reinen Frage des Rechts trotz der Crisis handeln zu dürfen. Was diese angeht, so ist beschlossen, Bülow von Stade zu berufen, der auch gestern gekommen ist, und mit Ed. Kielmansegge, der großen Appetit zu haben scheint, und mit dem später von Rehme herbeigeholten Münchhausen berathen hat. Das Ende vom Liede ist gewesen, daß man kein Ministerium bilden könne. — Lustig genug hat Hr. Adjutant Graf Platen [2]) und — — — — Hr. Zimmermann vorher die ganze Sache in Ordnung

---

[1]) Der Brief ist von Stüve nicht datirt und nicht unterschrieben. Das obige Datum ist von Detmolds Hand darauf gesetzt. — [2]) Graf Julius Platen, Flügeladjutant.

gehabt: Bacmeister [1]) für die Justiz, Bening für das Geistliche. „Wir müssen die Alten loswerden!“ hat Zimmermann gesagt, der bekanntlich in Wien gewesen und als „Staatsmann“ von da zurückgekehrt ist. — Nun bin ich die bête noire. Die Verwaltungspläne waren am Sonntag republikanisch, jetzt sind sie den prétendus Nachfolgern (die darin eine conditio sine qua non erblickt) zugestanden; ich bin zwar ein guter „Policeiminister“ aber kein Staatsmann; und darauf hat denn Kielmannsegge den Plan eines Coalitionsministeriums gebildet; nämlich ich, Lehzen und der alte Prott, der durch seine Schwäche und Wedemeyers Liederlichkeit unhaltbar geworden, sollten fort, und er, Bülow und irgend ein tertius hinein. Das wollen aber meine Collegen nicht; es geht den Ständen gegenüber nicht, und ich will es auch nicht. Der König kann mich wegschicken, und ich will es ihm danken; aber freiwillig gehen (abgesehen von der Pr. Wed.schen Gesellschaft) thue ich nicht. Dann hieße es, ich wäre selbst an meinen Verwaltungsideen verzweifelt, und dazu ist mir die Wahrheit der Grundgedanken zu wichtig. Allerlei andere Nebenpläne sind Possen. Nun droht man mit Abdication, oder gar Berufung Lütckens; allein wir werden nicht vor einem Gespenst weichen. — Nun steht die Sache. Es ist wahrlich so, daß man darüber lachen muß und weinen sollte. Nachdem den neuen Candidaten jeder Widerspruch gegen unsere Ansprüche aufgegeben ist, aus Laune umwerfen!! und ohne die Möglichkeit etwas zu schaffen. —

Die Sache ist hier noch höchst geheim. Im Grunde fürchtet man, daß das Ministerium zu schwer wiege; dazu wird von Wien und vielleicht noch von Berlin gewirkt. Alte Weiber mit und ohne Hosen und dumme Jungen thun das Uebrige.

Leben Sie wohl und nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Nr. 247. Frankfurt, 24. August.

Ich kann es Ihnen nicht läugnen, theuerster Freund, daß Ihre Briefe vom 15. und 16. mit der Nachricht von Ihrer dortigen Crisis, namentlich zusammentreffend mit der unseligen Schwenkung, die in der Oesterreichischen Politik eingetreten, mir den besten Theil meines Muthes gebrochen haben. Ich habe die Tage her schwer durchlavirt. Ihr Brief vom 22. giebt mir nun einige Hoffnung wieder. Denn ich bin schon soweit Diplomat geworden, um Alles zu hoffen, solange Unterhandlungen obschweben und nichts mehr zu fürchten, als deren Abbrechen oder überhaupt hastige Beschlüsse. Eine Crisis dort, ehe unsere Deutschen Angelegenheiten wenigstens aus dem

[1]) Justizrath im Justizministerium.

Rohen heraus sind, hat gar schlimme Folgen für das Ganze. Daß Preußen, und zumal Radowitz, vorzugsweise auf Hannover speculirt, ist außer allem Zweifel (beachten Sie ein wenig, wie namentlich die Gothaer Blätter Alles thun, um Hannover in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; es liegen da Ordres von Berlin aus vor). Radowitz namentlich (und das ist mir aus früheren Unterredungen ganz klar) speculirt wohl hauptsächlich auf den demnächstigen Übergang der Krone auf den Kronprinzen; giebt es da irgend Bewegung gegen die Regierungsfähigkeit, so wird von Preußen aus geschürt werden, und weil man in Berlin weiß, daß ein großer Theil der Ruhe im Hannoverschen Lande von dem Vertrauen abhängt, das das jetzige Ministerium genießt, so wird man in Berlin nichts lieber sehen, als jetzt einen Minister-Wechsel, selbst wenn ein Ministerium ans Ruder käme, das ganz und gar Preußen feindlich wäre und ganz und gar zu Oesterreich hielte. Diese Ansicht wird hier von allen Einsichtigen getheilt; ich zweifle aber fast, ob sie dem Grafen Platen in Wien recht klar geworden ist; sonst würde man von Wien aus eifriger die Conservation des jetzigen Ministeriums wünschen. Daß man aber von Wien aus lieber ein minder selbstständiges Ministerium sähe, weiß ich längst; Andeutungen, die Kreß früher gegen Andere gegeben und die mir wieder zugekommen (ich meine Ihnen seiner Zeit davon geschrieben zu haben), lassen mich nicht daran zweifeln; ebenso daß Herr Zimmermann sich in die Dinge mischt. Gott gebe nun, daß die Dinge sich zum Besten wenden und daß man sich überzeugt, wie verkehrt es ist, in diesem Augenblicke die eigene Kraft zu ruiniren.

Die neueste Oesterreichische Wendung, der Vorschlag einer Verwaltungs-Comission[1]) betrübt und verwirrt hier Alle. Wie kommt man dazu, im Augenblicke des Sieges das Princip aufzugeben? Ist es Folge eines Druckes von Rußland, das um jeden Preis die Einigung will gegen die Revolution? oder das in Warschau Unterstützung in der Deutschen Frage zugesagt hat, wenn man mit Dänemark Frieden schließt? Oder will Oesterreich nur den 1. September, die Installation des engern Rathes, friedlich vorübergehen lassen? oder nur die abgebrochenen Verhandlungen wiederanknüpfen und hat dazu diesen Faden ergriffen, den es demnächst wieder fallen lassen wird? Muß man sich nicht auf den ersten Augenblick überzeugen, daß (neben der Aufgabe des Princips, also der eigenen Kraft), eine solche Verwaltungs-Comission gar nicht ausführbar ist? Hier liegen offenbar geheime Beweggründe, keineswegs nur Ungeschicklichkeit in der Manipulation des Bundesrechts. Doch ich will Sie nicht mit einer Hypothese weiter ennuyiren, sondern Ihnen in Bezug auf die Hessisch-Oldenburgische Frage Folgendes mit-

[1]) Vgl. oben S. 502, Anmerkung. Preußen war inzwischen auf diesen Gedanken eingegangen. Depesche vom 20. August. Deutsche Chronik 1850, II. S. 64.

heilen. — Ich bin mit Hassenpflug ziemlich intim geworden. Vor einigen Tagen nun fragt er so allerlei an mir umher, offenbar mit jener Oldenburgischen Tauschgeschichte im Hinterhalt. Ich sagte es ihm auf den Kopf zu, und da er sah, daß ich von der Sache wußte, rückte er heraus: den Tausch will Hessen in die Hand nehmen und möchte dabei gern einen guten Schnitt machen. Nun denke ich mir heimlich, daß für den Kurfürsten ein Stück Geld, aber ein Großes, für seine Gräfin Schaumburg die Hauptsache sein würde, wo denn freilich Preußen immer mehr geben könnte, als jeder andere Concurrent. Die Hauptsache aber ist, daß — wie Hassenpflug wenigstens sagte — die Idee, ganz Oldenburg zur Disposition zu stellen, ganz aufgegeben worden ist; man will aus Oldenburg eine Secundo Genitur für den Prinzen Elimar[1]) machen und nur Parzellen von Oldenburg weggeben. Das könnte dann freilich nur Lübeck und Birkenfeld sein und für beides könnte Hannover nicht mit concurriren; denn von Oldenburg selbst könnte man doch nicht füglich etwas abschneiden. Ich habe nun Hassenpflug gesagt, daß ich nur durch Privat-Mittheilungen von der Sache wisse, durchaus nichts Offizielles, also durchaus nicht wisse, ob man überall Hannoverscher Seits auf einen Tausch eingehen wolle (H. glaubte zu wissen der König habe Alles derartige entschieden abgelehnt); aber klar sei mir, daß man auf einen Handel nicht eingehen könne, wenn nur Lübeck und Birkenfeld als Tausch-Objekt vorhanden. Die conditio sine qua non werde also wohl sein, daß Oldenburg selbst und zwar ganz Oldenburg als Tausch-Objekt disponibel werde; die Universität Göttingen werde (zumal Marburg doch auch in Betracht komme) immer ein fast unübersteigliches Hinderniß abgeben; auch werde sich ja, wenn etwas aus der Sache würde, die ganze Hannoversche Politik de fonds en comble umkehren und das sei zweifelhaft (von Allem andern abgesehen) sowohl bei dem Alter des Königs, als dem Zustande des Kronprinzen. Und so weiter. Ich theile Ihnen das aber mit, damit Sie wissen, daß die Sache noch sehr in weitem Felde. Gleichwohl wird es nothwendig sein, sie fest im Auge zu behalten; würde Oldenburg selbst ganz oder theilweise disponibel, dann müßten wenigstens Unterhandlungen zugelegt werden, selbst in dem Falle, daß man entschieden Willens wäre, nicht darauf einzugehen. Soll ich hier die Sache choyiren, so müssen Sie mir gelegentlich Ihre Ansichten darüber zukommen lassen. Jedenfalls hab ich H. gebeten, nichts in der Sache zu thun, ohne mich zu avertiren.

Tallenay war in Straßburg beim Präsidenten, und hat mit diesem und Hautpoul[2]) Deutsche Politik besprochen. Das Cabinet, hat letzterer

---

[1]) Sohn des Großherzogs aus dritter Ehe.

[2]) General d'Hautpoul, Kriegsminister.

ihn versichert, sei entschieden und einig, in allen und jeden Fragen (nicht bloß Deutschen) den Schwachen gegen den Stärkeren zu schützen; das habe man mit Griechenland gethan, thue es bei Neapel und werde es vorkommenden Falls in Deutschland thun, daher nie und nirgends die gewaltsame Unterdrückung irgend einer Selbstständigkeit zugeben.

Lassen Sie mich bald gute Dinge von dort hören.

Ihr getreuester

D.

Nr. 248. Hannover, 28. August.

Ihre Mittheilungen über die schwankende Politik Östreichs in der Deutschen Sache, liebster Freund, werden von allen Seiten her bestätigt. F. Schwarzenberg entschuldigt sich mit Rußland; die Noten von Petersburg, mit denen der Berliner ⁂ Correspondent im Hamburger Correspondenten (der uns bekannte Herr Runkel, der früher die Elberfelder Zeitung redigirte) von Zeit zu Zeit prahlt, werden nur zu gut gegründet seyn, und Meyendorff hat schon lange gesagt, ein Einfluß Preußens in Nord-, Östreichs in Süddeutschland, widerspreche den Russischen Interessen gar nicht. — Mich führt das nur auf die Betrachtung zurück, daß weder Preußen noch Östreich den Bund herstellen wollten. Könnte man die Verhandlungen vom December 48, Januar 49 klar stellen, so würde man wahrscheinlich den Schlüssel finden. Aber diese sind auf eine merkwürdige Weise geheim gehalten.[1]) Ich bin überzeugt, daß man damals schon hat theilen wollen; wenigstens sagte mir Graf Bülow einmal in Aufregung gegen Östreich, man habe ihnen Kurhessen geboten; und die sonstigen Preßdiplomaten deuten auch an, daß da schlechtes liege — freilich schweigen sie auch darüber.

Dies muß uns jetzt sehr vorsichtig machen. — Eine Separatverhandlung zwischen Pr. u. Ö., auf die man in B. gewaltig lossteuert, und von der Ö. sich gar nicht abwendet[2]), kann die Sache schlimm machen. Andererseits hat Ld. Palmerston auch geradezu erklärt: Er kenne die Verträge von 1815 wohl; da seyen die deutschen Staaten für souverain erklärt; deßhalb habe England, so lange sie einig gewesen, den BT. anerkannt — nicht aber den Reichsverweser; wenn sie alle einig seyen, wolle er jedwede Verfassung Deutschlands anerkennen. Jetzt einen Gesandten zu accreditiren[3]),

[1]) Vgl. darüber jetzt v. Sybel, I. S. 266 ff.

[2]) Vgl. über diese Verhandlungen, welche auch jetzt nicht zum Ziel führten, v. Sybel, I. S. 410 ff.

[3]) Die Vertreter Englands und Frankreichs in Frankfurt befanden sich dort nur in offiziöser Stellung, ohne als Gesandte förmlich accreditirt zu sein.

sey Einmischung. Mündlich ist er nicht ganz so kategorisch. Man sieht hieraus, daß wir mit dem BT. auch noch nicht weit kommen. — Ich möchte nun glauben, daß das Beste sey, die Sache nicht zu übereilen. Wird Preußen am 15. October nicht in schlimmerer Lage seyn? — Zumal, wenn man sich klug benimmt? —

Kann man das? Das ist freilich eine Frage. Ich möchte rathen, man lasse mit Preußen über Nebenpuncte weiter verhandeln, namentlich über die Verwaltung des Bundeseigenthums, die ja nichts ist als ein Incidentpunkt, — lege in die Sache so viel Freundlichkeit und Entgegenkommen, wie möglich, mache Vorschläge über Vorschläge. — Inzwischen ordne man die Angelegenheiten der einzelnen Staaten, die zum engeren Rath gehören, wo es nöthig ist, als Bundestag, damit man in Besitz kommt, und vor allen Dingen, man bereite ein Reformproject vor, das die Meinung gewinnt, besonders die Meinung in den noch unionistischen Staaten. Ist man anfangs October damit zur Hand, dann mache man Preußen die Concession wie 1819, 1820, 1834, eine Ministerconferenz neben dem BT. eintreten zu lassen. — Ohne eine solche Verhandlung kommen wir ja doch nie zum Ziele; hat die Unterhandlung eine Basis, und ist Preußen die Union durch solche gelockert, ist dann der Moment des 15. October nahe, dann wird man nachgiebiger seyn. — Aber Preußen ist compromittirt, — erinnern Sie sich aus den Lebensbildern, wie viel man 1812 that, um zu compromittiren, — deßhalb muß man ihm helfen, „seine Ehre retten“, — daß es sich gern retten lassen will, haben wir gesehen, wenn auch das dumme Gothaner Geschrei wieder rückwärts gedreht zu haben scheint.

Für Ihre Nachricht über die Oldenburger Sache meinen besten Dank. Suchen Sie ja dem Dinge zu folgen. Bestimmte Entschlüsse über dergleichen können wir natürlich jetzt nicht fassen. Von Cassel aus ist hier durch die 3. Hand um Hülfe in der Noth gefragt; — es scheint aber, daß die democratische Präsidentenwahl dort trefflich gewirkt hat. Die herrliche Gothaische Staatsdienerschaft scheint zu fühlen, daß nun die feste Hand eines Hassenpflug allein retten kann. So lange sie Majorität waren, meinten sie, das Regieren sey nicht nöthig. Nun wirds kommen. Man hat in Cassel im Gasthofe davon gesprochen, wenn nur der Bundestag erst da wäre, um zu helfen. So referirt Nieper[1]), der dort gewesen. — Wäre nur der verdammte Holsteiner Unsinn nicht; man käme noch zurecht. —

Was unsere Sache angeht, so ist die Crisis allmälig ruchbar geworden. — Die Niedersächsische Zeitung nimmt einen sehr weisen Ton an, und

---

[1]) Ministerialreferent im Ministerium des Innern.

Zimmermann scheint nun seine Angriffe auf unsere Organisation in die (traurige) Neue Bremer Zeitung verlegt zu haben. Indeß enthält der neue Volksfreund (conservativ) heute einen sehr heftigen und hinreichend deutlichen Angriff auf die Adjutantenstube, Platen und Zimmermann, die mit dem Redacteur der Nordd. Zeitung zusammengestellt werden. — Wir haben am Sonntag unser Gesuch erneuert. Der König schweigt nun aber ganz still, entschuldigt sich mit Leibschmerzen, scheint sich aber ganz wohl zu befinden. Es ist die allerunpolitischste Situation von der Welt. — Die Gefahr Preußen gegenüber scheint aller Welt evident, und die Wiener Politik, die, um hier noch größere Fügsamkeit zu haben, ihren einzigen Stützpunkt untergräbt, miserabel —; aber was helfen Argumente und Vernunft gegen Persönlichkeiten, wenn es einmal der Adjutantenstube gelungen ist, solche aufzustacheln. — Auf reine Persönlichkeit hat sich aber in der Bülow-Kielmannsegge-Münchhausenschen Unterhandlung die ganze Sache herausgestellt. — Die jetzigen Erscheinungen sind unter früheren Verhältnissen ja auch zur Genüge vorgekommen.

Aber bei einer Cabinetsregierung mag das hingehen; wir können ohne Vertrauen, ohne Audienzen, beständig gehemmt, wenn Junker und Bureaukratie alles schlecht machen dürfen in Hoffnung auf Oben, nicht bestehen. Und 47 mal Crisis machen, wie das Ministerium Eberhard in Cassel, das ist auch keine Sache. Irgend wie muß die Sache zu einer finalen Lösung kommen. Plastriren läßt sich das nicht.

Was sagen Sie zu dem neuen Londoner Protokoll [1]), wo Östreich doch auch eine sehr schwache Rolle gespielt hat? Könnte ich Sie nur sprechen, es wäre der Mühe werth.

Ihr

JCBS.

Nr. 249. Frankfurt, 29. August.

Ich wünschte sehr, daß Sie, theurer Freund, sich den Plan, den mein Bericht vom 26. vielleicht etwas confus entwickelt, einmal ansähen und prüften. Derselbe findet bei fast allen hiesigen Collegen entschiedenen Beifall; Graf Thun hat darüber auch bereits gestern nach Wien geschrieben. Inzwischen ist hier nicht weiter vom Fleck zu kommen, bis der Courier aus Wien angekommen, den F. Schwarzenberg abschicken zu wollen ankündigte, sobald er mit Nesselrode gesprochen. Mein Plan wahrt das Princip, denn die B. Versammlung ertheilt die Vollmacht, und vermeidet den Anlaß zum Bruche; jedenfalls schiebt er ihn hinaus, und das ist auch schon viel. Wir lassen das Protokoll, worin die B. C. Comission von uns bevollmächtigt

1) S. oben S. 490, Anm. 1.

wird, drucken, und diese kann nichts dagegen thun, nicht einmal die Vollmacht von den Akten entfernen, denn jeden derartigen Antrag Seitens der Preuß. Comissarien hindern die Oesterreicher. Geld- und Matrikular-Beiträge machen für's erste keine Schwierigkeit, denn wie Graf Thun mir vertraut hat, erwartet er einen Oesterreichischen Vorschuß von 1 Million Gulden. Durchaus nothwendig aber ist, daß Kübeck und Schönhals abberufen und durch untergeordnete Beamte ersetzt werden, a) um der Comission die an Persönlichkeit, Rang und Stellung haftende Bedeutung zu entziehen, b) um Preußen die Comission zu verleiden, c) um die Oesterreichischen Comissarien im Range unter Thun zu stellen, damit sie von ihm Befehle annehmen, d) endlich, um Kübeck, der ein alter Filou ist, von hier zu entfernen. Dadurch, daß wir nur auf kurze Zeit die Vollmacht ertheilen, behalten wir die Sache vollständig in der Hand. Der Hauptpunkt ist, daß wir den 15. Oct. und die damit in der Union nothwendig eintretende Crisis benutzen können. Preußen hat für den 15. Oct. zu wählen zwischen a) Aufgabe der Union, b) neues Provisorium, c) Definitivum. Jedes der drei hat seine Schwierigkeiten und jedenfalls, was Preußen auch wählen wird, werden mehrere der Unionsstaaten sich loslösen und die B. Versammlung beschicken; sie wollen ja weiter nichts, als Schutz ihrer Selbstständigkeit, die sie nirgend sicherer finden als im Bundes-Rechte; so wie sie also von Preußen losgelassen werden, kommen sie zu uns. — Sachsen hat gleich Ihnen für Ablehnung des Oesterreichischen Vorschlages instruirt, Bückeburg scheint entre deux, Strauß wird aber wohl mit uns stimmen, von Oertzen ist ein Gleiches zu hoffen. (Sollten Sie nicht dorthin einwirken können?) Hassenpflug ist entschieden gegen den Oesterreichischen Vorschlag; in Stuttgart stehen die Dinge dunkel und ungewiß, der König für Oesterreich quand même, die Minister theils das, theils Preußen nicht abgeneigt, Reinhard korrekt; er hat vorläufige allgemeine, dem Oesterreichischen Vorschlage günstige Instruktionen, hat dagegen aber entschieden remonstrirt. Von Bayern ist Instruktion auf Ablehnung zu hoffen. Homburg und Liechtenstein sind für Annahme des Oesterreichischen Vorschlages. Mein Plan und meine Hoffnung ist nun, daß wir in der 1. Sitzung am Montag wenig thun außer Auswechslung der Vollmachten, allenfalls Niedersetzung einer Comission für die Schleswigsche Sache, und daß wir dann mit der Frage wegen Verwaltung des B. Eigenthums noch 8 Tage warten unter dem Vorwande, daß der Eintritt noch Anderer bevorstehe. Die Zwischenzeit wäre dann zu benutzen, um von Wien Genehmigung des obigen Planes, Bevollmächtigung der B. C. Comission, zu erwirken. Falls nun dieser Plan Ihre und Ihrer Collegen Billigung findet, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn Sie von Hannover aus denselben in Wien befürworteten.

Neues ist von hier sonst Nichts zu melden. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen einmal die Auskunft mitgetheilt wegen Ihrer Notiz, daß die Einberufung des engern Rathes in Cassel Schwierigkeiten mache, und daß Kübeck sich der Beseitigung derselben rühme. Das ist, wie Sie sich jetzt wohl durch den Augenschein überzeugt haben werden, der Oesterreichische Geschäftsträger in Cassel, ein Neffe des hiesigen Kübeck, ein noch junger Diplomat, der aber sehr gelobt wird; eigentliche Schwierigkeiten waren nicht da, nur mochte Baumbach sich gegen den ständischen Ausschuß in Betreff der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Wiederherstellung der B. Versammlung verschwätzt haben und hat mit Instruktion und Vollmacht gezögert; da hat denn Kübeck wohl etwas nachgeholfen; indeß war bei Hassenpflugs Entschiedenheit in der Sache gar nicht Grund, wirklich besorgt zu sein, und Kübeck hatte gegen Schwarzenberg wohl die Schwierigkeiten übertrieben, um sein Verdienst desto heller leuchten zu lassen. — Die Hessischen Dinge werden uns sonst noch recht bös zu schaffen machen.

Aus Briefen des Königs von Preußen gehen die seltsamsten Auffassungen hervor. An den Großherzog von M. Strelitz hat er in Betreff der Oesterreichischen Maßregeln geschrieben und gebeten, der Großherzog möge doch nicht für Maßregeln stimmen, die keinen andern Zweck hätten, als Preußen aus dem Deutschen Bunde herauszutreiben. An den Großherzog von Darmstadt (zu Anfang des Monats): er werde die Union „bis zum Abenteuerlichen" festhalten.

Der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist jetzt bei seiner Braut, der Großfürstin Katharina in Baden-Baden, die Großfürstin Helene ebenso, desgl. der Herzog von Nassau. Ohne Zweifel wird es gelingen, diesen unglücklichen, ewig schwankenden Menschen jetzt endlich zu entschiedenen Schritten zu bewegen. Die Stadt Frankfurt, die mit den andern drei Städten einen Vertrag wegen der Stimmführung am B. Tage hat, hat an diese jetzt wegen der Frage der Beschickung geschrieben.

Lassen Sie mich bald Gutes von dort hören! Ihr

D.

Nr. 250. Frankfurt, 3. September.

Ihren Brief vom 28. August, th. Fr., habe ich erhalten, zugleich mit einem Schreiben Sr. Maj., worin mir aufgetragen wird, eine Erhöhung des Militär-Etats von Bundeswegen auf 2 % zu bewirken. — Was Sie mir über Ihre dortigen Verhältnisse, zumal die Crisis, mittheilen, hat mich tief bekümmert. Ich bitte Sie aber auf das Dringendste, suchen Sie die Lösung noch etwas hinzuhalten, und übereilen Sie Ihre Entlassung in keiner Weise; ich habe gegründete Hoffnung, daß man Ihnen von einer

Seite, woher Sie es jetzt nicht erwarten, kräftig zu Hülfe kommen werde. Diese Mittheilung ist aber nur für Sie, liebster Fr., ebenso was ich Ihnen darüber demnächst erzählen kann. — Von hier aus ist nichts zu berichten, als was meine Berichte melden. Es gilt vorläufig zu laviren, um den 15. Oct. zu gewinnen. Das Unglück ist nur, daß die kleinen Staaten, die jetzt noch zur Union hielten und viel lieber zum Bundesrecht zurückkehrten, wo sie viel mehr Schutz haben, wieder irre werden, sobald Oesterreich in der Aufrechterhaltung des Bundesrechts schwankt. Vielleicht gelingt es Preußen dadurch, ein neues Provisorium zu erlangen. — Ich hoffe, daß die Hessische Sache uns Anlaß giebt, unsere Autorität zeigen zu müssen. Es würde uns zwar wenig Popularität schaffen, allein auf die dürfen wir ja überall nicht zählen, dagegen würde Kraftentwicklung uns sehr nützen und der Union Viele abwendig machen. — Die Situation ist sehr unerquicklich; persönlich gemahnt sie mich an die meiner Stellung als Reichsminister, wo auch nur ein Platz festzuhalten und ein Recht zu retten war, und man wehrlos allen Insulten und Avanien gegenüber stand. — Das Unglück ist, daß man in Bayern und in Würtemberg glaubt, Oesterreich gefällig sein zu müssen, die allerschlechteste Politik von der Welt.

Ich schreibe in Eile, um den Brief noch mit dem heutigen Bericht abgehen zu lassen; ich bin sehr begierig auf Nachrichten von dort.

Der Ihrige

D.

Nr. 251. Hannover, 4. September.

Also der engere Rath ist eröffnet![1]) Gott gebe seinen Segen dazu, ich fürchte aber sehr, es wird daran fehlen. Die Art und Weise, wie man von Seiten Östreichs und Preußens die Sache behandelt, will mir kein Vertrauen einflößen. Es ist doch zu arger Jesuitismus, scheinbar auf die insidiösen Vorschläge Preußens einzugehen, um sie durch die Bundesgenossen verwerfen zu lassen. Wer kann dabei den Verdacht zurückhalten, es werde nächstens dasselbe Spiel gegen ihn gespielt? Und in München und Stuttgart schwankt man dann mit jedem solchen Winkelzuge von einer Seite zur andern! Und hinter allem sitzt Nesselrode oder Nicolaus. Wenigstens hat

[1]) Die erste Sitzung — ohne Betheiligung Preußens und der noch bei der Union verbliebenen Staaten — fand am 2. September statt. In derselben wurde präsidialseitig die Vereinbarung einer interimistischen gemischten Behörde zur Verwaltung des Bundeseigenthums im Sinne der Note vom 12. August beantragt, und dieser Antrag einem Ausschusse überwiesen, auf dessen Bericht dann in der zweiten Sitzung am 14. September derselbe als unvereinbar mit der rechtlichen Stellung der Versammlung und praktisch undurchführbar reprobirt wurde.

Knyphausen hier erzählt, Budberg habe Instruction, Preußen zu warnen, daß es nicht durch sein Benehmen in die Klasse der Mächte zweiten Ranges zurückversetzt werde. Nun scheint unter diesen Umständen für Hannover kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als möglichst passiv sich am Rechte zu halten. Könnte man auf die anderen Staaten bauen, so wäre mit diesen enge Vereinigung zu pflegen. — Könnte man (wie es leider der Fall) auch das nicht, so müßte man im Innern Einigkeit schaffen, vor allem das Kriegswesen, das jetzt ein abscheuliches Chaos durch so viele leichtsinnige und verkehrte Maaßregeln geworden ist, auf festen geordneten Fuß bringen, damit die kleinen Nachbarn bei uns sicheren Schutz fänden, dessen Gefahrlosigkeit durch streng rechtliche Politik sich verbürgen müßte. Dann müßte man sich an Holland schließen, und alle maritimen Beziehungen aufs sorgfältigste cultiviren. Thäte man das, förderte das Land nach Kräften, und hielte in den deutschen Sachen ruhig und ohne den Anspruch darauf, irgend tonangeben zu wollen, an den Verträgen, so würde man sich, so lange nicht der allgemeine Krieg ausbricht, wohl behaupten können. Aber wird man das? Wie man jetzt die Dinge zuschneiden möchte, alles andere eher. Man wird hier im Lande den Streit erregen, dadurch alle Kraft verlieren, für das Heer bei der jetzigen Schweinerei nicht sorgen können, also eben so wenig als wir jetzt schlagfertig seyn. Dem Bunde wird man gleich einen scharfen Stoß beibringen, eben durch diese hiesige Politik. Und so werden wir Preußisch werden. Spätestens der Kronprinz zahlt die Zeche.

d. 5.

Das Obige schrieb ich gestern im Unmuth, und Ihr heutiger Brief bestärkt mich in gewisser Beziehung. Des K. Forderung der 2 % ist seit 1848 ein geheimer Wurm in unseren Verhältnissen. Darum hat der Kriegsminister sich nie an die Reduction gewagt. Der K. aber sieht nicht, daß ihm die Soldaten nichts helfen ohne Geld, davon er, wie er selbst sagt, keinen Begriff hat. 18—20000 M. schlagfertig sind mehr als genügend, und mit 36000 ohne Material und Geld macht man nichts. Das ist aber das Unglück, daß man seit 1841 mehr Soldaten gehalten, als man bezahlen konnte. Das hat alles ruinirt. 1848 hat der Kriegsminister die Feldzugskosten in das Chaos geworfen und sich damit über Wasser gehalten. Nun sind sie über und über bankerott, wissen selbst nicht, wie sehr. So wie 1844 der K. die bewilligten 20 m Thlr. nicht genommen, weil er die elende, alles ruinirende Cavallerie-Augmentation nicht fahren lassen wollte, so jetzt mit den 16000 Thlr. zum ganz bankerotten Pensionsfond. Der vernünftige Theil der Armee fühlt das sehr wohl und wünscht nichts mehr, als daß wir Ordnung machen. Wollte Gott, wir wären eher dahinter gekommen!

Aber erst jetzt sieht man allmälig in diese Wirthschaft. Wir können und dürfen es nicht dulden. Das Privatbillet an Sie war uns bekannt. Bennigsen sagte im Scherz: er wolle Ihnen per Telegraph § 102, Abs. 1. 2 des Verfassungsgesetzes[1]) (es ist ja heute das biennium) citiren. Der K. hat, wie gesagt, ganz recht, daß er auch in der Armee Kraft haben will. Aber er greift es am unrechten Ende an, und so ist die Folge Schwäche.

Was nun aber die Bundesangelegenheit angeht, so ist das Vertrauen zu Östreich einmal gebrochen. Sie scheinen dort Zusicherungen von Preußen zu haben oder zu haben meinen, daß die gemischte Commission Bedingung des Eintritts in den Bundestag sey. Das ist aber Thorheit. Wenn der Eintritt geschieht, so geschieht er sub protestatione, und da man in der Commission die Executive aus den Händen gegeben haben würde, so wäre man eben hinters Licht geführt. Die Hessischen Sachen scheinen ruhig zu verlaufen.[2]) Vor Steuerverweigerungen braucht man sich so sehr nicht zu fürchten. Die Masse zahlt. — Wenn man nur erst zur Gewalt gekommen ist, so ist das übrige Thorheit; und das ist der Fehler der Hessen, immer die Sachen auf den Punct zu treiben. Wäre aber Hülfe nöthig — man meint in Cassel nur einige Bataillons Infanterie nöthig haben zu können —, so wäre uns das bei unseren schlechten Umständen höchst gênant. Ebenso, wenn ein Corps aufgestellt werden sollte, um den etwaigen Bundeskommissarien in Holstein zur Stütze zu dienen, eine Maaßregel, die ich sehr unzweckmäßig halten würde. — Ihre peinliche Lage in der jetzigen Ungewißheit begreife ich vollkommen; indeß ist die Impopularität des Bundes wirklich lange nicht so groß, als die Zeitungen sagen. Tritt er kräftig auf, schafft er Ordnung nach beiden Seiten, so hat er gewonnen, aber NB. nach beiden Seiten.

Was unsere Sache angeht, so sind die erwarteten Ratgeber nun da; bis dahin altissimum silentium. Blos einige Äußerungen, etwa: Sie müssen alle fort oder ich muß revidiren und modificiren; so etwas von einem Cabinet, einem Kappzaum. — Klar gedacht ist das nicht, noch weniger mit der Verfassung zu vereinigen. Das große Dilemma wird immer wieder seyn, Leute zu finden. Denn wenn die, die da möchten, die Sache beim Lichte besehen, so finden sie dieselbe doch impracticabel, dazu ists zu weit

---

[1]) Erforderniß der Kontrasignatur.

[2]) Die oppositionelle Ständeversammlung hatte nach ihrer Eröffnung am 26. August zunächst eine — vom Kurfürsten nicht angenommene — Adresse beschlossen, in welcher die Entlassung des jetzigen Ministeriums verlangt wurde, und sodann die ohne Vorlage eines Budgets verlangte Zustimmung zur Erhebung der directen Steuern für die Monate Juli bis September versagt. Diesem am 31. August gefaßten Beschluß folgte am nächsten Tage die Auflösung, und am 4. September eine Verordnung, durch welche die Erhebung der Steuern auf Grund des § 95 der Verfassung angeordnet wurde.

[illegible] Spätestens der [illegible] zahlt die Zeche.

1. 5.

Das [illegible] ich gestern an [illegible], und Ihr heutiger Ber[illegible] mich in gewisser Beziehung. Des K. Forderung der 2 % ist [illegible] ein [illegible] in unseren Verhältnissen. Darum hat der Kriegsminister sich nie an die Reduction gewagt. Der K. aber sieht nicht, daß ihm die Soldaten nichts helfen ohne Geld, davon er, wie er selbst sagt, [illegible] 18—20000 M. schlagfertig sind mehr als genügend, [illegible] mit 30000 ohne Material und Geld macht man nichts. Das ist aber das Unglück, daß man seit 1841 mehr Soldaten gehalten, als man bezahlen konnte. Das hat alles ruinirt. 1848 hat der Kriegsminister die [illegible] in das Chaos geworfen und sich damit über Wasser gehalten. Nun sind sie über und über bankerott, wissen selbst nicht, wie sehr. So wie 1844 der K. die bewilligten 20 m Thlr. nicht genommen, weil er die elende, alles ruinirende Cavallerie-Augmentation nicht fahren lassen wollte, so jetzt mit den [illegible] Thlr. zum ganz bankerotten Pensionsfond. Der vernünftige Theil der Armee fühlt das sehr wohl und wünscht nichts mehr, als daß wir Ordnung machen. Wollte Gott, wir wären eher dahinter gekommen!

Aber erst jetzt sieht man allmälig in diese Wirthschaft. Wir können und dürfen es nicht dulden. Das Privatbillet an Sie war uns bekannt. Bennigsen sagte im Scherz: er wolle Ihnen per Telegraph § 102, Abs. 1. 2 des Verfassungsgesetzes[1]) (es ist ja heute das biennium) citiren. Der K. hat, wie gesagt, ganz recht, daß er auch in der Armee Kraft haben will. Aber er greift es am unrechten Ende an, und so ist die Folge Schwäche.

Was nun aber die Bundesangelegenheit angeht, so ist das Vertrauen zu Östreich einmal gebrochen. Sie scheinen dort Zusicherungen von Preußen zu haben oder zu haben meinen, daß die gemischte Commission Bedingung des Eintritts in den Bundestag sey. Das ist aber Thorheit. Wenn der Eintritt geschieht, so geschieht er sub protestatione, und da man in der Commission die Executive aus den Händen gegeben haben würde, so wäre man eben hinters Licht geführt. Die Hessischen Sachen scheinen ruhig zu verlaufen.[2]) Vor Steuerverweigerungen braucht man sich so sehr nicht zu fürchten. Die Masse zahlt. — Wenn man nur erst zur Gewalt gekommen ist, so ist das übrige Thorheit; und das ist der Fehler der Hessen, immer die Sachen auf den Punct zu treiben. Wäre aber Hülfe nöthig — man meint in Cassel nur einige Bataillons Infanterie nöthig haben zu können —, so wäre uns das bei unseren schlechten Umständen höchst gênant. Ebenso, wenn ein Corps aufgestellt werden sollte, um den etwaigen Bundeskommissarien in Holstein zur Stütze zu dienen, eine Maaßregel, die ich sehr unzweckmäßig halten würde. — Ihre peinliche Lage in der jetzigen Ungewißheit begreife ich vollkommen; indeß ist die Impopularität des Bundes wirklich lange nicht so groß, als die Zeitungen sagen. Tritt er kräftig auf, schafft er Ordnung nach beiden Seiten, so hat er gewonnen, aber NB. nach beiden Seiten.

Was unsere Sache angeht, so sind die erwarteten Ratgeber nun da; bis dahin altissimum silentium. Blos einige Äußerungen, etwa: Sie müssen alle fort oder ich muß revidiren und modificiren; so etwas von einem Cabinet, einem Kappzaum. — Klar gedacht ist das nicht, noch weniger mit der Verfassung zu vereinigen. Das große Dilemma wird immer wieder seyn, Leute zu finden. Denn wenn die, die da möchten, die Sache beim Lichte besehen, so finden sie dieselbe doch impracticabel, dazu ists zu weit

[1]) Erforderniß der Kontrasignatur.

[2]) Die oppositionelle Ständeversammlung hatte nach ihrer Eröffnung am 26. August zunächst eine — vom Kurfürsten nicht angenommene — Adresse beschlossen, in welcher die Entlassung des jetzigen Ministeriums verlangt wurde, und sodann die ohne Vorlage eines Budgets verlangte Zustimmung zur Erhebung der directen Steuern für die Monate Juli bis September versagt. Diesem am 31. August gefaßten Beschluß folgte am nächsten Tage die Auflösung, und am 4. September eine Verordnung, durch welche die Erhebung der Steuern auf Grund des § 95 der Verfassung angeordnet wurde.

gekommen. Man müßte jetzt revolutioniren de but en blanc; aber wer hat dazu den Muth nach den Erfahrungen von 1837 u. f. und bei 79¼ Jahren. Die Schwierigkeit bleibt für uns dieselbe. Das ist dem Pack gelungen, uns, die wir nach allen Seiten hin eine schwere Aufgabe haben, das Vertrauen zu entziehen, das wir bedürfen. Ich halte es deßhalb vom Standpuncte meiner Geschäfte aus für viel besser, wenn ich abgehe, als wenn ich bleibe und nicht thun kann, was ich muß. Mit Braun und Lehzen ists eben so, mit Düring wenig anders. Bennigsen, dem die Externa zunächst aufliegen, muß dagegen ebenso wie Sie wünschen, die Sache zu halten, wird sich aber darum nie zu einer Unwürdigkeit verleiten lassen. Das unbedingt Nothwendige ist totale Veränderung im Kriegsministerium; aber hier fehlt alle Persönlichkeit. — Sie sehen also, daß auch der Succurs, von dem Sie schrieben, die Schwierigkeiten gar nicht lösen kann. Eilig geht aber die Sache freilich nicht. Denn dann müßte man Ersatz haben. Wollte Gott, es wäre am Ende; denn mich drückt es, wie ich hier liege, und wäre, wenn ich nicht Minister bleibe, in Osnabrück sehr nöthig. Bleibe ichs aber, so hätte ich noch nöthiger reisen müssen. So macht man einem unmöglich, seine Schuldigkeit zu thun. Und dies ist nun das 3. Jahr, wo ich die Reisezeit verliere! —

Doch ich will schließen. Leben Sie wohl und lassen Sie bald Gutes hören.

Ihr
JCBS.

Nr. 252. Frankfurt, 13. September.

Ich hab Ihnen, th. Fr., zunächst für Ihren Brief vom 6. [rect. 4. u. 5.] zu danken, der mich über eine Menge Dinge — zum Theil unerfreulicher Art — endlich orientirt, mir daneben die beruhigende Bestätigung gegeben hat, daß meine Auffassung der Deutschen Dinge im Wesentlichen die Ihrige sei, eine Sache, deren ich mich nicht oft genug versichern mag, zumal ich tagtäglich Gelegenheit habe, bei vielen meiner Collegen zu sehen, wie schlimm sie daran sind, dies Gefühl der Uebereinstimmung mit ihren Ministerien zu vermissen. — Ich würde Ihnen nun schon früher geschrieben haben, wenn ich nicht von Tage zu Tage auf Nachrichten aus Wien gewartet hätte, namentlich in der Schleswigschen Sache, in der uns seit länger als 14 Tagen umfassende Mittheilungen, namentlich die Denkschrift über den B. Beschluß von 1846 verheißen sind. Diese Denkschrift ist seit 5–6 Wochen in St. Petersburg, seit 3–4 Wochen in Copenhagen; hierher seit wenigstens 14 Tagen verheißen; eine Menge Couriere und Depeschen sind seitdem von Wien eingetroffen, über die Dänische Sache nichts. Und dies ist doch die drängendste, brennendste Frage; es ist die Frage

durch deren Auffassung und Behandlung Oesterreich vor Allem zeigen will, ob es ihm mit der Rückkehr zum Bundesrechte Ernst ist. Dieses tiefe Schweigen der so heißen Frage gegenüber hat sehr viel befremdendes, das ich mir durch eine Vermuthung erkläre, die ich Ihnen mit der Bitte vorlege, von dort aus nachforschen zu wollen, wieviel daran gegründet. Ich glaube nämlich, daß man zwischen Wien und Berlin über eine gemeinschaftlich zu unternehmende Pacifikation der Herzogthümer unterhandelt. Oesterreich begreift, von welchem Nutzen ihm für seine Stellung eine geschickte Benutzung dieser Frage ist, und es will sie benutzen. Preußen fühlt das, es darf Oesterreich die Pacifikation der Herzogthümer nicht überlassen, ohne von seinem Range als Großmacht herabzusteigen; ebenso wenig aber darf es den auswärtigen Mächten gegenüber Oesterreich hindern, seiner Seits zur Pacifikation der Herzogthümer das Möglichste zu thun. Das ist eine große Verlegenheit. Nun ist Oesterreich bereits darauf eingegangen, von dem großen Klumpen der Deutschen Frage ein Stück zu abgesonderter Lösung herunterzuschneiden: die Verwaltung des B. Eigenthums. Wie wenn nun Preußen in Wien den Vorschlag gemacht hätte, die (viel leichter als jene von der großen Deutschen Frage abzulösende) Frage von einer Pacifikation der Herzogthümer abgesondert zu behandeln? Diese Pacifikation gemeinschaftlich vorzunehmen? Daß F. Schwarzenberg auf einen solchen Vorschlag eingehen würde, sowohl zum eigenen Vortheil Oesterreichs, als um von Preußen dafür Concessionen zu erlangen und namentlich um endlich irgend eine gemeinschaftliche Linie zu finden, bedarf keiner Auseinandersetzung. Preußen wird von England, Rußland, Frankreich zur Pacifikation getrieben; so würde es das Odium auf Oesterreich wälzen u. s. w. Es ist das bis jetzt nur eine Vermuthung von mir, zu der mich jenes Schweigen Oesterreichs veranlaßt hat, das so sich leicht erklären würde, dazu die Nachrichten Platens über die Verhandlungen zwischen Bernstorff und Schwarzenberg u. s. w. Die Sache wäre von Wichtigkeit. Denn ist erst einmal in jener unseligen Sache, die uns im Jahr 1848 ruinirt hat und uns ferner ruiniren wird, ein gemeinschaftlicher Boden gefunden, so wird er sich auch für die anderen Fragen gewinnen lassen. —

Die heftigen Scenen, die Schwarzenberg dem Englischen Geschäftsträger, der ihm Palmerstons Weigerung, beim Bundestage zu accreditiren, anzeigte, werden Sie kennen, da Sie mir von Palmerstons Antwort (nur wenn sie einig seien wolle er anerkennen) schrieben. Da der Engländer begütigend hinzufügte: die Sache werde sich arrangiren, da ja dem Vernehmen nach die Einigung mit Preußen nahe bevorstehe, erwiderte Schwarzenberg brüsk: Wir sind weiter davon als je. In den letzten Tagen hat der Geschäftsträger dem F. Schwarzenberg ein Schreiben Palmerstons wegen der unga-

rischen Flüchtlinge überreicht. Schwarzenberg nahm's aus der Hand des Engländers und warf es ungelesen in jenes Gegenwart auf den Boden. Es sind das Lumpereien, aber zwischen Palmerston und Schwarzenberg. Besser scheinen die Dinge mit Frankreich zu stehen. Erstlich lassen die Sachen [sich] dort im Allgemeinen gut an; nach dem was ich darüber von bestunterrichteter Seite höre, ist an einer Verlängerung der Präsidentschaft gar nicht zu zweifeln. Damit schon werden Eventualitäten, auf die Radowitz rechnet, beseitigt. Ferner scheint man in Paris einzusehen, daß in den Deutschen Dingen eine richtige Politik Frankreichs nicht in einer Verbindung mit England, sondern mit Rußland liegt. So wenig man also vorangehen wird den Deutschen Dingen gegenüber, so entscheidend wird es sein, wie Rußland sich dazu stellt. So finden wir denn den Czaren immer und immer als arbiter Germaniae! Daß er es ist, ist außer Frage. Oesterreich kann in den Deutschen Dingen keinen Schritt thun ohne Russische Genehmigung; es muß dieser Genehmigung sicher sein, ehe es irgend einen Schritt thut, der weitere Schritte und am Ende den Krieg zur Folge haben könnte. Denn es kann den Krieg nicht machen, wenn ihm Rußland nicht Ungarn hält. Das weiß man in Berlin und daher diese Frechheit.

Daß ich auf das Verlangen Sr. Majestät wegen Erhöhung des Militär-Etats auf 2 % nicht würde eingehen können, konnten Sie sich wohl denken; es galt nur sich loszuwickeln; denn ich weiß, wenn man sich in solchen Dingen hingiebt, wird man ausgenutzt und weggeworfen. Daß ich mich ohne Instruktionen nicht zu einem Antrage berechtigt hielte, glaubte ich geradezu erklären zu dürfen, wenn das auch gewiß ungnädig aufgenommen worden. Indessen wird die Nachricht, daß Thun einen deßfallsigen Antrag stellen werde, wohl versöhnt, anderer Seits aber wahrscheinlich Anlaß zu neuen Differenzen mit Ihnen gegeben haben. In dieser Beziehung bemerke ich noch (namentlich mit Rücksicht auf das, was ich in meinem ablehnenden Französ. Berichte darüber gesagt habe), daß der Oesterreichische Antrag auf Erhöhung auf 2 % der Matrikel bei den andern Bevollmächtigten gar keine Schwierigkeiten finden wird; wie sie erklären, werden ihre Höfe darauf eingehen. Bis jetzt ist das Alles nur discursive beiläufig behandelt.

Ich werde in diesen Tagen den Comissions-Bericht wegen der Verwaltungs-Comission überschicken können, und bemerke noch, daß in einer gestrigen Sitzung des Ausschusses, wo derselbe definitiv geregelt wurde, Reinhard aufs Neue darauf zurückkam, man solle auf den Oesterreichischen Vorschlag eingehen, Oesterreich könne von seinem Wort nicht zurück u. dergl. m. Alles Privat-Politik Sr. Majestät von Würtemberg. Am Ende wurde Graf Thun ganz ärgerlich und holte ein ganz vertrauliches Schreiben

Schwarzenbergs hervor, Antwort auf einen Brief Thuns, worin der gegen den Vorschlag als ein Verlassen des Bundesrechts remonstrirt hatte. In der Antwort geht Schwarzenberg durchaus auf Thuns Räsonnement ein, er habe den Antrag so stellen müssen, wir hätten ganz freie Hand und in Anerkennung dessen, daß die Entscheidung nur von uns abhänge, hätte er sie auch sich bewahrt u. s. w. — Beiläufig bemerke ich noch, daß wir ein ganz gefährliches Element jetzt an Scherff besitzen. Im Haag speculirt man jetzt so entschieden auf die Auflösung Deutschlands, um sich seinen Theil davon zu nehmen, daß man Alles Mögliche gern thäte, diese Auflösung zu fördern. Seit Scherffs Rückkehr tritt das in überraschender Weise zu Tage.

Seien Sie nicht böse, wenn ich Sie noch mit einigen fast persönlichen Angelegenheiten behellige. Die Zeitung für Norddeutschland hat mich schon öfter als den L Correspondenten der Hannoverschen Zeitung bezeichnet (es ist dies Obermüller, der jetzt nach Cassel gegangen, um dort ein Blatt für Hassenpflug zu redigiren); in ihrer Nummer vom 6. oder 7. d. M. aber bezeichnet sie mich ganz direkt als Verfasser dieser Correspondenzen. Es würde mir das ziemlich gleichgültig sein, wenn nicht die letzten Artikel Notizen über den Preußischen Oberst Schlichting gebracht hätten, die ich ungern mir Schuld gegeben sähe. Die Redaktion der Hannoverschen Zeitung ist so nachlässig und pinselhaft, daß sie jene direkte Behauptung der Norddeutschen ruhig hat hingehen lassen. Reclamire ich jetzt, so muß ich eine Dummheit von Seiten der Redaktion der H. Z. erfahren, die mir neue Unannehmlichkeiten zuzieht. Dazu ist jetzt aber der L Correspondent von hier fort, ein Anderer wird die Correspondenzen fortsetzen. Könnten Sie, liebster Fr., da irgendwie rathen und helfen? etwa daß bei einer neuen mit L bezeichneten Correspondenz die Redaktion jene Behauptung der Norddeutschen vom 6. aufnähme und widerlegte? Seien Sie nicht böse, daß ich Sie mit dergleichen behellige, ich habe aber jetzt Niemanden dort.

Noch einige Fragen müssen Sie mir erlauben. — Hauptmann Marcard hört wiederholt von Hannover, er solle zurückgerufen werden, und wünscht nun gern zu wissen, ob das wirklich wahr. Ich halte es für unwahrscheinlich, weil es unklug sein würde eine Position aufzugeben, die — gleich von einem Preußen ausgefüllt werden würde. Können Sie nicht erfahren ob etwas daran ist? — Ferner: Die Redaktion der O.P.A. Zeitung drängt mich, ihr einen Correspondenten in Hannover zu empfehlen; sie wünscht sehnlich einen guten und will sogar honoriren; könnten Sie mir nicht Jemand nennen, der von Zeit zu Zeit, wärs auch lediglich Faktisches, berichtete? Würde Dr. Abeken es vielleicht übernehmen? Das Blatt ist sehr verbreitet und es wäre zu wünschen, daß die Sache in gute Hände

käme, deshalb bitte ich Sie, gelegentlich daran denken zu wollen. Dabei bemerke ich, daß Jürgens, der einige Tage hier war, um wegen seines 3. Theils Allerlei einzusehen und zu sammeln, gewiß nicht abgeneigt sein würde, die Redaktion der Hannoverschen Zeitung zu übernehmen, wenn deshalb bei ihm angefragt würde.

Ihr

D.

Nr. 253. Hannover, 13. September.

Obgleich wir uns hier noch immer im Status quo — ein im Palais aufgekommener Ausdruck — befinden, so kann ich doch nicht umhin, Ihnen, lieber Freund, einiges zu melden. In Schleswig schlägt man sich wieder; der status quo scheint dort unerträglich zu werden. Pechlin[1]) negociirt nun in Wien, um es zu erlangen, daß man Preußen mit der Execution der Bundesratification[2]) in Schleswig beauftrage. In Wien will man das nicht, wie es scheint. Ich weiß aber nicht, ob es nicht das Klügste wäre. Preußen fürchtet die Aufstellung einer nichtpreußischen Armee in Holstein ungemein, mit Recht. Es würde einen solchen Bundesauftrag schwerlich ablehnen, und damit wäre die Brücke gebaut. Preußen aber könnte ausessen, was es eingebrockt. Bundescommissäre wollen die Dänen nicht, die wären aber jedenfalls nöthig, dem einen wie dem anderen, Dänen wie Preußen gegenüber.

Schlimmer noch lassen sich die Hessischen Dinge an. Wie Hassenpflug auf offenbar widerrechtlicher Basis mit der bloßen Militärgewalt gegen und ohne alle Behörden dort die Sachen in Ordnung bringen will[3]), verstehe ich nicht, und wohl Keiner. Ruhig ist alles, der Widerstand nur im Ungehorsam aller Behörden und in dem Verfahren der Gerichte. Diese muß er auch vernichten. Was bleibt dann? Wahrlich dieser Zustand macht Cassel zu einem Gift für jeden Theil, dem es sich anschließt, und ich möchte sehr wünschen, daß es zur Union gehörte. Die Preußen reiben sich dabei die Hände; aber kein Mensch kann sagen, was daraus werden soll, namentlich so lange diese Verfassung besteht, die nun einmal in sich selbst unhaltbar ist, von der man aber gutwillig nicht lassen will, auch der höchsten Persönlichkeit gegenüber schwerlich lassen kann. Man hat dort immer alles so

[1]) Geheimer Konferenzrath von Pechlin, dänischer Friedensunterhändler.

[2]) Die Ratifikation seitens der Unionsstaaten war inmittelst erfolgt. Die Ratifikation seitens des Bundestags erfolgte erst unter dem 30. September.

[3]) Da die Behörden die Ausführung der Verordnung vom 4. September als verfassungswidrig weigerten, erging am 7. September eine Proklamation, welche unter Berufung auf den Bundesbeschluß von 1832 für ganz Hessen den Kriegszustand verkündete und die Civilbehörden der militärischen Gewalt unterstellte.

auf die Spitze des Buchstabens getrieben, hinc inde, daß wirklich aus einem minderen Zwange auch nur absolute Willkür der Regierung hervorgehen kann.[1]) Nun hat Hassenpflug sich ja endlich nach Frankfurt gewandt. Aber was wollen Sie mit diesen Zuständen machen? Die Chausseeeinnehmer nehmen kein Chausseegeld, die Gerichte kein Stempelpapier, die verbotenen Zeitungen werden trotz versiegelter Pressen gedruckt u. s. w. Dauern kann das allerdings nicht; es muß irgendwie zur Gewalt umschlagen, aber ist damit geholfen? Und was soll der Bund dabei thun? — Das einzige, was zu thun wäre, bestände in Absendung von Commissarien; ob die aber etwas ausrichten könnten, das hängt von der Stellung der Dinge dort ab, die mir zu wenig bekannt ist. Vielleicht wäre es den Leuten recht, wenn irgend jemand die Brücke baute, um die äußere Ordnung herzustellen; aber dann die innere! — Es freut mich nur, daß der König jetzt gar nicht geneigt scheint sich zu übereilen.

Wir haben hier 3 Tage Krawall gehabt wegen Haynau,[2]) offenbar nur ein Mittel unserer Herren Mensching u. Co., um den Pöbel wieder auf die Beine zu bringen. Denn obwohl H. gestern früh abgefahren, hat man den Bengeln eingebildet, er sey noch hier. Es hat nun schon arge Prügel auf die Tumultuanten gesetzt. Heute wird aber wohl der Sache ganz ein Ende gemacht werden. Offenbar ist der Moment, Schleswig, Cassel, Wiedereröffnung des Bundestags, der revolutionären Parthei in ihrer Verblendung günstig erschienen, um Unfug zu erregen, womit sie doch gar nichts ausrichten können. Indeß ist der status quo dadurch wohl mit in eine andere Phase getreten. Es heißt jetzt, man wolle sich völlig aussöhnen. Bennigsen ist mit ausgesuchtester Feinheit — die zartesten égards für seine Mutter — behandelt, und was dem mehr; aber diese Monate haben denn doch an dem Vertrauen sehr gerüttelt. Ich habe mich überzeugt, und habe das offen erklärt: Ohne die völlige Unterstützung des Königs halte ich meine Stellung dem Adel gegenüber und meine Organisation für unausführbar. Das Mecklenburgische Verfassungsurtheil,[3]) das jetzt dazu kommt, macht die

---

[1]) Ausführlicher findet sich Stüves Ansicht von der rechtlichen namentlich aber der politischen Seite der hessischen Streitsache und den von beiden Seiten gemachten Fehlern entwickelt in dem von ihm geschriebenen Artikel an der Spitze der Nro. 221 der Hannoverschen Zeitung vom 17. September (ohne Ueberschrift). Die von Oppermann I. S. 301 citirten aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze geben eine ganz falsche Vorstellung von dem Inhalt dieses Artikels.

[2]) Feldzeugmeister Baron Haynau, vor einigen Monaten wegen Eigenmächtigkeiten in der Pacifikation Ungarns entlassen, berührte Hannover auf der Rückreise von London, wo er Gegenstand handgreiflicher Demonstrationen Seitens des Pöbels gewesen war.

[3]) Der Spruch des Schiedsgerichts, welcher die Verfassung vom 10. October 1849 für ungültig erklärte, war am 11. September ergangen.

Sache auch nicht leichter. Kurz ich ginge lieber nach Haus. — Wenn nur irgend Festigkeit wieder erlangt wäre, so wollte ich mich nicht grämen, daß meine Sachen noch nicht fertig werden; kenne ich doch ihre Mängel am Besten, ohne überall Hülfe zu wissen. — Auf der anderen Seite sehe ich aber klar die Unmöglichkeit einer anderen Verwaltung. Dazu kommt das Alter. Wer weiß, wie bald sich alles ändert, und wenn der Moment in etwas unsichre Zeit fällt, dann kann kaum ein andrer helfen. Nun sollten wir uns modificiren lassen, ich auf jeden Fall bleiben, darauf lasse ich mich gar nicht ein, um so weniger, als eigentlich es darauf herauskommt, Lehzen wegzubringen und Ed. Kielmannsegge zum Finanzminister zu machen, der durch seine Anlehen und Transactionen so befleckt ist, daß — abgesehen von allem andern — man nie mit ihm zusammenstehen kann. Daß A. Kielmannsegge [1]) einen ganz eigenthümlichen Succurs aus Brüssel mitgebracht, indem der alte Metternich den König bitten lassen: „um der Monarchie willen jetzt keine Reaction [2]) zu machen," wird Ihnen, wenn Sie es nicht wissen, nicht uninteressant zu hören seyn. Ich selbst bin dabei auch recommandirt und bin am Ende wirklich Metternichs Vetter, wie mir 1848 meine anonymen Correspondenten schrieben.

Alles das wäre zum Lachen, wenn nicht ein so ein bitterer Ernst im Grunde läge, und für mich noch die besondere Qual, mich in einem meiner ganzen Natur widersprechenden Hofleben abmühen zu müssen, ohne reellen Erfolg. Das ist schwer zu tragen, glauben Sie mirs. Es ist mir recht bitter eingegangen, so um bloßer Laune willen meiner Schwester nicht einmal ein Trostwort bringen, und meine nothwendige Küstenreise nun schon zum dritten male aufgeben zu müssen. Doch genug für heute. Leben Sie recht wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 254. Frankfurt, 19. September.

Ich habe über das, was uns jetzt zunächst und am Meisten drückt, die unselige Hessische Sache, ausführlich durch einen Courier, den Thun an Kreß schickt, geschrieben und will diese Gelegenheit dann noch benutzen, um Ihnen, th. Fr., den Empfang Ihres Briefes vom 14. [rect. 13.] anzuzeigen. — Was Sie mir von Ihrer Stellung sagen und dem Schmerzlichen, was sie Ihnen bereitet, so ist mir das wie ein Schwert durch die Seele gegangen. Und wo Trost dafür finden! Sie werden Ihre Last weiter tragen müssen: es ist nun eine lange Zeit hindurch so schlecht gegangen,

[1]) Der Gesandte in London.

[2]) In JCBStüve II. S. 149 Z. 5 v. u. ist versehentlich der Druckfehler „Revolution" stehen geblieben.

daß man nun auch einmal bald hoffen darf, das Thal zu sehen, das uns Eulenspiegel in seiner Philosophie versprochen hat. — In den dortigen Dingen scheint es mir, daß man von allen Seiten lavirt, was nun freilich ein sehr unerquicklicher Zustand ist. Des Succurses, den Kielmannsegge von Brüssel aus gebracht hat, habe ich mich gefreut, weil so vieles Pack auf jene Aussprüche von dorther so großen Werth legt. Die specielle Empfehlung Ihres Namens kommt vom Prinzen Emil von Hessen her. Daß Ihr Ministerium einer ganzen großen Clique, nicht bloß in Hannover, noch als revolutionären Ursprungs verhaßt ist, davon kommen mir von Zeit zu Zeit die lächerlichsten Beweise zu. In Rumpenheim liegen jetzt (testamentarischer Bestimmung gemäß) allerlei Hessische Fürstlichkeiten, auch die Prinzessin Louise von Decken[1]) und dergleichen mehr. Von dort hörte ich so allerlei, was mich sehr amüsirt, zumal man mich vorzugsweise zu den Revolutionären rechnet. Daß aber Hassenpflug der allerschlimmste, sehen diese Menschen nicht ein. Wie unverantwortlich leichtsinnig, temere et timide, der sein Spiel getrieben hat, ist kaum zu glauben. Offenbar haben die Herren, als der General Bauer sich den Polizei-Comissar Müller von der Bürgergarde arretiren ließ (was für halbe Maßregeln diese Ausnahme der Gerichte und Beibehaltung der Bürgergarde), gefürchtet, das Gericht werde auch ihre, der Minister, Verhaftung verfügen, die Bürgergarde dieselbe ausführen und das Militair, um nicht gegen die Verfassung zu verstoßen, diese dulden. Da sind sie weggelaufen und haben den Kurfürsten mitgezogen.[2]) Anders wenigstens kann ich mir's nicht erklären. Nun scheint Hassenpflug uns in seinen Bankrott verwickeln zu wollen. Ich hab erklärt: das was man als öffentliche Meinung ausgebe, genire mich nicht im Geringsten; aber uns ruiniren, ohne der Hessischen Regierung damit zu nützen, sei Unsinn. Erst solle diese darthun, wie wir ihr helfen könnten, wie sie das mit nur einiger Aussicht auf Erfolg benutzen werde, was wir thun könnten; dann eigentlich erst dürften und könnten wir auf die Sache eingehen. Leider sieht man in Wien die Sache wohl nicht ganz richtig an. Dort ist man wie ich glaube sehr gereizt, daß man sich mit dem 12. August das ganze fast schon gewonnene Spiel verdorben und nichts geerntet hat als die Ohrfeige vom 25. Aug.[3]) Daher soll die Sache gegen Preußen

[1]) Prinzessin Louise von Hessen, vermählt mit dem hannoverschen Generallieutenant Grafen von der Decken.

[2]) Der Kurfürst hatte am 13. Cassel verlassen, und war am 16. in Wilhelmsbad Hanau eingetroffen, wohin der Sitz der Regierung einstweilen verlegt wurde.

[3]) Die preußische Absage auf die Einladung vom 14. August zur Betheiligung an Wiedereröffnung der Bundesversammlung war von diesem Tage datirt. Vgl. das [...]riftstück und die begleitende Denkschrift, welche den preußischen Rechtsstandpunkt darlegt, [...]tsche Chronik 1850, II. S. 66.

benutzt werden, — eine ganz hoffnungslose Sache, bei der nur Verlust herauskommen kann. Darum treibt man zum Handeln; zum Glück sieht Graf Thun einiger Maßen ein, wie verzweifelt die Sache steht, und wird daher mit großer Vorsicht vorangehen. In der Bundes-Versammlung wird es sich nur um die Frage handeln: sind die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 als „Ausnahme-Gesetze" im Jahr 1848 mit aufgehoben oder bestehen sie noch? Ich habe Gr. Bennigsen gebeten, mir über diese Frage die dortige Ansicht zukommen lassen zu wollen, und ich bitte Sie, liebster Fr., recht dringend, mir darüber recht bald Weisung zukommen lassen zu wollen. Könnte man nun Hassenpflugs Entlassung erlangen und vielleicht tüchtigen Ersatz für ihn finden (der in meinem Berichte genannte Herr von Butlar auf Evertsberg bei Fritzlar wird mir sehr gerühmt), so ließe sich die Sache vielleicht machen, indem die Beamten-Partei froh sein würde, durch Hassenpflugs Entlassung eine Brücke zu erhalten. Was ich um jeden Preis vermieden sehen möchte, ist, daß wir hier irgend etwas beschließen, was Hassenpflug publicirt und zur Basis neuer Maßregeln braucht, worauf dann die Hessischen Gerichte die ganze Frage von der rechtlichen Existenz der Bundesversammlung in den Kreis ihrer Cognition hineinziehen würden. Was Hassenpflug jetzt will, wie er weiter zu operiren gedenkt, darüber kann ich keine klare Antwort bekommen. Ich glaube er wird die Behörden soviel wie möglich nach Hanau und Wilhelmsbad pp. zu ziehen suchen; damit hofft er Cassel zu schrecken und zahm zu machen und zugleich die Behörden mürbe zu machen. Aber welch unwürdiges Treiben! Ich glaube auch, das Militär wird man meist hier in der Nähe zu concentriren suchen, um es mit der Person des Kurfürsten in Contakt zu halten, demnächst aber dasselbe dem Hannoverschen General oder dem Bundes-General wieder zu untergeben, um es so aus dem Conflikte zwischen den beiden Eiden, dem dem Kurfürsten und dem auf die Verfassung geleisteten, herauszuziehen. Man scheint Seitens des Kurfürsten sehr die Ernennung Halketts[1]) zu wünschen, so höre ich von Thun, da ich selbst mich diesen Hessischen Dingen soviel wie möglich fern zu halten gesucht habe.

In der Dänischen Sache ist endlich etwas von Wien gekommen, — aber was? Wir sollen vorläufig nur ratificiren. Die Interventionsfrage wird inzwischen in Wien verhandelt. Ich habe noch nicht darüber an Gr. Bennigsen geschrieben, weil Thun es mir nur ganz beiläufig mittheilte. Die Comission, die am 2. Sept. eingesetzt war, ohne bis heute irgend etwas zu thun, wird nun zu arbeiten anfangen.

---

[1]) General der Infanterie, im Jahre 1848 Oberbefehlshaber der Truppen des 10. Armeecorps in den Herzogthümern.

Was macht denn Herr von Falcke[1]) in Hannover? Da die Zeitungen meldeten, Kielmannsegge würde nicht wieder nach London zurückkehren, hab ich mir gedacht, der König würde Falcke dorthin schicken. — Daß Sie statt Kreß einen andern Oesterreichischen Gesandten bekommen, ist auch ein Gewinn; Kreß ist ein alter fauler Intriguant, der neue wird hoffentlich gute Instruktionen bekommen; ich höre aber Kreß will in Hannover wohnen bleiben und da würde er fort intriguiren. Hier treibt sich jetzt der ..... Graf Blome auf Salzau herum, Platens Schwiegersohn, Gönner der Niedersächsischen Zeitung u. s. w. Er hat mich auch verschiedentlich aufgesucht, offenbar um mich auszuforschen, ich kenne den ..... aber.

Ihr

D.

Nr. 255. Hannover, 19. September.

Morgen, lieber Freund, will ich nach Osnabrück, von wo ich etwa am Dienstag oder Mittwoch zurückkehre. Meine Reise nach Ostfriesland ist mir wieder verdorben. Die Tage sind schon zu kurz und in meiner jetzigen Ungewißheit kann ich auf keinen Fall als Minister das Land bereisen. Mich wurmt das mehr, als man denken sollte. Nun muß ich meine unerläßliche Osnabrücker Reise machen, und vielleicht ists auch gut, einmal ein Paar Tage ganz heraus zu kommen. — Was den Gedanken über Schwarzenbergs eigentliche Pläne angeht, den Sie mir neulich aussprachen, so werden Sie aus den Wiener Berichten gesehen haben, wie diese Sache sich dort gestaltet hat. — Ob Pechlin für sich allein, auf Anlaß Rußlands oder Preußens gehandelt hat, ob die Antwort wirklich so zurückhaltend gewesen, muß man dahin gestellt seyn lassen. — Jetzt ist die Antwort über die „freien Conferenzen" nach Berlin abgegangen; gänzlich abweisend, und auf das Bundesrecht provocirend, wie man aus Wien schreibt. Aus Berlin haben wir die Nachricht über den Inhalt noch nicht.[2]) — Dagegen ist Hr. v. Sydow voller Eifer, Preußen und Hannover in der Hessischen Schmiere auf gleichen Grundsätzen zu finden. — Einstweilen scheint dort Alles noch im völligen Dunkel zu liegen.

Mich hat aber Ihr letzter Bericht über die Hessische Sache erschreckt, da Sie da die Anerkennung der Schlüsse vom 28/6. 32 in Aussicht

[1]) Der ehemalige Cabinetsminister war vom Könige berufen, um in der Ministerkrisis Rath zu ertheilen (v. Hassell, II. 1. S. 129), starb aber dort am 20. September.

[2]) Die oesterreichische Antwort vom 15. September auf die preußische Note vom 25. August, in welcher unter Ablehnung der Einladung zum Bundestage der Weg der freien Vereinbarung als der einzig für Preußen gangbare bezeichnet wurde; Deutsche Chronik, 1850 II. S. 89.

stellen, — das darf nimmermehr geschehen. — Ich bin nie ein so großer Gegner dieser Schlüsse gewesen, weil sie am Ende nur eine Interpretation der W. S. A. sind. Allein sie sind aufgehoben. Das ist ein wahrer Gewinn, daß man dadurch das Bundesrecht wieder auf den Zustand von 1820 zurückgebracht hat, und diesen Vortheil dürfen wir nie aufgeben. — Es muß auf andere Weise für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, als durch die Lüge, daß sie nicht aufgehoben seyen. Dies gehört zu den Dingen, die ich meinestheils nimmermehr aufgeben werde. Ebenso schlimm ist die Erhöhung des Bundescontingents. Diese Sache wird den Conflict mit S. M. sofort erneuern, wenn er jetzt eingeschläfert würde.

Daß man im Haag auf die Trennung Deutschlands speculire, ließ sich schon im Frühling aus den dortigen Depeschen sehr klar entnehmen. Zerreißen möchte uns freilich jeder und es wundert mich gar nicht, wenn Scherff in diesem Sinne arbeitet. Nehme ich alles zusammen, so ist die Hoffnung auf eine irgend erträgliche Entwicklung, auf eine Durchführung des Rechts jetzt geringer als jemals; ich habe große Sorge.

Ihre Zeitungssachen hätte ich gern in Ordnung gebracht. Es hat sich aber die Gelegenheit nicht finden wollen, der Nordd. diesen Schlag ungesucht beizubringen. Ich wills aber nicht vergessen. —

Ueber Marcards Rückberufung weiß ich nichts, glaube es auch nicht, obgleich ja in den Militärsachen das Schicksal herrscht. — Abeken[2]) kann sehr wohl für die O.P.A.Z. schreiben. Er hat sich von allen derartigen Sachen zurückgezogen, und arbeitet blos Statistik; aber auf einen Wunsch thut ers. — Jürgens hat mir heute geschrieben. Mancherlei von Interesse.

Und nun leben Sie wohl. Ich habe noch allerlei zu ordnen.

Ihr

JCBS.

Nr. 256. Frankfurt, 23. September.

Ich empfange eben Ihren Brief vom 20. [rect. 19.], der mir Ihre Abreise nach Osnabrück meldet, wozu ich von Herzen Glück wünsche. Das Neueste und Traurigste, den Beschluß in der unseligen Hessischen Sache,

---

2) Herrmann Abeken, jüngster Sohn von Stüves Lehrer und Freund B. R. Abeken, Direktor des Rathsgymnasiums in Osnabrück, war von Stüve zur Leitung des von ihm im Jahre 1848 begründeten statistischen Büreaus berufen und mehrfach publizistisch thätig gewesen.

wollen Sie aus der beiliegenden Abschrift meines gestrigen Berichtes [1]) ersehen. Die Sache wird einen schlimmen Sturm erregen, wohl zuerst in Darmstadt, dann so weiter. Sonst nichts Neues — als was Sie mir ja auch schon schrieben, die Ablehnung der freien Conferenzen. Ich glaube man muß die Hoffnung, zu einem auch nur einigermaßen geregelten Zustande zu gelangen, durchaus aufgeben. Preußen wird für den 15. Oct. eine Verlängerung des Provisoriums erlangen und suchen, in seiner Weise fortzufahren, die Revolution als Grund zu brauchen, um ihm das Wild ins Garn zu jagen. Die Hessische Sache zerstört die Keime zu einer Cristallisation auf dem Boden des Rechtes, die in der B. Versammlung lagen, vollständig und so fällt denn Alles auseinander; — giebts irgend einen Anstoß, wird Preußen via facti weiter vorschreiten und Oesterreich das ruhig geschehen lassen. —

Ihr

D.

Anlage zum Brief vom 23. September.
Detmolds Bericht an Graf Bennigsen.

Nr. 257. Frankfurt, 22. September.

Ew. Hochgeboren beehre ich mich über eine gestern, den 21., stattgehabte Sitzung der Bundes-Versammlung zu berichten — wahrlich schweren Herzens —; denn der Gegenstand dieser Sitzung war die Kurhessische Angelegenheit.

Ew. Hochgeboren werden aus meinen letzten Berichten über die Thätigkeit der Bundes-Vers. wissen, daß die von Kurhessen gestellten Anträge, — die auf eine Billigung des von der Kurhessischen Regierung innehaltenen Verfahrens, namentlich auf eine Anerkennung der Basis dieses Verfahrens, der fortwährenden Validität der Bundes-Beschlüsse vom 28. Juni 1832 hinausgingen —, an einen aus dem General v. Xylander, Geh. Legations-Rath v. Reinhard und Staatsrath v. Linde bestehenden Ausschuß zur Begutachtung verwiesen worden waren. Der Ausschuß erklärte sich gestern zur Berichterstattung bereit, worauf denn Graf Thun sofort eine Sitzung anberaumte.

Ehe ich auf diese Sitzung selbst übergehe, muß ich ein Factum erwähnen, welches ich bereits in meinem französischen Berichte an des Königs Majestät vom gestrigen Tage gemeldet habe. Der Legations-Rath v. Thile,

[1]) S. die Anlage; das Protokoll der Bundestagssitzung vom 21. September findet sich in extenso abgedruckt in Nro. 248 der Hannoverschen Zeitung vom 18. October. Es enthält die ausführlichen Vorträge, welche im Namen der betreffenden Ausschüsse von dem Gesandten für Liechtenstein über die hessische Sache, von dem K. sächsischen Gesandten über die Ratifikation des dänischen Friedens erstattet wurden.

Kgl. Preußischer Geschäftsträger in Cassel, kam am 20. hier in Frankfurt an, verfügte sich sofort nach Wilhelmsbad zum Kurhessischen Minister des Auswärtigen, Legations-Rath von Baumbach, und erklärte demselben: „Preußen werde, wenn der sogenannte Bund die Kurhessische Sache in die Hand nehmen wolle, dies für unstatthaft halten und auf keine Weise dulden.“ [1]) Herr von Baumbach hatte hinterher diese Erklärung schriftlich gefordert, was Herr v. Thile aber verweigerte. Möglich indessen, daß man sich Preußischer Seits doch noch zur schriftlichen Abgabe dieser Erklärung entschließt, wenigstens glaubt der Russische Geschäftsträger, wie er mir mittheilte, dies aus einigen Aeußerungen Preußischer Diplomaten vermuthen zu müssen.

Diese Preußische Erklärung, die mit der eigenen Note des H. v. Schleinitz vom 25. Aug. in geradem Widerspruche stand [2]), daher als eine um so größere Anmaßung erscheinen mußte, verwickelte die ohnehin so schwierige Sachlage noch mehr. Waren mehrere Mitglieder der Versammlung, wie auch namentlich ich, (gegen die vom Wiener Cabinet mehrfach wiederholte Aufforderung zum Einschreiten in die Hessische Angelegenheit), der Ansicht gewesen: die Bundes-Versammlung solle die Hessischen Angelegenheiten noch einstweilen ihrer eigenen Entwickelung überlassen, indem bislang der Moment ihres Einschreitens noch nicht gekommen sei, — so mußten jener Preußischen Erklärung gegenüber alle Bedenken gegen die Schwierigkeiten einer Behandlung der fraglichen Angelegenheit zurücktreten: die Sache lag vielmehr so, daß die Bundes-Vers. nun fast nur noch die Wahl ihrer Todesart hatte, ob sie an dem in Folge der Preußischen Erklärung zu beliebenden Nichtsthun, oder an den in Folge des Oesterreichischen Drängens zu ergreifenden Maßregeln zu Grunde gehen wolle. Unter diesen Umständen entschied man sich für das Letztere, für Einschreiten in die Hessische Sache, da hierfür wenigstens mehr Chancen des Successes erschienen, als für eine Befolgung der Preußischen Drohung, und auch weil man nur auf diese Weise das Wiener Cabinet in seiner Stellung zu den Deutschen Dingen befestigen zu können glaubte, während man durch ein Vonderhandweisen der Hessischen Angelegenheit jene ohnehin so wankende Stellung noch mehr gelockert haben würde.

Nun war aber das Schlimme, daß alles und jedes Handeln in der Kurhessischen Sache zunächst auf eine Anerkennung der Basis hinausgehen

---

[1]) Vgl. die Weisung an den Geschäftsträger vom 21. September, Deutsche Chronik 1850, II. S. 92.

[2]) Insofern den von der frankfurter Versammlung etwa zu fassenden Beschlüssen die Wirksamkeit von Uebereinkünften zwischen den daran Theilnehmenden und innerhalb des Kreises derselben nicht bestritten wurde.

auf welche die Kurhessische Regierung bei ihrem zum Theil un-
-ortlichen Verfahren sich gestützt hatte, nämlich der Verpflichtung
-ände-Versammlung zur Steuer-Bewilligung. Der Kurhessische Be-
-htigte lehnte alles und jedes Einschreiten der Bundes-Vers., das nicht
Ausgangspunkt nähme, als die Verwickelungen noch vermehrend, mit
Entschiedenheit, ja Heftigkeit ab.

-amit wurde denn die Frage: ob die Bundes-Beschlüsse vom 28. Juni
zu den am 2. April 1848 aufgehobenen „Ausnahms-Gesetzen“ zu
-a seien? der eigentliche Kern der ganzen Verhandlung.

-ch übergehe die Details der volle sieben Stunden, von Vormittags
-r bis Abends 6 Uhr dauernden Verhandlungen. Wenn von der
Seite, namentlich von mir, geltend gemacht wurde, wie gefährlich es
-t behaupten zu wollen, daß die Beschlüsse vom 28. Juni 1832 nicht
-ter den „Ausnahms-Gesetzen“ gemeint gewesen, die am 2. April
aufgehoben, wie eine solche Behauptung altes und neues Mißtrauen
-tzünden werde u. s. w., so ward von der andern Seite angeführt:
-i Aufhebung der „Ausnahmsgesetze“ von jenen Beschlüssen von 1832
die Rede gewesen sei (so wenig freilich, wie von anderen derartigen
-üssen), daß diese Beschlüsse aber, namentlich die sub 1 u. 2 haupt-
-h in Betracht kommende Interpretation der Art. 57 u. 58 der Schluß-
-eben als authentische Interpretationen in keiner Weise zu den „Aus-
-s-Gesetzen“ gerechnet werden könnten u. s. w. Indessen über allen
-den, die von hüben und drüben vorgebracht wurden, stand die herbe
-wendigkeit, die einen Beschluß verlangte, und zwar gerade einen solchen,
man ihn ungern gab.

Daß bei der Lage der Dinge nicht von Instructions-Einholung die
-e sein konnte, verstand sich von selbst, obgleich namentlich ich anfangs
Versuch machte, diesen Gesichtspunkt, gegenüber der geforderten An-
-nnung der fortdauerden Rechtsgültigkeit der Beschlüsse von 1832 zur
-tung zu bringen. Ich darf in dieser Beziehung zur Rechtfertigung
-nes Votums noch das bemerken: daß, sollte überall ein Beschluß zu
-nde kommen, bei der eben ausreichenden Stimmenzahl keine einzige
-imme sich ausschließen durfte. Dabei mußte es mir, der ich mehr als
-nd ein anderes Mitglied der Versammlung dem zu fassenden Beschlusse
-onirte, auffallend erscheinen, daß Bevollmächtigte anderer constitutionellen
-gierungen, wie z. B. der Kgl. Bayersche, K. Sächsische, K. Würtembergsche,
-oßherzl. Hessische Gesandte, viel weniger Bedenken bei der Sache
-ten als ich, während sie sonst bei denjenigen Fragen, wo sie sich oder
-e Regierungen dem Vorwurfe reactionärer Gelüste auszusetzen fürchten,
-r die Maßen ängstlich sind, mehr als ich es von meinem Standpuncte

aus in den einzelnen Fragen für nöthig halten konnte. Wenn der Würtembergsche und Großherzl. Hessische Bevollmächtigte auf einen Beschluß, der die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse vom 28. Juni 1832 anerkannte, hindrängten, so ließ sich das bei dem Zustande des Königreichs Würtemberg und des Großherzogthums Hessen erklären: beide Bevollmächtigte kämpften gewissermaßen pro domo, wie ja denn in der Stände-Versammlung zu Darmstadt bereits der Antrag auf Steuerverweigerung gestellt ist; — aber bei den Bevollmächtigten von Bayern und Sachsen waren solche Gründe ihrer Abstimmung nicht anzunehmen, und dennoch hatten beide nur geringe, wenigstens ungleich geringere Bedenken gegen den geforderten Beschluß, als ich.

Unter diesen Umständen habe denn am Ende auch ich diesem Beschlusse schweren Herzens zugestimmt.

Der Beschluß, in welchem man eine Anerkennung der noch fortdauernden Rechtsgültigkeit der ganzen Beschlüsse vom 28. Juni 1832 möglichst zu umgehen und diese Rechtsgültigkeit nur auf das, was darin als „authentische Interpretation“ gelten kann, zu beschränken suchte, lautet also:

„Die Bundes-Versammlung, in Erwägung, daß nach dem Geiste der Grundgesetze des Bundes sowohl als auch nach positiven Bundes-Beschlüssen, insbesondere nach der authentischen Interpretation der Art. 57 u. 58 der Wiener-Schluß-Acte, wie sie in dem Bundesbeschlusse vom 28. Juni 1832 sub 1 u. 2 enthalten ist, den Landständen ein Recht zur Verweigerung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern in keiner Weise zustehe, daß demnach kein Beschluß von Landständen, welcher eine solche Steuerverweigerung direct oder indirect enthält, die Ausübung des landesherrlichen Besteuerungs-Rechtes hemmen könne — in fernerer Erwägung, daß in Kurhessen der Fall der Steuerverweigerung vorliege, auf welchen die Art. 25 u. 26 der Wiener Schluß-Acte zur Anwendung kommen müssen, — beschließt:

1. die Kurfürstl. Hessische Regierung wird aufgefordert, alle einer Bundes-Regierung zustehenden Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohete landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen;

2. die Kurfürstl. Hessische Regierung wird zugleich ersucht, ungesäumt der Bundes-Vers. die in dieser Beziehung von ihr zu ergreifenden Maßregeln, sowie deren Erfolg anzuzeigen;

3. die Bundes-Vers. behält sich vor, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen.“

Es war Absicht und wäre — namentlich der oben erwähnten Preußischen Erklärung gegenüber — von Wichtigkeit gewesen, als 4. Punkt hinzuzufügen:

„daß die Bundes-Vers. die Regierungen von Bayern und Hannover ersuche, ür mögliche Fälle des Bedürfnisses die angemessene Truppenzahl in Bereitschaft zu halten.“ Allein der K. Niederländische, Großherzl. Luxemburgsche Gesandte stimmte diesem 4. Punkte nicht bei, obgleich er keinen Anstand genommen hatte, in der vertraulichen Sitzung vom 12. d. einen ganz gleichen Beschluß zu fassen. Er war auch nicht zu bewegen, seine Zustimmung zu den Beschlüssen unter 1, 2 u. 3 von der Ablehnung des 4. Punctes zu trennen, suchte vielmehr durch eine Ablehnung des 4. Punctes von seiner bereits gegebenen Zustimmung zu den Beschlüssen sub 1—3 wieder los zu kommen. Da nun aber gerade dieser Beschluß — Bereithaltung einer materiellen Bundeshülfe — der Preußischen Erklärung gegenüber von größter Bedeutung erschien, so wurde das Auskunftsmittel getroffen, daß dem Protocolle noch die Notiz einverleibt wurde: die Bevollmächtigten von Bayern und Hannover hätten die Anzeige gemacht, daß sie das in der vertraulichen Sitzung vom 12. dieses Monats gestellte Ersuchen der Bundes-Vers. um Bereithaltung militärischer Bundeshülfe ihren Regierungen einberichtet hätten.

Damit wurde nach einer siebenstündigen Verhandlung die Angelegenheit erledigt.

Wenn ich gleich kaum erwarten darf, daß Königliche Regierung mein Verhalten in dieser Sache gutheißen wird, so habe ich gleichwohl unter den obwaltenden Umständen so handeln zu müssen geglaubt, wie ich gethan. Meine Weigerung, zu dem Beschlusse mitzuwirken, würde natürlich auch die Weigerung anderer Bevollmächtigten nach sich gezogen haben und somit jeder Beschluß vereitelt worden sein.

Neben der Hessischen Angelegenheit kam in dieser Sitzung, jedoch nur ganz kurz und ohne Verhandlung, die Schleswig-Holsteinsche zur Sprache. Am 19. oder 20. ist nämlich ein Courier aus Wien mit der Weisung an Graf Thun angekommen: die Frage von der Ratification des Friedens vom 2. Juli d. J. von der Frage der Pacification der Herzogthümer zu trennen und mit der Ratification rasch voranzugehen. Demnach hat der zur Begutachtung dieser Angelegenheit in der Sitzung vom 2. Septbr. niedergesetzte Ausschuß seinen Bericht erstattet, der auf Ratification des Friedens unter einer Verwahrung wegen Art. IV des Friedens-Vertrages geht, wegen der behuf der Pacification der Herzogthümer aber zu ergreifenden Maßregeln Anträge vorbehält, bis — (was freilich der Bericht nicht sagt) dazu die Materialien vom Wiener Cabinet vorgelegt worden. Die Versammlung hat Instructions-Einholung, auf Dringen des K. Dänischen Herzogl. Holstein-Lauenburgschen Bevollmächtigten, binnen allerkürzester Frist beschlossen, und habe ich daher an Ew. Hochgeboren die

gehorsamste Bitte zu richten, mich wegen dieser Angelegenheit mit Instruction baldmöglichst versehen zu wollen. Den Bericht kann ich leider in diesem Augenblicke noch nicht beilegen, ich füge aber Abschrift des vom Wiener Cabinet vorgelegten Formulars der Ratifications-Urkunde bei, welchem der vom Ausschusse auf Ertheilung der Ratification gestellte Antrag sich ganz genau anschließt, nur daß in dem Ausschuß-Antrage auf Dringen des K. Niederländischen Gesandten statt der Worte „Gesetzgebung des Bundes" (am Schlusse der Pièce) beliebt worden ist „Gesetze und Rechte des Bundes".

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung pp.

gez. Detmold.

G. P. S.

Den eben bei mir eingehenden Ausschußbericht beehre ich mich hierneben beizufügen und verharre ut in litteris humillimis.

gez. Detmold.

Nr. 258. Hannover, 27. September.

Mit recht schwerem Herzen nehme ich heute die Feder, lieber Freund, um Ihnen über den unglückseligen B.T.Schluß vom 21. zu schreiben. Lange Zeit hat mich nichts so schwer getroffen als diese Nachricht, die mich vorgestern bei meiner Rückkehr hieher bewillkommte; es war mir wie ein körperlich empfangener Schlag. Und daß Sie zu dieser verderblichen, zwecklosen Lüge haben zustimmen können, das schmerzt mich am meisten. Bis dahin hatte ich gehofft, meine hiesige Rolle mit halber Ehre zu Ende spielen zu können. Dieser Schlag raubt mir die letzte Hoffnung. Ich nenne den Schluß eine Lüge, das ist er. Sehen Sie nur das Register zu den B.T.Protocollen s. v. Ausnahmsgesetze. — Sehen Sie die Geschichte jenes Beschlusses in den Protokollen des Vorparlaments vom 2. April in den Reden von R. Blum, Uhland, Hecker.[1]) Ihnen kann kein Zweifel übrig bleiben. — Ich nenne diese Lüge zwecklos, denn sie hat, wie sie da im

[1]) Vgl. dieselben bei Jucho, Verhandlungen des deutschen Parlaments. Erste Lieferung S. 101 ff. Dem stürmischen Verlangen der Vorparlaments entsprechend beschloß auf den Antrag der freien Städte:

daß, da die seit dem Jahre 1819 erlassenen sogenannten Ausnahmsgesetze des deutschen Bundes unter veränderten Umständen bereits allenthalben außer Wirksamkeit getreten, dieselben auch von Seiten des deutschen Bundes förmlich als aufgehoben und beseitigt zu erklären seien,

noch am selben Tage (2. April) die Bundes-Versammlung:

daß die gedachten beanstandeten Ausnahmsgesetze und Beschlüsse für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu erachten seien.

Eingange steht, gar keinen anderen Zweck, als dem elenden Hassenpflug diese Niederträchtigkeit abzunehmen und sie den sämmtlichen theilnehmenden Regierungen aufzubürden. Es ist das ein so trauriges Beispiel der Sucht, auch das Schlechteste, das eine Regierung gethan, gut zu heißen, daß die Beschlüsse in unserer Sache vom Jahre 1839 dagegen verschwinden. Verderblich aber ist diese Lüge, weil sie nicht nur den Bund Preußen gegenüber unhaltbar macht (habe ich Sie nicht gewarnt, daß Hessen ein Gift sey, welches den vernichte, der sich damit befaßt?), sondern weil sie auch die ganze Bundessache unwiederbringlich in die schlechtesten Bahnen der Zeit von 1819—48 wieder hineinzieht. — Wie wollen Sie noch Recht handhaben, wenn Sie so der Lüge Hassenpflugs nachgegeben? Wie wollen Sie auf Bundesgericht dringen, wenn Sie damit angefangen, so in den einzelnen Fall — nicht etwa zum Schutz des Besitzes, sondern selbst bundeswidrig, zu Ordnung innerer Verhältnisse einzugreifen? — Wie wollen Sie die Legislatur des Bundes bessern, wenn Sie damit anfangen, für Ihre Versammlung selbst die gesetzgebende Gewalt zu erschleichen, sollte man sagen. — Sie wissen, welche Vorschläge Preußen zu Wien gemacht: „keine Rede von Volksvertretung, damit ja der Bund nicht populär werde, aber die Möglichkeit populärer Union". — Wie arbeiten Sie dem in die Hände! — Es schmerzt mich nun doppelt, daß ich Sie nicht noch ernstlicher gedrängt, Ihrerseits eine Garantie für die Zwecke der Bundesreform zu geben, die nur allein Darmstadt am 8/8. angesprochen hat.[1]) Wir sind um die ganze Frucht der letzten Jahre in diesem Augenblicke gebracht, und wenn ich jetzt von aller öffentlichen Thätigkeit los wäre, doppelt und dreifach wollte ich die Stunde segnen.

Wir werden Sie wohl hieher rufen müssen, um einmal ernstlich die gefahrvolle Lage der Dinge zu besprechen.[2]) Denken Sie auf einen Substituten, der sich ausdrücklich verbindet, lediglich ad referendum zu nehmen. Man wird ja gezwungen, auf Garantien zu denken. Ob wir noch etwas nützen können, indem wir das praeambulum Ihres Schlusses als thatsächlichen Irrthum zurückweisen, ist die Frage. Jedenfalls wird es nun unerläßlich: 1) auf deutliche positive Bezeichnung der Zielpuncte der

[1]) In der Sitzung der Plenar-Versammlung am 7. August hatten die meisten Bevollmächtigten sich damit begnügt, die Erklärung des Präsidiums: der Kaiserliche Hof verpfände sein Wort, daß seinem Antrage nicht die Absicht zu Grunde liege, zu den früheren Zuständen und Formen als letztem Zweck zurückzukehren, zu acceptiren, derjenige Darmstadts jedoch die ausdrückliche Erklärung hinzugefügt: der Großherzog betrachte eine starke Bundesregierung, ein Bundesgericht und die Berufung von Vertretern der Nation zur Theilnahme an der Berathung über die wichtigsten Interessen als die Basis der den Anforderungen der Nation entsprechend festzustellenden Bundesverfassung.

[2]) Dies geschah. Vgl. hierüber und wegen des weiteren JCB Stüve, II. S. 438.

Reform des Bundes zu bringen und 2) die Spezification der aufgehobenen Ausnahmsgesetze aufzustellen — was längst hätte geschehen sollen — und, wenn beides nicht zu erreichen, sich von einer Versammlung loszusagen, die so damit anfängt, Recht und Wahrheit zu momentanen Zwecken zu beugen. Gott weiß, was daraus noch werden wird; aber daß das Schlechteste werden muß, wenn wir auf diesen Wegen gehen, das ist ganz gewiß. Daß meine Collegen denken wie ich, werden Sie aus der in meiner Abwesenheit verfaßten Instruction ersehen haben. Auch der König hat die Sache mit Verwunderung und, so viel ich weiß, Mißbilligung aufgenommen.

Von meinem Aufenthalte in O. habe ich wenig gehabt; meine Gesundheit ist angegriffen. Ich muß mich sehr in Acht nehmen. Hier sitzen nun Landdrost Bülow, Ober-Appellationsrath v. Rössing und Lindemann in Commission, um uns zu critisiren — wollte Gott, uns zu ersetzen.

Daß Hassenpflug, ad instar Hrn. v. Schele im Jahre 1839, den trefflichen Beschluß sogleich publicirt hat, wissen Sie ja auch. — Nun bitte ich Sie, denken Sie ernstlich auf Heilmittel dieses großen Uebels. Es wird geschnitten werden müssen. Dazu finden Sie uns durchaus bereit, sobald nur unsere Stellung fest ist. Daß aber diese Sache in eine solche Crisis fällt, ist ein neues Probestück, wie schlimm diese Schwankungen uns treffen. — Hätten wir doch lieber Hessen den Preußen Preis gegeben. — Es wäre besser als so.

Doch ich muß abbrechen. Leben Sie recht wohl.

Ihr
JCWS.

Nr. 259. Frankfurt, 18. October.

Wie wirs in Hannover erwarteten, haben die 3 Potentaten[1]) in Bregenz sich ins Feuer hinein geredet. Man ist ganz fest und entschieden und will Preußen mit allen unbegründeten Ansprüchen auf das schärfste zurückweisen. Die Stimmung ist entschieden kriegerisch; vielleicht will man jetzt nur das Preußische Mittel gegen Preußen brauchen und fast scheint es, als ob es hülfe; denn die letzten Berliner Artikel lauten ungemein milde. Daß Oesterreich die Kurhessische Frage ausersehen, um in ihr die ganze Deutsche auszutragen, hatte ich richtig erkannt; denn die Instruktionen, die von Bregenz gekommen sind, gehen dahin, um jeden Preis die Kurhessische Frage festzuhalten und in ihr auf dem Wege des Bundesrechts bis zum Äußersten vorzugehen. Der Bundestag aber soll Alles machen, Alles

[1]) Von Oesterreich, Bayern und Württemberg. Hierüber und über die zwischenzeitliche Entwicklung vgl. v. Sybel, I. S. 424 ff.

entscheiden, Oesterreich ist nur ein Mitglied wie die anderen; dies sind offenbar Concessionen, die Schwarzenberg gemacht hat. Über den Plan, den man verfolgen will, hab ich im Einzelnen nichts vernommen, Thun versichert, er wisse selbst noch nichts davon und habe nur die Mittheilung erhalten, daß, sobald Schwarzenberg nach Wien zurück sein würde, an die in Bregenz nicht vertreten gewesenen bundestreuen Regierungen ausführliche Mittheilungen ergehen. Daß Bayern die Executive gegen Kurhessen allein übernehmen wolle, falls Hannover die Bundespflicht weigere, werden Sie aus meinen Berichten ersehen haben. In München scheint man überhaupt Hannover nicht eben mit freundlichem Auge zu betrachten, — wie denn überhaupt die Stellung jetzt diesem brüskirenden Verhalten gegenüber peinlich wird. Ich habe mit Thun und Rechberg verschiedene Unterredungen über die im Falle eines Krieges so unselig schwierige Stellung Hannovers gehabt; sie haben mich aber immer auf den sichern Schutz Oesterreichs verwiesen, über welchen eben in jenen in Aussicht gestellten Eröffnungen über die Bregenzer Conferenzen Genaueres und Beruhigendes enthalten sei. Ich glaube noch immer nicht an Krieg; aber man muß doch die Möglichkeit einmal ins Gesicht fassen und da muß ich gestehen, daß mir graut. Schließt Hannover sich Preußen an, so wird Preußen bei der ersten Gelegenheit Frieden schließen, es hat ja dann an Hannover das, was es haben wollte, und Oesterreich und die Süddeutschen werden diesem dann wahrlich nicht helfen. Hält Hannover aber zum Bundestage, zu Oesterreich und Bayern, so fängt Preußen mit der Occupation von Hannover an. Das hab ich Thun pp. entgegengehalten, die aber behaupten, von Sachsen her werde Oesterreich mit einem solchen Choc anrennnen, daß Preußen gar keine Truppen für Hannover zu verwenden haben werde, wenn dieses nur nicht gleich gutwillig sich füge. Ob Neutralität möglich sein wird, wenn es zum Kriege kommt, ist eine Frage. Jedenfalls müßte diese Neutralität nicht bloß in London und St. Petersburg, sondern auch in Wien negociirt und anerkannt werden, schießlich in Berlin nicht minder. — Wie der eigentlich in Bregenz verabredete Plan lautet, weiß ich noch nicht; hauptsächlich will man mit der Hessischen Sache operiren, in Hessen einrücken. Rückt dann Preußen gleichfalls ein, so wird man, wie ich vermuthe, Execution gegen Preußen beschließen und Oesterreich damit beauftragen. — Ich habe Thun dringend um mögliche Mäßigung ersucht, womit er mich aber fest zurückweiset: Hannover habe ja am entschiedensten immer das Bundesrecht und nur das Bundesrecht reclamirt. Ich habe ihm vorgeschlagen, den Kurfürsten einen Brief an den Kaiser von Rußland schreiben zu lassen, worin dieser im Voraus ankündigt, daß er die Garanten der Verträge von 1815 zum Schutz seines Rechts auffordern werde, wenn

Preußen in Hessen einrücke. Ich hab auch ein ungefähres Ding der Ar: geschrieben, womit Thun heute nach Wilhelmsbad ist; ich schicke Ihnen wohl mit nächster Gelegenheit Abschrift davon; ich zweifle nicht, daß der Kurfürst darauf eingeht. Dann hab ich vorgeschlagen, dem Kurfürstlichen Gesandten in Berlin eine Erklärung in die Tasche zu stecken, worin die Kurfürstliche Regierung ankündigt, sie habe Bundeshülfe nachgesucht und werde diese erhalten, daneben aber ausspricht, daß, wenn Preußen einrücken lasse, der Kurfürst die Garanten der Verträge von 1815 anrufen werde.

Ich kann mir denken, wie diese drohende Peripetie der Deutschen Dinge die dortige Crisis verwickeln und die Lösung erschweren wird. Hoffentlich sind Sie, liebster Freund, und Ihre Collegen nunmehr erlöst; wer Ihre Nachfolger sein werden, darauf ist man hier sehr gespannt. Die Wendung ist um deßwillen so bedenklich, weil die neue Verwaltung zunächst unter dem Drucke des Momentes und der immer brennender werdenden Fragen fast zunächst nur für die nächste Frage gebildet werden muß, die Untersuchung also, ob Jemand im Übrigen dazu tüchtig, beinahe in den Hintergrund treten muß. Über die dortige Entwickelung der Dinge hörte ich gern etwas von Ihnen.

Der Ihrige
D.

Noch eins, die Sache wegen der Intervention in Hessen wird hier mit der größten Heimlichkeit behandelt. Um allen Verdacht abzulenken und Conflikte in Cassel zwischen dem treugebliebenen Militär und den andern möglichst hinauszuschieben, wird die öffentliche Meinung von Wilhelmsbad mit Gerüchten über beabsichtigten Ministerwechsel genährt. Wahrscheinlich werden auch bald Gerüchte von Hinneigen zur Union dazu kommen. Aber an der Entlassung und Ersetzung Hassenpflugs wird wirklich ganz ernstlich gearbeitet.

Ich lege das Concept des Briefes an den Czaren bei, weiß und glaube freilich nicht, daß es so bleibt.

Nr. 260. Hannover, 21. October.

Eben erhalte ich Ihr Schreiben vom 18. durch E. S. und antworte darauf für heute nichts. Statt dessen gebe ich Ihnen eine kurze Geschichte der Tage seit Ihrer Abreise. Am 12. hatte Rex gedroht zu abdiciren, wenn kein Ministerium zu Stande komme. Münchhausen hatte es also übernommen, mit Lindemann, Jacobi [1]), Rössing, Th. Meyer und Bülow

[1]) General-Adjutant.

ein solches zu bilden. Allein Langenau[1]) war schon am 13. sehr besorgt dieserhalb, und am 14. zeigten die HH. an, daß sie keinenfalls Truppen an der Hessischen Gränze aufstellen würden. Dazu wollte Bülow nicht die Finanzen übernehmen; es war von Francke die Rede, der ein Piepmeier erster Sorte ist, und Jacobi war die Entlassung vom militärischen Fahneneide verweigert, ohne die Verantwortlichkeit unmöglich ist. — Der König gab nun die Bildung eines neuen Ministerii auf, war am Dienstag und Mittwoch krank, jedoch nicht sehr, da der Großherzog von Oldenburg hier war. — Am Donnerstag ließ er uns durch Münchhausen schreiben: die Krisis müsse aus seyn, er wolle das Militär reduciren, die Organisation durchführen; Jacobi solle Kriegsminister seyn, und wir wieder wie früher vortragen. — Münchhausen war von der Anfregung ganz ruinirt nach Aplern gegangen. — Wir hielten bei der Unbestimmtheit der Äußerungen nothwendig, Bedingungen zu stellen, die ungefähr in der Ihnen schon aus unseren Gesprächen bekannten Weise, aber eher milder als schärfer gestellt sind, wie ich sie wohl ausgesprochen. Diese sind am Sonnabend mitgetheilt, aber im höchsten Grade übel aufgenommen. Es sind dabei die Concessionen vom Donnerstag zum Theil abgeläugnet, so daß die ganze Nothwendigkeit jener Bedingungen mehr als klar geworden ist, wenn wir auch nur 3 Tage operiren sollten. Dazu ist Bennigsen beleidigt, und das wird in einer nicht der Wahrheit gemäßen Form aller Welt erzählt. Schriftliche Antwort haben wir noch nicht. Jetzt ist Schele hier, — der aber, wie ich höre, selbst den Bundestag für unberechtigt hält. Er hatte sich 1848 gänzlich Frankfurt unterworfen. Und der Finanzdirector Kielmannsegge. Ob die helfen, muß man sehen. Es ist sehr schlimm, daß in diesem Moment das Land keine Regierung hat. Aber wir können und werden keine Schritte thun, die irgend eine Verantwortung tragen. Langenau ist fortwährend täglich im Palais und regt durch Thunsche Schreiben noch mehr auf. Dadurch wird Östreich sich hier im Lande gänzlich alle Sympathieen entziehen und in Zukunft gar keine Selbständigkeit mehr möglich bleiben. Denn das mag man doch ja nicht vergessen, daß unser Adel, — auf den Östreich allein rechnen könnte (außer etwa den westphälischen Katholiken), mit jedem Tage Preußischer wird. So arbeitet alles an der Grube, in die wir stürzen müssen.

Wie ich höre, hat Schele Aufträge, wahrscheinlich einmal wieder Rath zu geben, womit wir die Zeit verspillen, in der zu handeln wäre. Von den Bregenzer Separatverträgen sind uns flüchtige Mittheilungen über Dresden geworden. Mögen die Dinge zum Erträglichen führen.

Ihr

JCBS.

[1]) Generalmajor von Langenau, seit 29. September österreichischer Gesandter in Hannover.

Nr. 261. Frankfurt, 24. October.

Ich empfange eben Ihren Brief vom 21., der mir die traurige Nachricht bringt, daß sich dort noch immer keine festen Zustände gestalten. Ich habe in den letzten Tagen keine Berichte geschickt, theils weil wenig zu melden gewesen wäre, theils weil ich der Post wegen einigermaßen besorgt war. Man hat noch immer keinen Befehl zum Einrücken gegeben, Graf Thun und der widerwärtige Graf Rechberg, der jetzt hier liegt (er hat wie ich höre, seine Ernennung zum Posten in Constantinopel erhalten, ein Sieg über Prokesch und Beweis der besonderen Gunst Schwarzenbergs für ihn) thun zwar, als liege davon alle Schuld an der im entscheidenden Augenblick mangelnden Cooperation Hannovers; — ich glaube mich aber nicht zu täuschen, wenn ich den wahren Grund davon in Wilhelmsbad suche, wo man hin und her schwankt und wahrscheinlich in diesem Augenblicke hofft, ohne Intervention fertig zu werden oder vielmehr Preußen nicht zu brüskiren. Preußen läßt, wie ich höre, heute in Hessen einmarschiren, vorläufig nur auf den Etappenstraßen, von dem Einmarsch der Bayern aber höre ich noch nichts. Mag sein, daß die Sache weiter ist, als ich vermuthe, weil ich absichtlich in den letzten Tagen mich sehr zurückgezogen habe, — aber ich glaube obige Vermuthung von dem Schwanken in Wilhelmsbad ist richtig. Schon vor 8 Tagen hab ich dem Grafen Thun auf dessen Wunsch das Material zusammengestellt zu einer Proclamatiou des Kurfürsten in Betreff der Bundeshülfe und zu einer Note des Kurhessischen Ministeriums an das Berliner Cabinet über denselben Gegenstand; — als ich gestern wie beiläufig nach diesen beiden Piecen fragte, waren dieselben noch um Nichts gefördert; will man (in Wilhelmsbad) aber den Einmarsch, so müssen diese Piecen voraufgehen. Läßt die B. Versammlung wirklich einmarschiren, so fürchte ich den Einmarsch der Preußen nicht, d. h. sie werden wohl einrücken lassen, aber sie machen sich nur selbst lächerlich damit, — außer wenn sie gleich auf die einrückenden Bundestruppen schießen. Das werden sie aber nicht wollen, und da frag ich denn, was sie in Hessen wollen? Sie wollen den Bundestag hindern, acte d'autorité zu machen; läßt er aber einrücken und schickt einen Bundes-Commissär, so können die Preußen das nicht hindern. Wollen sie selbst pacificiren d. h. die Autorität des Kurfürsten wiederherstellen? aber der Kurfürst will sie ja nicht; ihre Autorität wird ja nirgend anerkannt; die treu gebliebenen Behörden und Unterthanen weigern ihnen den Gehorsam; die ihnen gehorsamen löst das Ministerium auf oder ruft sie nach Hanau. Auf Seite der Renitenten [sich] zu stellen, werden sie sich bedanken. Ich glaube, daß die Erwägung dieser Schwierigkeiten sie auf den richtigen und gefährlichen Gedanken gebracht hat, in Wilhelmsbad unter der Hand zu negociiren und daß dadurch die

Schwankungen entstanden sind. — Eine große Verlegenheit bereitet auch der Civil-Commissär. Graf Thun wünschte den Grafen Rechberg dazu zu ernennen: das scheint von Wien aus oder vom Grafen Rechberg refüsirt zu sein; in Darmstadt (wohin Thun heute ist) scheint man auch Niemanden finden zu können, und so ist die Verlegenheit groß. Dagegen ist man über den F. Thurn-Taxis, der die Tage her hier war und der die Bairischen Interventions-Truppen commandiren wird, sehr zufrieden; er hat die Absicht, mit soviel oder wenig Truppen, wie er im Augenblick des Marschbefehls zur Hand hat, in Hessen einzumarschiren, dieselben als fliegendes Corps auf Cassel zu schieben und nur der übermächtigen Gewalt zu weichen.

Gestern sind Depeschen aus Wien gekommen wegen der Schleswigschen Sache; zugleich hat Bülow die Ratifikations-Urkunde erhalten, (die er ohne Zweifel längst hatte, mit der er aber nicht vorgehen wollte, bis er zugleich Aussicht auf das Inhibitorium hatte), und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden wird nun Morgen erfolgen. Dänischer Seits wird dabei die Anwesenheit des L. Cowley als Repräsentanten der vermittelnden Macht gewünscht und Cowley ist auch von Palmerston dazu ermächtigt; es fragt sich nun und wird überlegt und beschlossen werden, ob man Cowley, der ja beim B. T. nicht accreditirt ist, zuläßt oder nicht. Vermuthlich wird es geschehen, um so mehr, als ohne Zweifel dem Inhibitorium gleich die Anerkennung Seitens Rußlands folgen wird. Dieses, das Inhibitorium, wird wohl noch in dieser Woche beschlossen werden; ich kann natürlich nur erklären, daß ich ohne Instruktion bin. Soviel ich bis jetzt weiß (erst heute Abend werde ich Näheres erfahren), wird eine Aufforderung an die Statthalterschaft gefordert, zur Einstellung der Feindseligkeiten und Auflösung der Armeen, unter Verpflichtung der Dänen, hinter der Eider zu bleiben, dann Abschickung eines Commissars. Wen aber dazu ernennen? Der König hatte den Landdrosten von Bülow dazu vorschlagen lassen in Wien, — glauben Sie, daß der dazu paßt? Ich habe ihn einmal gesprochen am Tage vor meiner Abreise; er hat mir nicht den Eindruck gemacht, als ob er zu einer solchen Stelle paßte. Aber wen? wäre Bothmer statt in Carow irgendwo in der Welt, wo er abzulangen wäre, so würde ich den vorschlagen. Wissen Sie Jemand? — Die Erlassung des Inhibitorii wird nun überall, namentlich aber in unserem Lande sehr gegen den Strich gehen, — aber man wird über diesen Graben springen müssen, um diese unselige Kette am Beine endlich loszuwerden. Es ist nicht ohne Grund, daß die Gothaer Parthei, da sie sonst in Hannover keinen Boden gewinnen konnte, [dieses] zum Hauptschauplatz der Agitation für Schleswig gemacht hat. — Charakteristisch ist, daß hier Niemand an den Krieg glauben will, so ernsthafte Anstalten auf den beiden Seiten gemacht werden. Daß Oester-

reich endlich dem Dinge ein Ende machen will, ganz ernstlich will, bezweifle ich nicht; denn die Revolution hat seit einem Jahre wieder sehr viel Terrain gewonnen, weil Preußen eine Consolidirung der Deutschen Zustände hindert. Entwischt der Kurfürst von Hessen, so wird man den Strauß in der Schleswigschen Sache zu Ende zu bringen suchen.

Haben Sie in diesem Augenblicke noch Zeit und Lust zu einem anderweitigen Interesse, so möchte ich Sie bitten, Entwürfe anzusehen, die Ihr Landsmann Kreling für die Dekoration des Theaters eingeschickt hat. Es ist dazu so eine Art Concurs eröffnet worden, indeß mit unglaublich kurzer Frist, was auch vermuthen ließ, daß die Sache wohl schon im Voraus abgekartet sei. Mir kam das Ausschreiben obendrein verspätet zu, und so schickte ich's Kreling, als die Frist schon bis auf wenige Tage abgelaufen war. Der aber ist so produktiv, daß er, wie er mir schreibt, doch noch Entwürfe eingeschickt hat. Es ist ein Mensch von enormem Talent, und ich möchte wohl wissen, ob seine Arbeiten irgend Chancen des Successes haben. Hörten Sie wohl einmal darüber irgendwo ins Haus? Wie es mir scheint will Oesterley [1]) den Verdienst nicht gern an Andere überlassen, vielmehr höchstens mit dem Sohn von Laves [2]) theilen — da wäre denn ein so bedeutender Concurrent wie Kreling unbequem. [3])

Hätten Sie vielleicht die Güte, das was Sie in obigen Mittheilungen für mittheilenswerth erachten, Sr. Majestät und dem Ministerio vorzulegen, da ich der Post wegen nur das Nothwendigste berichten werde?

Ihr getreuester

D.

Nr. 262. Hannover, 26. October.

Meinen besten Dank für die Mittheilung vom 24., von der der nöthige Gebrauch gemacht werden wird. Uebrigens kann ich Ihnen melden, daß heute unsere Entlassung unterzeichnet ist; und zwar hat das Scheiden nicht auf die freundlichste Weise stattgefunden. Unsere Nachfolger Münchhausen, Lindemann, Rössing, Meyer, Jacobi — einen Finanzminister hat man nicht — beginnen mit einer Politik der Halbheit, die nach meiner Meinung gänzlich unhaltbar ist. Sie dienen blos dazu, einem Ministerium der gänzlichen Reaction eben durch ihre Schwäche den Weg zu bahnen. Ich habe ihnen das offen ausgesprochen. Einstweilen aber wird Ihre Stellung dort nicht leichter, wenn man Sie nicht ganz zurückzieht. Da-

---

[1]) Hofmaler und Professor. — [2]) Oberhofbaudirektor, Erbauer des Theaters.

[3]) Der Auftrag wegen der Deckengemälde wurde Kreling ertheilt und von ihm ausgeführt.

neben wird man aber freilich Knyphausen und Platen in Function lassen, oder letzteren durch den eben so schwarzgelben Kielmansegge ersetzen. So hört man wenigstens, begreiflich ist mir das alles selbst nicht.

Wahrlich für uns persönlich ists ein großes Glück, aus dieser widerwärtigsten aller Situationen erlöst zu seyn, und das in einem Moment, wo die widerwärtigsten Fragen zu lösen sind. Wir hätten das versuchen müssen, und es ist eigentlich sehr dumm von unseren Gegnern, daß sie uns nicht daran erst noch uns haben ruiniren lassen. Vielleicht — wenn man ihnen soviel Klugheit zutrauen darf — war das der Plan bei der quasi Versöhnung vom 17. und darauf berechnet das Schmieren der Niedersächs. Zeitung, das sich in die gemeinste Schimpferei verkehrte, als der Plan gescheitert war, was uns denn noch zu guter letzt zu einer Klage gegen dieses Blatt genöthigt hat.

Verzeihen Sie die Flüchtigkeit dieser Zeilen. Gründlich zu schreiben habe ich für den Augenblick weder Lust noch den Stoff; ich wollte Sie nur einiger Maßen in Kenntniß setzen, daß hier nur eine andere Verwirrung eingezogen ist, und dazu ist mein Schreiben wohl im Stande.

So wird denn unser Zustand dem des übrigen Deutschlands immer homogener, und am Ende wird sich, wills Gott, alles in völliger Harmonie auflösen.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Ich denke Dienstags von hier zu gehen, also antworten Sie mir hieher nicht. Wahrscheinlich schreibe ich Ihnen noch.

Nr. 263. Frankfurt, 1. November.

Zuerst, theuerster Fr., meinen herzlichsten Glückwunsch, daß Sie aus einer Situation erlöst ist, von deren Widerwärtigkeit und Unhaltbarkeit ich früher keinen Begriff hatte, bis ich dieselbe dann aus eigener Anschauung kennen lernte — so daß ich sicher das Recht habe, nun, da jene Situation gelöst ist, zuerst mich zu freuen, daß Sie befreit sind, und Ihnen Glück dazu zu wünschen. — Dann hätte aber auch die Klage ihr Recht, sofern diese überall ein Recht in politischen Dingen hat, da sie sich ja am Ende doch nur auf den allgemeinen Jammer reduciren würde, daß die Menschen und die Dinge so sind, wie sie sind, und nicht besser und vernünftiger. Höchstens könnte man noch fragen, wie Ihr Verhältniß zum Könige angesichts der neuesten Wendung geworden wäre, die in den Deutschen Dingen bevorsteht. Indessen diese Probe wird sich wohl an Ihren Nachfolgern machen. Diese — so sehr ich den aufopfernden Patriotismus der

Männer ehre, die die schwere Aufgabe übernommen — sind eine rechte Strafe für die Partei, die Sie zu stürzen suchte. Nach innen geht das neue Ministerium die Wege seiner Vorgänger, aber ohne deren Mittel; — nach außen wird es lange nicht so weit gehen, als das alte, das jener Partei nicht weit genug ging. In dieser Charakteristik liegt auch seine Geschichte. Gehen die Dinge schlecht — nun, wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen todt; gehen die Dinge gut, wird's eine Zeitlang von den Ereignissen und den alten von seinen Vorgängern gebahnten Geleisen getragen und wird dann eines schönen Morgens einem Junker-Ministerium Platz machen, d. h. wenn der König das Alles erlebt. Wie der Kronprinz sich zu den Dingen stellen wird, scheint überall noch sehr dunkel. Aber erzählen will ich Ihnen doch, daß, als ich am Abend vor meiner Abreise von Ihnen zum Kronprinzen geholt wurde, dieser mir sagte, es sei hauptsächlich aus Neugierde geschehen. Als er von Altenburg zurückgekommen (den Nachmittag), habe der König ihm erklärt: er habe sich entschlossen, das Ministerium zu entlassen; als der Kronprinz sich darüber verwundert, habe der König gesagt: ich hätte ihn dazu bestimmt, und ihn überzeugt. Davon wolle er nun von mir die Gründe hören. Ich nahm keinen Anstand, mich offen auszusprechen: dies Ministerium sei das Beste, was der König und das Land je finden könnten; wie die Dinge sich aber durch des Königs Verhalten zu diesem Ministerium gestellt, müsse ich der Ansicht sein, daß das schlechteste Ministerium besser sei als dieses. Denn es geschehe jetzt nichts, die Autorität der Regierung schleife im Drecke; Hannover, das über seine Kräfte hinaus Autorität besessen, verliere dieselbe ganz; hauptsächlich aber hätte ich zu der Entlassung gerathen, um der Männer selbst willen, die in einer ganz unhaltbaren Stellung sich aufreiben; ob denn das Land an solchen Männern so reich sei, daß es diese in solcher Weise aufgeben könne? ich hätte dazu gerathen um seinetwillen, um des Kronprinzen willen, um ihm diese Männer zu erhalten u. dgl. m. Diesen letzten Gedanken hat der Kronprinz nun in der allertrefflichsten Weise arripirt. Überhaupt hat er einen entschiedenen und guten Eindruck auf mich gemacht, vor Allem sein Drang nach Klarheit. Doch von all dem ein ander Mal!

Wir stehen an einer entscheidenden Wendung — das ist keine Frage. Das künstliche und lügenhafte Gebäude des Herrn von Radowitz bricht an allen Ecken zusammen; es ist ganz merkwürdig, wie auf einmal von allen Seiten die Stimmen sich erheben, aus Wien, Warschau, Paris, London, Carlsruhe, selbst Frankfurt. (Was letzteres betrifft, so ist hier eine Wendung eingetreten, die mich, der ich seit $2^1/_2$ Jahren hier bin und sehr eingewohnt bin, hoch erfreut: nachdem hier seit März 48 Demokraten

und Gothaer in den städtischen Dingen komplet geherrscht und den unglaublichsten Unsinn angerichtet, haben die neuesten Wahlen zu der (entscheidenden) Gesetzgebenden Versammlung ein Resultat gehabt, das man sich kaum träumen lassen konnte; sie sind fast zu konservativ ausgefallen; die Wendung ist, was das erfreulichste, aus den untern Ständen hervorgegangen.) — Oesterreich will entschieden das Bundesrecht. Was ich schon im December 49 ahnte und was ich seitdem immer und immer wieder erblickte, ist mir jetzt ganz zweifellos — der heillose Einfluß, den Kübeck geübt. Kübeck hat dem Dualismus in Wien das Wort geredet; Kübeck hat immer und immer wieder abgehalten, wenn Schwarzenberg sich auf den Boden des Bundesrechts stellen wollte; das hat mir Rechberg zugegeben, das geht selbst aus Wiener Zeitungs-Artikeln hervor. Wie diese melden, hat er sich malcontent auf seine Güter zurückgezogen. Schwarzenberg aber erklärt, er wolle das Bundesrecht und nur das Bundesrecht. Schlimm, daß man jetzt ungleich kräftigere Mittel anwenden muß, als vor 3 Monaten dazu nöthig gewesen wären. Indessen an den Krieg glaubt kein Mensch. Wie ich Ihnen wohl gesagt habe, Oesterreich will auf dem Gebiete der Hessischen Angelegenheit die ganze Deutsche Frage zur Entscheidung bringen — dieser Gedanke wird auf das entschiedenste festgehalten. Der König von Preußen hatte einen eigenhändigen Brief an den Kaiser von Oesterreich geschrieben und dringend gebeten, ein gemeinschaftliches Arrangement der Hessischen Sache annehmen zu wollen, da Preußen ein anderes nicht zugeben könne. Eine gestern hier aus Wien angelangte Depesche Schwarzenbergs meldet: dieser Brief sei, „wie natürlich", ablehnend beantwortet, vielmehr die ganze Entscheidung allein dem Bundestage überlassen. Die Depesche meldet zugleich von erneuerten und beschleunigten Märschen Oesterreichischer Truppen, desgl. daß der Kaiser am 29. aus Warschau zurückgekehrt sei, wo die Oesterreichische Politik die allerentschiedenste Billigung und Unterstützung gefunden, und von wo aus die schärfsten Erklärungen in diesem Sinne nach Berlin gegangen. Die Berliner Zeitungen läugnen letzteres auch nicht — und zugleich stürzen dort die Fonds! Es glaubt auch dort Niemand an den Ernst der Drohungen, und so wenig konstitutionell man auch von Herzen dort ist, so wird man doch am Ende finden, daß die im Constitutionalismus gegebene Form für die nothwendig gewordene Wendung, eine Änderung des Ministeriums, ihre großen Bequemlichkeiten habe. Erklärt man von Berlin aus, namentlich nach einer solchen Aenderung, ehrlich sich einigen zu wollen, so wird Oesterreich die Conferenzen gewiß gleich zugeben, die dann neben dem Bundestage bestehen; letzterer würde dann die dort gefaßten Beschlüsse sanctioniren. Das wäre die Brücke für beide Theile, — aber

über das Wesen müßte man vorher einig, in materieller Hinsicht vollkommen einverstanden sein. — Daß es in Kurhessen zu einem Conflikte kommen werde, glaub ich nicht. Die Bayern, Graf Rechberg als Civil-Commissar, rücken heute 10000 Mann stark in Hessen ein, zunächst auf Hanau, von wo eine Colonne Morgen auf Fulda weiter marschirt. Zu gleicher Zeit werden wohl die Preußen nach Cassel pp. einrücken. Dann fragt's sich, wie weiter? Entweder man erklärt das hier für Bundesbruch und erkennt Execution gegen Preußen — oder (das ist eine Ansicht, die ich bis jetzt aber nur noch allein vertrete) man ignorirt dieses Faktum, giebts an eine Commission, die zögert pp., fährt aber im Pacifications-Werk fort, ohne sich von den Preußen hindern zu lassen; diese kommen dadurch in eine fatale und ganz unhaltbare Position. Würtemberg hat gestern einen Offizier geschickt und unaufgefordert 18000 M. angeboten, die sofort mobil gemacht und, unter die Befehle von Thurn-Taxis gestellt, den Bayern sich anschließen sollen. — Schlimmer aber liegt die Schleswigsche Sache. Radowitz' Note nach Copenhagen vom 17. Oct. werden Sie aus den Zeitungen kennen: er will für Aufrechterhaltung des Friedens, nun derselbe perfekt geworden, sorgen, aber durch ein Arrangement, woran Preußen beteiligt ist; ein Preußischer, ein Oesterreichischer und ein Dänischer Commissar sollen in Hamburg zusammentreten und ein Abkommen finden. Dafür stellt er dann zugleich einen 6monatlichen Waffenstillstand in Aussicht. Dänemark will diesen um jeden Preis, wird also eine solche Offerte nicht ablehnen können; die andern Mächte werden sie unterstützen. Eine Pacifikation von Seiten des Bundes, den Dänemark angerufen, würde unendlich lange dauern und eine Masse Schwierigkeiten finden. Hier liegt eben der Europäischen Complikation wegen eine große Gefahr. Mich soll wundern, wie man sich jetzt in Hannover zu dieser Sache stellen wird. In der Hessischen werden, wie man mir meldet, Instruktionen für mich vorbereitet, zugleich eine Mission nach Wien über diese Sache, vermuthlich Kielmansegge, nach der Andeutung Ihres Briefes.

Ich adressire den Brief nach Osnabrück und schreibe unfrankirt, wie früher das zwischen uns Sitte war und das bequemste ist. Werden Sie in Osnabrück bleiben oder (wie die Zeitung für Norddeutschland andeutete) eine Reise machen?

Der Ihrige

D.

Die Wendung in Carlsruhe ist zunächst durch folgende Thatsache hervorgerufen. Als der Prinz von Preußen zuletzt dort war (Anfang October), sprach er mit dem Großherzog über die von Preußen für den 15. Oct. zu machenden Vorschläge und sprach sich ebenso kurz als taktlos

gegen denselben dahin aus: „Über die Vorschläge, die wir am 15. machen werden, habe ich mit Klüber ausführlich gesprochen, der Ihnen davon reden wird.“ Die Großherzogin, die schon lange vergebens auf eine Wendung hingearbeitet hatte, zu der dem Großherzog stets der Muth gefehlt, schickte nun einen Courier an Rüdt, der sich zufällig in Paris befand und citirte den. Als Klüber nun zum Großherzog kam, um ihm von den Preußischen Vorschlägen zu reden, empfing ihn der auf das allerreservirteste. [1])

Ich füge noch die neuesten Nachrichten bei. Die Bayern sind heute 1¼ Uhr Mittags in Hanau eingerückt, das Hauptcorps ist gleich auf der Straße nach Fulda zu weiter marschirt. Ein Brief von Prokesch meldet von der Wirkung und dem Eindruck der neuesten Russischen Erklärungen in Berlin. Radowitz ist mit Stockhausen nach Sanssouci gefahren, um die Mobilisirung der ganzen Preußischen Armee vom König zu fordern, ist aber krank zurückgekehrt. Eine Depesche des Bairischen Gesandten in Berlin meldet, daß Radowitz nur noch freie Conferenzen ad modum der Wiener von 1820 fordert; sobald diese zugestanden, werde Preußen, um, was darin beschlossen worden, durch den Bundestag zu sanktioniren, seinen Platz in der B. Versammlung einnehmen.

Nr. 264. Hannover, 6. November.

Lassen Sie mich mit wenig Worten den Empfang Ihres nach Osnabrück gerichteten Briefs anzeigen, lieber Freund. Ich bin vom 29.—4. sehr heiter und glücklich bei meinen Freunden[2]) gewesen; aber hier drückt eine schlechte Luft auf mich; es sind lauter Schwächen und Halbheiten, die man treibt. Das ganze Wesen dreht sich um kleine Kunstgriffe, mit denen man die Zustimmung zu diesem oder jenem erreicht. Das geht so lange es kann. Die Junker betrachten das Ministerium als einen bloßen Uebergang und haben Recht. Als Curiosum melde ich, daß Kielmansegge Zimmermann mit nach Wien genommen hat, um ihn hier nicht mit Platen zusammenkommen zu lassen! — Alles das macht mir einen traurigen Eindruck; ich werde mich freuen, fort zu seyn. Wie ich höre, erwartet S. M., daß man sich melde. Da ich aber nicht hoffähig mehr bin, werde ich es nicht thun; es ist immer meine Regel gewesen, in solchen Etikettesachen sehr streng zu seyn; man steht sich am besten dabei, wenn man die Füße da wegläßt, wo man riskirt, darauf getreten zu werden. Uebrigens bin ich noch zweifelhaft, ob ich wieder in die Ständeversammlung komme. Die Stellung dort würde diesem Ministerium gegenüber eine sehr epineuse seyn. Man kann es nicht unterstützen und ebenso wenig Opposition machen.

[1]) Die plötzliche Entlassung des Ministers Klüber und dessen Ersetzung durch den früheren Gesandten in München, Freiherrn von Rüdt, erfolgte am 25. October. — [2]) In Jena.

Gestern ist Oberstlieutenant von Manteuffel, Flügeladjutant des Königs v. Preußen, mit einem eigenhändigen Briefe hier angekommen. Den Inhalt kenne ich nicht. Aber diese Preußen meinen noch immer, dem Bundestag können sie unmöglich wieder beitreten. Die Einigung mit Östreich geben sie für abgeschlossen aus. Es sey unmöglich, daß Preußen sich einem anderen Directorio unterwerfe, nachdem es 16 Millionen in den Bund gebracht. — Die Aufnahme von ganz Östreich (die sie selbst zugestanden) erdrücke Deutschland. Läugnen können sie dabei nicht, daß ihr System zu nichts führe als zum Dualismus und dieser zum Zwiespalt und zur Entscheidung Rußlands. Sie bedürfen Frieden, um ihre inneren Verhältnisse, ihre Verfassung zu befestigen, wobei sie einsehen, daß die unbedingte Abhängigkeit der Preuß. Politik von der Person des Königs keine Garantie gebe, die dem übrigen Deutschland Vertrauen einflößen könnte. Es ist ihnen daher sehr unangenehm, daß man hier das Ausscheiden von Radowitz [1]) als einen Eingang zur Reaction gegen die Verfassung anzusehen scheint. — In Hessen legen sie großes Gewicht darauf, daß sie die Hand auf dem Schatze des Kurfürsten haben, darüber dieser in Todesangst seyn werde. Mehr Sorge macht ihnen Holstein, zumal Radowitz die große Dummheit begangen, zu erklären, Preußen werde nicht leiden, daß andere interveniren, statt daß man eine solche Intervention mit Freuden hätte begrüßen sollen, als Lösung einer bitteren Verlegenheit. Eine große Sorge bleibt für diese Leute, daß sich Radowitz entweder zu Charlottenburg oder Potsdam etablire und so wieder die Politik hinterrücks mache.

d. 7.

Graf Brandenburg ist tod. Schade um die Gradheit und Offenheit des Mannes, den man achten mußte, wenn er nur mehr Kraft gehabt hätte, seiner der Regel nach durchaus richtigen Auffassung der Verhältnisse Folge zu geben; aber da war er schwach, und so hat er nicht genützt, wie er konnte. Seine Stellung zum Könige wird doch schwer zu ersetzen seyn. — Ob Östreich das Bundesrecht ehrlich will? — Erlauben Sie mir, daran zu zweifeln. Und wenn es dasselbe will, so wird es nur den Zustand unter Münch-Bellinghausen wollen, der eben auch nichts taugte.

Der Kronprinz scheint doch übel genommen zu haben, daß wir Bedingungen gemacht. Man wird ihm das gehörig vorgestellt haben; aber wir konnten nicht anders, das Verhältniß mußte rein seyn, wie die Sache einmal gelaufen war.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Am 3. November. Ueber die begleitenden Umstände vgl. v. Sybel, II. S. 22 f.

Und nun sehe ich aus der Kreuzzeitung, daß die Preußen doch die Armee aufgeboten [1]) um ganz ungerechtfertigter Forderungen willen. Denn was giebt ihnen ein Recht auf die Demarcationslinie[2]) als ihre Anmaßung. Gott bessre es.

---

[1]) Ueber die Gründe der am 6. November angeordneten Mobilmachung der ganzen Armee, von welcher erklärt wurde, daß sie nicht als Angriffsmittel, sondern nur zur Abwehr dienen solle, vgl. v. Sybel, II. S. 37.

[2]) Der preußische Befehlshaber in Hessen, General Graf v. d. Gröben, beanspruchte dem Ober-Kommandirenden des Bundeskorps Fürsten v. Thurn und Taxis gegenüber nicht bloß die Sicherung der vertragsmäßigen Etappenstraßen, welche zugestanden war, sondern die ausschließliche Besetzung des ganzen Kurfürstenthums, mit Ausnahme der Provinzen Fulda und Hanau, durch die preußischen Truppen, welche abgelehnt wurde. Thatsächlich hatten die letzteren am 2. November Cassel, am 3. Fulda besetzt, in dessen Nähe bei Bronzell am 8. der Zusammenstoß mit den Bundestruppen erfolgte.

Anhang I.

Aufzeichnung Stüves, seine deutsche Politik betreffend vom October 1849, mit Anlagen A bis F.

Um meine Stellung zur Deutschen Sache vollständig zu entwickeln, muß ich Folgendes vorherschicken. Ich habe immer eine Vorliebe für die Bundesverfassung gehabt und solche für lebens- und entwickelungsfähig gehalten, wenngleich durch schlechte Handhabung sehr corrumpirt. Zwar hielt ich 1831/32 sie nicht für fähig, eine Ausführung des Art. 19 d. B. A. zu bewirken; allein das führte mich nur zu der Idee einer Volksvertretung, wenn auch nur zu diesem Zwecke. Doch blieb das alles sehr unbestimmt. Das Badensche Preßgesetz schien mir ein Eingriff; in diesem Sinne muß das 1. Quartal der Hannoverschen Zeitung Aufsätze von mir enthalten.[1]

Das Bundesschiedsgericht von 1834 ist mir stets als eine Art Verrath erschienen, und überhaupt die Rechtshandhabung des Bundestags durch Diplomaten verderblich, also ein ordentliches Bundesgericht nothwendig. Als unsere Sache 1837 in Anregung kam, hielt ich dafür, daß der Bund dieses mal dem Rechte des Volks seinen Schutz nicht werde versagen können; dadurch werde die Verfassung selbst Boden im Volke gewinnen und sonach eine Entwickelung zum bessern möglich sein. Denn der Grundfehler steckt ja darin, daß man unbedingt nur die Regierung gegen das Volk schützt, nicht umgekehrt; etwa nach dem Oesterreichischen Princip, nach welchem die Kreisämter die Bauern unbedingt im Besitze gegen die Herrschaften zu schützen angewiesen waren. —

Nach dem Fehlschlage dieser Hoffnung hielt ich die Bundesverfassung für verlohren, ohne eine bestimmte Idee dessen, was werden solle, hielt indeß das Bundesgericht noch für die einzige Möglichkeit der Rettung, wenigstens für den größten Mangel. Die Althaussche Streitigkeit in Detmold ließ mich einen tiefern Blick in die Schwäche der kleinen Staaten thun, wiewohl ich dieses Uebel erst später recht erkannt habe; ich glaubte damals noch, daß eine lebendige Anhänglichkeit an die Fürsten dort sei. Die Volksvertretung am Bunde trat mehr zurück, wohl weil ich die Sache als unmöglich zu betrachten mich gewöhnt hatte.

[1]) Vgl. J. C. B. Stüve I. S. 152, 161 ff.

Der Bassermannsche Antrag[1]) machte deshalb keinen sonderlichen Eindruck auf mich; ich betrachtete ihn mehr als eine Demonstration des Badischen Liberalismus. Allein die Februarrevolution zeigte auffallend die Wirkung desselben; daß hier die allgemeine Stimmung getroffen war, zeigten mir schon am ersten Tage Aeußerungen aus dem Handwerkerstande. Der Gagernsche Antrag[2]) auf eine Art Dictatur mochte durch die Gefahr von Frankreich sich rechtfertigen; nöthig schien er mir so wenig als die Heidelberger Zusammenkunft.[3]) Das Berufen des Vorparlaments schien mir ebensowohl als das Schwanken des Bundestags gefährlich, mehr als der Volksversammlungsunfug in Baden. Den von Oesterreich projectirten Dresdener Congreß[4]) aber hielt ich für eine zweckmäßige Einleitung und konnte den von anderen Seiten, auch von meinen Freunden, ausgesprochenen Tadel nicht billigen.

Nun kam der Berliner Umsturz und unter den Eindrücken und Folgen desselben traten wir unser Amt an. Das Aufgehen Preußens in Deutschland ließ allen Ankergrund verlieren. Wir hatten uns an die Preußische Proclamation vom 18. März anschließen wollen. Jetzt blieb nichts übrig als den Grundsatz der Verfassungsmäßigkeit auch hier festzuhalten, und Wangenheim ohne Instruction nach Frankfurt zu schicken, um zu sehen und zu hören. Wir mußten die Direction von dort erwarten, da für gar keinen Plan irgend einer Art ein Grund zu finden war. Indeß bewog ich durch Detmold Meyern zum Vorparlament zu gehen. Von dem, was dort bevorstehen konnte, hatte ich keinen Begriff. Indeß kam Banks zu mir, und dieser redete mir zuerst von der Kaiseridee vor, und von Preußen als Kaiser. Ich war darauf ganz unvorbereitet, hielt diese Form nicht nothwendig, Preußen für unmöglich und einen Oesterreichischen Prinzen unter allen Umständen für das beste. Dann kann Smidt, der vom Vorparlament erwartete, es werde alles gut gehen. Er und Dahlmann waren doch minder bestimmt in dem Preuß. Kaiserthum als Banks. Aber gleichzeitig tauchte nun die Schleswig-Holsteinsche Sache auf. Banks war entschieden gegen Deutschlands Einmischung, fürchtete aber, daß man dort die Republik proclamire. Dasselbe sagte dann Schleiden,[5]) der als erster Courier von der Provis. Regierung kam. Im Ministerio war die von mir getheilte Ansicht:

---

[1]) Vom 12. Februar 1848 in der badischen Zweiten Kammer auf Vertretung der deutschen Ständekammern beim Bundestage.

[2]) Vom 28. Februar in der Zweiten Kammer zu Darmstadt; vgl. Roth u. Merck Quellensammlung I. S. 74.

[3]) Am 5. März. Vgl. v. Sybel I. S. 132.

[4]) Proponirt durch Cirkularnote vom 7. März; vgl. v. Wangenheim Aktenstücke S. 13, 86.

[5]) Regierungsrath, Mitglied des 50ger Ausschusses.

Wenn der Bund und die Regierungen sich der Sache nicht kräftig annehmen, so geben sie sich selbst verlohren. Der König und Prott hinderten aber ein zu rasches Einschreiten, indem sie erklärten, unter 10000 Mann nicht über die Elbe gehen zu können. Die Schwierigkeiten des Kriegs in Schleswig wurden mir damals erst deutlich.

Indeß beschäftigten mich die innern Fragen mehr. Nach Endigung des Vorparlaments war mir aus Meyers Mittheilung besonders bedenklich, wie er es für ganz unerläßlich hielt, sich auf die sociale Frage einzulassen. Es war das Argument: sonst stehe Süddeutschland in Revolution. Der zweideutige Soironsche Antrag[1]) und Meyers Ansicht: man werde den Beschluß im Sinne der Volkssouverainetät ausbeuten, trat mehr hervor als der 50ger Ausschuß.

Um so mehr imponirte mir, was ich offen gestehe, dieser mit seiner Anmaaßung, mit welcher er den Regierungen die Durchführung seiner Beschlüsse befahl. Das Zugeständniß des allgemeinen Wahlrechts ist bereits erwähnt. [?] — Indeß sank diese Autorität des 50ger Ausschusses bald, namentlich durch die Thorheit von Ellissen und Bueren, Beschwerde zu führen.[2])

Erst durch den Siebenzehner Entwurf kam nun wieder Leben in die Sache. Ich hielt hier die Centralisation für zu groß, die Befugnisse des Kaisers zu ausgedehnt, vor allem im Militairwesen, und die allgemeine Gesetzgebung geradezu für unvereinbar mit dem Wesen der einzelnen Staaten. Darüber habe ich mich gleich ausgesprochen. Daß in den Ständen ich mich am 19. Mai darüber und namentlich über die Zollverwaltung aussprach beruhte auf einer Abrede mit Graf Bennigsen. Die Leute, an die ich mich wegen der Interpellation wandte — Lindemann, Briegleb —, waren ängstlich, ich mußte von der Linken her interpelliren lassen. Der Sturm über diese Sache währte eine Weile, und verwirrte die Menschen; auf Buddenbergs Antrieb sprach ich mich am 6. Juni mehr beruhigend aus. Allein nun kam die Centralgewaltssache; mir schien die Erhaltung des Bundestages das wesentlichste, der einzige Anknüpfungspunct für weitere rechtliche Entwickelung, die Aufhebung der Umsturz zu sein. Der einzige Ausweg zur Erhaltung der Verhältnisse schien mir, den Erzherzog zu bewegen, nur unter Bedingung der Erhaltung des Bundestags anzunehmen. Auf denselben Gedanken war gleichzeitig Graf Bennigsen gekommen; aber zur Ausführung war es zu spät, da der Erzherzog sich so sehr übereilt hatte.

Indeß sprach v. d. Pfordten[3]) (gegen den dorthin geschickten Hoppenstedt) — dessen ungeheures Mißtrauen gegen Preußen schon vorher aufgefallen

[1]) „Auszusprechen, daß die Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei". Angenommen in der Sitzung des Vorparlaments am 2. April.

[2]) Vgl. oben S. 32, 44. — [3]) Damals sächsischer Minister.

war, und der schriftliche Erklärungen gegeben hatte, die ihn nachher sehr hätten compromittiren können — von Vergrößerung Sachsens, die nöthig sei, um der Fabrikbevölkerung festen Halt zu geben. Diese Vergrößerungspläne, die auch von Stuttgart her (Bangold) und in allerlei Herzogthumsprojecten auftauchten, waren mir entschieden zuwider. Ebenso bedenklich aber, daß, wie früher Pillersdorf,[1]) so auch eben in dem Momente der Reichsverweserschaft Wessenberg[2]) erklärte, Oesterreich halte am Staatenbunde fest. Mit wie großem Rechte damals Auerswald gegen das jus belli et pacis der Frankfurter Versammlung excipirte, erkannte ich noch nicht. Auch wurde mir erst durch Wangenheims persönliche Erläuterungen klar, daß der Bundestag unter den damaligen Umständen nichts gewesen seyn würde, wie ein willenloses Werkzeug der Versammlung, dessen Entfernung dieser auf die Dauer mehr schadete als nützte.

Indeß war unsre Lage bedenklich. Meine Collegen glaubten, nachdem § 1 des Programms[3]) unmöglich geworden, die Ministerien niederlegen zu müssen. Wir waren am 7. Juli im Conseil beim Könige gar nicht klar und einig. Der König wollte temporisiren und das Ende war, daß wir erklärten, der Standpunct des Bundesrechts sei verlohren, der König möge uns nun autorisiren, auf diplomatischem Wege nach den Umständen zu handeln. Das geschah; aber der König machte die Erklärung an das Land zur Bedingung; wir fanden in einem Schreiben an die Stände die mildeste Form und ich entwarf solches sehr rasch in der Sitzung, während die Zeit drängte, um noch in die Ständeversammlung zu kommen.

Die Aufregung gegen dieses Schreiben kam lediglich von Außen, von Frankfurt, durch unsere Deputirten, aus den Zeitungen, dem Leipziger Deutschen Verein pp. Wir suchten nun durch Wangenheim und Usedom eine Einigung mit Berlin namentlich über die Stellung und Competenz der Regierungsbevollmächtigten zu Stande zu bringen, als die Peuckersche Parade die Sache auf die Spitze trieb. Nun habe ich mich der temporisirenden Politik noch mehr angeschlossen, auf die Cocarde und Bänder in den Fahnen nach Kräften gedrungen; hauptsächlich um das nicht als abgezwungene Concessionen erscheinen zu lassen.

Indeß legte ich meine Ansichten über die Lage der Dinge in meinem Sendschreiben an die Wähler nieder und fand in einer Correspondenz mit Schmerling (1/8.) Gelegenheit, mich über die Sachlage auszusprechen. Durch Bearbeitung eines P.M. für das Reichsministerium suchte ich diesem in

---

[1]) Frhr. von Pillersdorf, Oesterreichischer Minister des Innern vom 21. März bis 8. Juli, zeitweilig auch Minister-Präsident.

[2]) Freiherr von Wessenberg, Minister der auswärtigen Angelegenheiten bis 21. November. — [3]) Der verfassungsmäßige Weg; vgl. J. C. B. Stüve, II. S. 5.

Kürze einige Begriffe von der Lage und den Interessen des Landes zu geben. Von besonderem Interesse aber war eine Correspondenz mit Smidt über ein Project von Duckwitz, die Verfassung rasch dahin zu bringen, daß ein minder revolutionärer Gang herbeigeführt werde. Mir schien dazu ein provisorisches Staatenhaus das Mittel. Ich hoffte dieses aus den Bevollmächtigten hervorgehen zu sehen, namentlich auf Preußischen Impuls. Ein zweites Besserungsmittel schien mir darin zu liegen, daß die Reichsminister die Leitung der Verfassungsberathungen in die Hand nähmen, wie das von Peucker in Ansehung der Wehrverfassung geschehen war, nachdem sich die drei Professoren[1]) daran verbrannt. Preußen schickte aber Camphausen, der alles wollte und nichts that, und damit fielen die Pläne zusammen, zumal im gleichen Augenblicke die Waffenstillstands-Verhandlung das kaum 4wöchige Reichsministerium erst zu sprengen drohte und dann befestigte (ein Erfolg den eine verfehlte Crisis wohl immer haben wird).

Nach dem 18. September schöpfte ich Hoffnung und erkannte darüber die Gefahr, welche in der Publication der Reichsgesetze lag, nicht genügend. Die Deliberation über diesen Punkt setzte mancherlei Schwierigkeiten ins Licht; daß man endlich zu einem temporisirenden halben Beschlusse kam, war fehlerhaft.

Indeß begann die Versammlung im October eine neue ganz falsche Richtung zu verfolgen, indem sie nun entschieden Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen suchte. Dies traf zusammen mit den Entscheidungskämpfen in Wien und Berlin. Ich war nun der entschiedenen Ueberzeugung, daß Oesterreich und Preußen die Leitung der Deutschen Sachen wieder ergreifen würden, und daß die Nationalversammlung zu Grunde gehen werde, indem sie dieses verkenne. Mit dem 20. November begannen meine Montagsartikel in der Hann. Zeitung, die diesen Standpunct festhielten.

Wir hatten mit Bezug auf die Publikation der Gesetze Bothmer zu Vorstellungen instruirt, die mit dem von uns eingeschlagenen Wege durchaus zusammenhingen. Bothmer, der schon im August die unbedingte Anerkennung ohne Instruction ausgesprochen hatte, um Stürme zu vermeiden, mochte in gleicher Absicht oder aus Nachlässigkeit diese Instruction versäumt haben; er übergab sie erst im December mit neueren gemeinschaftlich, und mit diesem Zeitpunct, der mit der gänzlichen Spaltung der Partheien in der Nationalversammlung zusammentraf, begann unser Kampf; zumal am 27. December die Grundrechte publicirt wurden. Ich hatte gegen den von Schmerling im October leichtsinnig hervorgehobenen Artikel von den Eigenthumsrechten schon eine Denkschrift bearbeiten lassen, der später die zweite

---

1) Dahlmann, Beseler, Mittermaier.

gegen die Artikel des Verfassungsentwurfes über die wasserbaulichen Verhältnisse hinzukam; um so entschiedener war meine Ansicht, daß diesem nicht nachzugeben sei. Die Erklärung der Hannoverschen Deputirten in Frankfurt und die Wahlagitation war die Antwort auf jene durch Bothmer übergebene Erklärung, die ohne Zweifel früher übergeben uns weniger geschadet hätte, als eben in diesem Augenblick.

In Bezug auf die Oberhauptsfrage war meine Ansicht die, daß darüber die Einigung von Preußen und Oesterreich ruhig zu erwarten sei, und daß, diese vorausgesetzt, durch einen zweckmäßig componirten Reichsrath den mittleren Staaten mehr gegeben werde, als durch Trias ohne Reichsrath. In die Wien-Berliner Unterhandlungen mischten wir uns eben so wenig, als wir an den Bairischen Anwürfen Theil nahmen. Die Würtembergische durch Klindworth eingeleitete Intrigue[1]) war dem Könige so widerwärtig, daß er Bennigsen ausdrücklich verbot, diesen Unterhändler, wenn er kommen sollte, zu sprechen. (Diese ganze Geschichte wirft ein eigenthümliches Licht auf den späteren Widerwillen Würtembergs gegen Preußen). Meine Ansicht enthält in nuce der Brief an Wippermann vom 31. Dezember.[2]) Wir wollten passiv sein. Im Januar kam Bunsen. Camphausens Benehmen hatte in Frankfurt fortwährend Mißtrauen erzeugt. Ich bewahrte indeß noch das Vertrauen. Bunsen nun entwickelte, daß das Gagernsche Programm sein und Stockmars Machwerk. In jenem Gespräch Bunsens liegen insgesammt die Grundzüge des Verfassungsentwurfs, wie er am Ende durch Radowitz (dem Bunsen Mangel eigener Ideen zur Last legte) durchgeführt werden sollte. Nur dachte Bunsen nicht, Baiern und Würtemberg auszuscheiden. Mir mißfiel das alles wegen der beabsichtigten Trennung von Oesterreich; im Uebrigen bot Bunsen mehr Selbstständigkeit als ich verlangte. In Berlin aber brachte Bunsen, der auch Camphausen (seinen Staatsmann nebst Vincke; während Bodelschwingh kein Staatsmann, Brandenburg zu brauchen, aber Manteuffel zu entfernen sei) dahin rief, nur die Halbheit zu Stande, die Idee des engern Bundesstaates, die Verständigung mit Frankfurt statt der Vereinbarung. Man wollte nach Abekens Brief „Frankfurt nicht einseitig mit scharfer Negation entgegentreten.“ —

Ich konnte mir von dem engern Bundesstaate keinen Begriff machen und hielt deshalb diese ganze Wendung der Dinge für eine durchaus verfehlte. Nachdem nun aber auch Oesterreich in der Note vom 4. Februar eine ganz falsche Richtung einzuschlagen schien und offenbar lediglich sich an die mittleren Staaten wendete, um mit ihnen (die man mit den kleinen

---

1) Vgl. Bunsen's Leben, II. S. 485. — 2) Anlage A.

zu bezahlen dachte) Preußen zu drücken, sowie man zuvor Preußen auf Kosten aller übrigen zum Freunde zu machen suchte, so wurde mir auch die Möglichkeit, mit Oesterreich zum Ziele zu gelangen, sehr zweifelhaft.

Diese Lage der Dinge brachte in der That meine sämmtlichen seit dem November gefaßten Ansichten und Hoffnungen in Verwirrung. Dazu kam nun noch die peinliche Lage der Dinge in den Ständen, wo man die unbedingte Unterordnung unter Frankfurt (übereinstimmend mit den Ständen in Sachsen und Baiern) erzwingen wollte, während an Oesterreich und Preußen kein Halt mehr war. Wir gingen auf die Verständigungsverhandlung ein in der Hoffnung, daß Preußen doch hier irgend einen Stützpunkt gewähren werde, während Camphausen auch da auf den Grund seiner geheimen Instruction wieder nach allen Seiten auf das Schwächste (vielleicht um die Gunst der Frankfurter buhlend) nachgab. Preußen unterstützte zwar unsern Widerstand gegen die Grundrechte, aber ohne sich selbst irgend genügend zu äußern.

Nun kamen noch die Preußischen Stände hinzu. Die Stellung der Preußischen Regierung wurde noch viel schwächer. Dann die Verfassung von Kremsier, die allen tollsten Frankfurter Plänen entschieden Vorschub leistete. Eine schwache temporisirende Politik blieb allein übrig, Wahren des Einzelnen in den Verständigungsverhandlungen (die uns auch durch unsere Stellung zu den Ständen erschwert wurden), Hoffnung und Beachtung günstiger Momente, — zunächst gestützt auf die sg. Großdeutschen Projecte, die sich doch auch schwach erwiesen. In dieser ganz ziel- und hoffnungslosen Verwirrung, die sich durch die Oesterreichische Note vom 9. März und die dazu gehörigen Mediatisirungspläne (Gruppen)[1]) noch höher steigerte, bei welcher sich immer mehr die Ansicht entwickelte, daß Preußen mit Absicht als durch seine Stände gezwungen sich der Frankfurter Kaiserkrone annehmen werde, schien selbst die äußerste Verwirrung, welche der Welckersche Antrag vom 12. März in die Sache brachte, eine Erleichterung. Man sah nun doch irgend ein Ende, und so wie im Volke die Aussicht und Hoffnung, daß ein Ende werden möge, endlich alles Weitere verschlang, so ging es mehr oder weniger auch mir. Dazu kam nun noch der Wiederausbruch des Krieges und das Non plus ultra der Schwäche, welches sich in dem elenden Protokolle vom 5. März[2]) zu Tage legte. Es war ein

[1]) Roth u. Merck, II. S. 433, 437. — v. Sybel, I. S. 298.

[2]) Vgl. den Brief an Detmold vom 24. März 1849, oben S. 192. Gemeint ist die Konferenz, welche H. v. Schmerling mit der Mehrzahl der übrigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt über das in der oesterreichischen Instruktion vom 27. Februar empfohlene Directorialprojekt hielt. S. Jürgens, Band III. S. 139 ff.

Zustand, der gar nicht zu ertragen war, zumal Preußen sich immer wieder hinter die kleinen Staaten verkroch.

Wir hatten unsere Stände nach Hause geschickt (16. März). Nun wurde am 21. der Welckersche Antrag abgelehnt. Dann begann die empörende Jagd der zweiten Lesung. Nun entschloß die großdeutsche Parthei sich, mit der Linken zu transigiren und dieser für das Directorium Zugeständnisse zu machen. Aber die Gagernsche Parthei bot über, Reichsrath — Wahlgesetz — Veto; und am 28. kam der Erbkaiser glücklich zu Stande.

Nun war die Sache so weit gekommen, daß wieder gehandelt werden mußte. Während die Kaiser-Deputation im Anzuge war, schrieb ich am 31. meine Ansichten nieder.[1]) Keine Octroyirung, sondern Vermittelung durch Preußen, so daß dieses die Kaiserwürde provisorisch acceptirte, aber eine Abänderung der Verfassung zur Bedingung machte. Es war etwa derselbe Gedanke, der im Anfang Juli in Bezug auf den Reichsverweser leitete. Er wurde auch vom Ministerium wieder adoptirt und zur Ausführung geschritten, aber wieder ohne Erfolg. Die Sache war auch in Frankfurt zu weit verdorben und in Berlin war man zu schwankend. Des Königs bestimmtere Antwort wurde in den Ständen durch die Minister wieder verwässert. Dann kam die Note vom 3. April.[2]) Es konnte wirklich noch alles vollständigst verdorben werden; erst die unklug hochmüthige Auffassung der Kaiser-Deputation gab mir einigen Muth wieder.

Wir mußten nun fortfahren zu handeln. Ich war nachgiebig gestimmt, besonders aus Rücksicht auf das fortwährende Kränkeln des Königs und die Schwäche des Kronprinzen, dem ich seit der Krisis, Ende Februar, näher getreten war. Aber in Frankfurt, wie die Note es wollte, zu unterhandeln, schien mir unmöglich. Wir schickten Wangenheim nach Berlin, und ich entwarf zu diesem Ende die Fragen, welche die Haltlosigkeit der ganzen Berliner Politik bloß stellten.[3])

Nun beschäftigte ich mich mit Durcharbeitung des Stoffs. Ich nahm hier eine Einigung der Fürsten auf den Grund einer entwickelten Bundesacte als Basis an, zumal Oesterreich, das ich unbedingt im Bunde halten zu müssen glaubte, kein Volkshaus wollte, und suchte für diese Entwickelung die wahre Form zu finden. Die Arbeit blieb aber liegen, als Wangenheim von Berlin die Nachricht von der dortigen Schwäche und Rathlosigkeit zurückbrachte. Wir wollten nun aber Preußen vorangehen lassen. Dies zögerte wieder. Indessen gingen die Fluthen des vom Sturme der März- und anderer democratischen Vereine gepeitschten Meeres der öffentlichen

---

[1]) Anlage B. — [2]) Roth u. Merck, II. S. 458. — [3]) Anlage C.

Meinung immer höher. Die kleinen Staaten, Baden an der Spitze, fingen an, sich am 14. April unbedingt zu unterwerfen; und als Camphausen nun nach Frankfurt kam, fand er gethane Arbeit über das in Berlin Beliebte und zu Erreichende hinaus und war verdrießlich. Ich bearbeitete meine Zusammenstellung der Grundrechte und der Gesetzgebung[1]); dann meine Kritik der Frankfurter Verfassung[2]) und fing dann wieder an, meinen Entwurf weiter zu bearbeiten; zu einem Abschluß brachte ich das Ganze nicht, obwohl meine Ideen ziemlich zur Reife kamen. Meine leitenden Gedanken um jene Zeit liegen in einem kurzen Aufsatze[3]), der die Schwierigkeiten andeutet und auf der Nothwendigkeit beruht, in Deutschland alles einmal Gewonnene festzuhalten. Daß Preußen an seiner confusen Idee des engern Bundesstaates festhalte, lag leider am Tage. Diese Idee perhorrescirte ich und wollte vor allem Oesterreich behalten. Die Idee einer Einigung der Fürsten auf den Grund der Bundesacte war unmöglich geworden durch die Unterwerfung derselben; jener Aufsatz bezielte ein selbstständiges Handeln Hannovers auf den Grund der Totalität Deutschlands. Aber es kam auch dazu nicht. Die Zeit war noch nicht vorhanden.

Inzwischen drängte die Wiederberufung der Stände; die petulanten Maßregeln der sich siegreich wähnenden Opposition ließen es als unmöglich erkennen, den Standpunct zu behaupten, den wir pflichtmäßig nehmen und halten mußten. Dazu traten die so ekelhaften Verhältnisse in Würtemberg, wo man den König so recht geflissentlich in den Koth trat und dieser sich selbst in Unwahrheit verlohren gab.[4]) Wir faßten einen muthigen Entschluß und löseten auf. Preußen folgte; dann auch Sachsen. Dieser entschiedene Widerstand war nun die Losung zum Kampf für die radicale Parthei, die schon geglaubt hatte, den Sieg in Händen zu halten. Gleichzeitig sandte man uns Seebeck als Reichscommissar. Wir mußten diesen natürlich ohne irgend einen Erfolg zurückschicken. Für mich aber hatte seine Gegenwart die Bedeutung, daß mir durch ihn die Haltlosigkeit und Schwäche der kleinen Fürsten, ihr Bedürfniß des Schutzes und ihr natürliches Hinneigen zu Preußen erst völlig klar wurde. Auf sie war gar nicht mehr zu zählen. Dagegen hofften wir, daß eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich wieder zu bewirken sei, daß sie nahe

[1]) Zusammenstellung der einzelnen Bestimmungen der Grundrechte des Deutschen Volks mit den im Königreiche Hannover geltenden Gesetzen. Osnabrück, Kißling 1849. Das Vorwort ist vom 8. April.

[2]) „Zur Beurtheilung der Reichsverfassung“, Sonntagsblatt der Hannoverschen Zeitung Nr. 104 vom 29. April.

[3]) Anlage D. — [4]) S. oben S. 208.

bevorstehe. Als nun die gemeinschaftliche Stellung in Berlin und bei uns ähnliche Interessen hervorrief und von da Nachricht kam, daß man eine Unterhandlung wünsche, warf ich sehr flüchtig meine Grundsätze aufs Papier [1]) und ließ diese an Abeken gehen.

Die Ideen fixirten sich nunmehr in den Berathungen des Gesammtministerii, welche bis zum 3. Mai unter dem beständigen Andrange der revolutionären Deputationen, unter Zusammenziehen von Truppen u. s. w. währten, indeß der König nach Auflösung der Stände (nachdem seine Partie gewonnen war) sich erhohlte. Wesentliche Basis war die Hoffnung, daß Oesterreich sich einer Verhandlung anschließen werde. Die Berliner Actenstücke vom 28. April [2]) erschwerten zwar diese Einigung sehr, indem sie ein Volkshaus ausdrücklich versprachen; und auf diese Erklärung Preußens hin, welche mir für dasselbe bindend schien, gab ich meinen Plan, ohne ein Volkshaus die Verfassung zu organisiren auf; indeß blieb jene Ansicht von der Theilnahme Oesterreichs bestehen, da eigne Aeußerungen des Königs von Preußen, wenn gleich ziemlich verworren, darauf hinaus gingen, daß man sich Oesterreich unterordnen wolle.

Als wir in Berlin unter dem Sturme des Dresdener Aufstandes ankamen, stellte ich unsere Grundgedanken in einem P. M. dem Grafen Brandenburg zu, dahin gehend, daß zunächst eine Einigung mit Frankfurt zu versuchen und für diesen Zweck die möglichste Uebereinstimmung der Vorschläge mit der Frankfurter Verfassung festzuhalten sei, daß aber, wenn diese Einigung sich unmöglich zeige, auch von dem Binden an die Form der Frankfurter Verfassung abgesehen werden müsse.

Für diesen Fall, der uns der wahrscheinlichere schien, hielten wir den Gedanken einer Entwicklung der Bundesverfassung fest, welche in jeder Weise nur durch Uebereinstimmung der Bundesglieder zu erreichen sey. Diese Entwickelung sollte (außer dem Reichsgerichte) zum Ziele haben die Einigung in diplomatischer Vertretung, im Kriegswesen, Seewesen, innern Verkehr und endlich Gesetzgebung. Wir verstanden die Einigung aber nicht so, daß unbedingt alles in eine Hand kommen müßte, schieden namentlich in Bezug auf Seewesen und die davon so sehr abhängige Di-

[1]) Anlage E.

[2]) Depesche an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, welche näher ausführt, aus welchem Grunde Preußen die Reichsverfassung in vorliegender Gestalt nicht annehmen könne (zu ausgedehnte Kompetenz der Reichsgewalt, Grundrechte, Fortfall des Reichsraths, suspensives Veto, Wahlgesetz), jedoch der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Nationalversammlung sich zu einer Verständigung über die erforderliche Modifikation mit den Regierungen bereit finden werde. Cirkulardepesche, worin die deutschen Regierungen zu Konferenzen behufs Verständigung hierüber mit Preußen eingeladen werden. Roth u. Merck, II. S. 484, 494.

plomatie den Süden und Norden, wollten diese nicht unter Oesterreichs Politik stellen, zweifelten noch, ob Oesterreich ein gleiches Zollsystem annehmen werde.

In dieser Zweiung, sowie in der Organisation des Heerwesens glaubten wir für Preußen hinreichende Selbstständigkeit und praktisches Gewicht zu finden, während die obere Stellung Oesterreichs mehr eine Ehrensache blieb. Der König schien in diese Idee einzugehen. Der erste Widerspruch kam von Prokesch, der von keiner gemeinschaftlichen Gesetzgebung hören wollte, die doch Bedingung selbst des Deutschen Bundes ist. — Dann aber kam Radowitz.

Dieser ging von andern Gesichtspunkten aus und verfolgte diese nicht offen. Es war ein unglücklicher Umstand, daß Detmold mir ihn als grade und unpraktisch geschildert hatte. Ist er das letztere auch, so ist doch das erstere nicht der Fall, und ich bedurfte, um dies zu erkennen, mehr Zeit, als der Fall gewesen wäre, wenn jenes Urtheil nicht da stand. — Radowitz' (welcher durchaus nicht über das Material im Einzelnen klar war, sich dieses durch den langsamen Blömer wollte zubereiten lassen und uns benutzte, um sich zu präpariren) erster Grundsatz scheint gewesen zu seyn, materiell die Frankfurter Beschlüsse festzuhalten, aber die Frankfurter Versammlung und Centralgewalt loszuwerden. Er ging also scheinbar auf unsern Gang ein, die Verfassungsgrundsätze nach Maßgabe des Frankfurter Projects in Erwartung der Einigung zu sichten, während neben uns die Versammlung wegzuschaffen gesucht wurde. Ich hätte dies aus der Aeußerung des Prinzen von Preußen am 6. schließen und nun fester auf einem Entwurf, der nicht auf Frankfurt beruhte, bestehen sollen. Allein damals war mir überhaupt die ganze Stellung der Dinge in Berlin und in Frankfurt, Bassermanns [1]) Einfluß und Anhang, noch nicht klar genug. Daß Radowitz die Verfassung unterzeichnet hatte, sparten wir ihm nicht, wie das denn auch die Stellung ihm gegenüber wesentlich unangenehm machte. Nicht zu vergessen ist, daß Bassermann noch am 10. meinte, die 28 annehmenden Regierungen sollten zwischen Preußen pp. und der Versammlung vermitteln. So hoch träumten sich diese Leute damals noch. Radowitz' zweiter Hauptzielpunkt war die diplomatische Einheit. Hier ist sein ganzes System schwer zu begreifen; während er einerseits Preußen zum Herrn von Deutschland machen wollte, gab er diesen Hauptpunkt wieder an Oesterreich auf, wie denn überhaupt sein ganzes Unionsproject, in das er auf unseren Einwand vom 7. am 10. auch die innere Sicherheit hineingeflickt hatte, ohne die nothwendigen Consequenzen zu ziehen, ein ganz übel

[1]) S. oben, S. 214 f., 220; Bassermanns Bericht über seine Mission vom 4. Mai bei Jürgens, III. S. 680.

zusammenhängendes Ding war. Er brauchte auch ganz verkehrte Mittel, um uns solches einleuchtend zu machen.

Es war wohl Absicht, sich meiner als eines einigermaßen populären Namens zu bedienen, um diese Pläne plausibel zu machen; dies nahmen wir wenigstens an und das bewog mich zu dem Schreiben an Canitz [1]), welches die damalige Stimmung am besten an den Tag legt. — Auf die Union nicht einzugehen, waren wir eben so entschlossen, als gewiß, daß sie nicht zu Stande komme. Der König war damals noch unserer ihm am 11. abermals entwickelten Idee sehr zugänglich, und so durften wir trotz der kategorischen Erklärung von Radowitz noch auf Modificationen hoffen. Da aber damals alles auf den Abschluß drängte (die Pfalz, der Niederrhein u. s. w.), so hielten wir nöthig, zu jeder Bedingung autorisirt zu werden, wenn nur nicht Oesterreich ausgeschlossen werde. Die Absicht war dahin gerichtet, diesen Vorbehalt, wenn er auch nur durch einen Separatvertrag erreicht werde, als genügend anzusehen.

Die Zwischenzeit zwischen der Besprechung mit Radowitz (7.—10. Mai) und der Eröffnung der Verhandlungen am 17. war aber sehr wichtig geworden. Man hatte nun in Folge des Beschlusses vom 10. [2]) mit der Versammlung in Frankfurt gebrochen. Welche Pläne und Intriguen hier zu Grunde liegen mögen, ob Detmold in seinem Brief vom 17. Mai [3]) Recht hatte oder nicht, will ich nicht entscheiden. Soviel ist aber gewiß, daß das vorgreifende Benehmen Preußens in seiner Proclamation vom 14., welche die Preuß. Abgeordneten zurückrief (ein Schritt, den Radowitz durch Besprechung mit Beust und Lerchenfeld [4]) vorbereitet hatte und auf den früher als eine mögliche Maßregel auch gegen mich hingedeutet, der aber am 13. in Hannover für bedenklich erachtet war), zusammen mit der unwahren telegraphischen Depesche des Herrn v. d. Heydt [5]) uns wohl hätte Veranlassung geben können, vielleicht auch sollen, jetzt auf unsere Basis zurückzukommen und die Frankfurter Verfassung als Grundlage zu verwerfen.

Allein die Zeit war dringend, die Verabredungen mit Lerchenfeld und Beust schon vorläufig vereinbart, und dazu kam, daß ich am 16. noch eine ausführliche Conferenz mit Prokesch gehabt hatte, die mich überzeugte, daß

---

[1]) Anlage F.

[2]) Annahme des v. Reden'schen Antrags, welcher das Einschreiten Preußens gegen den dresdener Aufstand für einen Reichsfriedensbruch erklärte.

[3]) S. oben S. 214. — [4]) Stüve war am 13. und 14. in Hannover.

[5]) Die Kölnische Zeitung vom 19. Mai theilte eine nach Elberfeld gerichtete Depesche v. d. Heydt's mit, welche andeutete, daß die 4 Könige die Reichsverfassung angenommen hätten.

dort gar nichts zu hoffen sei. Ich hatte diese Conferenz als ein nothwendiges Mittel, zu einer klaren Ansicht über die Lage der Dinge zu gelangen, mir vorgesetzt. In derselben war aber mit Prokesch zu gar keiner Aeußerung über irgend einen Plan von Oesterreich zu gelangen; und als ich zuletzt als Aeußerstes wenigstens die Anerkennung des Grundsatzes mir erbat, daß die geistige Trennung, welche zwischen Oesterreich und Deutschland bisher bestanden, aufhören müsse, und Prokesch auch das ablehnte, weil Oesterreich ein katholischer Staat sei, schien mir klar zu sein, daß mit Oesterreich gar nichts zu erreichen sei. Ich faßte damals den Verdacht, ob nicht Radowitz' Unionsplan mit diesen katholischen Ideen zusammenhänge und Radowitz eben ein katholisches Oesterreich erhalten und diesem die ganze Politik in die Hand spielen wolle.

Zu dieser mißtrauenden Stellung gegen Oesterreich kam die schwankende Stellung Baierns. Lerchenfeld erklärte am 7/5. sich bereit, auf den Grund seiner Vollmachten auch ohne specielle Instruction an Conferenzen Theil zu nehmen und abzuschließen. Er hatte damals Instruction auf Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt zu dringen, indem man diejenige des Reichsverwesers als nicht mehr genügend ansah — eine Meinung, die sehr verbreitet war, ohne auf bestimmten Gründen zu ruhen. — Auf Rücksprache mit uns hielt er es für besser, damit zurückzuhalten, um die Lage nicht zu verwickeln. Indeß zog man Preußischer Seits (divide et impera?) ihn nicht mit in die vorläufige Besprechung hinein, was freilich auch sein Gutes hatte. Nach meiner Abreise war Lerchenfeld noch in den besten Intentionen gewesen; allein nun fing er an, ängstlich zu werden und zurückzuziehen. Man war in München nach Knesebecks Mittheilungen früher sehr schwach. Zur Zeit von Bray hatte der König allein gegen die Grundrechte gehalten; auch Pfordten war in seiner ersten Zeit nur durch Thun und Knesebeck ermuthigt. Nun schien er allmälig an Selbstständigkeit zu gewinnen.

Als die Conferenzen am 17. Mai anfingen, waren wir nicht vorbereitet und geeinigt, wollten anfangs Radowitz bloß exponiren lassen; aber die diplomatische Frage zog Discussionen herbei. Dies war der Grund, daß über die wahre Bedeutung des § 1 so wenig gesagt wurde. Das medias rapere in res, welches Radowitz beobachtete, nahmen wir übel, ohne uns gehörig zu wehren. Erst bei der Protokollverlesung den 21. kam ich auf diesen Punct zurück. Als wir nach 10 heimgingen, tauschten wir mit Beust und Lerchenfeld unsere Gedanken aus und traten dann am anderen Morgen vor der Sitzung bei Lerchenfeld zusammen. Dieser wußte nun, daß Prokesch sich zurückzog und hatte selbst ungünstige Instructionen. Auch war das Unionsproject in Wien abgelehnt.

.en noch immer auf Baierns Beitritt. Wäre das nicht der so würde die ganze Unterhandlung eine andere Richtung ge- .1. Es war so ein Fehler, daß Lerchenfeld — bona fide — .n Glauben erhielt, und daß wir uns darin halten ließen. egen schien gereizt zu sein, daß man in Oesterreich auf seine nig eingegangen. Es kam gegen seinen Willen zu dem all- :behalte für Oesterreich. Einige Tage gingen so in Specialitäten wollte aber wegen der Hauptfrage mich nun wieder an den n und erhielt keine Antwort. Dann wurde am 20. von Radowitz ·ß proponirt, auf welches ich mit Modificationen einging, um he Basis für die Sache zu erhalten, weshalb ich denn auch die an mich nahm. Am Abend erhielt ich den Abschlag der Audienz ;e.

·hl bei der Discussion über das Bündniß als bei der am 22. n Fassung der Mittheilungs-Note an die Regierungen (später datirt), als bei der Verlesung des Protocolls am 21. war die gegen Oesterreich wieder zur Frage gekommen. Radowitz hatte ;ern Bund in die Sache hineinspielen wollen, wir hatten denselben .1 zurückgewiesen und Aenderungen in diesem Sinne herbeigeführt. kam Lerchenfeld noch einmal auf die Oberhauptsfrage zurück und ese in seinem Sinne zu gestalten. Das hatte nur Erörterungen ;e ohne weiteres Resultat. Radowitz hatte sich am 20. dahin aus- :n, daß man Baiern nur Hülfe[1]) leisten werde, wenn es dem ;se beitrete; jetzt äußerte er sich über den gegen Oesterreich ein- iden Gang. Auch hier hatte er indirecte Zwangsmittel im Sinne, ır auf sich beruhen ließen. Von Interesse war noch, daß er am ır mit dem größten Widerwillen zugestand, daß in die Note auf- .nen werde, die Verfassung sei auf den Grund Preußischer Proposition ıt.

.In diesem Tage sprach ich endlich den König, der mir zugab, meine . seyen auch die seinigen, aber sie seyen ja nicht durchzusetzen. Soweit Radowitz, der täglich nach unserer Sitzung zu ihm ging, ihn nun eingesponnen.

Indessen war aber Rauch nach Warschau gesandt und Niemand konnte .n, was denn von dort für ein Wind wehen werde. Darum lag uns daran, Preußen durch einen offnen Schritt zu verpflichten, die Ver- ung Deutschlands nicht wieder in das alte Uebel zurückfallen zu lassen. Vor allem lag mir am Bundesgerichte, das ich eben deshalb auch gleich

[1]) In der Pfalz.

in das Bündniß brachte; und in diesem Sinne warteten wir, nachdem der Vertrag abgeschlossen war, nicht ohne eine gewisse Spannung auf die Absendung der Note, als den ersten Schritt, der Preußen eigentlich verpflichten würde; daß das Schiedsgericht etwas nachhinkte, war schon ein Gegenstand der Sorge.

Ein merkwürdiger Umstand war bei der entschieden feindseligen Stellung, die Radowitz gegen Oesterreich und gegen den Reichsverweser, den man auf jede Weise zur Abdankung drängen wollte, einnahm, die Sorge, welche sein Amanuensis Blömer in dieser Beziehung verrieth. Dieser warnte auf das dringendste, sich nicht durch Vergreifen an dem grauen Haupt des Reichsverwesers das Volk in Deutschland abwendig zu machen, und wandte sich an uns, um in beider Hinsicht Remedur zu erlangen. Wir versäumten nicht, jeden Tag die Sache wieder anzuregen, zumal bei der ersten Besprechung die Sache sich so zu stellen geschienen, daß man gemeinschaftlich mit der Centralgewalt zu handeln, nicht aber dieselbe aufzuheben denke. Allein diese Vorstellungen, unterstützt von Detmolds Briefen [1]), brachten trotz meiner ausdrücklichen Bezugnahme auf katholische Verhältnisse, Piusverein u. s. w. keine Einwirkung auf Radowitz hervor.

Unser Project der Oberhauptsfrage, das wir früher entwickelt und in der ersten Besprechung stark verfochten, kam bei dieser zweiten eigentlichen Berathung wenig zur Sprache. Das kann getadelt werden. Da aber Sachsen sich nicht recht dafür interessirte und im Grunde keine positive Idee hatte, Baiern auch keinen rechten Antheil daran nahm und überhaupt bestimmter Instruction ermangelte, endlich gar nicht zu erwarten war, daß Oesterreich sich damit einverstanden erklären werde, und so am Ende der ganze Zweck der blieb, eine Form aufzustellen, aus der Oesterreich keinen bösen Willen entnehmen konnte, so blieb uns kaum etwas anderes übrig, als dasselbe lediglich in den Vorbehalt zu legen. Es war das mehr eine Art Ehrenpunct als ein reeller Werth, dieselbe Rücksicht, welche dahin geführt hatte, das Project für ein Preußisches zu erklären. Diese Ansicht sollte nun durch eine besondere Deduction verfochten werden, und um diese zu bearbeiten, blieb ich in Berlin, wo mein Aufenthalt dann noch ferner nöthig wurde, um die Denkschrift zum Verfassungsentwurf fertig zu machen.

Als ich noch an meiner Denkschrift arbeitete, den 30. Mai, kam Radowitz und wollte im Privatgespräch mich überreden, daß es der Bundesacte nicht widerspreche, auf den Grund des Art. 11 einen engern Bundesstaat im Bunde nach Maßgabe des Verfassungsentwurfs zu gründen. Ich widersprach ihm darin entschieden.

---

[1]) S. oben S. 221.

Als dieser Plan fehlgeschlagen war, nahm er eine andere Seite auf. ich hatte mich damit beschäftigt, Grundzüge zu einer Instruction für den Verwaltungsrath zu bearbeiten. An diese knüpfte er nun an und wollte as Bündniß auf eine Weise abändern und ausspinnen, welche es ihm nöglich gemacht haben würde, den Einfluß von Sachsen und Hannover emnächst im Verwaltungsrathe sowohl als im Schiedsgerichte durch die Mehrheit der von ihm hinzuzuziehenden Stimmen der kleinen Staaten zu berstimmen. Es war auf Gagern für Darmstadt, Bassermann für Baden, twa Max Gagern für Nassau pp. abgesehen. Diese Angelegenheit führte u einem völligen Bruche mit ihm und veranlaßte uns, dringend Brandenurg zu ersuchen, selbst das Präsidium im Verwaltungsrath zu überiehmen.

Die Stellung von Radowitz zwischen uns und dem Ministerium machte nehr als einmal die Sache sehr unangenehm, namentlich bei dem Wahlesetze. — Wenn Lerchenfeld in einer ungünstigen Lage war, weil er, nicht Minister, von Instructionen mehr abhing: so brachte das Radowitz, der ie Instruction sich selbst holte und dann sich dahinter versteckte, in eine iel günstigere, uns aber in eine um so unangenehmere, als Brandenburg uf unsere Vorstellungen einging, das alles dann aber hinterher doch keinen Erfolg hatte.

Im Grunde war die Sache allerdings noch sehr confus, als wir abhlossen und fortgingen. Die Stellung zur Centralgewalt blieb eine Differenz; mit Baiern war Reibung, mit Oesterreich fast offner Bruch; wir atten unsern Vorbehalt besonders deducirt. Alles das aber lag im Finstern. Ich glaube, es wäre besser gewesen, damals die ganze Sache öllig klar ans Licht zu ziehen. Denn in dieser Dunkelheit nistete gleich vieder das Ungeziefer. Namentlich hat die Gothaer Parthei sofort die Sache schief zu drehen gesucht. Aber man wollte unter den damaligen Umständen, der noch nicht zu Boden liegenden Revolution gegenüber, den Schein der Einigkeit salviren.

Im Ganzen war ich doch von dem endlichen Resultate befriedigt. Aber ls ich nach Hannover zurückkam, sah alles anders aus. Bei Hofe war nan Oesterreichisch gesinnt. Im Volke war theils Frankfurter Verwirrung, heils revolutionäres Getreibe. Dazu kamen die Hamburger Freihändler nit ihrer unsinnigen Hetzerei.[1]) Mir war es um reine Durchführung des Bündnisses, aber im Sinne von Hannover und Sachsen, redlich zu thun, . h. ich erwartete, daß die Ausbreitung und Constituirung des Bündnisses hren ruhigen Gang gehe, daß man Baiern zum Anschluß bewege, daß

---

[1]) S. oben S. 231.

man mit Oesterreich unterhandle und so die Sache ruhig zur Reife bringe, ehe man den Reichstag berufe. In diesem Sinne entwarf ich eine Denkschrift, die aber, unvollkommen bearbeitet, von Wangenheim begründete Kritik erfuhr. Da nun die Pfordtenschen Unterhandlungen anfingen und es sich hier um einen sehr wichtigen Schritt handelte, so mußte ich wieder nach Berlin, wo ich jene Denkschrift zu der Broschüre: Das Bündniß der 3 Königreiche pp. umarbeitete.

Gleichzeitig war nun auch die Gothaer Versammlung zusammengetreten, die die Sache von einem ganz andern Standpuncte auffaßte und verdrehte. Ihr Plan war, aus unserer rechtlich vernünftigen Maßregel wieder eine revolutionäre durch übereilte Berufung des Reichstags zu machen. In Berlin bildete sich eine Parthei in diesem Sinne. Mir aber war das am bedenklichsten, daß einestheils die Hoffnung auf ein vernünftiges Benehmen von Baiern ganz aufgegeben werden mußte, und daß anderntheils sich auch zeigte, daß die specifischen Preußen, auf die noch das Meiste zu rechnen war, doch auch von der Idee eingenommen waren, eine Preußische Oberherrschaft als Lohn ihrer Verdienste um Deutschland davon zu tragen. Man fürchtete sich am Ende nur noch vor einer Europäischen Verwickelung. Die vernünftigsten Ansichten fand ich noch beim General Rauch, während sonst Animosität gegen Oesterreich, gegen vermeinte Intriguen der Centralgewalt alles verwirrte. Man wiederholte überall, daß ohne Preußische Alleinherrschaft die ganze Sache nicht populär sei (selbst Eichhorn), daß man sich an die Thatsachen (faits accomplis) halten müsse, das sei Oesterreich gegenüber der einzige Weg, daß man am Ende den Bund lieber wolle, als nicht allein an der Spitze von Deutschland zu stehen. Diese Anmaaßungen stellten sich um so verkehrter heraus, als man eben in der größten Verlegenheit sich befand, die Dänische Unterhandlung zu Ende zu bringen, wozu die Dänen Mitwirkung der für nicht mehr existent erklärten Centralgewalt verlangten. Da sollte ich denn aushelfen. Aber in Frankfurt war man nun auch eigensinnig geworden.

Es zeigte sich hier zumal die Fehlerhaftigkeit der Radowitzschen Idee der Einheit der diplomatischen Vertretung. Diese war ein Hauptargument, weshalb Preußen die alleinige Leitung der Sache nicht aus der Hand geben könne.

Mein Plan war, die Sache zur Verhandlung an den Verwaltungsrath zu bringen, um dort wo möglich etwas, wenn auch nur die provisorische Centralgewalt, die Pfordten wieder voranstellte und bei der Preußen nun das Zugeständniß des engern Bundesstaats vorab forderte, zu erreichen. Das scheiterte an Pfordtens übereilter Abreise.

Nun stand die Sache so: Preußen wollte offenbar den engern Bundesstaat gegen die Ansicht von Sachsen und Hannover durchsetzen, ohne sich

zu einigen, und wollte dazu nur die Zustimmung Oesterreichs bewirken. Es hatte freilich keinen entschiedenen Muth, auf diesem Wege zu gehen, associirte sich aber doch zu dem Ende mit Gotha. — Baiern gab Blasen statt wirklicher Handlungen. Oesterreich erwieß sich noch immer ganz negativ, undeutsch und unvernünftig (z. B. Brucks, von Pfordten mitgetheilte Meinung, daß die Tabacksregie in Deutschland eingeführt werden müsse).

Diese Lage der Dinge hat meine Stellung gegen die Verfassungspläne wesentlich verändert. Ich mußte nun wünschen, daß Preußen auf äußere Hindernisse stoße, welche ihm die Durchführung seines einseitigen, selbstsüchtigen und unredlichen Planes erschwerten. Ich habe von der andern Seite gegen Oesterreich und Baiern gekämpft, um diese in ihren verkehrten Ansichten zu erschüttern, habe aber auch gezeigt, daß man theils der Preußischen Drohung gegenüber eine Herstellung des Bundesverhältnisses nicht zu fürchten habe, theils im Verhältniß zu Oesterreich nicht abgeneigt sei, auf eine ähnliche Basis zu bauen. Ich begann eine Abhandlung, welche zeigen sollte, daß dem bösen Willen Oesterreichs gegenüber man innerhalb des Bundes fast alles Gewünschte mit einer geringen Modification des Entwurfs vom 26. Mai durch das Conföderationsrecht erreichen könne.

Als auf dem Preuß. Reichstage sich jene widerrechtliche Anmaaßung recht breit hervorthat, habe ich scharf dagegen angekämpft. Jene Feindlichkeit gegen Oesterreich trat nun natürlich zurück.

Alles dies war im Sinne des Bündnisses, wie solches von uns abgeschlossen war. Dagegen kann ich nicht läugnen, daß in Bezug auf Einen Punct sich meine Stellung verändert hat. Ich war im April schon gegen das Volkshaus aus selbstständigen Wahlen und vielmehr für eine ständische Vertretung. Dies gab ich auf wegen der Preußischen Proclamation vom 28. April [1]) und habe dann während der Verhandlungen und später gegen die Oesterreichische Idee, kein solches Volkshaus haben zu wollen, mich möglichst gewehrt, zumal dabei offenbar der Gedanke zum Grunde lag, durch den Mangel dieses Volkshauses die Reichsverbindung loser zu erhalten. Allmälig aber ist mir, namentlich auch durch Detmolds Warnungen, das ursprüngliche Bedenken gegen diese Verfassungsform wieder gekommen, indem solche eine gar zu stark unitarische i. e. revolutionirende Kraft haben würde und ihre Stellung gegen die Landesversammlungen kaum richtig zu ordnen wäre. Diese durch das Benehmen der Preußischen Stände beträchtlich vermehrte Furcht, neben dem völlig berechtigten Kampf gegen die von Preußen im Gothaner Sinne beabsichtigte Corruption oder Unterschlagung des eigentlichen Grundgedankens, bezeichnet die Stellung, in der ich mich

---

1) Richtiger vom 15. Mai. Vgl. Deutsche Chronik 1849, I. S. 195.

gegenwärtig befinde. Daher würde es mir nicht unwillkommen seyn, wenn Oesterreich jetzt auf jenes Project zurückkäme.

Allein es ist auch klar, daß, sowie Preußen im Grunde allein herrschen und den übrigen Bundesstaaten die durch die Bundesacte gesicherte Selbstständigkeit und Bedeutung schmälern möchte, so auch Oesterreich sehr geneigt ist, diese Verhältnisse zu drücken; weshalb denn Fürst Schwarzenberg auch von der Schellwitzischen Dreiheit[1]) so sehr erbaut scheint. — Ich meinestheils habe allerdings von dem Glauben an die Lebensfähigkeit der kleinen Staaten sehr viel aufgegeben. Nachdem ich gesehen, wie diese sich 1848 der gemeinsten Revolution Preis gegeben, wie sie am 14. April den Frankfurtern unter die Füße gekrochen, und wie sie nun wieder zu der Gothaner Fahne schwören, kann ich sie nicht respectiren. Allein sie würden jeden Staatskörper, der sie aufnähme, corrumpiren, deshalb wünsche ich ihnen in dem Reichsgericht einen strengen Meister und eine Stütze zu geben. Um aber der Vernichtung der Staatengeltung von Norddeutschland entgegenzuarbeiten, sowie um meine obigen Gedanken zu fördern, habe ich Graf Bennigsen zu Gefallen das Resultat meiner Betrachtungen vom April in einem Entwurf einer Bundes-Revisions-Urkunde zusammengestellt. Dabei habe ich aber nicht die Anfangs Juli beabsichtigte Richtung vorangestellt, vielmehr diese nur als Warnung und Antrieb zum Handeln gebraucht.[2])

An Bennigsens Reise selbst, die wohl hauptsächlich bezweckt, Oesterreich aus der Negative zu treiben, habe ich keinerlei Antheil gehabt. Ebenso habe ich die Biegelebenschen Unterhandlungen[3]) in ihrem schleppenden Gange seit zwei Monaten nur durch Detmolds Mittheilungen beachtet.

Was die Marine-Sache[4]) angeht, so habe ich mich anfangs sehr dafür interessirt, aber dies Interesse aufgegeben, nachdem ich erkannt hatte, daß es sich dabei nur um eine Deposition einer verkehrt angegriffenen Anstalt handle, und daß man nicht im Stande sey, irgend etwas zur Entwickelung zu thun. Die Sache scheint auch auf Nichts hinauslaufen zu sollen.

In der Dänischen Sache habe ich lediglich in soweit mitgewirkt, als ich den Versuch gefördert habe, die Centralgewalt zu einer Erklärung gegen Hannover über diese Sache zu bewegen, um den Tractat zu fördern. Vielleicht wäre durch das Gelingen dieser Schritte das Unglück von Fridericia abgewendet worden; aber sie blieben erfolglos. Nachher habe ich den Grafen Baudissin dringend zur Unterwerfung und dazu gerathen,

---

[1]) S. oben S. 281. — [2]) S. oben S. 281, 283. — [3]) Ueber das Interim.

[4]) Die Uebernahme der einstweiligen Verwaltung der Flotte durch Hannover.

die günstigste Auslegung des Tractats zu acceptiren und Preußen zu binden, diese zur Richtschnur seines Verfahrens zu nehmen.

Hiermit schließe ich diese Bemerkungen. Mag immerhin im Laufe der Verhandlungen auf einem so unbekannten und mißlichen Felde unter so dringenden Eindrücken von Außen her von mir nicht überall der richtige Weg eingeschlagen sein: so glaube ich doch behaupten zu dürfen, daß ich den richtigen Standpunct, den des Bundesrechts, festgehalten habe. Und daran glaube ich wohlgethan zu haben, namentlich den ewigen halb oder ganz unredlichen und dennoch schwachen Gelüsten von Preußen, der Anmaaßung von Baiern und der Entfremdung von Oesterreich gegenüber. Freilich ist für jetzt Hannover mehr in eine abwartende Stellung zurückzutreten, und es kann wohl seyn, daß bei der Verwickelung in der Türkei eine noch schwierigere Stellung uns bevorsteht. Namentlich wird sehr schwer zu berechnen seyn, wie das auf die Preußische Regierung und Stände zurückwirken dürfte; indeß will ich hoffen, daß es möglich seyn wird, jenen Standpunct nicht zu verlieren.

Eine Europäische Verwickelung, die Deutschland im Zustande der Auflösung träfe und die durch den Dänischen Krieg uns abermals ins Unheil zöge, würde wahrlich keine Freude sein; schwerlich würde Preußen geneigt seyn, darin entschieden Parthei zu nehmen, vielmehr möchte es ihm conveniren, auf dem Boden der Neutralität sich Oesterreich gegenüber zu befestigen. Es wird von Oestreich abhängen, ob ihm das gelingen soll.

Anfangs October 1849 geschrieben.

Anlage A.[1])

Die allgemeinen deutschen Verhältnisse sind nicht der geringste Gegenstand meiner Sorge. Auch hier liegt zwischen dem Erwünschten und Nothwendigen und dem Möglichen und Wahrscheinlichen eine so tiefe Kluft, daß man an der Lösung der Frage verzweifeln möchte. Nothwendig war Vertretung des Volks beim Bunde, Bundesgericht, Handelseinigung. Das war zu erreichen auf dem bis zum 1. April eingeschlagenen Wege. Das Vorparlament, der 50ger Ausschuß hat die Sache aus der richtigen Bahn gerissen. Gagerns eben so unpractische als unnöthige Idee einer einheitlichen Form der Obergewalt ist in die Versammlung eingeschlagen. Man hat am 28. Juni den nie zu entschuldigenden, noch gut zu machenden Fehler begangen, den Bundestag aufzulösen, ehe man etwas an die Stelle gesetzt hatte. Damit steht alles in der Luft. So lange in Wien und Berlin der Pöbel herrschte, konnte das nur zur Revolution ausschlagen. Seit dort das Soldatenregiment wieder besteht, ist es klar, daß Wien und Berlin

[1]) Nach dem Koncept.

die Sache machen werden. Da hat man nun in Frankfurt im Namen Deutscher Einheit Oestreich ausstoßen wollen und Preußen verleiten, für eine Kaiserkrone sich der Volkssouverainetät der Paulskirche unterzuordnen: allein Preußen hat zum Glück erkannt, daß ihm hier das Gewand der Dejanira geschenkt werden sollte. In der Paulskirche haben diese Fragen gezeigt, daß die bisherigen Clubs nur persönliche Ansichten repräsentirten, keineswegs die politischen Partheien des Volks. Diese sind plötzlich entfesselt, und nun zeigt sich, daß die Einheit keineswegs in dem Maaße im Volke vorhanden war. Die Versammlung ist nun in der Lage, mit Wien und Berlin unterhandeln zu müssen; ob sie das kann, weiß ich nicht; kann sie es aber nicht, so sehe ich nicht ab, wohin diese Dinge führen sollen.

Was uns angeht, so haben wir uns offen gegen die Verkehrtheiten ausgesprochen, so lange es etwas helfen konnte. Man hat uns dafür, wie ein Witzbold sagte, in der Paulskirche den Bestien vorgeworfen. Der Erfolg hat leider schon gezeigt, daß wir Recht hatten. Raumer, Andrian und Banks [1]) können Zeugniß ablegen, und wir können unsere Gerichte nicht zwingen, auf die sogenannten Reichsgesetze zu erkennen. Wir haben uns nun zu einer nach Außen passiven Rolle entschlossen. Wir concentriren alle Kraft auf die innern Geschäfte; hier Ordnung zu halten und tiefer zu begründen scheint uns zu gelingen. Das giebt uns am Ende die Hoffnung, noch möglichst vieles aus dem Schiffbruche zu retten. Wir halten uns von aller Intrigue fern. Man kommt uns damit auch nicht. Klindworth, der Emissär von Würtemberg und der Begleiter des Prinzen Carl von Baiern, würde — auf des Königs ausdrücklichen Befehl, niemand von uns gesprochen haben, wenn er hieher gekommen wäre. Diese ehrliche und ehrenhafte Resignation ist nach meiner Ansicht das Einzige, was wir jetzt thun können.

Soll ich meine Privatansicht über das etwa Thunliche äußern, so kann das nur dahin gehen, daß 1) die unglücklichen §§ 2 und 3 der Reichsverfassung wieder weg müssen. Die Personalunion, das Ideal der regierenden Schleswig-Holsteinschen Professoren, widerspricht ja den Verhältnissen Oestreichs, Preußens (Posen), der Niederlande und Holsteins selbst. Lord Palmerston hat bereits auf diese tollen §§ den ganz richtigen Satz gebaut, daß der Status quo ante bellum gegen Dännemark dadurch unmöglich werde. Daraus folgt 2) daß Oestreich nicht aus Deutschland verdrängt werden kann und darf; und hieraus ergiebt sich 3) daß die Erbmonarchie ein Unsinn ist. Die Wahlmonarchie ad vitam halte ich für die

---

[1]) Die Gesandten der provisorischen Centralgewalt in Paris und London.

schlimmste aller Formen, weil sie nach vielleicht längerem Zeitraum ein unsicheres Ende hat und so jederzeit eine Art Revolution hervorruft. Ob man nun einen Präsidenten aus der Zahl der Fürsten nimmt oder die reine Bundes- und Senatsform beibehält, das ist mir ziemlich gleichgültig. Man wähle, was Oestreich, Preußen und Baiern am wenigsten kränkt. Die Staaten von Baiern abwärts erhalten durch den Reichsrath mehr als durch Trias, Pentarchie u. s. w. Der Reichsrath ist eine neue Ausgabe des Bundestags, den man nicht missen kann, wie einmal die Zustände Deutschlands sind. Die Einheit muß ihre Kraft in der Volksvertretung am Bunde und im Reichsgericht finden. Diese Vertretung aber wird nach aller Wahrscheinlichkeit demnächst ein größeres Gewicht im Staatenhause als im sogenannten Volkshause haben. So käme man auf einem schweren Umwege auf den Punkt zurück, den man am 1. April (nomen et omen) verlassen. —

Hannover, 31. December 1848.

Anlage B.

Nachdem die Reichsverfassung in dem Maaße festgestellt ist, daß

1) die Competenz der Reichsgesetzgebung als eine völlig unbegrenzte den Staaten gegenüber betrachtet werden muß,
2) durch die Initiative jedes einzelnen Hauses und das nur suspensive Veto des Reichsoberhaupts die Stellung des letzteren so schwach geworden ist, daß darauf gar nicht zu rechnen seyn wird, endlich
3) durch das Wahlgesetz eine so ungeheure Uebermacht des democratischen (man sollte richtiger sagen des ochlokratischen) Elements geschaffen ist, daß dagegen das Staatenhaus, zumal bei der fast gleichen Ochlokratie der Wahlen in den Einzelstaaten, viel zu geringer Einfluß irgend anderer Interessen zu erwarten steht[1]), auch
4) durch das Verwerfen des Reichsraths die Einzelstaaten ganz verdrängt sind,

so scheint mir am Tage zu liegen, daß eine ruhige und heilsame Entwicklung der Dinge auf diesem Wege nicht erwartet werden darf. Es ist die Natur der ungemäßigten Democratie, in bestimmter Richtung überschnell fortzuschießen. Das kann hier geschehen in doppelter Richtung, in unitarischer und in particularistischer. Wahrscheinlich wird in einzelnen Staaten das eine, in andern das andere vorherrschen und so der Streit und Zerfall des Ganzen nahe liegen. Gewönne eine Richtung entschiedenes Uebergewicht, so würde das Uebergewicht des Particularismus denselben Erfolg haben, das Uebergewicht der unitarischen Tendenz aber eben so unaufhaltsam die Einzelstaaten

[1]) Hier scheinen einige Worte ausgefallen zu sein.

vernichten. Mäßigung und daher Einigung liegt dem reinen Democratismus des ganzen Instituts zu fern, als daß darauf Rechnung zu machen wäre; wenn nicht etwa alle Geschichte lügt, oder aber das Menschengeschlecht seine Natur geändert hat, wozu doch zur Zeit eben keine Aussicht ist.

Soll daher für Deutschland noch etwas gewonnen werden, so ist dies nur möglich auf dem Wege einer Modification der Verfassung, ehe sie ins Leben tritt. Ist sie einmal anerkannt und ins Leben getreten, so ist der Zustand der Revolution nach meiner obigen Ansicht verfassungsmäßig begründet und auf eine Modification im Sinne der Conservation zu rechnen ein bloßes Rechnen auf den Zufall. Es fragt sich also, wie ist eine Modification vor dem Anerkennen zu erreichen? Hier liegt

1. der Weg der Octroyirung vor. Sind Oestreich und Preußen einig, so können sie bestimmen, was sie wollen. Das kann freilich in manchen einzelnen Staaten zu sehr harten Kämpfen führen; allein die Gewalt kann es durchführen und die Weisheit die Wunden heilen. Inzwischen ist hierauf schwerlich zu rechnen. Da weder Kraft noch Weisheit in genügendem Maaße vorhanden seyn dürfte, so möchte die ganze Sache nur wieder auf das Feld der Revolution zurückführen. Ich würde also diese Eventualität ganz beseitigen.
2. Der Weg der Vermittlung. Diesen kann Preußen einschlagen; dazu nöthig wäre folgendes:
   a) Acceptation der Würde des Reichsoberhaupts zur Erledigung der Verfassungssache durch Einigung der National-Versammlung mit den Staaten.
   b) Diese Einigung würde verlangen:
      1) daß man die Nationalversammlung festhielte, wozu ihre Permanenzerklärung das Mittel giebt. Sie ist zwar furchtbar durch Leidenschaften gespalten; aber sie ist matt und mit ihr mehr zu Ende zu bringen als mit jeder anderen;
      2) daß man den Regierungen der Staaten Gelegenheit gebe, sich auszusprechen, und zwar
      3) in Gemeinschaft mit ihren Ständen. Eine gesonderte Verhandlung mit der Regierung droht stets diese in eine schiefe und schwache Stellung zu bringen. Das könnte geschehen
      4) durch Bildung eines provisorischen Staatenhauses nach Maaßgabe des Verfassungsprojects. Dabei bleibt zu erwägen:

         ob es rathsam, das Staatenhaus für diesmal den Ständen allein zu überlassen?

         ob es jedenfalls nicht nothwendig, den Regierungen eine gesonderte Stellung durch Bevollmächtigte zu lassen?

Am zweckmäßigsten möchte sich jedoch dieses dahin gestalten, daß die besondere Vertretung der Regierungen einer Vorverhandlung mit Preußen zugewiesen würde. Es würde nämlich

5) erforderlich seyn, daß die Propositionen zu Veränderung der Verfassung nunmehr von Preußischer Seite

als Bedingungen der Acceptation der Oberhauptswürde (wodurch ich ein Arrangement mit Oestreich etwa auf Alternative nicht ausgeschlossen betrachte) aufgestellt würden.

Propositionen dieser Art, im Sinne der **beiden Rechten** gestellt und von Preußen bevorwortet, werden jetzt sicher die Mehrheit erhalten. Kann eine Einigung mit Oestreich dadurch erlangt werden, um so besser. Ist aber eine solche Einigung nicht möglich, so wird auf diese Weise doch auch allein möglich seyn, dem Provisorium, welches man den engern Bundesstaat nennt, einige Haltung zu geben und die Möglichkeit der demnächstigen Einigung einzuleiten.

Ich betrachte es dabei für Hannover als eine Nothwendigkeit, sich diesem engern Bundesstaat anzuschließen; schon in Rücksicht auf das Bedürfniß eines Schutzes für den Kronprinzen, welcher nur von Außen zu erhalten ist. Dazu spreche ich die Ansicht aus, daß mir die Erbkaiserwürde mit einem kräftig organisirten Reichsrathe gerade so viel gilt als das Directorium, wenn solche nur im Verhältniß zu Oestreich möglich gewesen wäre, ja, daß ich dieselbe mit Rücksicht auf das obige persönliche Verhältniß für Hannover zuträglicher halten möchte, da sie einen festeren Stützpunkt gewährt. — Natürlich immer vorausgesetzt, daß die übrige Verfassung nicht in einem so ochlokratischen Unsinn verlaufe, wie das jetzt der Fall ist.

Hannover, 31. März 1849. s. m.

JCBS.

Eben ersehe ich aus dem Frankfurter Journal, daß die Linke sich von 80 Stimmen, unter diesen Gagern, Mohl u. s. w., die Zusicherung hat ertheilen lassen,

dem Könige von Preußen gar keine Unterhandlungen zu gestatten, sondern von demselben eine unbedingte Acceptation oder Ablehnung zu verlangen.

Dieses Verfahren kann natürlich meine Ansicht von der Lage der Dinge nicht ändern; es beweiset aber nur noch entschiedener die Nothwendigkeit, nichts außer Acht zu lassen, was noch zur Rettung gereichen kann. JCBS.

Anlage C.[1])

Fragen zu der Preußischen Circulardepesche vom 3ten April 1849.

1. Wozu ein provisorium, wenn man in 14 Tagen fertig sein will?
2. Oder soll in den 14 Tagen eben nur das provisorium fertig werden?
3. Wenn man mit der jetzigen National-Versammlung die Sache fertig machen will, so kann doch nur eine Gesammt-Verfassung für ganz Deutschland (provisorisch oder definitiv?) im Plane liegen.
4. Welche Form will man aber dann für das Oberhaupt? zumal im definitivo?
5. Oder will man eigentlich principaliter den engern Bund? — und denkt sich diesen nicht bloß als Schreckbild für Oesterreich?
6. Welche Form des engern Bundes denkt man sich denn aber? Mediatisirung à la Rheinbund? — oder Bundesform mit gleichen und Selbstständigkeitsrechten aller Theilnehmer? — so daß der Bundesverfassung nur ein Gewisses bliebe? — (Competenz-Beschränkung der Bundesgewalt.)
7. Ist nicht für einen solchen Bund die ganze bisherige Verfassungs-Arbeit unbrauchbar?

   Volkshaus und Staatenhaus sind der Hegemonie und dem Uebergewicht Eines Staats gegenüber nur Täuschungen für die kleinen Staaten, schließlich aber auch für Preußen. Welche Bedeutung soll das Bundesgericht erhalten? soll Execution ohne dasselbe möglich sein? Wird in der unbeschränkten Gesetzgebungs-, Finanz- und Militairhoheit bei dem numerischen Uebergewichte Eines Staats nicht alle Selbstständigkeit aufgehen müssen? Wird man dieses abwenden können, ohne die Bedeutung des Bundes aufs Aeußerste abzuschwächen? den Bundesstaat loser zu construiren als der Staatenbund es war?
8. Kann ein solcher Bund mit der bisherigen Nat.-Vers. oder einem Stücke derselben geschlossen werden? — Ist sie dazu legitimirt?
9. Wenn nicht, — wohin soll denn die „Maßgabe der Vereinigung" führen?
10. Kann Frankfurt der Sitz eines solchen Bundesraths sein, der an südlich von Frankfurt belegenen Staaten nur etwa Darmstadt, höchstens Baden und Würtemberg zu erwarten hat?

---

[1]) Anstatt des ersten Entwurfs von Stüves Hand ist hier eine Abschrift des Schriftstücks abgedruckt, welche die Fragen — wohl in Folge der Ministerialberathung — in der Redaktion etwas verändert, in dem Inhalt nicht wesentlich abweichend wiedergiebt. Sie werden so mitgetheilt sein.

11. Wird ein solcher Bund irgend Jemand befriedigen?
   a) nach der Form? Berathung in großen Versammlungen ist Mediatisirung.
   b) nach dem Inhalt? — Er erregt Ansprüche der kleinen Staaten und Preußens, befriedigt keine, weder
      nach der Volks-Meinung, — Nationalität, Größe, Ruhm,
      noch nach dem materiellen Gehalt, — kein Handelsgebiet, keine Geltung,
      noch nach der inneren Verfassung, die sich als Täuschung der Interessen der Kleinen bald ausweisen wird.
   c) Die Bundesverfassung hat keine Wahrheit in sich; ist schlechter selbst als der Rheinbund, der keine Ansprüche auf Gleichheit gab. Unterwerfung oder Bundessystem, aber nur Wahrheit!
   d) Die halben Zustände haben sich unhaltbar bewiesen. Was haben wir erlebt an Mediatisirten? an neuen Erwerbungen?
12. Deutschland in jetziger Stimmung wird nur befriedigt durch eine Verfassung, welche
   a) das Ganze umfaßt; — (denn Befriedigung eines geringern oder größern Theils ist nicht Befriedigung Deutschlands) und
   b) (daß wir es gestehen) auf democratischer Basis beruht.
13. Ist eine solche relativ möglich?
   a) mit dieser demoralisirten National-Versammlung?
   b) mit der Oesterreichischen Gesammt-Verfassung? — die noch nicht aufgegeben ist, wenngleich ihre Unausführbarkeit vorliegt?
   c) mit dem momentan erkünstelten Widerwillen gegen jede Bundes-Form, welche nicht bloß den Einheitsstaat cachirt?
14. Ist sie absolut möglich mit eben dieser breitesten Basis? mit den unausgeglichenen Ansprüchen von Oesterreich? Preußen? Baiern?
15. Wie denkt man sich die eventuelle doppelte oder dreifache Stellung der Staaten?
   a) im alten Deutschen Bunde?
   b) in einem s. g. Bundesstaate?
   c) als selbstständige Staaten?
   Will Preußen seine Geltung ad a) oder ad c) aufgeben?
   Welche dieser Geltungen sollen die andern Staaten aufgeben? Können dieselben etwas ad a) und ad c) aufgeben, ehe die neue Geltung ad b) anerkannt ist?
16. Oder darf angenommen werden, daß die bisherige Geltung des Deutschen Bundes sich unmittelbar auf den engern Bundesstaat übertragen werde; nachdem das hinsichtlich der Centralgewalt nicht der Fall gewesen?

17. Giebt es ein Mittel, durch die provis. Centralgewalt eine Anerkennung, sei es des Preußischen Provisoriums oder des engern Bundesstaats, in ähnlicher Weise zu bewirken, wie das durch den Bundesbeschluß vom 10/12. Juli geschehen sollte?

18. Wäre nicht eine, wenn auch nur vorübergehende, Rückkehr zum Bundestage das einzige Mittel, eine solche Anerkennung auf friedlichem Wege zu bewirken? und ist dies überhaupt möglich?

19. Liegt nicht die Nothwendigkeit einer Wiederberufung des Bundestags entschieden in dem ganzen Gedanken des engern Bundesstaats, dem ja der Bund zur Seite stehen soll?

Anlage D.

Ich habe einmal Klübers Acten des Wiener Congresses, Gagerns II. Theil u. s. w. wieder gelesen und die Frucht ist:

Sobald man in den Deutschen Verfassungssachen den einfachsten Gang der Natur verläßt, geräth man in die Syrten.

Was ist damals nicht alles versucht:

Das Kaiserthum perhorrescirten gleich Alle;
aber Kreiseintheilung,
Vollziehender Bundesrath,
Bundesgericht,

alles liegt da vor; aber allmählich schwächt und flacht sich alles ab, bis zum Bunde. — Der hat 30 Jahre bestanden und hat eine Bedeutung gehabt; man mußte von ihm wieder anfangen; aus ihm heraus jene scharfen Ecken und Spitzen wieder entwickeln, die man damals nicht hatte leiden können.

Aber ist das jetzt noch der rechte Weg?

Zwischen dem Bunde und der ferneren Entwicklung steht nun:

1) die Centralgewalt, mit einheitlicher Spitze und Ministern,
2) die Versammlung,
3) der Entwurf.

Sind das Elemente, Grundlagen, auf die jetzt zu bauen ist? Die Antwort liegt in den weiteren Fragen:

Kann die provisorische Centralgewalt fortbestehen?
Reicht sie aus?
Kann ihr die ausreichende Kraft gegeben werden? und wie?

Ferner:

Hat die Versammlung genügendes Ansehen, oder ist sie fähig, solches zu erhalten?

Endlich:

Hat ihr Entwurf Elemente, welche das Ganze unhaltbar machen? Sind diese Mängel auszumerzen? Werden sie bereits als solche genügend erkannt, um die Versammlung zu entkräften?

Die Fragen in Bezug auf die provisorische Centralgewalt möchte ich unbedingt verneinen. Denn die Correctur des Gesetzes vom 28/6. v. J. würde eine neue Verfassung machen heißen.

Was die Versammlung angeht, so halte ich solche für zu demoralisirt, um auf sie noch etwas zu bauen. Aber noch nicht genug gesunken, um sie ganz aus den Augen zu setzen.

Den Entwurf zu Grunde zu legen, wäre das Beste; aber welche Schwierigkeiten!

a) Die Oberhauptsfrage.
b) Die Reichsfinanzen und Gesetzgebung.
c) Das Volkshaus.
d) Die Grundrechte.

Nachdem Oestreich protestirt hat, Preußen seinen Separatbund ausführen will, wäre von Hannover

a) das Princip des ganzen Deutschlands voranzustellen. Nationalität, Geschichte, Bedürfniß, nur durch momentane Aufregung verdunkelt, können nie verlohren gehen.
b) Alles was darauf nicht beruhe, sey seiner Natur nach bloßes Provisorium.
c) Ein solches könne nothwendig sein unter gefährlichen Zeiten,
d) dürfe aber nie und nimmer der Herstellung der Ganzheit Schwierigkeiten bereiten.

[Vom 20. April 1849.]

Anlage E.

Das Hannoversche Ministerium hat allerdings seine Gedanken nicht klar ausgesprochen und das liegt theils an dem Concipienten; theils aber hegte man hier auch Bedenken, die Dinge auszusprechen, so lange man nirgend sichere Aussicht darauf hatte, Unterstützung zu finden. Man wollte nicht mit bloßen Worten den ganzen Sturm der Vereine auf sich ziehen, wie das jetzt mit Baiern der Fall ist, von welchem man in Frankfurt sehr resp. hofft und fürchtet, daß es Würtemberg folgen werde.

Gegenwärtig ist gehandelt, und nun treiben die Dinge weiter fort. Hier droht die Agitation und in Berlin außerdem der Termin der 60 Tage. Also rasch!

Der hiesige Gedanke ist: Entweder

I. Man macht noch den Versuch mit Frankfurt. Dann ist nichts anderes zu thun, als die wichtigsten unberücksichtigten Puncte der Collectiv-Erklärung, namentlich:

Gesandtschaftsrecht,
Besteuerungsrecht,
Gesetzgebungsrecht und einige andere

wieder aufzunehmen. Wegen des Reichsoberhaupts ein Provisorium entweder und womöglich mit (oder ohne) Oestreich wesentlich im Sinne der großdeutschen Erklärung zu formuliren.

Ein neues Wahlgesetz zu entwerfen,

und die so modificirte Verfassung zu unbedingter Annahme sub praejudicio der Frankfurter Versammlung vorzulegen. Oder

II. Wenn das fehlschlägt, oder überhaupt nicht annehmlich scheint, ein Provisorium auf Grund der Bundesgesetze zu machen.

Dabei als Ziel einer demnächstigen Bundesverfassung aufzustellen:

1) Gemeinsame diplomatische Vertretung.
2) Größere Einigung des Heerwesens.
3) Gemeinsames Seerecht, Marine.
4) Gemeinschaftliches Zoll- und Handelswesen.
5) Schutz des innern Verkehrs, Münze, Maaß, Gewicht, Handelsrecht.
6) Sicherung der Volksrechte.

Alles das auszuführen durch Vervollständigung der Bundesverwaltung

1) durch Bundesregierung,
2) „ Volksvertretung,
3) „ Bundesgericht ganz nach dem Entwurfe.

Die Bundesgesetzgebung, die das auszuführen hätte, wäre zu beschaffen durch Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Volksvertretung, für welche sofort eine Form aufzustellen wäre.

Mit solchen Schritten, zu denen die Regierungen, nachdem die National-Versammlung ihren durch den Beschluß vom 30. März v. J. gegebenen Auftrag gebrochen, wohl befugt, werden wir wesentlich gewinnen. Aber rasch ist zu handeln.

Wird es gewünscht, so wird man gern nach Berlin schicken, um dort wo möglich in Gemeinschaft mit Oestreich weiteres zu verabreden. Kein Tag ist zu verlieren.

Anlage F.[1])

Eure Excellenz verzeihen mir, wenn ich, aufgeregt durch die Verhandlung, welche soeben zwischen Hrn. von Radowitz und mir stattgefunden, mir erlaube, einige Worte in Bezug auf den Auftrag, der Sie nach Oestreich führen wird, an Sie zu richten.

Die Lage der Dinge ist entscheidend. — Ein falscher Schritt kann Deutschland in unsägliches Elend stürzen, und nun ist alles in einer Weise auf die Spitze getrieben, die fast unmöglich macht, daß nicht irgend ein Mißgriff der schwersten Art gemacht werde.

Wir müssen unsere Verfassung fertig machen, müssen, um dieses zu können, das Vertrauen des Volkes in Anspruch nehmen; gelingt es unserem Plan nicht, dieses zu gewinnen, so ist die nächste Reichsversammlung, so sind die augenblicklich aufgelösten und baldigst wieder zu berufenden Versammlungen in Berlin, Hannover, Dresden so gewaltige Hebel der Revolution, daß an einen friedlichen Widerstand der Regierungen gar nicht mehr zu denken ist. Und in diesem Augenblicke machen wir den Plan der Union. Wir nehmen damit

1. Deutschland seine Selbständigkeit völlig. Gerade was man hat erreichen wollen, nationale Geltung, das geht verlohren; was man im friedlichen Interesse entwickeln müßte, die Entwicklung Norddeutschlands durch Vertretung seiner maritimen Lage und Verhältnisse, das wird noch mehr zurückgedrängt, wenn auch Preußen nicht mehr dafür handeln kann. Deutschlands Politik soll in einem halbslavischen Staate verschwinden; die Deutschen in Oestreich sollen die nationale Verbindung mit dem Mutterlande verlieren und das engere Deutschland auf $^2/_3$ einschrumpfen; die Leitung der Politik soll mehr als zur Hälfte jenem slavisch gemachten Oestreich zufallen.
2. Wir sollen Oestreichs innere Sicherheit gegen Ungarische, Galicische, Italienische Aufstände garantiren, und das in einem Momente, wo Oestreich durch entschiedenes Unrecht in Ungarn sich in solche Gefahr gebracht hat. — Wir sollen das ohne eine Sicherheit, daß Oestreich Recht zu geben und zu nehmen bereit sey, wenn wir ihm geholfen, den Aufstand zu unterdrücken.
3. Zu diesem Zweck sollen wir mit den Russen zusammenwirken! —

Ist es irgend denkbar, daß das Verfassungswerk, welches wir machen möchten, und wäre es das beste, Vertrauen gewinne? — Kann man irgend inen Schritt thun, der die Ungarische Insurrection und die Deutsche

[1]) Nach dem Koncept.

Democratie enger vereinigte? — Wahrlich das sind Dinge, deren Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen ich nicht den Muth habe. Es ist wohl ein großer und schöner Zweck, Oestreich zu helfen und aus dem Russischen Bündnisse zu retten; aber das ist der Weg nicht, wenn wir Deutschland, dessen Schwäche und Schmach in diesem Augenblicke ich auf das tiefste beklage, ganz in den Abgrund der Revolution stürzen.

Eure Excellenz hatten die Gewogenheit, einiges Gewicht auf meinen Namen in dieser Deutschen Sache zu legen. Das ist der Grund, weßhalb ich mich befugt geglaubt habe, Ihnen meine Ansichten offen auszusprechen. Ich weiß auf diesem Wege nicht zu helfen, er führt ins Verderben.

Berlin, 10. Mai 1849.



Anhang II.

ives Montagsartikel in der Hannoverschen Zeitung.

Vorbemerkung.

tüve bemerkt in der Aufzeichnung über seine deutsche Politik vom r 1849, daß er mit dem 20. November 1848 seine Montagsartikel ten habe. Die Bezeichnung Montagsartikel ist hier beibehalten, weil rklichkeit Stüve meist den von Geschäften freieren Sonntag benutzte, n Artikel zu schreiben, der dann in der nächsten Nummer der Zeitung i. Nicht alle Montagsnummern enthalten jedoch solche Aufsätze. Eine e Unregelmäßigkeit trat schon im Februar 1849 während des Kon- mit den Kammern über die Grundrechte ein. Doch gab dieser Kon- elbst zu einigen besonderen Artikeln Veranlassung. Für längere Zeit die Reihe dann unterbrochen durch Stüves Sendung nach Berlin im und Juni 1849. Auch gegen Ende des Jahres macht sich eine Un- näßigkeit bemerkbar, worüber er in einem Briefe vom 21. December rkt: „Meine Artikel haben jetzt weder bestimmte Tage noch Zeichen, ch diesem Pack (er meint damit die Zeitungskorrespondenten) nicht lich sein will.“ Auch sonst sind die Artikel keineswegs durch bestimmte jen kenntlich gemacht. Wo dergleichen sich finden, wechseln sie mehrfach. bei weitem meisten Aufsätze, namentlich in der späteren Zeit, erscheinen e jede Chiffre. Sie kommen vereinzelt auch an andern Wochentagen . und ebenso sind nicht alle in den Montagsnummern der Zeitung ab- ruckten Leitartikel aus Stüves Feder; das sind jedoch nur wenige Ausnahmen.

Unter diesen Umständen war es nicht immer leicht, die Autorschaft üves mit völliger Sicherheit zu bestimmen. Das nachstehende Verzeichniß, lches auf wiederholter sorgfältiger Prüfung aller in dem fraglichen Zeit- ume in der Zeitung erschienenen Leitartikel beruht, dürfte jedoch erschöpfend n. In manchen Fällen konnte sich die Entscheidung auf eigene ausdrück- he Erwähnungen Stüves in seiner Korrespondenz stützen. In anderen gab sie sich mit Sicherheit aus dem Vorkommen übereinstimmender Äuße- ungen und Redewendungen in den gleichzeitigen Briefen. Im übrigen geben, o es dessen noch bedurfte, Stil und Gedankengang einen genügenden An- alt. Es dürften darnach keine Aufsätze in das Verzeichniß aufgenommen ein, welche nicht wirklich von Stüves Hand herrühren.

Im Einzelnen mag jedoch noch Folgendes bemerkt werden.

Ob ein Aufsatz in der Nummer vom 6. Juni 1849: „Was ist in Berlin geschehen?" Stüve selbst zugeschrieben werden kann, ist ungewiß geblieben. Dafür spricht, daß wohl Niemand außer ihm im damaligen Augenblick eine solche Mittheilung machen konnte. Zweifel erregt aber der Umstand, daß er sich damals noch in Berlin befand und mit andern Arbeiten bezüglich des Maibündnisses stark beschäftigt war.

Die beiden Artikelreihen in den Nummern vom 7.—10. November 1849: „Zur Geschichte des Dreikönigsbündnisses" und „Hannover und das Bündniß vom 26. Mai" sind nicht von Stüve. Bezüglich der ersteren bemerkt er in einem Briefe vom 21. November ausdrücklich, daß sie nicht von ihm verfaßt, aber rein ex actis seien. Die letztere ist nach einer Redaktionsnotiz in der Nummer vom 12. November von einem Mitarbeiter, „dem der Gang der Angelegenheiten nur aus den veröffentlichten Verhandlungen bekannt geworden". Daß beide von ihm inspirirt sind und seine Gedanken wiedergeben, welche im übrigen aus der von ihm verfaßten Denkschrift für die Stände zu entnehmen sind, steht außer Frage.

Der im Verzeichniß mit aufgeführte Aufsatz in der Nummer vom 6. Dezember 1849: „Preußens Bestimmung in der deutschen Verfassungsentwicklung" erregt in Bezug auf den Stil einiges Bedenken. Er ist aber für Stüve in Anspruch genommen, weil er einen Gegenstand, die Denkschrift über die Preußische Bundespolitik von 1822, welche gerade in jener Zeit auch in den Briefen mehrfach erwähnt wird, in einer Weise behandelt, und Stüves bekannte Auffassung davon in Ausführungen wiedergiebt, die nicht annehmen lassen, daß ein anderer aus dem Kreise der damaligen Mitarbeiter selbst nach Stüves Instruktion so darüber hätte schreiben können.

1848.

20. November.	Berliner Streitpunkte und Resultate.
27. „	Preußische Nationalversammlung.
4. December.	Brandenburg, Kremsier, Frankfurt.
11. „	Zeitbetrachtungen.
18. „	Desgleichen.
27. „	Desgleichen.

1849.

3. Januar.	Das Reichsoberhaupt.
8. „	Hannover und Deutschland.
15. „	Deutsche Einheit.
22. „	Deutschland und England.

30.	Januar.	Zeitbetrachtungen.
12.	Februar.	Die Oesterreichische Note.
15.	"	Der Hannoversche Conflict.
17.	"	Desgleichen.
19.	"	Desgleichen.
20.	"	Zeitbetrachtungen.
26.	"	Desgleichen.
5.	März.	Desgleichen.
12.	"	Die Oesterreichische Verfassung und Deutschland.
19.	"	Frankfurt, Wien, Berlin.
26.	"	Resultate Frankfurts.
2.	April.	Die Frankfurter Kaiserkrone.
9.	"	Der engere Bundesstaat.
16.	"	Nochmals der engere Bund.
23.	"	Annahme, damit ein Ende werde?
29.	"	Sonntagsblatt. Zur Beurtheilung der Reichsverfassung.
30.	"	Die Entscheidung. Kaiser und Wahlgesetz.
9.	Juli	Bedürfniß und Theorie, Recht und Gewalt.
16.	"	Zeitbetrachtungen.
23.	"	Moderata durant.
30.	"	Süd- und Norddeutschland.
6.	August.	Die Aufgabe der Stände.
13.	"	Ansichten und Absichten vom Bundesstaate.
20.	"	Die Parteien in Deutschland.
27.	"	Schwierigkeiten und Eventualitäten.
31.	"	Die Deutsch-Oesterreichische Union.
1.	September.	Desgleichen.
2.	"	Desgleichen.
3.	"	Desgleichen.
10.	"	Deutschland und die Berliner Kammern.
24.	"	Die Reichstagsberufung und die Revolution.
1.	October.	Die Eile zum Reichstage und die Rede des Herrn von Radowitz.
8.	"	Das Interim und der Bundesstaat.
15.	"	Was will Hannover und was kann Hannover.
22.	"	Die Berufung des Reichstages.
6.	November.	Hannover 6. November.
12.	"	Deutsche Stände und ihre Aufgabe.
23.	"	Deutschlands friedliche Entwicklung im Sinne von Preußen und Oesterreich.

6. December.	Preußens Bestimmung in der deutschen Verfassungsentwicklung.
10. „	Der engere Bundesstaat und § 1 des Verfassungsentwurfs.
17. „	Bundeskommission und Reichstag.

1850.

1. Januar.	Beim Jahreswechsel.
14. „	Innere Entwicklung der großen Staaten.
21. „	Zur Politik Preußens im Jahre 1849 (Rückblick des Herrn von Canitz).
28. „	Pairs und Höchstbesteuerte in Preußen.
4. Februar.	Preußisch-Oesterreichische Märzerrungenschaften.
11. „	Ansichten über Erfurt und Frankfurt.
18. „	Deutsche Einheit und Schweizer Einheit.
25. „	Oesterreich und Preußen oder Verfassungs- und Handelseinheit.
11. März.	Die Entwicklung der letzten Woche.
18. „	Frankfurt zur Lehre für Erfurt.
25. „	Stuttgart und Erfurt.
2. April.	Preußens deutsche Politik.
8. „	Was bleibt möglich.
22. „	Vereinswesen und Staatswesen; Frankfurt und Erfurt.
29. „	Die Erfurter Revision.
6. Mai.	Reichstage und Congresse.
13. „	Revolutionsdrohungen.
3. Juni.	Krieg oder Frieden.
10. „	Warschau und Frankfurt.
17. „	Zur Preßfrage.
24. „	Zur Hannoverschen Politik.
8. Juli.	Revolution und Reform.
15. „	Schleswig-Holstein und der Deutsche Bund.
22. „	Desgleichen.
29. „	Desgleichen.
5. August.	Bundesverfassung und Polizei.
19. „	Frankfurt und Baden; zur Geschichte von 1849.
26. „	Zum 23. August 1850.
2. September.	Erwartungen.
17. „	Ohne Ueberschrift. Die hessische Sache betreffend.

Namenregister zu den Briefen.